

VEIT VALENTIN

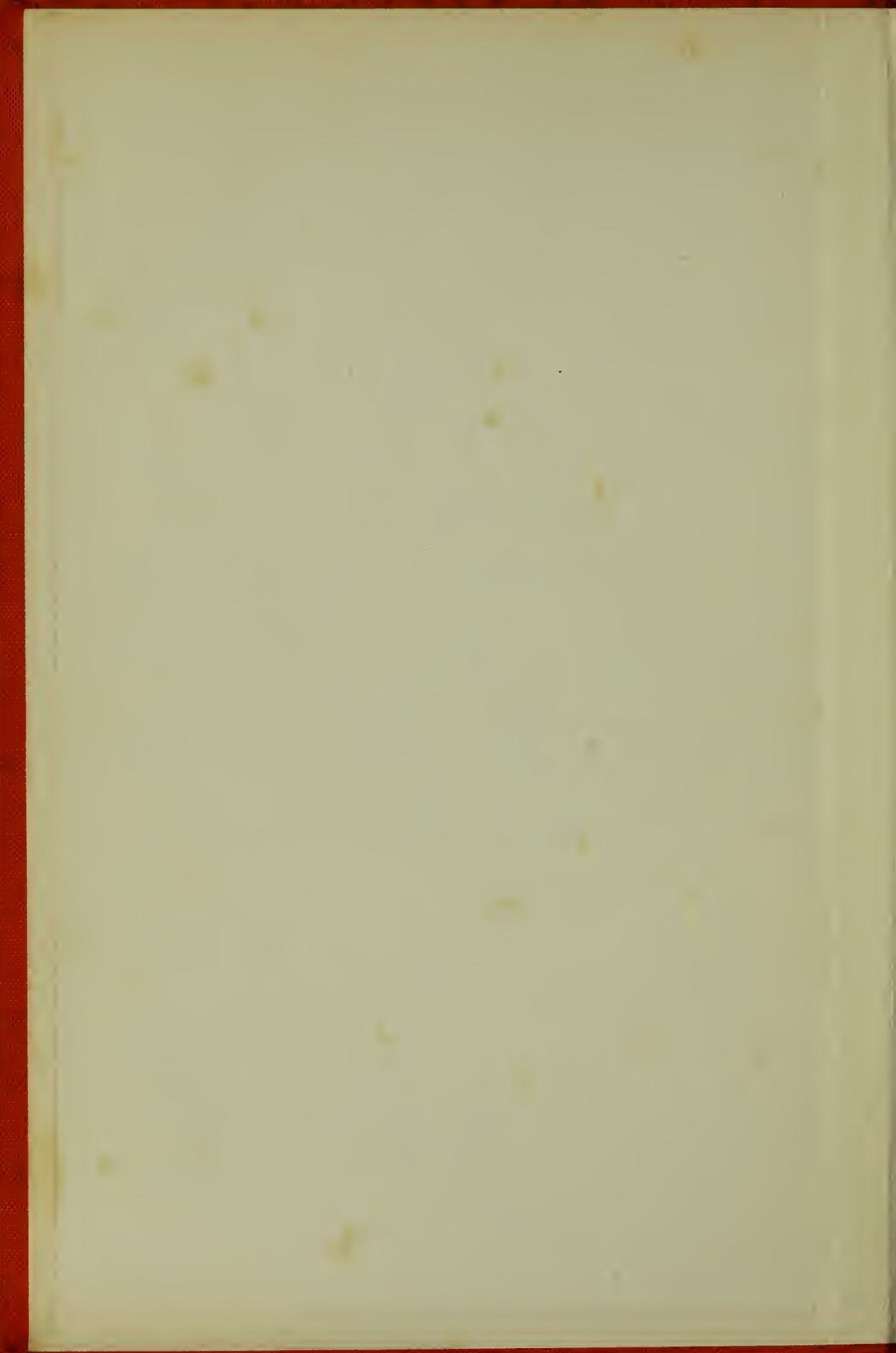
GESCHICHTE

der

DEUTSCHEN

REVOLUTION

1848-1849

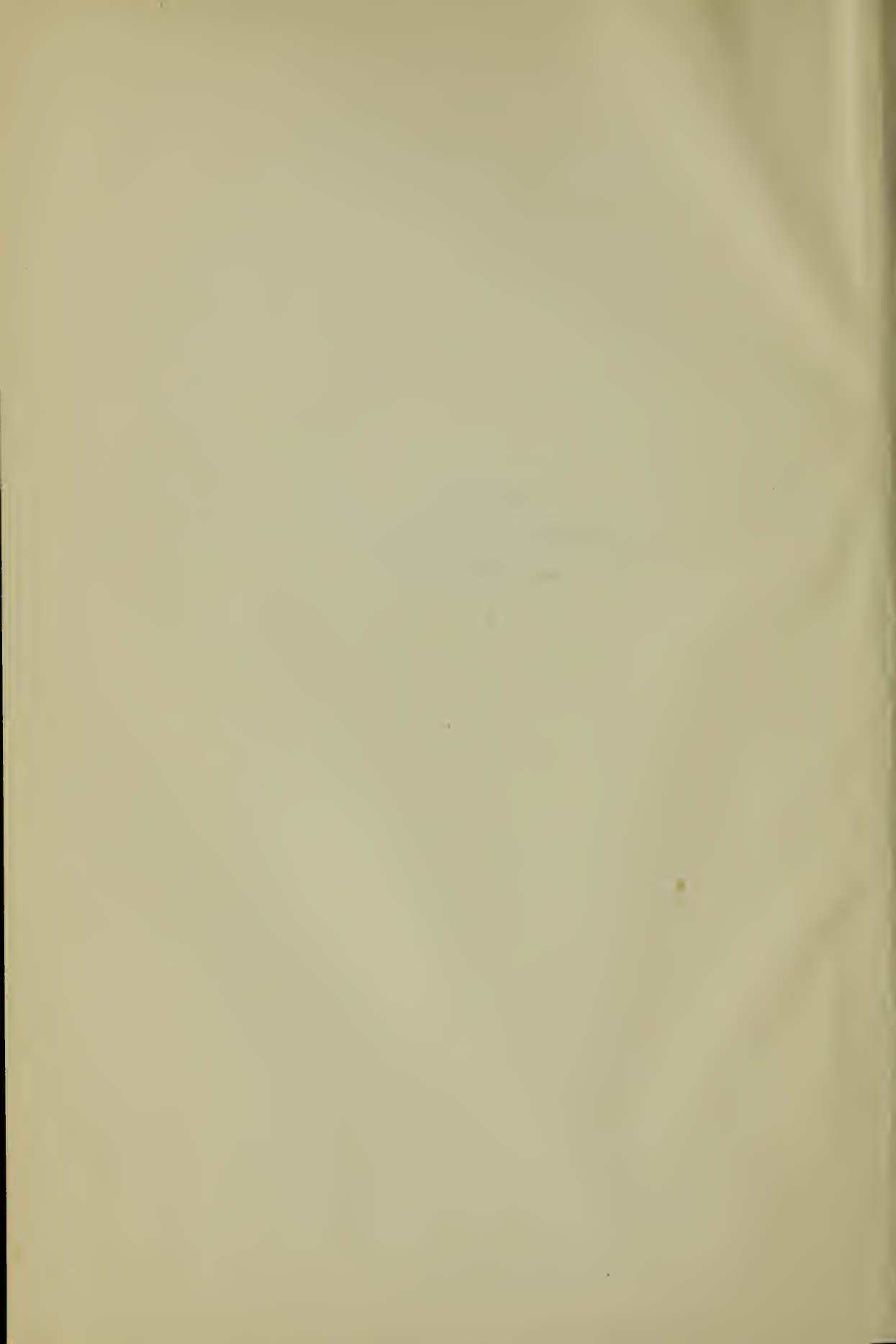






Geschichte
der deutschen Revolution
von 1848 – 49

I



Geschichte der deutschen Revolution von 1848 – 49

Von

Veit Valentin



Erster Band
Bis zum Zusammentritt
des Frankfurter Parlaments

Im Verlag Ullstein / Berlin

Ein ausführliches Namenregister
befindet sich am Schluß des zweiten Bandes

V o r w o r t

Das Werk, dessen ersten Band ich vorlege, ist das Ergebnis der Arbeit vieler Jahre. 1912 begann ich meine vorbereitenden Aktenstudien im Geheimen Staatsarchiv in Berlin, als Freiburger Privatdozent beurlaubt von der hohen philosophischen Fakultät dieser Universität; die Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft förderte mich dabei durch einen namhaften Beitrag. 1914, im Sommer, forschte ich weiter in München; der Krieg zwang mich abzubrechen. Nach Kriegsende wandte ich mich dem alten Arbeitsgebiete wieder zu. Aber erst nach meinem Eintritt in das Reichsarchiv war mir die Wiederaufnahme von Archivstudien möglich. Das Reichsministerium des Innern übertrug mir 1923 die Aufgabe, das vorbereitete Werk zu Ende zu führen — als Haupttätigkeit in meiner Eigenschaft als Mitglied des Reichsarchivs. Ich unternahm, von Reichsmitteln unterstützt, eine Forschungsreise, die mich mit den archivalischen Beständen der Archive in Wien, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden bekannt machte. Von Wien, Stuttgart und dann auch von Darmstadt sind mir dann im Laufe der nächsten Jahre umfangreiche Aktenbestände im Reichsarchiv zur Benutzung übersandt worden. Das Archiv des Deutschen Bundes und der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt habe ich gleichfalls benutzt. So sammelte sich ein immer stattlicheres Material unbekannten Stoffes. Ich habe es noch wesentlich ergänzen können durch Studien auf dem Zentralarchiv in Moskau, wohin ich mich 1928 begab.

Mein Ziel war: eine Geschichte der Volksbewegung von 1848/49 zu schreiben. Seit meiner Studentenzeit, darf ich sagen, hat mir dieses Ziel als eine große wissenschaftliche und auch vaterländische Aufgabe vor Augen gestanden. Mein erstes Buch schon, dessen Anfangskapitel meine Doktordissertation war, meine Habilitationsschrift, spätere größere und kleinere Arbeiten dienten diesem Ziele.

Dank der gütigen Vermittlung Friedrich Meineckes habe ich schon 1912 mit einem großen Münchener Verlagshause einen Vertrag über das von mir vorbereitete zweihändige Werk, Die Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, abgeschlossen; 1919 wurde er unter veränderten Bedingungen erneuert. Der Verlag brachte damals eine Teilveröffentlichung dieses Werkes unter dem Titel „Die erste deutsche National-Versammlung“ heraus. Als ich nun Anfang 1929 dem Verlage die bevorstehende Fertigstellung des ersten Bandes des Hauptwerkes ankündigte, ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten, die eine sofortige Drucklegung ungewiß erscheinen ließen.

In dieser Lage war es mir sehr willkommen, beim Verlage Ullstein warmes

Interesse für mein Werk zu finden. Verhandlungen, die ich mit Wissen des Hauses Ullstein noch mit anderen Verlegern führte, brachten das Ergebnis, daß keine Firma den Verlag meines zweibändigen Werkes ohne einen Zuschuß der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft übernehmen zu können erklärte. Ich schloß also mit dem Hause Ullstein ab, das grundsätzlich auf Zuschüsse verzichtet.

Mein Buch will erzählen; Forschung und Untersuchung sind die Voraussetzung dieser Erzählung; ich habe meine Aufgabe aber nicht darin gesehen, die Einzelheiten des wissenschaftlichen Bemühens als solche auszubreiten. Daß jede Angabe belegt ist, daß die bisherige wissenschaftliche Literatur, die ich seit Jahren kritisch verfolgt habe, verarbeitet wurde, darf als selbstverständlich gelten; Polemisches habe ich, soweit es unentbehrlich schien, in dem Anhang: „Belege und Verweise“ gebracht. Mein Buch will einfach erzählen, also nicht argumentieren, definieren, konstruieren; mein Buch will gelesen werden, und nicht nur von Fachleuten; es will das Gegenständliche anschauen, das geschichtlich Bedeutsame darstellen; es verschmäht nicht die Einzelheit, wenn sie bezeichnend ist, es spricht von Menschen und Einrichtungen, von Zuständen und Ideen, vom Schwergewicht des Überkommenen, von den vielen Möglichkeiten des politischen und sozialen Kampfes, aus denen die bunte Folge der wirklichen Ereignisse entstand, vom Sinne dieser ersten deutschen Revolution und vom Sinne des Revolutionsgedankens überhaupt. Ich habe das Ganze sehen und beschreiben wollen, also auch viel Kleines und manches letzte Große, jedenfalls etwas sehr Deutsches. Wem es gelingt, den Sinn einer Epoche zu deuten, dem enthüllt sich das gesamte Schicksal seines Volkes.

Einteilung und Verteilung des Stoffes bot manche Schwierigkeit. Vom österreichischen Kaiserstaate sind während der Revolutionszeit doch wohl auch die entscheidenden Antriebe für Deutschland ausgegangen; er selbst hing aber stark von außerdeutschen Ereignissen ab, die ich nicht neu zu durchforschen und darzustellen vermochte. Ich habe also die politische Verbundenheit Österreichs mit dem anderen Deutschland scharf herausgearbeitet, die Erzählung der österreichischen Geschehnisse selbst aber möglichst zusammengepreßt. Die Kleinstaaterei ist ferner gerade während der Revolutionszeit als der schwerste, als der eigentliche Fluch empfunden worden; ich habe sie geschildert in einem der Einleitungsabschnitte, ich habe ihre Entwicklung im Laufe der Revolution verfolgt, aber ich durfte mich nicht dabei verlieren und zersplittern. Das Wesentliche geschah eben doch in Frankfurt, Wien und Berlin. Geistes- und kulturgeschichtliche Dinge konnte ich nur als Skizze bringen; der Schwerpunkt lag für mich in Staat und Gesellschaft. Eine Sorge wurde für mich endlich die Vielfältigkeit der parlamentarischen Körperschaften; sie waren 1848/49 die Geschöpfe der Volksbewegung, entwickelten aber in merkwürdiger Weise ein geschichtliches Sonderdasein, lösten sich von dem aktiven Fortgang des Geschehens ab und mußten die Folgen solcher Isolation dann bitter genug tragen. Dies gilt vom österreichischen Reichs-

tage so gut wie von der Berliner Nationalversammlung, vor allem gilt es vom Frankfurter Parlament. Die Geschichte dieser Volksvertretungen, ihrer Fraktionen und Ausschüsse ist also eigentlich ein besonderes Problem in sich. So war es mir willkommen, daß meinem Kollegen Ludwig Bergsträßer 1928 die Erforschung der Geschichte des Frankfurter Parlamentes als spezielles Arbeitsgebiet übertragen worden ist; ich begrüße in diesem Unternehmen die erfreuliche Ergänzung meiner älteren, umfassenderen und von anderen Gesichtspunkten ausgehenden Aufgabe.

Den Gedanken, meinem Werke Bildmaterial beizugeben, habe ich sorgfältig erwogen, habe ihn aber dann fallen lassen. Um etwas zu bedeuten, hätte dies Material umfangreich sein müssen; das hätte aber den Text selbst gesprengt. Selbstverständlich ist mir das Material an Bildern, Karikaturen, Flugblättern und Plakaten für die Erforschung und Darstellung der Revolutionsgeschichte eine wertvolle Quelle gewesen; ich kenne es aus der Friedlaender-Sammlung der Berliner Stadtbibliothek, aus der Sammlung der Preußischen Staatsbibliothek und des Märkischen Museums in Berlin, sowie aus den Sammlungen des Potsdamer Reichsarchivs, des Historischen Museums der Stadt Wien, der Münchener Staatsbibliothek, der Frankfurter Stadtbibliothek und des Frankfurter Historischen Museums, des Marx-Engels-Instituts in Moskau, wo sich jetzt die unvergleichliche Helfertsche Sammlung aus Wien befindet. Auch Privatsammlungen habe ich benutzt, besonders die wertvolle Spezialsammlung für Berlin im Besitze des Herrn v. Königswald. Meine Absicht ist, den beiden Bänden meiner Darstellung einen Sonderband folgen zu lassen, der eine Reihe von charakteristischen und seltenen Blättern der Revolutionszeit mit Erläuterungen zusammenfassen soll. Ich bitte Besitzer von Privatsammlungen sich mit mir in Verbindung zu setzen. Der Sonderband soll auch ein Verzeichnis der wichtigeren Privatsammlungen bringen.

Archivalien habe ich nicht mit der Registraturangabe zitiert, da ich das für eine unnötige Belastung halte; sie können ja doch nicht wie gedrucktes Material nachgeschlagen, sondern müssen durch Beamte herausgesucht werden, denen allein die Registraturen zur Verfügung stehen. Die gedruckte Literatur seit 1850 habe ich zu einer Bibliographie zusammengestellt, und zwar nach alphabetisch geordneten Stichworten; innerhalb des Stichwortes sind Bücher und Zeitschriftenaufsätze getrennt, jede Gruppe ist aber in der Reihenfolge der Erscheinungsjahre aufgeführt. Nur so bekommt man einen wirklichen Eindruck von der Entwicklung der Forschung. Dies Prinzip ist neu; ich hoffe, daß es sich durchsetzen wird. Um die Bibliographie nicht zu sehr zu belasten, habe ich für die Literatur bis 1912 oft auf die achte Auflage der Quellenkunde der deutschen Geschichte von Dahlmann-Waitz verwiesen, mich aber befleißigt, auch dazu Ergänzungen zu bringen. Die Bibliographie erstrebt Vollständigkeit bei den Stichworten der Länder und Personen; bei Stichworten wie Geistesgeschichte, Sozialismus usw. will sie das Wesentliche geben. Ich habe den Kreis eher zu weit als zu

eng ziehen wollen und mich bemüht, gerade auch das Entlegene und Spezielle zu erfassen. Grenzfälle sind unter zwei Stichworten angeführt. Buchbesprechungen fanden nur ausnahmsweise Aufnahme. Am Schlusse des zweiten Bandes werde ich, wenn nötig, eine Ergänzung der Bibliographie bringen und bitte die Fachgenossen, mich auf Lücken aufmerksam zu machen. Nicht in Betracht kommt die Schriftenproduktion der Revolutionszeit selbst; es handelt sich um Literatur, die geschichtlich sein will. Ich werde den zweiten Band beenden durch einen „Kritischen Überblick über Quellen und Forschung zur Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49“. Dort wird auch ein Register über beide Bände des Werkes gebracht werden. Der Text des ersten Bandes ist am 1. November 1929 abgeschlossen, später Erschienenes ist aber noch in der Bibliographie aufgeführt und bei der Korrektur möglichst berücksichtigt.

Zu danken habe ich allen Leitern und Beamten der Archive, Bibliotheken und Museen, die ich habe benutzen dürfen, den Instituten, die mich gefördert haben, sowie manchem Fachgenossen und Bekannten, der mir Hinweise gab. Der Herr Präsident des Reichsarchivs Dr. h. c. Ritter Mertz von Quirnheim hat mich durch sein warmes Interesse an meinen Studien und seine stets bewährte Hilfsbereitschaft ebenfalls zu lebhaftem Danke verpflichtet.

Fräulein cand. hist. Theresia Adamczyk aus Osnabrück hat mir bei der Literaturbeschaffung, bei der Zusammenstellung der Bibliographie und beim Lesen der Korrekturen mit unermüdlichem Eifer geholfen; auch ihr herzlichen Dank.

Potsdam, 9. September 1930

Veit Valentin

Inhalt

Erster Abschnitt: Der österreichische Kaiserstaat.....	1
Die Dynastie. Fürst Metternich S. 3 • Die deutsche zentrale Leitung. Ungarn S. 5 • Erzherzog Stefan. Böhmen und Nebenländer S. 7 • Krakaus Schicksal. Galizien S. 9 • Niederösterreich. Steiermark. Erzherzog Johann S. 11 • Oberösterreich, Kärnten, Tirol. Lombardo-Venetien S. 13 • Die Zensur. Ausdehnung der Opposition S. 15 • Freiherr von Andrian. Die Kaiserstadt Wien S. 17 • Wirtschaftsnot, Kommunismus. Graf Kolowrat S. 19 • Kirchenpolitik. Die Staatskonferenz S. 21 • Russische Geldhilfe. Österreichs Fortbestand? S. 23.	
Zweiter Abschnitt: Die preußische Großmacht.....	24
Der Emporkömmlingsstaat. Preußen ein Kleindeutschland S. 25 • Das fünffache Verfassungsversprechen. Armee und Adel S. 27 • Die Erbschaft Friedrich Wilhelms III. Friedrich Wilhelm IV. S. 29 • Sein Verhältnis zu Kunst, Geschichte, Politik S. 31 • Eigensinn und Unberechenbarkeit S. 33 • Vergleich mit Wilhelm II. Bautätigkeit, Religiosität? S. 35 • Das christlich-universale Europa. Reichsstände S. 37 • Russischer Einfluß. Provinziallandtage S. 39 • Johann Jacoby. Ostpreußische und rheinische Opposition S. 41 • Die Brüder Saucken. Pfarrer Rupp S. 43 • Opposition städtischer Körperschaften. Der Deutschkatholizismus S. 45 • Unterdrückung der Lehrfreiheit. Die Zensur S. 47 • Die oppositionelle Presse S. 49 • Oberlandesgerichtsrat Crelinger; Bettina von Arnim; F. W. Schöffel S. 51 • Die Weberkatastrophe in Schlesien S. 53 • Eduard Pelz. Die politisch-soziale Bewegung in Berlin S. 55 • Der Polizeistandpunkt. Streikversuche S. 57 • Die Hungersnot in Oberschlesien und Ostpreußen S. 59 • Die Unruhen in Köln S. 61 • Einberufung des Ersten Vereinigten Landtages S. 63 • Ablehnende Kritik S. 65 • Die unglückliche Eröffnungsrede des Königs S. 67 • Die Haltung des Prinzen von Preußen S. 69 • Graf Arnim-Boitzenburg; von Bismarck-Schönhausen; Freiherr Georg von Vincke S. 71 • Camphausen; Hansemann; Fürst Lichnowsky S. 73 • Die Deklaranten. Die Duellfrage. Periodizität? S. 75 • Das Schuldenwesen. Finanz- und Steuernprobleme S. 77 • Die Judenemanzipation. Die Ostbahn S. 79 • Ende des Landtages; Enttäuschung auf allen Seiten S. 81 • Kritik Metternichs und Guizots. Die Kartoffelrevolution S. 83 • Berlins sozialer Aufbau S. 85 • Die einzelnen Stadtviertel. Der Geist des Berlinertums S. 87 • Salons und Lokale. Der Polenprozeß S. 89 • Preußens Verhältnis zur polnischen Revolution S. 91 • Krise der Außenpolitik. Preußens Isolation S. 93 • Preußisch-englische Allianz? Bunsen S. 95 • Verknüpfung der inneren Reform mit der Außenpolitik S. 97 • Neuenburg. Fürst Leiningen über Preußens Aufgabe S. 99.	
Dritter Abschnitt: Bayern.....	101
Bayern als steckengebliebene Großmacht S. 103 • König Ludwig I. S. 105 • Verhältnis zur deutschen Kunst. Der neue Katholizismus S. 107 • Gefährdung der Parität. Kraft des Altbayerntums S. 109 • Vernachlässigung des Militärs.	

Finanzpolitik S. 111 • Beschränkung der zweiten Kammer. Opposition der Reichsräte S. 113 • Biertumulte. Der Fall Eisenmann. Lola Montez S. 115 • Natur der Beziehung des Königs zu Lola S. 117 • Demission des Ministeriums Abel S. 119 • Kampf um das Indigenat. Erhebung Lolas zur Gräfin S. 121 • Bruch mit der klerikalen Partei. Außenpolitische Folgen S. 123 • Königin Therese. Abdankung oder Revolution? S. 125 • Fürst Wallersteins neues Ministerium. Zuspitzung des Skandals S. 127 • Haltung des Offizierskorps. Erregung der Öffentlichkeit S. 129 • Die Lolamontanen. Gründung der Alemannia S. 131 • Studentenkrawall. Schließung der Universität S. 133 • Gefahr blutigen Zusammenstoßes. Lolas Flucht S. 135 • Niederlage und Rachedurst des Königs S. 137 • Fortgang der Bewegung. Erschütterung der Dynastie S. 139.

Vierter Abschnitt: Die Kleinstaaterie 141

Kleinstaatliche Lebensform. König Wilhelm von Württemberg S. 143 • Der schwäbische Geist. Herrschaft der Schreiberkaste S. 145 • Maßregelung von Uhland, Pfizer, Mohl S. 147 • Die deutschkatholische Bewegung S. 149 • Die Kammeropposition. Unruhen in Ulm und Stuttgart S. 151 • Der badische Staat. Großherzog Leopold S. 153 • Macht der Beamtenschaft. Die beiden Kammern S. 155 • Die neurömische Bewegung. Beschwichtigungspolitik S. 157 • Welcker, Bassermann, Mathy. Die Deutsche Zeitung S. 159 • Struve und Hecker. Die Offenburger Versammlung S. 161 • Die Heppenheimers Versammlung. Besorgnis der Regierungen S. 163 • Polizeimaßnahmen von Bundes wegen S. 165 • Der neue Landtag 1847. Wirtschaftsnöte S. 167 • Hessen-Darmstadt. Gute Verwaltung. Der alte Großherzog S. 169 • Prinz Emil. Der Erbgroßherzog. Die russische Verwandtschaft S. 171 • Geist der Kammerverhandlungen. Hans v. Gagern, du Thil S. 173 • Klerikale Strömungen. Die Frage der Zivilhe S. 175 • Heinrich von Gagern S. 177 • Gagerns Konflikt mit Georgi. Neuwahlen 1847 S. 179 • Das Herzogtum Nassau. Die Waldwirtschaft S. 181 • Herzog Adolf. Spielbanken. Kirchliche Bewegung S. 183 • Gruppen der Kleinstaaterie. Kurhessen S. 185 • Die Verfassung von 1831. Der Kurprinz-Mitregent S. 187 • Geldgeschäfte. Verhältnis zu Ausland und Nachbarschaft S. 189 • Der Deutschkatholizismus. Die Fälle Murhard und Jordan S. 191 • Mißstimmung und Wirtschaftsnot. Tod des alten Kurfürsten S. 193 • Das Testament. Umsturz der Landesverfassung? S. 195 • Hannover. Die Trennung von England S. 197 • Das Staatsgrundgesetz von 1833. J. K. B. Stüve. König Ernst August S. 199 • Der Verfassungsbruch. Johann Hermann Detmold S. 201 • Das Schatzkolleg. Der Steuerverein. Oldenburger Konstitution S. 203 • Die russische Gesandtschaft in Hannover. Preußenfurcht S. 205. Der Fall Westphalen. Militärspielerei. Der blinde Kronprinz S. 207 • Braunschweig. Thüringen S. 209 • Kleinfürstentum. Erfurt. Fabrikwesen. Der Wald S. 211 • Der Domänenbesitz. Kritik der Weimarschen Stände S. 213 • Der alte und der junge Hof in Weimar S. 215 • Das Königreich Sachsen. Friedrich August II. S. 217 • Die Kammeropposition. Pressewesen S. 219 • Johannes Ronges Erfolge. Robert Blum S. 221 • Die Leipziger Unruhen. Prinz Johann S. 223 • Verfolgung der Literaten und Polen S. 225 • Der Fall Tyssowski. Nachteile der Industrialisierung S. 227 • Heimarbeiterelend. Agrarische Mißstände. Mecklenburg S. 229 • Adel und bürgerliche Ritter. Geistliche Residenzen S. 231 • Universitätsstädte. Reichsstädte. Lübeck S. 233 • Bremen. Bürgermeister Smidt S. 235 • Hamburgs weltstädtischer Geist S. 237 • Die Folgen des Hamburger Brandes. Frankfurt S. 239 • Charakter des Handels. Der Frankfurter Stil S. 241 • Verbundenheit mit deutschem Schicksal. Die Verfassung S. 243 • Verhältnis zum Bundestag. Deutscher Patriotismus S. 245.

Fünfter Abschnitt: Deutschland 246

Reife zum deutschen Staat. Typen politischen Willens S. 247 • Genie und deutsche Revolution. Heinrich Heine S. 249 • Das junge Deutschland. Der neue Typus des Schriftstellers S. 251 • Probleme der öffentlichen Meinung. Gutzkow, Laube, Mundt S. 253 • Die moderne Frau. Großstadtwesen. Gotthelf. Auerbach S. 255 • Stifter, Alexis. Revolutionsromane. Grillparzer, Freytag S. 257 • Hebbel. Die Posse als Zeitbild. Daumer. Geibel S. 259 • Anastasius Grün. Lenau. Karl Beck S. 261 • Die Böhmen. Hoffmann von Fallersleben. Freiligrath S. 263 • Georg Herwegh S. 265 • Kampf gegen Tyrannen und Philister. Parteibekennnis S. 267 • Das Flottengedicht. Deutsche Malerei. Die Nazarener S. 269 • Cornelius. Die Düsseldorfer. Schrödter, Kaulbach S. 271 • Porträtisten. Adolf Menzel. Spitzweg. Die Wiener S. 273. Alfred Rethel. Strauß, die Brüder Bauer, L. Feuerbach S. 275 • Max Stirner. Stahl. Dahlmann S. 277 • Ranke, Gervinus. Ruge, Krause S. 279 • Wissenschaftliche Behandlung des Sozialismus. Weitling S. 281 • Karl Grün. Moses Heß. Das westfälische Dampfboot S. 283 • Engels und Marx. Der Pariser Vorwärts S. 285 • Karl Heinzen. Stephan Born. Das Kommunistische Manifest S. 287 • Eingreifen des Staates? Vorschläge zur Sozialreform S. 289 • Vorherrschender Agrarcharakter. Der Mittelstand S. 291 • Die Aristokratie. Die dienende Schicht. Titel- und Geldpatriziat S. 293 • Wesen des Klassenkampfes in Deutschland S. 295 • Zersetzung des Mittelstandes. Pauperismus S. 297 • Proletariat, kein politisch selbstbewußtes Proletariat S. 299 • Bedeutung und Schwäche des preußischen Zollvereins. Friedrich List S. 301 • Nationaler Schutzzoll? Der Deutsche Bund S. 303 • Ausbau der Bundesverfassung? S. 305. Karlsbader Beschlüsse und Wiener Schlußakte S. 307 • Wehrverfassung. Kampf gegen die Freiheitsbewegung S. 309 • Wiener Schlußprotokoll. Zentraluntersuchungskommissionen S. 311 • Bekämpfung der Presse und der Vereine S. 313 • Die Mediatisierten. Schuldenwesen, Petitionen, Kulturfragen S. 315 • Reformvorschläge. Bundespressegesetz? S. 317 • Österreichs Versagen. Der Blick auf Preußen S. 319 • Fürst Leiningens Denkschriften. Radowitz S. 321 • Europäische Gegensätze: Autokratie und Demokratie S. 323 • Deutsche Aufgabe des demokratischen Gedankens S. 325 • Das monarchische Prinzip. Natur des deutschen Liberalismus S. 327 • Internationaler Fürstenkonzern. Internationale Freiheitsbewegung S. 329 • Italien und Polen. Grenzen des deutschen Volkstums S. 331 • Schleswig und Holstein. Der dänische Standpunkt S. 333 • Die Eiderdänen. Die Erbfolgefrage. Der Offene Brief S. 335 • Nationale Erweckung. Beginn der Revolution S. 337.

Sechster Abschnitt: Die Märzrevolution..... 338

Das Märzerlebnis. Der Glaube an das Wort S. 339 • Bassermanns Antrag. Die Bewegung in Baden S. 341 • Führertum und Arbeitsweise der Revolution S. 343. Bauernaufstand im Odenwald und Schwarzwald S. 345 • Die Offenburger Versammlung S. 347 • Die badische Kluborganisation. Württemberg S. 349 • Ministerium Römer-Pfizer. Unruhen auf dem Lande S. 351 • Gorçakovs Urteil. Ministerium Gagern S. 353 • Regentschaft des hessischen Erbgroßherzogs. Judenverfolgungen S. 355 • Der Zug der nassauischen Bauern nach Wiesbaden S. 357 • Sicherheitsausschüsse. Die Hanauer Volkskommission S. 359 • Die Marburger Adresse. Widerstand des Kurfürsten S. 361 • Das Osnabrücker Programm. Hannovers Petition S. 363 • Ministerium Stüve. Ruhe in Braunschweig S. 365 • Sozialrevolutionäre Gedanken in Thüringen S. 367 • Kampf zwischen Leipzig und Dresden S. 369 • Umschwung in Sachsen. Die Bewegung in den Hansestädten

S. 371 • Hamburgs honette Demokratie. Frankfurt S. 373 • Deutsche Hoffnung auf preußische Kaiserkrone S. 375 • Versammlung der Einundfünfzig. Mission Gagern-Lehrbach S. 377 • Schritte des Bundestags. Plan eines Fürstenkongresses S. 379 • Graf Dönhoffs Politik. Gesandtenkonferenz? S. 381 • Duschs Appell an Preußen. Zögern in Berlin S. 383 • Mission Gagern-Lehrbach in Stuttgart und München S. 385 • Fürst Leiningens Briefe an König Ludwig S. 387 • Krise am 4. März. Kampfministerium Wrede S. 389 • König Ludwig gibt nach. Wallersteins Entlassung S. 391 • Neue Minister. Lola erscheint wieder S. 393 • Appell an König Ludwigs deutsche Großherzigkeit S. 395 • König Ludwigs Abdankung. Die Bewegung in Franken S. 397 • Wirkung der Revolution auf Metternich und Österreich S. 399 • Die vier Gruppen der Opposition in Wien S. 401 • Sturm in der Ständerversammlung. Straßenkrawalle S. 403 • Diktatur Windischgrätz? Metternichs Sturz S. 405 • Volksbewaffnung. Preßfreiheit. Kampf um die Konstitution S. 407 • Ungarn, Italiener, Slawen. Erzherzog Johann S. 409 • Gefahr für Groß-Österreich. Preußens günstige Lage S. 411 • Die Landtagsausschüsse. Russischer Einfluß S. 413 • Front gegen die Revolution. Militärische Maßnahmen S. 415 • Landtags-Periodizität. Bewegung in Köln S. 417 • Tiergartenversammlungen. Das Arbeiterelement. Agitationsformen S. 419 • Börsenkrise. Petitionen. Erste Zusammenstöße S. 421 • Ablehnung des deutschen Parlaments. Militär-Ausschreitungen S. 423 • Eindruck der Wiener Revolution. Widerstand des Prinzen von Preußen S. 425 • Der 18. März. Die beiden Patente. Militär soll abziehen! S. 427 • Die beiden Schüsse. Zweifacher Zufall? S. 429 • Der Ausbruch. Sinn und Art des Revolutionskampfes S. 431 • Entstehung der Barrikaden. Die Waffen des Volkes S. 433 • Führer, Helfer, Mitläufer. Grad der Erbitterung S. 435 • Wirkung auf den König. Vermittlungsversuche S. 437 • Die militärische Lage: unentschiedener Kampf S. 439 • Der 19. März. Statt bedingten Abzugs, völliger Abzug! S. 441 • Rolle des Generals v. Prittwitz. Mißhandlung der Gefangenen S. 443 • Zahl der gefallenen Soldaten und Volkskämpfer S. 445 • Leichenschau im Schloßhof. Sieg der Revolution S. 447 • Flucht des Prinzen von Preußen. Der Polenzug S. 449. Ministerium Arnim-Boitzenburg. Umritt des Königs S. 451 • Schwarzrotgoldne Pläne. Gegenrevolution? S. 453 • Begräbnis der Märzgefallenen. Loyale Volkstimmung S. 455 • Politisches Taumeln. Volksforderungen in Köln und Breslau S. 457 • Die Erhebung der Herzogtümer Schleswig und Holstein S. 459.

Siebenter Abschnitt: Die Aprilrevolution 461

Bedeutung des 18. März. Ablehnung des preußischen Königs S. 463 • Gedanke einer provisorischen Zentralgewalt S. 465 • Kaiserkrone oder föderative Republik S. 467 • Zusammentritt des Vorparlamentes S. 469 • Drohender Freischareneinfall. Franzosenlärm S. 471 • Struves sozialrevolutionäres Programm S. 473 • H. v. Gagens Abwehr. Vorbereitung der Nationalversammlung S. 475 • Kampf um die Permanenz. Spaltung? S. 477 • Soziale Forderungen. Volksrechte. Auslandsdeutsche S. 479 • Parteigruppen. Republikanische Kundgebungen S. 481 • Die Deutschen in New York. Zersetzung in Baden S. 483 • Rüstungen der deutschen Legionen in der Schweiz S. 485 • Herweghs Pariser Demokratenlegion S. 487 • Herweghs Angebote. Friedrich Hecker zögert S. 489 • Ficklers Verhaftung. Hecker schlägt los S. 491 • Struve in Donaueschingen. Sigels Seekolonie S. 493 • Gedanke des Parlamentsheeres. Friedrich v. Gagern S. 495 • Der Zusammenstoß bei Kandern S. 497 • Gefecht bei Freiburg. Unruhen in Mannheim S. 499 • Ende des Putsches. Frankreichs Rolle S. 501 • Ausländischer Einfluß? Stellung der französischen Regierung? S. 503 • Ruhe in Altbayern. Preußenhaß S. 505 • Der

König von Württemberg wünscht Terror S. 507 • Gärung am Rhein und Main. Volksrat in Hanau S. 509 • Tätigkeit der Bürgerausschüsse. Zerstörungsakte S. 511 • Das rheinische Kommissariat. Die Garde-du-korps-Nacht S. 513 • Der Fünfziger-Ausschuß. Verhältnis zu Österreich S. 515 • Verhältnis zu Preußen und zum Bundestag S. 517 • Der Verfassungsentwurf der Siebzehner S. 519 • Deutsches Einschreiten in Schleswig-Holstein S. 521 • Idee der Volksbewaffnung. Flottengedanke S. 523 • Polenfrage. Teilung von Posen S. 525. Bundesoberfeldherr? Reichsverweser? S. 527 • Plan des Triumvirats. Lepels Promemoria S. 529 • Auffrischung des Bundestags. Kritik am Fünfziger-Ausschuß S. 531 • Das kommunistische Programm. Borns Arbeiter-Organisation S. 533 • Berliner Klubs. Ministerium Graf Arnim S. 535 • Der Zweite Vereinigte Landtag. Finanzlage S. 537 • Posener Wirren. Danzigs deutsches Bekenntnis S. 539 • Willisen und Colomb. Herzogtum Gnesen S. 541 • Preußisch-französische Polenpolitik S. 543 • Krieg mit Rußland? Russische Rüstungen S. 545 • Russischer Druck. Preußens Zurückweichen in Schleswig S. 547 • Preußens Kern unerschüttert. Österreichs Staatskrise S. 549 • Ungarn und Italien. Der Austroslawismus S. 551 • Wiener Aula und Nationalgarde S. 553 • Revolutionäre Körperschaften. Pillersdorf S. 555 • Revolutionstheater. Klubs. Antiklerikalismus S. 557 • Geist des Provisoriums. Deutsche Pläne Friedrich Wilhelms IV. S. 559 • Das erwachte Deutschland. Die neue Lebensform S. 561 • Verlegenheit der Fürsten. Sprache der Zeit S. 563 • Glaube und Zweifel am deutschen Parlament S. 565 • Jugendrausch. Die erste Massenbewegung S. 567.

Belege und Verweise..... 569

I. Der österreichische Kaiserstaat S. 569 • II. Die preußische Großmacht S. 571 • III. Bayern S. 578 • IV. Die Kleinstaaterie S. 582 • V. Deutschland S. 587 • VI. Die Märzrevolution S. 591 • VII. Die Aprilrevolution S. 602.

Bibliographie 611

Allgemeine Darstellungen S. 611 • Ernst Moritz Arndt S. 612 • Augusta und Wilhelm von Preußen S. 613 • Außenpolitik S. 613 • Baden S. 614 • Bayern S. 616 • Der junge Bismarck S. 617 • Blum, Robert S. 618 • Braunschweig S. 618 • Bremen S. 618 • Camphausen, Ludolf S. 618 • Dahlmann, Fr. Chr. S. 618 • Deutscher Bund, Siebzehner, Vorparlament, Fünfziger-Ausschuß S. 619 • Flüchtlinge S. 619 • Frankfurter Parlament und Frankfurt S. 619 • Freiligrath S. 624 • Friedrich Wilhelm IV. S. 624 • Gagem, Vater und Brüder S. 625 • Geistesgeschichte S. 626 • Gerlach, Brüder S. 626 • Gervinus S. 627 • Hamburg S. 627 • Hannover u. Oldenburg S. 628 • Hartmann, Moritz S. 628 • Haym, Rudolf S. 629 • Herwegh, Georg S. 629 • Hessen-Darmstadt S. 629 • Erzherzog Johann S. 629 • Jordan, Sylvester S. 630 • Katholische Bewegung S. 630 • Kinkel, Gottfried S. 631 • Kurhessen S. 631 • Liberalismus — Demokratie S. 632 • List, Friedrich S. 633 • Lübeck S. 634 • Ludwig I. von Bayern S. 634 • Mathy, Karl S. 634 • Mecklenburg S. 634 • Metternich S. 635 • Montez, Lola S. 635 • Nassau S. 636 • Nation — Nationalstaat — Nationalismus S. 636 • Österreich S. 637 • Großherzogtum Posen S. 641 • Preußen S. 642 • Radetzky S. 648 • Radowitz S. 648 • Ranke als Politiker S. 649 • Rheinland S. 649 • Sachsen S. 651 • Schlesien S. 652 • Schleswig-Holstein S. 653 • Schweiz S. 655 • Sozialismus — Kommunismus — Arbeiterbewegung S. 655 • Stahl, Friedrich Julius S. 658 • Stüve S. 658 • Thüringen S. 658 • Uhland S. 659 • Ungarn S. 660 • Vischer, Friedrich Theodor S. 660 • Wagner, Richard S. 660 • Wirtschaftsgeschichte S. 661 • Westfalen S. 661 • Württemberg S. 662.

Die fortlaufenden Anmerkungsnummern im Text
beziehen sich auf den Abschnitt Belege und
Verweise S. 569 bis 610

Erster Abschnitt

Der österreichische Kaiserstaat

*Verflucht sei, wer nach schlechtem Rat,
Mit überfrechem Mut,
Das, was der Korse-Franke tat,
Nun als ein Deutscher tut.*

Goethe

Der k. k. Erste Oberhofmeister Graf Dietrichstein übergab am 5. Mai 1847 dem Pater Guardian des Kapuzinerklosters die Leiche des Erzherzogs Karl mit den Worten:

„Empfangen Sie, hochwürdiger Guardian, den Leichnam Sr. Kaiserlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl von Österreich, des ritterlichen Prinzen ohne Furcht und Tadel, dessen hohe Tugenden allgemeine Liebe und Verehrung aller erweckten, und der unsterblich als heldenmütiger, ruhmgekrönter Feldherr in den dankbaren Herzen aller Untertanen des Kaiserreichs und in allen deutschen Herzen immer fortleben wird¹⁾.“

Das Begräbnis des Erzherzogs Karl war die letzte große Schaustellung des alten Österreich. Schon gab es ein neues: im Kaiserstaate regten sich die Völker.

Der Sieger von Aspern Erzherzog Karl war wohl der Besiegte von Wagram geworden; aber sein Name hatte doch weitergeleuchtet über allen guten Hoffnungen Österreichs, Deutschlands, Europas. Er hatte einst statt des steifstirnigen Franz Kaiser werden sollen; der Absolutismus galt ihm als eine überlebte Staatsform, dem „Zeitgeiste“ hätte er gerne sein Österreich versöhnt. Umsonst hatte er sich gegen Erschlaffung und Desorganisation gewehrt — er blieb einflußlos, stets zurückgedrängt und mit Mißtrauen behandelt. Seit Maria Theresia und Kaiser Josef II. hat es immer wieder in Österreich den heiligen Eifer zum Schaffen und Bessern gegeben. Kaiser war aber kein schöpferischer Geist mehr geworden. Der bigotte Despot Kaiser Franz gewann wohl mit gemüthlichem Wienerisch brave Bürgerherzen — unter seiner vielbeflissenen ängstlich-engherzigen Hofratsfürsorge wurde aber alles kalt und klein, starr und lahm, und Kaiser Ferdinand, sein Nachfolger, war ein geschwätziger, durchaus nicht immer harmloser Trottel, der als das „regierende Symbol“²⁾ die Krone zum Gespött machte. Niemals hätte der Epileptiker den Thron besteigen dürfen; nur altbewährte deutschösterreichische Geduld und Gutmütigkeit blieb dabei monarchisch. „Großer Gott“, schrieb die Kaiserin von Rußland, nachdem sie diesen Kaiser Ferdinand kennengelernt hatte, „ich hörte viel von ihm, von seiner kleinen

¹ Valentin, Revolution I

häßlichen vermickerten Gestalt und seinem großen Kopf ohne Ausdruck, als den der Dämlichkeit, aber die Wirklichkeit übersteigt doch alle Beschreibung³).

Nicht Franz, nicht Ferdinand waren Österreichs Schicksal. Österreichs, Deutschlands, Europas Schicksal hieß durch Jahrzehnte Metternich. Gestalt und Werk dieses Mannes geben der revolutionären Bewegung von 1848/49 ihren Sinn: gegen seine Art, gegen seinen Geist, gegen seine Prinzipien, gegen sein „System“ hat sie sich gewandt. Wer ihn rechtfertigt, verurteilt die Revolution; wer die Revolution rechtfertigt, verurteilt ihn. Beide sollten verstanden werden.

Zwei Generationen deutscher, italienischer, slawischer Jugend haben in dem Namen Metternich alles gehaßt, was ihnen hassenswert erschien. Grillparzers und Lenaus Fluch traf sein System. Bis auf unsere Tage saß er unter den Verdammten. Das neue europäische Gefühl der Nachkriegszeit hat ihn erlösen wollen⁴). Wie steht es in Wahrheit um Metternich?

„Der Rhein fließt in meinen Adern“, schrieb der alte Fürst, als er, kurz vor dem Tode, von seinem Johannisberge zum letztenmal hinabschaute. Rheinländer aus dem alten Reiche war er auch in Wien geblieben, trotz aller Staatskanzlergravität: leichtlebig und bezaubernd, redelustig und geschmackvoll — als Politiker europäisch-universal. „Fin, faux, fanfaron“, nannten ihn die Universitätsgenossen — lebenswürdig bis zu weicher Nachgiebigkeit, sehr begabt, aber noch eitler als begabt. Die französische Revolution von 1789 raubte dem Grafengeschlecht der Metternich wie manchem andern Heimat und Eigentum: mußte er diese Revolution nicht hassen? Mußte er nicht die konservative Stetigkeit lieben, wie er sie in England fand? Selbstbestimmung der Völker, Freiheit der Nationen, Demokratie — er sah darin nur Zerstörung des Gewordenen, Hemmnis ruhiger Fortentwicklung; auf die revolutionäre Forderung, auf ihre kriegerische Unruhe gab er nur die eine Antwort, die schon die Professoren des jungen Metternich lehrten: Pax Christiana, Europäische Republik.

Metternich besiegte Napoleon. Er studierte den Schicksalsmenschen der Epoche mit ruhiger Tücke, zäh, glatt, nüchtern. Er litt nicht unter ihm, er bäumte sich nicht heroisch, ohne Vorsicht, voll Zornes gegen den Kaiser auf wie es der Freiherr vom Stein tat. Metternich war schon frühe der Meister des wohlberechneten nächsten Schrittes; er war weder sehr mutig noch halbwegs energisch, er liebte zweideutige Sprache und jede Art Umweg, er hatte Hochachtung vor den Mächten des Geldes und der Gesellschaft, vor allem glaubte er an sich selbst. Er temporisierte und finassierte, er spielte gegen, mit und um Napoleon, lange, allzu lange, so daß man schließlich nicht wußte, wer betrogen werden sollte.

Und er besiegte den blutigen Heros, er, der Mensch des Salons, der Frauenfänger, der leichtsinnige, spielerische Taktiker, er, der gehaßt wurde von allen seelisch Vertieften, von allen sittlich Ernstern und politisch wahrhaft Gläubigen. Nicht diese alle, sondern er erreicht, was er will: einen mächtigen österreichischen Kaiserstaat, aufragend über Deutschland, Italien und den Slawen, das Herz eines antirevolutionären Mitteleuropa, mit Rußland und England verbunden, ent-

schlosser, Frankreich abzuwehren und Preußen klein zu halten. Gleichmütig ließ Metternich Elsaß und Lothringen den Franzosen, gleichmütig verzichtete er auf die alte rheinische Stellung des Hauses Habsburg: die Konzentration war ihm wichtiger. Der Kaiserstaat war selbst ein Kleineuropa, durch den Deutschen Bund und die Heilige Allianz machte sich dies Kleineuropa zum Schwerpunkt des größeren Europa; der kaiserliche Name setzte im neuen Universalismus den alten fort. Heilig und römisch hatte das untergegangene Reich geheißen: heilig und römisch auf eine besondere neue Art war nun das System des Kaiserstaates Österreich: es war die Gegenrevolution selbst.

Metternich beobachtete gern die Spinnen und bewunderte die grausame Klugheit ihres Fadenwerkes. So wob er selbst sein Netz über das, was seine Welt war, seit dem Fürsten Kaunitz wieder der erste Hof- und Staatskanzler, nobel und nonchalant, feinste Blüte seiner Zeit und seiner Klasse, auf dem Gesicht das zur Gewohnheit erstarrte Lächeln; beim seltenen Lachen erschreckte eine mephistophelische Grimasse. Blaß blaute der milde Blick und blitzte nur selten aus der höflichen Maske; klanglos näselte die Stimme, im Alter immer endloser dozierend und perorierend; beim Greise ist die Lippe fast habsburgisch geworden.

Was *esprit* und *raison* leisten können, hat Metternich geleistet, in dem das achtzehnte Jahrhundert stets mächtiger blieb als das neunzehnte. Immer war er in Geschäften, die Geschäfte lebten in ihm. Wie leicht faßte er auf, was ihm zugetragen wurde, nicht nur den Stoff, auch die Gedanken anderer; anmutig formte sich ihm schnell, überschnell das Bild der Lage, er improvisierte gern und gut, und so hatte der ewig Beschäftigte immer viel Zeit, Zeit für Menschen und Anekdoten, für Reisen, Bücher, für jede Art Genuß, für Kuriositäten, ja für den Ernst der Naturwissenschaften, aus deren Studium er gerne seine Bildersprache bestritt. Er hatte viel Erfolg, der Erfolg schien ihm alles zu beweisen, und so sah sich der Meisterdiplomat auch als Strategen und Historiker an; die Naivität dieser Selbstüberschätzung zeigt die Grenze der Persönlichkeit. Lüstern und listig nahm er, was er bekommen konnte, und sprach erbaulich von seinem warmen Herzen — im Grunde war er ein Virtuos der Nüchternheit, ein großer kalter Prosaiker des Erhaltens, ein hochmütig Besitzender, der alle Besitzenden schützte und heiligte, ein aufgeklärter großer Herr, dem alles Warme und Junge, alles geheimnisvoll Mystische, alles pathetisch Gewaltige, alles naturhaft Gläubige, alles Unterdrückte und Besessene tief zuwider war.

Metternich war kein „Sozialkonservativer“, wie später Disraeli und Bismarck, sondern ein Reaktionär, der geistigste und eleganteste freilich unter allen Reaktionären der Zeit. Er führte den großen Gegenschlag gegen die Aktion der Revolution; aber die Revolution schlug wieder und fegte ihn fort. Mag er Technik, Wirtschaft, Verkehrsmittel befördert haben — er tat es als Nachfahr des alten Polizeistaates. Jedes Neue in Österreich wurde nach Möglichkeit unterdrückt; freilich war dies Neue viel zu bunt und stark, um die Unterdrückung zu ertragen.

Metternichs Außenpolitik erhielt den Frieden, so heißt es. Ihr Höhepunkt lag

aber vor der Julirevolution. Als Kongreß auf Kongreß folgte, in den zwanziger Jahren, da gab es ein politisch aktives, legitimistisches Europa, das gegenüber jeder nationalen und liberalen Regung einig war. Aber von Griechenlands Freiheitskampf kam der Umschwung. England wandte sich ab vom „System“. Metternich hat dann, aus einem sehr richtigen Gefühle heraus, Krieg gegen das Frankreich der Julirevolution führen wollen. Erzherzog Karl bewies damals, daß der Krieg für Österreich bei seinem Defizit und seiner verwahrlosten Armee unmöglich war. Damals ist Metternichs System eigentlich schon im Innersten zerborsten. Die Zeit bis zum Ausbruch der Revolution von 1848 war die Gnadenfrist eines noblen Scheindaseins nach dem Bankrott — sie war reich genug an Demütigungen und Niederlagen zwischen Augenblickserfolgen. Einem scharfen Beobachter wie dem preußischen Gesandten Grafen Arnim konnte diese tiefe innere Schwäche Metternichs und seines Systems nicht entgehen. Er schrieb ein halbes Jahr vor dem Ausbruch der Revolution von 1848⁵⁾:

„Der Mann, in dem sich die Macht Österreichs zentralisiert, geht dem Grabe entgegen. Die alte Geisteskraft ist gebrochen, und steht er als Diplomatiker auch noch auf seinem Höhepunkt, wenn auch nur anscheinend vor der Welt, so ist er nicht mehr Staatsmann und Staatsverwalter genug, um den Bedingungen der Gegenwart zu genügen. So manche Kränkung hat er neuerdings erlitten, Kombinationen sind gescheitert, alte Widersacher, zu denen der Staatsminister Graf Kolowrat gehört, sind von dem Kaiser durch Besuche und andere Dinge ausgezeichnet worden — alles dies verbittert die letzten Tage seines glorreichen Lebens und macht ihn hinfälliger, als er es unter andern Umständen wäre.“

Gegenüber dem mächtigen Neuen, das in Europa und auch in Österreich aufkam, versuchte Metternich sich und andere durch eine Reihe im Grunde dürftiger Leitsätze zu trösten. Nach außen seelenruhig und würdevoll, als hochkultivierter Weltmann immer noch imponierend, hoffte er mit seiner lässigen, biegsamen Geschicklichkeit sich immer noch oben halten zu können, ein Taktiker der Schwäche. Die Zeitgenossen haben dies Kleine an dem mächtigen Manne sehr wohl herausgefühlt, das er so raffiniert hinter großen Leitsätzen zu verbergen wußte: Überall, so setzte er etwa dem bayrischen Gesandten im April 1847 auseinander⁶⁾, handelte es sich heute um so erschreckende Fragen, Fragen von solch gewaltiger und beklagenswerter Tragweite, daß nach seiner, des Staatskanzlers, Ansicht die Einzelmenschen wie kaum wahrnehmbare Atome verschwänden; er seinerseits wolle sich sehr wohl hüten, irgendeines einzelnen Namen, wäre es nur sein eigener oder der eines beliebigen andern, dahinein zu mischen: seiner Meinung nach handelte es sich vor allem um das Prinzip — es drehe sich um den Weltfrieden, der um jeden Preis erhalten werden müsse.

Der österreichische Kaiserstaat Metternichs war ein Kleineuropa, das das Herz Großeuropas sein wollte — ein Kleineuropa unter deutscher Leitung, mit den deutlichen Zeichen deutschen Hegemonieanspruches. Nur weil Metternich das ganze Deutschland so lange hinter sich zu bringen wußte, vermochte er seine

europäische Stellung zu behaupten. Wenn sich Deutschland gegen den Kaiserstaat Österreich stellte, dann war die Krise da. Im Juli 1847 entwickelte der Staatskanzler dem preußischen Gesandten Grafen Arnim sehr charakteristisch seine Ansicht der Dinge⁷⁾: das französische Kabinett hat Österreich eine italienische Macht genannt und daraus sein eventuelles Interventionsrecht gefolgert; Österreich hat wohl italienische Provinzen, aber es ist keine italienische Macht. Es gäbe, meinte der Fürst, nur drei Nationalitäten, die deutsche, die romanische und die slawische Nationalität. „Österreich ist ein Reich, das unter seiner Souveränität Völker von verschiedenen Nationalitäten umfaßt, aber als Reich hat es nur eine Nationalität. Diese ist die deutsche — sie ist es durch die Geschichte, sie ist es als Knotenpunkt seiner Provinzen, sie ist es durch ihre Zivilisation.“ (Aus dem französischen Original übersetzt.)

Wenn sich alle lebendigen Kräfte im Kaiserstaate wenden mußten gegen die patriarchalische Zentralvormundschaft, dann kämpften sie zugleich gegen das Deutschtum, das sie trug. Und wenn dies Deutschtum selbst freiheitlich sein wollte, dann mußte es die Grundlage des Kaiserstaates erschüttern. In diesem verschlungenen Widersinn liegt die schärfste Anklage und auch die einzige Rechtfertigung Metternichs und seines Systems.

Die Ungarn rechnete der Fürst bei jenem Ausspruch nicht unter die Nationen. Ungarn war eine Sache für sich. Hier war die stärkste Opposition, hier war ein wahrhaft lebendiges Verfassungsleben⁸⁾. Verachtet und gehaßt war die Regierung, trotz aller materiellen Fürsorge. Metternich liebte es, sich als den letzten wahren Freund Ungarns verehrt zu sehn — er war ein Freund des hohen ungarischen Adels, und er verteidigte die ungarische Verfassung deshalb, weil sie ein Schutzwall des hohen Adels gegen die „Demokratie“ war⁹⁾. Um an die aufstrebenden Stände keine Zugeständnisse machen zu müssen, wurde das Urbarialgesetz im Reichstag von 1832—36 von der Regierung zurückgewiesen — jedes Vertrauen war dadurch verloren. Als Kossuth sich persönlich bei Metternich um ein Zeitungsprivileg für seinen Pesti Hirlap bemühte, wurde er abgewiesen. Vergebens hatte der kluge Graf Széchényi dem Staatskanzler geraten, Kossuth „entweder auszunutzen oder aufzuhängen“. Kossuth gründete gegenüber der österreichischen Ausbeutung durch Industrieinfuhr den Schutzverein, der seine zahlreichen Mitglieder verpflichtete, den Bedarf nur mit ungarischen Waren zu decken. Ein Sturm war in diesem Menschen, der die ganze Nation aufwühlen sollte. Und Deak entwickelte sein leidenschaftlich patriotisches Programm gegen die „Einheit des Regierungssystems“ in Wien als die schwerste Gefahr des nationalungarischen Verfassungslebens. Metternich hoffte mit Hilfe der ungarischen Magnaten durch eine rein äußerliche Regierungsmechanik das Land in der Hand zu behalten. Das magyarische staatliche Selbstbewußtsein wurde als solches durchaus nicht bedroht, sondern befördert — den Kroaten wurde etwa das alte Recht, die lateinische Sprache im Parlament zu gebrauchen, nach langen erbitterten Kämpfen versagt, sie sollten magyarisch sprechen. Dagegen wurde der Illyrismus, jene „erste

mächtige Betätigung des Gemeinschaftsgefühls“ der Jugoslawen, unter kroatischer Führung als Kulturbewegung unterstützt; er befruchtete freilich rasch genug die leidenschaftliche kroatische Nationalbewegung, sehr zum Verhängnis des Magyarentums¹⁰⁾. 1847 ging Erzherzog Stefan als Statthalter nach Ungarn. Er hatte die Stellung eines Palatins nach der ungarischen Verfassung verlangt — die Reichsstände wählten ihn dann dazu im November 1847, und Wien mußte zufrieden sein. Es gelang durchaus nicht, alle königlichen Positionen durchzubringen. Die Regierung war nicht imstande, eine Mittelpartei zu bilden, auf die sie sich hätte stützen können. Die Opposition des kleinen Adels und des Bürgertums erfüllte sich gerne mit dem modernen Staatsideal des europäischen Westens, sie verlangte für Ungarn die Rolle Englands — noch waren die elementarsten Voraussetzungen nicht gegeben, wie die Ablösung der bäuerlichen Lasten. Das Stimmrecht der Städte war noch ungeregt. Gerade der ständische Charakter des Parlaments war aber dem Fürsten Metternich teuer, — wenn er dann noch den materiellen Wohlstand förderte, hoffte er die Ruhe erhalten zu können in dieser Vorhölle der Revolution, wie er Ungarn einmal genannt hat. Einig war Ungarn damals nur in der Begeisterung für den neuen Palatin; schnell wurde er das Idol der Nation, und überall empfing man ihn mit einem beispiellosen Enthusiasmus. Er sah gut aus, kannte das Land und die Sprache; gerne erblickte man in ihm den Nachfolger seines Vaters, des Palatins Joseph, den geborenen ungarischen König. War es erstaunlich, daß all diese Begeisterung in dem schwachen und eiteln Erzherzog den Ehrgeiz weckte? Schon regte sich die Eifersucht des Wiener Gouvernements. Freilich — es gab noch einen andern Habsburger, der ungarisch sprechen konnte. Der junge Erzherzog Franz vertrat den Palatin einmal im Oktober 1847 beim Oberkomitat in Pest durch eine Anrede in ungarischer Sprache — und „erledigte diese Kommission sehr gut“¹¹⁾. Es war der spätere Kaiser Franz Josef.

Erzherzog Stefan war vorher Landeschef in Böhmen gewesen. Hier hatte der Landtag ein Scheindasein durch lange Zeit geführt; aber in den vierziger Jahren entwickelte sich eine Opposition, die Metternichs Mißtrauen erweckte, besonders in Rücksicht auf die gefährliche Nähe Preußens¹²⁾. Der Ton der Stände wurde merkwürdig scharf, sie wollten die Ausgaben kontrollieren, verlangten das Recht der Steueraushebung, beanspruchten die Landesämter ausschließlich für die ansässigen Mitglieder des Herrenstandes. Graf Wurmbrand bezeichnete volle Redefreiheit, öffentliche Tagung und Pressefreiheit als nötig für die Stände. Fürst Lamberg beantragte sogar Budgetrecht der Stände, Reduktion der Beamtenherrschaft, Vereinfachung des Gerichtsganges, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichts. „Böhmen muß regiert werden“, erklärte Metternich — zuerst wollte er gar keinen Erzherzog hinschicken, um dem böhmischen Sonderbewußtsein kein Zugeständnis zu machen. Nun bezeichnete sich gar eine Deputation der böhmischen Stände, die nach Wien ging, als „Volksvertreter“. Metternich setzte durch, daß dies unheimliche Wort aus der Anrede der Stände verschwand. Als

sich die Stände 1845 beschwerten, man berücksichtige bei der Besetzung der landesfürstlichen Stellen ihre alten Privilegien nicht, kam als Antwort eine scharfe Betonung der königlichen Prärogative. Die Debatten der Stände wurden jetzt so lebhaft, daß Fürst Karl Schwarzenberg sagte, man werde noch Pistolen und Säbel mit in die Landstube bringen müssen¹³).

Die Stände gewannen öffentliche Sympathien, weil sie Fragen der praktischen Wirtschaft in Angriff nahmen, wie Pferdezucht, Leinenindustrie, die Gründung einer Hypothekenbank. Den königlichen Städten wurden sieben Virilstimmen zuerteilt — ein recht bescheidenes Zugeständnis an das Bürgertum. Um den Großgrundbesitz zu ärgern, entschloß sich die Regierung aber, eine neue Steuerverteilung zu Gunsten der „Rustikalisten“, des gebundenen Bauerntums, zu Ungunsten des Dominikats durchzuführen. Die Antwort war 1847 die Ablehnung bzw. bedingte Bewilligung von 50 000 Gulden, die die Regierung von repartierten Steuern beanspruchte — die oppositionelle Majorität war dabei durch elf Stimmen des Herrenstandes gebildet¹⁴)! Die Triebkraft der Opposition kam aus der tschechischen Bewegung, die, seltsam genug, von Herders Ideen entzündet, der deutschen romantischen Selbstbesinnung so tief verwandt und verpflichtet war. Metternich wollte diesen nationalen Teil nicht hemmen, solange er sich auf das geistige Gebiet beschränkte. Gerade das tat er nun durchaus nicht. Der Slawismus in Böhmen glühte von politischen Zeitideen viel mehr als die Sprachbewegung der Kroaten und Illyrier, wandte sich aber zunächst nicht gegen den Kaiserstaat, sondern suchte den Böhmen ihr altes Recht zu schaffen innerhalb der Monarchie. Metternich ließ den Tschechismus überwachen. Er verbot die Errichtung einer böhmischen Walhalla — Lehrkanzel, Museum, Zeitschriften, ein Verlag bestanden schon lange. Der Tschechismus sei wie Bohnensalat in Cholerazeiten, meinte der Staatskanzler — sonst harmlos, müsse er eine Gefahr werden in den Zeiten der Aufregung. Die Grafen Leo und Josef Mathias Thun traten damals in die Reihen der slawischen Vorkämpfer. Wenn Karl Hawlíček in der offiziellen Prager Zeitung unter der Rubrik „Irland“ die Leiden eines geknechteten Volkes schilderte, erzitterte bei seinen tschechischen Lesern zorniges Verstehen¹⁵). Schon gab es ja in den neuen Industriegebieten Elend genug. Von weither wurden tschechische Kinder dorthin als Arbeitskräfte verfrachtet; in manchen Dörfern zählte ein Bett zu den Luxusgegenständen. Die Arbeitszeit betrug 13 bis 14 Stunden. Es gab 1845/46 in Böhmen allein 211 Baumwoll- und Papierfabriken, in denen 5306 Männer, 4863 Frauen und 1522 Kinder beschäftigt waren. Schon 1839 fand ein Maschinensturm statt, 1844 sah Reichenberg eine richtige Arbeiterrevolte. Franz Eggert wurde der Führer der böhmischen Arbeiterschaft¹⁶).

Die Krone ist die Einheit des Reiches, die einzelnen Nationalitäten, die einzelnen Stände müssen zusammenwirken zu gemeinsamen Staatszwecken — das war die Wiener Weisheit. Was konnte, was sollte sie auch anderes sagen? Metternich versuchte Böhmen durch die deutschen Beamten und Lehrer, Ungarn durch den ungarischen Adel zu beherrschen; in Galizien stützte

er sich auf die Bauern. Die österreichische Regierung hatte hier kurz nach den Teilungen Polens die Leibeigenschaft aufgehoben — das Landvolk war also für Wien, während die „Schlachta“ mit ihrem Anhang die nationalpolnische Revolution förderte. Krakau hatte sich zur Zentrale des Schmuggels mit preußischen Waren nach Russisch- und Österreich-Polen entwickelt. Ebenso kamen aber die österreichischen Waren auf diese Weise nach Preußen. Die Mailänder Seide wurde auf den Breslauer Markt geworfen und drückte die Preise, so daß sich die dortige Kaufmannschaft dagegen wehren mußte. Preußen hätte dennoch den bisherigen Zustand gerne belassen, schon aus Rücksicht auf Preußisch-Polen, das den Rückschlag neuer politischer Erregung zu empfinden hatte¹⁷⁾. Metternich hatte durch Jahrzehnte die Heiligkeit der Verträge von Wien gepriesen — nun glaubte er in dem Freistaat Krakau einen Herd politischer und wirtschaftlicher Revolution zerstören zu müssen. Unter dem Druck des österreichischen diplomatischen Vertreters wandte sich der Senat von Krakau um Intervention an Österreich — das war das Stichwort der Komödie, und Metternich griff zu. Preußen versuchte die Krakauer Angelegenheit als Anknüpfung zu benutzen, um seinem Zollverein Vorteile zu verschaffen — vergebens. Es fühlte sich nicht mit Unrecht düpiert und sagte sich zu spät, man hätte im Anfang mehr ausmachen und nachher nicht den Mund zu voll nehmen sollen. Im Einverständnis mit Rußland erfolgte die Annexion des kleinen Freistaates durch Österreich — in keiner Beziehung ein Heldenstück.

Die Art, wie sich Metternich gegenüber den Westmächten zu rechtfertigen versuchte, erregte begreiflichen Spott: England, den gefährlichsten Kritiker, versuchte er durch Entsendung eines besonderen Vertrauensmannes, des k. k. Hofrates Hummelauer, zu beschwichtigen. Der französische Gesandte zeigte sich freilich recht empfindlich darüber, daß dieser Unterhändler nicht auch nach Paris ging¹⁸⁾.

Gerade in Zusammenarbeit mit der Krakauer Krise kam es in Galizien zu schweren Irrungen, bei denen der nationale, der religiöse und der soziale Gegensatz sich gefährlich verwoben. Die galizische Bauernschaft meinte, ihr Freiheitstag sei jetzt gekommen. Die Untertanen weigerten sich, weiter Frondienste zu leisten; als Lohn für die Treue gegenüber Österreich verlangten sie Aufhebung des Robots. Man beriet langwierig über die Verwandlung in Geldleistung und Lohnarbeit. Schon Anfang 1846 fanden schwere Unruhen statt. Sie nahmen besonders im Tarnower Kreise den Charakter einer sozialen Revolution an. Furchtbar wütete die Bauernschaft gegen den Adel. Die Bauern glaubten dabei im Sinne der österreichischen Behörden zu handeln; wenn ihre Deputationen beim Gouverneur Erzherzog Ferdinand erschienen, um militärische Hilfe gegen den verräterischen Adel zu erbitten, erhielten sie Geldgeschenke, je nach der Wichtigkeit der Meldungen, und wurden über ihr Recht auf Notwehr belehrt, falls sie zur Teilnahme an Unternehmungen gegen die Regierung gezwungen werden sollten. Bald darauf kamen die Bauern mit den Leichen der erschlagenen Grundbesitzer angefahren und verlangten Prämien dafür! Mit Entrüstung hat sich sogleich und

später die österreichische Regierung gegen die Verleumdung gewehrt, sie habe Trinkgelder an Mörder bezahlt. Eine amtliche Untersuchung über die peinlichen Vorgänge hat aber nicht stattgefunden. Daß primitive galizische Bauern die Lage leicht mißverstehen konnten, muß zugegeben werden. Gezahlt wurden Vergütungen als Führerlohn, zur Unterstützung für Bedürftige, als Prämien für abgelieferte Waffen und Schießbedarf. Die Legende, die österreichische Regierung habe Preise auf den Kopf der Edelleute gesetzt, hat noch lange nachgewirkt und böses Blut gegen Wien gemacht¹⁹⁾.

Die furchtbare Schwierigkeit im österreichischen Polen hat Biegeleben treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Alles, was die Regierung für das Volk in Galizien tut, gibt der Adel für Aufhetzung und Ungerechtigkeit aus; jedes Auftreten der Regierung gegen das Volk benutzt der Adel, um den Bauern zu sagen: Seht, wozu euch die Treue gegenüber den Deutschen geholfen hat. Diesem Dilemma ist schwer zu entgehen²⁰⁾.“

Metternich kam aus dem polnischen Dilemma so wenig heraus wie aus irgendeinem anderen. Man beförderte die Ruthenen, um die Polen zu ärgern, man erleichterte den Robot, fand aber nicht den Mut, ihn aufzuheben. Man gewährte dem Adel keine Entschädigung und erbitterte ihn so noch mehr — die Kleinhausler und Instleute wurden aber von jeder Verbesserung ausgeschlossen. Vergebens empfahl Erzherzog Karl zwangsweise Ablösung der Fronen; nur dadurch wäre der akute Bauernkrieg zu beseitigen gewesen. Graf Franz Stadion, seit April 1847 als neuer Statthalter im Lande, schilderte rückhaltlos die Lage Galiziens als trostlos — die Behörden zerfahren und ohnmächtig, Desorganisation überall, die einzelnen Bevölkerungsschichten gegeneinander gehetzt, Mißlingen und Verbitterung im großen und kleinen. Der Landtag wurde aus Angst überhaupt nicht abgehalten. Metternich sah mit Recht im Polonismus die Revolution selbst — keine nationale Propaganda war so entwickelt: in London und Paris saßen die leitenden Komitees, eine Agentia in Brüssel, von dort ging die Linie über Löwen, Köln, Frankfurt, Altenburg, Dresden nach Krakau; mit den deutschvlämischen Vereinen, mit der englischen Demokratie, den deutschen Sozialisten, dem jungen Italien bestanden Verbindungen. Metternich dachte daran, Galizien in zwei Gubernien zu teilen, er empfahl strenge Exempel zu statuieren und ließ goldene Ehrenmedaillen an loyale Ortsrichter verleihen . . .

Von 1837 bis 1846 ist in Wien unmittelbar beim Regierungsgebäude das Haus der niederösterreichischen Stände erbaut worden — ein greifbares Zeichen gewissermaßen dafür, daß sich neben die Administration des Kaiserstaates etwas stellte, was eigentlich alt war, was aber als ein modernes aufregendes Moment wirkte. 1837, 1843 erheben schon die Stände Niederösterreichs kritische Forderungen²¹⁾. Auch hier war ja die Hauptsorge die Bauernbefreiung. Seit dem Tode Kaiser Josefs war kein Fortschritt mehr gemacht worden. Es bestand noch Zehent und Robot. Der Bauer glaubte nach der Einführung des „stabilen Kattasters“ der Dienste ledig zu sein, und die Regierung fand nicht den Mut, klar

und deutlich zu erklären, daß sie noch zu Recht bestanden! 1845 beschlossen einige Ständemitglieder, sich einander mehr zu nähern: man kam regelmäßig zusammen, studierte die in Vergessenheit geratenen Rechte, besprach die Angelegenheiten des Tages — so lernte man Debatte und parlamentarische Form²²⁾. Die Verordnung der Regierung, das Lesezimmer der Stände für diese freien Zusammenkünfte zu schließen, mußte schon nach wenigen Tagen aufgehoben werden. Als sich die Stände ein neues Reglement für ihre Verhandlungen gaben, faßte die Hofkanzlei das als neuen Versuch auf, ihre Rechte zu erweitern, und strich alles zusammen. Die Gegensätze spitzten sich zu. Die Regierung schuldete den Ständen noch aus der napoleonischen Kriegszeit viele Millionen, konnte nicht zahlen und war schon aus diesem Grunde empfindlich. Die Stände glaubten sich aber gerade deshalb nicht alles gefallen lassen zu müssen. Die Regierung fand, daß die Stände Effekt- und Popularitätshascher seien, die Stände aber beriefen sich schlagend auf die alten Rechte, besonders auch auf das Hofrecht von 1791, das ihnen wesentlichen Einfluß auf die Gesetzgebung zugestand. So forderten sie scheinbar nur das Herkömmliche, was ihnen aber schon lange praktisch entwunden war — in Wirklichkeit machten sie aus dem Überlieferten zeitgemäßen Anspruch auf politische Mitbestimmung. Auch die Ungnade des Kaisers, der ihnen eine erbetene Privataudienz zur Vorbringung ihrer Beschwerden abschlug, schreckte die Stände nicht ab. Als dann endlich nach langen Bemühungen das Gesetz vom 14. Dezember 1846 über die Patrimonialherrlichkeit kam, sprachen die Stände ungeschminkt von „halber und scheinbarer Abhilfe“. Denn der Staat hob ja nun gar nicht die Roboten auf, er erinnerte nur an die Möglichkeit der Ablösung, er versprach sie zu erleichtern, wurde aber daran schon durch Geldmangel gehindert²³⁾. Als die Stände eine Kreditanstalt und eigene Ablösungskommission beantragten, um selbst die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, wurde der Vorschlag wiederum einfach abgelehnt.

Nicht mit Unrecht hat einmal die Hofkanzlei bei den Reformvorschlägen der Stände einzelne „das modern-konstitutionelle Gepräge“ tragende Ausdrücke bemängelt²⁴⁾. Sie wollten sich in der Tat frei zeigen vom „bornierten Geiste des Tory-Aristokratismus“: den Städten und Märkten räumten sie ihre frühere Stellung ein, zum ersten Male wieder wohnten 1847 bürgerliche Vertreter den Sitzungen bei. Immer weiter zogen sie den Kreis der Forderungen: Volksschulwesen, Gemeindefragen wurden behandelt, Öffentlichkeit der Verhandlungen, ein Pressegesetz, ja Öffentlichkeit des Staatshaushaltes wurden verlangt. Schon brachten die „Grenzboten“ in Leipzig aus recht guter Quelle Verhandlungsberichte der niederösterreichischen Stände, ja ganze Aktenstücke; die österreichischen Buchhändler verkauften die verbotenen grünen Hefte in weißem Umschlag und verdienten gut daran. Baron Doblhoff war der Führer der Opposition — er stand in regem Verkehr mit liberalen Führern in Deutschland und der Schweiz; seit 1847 war der junge Apellationsrat Anton Ritter von Schmerling ständischer Verordneter und hatte seine Dienstwohnung im Landhaus der Herren-

gasse. Freiherr von Andrian, als Publizist berühmt geworden, empfahl den niederösterreichischen Ständen sogar, mit den Ständen der anderen Kronländer gemeinsam vorzugehen. Das war den meisten viel zu keck. „Auch die Kühnsten gehen nicht weiter als bis zum Maximum der Rechte bloßer Provinzialstände“, schreibt Biegeleben bei der Behandlung der Frage, inwiefern der preußische vereinigte Landtag auf die niederösterreichischen und böhmischen Stände-verhältnisse einwirken werde²⁵).

*

Auch in der Steiermark kam 1846 die Frage der Grundentlastung beim steirischen Ausschuß zur Beratung. Hier saß, halb freiwillig, halb unfreiwillig verbannt, Erzherzog Johann, der jüngste Bruder Kaiser Franzens und des Erzherzogs Karl, als ein kluger Förderer des deutschen Geistes in den Alpenländern allgemein bekannt, neben Karl der einzige des Habsburger Hauses, der die tiefe Gefährdung des Kaiserstaates patriotisch fühlte und immer wieder seine warnende Stimme erhob. Weder dem Feldherrn noch dem Politiker war das Glück bis dahin hold gewesen. Immerhin: Schon 1804 zur Kriegspartei gehörig, war er der leitende Geist des Tiroler Aufstandes von 1809, er hatte schon damals das ewige Verschieben und Vertrösten Metternichs, seinen Mangel an Ernst, Klarheit und Wahrheitsliebe gemißbilligt. Aus einem warmen deutschen Gefühl heraus war Johanns Wollen ins Großartige gewachsen: mit Tirol und der Schweiz wollten sich 1812 alle Alpenländer zum Aufstand gegen Napoleon verbünden, eine Verfassung sollte gewährt werden. Durch englische Schiffe wollte man über Fiume Kriegsmaterial heranschaffen. Auch englisches Geld stand zur Verfügung. Und wenn dabei eine alpenländische Herrschaft für den volkstümlichen Erzherzog entstand, wenn er ein befreites und verjüngtes Österreich regieren sollte — warum nicht? Es war eine Zeit des Berstens der Krone, des Werdens neuer Reiche. Die Freunde Erzherzog Johanns wurden als Verräter verhaftet; er selbst wurde nachsichtig behandelt, durfte aber zwanzig Jahre lang sein geliebtes Tirol nicht betreten. Der Traum zerging, die Legende spann ihren goldenen Faden — Johann ließ es sich nicht ungern gefallen, vielleicht kam noch einmal die Stunde für diesen Habsburger, hinter dessen volkstümlicher Schlichtheit sich so viel verschlagener Ehrgeiz verbarg²⁶). Sein politisch richtiger Instinkt hatte sich in manchem gezeigt: 1815 empfahl er die Erneuerung des deutschen Kaisertums für Österreich — gerade in Rücksicht auf Preußens Machtstreben. Was er nach einer Orientreise über die Zukunft der Türkei schrieb, hat sich in den wichtigen Punkten bewahrheitet. Er war ein Gegner der russischen Allianz und pflegte mit dem vielerfahrenen belgischen Leopold seine politischen Ansichten auszutauschen. Metternich hatte keinen überzeugteren Gegner, sachlich und persönlich: wenn er dem Erzherzog den Kuratorposten an der Akademie der Wissenschaften übertragen ließ, so darf das wohl weniger als ein Akt des Edelmutts denn als ein Versuch betrachtet werden, Johanns Beschäftigungstrieb abzulenken²⁷). 1812

versuchte Johann, so wollte die Legende, sich durch die Heirat mit einer russischen Großfürstin die Hilfe Kaiser Alexanders zu sichern; auf seine älteren Tage führte der Erzherzog eine steirische Postmeisterstochter heim und verband sich dadurch einem noch viel mächtigeren Souverän — dem Volke. Ob Johann allzusehr nach Popularität gehascht hat? Er konnte die Leute nehmen, wie sie waren, er versuchte sich der Weise ihres Umganges anzugleichen. War es altfürstliche Tugend, war es Geschick des Bürgerführers — er faßte den einfachsten Mann sicher und erfolgreich an. Als die Tiroler Landesgrenze 1848 bedroht schien, brachten alle amtlichen Aufforderungen die Bauern nicht heraus. Da kam Erzherzog Johann ins Land, ließ die Beamten Beamte sein, besprach sich mit jedem schlichten Manne, wo er ihn traf — und nun nahmen die Tiroler den Stützen von der Wand und zogen an die Grenze²⁸).

Der dies erzählt hat, war der prachtvolle Alois Fischer, der in der Revolutionszeit der erste bürgerliche Statthalter im Kaiserstaate wurde, in Oberösterreich, Advokat von Beruf, selbst unter Bauern groß geworden, Sohn des braven Landecker Schützenhauptmannes J. Fischer. Er bezeugt, wie groß schon vor 1848 in Oberösterreich die Aufregung war. Als er 1846 im Postwirthshause zu Werfen einen Bauern fragte, wie es bei ihm oben aussehe, erklärte der, mit dem Zehnten müsse es ein Ende haben. Schon entschieden bei den zahlreichen Untertansprozessen die Gerichte meist für die Bauern — das Mißtrauen, die Verstimmung wuchs aber gerade deshalb, denn nun schien es ja klar, daß die Herrschaftsansprüche weitergingen als das Recht. Die Bauern hatten vielfach Einforstungsrechte im Herrschaftswald. Aber die alten Briefe waren verloren, die Pergamente konnte keiner lesen. Kam es zu Kauf und Erbübergang, fand darauf keine Rücksicht statt. Herrschaftliche Förster und untertane Bauern lagen im ewigen Krieg. Mit Behagen kaufte jeder einen heimlich abgeknallten Hasen oder Rehbock, dem Wilddieb halfen alle durch, und die Mädchen sahen ihn besonders gern. Fischereirechte, Holzschwemmprivilege gaben Unfrieden. Art, Umfang, Zeitdauer der Servitute war überall umstritten. In der Gegend von Kalkgrube trieb ein Bauer achtundzwanzig Jahre lang bis zu seinem Tode 1849 sein Wesen, den Behörden zum Schrecken. Er war herrschaftlicher Grundhold gewesen, verweigerte die Abgaben durch Jahre und wurde zuletzt durch Exekution aus seinem Untertansgute verdrängt. Bei langem Prozeß verlor er dann alle Habe. Nun hetzte er andere auf, stiftete sie zum Prozeßführen an, gab ihnen Ratschlag, verfaßte Klagen, Rekurse, Beschwerden, seltsame Schriftstücke, mit Bibelsprüchen gespickt, erfüllt von Haß gegen die Beamten. Der exaltierte Mann versicherte, beim Kaiser Franz besonders in Gnade zu stehen — Audienzen hatte er auch wiederholt gehabt, die huldreich wie üblich verliefen. Nach dem Tode des Kaisers behauptete er nächtliche Zusammenkünfte mit ihm zu haben. So beschäftigte er den Aberglauben der Bauern. Die Behörden mußten ihn verfolgen, das Treiben war arg. Eine ganze Kompagnie Soldaten spürte schließlich hinter ihm her. Gefangen wurde er nie²⁹).

Es war ein gutes deutsches Leben in den Alpenländern des Kaiserstaates, und doch fern von Deutschland. In Kärnten spürte man wenig von den Ständen; in Tirol herrschte auf dem Landtag die streng kirchliche Partei; in Vorarlberg wurde wegen der Nähe der Schweiz die Ständevertretung gar nicht einberufen. Bäuerlich bieder, bürgerlich behaglich floß das Dasein dahin in diesen Landen; die Führenden spürten wohl, wie abgeschlossen man schon lange Zeit war, seit dem Erlöschen des alten Reiches besonders. Wer kam auch vom Rheine oder gar von Norden ins österreichische Land? Ein Österreicher, dem 1848 beim Anblick der schwarzrotgoldnen Fahne auf dem Wiener Stefansturm das Herz springen wollte, hat darüber erschütternde Klage geführt: die Münchener Kunstschätze sieht man an, die Linden in Berlin, den Kölner Dom, die Walhalla in Regensburg — aber Wien? Und das kam, weil bei uns in Österreich der deutsche Gedanke, die deutschen Waren, die deutschen Bücher verboten waren. Den Schmerz der Zerstückelung haben wir empfinden müssen, wir wurden entdeutscht. „Wir sind aber deshalb nicht eine Komposition geworden, etwa, wie man glauben könnte, ein bißchen welsch, ein klein wenig ungarisch, viel slawisch und mit dem Reste deutsch! Nein, das nicht. Wir wissen von diesen Völkern kaum etwas, und es wird in unserem Staate noch mancherlei geben, die erst entdeckt werden müssen. So hat man im Jahre 1846 erst die Ruthenen erfunden. Wir sind also ebensowenig böhmisch als deutsch, ebensowenig lombardisch als ungarisch als böhmisch. Wir sind tirolisch, steiermärkisch, kärntnerisch, salzburgisch, nieder- und oberösterreichisch. Hierbei ist nun freilich etwas Heimliches wie in jedem kleinen Lebenskreise. Hier und da aber beschleicht einen das Gefühl der Verlassenheit³⁰⁾.“

So wirkte sich Metternichs System aus: der Kaiserstaat beherrschte mit deutschsprechenden Beamten und Soldaten sein Völkergemisch; er schien dabei deutsch zu sein, trennte aber gerade seine besten, echten Deutschen von Deutschland; sie mußten lokal und partikularistisch werden, um dem Kaiserstaate das Europäisch-Universale zu erhalten.

Wie in Feindesland saßen Erzherzog Rainer und der General Radetzky im lombardo-venezianischen Königreiche. „Der Radikalismus als ein *Fait accompli* wird seinen Samen in Deutschland und Italien ausstreuen, bis er zum allgemeinen Ausbruch gelangt“, schrieb Radetzky am 9. Dezember 1847 seiner Tochter³¹⁾. Das österreichische Polizei- und Militärregiment war durch eine Amnestie nach der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands ohne jeden Erfolg und auch nur kurz unterbrochen worden. Zwischen italienischem Freiheitsgedanken und der Kaiserstaatsidee gab es keine Versöhnung. Immer neue Märtyrer aus allen Ständen wurden geschaffen. Spitzelei, Korruption, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Boykott, Verrat, Verschwörung — das bezeichnet den Dauerkrieg zwischen dem System Metternich und dem jungen Italien. Fürstlich-militärische Selbstüberhebung galt hier, und nun gar in den habsburgischen Secundogenituren, verhängnisvoll genug als deutsche politische Daseinsform. Der kluge Tscheche Radetzky wußte, was er tat, wenn er die Wiener Machthaber mit immer neuen Forderungen

nach Truppen und Kriegsmaterial bestürmte: alles stand hier auf Gewalt, und verboten war schließlich jede auch nur symbolische Demonstration, Farbentragen, Liedersingen, Geldeinsammeln. In Wien machte man sich keine Illusionen über Italien und konnte sich keine machen. Die revolutionäre, radikal-republikanische Richtung überwog hier stark die konstitutionelle. Selbst die Gewährung einer Repräsentativverfassung hätte hier nicht geholfen. Die Revolution in Italien, die mit dem Mailänder Zigarrenrummel im Januar 1848 begann, daran zweifelte kein Einsichtiger, richtete sich gegen den österreichischen Territorialbestand³²). „Auf Gesetz und Heer“, das heißt auf Polizei- und Soldatengewalt, stützte sich die österreichische Politik im lombardo-venezianischen Königreiche. Den Diplomaten in Wien erzählte Metternich, alle „Ausnahmegesetze“ würden vermieden: das ganze österreichische Wirken dort war ein großes Ausnahmegesetz³³).

Am 11. März 1845 reichten die Wiener Schriftsteller, an hundert Namen, darunter Grillparzer, Bauernfeld, Graf Auersperg, eine Petition um ein neues Zensurgesetz ein — die Erzherzöge Ludwig und Franz Karl empfangen das Komitee, Metternich nicht. Die Petition wurde Weihnachten 1847 formell abgewiesen. Die Wege der Staatskanzlei sollten eben unerforschlich sein — am 1. Februar 1848 kam tatsächlich ein neues Zensurgesetz. Es richtete einen neuen richterlichen Instanzenweg, eine Zensuroberdirektion und ein Zensurkollegium ein. Gerade bei Zeitungsartikeln sollte aber kein Rekurs stattfinden! Praktisch trat es nicht mehr in Wirksamkeit. 1789 hatte es noch 50 politische Blätter in Wien gegeben. 1847 waren unter 79 periodischen Blättern nur 19 politische Zeitungen, davon aber 12 amtliche, an der Spitze der von Metternich 1810 gegründete österreichische Beobachter, dessen führende Feder Friedrich von Gentz so lange war. Die wichtigsten Blätter waren literarische Zeitungen, wie Bäuerles Theaterzeitung, Saphirs „Humorist“, die Wiener Modezeitung. Am angesehensten waren bezeichnenderweise die österreichische militärische Zeitschrift, 1803 auf Anregung von Erzherzog Karl gegründet, und die „Allgemeine Wiener Musikzeitung“, von H. Schmidt ins Leben gerufen, auf den auch die Philharmonischen Konzerte zurückgehen, der Mittelpunkt im herrlichen Wiener Musikleben, dem schöpferischsten Lebensgebiet Österreichs im Vormärz. In den zwanziger Jahren hatte es einige serbische und mehrere griechische Blätter in Wien gegeben. 1843 wurde eine slowenische Zeitung wiedererweckt, auf Anregung des Erzherzogs Johann³⁴). Fremdes Volkstum hatte es besser als der deutsche Geist. Und man war so bescheiden! „Selbst die entschiedensten österreichischen Progressisten wollen eine gesetzlich geregelte, nicht durch bloße Polizeiwillkür geübte Zensur, keine Aufhebung“³⁵). Das seit 1819 bestehende ewige Provisorium in Pressesachen war wirklich unmöglich. Es gab ja kein Zensurgesetz — die Zensoren konnten streichen, ändern, den Sinn ins Gegenteil verkehren — der Schriftsteller war einfach schutzlos. Diese Zensur war Büchermord: Kein Wunder, daß die Buchhändlergehilfen die erste Gelegenheit benutzten, um in der Revolution als Nationalgardisten gegen die Zensoren persönlich vorzugehen³⁶). Vernichtend war etwa die

Kritik des Fürsten von Lamberg. Er begründete die traurige Lage des Unterrichtswesens damit, daß „bei der durch die eiserne Strenge der Zensur zur gänzlichen Gehaltlosigkeit verdammtten Presse dem Volke fast alle Mittel genommen sind, eine dem Geiste der Zeit entsprechende Geistesbildung zu erringen³⁷⁾“.

Die Angriffe auf „das Zensur genannte Schandmal“ der Epoche³⁸⁾ trafen Metternichs System ins Herz; die literarische Opposition bekämpfte im Staatskanzler die leitende Person und das Prinzip zugleich. Daß sich trotz Zensur und Polizeigewalt die Kritik bis in seine Nähe heranwagte, beweist nicht etwa überlegene Duldsamkeit, sondern Vermorschung. Bauernfeld konnte im Hofburgtheater selbst im Lustspiel „Großjährig“ Metternich als pflichtvergessenen Vormund verspotten; sein Schauspiel „Deutsche Krieger“ geißelte unbarmherzig vom Standpunkt warmen deutschen Nationalgefühles aus das überalterte Akten- und Bürokratenwesen des Systems. „In ohnmächtiger Schwäche stand die Staatskanzlei einem übermächtigen Feinde gegenüber, das Metternichsches System hat sich nicht zuletzt an der Zensur verblutet“, urteilt Srbik³⁹⁾.

Bauernfeld hatte einen sehr mächtigen Gönner in dem Mitgliede der Staatskonferenz, Metternichs schärfstem und einflußreichstem Gegner, dem Grafen Kolowrat. Das Bezeichnende war eben, daß sich bis in die Kreise der eingesessenen Aristokratie hinein die Opposition erstreckte. Das lag nicht vor allem daran, daß Metternich ursprünglich landfremd war; er war anpassungsfähig genug, um sich erfolgreich anzugleichen, und seine drei Heiraten hatten ein übriges getan. Der Grund lag tiefer: Österreich, auch das feudale, war über Metternichs Staatsweisheit hinausgewachsen. Es war geistig reif und hätte nur einer schöpferischen staatsmännischen Energie bedurft, um in einem modernen Deutschland, ja in einem modernen Europa eine Führerrolle zu spielen. Es fehlte nicht an Kräften, sondern an der Leitung. „Was ist denn aber Österreich?“ schrieb Schuselka in seinem Buche „Österreichische Vor- und Rückschritte“. „Ist der Fürst Metternich oder der Graf Sedlnitzky Österreich? Machen die Zensoren, Polizeispione, die Jesuiten, die Liguorianer Österreich aus? Ist Österreich das, was in den Protokollen und Registraturen licht- und luftscheuer Bürokraten steht? Darauf antworten nicht etwa die liberalen Schriftsteller, sondern die österreichischen Völker ein millionenstimmiges Nein. Diese kräftigen, hochbegabten Völker mit ihren gesegneten Ländern, durch das welthistorisch wichtige Erbrecht des Hauses Habsburg-Lothringen zu einer Großmacht ersten Ranges vereinigt, das ist Österreich!⁴⁰⁾“

Ludwig Börne hatte seinerzeit zuerst Österreich mit China verglichen. Ein österreichischer Aristokrat, der freilich auch sein Österreich besser kannte als China, nahm in den vierziger Jahren das Bild auf: „Österreich ist im Verhältnis zu Europa das, was China in Asien ist.“ Der Satz steht in der 1843 in Hamburg anonym erschienenen Broschüre „Österreich und dessen Zukunft“; ihr Verfasser war der Freiherr Victor von Andrian-Werburg, aus der alteingesessenen und begüterten süddeutschen Adelsfamilie; damals Beamter der Hofkanzlei, dazu Landstand von Tirol und k. k. Kämmerer. Hier war zu lesen: Österreich ist kein

in sich abgeschlossenes Land (denn dieser Staat stellt keine alle Staatsbürger verbindende Idee dar), die Österreicher sind keine Nation; Österreich ist ein Komplex von Nationen, der auseinanderfällt, wenn nicht noch Hilfe kommt. Genug mit dem Zuvielregieren, mit dem Papierregiment! Gegenüber der geistlosen Routine einer allmächtigen Bürokratie müssen die Stände entwickelt werden, nicht die aristokratischen allein, auch die bürgerlichen. Volksgesamtheit muß erweckt und gestaltet werden in der Autonomie der Länder und Gemeinden. Staat und Volk sind bisher nicht einheitlich; die Regierten nehmen nicht teil am Regiment und können es deshalb nicht lieben; die Administration mit ihren 140 000 Beamten gleicht einer Mumie; die Finanzen sind zerrüttet, das Steuersystem belastet überschwer den kleinen Mann; gewiß hat das Bürgertum materiell Fortschritte gemacht; um so mehr leidet es unter dem Druck von Polizei und Zensur, unter Schlendrian, Bevormundung und Schikane. Andrian empfiehlt demgegenüber die rechtzeitige Entwicklung der ständischen Körperschaften zu Volksvertretungen und auf dieser Grundlage den Oberbau einer Pairie für den begüterten Adel. Prachtvoll sind die Sätze aus dem zweiten Teil der Schrift (Andrian, „Österreich und dessen Zukunft“, II, S. 86, 1847): „Der Mensch soll lustig sein, sich betrinken, Zoten reißen, allenfalls eine Baumwollspinnerei anlegen und Adolph Bäuerles Theaterzeitung lesen — aber alles Interesse an seiner Gemeinde, an seiner Provinz, am Staate, an den wichtigsten Fragen der Zeit, so nahe sie auch seinen Säckel und seine ganze Existenz angehen mögen, das soll er hübsch bleiben lassen, um die regierenden Herren nicht zu inkommodieren.“ Aus der Flut der kritischen ephemeren Literatur über die österreichischen Zustände ragt noch heute die Schrift Andrians, der natürlich unter Polizeiaufsicht gestellt wurde, als ein merkwürdiges Denkmal staatsmännischer Einsicht hervor — deutlich genug beeinflusst vom englischen Beispiel und von Tocqueville⁴¹), aber gar nicht doktrinär erklügelt, sondern patriotischem, echt österreichisch-deutschem Staatsempfinden erwachsen. Sie hat stark nachgewirkt und die „ständischen“ Bestrebungen mitbeeinflusst, einen wesentlichen Umschwung im Sinne autonomer Selbstbestimmung leider nicht herbeiführen können. Die Lähmung saß zu tief.

Wer freilich Wien von außen ansah, merkte nicht viel: die liebenswürdigste aller deutschen Städte war damals die einzige Residenz auf dem Kontinent, in der sich europäisches Denken mit echter Tradition und anmutiger Lebenskunst vereinigte. Alt-Wien wirkte stilbildend auf alle Städte der Erblande, es propagierte, ein Markt der Völker, die österreichische Reichsidee — es war groß geworden als Kaiserstadt und blieb es mit seinem „naiven Zentralismus“. Hof und Aristokratie ließen hier viel Geld fließen; gerade diese historische Aristokratie war einzig in ihrer Art, die „erste spezifisch österreichische Menschenklasse⁴²)“, an Namen deutsch, burgundisch, wallonisch, polnisch, italienisch, ungarisch oder sonstwie, begütert und schloßgesessen irgendwo im Kaiserstaat, meist in verschiedenen Kronländern und deshalb überall zu Hause, unter sich vermengt, vermischt, verwandt, bis zur Familienclique verfilzt, der Kaiserstadt Wien verbunden durch

Lebensstil und Großstadtfreuden, durch deutsche Musik und die Würde der Ämter in Hof, Armee und Diplomatie. Nur in dieser einen deutschen Hofstadt hat sich der echte europäische Kavalier durch alle Zeitläufte erhalten können. Das Wiener Bürgertum, regiert von einem nicht erwählten, sondern ernannten Bürgermeister, schaute ehrfürchtig zu dem Kaiserhause und solchem Adel auf; es verdiente viel an dem generösen Leben der großen Herren und konnte ihnen nicht gram sein; lebte es selbst doch leichter flott als knickerig. Der Wiener liebte es, sich frei und aufgeklärt zu geben; geraunzt, das heißt geschandmault, räsoniert mußte werden auf jeden Fall, im Kaffeehaus und im Theater. Die Studierenden der jüngeren Generation berauschten sich an kecken Witzen und Versen. Kulturgefühl in den Fingerspitzen war überall, aber eine merkwürdige Vertrauenslosigkeit zum Staate. Der bayrische Ministerialrat v. Herrmann wundert sich etwa in einem Berichte, wie leicht doch in Wien die Religion aufgefaßt würde, wie der Geist des Josefismus noch stark im Bürgertume sei. Der Hof freilich, die fürstlichen Damen besonders, ein Teil des Adels, auch jetzt Fürst Metternich, glaubten der Kirche wieder mehr Zugeständnisse machen zu sollen. Man darf wohl sagen, daß für den Fürsten Metternich die neurömische Bewegung vor allem ein politischer Bundesgenosse war. Wenn Wien mit den süddeutschen Höfen München und Stuttgart in den vierziger Jahren nur Kirchliches verhandelte, so gewann die österreichische Politik dadurch willkommene Gelegenheit, sich in die innerpolitischen Verhältnisse dieser deutschen Nachbarn einzumischen. Mit der höheren katholischen Geistlichkeit dort wurde von Wien aus ein beständiger Rapport unterhalten. Aber es war bezeichnend, daß extreme „Ultramontane“ dem Fürsten Metternich in Bayern und sonstwo lieber waren als in Österreich selbst; dort protegierte man sie, aber es kam vor, daß ihnen Pässe nach Österreich verweigert wurden. Der Kaiserstaat diente damals der römischen Kirche gerne, aber nur soweit sie auch ihm diente⁴³). Die Jesuiten, die nun bei den Lehrämtern bevorzugt wurden, fanden noch wenig Anerkennung beim Bürgertum und den unteren Schichten⁴⁴). Böse sah es bei dem kleineren Bürgertum und der in der Bildung begriffenen Arbeiterschaft aus. Bei den Handwerkern mußte 1845 in Wien die Steuer von mehr als der Hälfte der Steuerpflichtigen durch Militärexekution eingetrieben werden. 1847 wurde der Wiener Kreuzerverein gegründet, um für das kleinere Gewerbe Darlehen, Werkzeuge und Rohstoffe zu beschaffen⁴⁵). Arbeiterkrawalle gab es in den Notjahren 1846/47 außer in Wien noch in mehreren böhmischen Städten⁴⁶). Die „Kappelbuben“, wie die jungen Arbeitslosen genannt wurden, verübten mitten in der Stadt böse Streiche, brotlose Menschen übernachteten in den Unratskanälen, mitten in dem volkreichen Bezirk Mariahilf konnten auf offener Straße Menschen vor Hunger umsinken. Gerade unter den Gebildeten, den Schriftstellern, Pädagogen, Subalternbeamten und Konzipienten der Advokaturen gab es schon völlig proletarische Existenzen. Das jüdische Element war dabei stark vertreten. Bis zum März 1848 bestand in Wien ein „Judenamt“, wo sich die ortsfremden Juden nach drei Tagen melden und alle vierzehn Tage einen Leib-

zoll entrichten mußten. In den Alpenländern wurden Juden überhaupt nicht geduldet, und so sammelten sich viele in der Hauptstadt, von denen die meisten im Elend und in der Opposition lebten⁴⁷⁾. Mit Schrecken erinnerte man sich wohl der schlimmen Zeit dreißig Jahre zuvor, der Hungerjahre 1816/17. Damals hatte man den Mangel als Schickung Gottes mit Ergebung getragen, sich aber nicht gegen Besitz und Obrigkeit aufgelehnt. Jetzt beförderten solche Krisen die Verbreitung kommunistischer Lehren in der unteren Schicht⁴⁸⁾. Um bei der Arbeitslosigkeit und dem Stillstand der Fabriken die Lebensmittelversorgung in Böhmen zu sichern, setzte Erzherzog Stefan, damals noch Landeschef in Böhmen, das vollständige Ausfuhrverbot für Getreide durch — zum Besten seiner sorgfältig gepflegten Popularität, die er „selbst auf Kosten gebotener Vorsicht“ förderte. Diese österreichischen Ausfuhrverbote des Notjahres 1846/47 vertieften die Kluft, die wirtschaftlich zwischen dem Kaiserstaate und den angrenzenden Staaten des Deutschen Bundes, besonders den Zollvereinsstaaten, bestand. Sachsen reklamierte in aller Form gegen das Verbot und wurde dabei von Preußen unterstützt; Württemberg, das schon große Getreideeinkäufe in Ungarn gemacht hatte und nun trotz des Ausfuhrverbotes durchbringen wollte, schickte eigens deshalb einen Ministerialrat nach Wien!⁴⁹⁾

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse waren — alles in allem — elend bis ins Innere. Das Privilegium, die Konvention, das Vorurteil herrschte, Bürger und Bauern waren vom Bürokratismus erdrückt, jenem Bürokratismus, den Metternich selbst einmal mit dem Bohrer verglichen hat: der Beamte bohrte sich durch Akten, er durchlöcherte sie, statt sie zu bewältigen. Die Grundsteuer, die Grundlage der Steuerverfassung, deckte schon seit 1828 nicht mehr die Höhe des Staatsschuldendienstes; das Militärbudget wurde auch nicht entfernt durch sie aufgebracht. Wegen der allgemeinen Unsicherheit warf sich das Kapital auf den Grund und Boden als Spekulationsobjekt, und so veränderte sich der soziale Charakter der Landstände mehr und mehr. Viele Großhändler traten darin auf, auch Mitglieder ehrenhalber gab es, die Zahl der Fabrikarbeiter andererseits hatte schon 9 v. H. der Bevölkerung betragen, in Niederösterreich wohl wesentlich mehr⁵⁰⁾. 1847 wurde der Wiener Kreuzerverein gegründet, um für das kleine Gewerbe Darlehen, Werkzeuge und Rohstoffe zu beschaffen.

Auf die Verbreitung kommunistischer Lehren stand die Todesstrafe. Weitling war trotzdem 1834 und 1836 schon in Wien, trat aber sehr vorsichtig auf. In einem Konfidentenberichte an Metternich vom 21. Mai 1842 wurde ihm Gewandtheit, feine Beobachtung, Anpassungsfähigkeit nachgerühmt. Seine Schriften wurden selbstverständlich unterdrückt. Zwei seiner Jünger, die als Mitglieder des „Bundes der Gerechten“ die Umgestaltung Deutschlands in eine kommunistische Republik erstrebten, wurden in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber begnadigt. Metternich war fortlaufend bis ins einzelne durch seine „Naderer“, die gefürchteten Polizeispitzel, über die Arbeit der kommunistischen Vertrauens-

leute, über das eng geknüpfte Netz ihrer Verbindungen in ganz Mittel- und Westeuropa unterrichtet⁵¹).

Bis 1848 hat es zwei große Kategorien Österreicher gegeben — und an dieser Teilung hat sich selbst infolge der Einwirkung Maria Theresias und Josephs II. nur wenig geändert⁵²). Die erste zahlenmäßig kleine Gruppe umfaßte die Männer, die durch Geburt zur Regierung berufen waren. Die oberen Beamtenstellen gehörten fast selbstverständlich den Angehörigen der alten Adelsfamilien — mit Leichtigkeit stiegen sie auf und kamen jung zu hohem allseitigem Einfluß. Die Durchführung der Bauernbefreiung etwa ist vom hohen grundbesitzenden Adel verhindert worden, weil sein Wirtschaftsinteresse ihr entgegenstand⁵³). — Daß Bürgerliche obere Stellen erreichten, war selten. Das höhere Bürgertum, meist schnell nobilitiert, aber sozial als „zweite Gesellschaft“ von der eigentlichen Aristokratie streng geschieden, war stolz, die mittleren und kleineren Posten ausfüllen zu dürfen; es schimpfte loyal und wollte es zum Hofrat bringen. Eine Laufbahn wie die des Barons Kübeck oder die Prokesch-Ostens war außerordentlich, wurde ehrfürchtig bewundert und ist nur aus der Verbindung von ungewöhnlichem Glück und ungewöhnlichem Talent zu erklären. Die zweite Gruppe umfaßte in Österreich die Hunderttausende, die nichts tun durften „als arbeiten, Steuern zahlen, Gesetze befolgen, Verordnungen hinnehmen“. Die große Tatsache der letzten Jahre des Vormärz ist nur die Überzeugung: diese Zweiteilung ist völlig überholt, etwas Neues muß kommen. Die Opposition hatte tausenderlei Gestalt: sie war lebendig im Ehrgeiz von Erzherzögen und im Haß proletarisierter Arbeiter gegen Getreide- und Zinswucherer, sie schuf sich ein Organ im Juridisch-Politischen Leseverein, der alles umfaßte, was es in Wien an Politik, Geist, Gelehrsamkeit, Wirtschaftskraft geben mochte und der sich mit seinen Vorträgen und Aussprachen auswuchs zu einer Art von Notablenparlament; diese Opposition drang bis in die allmächtige Staatskonferenz, wo gegen den Fürsten Metternich und sein System der Staats- und Konferenzminister Graf Kolowrat ankämpfte.

Der Gegensatz zwischen Metternich und Kolowrat war vor allem und immer wieder persönlich. Der tschechische Feudalherr war auch als Beamter in seinem Böhmen groß geworden; als Oberstburggraf dort glänzend bewährt, kam er 1825 in die Zentrale und gewann beim Kaiser Franz schnell so viel persönliche Gunst, daß sich sein Wirkungskreis als Staats- und Konferenzminister auf Finanzangelegenheiten, Personalien, ja das ganze „Innere“ übermächtig ausdehnte. „Glauben Sie mir, wer längere Zeit in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers dienen muß, der muß entweder ein Philosoph oder ein Intrigant oder ein Vieh werden, um es auszuhalten“, sagte Kolowrat einmal zu Kübeck⁵⁴). Kolowrat hatte so viel von jedem der drei angeführten Typen, daß er es sehr gut aushielt: damals war wohl seine Glanzzeit. Wenn Metternich weise war, dann war Kolowrat schlau; sein urwüchsiges Praktikertum stand Metternichs theoretischem europäischem Salbadern gegenüber; er schimpfte und polterte gegen die ironische

Distinktion des Staatskanzlers an, er war unermüdlich in Vorschlägen und Projekten, noch unermüdlicher in boshaften Angriffen, immer wieder gereizt von der selbstsicheren Lässigkeit des Fürsten. An Falschheit waren sich beide wohl ebenbürtig; Kolowrat arbeitete mit der eingesessenen Aristokratie, Metternich mit einem Teil der Erzherzöge und ihren Damen, Kolowrat begünstigte die oppositionellen Beamten und Literaten, besonders aber seine böhmischen Landsleute⁵⁵), Metternich schützte sich durch Förderung der Offiziere und der Geistlichkeit. Graf Kolowrat war gewiß weder ein Liberaler noch ein Staatsmann, am wenigsten ein liberaler Staatsmann. Er sah aber die Gebrechen des Kaiserstaates schärfer als die meisten, war von jeher gewohnt, seine Ansicht rücksichtslos zu äußern, und fand bei seinem hitzigen Temperament die zunehmende Lähmung und Tatenlosigkeit des Systems unerträglich. Deshalb war ihm auch die liberale Opposition mindestens taktisch willkommen. Immer wieder hatte Metternich Pläne entworfen für eine Vereinfachung der Staatsverwaltung — um diese Pläne zu kämpfen, das lag ihm durchaus nicht, die Hauptsache war ihm, auf dem Posten zu bleiben, nicht weil er ein Kleber gewöhnlicher Art war, sondern weil er naiv an seine Mission glaubte und die Weltordnung nicht dadurch gefährden zu sollen meinte, daß er sich der Politik entzog. Kolowrat war ein derber Zänker und Stänker ohne irgendein Talent zum Hochtrabenden, der auch einmal alles hinschmiß, wenn es ihm nicht mehr paßte: als er einsah, daß die Staatsfinanzen schlecht waren und immer schlechter wurden, verlangte er Einschränkung des Armeeaufwandes — ohne jeden Erfolg: die Armee blieb fast immer auf Kriegsfuß bis zur Revolution, und sie hat schließlich den Kaiserstaat allein wieder zusammengeschmiedet. Ihr deutsches Offizierkorps, immer wieder auch aus Süddeutschland und dem Rheinland aufgefrischt, war ja eine Hauptsstütze der österreichischen Reichsidee. Graf Kolowrat war freigesinnt, kirchenpolitisch ein Josefiner; er wehrte sich energisch gegen die Zulassung der Jesuiten im ganzen Kaiserstaate, die bis dahin nur in Galizien geduldet waren (1835). Metternich war wohl auch ein alter Aufklärer, wurde aber, wie das so zu gehen pflegt, auf seine älteren Tage frommer, fühlte sich zudem, bei aller politischen Vorsicht, doch durch die Verbindung von funkelnder Intelligenz und diplomatischer Glätte zu dem Orden hingezogen und setzte sich schließlich für die Zulassung der Jesuiten um so lieber ein, weil er dadurch seine Stellung bei den jesuitenfreundlichen kaiserlichen Damen entschieden verbesserte. Der krasseste Beweis für den zunehmenden Obskurantismus in Österreich, gegen den Kolowrat vergebens wettete, war die Austreibung der Zillertaler Protestanten aus dem Kaiserstaat (1837), die Kolowrat freilich nicht verhindert hat, denn dabei stand ihm eine geschlossene Streitlinie in der Staatskonferenz gegenüber⁵⁶).

Wie wenig selbständig Kolowrat selbst in seinem eigensten Amtsbereich war, zeigt die Geschichte vom Zuckerzoll, den er auf 10 v. H. Wertzoll herabsetzte, der aber über seinen Kopf auf Betreiben der interessierten Fabrikanten von Metternich wiederhergestellt wurde⁵⁷). Damals forderte Kolowrat seine Entlassung und ließ sich nur mit einiger Mühe halten. Es ist durchaus irrig, wollte man Kolowrat die

Verantwortung für die innerpolitischen Zustände im Vormärz zuschreiben. Kolowrat hat nach dem Tode des Kaisers Franz eine der Stellung Metternichs ebenbürtige Rolle erstrebt, Erzherzog Johann hat für ihn gearbeitet und vermittelt — Metternich hat aber faktisch obgesiegt und aus der formal in ihrer Kompetenz nie festgelegten Staatskonferenz das Organ gemacht, durch das er Österreich weiterregieren konnte, nicht ganz so einfach und leicht wie zur Zeit Kaiser Franzens, in der Sache aber durch Intrigen und Temporisieren, durch schlaue Nachgiebigkeit und schleimige Angleichung, durch ölig-zähe Schönrednerei und leichtherzige Vertröstung immer doch wieder der Herr über alles, die kaiserliche Familie eingeschlossen. Der Vorsitzende der Staatskonferenz, Erzherzog Ludwig, war der Unbegabteste der Brüder Kaiser Franzens. Der kleine hagere Mann schien schon in der äußeren Erscheinung wie gelähmt durch Steifheit und vollendete Langsamkeit⁵⁸). Von Geschäften glaubte er etwas zu verstehen und suchte durch pedantische Umstandskrämerei Zweifelnden den Beweis dafür zu erbringen. Erzherzog Johann gehörte der Staatskonferenz nicht an; auch Erzherzog Karl nicht. Dessen Angebot, 1835 als Generalissimus die Verantwortung für die Armee zu übernehmen, war abgelehnt worden — sicher eine der elendesten Handlungen Metternichs, die den Erzherzog-Feldmarschall tief verbittern mußte. Erzherzog Franz Karl, Kaiser Ferdinands jüngerer Bruder, war aber Mitglied der Staatskonferenz. Er setzte die franciszeische Biedermeierei zum Besten der Dynastie fort, ohne eine Spur freilich der Willenskraft des alten Kaisers. Er machte zwar gelegentlich den Anspruch darauf, noch etwas anderes als die Ereignisse der Vorstadttheater zu beherrschen, konnte aber niemand davon überzeugen. Seine Gemahlin, die bayrische Sophie, versuchte, voll berechtigter Sorge, mit mütterlichem Ungestüm und echtem politischem Temperament, ihrem Sohne Franz Josef die Thronfolge im Kaiserstaate zu sichern. Sie war Metternichs erklärte Gegnerin. Wenn man sich die Zwiespalte in der kaiserlichen Familie, die Eifersucht der Würdenträger, die Verworrenheit der Behördenorganisation, den Ansturm der Nationen und Stände, die Kritik der Beamten und geistigen Führer vergegenwärtigte — der Eindruck war überaus ernst. Der bevorstehende Zusammenbruch des Systems Metternich zeichnete sich seit dem Herbst 1847 in einer schweren Börsenkrise ab. Die lombardischen Großkapitalisten riefen eine scharfe Baisse hervor durch ihre Ordre, alle österreichischen Werte, Staatspapiere wie Industrieaktien in Wien zu jedem Kurse abzustoßen⁵⁹). Ein Staatsfonds zum Ankauf der Industrieaktien war schnell erschöpft. Es gab ein panisches Angebot zu unglaublichen Kursen. Auf den Märkten wurden die Banknoten nicht mehr genommen, es kam zu den schlimmsten Szenen. Ein bekanntes Bankhaus, Arnstein und Eskeles, mußte Anfang 1848 Rothschild um Hilfe bitten. Baron Rothschild, seit langem mit Metternich persönlich und geschäftlich eng verbunden, äußerte in diesen schwierigen Tagen: „Wenn ich mir je um Österreich eine Bürgerkrone verdient habe, so ist das jetzt der Fall⁶⁰).“ Auch von anderer Seite kam Hilfe. Kaiser Nikolaus von Rußland war 1847 bereits

dem französischen Bürgerkönigtum finanziell beigesprungen. Als die Politiker sich damals mit den Finanzleuten stritten, welche Bedeutung dieser Transaktion zukomme, wobei die Finanzleute das Politische, die Politiker das Finanzielle betonten, sprach sich Metternich für eine möglichst einfache Erklärung aus — das Geschäft habe finanziellen Charakter, aber die Folgen seien politisch: Rußland erkenne die Stabilität der französischen Zustände und gewinne Einfluß auf dem französischen Geldmarkte⁶¹). Die Stabilität des Bürgerkönigtums ist durch die russische Finanzhilfe nicht erhöht worden — mit dem System Metternich ging es ebenso.

Kaiser Nikolaus scheint dem Kaiserstaate zunächst eine viel größere Summe angeboten zu haben, als erwünscht war. Der bayrische Gesandte spricht von 80 Millionen Gulden und fügt die bezeichnenden Sätze bei: „Nachdem Rußland den Banken in Paris und London zu Hilfe gekommen ist, wäre es ganz natürlich, wenn es dasselbe gegenüber einer großen und achtbaren Monarchie wie Österreich täte. Österreichs edelmütige Anstrengungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der monarchischen Prinzipien in Europa, seine Anstrengungen, dem Einbruch des Radikalismus und der scheußlichsten Anarchie einen Damm entgegenzusetzen — heischen ohne Zweifel die Hilfe eines so monarchischen Fürsten, wie es der Kaiser von Rußland ist⁵⁹) . . .“ Die Verhandlungen mit Petersburg gingen darauf hinaus, es möchten von dort Silberbarren des Schatzes zur Verfügung gestellt werden; damit sollten zu den sehr niedrig gewordenen Kursen österreichische Staatspapiere angekauft werden. Als Sicherheit wurden Eisenbahnaktien und fünfprozentige Metalliques geboten. Am 28. Februar 1848 kamen die russischen Millionen an. Metternich erwähnt in seinem Vortrage vom 2. März 1848 nur 6 Millionen Silberrubel; in diplomatischen Kreisen wurde eine sehr viel höhere Summe genannt⁶²). Die Abweichung erklärt sich vielleicht daher, daß die kaiserliche Familie sich nun, es war reichlich spät, entschloß, dem Staate aus ihrem Privatvermögen zu Hilfe zu kommen bis zum Betrage von 100 Millionen Gulden. Ebenso die Estensische Familie bis zum Betrage von 30 Millionen Gulden. So hoffte Metternich dem Ansturm der Revolution gewachsen zu sein. Wenn Biegeleben am 2. März schreibt: „Österreich zeigte die volle Kraft einer großen Monarchie“, so gaben die unmittelbar folgenden Ereignisse diesem Worte eine grausam ironische Spitze. Im Januar erschien bei Hoffmann und Campe in Hamburg ein zweibändiges Buch, das die österreichische Zensur selbstverständlich sofort verbot. Der Titel lautete: „Sibyllinische Bücher aus Österreich“ — der Verfasser war ungenannt; es fand sehr große Verbreitung und verdiente sie. Denn da war in wirklich prophetischem Geiste noch einmal gewarnt: „Das Fortbestehen des österreichischen Staates, als Länderkomplex und Monarchie, ist zur Erhaltung der Ruhe Europas, zum Wachstum und Gedeihen aller bürgerlichen Einrichtungen in Deutschland wie zur Zivilisation des Ostens sowohl historisch als moralisch gleich notwendig . . . Die Regierung Österreichs hat für den Panslawismus und ein freies Italien mehr getan, als ihre Feinde

hoffen durften . . . Der Kaiserstaat zählt wohl 38 Millionen Untertanen, aber nicht einen politischen Bürger, nicht einen Menschen, der aus moralischen und historischen Gründen als Österreicher stolz sein könnte⁶³).“

Im Jahre 1813 hatte Kaiser Franz, ängstlicher Pedant der er war, aus dem Auf-
ruf an seine Untertanen eigenhändig das Wort „Vaterland“ gestrichen und das
Wort „Kaiser“ dafür eingesetzt. In der Tat: der Kaiser hatte das — Land, es
war habsburgisch-lothringische Hausmacht, Familienbesitz; mit der „Libertät“
adeliger Stände hoffte der Kaiser schon fertig zu werden — aus ihren Angehörigen
machte er sich den „Staat“ — das heißt die „Polizei“ für die innere Verwaltung
und die Armee für den Zusammenhalt nach außen. Wer des Kaisers Rock trug,
war eben des Kaisers, und keine Nationalität, kein Volk, kein Untertan, kein
Bürger in diesem noch zu neun Zehnteln agrarischen Lande ging ihn etwas an.
An der Großmacht der Türken war die Großmacht des europäischen Ostens er-
wachsen, dieses Österreich — kein deutscher Einheitsstaat, wie ihn Kaiser
Joseph II. geträumt hatte, sondern eine monarchisch-ständische Union, als Ge-
samtstaat durchaus nicht rationalisiert, sondern durch das Bedürfnis der Teile,
durch den Nimbus der Kaiserkrone, durch die Erhebung der „Stabilität“ zum
Lebensprinzip, durch Pfliffe, Schliche und eine raffinierte Mischung von Lässigkeit
und Brutalität zusammengehalten, solange es ging. Wenn hier einmal die Unter-
tanen Volk sein wollten — dann begann das Chaos. Die Revolution von 1848
sollte den Kaiserstaat zerbrechen. Zum ersten Male.

Zweiter Abschnitt

Die preussische Grossmacht

Der Kampf des Alten, Bestehenden, Beharrenden mit Entwicklung, Aus- und Umbildung ist immer derselbe. Aus aller Ordnung entsteht zuletzt Pedanterie; um diese los zu werden, zerstört man jene, und es geht eine Zeit hin, bis man gewahr wird, daß man wieder Ordnung machen müsse. Der größte Verstand des Regierenden wäre daher, diesen Kampf so zu mäßigen, daß er ohne Untergang der einen Seite sich ins Gleiche stellt; dies ist aber den Menschen nicht gegeben, und Gott scheint es auch nicht zu wollen.

Goethe

Preußen steht in einer andern Lage als Österreich und Rußland, welche abgeschlossene Körper sind, während Preußen ein Zwitter, ein Emporkömmling ist und als solcher die Hilfsmittel in Praxis stellt, welche solchen Emporkömmlingen einen weiten Spielraum zu Gebot stellen. Der Unterschied in dieser Lage gleicht dem, welcher zwischen der Existenz des schlichten Bürgers und des Abenteurers besteht, und welcher dem letzteren gestattet, Nutzen per fas et nefas aus allem zu ziehen¹⁾. Diese Sätze, die Fürst Metternich dem Berichte des österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Trauttmansdorff, vom 9. August 1847 als Randbemerkung beifügte, beziehen sich auf das Verfahren Preußens gegenüber seinen polnischen Untertanen gelegentlich des großen Polenprozesses, dürfen aber wohl auch als Bekenntnis allgemeinerer Natur aufgefaßt werden.

Wenn Metternich den Staat Preußen als Emporkömmling geringschätzte, so hatte ihm die preußische Politik seit Jahrzehnten nur allzuviel Grund dazu gegeben. Maria Theresia hatte den jungen Friedrich den Großen ehrlich gehaßt als eine Art Abenteurer, dem fas und nefas gleich ist, Kaiser Joseph hatte den alten Friedrich wohl ehrlich bewundert: Fürst Kaunitz hatte es aber mit dem friderizianischen Preußen schwerer als Metternich. Die Stellung, in die Preußen durch den Wiener Kongreß kam, war, rein potentiell betrachtet, schon etwas schwächer als die, die Friedrich erzwungen hatte. Starke persönliche Kraft hätte diesen Verlust gewiß ausgleichen können. Das Erlebnis der Freiheitskriege machte ja erst dies abseitige und etwas koloniale Preußentum deutsch. Das Gefühl deutscher Volksgemeinschaft war es, das aus loyalen preußischen Untertanen opferwillige, gläubige, tatbereite Bürger eines Staates gestaltete, den es freilich nur gab in der Sehnsucht patriotischer Herzen.

Seltsam ist die Fügung, daß dieses nordöstliche Staatswesen, das widerwillig Deutschlands Schicksal wurde, den Namen trug von einem vor grauer Zeit halb totgeschlagenen, halb bekehrten osteuropäischen Heidenstamme. Wer im Herzen

des alten Reiches lebte, in Niedersachsen oder Schwaben, am Rhein oder am Main, den mutete Name und Wesen der Preußen nicht viel anders an als litauische oder masurische Art. Mit Absicht hatten ja die brandenburgischen Kurfürsten den einen Fuß hinaus aus dem Reiche gestellt — sie wollten durch die Verbindung mit Preußen das werden, was Kursachsen durch die Verbindung mit Polen darstellte: eine Souveränität von europäischer Geltung. Man kann sagen: auf dem Umweg über Preußen kamen die Brandenburger vom alten Reiche in ein neues. Sie fanden diesen Weg nur allzu schwer und langsam.

War Österreich nach 1815 ein Kleineuropa, so war Preußen nun ein Kleindeutschland geworden. Sein zwitterhaftes Wesen war geblieben, ja noch verstärkt. Das eigentliche Preußen, später in Ost- und Westpreußen geteilt, und das „Großherzogtum Posen“ genannte preußische Polen gehörten so wenig zum Deutschen Bunde als je vorher zum alten Reiche. Durch die Sachsen, Westfalen und Rheinfranken waren aber die Kernlande der friderizianischen Großmacht an deutscher Art und Kraft prachtvoll verstärkt. Die räumlich größere Osthälfte des Staates Preußen wurde durch die volklich und wirtschaftlich lebendigere Westhälfte mehr als aufgewogen. Preußens Geschichte im neunzehnten Jahrhundert ist ein Kampf zwischen Westen und Osten, zwischen deutschem Volkstum und fürstlicher Herrschergewalt, zwischen schöpferischem Bürgergeist und militaristisch-bürokratischem Kommando, zwischen demokratischem Arbeitswillen und feudalem Beharren. Das ist nicht so zu verstehen, als habe der Geist lebendiger Fortentwicklung allein im Westen gesessen — er kam gerade auch im äußersten Osten sehr stark zum Ausdruck; nur hatte er auf längere Sicht im Westen mehr natürlichen Rückhalt gehabt.

Der Kaiserstaat Österreich saß neben und über Deutschland. Gerade um auch Deutschland zu beherrschen, mußte er jede Berührung mit dem Gedanken deutscher Freiheit, deutscher Einheit vermeiden. Wenn diese Gedanken übersprangen auf die zahlenmäßig stärkeren slawischen Untertanen des Kaiserstaates, dann war die Krise da. Preußen aber war gerade durch die Verbindung mit dem Gedanken deutscher Freiheit, deutscher Einheit nach dem Zusammenbruch in der napoleonischen Zeit wieder groß geworden. Das preußische Volk war nur Volk geworden, weil es sich als lebendiger Teil deutscher Nation fühlte. Die nichtdeutschen Bestandteile in Preußen waren zahlenmäßig ja ganz gering. Alle die Neupreußen von 1815 konnten dem preußischen Staatsgedanken auf die Dauer nur gewonnen werden, wenn sie den Staat im Sinne freiheitlicher Selbstbestimmung mit tragen durften. Auch die Hohenzollerndynastie konnte sich dann am sichersten fühlen: die breiten Massen, die auf den deutschen und französischen Schlachtfeldern ihr Blut strömen ließen, taten das für die eigene Freiheit ebensogut wie für ihren König, der sie gerufen hatte. Es gab keine loyaleren Monarchisten als diese preußischen Deutschen. Sie opferten der Dynastie alles — war es unbillig zu erwarten, daß nun auch die Dynastie etwas für sie opferte?

Kaiser Franz hatte seinen Völkern niemals eine Verfassung für den Kaiserstaat

versprochen — er brauchte also kein gegebenes Wort zu brechen. Daß eine Gesamtstaatsverfassung für dieses einzigartige politische Gebilde Österreich zunächst eine Überfülle politischer, volklicher, ja sprachlicher Schwierigkeiten enthielt, also nicht leicht fruchtbar zu machen war, bewiesen die Ereignisse der Revolution von 1848/49 genugsam. Bei Preußen stand es anders. Hier war eine Gesamtverfassung nicht einmal, sondern wiederholt versprochen worden²). Das große Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 enthält die erste öffentliche Zusage des preußischen Königs, das neue Finanzedikt vom 7. September 1811 enthält die zweite. Bereits am 23. Februar 1811 war als Vorläufer von Reichsständen die Landesdeputiertenversammlung eröffnet worden. Vom April 1812 bis Mai 1813, vom Februar 1814 bis Juli 1815 tagten in Berlin die Mitglieder der Generalkommission zur Regulierung der Provinzial- und Kommunkriegsschulden, die von den Ständen der einzelnen Landesteile gewählt waren. Dieses Organ erbat eine zweckmäßige Repräsentation aller Staatsbürger aller Klassen in einer Verfassung. Die Kabinettsordre vom 5. Juni 1814 stellte wiederum, also zum dritten Male, eine gesamtständische Verfassung und Repräsentation in Aussicht. Das vierte Versprechen ward durch das berühmte Edikt des Königs vom 22. Mai 1815 gegeben, das nach der Schlacht von Waterloo, am 8. Juli 1815 veröffentlicht worden ist. Zum fünften und letzten Male ist dann noch durch die Verordnung vom 17. Januar 1820 vom Könige die Zuziehung von Reichsständen feierlich in Aussicht gestellt worden.

Dies fünffache Versprechen Friedrich Wilhelms III. wurde bekanntlich trotz den Bemühungen der Hardenberg, Humboldt, Boyen nicht gehalten. Der erste Grund dafür lag in der Natur des Königs. Friedrich Wilhelm III. hat viele Züge mit dem Kaiser Franz gemeinsam: auch er fühlte sich als Landevater, der auf alle Fälle das Wohl der Untertanen besser zu fördern weiß, als diese es beurteilen oder auch nur merken können; er war wie der Österreicher ein Pedant, der gern das Kleine wichtig nahm, weil ihm das Große unheimlich und verschlossen blieb. Kaiser Franz war aber schlauer und tätiger; bei diesem preußischen Friedrich Wilhelm ging alles überaus langsam; manchmal traf er dann doch das Richtige. Begabte Leute, denen der Instinkt das Beste sagte, reizten seine monarchische Empfindlichkeit und setzten seinen Eigenwillen in Wirkung, wogegen dann kaum noch etwas anzufangen war. Das Absolutistische lag auch diesem fürstlichen Philister tief im Blute: er selbst amüsierte sich recht gern auf seine nüchterne Weise, verdarb aber andern durch Nörgeln das Vergnügen, wie so häufig der Königin Luise, seiner prachtvoll lebendigen, süddeutsch warmen ersten Frau. Er verlangte Treue, Gehorsam, Hingabe als Selbstverständlichkeiten, behandelte Leute des Volkes besser als seine „Staatsdiener“ und wünschte mit zunehmenden Jahren mehr und mehr vor allem seine Ruhe zu haben. Wohl besaß er die Art von Anstand, der man in Norddeutschland so oft als einem Nebenprodukt angeborener Langweiligkeit begegnet, und insofern ähnelte er dem lieben Gotte der evangelischen Union, die er erfand. Wirkliche Religiosität, wirkliche Gewissenhaftigkeit,

wahres Verantwortungsgefühl auch im Politischen ging dieser schwierigen und ärmlichen, übellaunig-mürrischen Natur jedoch ab. Mit dem deutschen Geiste der großen Erweckungsepoche verband ihn nichts — er stammte aus einer andern Welt, und aus keiner schönen. Da konnten denn freilich die braven Untertanen lange warten. Alles Freiheitliche kam diesem Könige exaltiert und jakobinisch vor; mit welcher Befriedigung las er in Aachen 1818 die Denkschrift des Fürsten Metternich, in der bewiesen war: die Nationalrepräsentation sei die Auflösung des preußischen Staates! Die Kabinettsordre vom 11. Juni 1821 befahl die Beschränkung auf „Provinzialstände“. Es wurde damit etwas Neues an Zusammensetzung und Befugnissen geschaffen — nicht ein altes Ständetum, was noch lebendig gewesen wäre, wurde wiedererweckt, sondern eine altmodisch stilisierte Vertretung von Interessentenkreisen wurde neu ins Leben gerufen, bei der die Ritterschaft das völlige Übergewicht hatte, besonders in den östlichen Provinzen. Bedingung der Standschaft war das Grundeigentum! Sogar im Rheinlande standen 55 Repräsentanten des platten Landes 25 Repräsentanten der Städte gegenüber. Die Familienfideikomisse wurden dort 1826 durch Kabinettsordre wieder eingeführt — das gebildete aufstrebende Bürgertum war völlig übergangen!

Preußen trennte sich so wieder von Deutschland. Niemand hatte ein größeres Interesse daran als der österreichische Kaiserstaat Metternichs. Es war sein Meisterstück, Preußen in dauernden Gegensatz zum Freiheitsgedanken, zur Idee deutscher Nation zu bringen. Seine Bundesgenossen dabei waren preußischer Feudaladel und Bürokratie. Das Machtbedürfnis der märkisch-pommerschen Junkerschaft ist wohl der letzte und wichtigste Faktor für die antikonstitutionelle Entwicklung Preußens. Sie war gewiß der Kern kurbrandenburgischer Kraft, die Dynastie hatte ihr in alter Zeit viel genommen, wie überall, dafür beanspruchte sie die wichtigsten Stellen in Armee und Verwaltung und zog den Adel der übrigen Provinzen zum großen Teile in dieselbe Bahn. Die Armee war nun einmal die Grundlage der an sich schwierigen, außenpolitisch stark angreifbaren preußischen Großmachtstellung. Durch die Armee war dieser Staat über seine tatsächlichen Möglichkeiten immer wieder emporgetrieben worden. In Österreich waren Adel, Verwaltung und Armee das eigentlich Österreichische; ein gesamtösterreichisches Volk konnte es nicht wohl geben. In Preußen verhinderte Adel, Verwaltung und Armee durch ihr spezifisches Altpreußentum das befreiende und erfrischende Bündnis mit einem neupreußisch-deutschen Patriotismus.

Dieser Adel war nicht so weltmännisch wie der österreichische, dafür war er fester eingewurzelt im Besitz; europäisch war er gar nicht, vielfach geradezu provinzial, vom deutschen Wesen verstand das eigentliche Junkertum in Brandenburg-Pommern wenig; anders war es in der Provinz Preußen und Schlesien und besonders im Westen. Die Verwaltung war produktiver als in Österreich, aber härter, nüchterner, mehr nützlich als gerade wohlthuend. Vom Osten drang ein kolonialer Ton in den ganzen preußischen Staat ein; schon im preußischen Sachsen, besonders aber in Westfalen und am Rhein fand man diesen Ton der

aktenstolzen Examinierten zu schroff, zu selbstsicher, zu superklug, man wollte etwas vorsichtig-behutsamer, etwas feinfühlicher angefaßt werden. Auch wer die nüchterne Solidität dieser Bürokraten respektierte, konnte sie beim besten Willen nicht liebenswürdig finden. Sie machten es sich mit ihrem ewigen Administrieren nicht leicht und anderen noch weniger; oft versuchten sie ihr Minderwertigkeitsgefühl durch wenig geschmackvolle Prahlerien auszugleichen. Das System der geheimen Ordres und Instruktionen, der Gesinnungsschnüffelei und der quälerischen Kleinigkeitskrämerei verletzte tief jedes freiere bürgerliche Selbstgefühl³⁾. Der preußische Adel selbst, der in allen Staatsorganen das vollkommene Übergewicht besaß, konnte sich wohl durch die höheren Lebensgewohnheiten und auch durch Vermischung noch verhältnismäßig frisch erhalten; besonders unleidlich, steif und unbelehrbar, aufreizend und taktlos wirkten die kleineren Vertreter des Staates in Armee und Verwaltung. Sehr viele gute Köpfe, auch aus außerpreußischen Ländern, gehobenem Bürgertum entsprossen, betätigten sich hier aber fruchtbar und vorbildlich sauber.

Wie hätte eine Verfassung mit einigermaßen moderner Volksrepräsentation da rechtzeitig alles Gegensätzliche ausgleichen, vieles Schroffe mildern, den provinziellen Geist mit dem Gesamtstaatsgedanken versöhnen können! An Stelle dessen wurden die Provinzen künstlich auseinandergehalten. Statt einheitlicher Wirtschaftspolitik, die den Osten durch den Westen ergänzt hätte, und umgekehrt, wurden Sonderinteressen befördert. Die Finanzkräfte des Staates wurden nicht voll nutzbar gemacht. Aufstrebende Schichten wurden niedergedrückt und dadurch tief verbittert, der Hochmut der herrschenden Schichten immer mehr gesteigert. Das Prinzip bevormundender Obrigkeit wurde systematisch verbreitet und so tief eingegraben, daß es für Menschenalter nicht mehr auszurotten war.

Trotz des Bruches eines fünffachen Versprechens erhielt sich Friedrich Wilhelm III. mit der angeborenen fürstlichen Selbstsicherheit, durch die er seine Begabungsmängel ergänzte, bis zum Ende sein patriarchalisch gutes Gewissen. Preußen war mit Deutschland verfeindet. Kein Vaterlandsfreund konnte über diese Verfassungsangelegenheit hinwegkommen. Sie war die schwerste Erbschaft, die Friedrich Wilhelm IV. antrat.

*

„Grauer Sarg aus deutschem Münsterstein
Schließt den hochgesinnten Schwärmer ein,
Der die Wirklichkeit wie seinen Degen haßte
Und am Kraftdrang seines Volks erblaßte“ —

So spricht bei Fritz von Unruh der Ulan „vor einem Romantikerkönig“, in einer Felsengruft, wo Königssärge nebeneinander stehn⁴⁾.

Wenn Fürst Metternich in der Zeit vor der Revolution von 1848/49 der Schicksalsmann Deutschlands war, so ist in der Revolution selbst der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Schicksalsmann geworden. Nur mit

Wehmut und etwas zagend rührt der Geschichtschreiber an die Gestalt dieses Unglücklichen. Schon die Zeitgenossen haben leidenschaftlich um ihn gestritten; die Wissenschaft konnte noch weniger einig über ihn werden.

„Sie sind immer noch, wie einst Ihre verklärte Frau Mutter Sie mir charakterisierte, der Raub des mächtigen Augenblicks, und dieser Ihr Fehler erklärt alle Ihre andern Fehler“, schrieb einmal Ancillon dem jungen Kronprinzen — jener französisch-reformierte Theologe, der es dann bis zum preußischen Außenminister brachte, zum Wohlgefallen Metternichs⁵⁾.

„Raub des mächtigen Augenblicks“ — das war es wirklich. Der Zwang des Momentes war zeitlebens stärker in Friedrich Wilhelm IV. als das Beste seiner Natur. Er ließ sich erfüllen und überwältigen von dem, was auf ihn strömte — er war dann mehr als er selbst. Deshalb vermochte sein gesprochenes Wort so zu erschüttern; deshalb sind seine Briefe so spontan, so warm, so packend. Jeder, der fühlen konnte, fühlte in diesem Menschen eine Macht, die beglückende, überzeugende Macht gewachsener Persönlichkeit. Aber dann kam das andere — der Rückschlag; auf den „mächtigen Augenblick“ folgte der ohnmächtige. Derselbe Mensch konnte dann haltlos hadern mit sich und anderen, er konnte klagen und vor sich und aller Pflicht sich wegflüchten in genießerische Selbstvergessenheit.

Das war nun ein König, der sich selbst am allerwenigsten beherrscht hat. Er konnte wild sein, toben und schelten, Angehörige und treue Diener kränken und beschimpfen, in Wort und Geste maßlos bis zur Roheit — dann war er wieder entzückend, liebenswürdig, ausgelassen, sprudelnd von Einfällen, und zwang selbst kritisch ernsthafte Naturen zur Bewunderung.

Treffend ist darauf hingewiesen worden, daß die Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. Züge aufweist, „die der Psychiater im Krankheitsbild des ‚reaktiven Psychopathen‘ wiederfindet“⁶⁾. Es wäre sicher gut, wenn die zeitgenössischen Gutachten und Briefe über den jungen Kronprinzen Historikern und Ärzten zugänglich gemacht werden könnten, wie man vorgeschlagen hat⁷⁾. Psychopathen hat es aber in der Geschichte häufig gegeben, und besonders häufig auf Fürstenthronen — der Arzt wird darin nur eine Bereicherung der ihm geläufigen Fälle sehen können; nur sehr selten endet auch die bei Friedrich Wilhelm IV. von Anfang an wahrnehmbare Psychopathie mit dem geistigen Zusammenbruch, der bei dem Könige doch spezifische Ursachen gehabt hat. Für den Historiker genügt es zu wissen, daß Friedrich Wilhelms IV. Art schon sehr früh die Urteilsfähigen seiner Umgebung beunruhigte, daß aber ausgesprochen krankhafte Züge erst verhältnismäßig spät feststellbar sind. Er war bis über die Revolutionszeit hinaus ein — anormaler Normaler, einer der vielen Grenzfälle, die in der bürgerlichen Welt recht häufig sind, deren Leistungen auf geistigem Gebiete oft außergewöhnlich hoch gehen, die freilich im geschäftlichen und nun gar im politischen Leben bei aller Triebkraft, die von ihnen ausströmt, doch überwiegend verhängnisvoll wirken. Ältere Fürstenfamilien sind, wie alle alten Geschlechter, reich an solchen geistig-seelischen Entartungserscheinungen — eine

Tatsache, die auch überzeugten Monarchisten von jeher zu denken gegeben hat. Daß Deutschlands Geschicke vor und besonders während der Revolution von 1848/49 durch einen fürstlichen Psychopathen so wesentlich mitbestimmt worden sind, ist eine erschütternde geschichtliche Tatsache, die wir hier nicht zu beklagen, sondern in ihrer ganzen Tragweite darzustellen haben.

Eine besonders ergiebige Quelle für die Erkenntnis des Wesens Friedrich Wilhelms IV. ist sein Briefwechsel mit dem Könige Johann von Sachsen⁸⁾. Prinz Johann, der Danteübersetzer Philaetes, war wohl der einzige Freund von zugleich geistiger und fürstlicher Ebenbürtigkeit, den Friedrich Wilhelm IV. besaß. Ihm hat er sich ganz unbefangen eröffnet. Die rasche Gewalt, das blendende Feuerwerk seines Wesens kommt hier zum Ausdruck wie vielleicht nirgends sonst. Wir Nachfahren können da noch einmal diesem außerordentlichen Menschen beinahe leibhaftig begegnen: wie er von einem zum andern kommt in atemloser, belustigender Tollheit, wie Bilder und Witze übereinander purzeln, wie ihm das Schreiben nicht genügt: seine Feder springt häufig zum Bild — in reizender Selbstironie malt er den breiten Steinbutt als Unterschrift unter die Briefe, als das Sinnbild seiner eigenen grobgeschnitzten Figur, mit der er sich auch gerne huldigend den Damen zu Füßen rollt. Dieser unerhörte Reichtum des Empfindens und Schens ringt immer nach neuen Ausdrucksformen: allerhand Sprachen, Englisch, Italienisch, Holländisch, ja Sanskrit — und vor allem natürlich das Hoffranzösisch der Zeit mischt er in sein schillerndes, atemloses Deutsch. Er schwelgt in Witzen; feiner als die unbarmherzigen Kalauer seines kokett-ironischen Berlinertums wirken die geistreichen Bosheiten, mit denen da grausam genug Menschen und Dinge umspielt werden. Was ist diesem Mann eigentlich ernst? — so fragt man sich auf die Dauer, nicht ohne Unruhe. Etwas schon: das Große, Alte in Geschichte und Kunst. Wundervoll schreibt Friedrich Wilhelm 1828 dem Freunde aus Rom:

„Das ist am Ende doch immer etwas Unaussprechliches, das Ewige Rom. Mir ist's, als sei ich zu Haus. Es übertrifft alle meine Erwartungen. Diese Ebene ist prädestiniert, eine Hauptstadt der Welt zu tragen. Jetzt ist sie wüst und öde, ohne Ort und Haus, voll unzähliger Gräber. Die Königin der Welt ist Königin der Wüste geworden, aber wahrlich noch Königin.“

Durch Alter mußte etwas verklärt sein, es mußte eine neue, erhabene Wahrheit durch das Pathos der Entfernung bekommen — sonst konnte Friedrich Wilhelm nicht lieben, nicht verehren. Sein Verhältnis zu Kunst, Geschichte und Altertum war Flucht aus der Gegenwart. Die Welt der „Nützlichmacher“, der „administrativen Menschen“, alles Praktisch-Alltägliche langweilte ihn unendlich. Daß auch diese dunkelfarbige Vergangenheit einmal etwas Nüchternes, für ihre Menschen Mühseliges und Kleines gewesen ist, hätte er nie glauben wollen. Er brauchte aus innerster Seelennot das falsche Welt- und Geschichtsbild, das ihm die romantische Gelehrsamkeit seiner Tage vermittelte. Was wirkliche Politik war, hat er nie begriffen. Er konnte es einfach nicht begreifen. Als Kaiser Franz 1835

starb, trauerte dieser preußische Kronprinz um „den lieben herrlichen Franz, weyland Römischen Kaiser und (was für mein Gefühl noch unaussprechlicher ist) den letzten König der Teutschen“. Schon damals erörterte er den Gedanken, das römische Kaisertum zu erneuern und mit dem österreichischen zu verbinden. Die französische Revolution von 1789 war diesem Fürsten nicht ein historisches Ereignis wie ein anderes, also wahrhaftig nicht die erste europäische Revolution und sicher auch nicht die letzte, sondern etwas völlig Neues, ein apokalyptisches Ungeheuer, eigentlich gegen die Weltordnung, die es seit der Erschaffung der Welt zum ersten Male auf eine behende, gottlose Weise stört . . . Die terroristischen Ausschreitungen der französischen Revolution hatten dem aristokratischen Europa eben ein solches Entsetzen eingejagt, daß auch die jüngere Generation, der Friedrich Wilhelm IV. angehörte, nie darüber hinauskam. Der demokratische Staatsgedanke wurde willkürlich-unwillkürlich dafür verantwortlich gemacht, so sehr gerade er jedem Terrorismus entgegen war; die Idee einer demokratischen Staatsverfassung galt auch Friedrich Wilhelm IV. zeitlebens als ein französischer Greuel, dem etwas Bodenständig-Deutsches gegenüberzustellen sei. Die deutschen Fürsten haben sich seinerzeit durch deutschen Patriotismus nicht abhalten lassen den Absolutismus Ludwigs XIV. mit sklavischer Abgeschmacktheit nachzuahmen. Warum sollte das Bürgertum nun nicht von Frankreich lernen? In Wirklichkeit war aber sowohl Demokratie wie Absolutismus, genau wie auch vorher der Feudalismus, etwas Gesamteuropäisches; es waren Daseinsformen politischen Gemeinschaftslebens, an denen alle europäischen Völker mitgearbeitet haben, und die jedes auf seine eigene Art national abgewandelt hat. Friedrich Wilhelm IV. hatte keine Ahnung davon, daß der demokratische Gedanke, den er so bekämpfte, wesentlich „christlich-germanischer“ war als das Gottesgnadentum, als dessen Vertreter er sich so überschwenglich fühlte.

Friedrich Wilhelm IV. blieb allen verwickelteren politischen Einzelfragen gegenüber wehrlos. Er schwelgte im Allgemeinen und Allgemeinsten, packte vielgeschäftig im Anfang alles an, wurde aber bei Einzelheiten schnell ungeduldig, fühlte sich in seiner Bequemlichkeit durch das eigentlich Geschäftliche mehr und mehr gestört, so daß er es gerne und geradezu hastig-ängstlich wegschob. Er gab sich nie die Mühe, etwas scharf durchzudenken, sondern half sich mit seinen Improvisationen, die meist mehr geistreich als klug waren. Wenn er einmal bei seinen Einfällen war, dann stürmte er darauflos, freute sich an jeder brillanten Wendung und spornte sich dadurch zu weiterem Galopp an. Zu ernster, dem Objekt hingegebener Arbeit wurde er immer unfähiger. Wie er in seinen Briefen den Mangel an Klarheit durch die berühmten Unterstreichungen und Ausrufungszeichen ersetzte, so half er sich im Gespräch durch Gesten und Umarmungen. Jedenfalls schrieb und redete er mehr, als er selbst behalten konnte. Das Gefühl für Eindeutigkeit fehlte ihm bei aller subjektiven Ehrlichkeit in erschreckendem Maße. Er sprach sich gern aus, mit vielzuvielen, ließ auch widerstreitende Ansichten gelten, tat schließlich etwas, auf das weder er noch irgend jemand vor-

bereitet war, und hielt trotz allem fest an seiner ursprünglichen Meinung, die er um so lieber hatte, je unausführbarer sie war. „Er hält an seinen Prinzipien, gibt sie nie auf und vertraut ihnen so fest, daß er die Menschen, die Zeit und die Art, wie sie ausgeführt werden, für völlig gleichgültig hält“, hat Leopold von Gerlach 1847 geschrieben⁹⁾. Kein Zeitgenosse ist auf den Gedanken gekommen, diesen unerschöpferischen Eigensinn für staatsmännische Energie zu halten. Er war vielmehr der beste Beweis für die Hilflosigkeit des Königs gegenüber allem Praktisch-Konkreten: seine oft geradezu rührend-entwaffnende Schwäche, angesichts der Notwendigkeit zu einem Entschlusse zu kommen, zog sich eben zurück in die Ideenwelt, aus der er eigentlich kam, und half sich durch beredtes Predigen und schriftliche Ergüsse über das, was ihm nun heilige Weltanschauung war. So kam er in immer neuen lebensprühenden Wendungen doch eigentlich stets auf dasselbe zurück, zum Schrecken politischer Geschäftsleute. Diese Gewohnheit, vor dem Alltag zu flüchten, mußte zu der Unsitte führen, sich selber zu belügen. Daß sein Enthusiasmus ihm selbst gefährlicher war als anderen, hat ein alter Weltkenner wie Fürst Metternich sehr treffend bemerkt. So lebte Friedrich Wilhelm fröhlich dahin in einer Welt, die er sich mehr und mehr selbst erschuf, erhaben über alles Triviale, geärgert viel mehr über eine störende Wahrheit als über frommen-unfrommen Betrug, der sich ihm anpaßte. Das Künstlerhafte an ihm haben alle Forscher betont; aber nur vergleichen sollte man diesen geschmackvollen Rhetor und Zeichner mit dem echten, schaffenden Künstler. Ernst, Konzentration, Energie in Einseitigkeit fehlte dem Könige doch durchaus. Nie hat er sich selbstlos und gänzlich an eine große Sache verschwendet. Daß man sich an ihm verschenden sollte, daß Deutschland seinen Glauben teilte, sein Wollen verwirklichte — das erschien ihm natürlich, er erwartete nichts anderes und fühlte sich verkannt, wenn es nicht geschah. Brüchig wie er war, zerbrach er doch nie in seinem Selbstgefühl, zäh und elastisch zugleich. Seine Worte waren heiß — aber wenn er sich mißverstanden sah, konnte er so hart und boshaft gegenüber den Geschöpfen sein wie nur je der Schöpfer selbst. Immer mit seiner eigenen komplizierten Person beschäftigt, verwechselte er, mehr als je ein Absolutist, ständig den Staat mit dem Monarchen, und so sah seine überempfindliche Dynasteneitelkeit in jedem Reformgedanken das Majestätsverbrechen.

Reden, Briefe schreiben, Skizzen entwerfen — man weiß nicht, was der hochbegabte Mann am besten gekonnt hat. Tausende seiner Zeichnungen werden in der Berliner Schloßbibliothek aufbewahrt — meist südliche Landschaften, sehnüchtig in der nordischen Welt aufs Blatt geworfen — antikisch-renaissancehaft, „ideal“, mit Tempeln, Quellen und Hainen, mit Altären und Sphinxen — sehr viel hoher und heller Himmel und weit hinaus glänzendes Meer: Visionen eines rastlos Schweifenden, Entrückungen aus dem unholden Alltag. Sein Dom hat den baufrohen Monarchen am tiefsten beschäftigt — dieser nie vollendete, nur geschaute Dom, der Bau, der über die Spree aufragen und alles ringsum bezwingen sollte, eine „Kirchenstadt“ wie St. Peter in Rom, Sinnbild christlicher Universal-

tät, historisierend, durch die Rückschau gestaltet natürlich auch er, Basilika, Kuppel, Campo santo, majestätisch in seiner Säulenfülle, mit triumphierendem Bogen über der gewölbten Apsis¹⁰⁾.

Das natürliche Selbstbewußtsein eines geistsprühenden Kronprinzen, der es inmitten der preußischen Nüchternheit besonders leicht hatte, genialisch zu wirken, steigerte sich bei dem Könige zu einem Glauben an die Erleuchtung seiner Majestät, durch den sich Friedrich Wilhelm IV. von den Tatsächlichkeiten seines neunzehnten Jahrhunderts in unheimlichem und völlig ungesundem Maße entfernte. Richtig ist hervorgehoben worden, daß diese Inbrunst des Gottesgnadentums nur der Königszeit selbst angehörte¹¹⁾ — sie war keine Theorie, sondern gerade deshalb so gefährlich und unwiderleglich, weil sie als ein spontan seelisches Erlebnis fort und fort wirkte. Also steigerte sich dieser zwanglos-behagliche Mensch, der in seinen persönlichen Lebensbeziehungen so unzeremoniell wie möglich war, in den Glauben hinein, nun sei er der „Gesalbte des Herrn“, nun wisse er Dinge, die er als Kronprinz nicht gewußt habe; deshalb behandelte er seine Minister mit so ausgesprochener Nichtachtung als unverantwortliche Werkzeuge, deshalb glaubte er trotz aller greifbaren Mißerfolge doch immer recht zu haben, deshalb hielt er sein Handeln, dessen Wesen der innere Widerspruch war, doch irgendwie für charismatisch sinnvoll und tieferer Nachwirkung sicher. Er genoß sein Königtum und grollte Nörglern.

„Er hatte vielleicht mehr Gemüt, als der Staat vertragen kann“, sagt Leopold von Ranke in seinem Lebensbild Friedrich Wilhelms IV. in der Allgemeinen Deutschen Biographie, das beweist, wie stark geblendet selbst der kritische Meister im Zauberbanne dieser rätselvoll schillernden Persönlichkeit stand. Gemüt, die starke Empfänglichkeit für die Ewigkeitswerte des Menschentums, war bei Friedrich Wilhelm IV. doch überwiegend Angelegenheit des Geistes und Geschmackes; gewiß war er eine warm-überquellende Natur, aber viel zu zerspalten, um herzlich echt zu sein. Es war immer etwas Unheimlich-Unberechenbares um ihn — und das Gefühl gemütlichen Behagens, das er so liebte, hatten andere in seiner Gesellschaft nur sehr selten. Seine Wohltätigkeit gegenüber der unteren Schicht verdient sicher warme Anerkennung: „Man kann diese Leute doch nicht mit Füßen treten“, hat er einmal gesagt¹²⁾. Dem Freunde Johann riet er aber 1830, gelegentlich der Dresdener Unruhen, sich mit dem „Gesindel“ nicht einzulassen und die „Canaille“ militärisch niederzuwerfen. Es war sehr viel Hochmut bei seiner Art sozialer Fürsorge — das Volk sollte die Gnade des Königs fühlen, aber schön demütig dabei bleiben. Was das „Volk“ eigentlich war und wollte, hat Friedrich Wilhelm IV. nie verstanden.

Treitschke hat ihn den größten aller Dilettanten genannt¹³⁾. Wirkliche Dilettanten pflegen harmloser zu sein als dieser König. Man kann auch nicht sagen, daß er eines seiner zahlreichen Talente naiv überschätzte. Seine Meisterschaft als Redner, Zeichner und Briefeschreiber geht weit über jeden Dilettantismus. Es war ein menschlicher Kraftstrom in ihm wie nur in wenigen seiner Zeitgenossen.

Seine persönliche Wirkung ist auch auf überzeugte Gegner immer überraschend groß gewesen. Das Hilflos-Rührende, die unruhige Dankbarkeit für anerkennende Duldung, das Dummstolze, also alles, was den Dilettanten charakterisiert, lag ihm völlig fern. Es konnte geschehen, was wollte — dieser König war eigentlich verhältnismäßig schnell wieder oben auf: schlimme Erlebnisse konnte er verdrängen wie schlechte Träume. „Ich suche den König“, sagte seine kluge, gütige Frau, die bayrische Elisabeth, wenn er, wie so oft, das Gleichgewicht verlor. Der König war wohl dann recht schwer in ihm zu finden — nur er selbst hat in jedem Augenblick an sein überlegenes Königtum geglaubt.

Man hat Friedrich Wilhelm IV. oft mit einem späteren Hohenzollernfürsten verglichen, und die Zeitgenossen, die den großartigen fünften Band der Deutschen Geschichte 1894 zuerst lasen, glaubten hier die vernichtendste Anklage gegen den jungen Kaiser Wilhelm II. zu entdecken. Mag Treitschke selbst hier manches mitschwingen lassen gewollt haben: der Vergleich tut beiden unrecht. Nur das äußere Bild vielgeschäftiger Redelust und zunehmender Arbeitsunfähigkeit ist beiden gemeinsam. Friedrich Wilhelm IV. war eine viel reichere, tiefere Natur als Wilhelm II., er besaß angeborenen künstlerischen Geschmack und fesselte als ein wirklich bedeutender Mensch, wenn er lebenswürdig sein wollte, bedeutende Menschen jeder Art. Wilhelm II. dagegen hatte einen besseren politischen Instinkt, nur leider nicht den Mut der eigenen Meinung und Achtung vor fremder Überlegenheit. Er unterscheidet sich von Friedrich Wilhelm IV. wie der Techniker vom Künstler; er war enger, einseitiger und seinerseits wirklich beladen mit dem Fluch des ewig unbefriedigten Dilettantismus, dessen unfruchtbare Hast er durch grandiose Fürstengesten zu verbergen versuchte. Politisch war Friedrich Wilhelm IV. viel unseliger als Wilhelm II.: denn während der letzte Deutsche Kaiser sich doch lange vor dem Weltkriege zumeist praktisch zurückhielt und Menschen und Dinge eben laufen ließ, so gut sie konnten, hat Friedrich Wilhelm IV. bis zu seinem geistigen Zusammenbruche alles selber machen wollen und die wirklichen Entscheidungen auch selber getroffen. Diese Regierung ähnelte dem Regenten nur allzusehr.

Das Künstlerisch-Feinfühlige war sicher das Beste an Friedrich Wilhelm IV. Dieser Geschmack war aber historisierend und trug in sich die Schwäche eines mehr gebildeten als urwüchsig empfindenden und wahrhaft schöpferischen Zeitalters. Das Schloßchen Charlottenhof aus der Kronprinzenzeit ist wohl das reinste Zeugnis dessen, was Friedrich Wilhelms empfindlichen Sinnen wahrhaft wohlthat — es ist ein lebenswürdiges Schmuckstück, harmonischer als sein Bauherr, ein Abbild gewissermaßen jenes geläuterten Selbst, das von den dunkeln Dämonen seiner Natur immer gefährdet war. Die späteren Schöpfungen, Pfingstbergschloß und Orangerie, sind noch mehr nacherlebt; sie fordern eine Beachtung und einen Respekt, denen sie dann nicht gerecht werden, sie sind laut und leer, ewige Fremdlinge in der bescheidenen Lebenswürdigkeit der Potsdamer Landschaft. Wenn nun gar noch das Pfingstbergschloß mit dem Marmorpalais durch

die große Wasserkunst verbunden worden wäre, wie es der König geplant hat, dann wäre hier durch falsche Monumentalität das Gleichgewicht von Baukunst und Natur völlig gestört gewesen. Ein Fürst ist so, wie er baut: Friedrich Wilhelm IV. hat im Geistig-Künstlerischen das Unglück vorzeitigen Epigonentums gehabt; gerade in diesem seinem Eigensten war er schon altmodisch, ehe er recht wirken konnte; und er hat als letzter von allen, wie das so geht, gemerkt, daß der Anschluß nicht da war und nie erreicht werden konnte. Cornelius, Tieck, Schelling hatten Anfang der vierziger Jahre lange ihre Höhe überschritten. Kunst und Gedanke suchten schon längst nach neuer Bahn. Der alte Arndt wurde wieder ausgegraben und in seine Bonner Professur neu eingesetzt — das war sicher mehr die Erfüllung einer Anstandspflicht als eine Förderung der Wissenschaft. Wenn aber Dahlmann und die Brüder Grimm berufen, Lepsius gefördert, wenn der Verdunpreis für Werke der Geschichtschreibung gestiftet wurde, so war das warmer Dankbarkeit wert. Alles wurde aber wieder verdorben durch böse Fehlgriffe wie die Entsetzung des freimütig herzhaften Liedersängers, des Professors Hoffmann von Fallersleben, von seinem Breslauer Lehramt oder die Schikannen, mit denen der Berliner Privatdozent Nauwerck für seine politischen Überzeugungen so lange gequält wurde, bis er auf seine Venia verzichtete. Friedrich Wilhelm IV. nannte diesen fortschrittlich gesinnten Philosophen einen „patentierten Revolutionär“ und verfügte: „Revolutionäre dürfen in Preußen keine Freistätte unter den Fittichen der Regierung finden¹⁴⁾“.

Friedrich Wilhelm IV., der so viele Pietisten unter seinen persönlichen Freunden besaß, hielt sich wohl selbst für einen wahrhaft frommen Mann und legte immer Wert darauf, dafür gehalten zu werden. Wirkliche christliche Demut stand dem übermütigsten aller Spötter aber fern genug; ein Mann, der so voll Hochmut war, der so schnöde das mißachten und verhöhnen konnte, was anderen als heilig galt, der auch die persönliche Würde seiner Mitmenschen so boshaft und grausam verletzte, wenn es ihm gerade Spaß machte, muß von dem Verdachte echter Religiosität freigesprochen werden. Natürlich hinderte ihn das nicht, ja es paßt im Grunde gut dazu, daß er ungestümer, wenn auch weniger erfolgreich denn sein Vater, als Kirchenreformer auftrat. Die Kirchenorganisation schien ihm für die Wiedergeburt der christlichen Religion besonders wichtig zu sein. Er dachte sich eine neue evangelische Kirche mit dem Fürsterzbischof von Magdeburg als Primas Germaniae und an die dreihundertfünfzig Bischöfe in ganz Preußen. Dieser Zukunftskirche sollten die Generalsynoden dienen, die er einrichtete. Vom wahren Geist des Protestantismus ist Friedrich Wilhelm IV. zeitlebens unberührt geblieben. Er gefiel sich in verworrenen theologischen Studien und Projekten, versenkte sich in die Problematik des apostolischen Christentums und verlor dabei vollends den Zusammenhang mit den Fragen und Sorgen der eigenen Zeit. Die Nähe Gottes, die ihm sein Gottesgnadentum sicherte, stärkte ihn freilich dabei so sehr, daß er sich als Schöpfer eines gottgeordneten, von den Kindern des Lichtes verwalteten Staates schon leibhaft

erblickte. Dem wirklichen, historisch gewordenen Protestantismus konnten solche Verstiegenheiten nur schädlich sein¹⁵). Das „Kirchenkapitel“, das an Bunsen gerichtete Schreiben vom 24. März 1820, vom kronprinzlichen Verfasser selbst als Sommernachtstraum bezeichnet, ist schon von Hausrath „geistreich im schlimmsten Sinne des Wortes“ genannt worden¹⁶). Der katholischen Kirche gegenüber war der König, geblendet durch ihre Organisation und ihren künstlerischen Glanz, dafür allzu unkritisch, arglos, nachgiebig. Die „Katholische Abteilung“ im Kultusministerium (1841) war eine Frucht dieser Stimmung.

Friedrich Wilhelm IV. hat seit Friedrich dem Großen zuerst wieder Sanssouci bewohnt — was seitdem kein Hohenzoller wieder gewagt hat, und ein bekanntes Witzwort warf ihm vor, daß er sich „altenfritzig“ gebärde. Man kann in Wahrheit stärkere Gegensätze nicht finden: das kalte, stolze Freidenkertum des großen Königs, die harte bedenkenlose Eroberungspolitik, die er trieb, waren Friedrich Wilhelm IV. tief zuwider¹⁷). Er wollte letztlich ein universales Europa, und in diesem christlich organisierten und befriedeten Europa ein großes, mächtiges, im Kaisertum erneuertes Deutschland, das unblutig den Frieden der Welt erzwänge¹⁸). Dieser preußische König war eine unmilitärische Natur und wohl der einzige Hohenzoller, der auch die Pose des Feldherrentums vermied. Im Manöver konnte er freilich als Kronprinz so hitzig sein, daß sich die alten Generale über ihn beschwerten; bei den Kritiken war er dann geistvoll wie immer. Militärmusik, Waffenblitzen und Salven berauschten ihn; allzu nahe durfte freilich der Kanonendonner seinem sensiblen Nervensystem nicht kommen. Einmal setzte er das Manöver bis in die Straßen Berlins fort, so daß Hunderte von Fensterscheiben zersprangen¹⁹). Als König hielt er sich vom Militärischen mehr und mehr zurück, nicht nur weil es ihn „ennuyierte“, sondern auch weil er dem eifersüchtigen Prinzen von Preußen dies Gebiet lassen wollte. Dem Flügeladjutanten E. von Manteuffel, der ihn zu soldatischer Betätigung drängte, antwortete er einmal: „Wollen Sie mich mit Wilhelm ganz überwerfen?“²⁰). Friedrich Wilhelms politisches Weltbild beruhte auf falsch verstandenem Mittelalter. Wenn er dem Könige von Preußen in diesem neualten Europa die Rolle des deutschen Erzfeldherrn zuerteilt wissen wollte, so war das gegenüber dem österreichischen Kaiserstaate, der so stark neben und über Deutschland stand, etwas zu bescheiden; die anderen deutschen Fürsten waren aber wohl geneigt, es etwas zu anspruchsvoll zu finden. Friedrich Wilhelm IV. hat nie begriffen, daß jede kraftvolle deutsche Politik damals vor allem gegen Rußland und dann auch gegen Österreich geführt werden mußte. Die deutsche Politik in der Jahrhundertmitte war ja nicht nur ein innerpolitisches, sondern auch ein außenpolitisches Problem. Metternich führte sie als Politik der heiligen Allianz und der Reaktion. Wenn sich Preußen weiter dem fügte, dann war und blieb es als Staat nicht viel mehr denn Bayern oder Hannover.

Den großen Gegner Metternichs in Europa, den Liberalismus, verabscheute Friedrich Wilhelm IV. wie die große Hure der Apokalypse; eine außenpolitische Umstellung, ein Zusammengehen, etwa mit England gegen Rußland, entsprechend

dem herrschenden weltpolitischen Gegensatze, war schon deshalb für den preußischen König praktisch nicht durchführbar, so sehr er mit dieser Möglichkeit gespielt hat. Hier verschlingen sich Außenpolitik und Innenpolitik der Revolutionszeit zu einem bedeutungsvollen einzigartigen Kräftekomplex²¹⁾.

*

Diese Umstände gaben nun auch der Verfassungsfrage im Preußen Friedrich Wilhelms IV. ein so ungewöhnliches Gewicht. Das antikonstitutionelle Preußen war der russisch-österreichischen Politik ein sicherer Bundesgenosse. Jedes Zugeständnis an den „Zeitgeist“ gefährdete das „System“. Mit Nikolaus I. nun verband den preußischen König eine warme schwägerlich-freundschaftliche Lebensbeziehung, die dem Zeitgeschmack gemäß 1818 durch einen Treueschwur besiegelt worden war²²⁾. Nach dem Tode des alten Königs Friedrich Wilhelm III. bekam die Korrespondenz der beiden Schwäger, die oft lange pausiert hatte, erneutes politisches Gewicht. Nikolaus I. begann sich dem neuen Könige gegenüber als der Hüter der politischen Erbschaft „Papas“ zu fühlen und versuchte entsprechend zu wirken²³⁾. Friedrich Wilhelm III. hatte sein fünfmal öffentlich gegebenes Versprechen, eine Verfassung zu schaffen, durch eine testamentarische Bestimmung zu entkräften versucht, die zwar eigenhändig, aber nicht unterschrieben und nicht korrigiert war und deshalb nur den Charakter eines Entwurfes haben konnte; darin befahl der alte König, allein mit Zuziehung sämtlicher Agnaten eine Änderung des politischen Status bei seinem Tode vorzunehmen und die verheißenen „Reichsstände“ nötigenfalls durch einen Ausschuß von 32 Vertretern der Provinzialstände und 32 Mitgliedern des Staatsrates zu ersetzen! Diese wahrhaft freiheitsfeindliche Verfügung Friedrich Wilhelms III. war gegenüber dem pietätvollen Sohne eine wirksame Waffe in der Hand des russischen Kaisers. Er verlangte die Publikation des „Testamentes“; er protestierte gegen Friedrich Wilhelms IV. Plan, die Provinzialstände zu Reichsständen zu entwickeln, und es gelang ihm, den Lauf der Dinge verhängnisvoll zu verzögern. In seinem Briefe vom 31. Dezember 1844 versuchte der König den kaiserlichen Schwager von dem zu überzeugen, was er wolle: keine Verfassung, keine periodischen Stände, keine Wahlen. Friedrich Wilhelm IV. erklärte, an keine der früher gegebenen Versprechungen gebunden zu sein, außer an das Staatsschuldengesetz von 1820, das er als „grand malheur“ bezeichnet, aus dem man aber die Folgerungen ziehen müsse. Seine Absicht sei: durch einen Akt aus königlicher Machtvollkommenheit heraus das Gesetz von 1815 und das Unhaltbare des Gesetzes von 1820 abzuschaffen, die acht Provinzialstände zu vereinigen und dieser Vereinigung bedeutsame Rechte zu übertragen, „die freilich umschrieben sind durch die unüberschreitbare und unveränderliche Schranke der Rechte der Krone“. Friedrich Wilhelm warf zum Schluß dieses Briefes die Frage auf: Was gewinne ich? Nach seiner Meinung ein Doppeltes: „1. was jeder Sterbliche durch einen Akt der Gerechtigkeit gewinnt“ — (denn im alten Reich bestand das Recht der

Stände zur Steuerbewilligung, in Westfalen bis 1806!) — und 2. die Befriedigung der öffentlichen Meinung — indem die Versprechungen von früher doch gehalten werden: man muß die Krankheit, die Folge der „tollen Hardenbergschen Gesetzgebung“ heilen, man muß „die Medizin schlucken“.

Nirgends hat wohl Friedrich Wilhelm IV. sich so offen über seine wahren Beweggründe ausgesprochen. So ärgerlich ihm das alles war, so sehr er sich um Deutungen bemühte — den Zwang der alten Verpflichtung konnte und wollte er doch nicht bestreiten. Die Provinzialstände waren da, scheinbar wiedererwacht, in Wahrheit, romantisch anknüpfend an gespenstische Einrichtungen alter Zeiten neu geschaffen; ihre Vereinigung war nun vollends etwas Neues, es war eine nachempfindende Wiederholung historischer Entwicklungen, die Jahrhunderte zurücklagen — dem preußischen Könige konnte nichts gemäßer sein. Er glaubte damit einen eigenartigen, der Staatsindividualität Preußens entsprechenden Weg gefunden zu haben.

Kaiser Nikolaus blieb schroff auf seinem Standpunkte. In dem Antwortbrief vom 25. Januar/6. Februar 1845 erklärte er: der Plan „widerspricht den heiligsten Willensabsichten des verstorbenen Königs“; er setzt Preußen und Europa großen Gefahren aus; Friedrich Wilhelm IV. wird, beschreitet er einmal den Weg, weit über seine Absichten hinausgeführt werden; „auch die Armee wird ihn dann nicht schützen vorm Unglück, das ihn verschlingen wird“; angesichts der überall fortschreitenden revolutionären Propaganda nimmt der preußische König eine schreckliche Verantwortung auf sich.

Friedrich Wilhelm IV. versuchte sich mit seinen Plänen nach allen Seiten hin zu rechtfertigen — dem russischen Schwager, als dem wichtigsten Manne, gab er die Briefe an Fürst Metternich und den König von Württemberg²⁴) zur Kenntnis. Nikolaus prophezeite weiter Unheil — die Folge der Vereinigung der Provinzialstände wird die Einrichtung von Kammern mit Deputierten sein; das ist ein Unglück für Preußen, die Politik von Europa wird sich verändern, in Polen, Ungarn, Galizien, in ganz Deutschland werden die nachteiligsten Folgen entstehen: wenn der König von Preußen seine Macht beschränkt, dann ist er nicht mehr, was er bis jetzt ist, von seiner hohen Stufe steigt er herab.

In diesem Punkte waren sich Kaiser Nikolaus, Metternich und Friedrich Wilhelms Bruder und Thronfolger, der Prinz von Preußen, einig: die Vereinigung der Provinzialstände wird nicht das Ende, sondern der Anfang einer politischen Entwicklung sein. Metternich hat den preußischen König in den Vorbereitungs-jahren wiederholt gesprochen. Daran erinnerte er einmal, als er am 16. Mai 1847 die Randbemerkung niederschrieb: „Mein Blick stund fest, als ich dem Könige sagte: Wenn Ew. Majestät das Plenum der Provinzialstände zusammensetzen, so haben Sie Reichsstände, Sie mögen dies wollen oder nicht. Das, was in der Gewalt der Dinge liegt, schafft sich Luft, wenn man ihm die Türe öffnet. Ew. Majestät werden sonach dahin gelangen, wohin Sie nicht gehen wollen²⁵)“.

Es lag ja überhaupt in der Natur des Königs, nicht zu merken, wohin er ging.

Metternich hat das durchaus richtig gesehen. Der Prinz von Preußen, „der erhabene Freund der Soldaten“⁽²⁶⁾, ist in diesen Jahren vor der Revolution der eigentliche Träger der altpreußischen Überlieferung gewesen, die unter scharfer Hervorkehrung des militärischen Standpunktes das Zusammengehen mit Rußland für noch notwendiger hielt als das gute Einvernehmen mit Österreich. Nach seiner Meinung waren konstitutionelle Institutionen, aber auch nur Anfänge oder Übergänge dazu mit den Lebensbedingungen Preußens als europäischer Großmacht und Mitglied des Deutschen Bundes unvereinbar⁽²⁷⁾. Er glaubte den alten Versprechungen vollauf genügen zu können durch Vereinigung von je zehn Abgeordneten aus den Ständen einer jeden Provinz zu einem rein beratenden Ausschuß, aber nur für den Fall einer nötigen Staatsanleihe! Ein wirkliches Steuerbewilligungsrecht sollte den Ständen überhaupt versagt sein — und dies, obgleich doch die ganze Frage ihren Ausgang von der Tatsache nahm, daß die Stände Mitbürgen von etwa nötigen Anleihen waren! Von allen Beratern des Königs nahm der Prinz von Preußen den reaktionärsten Standpunkt ein. Als der König gemäß seiner Art an dem Grundgedanken seines Vereinigten Landtages festhielt, gelang es dem Prinzen wenigstens, nachdem er lange aus den umständlichen und ungeschickten Vorverhandlungen ausgeschaltet war, den Plan durch die sogenannte Herrenkurie noch mehr zu belasten, die bisher in den Provinziallandtagen nicht vorhandene Sondervereinigung der Prinzen, Fürsten, Grafen und Standesherrn — eine Einrichtung, die dem feudalen Geschmacke des Königs durchaus entsprach, die dem Vorbilde eines „Oberhauses“ irgendwie nachkommen sollte, um so mehr aber das Zerrbild eines solchen sein mußte, je weniger dieser Vereinigte Landtag den Charakter eines wirklichen Parlamentes hatte und haben sollte.

Wie wenig paßte dieses wohlmeinende, aber hilflose Experimentieren des Königs und seiner Berater zu der Reife der Einsicht und dem klaren Willen der Besten unter den Staatsbürgern! Immer wieder hatten die Provinziallandtage an den wahren Charakter der Versprechungen des alten Königs erinnert. Bei der Erbhuldigung der ostpreußischen Stände im Herbst 1840 beschloß der dortige Landtag mit 89 gegen 5 Stimmen, in Erfüllung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 möchte eine „allgemeine Landesrepräsentation“ gegeben werden. In seiner Antwort sagte der König, sein Vater habe sich ferngehalten „von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung um des wahren Heiles seines ihm anvertrauten Volks willen“. Der alte tapfere Oberpräsident von Schön gab bald in einer Broschüre darauf den Bescheid, Generalstände seien gegenüber der Beamtenhierarchie ein notwendiges Gegengewicht, und Johann Jacobys berühmte Flugschrift, die „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, machte die preußische Verfassungsfrage zuerst zu einer deutschen, ja einer europäischen Angelegenheit. Der Eindruck war „unbeschreiblich“⁽²⁸⁾. Welch eine Heldentat, dieses scharfe, klare, bezwingende Votum eines unerschrockenen Mannes so plump zu verfolgen! Die Schrift wurde in Preußen beschlagnahmt und ebenso vom Bundestag auf preußischen Antrag im ganzen deutschen Bundesgebiet, die Anklage auf

Erregung von Mißvergnügen, frechen Tadel, Verspottung der Landesgesetze, Majestätsbeleidigung und Hochverrat erhoben! Jacoby wurde 1842 vom Hochverrat freigesprochen, wegen der anderen Delikte zu zweieinhalbjährigem Festungsarrest und Aberkennung der Nationalkokarde verurteilt, wodurch er also als unehrenhaft gebrandmarkt war, aber zum Ruhme der preußischen Rechtsprechung 1843 vom Appellationssenat des Kammergerichts völlig freigesprochen. Seine Verteidigungsschriften wurden in ganz Deutschland verbreitet, wie die erste Broschüre. Die vollständige Erkenntnis des Gerichtes mit den Gründen hat Jacoby erst 1863 in einer Neuauflage abdrucken können. Noch wiederholt in Prozesse verwickelt, wurde Jacoby der Held des freiheitlich gesinnten Bürgertums in Königsberg, das tatsächlich mit dem gesamten damaligen Bürgerstande zusammenfiel — Jacoby, der leidenschaftlich im Innern bewegte, nach außen ruhige und beherrschte philosophische Arzt, vom stärksten Rechtsgefühl erfüllt, ein immer geistig angespannter zäher Sonderling, unfähig zu Kompromissen und zu Selbstbetrug, aber auch phantasiearm, starr und übervernünftig, mehr klug als weise, einer der tapferen, charakterlich unantastbaren Juden, die für die deutsche Freiheit schwer haben leiden müssen.

Dem ostpreußischen Provinziallandtage waren andere gefolgt: einige Stände verlangten zahlreichere Vertretung der Städte und Landgemeinden, die poseschen Stände etwa eine selbständige nationale Verwaltung des Großherzogtums, die schlesischen eine ausführliche Veröffentlichung der Verhandlungen. Alles Wesentliche wurde abgelehnt. Gegen die Stadt Breslau war der König aufs äußerste empört, weil Magistrat und Stadtverordnete dem schlesischen Landtage im März 1841 eine Denkschrift übergeben hatten, durch die sie ihn aufforderten, eine Petition um endliche Einführung der versprochenen Reichsstände an den Thron gelangen zu lassen. Männer wie Klocke, Milde, Tschocke traten damals zuerst hervor²⁹). Der rheinische Landtag befaßte sich besonders energisch mit allgemeinen politischen Gegenständen, getrieben durch die Petitionen, die aus der ganzen Provinz einliefen: Nennung der Redner im Protokoll, Erweiterung des Wahlrechtes in den Städten, Öffentlichkeit der Sitzungen, Abschaffung der Zensur waren die hauptsächlichsten Punkte. Durch das Rheinland war ja die Großmacht Preußen ein Stück Westeuropa geworden: erst dadurch wuchs sie wahrhaft ins lebendige Deutschtum hinein. Wenn die ostpreußischen Stände vor allem um ein freies Preußen rangen, so ging es am Rhein darum, diesen Staat einzudeutschen, ein deutsches, vom europäischen Geiste erfülltes Preußen zu schaffen.

Der rheinische Landtag war der kühnste und zog sich deshalb am meisten die Ungnade des Königs zu. Einstimmig lehnte er etwa den neuen Strafgesetzentwurf ab, in dem mit Recht gegenüber dem bisher geltenden ein Rückschritt gesehen wurde. 15 rheinische Städte hatten 1845 die Vollziehung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 verlangt, also des Verfassungsversprechens; nach langen Debatten einigten sich die rheinischen Stände in sehr verklausulierter und überaus respektvoller Form dahin, dem Könige durch ihren Landtagsmarschall ihre Überzeugungen

dahin auszusprechen: „daß eine reichsständische Verfassung, geeignet, die Wünsche aller Klassen der Bevölkerung in richtigem Verhältnis zu vertreten und zur unmittelbaren Entscheidung Sr. Majestät zu bringen, von den Rheinländern als ein für das Wohl der Provinz unabweisbares Bedürfnis erkannt und von Sr. Majestät treuen Ständen ersehnt werde³⁰⁾.“ Die Namen der Führer des rheinischen Bürgertums, die Namen Camphausen, Beckerath, Mevissen sind in diesen Jahren zuerst bekannt geworden — als die der Vertreter eines neuen, schaffenden Geistes, des Geistes der Erweckung, Organisierung und Verwertung der wirtschaftlich produktiven Volkskräfte. Dieser Geist bejahte aus eigenstem Interesse den großen neuen staatlichen Zusammenhang, der ihm Möglichkeiten der Entfaltung und Wirkung gab, die vorher nicht bestanden. Er durfte aber, verwöhnt durch die französische Präfektenverwaltung, auch Forderungen stellen³¹⁾.

Das Rheinland wurde in demselben Maße preußisch, wie es geistig lebendig und materiell schöpferisch wurde; die noch stark vorhandenen partikularen Kräfte besaßen ihren Hauptrückhalt auf dem Lande und in den konfessionell besonders gebundenen Schichten. Sie standen der Verfassungsfrage apathisch gegenüber. Das rheinische Recht und die Kirchenpolitik interessierten hier am meisten. Auch hier verstand die Berliner Regierung nicht, worauf es ankam, wo die besten Verbündeten der preußischen Großmachtsidee zu finden waren. Der alte Freiherr Hans von Gagern erzählt in seiner 1846 in Leipzig veröffentlichten Schrift „Zweite Ansprache an die deutsche Nation“ eine bezeichnende Geschichte (S. 92). „Eine sehr hohe Person“, offenbar der Prinz von Preußen, habe ihn vor kurzem gefragt, warum man am Rhein die Preußen nicht wohl leiden könne. Seine Antwort lautete: nur die Zeit kann da die natürlichen Verhältnisse ändern, unterm Krummstab war gut wohnen; früher hatte der rheinische Adel sichere Pfründen für seine nachgeborenen Söhne, jetzt muß er sollizitieren um Pagen- und Kadettenstellen; die preußischen Formen haben ihre Beschwerlichkeiten.

Der König wollte nicht gedrängt werden; alles, was erfolgte, sollte aus freier Gnade kommen. Er erweckte große Erwartungen, niemand wollte im Anfang ihm solchen Mangel an Scharfblick und an Gefühl für Notwendigkeiten zutrauen. Er meinte schon viel zu tun, wenn er die Provinziallandtage periodisch tagen ließ und in der Zwischenzeit Ausschüsse der Provinziallandtage in Berlin vereinigte. Niemand begriff, was diese Ausschüsse eigentlich sollten, es wurde ihnen nur Unwichtiges, gänzlich Unpolitisches vorgelegt — die Enttäuschung nahm zu, und der König, der sich überall gerne zeigte und Gnaden und Auszeichnungen verteilte, sah nun überall und besonders am Rhein unzufriedene Gesichter. Was konnte es helfen, wenn schließlich sogar der Abdruck des Gesetzes vom 22. Mai 1815 „als zu aufregend“ verboten wurde? Die „Aufregung“ ging weiter.

Gerade auch unter dem Adel, auf den der König so fest zählte, den er so gern befördert und zur stärksten Staats- und Gesellschaftsstütze gemacht hätte, fand er bei einzelnen hervorragenden Personen allergetreueste, aber sehr deutliche

Opposition. Am 12. März 1846 schrieb General Gustav von Below, Flügeladjutant des Königs, aus Berlin an seinen Schwager, den ostpreußischen Gutsbesitzer A. v. Saucken-Julienfelde:

„Ich halte die Art und Weise, wie man in beinahe allen Provinzen mit wenigen Ausnahmen die Anträge der Stände beantwortet hat, für eines der betrübendsten Ereignisse unserer Zeit, ja es ist mir dies ein Zeichen, daß der Riß zwischen Thron und Volk immer bedeutender wird und daß die Ratgeber der Krone, die Minister sowohl als der König, ich klage beide an, die Stände nicht verstehen und daß so die Mißverständnisse sich mit jedem Zeitabschnitte steigern.“

Und am 7. Mai 1846:

„Wollte doch unserem Gouvernement auch ein Licht aufgehen, daß durch provinzielle Sonderinteressen wir unsere Posener und Rheinländer nie gewinnen werden. Sehen sie jedoch, daß wir eine Verfassung haben, unter der es sich besser lebt als anderswo, so werden sie rascher gute Preußen werden, als die Elsässer sich an Frankreich politisch angeschlossen haben, die nicht zu Deutschland gehören möchten, obgleich sie die französische Sprache und Sitte nicht angenommen haben . . .³²⁾“

Friedrich Wilhelm IV. bezeichnete freilich hochgestellte Männer, die die Sache des Volkes bei ihm vertraten, schlankweg als „Hochverräter“⁽³³⁾. Auch Ernst v. Saucken gehörte zu diesen Tapferen, die die leicht entzündliche Ungnade des Monarchen nicht scheuten und ihm dennoch die Wahrheit sagten. Nur eine Partei, schrieb er dem Könige am 14. November 1844, trübt den inneren Frieden des Landes, „die Partei des alten Adels, die die nächste Vergangenheit im lethargischen Schlafe zugebracht hat“. Das patriarchalische Leben ist zu Ende; es soll nicht mehr „in verrostetem Rüstzeug einer veralteten Turnierzeit einen Schutzwall suchen gegen den kräftig dahinflutenden Strom des neuen Volkslebens“. Preußens Volk, schrieb er an den König am 15. Januar 1846, hat „nun 31 Jahre ruhig auf die Erfüllung des Gesetzes“ gewartet, „welches es nicht allein für sein Wohl, sondern zum Fortbestehen des Staates so unentbehrlich hält“ . . . „Es wird mir sehr schwer, aber es muß ausgesprochen sein, Preußens Macht ist nicht mehr, was sie war, Preußen kann sich nur erhalten, wenn Volk und Fürst eins sind, im gegenseitigen Vertrauen und Liebe. Das erste ist erschüttert, die Liebe mindert sich täglich . . .“ „Man gebe jedem Staatsbürger politische Rechte in einem Staate, und bald verschwindet jedes Provinzielle, ja Nationale. Der Staat, der ihn so aufnimmt, wird sein wahres Vaterland.“ . . . „Der Wiener Frieden sicherte Polen Verfassung und abgesonderte Verwaltung: wie steht es mit beiden? Trotz der Sympathien der Engländer und Franzosen für die Polen!? So sind also weder die Staaten noch die Völker durch Verträge und Friedensabschlüsse geschützt; in ihnen allein ruht nur die Garantie ihres Bestehens. . . Was soll aber aus Preußen werden, wenn es, im Vertrauen und in Liebe zu seiner Regierung erschüttert, sich immer mehr von diesen löst, diese auch in ganz Deutschland alle Sympathien verliert und Frankreich oder Belgien seinen Arm zugleich nach dem

Rhein und Rußland nach (Ost-) Preußen ausstreckt?“ Dieser unabhängige, lautere Mann betrachtete also die große Frage nicht vom Standpunkte einer Doktrin aus — er dachte in großen tatsächlichen politischen Zusammenhängen, und deshalb sind auch seine Folgerungen zwingend: „Freisinnige Männer in der Verwaltung, Aufhebung der geistigen Beschränkung der Lehre, freie Bewegung allen Kirchen, gleichen Schutz und gleiche Rechte, Freiheit der Rede und Presse: und schon wird ein Jubelruf nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland, ja Europa durchtönen . . .“

Viel stärker als in der Mark und in Pommern lebte in Ostpreußen selbständiges Denken und der Mut eigener Meinung; das entsprang eigenwüchsigem Sonder-tum, das breite Verhältnisse gewohnt war. Noch waren die sozialen Verhältnisse patriarchalischer als irgendwo sonst — um so entschiedener war das Verlangen nach Verbindung mit den führenden Zeitmächten.

Friedrich Wilhelms IV. Vertrauensmann in Ostpreußen war durch Jahre hindurch der Kommandierende General in Königsberg Graf Friedrich zu Dohna, der deshalb dort an die Stelle Wrangels kam, weil der König glaubte, „Wrangel würde in Königsberg zu früh dreinschießen lassen³⁴⁾“. Diesem Grafen Dohna schüttete der König gerne aus, was er gegenüber dem „revolutionären“ Treiben in Ostpreußen auf dem Herzen hatte. Er sah es mit Recht auch als eine Folge des Wirkens des alten würdigen Oberpräsidenten von Schön an, mit dem er, obgleich er ihn absetzte, nach außen eine wortreiche Freundschaft pflegte. Am 24. Februar 1843 schrieb er an Dohna von der „schnöden Judenclique“: „Die freche Rotte legt täglich durch Wort, Schrift und Bild die Axt an die Wurzel des deutschen Wesens; sie will nicht (wie ich) Veredelung und freies Übereinanderstellen der Stände, die allein ein deutsches Volk bilden, sie will: Zusammensudeln aller Stände . . .“ Man fühlt hier die Kritik auch an dem Ostpreußen Johann Jacoby...

Einzelne Zwischenfälle verschärften den Gegensatz zwischen Bürgerschaft und Obrigkeit empfindlich. Als der Referendar Schade den Leutnant von Leithold tödlich im Duell verwundete (1844), hielten sich die Offiziere demonstrativ vom „Börsengarten“ fern, wo der Zwischenfall (angeblich eine Beleidigung des Königs) stattgefunden hatte, der den Anlaß zu dem unglücklichen Ereignis bot. Graf Dohna und dann auch der König nahmen öffentlich Partei für den Offizier. Dohnas Auftreten wirkte auch später verschärfend. „Schade nur ist es, daß der Kommandierende, Graf Dohna, durch zu zeitiges Austeilen scharfer Patronen viel zur Aufregung von sonst ruhigen Leuten beigetragen hat“, schrieb der Tilsiter Oberpostdirektor Nernst am 22. Juli 1845³⁵⁾. Wegen einer Predigt beim Krönungsfest 1844 wurde der Prediger Rupp, gegen den das Konsistorium Stellung genommen hatte, von seiner Stellung als Divisionspfarrer entfernt und dann ganz vom Amte suspendiert. Dohna erfuhr ob dieses „Obskurantismus“ die schärfsten Angriffe von der Bürgerschaft. Rupp trat 1845 an die Spitze einer von seinen Anhängern gegründeten freireligiösen Gemeinde, die nur unter großen Schwierigkeiten arbeiten konnte und nach der Revolution ganz unterdrückt worden ist³⁶⁾.

Über dreihundert Personen haben allein im Januar 1846 ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt, um sich Rupp anzuschließen. Die im Dezember 1844 gegründete „Königsberger Bürgergesellschaft“ wurde bereits nach drei Monaten unterdrückt: ihre Veranstaltungen, die in Gesang, Musik, Rezitation von Gedichten, populärwissenschaftlichen Vorträgen und Debatten bestanden, wurden als Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung angesehen! Gerade diese Debatten mit ihren bescheidenen politischen Anspielungen entsprachen einem überaus starken Bedürfnis und lockten viele Hunderte an. Eine Immediateingabe der Mitglieder an den König blieb ergebnislos. Da kamen sie nun als freie Volksversammlung im „Böttchershöfchen“ an jedem Montag zusammen: es war ein außergewöhnliches Wagnis, das in ganz Deutschland Beachtung fand. Bis zu 2000 Menschen vereinigten sich hier und genossen den Vortrag der natürlich stark politisch gefärbten, meist in humoristische Form gekleideten Reden und Gedichte. Das konnte freilich nicht lange dauern: die Führer der Bewegung wurden zu Geldstrafen verurteilt, und eine Kabinettsordre (vom 31. Dezember 1845) dehnte das für das Gebiet des Deutschen Bundes bestehende Verbot von Volksversammlungen auch auf Preußen und Posen aus. Die im November 1847 abgehaltene erste öffentliche Sitzung der Königsberger Stadtverordnetenversammlung beschloß eine Petition, in der Volksvertretung, freie Presse und deutsches Parlament gefordert wurde. Die städtischen Körperschaften sind ja in Preußen, in der ganzen vorrevolutionären Zeit wie in späteren Reaktionszeiten Zentren aufrecht-liberaler Überzeugungen gewesen.

*

In sehr eindrucksvoller Weise trat so der Magistrat der Stadt Berlin in einer Petition an den König 1846 für Gewissensfreiheit ein und erfuhr dafür schärfsten Tadel³⁷⁾. Der Geist der protestantischen Rechtgläubigkeit ergriff ja die evangelische Landeskirche mehr und mehr; er rief notwendig eine Gegenbewegung hervor. Wenn die Geistlichen den christlichen Wandel zu kontrollieren unternahmen, wenn sie Strafen wie Kirchenbann und Ausschluß vom Abendmahl vorschlugen, wenn die Landeskirche die Bezeichnung „Kirche“ für sich allein beanspruchen und allen sogenannten Sekten versagen wollte, wenn eine völlige Zentralisation und hierarchische Gliederung der Landeskirche vorbereitet wurde, so bedeutete das alles eine zunehmende Entfernung vom Geist wahrer evangelischer Freiheit. Der König unterstützte alle Bestrebungen, die aus der preußischen Landeskirche etwas wie die englische Hochkirche machen wollten, wie er ja auch jahrelang dem bizarren Gedanken eines englisch-deutschen „Bistums“ Jerusalem Zeit, Mühe und Geldmittel opferte. Die „Union“ war ja niemals volkstümlich geworden. Gerade die Kreise, denen das Christentum noch eine ernste Glaubens- und Gewissenssache war, kehrten sich von der Landeskirche um so lieber ab, da sie die Stütze eines „christlichen“ Staates war, der jede Persönlichkeitsgeltung unterdrückte. Die künstliche Hemmung auf politischem Gebiete drängte die vorhandenen

Kräfte der selbstbewußten Intelligenz in das religiöse Gebiet. Jene großartige Entwicklung des deutschen schöpferischen Gedankens hielt den Kampf um Weltanschauung bei allen Emporstrebenden als kostbarstes Gut eines selbständigen Geistes lebendig. Eine Fülle von Neubildungen entstand: neben die Altlutheraner, also die Kreise, die die Union nicht hatten mitmachen wollen, traten nun die Protestantischen Freunde, die Lichtfreunde, die Freien Gemeinden. Sowohl rationalistisch-kritische, wie mystisch-seelische Momente wirkten dabei zusammen zu einer sehr tiefgehenden Bewegung gegen die geistig-politische Herrschaft der historisierenden, aber in Wahrheit geschichtswidrigen preußischen Landeskirche. Einem so erfahrenen Beobachter wie dem alten Herzog von Wellington fiel diese Bewegung als etwas Besonderes auf, und er bemerkte einmal darüber zu Bunsen: für den Politiker sei an dieser religiösen Bewegung die Hauptsache, daß die Menschen sich überhaupt wieder um kirchliche und religiöse Fragen sammelten; im 18. Jahrhundert habe das kein Mensch getan — habe es deshalb besser um Religion und Kirche gestanden?³⁸⁾

Das Verhältnis des preußischen Staates zur katholischen Kirche war nie ein besonders glückliches gewesen. Den bösen Kirchenstreit der dreißiger Jahre legte Friedrich Wilhelm IV. wenigstens gleich nach Regierungsantritt äußerlich bei. Die nüchterne Pedanterie des preußisch-protestantischen Bürokratismus hatte hier zum ersten Male ihre Unfähigkeit bewiesen, die römische Weltkirche mit dem durch ihr Wesen erforderten psychologischen Feingefühl zu behandeln. Dabei hatte man sich gerade in Preußen in der Zentrale von jeher Mühe gegeben, milde und umsichtig gegenüber dem Katholizismus zu sein. Die Folge des Kirchenstreites war nun ein gesteigertes katholisches Massenbewußtsein, das alle staatskirchliche Gebundenheit überfluten sollte. Auf preußischem Boden entstand auch im Anschluß an die Ausstellung des ungenähten Rockes Christi in Trier die deutsch-katholische Bewegung, die am Rhein und in Schlesien einen großen Teil des angewachsenen Oppositionsgeistes in sich aufnahm und, eigenartig genug, auf die Dauer mehr dem preußischen Staate als der römischen Kirche lästig wurde. Der Katholizismus selbst erfuhr ja von der Regierung Friedrich Wilhelms IV. jede erwünschte Förderung: Klöster wurden wieder eingerichtet, Katholiken kamen in hohe Staatsstellungen, von denen sie bis dahin mit gewollter Ungerechtigkeit ausgeschlossen waren; einer ihrer feinsten und klügsten Führer, Joseph von Radowitz, erlangte die erste Vertrauensstellung beim Könige. Daß Preußen zum Vatikan für die wichtigsten Verhandlungen den katholischen Grafen Brühl schickte, schadete freilich dem Staatsinteresse empfindlich³⁹⁾.

Die oben erwähnten Fälle Nauwerck und Hoffmann von Fallersleben sind nicht die einzigen Beispiele für die Beschränkung der Lehrfreiheit der Universitäten in Preußen vor der Märzrevolution. „Die Freiheit des Katheders war zu keiner Zeit der ministeriellen Willkür in dem Maße preisgegeben als damals; fast jede Universität hat ein Beispiel aufzuweisen“, schreibt ein überaus kundiger Zeitgenosse und zählt dann die Fälle auf: dem Privatdozenten Walesrode in

Königsberg wurde das Abhalten von Vorlesungen bei Androhung von Zwangsmaßregeln untersagt — er hatte populäre Vorträge im liberalen Sinne gehalten⁴⁰⁾ Professor Hinrichs in Halle erhielt vom Kultusminister Eichhorn ein Schreiben, in dem ihm die wissenschaftliche Befähigung, über staatspolitische Gegenstände zu lesen, abgesprochen wurde — weil seine Auffassung vom Wesen des Staates nicht mit der des Kultusministers übereinstimmte! Dem Privatdozenten in Halle Dr. Schwarz wurde auf Anordnung des Kultusministers von der theologischen Fakultät aufgegeben, seine angekündigten Vorlesungen nicht zu halten, weil er „die obere Leitung der Kirche“ zu wenig anerkenne! Die Vorlesungen von Dr. Prutz an der Universität Halle über Literaturgeschichte wurden vom Kultusminister verboten; seine populär-wissenschaftlichen Vorträge verbot in schöner Zusammenarbeit der Minister des Innern, so daß Prutz, der sich ja als Dichter auch einen Namen gemacht hat, völlig lahmgelegt war⁴¹⁾. Bruno Bauer endlich wurde die *Venia legendi* an der Universität Bonn entzogen — es hatten sich einige theologische Fakultäten gefunden, die diese Maßregel befürworteten⁴²⁾. Dafür wurde ein Mann wie Hirsch bereits nach eineinhalbjähriger Privatdozentenzeit Extraordinarius mit Gehalt, „bloß weil er für Eichhorn arbeitete und Zeitungsartikel zu seiner Verherrlichung schrieb“ (in der Literarischen und der Breslauer Zeitung); und Gruppe wurde, ohne je habilitiert gewesen zu sein, als Professor angestellt, weil ihn Eichhorn im Kultusministerium nicht gebrauchen konnte!⁴³⁾ Die große klassische Epoche der Literatur und Philosophie hatte aus den Deutschen ein sehr kulturbewußtes, vielleicht allzu bildungsstolzes Volk gemacht. Der Gedanke, der so souverän die Geisteswelt durchdrang, sollte sich nun von einer überalterten Staatsform knechten lassen?! Gerade in den Kultusdingen war diese Generation der vierziger Jahre deshalb so besonders empfindlich; bald war keine politische Persönlichkeit in Preußen so verhaßt wie der Kultusminister Eichhorn, der, vom Autoritätsfieber erfaßt, seine ganze geistige Vergangenheit — er war Schleiermachers Freund gewesen! — dem Könige und den Orthodoxen zuliebe verleugnete. Die Spottverse, frei nach dem Flohlied des Mephistopheles, hatten nur allzu recht⁴⁴⁾:

Es war einmal ein König,
 Der hat ein Eichhörnlein,
 Das liebt er gar nicht wenig,
 Als wär's sein Söhnelein.
 Bald ist Minister worden
 Das Tierlein klein und nett,
 Empfang gar viele Orden
 Und manche Pfründe fett.
 Die Juden und die Christen,
 Die werden sehr geplagt
 Und von den Pietisten
 Aus jedem Amt verjagt.

Es war ein Ruhm für die Universitäten, daß doch einige wenige Professoren den Mut aufbrachten, gegen das Eichhornsche Regime öffentlich Stellung zu nehmen. Marheineke in Berlin pflegte seine von der Mehrheit der theologischen Fakultät abweichenden Ansichten in Separatgutachten niederzulegen. Dieser Kampf gegen ministerielle Eingriffe brachte ihm die allgemeine Verehrung und Liebe der Studentenschaft ein. Der Rektor der Universität Königsberg, Burdach, stellte sich öffentlich vor den alten, ehrwürdigen Dinter, dessen Schriften über die Volksbildung der Minister in Verruf erklärt hatte, und verteidigte bei der Jubelfeier der Albertina 1844 in Eichhorns Gegenwart den Wert der freien Forschung.

Sogar die Unabhängigkeit der Richter wurde durch einen schweren Schlag bedroht: durch das Gesetz vom 29. März 1844 über das gerichtliche und Disziplinarverfahren gegen Beamte, auch gegen Richter. Bei den überaus zahlreichen politischen und Presseprozessen erfolgten zum Ärger der Regierung mehr Freisprechungen als Verurteilungen. Die vorhandene Spannung mußte durch solche Vorgängenatürlich sehr verschärft werden. Wenn nun der Justizminister die Richter wegen „Disziplinarvergehen“ ohne weiteres durch Warnung oder Versetzung bestrafen konnte, dann waren sie beinahe den Verwaltungsbeamten gleichgestellt. Was „Disziplinarvergehen“ war, blieb eine Frage der Auslegung; der Richterstand wurde damit unter scharfen Druck gesetzt. Den Schaden hatte die Regierung selbst, denn nun wurde auch das alteingewurzelte Vertrauen in die preußische Rechtsprechung erschüttert. Als Führer im Kampf gegen das neue Gesetz tat sich der Breslauer Stadtgerichtsrat Heinrich Simon hervor; gemäßregelt, nahm er seinen Abschied und galt nun als eine der großen Hoffnungen des freiheitlichen Gedankens. Seine Rechtfertigungsschrift ließ ihm Friedrich Wilhelm IV. ohne jede Stellungnahme kurzerhand zurückschicken.

Die ersten Maßnahmen nach Friedrich Wilhelms IV. Regierungsantritt schienen eine Lockerung der Zensur bezwecken zu wollen. Die Praxis erwies das Gegenteil. Ende 1842 setzte bereits eine Verfolgung der unabhängigen Presse und liberaler Schriftsteller ein, wie man sie in Preußen noch nicht erlebt hatte. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ war ein wegen seiner freimütigen Kritik auch in Preußen vielgelesenes Blatt; nicht nur ihr Vertrieb wurde in Preußen verboten, sondern sogar die Beförderung mittels der Post durch das preußische Staatsgebiet⁴⁵).

An der „Königsberger Zeitung“ arbeitete viel der Oberlehrer des dortigen Gymnasiums, Karl Witt, mit; er wurde aufgefordert, das Schreiben zu lassen, es sei mit seiner Lehrtätigkeit unvereinbar; Witt versuchte das Gegenteil zu beweisen, wurde aber auf Befehl Eichhorns suspendiert; außerdem wurde beim Oberlandesgericht ein Verfahren wegen strafbaren Ungehorsams gegen ihn eingeleitet; das Gericht verurteilte ihn aber nur zu einer geringen Geldbuße.

Die „Rheinische Zeitung“, die seit dem 1. Januar 1842 in Köln erschien, verfocht die Gedanken der Staatseinheit gegenüber dem Provinzialismus, der Repräsentativversammlung, der Öffentlichkeit des Rechtslebens, der Lehr- und Gewissens-

freiheit mit besonderem Temperament. Seit dem Oktober 1842 führte die Redaktion der junge Karl Marx. Trotz seiner Schärfe war das Blatt nicht revolutionär im sozialistischen Sinne, sondern bürgerlich radikal im Interesse der breiten aufstrebenden Schicht. Mevissen war ihr eifriger Mitarbeiter, Camphausen hatte Beziehungen zu ihr⁴⁶). Trotz wiederholter Androhungen, trotz Vor- und Nachzensur trat die Zeitung weiter für ihre Ideen ein, so daß sie durch Ministerialreskript ab 1. April 1843 verboten wurde, „wegen Zügellosigkeit des Ausdrucks und der Gesinnung“. Im ganzen Rheinland erregte dieses Verbot größten Unwillen, wie die zahlreichen Petitionen um Rücknahme bewiesen. Sie hatten natürlich keinen Erfolg; Beamte erhielten sogar wegen Teilnahme an diesen Demonstrationen einen königlichen Verweis! Das 1843 erlassene Zensurgesetz, das auch das „Oberzensurgericht“ als Berufungsinstanz einführte, bedeutete einen neuen, leider wirksamen Versuch, mit Gewaltmaßregeln der immer lebhafter sich regenden öffentlichen Meinung beizukommen. Die „Vossische Zeitung“ etwa versuchte jetzt auch politisch zu werden, wagte 1842 den ersten Leitartikel über die Vereinigten Ausschüsse, gewann auch Willibald Alexis als Mitarbeiter. Ihr Besitzer, Justizrat Lessing, focht wiederholt Artikelverbote beim Oberzensurgericht durch, oftmals mit Erfolg, und die Artikel erschienen dann doch, obgleich sie überholt waren, um den Sieg zu betonen. Sehr viele liberale Äußerungen blieben aber endgültig verboten⁴⁷). Als sich der Schriftsteller Häring, berühmt als Willibald Alexis, sehr respektvoll wegen der Zusammenstreichung seines Artikels über die Ehescheidungsfrage durch die Zensur beim König beklagte und dabei grundsätzliche Fragen zur Sprache brachte, erhielt er einen ungemein deutlichen Beweis der Ungnade. Es hieß darin: „Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und literarischer Bekanntheit durch jenen Artikel unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen, meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht und Ihrem Talente hätte ich anderes erwartet und sehe mich ungern enttäuscht⁴⁸).“ So wurde also, hochfahrend und schnöde, ein Mann behandelt, der wahrhaftig alles andere war als ein Hetzer und Schmierer. In Herweghs „Gedichten eines Lebendigen“ war dann 1844 das bittere Epigramm zu finden: „Unser gnädigster Herr, seht, welch ein Freund des Pikanten, Mit höchst eigener Hand salzt er die Häringe ein.“

„Berlin könnte etwas sein, aber es ist nichts“, schrieb Theodor Mundt 1836⁴⁹). Der obrigkeitliche Druck ließ die vorhandene Kraft eben nicht zur Entwicklung kommen, so daß die Berliner Presse niedriger stand als die anderer deutscher Städte. Immer wieder wurden Neugründungen versucht. Der Pfarrerssohn Karl Riedel aus Franken rief 1841 das „Athenäum“ ins Leben, eine liberale Monatsschrift, die neben Literatur und Kunst auch den Staat und die Volkswirtschaft behandeln wollte. Der Geist war junghegelianisch: der Staat wurde

als Vollender der Menschlichkeit aufgefaßt, von Angriffen auf Preußen abgesehen, ja sogar der Spott Heines und anderer gegenüber Preußen bekämpft. Aber schon nach einem Jahr ging das Organ ein — denn Riedel wurde aus Berlin ausgewiesen, weil er an der Serenade für Karl Welcker teilgenommen hatte! Seinem Mit-herausgeber Eduard Meyer, einem Freunde Arnold Ruges, wurde die Fortführung der Zeitschrift nicht gestattet — kein Wunder, daß er ganz ins radikale Lager ging. 1847 wurde er wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Festung verurteilt. Die am fortschrittlichsten gesinnten Literaten Berlins bildeten damals eine Vereinigung: „Die Freien“⁵⁰). Aus ihrem Kreise ging L. Buhls scharfe Kampfschrift über den Beruf der preußischen Presse hervor; des gleichen Verfassers Zeitschrift „Der Patriot“, die in losen Heften erschien und besonders den Kampf gegen die Orthodoxie aufnahm, wurde bereits nach dem Erscheinen des fünften Heftes verboten. Dem gleichen Kreise gehörte Karl Heinrich Brüggemann an, den Eichhorn an der Habilitation verhindert hatte; als alter Hambacher zum Tode verurteilt, wurde er 1840 aus der Haft entlassen; 1846—53 war er Chefredakteur der Kölnischen Zeitung. Theodor Woenigers Monatsschrift „Der Staat“, ein schwer geschriebenes, eigenartig kühnes Organ, das für den „lebendigen“ Staat eintrat, aber auch sowohl für außenpolitische wie soziale Probleme Verständnis zeigte, wurde sehr bald vom Verleger J. Springer wieder aufgegeben. In feuilletonistischer Form versuchten Feodor Wehls „Berliner Wespen“ (1843) den politischen Krieg zu führen — da war ein frischer, kecker Geist, eine starke literarische Begabung, eine Fülle aktueller Bosheit, im ganzen ein herzhafter Kampf gegen den Philister. Nauwerck war schon vor seinem Konflikt mit dem Kultusminister der Gegenstand behördlicher Schikanen. Zur Redaktion des Athenäums wurde er nicht zugelassen, sein Gesuch um Zulassung einer anderen Zeitschrift abgelehnt. Die „Berliner Pfennigblätter“ versuchten seit 1844 neben drei Seiten Erzählungen auf der letzten Seite ihres kleinen Formats unter der Rubrik „Berliner Stadtpost“ die Tagesereignisse satirisch zu glossieren⁵¹). So gaben auch rein literarische Organe, wie „Der Freimütige“, mehr und mehr Produkten politisch-revolutionären Charakters Raum. „Der Gesellschafter“ von Gubitz etwa schlug jetzt einen entschieden liberalen Weg ein. Adolf Glasbrenner wurde in diesen Jahren ein politischer Erzieher der Berliner Bevölkerung — selbst ein Sohn der Stadt und Meister ihrer Sprache und ihres Fühlens, ein genialer Schilderer der unteren Stände — kostbar, unverwüstlich und dementsprechend beliebt, von der Zensur deshalb trotz ganz radikaler, ja sozialrevolutionärer Tendenzen, die er gelegentlich zeigte, meist in Frieden gelassen. Schwieriger war der Kampf für Fr. W. Held: seine „Lokomotive“ erschien seit 1843 in Leipzig, brachte es in wenigen Monaten auf 17 000 Abnehmer, wurde von der sächsischen Regierung unterdrückt, wanderte nach Halle weiter und von da nach Berlin. Seit September 1845 erschien hier auch „Helds Volksvertreter“, ein vorzüglich redigiertes, durchaus radikales Blatt, das in wenigen Monaten eine Auflage von 16 000 Exemplaren erreichte. In geschickter Weise wurde hier der Mann aus dem

Volke belehrt und in seinem Selbstbewußtsein gestärkt. Die Kost war gemischt: größere Aufsätze wechselten mit kleinen Notizen, das Ausland wurde natürlich auch behandelt, sogar Aktenstücke kamen zum Abdruck, dann wieder etwas Literarisches. Held richtete auch schon feste Rubriken mit wechselndem Inhalt ein, um die Leser an sich zu gewöhnen, und eröffnete eine Spalte für Beschwerden aus dem Leserkreise, wo jeder seine Bittschriften erlassen konnte, dem armen und unterdrückten Mann eine große Befriedigung! Als Held 1846 zu einjähriger Festungshaft verurteilt wurde, die er in Magdeburg abbüßte, ging die Zeitschrift unter anderer Redaktion weiter, nahm aber an satirischer Schärfe ab. Die Hunger- und Barrikadenstimmung ist also in den Jahren vor der Revolution wohl zu spüren. — Held selbst sollte ja noch eine große Rolle als Publizist spielen. Der Vereinigte Landtag regte die Publizistik trotz des Zensurdruckes aufs lebhafteste an; ein Beispiel für die Schärfe der Satire ist: Nantes Landtagsalbum⁵²).

Als der Königsberger Oberlandesgerichtsrat Crelinger seine „Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV.“ herausgab, eine einfache Sammlung von Gesetzen, Verordnungen usw., griff der Staatsanwalt ein. Man hatte Crelinger schon wegen eines Toastes gerichtlich belangen wollen, aber ohne Erfolg — nun wurde diese Zusammenstellung als tendenziös und gemeingefährlich verboten; Crelinger, der sich mit überlegenem Sarkasmus verteidigte, sollte nach einem kleinen posenschen Orte versetzt werden — er bedankte sich, legte sein Amt nieder und ging nach Berlin, wo er in dem Polenprozeß von 1847 als Verteidiger wieder in den Vordergrund trat⁵³). Wenn ein Verleger einen anonymen Autor deckte, dann mußte er die Strafe auf sich nehmen. So mußte der Verleger der Schrift „Nachträgliche Erinnerungen an die 300jährige Jubelfeier der Albertina von mir“, die der Zensur entgangen war, zwei Monate Gefängnis verbüßen; da der Kommandierende General Graf Dohna sich und die Offiziere für beleidigt hielt, waren sämtliche Premier- und Sekondeleutnants veranlaßt worden, Strafantrag einzureichen!

Leidenschaftlicher als alle Männer kämpfte eine Frau damals beim Könige für die Freiheit: Bettina von Arnim. Die „immer kindliche“, oftmals wunderliche, aber stets vom Geist warmer Wahrhaftigkeit erfüllte Freundin Goethes gab den Zeitgedanken eine so eigene Form, daß Friedrich Wilhelm IV. notwendig davon gepackt wurde. „Dies Buch gehört dem König“, nannte sie ihren glühenden Appell an das Beste in dem Monarchen: er habe kein Kind, die Konstitution solle sein Kind sein; nur im Volke, in der Jugend sei das Heil; wie dürfe man am Bibelwort kleben und das religiöse Fühlen einengen? Als eine Priesterin freierer gerechterer Staatsgesinnung sprach Bettina; das Buch entging mit knapper Not der Beschlagnahme, aber Adolf Stahrs Schrift „Bettina und ihr Königsbuch“, Hamburg 1844, in der die Hauptgedanken populär zusammengefaßt waren, wurde sofort konfisziert und verboten. Friedrich Wilhelm IV. war persönlich verstimmt über die Art, wie er nun durch öffentliche Kommentare und geheime Anspielungen von Bettina in den Kampf hineingezogen war. Dennoch traf er, jetzt

zum erstenmal, mit Bettina zusammen. Die Unterredung dauerte drei Stunden; die beiden Menschen mußten sich ja anziehen. Der König nannte sich das Beichtkind der warmherzigen Frau und wollte sie öfters sehen. Erfolg in der Sache hatte aber auch Bettina nicht. Ihr neues Buch: „Clemens Brentanos Frühlingskranz“ wurde sofort beschlagnahmt, auf persönliche Entscheidung des Königs dann freigegeben. Die harmlose Schrift ihres Sohnes Friedmund: „Das Recht jedes Menschen“ blieb beanstandet. Ihr Plan, ein „Armenbuch“ über die Zustände bei den rebellischen Webern zu veröffentlichen, wurde wegen Zensurschwierigkeiten aufgegeben. Am 27. Juni 1844 hat sie an Stahr das erschütternde Wort geschrieben, das ihr ein Freund sagte: „Den Hungrigen helfen wollen, heißt jetzt — Aufruhr predigen“⁵⁴). Das Manuskript des „Armenbuches“ ist im Februar 1929 vom Frankfurter Freien Deutschen Hochstift aus dem Arnimschen Familienbesitz ersteigert worden. Erst bei dieser Gelegenheit wurde Genaueres über die Materialien bekannt, die Bettina damals gesammelt hat. Das Hauptstück sind Listen von elf Dörfern, in denen Einzelheiten zusammengestellt werden. Da heißt es etwa: „Gottlieb Liebig, führt ein elendes Leben; hat kaum satt Kartoffeln, Brot fast gar nicht.“ —

Welch eine Heiterkeit in der Berliner Gesellschaft, als die tapfere Frau, die Schwägerin des preußischen Justizministers, im August 1847 sogar zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde! Sie hatte die Werke ihres Mannes auf eigene Kosten drucken lassen und ohne Vermittlung der Buchhändler verkauft. In einer Eingabe, die sie in dieser Sache an den Magistrat richtete, bediente sie sich der roten Tinte mit der Begründung, sie täte das, damit die Buchstaben nicht mehr rot zu werden brauchten vor der Ungerechtigkeit dieser Behörde. Die Richter nahmen nun diese Bemerkung blutig ernst⁵⁵).

Durch die Not der Weber war Bettina mit dem Besitzer einer Maschinenpapiermanufaktur bei Hirschberg, Friedrich Wilhelm Schlöffel, in Verbindung gekommen. Auf Aufforderung Bettinens schrieb er Aussagen von 93 Webern über ihre schreckliche Lage auf. Schlöffel, der Sohn eines Hutmachermeisters in Brieg, befaßte sich als Stadtverordneter mit kommunalen Angelegenheiten, kümmerte sich aber auch in eigenartiger Weise um die ländliche Bevölkerung. Er hielt Vorträge über Pauperismus und verband die üblichen fortschrittlichen Forderungen mit dem Bekenntnis zur Arbeitspflicht. Wegen einer Denkschrift über Justizreform an den schlesischen Provinziallandtag wurde er denunziert, seine Papiere wurden polizeilich untersucht, Hausarrest über ihn verhängt. Er wurde beschuldigt, an der Spitze einer kommunistischen Bewegung zu stehen, die auf die Beseitigung des Königs hinarbeite! Der Denunziant, ein Arbeiter Herrmann, lieferte dem als Landschaftsmaler in Schlesien umherreisenden Berliner Kriminalkommissar Stieber eine Proklamation der angeblich über ganz Schlesien verbreiteten Arbeiterverschwörung. Da wurde „die Vernichtung der Reichen“ als einziges Mittel empfohlen. Der Verfasser sollte Schlöffel sein. Oberpräsident von Merckel, der vielverdiente treue Ekkehard Schlesiens, sorgte, daß Schlöffel

aus der Haft entlassen wurde, da der Verdacht sich für jeden, der Person und der Verhältnisse Kundigen ohne weiteres als irrsinnig ergab. Das Polizeiministerium wußte es freilich besser: Schlöffel wurde von neuem visitiert, wieder verhaftet, in die Hausvogtei nach Berlin gebracht, saß monatelang in Untersuchung, wurde wegen Hochverrats angeklagt, um — völlig freigesprochen zu werden! Oberpräsident von Merckel hatte aber den Abschied nehmen müssen⁵⁶). Der Tischler Wurm freilich, das Haupt der Verbindung, wurde zum Tode verurteilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und 1848 amnestiert; seine Mitangeklagten bekamen Strafen von mehreren Jahren⁵⁷).

Die Weberkatastrophe in Schlesien, die schon damals weit über die deutschen Grenzen hinweg die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, geht geschichtlich auf sehr alte Momente zurück. Schon 1771 hören wir von der großen Not der Weber; Landeshut sah 1793 einen Webertumult. Die Weber waren seit Menschenaltern Hörige eines frühkapitalistischen Unternehmertums — die Entwicklung zum Fabrikarbeiterstand bedeutete für sie geradezu eine Befreiung. Die Interesse- und Bedürfnislosigkeit des Webevolfes war beispiellos. Ihr Gesichtskreis war Webstuhl, Kartoffeln und Zichorienkaffee. An die Anwendung der Gewerbeordnung auf die Weber wurde offenbar gar nicht gedacht⁵⁸). In den vierziger Jahren kamen nun noch akute allgemeinwirtschaftliche Momente zur Auswirkung. Spanien und Portugal hatten bis dahin starken Verbrauch an schlesischer Leinwand — der Absatz sank empfindlich infolge der dortigen politischen Wirren und des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Preußens mit diesen Ländern. Wichtiger war noch das schroffe Absperrungssystem, zu dem Rußland übergegangen war. Die Produktion wurde also eingeschränkt. Der schlechte Geschäftsgang im eigenen Lande kam hinzu: seit 1842 bestand eine Wirtschaftskrise⁵⁹). Sollten sich die Fabrikanten unverkäufliche Ware hinlegen? Viele Weber wurden also entlassen. Wer nicht entlassen werden wollte, arbeitete billiger. Der Arbeitslohn wurde fort und fort herabgedrückt — es gab ja genug Arbeitsangebot! Wer nicht wollte, brauchte eben nicht. Einer der härtesten Arbeitgeber war der reiche Fabrikant Zwanziger in Peterswaldau. Als der Normalpreis für 140 Ellen Kattun, das waren neun Tage Arbeit, galt die an sich schon kärgliche Summe von 32 Silbergroschen. Zwanziger brachte es fertig, noch nicht die Hälfte, 15 Silbergroschen zu geben! Davon mußten die Arbeiter noch das Spulen mit zwei bis drei Silbergroschen bezahlen; für kleine Fehler gab es unverhältnismäßig hohe Abzüge. So kamen Zwanziger und seinesgleichen zu großem Reichtum. Zwanzigers Jahresgewinn wurde trotz der Wirtschaftskrise auf 30000 Taler geschätzt! Ein Weber, der wegen der Abzüge verzweifelte, bekam die Antwort: Das Gras sei ja gut geraten dieses Jahr, er könne Gras fressen. Ein Fabrikant soll auch geäußert haben: man werde es noch dahin bringen, daß die Arbeiter das Stück um einen Quarkkäse weben müßten⁶⁰). Der Jammer der Weber wurde in einem Gedichte „Das Blutgericht in Peterswaldau“ packend geschildert; als Flugblatt verbreitet, brachte es die Unglücklichen in maßlose Erregung. In Zwanzigers Fabrik wurde

es angeheftet; als einer der Sänger ergriffen und ins Gefängnis geführt wurde — es war am 4. Juni 1844 —, verlangte die Masse sofortige Auslieferung, auch Erhöhung des Lohnes, und stürmte die Fabrik. Zweitausend Menschen waren zusammen, zum Teil sicher gezwungen. Der Schwarm drang auch in das Privathaus — Zwanziger war mit seiner Familie mit knapper Not in einem Wagen des Domanihofes geflüchtet. Rache und Wut begannen ihr Zerstörungswerk. Auch andere Fabriken wurden demoliert. Gänzlich verschont wurden die Gebäude des Fabrikanten Wagenknecht, die dicht neben denen Zwanzigers standen. Er war immer menschlich gewesen und besänftigte in geschickter Weise die erregte Menge durch kleine Gaben. Auch auf Langenbielau sprang die Bewegung über. Nach Peterswaldau rückte Verstärkung. Der Besitzer von Hausdorf, Graf Pfeil, versuchte zu beschwichtigen; er versprach Abhilfe durch den König selbst. Die Weber sagten, Rebellen seien sie nicht, sondern freie Untertanen, der Druck sei zu groß, die Kinder könne man nicht verhungern sehen; von Kleiensuppen und stinkendem Pferdefleisch vom Schindanger könne man nicht leben; sie hätten keine Möbel, keine Betten, sondern Lager von Reisig. Zwei Frauen zeigten, daß sie kein Hemd trügen, sondern nur noch Leinenfetzen. Der Landrat v. Prittwitz, der auch beruhigend auf die Leute einsprach, sorgte, daß der Brotvorrat eines Bäckers an sie verteilt wurde. In Peterswaldau wurde nun eine bürgerliche Wachmannschaft eingerichtet — 120 Personen, ausgerüstet mit Stöcken und weißen Binden —, sie versuchte die Ordnung wiederherzustellen. Die ausgestellten bürgerlichen Wachtposten waren aber am andern Morgen verschwunden, und so begannen die Tumultuanten weitere Zerstörung. Ein Fabrikant versprach jedem einen Silbergroschen, um sein Haus zu retten — und konnte beinahe zweitausend verteilen. Auch Speck und Brot diente zur schnellen Beruhigung. Ein anderer Fabrikant gab 350 Taler an die Menge — ein billiges Lösegeld, wenn man die vieljährigen Gewinne bedachte!

In Langenbielau konnten die Fabrikanten aus zwei zerstörten Häusern ihre Kassen und Bücher retten; nur mit Mühe wurde eine ganz neue Dampfmaschine erhalten — eine Trockenmaschine im Werte von 2000 Talern wurde aber zerstört. Den Pastor, der zum Guten reden wollte, warf man ins Wasser, der Weinkeller ward natürlich geplündert. Unter der Führung eines Bauernhofbesitzers unternahm ein Trupp von Angestellten und Dienern der Fabrikanten einen erfolgreichen Angriff auf die Arbeiter. Endlich kam nun auch das requirierte Militär von Schweidnitz an — ein Major mit 120 Mann, spät abends folgten noch vier Kompagnien mit einer Batterie. Zwanziger war wieder erschienen und wollte, um seine übrigen Häuser zu schützen, auch Geld verteilen. Aus irgendeinem Grunde verzögerte sich dies, die Menge wurde unruhig, es hieß, er wolle überhaupt nichts geben. Geschrei und Tumult erhoben sich von neuem — und da gab der Major Feuer. Zehn Weber waren auf der Stelle tot, viele lagen im Sterben. Eine Mutter von sechs Kindern, ein Vater von drei Kindern waren, gänzlich unbeteiligt, auch getroffen. Erst am nächsten Tage wurde die Ruhe ganz hergestellt. Die Behörden

fingen sich ein paar Dutzend Schuldige oder Unschuldige zusammen und machten ihnen den Prozeß. Almosen wurden natürlich auch verteilt, an verschiedenen Orten bildeten sich Vereine, um der Not zu steuern — im großen geschah nichts.

Der Verfasser des Weberliedes: „Das Blutgericht von Peterswaldau“ ist vielleicht der Freigutsbesitzer in Seifendorf Eduard Pelz gewesen; als am 26. Juli 1844 seine Papiere beschlagnahmt wurden, fand die Polizei das Gedicht bei ihm in einer Bleistiftniederschrift mit abweichenden Stellen, so daß der Schluß nahe lag⁶¹). Dagegen sprach freilich, daß in dieser Fassung gegen Reim und Sinn öfters verstoßen war. Pelz war ein Advokatensohn aus dem Königreich Sachsen und lebte eine Zeitlang als Buchhändler in St. Petersburg — eine Frucht dieses Aufenthaltes sind seine „Petersburger Briefe“, die auch ins Englische und Französische übersetzt worden sind. Als Deputierter der Gemeinde Seifendorf rügte er wiederholt öffentliche Mängel und wurde viermal wegen Beleidigung bestraft. Unter dem Namen „Traumund Welp“ entfaltete er eine ziemlich bedeutende schriftstellerische Tätigkeit. Der Name Welp, der im Niederschlesischen einen jungen, noch nicht ganz ausgewachsenen Hund bedeutet, war für seine Art nicht schlecht gewählt. Seine Briefe: „Über den Einfluß der Fabriken und Manufakturen in Schlesien“, die unter diesem Pseudonym 1844 in Leipzig erschienen, wurden wohl nicht mit Unrecht angesehen als ein besonders wirksames Agitationsmittel⁶²). Sie machen die Stimmung erklärlich, aus der die Unruhen entstanden sind. Da heißt es etwa in dem ersten Briefe: „Nebenbei wird es unseren Reichen durch die Maschinen möglich gemacht, mit der Macht des Geldes alles um sich herum arm zu machen und abhängig zu erhalten.“ Nur die Annehmlichkeiten des Reichtums wolle man genießen, sich aber den damit verbundenen Pflichten entziehen — das ist nach Pelzens Meinung der Hauptschlüssel zum Verständnis seiner Gegenwart. Das Fabrikssystem bringt, so urteilt er, ein ärgeres Joch als die Feudalverhältnisse: „Ich ziehe die Adelsclique der noch viel engherzigeren ärgeren Sklaverei der Geldmännerclique vor. Der Adel pfercht die Menschen doch wenigstens nicht in übelriechende Stuben.“ Für die schlechten Wohnverhältnisse und ihre Folgen bringt Pelz erschütternde Beispiele: zwei Kinder von 5—7 Jahren seien bei beischlafähnlichen Bewegungen betroffen worden und hätten zur Erklärung gesagt: „Wir spielen Fabrikleute.“ Pelz prophezeit: „Die Weberei muß binnen kurzem bei uns ganz aufhören, so wie die Spinnerei schon fast ganz aufgehört hat“; die Lebensmittel in den Orten des schlesischen Gebirges seien ebenso teuer, ja teurer als in den großen Städten, die Bäckerwaren dafür aber notorisch geringer im Gewicht; in einem dunkeln, niedrigen, ungesunden Gemach befinde sich der Webstuhl und die mit Lumpen gefüllte morsche Bettstelle: „Der Viehstall eines Domanialbesitzers muß dagegen ein Prunksaal genannt werden.“ Die Abgaben betragen von einem Jahreseinkommen von 60 Talern — 19 Taler 5 Silbergroschen!! „Die Menschenhände werden täglich immer mehr, und es vermindern sich täglich die Mittel zu deren Beschäftigung.“

Pelz wurde wegen „frechen, unehrerbietigen Tadels und Verspottung der

Landesgesetze und Anordnungen im Staate sowie wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den Landesherrn“ zu einem Festungsarrest von neun Monaten verurteilt; auf Berufung wurde er von der Majestätsbeleidigung freigesprochen, aber „wegen Versuches der Erregung der Unzufriedenheit“ von neuem verurteilt, obgleich ein Beweis für seine direkte Teilnahme an den Weberunruhen nicht erbracht worden war.

Eine aktenmäßige Materialzusammenstellung veranschaulicht mit besonderer Kraft die tiefsten Ursachen der Weberunruhen.

Langenbielau hatte 1820 761 kleine einstöckige Wohngebäude, 6944 Einwohner, 970 Weber, die fast insgesamt Hausbesitzer waren, ihre Produkte auf eigene Rechnung herumtrugen und meist nach Reichenbach zum Verkauf brachten.

1844 hatte derselbe Ort 908 „Possessionen“, größtenteils zweistöckige Häuser, beinahe das Doppelte an Einwohnern, 1618 Webstühle, wo ausschließlich auf Lohn gewebt wurde, 138 kleinere Fabriken und 23 größere Fabriken. Aber eine geordnete Polizeiverwaltung gab es nicht — die Polizei war in der Hand des Dominiums.

Die schlesischen Weber waren weder Sozialisten noch Kommunisten, sondern verzweifelte Menschen; wenn der Staat strafen wollte, hätte er nicht die Weber, sondern die Fabrikanten vom Schlage Zwanziger strafen müssen. Mit der empfindlichen Hast des bösen Gewissens spürte aber dieser preußische Staat schon immer nach geheimen fürchterlichen Umtrieben.

*

Die großstädtische Entwicklung von Berlin brachte Erscheinungen mit sich, die die obersten Staatsbehörden von jeher beunruhigten, ohne daß sie eigentlich viel damit anzufangen wußten. In einer Sitzung des Staatsministeriums von 1835, am 11. August, wurde etwa erörtert, „wie man die Niederlassung in Berlin auf eine angemessene Weise erschweren“ könne: jeder wolle sein Glück dort versuchen, es ziehe „Abenteurer und Gesindel“ an; es gebe viel Arbeitsscheue; ob man nicht für diese eine „Zwangsarbeitsanstalt“ einrichten könne, um dort bei möglichst schmaler Kost eine äußerste Arbeitsanstrengung als Prinzip durchzuführen; die Gefängnisse seien unzulänglich.

Es wurde auch der Vorschlag gemacht, das Recht für Niederlassung an eine angemessene Abgabe an die Armenkasse zu knüpfen⁶³).

Seit der Julirevolution ist die Bewegung in den unteren Schichten in Berlin offenbar nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die sogenannte „Feuerwerksrevolution“ vom 3. August 1835, die drei Tage dauerte, hatte eine tiefgehende Verstimmung zwischen Bürgerschaft und Garnison hervorgebracht⁶⁴). Der Minister des Innern wandte sich etwa im selben Jahre 1835 an den Polizeipräsidenten von Berlin mit der Aufforderung, er solle Recherchen über revolutionäre Lieder anstellen: in den Herbergen und Tabagien seien genau dieselben Lieder gesungen worden, die in

der Schweiz bei den Handwerkervereinen üblich wären. Der Polizeipräsident bestritt freilich das Staatsgefährliche dieser Vorgänge mit den klassischen Sätzen: „Daß Abends und zur Nachtzeit von halbtrunkenen Personen auf den Straßen ab und zu gesungen worden, ist zwar hier zu allen Zeiten vorgekommen, indessen ist dies immer nur im Ausbruch voller Freude und Zügellosigkeit der betreffenden Individuen und nicht in aufrührerischer Absicht geschehen⁶⁵⁾.“

Der Stralauer Fischzug war in diesen Jahren ja noch ein echtes Volksfest, das die Berliner Bevölkerung richtig auf die Beine brachte. Natürlich ergab sich hier auch der willkommene Anlaß zu politischer Meinungsäußerung. Ein Bericht des Geheimen Kalkulators a. D. Bäuerlein an den Polizeipräsidenten v. Gerlach vom 13. August 1835 enthält folgende Schilderung: „Wie es verlautet, hat der geputzte und gemeine Pöbel sich vorgenommen, am Stralauer Fischzugstage gegen Polizei und Gendarmerie Rache auszuüben, diese namentlich entweder totzuschlagen oder in die Spree zu treiben. Auch wird von Erstürmung des Schlosses Monbijou gesprochen, weil die Buben behaupten, daß der edle Herzog Carl Hoheit (von Mecklenburg) ihre sogenannte bürgerliche Freiheit zerstört haben soll.

Überhaupt ist die Stimmung im mittleren Bürger- oder Handwerkerstande sehr zweideutig; denn man schiebt die Veranlassung der augenblicklichen Nahrunglosigkeit auf den Steuerverband (Zollverein!) und die Zulassung auswärtiger Handwerker mit ihren Arbeitern zu, statt die Ursache in teils unabwendbaren anderen Staatsverhältnissen (!) und besonders in eigener Untätigkeit zu suchen. Unter solchen Verhältnissen freut sich mancher im stillen, wenn die Volkshefe die öffentliche Sicherheit gefährdet und die Staatsgewalten lächerlich zu machen oder zu verspotten sucht. Daher ist vom größten Teil der Bürger kein großer Beistand gegen Nichtswürdigkeiten des zaumlosen Pöbels zu erwarten, vielmehr vorauszusetzen, daß, wenn letzterer seinen Übermut wiederum beginnen sollte, er noch unverhoffte Unterstützung durch verschrobene Köpfe erhalten und also sehr gefährlich werden möchte⁶⁶⁾.“

Der Polizeipräsident war schon so weise, dafür zu sorgen, daß das Volk an dem Tage des Stralauer Fischzuges durch Feuerwerk, Stangenklettern, Konzerte beschäftigt und nach den verschiedensten von Stralau entfernten Gegenden zerstreut wurde. Durch öffentliche Bekanntmachung wurden zudem Lehrherren und Meister, auch die Väter selbst bei namhafter Strafe aufgefordert, ihre Lehrlinge und Kinder am Tage des Festes und auch die folgende Nacht in strenger Obhut zu behalten! Das Angebot des trefflichen Bäuerlein, der offenbar ein Spitzel und Geheimagent gewesen ist, mit über fünfhundert von ihm angeworbenen „rechtschaffenen und kräftigen Fabrikarbeitern“ in Stralau die Ordnung aufrechtzuerhalten und so das Eingreifen von Truppen überflüssig zu machen, wurde freilich vom Polizeipräsidenten bei voller Anerkennung der loyalen Gesinnung abgelehnt⁶⁷⁾.

Die Polizei machte eben gern ihre Arbeit selbst — und sie machte sich sicher Arbeit genug. In einer Berliner Konditorei wurde einmal eine Nummer des

Hamburgischen Korrespondenten gefunden; die Zeitung hatte geschrieben, die Zerwürfnisse des Herzogs Carl von Mecklenburg in Berlin seien nichts als reine Erfindungen; dazu hatte ein Leser die Bleistiftnotiz gemacht: „Ha, ha, ha, ha!!! Die Zerwürfnisse des Herzogs mit dem Volke sind keine leeren Erfindungen!“ Diese Nummer wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Verfasser der Glosse recherchiert. Die Akten sagen nichts darüber, ob es gelungen ist, diesen Übeltäter festzustellen und der verdienten Strafe zuzuführen⁶⁷).

Wiederholt wurden Straßenaufläufe durch die herausfordernde Haltung von Offizieren hervorgerufen. Wenn etwa ein Leutnant einen Landsturmmann verhaftete, weil er ihn nicht begrüßt hatte, so konnte deshalb ein Tumult von zwei Stunden Dauer entstehen; der Gefangene wurde wohl herausgegeben, aber es folgte eine lange Untersuchung und Bestrafung des wirklichen oder vermeintlichen Schuldigen. Ein anderes Mal ritt der Leutnant v. Wilamowitz-Möllendorf sein Pferd auf dem Pariser Platz zu. Vorübergehende, die ihn bei seiner Dressur störten, verunglimpfte er und drohte, sie niederreiten zu wollen. Als sich einige Unzufriedene bei diesem Schauspiel sammelten, requirierte er von der Wache drei Mann, um gegen die Leute einzuschreiten⁶⁸). Solche Zwischenfälle, so unbedeutend sie an sich sein mochten, mußten die vorhandene Spaltung zwischen Zivil und Militär vertiefen. „Der Offizier hatte eine bessere Geburt, einen besseren Lebensberuf, eine bessere Ehre als der Bürger, er dünkte sich letzterem gegenüber als eine Art höheres Wesen“, schreibt der kundige Verfasser des Artikels in der „Gegenwart“⁶⁹). In den meisten Garnisonstädten, besonders aber in Berlin, lebten Bürger und Offiziere vollständig abgesondert. Die Armee, die Regierung, die Polizei standen als eine Art Fremdkörper dem Bürgertum gegenüber. Sie, die Organe des Staates, waren der Staat selbst.

Im Jahre der Weberunruhen kam es sowohl in der Rheinprovinz wie in Berlin zu Schwierigkeiten, die die Regierung in großes Unbehagen versetzten. Am 13. August 1844 verließen etwa sämtliche Drucker der Dannenbergischen Kattunfabrik, Berlin, Köpenicker Straße 108, eigenmächtig ihre Arbeit, nachdem sie im Fabriklokal eine drohende Haltung eingenommen hatten: sie wollten erhöhten Lohn erzwingen. Auf Grund des Allgemeinen Landrechts (§ 359, Teil II) ordnete die Regierung strenge Bestrafung der „Contravenienten“ an und verwies die nicht nach Berlin gehörenden Gesellen in ihre Heimat. Ähnliche Demonstrationen fanden in der Goldschmidtschen Kattunfabrik statt — die Bewegung pflanzte sich eben fort von Unternehmen zu Unternehmen, aber nicht die geringste Konzession wurde gemacht⁷⁰).

Achtzig Arbeiter, die bei der Speicheraktienbrauerei in der Ziegelstraße beschäftigt waren, wagten es am 30. Januar 1845, mit brennenden Tabakpfeifen an der Hamburger Torwache vorüberzuziehen; sie machten dann halt und sangen: „Ein freies Leben führen wir!“... Einer der Demonstranten, namens Richter, trat sogar auf den Wachtposten zu und blies ihm den Tabakrauch ins Gesicht. Daran schlossen sich fortgesetzte Verhöhnungen der Wache, Steinwürfe, Be-

werfen mit Eisstücken... Schließlich wurden die Tumultuanten zerstreut, die Führer verhaftet⁷¹⁾.

Die schlesischen Unruhen flackerten bis zum Beginn der Revolution weiter. Der junge Baron von Hauenschild auf Tscheidt unterhielt zum Beispiel Verbindung mit dem kommunistischen Schriftsteller Püttmann und wurde deshalb polizeilich überwacht. Am 14. Juni 1847 wurde der Zündholzfabrikant Lerch verhaftet, weil er die Einwohner zu Unternehmungen gegen die größeren Gutsbesitzer und Müller aufgefordert und dabei behauptet hatte, von Langenbielau sollten fünftausend Mann in die Grafschaft Glatz eindringen und sich mit einem Haufen verbinden, den er bilden wollte. Beziehungen mit kommunistischen Gruppen in der Schweiz, die Fürst Metternich annahm, haben offenbar nicht bestanden⁷²⁾.

Gerade Schlesien wurde im Hungerjahre 1846/47 besonders schwer heimgesucht. In Oberschlesien war die Brantweinpest niemals ganz ausgerottet worden; nun flackerte sie wieder auf, und der Hungertyphus gesellte sich hinzu. Die armselige, verwahrloste Bevölkerung hatte keine Widerstandskraft. Hunderte und wieder Hunderte wurden hingerafft. Die vielgerühmte Regierungskunst der preußischen Bürokratie hat hier angesichts wirklich schwerer Probleme doch trostlos versagt. Es ist ganz richtig, was schon die Zeitgenossen sagten: bei freier Presse wäre die Hungerpest in Oberschlesien eine Unmöglichkeit gewesen. Die Zensur unterdrückte einfach die Wahrheit über die dortigen Zustände; hätte man sie rechtzeitig gekannt, hätte eben Abhilfe geschafft werden müssen. Aber das Preußen Friedrich Wilhelms IV. sollte nun einmal als gesegnetes, glückliches Land gelten. Die revolutionäre Stimmung in Schlesien 1848 geht ganz wesentlich auf die furchtbaren Eindrücke des Hungerpestjahres zurück. Auf den Straßen, in den Wäldern, in den armseligen Hütten fand man die Verhungerten. Viele lebten wie die Wilden im Freien von Fliegenpilzen und Unkraut. Der Getreidewucher nahm die abenteuerlichsten Formen an: in Kandrzin wurde Mehl verkauft, das zum großen Teil aus Gips bestand. Um Bretter für Särge zu haben, riß man Schuppen und Scheunen ein; trotzdem blieben wochenlang Leichen liegen — sie wurden dann alle zusammen in eine Grube geworfen. Zusammenkünfte bei Beerdigungen wurden wegen der Ansteckungsgefahr verboten. Das Nervenfieber wütete. Manche Pfarreien verloren mehr als 20 v. H. ihres Seelenbestandes. In einer Pfarrei des Dekanats Pleß starben 19 v. H. der Seelen, in anderen 12, 14, 15 v. H.; 8 v. H. nur in einer einzigen!⁷³⁾ Was sollten die Gemeinden mit der Überzahl hilfloser Waisen anfangen? Einer der ganz wenigen, der energisch half, war Graf Hochberg. Er errichtete für seine Güter ein Waisenhaus mit einer Jahresdotations von 2000 Talern. Das Elend des Landes riß die Städte in den Bankrott. Die umherirrenden Hungernden verschleppten Krankheit und Ungeziefer überallhin, sie bettelten und stahlen. Die Arbeit erlahmte fast ganz, denn was sollten die entkräfteten und verwahrlosten Menschen noch leisten? Auf den schlesischen Herr-

schaften des Barons Rothschild war schon seit 1846 durch Arbeitsanweisungen und Brotvorschüsse, durch Speisung und Einkleidung der Kinder und Arbeitsunfähigen vorgesorgt worden — diese Gebiete blieben deshalb von der Hungerseuche befreit, obgleich dort die Mißernte natürlich genau so groß war wie in der Nachbarschaft. Häuser mit Kranken wurden von den noch Gesunden ängstlich gemieden, die Dorfschulzen warnten auch davor, und so verkamen viele ohne jede Pflege. Freiwillige Ärzte, Elisabethanerinnen und Barmherzige Schwestern, katholische Geistliche taten wohl ihr möglichstes. Aber es war ein Kriegszustand, bei dem Organisation und Geldmittel auf die Dauer versagten. Am 3. Oktober 1847 hatte der Landrat von Rybnik einen Hilferuf nach Berlin gehen lassen; am 15. November ordnete das Ministerium Getreidetransporte oderaufwärts an; am 23. November kam die Mitteilung, diese Transporte seien unausführbar!! An die Benutzung der Eisenbahn dachte man nicht. Schmachvoll war, daß auf den königlichen Domänen die Armenpflege am meisten zurückblieb; die Pächter hatten eben mit der Beitreibung der Abgaben und Leistungen genug zu tun. Auch kam es ja wohl häufig vor, daß der verarmten Bevölkerung das wenige, was sie durch Privatalmosen erhielt, durch den Steuerexekutor wieder abgenommen wurde. Das große Wort, mit dem ein königlich preußischer Regierungskommissär, Geh. Regierungsrat Heitfeld, dem Tatbestande gerecht wurde, soll doch unvergessen bleiben: Aushilfe durch öffentliche Arbeiten (Chausseebauten) habe sich nicht bewährt, indem die Arbeiterklasse vor Krankheit und Schwäche der Trägheit verfallen sei und Zwangsmittel, sie zur Arbeit zu bringen, gesetzlich nicht vorhanden wären⁷⁴).

Ostpreußen hatte ähnliche, wenn auch nicht so krasse Zustände aufzuweisen. Gerade in den königlichen Dörfern war die Not am größten, hier hatte die Verwaltung gar nichts getan — während der grundbesitzende Adel seine „Untertanen“ wenigstens durchschleppte, so gut es ging. Mit Bitterkeit schreibt Saucken-Tarputschen an seinen Schwager v. Below, nun müßten Mitchristen jammervollen Hungertod sterben, aber Kirchen würden gebaut, eine nach der andern, und Pfarrer würden angestellt⁷⁵). Die letzte Kartoffelharke wurde dem Armen vom Kirchspielexekutor abgenommen, um die Gebühren einzutreiben — in Jodlauken ist dieser Fall einwandfrei bezeugt und von E. v. Saucken in der Königsberger Hartungschen Zeitung mitgeteilt. Die Rittergutsbesitzer ließen die Leute spinnen, gaben ihnen als Lohn Roggen und halfen so Hunderten über das Schwerste — auch die königlichen Dörfer wurden so von ihnen unterstützt. Saucken ließ täglich für vierhundert Menschen Suppe kochen; Suppenanstalten wurden gegründet.

Protokollarisch wurde festgestellt: Arbeitsmann Dautzsch hat trotz Arbeitsfähigkeit keine Arbeit, keine Lebensmittel, keine Einrichtungsgegenstände; der Arbeitsmann Simoneit lebt bei drei Grad Kälte in einer offenen Scheune, besitzt nur ein Kissen mit Deckbett, überhaupt keine Nahrungsmittel; die bleichen Kinder essen Wassergrütze ohne Salz, viele sterben ohne Krankheit an „Siechtum“

(Hunger!). So stand es in einer ganzen Reihe von Dörfern, in einer Gegend fruchtbaren Bodens! Öffentliche Arbeiten waren eingestellt. In Berlin gab es eben Stimmen, die meinten: eine Provinz, die soviel kostete, müsse man aufgeben, — möchte sie aussterben und Einöde und Wüste werden! Der alte Wrangel erzählte das empört seiner ostpreußischen Verwandtschaft. In den litauischen Domänen-dörfern gab es ja noch kaum Polizei — die Einrichtung einer Polizeiverwaltung sollte 17 000 Taler kosten — und woher sollte das kommen? Die Regierung setzte zwar eine Notstandskommission ein. Mit Recht wurde aber deren Zaghaftheit und der Mangel an konkreten Unterlagen bei ihren Verhandlungen bemängelt. Das Wichtigste war eben seit Jahren versäumt und konnte natürlich jetzt nicht von heute auf morgen nachgeholt werden. General v. Below nennt die Verzögerung des Baues von Chausseen „unverantwortlich“. Noch gab es ja keine Kommunalordnung; auch dies beklagte der ostpreußische Adel tief. Saucken schrieb an Below am 10. Januar 1847: „Eine Kommunalordnung halte ich für unendlich wichtig; sie allein kann unsern armen Leuten die nötige Erkenntnis geben, was für Pflichten auch sie dem Allgemeinen gegenüber haben, daß sie Glieder der menschlichen Gesellschaft sind⁷⁶)“. Below bestätigt: „Seit zwanzig Jahren ist die Kommunalordnung verheißen, aber dann abgeschlagen worden, weil sie den märkischen Junkern nicht gefällt.“ Leider besaß die Provinz Preußen damals einen völlig unzureichenden Oberpräsidenten, Bötticher, der sich gegenüber der Verständnislosigkeit in Berlin nicht durchzusetzen vermochte.

Den richtigen Weg hat leider vergebens General v. Below gewiesen, wenn er an seinen Schwager v. Saucken schrieb: „Ich glaube, wir täten gut, wenn wir von den deutschen Auswanderern, die nach Amerika gehen, solche, die mit Kapital auswandern, nach Ost- oder Westpreußen zu ziehen suchten, und der Staat täte wohl, wenn er solchen Leuten Domänenparzellen in Zeit- oder Erbpacht gäbe.“ (12. März 1846.)

Bei dem Königsberger Konflikt zwischen Militär und Bürgertum hatte sich König Friedrich Wilhelm IV., beeinflußt vom Grafen Dohna, völlig auf die Seite des Militärs gestellt; er ermahnte die Stadt, zu guten und treuen Gesinnungen zurückzukehren — sonst werde „von dem, was man Gnade nennt, nicht mehr die Rede sein“. Fast in allen größeren Garnisonstädten gab es ähnliche Zwischenfälle, die Garnisonen wurden alle vier Jahre gewechselt, das Militär war orts- und volksfremd, es sollte ein scharfes Werkzeug der Obrigkeit sein und bleiben. Am ernstesten waren die Ereignisse in Köln, im August 1846. Die Martinskirmes war von jeher eine der Hauptlustbarkeiten der fröhlichen Stadt — ragte doch nicht umsonst Groß St. Martin als ihr kraftvolles Wahrzeichen über dem noch unvollendeten Dom auf. Da gab es Illumination; „Schmitzfeuerchen“ wurden abgebrannt, Hausschlüsselbüchsen donnerten. Der behende Witz wagte sich, wie selbstverständlich, auch an die hohe preußische Obrigkeit. Es war eine Art sommerlicher Karneval, wo es bei Wein und Tanz hoch, aber doch immer harmlos herging. Daß in der rheinischen Metropole eine überzeugte Opposition gegen das Berliner

Bevormundungssystem lebendig war, wußte jeder. Niemand meinte jedoch bei der Martinskirchmeß etwas politisch Gewichtiges vorzunehmen. Aber der preußischen Polizei war es nun einmal nicht gegeben, rheinische Neckereien so zu verstehen, wie sie verstanden werden mußten. Die Gendarmen schritten gegen Halbwüchsige mit aller Strenge ein, weil sie Unfug mit Feuerwerk trieben, das Publikum ergriff Partei für die Jungen, da marschierte schon Militär auf, um die gefährdete Staatsgewalt vor Mißhandlung zu schützen. Am nächsten Tage sah Köln wieder ein mächtiges Truppenaufgebot auf dem Alten Markt — und niemand begriff, warum. Die Aufruhrakte war nicht verlesen worden, den gesetzlichen Vorschriften in keiner Weise genügt. Nun entwickelten sich wieder Neckereien von der einen, Drohungen von der andern Seite. Das Militär ging mit Bajonett und Kolben vor, Häuser wurden erstürmt, Frauen und Kinder zu Boden geworfen. Das aufgeregte Volk reizte die Soldaten durch Steinwürfe. Bis in entfernte Stadtteile drangen die Truppen, verfolgten einzelne und schlugen sie nieder, ohne daß ein Versuch zur Verhaftung geschah. Andere wurden wieder auf der Stelle verhaftet, mißhandelt und am andern Tage freigelassen. Einzelne Soldaten tobten durch die Gassen und verübten Untaten an allem, was sie trafen. „Kanaillen, Hunde, Halunken, Bürgerpack!“ waren die Anreden. Läden und Fenster wurden beschädigt. Es herrschte nun in der Stadt eine wirklich bedenkliche Aufregung, das Schlimmste schien bevorzustehen. Da erwirkte der Oberbürgermeister mit einigen Gemeinderäten beim Regierungspräsidenten die Zurückziehung der Truppen. Nur die Hauptwache blieb besetzt. Wie versprochen, übernahmen die Bürger selbst unter Führung von Franz Raveaux mit vollem Erfolge die Wiederherstellung der Ordnung; sie organisierten sich in Abteilungen und beruhigten die Menge. Gerade das wurde aber vom König und vom Ministerium später scharf gemißbilligt. Wieder wurde das Militär in Schutz genommen; der Tumult hätte mit Waffengewalt unterdrückt werden sollen! Die Exzesse der Soldaten wurden bestritten⁷⁷⁾. Raveaux, der einen Leutnant zurechtgewiesen hatte, erhielt eine Arreststrafe — was seine Popularität nur steigern konnte. Tiefe Bitterkeit blieb in der Stadt Köln zurück. Es war ein Vorspiel der Revolution gewesen.

*

Friedrich Wilhelm IV. unterzeichnete das Patent über den Vereinigten Landtag am 3. Februar 1847; er liebte Gedenktage, und es war ein dritter Februar gewesen, an dem 1813 der Aufruf „An mein Volk“ unterschrieben worden war. Hielt nun wirklich wiederum ein König von Preußen die Hand seinem „Volke“ hin? Bis zuletzt waren sogar die obersten Staatsbeamten darüber ununterrichtet gewesen, daß gerade jetzt der lange erwartete, immer wieder hinausgeschobene Schritt geschehen sollte. Als die Oberpräsidenten der Provinzen Mitte Januar 1847 anfragten, ob die Provinziallandtage wie gewöhnlich abgehalten werden sollten, wurde ihnen der Bescheid, sie fänden nicht in den Provinzen statt, eine allerhöchste Verfügung werde eine andere Bestimmung treffen⁷⁸⁾.

Wie selbstgefällig und etwas heuchlerisch äußerte sich nun der Staats- und Kabinettsminister General v. Canitz zu den diplomatischen Vertretern: nach allem, was seit einem Menschenalter gesagt, geschrieben und getan worden sei, war man zu dem getanen Schritt verpflichtet; man hat ihn nach reiflicher Überlegung in der Art getan, daß alles, was der Nation rechtlich versprochen werden konnte, ganz und in entsprechender Form gegeben worden ist; andererseits sind die guten Rechte der Krone überall in ganzem Umfang gewahrt worden und werden auch niemals weiter veräußert werden. Canitz bezeichnete es als „einen verderblichen Grundsatz, ständischen Rechten möglichst Eintrag und Abbruch zu tun“: „Kein deutscher Fürst habe jemals ein Recht gehabt, über den Beutel seiner Untertanen willkürlich zu verfügen“; „die gegenseitigen Rechte und Befugnisse deutscher Stände und Regenten sollten nicht nach dem Sinne neuerer Theorien ausgebeutet werden“⁷⁹⁾. Hatte aber nicht Graf Trauttmansdorff recht, wenn er nach Wien schrieb: „Die mit sanguinischen Gedanken Erfüllten, welche dachten, Preußen könne keine andere Verfassung als die übrigen deutschen Staaten erhalten, müssen von ihrer Höhe herabsteigen und finden den Bodensatz ungemein seicht.“⁸⁰⁾

Zwei Fragen stellte sich die Öffentlichkeit notwendig bei diesem bedeutungsvollen Schritte: Ist das Verfassungsversprechen Friedrich Wilhelms III. damit erfüllt? Und entspricht das Patent den Bedürfnissen der Stunde?⁸¹⁾ Beide Fragen wurden allgemein verneint. Das Patent nahm auf das Staatsschuldengesetz von 1820 und auf das Gesetz über die Provinzialstände von 1823 bezug, nicht aber auf die davorliegenden ausdrücklichen Verfassungsversprechungen. Da die Berufung des aus den acht Provinziallandtagen zusammengesetzten „Vereinigten Landtages“ in erster Linie erfolgen sollte, wenn das Bedürfnis nach Anleihen und Steuererhöhungen es erheischte, nannten viele Witzköpfe das Patent einfach das „Pumpgesetz“; der verstorbene König habe ausdrücklich von Reichsständen gesprochen, nun sei gerade diese Bezeichnung vermieden; der verstorbene König habe jede Art von Anleihe an die Genehmigung der Reichsstände knüpfen wollen, nun sei der Vorbehalt gemacht, in Kriegszeiten auch ohne die vereinigten Landstände dazu zu schreiten; der Rückschritt sei also offenbar.

Preußen sollte nun eine ständische Körperschaft zentralen Charakters besitzen: inmitten des Vereinigten Landtages gab es aber den Herrenstand, der in Finanzfragen gemeinsam mit der andern Kurie, sonst aber allein beriet; die Vorsitzenden Marschälle genannt, sollte der König bestimmen, ebenso die Geschäftsordnung; für Bitten und Beschwerden an den König war Zweidrittelmajorität beider Kurien erforderlich. Neben dem Vereinigten Landtag sollte der periodisch tagende Vereinigte Ausschuß weiterbestehen; als drittes Organ trat die „Ständische Deputation“, aus acht Mitgliedern bestehend, hinzu, zur Mitwirkung beim Staatsschuldenwesen. Das war wahrhaftig keine Verfassung, weder im „historischen“ Sinne ständischer Entwicklung, noch nach modernen konstitutionellen Begriffen — es war ein künstliches, aus Reminiszenzen und Kompromissen bestehendes Gebilde

ohne Geist und ohne Klarheit, ohne geschichtlichen Boden und ohne politische Schlagkraft; es paßte zu Preußen wie die Nachahmung einer Kirche von Ravenna auf das Bornstedter Feld. „Mit den Bedürfnissen der Zeit aber ist die Verfügung schon darum nicht im Einklang, weil dem ständischen Statute die Grundbedingungen einer modernen Konstitution fehlen. Die ganze Maßregel wird demnach als eine vorläufige, als eine Akontozahlung angesehen, keineswegs als das letzte Wort des Herrschers“, schreibt der österreichische Gesandte⁸¹⁾; es sei ein gefährliches Spiel des Königs; er glaubt, das „herkulische Problem“ gelöst zu haben, seine Rechte ungetrübt wahren zu können und eine nützliche Wirksamkeit der Körperschaft zu sehen — trotz der Verschiedenheit der Stände, trotz der Wahrscheinlichkeit, daß nun durch die endlich erreichte Beruhigung aller mit allen andern aus den verschiedensten Landesteilen eine völlig neue Lage sich ergeben würde. Am schärfsten wurde die Herrenkammer kritisiert; sie sollte der Damm gegen die andere Kammer sein, erschien aber „weder als ein festes noch als ein intelligentes Werkzeug“ und erfuhr gerade bei den Standesgenossen der Mitglieder erbitterten Tadel. Denn der Adel der Provinzen war ja ganz ungleich repräsentiert: die schlesische Herrenschaft hatte 25, dagegen die preußische nur 5, die posensche 5, die pommersche gar nur einen einzigen Vertreter! Um ein wahres Oberhaus zu bilden, hätten Wissenschaft und Geist irgendwie vertreten sein müssen. Es fehlten auch die meisten großen Namen aus dem Freiheitskriege. Der König war so stolz auf seine Herrenkurie und meinte, sie sei die vornehmste Kammer der Welt. Aber gerade die großen historischen Namen wie Alvensleben, Schwerin, Rochow, Dönhoff waren nicht dabei, nur weil sie nicht ehemals reichsunmittelbar waren und Standesherrschaften besaßen: Adel und Vermögen war bei ihnen ebenso alt wie bei den berufenen Mitgliedern des Herrenstandes. Die begreifliche Folge solcher Mißgriffe war eine starke Oppositionslust bei dem der zweiten Kammer angehörigen Adel, die von der Regierung irgendwie wieder beschwichtigt werden mußte⁵¹⁾. Das ganze Produkt trug die Spur der Kämpfe nur allzusehr an sich, die bis zum letzten Augenblicke darum gingen. Der König war lebhaft bearbeitet worden, das monarchische Prinzip könne nur durch ein Zweikammernsystem erhalten werden; man hatte ihm Angst vor der politischen Wucht eines einheitlichen ständischen Körpers von mehr als 600 Mitgliedern gemacht. So geschah es, daß durch das ganze Patent das Bestreben durchging, mit einer gewissen Ängstlichkeit die königliche Autorität auf alle Fälle zu wahren. Der König behielt sich ja vor, die ständischen Ausschüsse förmlich zu berechtigen, an die Stelle des Vereinigten Landtages zu treten, ja Sachen, die dem Vereinigten Landtage vorgelegt werden sollten, Finanzsachen, auch den Provinziallandtagen vorzulegen!⁸²⁾

Bis zuletzt hatte besonders der alte Fürst Wittgenstein bei seiner Opposition gegen den Vereinigten Landtag beharrt. Er nahm dem Prinzen von Preußen seinen Umfall in der Verfassungsfrage stark übel. Der österreichische Gesandte schreibt: „Der Fürst und die andern Angehörigen der wahren konservativen Partei sind

mit dem Benehmen des Prinzen sehr unzufrieden. Er habe sich, sagen sie, ebenso schwach als eitel gezeigt und sich am Ende dadurch ködern lassen, daß man seiner Idee wegen Abteilung der Stände durch Errichtung eines Herrenstandes Folge gab⁸³⁾. In seinem Ingrimme ließ Wittgenstein dem Fürsten Metternich sagen, er habe den General von Canitz, der vorher preußischer Gesandter in Wien war, dort schlecht erzogen, denn das Patent sei die Brücke, auf der der General ins Ministerium gelangt wäre. Canitz selbst fand die Anwesenheit des Prinzen von Preußen im Herrenstande, die der Eitelkeit seiner Mitglieder schmeichelte, ganz unzweckmäßig. Der Prinz freilich war nunmehr entschlossen, redlich mitzuarbeiten.

Am 6. Februar 1847 erschien in der „Allgemeinen Preußischen Zeitung“ ein Artikel, der dem Ministerium des Innern entstammte, obgleich er in der Rubrik „Nichtamtliche Nachrichten“ gedruckt war. Hier war das Patent erläutert als das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung eigener Art; nicht eine Konstitution sei erteilt, sondern früher Angekündigtes und Vorbereitetes sei nur fortgeführt. „Einfach ist die Sache nicht“, schreibt treffend der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld an seine Regierung; man mußte sie erst studieren, um sie zu verstehen, und es herrschte zunächst mehr Erstaunen als Freude⁸⁴⁾. Das Werk ähnelte eben nur allzusehr dem Meister, es ging zugleich einen Schritt vorwärts und einen rückwärts, es nahm, was es mit der einen Hand gegeben, mit der andern zurück. Es symbolisierte das, was der österreichische Gesandte „den beklagenswerten Dualismus bei allen Gelegenheiten seit sieben Jahren“ nennt⁸⁵⁾.

Das Patent vom 3. Februar fand in der Öffentlichkeit eine geteilte, überwiegend aber ablehnende Aufnahme. Am schärfsten schrieb Heinrich Simon dagegen in seiner Broschüre: „Annehmen oder Ablehnen“; sie brachte ihm die in Preußen nur allzu üblich gewordene Anklage wegen Majestätsbeleidigung und „frechen, unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze“ ein. Die liberalen Rheinländer entschlossen sich unter Camphausens Führung zum Prinzip loyaler Mitarbeit auf der angegebenen Grundlage, unter Vorbehalt freilich des Anspruchs auf die Erfüllung der nicht eingelösten Versprechungen; daß eine historische Stunde kam, wurde weit über die preußischen Grenzen hinaus empfunden. Auch Gervinus ließ sich hören, ingrimmig und verbissen nach seiner Art, sehr kritisch gegenüber allem Dynastischen und Absolutistischen, scharf, aber nicht ungerecht gegenüber der Person Friedrich Wilhelms IV.; die Schrift: „Die preußische Verfassung und das Patent vom 3. Februar 1847“ ist von einem feierlichen Zorne eingegeben, von der Liebe aber ebenso sehr zu einem besseren Deutschland. Preußen ist für Gervinus „kein naturwüchsiger Staat“, sondern ein Kolonialstaat, der seine äußere Schwäche durch moralische Kräfte wettmachen muß; der Maßstab für das Große und Würdige ist leider diesem Preußen verlorengegangen; aber, wie einst Friedrich der Große müde war, über Sklaven zu herrschen, so soll der jetzige König von Preußen sagen: „Ich will beginnen, über freie Menschen zu herrschen⁸⁶⁾.“ Und Ludwig Uhland schrieb die Verse:

Es hat ein Berg geboren,
Lang hat's in ihm gegoren,
Die Wochen waren bitter.
Was bringt er denn heraus?
Er bringt uns eine Maus,
Dazu dreihundert Ritter!

Leopold Ranke war kurz nach dem Erlaß vom 2. Februar bei einem preußischen Prinzen mit einer illustren Gesellschaft von Staatsministern und andern Würdenträgern zusammen. Als er die Ansicht aussprach, man könne durch diese Verordnung der lebendigen Volksbewegung wohl nicht Herr werden, zogen sich alle vor ihm, wie vor einem Demokraten, so deutlich zurück, daß er das Palais sehr bald allein verließ⁸⁷⁾.

Lord Palmerston war einer der ersten im Auslande, die sich, schon auf eine vorläufige Mitteilung hin, im lobenden Sinne äußerten, sehr zur Befriedigung des preußischen Selbstgefühls. Preußen schien jetzt doch in den Kreis der konstitutionellen Staaten endlich eintreten zu wollen: die dankbare Anerkennung, die vielfach dafür gezollt wurde, enthielt hoffnungsvollen Anspruch auf mehr, während die preußische Regierung gerade glaubte, billigen Anforderungen durch das Patent genügt zu haben. Das Wort Reichsstände, so wurde dem bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld erzählt, sei nicht von Bedeutung; die Annahme dieses Namens hätte dem Prinzip der bisherigen Entwicklung widersprochen⁸⁸⁾! Auf Metternichs besorgte Frage, ob sich in dem Vereinigten Landtag neue Parteien im räumlichen Sinne, also Rechte, Linke und Zentrum, bilden würden, beeilte sich Canitz am 19. Februar 1847 zu antworten: Diese Form des Konstitutionalismus ist schon dadurch verhütet, daß den Mitgliedern nach Ständen und Provinzen ihre Sitze angewiesen werden. Von der Einrichtung einer Rednertribüne wurde abgesehen; die Redner hatten aufzustehen, vor den „Marschall“ zu treten und die Rede an ihn zu richten, wie es im englischen Parlament Brauch war. So hoffte Canitz den „rhetorischen Kunststückemachern und Seiltänzern“ das Handwerk zu legen⁸⁹⁾. Die Rede des Königs zur Eröffnung des Vereinigten Landtages wurde überall mit Bewegung und Spannung erwartet. Die „Times“ stellten Kuriere ein zwischen der Ost- und Westeisenbahn, also zwischen Hannover und Köln, um diese Rede vor allen anderen Blättern zu erhalten. Der Herausgeber der „Times“ hätte diese Rede gern von dem preußischen Gesandten Bunsen bekommen, ehe sie gehalten wurde, und erklärte sich zu Gegendiensten bereit; Bunsen mußte ihm aber versichern, er habe sie wirklich nicht in der Tasche, der König werde sein Lebtage nicht eine Rede lesen, sondern immer sprechen⁹⁰⁾. Auch der Minister Canitz hätte gerne vom König den Text der Eröffnungsrede vorher gehabt. Friedrich Wilhelm ließ sich aber nicht darauf ein: ob sich denn Canitz nicht erinnere, was er selbst einmal zitiert habe: Nero war nach Tacitus der erste römische Kaiser, der sich seine Reden von andern machen ließ, nämlich von Seneka.

„Sie wollen doch nicht, daß ich die Rolle von Nero spiele?“ scherzte der König⁹¹⁾.

Schon unmittelbar vor der Rede herrschte eine gewisse Bangigkeit und Furcht vor „konstitutionellen Skandalen“. Nun wirkte sie geradezu wie ein „Donnerschlag“⁹²⁾. Niemals, so sagte der König, werde er das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles verwandeln; er sprach von „germanischen“ Ständen und von dem „undeutschen Wahn“, er sprach vom beschriebenen Blatt „Papier“, das sich nicht als eine zweite Vorsehung zwischen Gott und Preußen eindrängen solle; er sprach überhaupt sehr oft von Gott und von der Vollgewalt der Könige; er hätte die Stände nicht zusammengerufen, hätten sie ein Gelüst nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten. Die Rede war sehr prachtvoll gesprochen, sehr gefühlt, und deshalb wie immer bei dem Könige ergreifend — sie war aber eine Kriegserklärung im Augenblicke, da von Frieden, Versöhnung und gemeinsamer Arbeit gesprochen werden mußte. „Eine antizipierte, darum unzeitige Strafpredigt“; „nicht ein fröhliches Gesicht verließ die Versammlung“, schrieb der österreichische Gesandte. „Wozu das feierliche Autodafé der papiernen Konstitutionen, unter deren Formen — freilich leider — viele und selbst deutsche Staaten leben?! Wozu die gratuite Herausforderung aller Anhänger dieses einmal zur Geltung gekommenen Systems? . . . Warum dies sechshundert Personen sagen, die man herberuft, um sie selber mitsprechen zu lassen?“

Insofern hatte der Volkswitz unrecht, den auch der König herzlich belachte: das ganze Land trauere über die Thronrede, außer zwei Dörfern — Trauttmansdorff und Meyendorff. — Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff war gewiß ausgesprochen konservativ, aber er hatte viel zu viel politisches Taktgefühl, um eine solche Rede gutzuheißen. Auch der russische Gesandte, Baron Meyendorff, fand die Rede zwar gut, aber scharf; er selbst berichtet, im Klub sagte man dazu: „Was ein russischer Gesandter scharf findet, das muß ärger als die Knute sein“⁹³⁾. Meyendorff empfand es auch bei dieser Rede als ein besonderes Glück, daß die Zensur noch existierte; Schriftsteller und Frauen seien von der Rede begeistert — hier hatte also der warme Redestrom der königlichen Persönlichkeit überwältigt. Bei den anderen, mehr sachlich und kritisch veranlagten Hörern hatte sich die Überraschung von Satz zu Satz gesteigert, die Verstimmung zeigte sich teils in Bedauern, teils in gereizter Kritik. Am lautesten und unzufriedensten waren die Abgeordneten aus der Provinz Preußen⁹⁴⁾, während die klügeren und praktischeren Rheinländer sofort merkten, daß noch nichts verloren sei, im Gegenteil, daß man eigentlich jetzt leichte Arbeit habe. Bei aller gemeinsamen Oppositionsstimmung zeigte es sich doch gleich, wie viel doktrinärer und naiver die Liberalen des Ostens gegenüber den gewitzten und geschäftskundigen Westdeutschen waren.

Die Rede des Königs war eben eine anspruchsvolle Mischung von Mißtrauen nach allen Seiten hin und Zurechtweisungen, die das Gegenteil ihres

Zweckes erfüllen mußten⁹⁵). Dem Fürsten Metternich war der sachliche Inhalt der königlichen Worte wohl gemäß, aber sein Gesamteindruck war auch ungünstig. Er sagte: „Aber nichts steht in schärferem Gegensatz zu dem hiesigen Stil in politischen Dingen als das tief persönliche Pathos, welches die ganze Rede durchdringt, der anspruchsvolle Akzent, welcher auf die subjektive Überzeugung des hohen Redners gelegt wird, das Polemisieren gegen Tagesmeinungen . . .“ Den Liberalen in Österreich konnte sie natürlich gar nicht gefallen. Ein Landstand bemerkte: „Wir haben zwar keinen Vereinigten Landtag, aber als ich diese Rede las, war ich doch wieder einmal recht froh, ein Österreicher zu sein⁹⁶).“

Ein preußischer „geistreicher Liberaler“ sagte damals zum österreichischen Gesandten: der König denkt phantastisch und nicht logisch; das Werk ist eine Zwittergestalt; Preußen hat statt einer fünf Repräsentationen gleichzeitig (dabei sind die Kreistage mitgerechnet); „der Landtag wird den Rock anziehen, den man ihm gegeben, und die Nähte werden platzen⁹⁷).“ Und dieser König war nun entschlossen, keinen Schritt weiter zu gehen, und hatte das, wie es hieß, dem Prinzen von Preußen feierlichst gelobt. Dem russischen Gesandten fiel wenige Tage nach der Rede die ruhige und energische Sprache des Königs auf: er werde von den Bestimmungen des Patents unter keinen Umständen abweichen, und wenn es zum Bruch käme: er werde seine Entschlüsse entweder mit den Ständen durchführen oder ohne sie⁹⁸). Was bedeuteten demgegenüber alle die biedereren Worte, mit denen der König die Deputierten begrüßte: „Auf meine Brandenburgerzähle ich . . . Die Pommern und ihr Herzog sind ein Herz! Am Rheinland ist der größte parlamentarische Takt.“ Den Posenern erzählte er, die Polen hätten ihm Tränen verursacht, den Preußen, die dem Staate den Namen gegeben haben, warf er aber vor, sie wollten an seinem Werke rütteln⁹⁹).

„Das Kind ist geboren — es muß erzogen werden“, „Man kann sich Glück wünschen, endlich des ungewissen Wartens quitt zu sein“, so lautete die geschmeidige Weisheit des Fürsten Metternich¹⁰⁰). Was aber ungeschickt, eigensinnig, ja leichtfertig begonnen war, konnte nicht gut vorangehen. Auffällig und wenig glücklich war auf die Dauer die Rolle des Prinzen von Preußen. Wie er vorher es angekündigt hatte, trat er bei den Verhandlungen überall als Vorkämpfer auf, mit dem ihm eigenen loyalen, guten Willen, aber ohne große Erfolge; seine Auffassung der schwebenden Fragen war wohl nicht immer gerade scharf, die Wahl seines Ausdruckes nicht immer angemessen und parlamentarisch. Es wäre im Interesse des Thronfolgers gewesen, nicht so hervorzutreten und sich nicht so häufig zum Worte zu melden; gerade die ihm Nahestehenden wünschten ihm das. Gegenüber dem König nahm der Prinz von Preußen eine ernste, schweigsame, ja beinahe schmallende Haltung ein. Von den Ständen sprach er bald mit ironischer Bitterkeit. Persönlich versuchte er oft auf die Abgeordneten einzuwirken. So stellte er den Abgeordneten von Vincke, der gesagt hatte, die jetzige Regierung berücksichtige die Gesetze des früheren Königs nicht, nach der Sitzung zur Rede: Ob er denn glaube, daß er, ein Mann von fünfzig Jahren, etwa so leichtsinnig

einen Akt (das Februarpatent) unterzeichne? Daran knüpfte der Prinz von Preußen den Rat, sich in Zukunft mit seinen Äußerungen mehr in acht zu nehmen. Ein Mann von der unabhängigen Gesinnung Vinckes konnte sich natürlich einem solchen Druck nicht fügen¹⁰¹). Als Vincke später bei der Wahl der Ausschüsse Wahlenthaltung proklamierte, schrieb der Prinz von Preußen an Vinckes Vetter, den ihm persönlich nahestehenden Freiherrn Karl von Vincke-Olbendorf: „Wer dem König als höchstem Gesetzgeber das Recht nicht zuerkennt, Ausleger des Gesetzes zu sein, der ist Rebell; wer dieserhalb verweigert, die bestehenden Gesetze zu erfüllen, der ist Rebell; wer erklärt, nur die Teile des Gesetzes anerkennen und ausführen zu wollen, die ihm gefallen, der ist Rebell.“ (27. Juli 1847.) Und dann erklärte er es für die Pflicht des Monarchen, sich „bei flagrantem Ungehorsam Gehorsam zu verschaffen. Tut er es nicht, dann ist es mit seinem Regime zu Ende“. Vincke-Olbendorf beklagte es sehr, daß der Thronfolger sich so entschieden auf die Seite der absoluten Macht stellte, auf die Seite des „unglücklichen Haller-Metternichschen Systems“, und befürchtete angesichts solcher Verschärfung der Gegensätze die Revolution. Der Prinz von Preußen war ja seines königlichen Bruders Gegenspiel: beide zusammen in einer Person — das wäre eine Art Friedrich der Große gewesen; getrennt und als feindliche Brüder immer gegeneinander wirkend, haben sie beide ihre erhebliche Schuld an der Staatsverwirrung. Prinz Wilhelm war genau so stark, gesund, derb sinnlich, primitiv, geradeaus, wie der König verwickelt, krankhaft-übersteigert, unberechenbar war; der Prinz, in der Armee als heftiger Kasernenhofspedant gefürchtet, zeigte nun ähnliche Eigenschaften als Politiker.

Wie peinlich war es für den Prinzen von Preußen, daß selbst die Herrenkurie, seine Schöpfung, für die er sich dem Könige gegenüber gewissermaßen verantwortlich fühlte, nicht das Amendement annahm, das er wiederholt und durch den vorhandenen Widerspruch zum entschiedenen Unwillen gereizt vertreten hatte (Amendement des Grafen Landsberg in der Frage der Periodizität des Vereinigten Landtages, 18. Juli); dergleichen wurde auch bei Hofe übelgenommen und dort als Schlag gegen die Dynastie empfunden. Es war eben eine Anomalie, daß der Thronfolger als Gleicher unter Gleichen in einer parlamentsähnlichen Körperschaft sitzen sollte, die ihn bei aller Ehrfurcht doch immer wieder zu ungeduldigen Äußerungen über den jetzigen und zukünftigen Standpunkt der Krone anstachelte.

Die militärischen Vorstellungen des Prinzen von Ordnung und Disziplin wurden überhaupt von den Debatten verletzt, die ihm oft genug laut und formlos schienen. Er setzte dann wohl die hochmütig ablehnende Miene des prinzlichen Generals auf, was seine tatsächliche Unbeliebtheit nur noch vermehren konnte¹⁰²). Die monarchische Autorität befand sich auf abschüssiger Bahn; dies Abgleiten konnte keinem scharfen Beobachter entgehen. Der hohen Bürokratie ging es nicht besser. Im Ministerium waren Canitz und Bodelschwingh die beiden parlamentarischen Dioskuren. Bodelschwingh war noch der gewandtere und bedeutendere; sein

Selbstgefühl wuchs mit Recht angesichts der verlegenen Stummheit seiner Kollegen im Ministerium, aber die Arbeit überstieg auch seine Kräfte; es gelang ihm nicht, in fruchtbare Fühlung zu kommen mit den paar konservativen Kämpen, die es überhaupt gab. Mehrfach mußte sich dieser Sprechminister der Regierung Rügen gefallen lassen wegen seines Mangels an parlamentarischer Erfahrung. Häufig war er unklar und mußte Erläuterungen geben — das imponierte natürlich nicht. Auch Inkonsequenzen und Sophismen kamen bei ihm vor, die Spott hervorriefen. Als er bei der Debatte über die Kartoffel- und Getreideteuerung die Wendung gebraucht hatte: „Not kennt kein Gebot“, mußte er sich darum bemühen, diese Entgleisung aus dem Protokolle streichen zu lassen. Eine große Blamage für den Außenminister von Canitz erwuchs aus seiner Erklärung vom 20. Mai: er habe kein Bedenken dagegen, daß der Landtag auch auswärtige Gegenstände in den Kreis seiner Debatten zöge; im Diplomatischen Korps entstand starkes Befremden, Canitz besuchte den österreichischen Gesandten, um ihn zu beruhigen und ihm zur Erläuterung zu sagen: man solle den Ständen den loyalen Weg der Petition freilassen, damit sie sich nicht in Protestaktionen verirren. Beim Hofe und in den Ministerien wurde aufgeregt beratschlagt, der Prinz von Preußen übe besonders scharfe Kritik in einem Briefe an den Minister. Canitz war genötigt, das „Mißverständnis“ aufzuklären: die Regierung sei nicht gesonnen, von der Bestimmung des Patentess abzugehen, nur innere Angelegenheiten zur Beratung zuzulassen. Sein Ansehen hatte dadurch schweren Schaden genommen; es war von seinem Rücktritt die Rede gewesen. Viele fragten sich auch, ob nicht der schlaue Canitz des Einverständnisses des Königs gewiß gewesen sei und ob er in seiner Einbildung nicht den Plan gehabt habe, mit der Geste des großen Staatsmannes seine Ansichten über europäische Politik von der Tribüne des Landtags aus zu entwickeln. Zu dem abschließenden Satze des österreichischen Gesandten über die zweite Erklärung Canitzens: „Dadurch ist die Sache sowie die Absicht der Regierung ganz außer Zweifel gestellt“, machte Metternich die sarkastische Bemerkung: „Ist dies ebenfalls der Fall in anbetracht der Ehre des Kabinetts und des Herrn von Canitz?“ Und die gesamten Vorgänge bestärkten den alten Fürsten in seinem ungünstigen Urteil über Preußen: „Alles auf den Landtag Bezügliche trägt das Gepräge der gesamten moralischen Lage des preußischen Staates. Diese Lage ist ein Gemengsel aller Elemente, welche das Staatsleben bilden, ohne andere Leitung als der eines eingebildeten, aller Praxis hohnsprechenden Verstandes. Den Prinzipien wird Hohn gesprochen, und der Pfiffigkeit ein Wert beigelegt, den sie nicht hat¹⁰³⁾.“ Der Minister von Canitz hat seine Stellung jedenfalls nicht dadurch gebessert, daß er später noch einmal auf den Fall zurückkam und erklärte, er sähe nicht ein, warum den Ständen verwehrt werden sollte, über äußere Angelegenheiten zu petitionieren, die mit den inneren im Zusammenhange stehen. — Auch der prächtige alte Boyen konnte durch seinen langen Vortrag über die militärischen Ehrengerichte keine parlamentarischen Lorbeeren ernten — die Zeit war schon lange über ihn hinweggeschritten. In der Sache half

ihm der Prinz von Preußen, entgegen der Ansicht der zweiten Kurie, der in diesem Falle die Mehrzahl der Minister gerne Nachgiebigkeit gezeigt hätte. Das machte natürlich einen wenig günstigen Begriff von der Solidarität der Regierung. Auf eine besonders schwere Probe stellte der Kultusminister Eichhorn die Geduld der Stände durch seine schwerfälligen Auseinandersetzungen über den christlichen Staat, die er stotternd zum Vortrag brachte. Äußerst undankbar war die Aufgabe des Justizministers von Savigny, der rechtlich beweisen sollte, daß der König durch das Patent vom 3. Februar die früher gegebenen Versprechungen verwirklicht habe. Zwei Tage mußten die Sitzungen ausfallen, um dem Minister Zeit zur Vorbereitung zu lassen. Die Rede war dann viel zu breit, dazu mit kaum vernehmbarer Stimme so schwunglos vorgetragen, daß der Landtag den Ausführungen nicht folgen konnte. Inhaltlich war sie unklar und machte schon deshalb geringen Eindruck, weil Savigny sichtbar seiner wahren Überzeugung Gewalt antat und sich in offenen Widerspruch zu dem setzte, was er früher vertreten hatte. Daß der Vereinigte Landtag, die Schuldendeputation und die Vereinigten Ausschüsse zusammen „Reichsstände“ darstellten, war wirklich eine reichlich subtile Idee, mit der kein praktischer Politiker etwas anfangen konnte. Geradezu armselig war das, was der Finanzminister über die Budgetgestaltung vorbrachte¹⁰⁴).

Eine der großen Hoffnungen des Vereinigten Landtages war im Anfange Graf Arnim-Boitzenburg, der ehemalige Minister des Innern, von dem sich der König getrennt hatte, weil er in der Verfassungsfrage einen klaren Weg gehen wollte. Er hatte damals Friedrich Wilhelm IV. gesagt: „Ew. Majestät können, wenn Sie es wollen, in der Weise regieren, wie der selige König; oder Sie können den Weg der Verfassung einschlagen. Wählen Sie einen dritten Weg, so kommen Sie nicht durch.“ Auch jetzt lehnte er das Amt des Landtagsmarschalls (Präsidenten) entschieden ab, weil er nach wie vor für eine Repräsentativversammlung mit zwei Kammern als das einzig mögliche und haltbare System eintrat. Arnim war, was er als Minister oft genug bewiesen hatte, durchaus kein Liberaler; er besaß aber politischen Instinkt und sagte sich von Anfang an, daß der König ohne Zugeständnisse das begonnene Werk nicht werde durchführen können. Zu Anfang der Verhandlungen schien es, als habe dieser hohe Beamte, der dies vor allem war und blieb, „den Landtag in der Tasche“. Er wußte so geschäftsgewandt die Formalien zu behandeln und eben dadurch die unerfahrene Versammlung auf seine Seite zu bringen! Bald aber zeigte es sich, daß er mit seinen ständigen Vermittlungsvorschlägen, seinem geschmeidigen Räsonnement den politischen Impetus des Landtages mehr hemmte als förderte; er ermüdete, er langweilte, und sein Ansehen sank. Seine Wortklaubereien wirkten als Verschwendung eines starken Talentes.

„Unter den wenigen Rednern für die Ansichten der Regierung und den durch das Patent zu erkennen gegebenen Willen des Königs tritt ein junger Herr von Bismarck auf eine bemerkenswerte Weise hervor, und man bezeichnet ihn schon jetzt als eine Notabilität für die künftigen Versammlungen. Seine feste und scharfe

Dialektik hat namentlich Herrn von Vincke tief verletzt und zu einer Ausforderung veranlaßt, welche jedoch durch geeignete Vermittlung ohne Folge geblieben ist“; diese Sätze über das Mitglied der zweiten Kurie, Otto von Bismarck-Schönhausen, die der großherzoglich-hessische Geschäftsträger General von Schäffer-Bernstein am 6. Juni 1847 nach Hause schrieb¹⁰⁵), sind ein bemerkenswertes Zeugnis für den persönlichen Eindruck, den Bismarck machte; politisch sollte er gerade mit den Ideen seine Siege ausstatten, denen er damals so schneidig entgegentrat. Man kann auch nicht sagen, daß die Art dieses Heißspornes damals der Sache des Königs viel genutzt habe; der König empfand es ganz richtig selbst so: Bismarcks bizarre Subjektivität bestärkte vielmehr die liberalen Führer in ihrem Glauben an die mächtigen Forderungen der Zeit, denen sie dienten¹⁰⁶).

Bismarck verdiente sich bei seinen Freunden den Ehrennamen des „Vinckenbeißers“: der westfälische Freiherr¹⁰⁷), Aristokrat so gut wie er, war vielleicht die stärkste Figur des Vereinigten Landtages, ein Verteidiger des Rechtes gegenüber der Macht, von einer Wucht und echter Mannhaftigkeit, wie es Deutschland selten gesehen hat, persönlich hochfahrend und unbequem, als Politiker nicht geschmeidig genug, um schnell zu greifbaren Erfolgen zu kommen, aber ein wahrer geborener Volksvertreter, wie aus Eichenholz geschnitzt: ein Stück Sachsenspiegel in Person. Der derben Gestalt spürte man den kraftvollen Lebensgenuß an; die hellen, klugen Augen funkelten listig, immer war er zum Angriff sprungbereit, zum scharfen Angriff auf Unklarheit, Schwärmerei, Geschwätz, Gemütsfexerei — vor allem auf das Unrecht. „Den Acker des Rechtes“ hat er nach einem prachtvollen selbstgeprägten Bilde gepflügt wie keiner. Der Geist der Freiheitskriege war noch lebendig in diesem Manne — er schien ja überhaupt in den Reihen des Vereinigten Landtages erwacht. Der König hatte diesmal das Volk durchaus nicht rufen wollen, aber das Volk war da. Es redete aus einem Manne wie Vincke, dessen Vorfahren seit Jahrhunderten mit dem Volke und für das Volk gelebt hatten, dem Ererbtes, Überkommenes, versprochenes Wort und gewachsene Art heilige Kräfte waren, die auch jetzt wieder nach neuer Form empordrängten. Sprudelnd, übersprudelnd quoll der Redestrom aus Vincke, sehr schnell, oft zu lang, selbst für diese geduldige Zeit, aber farbig, wuchtig, übermächtig. Beweglich und stolz, Bekenner und Bekämpfer, verwegener Spötter und feierlicher Richter — so war Vincke eigensinnig groß, ein ungestümer Anreger und Führer mehr als ein berufener Schöpfer, ein vom geschichtlichen Geiste aus der Tradition zum Staatsbürgersinn erweckter Edelmann, in ihren Widersprüchen eine wahrhaft altdeutsche Persönlichkeit, in Preußen fremd und auf die Dauer zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Darin gemahnt er etwas an den Freiherrn vom Stein, den er in einer berühmten Rede auf dem westfälischen Provinziallandtage 1845 eindrucksvoll beschworen hat, bei seinem Antrag auf Reichsstände: die Entschuldigung, Reichsstände seien zwar versprochen, aber der Zeitpunkt ihrer Einrichtung wäre unbestimmt, sei, mit Steins Worten zu reden, ein „empörender Machiavellismus¹⁰⁸).“

Vincke arbeitete mit den Rheinländern, aber auch oft gegen sie; er war etwas für sich und paßte nicht in die rheinische Betriebsamkeit hinein. Hof und Bürokratie von Berlin staunten wohl etwas, wenn ihnen nun zum ersten Male ein selbstbewußtes, kenntnisreiches, arbeitsam-erfolgreiches Großbürgertum gegenübertrat. Da war der grüblerische Camphausen, der sichere Rechner und beherzte Unternehmer, vorsichtig und gerecht, gründlich und akkurat, ein Mann, der die Erfahrung befragte, um zu handeln, der voller Eigenart und Kraft, von Doktrinen unabhängig, skeptisch gegenüber Worten und Menschen, vorwärtsschritt mit behutsamer Sicherheit, eine reine hohe Gestalt, noch begnadet vom Abglanz philosophischen Zeitalters, aber bereits mitten drin in den beglückenden Anfängen schöpferischer bürgerlicher Arbeit. Deutlich sah er das nahe Ziel freiheitlichen deutschen Staatsbürgertums vor sich; diesem Ziel diente alles, was er für das Eisenbahnwesen, für das Zollsystem, für die Pressefreiheit tat und sagte. Er war voller Achtung und Würde, ein Verfechter des Notwendigen und Zweckmäßigen, ein feingesinnter Patriot, der bewegt war vom Recht auf individuelle Staatenentwicklung und der deshalb diesem Preußen etwas Eigenes wünschte, aber im Einklang mit Europa und dem Jahrhundert. Was Camphausen sprach, war durchsichtig und fest, etwas langsam, aber bedeutend und reiner Gewißheit voll, sachlich im Maße, ein wenig blaß, wie sein ruhiges Gesicht, manchmal etwas scharf, immer stolz und deshalb nicht zündend und gewaltsam. Zum Staatsmanne fehlte Camphausen sehr wenig, aber wohl das Entscheidende: die Leidenschaft, die aus dem Tiefsten kommend das Höchste in Bewegung bringt.

Praktiker in noch ganz anderem Sinne als Ludolf Camphausen war der gröbere David Hansemann: auch er ein erfolgreicher Kaufmann, aber der Typus des eben aufkommenden Industriebherrn, an resolutes Regieren und Befehlen gewöhnt, nüchtern und ein ewiger Rechner, durch das Kalkulieren und Spekulieren aufgestiegen und deshalb nun auch geneigt, dem Staate die Nota zu präsentieren. Hansemann war ein munterer Redner, ganz frei von dem Zeitstile, der das Pathetische von der Literatur her noch gewöhnt war, er plauderte etwas salopp daher, machte seine Witze, schien leichter verständlich und gemütlicher als er in Wahrheit war, liebte schlagfertiges Opponieren, unbekümmert und entschieden, ein überzeugender Empiriker, ein Nützlichkeitsmensch, zu Kompromissen immer bereit, um nur etwas Greifbares zu erreichen. Seine Energie und Klugheit hat dem Vereinigten Landtag oft genug wohlgetan; er war ein Meister sprichwörtlicher Prägungen und liebte Nutzanwendungen im Namen des gesunden Menschenverstandes. Hansemann kannte den Westen Europas gut und galt wegen seiner Schrift: „Preußen und Frankreich“ (1833) als ein einseitiger Freund der Institutionen und des Lebensstiles des Julikönigtums. Da tat man dem scharfsinnigen Kenner der internationalen Finanz doch Unrecht; er hatte einen feinen Sinn für psychologische Unterschiede und bewährte seinen politischen Instinkt, wenn er schon damals Preußen ermahnte, seine isolierte Stellung als fünfte europäische Großmacht aufzugeben, um Schutzmacht der kleineren mitteleuropäischen Staaten

zu werden, mit einem Defensivsystem den andern Staaten gegenüber. Natürlich trat er ein für ein aufrichtig konstitutionelles System; er war dafür gewesen, das Patent vom 3. Februar überhaupt abzulehnen und sich nicht auf den Vereinigten Landtag einzulassen; sein Sinn für Präzision, für praktische Arbeit, für eine solide Verständlichkeit war schwer verletzt. Trotzdem ist er dann doch der häufigste Redner im Landtag geworden — kein Redner mit großen prinzipiellen oder sehr gelehrten Programmen, sondern der Meister der kurzen, schlagenden Bemerkung, der geschickten Amendements, ein parlamentarischer Taktiker hohen Ranges, der gern auf eine humoristische Art belehrte und immer das Haus fesselte. Daß Hansemann auch ein recht mutiger Mann war, zeigt seine Denkschrift von 1830, in der er von Friedrich Wilhelm III. parlamentarische Einrichtungen verlangte. Sie ist 1845 als Manuskript für die Mitglieder des Achten Rheinischen Provinziallandtages gedruckt worden.

Eigenartig war die Stellung des Fürsten Felix Lichnowsky im Vereinigten Landtag. Der Sprößling der österreichischen Familie, die von jeher reich an besonderen Menschen war, der Sohn einer ungarischen Mutter, der amüsante Plauderer und Schriftsteller, der Welt- und Lebemann paßte eigentlich schlecht ins preußische Wesen. Als schlesischer Feudalherr setzte er sich nun auf dem Landtage für die unglücklichen Weber ein; als Kenner der meisten westeuropäischen Parlamente warf er sich zum Zeremonienmeister des Landtages auf; der Katholik mit den besten Beziehungen zum Vatikan, der legitimistische Parteigänger beim spanischen Bürgerkrieg gefiel sich nun in einer eleganten, zum Teil sachkundigen, aber immer schlagfertigen und interessanten Opposition. Den rheinischen Mennoniten Beckerath betoastete er auf dem berühmten Ständischen Oppositionsdiner bei Kroll als seinen hochgeschätzten intimen Freund. Eng war er verbunden mit der Herzogin von Sagan, der klugen, politisch begabten Frau, mit der sich auch der König eine Zeitlang gern über ernste Fragen unterhielt; eine solche Freundschaft mußte nützlich sein, besonders für einen Mann, den der Geruch des Abenteuers umwitterte, und der dreist, wie er war, alles dazu tat, um den Glauben an seine Gefährlichkeit zu erhalten. Vom Diplomatischen Korps wurde der Fürst bis auf sehr wenige Ausnahmen ganz zurückgewiesen; er brauchte sich nichts daraus zu machen, glitt von einem Kreis zum andern, kam sich überall als der Erste vor und übertraf seine Eitelkeit noch durch einen angeborenen lebenswürdigen Charme. Begabt und in vielen Sprachen gewandt, auf mancherlei Sätteln tüchtig, entwaffnete er billige Kritik und erreichte es doch nie, ganz so ernst genommen zu werden, wie er es wohl verdienen mochte¹⁰⁹).

*

Wir haben hier nicht die Geschichte des Vereinigten Landtages zu erzählen; nur das Wesentlichste aus seiner Arbeit muß hervorgehoben werden. Sein Leben begann mit Disharmonie; sie steigerte sich bald zum offenen Kampfe; der Bruch zwischen Krone und Ständen war nur mit Mühe zu verhindern. Schon der Adreß-

entwurf Beckeraths vom 15. April sagte die Fehde an: nach den Gesetzen von 1820 und 1823, so hieß es hier, muß die Versammlung viel mehr Befugnisse haben, als ihr das Patent zugesteht: Periodizität der Tagungen, uneingeschränktes Zustimmungsgesetz zu allen neuen Darlehen, ständische Mitwirkung bei Verfügung über die Staatsdomänen usw. Die schließlich angenommene Adresse verzichtete dann auf solche Aufzählung der einzelnen Punkte, behielt aber die in den früheren Gesetzen verheißenen Rechte für den Vereinigten Landtag vor. Die Adreßdebatte war sehr lebhaft gewesen und hatte die Kraft der Opposition gezeigt. So lenkte der König in seiner Antwort auf die Adresse ein: prinzipiell wahrte er den Standpunkt des absoluten Monarchen, erklärte aber seine Februargesetzgebung für „bildungsfähig“: er werde die Vorschläge der Stände berücksichtigen, soweit sie mit den Rechten der Krone vereinbar seien, und auch den Vereinigten Landtag innerhalb von vier Jahren wieder einberufen.

Diese mehr scheinbare als tatsächliche Nachgiebigkeit des Königs ermutigte nun die Opposition. Vincke verfaßte eine authentische Erklärung der Rechte der Stände, die von 138 Mitgliedern unterschrieben wurde. Die Herrenkurie lehnte die Mitwirkung ab und erklärte eine Beratung allein durch die zweite Kurie für unzulässig. So wurde die „Deklaration“ wenigstens nicht formell abgelehnt: sie blieb das Programm der entschiedenen Minderheit — ein Viertel der Unterzeichner entstammte dem Rheinland, beinahe die Hälfte der Provinz Preußen.

Die am 30. April begonnene Debatte über das Bescholtenheitsgesetz rücksichtlich ständischer Mitglieder ließ wiederum die tiefen Gegensätze zwischen dem Obrigkeits- und Militärstaate einerseits, dem Rechtsstaate andererseits hervortreten. Sollte ein militärisches Ehrengerichtsurteil den Verlust der ständischen Rechte zur Folge haben? Der vornehme kluge Alfred von Auerswald sagte damals: „Worin liegt darin ein Prinzip, daß ein Offizierkorps einfach durch ein ehrengerichtliches Erkenntnis, welches keinesfalls dem allgemeinen Gesetze entspricht, das, wie ich glaube behaupten zu dürfen, nicht einmal in allen Punkten auf die zehn Gebote begründet ist, einen unserer Mitstände der ständischen Rechte berauben darf?“ In seiner schlagenden, trockenen Art wies Hansemann auf die eigentlichen Motive der Regierung hin: „Der Zufall hat in der Regel gewollt, daß, wenn dergleichen Fälle vorgekommen sind, es gerade solche Personen betroffen hat, die der liberalen Partei angehört haben.“

Beckerath sprach in sehr bemerkenswerter Weise gegen das Duell: „Wenn das Duell als ein Grundpfeiler des Offizierstandes erklärt wird, so frage ich Sie: Kann eine Übereinstimmung des Militär- und Bürgerstandes dadurch befördert werden? Können wir das Duell auch als Grundpfeiler des Bürgerstandes betrachten? Der Grundpfeiler des Bürgerstandes ist die Achtung vor dem Gesetze; das Gesetz aber sagt: ‚Du sollst nicht töten!‘ Scharf und schlagend erklärte Vincke, daß der Offizierstand gar kein Stand ist, sondern ein Beruf. Epigrammatisch war damit dem Gedanken des Klassenstaates der des bürgerlichen Rechtsstaates gegenübergestellt. Auch in der Herrenkurie fand das Gesetz die

Opposition einer wenn auch kleinen Minorität unter Führung der Grafen York und Dyhrn.

Die Stimmung im Vereinigten Landtag verschärfte sich nun, als immer deutlicher das Bestreben der Herrenkurie wurde, beinahe alle, auch die bescheidensten Verbesserungsversuche der andern, der „Dreiständekurie“ (sie bestand ja aus Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden) zu verwerfen; es gelang nicht einmal, die unmögliche Geschäftsordnung wesentlich zu verbessern. Dafür rächte sich der Landtag dadurch, daß er die von der Regierung gewünschte Staatsgarantie bei Errichtung von Rentenbanken zur Ablösung bäuerlicher Reallasten ablehnte. Vincke sprach die Überzeugung von vielen aus, wenn er ausführte: Solange es möglich ist, daß ein Nachfolger des Monarchen aus allerhöchster Machtvollkommenheit ein Gesetz aufhebt, welches sein Vorfahr als unwiderruflich bezeichnet hat, so lange vermisse ich die notwendigste Garantie für unsere Verfassung. Die Majorität beschloß, den König zu bitten, zunächst den Provinziallandtagen über die Rentenbanken weitere Vorlagen zu machen und deren Beschlüsse dann dem nächsten Vereinigten Landtage zu unterbreiten.

Damit stand das politische Barometer auf Sturm. Er brach voll aus bei der großen Debatte der Zweiten Kurie über die Anträge auf Abänderung der ständischen Gesetzgebung. Die Hauptforderung war, der König möge die periodische Einberufung des Landtages für alle zwei Jahre aussprechen. Ferner wurde der Wegfall der ständischen Ausschüsse verlangt. Eine Klärung des Rechtes der Stände bei Anleihen war dringend nötig. Es war unmöglich, daß die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen den Vereinigten Landtag bei Eingehung von Staatsschulden ersetzen sollte; mit Recht wurde auch verlangt, daß auf Grund des Gesetzes von 1820 jedes neue Darlehen ohne Unterschied an die Zustimmung der Reichsstände gebunden werden sollte. Die Mitwirkung der Stände bei den Domänenfragen mußte endlich uneingeschränkt bleiben. Der Kern der politischen Lage war durch diese Forderungen berührt, die bedeutendsten Redner traten auf, die stärksten Worte wurden gesprochen. Als Eichhorn sagte, Stein und Hardenberg seien keineswegs revolutionär, sondern für den besonnenen Fortschritt und durchaus konservativ gewesen, sprach Camphausen mit Bitterkeit den denkwürdigen Satz: er wünsche, daß alle gegenwärtigen Minister ebenso konservativ sein möchten wie Stein und Hardenberg. Eine große Mehrheit der Versammlung einigte sich diesmal wenigstens auf die Bitte an den König, den Vereinigten Landtag alle zwei Jahre einzuberufen und die Ausschüsse wegfallen zu lassen. Zu dieser Einigung hatte Bodelschwinghs Erklärung wesentlich mitgeholfen: wenn die Stände die Periodizität als ihr Recht fordern, kann der König nach allem Vorhergegangenen nicht darauf eingehen; tragen sie es aber als Wunsch vor, so werde er sehen wollen, inwiefern das zu berücksichtigen sei. Als Begründung der Bitte wurde angeführt: „Mit Bezug auf die frühere Gesetzgebung sowie aus Nützlichkeit und inneren Notwendigkeitsgründen.“ Die Konservativen waren damit ganz zufrieden, weil das nach ihrer Ansicht Schlimmere dadurch

verhütet war. Als Fürst Metternich diese Abstimmung erfuhr, sah er wiederum seine trüben Prophezeiungen bestätigt. Er schrieb: „Die Moral dieses Standes der Dinge ist, daß der König seinen Prozeß bereits verloren hat, und dies zwar in der Art, wie ich es ihm vorausgesagt habe: E. M. werden das Plenum der acht landständischen Körper zusammenstellen, und dieselben werden als Reichsstände wieder nach Hause kehren. Ob das Gremium Reichsstände oder Vereinigter Landtag heißt, hieran liegt nichts¹¹⁰⁾.“

Die Debatte über die Anleihefrage führte zu außerordentlich peinlichen Zwischenfällen. Hansemann wies nach, daß eine ganze Anzahl Schulden seit 1820 gemacht worden wären, die der Zustimmung der Stände nach dem Gesetz bedurft hätten: 227 000 Taler Zinsen der Amtskautionen, 600 000 Taler Zinsen der Seehandlungsschulden, 1 200 000 Taler für Eisenbahngarantien und endlich die Banknoten. Zweifellos hatte die Krone auf das Recht, ohne weiteres Schulden zu kontrahieren, durch das Gesetz von 1820 Verzicht geleistet. Nun wurde dem Landtage zugemutet, neuerdings auf seine Bewilligungsrechte bei Anleihen zugunsten des Königs oder der „Ständischen Deputation“ zu verzichten!

Es erregte einen tiefen und überaus peinlichen Eindruck, als der Finanzminister von Duesberg und der Justizminister v. Uhden erklärten, der Staat übernehme keine Garantie für die neuen Bankscheine; die Staatsverwaltung sei nicht verpflichtet, sie an ihren Kassen anzunehmen, wenn es auch auf dem Papier stünde; der Staat habe sich nicht darum zu kümmern, ob die Staatsbank ihre Verpflichtungen erfülle oder nicht. Der Justizminister wies tatsächlich ein Oberlandesgericht damals an, eine bedeutende Summe in Bankscheinen nicht anzunehmen, da sie nicht garantiert seien! Auch anderen Gerichtsbehörden wurde aufgegeben, immer nur einen Teil der Unkosten sich in neuen Bankscheinen bezahlen zu lassen. Bodelschwingh versuchte die Entgleisung seiner Kollegen dadurch unschädlich zu machen, daß er vorschlug, die Verhandlung über die Bankscheine aus dem Protokoll wegzulassen! Der Landtag ließ sich aber nicht darauf ein. Die Aufregung in der Geschäftswelt war so groß, daß eine königliche Kabinettsordre vom 9. Juni erklären mußte, nach dem Antrage des Staatsministeriums seien sämtliche Kassen nunmehr unter allen Umständen verpflichtet, die Noten der preußischen Bank für den vollen Betrag in Zahlung zu nehmen. Jedenfalls: die „Geheime Staatswirtschaft“ hatte nach dem Urteil des österreichischen Gesandten einen empfindlichen Stoß erlitten. „Man kann glücklich sein, daß es noch keine Preßfreiheit gibt“, schrieb er, naiv genug, und Fürst Metternich bemerkte spöttisch: „Wie steht es mit der so hochgepriesenen preußischen Finanzverwaltung? Ist ein Fall wie der gegebene nicht geeignet, der Nation und dem gesamten Handelsstande alles Vertrauen und die Grundsätze, welche dieselben leiten, zu benehmen? Man muß hoffen, daß der Tatbestand nicht richtig angegeben ist“; und später: „Die Regierung konnte nicht tiefer in der öffentlichen Meinung als durch die Verhandlungen über die Bankscheine sinken. Wenn die gesamte Regierung entweder selbst nicht wußte, oder der Finanz- und Justiz-

minister nicht sicher waren, ob diese Scheine bei den königlichen Kassen als Münze angenommen werden, so darf man sich fragen, wer im Staate dies wissen solle.“ Und als der Finanzminister nun den feinen Unterschied zwischen „Staatsschulden“ und „Verwaltungsschulden“ machte — für die letzteren nahm er die Unbeschränktheit der Krone voll in Anspruch —, urteilte der Staatskanzler einmal wieder strenger über den Nächsten als über sich selbst: „Diese Distinktion spricht erneuert die Grundlage des preußischen Regierungssystems in ihrer ganzen Blöße aus. Statt reiner Rechtsbegriffe sticht überall das System der Pfiffigkeit, des Scheins, statt der Sache die Rabulisterei in der Auffassung der Dinge hervor“⁽¹¹⁾).

Nun — die Mehrheit des Vereinigten Landtags war auch durchaus nicht von diesem Regierungssystem erbaut und folgte dem Antrag Hansemanns: ohne Zuziehung der Stände sollten keinerlei Schulden irgendwelcher Art gemacht werden.

Eine schwerwiegende soziale Frage hat den Vereinigten Landtag nur einmal beschäftigt. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, die bestehende Mahl- und Schlachtsteuer abzuschaffen und durch eine Einkommensteuer auf Grundlage der Selbstabschätzung zu ersetzen. Diese neue Steuerform wurde freilich in der Regierungsdenkschrift mit auffälliger Lauheit und deutlichem inneren Schwanken vertreten; offenbar sollte den Ständen die Verantwortung zugeschoben werden, und diese, ganz überwiegend Vertreter der besitzenden Schichten, konnten sich für eine solche Steuer, die sie selber stark anfaßte, gewiß nicht leicht erwärmen. Gerade die konservativen Anhänger der Regierung, die meisten Prinzen und Herren an der Spitze, folgten diesmal dem Regierungsantrage nicht, während der eigentliche Kern der liberalen Opposition sich treu blieb und die fortschrittliche Einkommensteuer lebhaft verteidigte. Camphausen sprach die bedeutungsvollen Worte: „Wie dunkel und verwirrt auch die Begriffe sind, welche sich an die Schlagworte unserer Zeit anknüpfen, an die Worte: Pauperismus, Proletariat, Kommunismus, Sozialismus, Organisation der Arbeit — das wird niemand leugnen, daß auf dem tiefsten Grunde dieser wogenden Oberfläche eine Wahrheit liege, die Wahrheit nämlich, daß der Mensch, der lebt, auch das Recht habe zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange anzuerkennen sei. . . Uns ist der Gesetzentwurf der Regierung willkommen als ein Ausfluß dieser Idee, als ein sozialer Fortschritt. Er erzielt die größere Verbreitung der Anerkennung, daß die Besitzenden die Pflicht haben, für die Besitzlosen vieles zu tun, er ergibt die größere Anerkennung den Besitzlosen, daß die Besitzenden bereit seien, Opfer für sie zu bringen. . .“

Der Regierungsentwurf fiel am 12. Juni — zur Annahme kam nur ein ziemlich nichtssagendes Amendement des Grafen Arnim, das „eine Erleichterung der Abgaben der ärmsten Klassen“ empfahl.

Die Vorlage der Regierung über die Rechtsverhältnisse der Juden führte zu Debatten von weittragender Bedeutung. Das Edikt von 1812 gewährte den

Juden in Preußen weitgehende Rechte, so die unbedingte Gewerbefreiheit, den Zutritt zu den akademischen Schul- und Gemeindeämtern; für das Großherzogtum Posen blieben freilich beschränkende Bestimmungen bestehen. Das Edikt, das in der Praxis wohl oft genug engherzig gehandhabt worden ist, galt vor allem nicht für die erst 1815 preußisch gewordenen Landesteile. Eine Regelung für den Gesamtstaat schien aber bei den achtzehn und mehr verschiedenen Behandlungsmethoden dringend nötig. Die Regierungsvorlage versuchte nun, einem Lieblingsgedanken des Königs entsprechend, eine neue Basis durch die Bildung von „Judenschaften“ zu finden, die mit dem Recht der juristischen Person überall ins Leben treten sollten. Den „Judenschaften“ wurde unter bestimmten Voraussetzungen das Recht zur Verwaltung in den Stadtverordnetenkollegien gegeben. Staats- und Kommunalämter sollten den Juden übertragen werden können, wenn damit nicht die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität verbunden sei; an den Universitäten war ihnen die Laufbahn in den mathematischen, naturwissenschaftlichen, medizinischen Fächern bis zum außerordentlichen Professor eröffnet, ständische Rechte, auch bei Grundbesitz, blieben ihnen versagt. Beschränkungen der Gewerbebetriebe sollten aufgehoben sein. Für das preußische Polen blieb der Unterschied zwischen naturalisierten und nichtnaturalisierten Juden bestehen; die letzteren sollten weiter bestimmten Beschränkungen unterworfen werden.

Der Entwurf wollte über die bisherige gesetzliche Regelung hinausführen, ging aber tatsächlich von anderen Voraussetzungen aus. Das Edikt von 1812 sowie die Gesetzgebung des Deutschen Bundes beruhte auf dem Humanitätsgedanken und verfolgte den Zweck, die Juden nach und nach zu voll- und gleichberechtigten Bürgern des modernen Staates zu machen. Die Gesetzesvorlage von 1847 nahm den christlichen Staat als das Gegebene und Vorhandene an. Wenn es einen christlichen Staat im Sinne der Vorlage wirklich gab, dann mußten die Juden auf immer Fremdkörper in ihm bleiben, dann waren sie eben neben der christlichen Nation eine jüdische Nation, die als Gäste des Staates wohl bis zu einem hohen Grade an seinem Leben und seinen Einrichtungen mitarbeiten, aber niemals Träger seiner Idee werden konnte. Deshalb sprach der Minister von Thile mit voller Offenheit von dem „an sich sehr schönen Humanitätsprinzip“; die „Rechte des christlichen Staates“ seien aber gegenüber dem durch Glauben und Nationalität abgesonderten Judentum zu wahren; das Vaterland der Juden sei Zion, vom Grund der Seele könne ein Jude nicht Preuße, nicht Deutscher sein. Gegen den Humanitätsgedanken erhob sich also hier mit voller Kraft eine Doktrin, die den Staat ebenso mißverstand wie das Christentum, die im Klassen- und Standesinteresse die christliche Heilslehre umzudeuten wagte, die dem wahren, tief sozialen und demokratischen Wesen des Christentums ins Gesicht schlug, um nicht nur die Juden, sondern auch die breiten Schichten des eigenen Volkstums in ihren staatsbürgerlichen Rechten zu beschränken. Der Kampf des Vereinigten Landtages ging also nun nicht bloß um die Judenemanzipation — er entbrannte um den von den Regierungsvertretern nun allzu

banal und ungeschickt verteidigten „christlichen“ Staat. Wie eindringlich appellierte demgegenüber Mevissen an den „christlichen Geist der Liebe und Gerechtigkeit“. Es gelang der Regierung nicht, in dem endgültigen Gesetz vom 23. Juli ihren Grundgedanken durchzusetzen: die Juden nicht nur konfessionell, sondern auch politisch abzusondern. Die gehässige Bezeichnung „Judenschaften“ wurde in die natürlichere, kultmäßige, „Synagogenschaften“ verwandelt, die „Vertretung der Judenschaften“ in den Stadtparlamenten gestrichen. An den Universitäten sollten sie auch zu den linguistischen Fächern zugelassen werden und das Ordinariat erreichen können. Die Anwaltslaufbahn wurde freigegeben. Eine Reihe von Verbesserungen war also selbst von der reaktionären Herrenkurie gutgeheißen; die Übertragung ständischer Rechte an die Juden, also die volle politische Gleichberechtigung war selbst von der freier gesinnten Zweiten Kurie mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Die Zivilehe zwischen Christen und Nichtchristen war nun auch gesetzlich möglich in Preußen. Bis dahin war es doch vorgekommen, daß eine von einem preußischen Juden mit einer Christin in England eingegangene Ehe vom Staatsanwalt angefochten wurde, unter Bezugnahme auf das Allgemeine Landrecht, auf Luther und den Talmud¹¹²).

Zum Kampf um das politische Recht wuchs sich endlich auch das Problem der Anleihe für die große Ostbahn aus. Die Regierung ließ die nötigen Eisenbahnen seit Jahren durch Privatgesellschaften mit Staatsgarantie bauen. So vermied sie Anleihen und schonte den Staatsschatz. Die Eisenbahn nach der Provinz Preußen war für diesen abgelegenen Teil des Staates eine ökonomische, für den Gesamtstaat eine außenpolitisch-strategische Notwendigkeit; sie war aber ein Zuschußunternehmen, an das sich keine Privatgesellschaft wagen konnte. Keine Anleihe ohne Reichsstände — die Anleihe für die Ostbahn von 30 Millionen Talern heischte nun die Bestätigung durch den Vereinigten Landtag. Jetzt zeigte die Opposition ihren politischen Instinkt — sie sagte: wir sind ja keine Reichsstände, wir haben keinerlei Rechtsgarantien für unsere Existenz, wir müssen die Anleihe, so gut ihr Zweck ist, ablehnen. Die taktische Situation war damit glänzend ausgenutzt — Bismarck, der damals von „Erpressung“ sprach, wurde später selbst Meister in der Verwendung solcher Mittel. Die überwiegende Mehrheit gerade der ostpreußischen Mitglieder machte diese Politik aus voller Überzeugung mit; wenn die Opposition an sich und ihr großes Ziel glaubte, konnte sie nicht anders handeln. Hansemann warf noch den höchst wirksamen Gedanken in die Debatte: die Regierung möge doch die Bahn aus dem vorhandenen Staatsschatz bauen, über dessen Höhe sie sich aus außenpolitischen Gründen ausschwig; der Staatsschatz sei aber sicher höher als dreißig Millionen Taler, er liege tot da, er werde der Volkswirtschaft entzogen, die Finanzverwaltung sei überhaupt zersplittert, ungenügend, unökonomisch. Diese Angriffe saßen und wurden ganz ungenügend abgewehrt. Die Ostbahnanleihe wurde vom Vereinigten Landtage abgelehnt mit 360 gegen 179 Stimmen; der König wurde aber gebeten, die begonnenen Arbeiten fortsetzen zu lassen und einen angemessenen Antrag

dem nächsten Vereinigten Landtage vorzulegen: das war recht geschickt und setzte den zornigen König, der gleich die Arbeiten an der großen Weichselbrücke einstellen ließ, ins Unrecht.

Krone und Landtag konnten danach nicht mehr zusammenkommen. Der König versprach die Anträge der Kurie auf weitere Entwicklung des Verfassungswerkes in „sorgsame Erwägung“ zu ziehen, erklärte aber, zunächst die Verordnungen des Februarpatentes ganz zur Ausführung bringen zu wollen. Deshalb wurden trotz allem die Wahlen der Ständischen Ausschüsse und der Ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen angeordnet. Vincke und 57 andere „Deklaranten“ verweigerten — mit einer Folgerichtigkeit, die sogar Metternich anerkannte¹¹³⁾ — die Teilnahme an diesen Wahlen, 157 Abgeordnete, darunter Camphausen und die meisten Ostpreußen, wählten unter Vorbehalt. Die Regierung erklärte diese Vorbehalte für nichtig und konnte zunächst auftrumpfen. Die Opposition schien zerspalten. Bodelschwingh hielt dem Landtag die vorwurfsvolle Abschiedsrede — der König zog es vor, das Denkmal Friedrichs des Großen in Breslau einzuweihen. Nach einem Monate erfolgte der schriftliche Landtagsabschied — ein kühles, schroffes Erzeugnis obrigkeitlich-dynastischer Besserwisserei. Von den Petitionen des Landtages wurden nur wenige gewährt — so die Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, die Ausdehnung der neuen Gerichtsverfahren auf ganz Preußen — die allermeisten wurden stillschweigend verworfen. Friedrich Wilhelm IV. aber fuhr im Herbst heiter nach Venedig. Die Neuordnung im Staatsministerium, die vorher noch stattfand, wirkte nicht eben freundlich auf die Öffentlichkeit. Das Ausscheiden Boyens ist wohl nicht nur auf sein vorgerücktes Alter, sondern auf erneute Konflikte mit dem Prinzen von Preußen zurückzuführen, von denen der österreichische Gesandte berichtet. Boyen wollte die Landwehr durch ihre eigenen Stabs- und Oberoffiziere befehligen lassen, während der Prinz von Preußen wegen der „liberalen und kommunistischen Gefahr“ durchsetzte, daß diese Offiziere der Linie entnommen wurden. Die tatsächliche Leitung des Staatsministeriums hatte neben der formalen durch den Prinzen von Preußen als der älteste Staatsminister bis dahin Boyen; nun wurde, obgleich Mühler und Rother dienstälter waren, nach deren Verzicht Savigny Präsident des Ministerrats, während doch Bodelschwingh als Minister des Innern und Vortragender Kabinettsminister der gegebene Mann gewesen wäre. Er hätte allein eine größere Einheit in der Verwaltung der einzelnen Ressorts durchführen und das Verfassungsproblem als verhältnismäßig bester Kenner und loyaler Vertreter fördern können¹¹⁴⁾. Als am 4. Oktober 1847 das Denkmal des Oberpräsidenten v. Vincke in Ruhrort eingeweiht wurde, sprach Friedrich Wilhelm IV. auf das herablassendste mit den beiden jüngeren Söhnen — dagegen kein Wort mit dem Landtagsabgeordneten Georg v. Vincke, dem ältesten!

Preußen war durch den Vereinigten Landtag nicht weitergekommen, die klaffenden Zwiespalte dieses Staatswesens hatten sich vielmehr vertieft und waren

der breiten Öffentlichkeit bekanntgeworden; daß Preußen eine seinen Verhältnissen angemessene Verfassung haben müsse, war die Überzeugung der allermeisten Patrioten. Die Mehrzahl, besonders die Ostpreußen, wären zufrieden gewesen, wenn, entsprechend den alten Gesetzen, aus den Provinzialständen wirkliche Reichsstände, mit Periodizität und vollem Steuer- und Anleihebewilligungsrecht gebildet worden wären. Auch Vincke wollte im Grunde nicht weiter gehen. Ein anderes Ziel verfolgten aber die meisten Rheinländer und mit ihnen manche aus Schlesien und Brandenburg. Beckerath hat einmal vom Wunsche des Volkes gesprochen, der festgestellt werden müsse, Mevissen hat verlangt, die Interessen des Gesamt Vaterlandes, nicht einzelner Stände und Provinzen, sollten vertreten werden. Hier waren also die Ideen des modernen Europa lebendig, die demokratische Staatsanschauung, die ja eine Reihe von Verwirklichungsmöglichkeiten in sich trug. Ganz reaktionär war nur eine kleine Gruppe — entweder waren das hohe Beamte, in denen noch der Geist des absolutistischen Regiments lebendig war, oder Konservative, die mittels der Legende vom christlichen Staat den überkommenen Klassenaufbau gegenüber dem politischen Willen und der Kritik bürgerlich-bäuerlicher Schichten aufrechterhalten wollten. Eine Reihe von Standesgenossen dieser Konservativen neigte aber dem historisch orientierten Liberalismus eines Vincke zu, ohne ihn in der gleichen rechtsfanatischen und rechthaberischen Weise mitmachen zu wollen. Man hat sie ganz treffend „konservative Opportunisten“ genannt — sie bedeuten den Anfang einer Partei und stellen so das Gegenstück zu den Deklaranten dar¹¹⁵⁾.

Der König, der aus der Unsicherheit seiner Anfangsjahre ehrlich herausgewollt hatte, verlor sehr schnell die Freude an dem ganzen Unternehmen, ärgerte sich über seine Minister, die die Regierung an Macht und Ansehen so fühlbar einbüßen ließen, dachte aber nicht daran, schon aus Eigensinn, bessere statt der ruinierten Minister zu nehmen; die Verhandlungen zu lesen, gab er sich sehr bald nicht mehr die Mühe, sondern begnügte sich mit dem, was ihm sein Stolberg erzählte¹¹⁶⁾. Während der sehr ernstesten Debatten herrschte am Potsdamer Hofe die heiterste Laune und beste Zuversicht¹¹⁷⁾. Mit der königlichen Ungnade wurde frisch drauflos gearbeitet. Die Deklaranten bekamen keine Einladung zum Hofe mehr; beim Stiftungsfeste des Lehrbataillons, das in der üblichen Weise durch Diner, Theater und Souper gefeiert wurde, gab es Einladungen an die Landtagsmitglieder, aber nur entsprechend der Farbe ihrer Abstimmungen, was bei den Rheinländern besonders böses Blut machte. Und der König schritt, scharf lorgnettierend, fremd und kalt an den Fürsten Hohenlohe, Wied und Lichnowsky, an den Herzögen von Ratibor und Biron vorbei. Mit solchen Künsten war nun wirklich nicht weiterzukommen. Der König merkte nicht, daß sein Februarpatent ihn und den Staat in ein Labyrinth geführt hatte. Es war so bezeichnend, daß etwa der Minister v. Canitz nach seiner großen Blamage erklärte, er kümmere sich jetzt nur noch wenig um den Landtag. Metternich bemerkte dazu grimmig: „Es kommt in der so gefährlichen Lage des Staates nicht darauf an, ob ein Minister

oder das gesamte Kabinett sich um die Sache kümmert, sondern darauf, ob die Krone ganz oder zerbrochen aus dem Konflikte trete, den dieselbe, ohne hierzu auf anderem Wege als dem der Liebhaberei fürs Modenspiel gedrängt zu sein, herbeigeführt hat. Das . . ., was verloren ist, ist der Nimbus des Verstandes, welcher die preußische Bürokratie selbst auf Unkosten der Rechtlichkeit umgab. Was bleibt dort, wo gediegener Rechtssinn und Geschicklichkeit zugleich fehlen?¹¹⁸⁾ Zur Abschiedsrede Bodelschwinghs, in der vorher angekündigt war, die Regierung werde das Ansehen der Justiz aufrechtzuerhalten wissen, bemerkte der alte Staatskanzler: „Welcher? Der alten, wesentlich zerbrochenen, oder der neuen, in Kontroverse stehenden?“ Und dann weiter: „Die Sachen stehen sonach auf dem materiellen Gebiete, als hätte der Vereinigte Landtag nicht stattgefunden. Wie steht es auf dem moralischen Gebiete?“ Nach seiner Auffassung hatte der König den preußischen Staat in eine Lage gebracht, aus der nur durch konstitutionelle Fortentwicklung herauszukommen war¹¹⁹⁾. Nun sagten tatsächlich viele Abgeordnete: „Wir kamen ganz konservativ hierher, aber man hat uns notgedrungen auf ein anderes Ziel geführt.“ Der erste Vereinigte Landtag schloß ab als eine bittende Konstituante — der nächste mußte als eine förmliche sich einstellen. Die Regierung hatte es der Opposition wirklich leicht gemacht. Die liberalen Führer hatten sich nun kennengelernt, aneinander gemessen, miteinander verbrüdet. Der König aber wollte weiter gehen, ohne sich um die Wünsche der Stände zu kümmern. Metternich schrieb sarkastisch: „Warum hat er sie ins Leben gerufen? War es, um seinen Willen anzuhören? Hierzu bedurfte es der Schaffung eines ständischen Körpers nicht. So wie die Sache steht, erscheint die Herbeiberufung der Stände wie ein schlechter Scherz. Geraten solche Scherze? Besteht die Möglichkeit des Geratens, so hatte die bestanden, die alte Regierung ohne dieses Zwischenspiel der Herbeiberufung der 630 Deputierten nach Berlin fortzusetzen. Dies wäre weit einfacher gewesen¹²⁰⁾“. „Wer A gesagt hat, wird B und sofort bis Z sagen“, hatte Metternich schon im Mai orakelt, als sein Gesandter entrüstet die Frage aufwarf, warum denn die Regierung nicht Demonstrationen wie das Ständische Zweckessen bei Kroll verböte. Die Abgeordneten der Opposition imponierten ihm mehr als die preußischen Minister. Er sah ein anderes Preußen als sechs Wochen vorher. Die „Leichtigkeit und Sicherheit der Redner der Opposition“, ja ihre „parlamentarische Gediegenheit“ fand er sehr auffallend im Gegensatz zu Canitz, der in seiner leichtsinnigen Manier sich und andere darüber hinwegtrösten wollte¹²¹⁾. Metternich rühmte geradezu das Gefühl der Sicherheit, das starke Bewußtsein, die Überlegenheit und kraftvolle Ruhe der Opposition.

In dieses anerkennende Urteil stimmte auch der französische Minister Guizot ein: er fand die Oppositionspartei besser organisiert als die Konservativen; der preußischen Regierung, meinte er, mangle noch die Erfahrung, die Mitglieder einer solchen Versammlung zu bearbeiten und zu einem Ganzen zusammenzuscharen; eine parlamentarische konservative Partei müsse gehörig disziplinier

sein und auf das Kommandowort der Inhaber der Regierungsgewalt hören; dazu bedürfe freilich die Regierung im Interesse ihres Übergewichtes über ständische Versammlungen eine straff zentralisierte und organisierte Verwaltung; Preußens kollegialische Einrichtung der Administrativbehörden mache die Beamten zu unabhängig; reine Instrumente der Regierungspolitik hätten sie zu sein; wer sich nicht völlig in der politischen Richtung der Regierung bewegt, müsse als unbrauchbar aus dem Stand der Staatsdiener ausgeschlossen werden; im Vereinigten Landtag habe es Regierungsbeamte in der vordersten Reihe der Opposition gegeben. Des preußischen Gesandten von Arnim Stellvertreter, Graf Hatzfeldt, der diese Weisheit nach Hause berichtete, fand seinerseits, daß der Vereinigte Landtag seine Stellung in Paris mehr verbesserte, als er selbst wünschte. „Man sieht uns schon hier als Frères en Constitution an, und ich habe alle Mühe, den Bruderkuß abzuwehren. Gott wolle, daß wir nie in den Morast geraten, in den das Régime constitutionnel Frankreich geführt hat“, schrieb er¹²²). In Wahrheit entfernten sich gerade damals Preußen und Frankreich außenpolitisch voneinander; und nur durch entschlossenen Übergang zum wirklichen Konstitutionalismus hätte sich Preußen vielleicht vor revolutionären Erschütterungen retten können.

*

Während der Vereinigte Landtag Berlin mit glänzenden Aufzügen, höfischer Prachtentfaltung, Empfängen, Bällen, „Assembleen“ und sonstigen festlichen Veranstaltungen in noch unerlebter Weise unterhielt — prachtvoll waren besonders die Abende beim Grafen Redern, beim Fürsten Radziwill und im neuen Palais des Grafen Arnim-Boitzenburg auf dem Pariser Platz: auch dieser Kongreß tanzt, hieß es wohl — machte sich die soziale Not der unteren Schichten der werdenden Großstadt in der sogenannten „Kartoffelrevolution“ Luft¹²³).

Am 21. April setzte ein Erlaß des Oberpräsidenten die Erhebung der Mahlsteuer vorläufig bis zum 1. August aus, wegen „der ganz außergewöhnlichen Teuerung“. Noch ehe diese Tatsache bekannt wurde, war es zu unruhigen Auftritten auf den Märkten gekommen. Die Kartoffelhändler verhöhnten das Publikum, weil es bei den teuren Preisen nicht kaufen mochte; es kam zu Plünderungen, und das erregte Volk raubte auch Läden aus. Polizei und Militärpatrouillen schienen machtlos: da wurden das Regiment Alexander, ein Bataillon der Franzer und die Gardekürassiere eingesetzt. Die Kavallerie sollte nur mit flachen Säbelhieben vorgehen, sie hieb aber, durch Steinqwürfe gereizt, scharf ein. Am Morgen des 22. April strömten aus den Vorstädten ganze Züge in die Königsstadt ein mit dem Rufe: „Revolution!“ und plünderten Geschäfte jeder Art. Geschäftsverkehr und Arbeit ruhten, die Schulen und Theater wurden geschlossen. Der Prinz von Preußen veranstaltete bei sich einen Kriegsrat; ein förmlicher Besatzungsplan wurde entworfen. Die Menge zertrümmerte Scheiben und Spiegel im Palais des Prinzen. Das eigentliche militärische Hauptquartier war aber im

Schloß. Die ganze Garnison, außer der Artillerie, wurde mobilisiert. Den Oberbefehl führte General v. Prittwitz. An der Bischofsstraße wurde eine Barrikade gebaut und mußte von den Füsiliern genommen werden. Bis zum 24. gingen Militärpatrouillen durch die Stadt, Ruhe und Ordnung wurden allmählich wiederhergestellt. Die Wochenmärkte fanden — ein wunderliches Bild — unter militärischer Bedeckung statt. Dem Polizeipräsidenten v. Puttkamer, der mit seinen dreißig Gendarmen wirklich nicht viel anfangen konnte, machte der Prinz von Preußen eine heftige Szene — er wurde wegen mangelnder Entschlußkraft entlassen. Die Bürgerschaft hatte sich mit wenigen Ausnahmen viel gefallen lassen — sie fürchtete einen organisierten Arbeiteraufstand und war durch politisches Gerede selbst erregt, sympathisierte wohl auch teilweise mit den Auführern, deren Hauptmotiv ja offenbar der Hunger war. Wie in Köln hatten die städtischen Behörden durch Bürger mit weißen Armbinden beschwichtigend auf die Menge einzuwirken versucht. Der Bürgermeister Naunyn vertrat sogar nach dem Ende der Unruhen beim Minister v. Bodelschwingh den Gedanken, zur Ergänzung der unzulänglichen Polizei „Constabler“ mit weißen Binden und starken Stäben als dauernde Organe zum Schutz bei Angriffen auf Personen und Eigentum einzurichten. Der Minister lehnte den wohlgemeinten Plan scharf ab; der Bürgermeister aber machte ihn darauf aufmerksam, daß diese schroffe Stellungnahme zu keinem guten Ausgange führen könne — der Minister lade große Verantwortung auf sich. Auch die Vermittlung des Oberpräsidenten half nichts. Der Polizeistaat glaubte eben im Interesse seiner Allmacht eine auch nur bescheidene Form von bürgerlicher Selbstregierung nicht zulassen zu dürfen. Und der Berliner Bürgermeister hatte doch in beinahe überloyaler Weise betont, daß das „vollste Einverständnis mit dem Minister und der Polizei“ bei der Bürgerschaft stattfände; es käme auf „die Schutzgewährung für die besitzende gegen die besitzlose Klasse“ an — also gegen das Proletariat.

Was gab es im damaligen Berlin an Proletariat? Berlin war von 1815 bis 1847 von rund 180 000 Einwohnern auf über 400 000 gestiegen — es hatte Wien erreicht, blieb aber noch hinter London, Paris, Konstantinopel und Petersburg zurück. Die Zahl der Fabrikarbeiter beiderlei Geschlechts, Tagelöhner und Kaufmannslehrlinge wird auf 40 000 bis 50 000 Köpfe angegeben; Handwerkslehrlinge gab es rund 20 000, etwas mehr männliche und weibliche Dienstboten; die Garnison wurde auf 15 000 Mann geschätzt. Die Residenz mit dem stark militärischen Anstrich vom Anfang des neunzehnten Jahrhunderts hatte sich also schon verwandelt. Gewiß: wer vom Schlosse die Linden hinunterging, sah sie noch — da war ein größeres Potsdam, ein kleineres St. Petersburg, dynastisch, stramm, etwas kalt und schneidig, aber elegant und auf seine Weise vornehm und geschlossen in sich selbst, der Sitz der preußischen Herrscherfamilie mit dem etwas steif gespannten Selbstbewußtsein friderizianischer Tradition.

Zu dieser Residenz Berlin gehörte ein angesehenes, zum Teil wohlhabendes Handwerk, selbstsicher, besonders Bäcker und Fleischer, etwas proletarisiert

schon die Schuhmacher und die Schneider. Zwei Drittel der Berliner Schneider hatten keine ausreichende Beschäftigung — sie mußten schon zu Schundpreisen für den blühenden Kleiderhandel auf Vorrat arbeiten. Sehr früh war schon die Tischlerei zum Großbetrieb übergegangen; auch versklavten die Möbelhändler das selbständige Handwerk. Das Schlossergewerbe ging offenbar in den Fabrikbetrieb über. 1843 gab es elf Maschinenfabriken mit rund tausend Arbeitern. 1846 die dreifache Zahl von Betrieben mit fast der dreifachen Arbeiterzahl. Borsig, der hier nicht mitgezählt ist, beschäftigte in seiner 1837 gegründeten Fabrik 1200 Arbeiter; er baute von den 35 Lokomotiven der Anhalter Bahn bereits 19. Im Norden, meist außerhalb der Tore, wuchs dieses neue Berlin heran, ein proletarisches Berlin, das viele Barrikadenkämpfer liefern sollte. Es zeigte einen völlig anderen Lebensrhythmus als die kleinbürgerlichen Viertel des Ostens und Südostens. An Spinnereien und verwandten Betrieben gab es immerhin auch schon 33; die Seidenfabrikation war aber von altersher stattlich und zählte 1846 35 Fabriken mit über 2000 Arbeitern; die Kattundruckerei war besonders reichlich vertreten — 22 Anstalten, dazu 95 Zeugfabriken. Hier standen die Arbeiter in besonders traurigen Lohnverhältnissen. Dazu kamen dann noch chemische Fabriken (17), Zuckerraffinerien (15), Tapeten- und Wachstuchfabriken (13), Porzellan- und Fayencefabriken (5), Papierfabriken, Buchdruckereien, Brauereien (31). In dieser Arbeiterschaft war ein neuer Geist am Werke — er bewegte gewiß nur eine kleine Minderheit, aber er war da. Der Kommunistenprozeß gegen den Schneidergesellen Mentel, einen Anhänger Weitlings, und den Schuhmacher Hätzel nebst Gesinnungsgenossen bewies mindestens das Vorhandensein geheimer Zusammenkünfte zum Zwecke der Belehrung der Arbeiter über ihr Recht auf freie Presse und Assoziation. Der Revolutionsgedanke stand drohend dahinter. Das Urteil gegen die unbedeutenden und wenig einflußreichen Leute war milde¹²⁴).

Die Korporation der Berliner Kaufmannschaft, von den 21 Ältesten seit 1820 würdig geleitet, war die beherrschende Organisation des Berliner Handels, sie wuchs in dem Jahrzehnt 1840—1850 von 1113 auf 1270 Mitglieder an: Spedition, Schifffahrt, Getreide, Kolonialwaren und Drogen, Eisen, Wolle, Seide, Leder waren die hauptsächlichen Gebiete. Ein Viertel aller preußischen Bankiers und Wechsler lebte in Berlin; 1846 gab es 110 Geschäfte dieser Art, darunter die bekannten Firmen Bleichröder, Gebr. Schickler, Mendelssohn & Co. Das Judentum war hier besonders stark vertreten. Dieses aufstrebende moderne Großbürgertum zog sich nach dem Westen der Stadt, der Potsdamer Vorstadt, während der schlichtere Südwesten von seinem Beamtenpublikum den Namen „Geheimratsviertel“ erhielt. Sehr auffällig war das verschiedenartige Gesicht dieser Vorstädte; es gab etwas Derartiges im damaligen Deutschland noch nicht. Wien war damals viel einheitlicher in seinem bürgerlichen Charakter. Berlin war eben ein großstädtischer Sonderfall; die Klassen in dieser Stadt lebten genau so fremd und mißtrauisch nebeneinander hin wie die Viertel, in denen sie wohnten. Der Geist

des alten Staates bekämpfte Plan, Vermischung, Zusammenwachsen. Welch ein Abstand zwischen der etwas porzellanhaften Eleganz der Linden mit ihren Equipagen, an deren verschiedenen Farben jeder Schusterjunge die hohen Insassen zu erkennen wußte, mit der wohlgedrillten Wachtparade, mit der mondänen Kranzlerschen Konditorei — und der sauberen, gravitätischen Ruhe am Kreuzberg oder den fürchterlichen „Familienhäusern“ der verelendeten Textilarbeiter des Nordens, im sogenannten „Voigtland“. Friedrich der Große hatte das Gelände vor Zeiten Bauhandwerkern aus dem Voigtlande geschenkt. Berlin war eben ein Sammelbecken für den Osten — es trug etwas von Stettin, Königsberg, Posen, Breslau in sich; es sog die Ostprovinzen des preußischen Staates aus an Menschen, während schon im preußischen Sachsen eine Fremdheit gegenüber der Landeshauptstadt begann, die sich in der Westhälfte des Königreichs bis zur schroffen Ablehnung steigerte. Der Zustrom aus dem Westen war damals ja noch ganz gering; aus dem Süden war er überhaupt kaum vorhanden. Wer vom Kern und Herzen Deutschlands in diese schnell angeschwollene Stadt kam, der fühlte die Mängel ihrer Entwicklung deutlich; er merkte etwas Plötzliches, Unsolides, Gemachtes, Marktschreierisches, Emporgekommenes, eine peinliche Verbindung von Anspruch und Dürftigkeit. Die öffentlichen Gebäude, die Palais des Lindenviertels, die feinen Bauten der Schinkelzeit, die älteren Kirchen, besonders die reformierten Dome, waren gewiß imposant oder wenigstens gut und anständig — wie sehr stach aber dagegen die billige und geschmacklose Bauweise im Osten und Norden ab, wo öde, gerade Straßenzüge mit schlechtem, mangelhaft gereinigtem Pflaster ohne jedes Grün zu trostlosen Sandwüsten führten. Dazwischen gab es freilich noch immer kleine, stille Winkel von großem Stimmungsreiz. Bezeichnend für diesen Mangel an ausgereiftem und geruhsamem Wachstum war die Seltenheit solider Gasthöfe in Berlin. Da waren wenige verhältnismäßig großartige und anspruchsvolle — dann wieder allerhand Krüge und Aussparungen unter dem Durchschnitt. Es fehlten Häuser mit natürlicher Wärme, mit selbstverständlicher Behaglichkeit, mit Tradition. Stark ausgedehnt war das *Chambre-garnie*-Wesen. Etwas besser stand es mit den Restaurants. Jagor glänzte an der Spitze, Lutter und Wegener behaupteten sich noch, aber die alten echten Weißbierstuben, die „*Tabagien*“, wurden vom bayrischen Bierbetrieb zurückgedrängt.

Berlin war eine östliche Großstadt, an der Peripherie des Deutschtums, vom preußischen Adel selbst nur zum kleinsten Teile dauernd bewohnt, dafür aber oft vorübergehend besucht, belebt von einer noch kleinen Schicht reichwerdender Kaufleute und Gewerbetreibender, belastet aber immer fühlbarer durch eine Massenarmut, die der Stadtverwaltung sehr schwere Aufgaben stellte¹²³). Von 1841 bis 1850 stieg die Einwohnerzahl um 30%, die Ausgabe der Armenkasse um 63%. Das Armenwesen verschlang fast 40% des städtischen Etats. Die Almosenempfänger erhielten im Jahresdurchschnitt 24 Taler und 12 Silbergroschen; die Zahl der Unterstützten überschritt 6000. Dazu kam aber noch die

Suppenverteilung, die Ausgabe von Brotmarken, die Pacht von Kartoffelfeld, das kostenlos an Arme überlassen wurde, die Arbeit der Wohltätigkeitsvereine. Die Verarmung der kleinen Handwerker war aber durch dergleichen Maßnahmen nicht aufzuhalten — es war ja das Ergebnis einer tiefen gesellschaftlichen Umschichtung, die sich aber in Berlin ganz besonders fühlbar machte. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde sogar einmal der Antrag gestellt, den Zuzug mittelloser Arbeiter dadurch zu bekämpfen, daß man das Recht zum Gewerbebetrieb an die Gewinnung des Bürgerrechts knüpfte — ein Antrag, der charakteristisch ist für die schwere Verlegenheit, in die die große Stadt immer mehr geriet.

„Berlin ist der Magnet, der die Armut anzieht“, schrieb die „Allgemeine Zeitung“ am 9. Mai 1847. So wurde die preußische Hauptstadt der Ort der krassesten sozialen Gegensätze; alle politischen Kämpfe des Landes, die hier zum Austrag kamen, mußten aus der lokalen Atmosphäre heraus verschärfenden Antrieb erhalten.

Aber diese Stadt, die es so viel schwerer hatte als sonst irgendeine in Deutschland, entwickelte gerade deshalb einen Geist, der nun auch etwas für sich werden sollte, etwas Einziges an elastischer Kraft. Gegenüber allem Sentimentalen oder Überschwenglichen, Philiströs-Gemütlichen oder Romantisch-Verstiegenen entstand hier ein wahrhaft großstädtisches Temperament, eine scharfe kecke Tatsächlichkeit, eine gewandte Arbeitswut, witzig bis zum Vorwitz, sehr fix und deshalb auch schnell fertig, immer bereit, eine gute Miene selbst zu schlechtem Spiel aufzusetzen, recht kritisch, aber norddeutsch gesund, kraftvoll, unverwüstlich, genügsam, nicht totzumachen und in dieser saftigen Unverdorbenheit ohne Falsch, erfrischend und sympathisch. Der Geist dieser Stadt war im Innersten verwandt mit dem Besten und Schöpferischsten, was damals in Deutschland aufkam, mit der entschlossenen Kritik an hohler Herkömmlichkeit, an gespreiztem, heuchlerischem Ausbeuterwesen in Staat, Kirche und Wirtschaft.

Das Berlinertum war nicht sehr gläubig und durchschaute kein Ding besser als aufgeputzten Wortschwall; es ließ sich nicht gern für dumm und harmlos nehmen und war immer bereit, kaltschnäuzig-wohlwollend das Gegenteil zu beweisen. Diese Schnauze selbst war so groß, daß mancher das gute Herz nicht merkte, das sich mit Vergnügen dahinter verbarg. In der norddeutschen Großstadt konnten sich nur gewitzte und schlagfertige, keinesfalls kleinliche Leute behaupten; es ging scharf und tüchtig her, wie sonst noch nirgends in Deutschland, man mußte auf der Hut sein und Ellenbogen gebrauchen. Wem das nicht gefiel, der paßte nicht nach Berlin; so viele, die Preußens Hauptstadt unwiderstehlich lockte, schalten dann kräftig auf sie. Sie war nicht ganz leicht zu begreifen, und so ist es bei ihrer weiteren Entwicklung zur einzigen Weltstadt deutscher Zunge auch geblieben. Immer verband sie Gegensätze, sie war friderizianisch so gut wie revolutionär, dynastisch und demokratisch, herrschsüchtig und liberal, Heimstätte tiefsten Forschens und flacher Sensation, Kunsttempel heiligster Bezirke

und Markt für Kitsch und Schund, militärfromm und kosmopolitisch, märkisch, kolonialdeutsch, weltläufig, sie umschloß alle deutschen, ja alle europäischen Möglichkeiten schon damals, und war deshalb für einen lebendigen Sohn der Zeit der unerschöpfliche Schauplatz des Denkens und der Tat. Der berlinische Geist glänzte in Selbstironie und blieb schon deshalb auch sachlicherem und feinerem Tadel überlegen; dies war sein Bestes, sein Zug zur Größe: daß er nicht empfindlich war und unbeleidigt, mit stets famoser Laune, gewiß nicht zaghaft, doch auch nicht zu grob, mit knapper Bestimmtheit, aber nicht heftig Gegnern und Problemen zu Leibe ging.

„Babylonisch“ kam dieses Berlin den Zeitgenossen vor; so mischten sich hier Typen und Sprachen — das Berlinische selbst, ursprünglich eine Art gebrochenes Märkisch, erhielt durch Witzblätter und Possen gerade jetzt die literarische Prägung, die es bei der Entwicklung zur Weltstadtsprache brauchte. Der Berliner wurde ein Preuße besonderer Art; ein neues Preußentum wurde erst durch die Hauptstadt aus dem Provinzlerturn des Ostens zurechtgemodelt. Mit dem Wachstum Berlins wuchs aber auch der Unterschied zwischen berlinischem und preußischem Wesen. Da mag das starke französische Element der in Berlin angesiedelten Glaubensflüchtlinge, da mag auch das Judentum bedeutsam mitgewirkt haben, die preußische Art war und blieb doch schwer, nüchtern, ungeistig, das Berlinerturn aber wurde beweglich, bildungsstolz, freiheitsfroh; es traf sich dabei mit dem Besten, was es in Breslau, Stettin oder Königsberg gab, und wurde so der Nährboden des blitzgescheiten bürgerlichen Oppositionsgeistes, der der alt-preußischen Staatsüberlieferung so unbequem, ja ärgerlich-gefährlich erschien.

In den Salons hatte dieses behende Berlinertum gelernt, Philosophie, Theater und Literatur, von Thema zu Thema springend, spielerisch geistreich, in paradox geschliffener Redeweise zu behandeln; man war aber nicht nur amüsan, man wuchs ins Selbstgewisse des urteilenden Geistes hinein und forderte nun auch Staat und Gesellschaft in die Schranken. Bettina von Arnim hatte mit Goethe begonnen und kam zum Pauperismus — diese Entwicklung ist symbolisch. Die alten Bindungen durch Herkunft, Stand und Vermögen waren in der Auflösung begriffen. Man suchte neue Gemeinschaften, die sich an der Anschauung über die politische und soziale Zeitnot orientierten. Eine Öffentlichkeit im vollen Wortsinn gab es noch nicht — eine halbe Öffentlichkeit in Verbänden und Vereinen, in Konditoreien und Lesekabinetten mußte sie ersetzen. Gegenüber dem feudalen Kranzler waren die Konditoreien Stehely und Spargnapani die liberalen Lokale; bei Courtin trafen sich besonders Kaufleute, und bei Fuchs Unter den Linden gab es schon eine Art Urkabarettvorführungen, kleine lustige Stücke mit politischen Spitzen.

Charakteristisch für den Zeitwandel war besonders die von Gustav Julius 1846 gegründete „Zeitungshalle“, Ecke Jäger- und Oberwallstraße, die sich aus einem Leseinstitut entwickelte zu einem Sammelpunkte der oppositionellen Geister, besonders während des Vereinigten Landtages. Da kamen aus allen

Ständen Leute zusammen, zum Kennenlernen, zum Diskutieren, zum Rederhalten. Da war schon wirkliches Leben, da war starke politische Leidenschaft — sie brauchte nur unter den freien Himmel zu treten.

*

Die letzte große politische Erregung vor der Märzrevolution brachte für Berlin der Polenprozeß. Nichts war für das Wesen des preußischen Königs wohl bezeichnender als seine Polenpolitik. Er war zu feinfühlig und geschmackvoll, um eine plumpe Germanisation seiner polnischen Untertanen durch militärisch-bürokratische Zwangsmaßnahmen zu billigen; gerade die Wärme seines eigenen Nationalempfindens verhinderte ihn daran, auch nur an den vorübergehenden Erfolg solcher Methode zu glauben. Zugeständnisse an die Polen — etwa die Bewilligung der Bezeichnung der Ortstafeln und Wegweiser in beiden Sprachen — hatten aber nur den Erfolg, den Unabhängigkeitsdrang des unglücklichen Volkes zu verstärken. Auch Friedrich Wilhelm IV. mußte schließlich Loyalität und Anhänglichkeit verlangen — er dachte nicht daran, die polnische Frage zu einem außenpolitischen Problem anwachsen zu lassen, das ihn etwa von den andern Teilungsmächten, Rußland und Österreich, getrennt hätte¹²⁶). Im polnischen Volke selbst vollzogen sich entscheidende Umwandlungen, die jede polenfreundliche Politik unter der Voraussetzung der Teilungen als geschichtlicher Tatsachen geradezu problematisch machen mußten. Die polnische Emigrantenaristokratie war wohl geneigt, ihren Frieden mit den Teilungsmächten zu machen, weil nur durch diese staatlichen Autoritäten ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Herrschaftsstellung garantiert schien. Die aufkommende demokratische Masse des polnischen Volkes, beflügelt von der slawischen Idee, kämpfte aber ihren Befreiungskampf sowohl gegen die Teilungsmächte wie gegen die alten Gewalten der polnischen Geschichte. Auch hier verbündete sich das nationale und das demokratische Element zu einer Bewegung von unerhörter Zähigkeit, von selbstsicherer Stoßkraft. So war es natürlich, daß sie die Sympathien der freiheitlichen Bewegung in Westeuropa genoß; der deutsche Liberalismus schloß sich dieser Stimmung um so lieber an, als ihm jede Schwierigkeit willkommen sein mußte, die den reaktionären Teilungsmächten bereitet wurde. Solange Preußen dem deutschen Gedanken ebenso feindselig gegenüberstand wie Österreich und Rußland, war die Lage einfach. Je mehr aber der deutsche Beruf Preußens eingesehen wurde, je mehr gerade der Liberalismus auch im Westen und Süden mit der preußischen Großmachtstellung rechnete, desto notwendiger war die Erhaltung dieser Stellung Preußens auch in seinem außerdeutschen Gebiete, also gegenüber dem Polentum. Gerade für eine ehrliche und anständige politische Meinung verwickelte sich das preußisch-polnische Problem, je mehr man sich hineinvertiefte. Weder Niederkämpfung des Polentums noch Wiederherstellung eines selbständigen Polens, weder Anerkennung der Polen als kulturelle Minderheit innerhalb des preußischen Gesamtstaates noch Bündnis

mit der polnischen Revolution gegen Rußland und Österreich war durchführbar oder stellte, falls durchführbar, eine für alle Beteiligten erträgliche Lösung dar. Rußland freilich machte es sich leicht. Nach Sibirien, nach den südlichen Bergwerken wurden die politisch verdächtigen Polen deportiert; ganze Gemeinden wurden „transloziert“. Die russischen Galgen hingen voll polnischer Revolutionäre. Österreich nutzte, wie wir sahen, den Gegensatz zwischen Bauern und Adel geschickt aus und sorgte, daß sich das Polentum in sich lähmte und zerfraß. Das Wiener Regiment war fremdsprachige Völkerschaften von zurückgebliebener Zivilisation gewöhnt und entwickelte durch den Gebrauch bestimmte Behandlungsmethoden, die mindestens eine Zeitlang erfolgreich waren. Preußen hatte es am schwersten. Die Versprechungen des königlichen Zurufs an die Einwohner vom 15. Mai 1815 waren weit gegangen: eigenes Wappen, eigene Ziviluniformen, im Anfang eigene Münzen, polnische Sprache neben der deutschen bei allen öffentlichen Verhandlungen, Zulassung der Polen zu allen Ämtern usw. Verwirklicht war davon nur wenig, und nach 1830 wurde alles für erloschen erklärt. Kein Wunder, daß die polnischen Forderungen immer wieder darauf wie auf ein Minimum von Rechten zurückkamen¹²⁷). Flottwells großes Verwaltungstalent versuchte es nach 1830 mit einer kräftigen und doch auch human zu nennenden Germanisierungspolitik. Sein Nachfolger versuchte es wieder mit Versöhnung und Zugeständnissen. Die Aufgabe wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt unlösbarer. Gewiß mußte der preußische Staat zunächst einmal an sich denken. Seine polnischen Gebiete waren sehr nahe der Landeshauptstadt, schmiegt sich an Schlesien an und bildeten die Brücke nach dem ganz germanisierten Ostpreußen. Verschiebung und Vermischung deutscher und polnischer Nationalität gingen sehr weit und erschwerten eine Grenzziehung zwischen beiden bis zum Unmöglichen. Bei den häufigen deutschpolnischen Ehen wurde die Nachkommenschaft nur allzu oft zum polnisch-katholischen Teile hinübergezogen, sie ging zumeist schon infolge der Kreuzung dem Deutschtum verloren, weil sie dem stark aufstrebenden Polentum erweichten Widerstand entgensetzte. Die geheimen Verbindungen im preußischen Polen traten nach 1830 zuerst als „Lesevereine“ auf. Der Wille zum Aufstand kam aber durchaus von der polnischen Emigration, die durch diese Vereine auf den jungen Nachwuchs zu wirken versuchte. Der größte Teil der eingessessenen Gutsbesitzer lehnte gewaltsame Unternehmungen ab. Mittelpunkt der Posener Organisation wurde der Buchhändler Stefanski, hinter dem kommunistisch interessierte Handwerkerkreise standen. Die Absichten Österreichs gegen Krakau sollten zum Anlaß eines großen Schlages sowohl in Galizien wie in Posen genommen werden. Bis nach Warschau und Litauen liefen die Verbindungen. Was dann im Großherzogtum Posen wirklich unternommen wurde — der Sturm von hundert unreifen Burschen auf Preußisch-Stargard, das Attentat von ein paar Dutzend bewaffneter Bauern auf die Festung Posen — war von den wohlunterrichteten und vorbereiteten preußischen Behörden mit leichter Mühe niederzuschlagen. Das ganze Treiben wurde für

töricht und etwas kindlich gehalten, und diese wohlberechtigte Stimmung wirkte sich auch bei dem Riesenprozeß aus, der nun in Berlin, gemäß der Verordnung vom Juli 1846 vor aller Öffentlichkeit, gegen die Insurgenten durchgeführt wurde. Die Richter des Kammergerichtes waren milde und sahen nur Landesverrat, nicht Hochverrat als gegeben an. Es wurden nur acht Todesurteile bei 260 Angeklagten gefällt, und diese Todesurteile wurden nicht vollstreckt. 111 Angeklagte wurden zu Festung bzw. Zuchthaus verurteilt, 115 von der Anklage entbunden, die übrigen ganz freigesprochen. Was den Russen in die Hände gefallen war, endete natürlich am Galgen, unter Gewehrsalven oder in der Verbannung; furchtbar waren die Greuel in Galizien. Preußen schnitt dieses Mal recht günstig ab; der Erfolg sollte freilich mehr ein moralischer als ein politischer sein. Wenn ein preußischer Geschäftsmann zum österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff sagte: „Wir Preußen müssen die Polen stets so behandeln, daß diese lieber Preußen als Österreicher oder Russen sein mögen¹²⁸⁾“, wenn auch in preußischen Regierungskreisen angesichts der loyalen Methoden der preußischen Behörden auf polnische Dankbarkeit gerechnet wurde, so lag der Fehler dieser Rechnung in der irrigen Beurteilung des Polentums. Ludwig von Mieroslawski, der schon 1845 in Posen konspirierte und nun als einer der Hauptführer verhaftet worden war, hatte freilich in seiner berühmten Verteidigungsrede auf geschickte Art die angeblich wahren Absichten der Polen enthüllt und so dem ganzen Prozesse den Charakter eines hochdramatischen Ereignisses gegeben, an dem die politische Welt Europas teilnehmen mußte. Mieroslawski bekannte sich damals als Organ der „demokratischen Gesellschaft“, die für die Revolution, aber nicht für die Anarchie arbeitete; die polnische Demokratie stünde seit fünfzehn Jahren im Kampfe auf Tod und Leben mit dem Individualismus, dem Föderalismus, den Überlieferungen des Aristokratismus und der „Ungeduld des Ochlokratismus“ in Polen. Scharf lehnte er jeden Zusammenhang mit dem Kommunismus ab, „dem noch ungelösten Rätsel der sozialen Ökonomie“. Zwischen polnischer Nationalität und polnischer Verschwörung sei nicht der allergeringste Unterschied — deshalb wolle Rußland auch das Polentum ausrotten: 20 Millionen, nicht 260 Polen müßten dann wegen Verschwörung auf die Anklagebank; aber mit der ganzen polnischen Nation, „weit wie die alte Republik“, sei nicht zu Ende zu kommen; nicht gegen die preußische Herrschaft, sondern gegen die russische sei die Insurrektion gerichtet gewesen; das aufgeklärte, starke Preußen werde keinen schlechten Nachbar an der polnischen Revolution haben, „besonders wenn sich in ihr eine Kombination bilden lasse, welche der preußischen Herrschaft die derselben durch die Teilungen zugefallenen polnischen Provinzen sicherstellte¹²⁹⁾“.

Preußens Bündnis mit der polnischen Revolution!? Gesetz, dieses Angebot war ehrlich gemeint und war praktisch durchführbar — die Kombination bedeutete eine große außenpolitische Perspektive. Wie Preußen durch das Bündnis mit der deutschen Revolution das Österreich Metternichs schlagen konnte, so konnte es sich durch Verbindung mit der polnischen Revolution frei machen

von der russischen Reaktion, von dem außenpolitischen Druck Nikolaus' I. Die Annexion Krakaus brachte eine Krise der Teilungsmächte hervor, die wir zum Teil schon kennen. Die Krakauer Frage verband sich mit den beiden, die Außenpolitik vor der Revolution von 1848/49 beherrschenden europäischen Problemen, der Frage der spanischen Heiraten und der Schweizer Bundeskrise, zu einem höchst merkwürdigen Komplex. Die gesamte bisherige europäische Politik schien sich vor einer Neuorientierung zu befinden. Bis dahin hatten den konservativen Ostmächten die liberalen Westmächte gegenübergestanden; die Ostmächte bewachten die Heiligkeit der Wiener Verträge, sie bekämpften jede freiheitliche Entwicklung in Deutschland, Polen, Italien und auf dem Balkan als internationale Gefahr; die Westmächte unterstützten jede derartige Entwicklung, einmal weil sie den politisch-wirtschaftlichen Überzeugungen des entwickelten westeuropäischen Bürgertums entsprach, und dann, weil jede Schwierigkeit, die den Ostmächten erwuchs, den von ihnen ausgehenden außenpolitischen Druck abdämpfte, also Mitteleuropa und Italien verhältnismäßig schwach erhielt zum Vorteil Frankreichs, im Mittelmeer und in Asien aber die englische Vorherrschaft stützte. Nun brach die Entente cordiale an der Frage der spanischen Heiraten auseinander. England warf Frankreich Treubruch vor und zeigte die Absicht, entschieden eigene Wege zu gehen. Österreich gab den Wiener Verträgen durch die Annexion Krakaus einen schweren Stoß. In der Schweiz standen sich Sonderbund und die Mehrzahl der Eidgenossen feindselig gegenüber: hier zuerst prallten die großen europäischen Gegensätze zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Bevormundung und Selbstbestimmungsrecht, zwischen Gewissenszwang und religiös-politischem Eigenleben im offenen Kampfe aufeinander. Preußen wurde an den Schweizer Angelegenheiten durch die barocke Personalunion mit dem Kanton Neuenburg besonders nahe beteiligt, dessen Fürst ja der preußische König war. Das Frankreich Guizots zeigte immer konservativere Neigungen, es arbeitete gerne mit Metternich zusammen und ließ sich von Rußland unter die Arme greifen. Als Friedrich Wilhelm IV. seine Eröffnungsrede beim Vereinigten Landtage hielt, fand sie der preußische Gesandte Graf Flahaut in Wien wenig freundlich für Frankreich, aber man werde sich in Frankreich zu trösten wissen¹³⁰). Eine starke Verstimmung zwischen Frankreich und Preußen entstand im Herbst 1847. Damals veröffentlichte das „Journal des Débats“ einen Artikel (23. Oktober 1847), in dem Preußen als eine europäische Macht von der Art Österreichs charakterisiert wurde, eine Macht, die Besitzungen in Deutschland habe: „Das wahre Deutschland, das am Rhein und Main, am Inn und an der Elbe, bildet einen dritten Körper. Bayern ist bestimmt dazu, eine große Rolle bei der Zukunft dieses Körpers zu spielen, eine Rolle, die durchaus friedlich und gesetzlich sein kann. München ist viel mehr eine Hauptstadt als Berlin, das sozusagen nach Emporkömmlings-Hauptstadt riecht“. Der Artikel machte in Berlin großes Aufsehen und wurde als „antigermanisch“, als eine Neuauflage von Rheinbundsgelüsten aufgefaßt. Der bayrische Gesandte in München versicherte energisch, nicht in München, sondern

in Paris sei der Artikel geschrieben, fand aber keinen rechten Glauben. Man war jedenfalls tief verletzt; zuerst wollte sich der preußische Außenminister v. Canitz bei Guizot beschweren, kam aber davon zurück. Am 3. November brachte die „Allgemeine Preußische Zeitung“ eine scharfe Antwort. Frankreich wurde darin der Vorwurf gemacht, es wolle Preußen isolieren und deshalb die Süddeutschen von Preußen absprengen¹³¹).

Auch Metternich arbeitete lebhaft daran, Preußen außenpolitisch zu isolieren. Anfang 1846 ließ er nach Paris eine sehr eigenartige Darstellung der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands gelangen: Seit der Reformation bestünde ein Auflösungsprozeß; ihm habe der spekulative, inaktive Geist der Deutschen entgegengewirkt. Österreich habe mit Hilfe des Königs Friedrich Wilhelm III. noch alles zusammengehalten; nun werde die Umwälzung durch Friedrich Wilhelm IV. beschleunigt; die gegenwärtige geistige Bewegung, mit ihrem verhängnisvollen Einfluß der philosophischen Schulen, besonders Hegels, sei eine Folge der Reformation — die protestantischen Regierungen Deutschlands täten alles, um den Weg des Protestantismus bis zu den letzten Grenzen zu beschleunigen¹³²).

In London versuchte Metternich ebenso gegen Preußen zu arbeiten wie in Paris, nur stellte er hier die katholischen Gesichtspunkte zugunsten der anti-revolutionären zurück. Die oben erwähnte Sendung des Hofrats v. Hummelauer nach London hatte auch den geheimen Zweck, England zu dem geplanten Sonderbündnis zwischen Österreich und Rußland herüberzuziehen. In Paris erklärte Metternich, gegen den Protestantismus arbeiten zu wollen; in London erklärte er, mit Preußen brechen zu müssen, weil es sich eine Verfassung gäbe, die gefährlicher sei als die Theorien und Revolutionen Frankreichs. Zwischen Frankreich, Preußen und Polen bereite sich, so war in Hummelauers Denkschrift ausgeführt, eine demokratische Allianz vor; Preußen wolle Frankreich deutsches Gebiet opfern (!), die Antwort darauf müsse ein Einverständnis zwischen Österreich, Rußland und England sein. Süddeutschland solle gegen Preußen und seinen Zollverein gewonnen werden; der Zollverein müßte gesprengt werden, Bayern sei durch Abel, Württemberg durch den russischen Einfluß, Baden durch Blittersdorff zu gewinnen. Metternich bot den Engländern als Gegendienst seine Vermittlung an für Verhandlungen Englands mit der römischen Kurie wegen Irland. Die österreichischen Eröffnungen haben in London nur Schrecken und Bedauern hervorgerufen; sie machten allzusehr den Eindruck der zunehmenden Ratlosigkeit Metternichs. Bunsen schreibt am 12. Februar 1847 in seinem Geheimbericht an den König über diese Vorgänge: „Es ist also doch ein Prinzipienkampf gegen alle Freiheit und allen Fortschritt, gesetzlichen wie ungesetzlichen . . . Es ist also doch unleugbar, daß Fürst Metternich diesen Kampf mit derselben Leidenschaftlichkeit, demselben Fanatismus fortführt, welcher das Haus Habsburg von 1600 bis 1648 leitete. Es ist also doch ein politischer Religionskampf¹³³).“

In England dachte man nicht daran, sich auf eine Entente mit Österreich und Rußland einzulassen — aussichtsreicher schien vielen politischen Denkern auf

englischer wie auch auf deutscher Seite eine ganz andere Kombination: ein englisch-preußisches Bündnis. Der preußische Minister des Auswärtigen v. Canitz hat schon 1840 die Möglichkeiten einer solchen Allianz erörtert, ist freilich später skeptischer geworden und hat in den Jahren unmittelbar vor der Revolution zu denen gehört, die doch lieber am Bündnis der drei Ostmächte festhalten wollten¹³⁴). Friedrich Wilhelm IV. hatte eine ausgesprochene Vorliebe für das England der Hochkirche und der Tories. Wenn er einmal an Canitz schrieb: „Die Whigs sind und bleiben doch Lauseköpfe!!!¹³⁵)“, so hat er damit eine tiefe Unfähigkeit, das modern werdende England zu verstehen, auf amüsant-burschikose Weise dokumentiert. Das England lordschaftlicher Tradition, majestätischer Kirchenorganisation und epheumspannener Schlösser hatte es ihm angetan; vom England der kaufmännischen Weltspekulation und der Kohlenbergwerke wußte er kaum etwas. Als Pate des Prinzen von Wales, des späteren Königs Eduard VII., 1842 Gast des englischen Hofes, gefiel er sich in der behaglichen Großartigkeit des englischen Lebens, das — frei von bürokratischer Pedanterie und militärischer Nüchternheit, wie es war — seinen Kunst- und Luxusinstinkten wohlthat. Die Trinksprüche bei dieser Taufe hatten politischen Klang: England und Preußen sollten einander etwas sein. Der Gegenbesuch der Königin Victoria und des Prinzgemahls fand 1845 statt, am Rhein. Hier scheint nun ein Etikettefehler verhängnisvoll geworden zu sein. Beim Diner auf Schloß Stolzenfels wurde der österreichische Erzherzog Friedrich über den Prinzgemahl Albert gesetzt. Königin Victoria, in diesem Punkte empfindlich, hat tatsächlich trotz der späteren so nah gewordenen Verwandtschaft den preußischen Hof viele Jahre lang nicht mehr besucht¹³⁶). Es kann schon sein, daß diese Bagatelle die politische Annäherung zwischen England und Preußen erschwert hat; entscheidend waren natürlich andere Momente. Bei der Unterredung mit Lord Aberdeen, die gelegentlich dieses englischen Besuches am 26. August 1845 in Brühl stattfand, sprach Friedrich Wilhelm IV. selbst von der Entfremdung gegenüber Österreich und Rußland — Kaiser Nikolaus verstünde die germanischen Zustände nicht¹³⁷). Das konservative England, das dem Könige hier entgegentrat, legte auch gar keinen Wert darauf, Preußen als konstitutionellen Staat zu sehen. Lord Aberdeen faßte seine Meinung in der Ansicht zusammen, am besten täte der König gar nichts in der Verfassungssache, und der alte Herzog von Wellington orakelte, der Liberalismus sei 1813 viel milder und weiser gewesen als 1820, das dritte Stadium nach 1830 sei noch viel schroffer¹³⁸).

Zwei Männer haben sich nun vor der Revolution warm für eine preußisch-englische Allianz eingesetzt — der eine in berufener amtlicher Stellung, der andere infolge seiner verwandtschaftlichen Beziehung zum englischen Königshause intimer Kenner der Vorgänge der internationalen Politik: der preußische Gesandte am englischen Hofe, Bunsen, und der Halbbruder der Königin Victoria, Schwager und zugleich Vetter des Prinzgemahls, Fürst Karl Leiningen.

Bunsen, der stark Umstrittene, war gewiß kein diplomatischer Geschäftsmann

von Raffinement und technischer Routine; weniger und mehr ist diese groß angelegte, tief und reich gebildete Persönlichkeit gewesen. Er war der Vertreter eines edlen, hochgespannten Deutschtums, ein patriotischer Humanist, herzwinnend in seiner fröhlichen Unermüdlichkeit, befaßt immer mit dem Großen und Letzten, mehr als mit dem Kleinen, Alltäglichen — Gelehrter und Prophet, Kenner und Künstler zugleich, in vielem ein Verkündiger von Ideen, die erst lange nach seinem Tode praktisch wurden, so der Ideen der Abrüstung, Völkerversöhnung und Bundesorganisation der Staaten. Man sollte wohl verstehen, daß dieser schreib- und redegewandte Mann, dieser gesellig-beliebte Fromme doch mit seiner ihm von der theologischen Herkunft anhaftenden Salbung auch eine Menschen- und Weltkennerschaft gleichen Ursprungs verband, die gerade der englischen Welt adäquat gewesen ist und ihn so dazu befähigte, schon durch die englische Heirat halber Landsmann, an allem Englischen gewissermaßen ebenbürtig und kongenialisch teilzunehmen, zum Nachteil nur derer, die aus soviel aufgespeichertem Wissen nicht mitschöpfen und lernen wollten. Er stand nun einmal auf einem guten Posten, in der einzigen Weltzentrale, die es ernsthaft damals gab; wenn man seine Depeschen und Denkschriften durchliest, kann man sich dem Zauber seiner Anschauungsfülle, seines wohlervogenen Wollens, seiner patriotischen Gewissenhaftigkeit nicht entziehen. Er war wohl Friedrich Wilhelms IV. aufrichtigster Freund, freier, wärmer, deutscher als Radowitz, der seine schärfere Klugheit mit so viel Geheimnis, mit so viel Berechnung verhüllte. Wie treffend hat Bunsen etwa die Lage beurteilt, wenn er an Canitz über die Entente cordiale schrieb: sie werde nicht so bald wiederhergestellt werden, weder der Hof, noch die Minister, noch das Volk könnten Louis Philippe in der Frage der spanischen Heiraten seinen Wortbruch verzeihen, „a good understanding“ zwischen England und Frankreich sei aber doch wahrscheinlich¹³⁹). Bei der Besprechung der Möglichkeit der Annäherung Preußens an England legte er schlagend dar, es sei für England die Hauptsache, daß die Sätze des preußischen Zollvereins niedrig blieben. Der Schutzzoll des Zollvereins war für die englische Industrie immer noch erträglich; durch die Hansestädte und die Nordseeuferstaaten, die nicht zum Zollverein gehörten, kamen ja außerdem genug Waren nach Deutschland¹⁴⁰).

Das englische Interesse an der preußischen Politik nahm damals so zu, daß das Foreign Office wieder das Öffnen der diplomatischen Berichte begann. Alles, was der Post übergeben wurde, wurde erbrochen und im Kabinett gelesen. Bunsen schlug deshalb regelmäßigen Kurierwechsel vor. Der Bericht, in dem dies geschah, wurde durch Dr. Max Müller, den Sohn Wilhelm Müllers, den später so berühmt gewordenen Gelehrten, überbracht¹⁴¹). Im Interesse der preußisch-englischen Annäherung war der folgende Vorschlag Bunsens gemeint: wegen der Frage der spanischen Heiraten wollte er Leopold Ranke um eine Denkschrift angehen lassen — über die Anwendbarkeit der Utrechter Verträge und die Erbfolgefähigkeit der Montpensierschen Nachkommen. „Sollte das Ergebnis günstig

sein für Lord Palmerstons Auslegung, so dürfte die Bekanntmachung einer solchen Denkschrift als eine rein wissenschaftliche Privatarbeit des berühmten Schriftstellers vielleicht mehr als irgend etwas anderes geeignet sein, die öffentliche Meinung zu fixieren¹⁴²⁾“. Damals schrieb Prinz Albert jenen Brief an Friedrich Wilhelm IV., in dem von der Zertrümmerung der Entente cordiale, von dem unglücklichen Krakauer Schritt Österreichs die Rede war: die Basis der Verträge sei nun erschüttert, „auf welchen das ganze Friedensgebäude und das europäische Gleichgewicht seit dem letzten Kriege nun schon 31 Jahre ruht...“ „Sollte Rußland eine Einverleibung Polens beabsichtigen und Frankreich die Wiederherstellung der Stellung am Rhein, die es ihm in alten Zeiten möglich machte, den Süden Deutschlands im steten Schach zu erhalten und seinen so erlangten Einfluß auf ganz Deutschland zu seinen Zwecken auszubuten (beides Wahrscheinlichkeiten), so wird das arme Deutschland, zwischen den beiden Elementen der Bewegung eingeklemmt, eine höchst unsichere Lage erhalten¹⁴³⁾“. Der Brief, der von Englands Isolation und der mächtigen Stellung des preußischen Königs spricht, stellt eine Art Bündnisangebot an Friedrich Wilhelm IV. dar (11. Dezember 1846). Denselben Zweck verfolgt in vorsichtiger Weise Bunsens Denkschrift vom 15. Dezember 1846 über die Krakauer Angelegenheit. Soll Preußen, heißt es hier, zur Solidarität mit Österreich verpflichtet sein? Muß es nicht diese Frage rein vom Standpunkt seiner eigenen Interessen aus betrachten? Preußen hat bei den Vorverhandlungen nur nachgegeben, weil sein alter Verbündeter Österreich sich verpflichtete, vor der Besitznahme alles mit Frankreich und England zu regeln — diese Bedingung hat aber Metternich nicht erfüllt, sondern behauptete nachher, die Westmächte hätten gar kein Einspruchsrecht! Tatsächlich sind die europäischen Verträge zerrissen, Preußen ist gegenüber Österreich frei, es kann sich von der Krakauer Angelegenheit zurückziehen und eine gemeinsame Verhandlung der fünf Mächte vorschlagen¹⁴⁴⁾. Ein lebhafter Anhänger der preußisch-englischen Allianz war auch Stockmar, der ja leitenden Einfluß im englischen Königsschloß ausübte. Die Königin ehrte ihn wie einen zweiten Vater, schreibt Bunsen, er war Lord Melbournes intimster Vertrauter, Peel und Aberdeen erklärten ihn für den besten Staatsmann, den sie kannten. Sein staatsmännischer Blick erforderte ebenso große Achtung wie seine vollkommene Selbstentäußerung; er war ein echter deutscher Mann, getreu dem hohen Vorbilde seines ehemaligen Chefs, des Freiherrn vom Stein. Als Louis Philippe ihn fragen ließ, um sein Vertrauen zu gewinnen, was er über die spanischen Heiraten dächte, antwortete Stockmar: „Eh bien, le roi a faussé la politique de son règne.“ Der König der Franzosen stellte keine Frage mehr an ihn¹⁴⁵⁾.

Bunsen, der warme Freund Arndts, den er einmal mit dem Propheten Jeremias verglich, wurde in diesen Jahren vor der Revolution beim König der Dolmetsch des Besten, was es in der preußischen Vergangenheit gab, um den König frei zu machen von der reaktionären Umklammerung. Der Kampf Arndts um seinen guten Namen, der ihm gerade damals aufgenötigt wurde, bot Bunsen den

Anlaß, in einer großartigen Zusammenfassung dem Könige den Sinn des Zeitkampfes zu deuten: „Zwei Ansichten“, schreibt er am 20. Juni 1847¹⁴⁶⁾, „liegen über die Vergangenheit von 1817—1839 vor (wenn ich die jakobinische Ansicht ausscheide, die keiner der Heroen der Zeit von 1807—1813 gehegt, der weder Landtag noch Volk huldigen): Entweder war die 1817 durch fremden Einfluß eintretende, 1819 bereits sich offenbarende Richtung der Regierung ein Irrtum, eine Reaktion . . . oder sie war der wahre Konservatismus.

Die erste Ansicht ist die Ansicht des Landes, die Überzeugung aller bedeutenden Männer, die unterm Volk gelebt und von dem Hauche des Lebens und der Zeit berührt sind.

Das mittelalterliche ständische System, die Philosophie der Reaktion, der Hallerianismus und alle sogenannten Restaurationssysteme jener Epoche sind ebenso falsch wie das, was sie bekämpften — der Jakobinismus. Deshalb aber ist der Polizeistaat mit Beamtenschaft dennoch nicht die wahre und haltbare Form.

Von dem Urteil über seine Zeit hängt die Ansicht ab über die Gegenwart und Zukunft des Landes und des Reiches.

Gott hat Ew. Maj. als Richter hingestellt. Das Volk wird Ihren Richterspruch mit Ehrfurcht vernehmen. Aber über eines vermögen Ew. Maj. nichts: über Überzeugungen.

Die Sache ist eine Glaubenssache geworden; sie ist die Glaubenssache des Jahrhunderts: der Glaube an Gott, Tugend, Recht, Wahrheit wird bei Millionen abhängen von staatlicher Entscheidung, wie man es im 16. Jahrhundert auf dem Gebiete der Kirche tat vor der kirchlichen Entscheidung.

Die gotteslästerlichen, hochverräterischen Werke der Kommunisten und die jakobinischen Blätter von Ruge und ähnlichem Gelichter sind die Wirkungen, nicht der erteilten, sondern der verhaltenen Freiheit, wie der Bauernkrieg und anabaptistische Schwärmerei nicht Wirkung der angenommenen, sondern der gehemmten und angefeindeten Reformation der Übelstände des gesellschaftlichen Lebens jener Zeit war.

Die Zeit will, daß man in ihrer großen weltgeschichtlichen Strömung nicht Verderben sehe, sondern Heil, und daß man, um zum Hafen zu gelangen, nicht gegen diese Strömung fahre. Das Volk will nicht gegen den Strich rasiert werden (daß ich mich da mal des Prosaischen als schlagenden Bildes bediene). Gegen Strömung und Strich ist jedes außergerichtliche Verfahren auf dem Gebiet des Geistes und jedes Töten des Lebens unter dem Vorwande, es zu ordnen.“

Gegen Strömung und Strich!? Dagegen zu gehen, reizte Friedrich Wilhelm IV. mehr als alles. Das Bündnis mit England hat er erwogen, er spielte mit dem Gedanken, durch Canitz ließ er bei Bunsen eine Erörterung aller Möglichkeiten im einzelnen anstellen, entschließen konnte er sich nicht. Den Ausschlag gab wohl neben den handelspolitischen Meinungsverschiedenheiten die unselige Neuenburger Angelegenheit. Die besten englischen Staatsmänner fanden, daß England und Preußen ideale Bundesgenossen seien — Bunsen nannte Peel und Russell,

Lord Brougham im Oberhause sprach in demselben Sinne: aber die englischen Vorschläge in der Schweizer Frage fanden Friedrich Wilhelms Beifall nicht, und er ließ Lord Palmerston und Lord John Russell sagen: „Ich werde mich dahin wenden, wo ich Schutz für Neuenburg finde, denn ich bin auf keine meiner Untertanen so stolz wie auf meine allerteuersten Neuenburger¹⁴⁷⁾“.

„Wir können in England seit 1688 nicht auf Revolutionen schimpfen“, sagte Lord Aberdeen, also gewiß ein guter Tory, zu Bunsen. Für die Freiheit Italiens herrschte damals in England ein Enthusiasmus, der alles von Bunsen Erlebte überstieg. Der Kampf um die nationale Selbstbestimmung war eben auch die große außenpolitische Frage, an der sich die Geister schieden. Friedrich Wilhelm IV. dachte aber an Neuenburg.

Er nahm es Bunsen übel, daß er in London Neuenburg nicht ganz so wichtig nehmen konnte. „Die Naivität“, schrieb der König an Canitz am 2. Dezember 1847, „mit der Bunsen Neuchatels als Vereinigungspunkt mit keiner Silbe erwähnt, hat mich in den Zustand eines Ölgötzen mit offenem Maule versetzt¹⁴⁸⁾“. Radowitz bestärkte den König natürlich in diesem Urteil und hetzte gegen Bunsen in London und Arnim in Paris¹⁴⁹⁾. Zwischen Bunsen und Canitz kam es zu einem bedenklichen Konflikt. „Wir können uns nicht von Englands Anschauungen leiten lassen — für uns hat die Angelegenheit eine ganz andere Bedeutung als für England“, schrieb Canitz am 10. November 1847; dann sollte wieder Bunsen erklären, laut Weisung vom 28. Dezember 1847, die preußischen Ansichten stünden mit den britischen keineswegs in Widerspruch; und schließlich belehrte Canitz Bunsen, „er habe sich nicht zum Vertreter der Ansichten des englischen Kabinetts“ in Berlin, sondern der preußischen Ansichten in London zu machen. Bunsen rechtfertigte sich damit, daß er eine „naturhistorische“ Darstellung der allgemeinen Notwendigkeiten der englischen Politik 1848 habe geben wollen. Er versuchte auch, dem preußischen General und Außenminister ein Bild des wahren englischen politischen Lebens zu geben, dem jener so fremd gegenüberstand: Lord Palmerston wird aufs schärfste durch den Hof, den Premierminister und die öffentliche Meinung bewacht; er, Bunsen, ist durchaus kein blinder Anhänger Palmerstons, er genießt genau so gut das Vertrauen der konservativen Staatsmänner und erfreut sich eines nahen und deshalb viel beneideten Verhältnisses zum Hofe; oftmals sei er gezwungen, Lord Palmerston unangenehme Szenen zu machen. Bunsen mußte sich auch gegenüber dem Außenminister wegen seiner Privatkorrespondenz mit dem Könige rechtfertigen; sie dauere schon zwanzig Jahre, auf Wunsch des Königs berühre er wieder politische Gegenstände, die er vorher eine Zeitlang weggelassen habe; wenn er in Widerspruch geriete, wolle er den König bitten, ihn von seinem Posten zu entbinden. Canitz erwiderte darauf in seiner trockenen Art, weitläufige Abhandlungen wolle er vermeiden, er habe Bunsen nur gewarnt: „Wir haben Pflichten zu erfüllen¹⁵⁰⁾“. Man sieht, warum Preußen und England nicht zusammenkommen konnten. „Der Maßstab für Preußens politischen Einfluß ist mehr als je seine Macht in Deutschland, seine

Leitung des deutschen Fortschritts“, hatte Bunsen überaus treffend geschrieben. Preußen zog es vor, der Gesellschaft Nikolaus' I. und Metternichs, die sich von ihm abkehrten, nachzulaufen, statt die Trennung ehrlich zu vollziehen und dem Liberalismus die Hand zu reichen. Die besten englischen Politiker wünschten, „Friedrich Wilhelm IV. an der Spitze der Bewegung des gesetzlichen Fortschritts“ zu sehen; Preußen sollte Deutschland einigen und kräftigen.

Damit stimmten auch die Grundgedanken des Fürsten Karl Leiningen überein, jenes hochgesinnten, gedankenreichen deutschen Standesherrn, der ein so lebhafter Verfechter der Zeitideen im Kreise der Fürsten wurde¹⁵¹). Am 6. Februar 1847 schrieb er aus Waldeiningen an den Prinzen Albert: „Du kennst mein Steckenpferd, nämlich die enge, für Erhaltung beider Länder unendlich wichtige Allianz zwischen England und Deutschland.“ Am 5. März: „Der Einfluß Preußens, durch den Zollverein bereits zu großer Macht gelangt, wird durch seinen Übergang zum konstitutionellen Leben, an dessen Spitze es sich bald bon gré mal gré in Teutschland befinden wird, riesengroß.“ Leiningen sah voraus, daß dieses stark gewordene Preußen auch die kleinen Fürsten in dieser oder jener Weise werde absorbieren müssen. Im Juli 1847 schreibt er an Prinz Albert: „Preußen kann nur zu großer Macht gelangen durch eine enge Vereinigung Deutschlands mit sich und ihm. Preußen resp. Teutschland wird dann die mächtigste kontinentale Großmacht. Österreich verbindet sich daher enger mit Rußland und benutzt den Köhlerglauben des Königs von Preußen, um ihm den allerperfidesten Rat zu geben . . . Nicht oft genug kann ich es wiederholen, nur ein einiges und starkes Deutschland kann England im großen Kampfe, der nicht ausbleiben wird, eine wahre Stütze sein.“ Den handelspolitischen Konflikt zwischen den Zollvereinsländern und England beklagte Fürst Leiningen als Hindernis der gewünschten politischen Annäherung; nicht die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte, bei deren Beurteilung er mit dem ihm nahestehenden Friedrich List übereinstimmte, sondern die außen- und innerpolitischen erschienen ihm aber entscheidend. Sein Briefwechsel mit Prinz Albert und seine Denkschriften gelangten durch Bunsens Vermittlung zur Kenntnis Friedrich Wilhelms IV.; von der Absicht, persönlich seine Ansichten beim preußischen Könige zu verfechten, hat Leiningen auf Bunsens Rat aber abgesehen. Auch damit hätte er keinen Erfolg gehabt: der König wollte nun einmal „das Stück ohne den Hamlet aufführen“, wie Prinz Albert dem Schwager schrieb.

Friedrich Wilhelm IV. begriff nicht den Zusammenhang von Bundesreform, Außenpolitik und Konstitutionalismus. Frostig und selbstbewußt äußerte sich Canitz (3. November 1847): Preußens Aufgabe sei, „ruhigen festen Schrittes den richtigen Weg zu gehen“; unter allen lebenden Regenten bedürfe keiner weniger fremder Ideen als der König, „der selbst sehr wohl weiß, was er will, und dem der Mut nicht fehlt, seinen Weg zu gehen“¹⁵²). Schlechter konnte dieser Außenminister seinen Monarchen nicht kennen. In Friedrich Wilhelm IV. wollte es

immer, aber er wußte beinahe weniger noch als andere, was gewollt wurde; und auch der Mut sollte ihm bald ausgehen.

Ein preußischer Außenminister, der dem russischen Gesandten seine Depeschen vorlas mit der Bitte um Rat und Urteil, der sich gegenüber diesem ausländischen Diplomaten über die preußischen Gesandten im Auslande beklagte und auf Metternich zankte, auf denselben Metternich, mit dem er sich in einer hochachtungsvollen Korrespondenz befand — ein solcher Außenminister wäre unfähig gewesen, einen neuen Kurs in der preußischen Politik einzuschlagen, selbst wenn der König ein anderer gewesen wäre¹⁵³). Der russische Gesandte Meyendorff behandelte den unsteten, eingebildeten Canitz, wie er es verdiente: er hatte ihn ganz in der Tasche, wenn er ihm schmeichelte als „einem Staatsmanne des konservativen Prinzips“. Und wenn das nicht half, so wurde er so grob, daß Canitz gleich kniff. Meyendorff konnte selbstbewußt schreiben: „Ich war sehr sanft, wenn es sich um Tarife und Kartelle handelte, aber ich werde ganz außergewöhnlich unangenehm, wenn man hier das mindeste ohne uns und Österreich machen will . . . Diese Leute dürfen keine große Politik machen, weil sie nichts davon verstehen.“ Als Friedrich Wilhelm IV. im Herbst 1847 einen Fühler ausstrecken ließ, ob er mit dem Kaiser Nikolaus I., der im russischen Polen weilte, eine Begegnung haben könnte, gab Nikolaus zur Antwort: er liebe den König von ganzem Herzen und würde sich sehr freuen, sich mit ihm zu unterhalten, „aber unsere Meinungen über Staatsdinge sind so verschieden, daß wir uns unmöglich verstehen können; es ist deshalb besser, jede Begegnung zu vermeiden“¹⁵⁴). In Darmstadt traf dafür der Prinz von Preußen den russischen Thronfolger mit seiner Gemahlin, der damals zum ersten Male den Berliner Hof umging; das schwankende Verhältnis zum Zarenhofe auszugleichen, ließ sich der Prinz von Preußen um so lieber angelegen sein, als er ein besonderer Verehrer der Großfürstin Caesarewna war¹⁵⁵).

Preußen kam überall zu kurz und beklagte sich nach allen Seiten: das französische Kabinett erschien ihm perfide und unzuverlässig. Palmerstons heftige, schikanöse Politik verwirrte und schüchterte ein, war aber in der Schweizer Angelegenheit schließlich doch allein erfolgreich. Preußen kam in die peinlich-lächerliche Lage, wegen der Neuenburger Neutralität Gefahr des Bruches, womöglich gar Krieges mit der Schweiz zu laufen. Der preußische Gesandte v. Sydow bekam tatsächlich den Befehl, im Falle der Besetzung Neuenburgs die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz abubrechen und nach Konstanz zu gehen; der Militärkommandant General v. Pfuel sollte, wenn er der Übermacht weichen müßte, eine förmliche Protestation erlassen¹⁵⁶).

Der Staat Friedrichs des Großen wurde im Innern durch religiösen Zwist, durch sozialen Zwiespalt, durch politische Irrungen zerrissen — in Europa konnte er, isoliert wie er war, mit seinen schlechten Grenzen kaum noch als Großmacht mitgerechnet werden.

Dritter Abschnitt

Bayern

*„Warum denn wie mit einem Besen
Wird so ein König hinausgekehrt?“
Wären's Könige gewesen,
Sie stünden alle noch unversehrt.*

Goethe

Der österreichische Kaiserstaat und die preußische Großmacht standen zugleich in Deutschland und neben Deutschland; Bayern war sehr stolz darauf, unter den rein deutschen Mächten die stärkste zu sein: „Bayern behauptet durch seine Kraft den ersten Platz unter den rein deutschen Ländern“, schreibt etwa der bayrische Gesandte Graf Luxburg aus Wien am 9. März 1848¹⁾. Der Trugschluß bei dieser oft angeführten Tatsache war ja freilich leicht zu durchschauen — denn der Umfang und die Bevölkerungszahl der zum Deutschen Bunde gehörenden Hauptmasse des preußischen Staates übertraf Bayern bei weitem. Die kleinere Westhälfte Preußens, Rheinland und Westfalen, wog allein schon schwerer als ganz Bayern. Überzeugender war ein anderes Moment, auf das in Bayern gern hingewiesen wurde. Als bayrischer Untertan danke er Gott, schreibt derselbe Gesandte Graf Luxburg am 15. Februar 1848, „daß Bayern seit 30 Jahren eine Konstitution en vigueur besitzt, die auf solidester Basis die monarchische Gewalt erhält und garantiert. So wird Bayern, wenn alles in der Welt ringsum erregt und in Unordnung ist, aufrecht und intakt stehenbleiben — pour ainsi dire hors de cause“²⁾. Die Prophezeiung ist eingetroffen; Bayern hat nach den stürmischen Vorgängen, die zum Thronwechsel im März 1848 führten, die Revolutionszeit selbst mit verhältnismäßiger Ruhe überstanden, und zum Teil mag das wohl wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Bayern mindestens formell ein Verfassungsstaat war.

Der größte und der deutscheste Verfassungsstaat zu sein, das bedeutete doch damals starke geschichtliche Möglichkeiten. Bayern, das mit ganz anderem Rechte als das sächsische Königreich den Namen des alten Stammesherzogtums am echten Orte seit der Urzeit bewahrt hat, war viel mehr als irgendein anderer deutscher Mittel- oder Kleinstaat — es war, sozusagen, eine in der Entwicklung steckengebliebene Großmacht. Am Rhein und an der Donau hatten nun die Wittelsbacher seit den Tagen der Hohenstaufen gesessen und geherrscht, vornehmer sicher als die Hohenzollern oder sonst ein Kurfürstenhaus, die ernstesten, aber wenig glücklichen Wettbewerber der Habsburger in Wien, auch sie wieder-

holt und noch im achtzehnten Jahrhundert Träger der Kaiserkrone, oft durch Familienzweist und Kriegsläufe geschwächt, emporgetragen vor allem durch den Geist der Gegenreformation und die Freundschaft mit vielen französischen Königen, zuletzt noch durch die Gunst des Kaisers Napoleon. Das wurde die doppelte Sendung des bayrischen Staatswesens: die österreichischen Vettern ließ es nicht zu tief mehr nach Deutschland hinein, es hielt sie am Bande, es verhinderte mit preußischer Hilfe die österreichische Abrundung und Machtkonzentration in Süddeutschland, indem es selbst eine runde starke Macht wurde, und diente so allen, die ein Interesse an der deutschen Zersplitterung hatten, der Kurfürstengruppe und auch der französischen Großmacht. Wenn das Preußen Friedrichs des Großen auch zeitweise mit Frankreich gegen Wien gegangen war — es blieb Episode; die Anlehnung Bayerns an Frankreich dauerte Jahrhunderte. Der Geist der Gegenreformation aber verband Bayern wieder mit Österreich und ließ den gemeinsamen Gegensatz zum protestantischen Norddeutschland erwachsen. Der wiedererwachende Katholizismus sollte gerade in seiner übernationalen Form durch die bayrische Hauptstadt zur stärksten Auswirkung kommen; von Rom nach München, von München zum Rhein und nach Westfalen liefen die Ströme hin und her. Und dieses Rheinbundskönigreich Bayern trat nun, aufgefüllt von Napoleon wie es war, mit der vollen Wucht seiner Souveränität ungeschmälert in den Deutschen Bund über, ein Staat auf ältestem, bestem, urdeutschem Kulturboden, wo nichts Flaches, Dürftiges, Vermischtes, Verblaßtes, Koloniales war wie in dem preußischen Norden und Osten, sondern alles kernhaft und urwüchsig, schwellend vor Gesundheit. Neben die Bayern im Gebirge und auf der Hochebene waren nun Schwaben und Oberpfälzer, Mainfranken und Rheinpfälzer getreten — alle deutschen Stämme außer den Sachsen, die einen reichsstädtischer Herkunft, andere vormals Untertanen von Bischöfen und Äbten, Fürsten, Grafen und Rittersn, ein herrlich buntes Gemisch von Sitten, Glauben, Mundart, Trachten, Gewerbesen und Wohnweise, ein fröhliches Durcheinander von Grobheit und flinker Art, von Unterwürfigkeit und Freimut, von bürgerlichem Mißtrauen und städtischem Geschmack: deutsch durch und durch, im Besten und im Schwächeren, deutsch auf jeden Fall, prächtig, satt und unbekümmert, fröhlich in Gesang und schlagend geformter Rede, kundig in Schnitz- und Webwerk, überreich an einem blühenden Erbe goldner Künste.

Dies Neubayern war ein „Reich“, es hatte ein Recht, sich so zu fühlen — aber es hätte bei allem seinem plötzlichen Wachstum noch weiter wachsen müssen, um sich ganz als Reich auszuwirken: das Innviertel hatte es schon vor der napoleonischen Zeit an den österreichischen Nachbarn verloren, Nordtirol, ethnisch und geopolitisch die natürlichste Ergänzung, nur kurze Zeit unter schwersten Kämpfen halten können; das obere Donauland war, von der wichtigen Donaufestung Ulm ab, dem württembergischen Nachbar zugefallen, so daß nun die politische Grenzlinie Schwaben mitten durchschnitt, und, sinnlos genug,

Nördlingen zu Bayern, aber Ulm zu Württemberg gehörte; die westrheinische Pfalz kam wohl zu Bayern, als eine kleine westdeutsche Grenzprovinz, so daß es, genau wie ein „Rheinpreußen“, ein „Rheinbayern“ gab — die ostrheinische Pfalz war aber zum besonderen Schmerz der nun in München regierenden pfälzischen Linie der Wittelsbacher zu Baden geschlagen worden. So wie Preußen seine Ost- und Westhälfte immer miteinander zu verbinden bestrebt sein mußte, so entwickelte sich der gleiche, an sich berechtigte Wunsch in Bayern. Altbayern war ein Donauland, es besaß aber nur ein Mittelstück des Stromes, und sobald er recht schiffbar wurde, verließ er Bayern; das bayrische Franken war ein Mainland — es strebte dem Westen genau so zu wie Altbayern dem Osten; der Mangel war aber hier noch empfindlicher — die beherrschende Mainstadt, die Hauptstadt des Frankenlandes, Frankfurt, war, zum Ärger der bayrischen Politik, außerhalb Bayerns geblieben, und ebenso die Stadt und Festung der Mainmündung, Mainz. So lag der Staat Bayern an der Donau und am Main gewissermaßen in der Hinterhand; trotz der Rheinpfalz war er vom Rhein zu sehr abgedrängt, und damit vom Brennpunkt deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft. So kostbar sein Gut an Land und Volkstum war — Bayern wurde der Staat der Hinterweltler und der Hinterwäldler. Man könnte sich eine große politische Energie denken, die aus diesem etwas zu kurz gekommenen Reiche einen süddeutschen Großstaat geschaffen hätte, so wie später im Norden Großpreußen entstand; diese Kraft blieb Bayern vorenthalten, und daraus entsprang gegenüber dem geschickteren, gewaltsameren und glücklicheren Preußen eine geschichtlich wohl begreifliche Empfindlichkeit. In diesem einen Punkte sollte auch der süddeutsche Humor durchaus versagen. Je schwächer das Reich Bayern war, desto ernster nahm es sich. Erschwerend für Bayern wirkte noch der katholische Primat, den es für Deutschland gewissermaßen inne hatte, und woran es im Interesse seiner sonderstaatlichen Stellung immer festhielt; auch im Bismarckschen Reiche war ja der König von Bayern immer der heimliche katholische Kaiser. Diese Position, garantiert durch die Gegenwart des päpstlichen Nuntius in München, schwächte aber Bayerns Verhältnis zur deutschen Einheitsbewegung aufs empfindlichste. Sollte das neue deutsche Reich großdeutsch, sollte der neue Kaiser katholisch sein, dann war an Österreich nicht vorbeizugehn, und in Bayern wollte man das trotz der alten Eifersucht am wenigsten. Wer aber Österreich ausschalten wollte, der kam auf den preußischen und damit den protestantischen Kaiser — Bayern konnte sich dabei nur ärgern, es konnte hindern und erschweren, so gut und so lange es ging: in einen ernsthaften Wettbewerb konnte es nicht treten — selbst wenn es irgendwie einen Willen dazu hätte aufbringen können: kein echter Führer der liberalen und nationalen Bewegung in Deutschland vermochte mit einer Führerschaft Bayerns zu rechnen. Gab es nicht ein Drittes? Gewiß konnte sich der Staat Bayern mit den Mittel- und Kleinstaaten in Deutschland zusammentun, um neben den beiden wirklichen Großmächten politisch etwas zu bedeuten; es war eine diplomatische Kombination, die ja auch

wiederholt versucht worden ist, aber zu einer neuen staatlichen Formung nicht führen konnte³). Ein Ersatz für eine leitende politische Stellung wurde aber von Bayern frühzeitig und großartig, aus einem sehr gesunden Instinkte heraus, in umfassender deutscher Kulturförderung gesucht; ihr Vater ist König Ludwig I.

Immer war und blieb dieser Fürst etwas mehr Pfalzgraf bei Rhein als gerade König von Bayern; in saftigen Renaissancezeiten hätte er Kurfürst auf dem Heidelberger Schloß sein sollen. So wenig wie die berühmte Düsseldorfer Gemäldesammlung paßte er eigentlich in das abgelegene München, das in jenen Anfangszeiten der Biedermeierei noch eine enge barocke Residenz mit kleinbürgerlich-dörflicher Bevölkerung war — jesuitisch-romanisch, siebzehntes Jahrhundert, ohne das achtzehnte — nicht viel mehr als die Residenzen der ausgestorbenen Wittelsbacher Linien Ingolstadt, Straubing und Landshut, viel weniger jedenfalls als Augsburg oder Nürnberg. Es fehlte sowohl der Reiz großer mittelalterlicher Überlieferung wie moderner Eleganz. Niemand hätte damals daran gedacht, die bescheidenen Winkel des kleinen München mit der monumentalen Pracht Dresdens oder gar Wiens zu vergleichen. Mit einer gewissen Gewaltbarkeit machte nun König Ludwig aus diesem München eine Reichshauptstadt: es wurde darauflos gebaut, klassizistisch, byzantinisch und romanisch, oft einfach Kopien Florentiner oder griechischer Monumente, Nachempfindungen auf jeden Fall, Stätten für die Kunstsammlungen vom Niederrhein und aus Griechenland, großräumig, heroisch in der Geste, mehr anspruchsvoll als solide oder gar echt, aber aus einem zähen Willen heraus, eher ein Rahmen für größere Zukunft als gerade passendes Gefäß für eine schon vorhandene wirkliche Gegenwart.

König Ludwig huldigte als Kronprinz dem Kaiser Napoleon mit überschwenglicher Gebärde, mit Handkuß und Kniebeuge⁴); den Regierungsantritt des Kaisers Nikolaus von Rußland hat er später ebenso begeistert begrüßt — er fand ja fast gleichzeitig mit seinem eigenen statt, und so glaubte Ludwig darin eine Verheißung für die Entwicklung der bayrisch-russischen Beziehungen sehen zu dürfen. In Straßburg war der König geboren; seine pfälzische Sehnsucht gründete gegenüber dem vergebens umstrittenen Mannheim Ludwigshafen, benannt nach ihm selbst; dem Dichter des Rheinliedes Nikolaus Becker ließ er 1841 einen Ehrenbecher überreichen mit der Inschrift: „Der Pfalzgraf bei Rhein dem Dichter des Liedes: Der deutsche Rhein 1840“ — nach einem Entwurf von Schwanthaler —, aber in Gegenwart des französischen Gesandten durfte in Bayern nichts vom „freien deutschen Rhein“ gesungen werden. Es hätte den bayrisch-französischen Beziehungen geschadet, die wegen Griechenland so wichtig waren. Denn König Ludwigs jüngerer Sohn Otto war ja der erste König der befreiten Hellenen geworden, es gab eine bayrische Orientpolitik, in München wurden europäische Fragen wenn auch nicht entschieden, so doch behandelt; infolge einer Reihe von Mißverständnissen sollte der Bildungsgrad, den die deutsche klassische Literaturperiode normiert hatte, durch eine Verbindung von humanistischem Gymnasium, Archäologie und Philhellenentum

aufrechterhalten, bewiesen und betätigt werden. König Ludwig hielt wohl auch das alles für „deutsch“.

Die Zeitgenossen schon dachten sich allerhand bei dem Vergleich zwischen den beiden königlichen Schwägern, dem bayrischen Ludwig und dem preußischen Friedrich Wilhelm. Unstet waren sie beide, launische Autokraten mit der Neigung fürs Geistige. Ludwig war aber derber und gesünder, einfach männlicher, er hatte etwas Kraftvoll-Saftiges, er liebte die einfache Grobheit bajuvarischer Kost, er konnte burschikos mit seinen Künstlern zechen — an Einfällen und sprunghaft guter Laune, an Redeschwall und Lebensglut war er wirklich einer von ihnen. Friedrich Wilhelm hatte mehr durchgebildeten Geschmack, er war wahrhaft geistreich. Bei Ludwig riß die Phantasie immer aus, er war unkritisch, leichtgläubig, ohne scharfen Witz, in seiner hochtrabenden Manier oft überwältigend komisch, aber doch eine Natur, ein Kerl, dem man gern allerlei Sprünge verzieh, weil er unverwüstlich er selbst war. Friedrich Wilhelms körperliche Impotenz gab seiner ursprünglich so genialisch schäumenden Natur im späteren Leben einen Zug spießig-selbstgefälliger Sittenstrenge, die seine seelische Dissonanz noch mißbehaglicher machte. Bei Ludwig waren Herz und Sinne auf dem rechten Fleck, er war ein fröhlicher Sünder und frommer Katholik, das Volk, an dessen Festen und Bräuchen er heiter teilnahm, hatte ihn so gern darum, wie er es verdiente. Wenn er mit seinen kurzen unregelmäßigen Schritten, ein unberechenbarer Fußgänger, durch sein München ging, dann grüßte echte Liebe diese stattliche Gestalt, diesen geistigen Kopf, dieses blitzende, geradeaus schauende Auge⁵⁾. Die Bewohner des Residenzdorfes München staunten wohl über die endlosen Straßenfluchten, Tempelsäulen und Bogengänge, die ihnen vom König beschert wurden, das Handwerk und die Brauereien kamen aber zu etwas, und dabei verdienten alle, die Kunstbessenen und Studenten ließen leben, wenn man sie nur leben ließ, wie sie wollten; Gemüt und Magen waren in Altbayern von jeher gut imstande, der Kopf kam erst hinterdrein, man zerbrach ihn sich ungern. München gedieh, und König Ludwig war beliebt. In der Bauwelt war bei ihm so viel Verrücktes wie in der Politik, verrückter noch war seine Poesie; alles was Ludwig tat, grenzte von jeher an Narretei — es war aber eine kostbare, herzhaft Narretei. Sollte sich Ludwig nicht für einen Dichter halten, wenn ihm der große Cornelius nach Rom schrieb:

„Indem ich die Dichtwerke Eurer Majestät lese, bin ich davon dergestalt erfüllt, daß ich nicht umhin kann, dem erhabenen Autor einige Worte der Bewunderung und innigsten Liebe über die Alpen und Apenninen zuzurufen. Gott segne den königlichen Sänger mit seinem reichsten überschwenglichsten Segen. Alles, was mein ahnender Genius von dem Ihnen mir geweissagt, finde ich aufs herrlichste nun erfüllt. Ihre Elegien können sich kühn neben Goethes stellen; meiner Individualität stehen sie dadurch näher, daß sich darin der ganze Mensch im höhern Sinne des Worts und nicht so ausschließend die erotische Seite ausspricht⁶⁾“.

König Ludwig wußte Dürer und Goethe zu ehren wie noch kein deutscher Fürst einen toten oder lebenden Künstler; er half wesentlich dazu, daß die deutschen Künstler nicht mehr angesehen wurden als gehobene Handwerker und Hofbedienstete, sondern als freie Schöpfer, freie Menschen. Das soll unvergessen sein. Er liebte seine Künstler mehr als alle andern. Als der Architekt Gaertner im April 1847 einen Schlaganfall bekam, rief Ludwig: „Lieber wollte ich zwanzig andere und obendrein das abgetretene Ministerium (Abel!) verlieren als Gaertner?“.

Über der Eifersucht und dem Brotneid seines Künstlervolkes hat er mit gemütvoller Grobheit gewaltet, unbekümmert, ohne Menschenfurcht, wie er selbst das ausdrückte, tyrannisch und ungestüm, wie es seine Art war, erfüllt von seiner Mission, im Grunde allein. Denn der ältere Teil der überwiegend französisch und rationalistisch gebildeten Hofgesellschaft sah sich das neu-modische Getriebe mit kritischer und spöttischer Skepsis an; die Masse der Radiverzehrter und Zimmervermieter ließ die ganze Kunstwelt vom Standpunkt des schmatzenden und grinsenden bajuvarischen Wohlbehagens, aber sonst ahnungslos, über sich ergehen; ein höheres Kulturbürgertum war erst im Entstehen, das ein wirkliches Verhältnis zum Kampf des Königs um die neue deutsche Kunst hatte. Gegenüber den Künstlern war der gute Kumpan Ludwig, wenn er mußte, streng, ja heftig; unvergeßlich ist die Episode mit Cornelius: er ließ den Meister nicht mehr in die Ludwigskirche hinein, weil er nicht fleißig gewesen war und nicht mehr malen konnte! Der König gab sehr viel Geld aus für seine Pläne, gewiß zuviel. Er wollte nicht betrogen sein und bewies gern seine Fähigkeit im Rechnen bis zur Knickerei. Betrogen wurde in Bayern trotzdem von jeher. Dem Kronprinzen schon schrieb einmal Cornelius: „Ich habe eine Liste in Händen von 16 Subjekten, die aus diesem Fonds (der Akademie) Besoldungen ziehen, wovon mehr als die Hälfte weder der Kunst noch dem Staate etwas nützen. Außerdem zieht ein ehemaliger Pariser Tapezier durch unziemlichen Mißbrauch der unendlichen Güte Seiner Majestät einen Gehalt von 1500 Fl.⁸)“.

So saß König Ludwig also in Bayern und wirkte für „Teutschland“; er fühlte sich als Personifikation des Teutschtums, seine teutsche Walhalla stand an der Donau, nahe der österreichischen Grenze, wo sie kein Deutscher suchte; der kalte, kahle, korrekt kopierte Griechentempel hätte auch dann in keiner Hinsicht an das germanische Walhall und die deutsche Kultur erinnert, wenn er nach Gebühr vollständig besetzt gewesen wäre. Viel gelungener, ein Zentralbau von wuchtiger Größe, trotz alles Nachempfundenen, ein Heldenlied in Marmor war Ludwigs Befreiungshalle bei Kelheim. Dem Geist der Freiheitskriege, der Überlieferung deutscher Größe, wollte König Ludwig zeitlebens dienen; ein besonderer, ja bedeutender Mensch wie er sollte aber sein Land und Volk in unselige Verwirrung setzen, wie kein deutscher Fürst dieses Jahrhunderts vor ihm oder nach ihm.

„Solange wir nicht anders befehlen“ — lautete regelmäßig der Schluß der Dekrete König Ludwigs. In diesem Geiste wurde auch die bayrische Verfassung von der Krone aufgefaßt: soweit nicht ausdrücklich die Zustimmung der Stände vorgesehen war, glaubte der König an die Unbeschränktheit seiner monarchischen Befugnisse. Der Text der bayrischen Verfassung war sicher reichlich widerspruchsvoll, das Wahlgesetz steckte voller Mängel. Ein ehrlicher konstitutioneller Wille hätte aber mit dieser Verfassung weit kommen können. Bayrische Taktik wurde es, durch die Existenz der Verfassung die Gunst der bürgerlichen Freiheitsbestrebungen erwerben zu wollen, durch die Interpretation der Verfassung aber das harmonische Verhältnis mit der Reaktion in Österreich und in Preußen aufrechtzuerhalten. Das Reich Bayern war eine Klasse für sich; bayrisches Interesse war es, die Bedingungen eines abgeschlossenen Daseins in Europa zwischen dem Drucke der wahrhaften Großmächte und dem Drucke der revolutionären Bewegung, die sich 1832 in der Rheinpfalz so drohend gezeigt hatte, aufrechtzuerhalten; der beste Verbündete, den es dabei für Bayern geben konnte, war der neurömische Katholizismus. Die Pfälzer und die Franken vertraten im bayrischen „Reiche“ die „Revolution“, sie waren bürgerlich, liberal, vielfach protestantisch. Die Altbayern vermochten nur ihr politisches Übergewicht aufrechtzuerhalten, wenn sie die jungen Kräfte des neuerwachten internationalen Katholizismus für sich verwendeten. In Bayern selbst gab es schon seit 1814 Versuche, eine katholische Organisation mit politischen Zielen zu schaffen⁹⁾. Dies zu vollenden, wurde die geschichtliche Aufgabe des seit 1838 amtierenden Ministeriums Abel. Der Rufer im Streit war dabei der alte große Görres, dessen letzter am wenigsten glückliche Lebensabschnitt einem wütenden Kampfe gegen die ganze moderne und zugleich protestantische Welt gewidmet war. Der Görreskreis ist die Urzelle eines freilich noch konservativ gefärbten bayrischen Parteiklerikalismus. Publizistische Opposition gegen die herrschende Presse, wie die „Neue Münchener Zeitung“, die „Neue Würzburger Zeitung“, wurde durch die Zensur, und wenn diese nicht ausreichte, durch polizeiliche Willkürmaßregeln unmöglich gemacht; nichtbayrischen Blättern blieb der Eintritt in das Königreich versagt. Abel nannte die Presse eine „geile Buhldirne“ und erklärte, ohne strenge Zensur nicht regieren zu können. Am liebsten sah man Blätter von der gediegenen Harmlosigkeit des Nürnberger „Friedens- und Kriegskurier“ oder des „Korrespondenten von und für Deutschland“. Das katholische Deutschland schickte sich freilich nun an, von Bayern aus auch publizistisch, und zwar auf breiter solider Grundlage, seine Interessen zu wahren. Dies war der ausgesprochene Zweck der 1838 von Görres und Philipps ins Leben gerufenen „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“¹⁰⁾. Der Geist der Intoleranz ergriff das Staatsleben. Mißliebige Beamte wurden rücksichtslos in den einstweiligen oder dauernden Ruhestand bei jammervollen Pensionen versetzt, mindestens aber disziplinar nach Möglichkeit geplagt. Das königliche Reskript vom 11. August 1838 verlangte für die katholischen Militärgottesdienste bei der Wandlung und dem Segen die

Kniebeuge von sämtlichen Offizieren und Soldaten. Es entspann sich der berüchtigte Kniebeugungsstreit, der viele Jahre dauerte. Das Ministerium stellte den protestantischen Landwehrleuten, die sich beschwerten, frei, auszutreten und die bei physischer Untauglichkeit fällige Summe zu bezahlen.

Viele beschritten diesen sonderbaren Weg. Erst 1843, nachdem Fürst Leiningen als bayrischer Reichsrat dem Könige persönlich Vorstellungen gemacht hatte und auch bei Abel die Angelegenheit betrieb, wurde verfügt, daß beide Konfessionen beim Militär ihre Gottesdienste unabhängig voneinander haben sollten. Der Kniebeugungszwang wurde 1844 endlich aufgehoben. Dadurch litt König Ludwigs politischer Ruf erheblich. Wie treffend Fürst Leiningen die Lage beurteilte, zeigen die folgenden Sätze, die er am 21. Januar 1846 aus München an Prinz Albert schrieb: „Daß der König äußerst ungnädig ist, kannst Du Dir denken. Dieser kluge und wohlmeinende Regent scheint mir gerade in seinem rastlosen Bestreben, unabhängig zu regieren, in das Gegenteil verfallen zu sein, nämlich in die Abhängigkeit von den Ansichten, Urteilen und Benachrichtigungen Weniger¹¹⁾“. Der Geist der Unfreiheit erfaßte auch die Universitäten, besonders Ludwigs Stolz, seine verwöhnte Münchener Hochschule. Görres half wesentlich mit dazu, daß den Studenten ein bestimmter Lehrgang von Vorlesungen vorgeschrieben wurde. Halbjährliche Prüfungen sollten kontrollieren; wer zwei- oder dreimal durchfiel, verwirkte den Anspruch darauf, ein Staatsdiener zu werden, und auch die Ärzte und Anwälte zählten in Bayern dazu, weil die Regierung auch ihnen den Wirkungskreis zuerteilte. Die Eingriffe in die Lehrfreiheit waren zahlreich. 1840 wurde der dem Könige als ultraliberal denunzierte Professor von der Pfordten von seiner Würzburger Professur an das Appellationsgericht nach Aschaffenburg versetzt — er zog es vor, nach Sachsen zu gehen, und kehrte bekanntlich als Ministerpräsident nach Bayern 1849 zurück¹²⁾. Durch Verordnung wurde Laien die Abhaltung theologischer Vorlesungen 1838 untersagt — Koryphäen wie Schelling und Baader wurden davon betroffen. In dem gleichen Jahre entstanden an die zwanzig neue Klöster, und so ging es weiter. 1844 bestanden 56 Männer- und 76 Frauenklöster. Neben die Benediktiner traten Männerorden jeder Art, Franziskaner, Karmeliter, Augustiner, auch Redemptoristen; einzelne Brüder der Gesellschaft Jesu erschienen an den verschiedensten Punkten in Bayern und versuchten Kollegiengründungen. Deutlich war die Rückwirkung auf den Protestantismus: die orthodoxe Richtung nahm überhand; ein schroffes Alt-lutheranertum versuchte in den protestantischen Kirchenbehörden die Kraft zur Abwehr zu sammeln. Die gesetzlich zugesicherte Parität der Konfessionen war tatsächlich in vielen Einzelfällen gefährdet. Das protestantische Kirchen- und Schulwesen wurde offenbar gegenüber dem katholischen vernachlässigt. Schriften, die Klage darüber führten, wurden verboten. Für die kirchenlose protestantische Gemeinde in Ingolstadt etwa beschloß der Landtag schon 1837 20000 Gulden zur Errichtung eines Gotteshauses — die Summe wurde aber nicht angewiesen und die Bildung der Gemeinde 1843 vom Ministerium Abel als Mißbrauch

bezeichnet! Nach dem Ausscheiden des prächtigen Grafen Giech war kein einziger Kreisregierungspräsident mehr Protestant. Bei den hohen Gerichtshöfen entsprach die Verteilung der Stellen auf die Konfessionen durchaus nicht ihrem prozentualen Verhältnis; überall kamen die Protestanten sehr schlecht weg. Das paritätische Augsburg, das noch etwas vom reichsstädtischen Stolz zur Schau trug, wurde von der Münchener Zentrale miserabel behandelt; sogar die Bahn nach Nürnberg sollte zunächst Augsburg umgehen und über die loyal katholischen Städte Ingolstadt und Eichstädt laufen. Bittgänge, Wallfahrten, Konversionen nahmen fühlbar zu. Bei der Besetzung der Bischofsitze wurden ältere Domherren der bewährten deutschen Schule übergangen und junge zelotische Zöglinge des Collegiums de propaganda fide eingesetzt. Als in der Kajetankirche in München ein Chorvikar öffentlich über die verlorene Hoffnung der römischen Kirche anläßlich der Vermählung des Kronprinzen Maximilian mit einer „Akatholikin“, der preußischen Prinzessin Marie, zu predigen wagte, setzte ihn freilich die Regierung ab. Der Tod der protestantischen Königin-Mutter hatte kurz vorher (November 1841) den Gegensatz zwischen König Ludwig und der neukatholischen Richtung zum ersten Male an die große Öffentlichkeit gebracht. Der Münchener Klerus verweigerte in verletzender Weise seine Mitwirkung bei der Beisetzung, und König Ludwig zürnte mit Recht. Der Bischof von Regensburg und der Abt von Scheyern wurden vom Papste zurechtgewiesen, „weil diese würdigen Priester es gewagt hatten, für die selige Caroline, die Mutter der Armen, zu beten“, wie Fürst Leiningen am 21. Januar 1846 an Prinz Albert schrieb, dem er „zum Beweis ultramontaner Machinationen“ die Abschrift der beiden päpstlichen Briefe übersandte¹³). In einem Handschreiben an den Bischof von Würzburg vom 3. Januar 1845 mahnte der König, an den Überlieferungen eines Sailer, eines Wollmann festzuhalten; in ihrem Geiste, dem echt apostolischen der christlichen Liebe sollte gehandelt und darin die junge Geistlichkeit erzogen werden. Einen praktischen Erfolg hat dieser Schritt des Königs, der bekannt wurde und viel Aufsehen machte, nicht gehabt. In der Diözese Eichstädt etwa wurde nach wie vor an den Theresientagen der Name der protestantischen Königin Therese beim Tedeum ausgelassen. Den protestantischen Bayern wurde 1844 die Teilnahme am Gustav-Adolf-Verein streng verboten, und diese Maßnahme wurde aufrechterhalten, auch nachdem der König von Preußen die Protektorschaf übernommen hatte; die „Allgemeine Zeitung“ brachte am 18. Mai eine offizielle Erklärung, in der mit großem Geschick an König Ludwigs heiligste Gefühle appelliert war: Der Gustav-Adolf-Verein stehe unter Leitung einer auswärtigen Zentralgewalt, er führe den Carbonarismus unter der Maske der Religion ein, er ziehe mit absichtlicher Beseitigung der gesetzlichen Behörden die Untertanen anderer Staaten an sich, er verletze das Ansehen gewisser Bundesbeschlüsse.

Nur durch die Verbindung mit dem erneuten streitbaren internationalen Katholizismus vermochte also das Altbayerntum sein Übergewicht in dem Reiche Bayern zu behaupten. Diese Verbindung stellte etwas sehr Starkes dar: Am Hofe

vertrat sie, wenn auch nicht ohne Extratouren, Ludwigs zweiter Sohn, Prinz Luitpold, dessen Heirat mit der Erzherzogin von Toskana allen Erwartungen des Klerus entsprach. Daß Luitpold den Ehrgeiz hatte, Nachfolger seines Bruders Otto auf dem griechischen Thron zu werden, und eventuell bereit war, dafür zur orthodoxen Kirche überzutreten, ahnten die Klerikalen nicht. Es würde sie schwer enttäuscht haben¹⁴). Aber auch gerade die unteren Schichten wurden neu erfaßt — der bajuvarische Kircheng Geist hatte etwas Derbes, er war auf seine Art auch demokratisch, er betonte Sondergeist und Selbstgefühl des Stammes, und darauf beruhte seine große politische Kraft. Dies Ur- und Altbayerntum ließ sich durchaus nicht einschüchtern: als etwa bekannt wurde, daß 1839 in München die unehelichen Geburten die ehelichen weit übertrafen und auch in den folgenden Jahren nur wenig dahinter zurückblieben, bekam die selbstgefällige bürgerliche Moral des übrigen Deutschland handfesteste Verteidigung zu hören: das sei eben die Folge der feurigen Natur eines urwüchsigen Stammes, Berechnung und Raffinement wie im kälteren Norddeutschland sei hier nicht Mode, ein echter Bayer heirate eben lieber ein muttergewordenes Mädchen als ein anderes, denn er wolle die Garantie des Segens reicher Nachkommenschaft. Als sich nach Einführung der Schwurgerichte 1848 die schon vorher auffällige Tatsache statistisch festlegen ließ, daß in Ober- und Niederbayern mehr Verbrechen vor die Schwurgerichte kamen als in allen anderen Landesteilen zusammen, kam die Erläuterung: das ursprüngliche Jäger- und Hirtenvolk nehme eben den Schreibkram der Gerichte bei Beleidigungen nicht gern in Anspruch, sondern schreite wie in alter Heldenzeit rasch selbst zur Tat. Verbrechen gegen das Eigentum und Brandstiftung waren aber leider noch häufiger als Körperverletzung und Totschlag!

Dies Altbayern war also ein sonderbares Land, sehr reich an vielerlei Reiz, etwas barbarisch an Sitten; seine starke politisch-kirchliche Eigenart wirkte auch auf Neubayern als Hemmnis. Die Verkehrsmittel blieben im Reiche Bayern hinter dem übrigen Deutschland in der Entwicklung zurück, 1848 gab es erst zwei fertige Bahnstrecken; über die Landstraßen wurde viel geklagt, und die Postkutsche fuhr hier besonders langsam. 1841 warteten über 200 Staatsdienstaspiranten nach elfjähriger Vorbereitungszeit auf Anstellung. Die mittleren und niederen Beamten waren so schlecht bezahlt wie sonst wohl nirgends in Deutschland, während den oberen durch allerlei Zulagen, z. B. zur Repräsentation, tüchtig nachgeholfen wurde. Die Solidität der Bürokratie litt dadurch fühlbar. Auch das Gehalt eines außerordentlichen Professors war niedriger als der gewöhnliche Sold eines Kammerdieners, wie Heigel erzählt. Bei den Rüstungen des Franzosenjahres traten 1840 trotz eines Militäretats von 6,7 Millionen Gulden — mehr als ein Viertel des Gesamtbudgets! — die schwersten Mängel zutage. Die Gewehre hatten nur Feuerschlösser, es fehlte an Waffen und Munition, die Artillerieverbesserungen standen nur auf dem Papier, die Anforderungen beim Offiziersexamen waren äußerst bescheiden, nur im Religionsunterricht, in Frömmigkeit und sittlichem Betragen mußte viel geleistet werden. Jahrelang wurden etatsmäßige Stellen

nicht besetzt, Truppen wurden in den Listen geführt, die gar nicht vorhanden waren. Der Gemeine diente ja dem Buchstaben nach sechs Jahre, in Wirklichkeit war er aber nur zwei bis drei Jahre bei den Waffen. Erlaubnis zum Nebenverdienst war den Soldaten ausdrücklich erteilt — sie arbeiteten bei den Meistern als wilde Gesellen, pfuschten so in allerhand Gewerbe, die sie bestenfalls halb verstanden, hauierten in den Schenken, putzten Stiefel und tagelöhnernten bei Bauten und auf dem Lande. Dem Ansehen der Armee konnte dergleichen nicht dienen. Für die Stellen der Generalität, der Regimentschefs und der Stabsoffiziere fehlte es an geeigneten Offizieren. „Selbst die Mehrzahl der Hauptleute ist bereits so gebrechlich und vorgerückt an Jahren, daß sie kaum im Stande wären, noch einen Feldzug mitzumachen“, schreibt der österreichische Gesandte Freiherr v. Brenner am 6. März 1848 an Metternich¹⁵⁾. Nur für wenige Batterien war Bespannung vorhanden. Der König Ludwig war allen militärischen Ausgaben abhold, aber das Nötigste hätte eben doch geschehen müssen. So kam es, daß der Armee auch das Zutrauen zu sich selbst durchaus fehlte. König Ludwig war sein eigener Finanzminister und verfügte lieber über große Summen als über kleine. Das Geheimnis seines Systems bestand in den sogenannten „Erübrigungen“. Der Staatshaushalt von 1835/38 ergab so etwa einen Überschuß von 20 Millionen Gulden. Den Ständen wurde über die Verwendung dieser Gelder kein Bestimmungsrecht, ja nicht einmal die Kontrolle zugestanden. Das „Verfassungsverständnis“ von 1843 sollte da Wandel schaffen — es wurde aber nicht viel besser. Die Staatsdomänen warfen allein jedes Jahr Überschüsse ab, die in die Millionen gingen. Die Staatsschuld wurde aber darum nicht abgetragen, sondern noch vermehrt. Der Etat des königlichen Hauses und Hofes nahm 1845/46 über drei Millionen Gulden in Anspruch. Der König dachte aber nicht daran, mit dieser an sich bedeutenden Summe auszukommen. Seine Orientpolitik, seine Bauten, seine sonstigen Liebhabereien konnten nur durchgeführt werden durch den Finanzabsolutismus, den er, selbstherrlich und kaufmännisch gerieben zugleich, für sich durchzusetzen wußte. Ob seine Soldaten richtiges Schuhwerk hatten, ob ein dörfliches Schulhaus sein neues Dach bekam, war ihm durchaus gleichgültig. Volksschullehrer mußten beim Kanalbau als Tagelöhner helfen, weil ihr Gehalt nicht ausreichte. Das kam deshalb, weil die Stiftungsgelder, aus denen die Schullehrer bezahlt wurden, zu 2 v. H. ausgeliehen wurden zur Errichtung eines zeitgemäßen neuen Gasthofes in München! Die Domanalbeamten sparten am Notwendigsten, in der Volksfürsorge und Bodenverwaltung, um den König durch Ablieferung von Überschüssen zu erfreuen.

Und das Parlament? Der Landtag und die erste Kammer, die Kammer der Reichsräte der Krone Bayern? Das Ministerium Abel erließ 1838 zwei Tage nach der Kniebeigungsordre eine mindestens ebenso charakteristische Verordnung: Eingaben an die höchste Stelle sollten nicht mehr an das Staatsministerium, sondern an Seine Majestät selbst gerichtet werden; statt der Bezeichnung „Staatsbürger“ sei in Zukunft das Wort: „Untertan“, statt „Staatsministerium“ in

Zukunft „Königliches Ministerium“ zu gebrauchen. Damit war nun ganz amtlich das festgelegt, was König Ludwig in seinem Briefe an den Staatsminister Freiherrn v. Gise vom 14. Dezember 1836 verlangt hatte: es sollte nicht Staatsregierung, sondern Regierung des Königs heißen; „Staatsbürger“ sei ein Ausdruck, „der zum Dünkel führt“; es heiße „Untertan“¹⁶⁾. Der Konstitutionalismus in Bayern wurde allmählich von innen ausgehöhlt. Er blieb fast nur eine Kulisse, die dem Ministerium Abel und dem Monarchen noch unbequem, aber nicht mehr gefährlich werden konnte. Wagte doch Abel schon die Behauptung, die Verfassung sei gar keine repräsentative, sondern nur eine landständische. Da der Landtag von 1838 zu einem Drittel aus Protestanten bestand, wurde er aufgelöst und die Zahl und Verteilung der Abgeordneten neu festgesetzt. Für viele Gewählte war die königliche Genehmigung nötig; unliebsamen Personen wurde sie verweigert. Sehr vielen wurde auch der nötige Urlaub versagt; so ging es allen gewählten Rechtsanwälten, bis auf einen; so ging es sechs von den acht gewählten Vertretern des Grundeigentums in der Rheinpfalz. Nach Möglichkeit wurde die freie Intelligenz von der Abgeordnetenversammlung ausgeschlossen — Beamte, Geistliche, Angehörige wirtschaftlicher Berufe waren bequemer. Männer wie v. Thon-Dittmer, v. Closen, v. Lerchenfeld, v. Holzschuher, Baron Tucher versuchten doch immer wieder durch Anträge und Reden die Rechte freien Staatsbürgertums zu vertreten. Auch sie sind dann durch das bewährte Mittel der Urlaubsverweigerung 1845 aus dem Landtage ausgeschlossen worden. Eine gesunde Parteibildung wurde so unmöglich gemacht¹⁷⁾.

Die erste Kammer freilich, die Kammer der Reichsräte, wurde in diesen Jahren Träger einer selbständigen und vorwärtsschauenden Politik. Bei dieser Opposition der Reichsräte gegen das Ministerium Abel wirkten große und kleine Motive zusammen. Die neue Hofrangordnung von 1841 setzte die vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen hinter die Thronbeamten, mittelbaren Fürsten, obersten Hofchargen und Erzbischöfe — ein schwerer Stoß für das berechtigte Selbstgefühl großer Familien, wie der Thurn und Taxis in Regensburg, der Pappenheim im Tale der Altmühl, der Leiningen im Odenwalde und der mancherlei anderen. Diese erblichen Reichsräte waren auch nicht so leicht einzuschüchtern wie die abhängigeren Abgeordneten, sie schätzten das neue Recht der Reichsratskammer als die Fortsetzung verlorener alter Rechte, als eine notwendige Entschädigung dafür, und hatten den Mut ihrer Meinung. In dem hitzigen, geschäftssicheren Karl von Abel, der wie so viele leitende bayrische Staatsmänner im 19. Jahrhundert gar kein Bayer war, sondern aus der guten Reichsstadt Wetzlar stammte, sahen diese großen Herren einen dreisten bürokratischen Wichtigmacher und schleichenden Emporkömmling, von dessen List und Tatkraft man sich nichts gefallen lassen durfte. Wiederholt steckte Abel, als Renegat doppelt eifrig, bei den Reichsräten Abfahren ein. Als er seinen Vorgänger, den vielumstrittenen Fürsten Öttingen-Wallerstein gröblich beschimpfte, sah München das ungewöhnliche Schauspiel eines Duells zwischen einem gegenwärtigen und einem früheren

Ministerpräsidenten, das beide nicht nur physisch, sondern der aktive Präsident, nämlich Abel, sogar amtlich überlebte. Die starke Antipathie bei den Reichsräten gegen Abel steigerte sich nur noch durch dergleichen Vorfälle; die Reichsräte berieten nicht öffentlich wie die Abgeordnetenversammlung, sie bewahrten das Amtsgeheimnis sehr gut. Auszüge ihrer Protokolle nannten nicht die Namen der Redner, wenn sie nach Erledigung des Beratungsgegenstandes in der Presse veröffentlicht wurden. So wenig dieses Verfahren parlamentarischen Gepflogenheiten entsprach — es erhöhte die Macht der Reichsräte, es stärkte ihre Stellung gegenüber Krone, Ministerium und zweiter Kammer, und das war nach Lage der Dinge für Bayern gut. Ein besonders tüchtiges Mitglied der Kammer der Reichsräte war Fürst Karl Leiningen, dessen zwei Denkschriften über die Reichsräte vom April 1846 schon von Treitschke beachtet worden sind. Manches schlagende Wort der Kritik findet sich darin — Leiningen hielt sich aber jetzt noch vorsichtig im Hintergrunde¹⁸⁾. Das Mitglied der Reichsratskammer Fürst Karl Theodor Wrede, der älteste Sohn des Feldmarschalls, eröffnete 1846 den offenen Kampf gegen das Ministerium Abel durch eine Reihe von Anträgen. Der erste ging auf ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit — der Grund dafür sei, wie er ausführte, „die schlimme Lage, in welche die Verwaltung des Ministers von Abel das Land gebracht habe“. Er warf Abel ferner vor, die Rechte der Protestanten geschmälert, damit des Königs Intentionen zuwidergehandelt, die Hoheitsrechte der Krone dadurch verkümmert, den „ultramontanen Bestrebungen“ der klerikalischen Partei möglichst Vorschub geleistet zu haben¹⁹⁾. Leider brachte sich Fürst Wrede dadurch selbst um die volle ernste Wirkung seines Vorgehens, daß er zum Schluß einen Antrag auf Ministeranklage wegen Verfassungsverletzung einbrachte; sie sei durch einseitige Herabsetzung des Bierpreises im Hofbräuhaus und eine Verordnung über das Biersudwesen begangen.

Der Bierpreis war freilich in Bayern, in Altbayern besonders, eine schwerwiegende öffentliche Angelegenheit, vielleicht die wichtigste von allen. Schon 1843 sollte der Bierpreis erhöht werden; die Veränderung war schon von der Regierung genehmigt — da wurden die Brauereibesitzer durch anonyme Drohbriefe eingeschüchtert, einige Fenster wurden eingeworfen — in den Biergärten wurden Hetzreden gehalten: „um Aufregung zu vermeiden“, nahm die Regierung die Erhöhung zurück. 1844 wurde derselbe Versuch gemacht. Eine Erhöhung des Preises für „eine“ Maß um einen halben Kreuzer schien durch die Steigung der Getreidepreise geboten. Am 1. Mai wurde sie bekanntgegeben. Am Abend waren, außer zweien, sämtliche Brauhäuser Münchens verwüstet und ausgeplündert. Gendarmenkorps und Kürassierstreifwachen hatten das nicht verhindern können, einzelne Soldaten beteiligten sich vielmehr an den Ausschreitungen. München feierte gerade die Hochzeit der Prinzessin Hildegard mit dem Erzherzog Albrecht; auch war eben Prinz Luitpold von seiner Vermählung zurückgekehrt. Das Volk nahm begeisterten Anteil an diesen Ereignissen — die Tumulte gingen aber tagelang weiter. Am 3. Mai wurden die notdürftig wiederhergestellten Bierkeller

von neuem gestürmt, auch Bäckerläden geplündert. Die Aufruhrakte mußte an geschlagen werden. Trotzdem wurden auf dem Getreidemarkte die Kornmakler verprügelt. Was sollte nun werden? Die Bierbrauereibesitzer hatten ein Einsehen und erleichterten der hilflosen Regierung die Lösung: „freiwillig“ erklärten sie sich bereit, auf den halben Kreuzer Aufschlag zu verzichten. Die klerikale Presse machte für diese Maitumulte die Opposition, besonders die Protestanten verantwortlich; ähnliche Exzesse fanden aber auch in Augsburg und in Nürnberg statt. Die Festungsarbeiter in Ingolstadt erzwangen sich mittels dieser bewährten Methode höhere Löhne. Es ging in den Städten in den vierziger Jahren nicht so gut wie vorher. Das Gewerbe lahmte; der Mittelstand kam nicht voran, weil große Antriebe fehlten. Der Bauer freilich profitierte von der in diesen Jahren eintretenden, lang ersehnten Wertsteigerung des Getreides und des Schlachtviehs. Das noch fast ganz agrarische Bayern konnte die soziale Krise der Zeit am leichtesten überstehen, weil es auf einem relativ gesunden Frühstadium der Entwicklung beharrte. Doch das Volk von München hatte sich durch die Biertumulte daran gewöhnt, seinen Willen durchzusetzen; das klerikale Ministerium konnte dieses Volk von München aber trotzdem immer haben, wenn es wollte; hier liefen Bande, die weit fester waren als alles, was die zersplitterte Opposition ansinnen mochte. Die Schwäche des Ministeriums Abel beruhte durchaus nicht auf mangelnder Verbindung mit der unteren Schicht; sie lag hauptsächlich im Verhältnis zu den Reichsräten und zum Könige.

König Ludwig war dem „ultramontanen“ Wesen nicht gewogen; er war zu grob und gradaus, er wollte Herr und Teutscher in seinem bayrischen Hause sein. Mit den Liberalen verband ihn aber noch weniger. Da witterte er eifersüchtig Kritik und Kontrolle, Minderung der königlichen Macht, Einfluß und Einsprache, also das Joch für seine Autokratie. Es war lange her, daß die Zensur ein Gedicht wegen freisinniger Ideen gestrichen hatte, das einer gedruckten Gedichtsammlung des Königs entnommen war. Gegen die Liberalen wütete jetzt König Ludwigs beleidigte Majestät. Nichts befleckt ja sein Andenken so wie der Fall Eisenmann. Dieser Würzburger Arzt war schon vor der Julirevolution als Teilnehmer an geheimen Verbindungen wegen Hochverrats angeklagt gewesen. Er war freigesprochen worden, aber wurde „verbannt“ in ein kleines fränkisches Nest. König Ludwig interessierte sich für ihn, begünstigte sein „Bayrisches Volksblatt“, ließ ihn sogar den Plan für eine bayrische Staatszeitung ausarbeiten. Eisenmann wollte unabhängig bleiben und lehnte den Eintritt in die Redaktion ab. Das war sein Verhängnis. Der König scheint es, empfindlich wie er war, übelgenommen zu haben. Eisenmanns Blatt wurde unterdrückt; wegen eines Artikels, der einer schon zensierten Zeitschrift entnommen war, wurde er wegen Hochverrates von neuem angeklagt, nach strenger Untersuchungshaft 1836 zu „Zuchthaus auf unbestimmte Zeit und Abbitte vor dem Bilde des Monarchen“ verurteilt. Gern würde man noch einige Disticha König Ludwigs mehr ertragen — wenn er nur das nicht zugelassen hätte! Es ist einer der krassesten Fälle der Zeit; erst

1847 wurde Eisenmann begnadigt, 1848 wurde ihm eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Haft von 15000 Gulden bewilligt; sie hatte ihn körperlich gebrochen und dauernd siech gemacht²⁰).

König Ludwig gehört zu den Menschen, die man lieber verteidigt als anklagt. Der Fall Eisenmann ist düsterer als der Fall Lola Montez; dieser aber hat das Schicksal des Königs entschieden.

*

Donna Maria de Dolores de los Montes, vulgo Lola Montez, kam im Herbst 1846 nach München mit der Absicht, als Tänzerin am Hoftheater aufzutreten. Da die Intendanz das ablehnte, ließ sie sich beim Könige melden. Der Kammerdiener wollte sie nicht vorlassen, es entstand eine heftige Szene. Da befahl der König sie herein, um ihr den Kopf zu waschen. Diese erste Begegnung entschied. Ein bezeichnender kleiner Zwischenfall soll sich dabei ereignet haben. Ludwig bezweifelte die Echtheit ihres schön gewölbten Busens — da nahm Lola eine Schere vom Tisch und schnitt sich das Kleid auf²¹).

Lola Montez, eigentlich wohl Betsey Watson, war 1820 in Montrose in Schottland geboren als das uneheliche Kind des schottischen Hauptmanns Edward Gilbert und einer Kreolin, die später die Frau eines englischen Obersten wurde. Einige Zeit verbrachte Lola in Ostindien; kurz war sie mit dem englischen Offizier James verheiratet, der sie dorthin entführt hatte. Ihm entlief sie mit einem Irländer. Dann war sie die Geliebte des Herzogs von Richmond und soll auch Lord Palmerston und dem jüngeren Peel nahegestanden haben. Im Londoner Queen's Theater trat sie zuerst als tanzende Spanierin auf. Im Herbst 1843 war sie aus Berlin ausgewiesen worden, ebenso erging es ihr in Warschau, Baden-Baden und Paris. In dem Dujarierschen Prozeß in Paris 1845, einer großen Skandalaffäre der Zeit, war sie als die Geliebte des Erschossenen vor dem Schwurgericht erschienen. Durch Dujarier war sie zu Vermögen gelangt, besonders in Aktien des Theaters im Palais Royal. Ihr politisches Interesse stammte wohl ebenfalls aus dieser Zeit. Als Künstlerin war sie wohl nicht ersten Ranges, wenn auch die raubtierhafte Urkraft des andalusischen Tanzes in ihr steckte; ihre abenteuerreiche Laufbahn wurde vor allem durch das Verhältnis zu Männern bestimmt. Sie war eben mehr als schön — eine Mischung von Maria Stuart und Josephine Beauharnais: herrliche dunkelblaue Augen, kohlschwarze Brauen und Haare, brünette Haut, ein klarer stolzer Mund in dem edelgeschnittenen schon etwas abgelebten Gesicht, die Glieder imposant und geschmeidig.

München staunte, seine bierdörflichen Bewohner bekamen das angenehme Gruseln angesichts einer so ungewöhnlichen Verbindung von schlechtem Ruf und prachtvollem Äußeren; das Ungewöhnlichste war aber noch ein drittes; die mehr als männliche Courage der Señora. Den Hausknecht des Hotels zum goldenen Hirschen, wo sie zuerst in München wohnte, prügelte sie; der Wirt bekam Ohrfeigen. Mit großer Ruhe wohnte der Engländer Murray, der Bruder

von Lord Elinbank, ihr Begleiter, wahrscheinlich ihr Souteneur, solchen Szenen bei.

König Ludwig hatte gerade Spanisch gelernt, die eigentliche heroische Ursprache des romantischen Weltgefühls: nun trat ihm die „Spanierin“ entgegen. Sie mußte ihm Calderon und Cervantes vorlesen und konnte über das Gelesene entzückend plaudern. Kein Zweifel, daß diese Leidenschaft des 61jährigen auch etwas Edles und Geistiges von seiner Seite hatte; König Ludwig hat selbst feierlich dem besorgten Fürstbischof Diepenbrock versichert, seine Liebe zu Lola sähe ab vom letzten körperlichen Genuß. Die ihm Nahestehenden bestätigten das. Der bayrische Gesandte in Berlin erklärte es amtlich. Man darf nicht an Ludwigs Wahrheitsliebe tasten — hier liegt vielmehr einer der entscheidenden Punkte. Er mag aus der Not eine Art — Tugend gemacht haben — gleichviel: Der König war ein Greis, der durch das Erlebnis verführerischer weiblicher Jugendkraft ins erotisch Hemmungslose kam, der, exzentrisch, wie er immer gewesen ist, nun keine Grenze kennen wollte und das ihm jetzt versagte Natürliche durch perverse Genußsucht ersetzte. Das Schauspiel, über das so leicht zu lachen ist, wirkt, menschlich betrachtet, rührend und erschütternd zugleich. Auch dem König Ludwig „raste“ noch einmal „ein Aetna hervor“. Ein großer Menschenkenner war er nie, drehte sich doch die Welt ewig um sein empfindlich-herrisches Ich; nun machte die brennende Lust dem senilen Künstlerfürsten aus einer großen Kokotte die Göttin seiner späten Tage.

Der alte Herr war völlig umgewandelt, er hatte nur Sinne und Augen für Lola, keine Ausgabe wurde gescheut. Der Generalmajor von Heideck, sein Finanzverwalter, bekam jetzt gegen die Gepflogenheit Generalsgehalt — er hatte ja auch genug zu tun. Die Tänzerin erhielt Silber und Equipage; durch Ankauf eines Bürgerhauses versuchte der König ihr schon 1846 das Münchener Bürgerrecht zu verschaffen — er scheiterte am Widerstande des Magistrats und des Bürgerausschusses. Bei Heideck verbrachte nun der König seine Abende, dort sah er Lola — Graf Seinsheim und Graf Rechberg waren auch von der Gesellschaft. Täglich besuchte er außerdem die Freundin, holte sie ab und brachte sie zu Fuß zurück. Bald litten die Geschäfte, der König hatte nun Zeit für nichts anderes, er machte physisch und geistig einen abgespannten Eindruck, die Ärzte äußerten Besorgnisse²³).

Lola hatte Geschmack; die Villa in der Barerstraße, die der König später für sie bauen ließ — der Maurermeister Irlein verdiente allein 60 000 Gulden dabei —, zeigte die gediegene Schönheit des neuesten englischen Kunstgewerbes; sie sang temperamentvoll zur Gitarre und zum Piano und schwatzte mit reizender Intelligenz, sie wußte Bescheid in der großen Welt des westlichen Europa und zauberte eine Atmosphäre von geistreichem Luxus um sich hervor, der sich nicht nur der König schwer entziehen konnte. Sie war stolz auf den nunmehr erreichten Höhepunkt ihrer Laufbahn, unterschrieb sich als „maitresse du Roi“ und erklärte in den Geschäften, wenn sie bestellte: „Mein Louis bezahlt.“ Wie weit ihre

Beziehungen zum englischen Liberalismus von Anfang an gingen, ist nicht auszumachen; für sie waren Liberalismus und Libertinage jedenfalls verwandte Begriffe, sie fühlte sich groß als Vertreterin einer menschlich freien weltstädtischen Lebensauffassung gegenüber Pfaffen und Spießern. Eine ihrer ersten politischen Taten war es, für die schlecht besoldeten Schullehrer, die vergebens beim Könige eine Zulage erbeten und die Stände und das Ministerium umsonst angegangen hatten, eine Verbesserung zu erwirken. Bald bekämpfte sie offen das „Kuttenministerium“. Der Ministerialrat und Professor Herrmann, Ploetz, der Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung — der deshalb von seiner Table d'hôte ausgeschlossen wurde —, gesellten sich zu ihrer Umgebung und wirkten als politische Einflüsterer. Sonst gehörten dazu noch der Stabsarzt Curtius, die Tänzerin Angioletta Maier und der Oberleutnant der Artillerie Nußbaumer, der mit Erlaubnis des Königs ihr als Liebhaber diente.

Daß die klerikale Partei tief niedergeschlagen war, begreift man. In Adressen und Manifesten war nun König Ludwig trotz mancher Meinungsverschiedenheit in all den Jahren als der frömmste der Könige, als Beschützer der Kirche und des Glaubens gefeiert worden¹⁰⁾. Gewiß wäre ja durch Stiftungen und Buße nach katholischer Auffassung auch alles wohl wieder zu sühnen gewesen; die Lage war aber doch in mancher Beziehung völlig neu. König Ludwig hatte wie die meisten deutschen Fürsten der Zeit eine Reihe von Liebesverhältnissen hinter sich, meistens mit Schauspielerinnen und Landestöchtern, wie der Lizius, der Dahn, der Vespermann, der Späth und noch mancher andern; Kirche, Hof und Volk hatten diese Beziehungen als etwas Normales und Übliches toleriert, und die breitere Öffentlichkeit hatte sich nicht darum gekümmert. Das Neue der durch Lola geschaffenen Lage bestand sowohl in dem menschlichen wie in dem politischen Moment. Das platonische Verhältnis zu der übelberufenen Ausländerin machte den armen alten König als Mann lächerlich, als Fürsten auf die Dauer unmöglich; Lola ihrerseits suchte, um sich festzusetzen, das Bündnis mit den Liberalen und Protestanten, der König selbst hatte das Ministerium Abel gründlich satt. Der Skandal leitete einen politischen Umschwung ein. Der Umschwung mußte bedeutsam sein, weil der Skandal groß war und immer größer wurde.

Der König dichtete — die Sammlung seiner Lieder auf „Lolita“, darunter eines, „Lolas Busen“ betitelt, wurde in Bayern und auch im übrigen Deutschland handschriftlich verbreitet. Jedermann erfuhr so, daß Ludwig erst jetzt das Wesen der wahren Liebe erkannt hatte.

„Tropfen der Seligkeit und Meer von bitterm Leiden
Die Italienerin gab — Seligkeit, Seligkeit nur
Lassest du mich entzückend, begeisternd, beständig empfinden.
In der Spanierin fand wahre Liebe und Leben ich nur²³⁾.“

Das waren seine Distichen! Lola erhielt so viele Bittschriften, daß sie sich öffentlich dagegen wehren mußte; ein Schwarm von Glücksrittern hängte sich

an sie; ihr Ehrgeiz wuchs. Der König hatte versprochen, sie zur Gräfin zu machen; schon war die neunzackige Krone auf dem Silber und den Knöpfen der Livree ihrer Dienerschaft zu sehen. Zur Standeserhöhung bedurfte es aber des Indigenats, und das Indigenat konnte gemäß der bayrischen Verfassung vom König nur „nach Vernehmung des Staatsrates“ erteilt werden. Ob sich der König an das Gutachten des Staatsrates zu halten hatte, war nach dem Wortlaute des Staatsgrundgesetzes zweifelhaft; von „Zustimmung“ war nicht die Rede. Aber ein königlicher Erlaß zur Verleihung des Indigenats ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers war unmöglich.

Schon im Januar 1847 hatte Abel bei der Errichtung eines besonderen Ministeriums für Kultus und Unterricht geäußert, er besitze das Vertrauen des Königs nicht mehr, der Lieblingskreis seines Wirkens sei ihm entzogen. Er benutzte nun die Indigenatsfrage zu einem sehr glänzenden Abgang. Man kann aber einem Staatsmanne seine Geschicklichkeit nicht zum Vorwurf machen. Lola arbeitete mit den politischen Gegnern der Klerikalen, sie war als Persönlichkeit anrühlig, weder Abel noch ein anderer Minister seiner Richtung konnte nach Lage der Dinge die Hand dazu bieten, daß diese Dame zu einer dauernden bayrischen Einrichtung wurde. So kritisch man in anderen Punkten der klerikalen Partei in Bayern gegenüberstehen mag, sie hatte jetzt durchaus recht; ihre Handlungsweise war politisch und menschlich einwandfrei. Der König brachte in aller Form die Indigenatssache vor den Staatsrat. Die Minister mußten sich also äußern. Das Schreiben, durch das das Ministerium Abel am 11. Februar 1847 um seine Entlassung bat, ist ein Denkmal von Gesinnung und Mut²⁴). Es knüpft an eine Äußerung des Staatsrates von Maurer an, die er in der Staatsrats-Sitzung vom 8. Februar tat: Die Indigenatsverleihung sei „die größte Kalamität, die über Bayern kommen könne“. Dann heißt es: „Seit dem Oktober vorigen Jahres sind die Augen des ganzen Landes auf München gerichtet, und es haben sich in allen Teilen Bayerns über das, was hier vorgeht und was beinahe den ausschließlichen Gegenstand des Gesprächs im Innern der Familien, wie an öffentlichen Orten bildet, Urteile festgestellt, und es ist aus diesen Urteilen eine Stimmung erwachsen, die zu den bedenklichsten gehört. Die Ehrfurcht gegen den Monarchen wird mehr und mehr in dem Innern der Gemüter ausgetilgt, weil nur noch Äußerungen des bittersten Tadels und der lautesten Mißbilligung vernommen werden. Dabei ist das Nationalgefühl auf das bitterste verletzt, weil Bayern sich von einer Fremden, deren Ruf in der öffentlichen Meinung gebrandmarkt ist, regiert glaubt, und so manchen Tatsachen gegenüber nichts diesen Glauben zu entwurzeln vermag.“ Dann war auf die Mißbilligung des Skandals durch mehrere Kirchenfürsten hingewiesen, und es hieß weiter: „Die auswärtigen Blätter bringen täglich die schmachlichsten Anekdoten und die herabwürdigendsten Angriffe gegen Ew. Kgl. Majestät, das anliegende Blatt Nr. 5 der ‚Ulmer Chronik‘ enthält eine Probe. Alle polizeiliche Aufsicht vermag die Einbringung solcher Blätter nicht zu verhüten; sie werden verbreitet und mit Gierde verschlungen;

der Eindruck, der in den Gemütern zurückbleibt, kann nicht zweifelhaft sein. Er erneuert sich täglich und wird bald durch nichts mehr verlöscht werden. Eine gleiche Stimmung herrscht von Berchtesgaden bis Passau, Aschaffenburg und Zweibrücken, ja, sie ist über ganz Europa verbreitet, sie ist ganz die gleiche in der Hütte der Armen wie im Palast der Reichen. Es ist nicht bloß der Ruhm und das Glück Ew. Kgl. Majestät, es ist die Sache des Königtums, die auf dem Spiele steht; daher das Frohlocken jener, die auf den Umsturz der Throne hinarbeiten, und die den Vorsatz haben, das Königtum in der öffentlichen Meinung zu vertilgen . . . Dabei liegt es außer dem Bereich menschlicher Kräfte, auf die Länge zu verhüten und zu verheimlichen, daß die Rückwirkung dessen, was vorgeht, nicht mehr und mehr auch auf die bewaffnete Macht übergehe, und wo soll noch Hülfe sein, wenn auch dieses ungeheure Übel einträte, wenn auch dieses Bollwerk wankte?“

Das Schreiben schloß mit sehr ernsten, aber sehr loyalen Worten der Beschwörung, Wandel zu schaffen, und der ehrfurchtsvollen Bitte um Enthebung von den Ämtern.

König Ludwig hatte sich und sein Jahrhundert vergessen. Dies bürgerlich-demokratische Jahrhundert war nun gekommen, in diesem Schreiben, um sich in Erinnerung zu bringen. Es war die neue Sprache der Zeit: die öffentliche Meinung wurde angeführt als das herrschende Prinzip — nach ihr muß man sich richten, sonst wankt die Monarchie; die Armee ist unsicher, die Revolution droht. Solche Worte waren in Bayern von Ministern noch nicht gesprochen worden, und auch sonst kaum in Deutschland. Der hoffärtigste, barschste aller Könige, der immer seine Minister gegeneinander gehetzt und so beherrscht hatte, mußte sie nun einig sehen und diese Sprache hören. Natürlich jagte er diese Minister fort, wie er sich am Abend beim Gelage in Lolas lockerem Kreise rühmte. „Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern“, verkündete der König weiter; er schrieb es auch seinem Sohne, dem Kronprinzen²⁵). Den Gesandten von Preußen, Baden und Württemberg ließ er durch den Staatsrat von Maurer persönlich sagen, das Reich der Jesuiten in Bayern sei für immer aus, er freue sich, daß diese Gesandten den Grundsatz verteidigten, daß an den Rechten der Krone nicht gerückt werden dürfe. Das Gegenteil war der Fall. Das Ministerium Abel hatte durch seinen Stoß gegen das autokratische Regiment der klerikalen Partei einen unschätzbaren Dienst erwiesen — die Zukunft sollte gerade ihr gehören.

In der sehr lebhaften Staatsratssitzung vom 8. Februar, an der der König nicht teilnahm, hatten neun Mitglieder gegen und nur eines für die Indigenatserteilung an Lola Montez gestimmt; es war seltsamerweise der Staatsrat v. Maurer, der eine so zweideutige Rolle spielte. Dieser protestantische Pfälzer wurde Abels Nachfolger²⁶). Maurers Ministerium war nicht gerade glücklich zusammengesetzt: der Innenminister v. Zenetti galt als Bürokrat, der nicht reden konnte, der Kriegsminister v. Hohenhausen kannte Verwaltungssachen nicht, der Finanzminister Zu Rhein liebte mehr die Vergnügungen als die Arbeit. Abel hatte noch

vor dem Rücktritt eine Konferenz mit dem Erzbischof von München und dem Bischof von Passau gehabt; geplant war ein Schritt des Klerus, um den König zum Bruch mit Lola zu veranlassen²⁷⁾. Dazu kam es dann nicht. Zwar hatte der neue Erzbischof von München Graf Reisach erklärt, er werde, sobald sein Pallium aus Rom gekommen sei, beim König direkte und ernste Schritte tun wegen der Tänzerin. Das Pallium war da, aber es geschah nichts. Abel war immerhin mutiger als der Erzbischof. Der König erfuhr natürlich von diesem Plane und wandte sich an den Papst mit der Bitte, er möchte ihn von diesem Geistlichen befreien. Als ein Vertrauter recht respektlos den Erzbischof „eine römische Filzlaus im bayrischen Königsmantel“ nannte, war er bei König Ludwig heiteren Beifalls sicher²⁸⁾. Gegenüber von Einmischungsversuchen auswärtiger Staatsmänner oder Fürstlichkeiten war Ludwig besonders empfindlich. „Hofmeisterei persönliche Verhältnisse betreffend unpassend“, lautet eine eigenhändige Randbemerkung²⁹⁾. Seltsam war es, daß gerade jetzt ein Brief des Papstes an König Ludwig verbreitet wurde — der Brief war apokryph, aber sehr geschickt auf die Stimmung der breiteren Volksschichten berechnet. Ein Komplott, Lola aufzuheben und auf eine österreichische Festung zu schaffen, wurde von einem Teilnehmer verraten; Lola wurde nunmehr scharf bewacht^{27a)}. Im akademischen Senate der Universität stellte Professor Lassaulx den Antrag, dem Minister Abel eine Deputation zu schicken, um die Anerkennung für seine Haltung auszudrücken — der Antrag fiel durch. Lassaulx wurde aber zur Strafe seines Amtes enthoben und mit ganz geringer Pension in den Ruhestand versetzt. Die Studenten, bei denen Lassaulx nicht nur als entschiedener Katholik, sondern auch als Lehrer von Rang sehr beliebt war, huldigten ihm vor seiner Wohnung und zogen dann in die Theresienstraße, wo Lola wohnte, mit dem unzweideutigen Rufe: „Pereat, die Hure!“ Lola verhöhnte das Volk von ihrem Fenster, die Straße mußte abgesperrt werden. Da kam der König zu Fuß von der Residenz und ging, ehrfurchtsvoll begrüßt, in das Haus; als er aber nach einer Stunde wieder herauskam und bei einbrechender Nacht heimkehren wollte, wurde er belästigt, beschimpft und verflucht: „Hurenmajestät“ scholl ihm damals zuerst entgegen. Herzog Max hatte an diesem Tage als Kommandant die Bürgermiliz aufgeboden. Aber sein Befehl wurde in eigenartiger Form weitergegeben: „Nachmittags um 4 Uhr ist zur Residenz in voller Armatur auszurücken — es kommt aber kaner!“ Die Frauen der Bürgerwehrleute, die Lola natürlich haßten, halfen auf ihre Weise mit dazu — sie versteckten ihren Männern die Uniformen. Herzog Max mußte einen schriftlichen Verweis des Königs einstecken — wegen der schlechten Haltung der Bürgermiliz. Erst am 2. März 1847 wurde die Ruhe ganz wiederhergestellt. Die Studenten verließen die Stadt. Als der König wenige Tage später mit der Königin im Theater erschien, wurde er mit spontaner Wärme begrüßt. So gutmütig war das Münchener Publikum! Über ausländische Zeitungen wurde jetzt die Nachzensur verhängt, selbst deutsche Blätter wurden mit ausgeschnittenen Stellen ausgegeben²¹⁾.

Der Außenminister Graf Bray hatte sich leider auch geweigert, den Indigenats-erlaß gegenzuzeichnen — er erbat respektvoll die Entlassung und ging auf Urlaub nach Neapel, wo er bis dahin Gesandter war³⁰). Sein Vertreter Geheimrat v. Flad wollte es auch nicht tun; schließlich gab sich Maurer selbst dafür her, auf die persönliche Bitte des Königs, die er nicht glaubte abschlagen zu können, nachdem er zuerst seine Entlassung verlangt und dann dem Könige einen wenig taktvollen Brief geschrieben hatte. Die Belohnung dafür war, daß sein Sohn, ein Mann von Talent und Wissen, der aber niemals einen Katheder bestiegen hatte, sofort eine Professur bekam. Acht Professoren und Dozenten der Münchner Universität, die der klerikalen Richtung angehört haben, sind nach und nach auf Befehl des Königs versetzt oder pensioniert worden, darunter Döllinger, als Propst der Hofstiftskirche St. Kajetan der vornehmste Hofgeistliche Münchens. Den Professor Philipps hätte der König gern ganz aus München entfernt; ob Preußen ihn ihm nicht abnehmen wolle, fragte er den preußischen Bundestagsgesandten in Frankfurt Grafen Dönhoff³¹). Der Privatdozent Sepp sollte verhindert werden, über neue Geschichte zu lesen, bekam aber dann doch die Erlaubnis und hatte gewaltigen Erfolg³²). Lolas Leibarzt Martin erhielt eine Professur in der medizinischen Fakultät, worauf Prof. v. Walter, der angesehenste Arzt Münchens, erklärte, keine Vorlesung mehr halten zu wollen³³). „Jede Verfolgung, die du erfährst, wird ein neuer Ring in der Kette, welche du, für die Wahrheit Duldende zwischen mir und dir geschlungen hast“, soll damals König Ludwig der Freundin geschrieben haben³⁴). Lola lebte sich jetzt ganz in die Rolle einer politischen Märtyrerin ein; gescheit wie sie war, wuchs sie in das Format der Lage, vertrat die freiheitlichen Ansichten der Zeit, und bald war ihrem Ehrgeiz nichts hoch genug.

Viele Sympathien wandten sich ihr deshalb zu, weit über Bayern hinaus. Aus dieser Stimmung sind Grillparzers Verse zu verstehen, die freilich den eigentlichen Kern der Sache völlig verkennen:

„Drum kehrt euch nicht verachtend von dem Weib,
In deren Arm ein König ward zum Mann.
Sie gab den besseren Gedanken Leib,
Verlor sich selbst, allein die Welt gewann.“

Endlich bayrische Staatsangehörige geworden, hieß sie nun seit dem 25. August 1847, des Königs Namenstag, Gräfin Marie von Landsfeld. In ihrem Adelsdiplom war die sonst nicht mehr übliche ältere Formel aufgenommen worden, daß jeder fiskalischer Strafe unterliege, der der Gräfin Landsfeld die ihr gebührenden Titel und Ehren nicht bezeuge. Ihren Freunden zeigte sie ein an sie gerichtetes Handbillet des Königs, wonach die Königin in ihre Erhebung in den Grafenstand einwilligte³⁵). Lola nahm nun das, was sie und viele andere den Kampf gegen die Jesuiten nannte, mit ihrer ganzen Leidenschaft auf. Agenten und Korrespondenten an allen europäischen Höfen traten mit ihr in Verbindung.

Vormittags besuchte sie den König, um Politik zu machen. Auch zu Ministerkonferenzen wurde sie in die Residenz gerufen. Mit Pariser Publizisten unterhielt sie Beziehungen. Durch ihren Murray kam sie in nahe Berührung mit dem englischen Gesandten Milbank in München und beeinflusste ihn in ihrem Sinne. Fürst Leiningen, der im September 1847 zum Präsidenten der Kammer der Reichsräte ernannt worden ist, sorgte aber dafür, daß der englische Hof wahrheitsgemäß informiert wurde. Murray galt als Agent Lord Palmerstons; er ging beim König aus und ein, wurde Kammerherr, mischte sich in die politischen Angelegenheiten Bayerns, die griechische Frage, das Verhältnis zum Zollverein — und zwar auf eine wenig sympathische Art —, von allem, was auf dem Kontinent, besonders in Deutschland, geschah, sprach er mit hochmütig-insularer Verachtung³⁶). In Gegenwart von Murray und dem Polen Karnowsky pflegte der König alle hochpolitischen Angelegenheiten zu verhandeln. Karnowsky war eine Zeitlang der Nachfolger des Oberleutnants Nußbaumer in der Liebesgunst der Gräfin Landsfeld, er hatte sich durch eine törichte Duellgeschichte übel eingeführt und wurde schließlich auf Betreiben des russischen Gesandten aus München ausgewiesen, der in ihm einen gefährlichen politischen Agenten sah. Die Gründe müssen durchschlagend gewesen sein, da auch Lolas Protektion ihn nicht zu schützen vermochte³⁷).

Der Bruch mit der klerikalen Partei bedeutete für die deutsche Politik Bayerns die Abkehr von Österreich und die Annäherung an Preußen. Fürst Metternich war durch die Entlassung des Ministeriums Abel „ganz niedergedrückt“³⁸). Er sah darin eine schwer zu verschmerzende Niederlage der „konservativen Sache“. Das plötzliche Freundschaftsbündnis zwischen dem Liberalismus und dem allerpersönlichsten Regiment erschien ihm freilich wenig glücklich. Ironisch bemerkte er, er wünsche nichts mehr, als der neuen bayrischen Fortschrittsregierung ihren Ursprung verzeihen zu können. Jedenfalls war der österreichische Einfluß in München für den Augenblick vernichtet. Zwischen den beiden Höfen herrschte die gespannteste Stimmung. „Man beklagt sehr preußische und württembergische Einflüsse, die sich der Umstände in München vielleicht mit besserer Taktik als politischer Moral bedient haben“ — so schildert der kluge Biegeleben die Wiener Auffassung³⁹). „Die Kur war schlimmer als das Übel“, meinte man. Auf Verlangen König Ludwigs mußte der österreichische Gesandte Graf Senfft abberufen werden, „da er die Grenzen des Repräsentanten eines fremden Hofes nicht einhielt“. Ludwig sah in ihm und dem Erzbischof die Mitverfasser des Abelschen Memorandums. Das war der Lohn an Senfft dafür, daß er sein Haus zum Hauptquartier des neurömischen Geistes gemacht hatte. Metternich behielt sich vor, Senfft weiter zu verwenden; er hatte in seinen Augen nicht Ungnade, sondern Dank verdient.

Die Veröffentlichung von Abels Memorandum schadete zuerst der klerikalen Partei stark. Auch der Vatikan sah darin „eine höchst bedauerliche Vergehung“⁴⁰). Dafür erhielt der Nuntius vom Könige einen Ordensstern in Brillanten. Die

Opposition, in die die Klerikalen jetzt traten, war doch politisch und besonders moralisch in einer guten Lage. Sie hätten der Intrigen und Entstellungen nicht bedurft, mit denen sie jetzt arbeiteten. Royalismus und Aristokratismus wurden oft genug von Adel und Geistlichkeit vergessen. König Ludwig suchte sich zu wehren. Am 12. August 1847 richtete er an den Bischof von Würzburg in seinem Aschaffenburg Schloß eine Ansprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Zwei Adjutanten mußten dabei sein, damit die Demütigung recht empfindlich wäre. Der Wortlaut soll folgendermaßen gelautes haben: „Der Beschützer der Kirche, als solchen bewies ich mich, ihr Wohltäter, keiner meiner Vorfahren machte aus eigenen Mitteln so viele Stiftungen, der wird von der ultrakirchlichen Partei so schändlich behandelt, daß sie den Jakobinern nichts übrigläßt. Die dem Papst feindliche Partei ist's auch mir. Seit Jahren gingen mir die Augen auf, immer mehr und mehr, und sollten auch alle Hellsehenden nun auch sich schließen, bleiben meine offen, solange ich lebe. Wenn irgend jemand mir Teuern ein Haar gekrümmt wird, werde ich keine Schonung mehr kennen. Daß in Würzburg Umtriebe stattfanden, ist mir bekannt. Ich sage nicht, daß Sie teilgenommen, aber damit Sie's sagen. Vor zwei Zeugen rede ich. Wüßte ich, daß Sie schuldig, ich würde es Ihnen sagen. Offen und grad ist meine Art, und so hoffe ich zu sterben. Ich spreche nicht von Dankbarkeit und Pflicht gegen den Landesherrn, aber dumm, dumm ist's, sich so zu benehmen.“

„Das berühmte Memorandum der abgetretenen Minister kommt mit mehr Ehren auf die Nachwelt als das Indigenatspatent“, heißt es in einer Briefstelle, die der württembergische Gesandte Graf Degenfeld seinen Stuttgarter Vorgesetzten mitteilte⁴¹). Ein anderes Mal wurde daran erinnert, daß die englische Hochkirche noch heute an Heinrich VIII. und Anna Boleyn laboriere. Für die Diplomaten war ja die Lage besonders schwer. Sie waren persönlich beim Könige beglaubigt und mußten die Interessen ihres Heimatstaates nach Möglichkeit wahren. Graf Degenfeld war einer von denen, die den Standpunkt vertraten, die Diplomatie habe sich nicht einzumischen. Der König sagte ihm darum auch, er wisse sein Benehmen sehr zu schätzen und werde es ihm nicht vergessen⁴²).

Nach Abels Sturz schwenkten auch die anderen Gesandten in die Degenfeldsche Linie ein, so daß man sich die Bosheit leisten konnte: „Es hat immer geheime Beziehungen zwischen dem diplomatischen Korps und dem Corps de ballet gegeben, aber die *salti mortali* der Diplomaten in Bayern erinnern doch etwas allzusehr an ihren Ursprung⁴³)“.

Der preußische Gesandte Graf Bernstorff empfand die Schwierigkeit seiner Stellung notwendig besonders stark, nicht nur wegen der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem preußischen und dem bayrischen Königshause. Das klerikale Regiment in Bayern hatte seit dem Kölner Bischofsstreit immer mit Vergnügen aus einer preußenfeindlichen Stimmungsmache Kapital geschlagen. Nun waren neue Möglichkeiten da — aber die Umstände lockten nicht sehr stark, sie zu benutzen. Bernstorff hielt sich deshalb mit Absicht zurück

von den Kreisen der kleinen deutschen Diplomatie und suchte den Anschluß an die Gesandten der anderen Großmächte⁴³⁾. Auch Canitz hatte Bedenken und verglich die bayrische Hand, die sich jetzt nach einer Entente cordiale mit Preußen ausstreckte, mit der Hand eines in den Kot gefallenen Freundes; ehe man sie ergreift, müsse man sich doch fragen, ob man wirklich helfen könne oder mit hineingezogen wird. Bezeichnend für die reaktionäre Grundstimmung des preußischen Außenministers ist seine Bemerkung: „Und wenn nun die Veränderung des Systems plötzlich in tollen Liberalismus überspringt?⁴⁴⁾“ Canitz wünschte auch gar nicht, in den neuen bayrisch-österreichischen Gegensatz hineingezogen und womöglich an Bayerns Seite mit in einen Konflikt mit Österreich gebracht zu werden. Preußen sollte nach seiner Auffassung Bayerns Verständigungswillen freundlich aufnehmen, aber den Anschein vermeiden, als sei die Gräfin Landsfeld eine preußische Alliierte, und als drücke man vor dem Skandal beide Augen zu, nur um Vorteile gegenüber den Klerikalen zu erlangen. Etwas später schrieb Canitz als Gesamturteil: „Es ist traurig, das Königtum so durch eigene Hand mißhandelt zu sehen⁴⁴⁾“. Wie resigniert Bernstorff empfand, zeigt die Stelle eines Briefes, den er mit der Post nach Berlin schickte — er wurde aufgefangen und lief bei den bayrischen Behörden und in der Diplomatie um: „Um Instruktionen bitte ich nicht. Ich werde eintretendenfalls so zu handeln wissen, daß ich meinem allerhöchsten Hofe, meiner Stellung nichts vergebe, und mich dann gerne dem unterwerfen, nicht allein, daß ich desavouiert, ja sogar abberufen werde⁴⁵⁾“.

*

Königin Therese, aus dem protestantischen Hause Sachsen-Altenburg, hatte nun all die Jahre ihren stürmischen Gemahl mit Würde und ruhiger Nachsicht ertragen. Sie wäre dankbar gewesen, es auch weiter tun zu können, wenn die Greisenleidenschaft des Königs sich eben in den Formen seiner früheren Liebesbeziehungen gehalten hätte. Ihre Kinder waren erwachsen und bis auf Prinz Adalbert verheiratet; das Ansehen des königlichen Hauses stand ihr über ihrem persönlichen Interesse als Frau. Die Königin ging so weit, als es irgend möglich war. Selbst wenn die Gräfin Landsfeld in ihrer Theaterloge saß, zeigte sich die Königin dicht daneben in der Hofloge an der Seite König Ludwigs. Königin Therese war von jeher beliebt und wurde jetzt nur beliebter. Dagegen konnte auch die niederträchtige Ausstreuung von klerikaler Seite nicht aufkommen, sie sei im Grunde aus politisch-konfessionellen Gründen ganz mit der Existenz und Tätigkeit der Gräfin Landsfeld einverstanden, sie sei neugierig auf sie und werde sie doch noch empfangen, sonst hätte sie sich gleich vom Könige getrennt⁴⁶⁾. Das Politische trat begreiflicherweise bei der Königin ganz hinter dem Menschlichen zurück. Wer sich mit der Gräfin Landsfeld einließ, wurde von ihr ignoriert. Neben dem Minister Berks weigerte sie sich zu sitzen. Als ihr der Kammerherr Graf Holnstein, ein „Lolite“, vorgestellt wurde, drehte sie ihm den Rücken. Die

Oberhofmeisterin Gräfin Eltz erklärte, sie werde den Abschied nehmen, wenn sie die Landsfeld der Königin vorstellen sollte. Der König sprach daraufhin nicht mehr mit der Oberhofmeisterin, und zwischen den Majestäten kam es zu einer sehr heftigen Szene¹⁷⁾.

Darauf spitzte sich die Lage jetzt zu — wenn die Gräfin Landsfeld bei Hofe empfangen wurde, dann hatte sie gewonnen, auch politisch. Das war aber in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts nun doch nicht mehr möglich. Lola mußte erfahren, daß man über alles hinwegkommen kann, nur nicht über die eigene Vergangenheit. Ihre Villa in der Barerstraße, die sie jetzt bezog, war das Gegenteil von dem, was ein Spießbürger sich unter dem Heim einer demimondänen Frau vorstellt — alles echt, einfach und klar, gute Bilder, gediegene Möbel. Sie hatte von jeher englische Lebensgewohnheiten und gab sich jetzt Mühe, als politische Lady zu wirken. Um das Dekorum zu wahren, versprach sie auch dem Könige, auf Liebhaber zu verzichten. Daß die Öffentlichkeit sie nicht ernst nahm und eben nicht ernst nehmen konnte, machte sie dann doppelt rabiat. Politisch hat sie manches Gute gewirkt; trefflich unterrichtet wie sie war, spürte sie die kommende Revolution und mag wohl auch höhere Ziele verfolgt haben als nur die des persönlichen Ehrgeizes. Gerade die bürgerliche Welt, der sie nun nützen wollte, konnte sie auf die Dauer aber nicht ertragen. Daran scheiterte sie und riß den König mit sich.

Die klerikale Partei behauptete, die religiösen Interessen seien nun in Bayern gefährdet. Niemand von der Gegenseite wollte natürlich daran rühren. Die liberale Partei, auch die „intelligente“ Partei genannt, wollte alle konfessionellen Streitigkeiten vermeiden, sie wollte politische Dinge politisch behandeln — ohne Unterschied der religiösen Zugehörigkeit neigte das ganze höhere Bürgertum in Bayern zu dieser Partei, sie wurde von der Kronprinzessin Marie begünstigt. Der Gedanke, zu einem ehrlichen Verfassungsleben zu kommen, führte ohne weiteres zur Annäherung an das preußische Vaterland der Kronprinzessin, an das Preußen des Vereinigten Landtages. Natürlich wurde nun auch die Kronprinzessin verdächtigt, sie protegiere Lola. Der Reichsratspräsident Fürst Leiningen, der Vorkämpfer eines preußisch-englischen Bündnisses, setzte auch für die deutsche Frage seine ganze Hoffnung auf Preußen. Sein Einfluß wuchs. Der König lud ihn zu jeder Jagd und jedem Diner — er hat bei der Entstehung des Ministeriums stark mitgeholfen, das die wenig glückliche Erbschaft Maurers übernahm. Persönlich hielt er sich von Lola fern und beurteilte die ganze Lage auf weitere Sicht ungünstig. Mit „Abdikation oder Revolution“ werde der Kampf wohl endigen, schrieb er im November 1847 an Prinz Albert. Bayern zu regieren, habe sich Lola in den Kopf gesetzt, und das „wird sicher an den Rand der Revolution, vielleicht in sie hineinführen“, schrieb er bereits am 19. September 1847¹⁸⁾. Maurer war zuletzt von seinen Freunden verlassen, von seinen Feinden erbittert bekämpft; der König entließ ihn, ohne daß er es forderte, obgleich es das offizielle Dekret behauptete, ernannte ihn zum Gerichtspräsidenten in Amberg und

behandelte ihn zum Abschied schnöde genug. Den Urlaub von sechs Monaten, den er aus Gesundheitsrücksichten erbat, erteilte er erst nach nochmaliger ärztlicher Untersuchung und unter der Bedingung, daß Maurer ihn außerhalb Münchens verbringe! Maurers von Natur offene und mannhafte Art war an einer unmöglichen Lage und seiner eigenen politischen Kurzsichtigkeit gescheitert. Auch ihm war Lolas Treiben zu viel, und er wagte einmal in Gegenwart des Königs die Äußerung, er werde sie „in die Fronfeste abführen lassen“⁴⁹). Fürst Öttingen-Wallerstein wurde nun zum zweiten Male bayrischer Ministerpräsident. Leiningens Einfluß hatte ihm gute Beziehungen zum englischen Gesandten verschafft, und damit zur „englischen Partei“; in England hatte er auch seine Gemäldegalerie verkauft und damit einen Teil seiner Schulden bezahlt. Trotz der Leichtigkeit seines Charakters und des etwas übertriebenen Vertrauens in die schöpferische Beweglichkeit seines Geistes, verbarg er sich die Tragweite seiner schweren Aufgabe durchaus nicht. Wer in dieser verfahrenen Lage die Verantwortung in Bayern übernahm, der mußte schon etwas vom Spieler in sich haben und gewohnt sein, auch auf eine zweifelhafte Karte viel zu setzen, um das Glück zu zwingen⁵⁰). Justizminister wurde der sehr liberale Beisler, ein begabter und charaktvoller Mann, der nur als alter Verwaltungsbeamter ein Gegner der geplanten, auf die Trennung von Justiz und Verwaltung gehenden Reformen war. Finanzminister wurde Heres, der Bruder des erfolgreichen Generaldirektors des Fürsten Leiningen, ein Finanzgenie, das nur Steuern und sonst nichts kannte, wohl der erste Minister in Deutschland, der es ohne Universitätsstudium, ja, ohne Abschluß des Gymnasiums soweit brachte. Die Belastung des Ministeriums Wallerstein war der Minister des Inneren Berks, ursprünglich Privatdozent für Geschichte in Würzburg, als Regierungsspion bewährt und zur Belohnung nach München versetzt, rechte Hand des Fürsten Öttingen-Wallerstein in seinem ersten Ministerium, von Abel als Regierungsdirektor nach Niederbayern entfernt. Trotzdem verstand Berks es, vorurteilsfrei wie er war, die Gunst der Gräfin Landsfeld zu erwerben, begleitete sie auf kleinen Reisen und verdankte ihr nun das Portefeuille. In seinem Ministerium erschien sie jetzt täglich und verbrachte dort oft mehrere Stunden.

Im Herbst 1847 war der Landtag für kurze Zeit zusammengerufen worden, nur um Geld für die Eisenbahnen zu bewilligen — Baron Anselm Rothschild bemühte sich vergebens um eine Anleihe⁵¹) —, jetzt endlich sollte auch die Linie Augsburg-Ulm in Angriff genommen werden. Zum Zorne des Königs ließ sich dieser Landtag aber nicht den Mund verbieten. Es kam zu peinlichen Auseinandersetzungen. Wiederum machte Fürst Wrede einen aufsehenerregenden Vorstoß — diesmal gegen den Erzbischof von München Grafen Reisach: er habe im Collegium germanicum den Jesuiteneid geleistet, er dürfe deshalb nicht Mitglied der Kammer der Reichsräte sein. Da Reisach dies bestritt, ging Wrede auf den Erzbischof zu und fragte ihn auf Ehrenwort. Graf Reisach blieb bei seinem Nein und fügte hinzu, Jesuiten könnten ja keinerlei kirchliche Ämter übernehmen. Ob er

wohl nur Redemptorist gewesen ist? Auch König Ludwig ging scharf gegen die Bischöfe vor. Reisach war vorher Bischof von Eichstädt gewesen; nun bemerkte der König zur Eichstädter Deputation: „Ihr seid froh, daß ihr ihn los habt, hätte ich ihn nur auch los.“ Dem Bischof von Speier sagte Ludwig ins Gesicht, „an seinem Vorgänger hätte er einen sehr gescheiten und sehr würdigen Mann verloren⁵²⁾“.

Alles ging nun in Bayern gefährlich aufs Extreme. Die Gräfin Landsfeld war verwegener noch als Lola Montez. Sie wollte alles — der alte König erklärte, sie sei ihm mehr als die Krone, und nie hat ein König seine Krone mehr geliebt. In den mittleren und unteren Klassen wurde Ludwig allgemein für verwirrt erklärt — er müsse einen Mitregenten annehmen. Geldsendungen ins Ausland wurden als Vorbereitung der Thronentsagung gedeutet²¹⁾. Kronprinz Max war wegen seiner Abenteuer und seiner französischen Sympathien wenig beliebt, Prinz Luitpold viel mehr. Seine Art entsprach durchaus altbayrischem Geschmacke. Die Geldopfer des Königs wirkten beunruhigend. In dem neuen Hause vermißte die Gräfin Landsfeld einen Plafond: „Du bist ein alter Geizhals“, sagte sie zu Ludwig vor allen Ohren. Und er, entzückt über das reizend gebrochene Deutsch, bestellte sofort den Plafond für 500 Gulden! Zum Geburtstage schenkte er ihr 40000 Gulden und wiederum ein Silberservice für 6000 Gulden. Das Diamantendiadem nebst Zubehör, das die Gräfin im Theater trug, wurde auf 60000 Gulden geschätzt. Ludwig mutete dem Kronprinzen zu, eine Dotation für Lola zu unterzeichnen, die ihr 40000 Gulden jährliche Rente sicherte. Er hätte sich dadurch für immer kompromittiert, wollte es aber doch tun, wenn seine eigenen recht hohen Schulden bezahlt würden. Um es ihm zu ersparen, verzichtete die alte Kurfürstin von Bayern auf einen Geldanspruch an die Krone von einer Million Gulden — das kaiserliche Haus in Wien sicherte der Kurfürstin die Deckung der Summe. Es waren unerfreuliche, wenig durchsichtige Geldschiebungen⁵³⁾. Immerhin wirkte es etwas bizarr, daß der Wiener Hof die Gelegenheit benutzte, sich das bayrische Königshaus zu verpflichten, und daß die antiklerikale Gräfin Landsfeld den Vorteil davon hatte.

Weil Lola in Bamberg von der Volksmenge durch Schreien und Zischen und Pfeifen so belästigt worden war, daß sie nicht im Gasthofe übernachten, sondern gleich weiter fahren mußte, zum König nach Brückenau, wurde die Stadt dadurch bestraft, daß der Kronprinz und seine Gemahlin nicht mehr dort residieren durften. In auffallender Equipage, mit gefährlicher Raserei, unbekümmert um polizeiliche Verbote, pflegte Lola durch die Straßen Münchens zu rasen, von Militär eskortiert. Der Artillerieleutnant Baron Crailsheim wurde mit drei Tagen Hausarrest bestraft und durch königliches Handbillet nach Würzburg versetzt, weil er im Theater Lola zu lange lorgnettiert habe⁵⁴⁾. Ein Infanterieleutnant, der vor einem Bilderladen stand, wurde von einer Reiterin heftig angestoßen, er gebrauchte starke Ausdrücke gegen sie — und mußte Lola vor sich sehen. Der Liebhaber Nußbaumer forderte ihn, er antwortete mit Klage beim Offizierkorps.

Als den Offizieren verboten wurde, über das Verhältnis des Königs zu sprechen, kam es auf, von Herrn Maier und seiner Pepi zu reden — ein Gebrauch, der sich auch auf das zivile München verbreitete. „Nicht mehr ausgelacht wurde der König jetzt, er wurde tief verachtet“, wie Graf Bernstorff am 23. November 1847 nach Berlin schrieb. Als Ludwig dem Kommandeur des Regiments „König“ Vorwürfe darüber machte, daß seine Offiziere der Gräfin Landsfeld nicht genug Ehre erwiesen, antwortete Oberst Graf Veri, er wüßte nicht, wie seine Offiziere einer Dame Ehre erweisen sollten, die sie nicht kennen. Der König schrie: „Sie sollen sie kennen, was Sie der Gräfin tun, tun sie mir.“ Der Oberst teilte diesen Wortwechsel seinen Offizieren nebst der Bemerkung mit, er wisse dazu keine weitere Erläuterung zu geben, jeder möge nach seiner eigenen Ansicht handeln. Den König bat er um schriftlichen Befehl, der dann nicht erfolgte⁵⁵). In besonders peinlicher Lage waren die Flügeladjutanten. Für sie war es Dienst, den König überallhin zu begleiten, auch in das Haus der Gräfin Landsfeld. Dem Adjutanten von Gmainer, der notgedrungen mehrere Abende in der Villa verbracht hatte, kehrten alle Offiziere der Garnison den Rücken. Er bat um seinen Abschied. Freiherr von der Tann hatte seinem Vater das Ehrenwort gegeben, nicht zur Gräfin mitzugehen. Als er den König darauf aufmerksam machte und um Versetzung bat, schrie ihn der König im höchsten Zorne an: „Versetzen werde ich Sie nicht, aber ganz aus dem Dienste entfernen. Gehen Sie augenblicklich!“ Tann ging nach Hause, legte sich zu Bett und erklärte, krank zu sein⁵⁶). Fürst Wallerstein erreichte es dann noch, daß er zur Artillerie nach Würzburg kam. Auch Gmainer wurde in die Linie versetzt, nachdem er Lola ins Gesicht gesagt hatte: Was sie wohl für ein Vergnügen daran fände, Personen bei sich zu sehen, die contre coeur hingenen — in die Münchener Gesellschaft werde sie nie kommen. Nachdem alle vier Flügeladjutanten um Versetzung gebeten hatten, war der König überhaupt ohne Flügeladjutant — ohne Adjutant mußte er essen! — zum ersten Male, seitdem er regierte. Flügeladjutant wurde nun Baron Seefried, eine Art Abenteurer, als Leutnant verabschiedet, verheiratet mit einer Frau obskurer Herkunft und zweifelhaften Betragens, jahrelang als Direktor einer zwischen Bamberg und Coburg hin und her pendelnden Wanderschmiere tätig, dann Theaterleiter in Ansbach und Nürnberg. Sobald er erklärte, zu Lola kommen zu wollen, erhielt er seine Ernennung als Hauptmann und Adjutant. Vor der Unterzeichnung veröffentlichte sie seine Frau schon in der Augsburger Allgemeinen Zeitung!

Bei den Offizieren, auch in den Stäben, entstand der Plan, vom Landtage die Beidigung des bayrischen Heeres auf die Verfassung und sonstige konstitutionelle Garantien gegen Mißbrauch der Obergewalt zu begehren — bekanntlich eine Forderung, die bis dahin nur von dem entschiedenen Liberalismus gestellt worden war⁵⁷). So untergrub des Königs Tyrannei die Privilegien der Monarchie.

Auch vom Kriegsministerverweser Freiherrn v. Hohenhausen, der sich durch Murrays Vermittlung einen Orden vom König verleihen ließ, verlangte Ludwig

bei Tafel, er solle mit ihm in der Landsfeldschen Villa den Abend verbringen. Hohenhausen lehnte entrüstet ab. Da ließ sich Ludwig Vortrag halten, unterbrach plötzlich und befahl die Fortsetzung in der Barer Straße. Hohenhausen wehrte sich — da stampfte Ludwig mit dem Fuße auf und brüllte: „Ihr Herr und König befiehlt.“ Und der Minister ging mit; am anderen Tage wurde bekannt, daß er seinen Abschied eingereicht habe. Da er sehr ehrgeizig und vermögenslos war, dazu Schulden in Massen besaß, wurde der Schritt allgemein anerkannt. Am nächsten Tage schon dementierte die Münchener Zeitung, das offiziöse Organ, den Schritt in aller Form — „das Lügensystem nimmt zu“, schrieb Graf Bernstorff. Hohenhausen hatte sich durch den Fürsten Wallerstein umstimmen lassen. Dies Verfahren wurde so streng verurteilt, daß er nun wirklich nicht mehr zu halten war, sondern, wenn auch sehr ungern, nach Nürnberg als Stadtkommandant gehen mußte. Prinz Karl sagte ihm, er schulde seinen Rücktritt der ganzen bayrischen Armee. Vergebens hatte er sich noch um den Gesandtenposten in Brüssel bemüht. Seinem Nachfolger, dem General von der Mark, empfahl die Gräfin Landsfeld gleich bei der Vorstellung einen Herrn, holte sich aber die mannhafte Antwort: „Der Mann verdient mehr Strafe als Empfehlung, mischen Sie sich nicht in militärische Angelegenheiten, ich habe nur vom Könige Befehle zu empfangen⁵⁸⁾.“ Aber er ging dann doch ins Haus der Gräfin und ermahnte die Offiziere zu besserer Subordination.

Die Erregung der öffentlichen Meinung zeigte sich in der Zunahme von Spottgedichten und Pamphleten. Da hieß es etwa von Ludwig in einer hochgeschraubten Stanze, die glatter floß als die Verse des unglücklichen Königs selbst (sie beginnt mit einer Anspielung auf des Königs Interesse für die Sache Schleswig-Holsteins, das er u. a. durch seine Anwesenheit bei dem am 29. November 1847 im Odeon zugunsten des Beselerfonds abgehaltenen patriotischen Konzert bewies):

„Ist das der Deutsche, der zu unserer Ehre
Dem frechen Dänen kühn die Stirne wies?
Das der Poet, den man im Schmeichlerheere
Voll Höflichkeit den Dichterkönig hieß?
O Schleswig-Holstein, dich hat er vergessen,
Bleibt hübsch zu Haus und singt und küßt dabei,
Flickt Verse für die frechste der Mätressen
In schäferischer Liebelei!“

Beim Rücktritt des Kriegsministeriumsverwesers v. Hohenhausen brachte der Münchener Punsch das Bild eines Herrn, der emsig auf der Straße herumsuchte. „Was suchen Sie denn?“ fragt ein Schusterjunge. „Ach, ich habe mein Portefeuille verloren — ich schob es doch in den Oberrock!“ „Hätten Sie es lieber in den Unterrock geschoben!⁵⁹⁾“ Eine der derbsten Schriften variierte im Titel Bettinas berühmtes Königsbuch, schmutzig genug: „Lola Montez oder Das Mensch

gehört dem König.“ Ob Friedrich Engels der Verfasser ist, muß bezweifelt werden. Er schrieb aber eine Satire auf das Ereignis⁶⁰). Selbst ein Schriftsteller von so freier Denkweise wie der berühmte Saphir ging bei seinem Münchener Besuch erst unmittelbar vor seiner Abreise zur Gräfin Landsfeld. Mit einem andern Wiener Schriftsteller machte die österreichische Regierung eine für sie peinliche Erfahrung. Der Konvertit Friedrich Rohmer ging beim österreichischen Gesandten Grafen Senfft aus und ein; Senfft hatte ursprünglich Mißtrauen gegen ihn, Fürst Metternich aber empfahl ihn aufs wärmste, erklärte, man könne sich durchaus auf ihn verlassen, und ließ ihm regelmäßig eine ziemlich bedeutende Unterstützung zukommen. Nun veröffentlichte Rohmer eine sehr gut geschriebene, gediegene und ruhige Arbeit gegen die ultramontane Partei: „Materialien zur Geschichte der neuesten Politik.“ Metternich war, wie schon öfters in publizistischen Dingen, mystifiziert worden, die Klerikalen hatten aber wohl mehr Spott als Schaden davon⁶¹). Fürst Öttingen-Wallerstein ging mit allerhand Zeitungsplänen um, im Interesse der Abwehr der mannigfachen Angriffe auf die Regierung. Man dachte daran, sich mit der Heidelberger „Deutschen Zeitung“ zu verbünden; gegen die Absicht, ein ganz modernes Organ im Stile der französischen Zeitung „la Presse“ zu schaffen, arbeitete mit Erfolg die Augsburger Allgemeine Zeitung, deren Auflage auf die damals stattliche Zahl von 10000 angegeben wird; 5000 gingen davon allein nach Österreich. An der Verteidigung des Ministeriums Maurer hatte sich der Innenminister Zu Rhein mit sehr vielen Zeitungsartikeln persönlich beteiligt. Besonders bissige Angriffe gegen das Ministerium Wallerstein richtete der Archivdirektor Hormayr in der Süddeutschen Zeitung und in der Weserzeitung — der Fürst empfand deshalb Hormayrs Schlaganfall im Januar 1848 geradezu als Erlösung⁶²).

Wer Gegner der Ultramontanen in Bayern war, hieß nun einfach „Lolamontan“. Eine unkonfessionelle liberale Partei aufzubauen, war jetzt schwerer als je. Gegen König Ludwigs Tyrannei standen ja Klerikale und Liberale, Bürokraten und Offiziere im Grunde zusammen. Ob der Staat Bayern diese Krise überstehen würde, fragten sich die Kenner der Verhältnisse mit Sorgen. Der Kronprinz Max wußte, warum er für die Dynastie zitterte, und ließ sich vom Fürsten Wallerstein nur schwer beruhigen⁶³). Was die Truppe im Falle von Unruhen tun würde, ahnte niemand. Die katholische Geistlichkeit arbeitete fieberhaft. Schon lange führten die Pfarrer Konduitenlisten über die Beamten, Listen, die auch auf die dienstliche Tätigkeit erstreckt wurden; so kam es zur Einmischung des Klerus in die Verwaltungstätigkeit. Nun wurde genau kontrolliert, wer für und gegen Lola war. Das Landvolk war mittels des Beichtstuhls bei der Öffentlichkeit des Skandals besonders leicht aufzuhetzen. In einer Mädchenschule ließen die Geistlichen die Schülerinnen beten, der König möge seine Mätresse wegzagen. Als ein Mädchen seine Mutter fragte, was das wäre, wurde es aus der Schule herausgenommen. Es war natürlich nicht leicht, gegen Lola zu sein und den König hochzuhalten. König Ludwig fühlte das allmählich auch. „Na, betet ihr fleißig für euern

närrischen König?“ redete er einmal zwei biedere Landgeistliche auf der Straße in München an²¹).

Als Lola ihre Erhebung in den Grafenstand durch ein Festessen feierte, passierte dem Festredner das Mißgeschick, statt auf die Gräfin Landsfeld auf die Gräfin Landsberg zu toasten. In Landsberg am Lech hatten sich zuerst die Jesuiten festgesetzt. Die neugebackene Gräfin war aber schlagfertig wie immer. Sie rief: „Landsfeld ist von Landsberg genau so weit wie Lola von Loyola⁶⁴).“ Das war nun einmal ihr Motto geworden. Nur eines fehlte ihr, so meinte sie, zum Siege: der Empfang bei Hofe. Sie wollte als politische Figur anerkannt sein, und dazu brauchte sie die volle Anerkennung als honette Person von Stande. Als der König von Preußen im Herbst 1847 durch München kam, erbat sie eine Audienz. Der tugendhafte Friedrich Wilhelm IV. war nun wirklich der letzte, der sie empfangen hätte. Große Münchener Familien wie die Grafen Schönborn schlossen ihre Häuser, um nicht in Verlegenheit zu kommen. Verheiratete Diplomaten zitterten vor der Besuchskarte der Gräfin Landsfeld. Der russische Gesandte erbat sich besondere Instruktion von Petersburg! Zum Zeichen seiner Mißbilligung ging Herzog Max nach Italien, freilich in Begleitung einer schönen griechischen Dame. Lola hoffte, den Theresienorden zu bekommen und dann die Vorstellung bei der Königin durchsetzen zu können. Wenn sich ein Haus für sie öffnete, dann meinte sie, alle zu haben. König Ludwig hatte sich für den französischen Gesandten Baron de Bourgoing, dessen Stellung schwankte, bei König Louis Philippe verwandt — nun erklärte sich dieser Diplomat dazu bereit, die Gräfin Landsfeld zu empfangen und ihr ein Diner oder eine Soiree zu geben. Es kam aber nicht dazu⁶⁴). Als Lola Ende November den König fragte, wann die Vorstellung bei Hofe stattfinden solle, und er antwortete, es sei in diesem Winter bei der großen Opposition unmöglich, schleuderte sie alles, was vor ihr auf dem Tische stand, dem Könige zu Füßen, warf sich vor ihm auf den Boden, biß sich auf die Lippen, so daß sie Blut spie. Obgleich Ludwig diese Manöver schon kannte, war er erschüttert und beeilte sich zu versprechen: „Dann wollen wir sehen⁶⁵).“

In die gute Gesellschaft kam also die Gräfin Landsfeld nicht — sie schaffte sich weniger gute. Und damit begann das Ende ihrer Laufbahn in Bayern. Schon im Frühsommer 1847 war es wieder im Bockkeller zu Studentenexzessen gekommen, und das üble Verhalten der Polizeibeamten, die je zwei Studenten zusammengebunden abführten, hatte starken Eindruck gemacht. Die Studenten waren ja durch die Maßregelung so vieler Professoren sowieso gereizt — sie schlossen sich nun in überwiegender Zahl der herrschenden Stimmung an, besonders seitdem Berks Minister geworden war⁶⁶). Eine kleine Gruppe aber ging bei der Gräfin Landsfeld aus und ein; die kostbaren Gelage in der schönen Villa lockten ja manchen armen Teufel, auch Literaten und Künstler waren da zu treffen. Lola verfügte, was bei ihren unerschöpflichen Geldmitteln kein Wunder war, über eine Art Serail von stattlichen jungen Leuten. Sie erwirkte nun ihren Studenten die Erlaubnis, eine eigene Landsmannschaft, Alemannia genannt,

zu gründen, zum großen Ärger der bestehenden Landsmannschaften, und trug sogar selbst bei festlichem Anlaß die neue Couleur⁶⁷⁾. Sie stand ihr gut wie alles. Aber ihre Alemannen wurden in Verruf erklärt, kein Student ging mit ihnen um oder gab ihnen Satisfaktion. Es kam zu unaufhörlichen Reibungen, zu bösen Schimpfereien, natürlich auch zu Tätlichkeiten. Beim Leichenbegängnis des alten Görres Ende Januar 1848 wurde der bestehende Kriegszustand eklatant. Vorher hatte ein Kommers der Alemannen stattgefunden, bei dem wohl die Gräfin Landsfeld und der Minister Berks, aber kein einziger sonstiger Minister, kein einziger Professor der Universität erschien. Fürst Wallerstein hatte erklärt, krank zu sein. Die Alemannen waren noch nicht zwanzig an Zahl und mußten die Übermacht der andern Studenten schwer fühlen. Man wollte sie nicht in den Vorlesungen dulden, man verfolgte sie auf den Straßen. Wo die rote Alemannenhütze erschien, gab es Tumult, Unfug, Körperverletzungen. Der König war aufs äußerste gereizt. Beim ersten Maskenball im Odeon — der König liebte diese Veranstaltungen sehr — erschien außer den Angehörigen des Theaters und des Balletts fast niemand; der Justizminister Beisler, den Ludwig einlud, den Abend bei der Gräfin Landsfeld zu verbringen, stellte sich taub, machte eine tiefe Verbeugung, sagte weder ja noch nein, und kam nicht. Auf dem Hofball vom 27. Januar zog sich der König mit Lola, Berks und Murray in sein Kabinett zum Tee zurück — als die Königin das Souper beginnen lassen wollte, war er dort auf dem Ruhebette eingeschlafen. Die ganze Hofgesellschaft mußte diese unerhörte Rücksichtslosigkeit miterleben. Die Königin dachte jetzt an Abreise; hätte Ludwig seine Absicht, ihren Lieblingssohn, den Prinzen Adalbert, bei Lola einzuführen, verwirklicht, wäre der Bruch dagewesen.

Seit jenem Alemannenkommers war Fürst Ludwig Wallerstein bei der Gräfin in Ungnade gefallen. Der Fürst fühlte seine Stellung wanken und arbeitete nun auf die Katastrophe hin. Er schrieb nach dem Hofballskandal dem König einen Brief, in dem er erklärte, den Wünschen der Gräfin nicht nachkommen und auch nicht bei ihr erscheinen zu können. Der Fürst kämpfte jetzt für ein gutes Andenken. „Meinen Nachfolgern werde ich ein Pferd aufzäumen, das sie nur nach meinen Grundsätzen oder vielleicht gar nicht werden reiten können“, sagte er zu einem, der ihm nahestand, und bewies dadurch von neuem, daß seine Klugheit von seinem Egoismus, dieser aber nur noch von seiner Eitelkeit übertroffen wurde. Mit Beisler und Heres verabredete er, sie wollten auf keinen Fall ihre Entlassung fordern, sondern sie nur gezwungen vom König nehmen. „Ich habe immer gewußt“, fuhr ihn Ludwig laut an, auf einem Balle, „daß Sie wenig sicher sind. Sie versprechen viel, aber Sie halten nichts.“ Und Lola erklärte, sie werde Wallerstein „hinausschmeißen“. „Ou moi ou Louis“, sagte sie zum Könige. Wallerstein klagte dem preußischen Gesandten, „die Affäre sei so schlimm wie Revolution und Radikalismus; die Abreise der Königin würde das Zeichen zur Revolte sein, das Land werde in Flammen stehen⁶⁸⁾“.

Die Gräfin Landsfeld merkte wohl, daß es nun aufs ganze ging. Sie versuchte,

den Prinzen Luitpold und den Bruder der Königin, den Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg, vom Hofe zu entfernen, ebenso die Divisionäre in Augsburg und Ansbach, Prinz Taxis und Graf Pappenheim. „Nur zwei Augen trennen mich vom Throne“, sagte sie. Auf die Herrschaft kam es ihr an, illegitim oder noch besser als Königin. Königin Therese erhielt anonyme Briefe, sie möchte auf der Hut sein. Ihr Leibarzt versorgte sie für alle Fälle mit Gegengiften⁶⁹).

*

Ein Studentenkrawall entschied den Kampf. Am 8. Februar 1848 rempelte der Senior der Alemannen, ein Graf Hirschberg, durch Verhöhnung provoziert, einen anderen Studenten an, schlug ihm eine Ohrfeige und bedrohte ihn mit einem Dolche. Es entstand Tumult; Gendarmen mußten die Alemannen nach den Arkaden des Hofgartens eskortieren. Verhaftet wurde keiner — es hieß, das sei Befehl, keinen Alemannen zu verhaften. Sie flohen in ihre Kneipe, von vielen verfolgt. Der König ermahnte die Studenten zur Ruhe. Da erschien, von den Alemannen durch einen Polizeibeamten zu Hilfe gerufen, die Gräfin Landsfeld auf der Straße, zu Fuß. Sie wird erkannt, umringt, bedroht, flüchtet in die Theatinerkirche. Eine Pistole hat sie gezogen, um sich zu wehren, wird aber am Gebrauch verhindert. Nun kniet sie vor dem Bilde der Madonna; schnell gefaßt, erscheint sie aber bald wieder, mit Pistole und Dolch bewaffnet, ein Alemanne bietet ihr den Arm, und so geht sie stolz in die Residenz, durch die Menge durch, keine Hand rührt sich. Einige pfeifen. Hinter ihr schließen sich die Türen. In der Residenz findet gerade ein Déjeuner dansant statt.

Ein königlicher Erlaß, vom Fürsten Wallerstein gegengezeichnet, schloß die Universität bis zum Winter. Binnen vierundzwanzig Stunden sollten alle nicht in München wohnhaften Studenten die Stadt verlassen. Ein zweites Dekret löste alle studentischen Verbindungen auf. Es hieß, die Universität solle überhaupt nach Landshut zurückverlegt werden; die Gräfin Landsfeld hatte schon einige Tage vorher geäußert, sie müsse an einen andern Ort. Das war nun den Münchner Bürgern zu viel. Sie verstanden nichts von Wissenschaft, aber die Universität gab zu leben. Das Messer- und Gabelinteresse verband sich mit der vorhandenen sittlichen Empörung, die katholische Volksseele sprudelte bajuvarisch hoch. Die Bürger erklärten den Studenten, sie müßten dableiben. Ohne vom Bürgermeister und Magistrat aufgefordert zu sein, versammelten sich viele Bürger auf dem Rathause; scharfe, ja, drohende Worte fielen: der König solle nachgeben, sonst werde Gewalt gebraucht, hieß es. Der Rektor Thiersch, im Begriffe, sein Amt niederzulegen, verkündete, von minutenlangem Lärme unterbrochen, die Schließung der Universität, am schwarzen Brette stand es zu lesen. Mehr als 600 Studenten und Bürger zogen zum Hause der Gräfin Landsfeld, um ihr ein Pereat zu bringen, dann zu Thiersch. Eine Deputation wurde vom Könige empfangen — sie hatte keinen Erfolg. Die Linientruppen, die Lolas Villa bewachen sollten, nahmen kein Bier und keine Lebensmittel von ihr an — wohl

aber von den Nachbarn. Die Bürgergarde hatte sich geweigert, unter die Waffen zu treten, und Lolas Günstling, den Schokoladefabrikanten Mayrhofer, verprügelt. Man fühlte deutlich, wie sich die öffentliche Gewalt lockerte.

Trotz der Bitten der königlichen Familie, trotz eines Fußfalles der Prinzessin Luitpold wollte der König den Befehl, die Universität zu schließen, nicht zurücknehmen. Der Justizminister erklärte jetzt das Dekret für verfassungswidrig und kündigte seinen Rücktritt an. Als die Studenten vor dem Innen- und Kultusministerium demonstrierten, wurden sie von den Gendarmen zerstreut. Einem Studenten stieß ein Gendarm das Bajonett von hinten in den Kopf. Dieser Zwischenfall ward durch das geschäftige Gerücht ins ungemessene vergrößert — die Erbitterung gegen die Gendarmen wuchs. Nun erklärte auch Fürst Wallerstein, seine Demission nehmen zu wollen. Am Nachmittage des 10. Februar erschien die Bürgergarde in Uniform vor der Residenz, verbündet mit Bürgern und Studenten. Offen wurde erklärt, die Linientruppen würden nicht auf die Bürger feuern. Daß „ein Komplott im vollen Wortsinne“ bestand, erklärte Fürst Wallerstein selbst, unmittelbar nach den Ereignissen. Die Einwohner der Nachbarorte, auch von Augsburg, waren zur Hilfe bereit, Waffen und Munition standen zur Verfügung, alles in München vorhandene Pulver war von den Bürgern aufgekauft. Briefe zur Herbeirufung des Kronprinzen waren vorbereitet, die Erklärung der Unzurechnungsfähigkeit des Königs geplant.

Von der Stimmung der Linientruppen machten die Offiziere selbst dem Könige Mitteilung. Es wurden Barrikaden gebaut. Der Gendarmeriekapitän Bauer hat nun, nach dem Bericht des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff, auf direkten Befehl der Gräfin Landsfeld, jedenfalls ohne vorherige Ansage und ohne provoziert zu sein, den Angriff auf Nationalgarde, Studenten und Bürger begonnen. Prinz Luitpold schritt ein, bat, ruhig zu bleiben, und versprach Vermittlung. Auf ihn hörte man; hatte man ihn doch in der Bürgerversammlung statt des Kronprinzen Maximilian als neuen König haben wollen. Da machte Ludwig das erste Zugeständnis: die Universität sollte nur bis Ostern geschlossen bleiben, „wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu meiner Zufriedenheit benehmen“, wie der König sehr großartig dem Magistrat verkündete. Der Gendarmeriekapitän Bauer, eine Kreatur Lolas, wurde suspendiert und verhaftet.

Am Abend gab die Gräfin ein großes Diner, die Champagnerflaschen wurden durch die Soldatenwache vor der Villa getragen; der König erschien im Theater. Der preußische Gesandte, der Rektor Professor Thiersch mußten den Studenten Geld vorschießen für die Abreise.

Die Bewegung konnte nur noch weitergehen, es gab kein Zurück, das Hauptziel war noch nicht erreicht. Am Morgen des 11. Februar erschien in der Residenz eine Deputation der Reichsräte, Fürst Leiningen als Präsident an der Spitze: der König solle die Gräfin Landsfeld ausweisen. Zweitausend Menschen warteten schweigend vor der Residenz auf den Erfolg. Es war kein Zweifel, daß 6000 Bürger von München entschlossen waren, Lola mit Gewalt zu ver-

treiben. In der Morgenversammlung vom 11. Februar hatten sich die Bürger das Wort gegeben, alle für einen Mann zu stehen.

In der Residenz spielte sich nun eine hochdramatische Szene ab. Die Herzogin von Leuchtenberg, des Königs Schwester, beschwor ihn, der Rektor Thiersch legte ein seit lange sorgfältig angelegtes Sündenregister Lolas vor.

Jetzt handelte auch, nach langem Zuwarten, die Königin Therese. Sie machte dem Könige Vorwürfe, packte ihn am Arm, zog ihn durchs Zimmer und beschwor ihn, ein Ende zu machen, nicht Eifersucht treibe sie, im Grunde sei ihr das gleich, er solle aber an sein Seelenheil denken; durch infame Menschen sei er getäuscht und mißbraucht. Der König raste vor Zorn, durchaus nicht umgestimmt; da zog sich die Königin in ihre Gemächer zurück, warf sich auf die Knie und wurde so von Ludwig, der ihr folgte und stürmisch eintrat, gefunden. Wie vor den Kopf geschlagen kehrte er um. So schilderte der Bruder der Königin die Szene dem preußischen Gesandten, mit der Bitte, es keiner Münchener Persönlichkeit weiter zu sagen⁷⁹⁾.

Den Ausschlag hat nun nach Graf Bernstorffs Bericht der Kriegsminister von der Mark gegeben, der dem Könige unter vier Augen erklärte: er sei getäuscht, es handle sich durchaus nicht um eine ultramontane Intrige, seine Ehre sei vielmehr kompromittiert, er, der Minister, könne sich nicht für die Armee verbürgen; wenn der König nicht in die Forderungen willige, werde er sich im Vorzimmer eine Kugel durch den Kopf schießen. Das machte Eindruck. Vier Schwadronen, die von Augsburg herbeordert waren, erhielten auf der letzten Station Gegenbefehl. König Ludwig gab nach. Die Wiedereröffnung der Universität am nächsten Montag wurde von Fürst Wallerstein verkündet. Lola sollte über die Grenze gebracht werden.

Vor der Versammlung der Tausende umarmte dann Wallerstein den Minister Berks und rief: „Ihnen verdanken wir den Entschluß Seiner Majestät, die Gräfin Landsfeld zu entfernen.“ Die Eingeweihten wußten genau, daß das eine Komödie war. Warum der Fürst sie spielte, ist unklar. Wollte er den hundertfach kompromittierten Berks durch eine Unwahrheit rehabilitieren? Wollte er ihm den Rückzug zu Lola verlegen und ihn festmachen für die Entscheidung? Wollte er ihn beim König und bei Lola verderben?

Durch ihre Spione gewarnt, hatte Lola noch vergebens Versuche gemacht, zum Könige vorzudringen; schon stieg das Volk von allen Seiten über die Mauern in den Hof ihrer Villa und bedrohte sie mit Steinen; der Polizeidirektor überbrachte der Gräfin den Befehl des Königs, Stadt und Land zu verlassen — da begab sie sich sofort auf die Flucht, ohne Geld, ohne Schmuck. Die Gendarmen, die sie arretieren sollten, fanden die Villa leer. Ein allgemeines Vivat erfüllte die Straßen. In der Dankadresse der Reichsräte an den König hieß es taktvoll, Ludwigs freier Wille sei ihrer Bitte zugekommen. Das Volk verwüstete die unteren Räume der Villa in der Barer Straße; als der König, zu Fuß wie gewöhnlich, dorthin kam, wurde er ins Gewühl hineingerissen und von

einem Stein am Arm getroffen. Peinlich genug, versuchte er vergebens, durch Anrede an das Volk in die Verwirrung einzugreifen, dann kommandierte er selbst die Truppen, um die Straße freizumachen.

Lola war in dieser Nacht zuerst in Hesseloh, dann in der Blauen Traube, einem Gasthause bei Sendlingen, dann in München gewesen, wo sie bei Freunden verschlossene Türen fand. Zuletzt ging sie nach dem Schlosse Blütenburg bei Nymphenburg. Den Krondomänenpächter Schäfer wollte sie, die Pistole in der Hand, zwingen, sie nach München zurückzubringen. Er blieb aber standhaft und holte eine halbe Eskadron Kürassiere herbei. In Lolas Begleitung befand sich ein Alemanne namens Beisner, mit dem sie von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr das Schlafkabinett teilte. Der Pächter erklärte sich bereit, diese Tatsache zu beeidigen, wurde auch wenige Tage danach vom Könige empfangen, der seine Schilderung als Verleumdung bezeichnete. In Blütenburg fiel die Äußerung⁷¹): „Je veux maintenant la couronne“, und die Drohung, die Residenz solle nach Nürnberg verlegt werden. Den König nannte sie einen Feigen und Elenden. Die Abschrift eines Briefes der Gräfin Landsfeld an Baron Seefried aus Hesseloh, die Graf Bernstorff seinem Berichte beifügte und sich bei den Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin befindet, enthält die Schlußsätze:

„Lisez cette lettre à la Majesté. La seule chose pour sauver son honneur après avoir cédé au peuple quand il (le Roi) était dans son droit, c'est de faire justement sa Résidence à Nuremberg.“

Wenige Tage vor der Katastrophe war dem Könige etwas Seltsames begegnet. Auf der Ludwigstraße gingen die Töchter des verstorbenen Ministers Grafen Montgelas an ihm vorbei. Die eine, die geistig verwirrt zu nennen war, rief ihm nach: „Der Todesengel ist hinter Ihnen!“ Ludwig tat, als ob er nichts verstanden habe, verließ aber sofort die Promenade. Nicht sein leiblicher Tod war damit prophezeit. Es war vielmehr die Revolution, die hinter ihm stand; der erste Ausbruch in Deutschland, früher als die Februarrevolution in Paris, hatte sich nun in München ereignet.

Als Ludwig die Nachricht von der Januarrevolution in Neapel erhielt, sagte er: „Das kommt, wenn man schlecht regiert.“ Was sollte man nun von den bayrischen Ereignissen denken? Graf Bernstorff urteilt: „Der Volkswille ist durch materielle Gewalt dem Souverän aufgezwungen worden. Das Prinzip der Moral und Ordnung befand sich nicht auf seiten des Thrones, sondern des Volkes.“ Der russische Gesandte Severin berichtete: „Der König ist immer schlecht informiert und will nicht besser informiert werden“; er habe nachgegeben, aber „avec le désir de la réaction et de la vengeance“; die königliche Gewalt sei von einem tödlichen Schlage getroffen — nur an ihren Krämpfen merkt sie ihr eigenes Leben — das Heilmittel sei schlimmer als das Übel⁷²). Daß die Zugeständnisse freiwillig gegeben worden seien, bezeichnet Bernstorff als „offizielle Lüge“⁷³).

Das Urteil des österreichischen Gesandten Freiherrn v. Brenner stimmt damit

völlig überein. „Unmöglich aber konnte das tägliche Schauspiel des Ärgernisses solange fortwähren, ohne das monarchische Gefühl der Menge teils aufzuregen, teils abzustumpfen, und wenn auch die verschiedenen Klassen der Bevölkerung bei gelegentlichen Konflikten zumeist einen ehrenhaften passiven Widerstand zeigten, so ist doch der Zwang, dem namentlich alle von der Krone abhängigen Personen ausgesetzt sind, eine verderbliche Art von Korruption, welche ebenso sehr das Ansehen der Krone schmälert, als sie die allgemeine Sittlichkeit untergräbt“, schreibt er am 3. Januar. Und am selben Tage: „Während die Zeitideen unaufhörlich an Boden gewinnen, scheint man hier von Tag zu Tag zu regieren.“ Und nach der Katastrophe: „Obwohl in den drei Tagen nur wenig Blut geflossen ist, so hat die Bewegung und ihr Ergebnis doch vollständig den Wert einer Revolution . . . Das Volk ist in diesen Tagen um zwanzig Jahre reifer geworden⁷³⁾.“

Von dem unglücklichen Könige Ludwig läßt sich nicht dasselbe sagen. Er glaubte lediglich ein Opfer der „Jesuiten“ zu sein. Zum Grafen Poggi, dem Intendanten der königlichen Kapelle, sagte er: „Triumphieren Sie nicht zu früh! Sie sind auch ein Jesuit. Ich mag Jesuiten nicht.“ Den Redemptoristenorden in Altötting wollte er jetzt auflösen — der König hatte ihn seinerzeit auf Ruf und Widerruf eingelassen, wie in seinem Reskript stand. Der Beschluß des Ministeriums des Innern war aber vorbehaltlos gewesen. Wieder zeigte sich, wie Abel in solchen Fragen den König zu hintergehen mußte. Es erhob sich nun die Streitfrage, ob die Redemptoristen überhaupt entfernt werden konnten. Sie wollten natürlich bleiben — trotz der hohen Pensionen, die Ludwig anbot.

Dem Grafen Arco-Valley drohte schon vorher ein Verfahren wegen Hochverrats, weil er gesagt hatte, der König müsse unter Kuratel gestellt werden; nun hatte er nach Lolas Entfernung zum Zeichen der Freude fünftausend Gulden an die Armen verteilen lassen, unter dem Vorwande eines Gelübdes. Er hatte auch am 10. Februar Boten aufs Land geschickt, um die Bauern aufzurufen. Jetzt wurde ihm der Hof ohne Angabe von Gründen verboten. Der kirchliche Hofadel, bei dessen „Verschwörung“ gegen Lola er der Führer war, — so drückt sich der russische Gesandte aus — mußte tief gekränkt sein; und auch die Reichsräte berieten erregt über diese einem ihrer Mitglieder angetane Kränkung. Zwar schickte der Graf dem König seinen Kammerherrnschlüssel nicht zurück, aber die Gräfin verzichtete auf ihre Stellung als Palastdame. Da der Graf sehr wohlthätig war, so herrschte in den armen Schichten schwere Besorgnis, er möchte die Stadt ganz verlassen.

Der Kapitän der Schloßgarde Baron Deuxponts wurde suspendiert und gleichfalls vom Hofe verwiesen; der als neurömisch geltende Akademiepräsident v. Freyberg wurde entfernt und durch Thiersch ersetzt. Den hauptsächlichsten Grund der Bewegung wollte eben der König nicht erkennen. Ein sehr ruhiger Staatsmann sagte zu dem württembergischen Gesandten: „Rex mente captus est.“

Bis dahin war der König nach Art der Ehemänner mit schlechtem Gewissen voller Aufmerksamkeiten für die Königin gewesen; nun machte er ihr bitterböse Szenen, weil sie mit dazu gewirkt hatte, daß er sich dem Wunsch der Masse fügte. Wiederholt ging der König in die Villa in der Barer Straße, half Lolas Kammerfrauen beim Packen ihrer Schmucksachen und Effekten und verließ tieftraurig das Haus. Seine Korrespondenz, die er gern an sich genommen hätte, war freilich verschwunden. Murray hatte sie wohl mitgehen heißen — er ließ sich seit dem 9. Februar nicht mehr blicken. Einen sehr üblen Eindruck machte der offizielle von Berks verfaßte Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 23. Februar, in dem Lolas Entfernung als freiwillige Handlung des Königs dargestellt war; er habe ihr nur „geraten“, München zu verlassen, sie könne gar nicht ausgewiesen werden. Die Redaktion hatte ihn acht Tage lang liegen lassen, wollte ihn überhaupt nicht bringen, wohl schon deshalb, weil sie am 15. und 16. Februar einen aktenmäßigen und sehr wahrhaftigen Bericht von Thiersch über die kritischen Tage veröffentlicht hatte. Aber der König bestand unbedingt darauf.

Alle Parteien und Klassen waren sich einig in dem Wunsche, daß durch Erlangung gesetzlicher Garantien die Wiederkehr der erlebten unmöglichen Zustände und Übergriffe verhindert werde. Die Münchner Revolution war eine elementare demokratische Bewegung gegen die monarchische Willkür eines Einzelnen. König Ludwig hatte im Augenblicke nachgegeben — sofort bereute er aber den Schritt und versuchte durch verdoppelten Eigensinn seine Stellung wiederzugewinnen. „Ich bin ein sanfter und gnädiger Herr gewesen, jetzt werde ich ein strenger König sein“, sagte er. Zum Bürgermeister von München äußerte er: „Die Bürger haben sich schlecht aufgeführt — sie haben viel gut zu machen. Undankbares Volk — haben mir das Herz zerfleischt.“ Den Rektor Thiersch, der den Geist der Ordnung bei den Studenten erwähnte, fertigte er ab: „Will nichts von Universität wissen. Will ich etwas davon wissen, werde ich Sie schon fragen.“ Um den Münchnern seine Ungnade zu zeigen, ging Ludwig mit dem Gedanken um, wenigstens das Oberappellationsgericht nach Nürnberg zu verlegen.

Niemand konnte glauben, daß der König mit der Gräfin Landsfeld wirklich und ehrlich gebrochen habe. Lola war unter dem Namen einer Mrs. Bolton über Lindau nach der Schweiz abgereist; ihr Paß war nach Palermo visiert⁷⁴). Der König plante, sie in der Schweiz abzuholen und mit ihr nach Sizilien zu reisen.

Man begriff, daß die politische Bewegung weiter gehen mußte. Ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit wurde verlangt, die Minister sollten auf die Verfassung vereidigt werden; Fürst Leiningen verhandelte darüber mit den Ministern; aber die Reichsräte glaubten es nicht beantragen zu können. Fürst Wallerstein hatte mit großem Geschick die revolutionären Ereignisse benutzt, um seine Stellung zu befestigen. „Das haben wir gerade gebraucht“, sagte er zu Thiersch, „jetzt muß sie gehen.“ Er ermutigte geradezu zum Tumult. Die Erbitterung der Öffentlichkeit richtete sich verdientermaßen vor allem gegen Berks.

An ihm hielt aber der König fest, er sah in ihm die Brücke zur Lolazeit. Ein zweideutiges Spiel ist aber doch wohl von Berks gespielt worden. Lola nannte ihn Verräter, Wallerstein nannte ihn den größten Schurken auf der Welt — in offener Magistratssitzung wurde er als „Hurenminister“ bezeichnet. Außer seiner Absetzung verlangte die Bürgerschaft auch die Entfernung des Polizeidirektors und die Auflösung der verhaßten Gendarmerie. Eine städtische Garde sollte eingeführt werden und dem Magistrate unterstehen. Eine „Proskriptionsliste“ von 33 „Lolianern“ kursierte in der Stadt — ihre Entlassung und Entfernung wurde gefordert. Die Villa in der Barer Straße sollte dem Erdboden gleich gemacht werden, hieß es. Die sonst so beliebte Bühnenkünstlerin Madame Denker wurde im Theater als Lolas Freundin schmäählich ausgepöfien. Auch die Straßenpoesie tobte sich von Herzen aus. Frei nach Schiller wurde das Mädchen aus der Fremde „Zur Erinnerung an den 11. Februar“ neu und herzlich besungen:

„In einem Tal bei frommen Hirten
Erschien im letztvergangnen Jahr,
Als noch die Fledermäuse schwirrten,
Ein Mädchen keck und sonderbar.
Sie war in Landsfeld nicht geboren,
Man wußte nicht, woher sie kam —
Die Jesuiten viel verloren,
Sobald der Abel Abschied nahm. . . .

Sie teilte jedem eine Gabe,
Dem Küsse, jenem Schläge aus.
Der Jüngling und der Greis am Stabe —
Ein jeder ging verblüfft nach Haus. . . .

Und aus dem Tale dieser Hirten,
Entfloh am elften Februar,
Als stolze Fensterscheiben klirrten,
Das Mädchen keck und sonderbar.“

Witziger war etwa ein Leipziger Produkt: „Münchener Fliegenblätter — Humoreske aus den Februartagen 1848“ (Leipzig 1848, bei Ignaz Jackwitz), in dem ein Wettkampf zwischen einem Guckkastenmann und einem Drehorgler geschildert ist. Der Ort ist ein Berliner Weißbierklub, und die Sprache ist echt berlinisch. Da liest man: „Eeene janze Stange Weißbier man noch?“ „Schafskopp, wer spricht denn hier von eener kühlen Blonden?“ . . . „Als sie aber Jräfín und jeadelt worden is, da hat sie alle diese schlagenden und peitschenden Untugenden abgelegt un sich bloß mit rejierender Liebe und Jüte abgeben wollen . . ., wie das Standespersonen anjeboren wird⁷⁵⁾.“

Die Broschüre „Bericht aus München über die Ereignisse vom 9., 10., 11. Febr. 1848“ wurde zu Tausenden auf der Straße verteilt. Die Mittel kamen dazu vom klerikalen Hofadel.

Für kompromittiert durch die Februartage galt nun auch der englische Gesandte Milbank — Fürst Leiningen, der ihm immer kritisch gegenübergestanden hatte, zog sich von ihm zurück. Seine diplomatischen Kollegen machten sich die boshafte Freude, ihn nach dem Verbleib seines Freundes Murray zu fragen. Lord Palmerston erteilte ihm dann auch eine Lektion. Dem neapolitanischen Gesandten Marchese Pallavicini gelang es in diesen unruhigen Übergangswochen, den König etwas zu zerstreuen: Der König von Neapel werde, sagte er, Sizilien verlieren, Sizilien brauche einen König aus katholischem Hause — ob nicht Prinz Adalbert in Betracht käme? Das begeisterte König Ludwig — eine zweite Sekundogenitur für Bayern, der erste Sohn als König von Griechenland, der zweite nun als König von Sizilien! Lola war für den Augenblick vergessen.

Es ist schwer begreiflich, daß König Ludwig Berks nicht entließ — manches wäre dadurch zu retten gewesen. Schickte er doch den Kriegsminister von der Mark weg, weil der nicht dreißig Offiziere in die Provinz versetzen wollte, und nahm sich den vierten Kriegsminister in wenigen Monaten! Berks blieb. Von Abdankung war wohl gesprochen worden — König Ludwig, der von neuen Kronen für sein Haus träumte, wollte jetzt mehr als je König bleiben. Der Kronprinz Max schrieb seinem Vater, er habe zuviel zugestanden, und zeigte sich sehr erregt über die Einbuße der Krone an Autorität. Der einflußlose unpopuläre Kronprinz konnte durch eine solche Meinung nicht an Ansehen gewinnen. Am 10. Februar hatte Prinz Luitpold eine Stafette nach Würzburg geschickt, der Kronprinz möge kommen. Die Relais auf allen Stationen zwischen Würzburg und München waren schon vorbereitet — da erhielt der Kronprinz von seinem Bruder Luitpold eine zweite Botschaft: er möge nicht reisen. Wie Graf Degenfeld dem Könige von Württemberg schrieb, gaben sich alle Beteiligten das Wort, über diese Vorgänge zu schweigen, um den Prinzen Luitpold nicht zu kompromittieren. Es sah ja wirklich beinahe so aus, als wolle Prinz Luitpold die ihm günstige Volksstimmung dazu benutzen, um selbst König zu werden. Der preußische Gesandte Graf Bernstorff hatte recht, wenn er schrieb: Die bayrische Dynastie ist in ihren legitimen Grundlagen ernstlich bedroht⁷⁶).

Zwischen Bayerns deutscher Kulturmission und seinem klerikalen Primat bestand an sich schon ein gewisser Gegensatz; die Erschütterung seines Königtums durch die revolutionäre Bewegung im Februar stellte nun alles in Frage.

Vierter Abschnitt

Die Kleinstaaterie

*Gott sei Dank, daß uns so wohl geschah:
Der Tyrann sitzt auf Helena!
Doch ließ sich nur der eine bannen,
Wir haben jetzt hundert Tyrannen . . .*

Goethe

In Österreich steckte Europa, in Preußen steckte Deutschland — ein Stück Europa, ein Stück Deutschland gewiß, aber gerade darum zitterte hier politische Spannung, darum wob sich hier politisches Schicksal. Bayern war ein großer Staat und doch kein Großstaat; Bayerns Kraft lag im Format, nicht im Geist; besonders deutsch war es auch darin, daß es mehr hinderte als schuf. Bayern spielte gern das Spiel mit den großen Herren — und dann zeigte es immer am deutlichsten, daß es eigentlich doch zur Kleinstaaterie gehörte.

Die Kleinstaaterie war nun das wahrhafte deutsche geschichtliche Schicksal im 19. Jahrhundert — sie schrie nach Revolution, und hier konnte Revolution allein noch helfen. Ob sich das nun Königreich, Fürstentum oder Freie Stadt nannte, nicht auf ein paar Quadratmeilen mehr oder weniger, nicht auf ein paar tausend Seelen diesseits oder jenseits kam es an: die Kleinstaaterie war ein politisch-seelischer Stil. Von „Mittelstaaten“ darf man nicht sprechen — das ist ein Begriff irreführender Höflichkeit. Nur Bayern war, europäisch angesehen, ein Mittelstaat. Das andere waren Kleinstaaten, Zwergstaaten, Staatensplitter, staatsgewordene Güter. Die Kleinstaaterie wurde im alten Kerndeutschland die beherrschende Daseinsform. Daß ein Deutscher seine Mühle im Tal, die Zwiebelspitze seines Dorfkirchturms, den Brunnen auf seinem Marktplatz, die Gassen an seinem heimatlichen Strom, den buckeligen Giebel seines Elternhauses liebt, das war immer so, es war recht so, es mußte und sollte so bleiben. Deswegen brauchte aus diesem Deutschen doch kein Lakai von hundert Durchlauchten und kein Spießier von tausend Krähwinkeln zu werden. Man weiß es: der große Souveränitätsdünkel der vielen kleinen Herren vergiftete die alte deutsche Freiheit. Im Reiche von ehemals hatte es aber über all den Hoheiten, Hochwürden und Erlauchten, über kurfürstlichen, herzoglichen und sonstigen Gnaden doch noch den Kaiser gegeben, dessen große Majestät sie alle klein machte. Nun war auch die Majestät etwas Billiges geworden, sogar die Hoheit der Großherzöge hieß Königlich — in-
folge eines Irrtums¹⁾, als einziges Überbleibsel der feierlichen Heiligkeit der Frankfurter Kaiserwahl und -krönung gespensterte ein Kurfürst noch im Deutschen

Bunde, der sonst doch so international, so diplomatisch, so vernünftig modern sein wollte. Kleine Herren mit großen Titeln, kleine Residenzen mit großen Schlössern, kleine zusammengestückte, durch sinnlose Grenzen abgeteilte Länderketten mit großem Apparat an Bürokraten und Soldaten, kleine Würdenträger mit großen Manieren, kleiner Geist und große Mäuler, kleine Seelen und große Ordenskreuze: so sah das Leben der Kleinstaaterie aus. Zwischen die Heimat und das große Vaterland schalteten sich politische Scheingebilde ein, die nun Kraft und Hingabe, Verehrung und Selbstgefühl Gutgläubiger für sich in Anspruch nahmen. Bürger und Bauern sollten sich da hineinfinden. Die meisten konnten es, weil sie mußten — denn Arbeit, Handel, Besitzstand, kurz die „Nahrung“ waren doch abhängig von Gnade, Gunst und Macht. Zwischen Lakai und Bürokrat, zwischen Soldat und Gendarm, zwischen Büttel und Richter waren die Unterschiede schmerzlich gering. Es herrschte die Stimmung der gemütlichen Brutalität: man konnte es ganz gut und nett haben, wenn man parierte, man konnte satt werden und schließlich auch eins trinken, wenn man den Landesvater dabei leben ließ, man konnte kretschten und schimpfen, wenn man nur den Buckel krumm machte im Ernstfalle; man kam schwer hoch, mancher ging auch zugrunde, wer aber dem Richtigen lieferte, wer sich mit einem Hochmögenden versippte, wer mehr auf die Zunft schwor als auf das Werk, wer nichts Unnötiges las und den Obern ihre Gottähnlichkeit glaubte — ja, dem konnte es nicht fehlen! Und doch gab es nun gefühlsrohe Leute, denen diese Wichtigmacherei, dies gravitatische Regieren und Salbadern, dieser ganze dekorative Tand und Quark ein Ekel wurde, die aus den Klüngeln und Cliquen, aus dem Klatschen und Raunzen, aus der Hof- und Schulmeisterei, aus der Kirchen- und Polizeischikane heraus wollten. Ein besseres Deutschland, ein freies, starkes, einheitliches, ein neues großes Vaterland in einer neuen großen Welt: niemand hat es so unter Wut und Tränen ersehnt wie der Deutsche aus dem Deutschland der Kleinstaaterie.

*

... „Unter allen Rheinlandfürsten hatte sich wohl keiner mehr über die gewonnene Souveränität gefreut und dieselbe im vollen Glanze der Königswürde in so großartigem Stile ausgebeutet als König Friedrich von Württemberg“, schreibt ein sehr kundiger zeitgenössischer Beobachter²⁾. Im Gegensatz zu Bayern, wo der vorherrschende Volksstamm dem Staate den Namen gegeben hatte, trug dieses neue Gebilde den Namen eines schwäbischen Dynastengeschlechtes, das es nun vom Grafen zum Herzog, vom Herzog zum König gebracht hatte. Ein schwäbisches Königreich war entstanden, aber kein Königreich Schwaben: denn es gab Schwaben bei allen Nachbarn des Staates Württemberg. Und am schmerzlichsten für die sonst ziemlich abgerundete politische Gestalt waren die Fürstentümer der Hohenzollernschen Nebenlinien, die als gewichtige Enklave das ganze Donaugebiet zerschnitten. Aber das Haus Württemberg freute sich des Errungenen, gerade im Bewußtsein seiner bescheidenen Herkunft: wollte doch König

Friedrich eigentlich gar nicht zum Deutschen Bunde gehören, aus Furcht, so in der „Souveränität“ beschränkt zu werden; erst am 1. September 1815 wurde der Beitritt vollzogen.

Der neue König, Wilhelm I. (seit 1816), ist wohl eine der merkwürdigsten Gestalten der damaligen deutschen Fürstenwelt. Als Heerführer hatte er sich recht anständige Lorbeeren geholt und besonders bei Montereau gegen den großen Kaiser Napoleon selbst seinen Mann gestanden. Seine Schwester war die Gemahlin König Jeromes, aus der napoleonischen Zeit und Stimmung kam er nie ganz heraus. Seine zweite Gemahlin war die Schwester der Kaiser Alexander I. und Nikolaus I.; sein Sohn heiratete auf seinen Wunsch die Großfürstin Olga, Tochter Nikolaus' I. Wie staunten die guten Stuttgarter, als die russische Aussteuer in neun Frachtwagen und fünf verpackten Equipagen anlangte, alles mit Blumenkränzen behangen³⁾! Der König gab sich später wohl den Anschein, als sei ihm die Heirat unerwünscht gewesen, zum Erstaunen des wohlorientierten jungen Prinzen Friedrich von Baden⁴⁾. Diese russische Verwandtschaft gab dem Könige politischen Halt und gewisse Wirkungsmöglichkeiten, die der Vielgeschäftige gerne benutzte. 1814/15 hatte er zu denen gehört, die das Elsaß zurückverlangten; als Oberbefehlshaber einer deutschen Bundesarmee träumte er sich gerne, denn die Pose des treuerherzigen Soldaten war ihm unter allen die liebste. Er war ein falscher Biedermann, ein Gschäftlhuber, den der Teufel ritt, immer und überall zu diplomatisieren und zu intrigieren, der durch seinen persönlichen Scharm auch manchen augenblicklichen Erfolg errang, der auf die Dauer aber zu nichts kommen konnte, weil er mit unwirscher Naivität die andern immer für dümmer hielt als sich selbst, und vor lauter Pläne- und Ränkeschmieden nicht merkte, daß er durchschaut wurde. So wollte er politisch meist das Entgegengesetzte: gerne wäre er ein recht moderner Fürst gewesen und suchte den Geruch liberaler Denkweise — hart- und dickköpfig sah aber sein Handeln despotischem Gehabe verzweifelt ähnlich. Vom „reinen“ Deutschland zu träumen, gegenüber den Großmächten, liebte er sehr — sich dafür aber mit dem benachbarten Bayern zu vertragen, war ihm unmöglich. Von Österreich hielt er nicht viel und freute sich, Metternich zu ärgern; Preußen aber eine ehrliche Stütze zu sein, wäre ihm schmachvoll erschienen. So sprach er mancherlei vom Deutschtum und vom Fortschritt — nur eines aber meinte er stets ehrlich dabei: Württembergs Vergrößerung. Was er für die Landwirtschaft und für die Volksschule, für ein gesundes Steuerwesen und für den Zollvereinsgedanken getan hat, war zumeist recht und gut — auch das geschah auf eine bürokratisch-heftige Art, doch es geschah. Sein schönes Land war ihm zu klein und einfach; größeres glaubte er sich vorbehalten: Stab und Lorbeer eines deutschen Feldmarschalls, ja die kaiserliche Krone wäre ihm genehm gewesen. Am 15. November 1848 übersandte der preußische Gesandte in London Bunsen seinem Minister Canitz „das seltsamste Aktenstück, das ihm je vorgekommen“: der König von Württemberg kramte da dem englischen Gesandten alles aus, was er durch das schmeichelhafte Vertrauen

des Kaisers von Rußland und seiner russischen Schwiegertochter über Rußlands Politik weiß oder zu wissen glaubt, und prophezeit den bevorstehenden Zerfall Preußens und des Deutschen Bundes: Rußland und Frankreich werden sich, so hieß es, die Türkei teilen, und bei der Gelegenheit vergrößert sich Deutschland nach Osten und Westen⁵⁾. — Wie schadete doch dem deutschen Namen solch pfuschender und klatschender Ehrgeiz kleinfürstlicher Herkunft!

Kostbar und sonderbar, mehr als andere, war dieses kleine Königreich Württemberg, und es wäre genug gewesen für den Tätigkeitsdrang auch eines bedeutenderen Fürsten. Weinbauern und Reichsstädter, Hofbedienstete und Universitätsverwandte, Höfler von der Alb, Obstpflanzer und Ackerbürger vom Kocher, Untertanen vormals von Reichsfürst und Reichsfreiherr, von Fürststab und Deutschem Orden, alles aber von der Donau bis zum Neckar rechte Schwaben, nur wenige Franken im Norden und Alemannen im Süden — also echte Menschen vom begabtesten deutschen Stamm: ernster beschwert als die Franken, herber, kerniger als das Gemisch der Rheinebene, klüger und feiner als die Bayern, bewegter, beschwingter als die Niedersachsen, gerader und zäher als die Obersachsen. Das Volk der Käuze und Grobiane, der Glaubenseiferer und Versedrechsler, das Volk der vorsichtigen unermüdlichen Tatkraft, in Nachbarfehden zersplittert und zerzankt, in seinem Besten aber einig und überraschend an Kraft und innerem Reichtum, das Volk, das die wunderlichst geschnitzten Murrköpfe und Sauertöpfe, Kreuzschläger und Quertreiber, Kampfhähne und Lästermäuler, Vaganten und Pfahlbürger hervorgebracht hat, dem aber ebenso sehr dichterisch lebendigste Gestaltung, gedanklich tiefste Erkenntnis erreichbar war. Die Schreiber waren hier schreibseliger, die Schulmeister wissensstolzer, die Pfarrherren wortgewaltiger, die Advokaten rechthaberischer, die Bauern geiziger, die Kaufleute raffiger als sonstwo in Deutschland, ein Fremder kam niemals recht hinein und wurde keinesfalls fertig. Aber gekonnt und geschaffen wurde etwas hier, gebastelt und geschmiedet, gerodet und gepflanzt, gebaut und gerichtet; Stolz auf das Rechte und Sinn für gleiches ehrliches Spiel war eingewurzelt — staatsbürgerliche Arbeit, freie deutsche Gesinnung mußte hier aufblühen.

Es gab starke Hindernisse. Das altwürttembergische Landschaftswesen hatte sich ungebrochen bis ans 19. Jahrhundert erhalten; die Herren Stände pochten auch jetzt wieder nach 1815 auf ihr „gutes altes Recht“ — es waren die Honoratioren, die gewohnt waren, Macht und Stellen, besonders auch die Kirchenpfründen unter sich als einer großen „Kanzleiverwandtschaft“ zu verteilen. Wer nicht zu dieser mächtigen Familie von Amtsleuten, Schreibern und Geistlichen zählte, war eben niederes Volk und mußte aufblicken zu den Privilegierten. König Friedrich hatte das alte System als System zerschlagen; es meldete sich wieder, als eine neue Verfassung für Gesamtwürttemberg geschaffen werden sollte, und gegenüber der monarchischen Gewalt vereinigte sich altständischer Geist und moderne konstitutionelle Doktrin zu einer bedrohlichen Angriffsfront. Die endgültige Verfassung von 1819 brachte es fertig, beide Tendenzen zurück-

zudrängen zugunsten der Krone und ihrer neuen Bürokratie. In geschickter Weise waren gegenüber den ständischen Ansprüchen die liberalen Zeitgedanken, gegenüber den liberalen Zeitgedanken die Bundesakte und die Karlsbader Beschlüsse, gegenüber dem System Metternich wieder die Souveränitätsrechte der Krone ausgespielt worden. Weder die Partei der Altrechtler, noch die Partei der Liberalen, noch die Partei der „Bürgerfreunde“ (Gegner des Beamtenregimentes) hatte sich durchgesetzt. So fiel die neue württembergische Verfassung lange nicht so liberal aus wie die badische und bayrische: neben die erste Kammer der Standesherren trat in der zweiten eine Gruppe von 23 Mitgliedern, die sich aus dreizehn von ihren Standesgenossen gewählten Rittersn, sechs protestantischen Prälaten, drei katholischen Geistlichen und dem Universitätskanzler zusammensetzte; dieser Gruppe gegenüber blieben die vom Volke gewählten Abgeordneten von vornherein in der Minderheit. Eine wahre Beamtenarmee flutete aber nun über das kleine Land — alte Mißstände wurden damit jetzt im Interesse der Krone erneuert und so allem Sondergeist gegenüber ein gesamtstaatlicher Machtapparat geschaffen. In seiner berühmten Petition an die Abgeordnetenversammlung von 1821 sagt Friedrich List: „Wo man hinsieht, nichts als Räte, Beamte, Kanzleien, Amtsgehilfen, Schreiber, Registraturen, Aktenkapseln, Amtsuniformen; Wohlleben und Luxus der Angestellten bis zum Diener herab. Auf der andern Seite Unwert der Früchte, Stockung der Gewerbe, Fallen der Güterpreise, Klagen über Geldmangel und Abgaben — Steuerpressen, Gantungen (Versteigerungen), bittere Beschwerden über unredliche Magistrate, gewalttätige Beamte, geheime Berichte, Mangel an Unparteilichkeit der Obern; Jammer und Not überall.“ In vierzig Punkten hatte List dann ein ganz modernes Staatsverwaltungssystem entwickelt — auf Grund einer Denunziation kam der Petitionsentwurf der Staatsregierung zur Kenntnis, List wurde von seiner Abgeordnetenstellung suspendiert, völlig widerrechtlich, dann zu verschärfter Festungshaft verurteilt, wodurch er des Wahlrechts beraubt und jeder öffentlichen Dienstleistung für unfähig erklärt war.

Der Listsche Prozeß beweist, wie schwer sich ein wirkliches Verfassungsleben in Neuwürttemberg entwickeln konnte. Daß dem tapferen Manne im Laufe der Untersuchung als Zwangsmaßregel bis zu 25 Stockprügel angedroht worden waren, zeigte zudem noch die furchtbare Rückständigkeit der Rechtspflege.

Es herrschten in Württemberg der König und die Schreiberkaste. Die Kosten der Heimführung einer Prinzessin bewilligte die Kammer bei verschlossenen Türen in Höhe von 128000 Gulden! Der Militäretat nahm den vierten Teil aller Staatseinnahmen in Anspruch. Dabei war das Armeekontingent niemals der Stärke nach einem Armeekorps gleich — trotzdem gab es drei Divisionsstäbe und sieben Brigadestäbe, im ganzen zehn Offiziere in Generalsrang. Bei der ausgesprochenen militärischen Liebhaberei des Königs wagte die Kammer nur zaghafte Anstände, die Regierung nahm aber nicht einmal darauf Rücksicht. Das Landwehrgesetz von 1843, das Ersparnisse bringen sollte, blieb bedrucktes Papier.

Der Widerwille der alten Reichsunmittelbaren gegen die neugebackene Königskrone, die natürliche Eifersucht auf ein emporgekommenes Dynastenhaus, das nicht besser war als andere, wirkte sich in der ersten Kammer mehr als passives frondierendes Schmollen denn als aktive politische Betätigung aus. Fortschrittlich war die andere Opposition in der zweiten Kammer, die trotz aller Einschränkungen, von Uhland, Pfizer, Römer, Schott geführt, tapfer ihre Fahne entfaltete. Nach der Revolution von 1830 hatte sie ihre großen Jahre — daß sie angesichts der Ungunst der Zeit und gegenüber der geschickten Manier der Bürokraten, durch materielle Fürsorge die Stimmung im Volke zu beschwichtigen, 1839 auf weitere Mandate zunächst verzichtete, war menschlich begreiflich, aber politisch doch ein Fehler. Krone und Schreiberkaste triumphierten einstweilen. Gegen mißliebige Personen wurde bei den Wahlen rücksichtslos der ganze Regierungsapparat aufgeboten — vom Oberamtmann und Oberamtsrichter bis zum Dekopisten, Weginspektor und Bettelvoigt. Geistlichen und Postbeamten wurde Wahlbeteiligung im opponierenden Sinne ausdrücklich verboten. Uhland gab sein Amt als Hochschullehrer auf, weil ihm der Urlaub zur Kammer verweigert wurde. Wer als Demagog galt, der hatte entschlossene Verfolgung zu gewärtigen, und zwar nicht etwa nur Freiheitsstrafe, sondern als Strafverschärfung eben auch körperliche Züchtigung; denn, wie der Justizminister v. Prieser 1843 dem Landtage so schön entwickelte: den Bestrebungen der Demagogen liegen in der Regel niedrige, entehrende Motive zugrunde, sie nehmen die Maske der Verteidiger des Volkswohles vor, um ihre eigene Selbstsucht zu verbergen! Wie bar jeder sozialen Gesinnung mußte eine Rechtspflege sein, wenn etwa eine arme Frau wegen eines Apfeldiebstahls im Werte von fünf Kreuzern als rückfällige Verbrecherin zu drei Jahren und vier Monaten Arbeitshaus verurteilt werden konnte!

Auch Paul Pfizer hat in Ungnaden aus dem Staatsdienst scheiden müssen. Sein „Briefwechsel zweier Deutscher“, der ja besonders in der zweiten Auflage nur bedingt für ein preußisch-deutsches Reich eintrat, zog ihm den scharfen Tadel des Justizministers v. Maucler zu. Als die Stadt Tübingen Pfizer wiederwählen wollte, drohte die Regierung, kaum verblümt, die Universität wegzuverlegen. Der begonnene Bau der Anatomie wurde bereits eingestellt. Der König machte die Eröffnung des Landtages davon abhängig, daß Pfizer nicht an ihr teilnahme!) Robert Mohl mußte seine oppositionelle Haltung in der Kammer, seine scharfe Kritik an den Verwaltungsmißständen mit Wegversetzung von der Universität an die Kreisregierung in Ulm unter allen Zeichen der Ungnade büßen: er habe das Vertrauen der Regierung verloren. Die Universität war bei diesem Schritt überhaupt nicht gehört worden. Mohl schied infolgedessen freiwillig aus dem Staatsdienste aus; kurz darauf bekam er den Ruf nach Heidelberg.

Um ihre „Bundespflichten“ zu erfüllen, übte die Regierung eine wahrhaft willkürliche und bis zur Sinnlosigkeit ungerechte Zensur aus. Harmlose, ganz unbestreitbare Tatsachen wurden als unwillkommen ausgemerzt. 1847 stellte er den Antrag, eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeizuführen,

ob das Ministerium nach württembergischem Staatsrechte überhaupt die Zensur fortführen dürfe.

Geist und Würde der Theologen war von jeher eine besondere Macht im Schwäbischen. Gewiß wirkte der Landpfarrer als respektierter Berater des Bauern mancherlei Gutes. Der Bibelglaube zog aber viele vom Politischen, von der Erkenntnis der Natur, vom praktischen Wagen und Wetten ab und lähmte in manchem Bezirk die Tatkraft gesunder Arbeitsfreude zu quietistischer Jenseitigkeit. Tiefer und verhängnisvoller wirkte der orthodoxe Einfluß noch auf die Entwicklung der Bildung ein. Vom Kirchturm aus ließ sich nun wirklich nicht mehr alles übersehen; aber den geistlichen Schulinspektoren waren jüdische Königsgeschichten und die Dogmen des Katechismus wesentlicher als mathematische Geographie oder gar nationalökonomische Theorien, und manchem mochte sogar noch der Blitzableiter als Eingriff in Gottes Fügung gelten. Ein Feuergeist wie Friedrich Theodor Vischer ärgerte nun gar die Pfaffen genug, um sich die Suspension vom Lehramt auf zwei Jahre zuzuziehen. Die neue Zeit, die heraufkam, bedrohte die wohleingesessenen Theologen in ihrer Machtstellung; im gläubigen Volk, das sich mit Wärme und Eifer trotz kirchlicher Bevormundung dem Heiligen verbunden fühlte, mußte sich der Gedanke der geistig-politischen Erweckung breiter Schichten wesentlich auch als religiöses Erlebnis auswirken. Um die Mitte der vierziger Jahre konnte die „gewaltige Gärung in allen Gliedern der Gesellschaft trotz vermeintlicher Abspannung und Langeweile“ einem genauen Beobachter nicht verborgen bleiben⁷⁾. Der neue Sinn für „religiöse Erbauung und kirchliche Erwärmung“ war in Württemberg besonders rege. Und von daher bekam die Opposition ganz frische Hilfskräfte. „Männer von wahrhaft konservativer Gesinnung“ empfanden auch deshalb den „despotischen Schreibersinn“ als unwürdig und unzeitgemäß⁷⁾.

König Wilhelm war persönlich religiös indifferent, merkte aber wohl, daß sich hier etwas vorbereitete, worauf man acht haben mußte. Die Wiener Weisheit, die Radikalismus, Kommunismus, Atheismus mit den „extremsten konstitutionellen Verirrungen“ unter einen Hut brachte, bezeichnete er gegenüber dem preußischen Gesandten „als unerhörte Täuschung über die wahren Zeitverhältnisse⁸⁾“. Er sah wohl die Zusammenhänge, aber ebensosehr die Unterschiede, deren Berücksichtigung ihm zur Abwehr praktisch erschien. Seine persönliche Episkopalgewalt gedachte er ganz im Interesse der Krone, aber ebenso auch gegen die ministerielle Machtvollkommenheit zu benutzen. Unbequem war ihm die von Wien und München stark gestützte neurömische Richtung in seinen katholischen Landesteilen, und deshalb sah er in der deutschkatholischen Bewegung eine willkommene Hilfe. An sich war unter den württembergischen Katholiken eine gewisse Bereitschaft, sich dieser Bewegung anzuschließen. „Wäre man mehr katholisch geblieben in Schlesien“, urteilte der König von Württemberg, „hätte man die sieben Sakramente beibehalten, sich den Janse-nisten in Holland genähert, hätte man nur den Papst als Oberhaupt abgelehnt,

hätte sich ein Fürst mit einem Bischof oder nur ein Bischof an die Spitze gestellt, so würde die Bewegung in Süddeutschland den allermächtigsten Anhang gefunden haben“. Nicht umsonst wurde damals die Augsburger Allgemeine Zeitung von Wien aus angewiesen, von Johannes Ronge und Czerski so wenig als möglich aufzunehmen⁸⁾! König Wilhelm hoffte, eine deutsche katholische Kirche werde auch die politische Eintracht in Deutschland innerlich herstellen. In Württemberg wurde deshalb der Wunsch laut, Preußen müsse die deutschkatholischen Gemeinden anerkennen, denn der König von Preußen sei der Schützer der Glaubensfreiheit, die neue Kirche wurzele im positiven Christentum, nähere sich dem Protestantismus: „Alle edlen Herzen in Deutschland schlagen für diese zeitgemäße Bewegung“; sie sei ein Bundesgenosse gegen den angreifenden Katholizismus⁸⁾. Der König machte kein Hehl daraus, daß er sich freuen würde, wenn eine ganze katholische Gemeinde samt dem Geistlichen überträte; man werde in Württemberg die sich etwa bildenden Gemeinden tolerieren und schützen; das Wort „Anerkennung“ vermied der König wohlweislich; kein protestantischer Pfarrer könne verhindert werden, die Ehe des Geistlichen Czerski wie eine jede andere Mischheirat einzusegnen; die protestantischen Geistlichen und Gelehrten sollten sich hüten, sich mit den Deutschkatholiken in einen Glaubensstreit einzulassen; man möge sich an das halten, was alle vereinige, aber nur nicht so weit gehen, daß man den Vorwurf des Unglaubens erheben könne⁹⁾.

Immerhin hatten sich schnell 18 deutschkatholische Gemeinden gebildet: sie verlangten die Anerkennung auch mit der geschickten Begründung, daß ein protestantischer Fürst schon aus Klugheit diesen Schritt tun müsse, um nicht den Vorwurf verkappter Proselytenmacherei zu verdienen; denn die Deutschkatholiken, die mit Rom doch endgültig gebrochen hätten, wären im Falle der Nichtanerkennung gezwungen, zum Protestantismus überzugehen. Dem Könige leuchtete das ein — sein Kultusminister v. Schlayer freilich beargwöhnte den „demokratischen“ Charakter der deutschkatholischen Bewegung. Die Anteilnahme war in Württemberg jedenfalls überaus groß; von Bayern her wurde lebhafter Ingrimm darüber laut. Zwei Blätter: „Sion“ und die „Augsburger Postzeitung“ schalten besonders aufgebracht gegen die Abtrünnigen und rühmten als Ausgleich die Zahl der Bekehrungen zur römischen Kirche: in einer Hauptpfarre seien allein 1844 vierzig Ketzer bekehrt worden! Wenn hier Ronge ein „eidbrüchiger Narr“ genannt wurde, so war das wohl noch milde. Triumphierend brachte die „Postzeitung“ lange Auszüge aus der „Evangelischen Kirchenzeitung“, wo nun vom Standpunkte des orthodoxen Protestantismus der Deutschkatholizismus abgelehnt war¹⁰⁾.

Auf längere Sicht hat ja schließlich der alte Koadjutor v. Wessenberg nicht schlecht prophezeit, wenn er angesichts der deutschkatholischen Bewegung sagte: „Jetzt wird man erst die Kraft der wahren katholischen Religion erkennen.“ In einem religiös so erweckten Lande wie Württemberg brachte die neue Lehre in allen Lagern eine Erregung hervor, die sich in scharfer Kritik auch an staatlich-

gesellschaftlichen Zuständen auswirkte. Daß in den katholischen Bevölkerungsteilen sich Empfindlichkeit und Eifersucht entwickelte, war nur natürlich. Bis dahin war etwa die protestantische Regierungsbehörde die Stelle gewesen, die die Weisungen aus Rom empfing und über den katholischen Kirchenrat weiterleitete. Nun wurde der unmittelbare Verkehr der Gläubigen mit dem Bischof verlangt, und unter Bischof war selbstverständlich der Papst zu verstehen. Je schärfer Bayern die Deutschkatholiken bekämpfte — wurde doch die bayrische Zensurbehörde dahin instruiert, den Ausdruck: „Deutsche Katholiken“ nur zuzulassen, wenn damit kein Dissentier bezeichnet war! —, desto mehr neigte Württemberg dazu, sie zu beschützen. Der vorhandene bayrisch-württembergische Gegensatz zog daraus neue Nahrung. Mit großer Offenheit sprach sich König Wilhelm darüber zum preußischen Gesandten aus: „Die an vielen Orten befürchtete Gefahr, daß Bayern sich einmal an die Spitze der kleinen konstitutionellen Staaten stellen könne, liegt sehr fern. Bayern ist dazu im ganzen westlichen Deutschland viel zu unpopulär. Der geringste Versuch Bayerns, eine Hegemonie ansprechen zu wollen, würde wie bei den betreffenden Höfen, so bei den Bevölkerungen den entschiedensten Widerstand finden — einige katholische Landesteile vielleicht ausgenommen.“ Aber, so fuhr der König fort, die bayrische ultramontane Presse sei für alle angrenzenden Länder eine Gefahr, auch für die Rheinlande und Westfalen; solle man sich da passiv verhalten, oder solle man Repressalien ergreifen? Bei Bayern sei mehr mit Güte als mit Drohungen zu erreichen; unsere Hauptaufgabe sei, dem Protestantismus als solchem wieder Achtung und Ansehen zu verschaffen¹¹).

Mit solchen Gedanken mußte König Wilhelm auch das Mißfallen des Fürsten Metternich erregen. Die deutschkatholische Bewegung wurde von Wien so entschieden bekämpft, daß die österreichische Mission in Stuttgart die Weisung bekam, keinem Dissentierenden einen österreichischen Paß zu verabfolgen: österreichischen Untertanen wurde also die Rückkehr in die Heimat aus Glaubensgründen unmöglich gemacht! König Wilhelm unterhielt mit Metternich einen jahrelangen Briefwechsel über alle Ereignisse der europäischen Politik. Als der Fürst aber erfuhr, daß sich der König trotzdem sehr rücksichtslos über Österreich aussprach, brach er den Briefwechsel ab. Es entsprach nur König Wilhelms etwas kompliziertem Charakter, daß er trotzdem den österreichischen Gesandten sehr auszeichnete und ihn durch heftige Vorwürfe an die Adresse der Metternichschen Politik in der Schweiz und Italien beehrte¹²).

Bei einem Besuch in Wien war der Kronprinz, wie das immer dort war, sehr freundlich empfangen worden, aber politisch ergab sich nichts daraus. „Geschäfte muß man dort nicht zu machen haben, damit rückt man nicht von der Stelle“, schrieb der preußische Gesandte, offenbar als Echo des Königs.

Eine nähere Verbindung mit Preußen hätte der so entstandenen Lage schon lange am besten entsprochen. In den Kreisen der Advokaten und Kaufleute, also den intellektuell fortgeschrittensten Schichten, zeigte sich wachsendes Verständnis

für Preußen. Dankbar wurde etwa anerkannt, daß die preußischen Konsuln im Auslande auch Württembergern Dienste leisteten. Bei der Beratung über die württembergischen Gesandtschaften traten auch Oppositionelle für die Beibehaltung der Berliner Mission ein — Deutschland werde sich in Zukunft immer mehr in Berlin konzentrieren, wurde ausdrücklich gesagt¹³).

An sich nahm die Opposition in der zweiten Kammer von der Mitte der vierziger Jahre wieder eine lebhaftere Haltung an, die auffiel. Plötzlich wurde ohne Begründung eine Revision des Hausgesetzes beantragt — es belastete ja mit seinen hohen Apanagen das kleine Land mehr als erträglich. Der König war natürlich sehr unwillig. Ein geheimer Fonds von 10000 Gulden wurde von der Opposition beanstandet; erst nachdem der Minister des Auswärtigen ausdrücklich die Verantwortung übernommen hatte, wurde er bewilligt. Dem Könige hatte viel daran gelegen, er bemühte sich persönlich darum. Bei der Beratung war wieder Römer mit sehr entschiedenen Ausführungen hervorgetreten¹⁴). Die Opposition setzte aber zum Beispiel durch, daß den Zensoren die bis dahin übliche Sondergratifikation von 1500 Gulden gestrichen wurde. Bezeichnend war auch, daß gerade ein Mitglied der Schreiberklasse nun eine Beschwerde über Vielschreiberei vorbrachte; die Antwort des Ministers war mehr gewandt als sachlich zutreffend: Die Vermehrung der Geschäfte sei eine Folge des konstitutionellen Lebens! Daß das System an sich selbst verstockte und versackte, wurde eben immer deutlicher. Auch der preußische Gesandte v. Rochow, dessen konservativ-aristokratische Gesinnung sich unzweifelhaft aus der Art beweisen läßt, mit der er von „den grollenden Advokaten und dem andern Auswurf der Schreiberzunft“ spricht, nennt das Wahlsystem schlecht und kennzeichnet die üble Methode des Ministers v. Maucler mit den schlagenden Sätzen: „Zuerst regieren, dann gut regieren, dann, wenn noch möglich, zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung regieren¹⁵).“

So konnte die Regierung nach jahrelangen Schikanen ihrer Behörden mit Sicherheit nur auf die Abgeordneten rechnen, die Staatsdiener waren. Standesherrn, niederer Adel und Gutsbesitz waren mißgestimmt. Die Schuldenlast stieg, die Güterpreise kletterten hoch, Versteigerungen und Verpfändungen nahmen erschreckend zu. Die Kleinhäusler waren mit Lehnabgaben überlastet, die Landgemeinden konnten sich der Bedürftigen und Bettler nicht erwehren. Der für Württemberg so charakteristische kleine Gewerbestand, das brave Bürgertum der kleinen Städte, empfand die wachsende Not am meisten. Kommunistische Verbindungen waren trotz der Nähe der Schweiz unter den Handwerkern bis in die Mitte der vierziger Jahre noch nicht festgestellt worden¹⁶). Mochte er auch verelenden und, rein wirtschaftlich, proletarisieren, der schwäbische Pfahlbürger konnte entschiedener Demokrat werden, das steckte in ihm, aber revolutionärer Klassenkampf war ihm noch fremd. Die alte bürgerliche Kulturüberlieferung band die meisten doch fest. Das böse Hungerjahr 1847 brachte denn auch hier die schleichende Krise zum empfindlichen Ausbruch. Ein Falliment folgte dem

ändern, es bildeten sich Armenvereine, Suppen wurden verteilt; vorbildlich handelte hier der Rittergutsbesitzer Freiherr v. Stormfeder¹⁷⁾. Als das sechspfündige Roggenbrot auf 34 Kreuzer gestiegen war, beschloß die Regierung, eine höhere Taxe nicht zuzulassen, sondern, falls die Getreidepreise noch anziehen sollten, den Bäckern die Differenz zu vergüten. Aus Holland und aus Österreich bezog man bedeutende Kornladungen¹⁸⁾. Unbegreiflich war, daß das Ministerium den bereits 1845 vom Landtag bewilligten Kredit von einer halben Million Gulden zur Ausführung von Straßenbauten nach fast einem Jahr noch kaum in Anspruch genommen hatte: der gute Zweck, rechtzeitig Not und Arbeitslosigkeit durch Beschäftigung zu bekämpfen, wurde so leider nicht erreicht.

Im Mai 1847 kam es zu Unruhen in Ulm und Stuttgart. Ein Volkshaufe zog in der Hauptstadt vor das Haus des reichen Bäckers Mayer; die Bewegung wuchs schnell an, Barrikaden wurden errichtet — aus Wagen, Leitern, Baumaterial. Militär rückte aus — mit Steinen, Stangen, Latten wehrte sich das Volk. Der kampflustige König ließ es sich nicht nehmen, zu Pferde an den bedrohten Punkten zu erscheinen — der Kronprinz und Prinz Friedrich begleiteten ihn. Die dreimalige Aufforderung, auseinanderzugehn, wurde vom Volk mit Zischen und Pfeifen beantwortet. Steinwürfe verletzten mehrere Offiziere. Nun wurde der Angriff befohlen; die Schußwaffe zerstreute die Menge. Es gab einen Toten und sehr viele Verwundete. Siebzig Mann wurden verhaftet. Nachträglich hieß es, Stuttgarter Handwerker hätten in Kannstatt blauen Montag gefeiert und seien angeheitert nach Stuttgart gekommen, an die dreihundert; darauf sei der Exzeß zurückzuführen. Eine Proklamation verbot das Zusammenstehen von mehr als zehn Personen und das Gehen auf der Straße nach zehn Uhr abends; sie wurde feierlich an allen Straßenecken verlesen. Handwerker, welche ihre Arbeit verließen, sollten bestraft und aus der Hauptstadt ausgewiesen werden. Die Regierung besorgte sich aus dem ganzen Lande Loyalitätsadressen — eine Beschwerdeadresse fand in Stuttgart nur vierzig Unterschriften¹⁹⁾. Aber es machte doch einen recht peinlichen Eindruck, wenn der König in der Thronrede, die den Landtag von 1847 eröffnete, die ganze Aufregung und Unzufriedenheit als eine Folge der von der Schweiz aus wirkenden „revolutionären Rote“ zu erklären versuchte. Der Opposition fiel der Beweis nicht schwer, daß Not und Teuerung im Lande selbst die allererste Ursache waren und daß diese Mißstände noch anhielten. Ordnungssinn und Freude am Besitz brachten freilich auch hier selbst die Mehrheit der bürgerlichen Opposition dazu, die scharfen Maßnahmen von Krone und Bürokratie schließlich doch zu billigen und die Kritik an den Versäumnissen zurückzustellen. Eine an sich unbedeutende Episode in den Februar Tagen 1848 ließ doch aufmerken: durch Stuttgart lief das Gerücht von einem Attentat auf den Kronprinzen! Ein Mensch namens August Kost übergab sich selbst der Wache mit der Angabe, er habe auf den Kronprinzen ein Attentat verüben wollen — „weil der an nichts anderes denke als Komödie zu spielen“; er bereue seine Absicht; der Umgang mit revolutionär gesinnten Menschen habe

sein Gemüt verdorben; mehrere Bekannte beschuldigte er ausdrücklich; Pistole, Schrot und Pulver hatte er bereits gekauft. Die Untersuchung ergab, daß der zweiundzwanzig Jahre alte Güterbuchskommissionär, also Schreiber, der aus dem Oberamte Backnang stammte, die Absicht hatte, nach Amerika zu gehen, daß ihm das Geld dazu fehlte und daß er durch eine so aufregende Selbstbeziehung Teilnahme und Unterstützung zu erlangen hoffte; immerhin ein sonderbarer Fall, der einiges zu denken gab und sogar in Petersburg, wo man Attentate auf Fürsten notgedrungen ernst nahm, lebhaftes Interesse erweckte²⁰⁾.

*

Die künstlichste aller Napoleonischen Staatsschöpfungen war doch wohl das Großherzogtum Baden. Der überschmale Staatsleib, der nur im Süden sich etwas kräftiger dehnte, schmiegte sich schüchtern zwischen Rhein, Schwarzwald und Bodensee hin und mußte dazu noch nach Westen und Süden ausländische Nachbarschaft ertragen — eine Nachbarschaft, deren Druck deshalb gerade so stark einwirkte, weil sowohl in Frankreich wie in der Schweiz jenseits der Pfähle alemannische Vetternschaft saß, die das fremde Staatsdenken und -wesen gegenüber dem Badischen nun kraft der gleichen Sprache und Gemütsart willkürlich-unwillkürlich stark propagandistisch vertrat. Württemberg lag verhältnismäßig sicher in seinem vielgefälteten Gebirgslande, nur von Flüssen im Oberlauf durchzogen; die Residenz Stuttgart hatte es nicht schwer, sich gegenüber zurückgebliebenen Reichsstädten wie Reutlingen, Heilbronn oder Ulm durchzusetzen, von kleineren ganz zu schweigen. In dem badischen Staatswesen war nun kein geschlossener Stamm der Träger wie der schwäbische in Württemberg: Pfälzer und Alemannen waren hier, aller geschichtlichen Entwicklung zum Trotz, wunderlich aneinandergeschirrt, unter dem Zepter einer kleinen emporgekommenen Dynastie, deren Stammland das schwächste Element des zusammengefügten Staates war. Wie sollte das nüchterne, brave Karlsruhe, künstlich konstruierte Fürstenstadt der Ebene wie keine andere, gegen den Glanz und Stolz der deutschesten Hochschule Heidelberg, gegen Mannheims kecke bürgerliche Betriebsamkeit, gegen die Kraft der vorderösterreichischen Überlieferung in der Breisgauhauptstadt, im katholischen Freiburg aufkommen? Und der Rhein war ja alles andere als eine Grenze oder gar ein Schutz für Baden. Gegenüber diesem europäischen Strome mit seinem Wirtschaftswillen war das Staatswesen zu klein und zu schwach. Was der Rhein von der Schweiz und von Frankreich brachte, war für Baden das Schicksal — es mußte sich damit auseinandersetzen. Aber der Rhein verband auch Baden mit dem Norden, mit dem hessischen Nachbar und vor allem mit Preußen. Dieser süddeutsche Staat drehte seinen süddeutschen Nachbarn gewissermaßen den Rücken zu und blickte nach Westen und Norden. Von Bayern hatte die badische Dynastie als Nutznießerin des besten kurpfälzischen Erbes nur Unfreundliches, ja schnöde Verachtung zu gewärtigen; mit Württemberg entwickelte sich allzuschnell ein Verhältnis eifersüchtiger Nörgelsucht. Ein

dunkler Schatten, den die rührende Rätselgestalt Kaspar Hausers warf, lastete auf der neuen Dynastie der Hochbergs; der böse Skandal, der den Bankier Moritz von Haber mit der großherzoglichen Familie verhängnisvoll verband, schwächte die Stellung des Herrscherhauses im Lande noch mehr. Der öffentliche Geist habe sich verbessert, schreibt unmittelbar vor der Märzrevolution von 1848 der bayrische Gesandte; „aber was absolut fehlt und was man vergebens sucht, das ist eine herzliche Zuneigung für die regierende Familie²¹⁾“. Großherzog Leopold, der erste Regent der neuen Linie, war ein guter Uniformträger wie alle Hochbergs, geistig ganz unbedeutend und von Haus aus gutartig, aber unfähig, mit einem Manne bürgerlicher Sphäre ein Wort zu reden, abhängig von leeren Höflingen und subalternen Kriechern, scheu und ängstlich von Natur und deshalb geneigt, allen Einflüsterungen zu glauben und gegenüber Volksführern und dergleichen unheimlichen Personen die strafende Herrschermiene aufzusetzen. Der harmlose Fürst litt fühlbar unter dem Fluch, der auf seinem Hause lastete, wurde mit den Jahren deshalb bitter und zog sich von der Öffentlichkeit mehr und mehr zurück. Die „Kamarilla“ besorgte ja alles. Politisch war der Großherzog immer von peinlicher Unentschlossenheit. Wenn der Ministerrat einstimmig war, dann konnte er entscheiden. Widerspruch aber nur ein Kabinettsmitglied, so traute er dem einen so viel und so wenig wie allen andern und verfiel in hoffnungsloses Schwanken²²⁾. Wie wichtig war doch die freilich übergeschäftige Tatkraft des württembergischen Königs für die Befestigung seines Staatswesens! Dieser Faktor fehlte in Baden ganz; und daß nun hier der zweite Bruder des Großherzogs, Markgraf Wilhelm, einsprang, war durchaus kein Glück. Der Markgraf leitete das Militärwesen beinahe unabhängig, nach eigenem Ermessen — ein herrschsüchtiger General, im bonapartistischen Geiste groß geworden und nur allzu geneigt, seine hochfahrende Energie auch sonst, besonders bei Stellenbesetzungen, geltend zu machen²³⁾.

Alle diese Pfälzer, Vorderösterreicher, Markgräfler und Bodenseeschwaben, aus denen die Laune deutscher Geschichte ein „badisches Volk“ machte, hätten wahrlich verdient, in besonders guter Hand, in besonders warmer Hut zu sein. Temperament und Glauben, Sitte und Überlieferung, Sprache und Lebensrhythmus riß sie auseinander: welch ein Gegensatz zwischen dem derben Gelächter eines Neckarschiffers und dem dunkeln bedächtigen Ernst des Hofbauern auf dem hohen Schwarzwald! Ein leichteres Volk saß wieder unten in der Rheinebene: weich und hitzig zugleich, wie der Föhn, der noch hier weht, schnell hingerissen und ungeduldig, behaglich und behend, heftig zum Streit und auch wieder bald versöhnt beim guten Hastrunk. Dies ganze badische Land war ja eine große Verwöhnung: Deutschlands goldener Garten, bekrönt durch die feine, ruhige Schönheit weiter Tannenwälder, ein milder, warmer Gau, gehegt von den blauen Höhen, gastlich und freundlich, vielleicht ein wenig zu milde: voller Lebensart und Menschlichkeit jedenfalls, verwandtschaftlich gestimmt für alle Eingeborenen, kultur- und bildungsfroh, mehr künstlerisch als grüblerisch

und geneigt, das Wort, den Augenblick, die Stimmung, den eigenen Wert, die eigene Art etwas zu überschätzen. Der große Strom der Zeitgedanken bespülte, dem Rhein vergleichbar, das badische Land; es stand ihm offen, es wollte und mußte ihm offen stehen, westlich und europäisch wie es nun einmal war. Rheinpreußen wurde von Berlin, Rheinbayern von München fest unter Aufsicht gehalten. Baden, und in kleinerem Maße das Großherzogtum Hessen, war Rheinland und nichts als das. Erst später verdiente sich Baden den Ehrennamen „Musterland“, bei dem ja auch eine nicht unberechtigte Ironie mitschwingt. Vor und während der Revolution von 1848/49 war es durchaus kein Musterland: die Gegensätze des deutschen Lebens zeigten sich vielmehr hier besonders eindringlich. Dieser künstlichste Rheinbundstaat war am wenigsten von allen ein widerstandsfähiger Staatskörper geworden.

Die Ursachen liegen tief. Baden besaß eine vorzügliche Verfassung, aber sie war ein Rahmen, in dem das Bild fehlte. Die Verhandlungen der badischen Kammer verdienten wohl die Aufmerksamkeit, die sie weit über die Grenzen des kleinen Landes fanden. Der Schwerpunkt des politischen Lebens lag aber nicht im Parlament, sondern in der Bürokratie. Die Verwaltungsorganisation stammte unmittelbar von dem französischen Präfektensystem ab; der Grundgedanke war: nur durch ein völlig von der Zentrale abhängiges, nicht bodenständiges Beamtentum lassen sich diese verschiedenartigen Landes- und Volkssplitter zu einer Einheit zusammenfügen. Bei der Schwäche der Dynastie wuchs die Bedeutung der Bürokratie noch mehr: die schematisierende Bevormundung der Karlsruher Ministerialbehörden nahm so den Kampf mit allem Eigenwüchsigen der Pfälzer oder Breisgauer Art auf. Es gab noch keine Ministerverantwortlichkeit; die Gemeindeverfassung von 1831 wurde nicht fertig ausgebildet, die Presse wurde unterdrückt. Hofleute und Geistlichkeit unterstützten die antikonstitutionelle Richtung der Beamtenschaft. Die erste Kammer ließ sich nur allzu gerne als ministerielles Werkzeug gegen die gewählte zweite Kammer gebrauchen. Sie war ein Ausschuß der Hofgesellschaft, empfindlich gegen neue Forderungen, geneigt, Kleines zu ändern, aber die Hauptsache zu lassen. Die zweite Kammer, von einer an Zahl geringen Gruppe Juristen vorwärtsgedrängt, zeigte deshalb immer einen juristischen Zug, arbeitete streng nach der sehr gründlichen Geschäftsordnung und strebte in ihren umständlichen, oft rein akademischen Debatten über das Interesse von Einzelschichten hinaus nach grundsätzlicher Sachlichkeit und gerechtem Fortschritt²⁴). Gerade das ärgerte die Regierung und reizte sie zu boshaften Stichen. Unter dem Ministerium Blittersdorff erreichte diese Richtung ihren Höhepunkt: damals wurden Wahlen gefälscht, politische Konduitenlisten eingeführt, die zweite Kammer wurde mit Hochmut und Nichtachtung behandelt, man wagte ihr sogar das Recht der Budgetbewilligung zu bestreiten. Ganz im Sinne der geheimen Wiener Konferenzbeschlüsse von 1834 wurde die spitzfindige Behauptung aufgestellt, Baden habe gar keine repräsentative Verfassung, sondern nur eine ständische. Auch nachdem Blitters-

dorff notgedrungen den Gesandtenposten beim Bundestage in Frankfurt wieder übernommen hatte, blieb sein System unter seinen Nachfolgern bestehen, wenn auch in milderer Form. Wünsche und Adressen der zweiten Kammer wurden mit einem kurzen Nein abgefertigt; Spionage, Gesinnungsriecherei, polizeiliche Überwachung, kleinliche Freude am Verbieten und Unterdrücken machten sehr viel böses Blut. Als der Mannheimer Obergerichtsadvokat Gustav von Struve die Redaktion des „Mannheimer Journals“ übernahm und aus dem farblosen Lokalblatt ein Organ gemäßigter Opposition auf Grund der Anerkennung der badischen Verfassung und der Bundesakte machen wollte, mißhandelte die Zensur das Blatt in unerhörter Weise und trieb damit den zähen und leidenschaftlichen Struve nach links. Dafür subventionierte aber die Regierung ein obskures Winkelblatt: hier durfte auf Staatskosten jeder Oppositionelle geschmäht und verdächtigt werden, in einem wüsten Tone, gegen den es keinerlei Abwehr gab²⁵).

Immer wieder, auf jedem Landtage, wurde in der zweiten Kammer das Pressegesetz vom 28. Dezember 1831 zurückgefordert. Die große Debatte im Januar 1845 entspann sich, als zum sechstenmal der Antrag auf Preßfreiheit gestellt worden war, diesmal von Mathy. Welcker warf den Regierungen Scheu vor der Wahrheit vor; Sander wies auf das Eintreten des alten Görrer für die Preßfreiheit hin; ein kräftigerer Ton kündigte sich jetzt an; dagegen versuchte der Nachfolger Blittersdorffs, Minister von Dusch, aus dem Texte der badischen Verfassung die Gesetzlichkeit der Zensur zu beweisen; Ministerialdirektor Rettig glaubte besonders wirksam zu sein, als er entwickelte: wenn solche Reden wie die von der Opposition hier gehalten werden, dann ist doch das Volk sicher noch nicht reif für die Preßfreiheit²⁶)! Das einzige positive Ergebnis jahrelanger Kämpfe um Reformen waren die Gesetze über Strafrecht, Strafprozeß und die Gerichtsverfassung: das öffentliche und das mündliche Verfahren wurde, wenn auch unter Beschränkungen bei der Geschworenenauswahl, eingeführt.

Die deutschkatholische Bewegung brachte in Baden eigenartige Erscheinungen hervor. In den Städten war das politische Leben schon zu entwickelt, so daß es dieser Hilfsstellung nicht bedurfte. In den protestantischen und den gemischten Landesteilen war man auch kirchlich zu indifferent; der liberalen Opposition war der Deutschkatholizismus als eine Art Konkurrenz sogar unerwünscht. Sehr lebhaft reagierte aber die hochkirchliche Partei in Freiburg; dort saß ja der Primas der oberrheinischen Kirchenprovinz, Erbe altösterreichischer Distinktion, mächtiger auf seine Art als der Karlsruher Großherzog. Seit Wessenbergs Versuchen, der katholischen Kirche in Deutschland eine Art Selbständigkeit zu verschaffen, war nun ein anderer Geist aufgekommen. Ronge und Dowiat hatten sich sehr mit Unrecht besondere Hoffnungen für Freiburg und Konstanz gemacht. Sie ernteten Ablehnung, ja Spott: im Schwarzwald nannte man die „pourries“-Kartoffeln eine Zeitlang Rongekartoffeln. Die neurömische Partei hatte in Karlsruhe und Baden-Baden, beim Hofe, unter der grundbesitzenden Aristokratie und in der Kamarilla bereits ihre sicheren Anhänger. Radowitz, der eine Zeitlang

Preußen in Karlsruhe vertrat, hatte manchen Faden knüpfen helfen. Freiherr v. Blittersdorff wirkte von Frankfurt stark im katholischen Sinne. Seine hauptsächlichsten Helfer waren die Brüder von Marschall, der eine Regiergungsdirektor in Freiburg, der andere an der Spitze der öffentlichen Arbeiten. Oberhofmarschall Dubois de Gresse, der Vizeoberkammerherr Graf v. Broussel, Major v. Hennenhofer, der berühmte Maître de plaisir des verstorbenen Großherzogs Ludwig, Dr. Schwörer, Professor Buß waren, jeder in seinem Kreise und auf seine Art, Stützen der neurömischen Bewegung, deren Drähte von München nach Luzern, von Luzern nach Straßburg, von Straßburg nach Mainz und Münster liefen²⁷). Und schon prägten sich verschiedene Typen aus: der grobe Polterer, Volksmann und Bürokratenfresser Buß hatte in dem stillen, frommen Freiherrn Heinrich von Andlaw den Gegenspieler, noch mehr aber den ergänzenden Helfer zum Besten der erstarkenden Kirche. Buß verfocht eine arbeitsfreundliche Fabrikgesetzgebung, soziale Reform „bis ins Herz hinein“ — schon 1837 als erster in Deutschland, Andlaw kämpfte gegen das Duell: der neue Katholizismus formte sich ein neues Weltbild. Mit Alban Stolz gründete Andlaw 1846 den ersten katholischen Verein²⁸). Bei Stellenbesetzungen merkte man schon die Einflüsse dieser Kreise. Aber es war doch eine Überraschung, daß nun ein erklärter Gegner der Klerikalen, wie der treffliche Minister Nebenius, seine Hand dazu gab, durch Polizei und Zensur den Deutschkatholizismus ausdrücklich zu bekämpfen. Im Volke hieß es schon, der Großherzog werde nun bald katholisch werden. In diplomatischen Kreisen verlautete sogar, König Louis Philippe habe in Karlsruhe eine Demarche machen lassen, um den Großherzog zu beschwören, den Deutschkatholiken keinerlei Zugeständnisse zu bewilligen²⁹). Dieser leichtgläubige Fürst traute der Kamarilla, die ihm vormachte, hinter Ronge lauere die Revolution. Außerdem war seine persönliche Eitelkeit verletzt worden. Als er sich im Herbst 1845 zum Landwirtschaftsfest nach Mosbach begab, nahm er in einem Landhause am Neckar das Frühstück ein. Da krachte Kanonendonner; der Landesherr ging ans Fenster, um sich der Menge zu zeigen — und mußte mitansehen, wie ein geschmücktes Schiff neckarabwärts fuhr, von der Bevölkerung bejubelt. Johannes Ronge stand vorn — es war ein Fest zu seinen Ehren, und auf den Großherzog achtete man nicht³⁰). Die Beamtenschaft brachte es schließlich fertig, daß die anfänglich so kühl aufgenommene deutschkatholische Bewegung infolge der Polizeiverbote und der ungehemmten Schmähungen der klerikalen Presse in die Programmnummern des badischen Liberalismus eingereiht wurde. Und als Antwort machte die Freiburger klerikale Zentrale, gelegentlich des Zittelschen Antrages in der Kammer auf Religionsfreiheit auch zugunsten der Deutschkatholiken, die ganzen Einzelgemeinden mobil, um mit Protestationen die Kammer zu bestürmen. Es war das erste Beispiel, daß das katholische Volk gewissermaßen in Person zur Wahrung seiner Rechte aufgeboten wurde: der neue Katholizismus adoptierte auch hier die modernen Mittel der Demokratie.

Der krasseste Fall behördlicher Willkür geschah 1845 in Mannheim. Hier war

bereits ein Turnverein sowie Vorträge von Struve, von Ronge und Dowiat verboten worden. Da versuchten eine Anzahl Bürger ihre Beschwerden zur Gemeindesache zu machen; nach § 38 des Gemeindegesetzes mußte eine Gemeindeversammlung stattfinden, wenn auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Bürgern eine Vorstellung an den Großherzog, an die Ständeversammlung oder an die Staatsbehörde gerichtet werden sollte. Die auf den 19. November einberufene Versammlung der Gemeindekorporationen war also völlig gesetzlich. Trotzdem wurde sie von der Kreisregierung verboten, und als der Bürgermeister sie dennoch pflichtgemäß abhalten wollte, wurde sie unter Aufgebot von Militärgewalt, unter Verlesung der Aufruhkrakte, vom Regierungsdirektor aufgelöst!

Diese grobe Manier, gegen eine friedliche Gemeindevertretung Infanterie und Dragoner aufzubieten, belud die badische Bürokratie zu allem anderen noch mit dem wohlverdienten Makel der Lächerlichkeit. Die Antwort des Volkes war die neue Kammer von 1846, gewählt unter stärkster Erregung nach der unerwarteten Auflösung der alten: noch nie war die liberale Opposition so bedeutend gewesen. Eine Reihe der führenden Bürokraten war durchgefallen; als einziger Neurömischer war Professor Buß gewählt worden. Es kam nun ein Zug zur Geltung, der für die badischen Ereignisse der nächsten Zeit besonders charakteristisch ist. Schon beim Abgang Blittersdorffs hatte er sich gezeigt. Die badische Bürokratie liebte keine scharfen Kämpfe. Es war der Karlsruher Stil, im Kleinen empfindlich und hitzig, im Großen ängstlich und nachgiebig zu sein. Nach unten wurde gern auf Wehrlose getreten, aber durch eine starke Geste war man leicht einzuschüchtern. Man hielt in Karlsruhe diese Methode für klug und gemächlich, keinesfalls war sie sehr mutig und sehr standhaft. Etwas freundliche Falschheit war manchmal auch dabei. Die gute Seite solcher Charakterveranlagung soll gewiß nicht verkannt werden: man beschwichtigte gern, man redete gern gut zu, man lenkte gern alles zum besten, wenn etwas gefährlich zu werden drohte und eine Sache hart auf hart ging. Es gab unter den badischen Präfekten von jeher eine Reihe geschickter, wohlwollender Persönlichkeiten, von behaglicher Beredsamkeit, die dem Bürger und Bauer das Leben leicht machen wollten und mit ihrem gewandt gehandhabten guten Herzen hübsche Erfolge erzielten. Aber auch dieser Typus bewährte sich im Kleinen mehr als im Großen. Es entsprach der Eigenart dieser Herren und dem ganzen Zuschnitt des „Ländles“, daß alles in ihrer Hand zur Harmlosigkeit wurde. Großen, außergewöhnlichen Fragen und Kämpfen gegenüber mußte solche betuliche Biedermännerei versagen. Starke Personen, bedeutende Probleme waren ihr unheimlich; sie störten ihr die Kreise. Was eigentlich hinter der Kammeropposition steckte, hat die Karlsruher Bürokratie bis zur Revolution nicht begreifen können. Nun versuchte sie, unmittelbar vor dem Ausbruch, noch einmal auf ihre Art alles zum besten zu kehren: einer der hervorragendsten Männer der Beamtenschaft, eine Persönlichkeit von Unabhängigkeit und Frische, von Scharfsinn und lebenswürdiger Schlichtheit, der Vizekanzler im höchsten Gerichtshof Bekk, trat als Minister ohne Portefeuille in die Regierung

ein. Man konnte von ihm erwarten, daß er die gemäßigte Opposition zur Regierung hinüberziehen und die Extremen ehrlich abwehren würde — nur auf diesem Wege war ein anständiger Parlamentarismus in Baden vielleicht noch möglich³¹). Freilich hätte ein Mann wie er nicht Minister ohne Portefeuille und bald Minister des Innern, sondern Ministerpräsident werden müssen.

Die Zügel wurden jetzt gelockert, aber es wurde nicht neu aufgezügelt. Immer noch gab es törichte und verletzende Verbote; die Regierung, die weniger als je festen Zugriff wagte, legte sich auf spitzfindige Mittelchen. Wie stark wirkte dagegen die Opposition! In ihr steckte etwas Deutsches, ja Europäisches, der Geist rheinischer Freiheitsliebe, gebildet an Heidelbergs deutschem Kulturwissen und an dem Mannheimer wirtschaftlichen Unternehmungswillen, gegenüber denen die Residenzbürokratie nur allzu eng und pedantisch wirken mußte. Diese badische Opposition war aufgeschlossener, vertiefter und sachlich gewichtiger als irgendeine sonst in Deutschland — sie war auch reicher an verschiedenartigen Richtungen, und deshalb vollzog sich hier zuerst klar eine Spaltung, die das Schicksal der deutschen Revolution von 1848/49 überhaupt geworden ist. Immer noch hatte bis dahin der alte Adam von Itzstein seine Leute klug zusammengehalten, ein Virtuos im Ausgleichen von Gegensätzen, diplomatischer Organisator und parlamentarischer Techniker wie kein anderer. Neben ihm stand unverwüstlich, glühend unter seinen weißen Haaren, der prächtige Karl Welcker, berühmt geworden als polternder, aber sehr sachkundiger Ankläger der Reaktionspolitik am Deutschen Bunde, bei aller sprudelnden Leidenschaft im Grunde doch eher eine konservative Natur, ein Gläubiger des Deutschtums aus der Zeit der Freiheitskriege und deshalb geneigt, wenn er auch auf Mäßigung schalt, doch mit alten Mächten zu paktieren: sie sollten nur den Fortschritt zur Freiheit und zum Rechte ehrlich wollen!

Der erste Kaufmann, der in einem deutschen Parlamente zu Ansehen gelangte, war der Mannheimer Friedrich Bassermann; in jungen Jahren schon unabhängig durch geschäftliche Erfolge, trat er gegen das alte System auf mit einer energischen Einfachheit, einer soliden Verständigkeit, einem guten Willen zum aufbauenden Schaffen, die überraschten; so mußte er bald als ein führender Vertreter moderner deutscher Bürgerlichkeit gelten. Die von ihm herausgegebene „Landtagszeitung“ schuf den badischen Kammerverhandlungen erwünschte Publizität, weit über die Grenzen hinaus. Viele der Anträge hatten ja einen absichtlich programmatischen Charakter, sie zielten weniger auf die badische Praxis als auf deutsche Propaganda — so die Petition auf Verminderung der stehenden Heere und die Einführung der allgemeinen Landwehr³²). Schärfer und kritischer im Denken als Bassermann, sparsamer im Reden, ganz tüchtiger, ruhiger, strenger, kühler Fachmann war Karl Mathy, altbewährt in politischen Kämpfen, um seiner journalistischen Betätigung in den dreißiger Jahren willen aus dem Staatsdienste entfernt, durch die Brotarbeit als Schullehrer in der Schweiz nur fester geschmiedet, nun durch seine Finanzkennerschaft und als Herausgeber der „Rundschau“, als

Mitarbeiter der Landtagszeitung eine von vielen gefürchtete, eine gegenwärtige, mehr noch eine kommende Macht. Alle diese Männer, von Itzstein bis Mathy, lebten in der Überzeugung, daß die schaffende bürgerliche Welt nunmehr endlich an der Reihe sei, daß ihre Lebensauffassung, ihr Arbeitsstil nunmehr Deutschland neu gestalten müsse, an Stelle des dynastisch-bürokratischen Geistes. Sie hofften diese Ziele sowohl in Baden wie in Deutschland durch friedliche Evolution zu erreichen, sie sahen die Gefahr der Revolution, wünschten aber eine solche um so weniger, je näher sie zu rücken schien. Sie waren voll des frischen und jungen Schwunges, der damals Deutschland bewegte, sie taten das Ihrige, um die allgemeine Behandlung politischer, religiöser, sozialer Fragen zu befördern, zu befeuern; sie dachten an Baden, mehr aber noch an Deutschland, sie schauten auf Preußen und sein Ringen um eine parlamentarische Form als auf ein für das gesamte Vaterland maßgebendes Ereignis. Aus diesem Denken und Fühlen wurde in Heidelberg die „Deutsche Zeitung“ gegründet, die einzige Zeitung, die je diesen Namen verdient hat; aus ihr pulste das deutsche Herz, pochend und vernehmlich: das mittelhheinische Deutschtum warb hier mit süddeutscher Wärme, mit westeuropäischer Geistigkeit um die Versöhnung deutscher Gegensätze, um die Verschmelzung alles Starken und Guten im Vaterlande zu Freiheit und Größe. „Die Mainlinie im Verfassungsleben“ sollte durch die „Deutsche Zeitung“ überbrückt werden, wie es in dem von Gervinus ausgearbeiteten Prospekt hieß. Eine „freiheitliche nationale Reichsgewalt“ sei für Deutschland zu schaffen; der Leiter der konstitutionellen Geschichte Deutschlands mußte Preußen sein — das war hier klar erkannt und vertreten. Auch im Technischen war etwas Neues gewollt — führende Gelehrte betreuten das Blatt, aber sie wußten, was ein Leitartikel ist: „Diese Artikel sollen so entfernt als möglich von breiter Methode und gelehrter Behandlung, so selten als möglich von allgemein doktrinärer Natur, so oft und so sehr als möglich von den unmittelbaren Fragen des Tages angeregt sein“ — heißt es in der Einladung zur Beteiligung an der „Deutschen Zeitung“, die die Verlagshandlung von Friedrich Bassermann im März 1847 verschickte³³).

An die Belehrbarkeit der Fürsten und Bürokraten mußten alle die glauben, die diese Politik der „Deutschen Zeitung“ vertraten. Es gab auch schon Ungläubige, und sie zerrissen unbarmherzig die Einheit des liberalen Optimismus. War es nicht beunruhigend, daß die preußische Regierung, auf die man so hoffte, mit Vergnügen die giftigsten Angriffe der sozialistischen „Trierer Zeitung“ auf das konstitutionelle System duldete? Wenn sich aber die Angegriffenen wehren wollten, klappte die Schere der Zensur! In Baden stellte sich nun Gustav v. Struve auf diesen Boden, durch die Quälereien erbittert, ein Grübler und Sonderling, dem nun die soziale Revolution als einziges Mittel erschien, wirklich vorwärtszukommen. Struve, der Sohn eines kaiserlich russischen Staatsrates, stammte aus einem alten deutschen Adelsgeschlecht, das erst seit zwei Generationen in russische Dienste getreten war: „Ich habe keinen russischen Faden an mir“, pflegte er wohl zu betonen, wenn er als Russe hingestellt wurde, und er hatte

recht. Mit der dunkeln Leidenschaft eines russischen Revolutionärs verband diesen gelehrten Juristen, diesen rechthaberisch verbohrten Phrenologen und Vegetarianer höchstens der Fanatismus: der trockene Pedant, der verärgerte Deklassierte war in vielem Schlechten nur allzu deutsch, ohne es durch stärkeres Gutes aufwiegen zu können. Unsön im Äußern, als Redner steif und starr, konnte er persönlich nicht für sich gewinnen; seine moralisierende Manier rief noch mehr Langeweile als Achtung hervor; nur schreiben konnte er wirklich gut, sophistisch, unbarmherzig, aufpeitschend, in der Idee kindlich-verschoben, in der Form mit der verwegenen Schärfe des echten Revolutionärs³⁴). Nichts konnte einem solchen Manne ärgerlicher sein als eine versöhnliche Regierung und eine gemäßigte Opposition, die im Innern regierungsbereit war. Struve prägte in seinem „Deutschen Zuschauer“ harte Scheltworte auf die „bourgeoisien“ Parlamentarier: „Kammermandarine, Paradehelden, Maulliberale.“ Die badische Kammer zählte 63 Mitglieder — Struve nannte sie die 63 Hasen; ein Löwe sei besser als diese — mit dem Löwen meinte er offenbar sich selbst. Oder etwa den Abgeordneten Friedrich Hecker? Struve gewann auf diesen jungen Mannheimer Rechtsanwalt wachsenden Einfluß, vermittelte ihm die Kenntnis der französischen und englischen sozialistischen Theorien, machte ihn recht eigentlich zum „Sozialdemokraten“, wie sich Hecker zuerst nannte. Der war nun eine ganz andere Persönlichkeit als der finstere Stubenmensch und graue Spintisierer Struve: prachtvoll, männlich-gewaltig an äußerer Erscheinung, von derbem Lebenshunger erfüllt, ein flotter Exzentriker, dem noch lange nach der wilden Studentenzeit jeder tolle Streich zuzutrauen war; begabt mit faszinierender Wirkung auf die Menge, voll Selbstgefühl, voll Beifallsliebe. Der geborene Führer, der geborene Held — in einer Welt gemüthlicher Spießerei doppelt wirksam durch zündende Einfälle, barocke Manieren, genialische Rede: also wirklich einmal ein Kerl, der nun stürmisch und schlagfertig, frisch und advokatisch gewandt auf die Bürokratenperücken losfuhr. Das Wesentliche zeigte ihm der Instinkt — immer fand er packende dankbare Themen — wie etwa 1844 die Ministerverantwortlichkeit³⁵). Seine juristische Begabung konnte niemand bezweifeln; politisch ging ihm alles etwas wild durcheinander, er hatte viel zusammengelesen und wußte mit Reminiszenzen zu imponieren — zu ruhiger Besinnung, zur Klärung eigener Ansicht kam er nicht. Er wollte wohl selbst nicht dazu kommen, denn Kampf lag ihm mehr als Reflexion, er stürmte vorwärts, glaubte an seinen Dämon und wußte kaum selbst, woher, geschweige denn wohin. Mit Witz und Derbheit unterhielt er die dankbaren Hörer und brachte sie überall in seine Bahn; Geduld zum Vorbereiten und Überlegen hatte er nicht viel, er vertraute dem Augenblick, als dessen Liebling er sich fühlte. Immer war er zu haben, kannte keinerlei Falsch, war ein famoser Kumpan und ehrlicher Freund unter Freunden. Frauen und Bewunderer liefen ihm desto mehr nach, je heftiger er sie von sich schüttelte. Als verwöhntes Glückskind hatte er natürlich Launen, seinen Eigensinn durfte man nicht reizen, und Parteidisziplin war ihm lästig genug. Am besten war noch immer der alte Itzstein kraft

seiner dialektischen Kunst und überlegenen Ruhe mit Hecker fertig geworden, der halb Tausendsassa, halb Primadonna, leicht an seiner Eitelkeit zu fassen war und als blendende Figur mit seiner unbekümmerten Wucht, seiner kindlichen Abenteuerlust, seinem Glauben an das Wunder in außerordentlichen Zeiten irgendwie zu starker Wirkung kommen mußte. Struve scheint Heckers Schicksal gewesen zu sein; in Hecker fand er alle die Eigenschaften, die er selbst vielleicht schmerzlich entbehrte; klüger und kritischer als Hecker, stachelte er in ihm den Ehrgeiz wach und wacher — er überzeugte ihn davon, daß er auch ein „Ganzer“ sein müsse, kein „Halber“, wie die „bourgeoise“ Opposition. Schon im März 1847 wollte Hecker, entzweit mit den ehemaligen Gesinnungsfreunden, aus der Kammer austreten, um sich neue Wege zur Wirkung zu suchen. Mit einiger Mühe wurde er davon abgebracht. Auch die Gemäßigten bemühten sich noch um den starken und sympathischen Mann. Struves Eintritt in die Kammer wurde dagegen von den gemäßigten Liberalen verhindert: sein Kampf war bereits völlig sozialrevolutionär. Bei den Ergänzungswahlen im Herbst 1847 hatte infolgedessen die Regierungspartei einige bezeichnende Erfolge.

Zwei Zusammenkünfte im Herbst 1847 erweckten die starke Unruhe nicht nur der badischen Regierungsstellen. In Offenburg fand am 12. September eine Versammlung der „Ganzen“ unter Struves und Heckers Leitung statt. Noch wurde die Republik nicht gefordert; aber daß die Revolution mit aller stürmischen Leidenschaft angekündigt wurde, konnte nicht mißverstanden werden. Die Beschlüsse von Karlsbad, Frankfurt und Wien, auf denen ja die Reaktion im Deutschen Bunde beruhte, sollten aufgehoben, das Militär auf die Verfassung vereidigt, eine Nationalvertretung beim Deutschen Bunde eingesetzt werden. Preß-, Gewissens- und Lehrfreiheit waren ja alte Volksforderungen; das neue Moment des demokratischen „Sozialismus“ prägte sich in folgenden Punkten aus: volkstümliche Wehrverfassung, gerechte Besteuerung, allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, Abschaffung aller Vorrechte.

In einem Briefe eines kundigen Parteifreundes an Karl Mathy vom 18. Oktober findet sich bewegliche Klage über den „hirnlosen Zank der Halben mit den Ganzen“; die Offenburger Versammlung sei eine freche Kriegserklärung der Zeitungsschreiber; Banditentum und Plünderung der Kommunisten stehe nun bevor; eine Partei habe sich nun gebildet, „deren stehendes Heer die betörten Handwerksburschen und beutelustigen Schüler Babeufs sein sollen³⁶⁾“. — Die badische Regierung leitete eine Untersuchung gegen die Redner ein und verbot eine ähnliche Versammlung in Donaueschingen.

Im Oktober fand dann in Heppenheim, im Gasthause zum halben Mond, eine Zusammenkunft der Mitglieder der badischen, württembergischen und hessischen Kammeropposition statt — Heinrich v. Gagern und Römer trafen sich hier mit Hansemann, Itzstein, Bassermann, Mathy und anderen. Bayrische und kurhessische Gesinnungsfreunde waren durch die dortigen Landtagsverhandlungen ab-

gehalten. Während in Offenburg die revolutionäre Demokratie ihr stark propagandistisch gefärbtes Programm entwickelte, kam es hier auf Hansemanns Einladung zu einer Aussprache der wirklich einflußreichen politischen Persönlichkeiten, hinter denen ein guter Teil des Bürgertums praktisch stand — zu einer Aussprache über das Vorgehen im Laufe der nächsten Monate. Die Mehrzahl, heißt es in der Denkschrift des württembergischen Ministeriums des Innern vom 3. Januar 1848, ist „nicht extrem demokratisch, sondern vertritt Reichtum und Intelligenz“. Ganz deutlich zeigte sich, daß Südwestdeutschland als ein politisch einheitlicher Komplex empfunden wurde, in dem über die Landesgrenzen der Fürstenstaaten hinweg nun einheitlich gehandelt werden sollte. Die badischen Politiker waren dabei die führenden, der Wille, deutsch zu sein, war hier vielleicht am lebendigsten, er war in alten Kämpfen oftmals bewährt, zu neuen Kämpfen fühlte er eine entschlossene Bereitschaft.

Die beteiligten Regierungen begannen nun sogleich über Maßregeln gegen die drohende Gefahr zu beraten. Der württembergische Außenminister Graf Beroldingen entwickelte dem württembergischen Gesandten Freiherrn v. Wächter in Karlsruhe ausführlich seine Sorgen: Die Heppenheimers Versammlung sei eine „Deliberation der offenbar dem monarchischen Prinzipie feindlichen Fraktion“; die in den Ständeversammlungen zu beantragenden Reformen seien verabredet worden; dem Deutschen Bunde habe man offene Geringschätzung gezeigt, das Hauptziel sei die Herbeiführung einer Mitwirkung des deutschen Volkes durch gewählte Vertreter; für das nächste Jahr sei eine neue Versammlung in noch größerem Umfange geplant, sie solle sich nicht allein auf Kammerangehörige beschränken; eine Kommission von sechs Mitgliedern sei gewählt worden, die über das Steuerwesen, die Zustände der ärmeren Klassen, die gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten Bericht erstatten solle; zwar handele es sich nicht um einen „Verein zu unerlaubten Zwecken“, aber: „eine größere Anzahl von Individuen, denen bei diesen Zusammenkünften kein anderer Charakter als der von Privatpersonen zukommt, hat Verabredungen getroffen, durch welche sie die Beschlüsse des Bundestages und die Maßregeln der einzelnen Regierungen einer förmlichen Kontrolle durch Abgeordnete aller deutschen Länder unterwerfen und sich einen ihr nicht zustehenden Einfluß auf das politische Leben Deutschlands verschaffen will.“ Diesen Bestrebungen, so fährt Graf Beroldingen fort, muß kräftig entgegengetreten werden: keine deutsche Regierung könne darüber im Zweifel sein; es erhebe sich die Frage, ob die deutsche Bundesversammlung nicht von sich aus Schritte tun und die Wiederholung einer solchen Versammlung verbieten solle; der württembergische Gesandte in Wien werde deshalb mit dem Fürsten Metternich Rücksprache nehmen; Baden solle sich an den Bund wenden; von einer Fortsetzung solcher Versammlungen könne nur das Schlimmste erwartet werden³⁷⁾.

Der badische Minister des Auswärtigen Freiherr v. Dusch erklärte dem württembergischen Gesandten, der diese Ansichten seines Chefs vortrug: die Versammlung in Heppenheim habe ihn sehr überrascht: es sei das bedeutsamste

Ereignis, das in neuerer Zeit in Deutschland vorgekommen sei: der Versuch sei gemacht, der Anfang sei da, ein Volksparlament zu schaffen, das sich über Bund und Einzelregierungen stellte; man müsse zum Vergleich an die Pariser Klubs vor der Revolution denken; aber ein Verbot durch den Deutschen Bund werde wenig fruchten; Privatbesprechungen könne man nicht hindern. Und nun schlug Dusch einen Ton an, der von dem obrigkeitlichen Dünkel seines Stuttgarter Kollegen wesentlich abwich. Er spreche aus alter Bekanntschaft, sagte er zu Wächter, ganz offen seine „Privatansicht“ aus: Der Deutsche Bund habe doch schwere Fehler gemacht, er habe nichts geleistet für die Rechtspflege, für Handel und Schifffahrt, für postalische und andere Verhältnisse; dem Bund müsse irgendein neues kräftiges Element zur Seite gegeben werden; den geistigen und materiellen Bedürfnissen Deutschlands müsse man Rechnung tragen; die Regierungen dürften sich nicht von den Bestrebungen der radikalen Bewegungspartei überflügeln lassen; alle guten Elemente, besonders der Mittelstand, seien heranzuziehen; überall fänden ja Versammlungen und Besprechungen statt — nur bei den Fürsten nicht! Wenn schon die böhmischen Stände Steuern verweigerten, dann wäre es wohl Zeit, daß auch dem Wiener Kabinett die Augen aufgingen! Ein rasches durchgreifendes Handeln sei nötig, um dem Treiben des Radikalismus Schranken zu setzen; von einer deutschen Fürstenversammlung sei noch am meisten zu erwarten; das seien hingeworfene, noch nicht zur Reife gediehene Gedanken, erklärte der Minister und brach dann plötzlich mitten im Gespräch ab. Mit der nochmaligen Bitte schloß er, alles Gesagte als Privatansicht aufzufassen³⁸⁾.

Graf Beroldingen war so betroffen über die Ansichten des badischen Außenministers, daß er mit sofortiger Post nochmaligen Bericht über das Gespräch anforderte. „Versteht denn Herr v. Dusch“, schrieb er, „unter Repräsentation Deutschlands beim Bunde eine Repräsentation durch gewählte Volksvertreter?“ „Dies würde allerdings von der radikalen Partei mit Jubel begrüßt werden, allein es wäre dies der Anfang einer Reformation im deutschen Staatsrecht, deren Ende kein anderes wäre als die Auflösung der deutschen Monarchien³⁹⁾.“

Die „Deutsche Zeitung“ hatte am 15. Oktober in ihrer Nummer 107 einen Bericht über die Heppenheimer Versammlung gebracht, der eigentlich erst die Angelegenheit zu einer bedeutsamen politischen Tatsache machte. In Württemberg meinte man sogar, die „Deutsche Zeitung“ habe mit Absicht übertrieben, um das behördliche Eingreifen herauszufordern, und eben deshalb sollten die Regierungen nicht aus Wirtshausgesprächen Staatsaktionen machen. Es war aber schon in Wirklichkeit etwas anders: Zusammenkünfte, und nun gar periodisch wiederkehrende Versammlungen solcher Art waren nicht mehr harmlos. Auch der württembergische König bezeichnete sie etwa als „ungesetzlich und selbst verfassungswidrig“: man sollte den Gegenstand vor dem Landtage zur Sprache bringen. Aber sein Minister v. Maucler sagte doch auch in der Denkschrift vom 3. Januar 1848: die Bundesversammlung „hat seit mehr als dreißig Jahren das klägliche Bild ungenügender Maßregeln, kleinlicher Sonderinteressen, bedauerns-

werter Abwesenheit höherer politischer Gesichtspunkte und eines völligen Mangels an Kenntnis menschlicher Zustände und ihres Ganges dargestellt“. Er empfahl, als Antwort auf den usurpierten Kongreß in Heppenheim einen „legitimen“ Kongreß etwa in München, einen Zusammentritt also tüchtiger Bevollmächtigter der beteiligten Nachbarstaaten, um schließlich „eine große ständische Nationalopposition organisch zu konstituieren⁴⁰⁾.“

Die württembergische Anregung, „gegen die neuerdings gesteigerten Umtriebe der radikalen Partei“ Vorkehrungen zu treffen, ist dann vom Frankfurter Bundestage aufgenommen worden. Es wurde vorgeschlagen, die Polizeibehörden der beteiligten Staaten möchten in nähere Verbindung miteinander treten und Polizeikommissare nach Frankfurt schicken, „als dem gemeinschaftlichen Mittelpunkt für die polizeiliche Aufsicht über jene Umtriebe“. Badischerseits wollte man auch in diesem Punkte nicht so weit gehen: gewiß solle alles an Nachrichten über Verschwörungen oder öffentliche Gewalttat gegen die Gesamtheit des Bundes zwischen den Unterzeichnungsorganen und den Polizeiämtern der Residenzen ausgetauscht werden, persönliche Zusammenkünfte von Polizeibeamten seien aber nur erwünscht, wenn ein Bedürfnis dazu vorläge; wären erst die Schweizer Wirren zu Ende, werde sowieso alles wieder aufhören.

Das war nun sicher sehr kurzsichtig; aber es blieb nun einmal die badische Art, ernste Dinge nicht ganz ernst zu nehmen, sich durch Hoffnungen zu trösten, den Gegnern im Grunde recht zu geben und auf keinen Fall etwas Entscheidendes zu tun. Wenn man die Dinge so ansah wie Dusch, dann mußte man entweder abtreten oder sich an die Spitze der Bewegung stellen. Natürlich tat er keines von beiden. Richtig war gewiß, daß die Schweizer Unruhen die Aufregung in Südwestdeutschland erhöhten. Auf preußischen Wunsch wurden in Württemberg Nachforschungen über die Verzweigungen der „allgemeinen deutschen Turnerschaft“ angestellt — vor allem war die Frage interessant, ob die Bildung von Freischaren vorbereitet würde, um den Eidgenossen zu Hilfe zu ziehen. Darüber konnte aber nichts festgestellt werden⁴¹⁾.

Baden und Württemberg ernannten dann höhere Polizeibeamte als wechselseitige Verbindungsleute für die politische Überwachung. Baden erklärte wiederholt seine Hilfsbereitschaft, warnte aber vor gemeinsamem Zusammentritt in Frankfurt; das könnte man als Wiederaufleben der Schwarzen Kommission unseligen Andenkens auffassen! Die ganze Sache sei wohl von einigen Bundestagsgesandten angeregt, die bei der großen Muße, welche die Bundestagsgeschäfte ihnen ließen, nur zu leicht auf unpraktische oder zum wenigsten unpolitische Ideen verfielen. Es wurde nun Darmstadt als Treffpunkt der Polizeibeamten bestimmt. Zu seinem großen Ärger mußte aber Dusch erfahren, daß trotz seines Widerspruches dennoch in Frankfurt Polizeibeamte mehrerer deutscher Staaten sich versammelten und unter der Aufsicht mehrerer Bundestagsgesandten nicht nur Sitzungen abhielten, sondern förmliche Protokolle aufnahmen und Beschlüsse faßten. Den badischen Beamten wurde ausdrücklich verboten, nach Frankfurt zu gehen⁴²⁾.

Graf Dönhoff, der preußische Bundestagsgesandte, war offenbar der leitende Geist bei diesen Bemühungen. In einem Promemoria, das er seinem Berichte vom 18. November 1847 beigab, wurde festgestellt: der von den Radikalen Mannheims ausgegangene Beschluß, eine allgemeine deutsche Turnerschaft ins Leben zu rufen, beweiße, daß ein formeller äußerer Zusammenhang der revolutionären Bewegung erstrebt werde; Geld- und Waffensammlungen fänden statt; wenn Zusammenkünfte verboten würden, würden sie ins nächste Nachbarland verlegt⁴³). Auch die Eisenbahn, von Frankfurt südwärts, half ja diesen Bestrebungen; so schnell wie die Eisenbahn fuhr, war eben damals schwer zu regieren.

Zwischen Württemberg und Baden kam es gerade damals zu einer gewissen Verstimmung infolge von schmähenden Angriffen Struves auf Württemberg in seinem „Deutschen Zuschauer“ (Artikel vom 28. Januar 1848): Die württembergische Regierung wolle durch Säbel und scharfe Patronen die Stände einschüchtern; Not und Teurung seien eine Folge ihrer verkehrten Regierungsweise; im Mai 1847 seien Bürger schmählich durch das Militär mißhandelt worden, die Zensur sei wahrhaft russisch; käme es zum Kampfe, könnte auch das größte Feldherrntalent zuschanden werden. Diese Anspielung ging auf den Ministerpräsidenten Grafen Beroldingen, der eigentlich Generalleutnant war, vielleicht sogar auf den König! Die württembergische Regierung ließ die „diesseitige gerechte Entrüstung“ in Karlsruhe diplomatisch notifizieren und verlangte Bestrafung des verantwortlichen Zensors. Der Stadtdirektor Geheimrat Kern in Mannheim erhielt dann auch „wegen grober Pflichtverletzung“ einen ernstlichen Verweis. Dusch erklärte, „wahrhaft indigniert zu sein“, und gab die in ihrer Art klassische Erklärung ab, er hielte das Blatt Struves nicht, um es nicht durch Abonnieren zu unterstützen⁴⁴).

Die gleiche Neigung zum Beschwichtigen und Leisetreten zeigte die badische Regierung bei der Behandlung der Schweizer Angelegenheiten. Nichts war dem Minister v. Dusch schrecklicher als der Gedanke, es könne zu militärischen Maßregeln an der Schweizer Grenze kommen, wobei Baden freilich einer der Hauptleidtragenden gewesen wäre. Die badische Regierung fühlte sich mit Recht im Innern so schwach und bedrängt, daß ihr auch noch äußere Schwierigkeiten sehr unerwünscht erscheinen mußten. Militärisches Vorgehen, sagte Dusch zu Freiherrn von Wächter, brächte nur unnötigen Aufwand und erzeuge unnötige Erbitterung; es läge auch gar kein spezifisches badisches, württembergisches oder bayrisches Interesse vor; es sei eine Bundessache oder eine Sache der fünf Großmächte. Die unverhohlenen Drohungen des energischen preußischen Gesandten in Karlsruhe v. Arnim an die Schweizer Adresse waren den badischen Behörden sehr peinlich; daß ein preußischer Offizier über die Transportmittel der Eisenbahn nach Basel die genauesten Erkundigungen in Karlsruhe und Freiburg einzog, wurde ruhig in Kauf genommen⁴⁵).

Zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren eröffnete Großherzog Leopold den neuen Landtag im Dezember 1847 persönlich. Das Schmollen wurde also,

nur allzu spät, aufgegeben, und das einfach-herzliche Auftreten des Landesherrn wirkte versöhnend. Er konnte mit Recht sagen, daß die Ordnung im Lande bis dahin nirgends nur einen Augenblick gestört worden war — das Volk hatte sich wahrhaftig viel gefallen lassen! Eine kaum beabsichtigte Ironie lag in dem Satze: „Bei aller Lebhaftigkeit der Meinungen ist in ihm (dem Volke) der Sinn für Gesetzlichkeit im allgemeinen erstarkt.“ Aber auch von „den Bestrebungen einzelner, welche die Staatsordnung, ja selbst das Eigentum, diesen Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft, zu untergraben suchen“, war die Rede: an alle war die Mahnung gerichtet, diese Bestrebungen mit vereinter Kraft und einträchtig mit der Regierung niederzuhalten. Das Positivste war die Erklärung, eine „Repressivgesetzgebung für die Presse mit Beseitigung der Zensur“ werde beabsichtigt; bundesgesetzliche Schritte in dieser Beziehung seien getan, von badischer Seite, gleichwie von andern Bundesregierungen. Über die Antwortadresse entspann sich in der zweiten Kammer eine sehr lebhafte Debatte; sie fiel schließlich recht versöhnlich aus, nur der Zweifel war ausgedrückt, eine Vereinbarung aller Bundesstaaten zu einem gleichförmigen Pressegesetz werde nicht so schnell gelingen, die badische Regierung möchte deshalb von sich aus den jetzigen Zustand der Presse beseitigen. Die Antwort des Großherzogs betonte den Willen, entgegenzukommen, aber ebenso sehr das unerschütterliche Festhalten an den Bundespflichten. Man war sich etwas näher getreten, aber noch nicht nahe. Der Großherzog empfing die Kammerdeputation kühl und sprach nur mit dem Präsidenten. Die erste Kammer freilich konnte sich nicht genug tun im Ersterben: ihre Adresse sprach vom „wärmsten kindlichen Dank“, vom „freundlich-väterlichen Willkommen“, vom „Vaterherzen Eurer Königlichen Hoheit“⁴⁶⁾.

Trotzdem: Zum ersten Male seit Jahren bildete sich in Baden wieder eine ministerielle Mehrheit. Die meisten Vertreter des bürgerlichen Liberalismus schieden sich von dem jungen Radikalismus und arbeiteten als eine Partei der Mitte mit der Rechten zusammen. Diesen Weg gingen auch so entschiedene und kritische Männer wie Bassermann, Mathy und der Mannheimer Advokat v. Soiron. Mit scharfem Spotte verfolgten radikale Flugblätter die „ministerielle Bourgeoisie“. Der bedeutungsvolle Bruch war nun ganz offenkundig; er vertiefte sich an einer aufregenden, besonders charakteristischen Tagesfrage.

Drei große Fabriken, die Maschinenfabrik Karlsruhe, die Spinnerei Ettlingen und die Zuckerfabrik Waghäusel, wurden in den Bankrott des Haberschen Bankhauses hineingerissen; an sich gesunde Betriebe, waren sie für ihre große Anlage mit zu geringem eigenen Betriebskapital ausgestattet. Die Staatsregierung sah sich zur Hilfe genötigt, es handelte sich um die wirtschaftliche Existenz von weit über 6000 Arbeitern. Der Vorschlag der Sanierung war so gedacht, daß der Staat die Schuld in Partialobligationen verwandelte und dafür die Zinsgarantie übernahm. Die Gläubiger waren einverstanden. Damit im Zusammenhange stand der Plan der Gründung einer Badischen Bank, zu der Frankfurter Kaufleute

Geld hergeben wollten. Die Hoffnung, durch ein derartiges Institut vom allmächtigen Bankhaus Rothschild etwas unabhängiger zu werden, spielte dabei mit. Das ganze Problem der Fabrikensanierung war etwas Neues; es hätte nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt werden sollen, war aber mit sehr weittragenden politischen Momenten doch wesentlich verknüpft. Die Meinungen waren überhaupt darüber geteilt; den eingefleischten Bürokraten ging der Plan zu weit, sie hätten die meist auswärtigen Wechselgläubiger ganz gern hineinfallen lassen. Am lebhaftesten trat Mathys moderner Finanzverstand für den Regierungsvorschlag ein. Unter den Extremen bekämpfte ihn Hecker am energischsten. Er überreichte einen von 63 Fabrikarbeitern unterzeichneten Brief, in dem sie gegen die Staatsunterstützung protestierten: Die großen Kapitalisten seien unbeschränkt in ihrer Geldmacherei, die Not des vierten Standes nähme immer mehr zu; der Staat solle die Fabrikherren nicht auch noch unterstützen, durch die Gründung von Arbeiterassoziationen solle das Mißverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werden; sie, die 63, gehörten einer nach Fourierschen Prinzipien gegründeten kommunistischen Gesellschaft an — sie wollten selbst gern Mit-eigentümer der Fabriken werden: dazu solle man helfen⁴⁷⁾. Der preußische Gesandte v. Arnim stellte die Behauptung auf, die extreme Partei habe die Sanierung der Fabriken bekämpft, um sie zum Stillstand zu bringen, um dadurch Tausende von hungrigen Proletariern aufs Pflaster zu werfen und so mittels lokaler Unruhen die Regierung zu erschüttern: auf diesem Wege werde „das deutsche Volk für die beabsichtigte große Nationalbewegung eingeübt“. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Spekulation wirklich so weit ging. Heckers Vorgehen erregte jedenfalls großes Aufsehen. Die sozialistische Adresse war von Karl Blind verfaßt, der sich die Unterschriften Harmloser und Unwissender in nicht einwandfreier Weise verschafft haben soll. Die Mehrheit der Arbeiterschaft wollte jedenfalls mit der ganzen Aktion nichts zu tun haben. Hecker selbst hat offenbar ganz gutgläubig gehandelt; das Kompromittierende der Angelegenheit trieb ihn noch mehr nach links. In der sehr erregten Kammersitzung vom 24. Februar wurde offen mit der Revolution gedroht — das wurde dann zurückgenommen. Hecker erntete stürmischen Beifall, als er in der folgenden Sitzung erklärte: Wenn die Regierung den freien Stand der Advokaten, der „Volksverteidiger“, durch Urlaubsverweigerung zu Staatsdienern herabzuwürdigen und zu schikanieren versucht, dann werden sie ein Handwerk lernen und in der Bluse des Volks in der Kammer sitzen⁴⁸⁾.

*

In der Politik hat jede lebendige Kraft ihr Recht und ihr Unrecht; alles verdient so ernst genommen zu werden, als es sich selbst nimmt — und gerade deshalb versteht sich hier auch das Komische immer von selbst. Die deutsche Kleinstaaterei ist dem Fürstenwesen entsprungen; sie hat das deutsche Volk nicht nur äußerlich zerschnitten, sie hat es auch im Geiste kleinlich gemacht, so daß die Splitter, als sie sich nun 1848 zum ersten Male wieder zusammensetzen wollten,

nicht mehr zueinander paßten. Das deutsche Vaterland verflüchtigte sich zur Idee; Lieferungen für das gekrönte Haupt im Schloß und seinen Anhang waren die Praxis. Zwei Hessen gab es und zwei Mecklenburg, zwei Lippe und ein halbes Dutzend Sachsen — oder noch mehr? Es hatte auch mehrere Anhalt, mehrere Braunschweig gegeben; immer gab es noch einige Reuß. Die Geschichte aller dieser wunderlichen Staatsbildungen ist die Geschichte einer Reihe von gutmütigen, oder rohen, oder verrückten, oder anständigen, oder kunstfreudigen, oder ehrgeizigen, oder weibertollen, oder herrsch- und geldwütigen Fürsten und einer loyalen Untertanenschaft, die meist bei der angeborenen deutschen Gutmütigkeit verharrete, die, wenn sie aber einmal wirklich die Geduld verlor, sich schnell beruhigen ließ und im Grunde damit einverstanden war, daß es Wühlern und Schreiern, rosaroten oder gänzlich roten Revolutionären so schlecht ging, wie es Ruhestörer, Feinde der Ordnung, Gefahrbringer für Nahrung und Eigentum verdienen. Aus der Loyalität der Untertanen entwickelte sich der Kleinstaatspatriotismus, dessen geschichtliche Bedeutung darin besteht, daß er alle Gevatterschaft und Klüngelei, alles Lokalbonzentum und alle Geschäfteschieberei mit einer Goldschicht von Edelsinn überzog, in der sich nun der höfische Glanz mit Wohlgefallen spiegelte. So wurde man von Deutschland wohlthätig abgelenkt und bekümmerte sich nur noch mit heiligem Eifer um die Ereignisse von Neustrelitz oder Darmstadt, verwies jugendliche Enthusiasten auf Männerchöre oder Philosophie, und schnurrte voll wachsenden Selbstbewußtseins seinen Kreislauf ab, den lieben Gewohnheiten getreu, durch bescheidenen materiellen Erfolg belohnt, von Familie, Nachbarschaft und Stammtisch geachtet, manchmal sogar fürstlicher Gnade gewürdigt. —

Die beiden hessischen Fürstentümer haben im damaligen Deutschland den Widerstreit der herrschenden Strömungen besonders charakteristisch verkörpert: Kurhessen war das Land einer eigensinnigen Tradition, eines wohleingesessenen loyalen Bauerntums, eines zopfig despotischen Hofes. Das Großherzogtum hatte seinen Schwerpunkt gar nicht mehr im alten historischen Hessenland. Oberhessen trat an Bedeutung ganz hinter den rhein-mainischen Gebietsteilen zurück, wo ein bewegliches, fröhliches, verfeinertes, schon halb städtisches Volk saß. Die verschiedenen Landesteile hatten wenig inneren, ja nicht einmal den äußeren geographischen Zusammenhang. Das nüchterne Gießen konnte mit der Schönheit und geschichtlichen Fülle von Marburg und Kassel nicht wetteifern. Darmstadt, die bescheidene, vormals katzenelnbogische Residenz an den sandigen Ufern des Darmbaches, sollte sich nun kraft der neuen großherzoglichen Würde durchsetzen gegen das goldene Mainz, die rheinische Hauptstadt der Kurerzkanzler des alten Reiches, den vormaligen Sitz einer blühenden Universität! Dort brodelte ein politisches Temperament, revolutionär entflammt durch eine große Erweckungszeit, das nun gegenüber hessischer wohlmeinender Regierungskunst und preußischer Bundesfestungsbesatzung immer so lebendig oppositionell blieb, daß es den Darmstädter Herren unheimlich dabei werden mußte. Die Aufhebung des

Stapels in Mainz ohne sofortige Entschädigung brachte die strebsame Stadt unverdient zurück im Wettbewerb mit Köln und Mannheim. Auch beim Eisenbahnbau mußte Mainz leiden unter der Bevorzugung, die sich Darmstadt selbst zuteil werden ließ⁴⁹⁾. Wenn das rheinbündlerische Großherzogtum solcher inneren Widersprüche und Schwierigkeiten Meister werden wollte, dann gab es nur ein Mittel: eine saubere ordentliche Verwaltung. Großherzog Ludwig I. hat das erkannt und die Grundlagen dazu gelegt — das Säulenstandbild, das ihm das dankbare Darmstadt in verwegener Nachahmung der Vendomesäule errichtete, war sachlich wohl verdient und konnte als geschichtliches Sinnbild gelten: der rheinische Kleinstaat setzte sich durch mittels einer nüchternen, anständig temperierten, am französischen politischen Rationalismus wohl geschulten Staatsregierung. Wenn der Schwung und die ideale Spannung fehlten, so gab es doch auch kaum bizarre Launen und kostspielige Extravaganzen; der Polizeistaat war hier, vielleicht am meisten in Deutschland, frei von Willkür und Niedertracht. Es gab eigentlich nur eine große Ausnahme: den jammervollen Fall Weidig. So hatte der preußische Gesandte v. Bockelberg recht, wenn er das Großherzogtum „eines der bestverwalteten Länder Deutschlands“ nennt⁵⁰⁾.

Der empfindlichste Mißstand war wohl die Soldatenspielererei. Bei einem aktiven Truppenstand von kaum mehr als 6000 Mann gab es drei Generäle der Infanterie und Kavallerie, acht Generalleutnants, vierzehn Generalmajore, also im ganzen 25 Offiziere mit dem Titel, Rang und — Gehalt eines Generals!⁵¹⁾ Großherzog Ludwig II. hatte einen ausgesprochenen Sinn für das Höfisch-Repräsentative. Durchreisende Fürsten, die im einfachen Frack erschienen, empfing er nie anders als in vollständiger Gala mit dem ganzen Hofstaat. Trotz seiner Gebrechlichkeit erschien er jeden Mittag in hohen steifen Stiefeln. Auch seine abendlichen Spazierfahrten durch die stillen Straßen des ehrfürchtigen Darmstadt unternahm er nur im Uniformrock, mit entblößtem Haupte. Beim Schlafen pflegte er den Kopf ohne Unterstützung in schwebender Lage über der Holzeinfassung des Bettes zu halten: diese seltsame Gewohnheit stammte noch aus der Zeit, da er den Zopf auch bei Nacht trug und auf solche Weise schonen wollte⁵²⁾. In den Zimmern mußte es abends 28 Grad sein — sonst fühlte sich der wunderliche alte Herr nicht wohl. Sein besonderer Stolz war die Heirat seiner Tochter mit dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland, dem späteren Kaiser Alexander II. Wenn sie zu Besuch in Darmstadt war, konnte er sich nicht genug tun mit ängstlicher Aufmerksamkeit und tiefen Verbeugungen vor der kaiserlichen Hoheit, so daß niemand erraten konnte, daß sie seine Tochter war. Dieser „Mangel an väterlicher Würde“ war selbst den Umgebungen am Hofe peinlich, wie der preußische Gesandte bezeugt. Während der Großfürst Alexander durch sein gemütliches Wesen alle seine hohe Stellung vergessen ließ, herrschte nur eine Stimme der Verwunderung darüber, wie wenige Jahre genügten, um eine deutsche Prinzessin durch und durch zu russifizieren. „Sie ist ganz ohne Herz“, war der allgemeine Eindruck — so frappierte ihre kalte stolze Haltung. Selbst Hofleute, unter deren Augen sie aufgewachsen

war, ließ sie keinen Augenblick vergessen, daß sie nun eine russische Großfürstin sei. Mit den Personen der Umgebung sprach sie kein Wort. Das Publikum zeigte gar keine Teilnahme für diesen russischen Besuch, sondern beschränkte sich darauf, die Summen abzuschätzen, die diese rasch aufeinanderfolgenden Visiten den Hof, also das Land kosteten⁵³). Eine viel modernere und einsichtigere Persönlichkeit war der Erbgroßherzog. Freilich steigerte sich sein angeborener Ordnungssinn und seine Liebhaberei für Gleichförmigkeit bis zur Pedanterie. Die von ihm angegebenen Muster für die Wegepfähle der Landstraßen belasteten etwa die Gemeindebudgets empfindlich durch den Aufwand für Erhaltung und Erneuerung des Anstriches mit den rotweißen Landesfarben. Immerhin war dieser Landstraßenluxus — auch die Landstraßen selbst waren vorzüglich! — eine Ehre für das Großherzogtum. Der Erbgroßherzog erschien gern in preußischer Generalsuniform und nahm die Bemerkung des preußischen Gesandten gut auf, daß kein Rock ihn besser kleide⁵⁴). Der Gesundheitszustand des alten Großherzogs war oft schon schwankend; es war etwas auffallend, daß gerade diejenigen, die in seiner Gunst am höchsten standen, sich beeiferten, in Stunden der Besorgnis das Lob des Nachfolgers auf den Lippen zu tragen⁵⁵). So tüchtig und solide das Beamtentum war — die sittliche Haltung der Darmstädter Hofgesellschaft scheint besonders unerfreulich gewesen zu sein. Auch die Dienerschaft war bei Hofe dementsprechend nachlässig und zuchtlos. Mehrere kamen wegen Säuferwahnsinns in ärztliche Behandlung. Trotzdem konnte sich der Großherzog nicht von ihnen trennen. Die stärkste Figur in Darmstadt war des Großherzogs jüngerer Bruder, Prinz Emil von Hessen, ein Gegenstück zum Markgrafen Wilhelm von Baden: Offizier napoleonischer Herkunft, der als Verbindungsmann zu den Kaiserhöfen in Wien und Petersburg seine gewichtige politische Rolle spielte. Wiederholt wurde er nach Rußland eingeladen; mit Vergnügen trug er die Uniform der österreichischen Armee und betonte so seine treue Zugehörigkeit zur Reaktionspolitik, die er als langjähriger Präsident der hessischen ersten Kammer genug betätigen konnte. 1845 stieg er zum Kaiserlichen Feldzeugmeister auf. Mit seinen Geldmitteln war es nicht immer gut bestellt — so fuhr er einmal nur bis Warschau zum Kaiser Nikolaus, um die Verschwendung zu sparen, zu der die russische Liebenswürdigkeit in Petersburg verpflichtete. Jedes Jahr mußte er einmal nach Holland und Belgien reisen, um seinen Bruder Friedrich zu treffen, der unter fremdem Namen eine Kaffeehausexistenz in Paris führte. So war er ein gescheiter, kundiger, diskreter politischer Spieler mit vielerlei Verbindungen: sein Einfluß auf den Großherzog wuchs von Jahr zu Jahr. Eine Stärkung erfuhr diese Stellung noch durch sein Sympathisieren mit der neuen katholischen Bewegung. Sprach er doch das für einen Abkömmling Philipps des Großmütigen besonders auffällige Wort aus: „Aus einem protestantischen Hause stammend, bleibe ich Protestant — hätte es aber vorgezogen, von katholischen Eltern geboren zu werden.“ Dem Erbgroßherzog Ludwig war die intrigante Art des Prinzen Emil, der gerne seine Ziele unter Umgehung verantwortlicher Stellen erreichte,

wenig sympathisch; die gesamte politische Auffassung der beiden war grundverschieden. Prinz Emil bewohnte den sogenannten „Glockenbau“ des Schlosses — und so sagte der Erbgroßherzog einmal zu dem preußischen Gesandten: „Aus dem Glockenbau ist noch nie etwas Gutes gekommen.“ Das Hofieren der russischen Verwandtschaft durch den Großherzog und den Prinzen Emil war für die Erbgroßherzogin so verletzend, daß sie 1847 während des russischen Besuches zu ihren Eltern nach Bayern reiste. Damals schüttete der Erbgroßherzog, der sonst intime Gespräche mit Bockelberg in Gegenwart anderer vermied, dem preußischen Gesandten gründlich sein Herz aus: „Ich bin nicht bezahlt, Rußland zu loben; kenne wohl die Intrigen, Zwietracht in Deutschland zu säen. Ich vermag nichts, muß schweigen. Wenn meine Zeit kommt, werde ich das Nest sprengen. Kenne meine Leute. Kenne auch die Machinationen, Reminiszenzen aus der Rheinbundzeit zu nähren. Kann es nicht erreichen, den Kammerherrnhut (die Generäle trugen einen schwarzen Dreimaster mit weißen Straußenfedern) abzuschaffen; habe Mühe, den französischen Zapfenstreich auszurotten (um Einheitlichkeit im 8. Armeekorps des Bundes zu erzielen!). Man versucht sogar, den alten Geist den jungen Offizieren einzuflößen, bin gehörig dazwischengefahren. Der preußische Uniformrock ist gewissen Leuten ein Dorn im Auge — ich trage ihn gerade. Auf mich kann sich Preußen verlassen⁵⁶⁾.“

Die russische Verwandtschaft brachte dem kleinen Hofe ja allerhand Vorteile: so wurde der Prinz Alexander zur Reise nach Kaukasien und Persien beurlaubt, um dort den Krieg unter russischer Fahne mitzumachen. Die Kosten dafür trug seine Schwester, die Großfürstin Caesarewna, die überhaupt aus russischen Geldern für seine Ausgaben aufkam, so daß er seine hessische Apanage von 20000 Gulden jährlich als Kapital anlegen konnte. Solches Aushalten kleiner deutscher Prinzen gehörte zu den harmloseren, aber doch recht wirksamen Mitteln der russischen Politik. Wie eifersüchtig war man bei dem Wettbewerb um die russische Gunst! Als der Prinz Peter von Oldenburg vom russischen Kaiser den Titel „Kaiserliche Hoheit“ erhielt, fühlte sich Darmstadt tief verletzt!⁵⁷⁾ Zur russischen Clique gehörte nach Herkunft und Überzeugungen ein besonderer Günstling des Prinzen Emil, der dreiundzwanzigjährige Prinz Emil Wittgenstein, der dieser hohen Protektion seine Beförderung zum Major nach kaum fünfjähriger Dienstzeit verdankte. Das weckte den übelsten Eindruck, der Großherzog war aber sehr geschmeichelt, so vornehme Diener zu haben. Machte doch das Witzwort die Runde: „Die kostbarsten Steine im Großherzogtum sind die Wittgensteine.“ Schon hieß es, der Prinz Wittgenstein sollte Bevollmächtigter bei der Militärkommission in Frankfurt oder Ministerresident in Paris werden. Der Großherzog war den Wittgensteins weit weniger gewogen, und so wollten sie die Zeit benutzen, da der alte Großherzog noch lebte⁵⁸⁾.

Als Vertreter der preußisch-englischen Richtung gegenüber der österreichisch-russischen versuchte in Verbindung mit dem Erbgroßherzog Fürst Karl Leiningen zu wirken, der außer der bayrischen auch der hessischen ersten Kammer als

erbliches Mitglied angehörte. Er wurde auch hier am Hofe mit besonderer Auszeichnung behandelt und vor dem Doyen des diplomatischen Korps placiert. Als Leiningens Denkschrift über die Standesherrn in der Augsburger Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde, erschien in der Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 7. Januar 1848 eine Antwort, die Prinz August Wittgenstein unter dem unmittelbaren Einfluß des Prinzen Emil geschrieben hatte. Prinz Emil nannte Leiningens Arbeit: „un beefsteak mal digéré“⁵⁹). Leiningen war aber nicht das einzige Mitglied der ersten Kammer, das freiheitliche Ideen vertrat. Fürst Solms-Lich, der ja auch dem rheinischen Provinziallandtage und später dem Vereinigten Landtage angehörte, der führende Magnat Oberhessens, war ein Anhänger der konstitutionellen Theorien. Ob dabei ein gewisses Popularitätsbedürfnis stärker wirkte als eigene Denkarbeit, wie ihm der preußische Gesandte einmal vorwirft, mag dahingestellt bleiben. Für einen Mann seiner Stellung und seines Vermögens war es jedenfalls ein Verdienst, dem Fortschritt dienen zu wollen. Seine Gemahlin hatte 1845 während des rheinischen Provinziallandtages in Koblenz ein Tagebuch geführt, in dem den politischen Verhandlungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet war — es ging nun in der weitverzweigten fürstlichen Verwandtschaft um: ein Beweis für das wachsende Interesse, mit dem auch in diesem Kreise die Zeitentwicklung verfolgt wurde⁶⁰).

Die erste Kammer in Hessen war schon mit einem Drittel beschlußfähig — bei ihren 36 Mitgliedern eine sonderbare Bestimmung, die der Rücksicht auf die Standesherrn entsprang. Die liberalen Gedanken vertrat hier am lebhaftesten der achtzigjährige Freiherr Hans von Gagern: immer noch wunderbar frisch, ein prachtvoller deutscher Kämpfer, geneigt, in seinen Reden die gesamte Weltpolitik in bunter Reihenfolge zu behandeln, von Abd el Kader bis zur griechischen Revolution. Was er sagte, war dann prompt in der Augsburger Allgemeinen Zeitung zu lesen; es kam auch vor, daß er durch einen Zufall am Reden verhindert war und daß dann der Text trotzdem in der Augsburger stand! Sowohl in der ersten wie in der zweiten Kammer besaß die hessische Regierung seit Jahr und Tag eine kompakte Mehrheit. Die wenigen Abgeordneten der freiheitlichen Richtung hielten sich sehr zurück. Die hessische Kammer galt lange als die stillste und friedlichste in Deutschland. In die zweite Kammer konnten nur Personen gewählt werden, die entweder 100 Gulden jährlich Steuern zahlten, oder 20 000 Gulden in großherzoglich hessischen Staatspapieren besaßen, oder als „Staatsdiener“ mindestens 1000 Gulden Jahresbezüge hatten. Zuerst wurden Bevollmächtigte, dann Wahlmänner und dann erst die Abgeordneten gewählt. Die Folge dieses reichlich verwickelten und völlig plutokratischen Systems war, daß sich unter fünfzig Mitgliedern der zweiten Kammer 34 Staatsbeamte befanden; dann kamen acht Bürgermeister und Gemeindebeamte, vier Gutsbesitzer, drei Kaufleute und — ein Advokat! Die Beamten waren durch diese doppelte Machtstellung in der Regierung und in der Volksvertretung so unabhängig, daß man fast von autokratischem Absolutismus sprechen kann. Willkürliche Behandlung

von Beamten kam deshalb fast nie vor; Kammern und Verwaltung waren homogen; die Kammerverhandlungen hatten kaum noch parlamentarischen Charakter: es waren subtile, bis ins einzelne gehende, oft spitzfindige Diskussionen unter Sachverständigen und Interessenten. Man sah das Schauspiel einer integren, korrekten Bürokratie, die sich selbst kontrollierte. Die Bedenken, die vorgebracht wurden, waren geradezu im Interesse der regierenden Kaste selbst, denn es hätte die Bevölkerung verstimmt, wenn sie geglaubt hätte, alles werde blindlings bewilligt. Beamte, die gern befördert werden wollten — und welcher Beamte wollte das nicht? — waren von Haus aus ja kaum geneigt, einer vorgesetzten Behörde ernste Schwierigkeiten zu machen. Kein Gegenstand durfte zur Beratung gelangen, bevor nicht im Ausschuß darüber berichtet und dieser nicht mit der Staatsbehörde darüber verhandelt hatte; Abstimmungen durften nach der Geschäftsordnung erst drei Tage nach dem Schluß der Diskussion stattfinden. Es war also Zeit, sich zu beruhigen, soweit man sich überhaupt erhitzt hatte. Jahrelang war der einzige Abgeordnete, von dem systematische Opposition in der zweiten Kammer ausging, seltsamerweise der Hofmarschall des Großherzogs, der Graf v. Lehrbach, ein alter geistreicher Lebemann, gewesener Offizier und in allerlei Sätteln gerecht, der sich nun liberal gebärdete, weil es ihn wütend machte, daß er weder Oberhofmarschall, noch Gesandter, noch Mitglied der ersten Kammer, noch leitender Minister geworden war⁶¹).

Seit den stürmischen Landtagen von 1833/35 führte der Minister du Thil sein umsichtiges und fürsorgliches Regiment, vom Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit freilich nur allzusehr belastet. Der eifrige unermüdliche Mann kannte zuletzt eine Menge Verhältnisse und Beziehungen ganz allein. Besonders im Auswärtigen behielt er sich alle wichtigeren Sachen zur eigenen Bearbeitung vor, so daß nicht einmal die Räte eingeweiht wurden. Als sich der Minister einmal eine Muskelzerrung zuzog, stockte plötzlich der ganze Geschäftsverkehr — so sehr hing alles an ihm. Es fehlte dem alten du Thil durchaus nicht an Einsicht: die Bedeutungslosigkeit des Bundestages konnte er — sehr im Gegensatz zu dem Prinzen Emil — in Wendungen beklagen, die ein liberaler Patriot genau so gebraucht haben würde: alle Hoffnung, auf dem Bunde, durch den Bund etwas zustande kommen zu sehen, müsse er aufgeben, sagte er einmal zu dem preußischen Gesandten v. Bockelberg; Deutschland gehe darüber zugrunde; nicht einmal die vorhandenen Beschlüsse kämen zur Ausführung; Wien wolle eben nichts voranbringen⁶²). Empfindlich war aber der Minister, wenn es sich um die innere Ordnung der Staaten handelte; er fand sein System ausgezeichnet und versprach sich von Umwandlungen keinerlei Vorteile für Hessen. Der Radikalismus, wie er sich in der Schweiz offenbarte, war ihm äußerst unbequem: „Es gibt zwei Arten, unter Staaten Krieg zu führen“, orakelte er, „eine mit gezogenem Schwerte im offenen Felde, die andere durch heimliche Verlockung zum Aufruhr und systematische Untergrabung der bestehenden Ordnung — das tut die Schweiz gegenüber den deutschen Regierungen⁶³).“

Es war ein Schmerz für du Thil, daß das diplomatische Korps in Darmstadt so wenig Gelegenheit bot, die große Politik zu treiben, zu der er sich berufen fühlte. Der französische Gesandte Graf Sarcey betrachtete Darmstadt als einen angenehmen Landaufenthalt und widmete sich ausschließlich seinem Garten und seinem Hühnerhof. Nach einem Jahre schon ging er, wie seine Vorgänger, nach Frankreich zurück, mit einem hohen hessischen Orden verziert. Darauf kam es ja auch an. Vielleicht hatte auch die etwas eigenartige Begrüßung seinen Abgang beschleunigt, die König Ludwig von Bayern bei einem Besuche in Darmstadt vor versammeltem Hofe an den Grafen richtete: „Ah, je vous connais bien. Vous étiez à Munich l'amant de la Princesse Rasoumoffska.“ Der Franzose blieb die Antwort schuldig. Der österreichische Gesandte hatte dasselbe phlegmatische Temperament wie der französische und tat ebensowenig für Politik und Geselligkeit. Und als plötzlich Lord Palmerston, der mit allen Zollvereinsstaaten direkte diplomatische Verbindung haben wollte, den englischen Vertreter in Frankfurt auch am darmstädtischen Hofe beglaubigte, was es vorher noch nicht gegeben hatte, mußte du Thil mehr Ärger als Freude über diesen Zuwachs empfinden, denn England war so wenig verbindlich gewesen, sich in keiner Weise vorher mit der großherzoglichen Regierung ins Benehmen zu setzen!⁶⁴⁾

Hessen-Darmstadt war ein ordentliches Land; und so sollte auch Gießen eine ordentliche Universität sein. Für Medizin und Naturwissenschaften geschah hier viel — das waren nützliche Fächer. Die Theologen waren Rationalisten und sollten es bleiben; daß 1847 ein Theologe anderer Richtung berufen wurde, galt als Ereignis. Die philosophischen Fächer waren der Darmstädter Regierung unheimlich; sie vernachlässigte sie infolgedessen. 1843 versuchte der Kanzler von Linde durch einen offiziellen „Studienplan der Landesuniversität Gießen“ der Lehr- und Lernfreiheit einen entscheidenden Stoß zu versetzen. Es kam zu einer wilden Fehde, bei der besonders Professor Credner, einer der namhaftesten Hochschullehrer, so harte Beschuldigungen, unter anderem auch die der literarischen Fälschung, gegen Linde erhob, daß er einen scharfen Verweis bekam. Der schwer kompromittierte Linde hatte seine Entlassung erbeten, wurde aber auf Betreiben des Prinzen Emil trotz allem als Universitätskanzler beibehalten. Immerhin wurde der Posten des Referenten für Kirchen- und Schulsachen neu besetzt. Lindes Macht beruhte besonders auf seiner Zugehörigkeit zur neuen katholischen Bewegung. Sie hat er, der konservative Bürokrat westfälischer Herkunft, stets besonders befördert.

Die Bestrebungen der Lichtfreunde fanden im Großherzogtum Hessen wenig Anklang — vielleicht deshalb, weil der Rationalismus der evangelischen Bevölkerung schon an und für sich groß war. Um so lebhafter war die Bewegung bei den Katholiken, die infolge der deutschkatholischen Richtung entstand. Von allen Kanzeln donnerten die Pfarrer gegen die „Rongeaneer“, die dem Volke seine heilige Religion nehmen wollten. In Gemeindeversammlungen wurde jeder aufgefordert, Erklärungen zu unterschreiben, daß man katholisch bleiben wolle.

Für die deutschkatholische Sache interessierte sich sogar der sonst so indolente französische Gesandte in Darmstadt⁶⁵). Die Darmstädter Regierung bemühte sich redlich, einen Standpunkt über den streitenden Konfessionen zu bewahren. In Mainz gaben sich etwa die Neurömischen die größte Mühe, dem Orden der barmherzigen Schwestern Eingang zu verschaffen. Der großherzogliche Polizeikommissar gab den Bescheid: Wenn es nötig ist, weibliche Krankenpflege zu haben, wird die Regierung evangelische Diakonissinnen aus Kaiserswerth berufen. Und obgleich Graf Fürstenberg-Stammheim den barmherzigen Schwestern in Mainz unentgeltlich ein Grundstück überlassen wollte, glaubte die Regierung dies im Interesse des konfessionellen Friedens ablehnen zu sollen. Immerhin stieg gerade in Mainz der Besuch des Instituts der Englischen Fräulein auf 700 Mädchen! Ein merkwürdiges Zeichen der Zeit war doch jener Trinkspruch des Rittergutsbesitzers v. Holtzendorf auf der Versammlung des Gustav-Adolf-Vereins im September 1847: er bat, in überschwenglichem Tone, zu trinken „auf den Mann unserer Zeit, welcher jetzt für Fortschritt und Aufklärung so mächtig wirkt“. Niemand wußte, wer gemeint war; man riet auf Uhlich oder Ronge oder Karl Heinzen oder Louis Philipp oder Friedrich Wilhelm IV. Und es entstand starkes Befremden, als der Redner erklärte, er meine den Papst Pius IX.⁶⁶)! Von jeher waren im hessischen Landtage die katholischen Interessen vertreten worden. Die katholischen Rheinhessen waren zugleich gute und entschiedene Konstitutionelle; kirchlich sein und politisch freiheitlich denken war durchaus kein Gegensatz. In Mainz erschienen seit 1842 die katholischen Sonntagsblätter; in Mainz lebte als eifriger Schriftsteller der plötzlich pensionierte Gießener katholische Theologieprofessor Kaspar Riffel⁶⁷). Von der Weltanschauungsfrage her kam nun auch in das bis dahin so ruhige Großherzogtum unmittelbar vor dem Revolutionsausbruch eine ungewöhnlich starke politische Erregung.

Ende 1846 wurde bei der Beratung des neuen hessischen bürgerlichen Gesetzbuches die Absicht der Regierung deutlich, die kirchliche Trauung als Regel einzuführen. In Rheinhessen empfand man diesen Angriff auf die alteingewurzelte, aus der großen Revolutionszeit stammende Einrichtung der Zivilehe überaus schwer. Nicht weil diese Einrichtung französisch war, sondern weil sie dem modernen bürgerlichen und sozialen Empfinden entsprach, wollten die Rheinhessen sie nicht preisgeben, die ja nicht mit Unrecht stolz darauf waren, damit den andern hessischen Staatsbürgern eine gute Länge voraus zu sein. Man begreift, daß hier gerade ein Zugeständnis nicht möglich war: mochte die Gegenseite den Rheinhessen vorrechnen, ihre Richter und Rechtsanwälte seien eben bequem, sie lernten lieber französische Gesetzbücher auswendig, statt gründliche wissenschaftliche Studien zu treiben — es war eine Gefühlsangelegenheit, bei der jeder betroffen war. Der ganze rheinische Stolz, zum fortgeschrittenen Westeuropa zu gehören, war hier erweckt und beteiligt. Ein führender Mainzer Advokat erklärte: Zwischen den jenseitigen und diesseitigen Provinzen des Großherzogtums wird sich eine Kluft auftun, gegen die der Rhein nur ein

winziges Bächlein ist. Der Mainzer Gemeinderat rühmte in einer Petition den Vorzug, in Rechtsgemeinschaft mit fünfzig Millionen Franzosen und Belgiern zu leben, und empfahl, das rheinisch-französische Recht auf die althessischen Landesteile zu übertragen⁶⁸). Das alte Klubleben blühte nun in Mainz wieder auf — man hielt heimliche „Bürgerversammlungen“ ab, immer in anderen Lokalen, immer verfolgt von der Polizei, aber durch mündliche Nachricht und selbstbewußte Gesinnung trotzdem stark und erfolgreich verbunden. Öffentlich bildete sich ein „Comité zur Erhaltung der rheinischen Rechtsinstitutionen“, das aber bald der Auflösung verfiel. Die kirchlich Gesinnten hielten es angesichts solcher Bewegung nun gerade für Ehrensache, „den sittlich-religiösen Gehalt“ der Ehe zu bewahren, und sie mochten recht haben, wenn sie den Rhein Hessen übertreibende Agitation vorwarfen. Kam es doch vor, daß auf dem Lande das Volk dadurch zu Unterschriften für die Zivilehe gewonnen wurde, daß man ihm erzählte: die Abschaffung der Zivilehe sei nur ein Anfang; es folge die Wiederaufrichtung der Zehnten und Fronden⁶⁹)! Den vernünftigsten Vorschlag bei dem Zank über die Zivilehe machte der alte Freiherr Hans von Gagern: kirchliche und bürgerliche Trauung sollten beide nebeneinander bestehen⁶⁸). Für die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Zivilehe trat nun aber sein Sohn aus voller Überzeugung ein.

Heinrich v. Gagern, der, noch nicht sechzehnjährig, die Schlacht von Waterloo mitgemacht hatte, war in Heidelberg, Göttingen und Jena Mitbegründer, Mitvertreter burschenschaftlicher Verbindungen und Gedanken gewesen. Nach Vollendung seiner Studien in der Schweiz ging er in den hessischen Staatsdienst. Auf dem „stürmischen Landtage“ 1832/33 trat er zum ersten Male stark hervor; bedeutenden Eindruck machte damals sein Bekenntnis, zuerst halte er sich für einen Deutschen, ehe er ein Hesse sei. Mit andern stellte er einen Antrag wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt durch den Minister. Nach der Auflösung des Landtags wurde ihm der Kammerherrnschlüssel abverlangt; die zwangsweise Pensionierung beantwortete er damit, daß er seinen Abschied verlangte. Er widmete sich nun der Landwirtschaft, gehörte seit 1836 dem Landtage nicht mehr an und übernahm das rheinische Gut seines Vaters. Enge Beziehungen verbanden ihn bald mit den Führern der badischen Opposition. Er teilte ihre Anschauungen, unterschied sich aber doch in manchen Punkten fühlbar von ihnen: einmal hat er den geborenen Aristokraten auch in den Schwächen nie vergessen oder überwinden können. Zur eigentlichen Volksmasse hatte er keine Verbindung, er floh sie auch mehr, als daß er sie gesucht hätte. In seiner Natur lag etwas Mächtig-Männliches: er wirkte viel durch Gestalt und Stimme, durch ritterliche Haltung und Wucht des Ausdrucks. Er sprach aber zu lange, zu abstrakt, zu universal, zu pompös — sein Aufwand entsprach nicht immer dem Anlaß. So imponierte er eigentlich von Anfang an mehr durch das, was er war, als durch das, was er tat. Charakter weit mehr als Intellekt, hatte er die besten Augenblicke, wenn er seinem anständigen patriotischen Instinkt folgte; ganz verwickelten Lagen, ganz

bedeutenden Aufgaben war er nicht gewachsen — es fehlte ihm dazu der kühle Witz, die kritische Schärfe.

Als Präsident des landwirtschaftlichen Vereins in Rheinhessen bekam Heinrich v. Gagern Verbindung mit allen Kreisen: rührig und doch vorsichtig, loyal innerhalb der gesetzlichen Schranken bleibend und von einem bedeutenden Ehrgeiz vorwärts getrieben — so galt er 1846 als ein notwendig wiederkommender Mann. Der preußische Gesandte nennt ihn eine Persönlichkeit „von ebenso ausgezeichneten Anlagen wie gefährlichen Grundsätzen“; die Regierung könne ihn wegen seines Treibens nicht zur Verantwortung ziehen: „Auf dem künftigen Landtage wird er sicher gewählt und Führer einer entschiedenen Oppositionspartei werden⁶⁹⁾.“ Infolge des Ablebens des Deputierten von Worms kam Heinrich von Gagern aber schon Anfang 1847 in den alten Landtag, freilich nur mit einer Stimme Mehrheit, was sein stark entwickeltes Selbstgefühl verletzte. Eigentlich hatte er erst in den neuen Landtag gewollt, weil er sich nicht an der kompakten Regierungsmajorität der alten Kammer abnutzen wollte⁷⁰⁾.

Die Taktik der rheinhessischen Abgeordneten ging dahin, die Beratung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches durch Amendements und dergleichen so in die Länge zu ziehen, daß der alte Landtag nicht mehr damit fertig werden konnte, denn im Sommer 1847 ging seine sechsjährige Sessionsdauer zu Ende. Natürlich wollte die Regierung sich das nicht gefallen lassen. Die Erregung nahm infolgedessen zu. Von Rheinbayern und von Mannheim wurde stark aufgemuntert. Struves Wochenblatt „Der deutsche Zuschauer“ war in Hessen verboten, wurde aber trotzdem in Tausenden von Exemplaren 1847 im Lande verbreitet. Die Beschlüsse der Offenburger Versammlung (vgl. oben Seite 161) sind ebenfalls unter dem Titel: „Die Forderungen des Volkes“ in Tausenden von Exemplaren in Hessen bekanntgemacht worden. Der preußische Gesandte, der diese Angaben macht, bemerkt dazu melancholisch: „Bei der Leichtigkeit und Vervielfältigung der Verkehrsmittel sind solche Verbote illusorisch⁷¹⁾.“

So ging es auch mit den Versammlungen, öffentlichen Besprechungen und Protestationen, die in Rheinhessen untersagt wurden. In Mainz kleideten sich die Frauen und Mädchen schwarz, um gegen die Aufhebung der Zivilehe zu protestieren. Auf dem Silvesterball im großen Kasino Zum Gutenberg fanden sich nur 150 Personen ein statt 700: es kamen eben nur die Beamtenfamilien. Der Name des Redakteurs des Zivilgesetzbuchentwurfs, Breidenbach, wurde ein Mainzer Schimpfname. Als Antwort wurde üblich: „Ich versetze dir einen Dalwigk“ (Name des Bezirkspräsidenten in Mainz). In Rheinbayern, in Rheinpreußen werde es genau so gehen, prophezeiten die Rheinhessen; man sei eben hier unter den Kanonen der Bundesfestung am schwächsten; das Ganze sei ein von Preußen und Metternich inspiriertes Experiment; und der preußische Gesandte fügt diesen Mitteilungen den bedeutungsvollen Satz hinzu: „Im Kopf manches Rheinländers spukt der Gedanke eines allgemeinen rheinischen Reiches von katholisch-liberaler Zwitterfärbung⁷²⁾.“ Französische Hilfe bei solchen

Projekten, auch nur bevormundender Schutz rheinischer Interessen durch Frankreich, wurde aber selbst von entschiedenen Liberalen abgelehnt. Der preußische Gesandte, der sicher kein Freund der entschiedenen Liberalen war, stellt ihnen dieses Zeugnis aus: Seit 1840 habe sich der nationale Sinn gestärkt⁷³).

Die Erörterungen in der zweiten Kammer, die im April 1847 stattfanden, zeigten, wie zugespitzt die Lage war. Der Bischof von Mainz Dr. Kayser, der als Stadtpfarrer in Darmstadt ein sehr friedlicher Mann gewesen war, verlangte nun die ausschließliche kirchliche Trauung, nannte den Regierungsentwurf „revolutionär“, behauptete, er entheilige die Ehe, sei prinzipienlos, verletze die katholische Kirche und bedeute den Übertritt des Staates aus „seinem bisherigen christlichen Charakter zu den Tendenzen des modernen Heidentums“; seine Rede gipfelte in dem überraschenden Geständnis: Dann sei die rheinhessische allgemeine Zivilehe ja noch besser! Der Kanzler von Linde stimmte dieser Meinung lebhaft zu: ein Staat, der die Zivilehe allgemein oder ausnahmsweise zuläßt, verletzt das Grundprinzip des Staates und die Schutzpflicht der christlichen Kirche. Es war natürlich, daß Prinz Emil gleichfalls sehr gereizt erklärte, ohne kirchliche Trauung gebe es keine Ehe. Die Regierungsvertreter kämpften für ihren Standpunkt: Der Staat stehe doch über den Konfessionen, der Staat lasse den Kirchen ihre Dogmen und frommen Sitten — müsse aber doch seine Interessen wahrnehmen. Die Kammermehrheit war den neurömischen Anschauungen abgeneigt, wollte aber doch das christliche Prinzip wahren; so wurde auch der recht anstößige § 12 angenommen, der Ehen zwischen Christen und Juden für unzulässig erklärte⁷⁴). Die erste Kammer versuchte die Lösung durch ihren ganz im Sinne Hans von Gagerns gestellten Antrag: die Zivilehe in Rheinhessen zu belassen, aber die kirchliche Trauung außerdem zu verlangen. Da trat Heinrich von Gagern mit einer Broschüre über die Zivilehefrage hervor, deren leidenschaftlicher Ton großes Aufsehen erregte. Jede Änderung der in Rheinhessen bestehenden Gesetzgebung, war hier zu lesen, ist nur möglich mit Einverständnis der Mehrheit der rheinischen Deputierten und kann nicht durch einfache Kammermehrheit beschlossen werden; jeder gesetzliche Widerstand der Rheinhessen zum Zwecke der Erhaltung ihrer Einrichtungen ist gerechtfertigt; die Verfassung darf nicht unterdrückt werden, eine solche Zeit scheint jetzt zu beginnen. Am schärfsten war der Angriff auf die Polizeistrafgesetze: „Dadurch wird der Polizeistaat auf eine Höhe der Konzeption emporgeschraubt, daß der kühnsten Phantasie bisher ähnliches kaum gelungen ist.“ Kammer und Regierung zeigten sich durch solche Worte sehr verletzt; eine Anzahl Mitglieder protestierte in aller Form; man beriet, was geschehen solle. Gagern blieb bei seiner Ansicht: Seit 1833/34 habe eine Periode des Niederganges der Volksvertretung begonnen — die Zeit gehöre der Geschichte an, und Kritik sei nötig und berechtigt. Da schickte der Abgeordnete Georgi Heinrich von Gagern seine Zeugen. Georgis Name war mit dem jammervollen Fall des Pfarrers und Abgeordneten Weidig unlösbar verknüpft, den die Brutalität dieses seines Untersuchungsrichters zum

Selbstmord getrieben hatte, wie die Blutinschrift im Gefängnis aussagte. Daß Weidig, politischer Umtriebe wegen angeklagt, auch körperlich gezüchtigt worden ist, im Laufe dieser Untersuchung, auf Anordnung des halbverrückten notorischen Trunkenboldes, ist nicht sicher, angedroht wurde ihm die Züchtigung jedenfalls⁷⁵). Die hessische Regierung glaubte ihren Beamten trotz aller berechtigten Kritik schließlich doch decken zu sollen; der rabiante Mann, der sich überall verachtet und schlecht behandelt fühlte, wollte sich nun dadurch gewissermaßen wieder herauspauken, daß er den am Hofe und in der Regierung als eine Art Renegat besonders verhaßten Heinrich von Gagern zur Strecke brachte. Die Duellforderung lautete auf Pistolen bei sechs Schritt Barriere. Heinrich von Gagern hatte das Duell angenommen, lehnte aber solche Bedingungen ab; nur ein einfaches Duell gestanden seine Sekundanten zu. Während noch die Entscheidung schwebte, reiste Gagern ab, was offenbar ein Fehler war. Georgi warf ihm in der Zeitung Feigheit vor. Gagerns Freunde wollten durchaus verhindern, daß er sich von einem minderwertigen und schwer bemakelten Mann, der nichts zu verlieren hatte, einfach abknallen ließ: Gagern sollte unter allen Umständen am Leben und in der politischen Tätigkeit erhalten werden. Deshalb versuchten sie auch einen Prozeß zu vermeiden — denn nur bei vorbehaltlosem Freispruch konnte Gagern Abgeordneter bleiben. In Rheinhessen und auch in Darmstadt wurden Unterschriften gesammelt: Gagern wurde beschworen, sich nicht auf das Duell einzulassen, sich nicht einer so „barbarischen, längst veralteten Sitte, die das Gesetz verpönt“, zu unterwerfen, aus den triftigsten Gründen sei dieser Zweikampf abzulehnen. Man begreift, wie delikate die Lage war. Es war etwas paradox, die Zivilehe durch ein Duell solcher Art zu verteidigen. Mehr Mut gehörte, angesichts der herrschenden Anschauung von Standeshhre, auch hier dazu, die Komödie eines Duells abzulehnen als sie aufzuführen. Gagern war politisch erledigt, wenn er sich duellierte; denn, wenn er mit dem Leben davorkam, drohte ihm seine starke persönliche und politische Gegnerschaft mit der Verurteilung. Gagern war aber gesellschaftlich in den Augen seiner Standesgenossen bemakelt, wenn er sich nicht duellierte. Schon spottete man am Hofe, daß mehr Tinte als Blut in diesem Handel vergossen würde, der seine Bedeutung ja erst durch die Parteigruppen und Weltanschauungsfragen erhält, die dabei zur Wirkung kamen. Als ob nichts geschehen wäre, nahm Gagern an den Kammer-sitzungen teil. Das Duell fand nicht statt. Ein paar Tage vor Schluß des Landtages verließ er Darmstadt, um dem Großherzog die Verlegenheit zu ersparen, ihn entweder mit allen Abgeordneten einzuladen oder allein auszuschließen. Bei seiner Rückkehr nach Worms empfing ihn überwältigender Jubel; sein Dampfschiff war mit Wimpeln und Flaggen geschmückt; die Turner waren aufmarschiert; Gedichte wurden vorgetragen, Festreden gehalten. Das Volk hatte einen Helden⁷⁶).

Die hessischen Neuwahlen fanden im September statt. Nicht nur in dem lebhaften Rheinhessen war die Erregung groß; auch in Gießen setzte die Opposition

ihre volle Kraft ein. Die Bierstuben waren voll lärmender Diskussion, die Redner stiegen auf Tische und Bänke. Heinrich von Gagern wurde in drei Bezirken der drei Provinzen des Großherzogtums aufgestellt und kam überall glanzvoll durch. Auch Reh, Weidigs Schwager, Seitz, der erste ausgesprochene neurömische Klerikale, und der alte Jaup wurden gewählt; dem letzteren versagte die Regierung, wie schon mehrmals, den Urlaub. Der gesamte Erfolg war durchschlagend. Nur 19 Beamte waren jetzt unter den Abgeordneten, Bürgermeister und kleinere Grundeigentümer ersetzten die durchgefallenen Beamten — also ein Publikum, das der liberalen Opposition mindestens gern folgte, wenn es ihr nicht schon angehörte. In Rheinhessen war kein einziger Regierungsmann durchgekommen. Nur noch ein Drittel war für die Regierung; ein Drittel war entschiedene Opposition, ein Drittel schwankte: die zweite Kammer hatte damit ein völlig anderes Gesicht. Der Großherzog war entsetzt; er werde sich keiner radikalen Majorität fügen, sagte er, lieber träte er gleich zurück oder werde die Kammern so lange auflösen, bis sie anders aussähen. Gegen Heinrich v. Gagern äußerte er geradezu persönlichen Haß: er werde ihm niemals die Hand reichen. Da das bei der Vereidigung der Abgeordneten üblich war, entstand die Verlegenheit, ob der Großherzog den Landtag persönlich eröffnen werde oder nicht. Schon hieß Gagern bei Hofe: „Mirabeau au petit pied.“ Du Thil und seine Mitarbeiter zeigten größere Ruhe als der Landesherr; einem schärferen Beobachter war aber die innere Mattigkeit doch auffallend, die sich hinter seiner markierten Sicherheit verbarg. Gerade jetzt entschloß man sich, die Männerturnvereine im Großherzogtum aufzulösen — als Brutstätten gefährlicher politischer Gesinnungen; einer Lockerung der Zensur von Bundes wegen widersetzte sich etwa Prinz Emil aufs lebhafteste und fand sich hier mit dem Frankfurter Präsidialgesandten Grafen Münch-Bellinghausen wie gewöhnlich zusammen. Alles stand also in dem lange so ruhigen Großherzogtum hart auf hart⁷⁷⁾.

*

Gegenüber dem Großherzogtum Hessen schien das Herzogtum Nassau den Vorzug einer geschlossenen Staatsgestalt zu haben. Aber es gehört zur Eigenart des deutschen geschichtlichen Schicksals, daß gerade in der Welt der Kleinstaaterei die Schärfe der Gegensätze in demselben Maße stieg, wie der Umfang abnahm. Der Beamtenapparat in Preußen oder Bayern wurde wenigstens von einer breiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Basis getragen, so überspannt seine Zahl, sein Auftreten und seine Ansprüche auch hier sein mochten. Das altnassauische Land war, genau wie die anderen Grafschaften und Herrschaften des alten Reiches, ein Güterkomplex gewesen, auf dem die beiden damals noch blühenden Linien patriarchalisch in der Art von Grundbesitzern saßen. Nun war durch das reiche kurmainzische und kurtrierische Land an Rhein und Lahn dieses Nassau zu einem „Staate“ angeschwollen, der natürlich seine Hofhaltung, seine Bürokratie, seine Armee haben mußte. Altnassau war über-

wiegend protestantisch, sehr loyal und ländlich-bescheiden gewesen. Die Katholiken des Lahntales und im Rheingau hatten einen anderen Lebensrhythmus. Die neue Bürokratie war stolz, ein rein ackerbautreibendes Land verwalten zu können, und lehnte jede Industrialisierung als Trägerin politisch-sozialer Gefahr ab. In diesem besonders walдреichen Lande hatte es der Bauer schwer und war gewöhnt, von alten Zeiten her, freien Anteil am Gemeindewald zu haben. Das wurde ihm nun verkümmert. Der „Staat“ nahm die Waldwirtschaft an sich, schlug heraus, was er konnte, hegte und vermehrte das Wild für die Fürstenjagd, so daß der kleine Landbesitzer proletarisiert werden mußte, während Staatsbudget und Hofkammer glänzend abschnitten. Ein vorzüglicher zeitgenössischer Kenner schreibt: „Es hatte sich angesichts der alten Gerechtsame eine sehr kommunistische Auffassung über das Waldeigentum bei den Bauern vererbt, so daß es durchaus nicht der Predigt moderner Theorien über den Besitz bedurfte, um den Gedanken einer allgemeinen Teilung in denselben rege zu machen. Und als dieser Gedanke beim Ausbruche der Volksbewegung des Jahres 1848 sofort den gesamten Nassauer Bauernstand durchzuckte, lag ihm viel weniger eine revolutionäre als eine konservative Tendenz zugrunde: man wollte ein in betreff des Waldes seit uralten Zeiten bestandenes Herkommen wieder auffrischen und allenfalls auch noch auf einige andere Dinge ausdehnen⁷⁸⁾.“

Im Frühjahr 1847 erschien eine nassauische Regierungsverordnung, die der Beamtenschaft, der „Dienerschaft“, wie sie charakteristisch genannt wurde, empfahl, sich nicht zu viel unter andere Leute zu mischen und den Dienstfrack sowie den etwas in Vergessenheit geratenen Amtsdegen fleißig zu tragen. Diese Bürokratie besaß meist wenig und dünkte sich desto mehr, sie fühlte sich gegenüber dem erwerbenden Bürgertum und nun gar gegenüber den Literaten als eine feinere Kaste. Besonders bei den Subalternen herrschte aber Verschuldung und Unzufriedenheit: nach mühseligem Brotstudium und immer erschwerten Prüfungen die öde Routine einer kleinen, aber desto lauter rasselnden Staatsmaschinerie — entweder verkam man dabei oder ging aus Verbitterung entschieden nach links.

„Wenn die Wiesbadener Bauern auf dem Felde sind, dann ist kein Bürger in der Stadt“ — dieser lustige Spruch traf wohl nicht mehr ganz für die Residenz und aufblühende Badestadt zu. Eine kräftigere, kapitalproduzierende Kaufmannschaft gab es aber nicht in Nassau, wo sich das Ackerbürgertum mit einem Handwerkerstand in abgelegenen Kleinstädten sammelte, ohne die Möglichkeit guten Absatzes und folglich ohne den Anreiz, Wertvolleres zu produzieren. Mußte doch eine englische Gesellschaft den alteingesessenen Eisenbergbau im nördlichen Nassau durch Anlage moderner großer Hüttenwerke aufhelfen!

Zuerst von allen Staaten des Deutschen Bundes hatte Nassau durch Verordnung vom 2. September 1814 seine landständische Verfassung bekommen. Sie bestand aus einer Herrenbank und den Landesdeputierten. Diese setzten sich aus je vier Vertretern der evangelischen und katholischen Geistlichkeit sowie der

höheren Lehranstalten, drei Vertretern der Gewerbebesitzer und fünfzehn Vertretern der begüterten Grundeigentümer zusammen. Die Wahl erfolgte auf sieben Jahre: absolute Stimmenmehrheit war erforderlich; da diese sich selten ergab, so pflegte die Regierung die ihr am geeignetsten erscheinenden Kandidaten auszuwählen! Der Zensus für die Wählbarkeit war so hoch gegriffen, daß z. B. 1846 unter 28 Ämtern nur acht waren, in welchen sich die vorgeschriebene Anzahl von je fünf Kandidaten vorfand. In zwölf von zwanzig Ämtern war auch nicht eine wählbare Persönlichkeit ansässig — im ganzen Herzogtum gab es nur 73 Wahlkandidaten!⁷⁹⁾ Es war immerhin aner kennenswert, daß selbst bei der Karikatur, die eine solche Verfassung darstellte, sich Opposition bemerkbar machte. Als das herzogliche Haus den Vollbesitz der Staatsdomänen in Anspruch nahm, kurz nach der Julirevolution, kam es in der Abgeordneten kammer zum Bruche — die Mehrheit trat aus der Versammlung aus, und die ministerielle Minderheit, die aus Fünfen bestand, tagte fröhlich weiter. Angesichts solcher Zustände mußte die Hauptmasse der Untertanenschaft in stumpfe Gleichgültigkeit verfallen. Den wirklichen Einfluß im Lande übten die beiden noch übriggebliebenen großen Adelsfamilien aus, die Dungen und die Marschall, die das Volk nicht eben schmeichelhaft den großen und den kleinen Rattenkönig nannte.

Herzog Adolf war nicht so klug wie Herzog Wilhelm, sein Vater; er sah nicht das, was kam oder kommen mußte, und wunderte sich deshalb, mehr als gut war, über die Ereignisse. Seine Heirat mit einer russischen Großfürstin erhöhte seine geringe Popularität durchaus nicht. Im Lande empfand man es als mißlich, daß sich der politische Konzern des Kaisers Nikolaus nun auch auf Nassau erstrecken sollte. Die Liebenswürdigkeit der neuen Herzogin konnte auch nicht viel an dieser Stimmung ändern. Das Unglück wollte, daß sie im Kindbett starb — nach der Auffassung des Herzogs infolge von Ungeschick des Bonner Professors Kilian. Für die Art Herzog Adolfs war es bezeichnend, daß er seitdem als Bedingung für die Zulassung zur ärztlichen Praxis in Nassau stellte, daß die Kandidaten ihre geburtshilflichen Studien nicht unter der Leitung dieses Professors gemacht hatten!⁸⁰⁾

Seit dem Tode der Herzogin vermied der Herzog das Theater und die Jagd, die er beide sehr geliebt hatte. Mehrmals in der Woche besuchte er den russischen Gottesdienst. Seine Hoffnung, jetzt eine seiner russischen Schwägerinnen heiraten zu können, scheiterte an den strengen Bestimmungen der orthodoxen Kirche, die ja solche Verbindungen ausschließt. So entging ihm auch eine zweite Million Silberrubel — das war die übliche Mitgift einer Großfürstin.

Der Herzog verfügte an sich schon über sehr erhebliche Mittel; dazu half auch, mindestens mittelbar, der jährliche Pachtzins, der der Regierung aus den Spielbanken in Höhe von 31 000 Gulden zufloß. Die Spielbanken in Schlangenbad und Schwalbach waren bereits aufgehoben; bis 1855 liefen die Verträge für Wiesbaden und Ems. Die Regierung, der angesichts der Stimmung in der Öffentlichkeit nicht wohl dabei zumute war, versicherte manchmal, sie könne auch schon vorher ein

Ende damit machen. Der reiche Herzog hat offenbar nichts getan, um diese Entwicklung zu beschleunigen⁸¹). Herzog Adolf umgab sich gern mit Ausländern, und das entfremdete ihn dem Volk noch mehr; seine geschickte Stiefmutter schmeichelte seinen Schwächen und übte so großen Einfluß auf ihn aus. Wenn er seine langen Auslandsreisen machte — nach Wien, England, Italien —, ließ er sich Geschäftssachen überhaupt nicht nachsenden, sondern gab dem Minister v. Dungern Instruktion und Vollmacht zur Erledigung aller vorkommenden Sachen. Das machte böses Blut im Lande und diente natürlich dazu, die Macht der Bürokratie auch während der Anwesenheit des Herzogs zu steigern⁸¹). Besonders gern hegte der Herzog seine Beziehungen in Wien — und gerade das wurde ihm durch die Wahl eines Deutschkatholiken zum Abgeordneten verdorben. Er mied Wien, seitdem er dort allerlei Angriffe deshalb und vom päpstlichen Nuntius sogar ironische Lobeserhebungen hatte erleben müssen⁸²).

Eigenartig war es, wie stark die kirchliche Bewegung in Nassau hervortrat. In manchen Gegenden hatte in alter Zeit mehrfacher Glaubenswechsel stattgefunden, und eine gewisse Ermüdung war infolgedessen eingetreten. Nun waren beide Konfessionen ziemlich gleich stark im Lande; die Bürokratie war aber spezifisch protestantisch, ursprünglich rationalistisch, dann in den vierziger Jahren geneigt, christlich-germanische Ideen, wie sie in Preußen auftraten, zu befördern. Deshalb wurde das separatistische altlutherische Bauerntum in der Grafschaft Runkel wohl von oben befehdet — die deutschkatholische Bewegung fand aber Duldung. Nun war die Erinnerung an die Emser Punktation bei der älteren Generation der katholischen Bevölkerung durchaus noch lebendig. Auch im Klerus gab es viel Widerstand gegen die moderne neurömische Richtung. Ronge und Dowiatt hatten große Erfolge in Nassau, gerade auch unter den besitzenden Klassen — man sah ja ein, daß sie wirklich keinen Kommunismus wollten. In Idstein, dem Sitz des katholischen Schullehrer-Seminars, fiel die ganze Gemeinde bis auf acht Köpfe der neuen Lehre zu. Wenn die Regierung die Deutschkatholiken staatlich anerkennen wollte, schreibt der preußische Gesandte, dann träten alle Staatsdiener über, und die Regierung käme in Verlegenheit, einen Katholiken für das Referat der katholischen Kirchen- und Schulangelegenheiten zu finden⁸³). Solche Verhältnisse befeuerten den Eifer der Neurömischen. Sie wünschten etwa als katholische Landesfakultät nicht die neue katholische Fakultät in Gießen, die durch Staatsvertrag mit dem Großherzogtum Hessen dazu bestimmt war, sondern lieber Freiburg oder München. Als die Wahl des Deutschkatholiken Ermen zum Abgeordneten im neuen Landtage von 1846 bestätigt wurde, mit siebzehn gegen drei Stimmen, herrschte Jubel im Lande. Vergebens hatte der Dekan Schütz eine ausführliche Rede dagegen gehalten, als deren geistiger Vater der Gutsbesitzer Lieber in Camberg galt. Lieber hatte auch die Rede verfaßt, die in der Herrenbank der Graf von Walderdorff zu Gehör brachte — als Protest gegen die bei dem Beschluß zum Ausdruck gekommenen Grundsätze. Es war derselbe Graf v. Walderdorff, der bei den Wahlen seinen zahlreichen Pächtern und seiner mächtigen

Klientel in den ehemals kurtrierischen Teilen des Herzogtums sogar schriftlich die gemessene Weisung hatte zugehen lassen, keinen Protestanten zu wählen⁸⁴). So war tatsächlich fast der konfessionelle Kampf an die Stelle des politischen getreten. Neben Lieber war die Seele der neurömischen Richtung der Professor der Theologie am Seminar zu Limburg Dr. Diehl, der, in der Propaganda in Rom erzogen, den gutmütigen und unbedeutenden Limburger Bischof völlig leitete, so daß man sagen konnte, daß er eigentlich den Bischof spielte. Die Neurömischen hatten sogar ihren Freiherrn von Loë an die Spitze der Nassauer Verwaltung bringen wollen — es scheiterte nur an der Geldfrage. Loë war das Orakel der katholischen Aristokratie in kirchlichen und politischen Dingen; auch beim Herzog war er oft zu Gaste und redete länger auf den Landesherrn ein, als diesem bequem war. Als Verfechter der liberalen Ideen traten der Oberappellationsgerichtsprokurator Hergenhausen in Wiesbaden und der Geisenheimer Gutsbesitzer Dressel hervor, in dessen Hause Itzstein oft zu Gast war. Diese beiden wurden zu Kammerpräsidenten gewählt; wenn auch ohne Aussicht auf Erfolg, wurden doch Anträge auf Öffentlichkeit der Sitzungen und Revision der Kriminal- und Zivilgesetze gestellt⁸⁵). Kampf kündigte sich also auch hier an.

*

Man kann in der Welt der deutschen Kleinstaaterie eine Reihe von Gruppen unterscheiden. Die südwestdeutsch-rheinische Gruppe haben wir betrachtet; die Landgrafschaft Hessen-Homburg gehört noch dazu, deren Herr gelegentlich in Darmstadt erschien, um Orden für seine Vertrauten zu erbitten, in allen sonstigen Beziehungen aber die Tatsache seiner Souveränität mit großer Empfindlichkeit betonte⁸⁶); auch die Freie Stadt Frankfurt, Hauptstadt und Sitz des Deutschen Bundes, gehört zu dieser südwestdeutsch-rheinischen Gruppe, zugleich aber zu der Sondergruppe der noch übriggebliebenen vier Freien Städte Deutschlands, die eine Behandlung für sich verlangen. An diese südwestdeutsch-rheinische Gruppe schließt sich geographisch unmittelbar die nordwestdeutsche Gruppe an: Hannover, Kurhessen, Oldenburg, Braunschweig, Waldeck, die beiden Lippe — auch Holstein gehörte dazu; nach Osten folgt die sächsisch-thüringische Gruppe; die ostdeutsche Gruppe besteht endlich aus den beiden Mecklenburg. Die nordwestdeutsche Gruppe trennte mit eindrucksvoller Massivität kompakt die beiden preußischen Staatshälften voneinander; nicht ebenso geschlossen, aber nicht minder bedeutend in politischer Hinsicht wirkte die sächsisch-thüringische Gruppe als Wall zwischen der preußischen Großmacht einerseits, dem österreichischen Kaiserstaat und Bayern andererseits. Die aus den beiden Mecklenburg bestehende ostdeutsche Gruppe hatte politisch lediglich die Bedeutung einer Enklave innerhalb Preußens. Gerade die deutschen Kernlande des Südwestens, Mitteldeutschlands und Niedersachsens waren also vollkommen beherrscht von der Kleinstaaterie. Wenn sich die Südwestdeutschen etwa um Württemberg, die Norddeutschen um Hannover, die Mitteldeutschen um Sachsen gruppierten,

dann war es möglich, dadurch die preußische oder die bayrische Politik entweder empfindlich zu lähmen oder sehr fühlbar zu unterstützen. Die in der Kleinstaatserei herrschende eifersüchtige Uneinigkeit verhinderte meist solche Möglichkeiten. In der Frankfurter Gegend und in Thüringen war die Zersplitterung am empfindlichsten; Schmerz und Lächerlichkeit des deutschen Fluches wurde hier von dem echten Patrioten am stärksten empfunden.

Die Stellung des Kurfürstentums Hessen zu seinen Nachbarn in Mittel- und Norddeutschland kann man mit der Württembergs in Süddeutschland vergleichen. Kurhessen saß ähnlich wie Württemberg, vom Rhein abgedrängt, als ein Gebirgsland gewissermaßen in der Hinterhand; nur durch die Grafschaft Hanau berührte es den Main, sonst beherrschte es lediglich den Oberlauf kleinerer Flüsse. Die Hanauer Mainfranken waren in dem Kurfürstentum mit ihrer hitzigen Gesprächigkeit, mit ihrer Neigung zum politischen Extrem ein fremdes, ja unheimliches Element. Das eigentliche Hessentum zwischen Fulda, Marburg und Kassel erinnerte in vielem an die schwäbische Art: echte Kraft aus gutem Boden, behutsamer Eigensinn, Freude an Brauch und Sitte, Mißtrauen gegenüber fremder Beherrschung, ausgeprägtes Rechtsgefühl. Nicht so viele hochbegabte und originelle Söhne wie das Schwabentum, aber ebenso viele tüchtige und ehrsam-zuverlässige Söhne hat der hessische Stamm hervorgebracht. Und ähnlich wie Württemberg zwischen Bayern und Baden stand, stand Kurhessen zwischen dem stärkeren, wuchtigeren Königreich Hannover und dem schwächeren, rheinisch und liberal bewegten Großherzogtum Hessen. Kurhessen war wie Württemberg überwiegend ein Land von Bauern, Handwerkern und Beamten, ein Land von vielen kleinen, selbständigen, noch von Handel und Industrie unerweckten und ungestörten Existenzen; Scharen von jüngeren Leuten wanderten jedes Jahr auf die vorgeschrittenen Nachbargebiete, als Mäher, Schnitter, Tagelöhner, Dienstboten.

Welch ein Widersinn, daß ein so loyales, geduldiges, solides Volkstum wie das hessische unter den manchen guten und wenigen guten deutschen Fürstenhäusern nun gerade einem der schlimmsten zuteil geworden war! Andererseits sollte gerade an der durch Generationen hindurch laufenden Willkür der hessischen Fürsten das Gefühl für Ordnung und gesetzliche Freiheit des Hessentums recht stark werden. Es ist doch bezeichnend, daß eine unabhängige Rechtsprechung schon im achtzehnten Jahrhundert in Hessen begründet (Edikt von 1743) und durch die 1821 erfolgte Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung weiter entwickelt worden ist. Bereits 1765 sind die Kammergüter als Staatsgut erklärt worden. Die Episode des Königreichs Westfalen hat neben vielem Unerfreulichen doch eine ganze Reihe von Reformen gebracht, die das kurhessische Volk an eine moderne staatsbürgerliche Existenz gewöhnten — wie etwa Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, sowie Geschworenengerichte. Das zurückgekehrte Kurhaus hat dann die altlandständische Verfassung bis zur Julirevolution tatsächlich außer Kraft gesetzt, weil es sich mit den Ständen nicht

einigen konnte. Die neue kurhessische Verfassung vom 5. Januar 1831 galt aber mit Recht als die freiheitlichste unter allen in Deutschland. Das Unglück war eben nur, daß das Kurhaus alles tat, um die festgelegten Volksrechte zu verkümmern.

Am 25. November 1846 schrieb der preußische Gesandte Graf Galen nach Berlin: „Seit 15 Jahren ziehen sich in diesem Lande Regierung und Stände hin und her. Vertagungen, Auflösungen, Protestationen, Reserven, Anklagen, Prinzipien-erklärungen folgen in buntem Gemisch aufeinander ohne irgendein erkleckliches Ergebnis⁸⁷⁾.“ Nach der Verfassung gab es in Hessen nur eine Kammer; ihr stand die kurfürstliche Regierung starr und mißtrauisch gegenüber. Der Ball flog hin und her. Die der Kammer angehörenden Prinzen, Standesherren und Adelsdeputierten spielten eine traurige Rolle. Entweder unterstützten sie einfach, servil nachbetend, die Regierung, oder sie verschwanden in dem großen Haufen der anderen Deputierten, ohne Möglichkeit oder Fähigkeit der Führung oder Vermittlung. Die „Ritterschaft“ war in Kurhessen wohl als Standesorganisation kompakt, aber wirtschaftlich wegen Mangels fideikommissarischer Bindung der Güter geschwächt und gesprengt. Außer dem großen Besitz der Malsburg, der Waitz von Eschen und Berlepsch, waren die Güter an sich klein und wurden nun noch geteilt und belastet. Bei den Gilsa gab es etwa drei Höfe nebeneinander, auf denen noch mehr Einzelfamilien saßen. Wenigstens wurden die unverheirateten Töchter durch zwei reiche Stifter versorgt. Gar manche unter dem Adel trauerten noch dem König Jérôme und seiner Zeit nach, und die korsischen Haarschöpfe, die Kinnlinien der Familie Bonaparte, die in den Landfamilien Kurhessens herumspukten, hielten die Erinnerung an Napoleons Bruder zum Greifen lebendig. Das wiedergekehrte Kurhaus machte es gerade der Hofgesellschaft schwer, so loyal zu bleiben, wie es ihrer Veranlagung entsprach. So waren auch die adligen Vertreter in der Kammer häufig genug in Verlegenheit, ob sie gegen die bürgerlich-liberale Opposition oder nicht lieber gegen die Regierung Front machen sollten⁸⁹⁾. Das Zusammenleben des Kurfürsten Wilhelm II. mit seiner Geliebten, der Gräfin Reichenbach, hatte gerade auch den Adel stark verletzt, und die Volksbewegung von 1831 erfreute sich deshalb sehr hochgestellter Hintermänner. Der Kurfürst hatte damals das Residieren in Kassel aufgegeben, sich mit der Gräfin nach Frankfurt zurückgezogen und den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten angenommen. Dieser führte nun tatsächlich ganz selbständig die Geschäfte. Nur Ordensverleihungen nahm sowohl Vater wie Sohn vor. Am 10. Februar 1846 schrieb der preußische Gesandte Graf Galen: „Seit zehn Monaten bin ich mit niemandem zusammengetroffen, der, hoch oder niedrig, sich nicht entweder tief gedrückt oder lebhaft gekränkt fühlte, und zwar immer durch den Herrscher in Person⁸⁸⁾.“ In der Tat: kein Rang, kein Stand war ausgenommen. Eine Summe von Widerwillen und Haß hatte sich gegen den Regenten aufgespeichert. Er war ein von Grund aus mißtrauischer Mensch, dessen Unbeholfenheit sich schon in seiner zögernden Sprechweise zeigte. In seiner finsternen Art war er zwar der Schmeichelei, aber auch jeder vernünftigen Kritik durchaus unzugänglich. Bei

einem so hochmütigen Fürsten war die Freude am Klatsch und Tratsch beinahe auffällig; er suchte eben das Kleine und Erbärmliche, wo er es fand, sah überall Schwäche und Privatinteresse, bestimmte pedantisch jeden seiner Schritte voraus, schnaubte wütend gegen jede Störung, sah sich beständig bedroht und verletzt, wechselte mit absichtlicher Plötzlichkeit seine Gunst und höhnte dann über die entstandene Enttäuschung. Selbst immer engstirniger und kleinlicher geworden, duldete er nur Kleines um sich und wurde so, ursprünglich wohl mehr unglücklich als schlecht, ein wahres Verhängnis für das arme Land⁸⁹). Wie entsetzt waren die guten Kasseler, als der brutale Landesherr einmal drohte, das baufällig gewordene Oktogon in Wilhelmshöhe mit Artillerie zusammenzuschießen, wenn es nicht sogleich restauriert würde — natürlich auf Landeskosten. Es fehlte dem Kurprinzen an irgendeiner Art von Wohlwollen. Offenbar empfand er ein unwiderstehliches Bedürfnis, jeden Untertan, soweit eben seine Macht reichte, zu kränken und seine Interessen zu verletzen. Und wenn es gelang — es gelang ja fast immer! — dann legte der Regent seine Schadenfreude so unverhohlen an den Tag, daß geradezu Ekel vor solcher Charakterbildung entstand. Schlimmer als seine Tyrannei, als seine unberechenbare Willkür wirkte eben dieser hämische Zug, der sich bis zur Grausamkeit steigern konnte. Von Jahr zu Jahr war das nun schlimmer geworden, und die Mißstimmung im Hessenlande war groß — in diesem bescheidenen, anständigen, gutgläubigen Lande, wo auch nur ein Funke von Wohlwollen Begeisterung anzufachen pflegt.

Die Frau des Kurprinzen, die Gräfin Schaumburg, genoß als Mutter mehrerer Kinder persönliche Sympathien, wenn sie auch bei Stellenbesetzungen ihre Interessenvertreter sichtbar förderte. Fürst Metternich überhäufte sie mit Aufmerksamkeiten. Der Kurprinz hatte sie in Bonn von ihrem ersten Manne, dem Husarenoffizier Lehmann, gegen eine Geldentschädigung übernommen. Man war in Kurhessen ja die freie Lebensauffassung der Landesväter durchaus gewöhnt; zu den Hessenthal und Hessenstein, den Heimrod und Haynau, die sich schon fröhlich herumtummelten, kamen nun die Schaumburg, Hanau und Bergen. Die beiden Söhne aus der Lehmannschen Ehe wurden Herren v. Scholley. Diese wilde Genealogie allein würde dem Regenten nicht besonders geschadet haben. Seine Roheit, sein Starrsinn, seine Launenhaftigkeit haben tief verletzt — und dann natürlich die schamlose Art, mit der er Vermögen für die zahlreiche illegitime Nachkommenschaft zu machen versuchte. Daß eine ernste Kontrolle der Ausgaben in einem Staate erwünscht war, „wo seit drei fürstlichen Generationen Millionen in die Taschen illegitimer oder wenigstens sukzessionsunfähiger Nachkommen gewandert sind“ — erkennt auch der preußische Gesandte mit diesen Sätzen ausdrücklich an⁸⁷). Die Domäne Wilhelmstal wurde zum Beispiel der Gräfin Schaumburg für den völlig lächerlichen Preis von 8000 Talern verkauft. Die im Archiv zu Fulda liegenden Aktenstücke über den Johannisberg wurden erst nach viermonatigem Zögern dem Fürsten Metternich ausgeliefert — der Kurprinz hatte die Idee gehabt, selbst später Ansprüche auf den Johannisberg zu erheben.

Für den Bau der Main-Weser-Bahn wurde beim Hause Rothschild ein Lotterielehen von 6 Millionen Talern aufgenommen; der wahre Wert der Lose betrug nicht 37, sondern 35 Taler — Rothschild verkaufte sie zu 42, ja 43 Talern. Eine Kautionsleistung leistete das Bankhaus nicht, und als Provision berechnete es den unerhörten Prozentsatz von 12 Prozent. Der Abgeordnete Wippermann stellte in der hessischen Kammer fest, daß Baden unter ähnlichen Verhältnissen demselben Bankhaus Rothschild nur $2\frac{1}{2}$ Prozent bewilligt hatte. Der Grund blieb den Eingeweihten nicht verborgen. Die Privatkasse des Kurprinzen hatte an diesem übergroßen Profit des Bankhauses bedeutenden Anteil⁹⁰⁾! Da das Lotterielehen bald im Kurs sehr zurückging, wurde in Frankfurt als Anspielung auf das vor dem Friedberger Thor stehende Denkmal für die 1793 gefallenen hessischen Soldaten der Witz gemacht: nun könne man auch bald auf der Börse ein Denkmal für die „gefallenen Hessen“ errichten⁹¹⁾. Auch über die Lieferung der Eisenbahnschienen für die Staatsbahn wurde mit Rothschild ein Vertrag zu hohem Preise und zu nachteiligen Bedingungen abgeschlossen — eine öffentliche Konkurrenz schrieb die hessische Regierung nicht aus. Der Kronprinz wußte wohl, warum das Bankhaus so stark verdienen mußte.

Wenn der Kurprinz sein Eigentum vermehren wollte, bedurfte er der Nachsicht seiner Minister, die ihm denn auch in erwünschtem Maße zuteil wurde. Wehe dem aber, der seine wirklichen oder vermeintlichen landesherrlichen Rechte anzutasten wagte! Dann mußten dieselben Minister diese Rechte mit Emphase verteidigen. Von der Ständeversammlung pflegte der Kurprinz nur die Hoffähigen zu sehen und sagte auch diesen nur Unangenehmes. Seine offiziellen Mitteilungen an die Kammer zeichneten sich durch einen rauhen herrischen Stil aus; da nun der Regierungsvertreter das auch noch in barschem Tone vortrug, konnte die Wirkung nur verletzend sein⁹²⁾. Es gehörte zu den Charaktereigentümlichkeiten des Regenten, daß er bei Badeaufenthalten, von Ministern und Regierungsgeschäften getrennt, den Liebenswürdigen spielte und damit, raubtierhaft wie er war, das harmlose Volk köderte. Während solcher Vergnügungsreisen, die sich oft über ganz Deutschland ausdehnten, häuften sich dann die Aktenberge. Die Minister waren ratlos, pflegte der Kurprinz doch auch in den geringsten Dingen persönlich zu entscheiden⁹³⁾. Sehr unbehaglich schien dem Regenten der Vereinigte Landtag in Preußen und das damit beginnende Verfassungsleben des großen Nachbarstaates. Den kleinen deutschen Fürsten werde durch dergleichen das Regieren unmöglich gemacht, hatte er schon lange vorher angstvoll geäußert. Und als der Minister v. Dörnberg das Vorgehen der preußischen Regierung zu bekritteln versuchte, mußte ihn der preußische Gesandte abwehren⁹⁴⁾. Dieser hatte den Sinn der Entwicklung für sich, wenn er Dörnberg darauf hinwies, wie, im Vergleich zu der Erbärmlichkeit der kurhessischen Zustände, Preußen „riesengroß am Horizonte der deutschen Zukunft stand“.

Im Juni 1847 ließ der Kurprinz die Ständeversammlung mit wenigen, äußerst dürftigen Worten durch den Minister des Innern Scheffer eröffnen und ging selbst

kaum hundert Schritte vom Ständesaal mit seiner Frau spazieren. Deutlicher konnte er seine Geringschätzung aller Verfassungssachen wohl nicht zeigen. Der Regent wartete ja nur auf den Tod seines Vaters; nach seiner Anschauung war er dann als angestammter Landesfürst nicht mehr an die Verfassung von 1831 gebunden — die er immerhin in seiner Eigenschaft als Mitregent beschworen hatte. Minister v. Dörnberg erklärte freilich dem preußischen Gesandten, weder er noch ein anderer Staatsbeamter würde einen Umsturz der Verfassung unterstützen. Mit Spannung wartete jedenfalls nicht nur die kurhessische Öffentlichkeit auf den Termin; die Unberechenbarkeit des Kurprinzen ließ alles möglich erscheinen⁹⁵).

Merkwürdige Folgen hatten die Lebensgewohnheiten des hessischen Fürstenhauses für die Beziehungen Kurhessens zum Auslande. Die Frau des preußischen Gesandten Marquis de la Valette, eine Amerikanerin, deren große Reichtümer im Journal des Débats steckten, wurde nicht bei Hofe vorgestellt, weil die Gräfin Schaumburg sich fürchtete, mit einer fremden Dame französisch zu sprechen; sie erklärte, unpäßlich zu sein, ging aber an demselben Abend ins Theater. Die Stimmung, in der der Marquis Kassel verließ, war dementsprechend unfreundlich. Als der kurhessische Gesandte in Paris von Schachten nach Berlin versetzt werden sollte, beeilte er sich, die Dame, mit der er seit Jahren zusammenlebte, von der er auch eine Tochter hatte, zu heiraten; den landesherrlichen Konsens erbat er dazu nicht. Er erreichte damit seine Absicht — für Berlin galt er nun als „weniger geeignet“; die kühne Nachahmung des landesherrlichen Vorbildes brachte ihm nur einen Verweis ein⁹⁶). Da der Marquis de la Valette sein Ziel, einen Halsorden, nicht schnell genug erreichte, verschwand er nach Paris — er war auch Deputierter —; sein Nachfolger, der Herzog von Bassano, sollte nur die Geschäfte in seiner Abwesenheit führen. Friedrich Wilhelm, inzwischen Kurfürst geworden, lehnte aber den Empfang ab und verlangte ein neues Kreditiv⁹⁷). Auch zu den deutschen Nachbarn waren die Beziehungen meist schlecht. Das wesentlich anständiger regierte Großherzogtum wurde als Gebiet der jüngeren Linie verachtet; schwer gekränkt war der Kurprinz, als Darmstadt es wagte, den Orden Philipps des Großmütigen zu errichten, ohne vorher in Kassel zu fragen.

Bei Friedrich Wilhelms überwiegend frivoler Lebensauffassung war eigentlich die bittere Energie erstaunlich, mit der er die deutschkatholische Bewegung verfolgte. Das Motiv bezeichnete der preußische Gesandte recht zutreffend mit den Worten: „Angst vor jeder Neuerung, mag sie Dampfboot, Eisenbahn oder Emanzipation des Geistes heißen⁹⁸).“ Graf Galen, selbst strenger Katholik und ein Anhänger Droste-Vischerings, urteilt so! „Die Regierung“, schreibt er ein anderes Mal, „haut bei ihrer Behandlung der Deutschkatholiken in ihren konservativen Bestrebungen über die Schnur⁹⁹).“ Hier machte sich die österreichische Einwirkung besonders fühlbar. Metternich pflegte durch den österreichischen Generalkonsul zu Leipzig, Legationsrat v. Hübner, den später so bekannt gewordenen Grafen Alexander v. Hübner, in Kassel unmittelbaren

geheimen Einfluß auszuüben. Hübner kam, angeblich als Vergnügungsreisender, häufig dorthin und spielte mit Geschick die Rolle des *Homme de confiance*. Der neurömischen Richtung angehörig, war er ein geschworener Feind der Deutschkatholiken. Unter dem Deckmantel einer kirchlichen Reformation, so belehrte auch eine direkte geheime Depesche Metternichs, schleichen sich die Bestrebungen des politischen Radikalismus ein. Auf dem Johannisberge bei Metternich traf der Kurprinz-Regent 1845 mit hohen katholischen geistlichen Würdenträgern zusammen. Auch der österreichische Gesandte in Kassel half nach. Ohne das direkte Eingreifen des Kurprinzen wäre es nie zu einem so scharfen Druck auf die Deutschkatholiken in Kurhessen gekommen¹⁰⁰).

In Hanau hatte man etwa den Deutschkatholiken den Gottesdienst in der französisch-reformierten Kirche gestattet, aber ohne Orgel und Glockengeläute, mit Eintrittskarten — also als *exercitium religionis privatum*; trotzdem kam von Kassel ein Verweis. In Marburg fanden großartige Kundgebungen der Deutschkatholiken statt. Die Rede, die Professor Bayrhofer bei dieser Gelegenheit in der Aula der Universität hielt, ging durch die Zeitungen und wirkte als Tat: Aus der mittelalterlichen Knechtschaft und Äußerlichkeit, so hieß es da, befreit sich der christliche Geist und erfaßt sich als Geist der Reformation; Ronge und Czerski wiederholen nicht die Reformation, sondern holen sie nach für die Katholiken — sie kämpfen für die vom Christentum belebte Vernunft; es beginnt eine neue Umwälzung, die Auflösung der römischen Kirche — Ronge prophezeite damals, das Breslauer Domkapitel werde in zehn Jahren nicht mehr existieren¹⁰¹).

Die Kasseler Regierung vertrat gegenüber den Deutschkatholiken den folgenden Standpunkt: Sie dürfen sich nicht „Gemeinde“ nennen, dürfen ihre Versammlungen nicht in einem öffentlichen Gebäude oder einer Kirche halten, dürfen keine Personen zulassen, die sich nicht schon für ihre Religionsansichten erklärt haben; Versammlungen im Freien, Musikbegleitung, Sängerkhöre oder die Zuziehung Geistlicher mit öffentlichem Charakter war verboten¹⁰²). Ausländische deutschkatholische Geistliche durften sich nicht in Kurhessen aufhalten.

§ 30 der kurhessischen Verfassungsurkunde hatte ausdrücklich „vollkommene Freiheit des Gewissens und der Religionsübung“ zugesichert — darauf wiesen die Deutschkatholiken in Hanau und Marburg mit Recht, aber ohne jeden Erfolg hin. Es wurde bestimmt, daß alle „Separatisten“ — darunter wurden außer den Deutschkatholiken auch Lichtfreunde, Wiedertäufer und Taufgesinnte verstanden — durch den Pfarrer und die Polizeibehörden in Listen geführt werden sollten; ihr Treiben sollte überwacht werden; bei vorkommender Ungesetzlichkeit war mit Energie einzuschreiten, sonst aber „auf dem Wege der Belehrung und Warnung einzuwirken“¹⁰³). Also es herrschte in dem klassischen Lande der Reformation die patriarchalische Willkür blinder Intoleranz; sogar Privatzusammenkünfte sind verboten worden. Auf den Kirchhöfen bekamen die „Dissidenten“ nur einen abgeschiedenen Platz für ihre Toten. Selbst ein Konservativer wie Vilmar tadelte soviel Unterdrückung, die geradezu an bürgerliche

Ächtung grenzte. Als zwei katholische Geistliche sogar in Fulda zum Ärger des an sich schon gereizten Domkapitels zum Deutschkatholizismus übertraten, wurde der eine, der geistliche Gymnasiallehrer Schell, sofort entlassen¹⁰⁴⁾ — eine offenbare Gesetzwidrigkeit. Auf der andern Seite aber scheute die Kasseler Regierung auch mit dem Bischof von Fulda keinen Konflikt, wenn ihr etwa ein junger, auf dem Collegium germanicum in Rom ausgebildeter Priester nicht paßte. Professor Bayrhofer verbreitete seine lichtfreundlichen Ideen auch auf dem Lande in der Marburger Gegend, oft in Versammlungen unter freiem Himmel; dafür wurde er nach einer Ordnungsstrafe von vierzig Talern, die ihm durch seine Freunde ersetzt worden ist, von seinem Lehramte suspendiert. Wie stark die geistig-religiöse Erregung damals unter den Bauern anstieg, zeigt der seltsame Fall einer Bauernfrau, die sich mit dem Beil die rechte Hand abhackte, weil sie von ihr geärgert worden sei!¹⁰⁵⁾

Nur wenige, die heute dankbar die Murhard-Bibliothek in Kassel benutzen, wissen, daß der Begründer Friedrich Murhard, Abkömmling einer althessischen Beamtenfamilie, Mathematiker und Publizist, als 65jähriger im Jahre 1844 wegen des Artikels „Staatsgerichtshof“ im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon, der die Leipziger Zensur passiert hatte und damit nach Bundesgesetz im gesamten deutschen Bundesgebiet zugelassen war, verhaftet und an einem kalten Januartage wie ein Verbrecher durch die belebtesten Straßen eskortiert worden ist, um erst nach einigen Tagen gegen Kautionsfreigabe zu werden. 1845 wurde er wegen öffentlicher verleumderischer Äußerungen gegen die kurhessische Staatsregierung und Anreizung zur Unzufriedenheit zu vier Monaten Gefängnis und 300 Talern Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein; erst 1848 wurde das ganze Verfahren niedergeschlagen. Mit seinem Bruder Karl hat dieser ehrwürdige Patriot dann der Stadt Kassel ein Vermögen von über 300 000 Talern nebst Liegenschaften vermacht¹⁰⁶⁾.

Ein noch krasserer Beispieler kurhessischer Regierungstyrannie war die Verfolgung und jahrelange Einkerkierung des Patrioten Silvester Jordan, der seit 1821 der Marburger Universität als Professor der Rechte angehörte. Auf Grund sinnloser und unbewiesener Anschuldigungen wurde er gefangen gehalten. Das Oberappellationsgericht in Kassel sprach ihn schließlich frei. Jordan, der geborene Tiroler, dessen tiefer Natursinn die Sehnsucht nach seinen heimatlichen Bergen nie überwand, war ein Vernunftrechtler der älteren Art, also alles andere als ein scharf vorwärts drängender Geist, ein warmer Vaterlandsfreund, der bitter nur in seiner Kritik am Bundestage wurde. Seine uns harmlos klingende Strophe galt zum Beispiel als schweres Vergehen:

„Und bist du von dem Schlaf erwacht,
So freue dich und sag':
Ist auch im deutschen Lande Nacht,
So bleibt doch Bundestag¹⁰⁷⁾.“

Den Vorsitz bei der Voruntersuchung gegen Jordan hatte der Polizeidirektor Wangemann in Marburg geführt, der sich dadurch höchsten Ortes ebenso beliebt wie beim Bürgertume verhaßt gemacht hatte. Eine Marburger geschlossene Gesellschaft ballotierte ihn zum Zeichen ihres Unwillens heraus. Wangemanns Antwort bezeichnet die Natur dieses Mannes, noch mehr aber den Grad dessen, was damals in Kurhessen möglich war: er ließ das Gesellschaftslokal militärisch besetzen und schließen!¹⁰⁸⁾ Als Wippermann, einer der kühnsten und tapfersten Vorkämpfer des freiheitlichen Bürgertums, in der „Deutschen Zeitung“ die kurhessischen Verhältnisse wahrheitsgemäß darstellte, wurde das Blatt sofort verboten!¹⁰⁹⁾

War es ein Wunder, daß die Aufregung unter den breiten Volksschichten mehr und mehr zunahm? Schon tauchten längst verschollene Namen wieder auf — so der des Küfermeisters Herbold, jenes Hünen voll Beredsamkeit, Mut und Verstand, der ja im Jahre 1831 die Rolle eines kurhessischen Lafayette gespielt hatte. Der preußische Gesandte glaubte auch wahrzunehmen, daß es „den Unzufriedenen nicht an Organisation und ihren Plänen nicht an Überlegung zu fehlen scheine“. Mit einem etwas gewagten Vergleiche charakterisierte er die kurhessische Regierungsmanier: „Ein auf Egoismus basiertes konservatives Zerrbild fängt demagogische Mücken und breitet haltlose Spinnweben gegen eingebildete oder nicht eingebildete Gefahren der Zukunft aus!“¹¹⁰⁾ Daß die Männer, die er die „leitenden Demagogen“ nennt, von der zahmen Art waren und als moralisch einwandfreie und rechtliche Persönlichkeiten gelten mußten, konnte selbst Graf Galen nicht bestreiten.

Die wirtschaftliche Not des bösen Winters 1846/47 verschlimmerte natürlich die gespannte Lage in Kurhessen noch wesentlich. Im Fuldaischen, in den Werra-gebenden, besonders in der abgelegenen thüringischen Enklave, der Herrschaft Schmalkalden, herrschte bittere Armut. Da die Regierung hilflos war, mußten wohlhabende Privatleute 15000 Taler zusammenschießen, um Roggen aus Bremen kommen zu lassen. Der niedrige Wasserstand der Weser machte den Transport zu Schiff unmöglich — die Ladung mußte per Achse herangebracht werden. Da die Bäche wasserlos waren, gingen die Mühlen nicht. Man hatte also nun den Roggen, konnte aber kein Mehl daraus gewinnen. Wind- oder Dampf-mühlen waren unbekannt. Die Regierung raffte sich auf und ließ mit möglichster Eile eine Dampf-mühle errichten. Ganze Gemeinden gab es, wo im Januar 1847 kein Korn, keine Kartoffel mehr zu finden war und ein Vorrat von weißen Bohnen den traurigen Rest von Nahrungsmitteln darstellte. Der letzte Notpfennig der unteren Klassen war längst aufgezehrt. Die Beamten bekamen Zulagen — was sollten aber die andern empfangen? Der fromme Graf Ferdinand Galen schrieb: „Ist das alte Jahr mit Teuerung geschieden, so hat das neue mit Hunger begonnen. Geistige und körperliche Armut durchziehen in fürchterlichen Gestalten Europa — die eine ohne Gott, die andere ohne Brot. Wehe, wenn sie sich die Hände reichen!“¹¹¹⁾ Der Mangel an Kartoffeln wirkte noch schlimmer als der an Brot-

frucht. Die Regierung verbot deshalb das Branntweinbrennen. Freilich ging infolgedessen viel Geld außer Landes. Eine Hilfe gegen den Notstand waren die Eisenbahnbauten, die ein belgischer Ingenieur leitete. Wenn nur der Souveränitätsdünkel des Kurprinzen die Bahn nach Eisenach nicht so verzögert hätte! Eine Einigung mit Sachsen-Weimar über den Anschlußpunkt schien lange unmöglich zu sein. Nun mußte auch die Regierung sich aufraffen, Korn zu bestellen — die Getreidesendungen aus Odessa kamen aber erst im Frühjahr in Bremerhaven an. Das Elend war so grenzenlos, daß ganze Gemeinden dem Staat ihr Hab und Gut zum Verkauf anboten, um sich mit dem Erlös nach Amerika zu retten¹¹²). Der Regent freilich wußte ein sehr einfaches Mittel gegenüber der Unzufriedenheit der Untertanen. Als es im Februar 1846 schon einmal hieß, wegen der Brotverteuerung sollten die Bäckerläden in Kassel gestürmt werden, ließ er Alarm blasen, und die ganze Garnison sammelte sich auf dem Friedrichsplatze. Nicht die mindeste Ruhestörung fand nun statt¹¹³). Es wurde respektvoll weiter gehungert.

Am 20. November 1847 starb nun endlich der alte Kurfürst in Frankfurt; der Sohn hatte schon lange auf dieses Ereignis gewartet. Im Hessenlande hatten sich aber viele den Vater zurückgewünscht; mit Sorge sahen sie der nächsten Zukunft entgegen. Auf der Durchfahrt nach Frankfurt wurde der neue Kurfürst Friedrich Wilhelm in Gießen von den Studenten durch Pfeifen und Singen verhöhnt; wütend trat er mitten unter sie, bis sie sich zerstreuten¹¹⁴). Der Zwischenfall war ein Symptom für die Stimmung, die gegenüber dem Kurfürsten auch bei den Nachbarn herrschte.

Als die Todesnachricht in Kassel eingetroffen war, mußte der Minister v. Dörnberg fünfmal an einem Nachmittag ins Palais kommen. Ebenso aufgeregt wie der neue Landesherr war die Bevölkerung. Wie sollte es nun mit der Verfassung werden? Ein eigentlicher Regierungswechsel hatte ja nicht stattgefunden, nur die persönliche Stellung des Regenten war eine andere geworden. Die Papiere des Agenten des verstorbenen Kurfürsten, des Staatsrats Wöhler, wurden, soweit sie sich auf die Hinterlassenschaft bezogen, beschlagnahmt; ebenso die Papiere des kurfürstlichen Geschäftsführers, des Oberfinanzrates Deines, in Hanau.

Diesem Deines war 1825 durch den alten Kurfürsten das böhmische Inkolat verschafft worden, 1845 der österreichische Adel — jeder Verband zwischen ihm und dem kurhessischen Staate war damit aufgelöst; trotzdem wagte er nicht, kurhessisches Gebiet zu betreten! Das Mißtrauen des neuen Kurfürsten gegenüber seinem Vater, dessen morganatischer Familie und dessen Beratern war so groß, daß er zweimal, zuerst durch den Gesandten v. Rieß, dann durch bewaffnete kurhessische Gendarmen den Nachlaß feststellen und Recherchen anstellen ließ. Mit Recht fühlte sich der Frankfurter Senat durch den zweiten Vorgang in seinen Souveränitätsrechten verletzt. Deines wandte sich an Österreich, der alte Hofmarschall des verstorbenen Kurfürsten, v. Lancken, an Preußen, um Schutz zu erhalten. Die sieben Geschwister Reichenbach hatten schätzungsweise ein Ver-

mögen von 8 Millionen Talern geerbt, und Deines, der die Finanzgeschäfte so geschickt besorgt hatte, war auch recht wohlhabend dabei geworden. Gegenüber der Gräfin Bergen aber war der Verdacht des neuen Kurfürsten kaum gerechtfertigt; sie hatte sich um Versöhnung des Vaters mit dem Sohne bemüht und hatte Dotationen, die er ihr noch auf dem Totenbett machen wollte, zurückgewiesen. Ihre Lage war lange nicht so glänzend wie die der Reichenbachschen Nachkommenschaft. „Beim Kurfürsten“, schrieb der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff, „scheint der Wunsch, mehr freies Allodialvermögen zu erlangen, den Sieg davonzutragen über alle Rücksichten der Pietät und Schicklichkeit¹¹⁵⁾.“ Sogar in das Sterbehaus in Frankfurt ließ der Kurfürst seinen Gesandten sogleich einziehen — es gehörte nur leider unbestreitbar den Reichenbachschen Geschwistern! Die gerichtliche Vollzugsbehörde war das oberste Gericht in Frankfurt; der ganze Allodialnachlaß stand außerhalb kurhessischer Jurisdiktion. Politisch gewichtiger als dieses, das fürstliche Ansehen freilich genug kompromittierende Nachlaßgezänk war die Sorge um die Verfassung. Sämtliche Beurlaubte wurden vom Kurfürsten zu ihren Regimentern zurückgerufen; beunruhigend war der Umstand, daß sich der neue Kurfürst wieder „souveräner Landgraf von Hessen“ nannte, worauf 1831 verzichtet worden war. Friedrich Wilhelm vermied sichtbar jeden Akt, der die Anerkennung der Verfassung in sich geschlossen oder auch nur angedeutet hätte. Zunächst beschäftigte sich der neue Kurfürst hauptsächlich mit dem Testament seines Vaters und ließ Staatssachen ganz in den Hintergrund treten. Er war sehr unzufrieden, denn nach Abzug der Legate u. ä. blieb nur verhältnismäßig wenig übrig; außerdem war die Verlassenschaft an Klauseln gebunden, die Friedrich Wilhelm als äußerst lästig empfand. Der alte Herr hatte eben den Sohn sehr gut gekannt und wußte, was ihm zuzutrauen war. Echter kurhessischer Stil war das Schreiben des alten Kurfürsten an die Stände, das bereits 1841 versiegelt dem Frankfurter Anwalt Öhlenschläger übergeben worden war. Nach dem Gesetz von 1831 war für den alten Kurfürsten eine Zivilliste von 392000 Talern zu zahlen, für seinen Nachfolger aber nur eine solche von 300000 Talern. Auch auf diese Summe paßte gewiß noch der bei dem geplagten Volke umlaufende Wortwitz von der „Zuvielliste“, der sich übrigens auch in Bayern findet. Nun bat der Alte posthum seine getreuen Stände, sie möchten dem Sohne genau so viel zahlen wie ihm, sie möchten für die Auskehrung der Dotationen, Pensionen usw. sorgen und, falls dies dem Nachfolger beschwerlich werde, sie zum Teil auf die Landeskasse übernehmen! Durch eine besondere Verfügung hatte der alte Kurfürst die Ausführung seiner Testamentsbestimmungen unter den Schutz des Kaisers von Österreich gestellt. Dieser lehnte freilich die ihm zugedachte Ehre ab¹¹⁶⁾.

Tatsächlich hätte der neue Kurfürst am liebsten die Verfassung umgestürzt. Hinter dem Rücken seiner ahnungslosen Minister fragte er Metternich um Rat. Dieser schickte Bescheid durch Herrn v. Philippsberg: der Kurfürst möge einstweilen seinen guten Willen beweisen, Gewalt anzuwenden bleibe immer noch

möglich. Auch der preußische Gesandte in Kassel wurde gleich nach dem Tode des alten Kurfürsten instruiert, auf das bestimmteste auszusprechen, Preußen betrachte „jeden Versuch, die seit 1831 bestehende Landesverfassung Kurhessens umzustößen, als eine politische und moralische Unmöglichkeit“¹¹⁷).

Die Stände beschlossen bereits Anfang Dezember, daß der vom Kurprinzen seinerzeit auf die Verfassung geleistete Revers seine Gültigkeit habe und behalte; aber erst nach Empfang des Bescheides von Metternich ließ sich der neue Kurfürst die lange schon abgefaßte Adresse überreichen; er sprach dabei davon, er sei nicht gebunden, und Modifikationen seien nötig: aber die Annahme der Adresse aus der Hand der Deputation der Stände war tatsächlich die Annahme der Verfassung¹¹⁸).

Alle wußten, wie widerwillig das geschehen war. Das Land und die Stände hatten jedenfalls etwas mehr Vertrauen zu den Räten des Kurfürsten gewonnen, da sie, zunächst wenigstens, treu an der Verfassung hielten. Zu einem Zwischenfall kam es bei der Vereidigung der Truppen. Der Kurfürst verlangte einen Eid, der auf die Verfassung keinen Bezug nahm. Da erschienen mehrere Kommandeure unmittelbar vor der Eidesleistung beim Kurfürsten und meldeten: die Stimmung im Offizierskorps sei bedenklich, der Kurfürst möge sie ermächtigen, zu erklären, daß der zu leistende Eid nicht im Widerspruch stünde zu den früher geleisteten Eiden. Der Kurfürst mußte dies Zugeständnis machen. Es war eine mannhafte Tat der hessischen Offiziere, so offen für eine ausgesprochen liberale Verfassung einzutreten.

Natürlich versuchte sich der Kurfürst zu rächen. Drei Gardeoffiziere wurden in die Provinz versetzt, weil sie als Führer der Bewegung angesehen wurden. Der Kommandant von Kassel verlor aus dem gleichen Grunde seinen Posten, bekam ihn aber wieder nach vier Tagen. Auch die Ritterschaft wurde schikaniert. Die Erlaubnis zur Aufnahme von Kapitalien wurde ihr ein für allemal verweigert. Der „Abendverein“ wurde geschlossen, weil er angeblich bei dem Konstitutionsfest die Marseillaise aufzuspielen versucht habe — dadurch verlor eine große Anzahl Kasseler Bürger ihren beliebten gesellschaftlichen Sammelplatz.

Bei den Ständen wurde beantragt, dem alten Kurfürsten ein Denkmal zu errichten — als dem Vater der Verfassung; und auch der neue Kurfürst, als der Aufrechterhalter der Verfassung, sollte gleich sein Denkmal mitbekommen. Der Antrag fiel in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit durch¹¹⁹). Schon Ende 1847 wurde ja vom Kurfürsten eine Kommission eingesetzt, welche Abänderungen der Verfassungsurkunde vorschlagen sollte: man mußte sich also auf allerlei gefaßt machen. Da der Kurfürst doch nicht den Mut zu großen Gewaltstreichen aufbrachte, versuchte er es eben in kleinerem Stile.

Schon immer war es ein beliebtes Mittel kurhessischer Regierungskunst gewesen, mit oder meist ohne Grund, Abgeordnete in Untersuchung zu ziehen, um sie um ihr Mandat zu bringen. Nun wurde, wie schon früher, gegen Wippermann ein Verfahren eingeleitet, weil er dem Professor Mittermaier Materialien zu einem

Aufsatz über die kurhessischen Zustände geliefert habe. Wippermann wurde von seinem Amt als Stadtsekretär suspendiert. — Dagegen protestierte sogleich der Kasseler Magistrat. Die allgemeine Unzufriedenheit, wie sie sich etwa auch in dem Artikel des Grenzboten, „Ein Blick auf Kurhessen“ (Jahrgang 1847, Band IV, S. 434 ff.)¹²⁰⁾, deutlich zeigte, war dem preußischen Gesandten Grafen Galen so auffallend, daß er am 25. Februar 1848 schreiben konnte: Das sonst so lebhaft hessische Nationalgefühl, das durch die scharf ausgeprägte Eigenart dieses Volkstammes einer bedeutenden Entwicklung fähig gewesen wäre, sei dem Erlöschen nahe; bis an die Grenze des Wunsches einer Vereinigung mit Preußen führe dieser Zustand¹²¹⁾. Zu Zeiten des alten Kurfürsten hatte man kaum wagen dürfen, einem Hessen zu sagen: du wirst preußisch werden; jetzt nahm er eine solche Rede geduldig hin und erwiderte höchstens darauf: „Schlechter als jetzt kann es doch nicht werden.“ In Wien beobachtete man die Entwicklung dieser Stimmung nicht ohne Sorge¹²²⁾.

Nur mit einem seiner Nachbarfürsten stand Kurfürst Friedrich Wilhelm in einem besseren Verhältnis, das auf ähnlicher Charakterveranlagung und verwandten politischen Überzeugungen beruhte: König Ernst August von Hannover hatte das wirklich getan, was der hessische Kurfürst nur allzugern getan hätte: er hatte eine vorhandene Staatsverfassung umgestoßen. Der Welfe handelte freilich damals mit einer schnellen unbekümmerten Brutalität, die dem rücksichtigen Kurfürsten weniger lag.

Hannover, der größte unter den deutschen Fürstenstaaten, die, typisch für kleinstaatliche Entwicklung, den Namen von der Hauptstadt trugen, nahm infolge seiner bis 1837 dauernden Vereinigung mit England in Deutschland eine Sonderstellung von weittragender Bedeutung ein. Durch Hannover war die Londoner Staatskunst auf eine bestimmte Kontinentalpolitik festgelegt gewesen, die notwendig einen Abwehrcharakter gegenüber Frankreich trug und eine kameradschaftliche Haltung gegenüber den deutschen Staaten, besonders gegenüber Preußen, zur Folge hatte. Auch geographisch und ethnisch bildete das schöne stille niedersächsische Land die Brücke zum Angelsachsentum. Die infolge der Thronbesteigung der Königin Viktoria notwendig gewordene Trennung Hannovers von England ist damals überwiegend als Glück für Hannover aufgefaßt worden. Lokalgeschichtlich mag das zum Teil seine Richtigkeit haben; universalgeschichtlich sieht es sich doch etwas anders an. Die englisch-französische Entente cordiale wurde erst nach dieser Trennung eine lebendige politische Kombination; sie trat wohl zeitweilig zurück, verschwand aber nie mehr völlig aus der großen Politik. England wandte sich von Mitteleuropa ab. Hannover selbst, das selbständige Königreich, war zu groß, um sich mit der Rolle einer Art von preußischer Enklave zu begnügen, wie Anhalt oder Mecklenburg; es war zu klein, um gegenüber dem umklammernden preußischen Staate erfolgreich Politik machen zu können. Wenn es mit Österreich, den Süddeutschen und Sachsen gemeinsam arbeitete, zog es sich die preußische übermächtige Feindschaft zu,

der es ja schließlich zum Opfer gefallen ist. Wären England und Hannover bei einander geblieben, hätte sich die deutsche Einigung vorsichtiger vollziehen müssen; das deutsche Reich von 1871 hätte die Bundesgenossenschaft von Waterloo ohne weiteres fortsetzen können; statt dessen kam es unwillkürlich in einen Gegensatz zu England hinein. So waren mit den Zufälligkeiten dynastischer Erbfolge auch hier die Völkergeschicke wunderlich-ernsthaft verknüpft.

An sich war zu erwarten, daß Hannover kraft der Verbindung mit dem klassischen Lande des Parlamentarismus nun selbst eine Stätte gesunder Staatsentwicklung werden würde. Die Note, die der Minister Graf Münster am 21. Oktober 1814, im Namen des Prinzregenten von England und Hannover an den Wiener Kongreß richtete, enthielt die vielversprechenden Worte: „Seine Königliche Hoheit können den Satz nicht anerkennen, daß selbst nach den Veränderungen, welche in Deutschland vorgegangen sind, den Fürsten ganz unbedingte oder rein despotische Rechte über ihre Untertanen zustehen. Der Grundsatz ferner, daß der Verfall der deutschen Reichsverfassung auch den Umsturz der Territorialverfassung deutscher Staaten . . . im rechtlichen Sinne nach sich ziehen müsse, läßt sich keineswegs einräumen¹²³).“

Das war eine überaus deutliche, aus englischem Rechtsempfinden geprägte Absage an den fürstlichen Absolutismus und das Bekenntnis zum Verfassungsgedanken auf Grund geschichtlicher Entwicklung. Trotzdem hat die „Deutsche Kanzlei in London“ nicht daran gedacht, die neue Verfassung des Königreiches Hannover mit den vorhandenen Provinziallandschaften zu vereinbaren. Sie ist vielmehr trotz des Protestes einzelner Landesteile, besonders des jahrelangen, vom Bewußtsein altehrwürdigen Rechtsgutes wach gehaltenen Widerstandes Ostfrieslands, nach Anhörung einer „provisorischen“ Ständeversammlung durch königliches Patent vom 7. Dezember 1819 erlassen worden. Diese Verfassung befriedigte niemanden, sie war willkürlich und unbestimmt zugleich — kein Wunder, daß die Bewegung von 1830 in der sachlichen Forderung nach einem neuen Staatsgrundgesetz gipfelte. Am 26. September 1833 wurde dieses Staatsgrundgesetz rechtskräftig erlassen — ein wohlüberdachtes, ausgereiftes Werk, das viele, wenn auch noch nicht alle Wünsche der liberalen Führer befriedigte. Noch waren Rechtspflege und Verwaltung nicht getrennt; noch war die Absonderung des Adels in der ersten Kammer aufrechterhalten; noch war die Wählbarkeit an Stand und Besitz geknüpft; noch war das Heer in seinen Verhältnissen der ständischen Mitwirkung enthoben. Die wichtigste positive Errungenschaft war finanzieller Natur: bis dahin hatten die königliche Generalkasse und die Generalsteuerkasse als zwei völlig voneinander getrennte Organe nebeneinander bestanden. In die Generalkasse flossen die Einkünfte des Krongutes, der Regalien, der Posten, Straßen, Bergwerke und Zölle — und der König verfügte frei darüber, mußte aber den ganzen Staatsdienst daraus bezahlen. Nur aushilfsweise durften die von den Ständen zu bewilligenden, in die Generalsteuerkasse fließenden Gelder dafür zugezogen werden. Aus der Generalsteuerkasse wurden ordnungs-

gemäß nur die Kosten des stehenden Heeres und einige kleinere Ausgaben bestritten; ein ständiges Schatzkollegium wachte darüber. Neue Ausgaben sollten zu gleichen Teilen auf die königliche und auf die Landeskasse gelegt werden. Es kam nun so, daß die königliche Generalkasse immer tiefer ins Defizit kam, da sie mit den wachsenden Pflichten ihre Einnahmen nicht steigern konnte, was für die Landeskasse leicht war. So willigte der einsichtige Wilhelm IV. darein, daß die beiden Kassen vereinigt und in ein und demselben Budget den Ständen zur jährlichen Mitwirkung vorgelegt wurden. Erst damit hatte Hannover den Staatsdualismus alter Herkunft ganz überwunden und konnte seine eigentlich konstitutionelle Geschichte beginnen.

Das Staatsgrundgesetz wirkte auch deshalb beruhigend auf die hannoversche Bevölkerung ein, weil die neue Regelung jeden Anschein ausschloß, als flösse „das beste Fett“ des Landes nach London; es war eher umgekehrt; das englische Königshaus hatte im Laufe eines Jahrhunderts seinem Stammlande sehr große Summen dadurch zukommen lassen, daß es auf Bezüge verzichtete und bedeutende Vorschüsse nachließ.

Noch gab es natürlich ein „altes Hannover“, dies Hannover einer erbeingesessenen Aristokratie, mit der sich die „schönen“ Familien des hohen Bürgertums in die Beamtenstellen teilten, alle zusammengehalten durch einen ruhigen Instinkt für politische Ordnung und Sauberkeit; der war aber ebenso lebendig in der klaren Solidität der Mittelbürger und dem geruhsamen Stolz der von Diensten und Fronen erlösten Bauernschaft, die zumeist weit verstreut, oft beinahe herrschaftlich, auf Einzelhöfen mitten im weiten fetten Lande unter dem feuchten niederdeutschen Himmel saß. Deutlicher und spitzer, reiner als im übrigen Deutschland, aber leicht etwas überlegen, kraft angeborenen Selbstgefühls, klang hier die Sprache, behutsam und selbst beim schlichten Manne beinahe elegant war die Art, hinter dem guten stillen Humor saß zähe Kritik. Über Recht und Staat war schon von alters hier manches Große gedacht worden — auch im bescheidenen Durchschnitt war dieser Sinn für das Billige und Vernünftige die deutlichste Begabung. Wie auch sonstwo in Deutschland, erwachte hier zuerst in den Stadtverwaltungen der starke Wunsch nach gesicherter Freiheit; das alte Osnabrück brachte in seinem prächtigen Bürgermeister Stüve den besten Kämpfer für das politische Recht in Hannover hervor. Abkömmling einer alten Ratsfamilie, Sohn jenes Osnabrücker Bürgermeisters Stüve, dessen selbstlose Hingabe an das Gemeinwohl in der Sturmzeit der Freiheitskriege sein Leben früh beendet hatte, wuchs dieser Johann Karl Bertram Stüve in eine stolze Überlieferung aufrechten Gemeinsinns hinein. Er nahm als Jüngling an der Turner- und Burschenschaftsbewegung teil, versenkte sich, von advokatischer Praxis unbefriedigt, in die Historie der Vaterstadt und Niedersachsens, reifte so zum würdigen Nachfolger und Vollender eines Möser heran und blieb dieser geschichtlichen Versenkung treu bis ins Greisenalter — obgleich oder vielleicht gerade weil er den lebendigsten Anteil an der politischen Arbeit der Gegenwart nahm. Als wahrer

Bürger- und Bauernfreund kämpfte der Abgeordnete und Bürgermeister für die Befreiung von Grund und Boden, für Ordnung und Klarheit im Gemeinwesen, für einen einheitlichen Staatshaushalt. Allen Schikanen und Mißhelligkeiten zum Trotz wirkte der zähe Eifer des nach außen so anspruchslosen Mannes unbeeinflussbar für das billig Wahrhaftige, getreu dem Goetheschen Spruche, den er sich zur Richtschnur nahm: „Frei gesinnt, sich selbst beschränkend — immerfort das nächste denkend . . .¹²⁴⁾“

Das hannoversche Staatsgrundgesetz von 1833 war ein Anfang gewesen — es hätte sich in ruhiger Arbeit noch vieles Notwendige daraus entwickeln lassen. Und nun wurde es umgestoßen von dem Herzog von Cumberland, der als König Ernst August 1837 den Thron des Königreiches bestieg.

Man wußte in Europa genug von diesem rabiaten Sechsendsechzigjährigen — Hannover hatte nichts Gutes zu erwarten. Er war ein verwegener Soldat gewesen, wenn auch nie Führer oder gar Feldherr; mit eisernem Eigensinn hatte er in England alle Tory-Interessen verfochten — größer als sein Schneid war nur immer seine Unbelehrbarkeit. Als Haupt von 300000 waffenfähigen Orangisten fühlte er sich mit Recht als eine Macht in England, und die politisch Kundigen segneten, im Interesse der jungen Königin Viktoria, die Schickung, daß der böse unberechenbare Unheilstifter nun nach dem Kontinent verschwand. Dürftig gebildet, verstand er gar nichts von dem, was das Deutschtum jener Tage bewegte. Den angeborenen Welfenhochmut steigerte noch der insulare Dünkel; einem solchen Menschenverächter, um den es von dunklen Skandalen witterte, war es schon beinahe Reiz an sich, Ruhe zu stören, Recht zu brechen, Glück zu zertreten, Bescheidene und Schwache zu höhnen. Wenn er wollte, stürzte sich dieser Mann in Arbeit; sein angeborener Witz durchschaute gegnerische Schwächen und geißelte sie, auch im Sarkasmus souverän; deutscher Tüftelei, braver Gründlichkeit ersterbender Umstandskrämer blieb seine kecke Grobheit praktisch durchaus überlegen. Schlau wie er war, redete er doch rückhaltlos, auch vor den Lakaïen, von den geheimsten Staatsgeschäften. Seine eiserne Natur hielt sich allem, selbst maßlosem Widersinn bei den Mahlzeiten lange gewachsen. Der einzige wirklich sympathische Zug war Wohltätigkeit unter der Hand und Besorgtheit um alte Getreue.

Den Verfassungsentwurf hatte Ernst August 1831 bis auf drei unwesentliche Punkte anerkannt; gegen das Staatsgrundgesetz von 1833 erhob er aber Einsprache — nun zeigte sich der schwere Fehler König Wilhelms IV. und seiner Minister, nicht auf die Zustimmung des Thronfolgers zu dringen. König geworden, erklärte Ernst August, er sei nicht an das Staatsgrundgesetz gebunden — es sei erloschen; eine neue Ständeversammlung wurde berufen, die sich außerhalb jeder Verfassung sowohl der alten wie der neuen befand. Die Wahlen fanden statt; die Bevölkerung war angesichts der offenen Gewalt ratlos und schwankte. Magistrat und Altersleute der Stadt Osnabrück richteten die erste Beschwerde an den Bundestag, andre Städte folgten. Die Mehrheit der zweiten Kammer erklärte sich

für inkompetent, es kam zu Steuerverweigerungen. Nach langen Kämpfen gelang es dem König und der von Schele geschickt geleiteten Regierung, die Ständerversammlung dann doch 1839 dahin zu bringen, ihr Einverständnis mit der Wiederherstellung des Patenten von 1819 zu erklären, das verbessert werden sollte.

Der Hannoversche Verfassungsbruch — der Streit darum kann im einzelnen hier nicht erzählt werden — wurde das größte Ereignis der politischen Geschichte Deutschlands zwischen der Revolution von 1830 und der von 1848, ja er bekam den Charakter einer europäischen Angelegenheit. Sieben Göttinger Professoren, die gegen den Gewaltakt des Königs protestierten, wurden sofort entlassen — jeder Deutsche kannte die Namen dieser Märtyrer des Rechtes: Albrecht und Dahlmann, die beiden Grimm, Gervinus, Ewald und Weber. Immerhin — von allen Professoren der Georgia Augusta, von allen Staatsdienern waren es eben doch nur sieben, die den Heroismus aufbrachten, ihre Existenz ganz aufs Spiel zu setzen um des Rechtes willen.

Der in Süd- und Mitteldeutschland herrschende Unwille kam in einem offiziellen Schritte der drei Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen beim Bundestage zum Ausdruck. Wenn sich trotzdem der Bundestag auf Antrag Österreichs und Preußens für inkompetent in der hannoverschen Sache erklärte, so hat er damit seinem schon schwer erschütterten Ansehen den letzten Stoß versetzt. Entgegen den Gutachten der juristischen Fakultäten von Jena und Heidelberg, die die Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes bejahten, entgegen dem der juristischen Fakultät von Tübingen, die darüber hinaus auch die Steuerverweigerung für begründet erklärte, entschied das Oberappellationsgericht in Celle, das hochangesehene ehrwürdige oberste Rechtsinstitut des Königreiches, in mehreren Erkenntnissen, daß jeder Befehl des Königs als unbedingte Richtschnur richterlichen Ermessens anzusehen sei.

Das neue Landesverfassungsgesetz von 1840 zeigte durch eine Reihe von Bestimmungen, welch reaktionärer Absolutismus nun in Hannover herrschen sollte. Es gab keine Bestätigung der Rechte der Untertanen durch den König mehr; Gerichte und Behörden waren an jede Verordnung des Königs gebunden; Judenemanzipation und Preßfreiheit, die im Staatsgrundgesetz von 1833 versprochen waren, fielen weg; die Gleichheit aller Staatsbürger in öffentlichen Lasten, im Gerichtswesen und in den Gemeinden war aufgehoben, die Rechte der „exemten“ Familien des Adels völlig wiederhergestellt — der grundbesitzende Adel wurde außerhalb des Bereiches der oberen Landespolizei gestellt; jährliche Versammlung, Initiative der Stände, Öffentlichkeit der Verhandlungen wurden ausgeschlossen; das Wahlgesetz sah Wahlzwang vor und damit die famose Einrichtung der „Minderheitswahl“, eine Lieblingserfindung des Kabinetts Schele. Wahlbeeinflussung wurde virtuos gehandhabt — mittels eines lächerlichen Prozesses wurde ein Mann wie Stüve aus der Ständerversammlung gedrängt. Der letzte Punkt war wohl für den schwerverschuldeten neuen König am wichtigsten:

die Vereinigung der beiden Kassen wurde aufgehoben — der König bekam seine eigene unkontrollierte Kasse wieder. Nicht nur dies: die Landeskasse wurde durch neue Bestimmungen aufs schwerste belastet. Sie war verpflichtet zu Vor-
schüssen und Zuschüssen, sie sollte, statt alljährlich, auf längere Zeiträume bewilligen; das Kriegsbudget wurde ein für allemal festgelegt, die Prinzessinnensteuer wieder eingeführt — ja der König sollte die unerhörte Befugnis haben, auf den Kredit der Landeskasse bis zu einer Million Taler zu leihen. Alles in allem bedeutete diese Verfassung den Versuch, an Stelle eines maßvollen Konstitutionalismus ein Feudalsystem zu setzen, mit starker Bevorzugung der dynastischen Gewalt zuungunsten der ständischen Rechte.

Das Land nahm den Rechtsbruch mit der nun folgenden Reaktion schließlich doch geduldig hin. Neigung zu revolutionärer Gewalttat lag der Bevölkerung nicht. Daß etwa in der Revolutionszeit von 1830 in Osterode einige junge Advokaten und Ärzte mit Hilfe der Fabrikarbeiter einen revolutionären Gemeinderat einsetzten und das Volk zur Selbsthilfe aufriefen, war ein Ausnahmefall von Temperamentsaufwand. Männern wie Stüve und Lüntzel oder dem Stadtdirektor Rumann von Hannover, der abgesetzt wurde, folgte das städtische Bürgertum voll warmer Verehrung. Wo aber die Magistrate sich vor dem Könige duckten, verharrte man in loyalem Schlafe. Der unabhängige bürgerliche Gutsbesitzer im Bremischen und in Ostfriesland fühlte schon aus Opposition gegen die Adelsprivilegien liberal; Domänenpächter und Klostergutspächter, eine erkleckliche Zahl, waren freilich zu abhängig, um sich viel zu regen. Aber ein dumpfer bitterer Groll brütete durch Jahre über dem rechtsempfindlichen Lande.

Nicht jedem war so viel ewig sprudelnder, schlagender Witz bei allem Unheil gegeben wie dem Rechtsanwalt Dr. Detmold, der als Abgeordneter der Opposition 1839 „konfiniert“ wurde: das heißt, es wurde sein Aufenthalt auf die Stadt Hannover beschränkt, Auslandsreisen durfte er nicht machen, und zu einer Fahrt nach List oder Herrenhausen mußte er erst um die polizeiliche Erlaubnis einkommen und auf dem Wagen einen schwerbewaffneten Gendarmen mitnehmen! Der berühmte Witzbold pflegte den Polizeiorganen dies Interesse für seine Person — jedes Kind kannte die kleine verwachsene Gestalt! — nach Möglichkeit zu erschweren. 1841 erklärte die Kammer solche Freiheitsbeschränkung für verfassungswidrig. Als Detmold zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen bzw. zu einer Geldstrafe von 300 Talern wegen seiner politischen Betätigung verurteilt wurde, brachte er die Geldsumme durch seine sarkastischen „Randzeichnungen“ auf, Zeugnisse seines bizarren Humors so gut wie seiner tiefen Menschenkenntnis. Mit Stüve gab er über den Verfassungskampf das „Hannoversche Portfolio“ (4 Bde., 1838—41) heraus. Dem etwas schwerblütigen Osnabrücker war er ein unermüdlicher, geschickter und scharfsichtiger Helfer. — Eine unabhängige öffentliche Meinung war in Hannover ganz unmöglich¹²⁵). Die Zensur ließ keine politisch bedeutungsvolle Presse aufkommen. Es herrschte die Harmlosigkeit des Inseratenblattes; die Weltereignisse mußte man durch die bremische Weserzeitung

oder die Hamburger Blätter, auch durch die Braunschweiger „Nationalzeitung“ kennenlernen.

Sehr froh ist König Ernst August seines Staatsstreiches nicht geworden. Im Hauptpunkte, dem Finanziellen, mußte er Enttäuschungen erleben: seine königliche Generalkasse seufzte, wie schon früher, unter den zunehmenden Lasten, und die Generalsteuerkasse wurde, so stark sie in Anspruch genommen werden sollte, doch von dem „Schatzkolleg“ mit der ganzen Eifersucht einer ständischen Behörde bewacht; und in diesen Schatzräten war der korrekte Eigensinn niedersächsischer Geldauffassung lebendig. Sie machten sich ein Vergnügen, ja eine Art Rache daraus, mit dem Finanzminister des Königs um jeden Taler zu zanken und womöglich politische Zugeständnisse für Geldbewilligungen einzutauschen. So griffen sie immer mehr in die wirkliche Landesverwaltung ein¹²⁶). König Ernst August behandelte seine getreuen Herren Stände dauernd schlecht. Meist nahm er überhaupt keine Notiz von ihnen — er könne auch ohne sie fertig werden, war sein oft wiederholtes Wort. Nur die wenigen Mitglieder, die nicht zur Beamtenklasse gehörten, zog er gelegentlich zur Tafel. Nach wie vor erklärte er, allein regieren zu wollen, und gefiel sich in dem Gedanken, es zu können. Einem guten Beobachter, wie dem preußischen Gesandten v. Seckendorff fiel aber doch auf, daß im Laufe der vierziger Jahre eine Veränderung beim König eintrat¹²⁷). Er unterhielt sich nicht mehr so gern über politische Tagesfragen, das Greisenalter machte sich bemerkbar.

Der Oppositionsgeist nahm im ganzen zu. Vom kommenden Landtag, dessen Wahl bevorstand, hoffte man 1847 eine energischere Haltung, besonders in den Geldfragen. Aus der üblichen Ruhe zu kommen, war aber kein großer Anlaß da; daß die Verwaltung im allgemeinen gerecht, sauber und anständig war, bestritt auch kein Oppositioneller. Die Minister freilich, die den Verfassungsbruch mitverantwortet hatten, genossen wenig Vertrauen beim Volke und wurden sogar vom König verachtet. Unhaltbar schien die bisherige Zunftordnung; es entstand eine neue freiere Gewerbeordnung, die den Gewerbebetrieb auf dem flachen Lande regelte und gegenüber der bevormundenden Haltung der Städte sicherte¹²⁸). Erfreulich war die Belebung des Handels, infolge des Seeverkehrs zwischen Bremen und New York. Die hannoverschen Durchgangszölle auf der Weser wurden aufgehoben, ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Preußen hatte ein großes Interesse daran, Hannover mit seinen „Steuervereins“ genossen in seinen Zollverein aufzunehmen. England arbeitete aber aus naheliegenden Gründen lebhaft dagegen. Starkes Interesse fanden allerlei Eisenbahnpläne. Eine holländische Aktiengesellschaft wollte die Linie Oldenburg—Bremen bauen, durch hannoversches Gebiet. Am Widerspruch Hannovers scheiterte der Plan: grundsätzlich gebe man keine Konzession an Privatgesellschaften — der Staat aber hatte kein Geld übrig. Oldenburg war darüber so verschnupft, daß es die Fortsetzung des Steuervereins von dieser Konzession abhängig machen zu wollen erklärte¹²⁹).

Unter dem Eindruck des preußischen Vereinigten Landtages regte sich auch etwas wie politisches Leben in dem Oldenburger Ländchen, auf dessen urwüchsig gesunde Verhältnisse Hannover so gern herabsah. Trotz des unbegrenzten persönlichen Vertrauens zum Großherzoge verlangte nun auch der reiche Hausmann in der Marsch so gut wie der arme Kötter in der Geest eine Verfassung. Der Stadtrat der Residenz petitionierte ehrfurchtsvoll darum, schon wagte es ein Bauer aus dem Butjadinger Land öffentlich auf die „Oldenburger Konstitution“ zu trinken; die zufriedenen Untertanen verlangten ja wirklich nichts anderes als „Garantien für die Fortdauer ihres Glücks“. Der gerechte milde Großherzog selbst fand, daß es Zeit wäre, modern zu werden, und arbeitete persönlich, respektabel genug, einen Verfassungsentwurf aus: eine Kammer sollten die Stände haben, mit drei Bänken, für Adel, Städter und Bauern, und mit Berechtigungen nach preußischem Muster. Ingrimig bemerkte der König von Hannover dazu: er bedauere lebhaft, keine Lola zur Disposition zu haben — denn sonst würde er das Frauenzimmer nach Oldenburg schicken, um Seine Kgl. Hoheit von seinem Konstitutionsfieber zu heilen¹³⁰).

Das preußische Februarpatent war dem König Ernst August äußerst unsympathisch. Er ließ den österreichischen Gesandten besonders zu sich kommen, um ihm seine Besorgnisse zu entwickeln, darüber und über den nach seiner Ansicht bedrohten Weltfrieden. Der Österreicher machte daraus eine wirksame Depesche für Wien, die von dort entsprechend weiter benutzt wurde¹³¹). Eine Antwort darauf war wohl die Ernennung des Königs zum Chef eines österreichischen Husarenregiments, die ihm durch Schreiben des Kaisers Ferdinand und des Fürsten Metternich mitgeteilt wurde. Ernst August, der alte Soldat, wurde davon geradezu gesund und verlieh unverzüglich dem österreichischen Kaiser seinen Georgsorden¹³²).

In dem neuen Polizeistrafgesetz aber wurde das hannoversche Zensuredikt von 1705 (!) von neuem bestätigt. Alles, was „gegen Staat, Religion und die guten Sitten“ verstieß, war dadurch verboten. Das konnte man auslegen, wie man wollte, und man tat es auch. Durch besondere Verordnung des Königs wurde bestimmt, daß vor Zusammentritt und während der Tagung des preußischen Vereinigten Landtages in Hannover nichts gedruckt werden solle, was nicht vorher die preußische Zensur passiert habe¹³³). Bei jeder Gelegenheit nannte Ernst August die Stände eine „wahre Plage“ und pries die Regierungen glücklich, die frei davon waren. Sein Schreiben an die Ständerversammlung vom 21. April 1847 war als Lektion an die preußische Adresse gemeint — es war eine in der momentanen Lage Hannovers gar nicht begründete Demonstration¹³⁴). Was bekamen die „Hoch- und Wohlgeborenen, Edlen und Vesten, Würdigen, Ehrenvesten, Ehrbar-, Hoch- und Wohlgelahrten, Ehrsam-Fürsichtigen Räte“, die „lieben Andächtigen und Getreuen“ da alles von ihrem Könige zu hören! Hannover, so hieß es, ist kein konstitutioneller Staat, die Öffentlichkeit von Verhandlungen ist abzulehnen, wohldenkende, erfahrene, der Rede minder mächtige

Mitglieder werden dadurch gelähmt, achtbare Stellungen und Persönlichkeiten böswillig herabgewürdigt, unerreichbare Wünsche geweckt, durch unstatthafte Anforderungen das Vertrauen in unsere Regierung untergraben, eine erkünstelte öffentliche Meinung gebildet, der Samen der Unruhe und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden im Volk ausgestreut, die Massen aufgeregt und verblendet; unabänderlich habe er, der König, beschlossen, die Öffentlichkeit niemals zu gestatten. Mit der gleichen Hartnäckigkeit wehrte sich Hannover auch gegen den Gedanken der Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle: dergleichen, sagte der Kabinettsminister Freiherr v. Falcke zum preußischen Gesandten, lockert das Bestehen des Bundes und mindert sein Ansehen durch die anscheinend geringfügigen Gegenstände; die Destruktionspartei werde den Nimbus des Bundes zerstören¹³⁴!

Eine mittelbare Folge des Eintrittes Preußens in das Verfassungsleben war die Einrichtung einer ständigen russischen Gesandtschaft in Hannover. Im Mai 1847 eröffnete Kaiser Nikolaus dem Könige Ernst August diesen seinen Entschluß. Die russische Regierung behauptete, es geschehe auf Wunsch der hannoverschen — man konnte sich aber in Hannover gar nicht erinnern, einen Wunsch in dieser Richtung ausgesprochen zu haben. Man geriet in Hannover sogar in eine gewisse Verlegenheit — denn nun mußte auch ein hannoverscher Gesandter, wenigstens von Zeit zu Zeit, nach Petersburg gehen, und das war sehr teuer! Überhaupt häuften sich die russischen Aufmerksamkeiten — der Großfürst-Thronfolger erschien in Hannover: die Absicht war deutlich, Hannover von Preußen und England zu trennen. Die von Kaiser Nikolaus geleitete Internationale der Reaktion sah in König Ernst August einen willkommenen Bundesgenossen. Im Sommer 1847 erschien dann wirklich die russische Mission, ein General mit zwei Legationssekretären. Es war die stärkste Gesandtschaft, die es in Hannover gab. Besondere Arbeitsfülle konnte dafür kein Grund sein. Im Publikum entstand vernehmlicher Unwille über „dieses neue Zentrum russischer Überwachung und Influenzierung“, wie sich der preußische Gesandte ausdrückte. Außer dem allgemeinen reaktionären Interesse gegenüber dem preußischen Februarpatent sollte von den Russen noch zweierlei verfolgt werden: der handelspolitischen Entwicklung Deutschlands im Sinne des preußischen Zollvereins war entgegenzuwirken und die schleswig-holsteinischen Sympathien des Königs waren zu überwachen; man traute dem Alten, nicht mit Unrecht, eventuell eine Verbindung mit der nationalen Bewegung zugunsten agnatischer Ansprüche zu. Ernst August fühlte sich durch das russische Interesse sehr geschmeichelt und war begeistert, daß Hannover ein neues reichsausgestattetes geselliges Haus bekam — nur die Reziprozität machte ihm Sorge. Als der hannoversche Gesandte in Rußland hatte bis dahin ein Freiherr v. Dörnberg figuriert, der mit seinem kleinen Urlaubsgehalt in Düsseldorf zu leben pfl egte¹³⁵!

Die führende Rolle spielte bis zur Ankunft der Russen aus alter Gewohnheit der englische Gesandte. Hannovers wirtschaftliche Entwicklung und sein Ver-

hältnis zum preußischen Zollverein waren die stärksten Gegenstände seines Interesses. Als Mr. Bligh im Sommer 1847 die Werften von Papenburg besichtigte, tat er die denkwürdige Äußerung: er fange doch an für möglich zu halten, daß Deutschland einmal eine Marine bekäme; eine deutsche Flagge werde aber England nicht anerkennen, es sei denn, daß sie vom ganzen Deutschen Bunde geführt werde; gegen einen nautisch-kommerziellen Sonderbund in Deutschland werde man protestieren, wie andere Leute gegen einen jesuitischen in der Schweiz¹³⁶). Die englische Eifersucht, die sich im Grunde ebenso gegen den Zollverein wie gegen den Steuerverein richtete, war damit recht deutlich enthüllt.

Die Antipathie gegen Preußen entsprang in Hannover einem begreiflichen Unbehagen angesichts der fühlbaren Umklammerung durch die Großmacht. So wurden auch geradezu feindselige Äußerungen gegen Preußen in Hannover nicht ungern gehört — wie etwa die des belgischen Gesandten Baron Dujardin, die auf einem hannoverschen Rittergute fielen: Preußens Gebieterstellung am Rhein sei eine historische Abnormität; dies Volk der „Vor-Russen“ müsse früher oder später über die Elbe zurückgetrieben werden; die Zeit der Revision der Wiener Verträge komme täglich näher; das gedemütigte Frankreich müsse wieder die Stellung einnehmen, die seinem Genius gebühre; am Rhein dürfte es nur kleine Staaten geben¹³⁷). Ein solcher neuer Rheinbund hätte freilich auch das Königreich Hannover erleichtert und gekräftigt!

Der preußische Gesandte hat wohl nicht unrecht, wenn er in einem seiner Berichte die Bemerkung macht, die Geschichte der preußisch-hannoverschen Beziehungen seit 1815 zeige Nachsicht auf der preußischen, aber steigende Anmaßung auf der hannoverschen Seite. In der Tat hat Preußen sich viel von dem hannoverschen Steuerverein gefallen lassen; wie leicht wäre es gewesen, durch eine rücksichtslose Eisenbahnpolitik auf Hannover zu drücken! Was hätte Hannover dazu gesagt, wenn Preußen seine Bahn nach Köln nicht über Hannover-Minden, sondern über Halberstadt-Kassel gelegt hätte¹³⁸)! Gerade die Köln-Mündener Bahn, die mit der hannoverschen Staatsbahn die beiden preußischen Staatshälften lebenswichtig verband, schnitt mit fühlbarer Schärfe in das Königreich Hannover — sie wirkte, wirtschaftlich und strategisch, als der Beginn einer Annexion.

Hannovers Empfindlichkeit gegenüber Preußen kam in einer eigenartigen Gesandtenaffäre zum Ausdruck. Im Herbst 1847 wurde als neuer preußischer Gesandter der Graf v. Westphalen für Hannover und Braunschweig bestimmt. König Ernst August lehnte ihn aber ab — weil er katholisch war, während er in Braunschweig natürlich angenommen wurde. Nur als „*étranger de distinction*“ wurde der Graf vom hannoverschen Könige empfangen. Der alte Tory glaubte tatsächlich, seiner high church etwas derartiges schuldig zu sein; öffentlich sagte er zu Lord Strangford, er wolle seine Grundsätze nicht verleugnen, sein Wahlspruch sei: *Suscipere et finire*. „No popery is one of our first principles.“ Eine

solche Borniertheit konnte sich nun Preußen wirklich nicht gefallen lassen; es begnügte sich, einstweilen die diplomatischen Beziehungen zu Hannover durch den Geschäftsträger weiter zu führen. Man hatte in Hannover dann doch das Gefühl, daß solche „orangistischen“ Prinzipien, die nicht einmal mehr in England selbst galten, doch eigentlich in Deutschland auch nicht mehr maßgebend sein könnten. Ernst August markierte deshalb zum Ersatz Empfindlichkeit darüber, daß angeblich die Genehmigung nicht gehörig vorher eingeholt worden wäre. Der preußische Außenminister Canitz schrieb im Zusammenhange dieser Affäre an den Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff: „Der alte Herr benimmt sich gegen den König schändlich, schimpft und rätont öffentlich auf die unwürdigste Weise und schreibt daneben als getreuer Oheim vertrauliche Briefe. Die Liebe zu dem Kurprinzen von Hessen ist rührend. Hoffentlich wird keine allzu furchtbare Ligue daraus entstehen¹³⁹⁾.“ Als Radowitz für den Posten eines preußischen Bundestagsgesandten in Frankfurt genannt wurde, sagte Ernst August: „Nun, das fehlte noch, daß ein solcher Jesuit an die Stelle kommt, dann sind wir völlig verraten und verkauft“, und wollte sich beim oldenburgischen Bundestagsgesandten v. Both vergewissern, daß Radowitz ein wirklicher Jesuit wäre, „kein Affiliierter, de courte robe, wie man zu sagen pflegt“¹⁴⁰⁾. Im Januar 1848 äußerte der König den Wunsch, nach Berlin zu fahren, „pour voir sa Majesté la Reine“ — das war deutlich! Im alten Berlin hatte Ernst August lange gelebt und sich in der Atmosphäre militärischer Steifheit wohl gefühlt; das Berlin Friedrich Wilhelms IV. war ihm fremd und zuwider.

Die militärischen Liebhabereien des Königs wurden im Lande sehr ungern gesehen. Seine Neueinrichtungen waren recht kostspielig. Gewiß galt die hannoversche Armee als gut, und sie hatte eine stolze Tradition. Aber es war doch sehr ungehörig, daß das Kriegsministerium etwa die für die Militärverwaltung bestimmten Gelder auf Befehl des Königs für allerlei Veränderungen in Bestand, Formation und Bekleidung der Truppen verwandte und dann nachher bei Geldknappheit sich von der Domänenkasse aushelfen lassen mußte. Der verfassungsmäßige Nachweis, daß es seine Gelder „zum Nutzen des Landes“ verwandt habe, war wohl etwas schwierig¹⁴¹⁾. Die Kavallerieregimenter, die der König besonders liebte, wollten die Stände abschaffen; Ernst August behielt sie bei und bestritt sie aus Mitteln, über die er keine Verfügung hatte. Damit war ein neuer Zankapfel da¹⁴²⁾. Seit 1842 waren nun doch die Juden Staatsbürger geworden und standen nicht mehr in dem bis dahin üblichen Schutzverhältnis. Der Schutzzoll wurde aber ruhig weiter von ihnen erhoben.

Als der Herzog von Cambridge, der unter Wilhelm IV. Vizekönig in Hannover gewesen war, seinen Bruder Ernst August im Sommer 1847 besuchte, wurde er warm vom Volk begrüßt — mit Wehmut gedachte es der guten Zeiten unter seiner milden Hand. König Ernst August wurde nur mit feierlichem Ernst, wenn nicht mit mürrischer Ablehnung, der blinde Kronprinz mit stiller Trauer und

menschlicher Teilnahme aufgenommen. Das schlechte Verhältnis zwischen Vater und Sohn machte den alten König vollends verhaßt. Von der Eifersucht des Alters geplagt, sah Ernst August in dem Sohne vor allem den Thronfolger und gefiel sich in grausamen Neckereien, unter denen der Blinde mehr litt als unter seinem furchtbaren Schicksal. Zuerst hatte der König allem Staatsrecht zum Trotz die Regierungsfähigkeit des Sohnes durchgesetzt — dann quälte er ihn wieder durch die Idee einer regentschaftlichen Assistenz, die vielleicht doch notwendig sei: hauptsächlich, um jede selbständige Regung bei dem Sohne zu unterdrücken. Er konnte ihm eben, vollendet herzlos wie er war, sein körperliches Manko nicht verzeihen. Die Spannung ging soweit, daß Ernst August dem Sohne sagen ließ, er möge Besuche aus eigener Initiative unterlassen und nur kommen, wenn er es wünsche. Der Kronprinz teilte die englischen Gesinnungen des Vaters nicht; zum Dank ignorierten ihn die zu Besuch weilenden Engländer und versagten ihm die Ehre ihres Besuches. Er fühlte sich eben schon ganz als deutscher Fürst, freilich als rechter Fürst aus der Welt der Kleinstaatserei, mit ausgesprochener dynastischer Empfindlichkeit. Als sich bei der Aufführung eines Vaudeville ein Schauspieler den billigen Scherz leistete, zu sagen: „Kinder, seid still, ihr seid ja nicht die Ständerversammlung, wo man Phrasen macht“, klatschte der Kronprinz lebhaft Beifall. Das Parterre verhielt sich still¹⁴³).

Längere Vorträge fanden nun beim König Ernst August kein Ohr mehr; die Geschicklichkeit der Kabinettsräte bestand darin, kurz und bündig zu sein. Die Reizbarkeit des Alten war so groß geworden, daß er Gegenvorstellungen überhaupt nicht mehr anhören wollte. Seine Entscheidungen wurden deshalb schweigend hingenommen. In der Öffentlichkeit erklärten dann die Minister, keine Verantwortlichkeit dafür zu haben! Da der König es liebte, hohe Ämter nur provisorisch zu besetzen, um die Inhaber abhängiger zu halten, waren 1847 nur noch drei eigentliche Minister übriggeblieben. Aber auch mit diesen arbeitete Ernst August seit Jahren nicht mehr direkt zusammen — ihre Persönlichkeit sage ihm nicht zu, erklärte er¹⁴⁴). Seine Ungnade konnte sehr plötzlich kommen. Im Januar 1848 wurde der als Chef der Polizei und des schwarzen Kabinettes gefürchtete Generalmajor und Adjutant v. Düring Knall und Fall entlassen, zur Freude von vielen, aber ohne daß jemand den wirklichen Grund erfuhr. Es war bezeichnend für die hannöverschen Verhältnisse, daß Düring, vormals englischer Generalkonsul in Triest, als ostensibles Amt das des Privatsekretärs für die englische Korrespondenz führte und mit sogenannten „Erziehungsgeldern“ honoriert wurde, damit er seine englische Pension nicht verlöre. Ein englischer Pensionär konnte also Jahre hindurch eine so außergewöhnliche Vertrauensstellung in Hannover bekleiden¹⁴⁵)!

Braunschweig, das andere Welfenland, hatte, im Vergleich zu Hannover, wesentlich ruhigere und gesicherte Verhältnisse. Eine böse Zeit war durch die

Erhebung von 1830 abgeschlossen worden, die Regierungsperiode Herzog Karls, des unwürdigen Sohnes und Enkels tapferer Heerführer. Dieser zügellose verdorbene Fürst führte in dem geduldigen wohlgeordneten Ländchen eine wahre Gewalt- und Räuberwirtschaft. Unterstützt von den Helfershelfern seines Kabinetts, griff er sogar direkt in die Rechtspflege ein, verbannte jeden, der Einsprache wagte, ließ die wichtigsten Ämter unbesetzt, wälzte rechtswidrig Ausgaben auf das Land ab — nur um möglichst viel Privatvermögen anzusammeln. Selten ist die Vertreibung eines halb wahnsinnigen Tyrannen so glatt vonstatten gegangen wie die Herzog Karls, keine der konservativen Mächte der Zeit wollte sich für einen solchen Fürsten bemühen: sein Bruder Herzog Wilhelm heilte mit ruhiger Würde und gerechtem Entgegenkommen die geschlagenen Wunden. Braunschweig erhielt eine ständisch-korporativ gegliederte, aber nicht von Zensur bedingte, aus einer Kammer bestehende Volksvertretung. Hof wie Adel brachten in der Verfassung von 1832 einen Teil ihrer Privilegien zum Opfer. Der Lehnverband wurde aufgehoben, die auf Grund und Boden ruhenden Lasten abgelöst, der ländliche Gemeinbesitz aufgeteilt. Die aufgeweckte selbstbewußt-zähe Bevölkerung ertrug weder patriarchalische Vormundschaft noch autokratische Tyrannei. So zeigte das kleine Land an der Schwelle der Revolution von 1848 vielleicht das erfreulichste Bild unter allen deutschen Bundesstaaten. In Karl Steinacker, dem Juristen und Publizisten, besaß es eine hervorragende politische Kraft; er starb zum Schaden Braunschweigs und des größeren Vaterlandes schon 1847¹⁴⁶).

Durch eine seltsame Entwicklung hat sich der Name des sächsischen Stammes aus seinem nordwestdeutschen Heimatsitz verdrängen lassen und ist durch die Fürstenhäuser nach dem mittleren, ja östlichen Deutschland verpflanzt worden. Altsächsisches, also niedersächsisches Gebiet umfaßte nur zum Teil die preußische Provinz Sachsen. Das Königreich Sachsen aber, der vom preußischen Aufschwung so stark gedrückte und verkleinerte albertinische vormalige Träger der Kurwürde, und die vielen nur durch ihre Residenzen unterschiedenen und unterscheidbaren Herrschaftssplitter der Ernestinischen Linie nahmen einen ganz unsächsischen Boden ein: hier saßen von alters her die Thüringer und dann, schon in Thüringen beginnend, das oberdeutsch-slawische Gemisch von jener Eigenart, die in vielem geradezu das Widerspiel alt- und niedersächsischen Wesens ist: in Niedersachsen Langsamkeit, Schweigsamkeit, zähes Mißtrauen; in Thüringen und noch mehr im Königreich Sachsen bewegliches Sichanschmiegen, freundliches Schwatzen, gemütliches Entgegenkommen; dort Neigung zum Grübeln und Spintisieren, zu Sonderbarkeit und Eigensinn; hier unermüdlicher Eifer und Geschäftsgeist, praktische Unternehmungslust, behende Einstellung auf alles; dort ein stiller oft schwermütiger Humor, tiefes Rechtsgefühl, Anständigkeit, viel Haltung, wenig Kunstbegabung; hier Schlagfertigkeit, Freude an Neckerei und Witz, heitere Formlosigkeit, künstlerische Begabung, aber überwiegend technisch-musikalisch, weniger phantastisch-malerisch — gewandte Rechthaberei und Bildungsstolz.

Thüringen, Deutschlands Herzland, hat von jeher das Schicksal des deutschen Organismus mikrokosmisch dargestellt. Die kleinstaatliche Zersplitterung, die schlimme Erbschaft des alten Reiches, hat Thüringen bis in unsere Tage mit einer Klassizität zum Ausdruck gebracht, die stets die betrübte Heiterkeit der Beteiligten und weniger Beteiligten erwecken mußte. Das fröhliche, fleißige Volk war und blieb eben mit Fürsten und Herren überreichlich gesegnet: Burgen und Klöster waren gebrochen und zerstört worden — neue Schlösser und Herrschaftssitze wurden in den anmutigen Gründen, zwischen Felsgestein, in der Waldeinsamkeit, auf dem fetten Wiesengrund der Ebenen wiedererrichtet. In diesen Schlössern hauste kaum je ein böser Tyrann wie der Braunschweiger Karl oder ein brutaler Rechtsbrecher wie Ernst August von Hannover. Von der Wartburg bis zur Feste Koburg, vom Gothaer Friedensstein bis zu den geheiligten Stätten Weimars zeugte mancher Bau davon, wie deutsche Fürsten den Glauben und den Geist, die Wissenschaft und das geniale Menschentum geschätzt und geschützt haben. So viel Fürsten gab es hier in Thüringen und so wenige männliche Vornamen im Vergleich dazu, daß Volk und Geschichte schon den meisten ein Kennwort begeben mußten, um sie unterscheidend zu behalten. So wurde ein Friedrich der Strenge, ein Ernst der Andächtige, ein Albrecht der Unartige, ein Ludwig der Heilige genannt — und für einen anderen Friedrich gab es nichts Bezeichnenderes als die Wange, in die seine Mutter gebissen hatte. Die reußischen Heinriche nun gar, eine ununterbrochene Kette seit der majestätischen Patenschaft Kaiser Heinrich VI., wurden, mit jedem Jahrhundert neu beginnend, durchnummeriert in der Reihenfolge ihrer Geburt. Diese reußischen Fürsten waren, wunderlich genug, ebenso wie die Fürsten der schwarzburgischen Linien, aus dem Zusammenbruch des Reiches heil und sogar mit neuer Souveränität bekleidet hervorgegangen, nachdem sie bis dahin der kursächsischen Oberlehnsherrlichkeit unterstanden hatten, so daß nun die Zahl der sächsischen Herzogtümer in Thüringen durch diese beiden Fürstengruppen noch vermehrt war. Jede Möglichkeit von Erbteilung, Erbverbrüderung, Seniorat hatte es unter den Thüringer Fürsten gegeben, sogar die Wechselregierung zweier Brüder war vorgekommen. Die Höchstzahl der bestehenden Landeshoheiten war 24 gewesen; aber auch jetzt gab es immer noch zehn¹²¹⁾. Oldenburg besaß zwei abgelegene Landesteile, Birkenfeld und das Lübecker Fürstentum, Braunschweig bestand aus mehreren Einzelfetzen; aber was es nun in Thüringen an Enklaven und bunten Sonderbarkeiten gab, stellte alles sonst in Deutschland Vorkommende in Schatten. Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach bestand aus zwei Hauptteilen und elf Inseln; Koburg-Gotha hatte neben seinen zwei Hauptteilen neun Enklaven, Altenburg einen Hauptteil und fünf Enklaven. Man hatte eben die Länder wie Güter geteilt, jeder sollte einen reicheren und einen ärmeren Anteil bekommen, ein Stück Wald und ein Stück Feld. Über Allod und Dominium gab es denn doch wieder endlosen Streit; und nach den Bedürfnissen und Wünschen der Untertanen fragte keiner. So gehörte die Stadt Sulza zu Weimar, das dortige Salzwerk aber zu Meiningen.

Ruhla und Osterbehringen waren halb weimarisch und halb gothaisch, Kranichfeld halb weimarisch und halb meiningisch, Kleinschmalkalden halb gothaisch und halb kurhessisch. Koburg rechnete nach Kreuzern, Gotha nach Groschen, aber in Altenburg wurden die gothaischen Groschen nicht genommen. Während des Siebenjährigen Krieges kämpfte ein Teil der Truppen des Gothaer Herzogs mit den Hannoveranern für Friedrich den Großen, ein anderer Teil als Reichskontingent gegen ihn. Die Rechtsordnung war durch das Durcheinander und Hintereinander so vieler gesetzswütiger Landeshoheiten zu einem völlig undurchsichtigen Wust geworden. Ein vorzüglich unterrichteter Zeitgenosse schreibt: „Auf die Weise gelten in Römhild, welches eine Zeit lang gothaisch, dann selbständig, dann koburgisch, dann hildburghausisch und endlich meiningisch wurde, noch gegenwärtig in bürgerlichen Sachen das Gemeine Recht, in Polizeisachen die Ernestinische Landesordnung, ferner die Ernestinische Prozeßordnung, die Kasimirianische Kirchenordnung, die Verordnungen des Altenburger Konsistoriums zu Koburg von 1661—71, später die Edikte von Meiningen und Koburg, dann die von Meiningen und Gotha und endlich, seit 1826, die meiningischen Verordnungen“¹⁴⁷).

Der Versuch einer Flurbereinigung in Thüringen durch eine Teilungskommission scheiterte 1826 an den Sonderwünschen der einzelnen Landesherrn. Ein politisches Leben, eine wirkliche politische Geschichte konnte es in einem solchen Lande nicht geben. Das Fürstenwesen erzog durch seine Zersplitterung in der Kleinstaaterei die Kleinstädtereie, den Geist des Klatsches, des Klüngels, der unterwürfigen Abhängigkeit, das Katzenbuckeln und das Katzenlächeln beflissener Devotion; gewiß gab es hier eine Verwaltungsgeschichte, es gab natürlich eine Wirtschafts- und Kulturentwicklung — aber weniger sachsen-weimarischen oder schwarzburg-sondershausischen, als vielmehr thüringischen und deutschen Charakters. Das Wertvolle, Voranstrebende in diesen Staatsensplittern mußte noch mehr als sonstwo dem Gesamtvaterlande dienen und angehören.

Im Gutsstile verwaltet, konnte die thüringische Kleinstaaterei vielleicht noch eine Zeitlang, wie vor alters, gedeihen; sobald dort die moderne Staatsorganisation verlangt wurde, ergab sich so großer Widersinn, daß die Auflösung des Überkommenen unaufhaltsam war. In den stillen Tälern des vielgefälteten Gebirgsrandes gab es noch viel Besonderes an Sprache, Brauch und Tracht. Welch ein Gegensatz aber zwischen den armen Walddörfern mit ihrer beginnenden Heimindustrie, ihrer Wilddieberei, ihrer eigenartigen Stimmung von trübem Leichtsinn, und den breitangelegten behäbigen blumenfrohen Ackerdörfern, wo es bei Tanz und Kuchenbacken gar stattlich herging! Nirgends gab es wohl so stolze Bauern wie im Altenburger Lande. Mit Würde und voll achtbarer Besitzfreude trug man hier die wunderlichste deutsche Tracht, die Frauen besonders ihren hohen Latz und allzu kurzen engen Rock; an der berühmten Altenburger Bauernhochzeit von 1843 nahmen an die tausend Bauern und Bäuerinnen teil; 600 Pferde erschienen glänzend und bunt herausgeputzt. 150 Burschen folgten dem Braut-

fürher, 133 reich geschmückte Mädchen waren Brautjungfern. Im Schützenhause in Altenburg ging der alte Ehrenbecher um, sogar der Herr Herzog kam vom hohen Schloß und feierte mit seinen Bauern. In der Stadt Altenburg aber sollte sich ein starker Radikalismus, ja ein überzeugtes Republikanertum entwickeln.

Die alten thüringischen Fuhrmannsdörfer verdankten der zentralen Lage des Landes viel — ihre goldenen Zeiten waren aber endgültig vorbei, als die Bahn zwischen Berlin und Frankfurt allen kurhessischen Schwierigkeiten zum Trotz vollendet werden konnte. Die heimliche Hauptstadt Thüringens war und blieb das vormals kurmainzische Erfurt, alter Sitz von Großhandlungen, Spediteuren und Agenten; von hier aus griff Preußen verkehrspolitisch und wirtschaftlich in das Thüringer Land und seine Kleinstaaterie ein, verbündet mit dem modernen, von den alten Universitätszeiten her auch geistig besonders regen Bürgersinn der Stadt gegen verschnörkeltes Kleinfürstenwesen. Gera und Greiz, Zeulenroda und Apolda waren schon ansehnliche Fabrikorte; Suhl, eine alte deutsche Waffenkammer, blühte mit seinen Gewehrfabriken durch den starken preußischen Bedarf auf, während Ruhla sich aufs Messerschmieden legen mußte und auch mit seinen altberühmten Meerschäumköpfen beim Überhandnehmen neumodischer Zigarrenraucherei nur noch bei wenigen Kennern Glück hatte. Sonneberg wuchs durch den preußischen Zollverein wieder zu einer wirklich großen Spielzeugzentrale an — bei Hungerlöhnen freilich, denn ein Dutzend Posthörnchen brachte dem Drechsler nur zwei Kreuzer Verdienst. Die Pech- und Teersiederei blühte in Ilmenau, Elgersburg, Gräfenroda. Das schwarze Produkt wurde in kleine Büttchen verpackt, zierlichen Holzgefäßen, die aus sechzehn Teilen bestanden, der fleißige Schnitzer bekam für 60 solcher Büttchen einen ganzen Silbergroschen! Um fünf Silbergroschen am Tage zu verdienen — das Existenzminimum — mußte schon die ganze Familie bei dieser mühseligen und kniffligen Arbeit mithelfen. Es war kein Wunder, daß solche Arbeiterschichten bei Kartoffeln, Gerstenbrot und Zichorie von Jahr zu Jahr mehr verelendeten¹⁴⁸).

Der Wald, Thüringens Stolz und Reichtum, gehörte nun, aus alten Zeiten noch, zu einem sehr erheblichen Teile den Fürstenhäusern. In Weimar waren 44 Prozent des Waldes Kammergut, in Meiningen 43 Prozent, in Gotha sogar 75 Prozent. Die Forstkultur war hier eine alte wohlgepflegte Wissenschaft, die Jagd nach Hirsch, Reh und Sau das liebste und glänzendste Vergnügen. Wehe freilich dem Untertan, der daran teilnehmen wollte! Der Wald machte das Volk arm und die Fürsten reich. Nur der Waldreichtum, kann man sagen, setzte den Gothaer Herzog instand, Bücher und Münzen zu sammeln, half dem Koburger zu seinen berühmten Kupferstichen. Weimar hätte nicht dichten und Theater spielen, Jena nicht forschen und denken können ohne diese Grundlage. Gotha und Hildburghausen wetteiferten mit ihren typographischen Anstalten; an Museen, Lustgärten und stattlichen Bauten wollte jede Residenz die erste sein. Nach dem Aussterben der großen Dichtergeneration pflegte Weimar, mit einer gewissen epigonenhaften

Unruhe, die bildenden Künste und die Musik. Es war selbstverständlich, daß solche Munifizienz von übermächtig reichen Fürsten auch materiell eine ganze bürgerliche Schicht als eine Art Klientel leben ließ; Hoflieferantenstimmung, Lakaientaugler und Schmarotzergesinnung überwog hier das Geistige. Als der Literat Oskar Schmidt in Weimar das Gesuch stellte, „ein Unterhaltungsblatt für den Bürger und Landmann“ begründen zu dürfen, wurde es abgelehnt, da er sich zu gefallen scheint, „die öffentlichen Anstalten . . . oberflächlich und tadelsüchtig zu kritisieren und dabei eine aufregende Richtung zu nehmen, die in der jetzigen Zeit sogar gefährlich werden kann“⁽¹⁴⁹⁾. In Sachsen-Meiningen hatte der Herzog selbst 1832 die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen eingeführt und ein „Landtagsblatt“ begründet, ein öffentliches Organ, das alle Staatsverhältnisse aufs freimütigste besprechen sollte. Leider ging es aus Mangel an Lesern wieder ein.

Sachsen-Meiningsens Staatsschuld war mit 5,4 Millionen Gulden überraschend hoch. Bei der Kompliziertheit der Staatsmaschinerie erschien es aber kaum möglich, sie zu senken. Die preußischen Verwaltungsbeamten, die der Herzog gern heranzog, wurden natürlich von den Einheimischen als „Ausländer“ sehr mißtrauisch angesehen. Ein freies Gemeindeleben bestand nicht, das Gesetz von 1846 über die Ablösung der bäuerlichen Lasten blieb ein Stück Papier, weil es den Bauern an Kapital fehlte. Für die herrschaftlichen Schafherden mußte Bauernland brach liegen⁽¹⁵⁰⁾.

Sobald eine Notzeit kam, wie 1847, da mußte sich die öffentliche Aufmerksamkeit etwa in Weimar den großen Domänenereinnahmen des Großherzogs zuwenden, da mußte sich die Forderung erheben, er solle helfend eingreifen. Tatsächlich half auch der Großherzog schon, durch Unterstützungen an Geld und Getreide. Die Rechtslage war ja völlig klar. Karl August hatte sich bei der Einführung der Verfassung vom 5. Mai 1816 mit einer Zivilliste begnügen wollen; die Domänen waren ihm aber gesetzlich übertragen worden⁽¹⁵¹⁾. Die Domänen waren ja überhaupt in den herzoglich sächsischen Ländern nicht aus kaiserlichen Lehen entstanden, sondern durch Erbschaft, Kauf und Verträge erworben. Das Eigentumsrecht der fürstlichen Familien stand also nach positivem Rechte fest. Trotzdem erschien gerade in dem Hungerjahre dieser Besitz überaus unbillig und im Gesamtinteresse schwer erträglich. Der Führer der weimarischen Opposition, der Rechtsanwalt v. Wydenbrugk, stellte deshalb damals den Antrag auf Ablösung des Domänenbesitzes durch eine Zivilliste und gewann dadurch einen großen Zuwachs an Popularität. Von jeher waren die reichlichen Überschüsse aus den Domänenereträgen auch für die Staatsverwaltung verwendet worden. Aber die Frage war nun, ob nicht der Aufwand für das fürstliche Haus und den Hof auf eine bestimmte Summe beschränkt werden sollte, um den Rest als sicheren Betrag zur Ergänzung des Steueraufkommens für die allgemeinen Staatsbedürfnisse zu verwerten. Auch die weimarischen Stände waren 1847 nicht mehr so geduldig wie bisher; die Kritik der Finanzverwaltung fiel scharf aus, die Angriffe auf die

großherzogliche Regierung waren lebhaft. Ein Antrag auf die Emanzipation der Juden wurde aber verworfen¹⁵²⁾.

In der Weimarischen Zeitung hörten die Hilferufe nach Holz, Brot und Arbeit überhaupt nicht mehr auf. Der Hof feierte aber die üppigsten Galafeste. Schließlich veranstaltete er ein Benefizkonzert. Doch die armen Leute konnten nicht warten; sie plünderten die Wälder, in dem Glauben, daß sie ein Recht darauf hätten, gratis das Heizmaterial zu nehmen, wenn sie froren und nichts verdienten, um es zu bezahlen. Die Regierung des Großherzogs traf wohl auch eine Anzahl Maßregeln. Die Städte wurden aufgefordert, sich um ihre Armen zu kümmern, und die Regierung schoß ihnen, gegen Rückzahlung im gleichen Jahre, dafür Geld vor. Es sollten Getreidemagazine geöffnet werden, wo das Getreide 10 Prozent unter dem Marktpreis verkauft wurde; gute und gesunde Kartoffeln wurden zum Einsäen verteilt an solche, „die es brauchten“; die Lebensmitteleinfuhrzölle wurden aufgehoben, Bäckereien errichtet, wo es keine gab, Getreidemärkte in den kleinen Städten eröffnet. Man vermehrte die billigen Suppenanstalten, eröffnete geheizte Asyle für die Armen, besonders in der Eisenacher Gegend, und vergab Arbeiten auf öffentlichen Wegen. Das meiste, was also geschah, war gutgemeinte Wohltätigkeit; nur wenig bedeutete eine ernste volkswirtschaftliche Kräftigung zur Abwehr der bösen Zustände und zur Verhinderung ihrer Wiederkehr¹⁵³⁾.

Im Dezember 1847 setzte der weimarische Landtag einen Ausschuß ein mit dem Auftrage, einen Gesetzentwurf über die Ablösung der Feudallasten vorzulegen; schon regte sich natürlich die Opposition seitens der Berechtigten, so daß sogar der kühne Gedanke einer plötzlichen Aufhebung laut wurde. Im Zusammenhang mit der Erörterung der schwierigen Verhandlungen über die Deckung der Ausgaben der thüringischen Bahn und der Unterbringung der Aktien vertrat die Weimarische Zeitung das wahrhaft revolutionäre Projekt, man solle einen „Eisenbahnkreis“ bilden, der Thüringen, Sachsen, Hannover, Anhalt, Brandenburg, Schlesien, die preußische Provinz Sachsen und Pommern zu umfassen habe; innerhalb dieses Kreises wären die Einwohner von der Verpflichtung entbunden, einen förmlichen Paß bei sich zu haben — abgesehen von den „besonders unzuverlässigen“ Gewerbegehilfen und Handwerksgesellen; an die Stelle des Passes sollte ein einfacher Ausweis, eine Paßkarte treten!¹⁵⁴⁾ So dehnte sich gerade in dem klassischen Lande der Kleinstaatserei angesichts des neuen Verkehrsmittels der Gesichtskreis ins Weite.

Auf den kraftgenialen Feurdämon Karl August war nun in Weimar der brave Karl Friedrich gefolgt, den seine Frau, die russische Großfürstin Maria Paulowna, so weit überragte. Auch der Einfluß des Erbgroßherzogs machte sich schon geltend — Karl Alexanders, des verfeinerten Enkels stärkerer Ahnen; in ihm war eine seltene, späte, menschliche und fürstliche Reife, eine unvergeßliche Verbindung von Grandseigneur und Gentleman; Erbgroßherzogin Sophie, die niederländische Prinzessin, stand ihm mit energischer Klugheit zur Seite. Der junge Hof regte sich lebhaft gegenüber dem alten — dem jungen kam die niederländische,

dem alten die russische Mitgift zugute. Karl Alexander hat aber nicht nur Liszt, Wagner, Moritz von Schwind freigebig gefördert; er verschmähte es auch nicht, etwas so Praktisches, wie die Ersetzung der Petroleumlampen durch Gasbeleuchtung, in Weimar anzuregen — eine damals verblüffende, wahrhaft großstädtische Neuerung, zu deren finanzieller Deckung der Großherzog half, da es die Residenz nicht allein vermochte¹⁵⁵).

Die weimarische Hofgesellschaft spann sich freilich unter dem Zwang der Kunstüberlieferung in eine Weltfremdheit ein, die halb aus Romantik und halb aus Hochmut bestand. Kinderbälle, Schlittenpartien, Konzerte von Liszt folgten einander mit einer gewissen Atemlosigkeit — der Alltag, die Gegenwart, die leibhafte politische und ökonomische Wirklichkeit hatte von dieser Lebensstimmung aus etwas Erschreckendes. Höchst bezeichnend erscheinen dafür Prolog und Festspiel, die im Februar 1848 unmittelbar vor der Revolution zur Vorfeier zum 16. Februar auf der Weimarer Hofbühne aufgeführt wurden. Der Prolog schloß in verblaßtem Weimarer Hof- und Kunstdeutsch mit der Stanze:

„Wohlauf, verwaltet denn eu'r herrlich Amt,
Zu dem euch eine höh're Macht berufen,
Ihr Künste! Zeiget, daß ihr, Gott entstammt,
Euch würdig reiht auf den geschmückten Stufen.
Gebt wieder, von Begeisterung entflammt,
Was Dank und Liebe froh vereint erschufen,
Und laßt durch Bild und Ton verklärt erscheinen
Den Jubel und den Segensgruß der Seinen.“

Und dann kam natürlich ein Dialog zwischen dem Dichter und der Muse — vier Gruppen aus der Zeit Karl Augusts wurden gezeigt —, und der Dichter führte bewegliche Klage über die reizlos gewordene Gegenwart.

„O heilige Kunst, hat unser Leben so
Dem Alltag sich zum Dienste hergegeben,
Daß der geringste Anlaß schon genügt,
Die Jünger alle treulos dir zu machen!

— — —
Ja wahrlich! Schwer ist unsere Zeit! Es fordert
Zuviel der Alltag, streng will er sein Recht,
Und der Begeisterung reine Flamme lodert
Nur selten bei dem jetzigen Geschlecht.“

Wie matt, wie kraftlos unerlebt kam nun die Klage:

„Daß nichts von ihrem Glanz beut unsere Zeit,
Und uns nur groß ist die Vergangenheit.
Was kann die dürre Gegenwart uns geben?
Mit ihnen sank des Ruhmes Krone hin.“

Und darauf antwortete nun die Muse — mit dem Zitat aus Schiller:

„Wisse, ein erhabener Sinn
Legt das Große in das Leben
Und er sucht es nicht darin!“

So klammerte sich hier schwächere Nachkommenschaft an das vergangene Große.

Nirgends war Martin Luther so sehr dem Volke bewußt und gegenwärtig wie in Thüringen und im Kursächsischen: hier war er aufgewachsen, hier hatte er gelitten und geschaffen, sein starker Mut und seine starke Tat hatten hier ihre Stätten. Man nannte hier die Orte, wo er gehaust hatte, verfolgt und doch wieder wundersam gerettet. Von der Wartburg kam seine Bibel, Wehr und Waffen wie die Feste Koburg war sein guter Gott. Die Kirchen, wo er gepredigt, schimmerten ehrwürdig durch solche Erinnerung; zur Kyffhäuser- und Tannhäusersage gesellte sich nun, leibhafter und herzstärkend, mancherlei Sage, Rede und Geschichte vom Doktor Martin, dem Gottesmanne und Manne des Volks — Lutherkirchen und Luthereichen gaben davon Zeugnis. Nur wenige Katholiken gab es in Thüringen; Juden wurden an manchen Orten gar nicht, an vielen kaum geduldet. Der Lutherische Geist war mächtig; im Gottesdienst lebte noch vielfach die älteste Form. Aber es herrschte Toleranz. Am Platze, wo Bonifazius zuerst gepredigt hat, ist 1811 ein Kandelaber mit drei Flammen errichtet worden, der katholische, der lutherische und der reformierte Geistliche weihten ihn gemeinsam ein. Vor dem hohen Erfurter Dom, der über vielen Stufen, zusammen mit der Severikirche, den Markt so unvergeßlich beherrscht, vereinigten sich an jedem Martins-tage evangelische und katholische Schulkinder in gemeinschaftlichem Gesange, zu Ehren des guten Heiligen wie des großen Reformators.

Daß der Deutschkatholizismus sich in Thüringen schnell durchsetzte, war nur natürlich. In Weimar konnte der Saal den Andrang kaum fassen; bei der Heirat eines „Neukatholiken“ mit einer Evangelischen wirkten Priester und Pfarrer zusammen. Es erregte also starke Verwunderung, daß die großherzogliche Regierung die Abhaltung eines Konzils der Deutschkatholiken 1847 nicht gestatten wollte, und zwar nicht nur in Weimar, sondern im ganzen Großherzogtum. Als Grund war wunderlicherweise angegeben: Das letzte Konzil sei 1846 in Leipzig gewesen, und es sollten nur alle fünf Jahre welche stattfinden! Es war doch schließlich Sache der neuen religiösen Bewegung, die Häufigkeit ihrer Konzilien zu bestimmen. Der Humanitätsgedanke hatte im thüringischen Lande noch überwiegend seinen älteren geistig-religiösen Inhalt, nicht aber den neueren sozialen. Die überkommene Gesellschaftsschichtung war allzu mächtig. Die Freiheit wurde als eine sittliche verstanden und erläutert. Der Gleichheitsgedanke aber wirkte revolutionär. Ein Exote gab ihm, gerade vor der Revolution, überraschenden Ausdruck. An der Bergakademie in Freiberg studierte ein Aschantiprinz. Der König der Niederlande empfahl ihn dem weimarischen Hofe, und

so wurde er hier mit Auszeichnung empfangen. Als er nun wegen seiner Farbe geneckt wurde, gab er die schlagende Antwort: „Tausend Fuß unter der Erde, mit Ölstaub bedeckt, im Dunkel, sind alle Menschen gleich“⁽¹⁵⁶⁾.

*

Die Mark Meißen und die Mark Brandenburg standen im Wettbewerb seit Jahrhunderten. Beide wurden Träger der Kurwürde, beide kamen zu königlichem Glanze durch die Verbindung mit außerdeutschem Besitz. Wurden die Kurfürsten von Brandenburg zuerst für ihr Preußen Lehnsträger der Krone Polen, so gelang ihnen doch schnell der Aufstieg zur Souveränität von Königen. Kursachsen aber verband sich mit Polen selbst und wuchs so zum Range und Ansehen fast einer osteuropäischen Großmacht. Noch heute zeugt ja in Warschau der sächsische Garten und das sächsische Palais sichtbar von jener ostdeutsch-westslawischen Gemeinschaft, die beide Volksstämme politisch stärkte und kulturell bereicherte. Katholisch und barock, seigneuril und sinnenfroh in Kunst und Lebensart — das wurde nun der Stil der kursächsischen Dynastie der Wettiner und ihres Adels. Dynastie und Adel dünkten sich schon Polens wegen vornehmer als die Hohenzollern mit ihren Junkern; und sie waren gewiß großartiger, herrschaftlicher in Aufwand und Verschwendung, in Bauten und Luxus, der Adel vergleichbar schon den schlesischen, böhmischen und polnischen Nachbarn. Eben darum aber wurden Dynastie und Adel in Sachsen besonders volksfremd. Die Betriebsamkeit der Untertanenschaft war früh erstaunlich entwickelt; Fleiß und einschmiegsame Lebensart brachten schnell voran, die Bedürfnisse blieben lange bescheiden und wurden mit nüchterner Umsicht rationiert. Nur eine so grobe Nachbarschaft wie die der brandenburgischen Preußen und der bayrischen Franken konnte den höflichen Takt sächsischer Verkehrskultur moralisch verächtigen. Aber diese unmanierlichen Preußen machten ja nun ihre Politik seit langem auf sächsische Kosten. Die Wettiner hielten es mit Österreich, später mit Napoleon, und so wurde Preußens Glück und Aufstieg Kursachsens Niedergang. Das Königreich Sachsen war ein recht bescheidenes Überbleibsel des alten großartigen Besitzstandes — auch den Namen Sachsen hatten die Preußen bereits für eine Provinz annektiert, die damals noch „Herzogtum“ hieß. Wenigstens war Leipzig nicht zu Preußen gekommen, und das war ein Segen für die Entwicklung der gesamtdeutschen politischen und geistigen Kultur. So konnte sich die alte stolze Bürgerstadt verhältnismäßig frei weiter entwickeln und die beherrschende Stätte der deutschen literarischen Produktion bleiben. Die preußische Zensur würde eine solche Herrschaftsstellung nie geduldet haben. Dresden blieb immer die ästhetisch kultivierte loyale Residenz eines besonders zeremoniell-gravitätischen Hofes, der nun für die verlorene politische Bedeutung Ersatz suchte in frommer Grandezza und vorsichtiger Pflege der Künste und Wissenschaften. Unter den vielen unbedeutenden deutschen Fürsten im 19. Jahrhundert war der alte König Anton wohl einer der unbedeutendsten gewesen. Sein Neffe und

Nachfolger König Friedrich August II. hat über ihn das bezeichnende Urteil gefällt: „Ihm fehlte jede Idee vom Organismus der Behörden, jede Geschäftskennntnis, jede Bekanntschaft mit Rechts- und Staatswissenschaften . . . Zudem ging ihm jede Personenkenntnis ab, und er hatte sich auch so wenig mit Staatsangelegenheiten abgegeben, daß er, bei einem ohnehin nicht allzu scharfen Verstande, durchaus kein klares Urteil über die wichtigsten Staatsfragen haben konnte¹⁵⁷⁾.“ Der so schrieb, Friedrich August, war nun selbst keine starke Persönlichkeit, aber wenigstens ein ruhiger, nüchterner, anständiger Mann, der die Carlowitz, Könneritz und Vitzthum nach ihrem Geschmacke regieren ließ und sich seinen naturwissenschaftlichen Liebhabereien widmete. Dresden fühlte sich dabei ganz wohl; Leipzig aber wurde die andere, die modernere Hauptstadt, die Residenz von Kritik, Liberalismus, freierer Sitte, erfüllt vom Gefühl neuer Wirtschaft, neuen Rechtes und neuer Weltansicht, vorbildlich zudem durch die neue bürgerliche Form großartiger Musikpflege.

Erst infolge der Revolutionsbewegung von 1830 war Sachsen ein konstitutioneller Staat geworden. Es gab zwei Kammern; in der ersten Kammer saßen die königlichen Prinzen, die Standesherrn, die Vertreter des großen Grundbesitzes, teils ernannt, teils auf Lebenszeit gewählt, die Vertreter der Universität und der geistlichen Stifter, die Spitzen der Geistlichkeit beider Konfessionen und die Bürgermeister der ersten Städte des Landes. Ständisch in ihrem Charakter war aber auch die zweite Kammer. Streng voneinander geschieden, wählte jeder der vier Stände die Abgeordneten indirekt nach einem Zensus aus seiner Mitte — also der Stand der Rittergutsbesitzer, der Stand der Stadtbürger, der Stand der Bauern und der „Handels- und Fabrikstand“. Eine wirkliche Volksvertretung war auf diese Art beinahe unmöglich gemacht; die verschiedenen Stände verfolgten ihre Sonderinteressen, die Regierung spielte sie gegeneinander aus. Zur Ablehnung von Gesetzen, die nur von der Regierung eingebracht werden durften, war Zweidrittelmajorität erforderlich¹⁵⁸⁾. Im Gegensatz zu den süd-deutschen Kammern war die Anzahl der Staatsbeamten in den parlamentarischen Körperschaften gering. Unabhängige Opposition ging ausschließlich von den Abgeordneten der Ritterschaft und den städtischen Vertretern aus, die meistens Gemeindebeamte oder Rechtsanwälte waren. Seit dem Eintritt Sachsens in den preußischen Zollverein (1833) begann ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung. Die guten Jahre machten gute Stimmung. Die Regierung war auf ihre Art einsichtig und geschickt; sie vermied allzu deutliche Bevorzugung des Adels in der Verwaltung, sorgte für Sparsamkeit und gerechtere Lastenverteilung; bürokratische Schroffheit und Selbstüberhebung war in Sachsen vielleicht seltener als irgendwo sonst in Deutschland. Was fehlte, war Wärme und Schwung; auch die Kammerdebatten bewegten sich lange im Geleise formaljuristischer Konvention. Aus dem Vogtlande kam zuerst ein neuer Klang: Bürgermeister Todt, der durch seinen Reichtum ganz unabhängige Gutsbesitzer v. Watzdorf waren die Träger wahrhaft freiheitlicher Gedanken, der Advokat Eisenstuck, der eine Korporation

der sächsischen Rechtsanwälte mit Witwen- und Waisenkasse gründete, und der Leipziger Buchhändler H. Brockhaus gesellten sich dazu. Der erste Kampf größeren Stils fand 1842 statt. Es handelte sich um die Reform des Strafverfahrens. Die Regierung hatte einen Entwurf vorgelegt, der an dem Prinzip des alten heimlichen und schriftlichen Inquisitionsprozesses festhielt; die Opposition trat für Öffentlichkeit und Mündlichkeit ein und errang einen so durchschlagenden Erfolg, daß die Regierung die Vorlage zurückzog. Eine wirkliche Volksbewegung ging damals durch das Land — war doch gerade in Sachsen die konsequent scharfsinnige Durchfechtung von Rechtsfragen immer der sachlichen Klugheit des Stammescharakters besonders gemäß gewesen. Die Bittschriften für Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens brachten es auf mehr als 3000 Unterschriften.

Unter dem Nachfolger des allverehrten patriarchalisch weisen Ministers v. Lindenau, unter dem Minister v. Könneritz, begann ein freiheitsfeindlicher Geist. Das neue Preßgesetz von 1842/43 gab die Möglichkeit zu unerfreulichen Eingriffen. Vor allem aber zeigte sich nun die sächsische Regierung auswärtigen Einflüssen gefügig, was bis dahin durchaus nicht der Fall gewesen war. Jetzt wurden die Kommissionäre auswärtiger Buchhändler in Leipzig dazu angehalten, die ihnen verschlossen übergebenen Bücherballen nach verbotenen Schriften zu durchsuchen. Die Polizei selbst nahm das Recht dazu für sich in Anspruch. So wurde Welckers Schrift über die Bundestagsverhandlungen beschlagnahmt — sie war sogar in Preußen frei! Sächsischen Blättern wurde die Besprechung von Silvester Jordans Prozeß verboten; Arnold Ruges „Deutsche Jahrbücher“ wurden unterdrückt. Als Beispiel der freiheitlichen, aber doch verhältnismäßig harmlosen Sprache der damaligen sächsischen Presse sei auf das Feuilleton der Leipziger „Freikugeln“ vom 12. Januar 1843 hingewiesen, in dem Dahlmanns Abgang von Jena und seine Ankunft in Bonn geschildert wurde. „Dem armen Vertriebenen Dahlmann“, so hieß es da, „zündet eine ganze Stadt, die ihn noch nie gesehen hat und welche nur seine Tugend und sein Unglück kennt, ihre Freudenfeuer an.“ Das Blatt begrüßte diese Erscheinung als „hellaufgehende Morgenröte politischer Mündigkeit“. In Berlin machte der Artikel sehr unliebsames Aufsehen. 1845 wurden mehrere Organe der Provinzpresse, und gerade die verbreitetsten und einflußreichsten, lahmgelegt — und zwar lediglich wegen scharfer Kritik einzelner Regierungsmaßnahmen: „Das Echo vom Hochwalde“, die Chemnitzer „Sonne“, die „Sächsischen Vaterlandsblätter“. Vergebens beschwerten sich die Verleger über die Konzessionsentziehung. Das Ministerium beharrte auf dem Standpunkt, man habe sich hier die „frechsten Ausfälle“ gegen die sächsische und fremde Regierungen erlaubt¹⁵⁹). Es gab jetzt nur noch zwei größere Oppositionsorgane, Rüders „Constitutionelle Staatsbürgerzeitung“ und den durchaus gemäßigten „Herold“ des Professors Karl Biedermann. Biedermann gab auch die Zeitschrift „Unsere Gegenwart und Zukunft“ heraus; ein darin erschienener Aufsatz „Sächsische Zustände“ war zuerst verboten, dann aber vom

Ministerium Könneritz freigegeben worden, mit der eigenartigen Begründung, die dort niedergelegten Äußerungen seien zu unwürdig, um von den Ministern irgendwie beachtet zu werden! Das Land hielt aber die Schrift wohl der Beachtung für wert — sie erlebte binnen weniger Wochen drei Auflagen¹⁶⁰). Zwei bedeutende, über das sächsische Wirkungsgebiet hinausreichende Zeitschriften entstanden vor der Revolution: Kurandas „Grenzboten“ und Ernst Keils mehr populärer „Leuchtturm“. Ministerielle und aristokratische Organe waren: die „Leipziger Zeitung“, das „Dresdener Tageblatt“, Professor Bülaus „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der „Verfassungsfreund“, die ursprünglich liberale „Ameise“, das „Volksblatt“ und der „Bayard“ — letztere vertraten die kirchlichen Interessen, das erste die evangelischen, das zweite die des neuen Katholizismus.

Seitdem die Dynastie katholisch geworden war, und seitdem infolge davon auch am Hofe sich mancherlei an Priestern und katholischen Adligen angesammelt hatte, entwickelte sich aus dem protestantischen Selbstbewußtsein des reformationsstolzen sächsischen Volkes ein eifervolles Mißtrauen gegenüber allem „Jesuitischen“ und „Ultramontanen“. Als in der neuerbauten, dem heiligen Ignatius geweihten katholischen Kirche der Stadt Annaberg im Erzgebirge hinter dem Altar eine Steinplatte mit der Inschrift „Ignatius Loyola“ entdeckt wurde, bemächtigte sich der evangelischen Einwohnerschaft große Erregung. Selbst viele Katholiken waren damit nicht einverstanden. So mußte sich denn die katholische Geistlichkeit immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, sie beabsichtige, in Sachsen die Jesuiten einzuführen¹⁶¹). Ein grober Betrug, der sich in Dresden abspielte, ist doch sehr bezeichnend. Es wurde ein Mensch verhaftet, der laut zu Gunsten der Jesuiten in der Öffentlichkeit deklamierte. Bei der Durchsuchung wurde ein vom Jesuitengeneral in Rom unterzeichneter Empfehlungsbrief an die Jesuiten in Sachsen gefunden. Obgleich das sicher eine törichte Fälschung war, hatte der Zwischenfall bei der leichtgläubigen Volksmasse die Überzeugung von dem heimlichen Treiben des Ordens erst recht befestigt¹⁶²).

Für die deutschkatholische Bewegung konnte es kaum einen besseren Boden als Sachsen geben. In der feudalen Lausitz, wo am meisten Katholiken saßen, fand sie freilich wenig Anklang; ganz anders im erbländischen Gebiete. Die dort wohnende verhältnismäßig geringe Zahl der Katholiken in den unteren und mittleren Schichten bekam durch den Übertritt den gewünschten geistigen und sozialen Anschluß an ihre liberalen protestantischen Mitbürger. Ja, die Bewegung wurde so populär, daß sogar viele Evangelische deutschkatholisch wurden wie z. B. Roßmäßler. Die Pfarrer der Deutschkatholiken erhielten zunächst alle kirchlichen Befugnisse mit Ausnahme des Rechtes, Trauungen zu vollziehen. Gerade dadurch wurden sie aber noch mehr auf gute Kameradschaft mit den Evangelischen angewiesen. Im Januar 1846 folgte dann das Gesetz über die „Neukatholiken“: sie bekamen das evangelische Eherecht und die Befreiung von den staatlichen Parochiallasten¹⁶³). An der sächsisch-böhmischen Grenze besonders wurden

immer mehr alle Lebensverhältnisse von der deutschkatholischen Bewegung bestimmt. Die Grenze war ja sehr ungeschickt gezogen, es gab auf beiden Seiten Enklaven; die Bewohner der Grenzorte wußten manchmal selbst nicht, wessen Untertanen sie waren. Verhandlungen zwischen Sachsen und Österreich, die schon 1815 begonnen hatten, waren immer ergebnislos verlaufen. Nun fanden die Grenzbewohner im Deutschkatholizismus die Einheit und Gemeinsamkeit, die sie brauchten und angesichts der sinnlosen politischen Zerschneidung doppelt nötig hatten¹⁶⁴).

Johannes Ronge wurde selbst in der Residenz Dresden begeistert gefeiert. Im Kaufmännischen Verein fand dort ein Festmahl zu seinen Ehren statt. Als gegen Ende der Feier eine ungebundene Heiterkeit ausbrach, entfernte er sich; sein „bescheidenes und gemessenes Benehmen“ errang ihm viel Sympathien. Der preußische Gesandte bezeugt das ausdrücklich¹⁶⁵). Gegenüber der unaufhaltsamen Entwicklung der deutschkatholischen Gemeinden war das Ministerium Könneritz machtlos; es konnte wohl öffentliche Versammlungen verbieten, aber Vereinigungen für den neuen Glauben mußten geduldet werden. Tief war die Verlegenheit des katholischen Hofes. Religiös aufregenden Schriften wurde wohl von der Zensur das Imprimatur verweigert. Aber welcher machtvollen Eindruck rief etwa die große Versammlung in Leipzig hervor unter Ronges Vorsitz, zu der sich Deputierte aus 27 Städten zusammenfanden!¹⁶⁶) Um so peinlicher wirkten die Versuche der österreichischen Regierung, in den kaiserlichen Staaten die Verbreitung der deutschkatholischen Lehre zu verhindern. Die österreichische Gesandtschaft verweigerte den sich zu dieser „Sekte“ bekennenden Untertanen das Visum zur Reise nach Österreich. In der zweiten Kammer wurde diese Tatsache von der Opposition zur Sprache gebracht und eine Beschwerde des Ministeriums verlangt: die Religionsfreiheit sei verletzt, die durch die Bundesgesetzgebung allen christlichen Gemeinden zugesichert sei¹⁶⁷).

Auch in der evangelischen Kirche regte es sich. Petitionen der lutherischen Bevölkerung kamen um eine freiere Verfassung ein; die Regierung war nicht abgeneigt, ein angemessenes Presbyterial- und Synodalsystem einzuführen¹⁶⁸). Über die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die Lichtfreunde herrschte im sächsischen Ministerium aber große Beruhigung¹⁶⁹).

Die deutschkatholische Bewegung brachte mehrere Männer der entschieden liberalen Richtung hoch: den Meister der Stenographie Franz Wigard, den Webermeister Rewitzer, den Leipziger Privatdozenten der Geschichte Heinrich Wuttke, der aus Schlesien stammte — vor allem aber Robert Blum, eine der bedeutendsten Figuren der Zeit, und vielleicht die merkwürdigste.

Denn unter alle diese Träger tiefgründiger Universitätsgelehrsamkeit, unter die wohlmeinenden Abkömmlinge alter Beamtenfamilien, unter den nicht kleinen Kreis von freiheitlich gesinnten Aristokraten, unter die behäbig werdenden Guts- oder Fabrikherren, unter die vielen geistreichen, patriotischen, durch die Salons und das große Ausland, durch die Weltliteratur, aber auch ebenso durch die

gediegene Schlichtheit der deutschen bürgerlichen Kultur geschulten Schriftsteller: also in diese loyale, wohltemperierte Führerschicht der Revolution von 1848 — trat nun ein Mann, der das alles nicht hatte, der das alles nicht war, ein Mann, der — wie selten war das damals! — allen Bindungen und Schranken zum Trotz, von ganz unten in diese bürgerliche Welt hineingekommen ist und nun von sich sagen durfte, er sei, was er war, nur durch sich selbst. Blums Eltern waren verarmte Kölner Bürger — Freiligrath nannte ihn später nur halb zutreffend mit dem Modewort der Zeit ein Proletarierkind: an seiner Wiege stand die bittere Armut, die in der privilegierten ständischen Gesellschaft um 1800 etwas viel Schlimmeres war als spätere proletarische Besitzlosigkeit. Blum ging bis Quinta bei den Jesuiten zur Schule; dann lernte er allerlei, aber zu einem richtigen Handwerk fehlten doch Zeit und Mittel. So wurde er herumgestoßen, eingestellt, ausgenutzt — dann ging er weiter, um Neues anzupacken und sich weiterzuarbeiten. Denn er hatte die körperliche Bärenkraft des echten Volksmenschen, einen geweckten, immer um sich spähenden Geist, und er fühlte den gesunden Mut in sich, aus sich und so auch aus der eingerosteten Gesellschaft, an der er sich wund rieb, etwas Besseres zu machen. Er arbeitete für einen Laternefabrikanten und schrieb Gedichte für Saphirs „Schnellpost“. Jahrelang saß er, zuerst Theaterdiener, an der Leipziger Theaterkasse; er rechnete da nicht nur, er kam nun ganz zur Literatur. Die Buchhändlerstadt machte ihn zum Buchhändler; er las, er schrieb mancherlei gutgesehene, wohlgeformte Tagesware, er verulkte auf gut rheinisch in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ die Kleinstaaterei und gab populäre Sammelwerke heraus. Der Kaufmann war in ihm wach geworden; aus der Entbehrungszeit kannte er den Wert verdienter Groschen, legte sparsam den Taler auf den Taler, wurde ein glücklicher Familienvater und wuchs immer mehr durch den Erfolg unermüdlicher Arbeit. Auch die rheinische Redebegehung war stark in ihm; den nüchternen Sachsen gab er etwas, was hier selten war — die leidenschaftliche Wärme. An den Schillertagen sammelte er, Jahr für Jahr am 10. November, der sein eigener Geburtstag war, eine immer wachsende Hörermenge, in dem von ihm gegründeten Schillerverein um sich: der Dichter der Freiheit und der Volksbewegung gewann hier immer erneut prophetische Gestalt, von einem Volksmann für das Volk geprägt. Es war eine neue Art zu reden: nicht belehrend, gar nicht gelehrt, aber wie es damals sein mußte: „gebildet“, geschickt in der Verwendung poetischer Lesefrüchte, kühn in der Vereinfachung geschichtlicher und politischer Entwicklungen, mächtig durch ein ehrliches gesundes Menschentum, hinreißend durch die Wucht politischen Wollens. Auch einen Redeübungsverein hat er gegründet und sich hier Gefolgsmannschaft erzogen. Vom Staate verlangte er politische Rechte, aber noch mehr: Arbeitsmöglichkeit für jeden. Die neue und immer wachsende Schicht der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten, dieser zu Unselbständigkeit und Einflußlosigkeit Verurteilten sah in der vierschrötigen Gestalt Robert Blums, in diesem unregelmäßig geschnittenen bärtigen Kopf ein Stück von sich selbst,

ein schlichtes, derbes, leibhaftes und sehr lebenswarmes Stück der Volksmasse; aus dem eignen Lebensgang kannte er Sprache, Geschmack und Not des Volkes — er brauchte sich keine Mühe zu geben, das alles zu ergründen und zu verstehen, und darum verstand dieses gedrückte und sehnstüchtige Volk auch ihn. Es ging eine Macht und ein Zauber von Robert Blum aus; ernst und männlich, oft hoch und feierlich schwoll seine Rede, in der Bemeisterung mächtiger Perioden tat es ihm keiner gleich. Dann schmeichelte er wieder und erschütterte die Hörer einer noch tränenfrohen Zeit. Es gibt faszinierende Häßlichkeit: Blum hätte ein grob geschnittener Apostel Petrus oder Jakobus auf einem niederrheinischen Altar sein können — dies unwiderstehlich Apostelhafte nannten die Gegner Demagogie. Er war Volksredner und Agitator wie damals kaum ein andrer; daß er auch vorsichtig politisch spekulieren und taktisch klug rechnen konnte, sollte sich noch zeigen.

Von seinem katholischen Kinderglauben hatte sich Robert Blum im Laufe eines stürmischen und mühevollen Arbeitslebens entfernt, ohne doch je mit ihm zu brechen. Trauen ließ er sich evangelisch und schloß sich nun der deutsch-katholischen Bewegung an; sie war ihm willkommen um der Sache willen, denn er fühlte sich als freiheitlicher Christ, aber doch auch deshalb, weil sich ihm hier neue aussichtsvolle Wirkung bot; er kämpfte gern gegen die Mächtigen, er kämpfte von jeher um Gefühlswerte; Staat und Gesellschaft waren ihm schon immer heilig wie Religion. Und überall kämpfte er für seine heiligste Göttin, die Freiheit.

Die unseligen Leipziger Vorgänge vom 12. August 1845 brachten Robert Blum zum ersten Male ganz in den politischen Vordergrund. Prinz Johann von Sachsen, der Bruder König Friedrich Augusts II., war Oberkommandant sämtlicher Kommunalgarden des Landes und inspizierte an diesem Tage die Leipziger Kommunalgarde. Prinz Johann nahm als Thronfolger bei der Kinderlosigkeit seines Bruders eine besondere Stellung ein; dem nüchternen König war Johanns lebendige, künstlerisch bewegte und auch politisch interessierte Art weit überlegen. Prinz Johann war von der neuen katholischen Bewegung stark ergriffen; wenn er sich in seinen geliebten Dante versenkte, dann tat er es nicht nur als begabter Sohn einer Prinzessin von Parma, sondern auch als treuer Sohn der römischen Weltkirche, bei deren universaler Größe es ihn paradiesisch erschauerte. Der liberalen Zeitbewegung stand ein solcher Mann notwendig mit der skeptischen, fremden Überlegenheit eines romantisch vornehmen Nobile gegenüber. Nicht umsonst verband ihn mit dem Schwager Friedrich Wilhelm IV. eine warme Gesinnungsfreundschaft. Bei jener Kommunalgardenparade in Leipzig zeigten nun sowohl die Garde selbst wie die Zuschauer eine offene Mißstimmung gegen den Prinzen Johann. Durch ein freundlich-geschicktes Wort solches Murren zu beschwichtigen, war ihm versagt. Gekränkt setzte er sich mit den Offizieren und den Vertretern der Behörden zur Tafel im Hotel de Prusse am Roßplatz. Draußen ließ die Menge Ronge leben und sang das Lutherlied: „Ein feste Burg ist unser Gott.“

Man hörte auch Rufe gegen die Jesuiten. Niemand griff ein; das machte die Menge mutiger. Sie sang jetzt: „Ein freies Leben führen wir . . .“, Steine flogen gegen die Fenster, die schwache Polizei wehrte Eindringende ab. Da rückte eine Abteilung Militär an, die unbeliebten schwarzen Schützen. Die Masse wich unwillig zurück, schnell war der Platz frei, ein paar Steine fielen noch gegen die Soldaten, aber der Tumult flaute sichtbar ab. Dennoch: es ertönten plötzlich zwei Gewehrsalven, viele Menschen fielen getroffen nieder, wie gewöhnlich ganz unbeteiligte, entfernte, harmlose Zuschauer.

Prinz Johann war beim Anrücken des Militärs auf den Platz herausgetreten und hatte, empfindlich und hoffärtig auf seine Art, die Säuberung angeordnet. Den Befehl zum Feuern hatten dann Subalternoffiziere gegeben, deren Schneid sich durch die Anwesenheit und das Auftreten des Thronfolgers gesteigert hatte. Amtlich wurde später das Heraustrreten des Prinzen bestritten — da viele ihn gesehen hatten, wurde er nun stärker verdächtigt als recht war. Jedenfalls dachte Prinz Johann nicht daran, das Geschehene zu mißbilligen, wie sein Brief an Friedrich Wilhelm IV. vom 11. Juli 1846 beweist. Es heißt darin: „Nur die Leipziger sind noch wie toll, wir sollen sie um Verzeihung bitten, daß wir uns unserer Haut gewehrt haben, mais pas si bêtes¹⁷⁰⁾.“ Die Erbitterung an jenem 12. August 1845 war nach der Schießerei sehr groß. Die Studenten bewaffneten sich auf dem Fechtboden, von neuem wuchs die Menge an, jetzt endlich griff die Kommunalgarde ein und wollte beruhigen. Prinz Johann verließ unter Verwünschungen und Steinwürfen, von der Kommunalgarde gedeckt, auf Nebenwegen im geschlossenen Wagen die Stadt.

Das Feuern des Militärs war nicht vorher angekündigt worden, es war sachlich nicht zu rechtfertigen, es war voreilig, brutal und sinnlos. Wäre statt des Militärs die Kommunalgarde sogleich eingesetzt worden, dann war der Tumult nach der Meinung aller Einsichtigen schnell und unblutig beigelegt. Aber freilich hatte nun das Militär nach dem wenig ruhmreichen Rückzuge des Jahres 1830 eine verspätete Genugtuung. An den Namen des Thronfolgers, der eine nicht eben glänzende Rolle gespielt hatte, knüpfte sich nun leider die Erinnerung an das böse Ereignis. Die Behörden waren angesichts der großen Unruhe der Stadt unschlüssig und ohnmächtig; das Militär wurde im Schlosse zusammengezogen und die Bewachung der Kommunalgarde überlassen. Bürger und Studenten hielten tobende Versammlungen im Schützenhause. Hier griff nun Robert Blum ein. Er redete wiederholt, beruhigte und erhob positive Forderungen. Mehr als eine Woche beherrschte er die Stadt Leipzig und die Behörden! Es war ein beinahe schon revolutionärer Zustand. Ihm machte die Dresdener Regierung, freilich erst nach der Beerdigung der Opfer, herrisch ein Ende. Ein königlicher außerordentlicher Kommissar erschien, die Militärbesatzung wurde verstärkt, strenge Untersuchung der Vorgänge angekündigt. Viele Personen erhielten empfindliche Strafe. Das Vorgehen der Militärbehörde wurde gebilligt, gegen die Zivilbehörde eine Disziplinaruntersuchung angekündigt.

Die unschuldigen Toten blieben freilich tot, und das Leipziger Massaker wirkte Jahre hindurch tieferbitternd nach. Ferdinand Freiligrath hat den schlimmen Eindruck des Leipziger Ereignisses auf die Gegenwart in seinem Gedichte „Leipzigs Toten“ festgelegt. Die vierte Strophe lautet:

„Man hat gesagt, sie haben es verdient!
Wer hat sie rebellieren denn geheißt?
Was haben die Verwegnen sich erkühnt,
Kronleuchter, allerhöchste, zu zerschmeißen?
Man war erstaunt, man war mit Recht empört!
Denkt: auf den Boden klirrte Scheib' um Scheibe! —
Wohl! . . . Aber niemals hab' ich noch gehört,
Daß man mit Blut zerbrochne Fenster kleibe.“

Zeugnis der Nachwirkung geben auch zahlreiche Petitionen an den Landtag; die Beschwerde über die Augustereignisse, die Professor Biedermann entwarf, brachte es auf 1800 Unterschriften Leipziger Bürger¹⁷¹).

Mit Berufung auf den halbvergessenen Bundestagsbeschluß von 1832 wurden nun alle Volksversammlungen in Sachsen verboten; die Bürgervereine, die sich besonders nach dem Erzgebirge zu entwickelt hatten, in Chemnitz, Glauchau, Zwickau, verfielen der Auflösung, ebenso die Gesangsvereine. Die Erregung wurde dadurch nur größer. Rechtsanwalt Schaffrath erklärte in der zweiten Kammer, die Minister hätten sich mit dem Blute der Leipziger Opfer besudelt; ein Mitglied der Rechten fand diese Rede revolutionär beleidigend und forderte das Präsidium auf, dergleichen nicht zu dulden. Als Prinz Johann in Dresden eine Parade über die dortige Kommunalgarde abhielt, wurde er mit großer Kälte empfangen. Und gerade seine persönlichen Verehrer sprachen den Wunsch aus, er möchte sein Kommando niederlegen¹⁷²). Im Juli 1846 wurde er davon entbunden, sein Nachfolger war Generalmajor v. Mandelsloh. Als der Leipziger Appellationsrat Dr. Haase an erster Stelle für das Präsidium der zweiten Kammer vorgeschlagen wurde, übergab ihn der König, weil er an den Leipziger Vorgängen stark beteiligt gewesen war. Haase hatte sich für die Herbeiführung des Militärs ausgesprochen — daß es schießen würde, ohne Not, konnte er gewiß nicht voraussehen. Als er nun in der Kammer für die gerichtliche Untersuchung der Leipziger Vorgänge stimmte, wagte der Kriegsminister v. Nostitz-Wallwitz ihm zu sagen: „Ihre Abstimmung macht Ihnen keine Ehre.“ Die Kammer verwarf dann die beiden ihm erstatteten Gutachten in der peinlichen Angelegenheit, und die Regierung setzte ihren Standpunkt durch¹⁷³).

Um die erregte Stimmung zu beruhigen, erklärte sich überraschenderweise die Regierung jetzt bereit, das mündliche Verfahren bei Kriminaluntersuchungen einführen zu wollen; aber sie verletzte wieder die zweite Kammer dadurch, daß sie ihr eine selbständige Beantwortung der Thronrede nicht gestattete, sondern die erste Kammer die Antwortadresse verfassen ließ, der sich die zweite anschließen

mußte¹⁷⁴). Eine besonders empfindliche Strafe für Leipzig war die große Schriftstellerverfolgung, die nach den Augustereignissen einsetzte. Am frühesten in Deutschland gab es hier eine nicht geringe Anzahl von Literaten, die durch ständige Verbindung mit den großen Verlegerfirmen in der Lage waren, von ihrer Feder zu leben. Schon 1840 hatten sie den „Literatenverein“ gegründet, 1845 die erste deutsche Schriftstellerversammlung abgehalten. Hier entwickelte sich als etwas Neues der Gedanke der Standeshhre und der wechselseitigen Hilfe¹⁷⁵). Dieser Schriftstellerkreis hatte zum großen Teile die Schützenhausversammlungen tätig mitgemacht. Da benutzte die Dresdner Regierung die Gelegenheit, Rache für manches kecke Wort der Kritik zu üben, das in den letzten Jahren gefallen war. Eine große Zahl von Schriftstellern nicht sächsischer Herkunft, also von „Ausländern“, mußte Leipzig verlassen, darunter auch politisch ganz uninteressierte Leute. Selbst Wilhelm Jordan, der ostpreußische Dichter, der in aller Form das sächsische Heimatrecht erlangt hatte, wurde ausgewiesen. Wie stürmisch war der Beifall, den nach solchen Erlebnissen Laubes Lustspiel „Gottsched und Gellert“ fand¹⁷⁶)!

Seit der Zeit der sächsisch-polnischen Personalunion waren die Polen gewohnt, in Sachsen, besonders in Dresden sichere Zuflucht zu finden. Viele wohlhabende polnische Familien wohnten, auch ohne politischen Grund, jahrelang dort, als an einer geschmackvollen Stätte von Bildung und Genuß. Nun kamen die erregten Zeiten der Annexion Krakaus und der Verschwörungen in Posen. Die preußische Regierung wurde deshalb in Dresden vorstellig und verlangte durch ihren Gesandten, es sollten „verdächtige Subjekte“ arretiert, ihre Papiere beschlagnahmt und die Auslieferung an Preußen bewerkstelligt werden. Sachsen tat nun mehr, als erwartet werden konnte: sämtlichen Polen wurde von der Polizei aufgegeben, binnen acht Tagen Dresden zu verlassen — auch solchen, die schon jahrelang ruhig in Dresden lebten. Es entstand großes Aufsehen, dringende Reklamationen erfolgten. Die Bürgerschaft sah sich in ihrem Erwerb bedroht durch die plötzliche Entfernung so vieler vermögender Fremden. Es kam zu einer Interpellation in der zweiten Kammer; der Minister des Innern verweigerte in öffentlicher Sitzung Auskunft über die Gründe — aber in der nun folgenden Geheimsitzung beschloß die Kammer, größte Milde und Humanität in der Ausführung der beschlossenen Maßregel zu empfehlen. Die Regierung empfand es wohl selbst als etwas peinlich, sich so zum Büttel für Preußen hergegeben zu haben, und vollzog die Ausweisung tatsächlich nur teilweise. Die Sympathie für Polen, die Antipathie gegen Preußen konnte sich durch den Zwischenfall nur steigern¹⁷⁷). Die sächsische Regierung ließ auch flüchtige polnische Insurgenten, die sich mit falschen Pässen nach Frankreich und Belgien begeben wollten, ungehindert passieren. Einiges Kopfzerbrechen machte aber der Fall des Krakauer Diktators Tyssowski.

Tyssowski war österreichischer Untertan; nach dem Zusammenbruch der Krakauer Revolution hatte er sich selbst den preußischen Behörden gestellt, war

dann von Schlesien nach Sachsen gegangen, um die Großmut der sächsischen Regierung in Anspruch zu nehmen. Hier glaubte man, ihm ein einstweiliges Asyl nicht verweigern zu können, und internierte ihn auf dem Königstein. An Preußen wurde darüber keinerlei Mitteilung gemacht, auch mündlich und vertraulich nicht. Der preußische Gesandte Jordan verschwieg seine Bedenken über diese geheimnisvolle Behandlung einer solchen Sache nicht — Preußen hätte „bei den vorhandenen freundschaftlichen Beziehungen“ mehr Vertrauen erwartet. Die sächsische Regierung vertrat demgegenüber den zweifellos berechtigten Standpunkt: kein deutscher Staat sei berechtigt, Tyssowski gefangenzuhalten, sein Vergehen sei nicht auf deutschem Boden begangen. Nur entband sich leider die sächsische Regierung selbst von dieser objektiven Auffassung der Dinge, wenn sie gestattete, daß sächsische Polizeiorgane den Flüchtling auf dem Königstein über seine Verschwörung verhörten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung waren der österreichischen Regierung so wertvoll, daß sie den sächsischen Beamten Dosen mit Brillantchiffren und Brillantringe spendete. Wegen seiner Zukunft stellte Tyssowski selbst eine dreifache Alternative: Versorgung in den kaiserlich-österreichischen Staaten, weiterer Aufenthalt in Sachsen oder Übersiedelung mit seiner Familie nach dem amerikanischen Freistaat. Im Einverständnis mit Wien entschied die sächsische Regierung für das letzte — die Überfahrskarten übernahm der kaiserlich österreichische Hof, der auch bei der Ankunft in Amerika eine ansehnliche Summe zum einstweiligen Unterhalt auszahlte. Da Tyssowski von Mitteln entblößt war, ließ ihm der König von Sachsen noch dreihundert Gulden aus der Schatulle verabreichen. Sachsen schneidet also schließlich noch ganz gut bei dieser peinlichen Angelegenheit ab¹⁷⁸⁾. Weniger erfreulich war die Stellung der Dresdner Regierung zu den Konflikten, die in Freiberg zwischen Offizieren des leichten Reiterregiments und Studierenden der Bergakademie ausgebrochen waren. Die Bergakademie wurde schon damals viel von Ausländern aus Osteuropa besucht, und so kam in die sehr loyal und gouvernemental gesinnte Stadt ein Element der Bewegung. Bei einem Duell zwischen einem Leutnant und einem polnischen Bergakademisten fiel der Pole. Der Sekundant des Leutnants scheint unkorrekt dabei verfahren zu sein — jedenfalls erhielt er von einem Freunde des Gefallenen eine Forderung auf schwere Säbel, ohne jede Bekleidung. Da griff die Regierung ein; sie nahm Partei für die Offiziere, relegierte einige Bergakademisten und nahm den Offizieren die ehrenwörtliche Verpflichtung ab, sich nicht mehr auf Duelle mit den Studierenden einzulassen. Das erregte nun wieder die Bergakademisten so sehr, daß die Akademie eine Zeitlang ganz geschlossen werden mußte. Bei der Wiedereröffnung wurde der Besuch von Ausländern stark eingeschränkt — für die Einwohner eine recht empfindliche Maßregel¹⁷⁹⁾.

Wirtschaftlich stellte das Königreich Sachsen einen eigenartigen, ja im damaligen Deutschland einzigartigen Typus dar: 1848 war von der fast zwei Millionen zählenden Bevölkerung bereits mehr als die Hälfte bei Handwerk und

Industrie, also „gewerblich“ beschäftigt. Nirgends war der Industrialisierungsprozeß so vorgeschritten. Die armen Gebirgsgegenden des Landes hatten sich schon seit Generationen der Heimindustrie zugewandt; eben jetzt war man mitten in der Umwandlung zum fabrikmäßigen Betrieb. Das Bild, das einzelne Teile Böhmens, Schlesiens und Thüringens boten, trat hier in verstärkter Prägung in die Erscheinung. Schon 1830 gab es eine Chemnitzer Firma, die 3000 Arbeiter beschäftigte. Die Zahl der mechanischen Baumwollspindeln in Sachsen betrug zwei Drittel aller Spindeln des preußischen Zollvereins, nämlich eine Million: durch den Zollverein hatte Sachsen ja ein vorzügliches Absatzgebiet von wachsender Aufnahmefähigkeit gewonnen. Die Industrie sog in zunehmendem Maße den kleinen Handwerkerstand, die Kleinbauern und Bergarbeiter auf¹⁸⁰). Der Notstand dieser Kreise war in dem Hungerjahr 1846/47 sehr groß; er machte sich damals besonders fühlbar, hatte aber schon immer bestanden und bestand auch weiter. Ein so sachverständiger Beurteiler wie der Weber Remnitzer aus Chemnitz betonte in einer sehr bemerkenswerten Rede in der zweiten Kammer, daß das Elend noch aus einer ganz anderen Quelle entspränge als aus der augenblicklichen Teuerung: die Arbeit selbst wurde im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre mehr und mehr entwertet; die Löhne gingen im ganzen genommen herunter, während die Preise für alle lebensnotwendigen Bedürfnisse seit geraumer Zeit unaufhaltsam im Klettern waren. Die Wohnungsmieten stiegen um 25 bis 30 Prozent, ebenso die Preise für Kartoffeln, Butter und Fleisch. Das Arbeitsangebot war sehr groß; das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber wurde deshalb völlig anders. „Der um den Verlust seiner Arbeit beständig besorgte Arbeiter fühlte die tiefe Kluft, die zwischen ihm und seinem Brotherrn sich immer weiter auftut, nur um so schmerzlicher, je abhängiger er von demselben wird“, sagte Remnitzer treffend¹⁸¹). Noch um 1830 gab es in Chemnitz zahlreiche Weber, die mit zwei bis vier Arbeitern ein selbständiges Geschäft betrieben. Die meisten von diesen Meistern alten Schlages waren nun Lohnarbeiter geworden: „Es tritt also jener bedenkliche und bedrohliche Zustand immer schärfer hervor, der nun am Ende nichts weiter zeigen wird als große Fabrikanten und arme Arbeiter.“

Der Staat sah dieser Entwicklung entweder ahnungslos oder doch wenigstens hilflos zu. Er bedrohte diejenigen Arbeitervereine mit schwerer Strafe, die etwa dem Kommunismus Vorschub leisteten. Empfänglichkeit für sozialistisch-kommunistische Ideen war also selbstverständlich vorhanden; ein neues Klassenbewußtsein war in der Bildung begriffen — eine klassenbewußte Sonderbewegung gab es freilich noch kaum.

Ein besonders skandalöses System der Ausbeutung der Arbeiterschaft legten die Posamentierer von Geier in einer Petition an den Landtag von 1847 dar¹⁸²). Ein Posamentier brachte es bei angestrengter zwölfstündiger Arbeit auf einen Wochenlohn von 1 Taler, 7 Neugroschen und 5 Pfennigen. Dieses Geld bekamen die Arbeiter nun nicht bar in die Hand, sondern mußten zum Teil dafür Waren

nehmen, sowohl Garn wie Kolonialwaren. An dem Garn verdienten die Arbeitgeber noch schätzungsweise $33\frac{1}{3}$ Prozent, so daß der Verlust der Arbeiter im Jahre an die 10 000 Taler betrug! Das Schlimmste war aber wohl dies: die Lohnauszahlung war in der Hand der sogenannten „Faktoren“, von Vertretern also der Fabrikanten, die die Arbeit ausgaben und die Qualität der gelieferten Ware kontrollierten. Diese Leute ließen sich wöchentlich eine Provision von rund 100 Talern (!) dafür auszahlen, daß sie den Arbeitern den Lohn in gangbarer Münze bezahlten! Bei solchen Zuständen mußte sich die Verelendung unter der Arbeiterschaft unaufhaltsam ausbreiten. Wenn die Leute im Erzgebirge einen ganzen Winter nur von Kartoffeln lebten, so herrschte eben dort die Kartoffelkrankheit. Der preußische Gesandte berichtet es, ohne irgendwelche Verwunderung zu zeigen¹⁸³). Man fand es traurig, aber natürlich. Der Landtag von 1847 beschloß die Anlegung von Mehlmagazinen, die Einführung von Enqueten, die Beförderung von Sparkassen auf dem Lande. Weitgehende Anträge auf Reform des Innungswesens, Errichtung von Unterstützungskassen, Errichtung von Bezirksarmenhäusern wurden abgelehnt. Die Worte des Dresdner Rechtsanwalts, Abgeordneten Wilhelm Michael Schaffrath bei dieser Beratung hatten schon ganz sozialistischen Klang: er sprach von den „Autokraten des Goldes und der Spekulation“, von der „Achtung vor dem toten Gelde“, der Mißachtung des Arbeiters: er habe keine politischen Rechte, mag er noch so intelligent, noch so moralisch sein — der Kapitalist aber hat sie: „Jene politische Not der Arbeit und der Arbeiter steht in genauem Zusammenhang mit der materiellen Not der Arbeiter. Also Ausgleichung jedes Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, Aufhebung der Ernährungskraft des bloßen Geldes ohne Arbeit . . .¹⁸⁴)“. Die Regierung rächte sich an Schaffrath für solche Worte, indem sie seine Wahl zum Vorsteher der Stadtverordneten in Dresden nicht bestätigte: dasselbe geschah Robert Blum, der, zum Stadtverordneten gewählt, als Stadtrat von der Regierung abgelehnt wurde. Wenn Sachsen ein aufblühendes und kapitalkräftiges Land schon damals war, so ist dieser Zustand mit Arbeiterjammer und Arbeiterelend erkaufte worden. Für den Bau der sächsisch-bayrischen Bahn etwa wurde ohne Hilfe der Bankiers und des Auslandes eine Anleihe von fünf Millionen Gulden glatt aufgebracht; Private in Dresden und Leipzig überzeichneten diese Anleihe — Rothschilds Anerbieten war höflichst abgelehnt worden¹⁸⁵). Auch die Eisenbahn wurde letzten Endes nur vermöge der Arbeiterausbeutung gebaut!

Gegen die modern bewegten und zerrissenen Zustände der Industriegegenden Sachsens stachen die Verhältnisse der überwiegend agrarisch gebliebenen Landesteile, also des Nordens und Ostens, wunderbar ab. Die revolutionäre Bewegung von 1830 hatte eine Reihe von Gesetzen zustande gebracht, durch die Fronen, Abgaben und Gesindezwang auf dem Lande abgeschafft wurden. Auch die in der Lausitz noch bestehende Erbuntertänigkeit wurde aufgehoben, eine freiheitliche Landgemeindeordnung überall eingeführt. Leider stand aber diese „Bauernbefreiung“ hauptsächlich auf dem Papier. Sie wurde nur zum kleinen Teil wirklich

durchgeführt. Die Ablösung zog sich sehr in die Länge. Die Rittergüter behielten die Patrimonialjurisdiktion, die Jagd auf der Gemeindeflur, das Patronatsrecht über Kirche und Schule, endlich die Steuerfreiheit. Tatsächlich blieb auch das Lehnswesen bestehen. Ein rechtsgültiges Eigentum an Grundstücken konnte nach wie vor nur durch eine gerichtliche Belehnung erworben werden, und das geschah in der Regel nur unter der Bedingung, daß der vorige Eigentümer die Lehn an dem Gute aufgelassen hatte. Das Eigentum an liegenden Gütern war in das „natürliche“ und das „bürgerliche“ Eigentum eingeteilt. Im Gegensatz zu dem Rittergutsbesitzer blieb der Bauer ein ungerecht, nämlich doppelt belasteter, sowohl dem Staat wie dem ritterlichen Lehnsherrn gegenüber verpflichteter Grundbesitzer. Längst veraltete, oft angegriffene und als unerträglich bezeichnete Lasten wurden ruhig weiter erhoben, wie etwa das Sterbelehngeld, nach dem Generale von 1751; die zweite Kammer verwendete sich 1846 für die Aufhebung dieses Generale, aber ganz ohne Erfolg¹⁸⁶). Das Dorf Kreudnitz etwa mußte bis 1848 noch folgende Lasten leisten: bei jeder Besitzveränderung durch Sterben, Erbe, Kauf, Wiederkauf, Tausch, Schenkung — von 30 Gulden einen Gulden; beim Absterben eines Bauern und Pferdners das erste Pferd, beim Absterben eines Hintersässers die beste Kuh, auch wenn der betreffende Besitzer noch bei Lebzeiten das Gut den Kindern übergeben hat! — Als der Advokat Richter in Chemnitz 1833 Vorlesungen in verschiedenen Dörfern über die sächsische Verfassungs-urkunde hielt und eine Petition über die entschädigungslose Aufhebung des Lehnswesens im Namen von vielen Dorfgemeinden an die Landstände übergab, wurde er in Untersuchung genommen und zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Er zog vor, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Erst am 6. Mai 1848 ist die Untersuchung gegen ihn niedergeschlagen, ist die Strafe erlassen und sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte wiedererteilt worden¹⁸⁷).

*

Die beiden Mecklenburg, die ostdeutsche Gruppe der Kleinstaaterie, führten nicht nur geographisch ein Sonderdasein. Sie waren wohl das einzige Land in Kultureuropa, das seine altlandständische Verfassung noch rein bewahrt hatte. In unmittelbarer Nachbarschaft aufgeklärter Bürgerlichkeit gab es hier den Patrimonialstaat in immer noch klassischer Form, eine Kuriosität, bei der sich freilich viele wohl befanden, besonders die beiden seit langem mit den Hohenzollern versippten Fürstenhäuser. Kurioser noch als dies war die Tatsache, daß die Landstände bei den Großherzogtümern gemeinsam waren, daß auch die Gesetzgebung demgemäß, zum großen Teil wenigstens, für beide gleichmäßig galt, daß aber die Verwaltung nicht ohne Eifersüchtelei streng getrennt blieb. Der Adel war hier noch der rechtlich privilegierte, erste, alles andere maßgebend beherrschende Stand — nicht bloß die gesellschaftlich und politisch führende Klasse wie sonst in Deutschland; und diese leibhafte Feudalität wirkte als ein Ideal besonders auf Preußen. Der Adel genoß den ausschließlichen Besitz der

Landesklöster, die besonders zur Versorgung unverheirateter Töchter dienten; den Grund und Boden band er, immer fortschreitend, fideikommissarisch und sicherte sich so die Basis seiner Herrschaft. Auch neuere adlige Familien, die eine angemessene Zeit im Besitz von Rittergütern waren, wurden durch Rezeption in den Kreis der altadligen Geschlechter aufgenommen; dadurch bekam die Kaste soviel Verstärkung, als ihr zum Kampf gegen die andern Stände erwünscht war. Der eingeborene und rezipierte Adel hatte nämlich keine leichte Stellung gegenüber den sogenannten „bürgerlichen Rittern“, den bürgerlichen Besitzern von Rittergütern; nicht als ob diese Bürgerlichen in der Mehrzahl liberale Gedanken verfochten hätten: im Gegenteil — viel mehr Ritter als bürgerlich, erstrebten die meisten in allem die gleichen Standes- und Wirtschaftsprivilegien wie der Adel; das städtische Bürgertum konnte gegenüber einer solchen Vormacht kaum aufkommen. Unvertreten in den Landständen war bis 1848 das vormals schwedische Wismar, eines der verhältnismäßig lebendigsten Gemeinwesen Mecklenburgs, das aber als eine Art Eroberung betrachtet wurde und immer noch Schweden tributär war — ebenso mehrere Stiftsstädte; das Fürstentum Ratzeburg, zu Mecklenburg-Strelitz gehörend, hatte eigene Verwaltung und Gesetzgebung — es galt aber lediglich als großherzogliche Domäne und durfte überhaupt nicht mitreden.

Selbstverständlich herrschte in den Städten strenges Privilegien- und Zunftwesen. Stadt und Land standen sich wie feindliche Parteien gegenüber und kämpften sich erbittert durch Zölle auf die wechselseitige Produktion, so daß das Gegenteil von wirtschaftlicher Freiheit bestand. Die Leibeigenschaft der Landbewohner war erst 1820 aufgehoben worden. Aber Kleinbauern und ländliche Arbeiter befanden sich darum nicht besser — eher schlechter. Druck und Abhängigkeit, Dienstbarkeit und Rechtlosigkeit bestanden nach wie vor. Hatte vorher der Adel für seine leibeigenen Untertanen noch einigermaßen gesorgt, so vergrößerte er jetzt vor allem den eigenen Besitz durch Legung der kleinen Stellen und machte aus demütigen, gebundenen, aber doch gesicherten Hinterlassen armselige Tagelöhner.

Die Domonialverwaltung war hier viel einsichtiger und bemühte sich, eine gesunde Landbevölkerung zu erhalten. Überhaupt tat die Regierung als solche viel Vernünftiges für das Land — sie befestigte den Kredit durch ihre vorzügliche Hypothekenordnung, sie pflegte die Verkehrsstraßen und die Schifffahrt. Die maßgebenden Posten in der Bürokratie hatte aber nun auch wieder der Adel inne, und so war von dieser Seite her aus der Erstarrung nicht herauszukommen, in der hier Schicht neben Schicht, Kaste über Kaste verharnte. Schließlich sahen einige bürgerliche Ritter ein, daß nur durch entschlossenen Angriff auf die landständische Verfassung ein Fortschritt zu erzwingen war. Auf dem Landtag von 1847 trat der Gutsbesitzer Pogge auf Roggow mit dem Antrag auf Abänderung der Vertretung und Durchführung einer konstitutionellen Repräsentation hervor. Als dieser Antrag durch ein formalistisches Taschenspielerkunststück beseitigt wurde,

entstand in dem schwerfälligen Lande eine Erhitzung, die zu denken gab. Der mecklenburgische Ochsenkopf konnte auch brüllen: aus allen Städten kamen Petitionen, die Residenz Schwerin stand dabei an der Spitze. Pogge wurde durch Adressen gefeiert. Die bürgerlichen Ritter hatten klugerweise in der Klosterfrage ihre Standesinteressen zugunsten des allgemeinen Landesinteresses zurückgestellt — und so wurde ihre Opposition nun vom Volke als Sache der Gesamtheit gestützt und getragen¹⁸⁸).

*

Der echte alte deutsche Adel saß damals noch, an Einfluß, Vermögen und Ansehen zumeist unerschüttert, auf seinen Schlössern und Burgen. Die Burg des Bürgers war die Stadt. An Fürstenresidenzen, an Adelssitzen konnte mit Deutschland allein Italien wetteifern. Am Reichtum städtischer Entwicklungsformen haben wir wohl selbst Italien übertroffen. Nun waren von den vielen städtischen Republiken des alten Reiches nur noch vier übrig geblieben, die beiden kleineren, die alte Herrin der Ostsee, Lübeck, und Bremen, die Mitherrscherin in der Nordsee, und die beiden großen: Hamburg, das erste Gebilde auf deutschem Boden von wahrhaft großstädtischem Geiste, und endlich Deutschlands vornehmste Stadt, das kaiser- und Goethe-stolze Frankfurt, jetzt Residenz und Hauptstadt des Deutschen Bundes.

Einstmals hatte fern und beinahe göttlich der römische Kaiser noch über den deutschen Stadtrepubliken gewaltet. Nun war auch diese scheinbare, oberste Obrigkeit hinweggenommen. Die letzten vier standen als Republiken mit staatlicher Ebenbürtigkeit neben den Fürstenstaaten. Aber republikanischer Geist war nicht nur in diesen frei gebliebenen vier Städten lebendig. Überall haben die alten Reichsstädte ihre bürgerliche Sonderart gegenüber den Fürstenresidenzen zu behaupten versucht.

Überhaupt lassen sich wohl drei Gruppen von deutschen Städten unterscheiden, in denen zuerst eine Opposition gegen das Fürstenregiment, gegen alle Überbleibsel von Absolutismus und Feudalität lebendig wurde. Die erste Gruppe ist die der vormals geistlichen Residenzen, die zum kleinen Teil Sitze von Bischöfen und Erzbischöfen geblieben waren. Die neurömische Bewegung, die den Katholizismus auch in Deutschland erfüllte, hatte stark demokratische Züge. Trotz vieler handgreiflicher Gegensätze stimmte das im Entscheidenden nicht schlecht zu dem Geiste, der in dem mittleren und kleineren Bürgertum überhaupt aufwachte. Köln und Mainz, Trier und Hildesheim, Paderborn und Münster, Erfurt und Quedlinburg, Eichstädt und Osnabrück, Speyer und Würzburg, Bamberg und Regensburg — sie haben alle, sehr verschieden unter sich, aus älterer und neuerer geistlicher Zugehörigkeit heraus, diese Richtung ausgebildet, bei der das Entscheidende die stillere oder lautere Opposition zur jeweiligen Landesregierung und zum weltlichen Fürstenhause war. In allen diesen Städten steckte etwas Radikales, in manchen geradezu etwas Republikanisches.

Die zweite Gruppe wird gebildet von den kleineren Universitätsstädten. Die alten Universitätsverfassungen waren denen der aristokratischen Stadtrepubliken des europäischen Mittelalters entsprossen; die Universitäten hatten sich fast alle zu Trägern des Unabhängigkeitsgeistes gegenüber den Regierungen gemacht, zu Trägern der großen philosophischen und literarischen Bildung der deutschen Erweckungszeit, zu Trägern demgemäß auch des Kampfes um angemessene staatsbürgerliche Freiheit. Graz und Innsbruck, Tübingen und Heidelberg, Freiburg und Bonn, Jena und Kiel, Göttingen und Gießen, Marburg und Halle — jede hat von ihnen ihre Märtyrer, unter den Professoren und noch mehr unter den Studenten; sie waren alle viel mehr deutsch als österreichisch, hannöverisch, württembergisch, badisch, hessisch, thüringisch oder preußisch; sie wirkten auch maßgebend auf den Geist der Städte ein, in denen sie residierten — sie machten auch diese Städte zu Inseln der Bildung, des Geistes, der freiheitlichen Gesinnung; und da, wo es ein lebendiges produktives Bürgertum schon gab, wie in Breslau und Leipzig, traten die Universitäten mit ihm in ein für beide Teile fruchtbares Verhältnis ebenbürtiger Anregung. Wenn in den vormals geistlichen Städten das Publikum für eine katholische Volkspartei entstand, so bildete sich in den Universitätsstädten Führerschaft und Gefolgschaft für eine deutsch-vaterländische Fortschrittspartei.

Die ehemaligen Reichsstädte und die noch übrig gebliebenen Freien Städte bilden die dritte Gruppe. Augsburg und Nürnberg kämpften gegen die Residenz München — gerade diese beiden besonders würdigen Reichsstädte hatten sogar noch den Reichsdeputationshauptschluß überlebt, waren aber dann doch dem neubayrischen Staate zum Opfer gefallen. Aber auch in Kempten, Memmingen, Lindau und Kaufbeuren, in Nördlingen und Dinkelsbühl, in Rothenburg und Schweinfurt war ein Sondergeist, ein Bewußtsein von Eigenwert und persönlicher Überlieferung, ein Widerwillen gegen das Regiertwerden, da man sich doch so lange selbst regiert hatte. Ebenso empfanden gegenüber dem Fürstentum in Stuttgart die ehemaligen Reichsstädte Ulm und Ravensburg, Reutlingen und Eßlingen, Rottweil und Aalen, Schwäbisch Gmünd, Biberach und besonders Heilbronn. Nicht umsonst wurde das badisch gewordene Offenburg der Schauplatz so machtvoller liberaler Kundgebungen — auch hier war altreichsstädtischer Geist. Wie grollte das alte stolze Wimpfen, nunmehr hessen-darmstädtische Enklave, gegen die Darmstädter Regierungsweisheit — und ähnlich ging es der preußischen Enklave Wetzlar, die nun an der Lahn, mitten im Nassauischen, von der Reichskammergerichtsherrlichkeit träumte. Gelnhausen war jetzt kurhessisch, Friedberg großherzoglich hessisch geworden; Preußen hatte außer Wetzlar nur verhältnismäßig wenige alte Reichsstädte übernommen — Dortmund, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen: auch sie aber waren günstige Herde bürgerlichen Oppositionsgeistes. Gewiß waren diese Reichsstädte keine demokratischen Republiken gewesen; aber sie waren doch erfüllt vom Geiste bürgerlicher Arbeit, vom Geiste des Hochkommens und Abstieges nach Leistung

und Bemühen, vom Geiste genossenschaftlichen Lebens und Wirkens; vieles war in schlechten Zeiten verhockt und verstockt, die gewählten Obrigkeiten waren im Schnörkelkram der Tradition erstarrt: aber der Bürger war doch sich selbst genug, er mißtraute den Fürsten, dem Militärwesen und den Bürokraten. Die neuen Fürstenstaaten erwiderten dieses Mißtrauen und hielten die alten Stadtrepubliken mit Absicht kurz — um nur die Residenzen recht hoch zu bringen. Auf längere Sicht hatten freilich diese Gemeinwesen doch allerlei Vorteil von der Zugehörigkeit zu einem größeren staatlichen Körper, manche blühten wieder neu, andere freilich versteinerten und mußten sich in viel späterer neuromantisch gestimmter Zeit als Sehenswürdigkeit entdecken lassen.

Von den vier noch übrigen Stadtrepubliken war nun Lübeck die kleinste. Längst ehe die Geschichte der Buddenbrooks von einem großen Sohne dieser Stadt geschrieben worden ist, hat Lübeck selbst das Buddenbrookscksal erlitten. Einstmals hatte es als Hauptort der Hansa Krieg gegen Dänemark geführt, auf Bornholm geherrscht und in London, Bergen, Wisby und Novgorod seine Kontore arbeiten lassen. Diese alte lübische Herrlichkeit war nun längst dahin; aber der lübische Schild wurde trotz allem mit republikanischem Stolz hochgehalten. Denn unvergleichlich war ja diese Lage am „Lübischen Fahrwasser“ — die vielgewundene Trave bot durch ihre Mündung in die tief eingeschnittene Bucht den besten Ostseehafen nach wie vor, vergleichbar nur der bevorzugten Hafenlage englischer Seestädte. Auch zur Regulierung der Trave entschloß man sich, als Kiel durch seine Bahn nach Altona die Schiffe abzulenken drohte. Unabhängig und selbstsicher trieben die Lübecker Kaufleute ihren Holz-, Teer-, Hanf- und Weinhandel; bequem und erträglich war die großartig ausgebaute Spedition und Kommission. Für südliche Früchte und Weine, für westliche Manufakturen war Lübeck lange der erste Umschlagsplatz nach Skandinavien und Rußland. Die Dampfschiffahrt nach Petersburg blieb, bis 1846 vom russischen Kaiser privilegiert, als beste Reiseverbindung ein großes lübeckisches Geschäft, bis Preußen sein Stettin als gefährliche Konkurrenz hochbrachte. Vom neueren deutschen Leben lag freilich die alte Stadt fernab; kein großer Strom verband sie mit dem Herzen des Vaterlandes, wie es die Elbe mit Hamburg, die Weser doch auch mit Bremen tat. Lübeck behauptete sich mit Würde und Behagen in seinem ostdeutschen Winkel, groß gegenüber der mecklenburgischen und holsteinischen Nachbarschaft, klein gegenüber Hamburg oder Preußen. Und auch von Holstein her rührte sich das ehrgeizige Kiel, getragen von der starken dänischen Seemachtstellung. Lübecks Lebensfrage war, die Verbindung nach dem „Reich“, die alte Straße der Nordgänger über Mölln aufrechtzuerhalten. Da ging es nach Hamburg, da ging es auch südwärts nach Magdeburg. Um Dänemark zur Herstellung dieser Straße zu bewegen, bedurfte es internationalen Druckes. Es war ein schwerer Schlag für Lübeck, daß Dänemark auf den durch Lauenburg gehenden Hamburg-Lübecker Verkehr 1838 einen hohen Transitzoll legte. Und jahrelang dauerten die Verhandlungen, bis sich Lübeck 1847 durch

Staatsvertrag mit Dänemark die Bahn nach dem lauenburgischen Büchen und damit den Anschluß an die große Welt sicherte¹⁸⁹). Erst nach der Revolution ist der Bau begonnen worden. Lübecks Verfassung, 1813 erneuert auf Grund des Bürgerrezesses von 1669, war gewiß überaltert: dem sechzehnköpfigen Senate stand die in zwölf Kollegien zerfallende Bürgerschaft gegenüber — es herrschte aber eine bürgerlich-kluge Verträglichkeit; die Reichen, die Wohlhabenden, die Gelehrten, die Krämer und Landleute lebten nach altem Brauche in ihrer Schicht, in ererbter Sonderbarkeit, aber Nahrung und gediegenes Leben hatte doch fast jeder. Ein Kreis junger, aufstrebender Männer, „Jung-Lübeck“ genannt, verfocht die Verfassungsreform, schon 1842 wurde eine Kommission dafür eingesetzt. Die „Neuen Lübeckischen Blätter“ übten großen Einfluß aus, im Sinne des Neuen.

Gespannter waren die Verhältnisse in Bremen. Hier war die bürgerliche Freiheit verhältnismäßig jung; der Schlüssel im Bremer Wappen bezeugt es, daß die Stadt bedeutend war zuerst als Kirchenzentrum und Sitz erzbischöflicher Gewalt. Gegen das Erzstift mußten die Geschlechter um die Selbstbestimmung kämpfen. Den hölzernen Roland, das Wahrzeichen der Selbständigkeit, brannte noch der kriegerische Erzbischof Albert II. nieder — erst dann wurde er in Stein auf die Dauer neu errichtet. Die Verfassung stammte aus dem 15. Jahrhundert und wurde 1813 nur unwesentlich verändert. Bis zum Jahre 1848 beschwor der Bremer Bürger die „Eintracht“, die „Neue Eintracht“ und das Bürgerbuch, — Grundsätze, Herkommen, Gesetze und Urteile, Aufgeschriebenes und Gewohnheitsrechtliches, ein buntes Sammelsurium, alles zusammen eine Art Fundamentalgesetz — und dieser Eid wurde bis zum Anfang des Jahrhunderts im niedersächsischen Platt geleistet. Erst 1648 ist Bremens Reichsunmittelbarkeit vom Kaiser anerkannt worden, und die eifersüchtige Nachbarschaft Hannovers verstand sich erst 1741 dazu, sich damit abzufinden. Mächtig waltete der Rat über der Stadt: lebenslänglich wie er stand daneben die Bürgerschaftsversammlung, ein vom Rat geladener, nicht gewählter Notablenkonvent, der nach Kirchspielen abstimmte und familienweise, auf Grund der Eingessessenheit, durch Vertrauensmänner alles Geschäftliche möglichst geräuschlos erledigte. Nur die Bürger der Altstadt saßen in diesem Konvent; die Neustadt und die Vorstädte waren unvertreten, die Bauern wurden von der Stadt absolut beherrscht, sie waren im gutherrlichen Verband und besaßen keinerlei politisches Recht. Der Handelsgeist, der die Stadt lebendig und reich machte, ließ bei aller Selbstherrlichkeit doch kein Standesprivileg, kein unübersteigliches Kastenwesen aufkommen. Agrarische Aristokratie kann sich durch Jahrhunderte halten; im bremischen Handelspatriziat gab es ein verhältnismäßig schnelles Auf und Ab. Reichtum, Ansehen, Würde, Einfluß in der Bürgerschaft mußten durch Arbeit und Klugheit erhalten werden. Schnell gingen alte Familien dahin, noch schneller kamen neue hoch.

Abseits von Krieg und Fürstenwesen, in seinem Nordseewinkel näher Ostfriesland und Holland als dem Reiche, lange von Schweden bedroht, so führte Bremen sein rechtschaffen-tüchtiges Bürgerdasein vorsichtig und entschieden

fort, von der strengen Konzentration des kalvinistischen Geistes erfüllt, eine reformierte Stadt, ablehnend gegenüber Lutheranern fast ebenso wie gegenüber Katholiken, ganz frei von Juden. Die Bremer Schiffe kamen von alters nach Spanien und Portugal, nach Bordeaux und Rotterdam, nach London und Riga. Der junge Kaufmann lernte zumeist in England, und Fahrten nach den Vereinigten Staaten, nach Westindien, nach Buenos Aires wurden seit den zwanziger Jahren des Jahrhunderts etwas Alltägliches. So gebunden vieles in der Stadt selbst blieb — die Kaufmannschaft war innerlich angespannt und besaß die Maßstäbe einer größeren Welt, zu der das damalige Deutschland noch nicht gehörte¹⁹⁰).

Nun hatte dies kleine Bremen mit seinem groß und größer werdenden Handel ein seltenes, besonders in der deutschen Kleinstaaterei und nicht nur in dieser seltenes Glück: es besaß einen Staatsmann. Der 1775 geborene Johann Smidt war der Sohn eines reformierten Geistlichen und studierte selbst Theologie; den 27jährigen wählte schon der Senat zum Mitgliede. Bald wurde er Bürgermeister. Ein durchaus geistiger Mensch von bürgerlicher Schlichtheit, hat er doch die Mission des Hanseatentums als eine wirtschaftliche und kulturelle Aufgabe vielleicht als erster mit voller Schärfe erfaßt; als bremischer und deutscher Patriot kämpfte er für dieses Ziel, wenn er nun seiner Vaterstadt möglichst günstige freie Entwicklungsmöglichkeiten verschaffen wollte. Viele Jahre vertrat er Bremen im Frankfurter Bundestage; hier sorgte er etwa dafür, daß der Oldenburger Großherzog nicht mehr durch den Elsflether Zoll den Handel auf der Unterweser belasten konnte. Smidts geschichtliche Tat war aber die Erwerbung eines öden Heidestreifens an der Unterweser von Hannover, beinahe heimlich, zum Ärger vieler kurzzeitig-kritischer Landsleute. Hier entstand Bremerhaven, die Brücke zum Weltverkehr für die tief im Lande, in der Hinterhand gewissermaßen liegende Freie Stadt.

Die nach der Franzosenzeit wiederhergestellte Freiheit Bremens hatte die alten Gerechtsame und Bräuche nur wenig modernisiert wieder aufleben lassen. Es bedeutete nicht viel, wenn der Senat sich nun zum Teil auch aus Wahlen der Bürgerschaft ergänzte. Lutheraner konnten seit 1845 nun gleichfalls Senatoren werden. In der Bürgerschaft hatte sich das Kollegium der Älterleute, der Vertrauensmänner der Kaufmannschaft gegenüber den andern Gruppen zu einem Machtfaktor entwickelt, der nach dem Sitz der Innung „Haus Schütting“ genannt wurde und nun zu einer Art Konkurrenz des Senates anwuchs. Die Eifersucht zwischen diesen beiden Gruppen brachte viele Intellektuelle zu kritischer Opposition. Der Handwerkerstand fühlte sich von jeher durch die Kaufmannschaft gedrückt und ausgenutzt. Das Finanzwesen, hauptsächlich auf dem freiwilligen „Vermögensschoß“ aufgebaut, blieb mit Absicht von den Hochmögenden in völliges Dunkel gehüllt; das Schulwesen der ärmeren Bevölkerungsschichten war recht verwahrlost. In dem 1847 gegründeten, anfangs ganz unpolitischen „Bürgerverein“ gewannen alle die proportional zahlreichen Minderberechtigten ein Organ. War doch der freiwillig gebildete Verein die neue, notwendige demo-

kratische Form, einen Willen gegenüber allem im Herkommen befestigten und beruhigten Körperschaftswesen auszudrücken.

London ist Weltstadt, weil es auch Seestadt ist; Paris hat von jeher sein „Le Havre“, seinen See- und Welthafen, der es, nachbarschaftlich nahe, aus kontinentaler Enge löste. Es gehört zum deutschen Schicksal, daß wir vom Meere zu sehr verlassen sind. Die Ostsee, einst der Schauplatz großen geschichtlichen Geschehens, sank infolge der Entwicklung eines wahrhaft überseeischen Verkehrs zu einer Art Binnengewässer herab; und die deutsche Nordseeküste hat mit ihrer Versandungstendenz, mit ihrem vorgelagerten Inselwall die ungünstigste Gestaltung, die möglich ist. Nirgends gab es da einen großen natürlichen Hafen, der einer mächtigen Stadt Dasein und Wachstum ermöglicht hätte. Bremen und auch Hamburg staken tief im Binnenlande drin; sie mußten beide dem Meer gewissermaßen nachlaufen.

Alle deutschen Hauptstädte haben einen ausgesprochen kontinentalen Charakter. Wien ist eine Alpenvorstadt — um zum Meer zu gelangen, muß es Gebirge und viel fremdes Volkstum durchdringen. Keine deutsche Stadt ist meer- und weltferner als München. Frankfurt und Köln sind wenigstens wie Wien stromverbunden mit dem Meer, aber auch ihre nächste Küste zeigt die fremde Flagge. Berlins Lage ist ausgesprochen nebenflüssig, und seine Seevorstadt Stettin liegt leider auch nur an der Ostseesackgasse. So begreift es sich, warum Hamburg die erste deutsche Weltstadt wurde — Weltstadtgebilde dem Geiste und der Potenz nach, wenn es auch an Menschenzahl und Umfang von Städten überflügelt wurde, die viel länger mittelstädtischen Charakter trugen.

Hamburgs Handel, durch zahlreiche Handelsverträge mit allen großen auswärtigen Mächten gesichert, nahm in den zwanziger und dreißiger Jahren einen immer stolzeren Aufschwung. Schon damals war, kann man sagen, der europäische Kontinent Hamburgs Kunde, und die angelsächsische und spanische Überseewelt Hamburgs Geschäftsfreund. In diesen friedlichen Zeitläuften verdiente sich das Geld viel behender als ein Menschenalter später. Wenn Lübeck winkelig-beschränkt, Bremen immer sachlich-korrekt blieb, entwickelte sich in Hamburg ein behagliches Überlegenheitsgefühl, ein Geschmack für besondere Qualität, eine solide, ja beinahe temperamentvolle Genußfreude, ein unbekümmerter, nie verlegener Sinn für starke Unternehmung, — was alles im damaligen Deutschland einzig war. Nur in einem Lande wie Deutschland, wo sich Generationen fürstlicher Untertanen nicht haben richtig satt essen können, war es möglich, daß der Hamburger Bürger in den Ruf der Überschätzung der Tafelfreuden kam: ihm war als einem gediegenen Republikaner gutes Essen genau so selbstverständlich wie gutes Geschäft oder gutes Theater. Der Hamburger Bürger war kein Duckmäuser; er wußte genug von Welt und Menschen, um sich darüber lustig zu machen, pflegte aber diese Lebensklugheit gleichzeitig durch einen günstigen Saldo der Jahresbilanz zu betätigen. Er hatte ebensoviel Sinn für einen behaglichen Stuhl wie für ein solides Schiff; unsympathisch war ihm, bei allem gelegent-

lichen Verständnis auch für das leichtere Vergnügen, jede Art von fahriger Lebensführung; daß ein anständiger Mensch sein eigenes Haus bewohne, schien ihm natürlich, ja beinahe sittliches Erfordernis. Er begriff das meiste in der Welt, am wenigsten aber, daß jemand das Geld verachten könne.

Solcher weltweisen Reife bürgerlichen Unternehmungsgeistes entsprach nun die Staatsverfassung kaum. Der Senat hielt nach der Befreiung 1819 an der Selbstergänzung fest, wie sie durch die Reformen von 1710 und 1712 festgelegt war. Ein bescheidener Fortschritt war die Zulassung auch von Reformierten und Katholiken zur Ratswürde, die bis dahin den Lutheranern vorbehalten war. Dagegen gab es keine Erweiterung der Rechte der Juden. Erst seit 1833 wurden die Bürger der Vorstädte zum Bürgerkonvente zugelassen. Das Landgebiet blieb politisch rechtlos. Die Grundlage der Bürgerschaftsbefugnis war und blieb die Erbgesessenheit. Erbgesessen war jeder männliche Eigentümer eines Grundstückes, wenn er davon einen Anteil von mindestens 3000 Mark besaß. Die Zahl der Erben wird in den vierziger Jahren auf knapp 7000 geschätzt¹⁹¹). Nun machten nur immer verhältnismäßig wenige „Erben“ von ihrem Rechte, am Konvent teilzunehmen, Gebrauch. Übertragbar war das Recht nicht — es handelte sich also um die echte republikanische Urgemeinde, die als Mitträger der Staatsgewalt funktionieren sollte. Wenn der Senat seine Anträge vorgelesen hatte, trennte sich dieser Konvent in die fünf Kirchspiele und stimmte hier ohne jede Diskussion mit Ja oder Nein ab. Alle diese Vorgänge wurden als Staatsgeheimnis behandelt. Zum Konvent gehörten außer den „Erben“ noch die „Personalisten“, Bürger, die kraft ihres Amtes dazu berufen waren, also die Offiziere des Bürgermilitärs vom Kapitän aufwärts, die Älterleute der Zünfte, die Richter usw., und die Mitglieder der drei „Kollegien“, der Ausschüsse der Kirchspiele, der „Oberalten“, der Sechziger und Hundertachtziger. Die Zahl der Bürger war wesentlich größer natürlich als die der Erbgesessenen. Das Bürgerrecht, in Groß- und Kleinbürgerrecht geteilt, konnte nur durch Zahlung einer nicht unerheblichen Summe erworben werden. Ladendiener, Gesellen, Fabrikarbeiter, Dienstboten waren „Schutzverwandte“; zu den „Fremden“, also den nur vorübergehend sich Aufhaltenden, wurden auch die Juden gerechnet.

Diese Republik war also ständisch-aristokratisch, sie lebte in gravitatischer Verschnörkelung daher; Rechts-, Schul- und Polizeiwesen einer so großen aufblühenden Stadt wurden durch diesen umständlichen und unübersichtlichen, vom Herkommen überbelasteten Apparat nicht so verwaltet, wie es den tatsächlichen Erfordernissen entsprach. Bei Bremen, noch mehr bei Lübeck herrschte viel länger eine Harmonie zwischen Staatsform und dem Inhalt des wirklichen Lebens; zu Hamburg war alles ernster und schwerer. Das Gassengewinkel der Altstadt, die jammervollen Armuts- und Elendsquartiere an stagnierenden Kanälen standen in erschreckendem Gegensatz zu dem steigenden Wohlleben der Kaufmannschaft, und die traditionelle Fürsorglichkeit konnte hier nur verhältnismäßig wenig ausgleichen. Selbst für das Lebelement Hamburgs, den Handel,

vermochten die Staatsväter nicht immer das Notwendige zu tun. Wie lästig war der Stader Zoll, den damals noch hannöversche Beamte im Hafen erheben durften, und die Elbrinne verfiel, zur Freude der kleinen unterelbischen Rivalen Hamburgs.

Aus einem furchtbaren Unglück, dem großen Brande von 1842, ist für Hamburg schließlich auch großer Segen erwachsen. Das vaterländische Mitgefühl, das damals den Hamburgern half — die Schwesterstadt Frankfurt stand an der Spitze — verband Hamburg, das lange näher an England und Übersee als an Deutschland gelebt hatte, auf neue Art mit der Volksgenossenschaft. Und das Beste im hamburgischen Geiste besann sich auf sich selbst; beim Neubau der Stadt, von deren Bestand ein Fünftel zerstört war, faßten viele den Mut, auch den Staat neu zu bauen. Publizisten machten ihre Vorschläge, die patriotische Gesellschaft regte sich. In den Kirchspielen zeigte sich eine lebhafte Bewegung, und der Senat entschloß sich sogar, Einsicht in das Budget zu gewähren. Hamburgs Anschluß an den preußischen Zollverein wurde zum Unbehagen der Reichen lebhaft diskutiert. Die Kaufmannschaft blieb in den maßgebenden Schichten freihändlerisch und feierte Richard Cobden 1847 bei seiner Durchreise mit demonstrativem Eifer. Sogar das Unerhörte geschah: über die Verhandlungen im Konvente erschienen jetzt Berichte in den Zeitungen! Der Senat sah sich genötigt, ob solcher Verfassungsverletzung polizeilich einzuschreiten. Um Reformen der Polizeiverfassung und des Schulwesens bemühte sich der Senat sogar aus eigener Initiative; seine Anträge wurden aber 1847 von der Bürgerschaft abgelehnt, weil ihr der Einfluß der Geistlichkeit dabei zu mächtig erschien.

Beim Neubau der zerstörten Viertel war eine Anzahl Mißstände zutage getreten, die den Oppositionsgeist nur kräftigen konnten. Mit Recht beschwerte sich eine dem Senate eingereichte Denkschrift von Technikern, daß man vom Ingenieur bis zum Erdarbeiter nur Engländer verwandt habe; daß man aus England Maschinen und Waren bezogen habe, die man in Deutschland billiger hätte haben können. Ja sogar die Kostenanschläge waren in englischem Maße und Preise gemacht, die Bedingungen hatten im Rathause in englischer Sprache ohne Übersetzung ausgehangen!

Die Englandsucht war ja nun eine Schwäche, die den Hamburgern noch lange anhaften sollte; es sah wirklich manchmal so aus, als sei diese deutsche Stadt ein angelsächsischer Hafen und Stapelplatz auf dem Kontinent, eine Art europäisches Hongkong. Die Hälfte aller in Hamburg einlaufenden Schiffe trug ja die englische Flagge. Der eigentliche Träger eines modernen deutschen Geistes wurde nun in diesen Jahren vor der Revolution der „Verein der hamburgischen Juristen“, 1846 gegründet. In öffentlichen Sitzungen diskutierte er über die schwierigen Fragen des hamburgischen Rechts; es wurden dabei allerhand interessante Entdeckungen gemacht, die dem ruheliebenden Senate nicht angenehm waren. Aus den Rechtserörterungen erwuchsen politische Postulate. Die schärfsten, ja heftigsten Worte pflegte

hier der Advokat Dr. Heckscher zu sprechen, — Worte vor allem gegen den Geist der Heimlichkeit, der Rückständigkeit. Während der Grundeigentümerversammlung wesentlich wirtschaftliche und egoistische Zwecke mit seinen Petitionen an den Senat verfolgte und alle Regierungsreformen preisgegeben hätte, wenn nur der Zinsfuß der Hypotheken herabgesetzt worden wäre, hat der Juristenverein, besonders in den „Neuen hamburgischen Blättern“ einen tapferen Kampf für die Allgemeinheit im geistigen Zusammenhang mit dem ringenden Deutschtum der Zeit durchgefochten. In dem Juristenverein gab es eine entschiedene Gruppe, die die Bürgerschaft auf eine ganz neue Grundlage dadurch stellen wollte, daß auch die Nichterbgewesenen vertreten werden sollten. Ende 1847 war die Forderung einer Repräsentativverfassung die herrschende Parole aller Vorwärtsdrängenden in Hamburg geworden.

Hamburgs Reichsfreiheit war wohl 1510 vom Kaiser anerkannt worden — aber die Stadt mußte noch lange darum kämpfen und erhielt erst 1618 die Bestätigung. Die Reichsfreiheit der Kaiserkrönungsstadt Frankfurt war eine der ältesten Deutschlands. Sie stammte von 1372.

Lübeck, Bremen und Hamburg lagen immer etwas abseits von Deutschland, ihr Sonderleben war kaum noch abhängig vom Reich, und das Reich konnte wohl auch ohne sie sein. Frankfurts Schicksal war mit dem Schicksal des Reichs von jeher geschichtlich tief verbunden. Nun lag die Freie Stadt als Republik mitten zwischen Fürstentümern eingeklemmt. Für die drei Hansestädte war das Meer das beste Stück ihres Herrschaftsgebietes und somit die Garantie ihrer Freiheit. Niemand hatte nach den Freiheitskriegen diese Freiheit antasten wollen. Die Mainstadt Frankfurt war stark begehrt worden. Bayern hätte gern, und vom Standpunkt seiner staatlichen Entwicklung mit Recht, durch den Besitz von Frankfurt die Brücke zum Rhein und zur Pfalz geschlagen¹⁹²). Frankfurt verdankte seine Freiheit der warmen Fürsprache des Freiherrn vom Stein. Metternich war offenbar durch ein ansehnliches Geldgeschenk dafür gewonnen worden. Es ist seltsam, wie das Schicksal Frankfurts mit der Eigenart der drei großen deutschen Staatsmänner im neunzehnten Jahrhundert verbunden ist. Der Freiheits- und Rechtssinn Steins und Metternichs Begehrlichkeit haben ihm die republikanische Unabhängigkeit verschafft, der Bismarcks preußische Annexionslust dann ein Ende machen sollte.

Für diejenigen Deutschen, die das Unglück haben, nicht aus Frankfurt zu stammen, ist Maß und Eigenart des frankfurtischen Selbstgefühls schwer faßbar. Frankfurt war nun einmal Hauptstadt und Sitz des Deutschen Bundes, fühlte sich also mit Recht als die vornehmste der deutschen Städte. Wirtschaftlich und geistig beherrschte es zudem einen westdeutsch-südwestdeutschen Bezirk, der etwa durch die Linien Eisenach—Koblenz—Karlsruhe—Würzburg umschrieben wird. Zwischen dem oberrheinischen und dem niederrheinischen Lande hatte sich Frankfurt zum mittelhheinischen Zentrum entwickelt — kraft der seit Jahrhunderten gerühmten und allen Widrigkeiten zum Trotz immer siegreichen Lage

an der denkwürdigen Ecke, wo das Rheinland mit Süddeutschland, wo Süddeutschland mit Mitteldeutschland zusammenstößt. Ein gesünderer, gradlinigerer Verlauf der älteren deutschen Geschichte hätte Frankfurt zu einer Weltstadt machen können, die mit Paris in Wettbewerb getreten wäre. Daneben blieb es nun zurück, behauptete sich aber tapfer als großer Platz am rheinischen Rückgrat Europas, mit Zürich und Mailand, mit Köln, Brüssel und Amsterdam auf einer Linie. Frankfurt war eine Tochter Merkurs, wie ein Lateindichter des 16. Jahrhunderts die Stadt humanistisch preziös genannt hat¹⁹³). Es wurde im Zusammenhang mit den beiden Jahresmessen Umschlagsplatz großen Stils, Sitz und Arbeitsstätte eines Zwischenhändlerturns, das vom Warenhandel zum Speditionshandel und dann weiter zum Geldhandel fortschritt. Dieser Handelsstand wuchs aus grundbesitzenden, industriell interessierten Patriziern, aus auswärtigen Kapitalisten, worunter besonders die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich und die lombardischen Kaufleute Bedeutung gewannen, endlich aus kleineren Kommissionären, Lagerhaltern und Wechslern zusammen. Seine älteren Typen sind dem hanseatischen Kaufmannsstile wohl verwandt — emsiges, sparsames Schaffen, ruhige, sichere Methoden herrschten vor. Seit den Freiheitskriegen entwickelte sich aber neben dem Manufakturen-, Wolle-, Spezerei- und Weinhandel besonders das Geldgeschäft. Für alle geldbedürftigen Potentaten größeren und auch kleineren Kalibers bot sich die Residenz der Bethmann, Passavant und Rothschild dar als der willkommene Markt. In der Republik Frankfurt wurden die bürokratisch-militärischen Staatsverwaltungen des Deutschen Bundes finanziert; hier fand man für staatliches und fürstliches Schuldenwesen immer ein Arrangement, und ein gut Teil der Steuerleistung loyaler Untertanen floß als Zins und Zinseszins in die Taschen der Frankfurter Bankiers. Kapital häufte sich hier zu Kapital, aus Spekulation wuchs neue Spekulation, das Börsenspiel zog viele Kleinere in seinen verführerischen Kreis. Die Freude am vielseitigen Gelegenheitsgeschäft mit großem Risiko und entsprechendem Profit entwickelte sich in Frankfurt. Man nannte das „die Vögel im Fluge schießen“. So kam eine neue Hast, aber auch viel Kühnheit in die Frankfurter Handelswelt. Das paßte zum Temperament der Stadt. Man war hier nicht so leichtlebig und flott in der Rede wie am Rhein, nicht so höflich und geschmeidig wie in Sachsen, nicht so derb wie in Schwaben, nicht plump wie in Bayern; dafür herrschte eine warmherzige gewitzte Grobheit, ein grimmiger Übermut, eine kecke Freude am respektlosen Spott, wobei es dümmlichem Dünkel und feinem Getue ebenso schlecht ergehen konnte wie schwerfälliger Einfalt. Gegenüber Darm-, Kur- und Oberhessen, gegenüber der mainfränkischen Nachbarschaft aufwärts und abwärts fühlte man sich als Großstadt voll skeptischer und behender Vielseitigkeit. Natürlich gab es in Frankfurt auch ein alteingehocktes Reichsspießertum; das Schöne war aber an ihm, daß es sich nicht imponieren ließ oder wenigstens immer so tat, als sei das unmöglich. Auf solchem Boden wuchsen herzhaft Originalen, von deren Schrullen und Streichen gar manche unsterblich geworden sind. Man war in Frankfurt mehr gemütlich als gemütvoll und recht

salopp in der Form, bis in den weltläufigen Reichtum der Oberschicht hinauf; auch hier sprach man, wie einem der Schnabel gewachsen war, und wurde höflich nur in den dringendsten Fällen kühler Ablehnung. Im echten Frankfurter steckte viel ernste Lebensauffassung, als Erbteil eines alten, strengen Protestantismus; Geld und Lebenskraft vergeuden galt als gewöhnlich, ja noch schlimmer — als dumm. Nach außen waren auch die Patrizierhäuser schlicht — desto kostbarer war das angesammelte Kunstgut im Innern, Schätze an Bildern und Bronzen, besonders aus den Niederlanden und aus Frankreich. Protzen in der Öffentlichkeit widersprach gediegener Überlieferung, und es gab kein besseres Ideal, als das zu sein, was auf frankfurtisch „stillreich“ heißt. Manche Norddeutsche, die immer gern „fein“ sein wollten, verstanden diese eigenartige Frankfurter Echtheit nur schwer. Kraft und Schwäche, Weite und Engigkeit, Empfindlichkeit und Gutmütigkeit, Weichheit und Jähzorn lagen hier wunderbar nahe beieinander. Dies zeigte sich auch in der Behandlung der Juden. Sie galten als eine Sonderklasse, die man nicht gerne hochkommen ließ; man spottete auch wohl über sie, aber kaum je mit verletzender Schärfe. Schließlich waren sie eben ein Stück Frankfurt, sie gehörten dazu, sie nahmen lebendig teil am Kulturleben der Vaterstadt, sie verdienten sich Achtung durch Geschmack und Familiensinn, durch die loyale Fähigkeit, sich einzufügen — also Eigenschaften, die in der bürgerlichen Republik Frankfurt an sich hoch in Geltung standen. Humaner Sinn für alles Paritätische ließ rohen Rassenwahn hier nicht aufkommen. Es lag leider in der Frankfurter Natur, immer etwas mehr zu sprechen, als zu verantworten war; dies Kretsch und Schimpfen, Tratschen und „Babbeln“ wollte freilich freundlich verstanden und richtig gedeutet sein. Nichts wurde übler genommen als pedantische Übelnehmerei, höchstens hochtrabendes Besserwissen verletzte noch mehr. Jeder echte Frankfurter hielt von jeher seine Familie und seine Kaste für die beste und recht eigentlich Frankfurtsche; einig war man nur nach außen, gegen die „Hergeloffenen“, eine Menschenklasse, die als geradezu bemitleidenswert galt. So klein die Republik war, so groß blieb der Stolz auf die Unabhängigkeit; hier war man empfindlich und mißtrauisch, wahrhaftig nicht ohne Grund. Die Nachbarschaft der vielen Fürsten, die ehrenvolle leibhafte Gegenwart der hohen Bundesversammlung bedrückte das Frankfurter Selbstbewußtsein, und bei dem vielen Ärger und den oft bösen Launen der Mächtigen konnte den politischen Führern der Freien Stadt oft der Humor vergehen, der sich in den unverantwortlichen Schichten so körnig-unverwüstlich gegen alles, selbst gegen die eigene hohe Obrigkeit erging. In keiner deutschen Stadt kannte man das deutsche Fürstenwesen so gut, und man war deshalb in keiner so republikanisch. Man wußte alle Geheimnisse ihrer Geldnöte, ihrer Amüsierbedürfnisse, ihrer Schiebungen hinter dem Rücken hochgestellter Bürokraten und geduldiger Untertanen. Die Frankfurter Kaufleute machten Geschäft mit den Fürsten, nahmen sie so hoch wie möglich und dachten sich ihr Teil. Gesellschaftlich verkehrten sie als echte deutsche Republikaner natürlich besonders gern mit Fürsten und Aristokraten. — Behender und kultur-

froher als bei den Hanseaten war der Frankfurter Geist von alters. Die heitere Urkraft der Frau Rat, die entzückenden Ungezogenheiten Bettinas, Klingers stürmische Naturalistik, Savignys historische Rechtsvertiefung, Börnes schriftstellerische Finesse, Clemens Brentanos phantastische Sprudelei — in alledem hat sich das Frankfurtsche offenbart, das Wesen also der deutschen Stadt, in der allein Goethe geboren werden konnte, in der allein Schopenhauer zu sterben gewillt war.

Respektvoll macht der altgewordene, viel gekrümmte Main hier noch einmal eine Biegung, damit diese Stadt ihre rötlich schimmernden Türme und den weißen Glanz der neuen Häuser am Kai zu großartiger Schau aufreihen konnte — den gotisch gekuppelten Pfarrturm des Kaiserdomes, wuchtig vor innerer Würde, einen Pfeiler des Reichs, die Paulskirche, auf die nun das historische Schicksal wartete, die feine Spitze der Ratskapelle von St. Nikolaus und dann die andern. Der souveräne Bürger dieser Stadt war ihr ein verliebter Sohn und ein respektvoller Herr zugleich. Er kannte die vorgebeugten, verschrobenen Giebel im Gassengekrümm, die altfränkischen Namen, Schilder und Wahrzeichen, die geheimnisvolle Häuserschlucht an der Schirn, das Plätschern barocker Brunnen auf lustigen Plätzchen, die gewölbte Dunkelheit der Brückenbogen, die baumelnden Kränze über den Sachsenhäuser Kneipen — und natürlich auch die patrizisch-silbrige Eleganz der Villen vor den Toren; er war stolz darauf, daß zwischen den fünf Spitzen des Eschenheimer Turmes und dem stolz getreppten Giebel des Römers sich soviel deutsche Geschichte ereignet hatte, deutsche Geschichte, die nun auch frankfurtsche Geschichte war.

Unter den Verfassungen der vier Freien Städte war die frankfurtsche noch die modernste; auch sie war freilich altväterisch genug. Diese Verfassung von 1716 hieß „Konstitutionsergänzungsakte“, wollte also trotz der etwas koketten Verwendung des modernen Begriffes Konstitution nur die alte Stadtverfassung nach „Erfordernis der gegenwärtigen Verhältnisse“ ändern. Wohl klang der Artikel 5 recht hoffnungsvoll, nach dem „alle Hoheitsrechte und Selbstverwaltung der Stadt auf der Gesamtheit ihrer christlichen Bürgerschaft“ beruhten. Damit waren die Privilegien der patrizischen Ganerbschaften aufgehoben; die früher rechtlosen Reformierten und Katholiken waren wie in Hamburg den Lutheranern gleichgestellt; wie dort waren aber bestimmte Schichten vom politischen Rechte grundsätzlich ausgeschlossen: die sogenannten israelitischen Bürger, die Beisassen und die Permissionisten. Die Juden wurden dann 1824 privatrechtlich den Christen völlig gleichgestellt, wirtschaftlich blieben sie aber gebunden, und es waren ihnen nur fünfzehn Eheschließungen im Jahre gestattet. Fremde, aber auch Handlungsgehilfen und Dienstboten bedurften zum Aufenthalt in Frankfurt eines „Permissionsscheines“; „Beisassen“ waren kleine Leute, denen die Mittel fehlten, das Bürgerrecht zu erwerben, sie trugen die Bürgerlasten ohne die Bürgerrechte. Die Bewohner der zu Frankfurt gehörenden Dörfer waren gleichfalls politisch rechtlos; immerhin wurde 1818 die Leibeigenschaft aufgehoben, und es

folgte dann die Verwandlung der Landabgaben in ziemlich drückende Geldsteuern. Zahlenmäßig war etwas mehr als die Hälfte der Frankfurter Staatsbevölkerung mit dem Bürgerrecht ausgestattet. Unter den Minderberechtigten waren am stärksten die christlichen Fremden, dann die Landbevölkerung, dann die Permissionisten, dann erst die Juden (1823 rund 3500) und zuletzt die Beisassen. Voraussetzung bei aller Verbürgerung war der Nachweis eines Vermögens von über 5000 Gulden; dies war ein Fortschritt gegenüber dem in den Hansestädten geforderten Grundbesitz.

Ganz im Stile der modernen Staatsverfassungen war die Bestimmung der Konstitutionsergänzungsakte, daß die christliche Bürgerschaft Frankfurts die aus der ihr zustehenden Hoheit fließenden Rechte nicht selbst ausüben könne und deshalb auf drei „Behörden“ übertrage. Von diesen drei Behörden war die „ständige Bürgerrepräsentation“ nichts anderes als das Einundfünfzigerkollegium, die Finanzkontrollbehörde der reichsstädtischen Zeit, und der Senat war der reichsstädtische Rat mit seinen herkömmlichen drei Bänken. Neu aber war der „Gesetzgebende Körper“, ein eigenartiger Zwitter von Behörde und Volksvertretung: außer zwanzig Senatoren und zwanzig Mitgliedern der ständigen Bürgerrepräsentation gehörten ihm fünfundvierzig aus der übrigen Bürgerschaft gewählte Personen an. Die Wahlen geschahen durch 75 Wahlmänner; die Bürgerschaft war zur Kürung der Wahlmänner in drei Abteilungen geteilt, die der Adligen und Gelehrten, die der Handeltreibenden, die der Gewerbetreibenden. Es war ein Klassenwahlsystem, das an manche Wahlsysteme der damaligen Fürstenstaaten erinnert und gegenüber der Art, wie in den Hansestädten die „Bürgerschaft“ entstand, einen Fortschritt bedeutete. Es war aber immer noch recht umständlich und schwerfällig. Die Sitzungen des Gesetzgebenden Körpers waren nicht öffentlich; eigene Anträge der Mitglieder wurden durch scharfsinnige Paragraphen beinahe unmöglich gemacht — man stimmte eben einfach ab. Die Mitglieder waren lebenslänglich; die Neuwahlen fanden mit altvenezianischem Raffinement statt. Wie in den Hansestädten vollzog sich die eigentliche Verwaltung durch Fachdeputationen des Senats. Von dem Berufsbeamtentum des rheinbündlerischen Großherzogtums Frankfurt war nichts übernommen. Geschichtlich bedeutungsvoll war nun dies: diese Frankfurter Verfassung, ein altmodisches Gebäu mit moderneren Verkleisterungen, war durch Artikel 46 der Wiener Schlußakte unter den Schutz der Bundesversammlung gestellt. Dies war eine im deutschen Bundesstaatsrecht allein dastehende Souveränitätsbeschränkung. Frankfurt hatte nicht nur Vorteile von seinem hohen Gaste, dem Bundestag; sein staatliches Schicksal war mit dem Schicksal des Bundestages unausweichlich verknüpft. Die Frankfurter Behörden haben immer für die hohe Versammlung arbeiten müssen — welcher Bürgermeister, welcher Polizeiherr hätte sich den Wünschen eines Präsidialgesandten nicht willfährig zeigen wollen? Es geschah sicher oft genug mit Zähneknirschen. Die Öffentlichkeit merkte freilich nur die Eleganz des Diplomatenlebens, an dem die große Kaufmannschaft von Herzen

gerne teilnahm. Früher als in den Hansestädten bildete sich aber neben diesem „Weltgetümmel“ eine geistig angeregte Schicht, aus den Graduierten der Universitäten, aus Pfarrern und Lehrern des altberühmten Gymnasiums, aus kaufmännischen Mäzenen bestehend, die als „gebildete“ Klasse das alteingewurzelte Kastenwesen überbrückte und der Pflege von Wissenschaften und Künsten in zahlreichen wohldotierten Instituten, aber auch in liebenswürdig anspruchsloser Geselligkeit oblag. Diese Schicht wurde die klassische Trägerin freiheitlich-deutschen Fühlens in Frankfurt. Als ihr Organ ist das 1845 gebildete Montagskränzchen anzusehen. Deutlich wurde bald, besonders nach der Julirevolution, die Differenzierung gerade unter den Geistigen. Gutzkow versuchte, ein kleinerer Nachfolger Börnes, dem scharfen Geiste des jungen Deutschland in Frankfurt Organe der Wirkung zu schaffen. Das ältere, das ganz alte Deutschland, in Böhmers Schaffen repräsentiert, wollte sich dagegen, unbekümmert um europäische Gegenwart, romantisch behaupten, vergangener Kaiserherrlichkeit innig verbunden. Philipp Veits Fresko im Städelschen Institut beschwor dies alte Deutschland, symbolisch unvergeßlich: das Christentum überwindet heidnische Zauberei; der Mönch lehrt, der Dichter singt, der Ritter kämpft für den Glauben, der Dom wird gebaut, der Bischof herrscht; Italia und Germania thronen rechts und links, die Italia über den Trümmern des antiken Rom, die Germania als Hüterin der kaiserlichen Herrschaftselemente über den Wappen der Kurfürsten des alten Reichs.

Ein schwerer Schlag für das Frankfurter Selbstbewußtsein war der ihm aufgezwungene Eintritt in den preußischen Zollverein. Lange hatte sich der Handelsstolz der Stadt dagegen gewehrt, sogar mit England war ein eigener Handelsvertrag abgeschlossen worden, der Vertrag Liliputs mit Brobdignak, um die Selbstbestimmung zu wahren; schließlich kam die Einigung mit Preußen doch dem Frankfurter Handel bei seinem ausgesprochen binnenländischen Charakter durchaus zugute. Anders war es mit dem Gewerbe. Die Frankfurter Zunftverfassung bestand ruhig fort, hatte aber ihren eigentlichen Sinn verloren. Aus den Zollvereinsländern wurden nun gewerbliche Produkte ungehindert eingeführt, die unter billigeren Bedingungen entstanden, als es in Frankfurt möglich war. Der Frankfurter Handwerksmeister, stolz auf sein Herkommen und manchen guten Brauch, sah nun seine Nahrung lebensgefährlich bedroht. Die Kaufmannschaft freute sich der großen deutschen Zusammenhänge, die sich ihr jetzt eröffnet hatten — der intelligentere Teil des Handwerks rettete sich in den Detailhandel mit gebrauchsfertigen Waren, der schwerfälligere versank in Abhängigkeit, in Aushilfs- und Flickarbeit. Pauperismus und Demoralisation der kleineren Gewerbeschichten nahmen in den dreißiger und vierziger Jahren fühlbar zu. Die großartigen Frankfurter Wohltätigkeitsanstalten waren diesem Ansturm nicht gewachsen. Eine ganze Reihe von Handwerkern war eben dem sicheren Untergange preisgegeben — und auch bei den lebendigeren nahm die Zahl der Betriebe ab, die Zahl der besitzlos und gegen kärglichen Lohn Beschäftigten zu. Der vor-

mals noch so harmonisch aufgebaute Frankfurter Gesellschaftskörper wurde dadurch so gestreckt, daß die Gelenke knackten; dazu kam die Schwächung der Basis und das Anschwellen der oberen Teile. Die Staatsverfassung Frankfurts war ein schlecht angemessenes Kleid, das bereits nach 1815 kaum mehr paßte, nun aber reißen und platzen mußte. Schon infolge der Julirevolution war Frankfurt in schwere politische Erschütterung gekommen. Eine neue Bewegung fand hier ein besonders dankbares Feld. Der Bundestag war bei allen Patrioten, die reiche Großhändlerschaft bei allen wirtschaftlich und sozial Gefährdeten verhaßt; wie sollte sich das schwache staatliche Regiment der Republik — gehalten, aber auch gedrückt durch diese beiden Schichten — gegenüber einer Revolutionsgesinnung behaupten, deren Publikum in dem Frankfurter Gemeinwesen selbst emporwuchs und sicher war, aus dem ganzen Umkreis gleichgestimmten Zuzug zu bekommen? Frankfurt war deshalb von vornherein in einer viel schwierigeren Lage als die hanseatischen Schwesterstädte. Das Schicksal Krakaus galt hier angesichts der zunehmenden Unruhe des Bundestags als Menetekel. In den Turnvereinen besonders machte sich eine sehr lebhafte und entschiedene Agitation bemerkbar; unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution löste der Frankfurter Senat die Frankfurter Turngemeinde auf (31. Dezember 1847). —

Deutschlands Reichtum war auch Deutschlands Armut. Die Welt der Kleinstaater steckte voll von Kunstpflege und wohlwollender Fürsorge, voll von gut behütetem Volkstum und kraftvoller Eigenart. Sie war aber noch viel mehr mit Zeremoniell und Hoffart, Beamtenweisheit und Adelsdünkel, Soldatenspiellerei und Fürstenwillkür ausgestopft. Wie tüchtig und unabhängig, wie frei und selbstbewußt konnte sich demgegenüber, bei allen inneren Schwächen, der bürgerliche Geist in den freien Städten entwickeln, nicht gedrückt, nicht geknickt, nicht ausgebeutet und verknechtet! Österreich, Preußen, auch Bayern gaben ihren Untertanen doch innerhalb der Bedingungen der damaligen Monarchie noch eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten. Die fürstliche Kleinstaaterie fesselte aber viel mehr; wer hier frei und deutsch sein wollte, mußte sie ganz und gar verneinen. In der Kleinstaaterie galt darum jede gesamtvaterländische Gesinnung als besonders revolutionär. Ein Kampf um den neuen deutschen Staat war deshalb auch ein Kampf auf Leben und Tod gegen die Kleinstaaterie. Die Revolutionsbewegung von 1848 sollte freilich nicht an ihr, sondern gerade an den Großstaaten scheitern.

Fünfter Abschnitt

Deutschland

An die Teutschen und Deutschen

*Verfluchtes Volk! Kaum bist du frei,
So brichst du dich in dir selbst entzwei.
War nicht der Not, des Glücks genug?
Deutsch oder Teutsch, du wirst nicht klug.*

Goethe

Deutsche Großmächte und deutsche Zwergstaaten, Potentaten jeden Formats und Republiken, säkularisierte, mediatisierte oder einfach annektierte Herrschaften aller Art gab es — wo aber war Deutschland?

Es gab deutsche Sprache und Kultur, deutsche Sitte und deutsche Kunst, deutsches Denken und deutschen Glauben: aber es gab keinen deutschen Staat.

Das deutsche Volk hatte nun alles Hohe und Große ergriffen und sich zum Besitze gemacht, was immer ein altes edles Volk ergreifen und besitzen kann; nur eines fehlte ihm noch — die ebenbürtige politische Form. Das deutsche Volk wollte sich seinen starken und freien Staat schaffen: das ist der Inhalt der deutschen Revolution von 1848/49.

Deutschland war reif, überreif zum deutschen Staate. In Wolfgang Goethe hatte das Deutschtum der Welt den Sonnenmenschen des Jahrhunderts geschenkt. Die Sprache Goethes erwarb die Weltliteratur als deutschen Besitz. Shakespeare und die Spanier, der Orient und Indien wurden geistig errungen. Mit großartiger Gewaltbarkeit hatte Hegel aus Leben, Kunst und Geschichte die letzte gedankliche Synthesis gestaltet, der nur noch revolutionäre Selbstzersetzung folgen konnte. Auf dem Theater, in den literarischen Zeitschriften, in den Hörsälen der Universitäten kämpften zwei Generationen um den deutschen Menschen und den Sinn der Welt, um das Bewußtsein und um den Wert einer Kultur, die mit einigem Recht von sich glaubte, die Höhe deutscher Entwicklung zu bedeuten. Damals wurden die Deutschen das gebildetste, aber auch das bildungsstolzeste Volk Europas, zur geistigen Produktion auch bei bescheidenerer Begabung erzogen, vom Wissen getragen, aber auch vom Wissen beschwert. Den Trägern der politischen und wirtschaftlichen Macht im damaligen Deutschland war diese Entwicklung sehr willkommen: literarischer Zank, Polemiken zwischen Gelehrten, Theaterskandale und Ästheteklatsch — konnte es eine bessere Sphäre geben für die Kräfte der neuen Jugend? Solange der Triumphzug einer großen Schauspielerinnen wie der Henriette Sontag, solange das poetische Duell zwischen Heinrich Heine und dem Grafen August Platen als tiefbewegendes Ereignis wirken

konnte: so lange war Deutschland leicht zu regieren. Die Entfernung von der Sorge des Alltags war gewiß auch bei uns eine Voraussetzung wahrhaft großen geistigen und künstlerischen Schaffens. Das Bezeichnende in Deutschland wurde nun aber, daß die Mächtigen diese Entfernung der breiteren geistigen Schicht vom politischen und wirtschaftlichen Geschehen geradezu förderten, daß sie den Typus des unpraktischen Geistesmenschen mit Absicht züchteten, nur scheinbar im Interesse der deutschen Kultur, tatsächlich aber im Interesse der Erhaltung ihrer politischen Macht. Und wenn nun noch dieser Geistesmensch in den engen Lebensverhältnissen seiner meist bescheidenen Herkunft aus dem kleineren Mittelstande sorgsam festgehalten wurde, wenn man seinen angeborenen Respekt vor den Großen, seine Scheu, etwas zu beanspruchen, seinen schlichten, biederer Sinn gewandt behandelte, dann hatte man den Untertan, den man brauchte: den arbeitsfrohen, durch Kultur beschäftigten und abgelenkten, ehrfurchts- und vertrauensvollen Deutschen der zwanziger und dreißiger Jahre, der seine Oberen für genau so anständig hielt, wie er es selbst war.

Es gab aber schon lange andere deutsche Typen. Der deutsche Nationalist ist in der napoleonischen Unterdrückungszeit entstanden und in den Freiheitskriegen herrlich aufgeblüht; die Burschenschaft hat vor allem diese Figur bis zur Revolution von 1848 weitergetragen. Das eine Gefühl, das den deutschen Nationalisten beherrschte, war ebenso einfach wie stark und tief empfunden. Statt sechsunddreißig Vaterländern wollte er ein deutsches Vaterland, er wollte statt des untergegangenen alten ein neues, kraftvolles Reich, er wollte statt des verblichenen theokratischen ein jugendlich lebendiges, volkstümliches Kaisertum: er wollte also den deutschen Staat ebenbürtig mit den andern europäischen Staaten, ja vielleicht, weil es nun der deutsche Staat war, überlegen den andern. Neben den deutschen Nationalisten trat der deutsche politische Humanist. Auch er wollte wohl Kaiser und Reich — er sah aber die Aufgaben des neuen deutschen Staates mehr innenpolitisch als außenpolitisch; er wollte die Freiheit vor allem im Staate, ja sogar vom Staate, er setzte den Rechtsgedanken gegen den Machtgedanken; die frei sich entfaltende Persönlichkeit, im Rechtsstaat gesichert, friedlicher Arbeit ergeben, des freien Wortes mächtig, mit den Nachbarn versöhnt, von den Fremden geachtet — der deutsche politische Humanist kannte nichts Höheres, er sah in diesem Ideal sich selbst vollendet. Und neben den deutschen politischen Humanisten trat endlich der deutsche Revolutionär, der jüngste politische Typus in Deutschland, sichtbar schon nach 1815, voll zum Leben und zur Wirkung erst erwacht durch die Julirevolution von 1830. Sein Wesen war die Kritik. Er glaubte nicht mehr, weder an das Überkommene noch an das Gegenwärtige. Er glaubte nicht an den Nationalismus, denn er sah denselben Nationalismus überall und fürchtete den Zusammenstoß dieser Nationalismen. Ein guter Deutscher war er trotzdem oder gerade deshalb und forderte die Einheit und die Souveränität der deutschen Nation als die Voraussetzung zu allem andern. Der deutsche Revolutionär bejahte auch den Rechtsstaat, aber er glaubte nicht, daß

die vorhandenen Fürstenstaaten imstande und geneigt wären, ihn zu entwickeln. Er glaubte nicht an den guten Willen der Fürsten und der Bürokratie, und deshalb wollte er zerschlagen, um neu aufzubauen, vernichten, um zu schaffen. Das alte Deutschland, so meinte er, mußte vergehen, damit ein junges Deutschland entstehen könne. Endlich glaubte der deutsche Revolutionär nicht an Verhandlungen, an Verfassungsparagraphen, an staatliche Fürsorge und Wirtschaftsbevormundung, denn er erkannte hinter dem Verlangen nach dem neuen deutschen Staate die Notwendigkeit der Entstehung einer neuen deutschen, ja europäischen demokratischen Gesellschaft. Der deutsche Revolutionär wollte den Kampf, er mußte ihn wollen. Diese drei politischen Typen des Deutschland von 1848 wurzeln geistig in unserer großen literarischen Epoche und bereiten unmittelbar die Entstehung der ersten Parteibildungen bei uns vor. Der deutsche Nationalist entstammte der Romantik, der deutsche Humanist dem Klassizismus, der deutsche Revolutionär dem Sturm und Drang. Vom deutschen Nationalisten aus entwickelte sich der Konservatismus, vom deutschen politischen Humanisten aus der Liberalismus, vom deutschen Revolutionär aus republikanische Demokratie und Sozialismus¹⁾.

Die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat bei uns viele geniale Menschen hervorgebracht, weit mehr als die zweite. Zur Zeit der Revolution von 1848/49 gab es fünf wahrhafte deutsche Genies — aber kein einziges von ihnen hat entscheidend auf die Zeitereignisse eingewirkt. Nur einer war ja auch ein rein politischer Mensch — Otto von Bismarck, der noch zu jung, damals auf eine Nebenrolle beschränkt blieb. Karl Marx, sein weltgeschichtlicher Gegenpol, schickte sich schon an zu großer Wirkung, aber nicht durch die Aktion seiner Verschwörung, sondern durch die umstürzende Kraft seines viel späteren wissenschaftlichen Werkes tat er sein Höchstes. Arthur Schopenhauer stand beim Kampf um den deutschen Staat grollend abseits, dem Historischen tief fremd, und erst nach der Revolution gab der resignierte, des Trostes bedürftige Zeitgeist dem ungeduldig Wartenden endlich Audienz. Richard Wagners glühendes Temperament riß ihn auf die Barrikade und dann in die Verbannung — beinahe ein Opfer der Revolutionszeit, hat er durch sein Kunstwerk, von Schopenhauer befruchtet, die Deutschen vor allen andern über ihr leidvolles Schicksal geistig hinweggebracht und in das neue Reich hinübergeleitet. Der fünfte und letzte geniale Mensch der Zeit, Heinrich Heine, ist der keckste Verkünder des revolutionären Gedankens gewesen, er hat die deutschen Hoffnungen und den deutschen Zusammenbruch von Paris aus frohlockend und zitternd mit durchgelebt, aber der Glaube an ein neues junges, staatliches und soziales Deutschland ist ihm nur zu bald zerbrochen.

Der Kampf um den deutschen Staat hat 1848/49 keinen Gestalter von Genie gefunden. Das ist einer der Gründe seines Scheiterns.

In Heinrich Heine haben sich deutscher Nationalist, deutscher Humanist und deutscher Revolutionär besonders denkwürdig vereinigt. Auch Richard Wagner

hat etwas von jedem der drei Typen; Karl Marx hat den deutschen Revolutionär mit neuen Ideen erfüllt, während Bismarcks preußischer Partikularismus deutsch erst werden mußte und Schopenhauers Willens- und Leidensphilosophie auf einer überpolitischen Ebene blieb. Die Fügung ist seltsam, daß ein deutscher Jude vom Rhein, herrlich begabt als Poet, als Mensch unstet, brüchig und überempfindlich, gequält vom Übermaß der eigenen Laune, daß dieser Heinrich Heine, Herr und Opfer des verführerischen Giftes seiner Zaubererzunge, gerade das deutsche Schicksal der Revolutionszeit vielleicht am lebhaftesten darstellt. Als ein Unterdrückter und Verbannter kannte er den Kampf um Freiheit und Recht, er schwärmte für den schwarzrotgoldenen Kaiser und verhöhnnte die Fürsten, er prophezeite den Kulturstaat im verjüngten Europa der Demokratie, er rief die Ausgebeuteten zur Rebellion, und es schauderte ihn doch bei der Bettelsuppen-gleichheit früher Sozialisten²⁾. Der politische Dichter und Schriftsteller Heinrich Heine hat gegen den preußischen König Friedrich Wilhelm III. wegen seines Wortbruches in der Verfassungsfrage so bittere Anklage erhoben wie keiner; er hat dann Friedrich Wilhelm IV. erbarmungslos verhöhnt, gereizt und angezogen, an Geistigkeit ihm tief verwandt, aber voll der Verachtung des Genies gegenüber dem Halbgenie, voll Vetternhaß, möchte man beinahe sagen — selbst gepeinigt von vielem, was in dem Könige mächtig war, aber klüger als er, stärker als eine poetische Natur, und ihm so überlegen, wie nur der Bürger eines kommenden Zeitalters dem Monarchen eines untergehenden überlegen sein kann. In Heine war Aufgang und Untergang zugleich. Nicht umsonst hat er den Atta Troll das letzte freie Waldlied der Romantik genannt. Wie hätte ein so von Visionen verfolgter Mensch je mit der Wirklichkeit, und nun gar mit der Wirklichkeit des bürgerlich solide werdenden Staates in ein beruhigtes Verhältnis der Vernünftigkeit kommen können? Aber die Flamme war in ihm, eine klagende Flamme, wie er in „Deutschland. Ein Wintermärchen“ die Sonne nennt. Die Flamme schluchzte und litt, aber sie warf sich wie das Schicksal in morsches Gehäuse und zerfraß jeden Widerstand, sie weihte ein ganzes Zeitalter dem Opferbrand der Revolution. Der arme König Ludwig von Bayern! Seine mühselige Versedrechselei wurde nun hingerichtet von einem der größten Meister anmutiger Wortmelodien. Die ganze plumpe und langweilige Welt der Überdeutschen zerbarst an der klirrenden Degenspitze eines wahrhaft souveränen Witzes. Der Narr Heinrich Heine war aber ein Weltweiser von der Art Shakespearescher Narren, denen ernst nur das Höchste und Letzte ist, ernst freilich in einem Grade, wie es triviale Duckmäuser nie begreifen können. Und zum Höchsten und Letzten gehörte ihm das unsterbliche Deutschland, das in ihm selbst war, das er schon deshalb lieben mußte, an das er immer und bis zuletzt geglaubt hat, für das er eine würdige staatliche Form so heiß erschnhte, mit der Glut des allfühlenden Dichterherzens. Dem Geschichtsschreiber ist meist das künstlerisch Vollkommene in einer Epoche zur Erkenntnis ihres Wesens weniger wichtig als das künstlerisch Unzulängliche. Die literarische Produktion, die sich ganz über das Aktuelle, politisch und sozial Problematische

eines Zeitalters zur Zeitlosigkeit erhebt, ist für ihn, im wissenschaftlichen Sinne, kaum noch Quelle. Nur die Tatsache, daß solche Leistung möglich war, weniger das Stoffliche und die Art der Formgestaltung, kann als charakteristisch für einen Zeitabschnitt gelten. Heinrich Heines höchste dichterische Leistungen, einige Jugendgedichte und die Balladen der Spätzeit, haben fast nichts mit der damaligen Gegenwart zu tun. Die Werke der zeitgenössischen Schriftsteller stehen künstlerisch zumeist tief unter ihm, sogar unter dem Schwächeren seines Werkes. Der ästhetische Beurteiler wird heute schnell an ihnen vorbeigehen, dem Historiker gelten sie aber als wichtigste Zeugnisse der Zeit und ihres Wollens.

*

Die Gruppe von deutschen Schriftstellern, die man sich gewöhnt hat, nach ihrem eigenen und der Mitlebenden Gebrauch, das „Junge Deutschland“ zu nennen, hat das Glück und das Unglück gehabt, ihre Gegenwart ganz, ja mehr als ganz auszufüllen, ebenso sich von dieser Gegenwart mit voller Wucht ausfüllen zu lassen. Ihre Arbeiten hatten oft die aktuelle Gewalt der Leitartikel und Parlamentsreden, die es damals nur in allzu beschränktem Maße geben konnte, sie waren darum auch meist ephemere wie diese. Und doch ergreift den heutigen Betrachter der Geist dieser Schriftstellergeneration mit besonderem Zauber: sie hat fortgesetzt, was der Sturm und Drang einst in Deutschland begonnen hat, die rücksichtslose Staats- und Gesellschaftskritik aus der Zeit der großen französischen Revolution; sie hat vorbereitet, was die naturalistische Kunstbewegung der achtziger und neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts wieder erstrebte, auch sie Wegbereiterin, Verkündigerin neuer europäischer Umwälzung. Nicht der künstlerische Wert der Werke des „Jungen Deutschland“ kann uns zumeist heute noch bewegen; um so mehr packt uns ihr Kampf und ihr Glaube, ihr Schicksal und die Angspanntheit ihres Willens zu neuer Lebensform. Der älteste unter ihnen, jedenfalls der, der zuerst dahinging, ohne die Revolution von 1848 zu sehen, ist schon kein wahrer Künstler gewesen, dafür aber nach Lessing wieder der erste Schriftsteller hohen Ranges in Deutschland, mit Görres und Gentz der Führer unserer politischen Publizisten, an Talent diesen beiden mindestens ebenbürtig, an Charakter und Gesinnungsadel aber überlegen: Ludwig Börne. Börnes glühend empfundene, aber zu Eis abgekühlte Prosa hatte in ihrer Knappheit, ihrer klaren Schleifung, ihrer unerbittlichen und unermüdlichen Konsequenz selbst etwas von dem republikanischen Ethos, das diesen Frankfurter Juden erfüllte: der Ernst demokratischer Forderung war dem Unterdrückten früh zu ungeduldiger Bitternis vergällt. So wie er wandte sich bald die ganze Zeit vom bewegenden Spiel der Schaubühne zu dem erregenderen und furchtbareren Kampf der politischen Weltbühne. Die Meisterprosa Börnes hatte im Feuilleton begonnen und endete im Leitartikel. Nach der Julirevolution entstand in Deutschland ein Ekel vor Versen: Mädchen und Mondschein, Rosen und Nachtigallen waren nun

genug besungen, alle Rhythmen und Strophenmaße waren erschöpft. Die Zeit der Prosa war da, der Prosa als Form und der Prosa, wenn man so sagen darf, als Stoff. Künstlertum wurde mit Romantik, Romantik mit Reaktion verwechselt. Der Schriftsteller trat auf, schärfer, kälter, verwegener als der lockige Poet, dessen weiche Weltfremdheit etwas komisch zu wirken begann; der Schriftsteller, der kraft seiner hohen Sendung nun auch in Deutschland von einem großen Wollen künden sollte. Obrigkeit und Gesellschaft standen diesem neuen Geschlechte der „Skribenten“ mit ahnungslosem Mißtrauen gegenüber. Was ging, so meinten sie, diese hergelaufenen Leute das öffentliche Wesen an? Was wollten diese Menschen ohne Familie, ohne feste Einnahmen, ohne solide Bildung, ohne Examina bedeuten? Der Kampf der Behörden gegen das „Junge Deutschland“ war viel mehr als der Versuch, unbequeme schriftstellerische Produkte zu unterdrücken —, es war der aussichtslose, aber mit allen staatlichen Machtmitteln geführte Kampf gegen den modernen Menschen, der sich nun auch im Deutschland der Biedermeierei mit seiner Kritik am Hergebrachten und seiner Verkündigung eines „neuen Weltalters“ durchsetzen wollte.

Dies neue Weltalter sollte eine neue tiefere Religion haben als sie in der Orthodoxie der vorhandenen christlichen Kirchen bestand; Goethe, die Griechen und Hegel hatten ja den Weg gewiesen zu einem daseinsbejahenden, sinnenfrohen Pantheismus; das neue Weltalter sollte einen neuen freieren Staat haben, als er in der deutschen Gegenwart bestand — den Volks- und Rechtsstaat aller Deutschen, wie ihn die im Juli 1830 wiedererstandene große Revolution für Frankreich und ganz Europa verlangte, wie ihn das junge Italien, das junge Polen, das liberale England, wie ihn schließlich jedes Volkstum damals für sich erstrebte, um dadurch ein ebenbürtig anerkanntes Glied eines jungen, vereinigten Europa zu werden; das neue Weltalter sollte endlich eine neue Gesellschaftsordnung verwirklichen. Diese deutsche Schriftstellerjugend stammte zumeist aus den gebundenen Schichten des kleinen Handwerks, der kleinen Landbewohnerschaft; mußten sie nicht das altdeutsche Kastenwesen hassen, aus dem Gefühl freien neuen Menschentums? Was Pfarrer und Schullehrer sagten, paßte doch allzugut zu polizeilicher Bevormundung und bürokratischem Dünkel, in die der ganze Lebensablauf eingespannt war. Was hatte Schillers Freiheitsruf schließlich genützt? Er war gerade deshalb dieser Generation besonders gegenwärtig als der poetische Tribun des empordrängenden deutschen Geistes. Die Vielstaaterei liebte es, ihre Untertanen zu einem braven Berufe rechtzeitig abzustempeln und studentischen Feuergeist durch die Aussicht auf solide, wenn auch dürftige Pensionsberechtigung zu beruhigen. Wie unheimlich wirkten da solche Männer, die den Mut, ja den Übermut hatten, nur von ihrer Feder leben zu wollen, und allem Schulsack, aller Behördenweisheit zum Trotz, ohne Titel und ohne Würde, getragen nur von dem eigenen Namen, das Publikum zu belehren, zu begeistern, zu unterhalten — und womöglich gar aufzuhetzen gegen das ehrsam Bestehende? Diese Schriftsteller besaßen die Keckheit, nicht hübsch zu Hause in einem der sechsunddreißig Vaterländer zu bleiben,

sondern Reisen zu machen und alle denen, die an Hof und Scholle, an Werkstatt und Familiensorge festklebten, die fremde Welt zu schildern, Landschaften von malerischem Reiz, Menschen voll Kraft und Ungestüm, seltsame Begebenheiten, wunderliche Sitten, vor allem aber gesündere, freiere, menschenwürdigere Zustände, als sie daheim waren. Ein neues Wissen entstand, ein viel aufregenderes und packenderes, als es aus den antiken Schriftstellern mit endlosem philologischem Durchgekäue zu gewinnen war, das Wissen vom Staate, vom Volkstum, von der Volkswirtschaft, das Wissen also von der herrlichen, unerschöpflichen, ewig jungen Wirklichkeit, das Wissen vom Gegenwärtigen und Zukünftigen, vom Wesen, Gesetz und Rhythmus der menschlichen Gesellschaft selbst. Schwerfällig und weitschweifig war bis dahin die akademische Gelehrsamkeit in Deutschland dahergeschritten, von Fachwissen strotzend, voll selbstsicheren Eifers, unfehlbar, säuerlich, kaum zu genießen. Die Führer der Wissenschaft hatten sich nun gewiß von der klassischen Erweckungszeit erneuern und bereichern lassen. Ein Theologe wie Schleiermacher, ein Jurist wie Savigny, ein Geschichtsschreiber wie Dahlmann sprach zu den Besten der Nation — sie schrieben auch ein edles, dem Laien verständliches Deutsch. Die jungen Schriftsteller aber setzten etwas Neues neben die Wissenschaft: die öffentliche Meinung. Hatten die Deutschen nicht nachgerade genug gelernt, gearbeitet, geforscht, an das „Objektive“ geglaubt, mit heißem Bemühen um letzte Wahrheiten gerungen? Gab es nicht etwas anderes in Deutschland, das den Geist und die Kraft ganzer Männer erforderte — dieses Blühen praktischer Wirklichkeit? Mußte sie nicht endlich angepaßt werden der tatsächlichen Reife des deutschen Volkstums!? Verdienten diese Fürsten und Minister auch das Vertrauen und die Ehrfurcht, die sie für sich beanspruchten? War diese Beamtenschaft gebildet und gewissenhaft genug? Auf welche Weise wurde ein Teil des Bürgertums plötzlich sehr reich, ein anderer, größerer arm und ärmer? Wo kam die Nahrungslosigkeit her? Warum wurden endlich die Frauen unterdrückt, in Unbildung und Unselbständigkeit gelassen, durch die Ehe gefesselt, in Not und Prostitution getrieben?

Die öffentliche Meinung im Deutschland der dreißiger und vierziger Jahre hatte keine freie Presse, um sich wirklich ganz aussprechen zu können. Sie mußte sich in das Feuilleton, in den kritischen Essay, in die Novelle, in den Roman flüchten — oder auch auf das Theater. So schrieb der Berliner Karl Gutzkow, ein trotziger Kämpfer von früh auf, seinen Roman „Wally, die Zweiflerin“, der dem „Jungen Deutschland“ die berüchtigte Denunziation Wolfgang Menzels und das amtliche Einschreiten des Deutschen Bundestages eintrug³⁾; so schrieb der vielgewandte Schlesier Heinrich Laube seine Reisenovellen und den vierbändigen Roman: „Das junge Europa.“ Gutzkows „Uriel Acosta“ wurde die Tragödie des Kampfes um Gedankenfreiheit — es ging über alle Bühnen, wurde in viele Sprachen übersetzt und oft verboten. Laube stellte in seinen „Karlschülern“ den jungen Schiller auf die Bühne, zur Freude aller Freiheitsgläubigen, zum Ärger der deutschen Regierungen, die das Stück

geradezu verfolgten. Der Potsdamer Theodor Mundt endlich feierte in seinem Roman: „Madonna, Unterhaltungen mit einer Heiligen“ das Glück der freien Liebe.

In den besten der Schriften des „Jungen Deutschland“ ist Kraft und Ernst; Problem und Tendenz überwiegen aber selbst da den Wert der künstlerischen Gestaltung. Es sind Wirklichkeitsmenschen, die schreiben, um zu handeln; ihre Figuren leben nur selten — meistens sprechen sie. Aber der Zeitgeist ist stark und trotzig in ihnen. Das wettert, das begehrt auf, das schwelgt und spottet. So gewandt, so keck und leicht, so ungestüm, so prickelnd, so schmerzlich im kämpfenden Hohn war in Deutschland noch kaum geschrieben worden. Später kam eine radikalere Respektlosigkeit auf, gegenüber der diese Schriften verblassen; ihre Härte, das Gemachte darin, das Gewollte und Deklamierte läßt kalt. Aber geschichtlich ist ihre Bedeutung groß. Hier klingen die Fanfaren der Revolution. Kirche und Polizeistaat, gesellschaftliche Konvention und Verfolgung freier Lebensbetätigung — die Anklage dagegen ist das Mächtigste in diesem Schrifttum. Auch die Frau wurde jetzt auf die Seite der Revolution gezogen.

An den Höfen und in der Aristokratie, ebenso bei der Landbevölkerung hatte sich immer das freie Liebesleben neben der kirchlich geheiligten und gesellschaftlich geforderten Ehe als natürliche Ergänzung erhalten — mindestens für die, denen es gemäß war. Das städtische Bürgertum aber hatte bei uns, geistig und wirtschaftlich beengt, räumlich zusammengepfercht, von den Moralbegriffen orthodoxer Geistlicher beeinflusst und beaufsichtigt, schon im achtzehnten, noch mehr aber im neunzehnten Jahrhundert sich daran gewöhnt, die freie Liebe zu verfemen und neben der Ehe als einzige Ergänzung den traurigen Ersatz des geldbezahlten Geschlechtsgenusses auf kurze Zeit widerwillig zu dulden. Die Prostituierte und ihre polare Ergänzung, die ehrbare alte Jungfer, sind Produkte der städtischen Lebenssphäre. Gegen diese kümmerliche und heuchlerische Spießensexualität der Bürger wehrte sich natürlich jedes erotisch echt empfindende Künstlertum. So hatten die Romantiker schon das Recht der Frau auf freie Lebensgestaltung verkündet. Das „Junge Deutschland“ nahm das Motiv auf: ohne einen neuen Frauentypus konnte es keine neue Gesellschaft geben. Man mißversteht diese Männer, wenn man, wie es die Zeitgenossen gerne taten, ihnen den Willen unterstellt, die Ehe überhaupt zu zerstören; sie verlangten nur erstens eine würdigere, dem Manne ebenbürtigere Stellung der Frau in der Ehe selbst, und daneben die Anerkennung der freien Liebe als einer von jeher vorhandenen, natürlichen und sittlich voll tragbaren Form der Lebensbeziehung zwischen Mann und Frau. Die Frau von Eigenart, die künstlerisch begabte, von besonderen Gedanken und Willensrichtungen erfüllte Frau, die wissenschaftlich, politisch, sozial interessierte weibliche Persönlichkeit bedurfte insbesondere der Anerkennung des Rechtes auf freie Lebensgestaltung: Dorothea Schlegel, Rahel Varnhagen, Bettina von Armin waren bei uns die ersten Vertreterinnen eines modernen Frauentypus;

in ihnen kündigt sich etwas an, was viel später beherrschende Wirklichkeit geworden ist. Das „Junge Deutschland“ hat aber auch darum schon einen edlen Kampf gekämpft.

*

Schriftstellernde Frauen gab es bei uns schon lange: Karoline Pichler und Johanna Schopenhauer waren die bekanntesten gewesen, beide harmlos in ihrem heiteren Idealismus, noch fast unberührt vom Tagesstreit. Der Emanzipationsgedanke erweckte aber nun einen andern Typus der schreibenden Frau. Fanny Lewald übernahm, wie ein Zeitgenosse sagt, die „sozialistisch-physiologische“ Richtung der Franzosen⁴⁾ und schien in ihrer nüchternen Eindringlichkeit mit George Sand zu wetteifern. Sie behandelte das Ehescheidungsproblem, das Problem der christlich-jüdischen Mischehen, den spielerischen Leichtsinn des Neuberliner Lebens. „Ein Roman in Berlin“ hieß auch Luise Mühlbachs 1846 erschienenes dreibändiges Werk, in dem geschlechtliche Zügellosigkeit rücksichtslos geschildert ist. Ein früherer Roman, „Justin“, hatte schon sozialistische Züge; nun wandte sich ihre gewandte Produktivität historischen Stoffen, russischen und englischen, zu, und vertrat gerade in dem Revolutionsjahr mit fühlbarer Tendenz die Sache des Volks gegenüber gewissenlosem Despotismus. Luise Otto, als Luise Otto-Peters später zur führenden Frauenrechtlerin geworden, verfocht ihre freiheitlichen Gedanken für selbständige Teilnahme der Frau an Weltanschauungs- und Erziehungsfragen auch im Roman. Ihr „Römisch oder Deutsch“ (Leipzig 1847) schildert als echtes Zeitgemälde den Siegeszug des Deutschkatholizismus und seinen Gegensatz zu den Ränken der alten römischen Kirche. Es ist nur einer von vielen Versuchen, den großen Kirchenkonflikt literarisch zu bannen. Die Zahl der von Frauen geschriebenen, sozial abgestimmten, der Emanzipation auch im Erotischen dienenden Romane wuchs in den vierziger Jahren sehr an. Der Salonroman der Gräfin Ida Hahn-Hahn wirkt daneben wie eine Rechtfertigung, ja wie eine Provokation: denn da wimmelte es nur von schlechten aristokratischen Männern, von kapriziösen, entarteten weiblichen Geschöpfen, deren prickelnde Dämonie als das Wahrzeichen einer sich auflösenden gesellschaftlichen Oberschicht gelten mußte.

Der Zeitgeist war bürgerlich-oppositionell und schon deshalb überwiegend städtisch orientiert. So wie Fürsten und Aristokraten den Staat leicht als ein großes Rittergut ansehen, so wie der Proletarier ihn sich fabrikmäßig denkt, so wünscht sich der Bürger den Staat nach dem Bilde der Stadt. In der damaligen Stadt kannte man sich noch leicht, man sprach dieselbe Sprache, aus Lokalpatriotismus und gemeinnützigem Wirken erwuchs eine Gesinnung tätiger Demokratie, die das Land mit seiner wuchtenden Tradition, seinem zähen erdhaften Egoismus, seiner Mischung von Loyalität und Mißtrauen nur schwer verstehen konnte. Auch die literarische Produktion der vierziger Jahre hat einen überwiegend städtischen Charakter. Schriftsteller und Schriftstellerin lebten meist in der

Mansarde der neuen Etagenhäuser und verkehrten im Salon wohlhabend gewordener Mäzene. Ihr eigener Vereinigungspunkt war dann wohl der Hinterraum von Konditoreien oder Weinwirtschaften. Wenn sie reisten, reisten sie von Stadt zu Stadt. Es war bezeichnend für sie, daß sie die Natur schwärmerisch priesen, ohne sie eigentlich zu kennen; schwer erträglich war ihnen besonders die noch naturverbundene Kleinstadt, die wahre Provinz, der unerschöpfliche Nährboden des vielverspotteten Spießertums, bis in viel spätere Zeit ja bei uns noch die echte Heimat biederemännischer Philisterei. Die junge Schriftstellergeneration strebte vom Lande zur Stadt, von der Kleinstadt zur Residenz, von der Residenz zur Großstadt, von der Großstadt zur Weltstadt. Eugen Sue's „Mystères de Paris“ fanden bei uns unzählige Nachahmungen. Elend und Lumperei, Gossentypen und Straßenschmarotzer, Ausbeutung und Verkommenheit, Dirnenwesen und Verbrecherromantik — das bot für die Lesewütigen einen unerschöpflichen Stoff. Es gab „Mysterien“ von Wien, Berlin, Hamburg, von Breslau, ja von Königsberg und — Altenburg. Mysterien von Berlin erschienen sogar von zwei verschiedenen Autoren, einmal in fünf Bänden (von A. Braß, dem späteren Barrikadensänger, Berlin 1844/45) und dann in zwölf Bänden! Wenn sich die Aristokratie in einem Zersetzungsprozeß befand, so war der beginnende Zersetzungsprozeß des großstädtischen Bürgertums doch wesentlich bedenklicher und aufregender.

Nur wenige kümmerten sich um das Land, das scheinbar geruhsam, abseitig, unberührt sein Dasein weiterführte. Nach Immermanns klassischem „Oberhof“, der unvergeßlich starken Dorfgeschichtenepisode des verschnörkelten Münchhausenromans, schilderte zuerst wieder Levin Schücking die alte derbe Kraft westfälischer Junker und Schulzen, ihre ehrwürdigen, wie die Eichen im Boden wurzelnden Sitten und Bräuche. Auch er verficht die „Emanzipation“ vom Zwang der Familie, des Standes, der Überlieferung als die Notwendigkeit des Zeitalters, er läßt aber dem Hergebrachten seinen guten Sinn und echten Stil. Jeremias Gotthelfs Bauerngeschichten waren dagegen ganz wider den Zeitgeist geschrieben, während Berthold Auerbach in seinen Schwarzwälder Dorfgeschichten wahrhaftig, aber behutsam bäuerliche Schläue und Plumpheit schilderte; immer etwas auch als kritischer Weltverbesserer in der Art seines so wichtigen Dorfschulmeisters. Schlecht kamen freilich die „Befehierles“ weg, die verständnislos täppischen Staats- und Polizeiorgane: die Geschichte vom Mathes, der als einziger im Dorfe seinem Schatz einen Maibaum aufrichtet, noch dazu einen Baum aus seinem eigenen Wald, der zum Fällen vorbezeichnet ist, und der deshalb vor den Oberamtmann muß und schwere Strafe zu zahlen hat, steckt voll bitterer Anklage; sie ist doppelt wirksam, weil die Tendenz nicht scharf ausgeprägt ist. Und wie der Oberamtmann den Bauern das Äxtetragen, ihr altes Recht, wegen des vielen Waldfrevels verbieten will, da wettet der Buchmaier gegen das „Schreiberwesen“, daß es eine Art hat: „Ihr meint immer, wir sind euretwegen da, damit ihr was zu befehlen habt; wir bezahlen euch, damit Ordnung im Land ist, und nicht, um uns kujonieren zu lassen. Staatsdiener seid ihr, und der Staat,

das sind wir, die Bürger . . .⁵⁾“ So pfeift der neue Klang auch aus diesen stillen Geschichten — Auerbachs Schwarzwälder waren eben die Kinder ihrer Zeit, die er einmal so schlagend „die Kinder des unbefriedigten Friedens“ nennt.

Auch sonstwo besann man sich in Deutschland auf den alten Goldschatz ländlichen Volkstums. Ernst Willkomm sammelte etwa „Sagen und Märchen“ aus der Oberlausitz; und G. Osterwalds Federzeichnungen versuchten dazu die geheimnisvolle Welt der Irrlichter, Elfen und Schlangenmenschen bildlich zu bannen (Hannover 1843). Willkomm hat auch seine Romanstoffe im Oberlausitzer Bauernleben gesucht. Weit überlegen diesem und manchem andern Vergessenen war Adalbert Stifters schriftstellerische Meisterschaft. Seine „Studien“ begannen seit 1844 zu erscheinen: abseits von der Zeit, viel später erst wirklich beachtet und anerkannt, hat er eine entlegene Waldnatur aus echtem mitschwingendem Gefühl erstehen lassen, eine Naturgröße, die alles Menschliche zur Nebensache macht und im ernsten Gleichmaß ihrer Ewigkeit fort und fort webt und schwebt. Joseph Ranks Geschichten aus dem Böhmerwalde (1842 und 1847) waren dem Zeitgeschmacke viel faßlicher.

Es scheint natürlich, daß der Wille zum deutschen Staat auch in der literarischen Produktion das geschichtliche Leben beschwor. Die besten Werke von Willibald Alexis stammen aus den vierziger Jahren: der Kampf für Kultur und Bildung in einem barbarischen Grenzlande war da auf eine altertümlich biedere Art, doch auch mit spöttischen Nebentönen geschildert; aber das zeitgenössische Berlinertum interessierte sich kaum für solch finstere gewaltsame Geschichten — und wenn es die Märker nicht taten, so war es von andern Volksstämmen kaum zu erwarten. Daß die Regierungsweisheit Friedrich Wilhelms IV. und seiner Räte die patriotische Bundesgenossenschaft, die sich in Alexis ungewollt und ungerufen so deutlich anbot, nicht spürten (vgl. oben S. 48), ist ein wahrhaftes Armutszeugnis. Die Mehrzahl der andern Vertreter des historischen Romans kamen in der Zeit auf und wurden von ihr verschlungen. Robert Heller, der sich auch als politischer Feuilletonist in der Revolutionszeit versuchte, ließ etwa gerade 1848 einen dreibändigen Roman: „Florian Geyer“ erscheinen. Ludwig Rellstab beschwor in breiten Wälzern die Zeit der Freiheitskriege, Karl Göhring behandelte romanhaft eine der größten Tagesfragen: „Schleswig-Holstein“ (Leipzig 1847, 4 Bände). Auffällig sind die zahlreichen revolutionären Stoffe gerade vor Revolutionsausbruch: „Thomas Münzer“ (von Köhler), „Ulrich v. Hutten“ (von Brunnow), „Der Prophet von Florenz“ (Savonarola — von Johannes Scherr), „Marat“ (von Amalie Schoppe).

*

Die Bühne zeigt dasselbe Bild: Rudolf Gottschall, der junge Ostpreuße, wagte einen „Robespierre“ und einen „Lord Byron in Italien“ — ja eine „Marseillaise“ — die beiden letzten Stücke zugleich dramatisierte Politik und dramatisierte Literaturgeschichte, und deshalb dem Tagesgeschmack eines Geschlechtes besonders will-

kommen, als dessen Kämpferideal der jugendliche Parteimann empordrängte, zum Schmerze greis gewordener Dichter. Auch Griepenkerl schuf einen „Robespierre“, der eigentlich mehr ein Danton war und viel besprochen wurde, Kurnick eine „Charlotte Corday“ und in dem „Verbrecher aus dem Volke“ ein ausgesprochen sozialistisches Tendenzstück mit kraß naturalistischen Zügen. Selbst der alte und von den Jungen grausam befehdete Raupach wandte sich in seinem „Mirabeau“ einem Revolutionsstoffe zu. Wirkliche Dichter waren diese und viele andere Theatermänner nicht, deren Mehrzahl unentwegt die ganze Weltgeschichte nach Schillerschen Rezepten mit ausgeleierter Routine für ein bildungshungriges und bühnenfrohes Publikum zurechtschnitten. Daß das Theater eine moralische Anstalt sei, glaubte damals jeder. Es war aber auch die Kirche für freie Weltanschauung, Schule und Hörsaal für die Verehrung von Freiheitshelden, Laboratorium für das soziale Experiment, Tribunal und Schauplatz für die Volksversammlung. Die Kunst hatte dabei nicht mehr viel zu sagen. Und doch bemühten sich mitten zwischen dem fieberhaften Wettbewerb der Aktualitäten auch drei echte Dichter damals um die Bühne: Franz Grillparzer, der melancholisch verbitterte Untertan Metternichs, klassizistischer Spätling und doch herrlich in seinem sprachlichen Urgefühl (es gibt kaum schönere deutsche Verse als die aus der „Sappho“:

„Denn Hoffnung und Erinnerung sind ja Rosen
Vom selben Stamme wie die Wirklichkeit —
Nur ohne Dornen“

und seinem Sinn für die Majestät tragischer Vertiefung, echt österreichisch in den aus dem Völkergemeinde des Ostens stammenden Motiven und Typen; Gustav Freytag, der klare heitere schlesische Biedermann, dessen treu beherzter „Kunz von der Rosen“ ein erstes Bild aus der deutschen Vergangenheit war, der in „Valentine“ und „Graf Waldemar“ schon das „Soll“ der Aristokratie schwer belastete zugunsten des „Haben“ solider frischer Bürgerlichkeit, der, damals einer der Jüngsten, sich so bereit machte, dem Bürgertum der nachrevolutionären Zeit sein künstlerisches Spiegelbild vorzuhalten, humor- und gefühlvoll, feinhörig für Sprache und Kultur, reich an Anschauung und Bildung, gesinnungswarm, wenn nicht einer der mächtigeren, so doch einer der liebenswertesten deutschen Dichterpersönlichkeiten — und endlich Friedrich Hebbel. Der war nun von allen diesen der Stärkste, ein zerrissener aufgewühlter Kämpfer, über die Zeit hinweg zukünftiger Problematik zugewandt, zu ernst und zu eigenwillig, zu herb und unsterblich, zu belastet und zu bitter, um in die solide Gutgläubigkeit, den staats- und gesellschaftsreformerischen Optimismus der vierziger Jahre zu passen. Ein genialischer Künstler wie er, dem zum Genie nur die Leichtigkeit fehlte, die den Schaffenden wie die Empfangenden befreit, stand trotzig, schwer verständlich, mit verbissenem Groll, allem Harmonischen feind, ein grausam wühlerischer Experimentierer, an der Zeitenwende und wartete auf seine Stunde. Nur in der

„Maria Magdalena“ hat der junge Hebbel, bezeichnend genug, seine Gegenwart ganz packen können: das war ja nun in blutender schmerzender Lebendigkeit die Welt der — unfreien Liebe, der kleinbürgerlichen Ehrsamkeit, der Scheinwahrheiten und der Scheinehre, diese Welt von Druck und Dumpfheit, von Enge und Angst, in der keine echten, frohen Menschen wachsen konnten, diese Welt, die dem damaligen und auch noch dem späteren Deutschland so gefährlich war, die Welt der beschwerten Tüchtigen und gehemmten Soliden, die von den oberen Schichten mit wohlwollender Rücksichtslosigkeit ausgenutzt wurden. Grau und feucht sah es bei der armen Klara aus, es roch nach schlechter Luft und sparsamem Essen, kein bißchen Glück zwitscherte in dem bescheidenen Winkel; jeder fühlte — wenn das nicht steigen konnte, dann war es besser, es sank, auch Besitzlosigkeit kann frisch und frei machen, nicht nur Besitz. Ein Leben ohne Fesseln! Dieser Schrei, der aus dem hoffnungslosen Jammer der „Maria Magdalena“ tönt, war, transponiert ins Allgemeinste, der Schrei Deutschlands.

Es gab auch viele Schriftsteller, die das billigere und dankbarere Geschäft vorzogen, dem Zeitgeist etwas zum Lachen zu geben: Bauernfelds Wiener Esprit begeisterte aber schließlich doch ein braves bürgerliches Publikum für die blasierte Verrücktheit liebenswürdiger Barone, und wenn auch er sich gegen die Bevormundung Metternichscher Staatsallwissenheit wandte, so wurde doch keinem ganz klar, wohin nun gerade der Bauernfeldsche Fortschritt führen sollte. Greifbarer, aber auch trivialer war der gute Roderich Benedix, der recht zum Behagen des Spießertums seine harmlosen Weltverbesserer perorieren ließ, und als ein gewandter Theaterzimmermann Rührung, Spott und Edelmut so untereinander mischte, daß sich der gesunde Menschenverstand bescheidener Geldverdiener sicher und wohligh dabei fühlen konnte. Saftiger, poetischer, wahrhaft volkstümlich und deshalb als Quelle der Zeitgeschichte für den späteren Betrachter unschätzbar ist die damals aufkommende Posse, die echt deutsche Vorläuferin der später aus Paris als etwas Neues importierten Revue. Die Wiener Meister Raimund und Nestroy haben hier Götter und Handwerker, Weltumsegler und Zauberer, die Laster des Reichtums und die solide Tugend der Armen zu einem bunten Sammel-surium von Theaterspektakel, Kulissenreißerei, schlagenden Couplets, Bekehrungen, Intrigen, Weltweisheit, Schicksal, Zufall und Abenteuern mit humoristischem Tiefsinn und beseelter, wahrhaft österreichischer Grazie zurechtgerührt; da geschah wirklich beinahe mehr, als wohlerzogene Jugend vertragen konnte, Romantik und Aktualität wirbelte lustig und aufregend durcheinander, man konnte sich allerlei dabei denken, und auch die Phantasie der göttlich freien und frechen Dichterkompositeure hatte sicher mehr damit gewollt, als sogleich zu begreifen war. Der „Lumpacivagabundus“ besonders steckt voller Gesellschaftsrevolte, eingewickelt in überlegen dreiste Harmlosigkeiten. David Kalisch hat nach diesen Wiener Mustern und auch schon nach Pariser Vorbild die Berliner Posse geschaffen und manche Wettbewerber und Nachfolger dabei gefunden: da klang nun alles schärfer und ein bißchen unbarmherzig, die Reimlieder hieben

kecker drauf los, die Volks- und Zeittypen schlugen derber und absichtsvoller durch. Kalischs „Hunderttausend Taler“ waren zwar der französischen „Chasse aux millions“ nachgebildet, setzten sich aber mit ihrer Frische und Handfestigkeit als die wahrhaft klassische Leistung des mit allen Zeitgewässern gewaschenen Autors fest, dessen volkstümliche Unverdrossenheit keine reaktionäre Regierungsweisheit und keine hochgestellte Kritik totmachen konnte. Der Berliner Weißbierphilister Kalischs, der Wiener Staberl, der Frankfurter Herr Hampelmann — sie waren alle Abwandlungen des uralten Kasperletypus, des braven, armen, ewig hungrigen Sohnes des Volkes, der voll Mutterwitz und schlagfertiger Körperkraft sich gegenüber der hohen Obrigkeit, ja dem Teufel selbst mannhaft behauptet. Auch in diesem Typ erkannte sich die beginnende Volksbewegung gerne wieder.

„Und a Busserl heißt dort Kuß“ —

heißt es in dem artverwandten Singspiel „Die Wiener in Berlin“ des fröhlichen Schlesiers Karl von Holtei.

*

Österreichische, süddeutsche und schlesische Poeten glaubten damals immer noch in die Barbarei zu versinken, wenn sie nach Berlin kamen. Keiner hat die kalte hochmütige Stadt bitterer angeklagt und schlimmer mißverstanden als der Kurhesse Franz Dingelstedt, der witzige kosmopolitische Nachtwächter, der es ja dann auch in Wien zu glänzender Lebenshöhe bringen sollte. Die stärksten Talente auch der lyrischen Dichtung waren unpreußische, und schon deshalb etwas antipreußische Menschen. Neben die Österreicher Anastasius Grün und Alfred Meißner, die Ungarn Lenau und Karl Beck traten der lippische Westfale Freiligrath und der Schwabe Herwegh, der Nürnberger Daumer, der Lübecker Geibel, der Niedersachse Hoffmann von Fallersleben; nur Robert Prutz war Pommer. Und gerade Prutz ist unter allen diesen am meisten gelehrt und reflektierend, ein Dozent und Humanist in Versen, dessen Satire wohl beißen konnte, aber nicht lustig, nicht spontan genug war, sondern die Kennerschaft klassischer und geschichtlicher Bildung voraussetzte.

Am meisten von der Zeit und ihrem Treiben abgewandt war nun Georg Friedrich Daumer, Schüler und dann Kollege Hegels am Nürnberger Ägidien-Gymnasium, als Erzieher Kaspar Hausers in diese Zeitsensation wider Willen verwickelt, ein seelisch überzarter, gedanklich dem Tiefsten verbundener Grübler, der, Goethe-gläubig, die Welt des Hafis von neuem dichterisch bezwang und das Scheinchristentum entarteter Jahrhunderte voll Ekel und Ingrimme entlarvte. Als Einsamer und Abgesonderter hat er doch von dieser Seite her den Feuerstrom seines unerbittlichen Wahrheitsstrebens in die Opposition aus neuer freier Weltanschauung geleitet. Den Nachgeborenen bedeutet der von Bodenstedts banaler Orientpoesie bald verdrängte Dichter Daumer doch noch viel, weil Johannes Brahms seinen schönsten Liedern die Vertonung schenkte⁶⁾.

Der fromme Pfarrersohn Emanuel Geibel hat sich dagegen schon früh mit

den alten Mächten abgefunden; seinem Liebestraum mit der hessischen Aristokratin entsprang nicht nur eines der schönsten und ganz zum Volksgut gewordenen deutschen Mailieder („Der Mai ist gekommen“⁷), sondern eine vielleicht allzu loyale Gesinnung, die in der Formglätte seines anmutig sicheren Verses, dem gewandten Rhythmus seiner korrekt gebauten Strophen ihr charakteristisches Widerspiel findet. Das war alles voll zarter Stimmung und echt besonders in der Liebeswehmut, aber schon die Zeitgenossen vermißten in diesem bald gräzisierenden, bald romantisierenden Poeten das Gären und Ringen ursprünglicher Leidenschaft. Die Sonette auf Schleswig-Holstein zeigten wenigstens die Begeisterung eines gegenüber fremder Mißgunst kampffrohen Deutschtums.

Der erste echte Klang wahrhaft politischer Lyrik kam aus dem österreichischen Deutschland⁸). Anastasius Grün hatte schon in der Stimmung der Tage nach der Julirevolution seine Anklage gegen Zensurzwang und Spitzelwesen, Bevormundung, Polizeischikane und Obskurantismus dem Metternichschen System entgegengeschmettert. Dieser Graf Anton Auersperg war sicher ein besserer Österreicher als es je der Rheinländer Metternich sein konnte: ein vornehmer Freigeist, vergnügt und naturwüchsig, Abkömmling josefinischer Gerechtigkeit und Reformlust, kein Revolutionär, sondern ein Volksfreund, der rechtzeitig helfen und sorgen wollte. Zerstören lag ihm nicht; liebte er doch instinktiv den Burgen- und Klosterzauber dämmerigen Mittelalters. Aber er wollte politisch vorwärts, aus dem gleichen echten Gefühl klugen Anstandes heraus, das dem prachtvollen Manne auch in allem Menschlichen eigen war. Als Dichter konnte er die strömende Bilderfülle nicht immer meistern; wahr und warm ist aber jedes Wort dieser klingenden, ja klirrenden Zeilen. Vielleicht ist dieser österreichische Edelmann der erste, der als Dichter auch die neue Welt technischer Realitäten mit freudigem Mute begrüßte und auch sie als Stoff lebendiger Poesie in Anspruch nahm. In der „Poesie des Dampfes“ beginnt er:

„Ich höre Lieder, ehrenwerte, klagen,
 Seh' edle Angesichter sich verschleiern,
 Prophetisch trauernd, daß in unsern Tagen
 Der Prosa Weltreich seinen Sieg will feiern . . .“

Und nun bekennt er sich zu dieser neuen Zeit:

„Ich will indes hinab die Bahn des Rheines
 Auf schwarzem Schwan, dem Dampfschiff, singend schwimmend,
 Den Becher schwingend voll des goldnen Weines,
 Dir, Menschengest, den Siegeshymnus singen⁹).“

Wie schade, daß die heitere, dem Leben stets wahrhaft entgegengrünende Natur des Wiener Spaziergängers von der jüngeren politischen Dichtung verkannt und beföhdet und dadurch zu heftiger Abwehr gezwungen wurde! („Die Nibelungen im Frack“, Leipzig 1843.)

Nikolaus Lenaus melancholisch-phantastische Poesie hat nur in den Polenliedern und in den „Albigensern“ das tiefe Freiheitsgefühl des Dichters offenbart; sonst hielt ihn sein Dämon am Ringen um Gestaltung von Natur und Weltanschauung fest. Sein ungarischer Landsmann Karl Beck ist zu Unrecht vergessen. Er hat in den „Nächten, gepanzerten Liedern“ als Helden Ludwig Börne beschworen, der eine Freiheitsbibel schreibt (1838). Der Roman in Versen „Janko“ ist eine glühende Anklage gegen den rohen Mißbrauch feudaler Privilegien. Seine „Lieder vom armen Manne“ malen voll rücksichtsloser Energie das wachsende Elend der unteren Schicht und die Lauheit der mittleren:

„Wer Weib und Kind, ein Häuschen gar besitzt,
Drei Brausepulverchen, das Blut zu stillen,
Der sagt sich klug: „Was hilft es jetzt,
Sich spießen lassen um der Freiheit willen?
Was hilft das volle Glas in der Rechten?
Das Zweckgelag? Das Zungenfechten?
Was hilft's, zur Kleinheit und Gemeinheit
Zu reden von der deutschen Einheit?“¹⁰⁾“

Mit verwegendem Witze sind diese Lieder Rothschild gewidmet. Da heißt es:

„Ja feilsche nur mit Staaten und Thronen,
Befestige deine papierenen Kronen
Bedächtig in deinen weißen Haaren!
Wenn du des Bürgers Mark gesogen,
Erbaue Spitäler und Synagogen,
Es wird der Herr sie segnen und wahren!
Laß dann von hundert erhandelten Leiern
Dein mildes Herz geschwätzig feiern;
Ja kaufe mit deinen verrosteten Dreiern
Den Frommen den billigen Himmelstrost!
Mir aber graut vor einem Erbarmen,
Das auf dem Markt mit Bettlern kost
Und heimlich mit unersättlichen Armen
Die Fürsten verführt und die Völker verlost!“¹¹⁾“

Ein Zeitgenosse urteilt darüber: „Die Widmung an Rothschild ist fulminant, ein poetischer Brander, ein sozialistischer Fehdebrief, in der Form gerundet, schlagend, gewaltig!“¹²⁾. Derselbe Kenner hat den Deutschböhmen Alfred Meißner „vorwiegend einen sozialistischen Dichter mit modern-französischer Färbung“ genannt: sein „Ziska“ stellte das alte Hussitenschicksal als Kampf moderner Ketzerei, als Aufstand des freien Geistes gegen Zwang und Vorschrift dar. Auch Moritz Hartmann nannte seine erste Gedichtsammlung in Erinnerung großer böhmischer Vergangenheit: „Kelch und Schwert“ (Leipzig 1845); die schlichte

Wärme dieser Lieder verriet noch nicht den politischen Pamphletisten großen Stils, den die Revolution erst aus Hartmann schmiedete.

Sehr stark ins wirkliche Volksleben und das werdende politische Wollen hat Hoffmann von Fallersleben gewirkt, selbst ein echter Volksmensch, wiedererstandenen aus deutschen Mittelalterzeiten als fahrender Scholar und Sänger, wie diese seine Vorfahren der Träger von Neuigkeit und Nachricht, das lebendige Organ sprühenden und zündenden Witzes, als Lautenspieler auf mancher Wirtshausbank viel beklatscht und bejubelt: eine echt gewachsene Figur, saftig und behaglich, Kindern und Großen schnell lieb mit seinem wilden Haarschopf, Autor ungezählter „Chansons“, wie sie die Zeitgenossen in noch lebendiger Erinnerung an den gleichgearteten Béranger nannten, Vertreter also einer in Deutschland noch nicht so erlebten poetischen Gattung, des politischen, wirklich singbaren, durch den Refrain zum Rund- und Abgesang geradezu mitreißenden Liedes. Das waren nun keine versifzierten Leitartikel oder hegelianische Deduktionen, keine erklügelten Gelehrsamkeiten, halb Anspielung, halb Anmerkung, sondern etwas Natürliches, Saloppes, Derbes, Fröhliches, Übermütiges, voll Waldduft, Blut und Musik, dreist und sorglos, aber ganz ohne Gift. Dabei war Hoffmann ja auch ein gelehrter Germanist, freilich einer, der aus der Wärme der Volksüberlieferung sich und andern den Reichtum deutschen Volkstums unerschöpflich immer zu vergegenwärtigen wußte, wie es etwa auch Uhland getan hatte, dessen eigene Produktion freilich sparsamer und schon deshalb künstlerisch kostbarer floß. Hoffmann von Fallersleben hat viel improvisiert, er warf lieber Neues aufs Papier und ins Publikum, als daß er am Alten viel gebosselt hätte — doch in seinen besten Stunden ertönte der so schlecht behandelte, aber immer unverwüstliche Sohn der deutschen Heimat reich und voll wie eine Äolsharfe in der würzigen Luft seines so „über alles“ geliebten Deutschland. Die „Unpolitischen Lieder“ (1840/41) enthielten schon, lustig genug, einen frischen Hieb nach dem andern gegen die Dummheiten des Polizeistaates; dann kamen die „Schlesischen Volkslieder“ (1842), die „Deutschen Lieder aus der Schweiz“, die „Kinderlieder“ (beide 1843), die deutschen „Gassenlieder“ (1843), und besonders wirksam die „Hoffmannschen Tropfen“ (1844), deren flotte Verwegenheit den preußischen Bürokraten bitter genug schmeckte.

Der weggejagte Professor Hoffmann von Fallersleben war nach vielen Irrfahrten schließlich froh, als Bibliothekar des Herzogs von Ratibor in Corvey mit Ehren und Gemütsruhe alt werden zu können¹³); es war das Schicksal des deutschen Geistesmenschen von damals, zwischen Studierstube und Kneipe sich so durchzuschlagen; nur wenige kannten die wirkliche Welt. Einer von diesen wenigen war Ferdinand Freiligrath, der als Kaufmannslehrling vom Wuppertale wenigstens bis Amsterdam kam, dem Beruf und Geschmack das farbige Wesen des Kampfes um Reichtum, um koloniale Schätze, um den Sinn kapitalistischer Arbeit überhaupt nahe brachten. Wenn Béranger auf Hoffmann stark eingewirkt hat, so hat Freiligrath Victor Hugo nachgestrebt, ohne im

Anfang dabei wie Hoffmann ganz er selbst zu bleiben, sondern etwas abhängiger wohl in Stoff und Form, aber auch schnell wieder in Eigenstes emporgehoben durch eine besonders starke Begabung für das malende Wort. Auf uns Spätere wirkt das Orientalisch-Exotische Freiligraths freilich oft wie eine virtuos aufgebaute Staffage, das Fremdwörterreimspiel erscheint gesucht, und vieles ist greller Effekt statt bezwingende Lösung; eine Jugendballade wie der Prinz Eugen kündigt aber schon den besten Freiligrath an. Der frohe Rheinweinzecher, der begeisterte Heimatwanderer — mit Levin Schücking widmete er ihr das warmblütige Werk vom malerischen und romantischen Westfalen — ist durch die bösen Erfahrungen der vierziger Jahre ein extremer Republikaner geworden und als solcher der wirkungsvollste, der wahrhaft klassische Verkündiger und Sänger der Revolution von 1848/49. Wenn er vorher sich manchmal einem allzu leichten und etwas leeren Wortklingklang ergab, so wünschte er jetzt selbst Kamele und Löwen zum Teufel; es reifte nun durch die politische Glut in diesem Dichter eine Manneskraft, etwas Gesammeltes, etwas Kühnes, das schon die Zeitgenossen mitriß und noch nach Menschenaltern die Frische bewahrt. In den „Flottenträumen“ von 1843 begrüßt er bereits den zukünftigen Siegeszug der schwarzrotgoldnen Fahne, der er dann 1848 das Triumphlied sang. Hier heißt es:

„Schwarz, Rot und Gold! Frei weht ihr auf den Stangen
Und Masten jetzo, gürtend rings das Land!
In tausend Wimpeln, einst verpöntes Band,
Hat dich der Ozean selber umgchangen.“

In der Sammlung „Ça ira“ von 1846 ruft er auf zu der Fahrt nach dem „geahndeten Amerika“. Das Schiff heißt: „Revolution“ — es soll „die verfaulte schnöde Galeere“ des alten Staates kapern, Raketen schleudern in „der Kirche scheinheilige Jacht“, seine Kanonen richten auf „des Besitzes Silberflotten“. Wie wird die neue Erde aussehen, nach der die Fahrt geht? Das ist das Land,

„Wo die Freiheit herrscht und das Recht,
Wo kein Armer stöhnt und kein Knecht,
Wo sich selber Hirt ist die Herde.“

Dort blickt „der Mensch von der Menschheit Höhen“, „Unenterbt durch die Schöpfung“.

In dem Gedichte „Eispalast“ prophezeit er die neue Zeit auch für Rußland:
„Doch auch in Rußland kommt der Lenz, und auch der Nawa Blöcke taun.“

Das sozialistische Moment drängt nun immer mächtiger vor: „Der „Proletariemaschinist“, der den preußischen König auf dem Rheindampfer fährt, symbolisiert in sehr eindrucksvoller Weise die unterirdische Welt, von der die harmlose Liebenswürdigkeit da oben auf dem Deck nichts ahnt. Das Schiff gleicht dem Staate: man kann oben nicht wandeln, wenn unten der Heizer nicht seine Eisen packt:

„Du bist viel weniger ein Zeus als ich, o König, ein Titan!
 Beherrsch' ich nicht, auf dem du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
 Es liegt an mir: — ein Ruck von mir, ein Schlag von mir zu dieser Frist,
 Und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist!
 Der Boden birst, auf schlägt die Glut und sprengt dich krachend in die Luft!
 Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
 Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte, morsche Ding, den Staat,
 Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat.“ —

Freiligraths dichterische Kraft sieht dann den Zeughaussturm voraus —
 („Wie man's macht“) unheimlich-wahrhaftig ist diese Prophetie:

„So wird es kommen, eh' ihr denkt: das Volk hat nichts zu beißen mehr!
 Durch seine Lumpen pfeift der Wind! Wo nimmt es Brot und Kleider her?“

Es kommt zum Kampfe mit den Truppen.

„Marsch denn, ihr Geusen dieser Zeit! Marsch, Proletarierbataillon!“

Und der Bettelsack besiegt die Adlerfahne. Die Lawine wächst. Der Thron
 stürzt um, die Krone fällt —

„Aus Brand und Blut erhebt das Volk sieghaft sein lang zertreten Haupt!“

Prachtvoll ist auch der Gedanke in dem Gedicht: „Freie Presse“: Der Herr
 der Druckerei läßt aus den Lettern runde blanke Kugeln gießen — denn morgen
 geht es los! Später soll wieder gedruckt werden, jetzt wird gekämpft.

„Und die erste Salve prasselt! Das ist Revolution!“

Freiligrath war viel hin- und hergetrieben, er lebte in Belgien und dann in
 der Schweiz, ein politischer Flüchtling wie viele; aber kaum einer hat so glühend
 wie er auf die Stunde der Tat gewartet:

„Von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt,
 Von Land zu Land — mich schiert es wenig.
 Kein Zug des Schicksals setzt mich matt —
 Matt werden kann ja nur der König¹⁴).“

Stärker als alle andern, der einzig wahrhaft starke Dichter damals neben
 Heinrich Heines Genie war endlich Georg Herwegh. Er war der erste, dessen
 Posaunenruf die ganze deutsche Jugend vom Anfang der vierziger Jahre zu-
 jubelte, dem die andern doch nur nacheiferten — denn das deutsche politische
 Gedicht als eiserne Klage und Anklage hat seine Meisterschaft geschaffen. „Ge-
 dichte eines Lebendigen“ (zuerst 1841, dann vermehrt 1843/44 und wiederholt
 aufgelegt) hießen diese Strophen mit seltenem Recht. Nicht nur dem „Ver-
 storbenen“, dem weitgereisten, eleganten, welt- und frauengewandten Fürsten
 Pückler, war hier persönlich eine Fehde angesagt:

„O Ritter, toter Ritter,
 Leg' deine Lanze ein!
 Sie soll in tausend Splitter
 Von mir zertrümmert sein!“

Diese ganze verstorbene Welt ward nun von dem Feuerstrome in Asche gelegt, der aus der Dichterseele eines Vierundzwanzigjährigen quoll. Philosophen und Presseleute, alte Studenten, die jungen Frauen, ja sogar angegraute Stammtisch- und Regierungsgrößen huldigten dem Jüngling, der mit seinen dunkeln Glut- augen, seiner schönen, elastischen Kraft, seinem angespannten federnden Willen wie keiner den Traum der Zeit verkörperlichte, den Traum vom Volksstreiter, vom männlichen Befreier. Aus der von Friedrich Wilhelm IV. gewünschten Audienz — Herwegh glaubte wie viele an diesen König — und aus dem etwas geschwellenen Briefe, den der Dichter, von der Redeflut des Königs ertränkt und nicht zu Worte gekommen, nachträglich an ihn schrieb, haben schon die Genossen der ereignisarmen Zeit viel zu viel gemacht; für die Bedeutung des Dichters Herwegh hat die Episode mit dem König gar keinen Belang. Die Erfahrung hat ihn politisch radikaler gemacht, der Freiheitsprophet wurde zum Revolutionär, und Herwegh war wenigstens einer von den Revolutionären, die ihr Leben für die Gesinnung aufs Spiel setzten und an dieser Gesinnung auch dann festhielten, als die Gegenseite gesiegt hatte. Der schwäbische Eigensinn bockte eben in ihm, verbunden mit einem sehr einseitigen, aber sehr großen Talente. Von materiellen Sorgen durch die Heirat mit einer nicht nur reichen, sondern auch tapferen und überzeugungswarmen jüdischen Berlinerin befreit, brauchte er kein Vielschreiber zu werden, was doch in dem unseligen Emigrantendasein, das er später führte, ein besonderes Glück war. Herwegh war nicht weltklug und im Gedanklichen nicht konsequent — es gab damals und später genug Leute, mehr als genug, die diese Eigenschaften hatten. Aber er war eine politische Dichternatur von fürstlichem Reichtum — der Erzgewalt seiner Hymnen, dem Fieberschauer seiner Prophetie ist auch noch heute nicht zu widerstehen. Wie jeder Pathetiker fürchtete er nur eines Feindes tödliche Waffe: den Spott — und Heinrich Heine hat ihm ja grausam genug damit aufgewartet. Sonst packte Herwegh mit der blitzenden Männlichkeit eines heiligen Georg an, was ihm entgegenstand:

„So tönt zu meinem stillen Volke
 Mein zürnend, Freiheit heischend Lied;
 Ich bin die schwere schwarze Wolke,
 Der Gott den Donner nur beschied:
 Ich bin kein froher freud'ger Buhle,
 Des Wappen Rose und Pokal,
 Ich sitz' als Geist auf Bankos Stuhle
 Bei jedem frechen Königsmahl.“

Republikanische Freiheit galt diesem Schwaben als das Höchste:

„Ich bin ein freier Mann und singe
Mich wohl in keine Fürstengruft“ —

lautete sein Programm mit nur allzu deutlicher Anspielung. Wie alle echten Revolutionäre will Herwegh den Kampf — den letzten Kampf, um dann den Frieden der Freiheit zu erleben. Die Schlußstrophe des Gedichtes: „Der letzte Krieg“ ist später mit einer mildernden Variante als Inschrift in der Paulskirche zur Zeit der Nationalversammlung verwandt worden. Im Original heißt sie:

„O walle hin, du Opferbrand
Hin über Land und Meer,
Und schling' ein einzig Feuerband
Um alle Völker her.
So wird er uns beschieden,
Der große, große Sieg,
Der ewige Völker-Frieden —
Frisch auf, zum heiligen Krieg!“

Gegen wen ging dieser Krieg? Gegen Tyrannen und Philister, sagt Herwegh, so wie es seit Schiller viele Libertiner gesagt haben, von denen einige nachher — Banditen geworden sind, und die, trotz allem, mit dieser Devise im tiefsten recht hatten. Denn die deutschen Tyrannen und die deutschen Philister lebten im Grunde voneinander; nirgends waren auch wie in Deutschland die Tyrannen so philiströs, die Philister so tyrannisch. Herweghs berühmteste Kampfansage war der „Aufruf“ — in dem, mit immer eindringlicherer, aufwühlenderer Abwandlung dreimal Anfangs-, Mittel- und Schlußstrophe mit den Zeilen beginnen:

„Reißt die Kreuze aus der Erden!
Alle sollen Schwerter werden,
Gott im Himmel wird's verzeihn.“

Statt „vive le roi“ soll es nun heißen: „vive la liberté“. Im Schweizerlande, wohin er floh, lernte der Dichter den Ruf: „vive la république“. So soll auch aus den neununddreißig Lappen in Deutschland ein Heldenpurpur werden, ein Reich wie ein Sonnenschein,

„Ein Herz, ein Volk, ein Wappen!“

Wer wie er, sagt Herwegh, mit Gott gegrollt hat, „darf auch mit einem Könige grollen“. Stolz sollen die Dichter sein, stolze Diener des Volkes; der deutsche Napoleonkult ärgert ihn — sein Held ist Ulrich Hutten. Denn aus der Geistesfreiheit kam von jeher die politische Freiheit — so wird es auch da eines Tages keine Laien geben, nur noch Priester. Der russische Zar ist Deutschlands schlimmster Feind, Raupach wird bald die ganze russische Geschichte dramati-

sieren. Paris enttäuscht ihn, es erscheint ihm „der Freiheit Capua“. Je länger er im Auslande lebt, desto stärker wird, trotz aller Liebe zur Schweiz, das Heimweh nach Deutschland, nach dem besseren freien Deutschland seines Dichtertraumes.

Herwegh ist auch der erste deutsche Dichter, der mit einem wundervollen Instinkte das Wort und damit den Begriff erfaßte, der dem damaligen politischen Deutschland zur Klärung seines Wollens so bitter nötig war — Wort und Begriff: „Partei“. Freiligrath hatte in den Versen, deren Flügel heute noch mit merkwürdiger Lebendigkeit flattern, für den Dichter etwas Höheres in Anspruch genommen:

„Der Dichter steht auf einer höhern Warte
Als auf der Zinne der Partei.“

Dagegen erhebt nun Herwegh seine eherne Stimme:

„Partei, Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war?
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfemen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider!
Und die Parole: Sklave oder frei!
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder
Und kämpften auf der Zinne der Partei.“

Das Herz sollte jedem echten Deutschen beben, wenn sich dieser Ruf noch steigert:

„Sieh hin! Dein Volk will neue Bahnen wandeln,
Nur des Signales harrt ein stattlich Heer;
Die Fürsten träumen — laßt die Dichter handeln!
Spielt Saul die Harfe, werfen wir den Speer!
Den Panzer um! Geöffnet sind die Schranken!
Brecht immer euer Saitenspiel entzwei
Und führt ein Fähnlein ewiger Gedanken
Zur starken, stolzen Fahne der Partei.“

In der Tat: darauf kam es nun an — die Deutschen mußten eine Sache wollen, sie durften nicht mehr beschaulich und gerecht, nicht mehr vernünftig und mitleidig sein. Der Tag der Leidenschaft, der Tag des Willens brach an. Es war ein Sterben an alter Krankheit im Vaterlande; wer jung war, mußte sterben lassen, was starb, und Partei nehmen für des Volkes Zukunft; wer jung war, mußte ein Banner wählen, welches es auch war. Ein Fluch den „Unparteiischen“, den ewig Ruhigen, den fischblütig Stillen!

„Ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden —
Und meinen Lorbeer flechte die Partei!“

schließt der Dichter. Nur einmal noch hat Herwegh eine solche Höhe der Form und Gesinnungskraft erreicht — in dem Gedicht: „Die deutsche Flotte“. Der Parteimann aus Schwaben war ein glühender deutscher Patriot — auch hier kein vorausschauender, abwägender politischer Mensch, sondern ein vom Empfindungsstrom ins Weltgeschichtliche hochgetragener Prophet. Wer wie wir das Schicksal der ersten deutschen Flotte kennt und das der zweiten miterlebt hat, der kann nur mit tiefster Bewegung diese Strophen lesen:

„Erwach', mein Volk, mit neuen Sinnen!
Blick' in des Schicksals goldnes Buch,
Lies aus den Sternen dir den Spruch:
Du sollst die Welt gewinnen!
Erwach', mein Volk, heiß' deine Töchter spinnen!
Wir brauchen wieder einmal deutsches Linnen
Zu deutschem Segeltuch.

Hinweg die feige Knechtsgebärde!
Zerbrich der Heimat Schneckenhaus,
Zieh' mutig in die Welt hinaus,
Daß sie dein eigen werde!
Du bist der Hirt der großen Völkerherde,
Du bist das große Hoffnungsvolk der Erde,
Drum wirf die Anker aus.

— — — — —
Das Meer wird uns vom Herzen spülen
Den letzten Rost der Tyrannei.
Sein Hauch die Ketten wehn entzwei
Und unsere Wunden kühlen.
O laßt den Sturm in euren Locken wühlen,
Um frei wie Sturm und Wetter euch zu fühlen;
Das Meer, das Meer macht frei!“

Hinaus soll also der Deutsche; er soll das Steuer des Schiffes und damit das Steuer der Weltgeschichte ergreifen; er soll sich die Segler selbst erbauen —

„Der Freiheit beste Garden,
Mit eigenen Flaggen, eigenen Kokarden . . .“

Diese Freiheit, meint der Dichter, wird auch die Freiheit vom englischen Krämergeiste sein; möglich ist sie nur, wenn ein Volk einem Herrschermunde gehorcht — Herwegh verlangt hier den Einheitsstaat unter dem Volkskaiser; mit einer grandiosen Phantasie schließt er den beinahe Beethovenschen Hymnus:

„Schon schaut mein Geist das nie Geschaute,
 Mein Herz wird segelgleich geschwellt,
 Schon ist die Flotte aufgestellt,
 Die unser Volk erbaute;
 Schon lehn' ich selbst, ein deutscher Argonaute,
 An einem Mast und kämpfe mit der Laute
 Ums goldne Vlies der Welt.“ —

✱

Vom „Sternbald“ Tiecks, vom „Maler Nolten“ Eduard Mörikes bis zu Gottfried Kellers „Grünem Heinrich“, aber schon vorher und später war der bildende Künstler der bevorzugte Träger des deutschen Bildungsromans. Es ist fast erstaunlich, daß Goethe aus seinem Wilhelm Meister keinen Maler gemacht hat — vielleicht deshalb, weil sein eigenes Innerstes zu stark und zu tragisch gerade um diese Kunstform rang. Aus der ganzen Epoche spricht die Sehnsucht nach der großen deutschen Malerei — als der beglückenden Ergänzung meisterhafter Literatur, als der Vollendung deutscher Geistesstat. Eine deutsche Malerei entstand nun in der Tat — aber einen Goethe der Malkunst hat sie nicht hervorbringen können. Es lag wohl hauptsächlich daran, daß diese neue Kunst viel abhängiger war von dem, was sie bekämpfte, als sie selbst glauben mochte. Die Zeit des Napoleonischen Empire und des greisen Kunstrichters Goethe war bildkünstlerisch die Epoche der David, Carstens und Canova. Es herrschte die große klassizistische Linie, die reine Proportion, der beruhigte Stil akademischer Würde, ein stiller Adel, von dem man glaubte, daß er dem Wesen der sogenannten „Antike“ entsprach — die große, etwas leere Form, ohne Licht, Luft und Farbe, mit übertriebener, statt aufgelöster Kontur, eine unmalerische Malerei, eine eisgekühlte Plastik, eine dem Monumentalen zustrebende, aber harmonisch abgedämpfte Architektur. Dagegen kämpfte nun die neue, bewußt deutsche Kunstauffassung an; sie beschwor den jungen Goethe gegen den alten, den jungen Straßburger Goethe, der die genialische Gotik französischen Germanentums als deutsche Baukunst gefeiert hatte, sie entdeckte die bunte charaktervolle Kraft des späten rheinischen und süddeutschen Mittelalters, sie rettete sich aus der rationalistischen Langenweile antikisierender Kunstpredigten in die süße Wärme, die keusche Beseeltheit, das heitere, gläubige Engelwesen der Präraffaeliten. Aber diese „Nazarener“, denen auch der Spitzname bald zum Ehrentitel wurde, waren rein künstlerisch doch Epigonen des Empire; ihre Stoffe waren neu — Goethes „Faust“, die Nibelungen, die biblische Geschichte, die Welt von Bojardo und Ariost; aber ihre Form war alt, sie machten sich von der Tyrannei der Linie nicht los, sie ersetzten eine Kunsttheorie durch eine andere, und sie fielen der „Antike“, die sie flohen, gerade in den Präraffaeliten, von neuem zum Opfer, die selbst ihr italienisches Volkstum durch die niemals gestorbene, in jedem mittelalterlichen Jahrhundert wiedergeborene „Antike“ stilisiert hatten. Die Nazarener suchten das Deutschtum — sie fanden aber nur die

eine Seite: das philosophisch-literarische Deutschtum, das Deutschtum der gedanklichen Konstruktion, der wiedererstandenen Religiosität, das dichtende, historisch orientierte Deutschland. Die Frische bäuerlich-bürgerlichen Volkstums, die kräftige Stimmung deutschen Naturlebens blieb ihnen fremd — und nur aus dem Erlebnis dieser Daseinssphäre konnte eine blutvolle, wahrhaft malerische Kunst erwachsen: so wie es in Spanien, Holland und Frankreich und auch bei uns später sich tatsächlich vollzogen hat. Die Kunst der Overbeck, Philipp Veit, Steinle, Schnorr, Führich und der anderen behauptet gewiß ihre Wahrheit und ihren Wert: sie empfindet tief und fromm, sie ist zart und innerlich, sie meistert die reine Anmut rührend schöner Linien. Trotz ihrer Unsinnlichkeit und Blutleere kann diese Kunst auch die Späteren fesseln, besonders in den Porträts, und historisch ist ihre Wirkung auf ein schlichtes, biedermeierisch befangenes, bildungsfrohes Geschlecht wohl zu begreifen. Der belehrende, literarische, selbst anekdotische Zug ist freilich ihr Schwächstes. Den meisten Deutschen war die bildende Kunst damals eine Art — Illustration, ein erläuterndes Nebenbei, kein Wesen für sich mit eigenem Daseinsrecht.

Am größten unter den Nazarenern und groß über seine Zeit hinaus war freilich Cornelius; wenn auch er seine mächtigen Fresken nicht gemalt, sondern gedichtet hat, so besaß er doch ein Raumgefühl, eine kompositionelle Begabung, eine Charakterisierungsschärfe, einen Erfindungsreichtum — also eine Summe von rein künstlerischen Eigenschaften, die seine Persönlichkeit so monumental machen wie sein Wollen. Mit Goethe verbindet ihn die Fülle der Gesichte, mit Hegel die Meisterschaft der Synthesis, mit Ranke die weltgeschichtliche Spannkraft¹⁵). Nur einer ist ihm aus der Zeit vergleichbar, ein Jüngerer und Unvollendeter: Alfred Rethel.

Die Nazarener waren Künstler, die mit der Kirche und den Königen gingen; sie wandelten auf den Höhen der Menschheit, loyal, bescheiden und sehr stolz zugleich, vom Volksleben getrennt. In Düsseldorf erwuchs eine bürgerliche Kunstpflege, für Bürger gedacht und auch von Bürgern gemacht. Die Stadt hatte ihren Hof und ihre Rubensbilder verloren — sie behielt wenigstens ihre Akademie, die sich auf eine weltlich-fröhliche Weise überraschend entwickelte. Die äußeren Erfolge der Düsseldorfer Schule beruhen wesentlich auf dem Aufschwung der Kunstvereine in Deutschland, die im Bürgertum neben dem literarischen und musikalischen Interesse nun auch das Verständnis für die bildende Kunst erweckten, regelmäßige Ausstellungen veranstalteten und durch ihre Gaben und Verlosungen das etwas spröde bürgerliche Mäzenatentum anzureizen und zu beschäftigen versuchten. Gewiß ist die mittelmäßige und mäßige Produktion durch solche Organisation mehr als billig gefördert worden. Historisch ist die Bedeutung der Kunstvereine doch recht groß — der wohlhabendere Deutsche mußte erst dazu erzogen werden, seine Stube künstlerisch zu schmücken, in der Art wie es in Westeuropa schon seit Generationen üblich war. Mit Stichen fing es an, Ölbilder folgten, die trockenen Stahlstiche wurden dann vom Kupferstich und

besonders vom Holzschnitt verdrängt. Anton Springer schätzt für die Zeit um 1850 den jährlichen Umsatz der Kunstvereine auf 200000 Taler; der Bremer Kunstverein hat von 1843/54 zum Beispiel allein die Summe von 72881 Taler für den Ankauf von Kunstwerken ausgegeben¹⁶⁾. Neben die gewiß sehr tätige, aber geschmacklich einseitige Kunstpflege der deutschen Fürsten trat nun eine neue Schicht, mit ihrer Eigenart, natürlich auch mit ihrer Einseitigkeit. Die Düsseldorfer Künstler der dreißiger und vierziger Jahre — also Wilhelm Schadow an der Spitze, dann Bendemann, Sohn und Hildebrandt haben den Kunststil der Nazarener versüßlicht, mit Gefühl und Tränen aufgelockert, sie haben das Kolorit kräftiger und leuchtender aufgetragen, ohne aber die Linie zu sprengen, sie sind schließlich auch im Illustrativen geblieben und haben noch das Sentimentale hinzugefügt, gehorsam dem Zeitgeschmacke, der überwiegend für das Solide, Wohl-anständige, Weichlich-Erbauliche war, dabei aber eine scheinbar zahme Beschäftigung der Sinne nicht verschmähte. Der hochbegabte Landschaftler Karl Friedrich Lessing besetzte seine Schlösser am Meere, seine Klosterkirchhöfe, seine Raub-burgen unter Gewitterhimmeln immer mit einer gefühlvollen Staffage, die die Landschaftsstimmung versinnbildlichen und die gerührte Neugier des Beschauers befriedigen sollte. Lessing hat aber durch seine berühmten Hussitenbilder (besonders Hus vor dem Konstanzer Konzil), die schon wegen des Motives diese Zeit des Deutschkatholizismus außerordentlich erregten, mit der Altdüsseldorfer Tradition gebrochen und einer lebendigeren realistischeren Kunstübung Geltung mitverschafft¹⁷⁾. Die starke Wirkung der jungen, von Gallait geführten belgischen Malerschule schlug hier durch. Da war nun in dem neuen Belgien wirklich etwas vom Geiste der alten Niederländer und Venezianer wieder wach geworden: Farben und Lichter, lockere, scheinbar naturalistische Komposition, Momentanität und Temperament, auflösende Luft im Raum. Bei der übermäßig stofflichen Gebundenheit der damaligen bildenden Kunst mußte sich der veraltende Idealismus auch den Angriff einer stark literarisch gestimmten Satire gefallen lassen. Adolf Schröders beschwingter Griffel karikierte in den trauernden Lohgerbern, denen die Felle weggeschwommen sind, nicht nur die trauernden Juden der Altdüsseldorfer Tränenseligkeit, sondern überhaupt den Gefühlsüberschwang einer absinkenden Zeit, der dem frischeren nüchternen Geist der vierziger Jahre nur noch komisch vorkam. Die beste Revolutionssatire von 1848, die Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, ist ja künstlerisch dann desselben Schröders Werk gewesen. Der satirische Zug war auch das Lebendigste in der sonderbaren Künstlerpersönlichkeit Wilhelm Kaulbachs. Seine Illustrationen zum Reineke Fuchs machten ihm einen wahrhaft volkstümlichen Namen: das war der Geist der Prutz und Dingelstedt, ins Malerische übersetzt — der Geist der fröhlich-frechen Kritik an Monarchie und Kirche, spitzer und flotter, großstädtisch amüsanter, als es eigentlich der tiefsinnigen Anmut der Goetheschen Hexameter entsprach. Kaulbach war der Schüler von Cornelius gewesen und hatte sich vom Meister durch die böartige Karikatur auf der Außenwand der Neuen Pinakothek

in München nicht ohne Zynismus losgesagt, aber von einem echten Neuschöpfer besaß er kaum mehr als den Mangel an Respekt und Dankbarkeit. Seine großen historischen Schinken im Neuen Museum, die der Berliner Geistreichelei so willkommenen Diskutierstoff boten, waren bei aller Bemühung doch nur rationalistisch verdünnter, mit Allegorien und Anspielungen gewandt aufgeputzter Pseudo-Cornelius. Wilhelm Kaulbach war seinem königlichen Gönner Friedrich Wilhelm IV. nur allzu verwandt: romantisch selbstgefälliges Epigonentum, dessen Unfähigkeit zu herber Gedankenarbeit sich mit effektvollen Einfällen verhüllte.

Nur negativ half Kaulbach zur Erneuerung der Kunst. Das Positive kam ganz woanders her. Es gab in Deutschland schon lange eine solide, anständige, manchmal auf ihre schlichte eigene Art bedeutende Porträtierkunst, die in der Öffentlichkeit ob all der gemalten Historien, Idyllen, Lyrismen, Anekdoten nur wenig beachtet wurde, eine altmeisterliche saubere Lokalkunst, die in Hamburg etwa von Runge und Oldach zu Janßen und Waßmann läuft, die sich in Berlin um Franz Krüger gruppiert: sie war wohl etwas nüchtern und trocken, aber treu und sachlich, in den Gegenstand und nur in ihn verliebt, ohne Pose und Reflektion. Der gleiche Geist entwickelte sich dann in der Landschaft — während in München und in Weimar noch alles griechisch und heroisch sein mußte, gestalteten die Hamburger Geusler und Morgenstern das Nahe, Lokale, Heimatliche — der starke Valentin Ruths folgte ihnen, um sie entscheidend zu übertreffen. Denselben Weg, aber auch ganz aus sich gingen die Berliner Meyerheim und Blechen. Erst aus den Bemühungen dieser Männer ist Adolf Menzels Meisterschaft geschichtlich zu begreifen. Da kam nun einer, der frei und gradaus war, der nur die sichtbare Welt selbst wollte, dem alles, was er mit seiner Könnerhand packte, so studiert und abgezeichnet es sein mochte, zu sublim malerischer Bildhaftigkeit erwuchs. Menzels Illustrationen zu dem etwas billig populären Franz Kuglerschen Werke über Friedrich den Großen und dann zur Prachtausgabe der Werke des Königs machten aus dem bösen fremden Alten eine behagliche und erhebende Anekdotenfigur für die Bedürfnisse des preußischen Staates und der treuen Hauptstadt Berlin, sie zauberten ein verbürgerlichtes, solide, sauber und anständig gewordenes Rokoko auf: das war in einer Zeit der kenntnisreichen Historienmalerei, die den Zopfstil eigentlich abscheulich undeutsch fand, ein völlig neuer Zug, energisch viel mehr dem neunzehnten als dem achtzehnten Jahrhundert dienstbar, etwas Willensstarkes, beinahe Politisches, Kritik und preußisch-deutscher Patriotismus zugleich. Schon Christian Rauch hatte in seinem Berliner Denkmal Friedrichs des Großen die Zeitgenossen dadurch verblüfft, daß er es wagte, dem König und seinen Feldherren statt der antikisierenden Toga Uniformen anzuziehen, die fraglos aus dem Siebenjährigen Kriege stammten, und den Figuren einen Geist und Rhythmus zu verleihen, der der konzentrierteren Tatkraft der Nachbiedermeierzeit entsprach. Hier lag etwas Wesentliches: es wurde seit 1830, und nun gar seit 1840 ungemütlich in Deutschland, und die Besten der Zeit wollten, daß es recht ungemütlich bliebe. Es gab Tendenzmaler, wie es Tendenzdichter gab. Flüggen, der

Münchener, bekämpfte die Erbschleicherei und sonstige Schandtaten der schlimmen Jesuiten; der Düsseldorfer Karl Hübner beklagte die Barbarei des Jagdrechtes, das Elend der Auswanderer, den Jammer der schlesischen Weber auf Bildern, die großen Lärm in der Öffentlichkeit machten, aber künstlerisch mit Recht vergessen sind. Hasenclever verspottete die rheinische Schoppenstecherei, Hosemann die Hungerleiderei des Literatentums; einer der feinsten und klügsten, Karl Spitzweg, bildete mit wehmütigem Humor die ganze Welt der kleinstädtischen Philisterei, aus der Deutschland herausmußte, die Welt der Dachstubenpoeten, blumenbegießenden Schulmeister, Bücherwürmer und Griesgräme, der zierlichen, aber ältlichen Courschneider, der zärtlichen Flötenbläser und der hochnäsigen Guts-herren. Der heutige Betrachter genießt hier nur allzu gern ein Idyll, das von so großer malerischer Begabung festgehalten wird. Geschichtlich ist die kritische Persiflage das Wichtigste gewesen. Soziale Tendenz steckt auch in dem Wiener Peter Feudi, der das Vorstadtelend mit unerwünschtem Kindersegen und Pfändungen zu schildern liebte, und in Danhausers „Prassern“. Ein großes, reiches Malerleben aber hat in Wien der Meister Waldmüller geführt, stark, englisch elegant im Porträt, stärker in der Landschaft, hier an Constable erinnernd, viel-töniger und beweglicher als die Hamburger und Berliner frühen Realisten und deshalb mehr noch wie sie in eine freiere Zukunft weisend. Rudolf Alts feine und energische Aquarellkunst wirkte in derselben Richtung — er durfte diese Zukunft ja noch voll unermüdlicher Kraft mitschaffen.

Wenn die bildende Kunst sich mit dem Anfang der vierziger Jahre aus einer literarisch bestimmten, illustrativen Angelegenheit zu einem technischen Problem mit Selbstzweck entwickelt hat, so hat sie damit, sehr zu ihrem Heile, aus dem Geiste einer nun nicht mehr „poetischen“, sondern naturwissenschaftlich-industriell werdenden Epoche die ihr adäquate Anregung genommen. Parallel mit dieser Entwicklung geht die andere der zunehmenden Versachlichung des Stoffes selbst. Rechte Volks- und Bauernmaler waren etwa die Frankfurter Dielmann und Burger — die Cronberger Malerschule sollte von ihnen ausgehen. Daneben wirken Ludwig Richters reizende Kindergestalten in der Philisterstube und Moritz von Schwinds Märchenphantasien wie eine Flucht ins Idyll zu einer Zeit, da das Idyll eigentlich schon vorbei war. Aber auch in der Literatur brachten ja die fünfziger Jahre noch eine spätromantische Nachblüte, die an Wert freilich weit hinter des Wieners Schwind prächtiger Fabulierkunst zurückstand.

In einem Meister sollte sich nun, für eine kurze Spanne nur, das Beste vereinigen, was in dem Kampf um eine deutsche Kunst in diesen Jahren steckte. Er war der Sonderfall der Zeit. Alfred Rethel¹⁸⁾ kam von Cornelius und brachte von ihm die Macht des Gedankens mit; er wurzelte aber viel mehr als jener im lebendigen Volkstum, er hatte eine Dürersche Art, den Dingen zu Leibe zu gehen, eine Holbeinsche, ihr wirkliches Wesen herzhaft sprechen zu lassen. Er liebte die Farbe, aber er beherrschte sie. Wie sehnte er sich vom Fresko zur Ölmalerei! Die Bewegung, die dramatische Spannung war ihm etwas Natürliches, er versuchte alles,

18 Valentin, Revolution I

auch das Entfernteste sinnlich-symbolisch, auf einen bedeutenden Moment, auf die leibhafte künstlerische Gegenwart zu bringen. Warm war das und doch auch konstruktiv — eine Malerei, in der selbst schon Architektur saß. Seelisch vertieft, gewissensbeschwert kämpfte Rethel heroisch um sein heroisches Lebensziel, um einen Inhalt von Wahrheit, von Größe und von Wucht. Der Kampf zerriß ihn, weil sein Werk größer war als er selbst. Eine der frühreifsten und reichsten Begabungen des Jahrhunderts, hat er sich nichts leicht gemacht und konnte der Gewalt seines Kunstwollens nicht genug tun. Er hat sich so schon zeitig ausgegeben bis zur Erschöpfung, und es blieb ihm noch Unendliches, Unsagbares zu sagen. Wenn einer, so hat er, der ideale Realist, die Tragik der Zeit ganz in sich gespürt; sein Kampf um die Bewältigung der größten Aufgaben hatte etwas Revolutionäres. Einsam, wie er sich im Angesichte des Weltgeschichtlichen fühlen mußte, empfand der Hochgesinnte das Widrige der Massenpolitik als Gemeinheit und Entwürdigung: ein herber, stolzer, grandiosen Notwendigkeiten gehorchender Mensch. So ist sein Holzschnittwerk „Auch ein Totentanz“ das mächtigste künstlerische Denkmal der deutschen Revolution von 1848/49. Und die Kaisersehnsucht, das brennende Verlangen nach dem großen heiligen Reich, nach dem Deutschland der Zukunft hat keinen erschütternderen Ausdruck gefunden als in den Aachener Kaiserfresken. War nicht dieser Kaiser Otto vor dem Toten, vor dem großen Kaiser Karl das Sinnbild einer Zeit, die angesichts majestätischer Vergangenheit mit heißem Eifer, edel, aber verworren, um Bann und Formung ihrer von Trieben und Säften schwellenden Gegenwart rang?

*

Cornelius hatte die Totalität einer deutschen Malerei gewollt, in der alle „Fächer“ aufgehen sollten; die deutsche Philosophie hatte sich immer schon um die Totalität des deutschen Denkens gemüht — zuletzt noch und am großartigsten in Hegel. Hegel war ein Lehrer für Jahrhunderte, aber doch hauptsächlich deshalb, weil schlechthin alles aus ihm zu lernen und zu folgern war. Wer einen Inhalt wollte statt einer Methode, empfand in ihm bald das Verhängnis. Zuerst und am deutlichsten hat das Schopenhauer gespürt. Aber Hegel blieb doch so mächtig, daß man damals mindestens gegen ihn sein mußte, um überhaupt etwas zu sein. Die Apostel des strengen Hegelianismus, Göschel, Marheineke, Michelet, Rosenkranz erfreuten sich wohl voller Universitäts Ehren — aber das preußische Kultusministerium begünstigte jetzt eine andere Richtung. Die Selbstherrlichkeit des Gedankens wirkte in der Ära Eichhorn unbehaglich: Offenbarung galt mehr als Forschung, Glaube mehr als Wissen, gefühlvolle Staats- und Kirchenerhaltung mehr als nun gar energische Entwicklung eines Neuen aus dem herben Widerstreit der Kräfte.

Wie schlug in eine solche Lage David Friedrich Strauß mit seinem „Leben Jesu“ ein! (1. Auflage 1835/36)¹⁹). Da war nun auch auf die ganze evangelische Geschichte das Prinzip der historischen Kritik angewandt; da war aus tiefem

Verständnis des Wesens der Religion überhaupt für die geschichtlich unhaltbaren Teile des Evangeliums der Begriff des Mythos in Anspruch genommen; da war aber zum Schluß eine Apotheose der Menschheit entwickelt, als der realen Vereinigung der Doppelnatur des menschgewordenen Gottes. Über das Historische, Relative der Jesuserzählungen hinaus hatte Strauß also die ewig wahre Christus-idee postuliert und bekannt. Das Buch war ein Muster von gründlicher Gelehrsamkeit, maßvoller Kampfesart und taktvoller ehrlicher Gesinnung. Es hat trotzdem dem Verfasser unerhörte Anfeindungen und Verfolgungen zugezogen. Aber es war der Beginn einer Bewegung, die nun bald kein Extrem mehr scheute.

Bruno Bauer übertrumpfte Strauß in seiner „Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker“ (1841), indem er die Evangelien völlig entheiligte und vom Religiösen selbst kaum etwas übrig ließ. Ein ganzer Chor von Kritikern und Antikritikern schloß sich an. — Bruno Bauer, zeitweise mit seinem Bruder Edgar zusammenarbeitend, warf sich dann mit Erfolg auf die eigentliche Geschichte. Seine Darstellung der Aufklärungszeit (1843/44) ist ein revolutionäres Programm von kühnem Gegenwartsgeist. Friedrich Engels und Karl Marx aber verhöhnten das Hyperkritische des Bauerkreises mit schneidendem Witze (die Heilige Familie 1845).

Wenn David Friedrich Strauß doch als ein gelehrter Theologe, wenn die Brüder Bauer beinahe als aktuelle Schriftsteller das Christentum und damit auch den christlichen Staat anpackten, so hat der große Ludwig Feuerbach in seinem „Wesen des Christentums“ (zuerst 1841) als ein echter Philosoph gewirkt, gegen Hegel und doch hegelianisch, frisch und schlagend, unbeirrbar und gewaltig. Ihm ist nun alle Theologie Anthropologie; das Bewußtsein Gottes ist das Selbstbewußtsein des Menschen, das göttliche Wesen ist das menschliche Wesen, gereinigt, verobjektiviert, die Menschen schufen Götter nach ihrem Bilde, Gott ist der mystische Gattungsbegriff der Menschheit. So wurde bei Feuerbach alle Religionsgeschichte Psychologie, der absolute Geist löst sich auf im Subjektiven. Von diesem Standpunkte aus versucht der Philosoph eine Deutung der ganzen christlichen Lehre, des Gottesbegriffes, der Trinität, des Logos, der Auferstehung — die eigentlich theologischen Bestandteile des Christentums weist er als widerspruchsvoll und phantastisch-verkehrt nach. Das einzig Positive ist ihm die Ethik, die Ethik des „Tuismus“. Dies erste Buch, das ungeheures Aufsehen machte und ihm erbitterte Feindschaft zuzog, war für Feuerbach nur die Vorarbeit für ein eigenes philosophisches System, das auf der Erkenntnis des wirklichen Seins als des sinnlich Gegebenen aufgebaut war. Mit Unrecht wurde er deshalb als verspäteter Sensualist und Materialist verketzert, denn persönlich hatte er viel zu stark die hohe Schule deutschen Denkens in sich, um sich in Platttheit zu verirren; tatsächlich hat er nicht rückwärts, sondern vorwärts geführt, in ein neues Zeitalter des konkreten Kritizismus und der Naturerkenntnis um ihrer selbst willen. Bis zu den Religionssoziologen unserer Tage kann man Feuerbachs Wirkung verfolgen. Seine Schuld war es nicht, daß die Einzelforschung ebensowenig die Feinheit seiner gedanklichen Kraft bewahrte wie die Popularisatoren.

Feuerbach ließ die Ethik noch stehen; sie zu stürzen, war das letzte. Dies hat der merkwürdige Max Stirner unternommen in dem Werke: „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845). Nicht der Mensch als solcher, wie bei Feuerbach, sondern der Einzelmensch, das Ich ist ihm das Absolute. Er löst das Ich von allem andern ab, er vereinzelt es, das Ich wird „der Einzige“, der kein Gebot der Liebe mehr kennt, sondern, wenn er liebt, mit dem Bewußtsein des Egoismus liebt, eigen-nützig, mit gewollter Eigenheit, autonom, frei von Gott, Kirche, Menschen, Obrigkeit, Gesetz, Staat, ohne fremden Maßstab. Das ist der Eigner, der die Welt entheiligt, fremd und feind jeder Idee, jeder Macht, die nicht er selbst ist: „Recht ist ein Sparren, erteilt von einem Spuk. Macht — das bin Ich selbst, Ich bin der Mächtige und Eigner der Macht.“ Nur einen Imperativ gibt es für den Einzigen: sich selbst, die Welt zu seinem Eigentum zu machen. Es waren das Gedanken, die in der Zeit selbst zunächst als bizarre Mephistophelei verhältnismäßig wirkungslos blieben; ihre Tragweite ist außerordentlich. Hier war Zynismus, hier war aber auch ein seltsam packender Glaube, die Hellscherei eines genialen Skeptikers. Von Stirner führt die Linie zum ästhetischen und politischen Anarchismus ebenso wie zur Realpolitik, zur Machtpolitik, zum Diktaturgedanken; sie führt zu Nietzsche und Sorel, zu Bakunin und Bismarck, zu Mussolini und Lenin. Großkapitalistische Welt- und Kolonialpolitik kann sich ebenso aus diesen Gedanken ableiten wie kommunistische Gewaltherrschaft. Der Liberalismus mit seinem Glauben an die Klassenversöhnung im freien Rechts- und Volksstaate wird hier ebenso negiert wie der ältere optimistisch gefärbte Sozialismus. Aber auch die Klassenkampffidee von Marx und Engels, die verwegene Paradoxie von der Diktatur des Proletariats ist mit Stirners Lehre im tiefsten verwandt. Sie war, geistesgeschichtlich betrachtet, die Transponierung der Genielehre, der Anschauung von der Persönlichkeit als dem höchsten Glück und dem vollendeten Gefäß des Menschlichen in die politisch-soziale Tonart — aus Moll wurde dabei Dur.

Gab es keine Abwehr? Des alten Schelling Offenbarungsphilosophie war für den „christlichen Staat“ mehr Verlegenheit als Stütze. Aber Friedrich Julius Stahl wurde sein Retter. Die „Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Hinsicht“ (2 Bde. 1830/37, der Schlußteil neuaufgelegt 1845/46) geht auch von der Persönlichkeit aus, aber der Urquell alles Persönlichen ist ihm der persönliche Gott. Wenn Persönlichkeit Tat und wenn Tat Freiheit ist, dann ist die Schöpfung der Welt durch Gott die erste und einzig dauernde freie Tat. Das christliche Dogma ist ihr Ausdruck. Voraussetzung und Ziel alles Denkens ist gegeben in der Offenbarung. Wenn schon Novalis das Bündnis von Thron und Altar dichterisch geschaut und als das Dauerhafte im Wechsel gepriesen hatte, so wird nun bei Stahl die wirkliche Welt des Rechtes und des Staates als gottgewollt verstanden. Die Ehe etwa gilt ihm als Sinnbild des Verhältnisses von Christus und der Gemeinde; die Könige sind Werkzeuge Gottes, gekrönt von Gottes Gnaden, ihr Dasein ist die Erfüllung des Willens des Welt schöpfers; die Obrigkeit ist die von

Gott verordnete und Gottes Werk vollführende Gewalt. Revolution ist Sünde. Als Sünde gehört sie, wie die Sünde überhaupt, ja in den Plan der Weltordnung — der strafende Gott bedient sich der Könige als der Geißel für die Völker, der Völker als Geißel für die Könige; aber die Revolution kann eben deshalb nur eine vorübergehende Verirrung sein, das durch sie verletzte Recht, die durch sie geschändete Sittlichkeit, die durch sie entheiligte Religion müssen sich schnell wieder erheben — Ordnung und Autorität werden wiederhergestellt, der gefallene Zustand der Menschheit aufgehoben, das Negative durch das Positive überwunden, Gottes Willen und Werk vollzogen und vollendet. Der Staat ist ein Werkzeug Gottes zur Beherrschung der Menschheit. Stahls Rechtsphilosophie hat als Staatstheologie ganz starke Wirkung getan. Die Aktion der deutschen Revolution hatte noch nicht begonnen — die Re-aktion machte sich schon bereit.

Der Weg der Zeit lief vom Abstrakten ins Konkrete. Man hatte genug gedacht — man wollte nun etwas mit Händen greifen. Die Wissenschaft kehrte um — jetzt schon; die Philosophie hörte allmählich auf, absolut und universal sein zu wollen — sie wurde ein Fach unter Fächern. Wie Kunst und Dichtung realisierte sich auch die Forschung: sie sehnte sich aus dem Frost des dialektischen Prozesses heraus in die warme Wirklichkeit des stofflichen Lebens selbst, in Natur und Geschichte. Es gab jetzt Ketzer, denen das Chloroform und der Elektromagnetismus wichtiger erschienen als die gravitatischsten Orakelsprüche über die letzte Synthesis. Es gab Ketzer anderer Art, die den Staat, über dessen logischen Ort im Weltreich der Vernunft nun so viel gesagt war, erst einmal als praktisches Lebewesen, als Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, als Relativität in der sinnlichen Welt des Einmaligen begreifen wollten. Dahlmann führte seine „Politik“ „auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände“ zurück. Es war ein reifes und beinahe tiefes Werk, bewußt aufs Gegenwärtige gerichtet, aus einem Wollen gewachsen und der Bildung werdender deutscher Staatsbürger dienstbar. Dahlmann kannte England nicht und übersah durchaus nicht die Bedeutung der Parlamentsreform von 1832. Er sprach von einem idealen England der Vergangenheit zu einem realen Deutschland der Zukunft. Wenn er im Tatsächlichen irrte, so war das schon damals beinahe unwesentlich; heute kommt es überhaupt nicht mehr darauf an. Dahlmann bleibt einer der repräsentativsten Menschen jener Tage, der *praeceptor politicus* der Zeit, rationalistisch vom Glauben an die erlösende Kraft der echten Staatsverfassung erfüllt, aber ebenso sehr getragen von dem Gefühl der mächtigen Naturkräfte des Volkstums: Forscher und Publizist, Lehrer und Kämpfer, ein politischer Professor, der etwas zu gebildet und zu gesinnungsherb war, um ein erfolgreicher Staatsmann zu sein. Seine Darstellungen der englischen und französischen Revolution waren eine Vorbereitung der deutschen — knappe, gedrungene Schilderungen der Hergänge, Deutungen von politischem Feingefühl und edler freiheitlicher Gesinnung, im hohen Sinne volkstümliche Spenden aus der Fülle gediegener Gelehrtenarbeit

heraus. Dahlmann war damals, was ein echter Geschichtschreiber sein soll: Verkünder großer historischer Schicksale, Wegebereiter eines Neuen durch Erkenntnis des Überkommenen, ein Freund der Älteren, ein Lehrer der Jüngeren, der getreue Vertraute einer ganzen Nation, Helfer und Schlichter ihrer Kämpfe. Mit gutem Grunde berichtete etwa der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff 1845 über das Aufsehen, das Dahlmanns neuestes Buch über die französische Revolution machte: zwischen den französischen Zuständen vor der Revolution und den gegenwärtigen in Deutschland sei hier eine offenbare Parallele gezogen — und die Absicht einer solchen Parallele stehe außer Zweifel²⁰). Und Gervinus schrieb dem Freunde: „Was jedermann am meisten fesselt (so sind die Zeiten), ist natürlich die Analogie, die Didaxis und Tendenz.“ (29. Oktober 1845, Heidelberg²¹).

Leopold von Ranke stieg erst später und auf andere Art zu so hohem Range. Er war gegenüber Dahlmanns schwerem, politischem Ethos eine zartere, ästhetisch gestimmte Forschernatur, liebenswürdig und etwas schüchtern, Nachkömmling der Romantiker, loyal und fromm, verliebt ins Überkommene und Bestehende, hochbegabt als Schriftsteller, und durch die emsige Freude am Suchen und Formen so beschwingt, daß er am großen Gegenstand zur Größe wuchs. Ranke war eine harmonische Natur, deren Noblesse kein übermäßiges Temperament gefährlich werden konnte; das Universale seines Gesichtskreises beruhigte und klärte das ihm angeborene kontemplative Moment noch mehr. Wenn ihn dies Universale wohl mit Goethe und noch mehr mit Schelling als mit Hegel verband, so lag das Neue, ja Epochenmachende seiner wissenschaftlichen Arbeit in der entschlossenen Begründung weltgeschichtlichen Betrachtens auf dem aktenmäßig ursprünglichsten zeitgenössischen Zeugnis. Dies war das damals Moderne seiner Schule: sie weckte den Sinn für das Einmalige und Individuelle, sie fügte eifrig Einzelzug zu Einzelzug und gab so dem scheinbar Zufälligen und Gleichgültigen sinnvolle menschliche Bedeutung, sie kritisierte das Überlieferte durch eine behutsame psychologische Bewertung und kam damit zu einer gegenständlichen Darstellung des Gewesenen, die überraschte, weil sie auf eine eigentümliche Art subjektiv und objektiv zugleich war und deshalb das innerste Wesen der geschichtlichen Erscheinung traf. So wurde es möglich, daß seine römische Papstgeschichte (1834) ebenso lauter, gerecht und wohltemperiert war wie seine deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Revolutionär war nun freilich nichts in diesem Mann und in seinem Werke. Unwillkürlich — oder bei soviel Vorsicht und Klugheit doch auch notwendig bewußt — diente Rankes geruhssame Abwägung mit ihrer gottseligen Nazarenerblässe dem Bestehenden, den alten Gewalten von Staat und Gesellschaft. Seine historisch-politische Zeitschrift war ja auch das erste Organ eines freilich vornehmen Konservatismus, der von einem wissenden Gefühl für das mächtig Gewordene getragen wurde; aber selbst von diesem zaghaften Eingriff in das gegenwärtige Geschehen wandte sich Rankes unermüdlicher Forschereifer bald wieder ganz zurück zu seinem Eigentlichsten, der Darstellung und der Lehre der Historie. Wie kraftvoll und ungestüm klang da

neben Ranke etwa der Ruf von Gervinus in seiner „Geschichte der poetischen Nationalliteratur der Deutschen“, der Ruf, sich zur Tat zusammenzufinden, zum Handeln aufzuraffen. Genug deutscher Lorbeer hatte den Künstlern gegrünt; die neuen Kränze warteten auf den befreienden Staatsmann. —

Auf Heinrich Leos üble Denunziation hin verfolgte die christlich-germanische Bürokratie Preußens dienstbeflissen die Junghegelianer wegen Atheismus, Religionsfeindschaft und Republikanismus. Ruges und Echtermeyers „Hallische Jahrbücher“ versuchten vergebens das Preußen Friedrichs des Großen und der Freiheitskriege gegenüber diesem neupreußischen Muckertum und seiner romanisierenden Reaktion wieder zu Ehren zu bringen; sie verfochten auch einen soliden, hellen, norddeutsch-kritischen Protestantismus angesichts des undurchsichtigen, vom Ästhetischen gern ins Politische schillernden Neukatholizismus. Nach Sachsen geflohen, sagte das jetzt „Deutsche Jahrbücher“ genannte Organ dem Polizeistaate in Berlin rücksichtslose demokratische Fehde an und setzte damit seinem Dasein ein schnelles Ziel. Arnold Ruge ging nach Paris und entwickelte sich hier als Herausgeber der Deutsch-französischen Jahrbücher zu einem der namhaftesten Vertreter deutsch-französischer Verständigung als der Grundlage neuen europäischen, völkerversöhnenden, wahrhaft weltbürgerlichen Geistes. Philosophie war eben für ihn Freiheit und mußte Freiheit erzeugen. In der Paulskirche sollte er dann bald für den Völkerbund eintreten — ein rabiater Eigenbrötler, in manchem ein mißgünstiger Pedant, aber ein starker rücksichtsloser Vorwärtsdränger, vom Kämpfermuth des Bekenntners geradezu besessen.

Auch Chr. Fr. Krause hatte schon über den europäischen Staat hinaus eine Menschheitsorganisation postuliert, eine vom Geist der Toleranz und der freien Assoziation getragene neue Form der Gesellschaft, eine einheitliche, soziale, planmäßig abgestimmte, panharmonische Arbeitswelt. Der eigenartige Mann, der auch als Freimaurer für einen edlen Kosmopolitismus wirkte, ist nach der Julirevolution vom Göttinger akademischen Senat ausgewiesen worden — seine Schüler haben in Frankreich, Italien und Spanien die Lehre erneuert und zu starker Wirkung gebracht. Auguste Comte hat bedeutende Anregungen daher empfangen. Krause darf wohl zu den frühen deutschen Sozialisten gerechnet werden.

*

Der französische Sozialismus der St. Simon, Enfantin, Fourier und Cabet ist bei uns zuerst durch das Junge Deutschland in belletristischer Verwässerung, sozusagen als eine gedankliche Mode, bekannt geworden. Wissenschaftlich hat Lorenz Stein in seinem berühmten Buche: „Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich“ (1842) maßgebend darüber orientiert — es war freilich zugleich eine politische Programmschrift von großer Tragweite. Denn Frankreich war hier als das Vaterland der politischen Bewegung, als vorbildlicher Vorkämpfer aller Freiheitsideen dargestellt. Frankreich, so sagt Stein, hat nun in seinem Proletariat ein neues Problem hervorgebracht, das durch das Gleichheitsprinzip,

durch Verfassungsreform, also durch die demokratische Republik allein nicht gelöst werden kann. Mit einer freien Verfassung, nach der auch Deutschland strebt, ist es nicht getan, eine neue Ordnung des Besitzes muß folgen — nur dann kann sich jede Persönlichkeit, auch die der Angehörigen des Proletariats, frei entfalten. Wichtiger als Staatsverfassungen ist aber die menschliche Gesellschaft, wichtiger als alles Juristische und Reipolitische ist die Verteilung der Güter. Keine Revolution kann stehenbleiben bei der Neueinrichtung der Staatsverfassung; wahre Staatskunst muß sich mit der Gesellschaftswissenschaft befassen, denn nur dadurch wird sie in den Stand gesetzt, die soziale Revolution zu verstehen und durchzuführen.

Die Freiheit des Erwerbes als Folge der bisher errungenen staatlichen Freiheit hat an Stelle des alten Feudalismus in Frankreich die Herrschaft der großen Kapitalisten eingeführt und das Proletariat geschaffen. Die große Französische Revolution mit ihren Folgeerscheinungen, sagt Stein, war in Wahrheit eine gesellschaftliche Umwälzung; die neuen sozialen Ideen sind jetzt in die neue Masse eingedrungen und erfüllen sie; der republikanische Gedanke ist nur etwas Äußerliches; was sich in Frankreich tatsächlich vorbereitet, ist eine neue große soziale Revolution.

Stein, der kein Sozialist, sondern regierungstreuer Gelehrter war, hat gerade das rein Geschichtliche nicht ganz durchschaut — um das Bild vollständig zu machen, hätte er auch auf England und die Vereinigten Staaten eingehen müssen. Das wirtschaftlich-soziale Moment wird auch bei ihm wie bei so vielen Späteren, gerade weil es neu und aufregend war, mit einer gewissen Übertreibung zur Deutung des Vergangenen verwandt. Das Kommende wurde gewissermaßen nach rückwärts projiziert. Aber die Bedeutung von Steins Buche beruhte zum Teil gerade auf solcher Einseitigkeit. Der deutsche Sozialismus vor 1848 ist nicht ohne ihn zu denken.

Die deutsche Wissenschaft griff das große Problem entschlossen auf. Der Staatswissenschaftler Robert Mohl gab schon 1845 in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft eine „Geschichte der Staatsromane oder Utopien“: Fallati versuchte in derselben Zeitschrift 1847 den Begriff Sozialismus systematisch festzulegen. Bensen macht den ersten Versuch, die Geschichte des Proletariats als einer gesellschaftlichen Sonderklasse darzustellen: „Die Proletarier, eine historische Denkschrift“ (Stuttgart 1847). Karl Grieb schlug eine Vereinigung der Gewerbe zu einem großen Verbands in Anknüpfung an Schneider vor, der wohl als erster bei uns den Assoziationsgedanken vertreten hatte: „Problem der Zeit und dessen Lösung durch die Assoziation“ (1844). Das Bündnis der vielen Kleinen und Abhängigen unter sich sollte die Kapitalmacht ausbalancieren, den Profit verringern und die Produktion regeln. In einer Schrift von A. Weill: „Der Staat und die Industrie“ (1843), war die Organisation der Industrie durch den Staat vorgeschlagen; der Staat selbst sollte Fabriken und Werkstätten anlegen und so das privatwirtschaftliche Konkurrenzprinzip überwinden, in Anknüpfung an Malthus

führte F. Baltisch die Gefährdung des Eigentums auf die durch die Vielkinderei hervorbrachte Übervölkerung zurück (Das Eigentum und die Vielkinderei, Kiel 1846). Auch die junge Wissenschaft der Nationalökonomie, der eben jetzt W. Roscher den Weg in die Historie wies, versuchte die sozialistischen Gedanken geschichtlich zu begreifen und ihrer Lehre einzuordnen — Kudler, Karl Marlo, Hildebrandt und der merkwürdig starke und originale Rodbertus haben schon vor 1848 Bedeutendes darüber hervorgebracht. Das Wort „Sozialist“ ist im Deutschen von Rochau 1840 geprägt worden²²⁾. Das alles war Sozialwissenschaft, auch Sozialreform, aber nicht soziale Revolution. Der erste Träger eines eigentlich politischen sozialistisch-kommunistischen Willens bei uns war der Magdeburger Schneidergeselle Wilhelm Weitling²³⁾: Ein weltläufiger Mann, Sohn eines französischen Offiziers und eines armen Thüringer Mädchens, viel herumgetrieben, getreten und zerzaust, durchaus kein Denker von Eigenart, aber warmherzig, aufnahmefähig und begabt zu populärer Ausmünzung fremder Ideen, dabei unverzagt, Verfolgungen und Mißgeschicken zum Trotz drauflos agitierend und immer imstande, durch das Einsetzen seiner gewinnenden persönlichen Eigenschaften Anhänger zu werben. In Paris erfüllte sich Weitling als Mitglied des Bundes der „Gerechten“ mit den Ideen Cabets und Fouriers und wurde ihr Apostel. Seit 1839 gab er Broschüren und Zeitschriften heraus, gründete in der Schweiz Vereine und predigte den überzeugten Kommunismus, unter Berufung auf das Urchristentum, voller Haß gegen die herrschenden Klassen, mit allem leidenschaftlichen Ernst, glänzend in der Form, aber auch maßlos und plump. Scheute er doch nicht davor zurück, Raub und Plünderung als Kampfmittel gegen die bestehende Gesellschaft zu empfehlen. Dann konnte er wieder weich sein und Kindern die Köpfe streicheln, deren Zukunft er als seine Zukunft ansah. Für sie hat er das Lied gedichtet:

„Ich bin ein kleiner Kommunist
Und frage nichts nach Geld,
Da unser Meister Jesu Christ
Davon ja auch nichts hält.

Ich bin ein kleiner Kommunist
Und bin's mit Lieb' und Treu
Und trete einst als guter Christ
Dem Arbeitsbunde bei²⁴⁾.“

Die Schweizer Behörden setzten Weitling kurze Zeit fest, wiesen ihn aus und versuchten die Agitation zu unterdrücken — sie lebte da und dort weiter. Für die breite Öffentlichkeit gab es seit Weitlings Verhaftung und dem von Bluntschli verfaßten und veröffentlichten Schweizer Kommissionsbericht einen deutschen praktischen Kommunismus, dessen nachweisbare Wirkung sich nach Hamburg,

Berlin, Elberfeld und Schlesien erstreckte, der in den Handwerkervereinen Anhängerschaft gewann und durch einzelne Handwerksburschen auch in kleinere Orte über Land getragen worden ist. Zahlenmäßige Feststellungen darüber sind nicht leicht zu machen. Die preußische Regierung überwachte die kommunistische Bewegung scharf, ließ sich aus Paris eingehende Berichte schicken und bediente sich dazu auch eines Lockspitzels, wie es z. B. der ehemalige Offizier A. v. Bornstedt war, der dann die Deutsch-Brüsseler Zeitung herausgegeben hat. In Berlin entdeckte die Polizei 1846 eine kommunistische Verschwörung; in Königsberg, Breslau und an anderen Orten wurden Verhaftungen, Verhöre und Beschlagnahmen vorgenommen²⁵). Es kam dabei nichts Erhebliches heraus. So stark die Arbeiterschaft an sich in Norddeutschland und Sachsen dem Umfange nach schon war — die Mehrzahl verhielt sich der neuen Lehre gegenüber skeptisch und neigte mehr zum politischen Radikalismus als zum revolutionären Klassenkampf. Etwas anders lagen die Dinge im Rheinland und in Westfalen.

Die Nähe von Frankreich und Belgien, das entschlossener Vortreten einer wirklichen „Bourgeoisie“, das lebhaftere Temperament und die höhere politische Begabung ließen hier eine sozialistisch-kommunistische Publizistik von Eigenart und Durchschlagskraft emporwachsen. Da war Karl Grün, der seine persönlichen Pariser und belgischen Eindrücke in lebendigen und schmackhaften Briefen und Studien etwas leicht zusammenfaßte: „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien“ (Darmstadt 1845). Ein geborener Westfale, hatte er auch in Bielefeld gewirkt und dort einen Vortrag über wahre Bildung zum Besten der armen Spinner im Ravensbergischen gehalten²⁶). Das war ein Zeitprogramm von eindringlicher Kraft. (Karl Grün, Über wahre Bildung. Eine Vorlesung, gehalten den 28. April 1844 zu Bielefeld zum Besten der armen Spinner im Ravensbergischen, Bielefeld 1844.)

„1789 hieß es: Was ist der dritte Stand? Antwort: der Bürgerstand! Jetzt heißt es: Was ist der vierte Stand? Antwort: Das Proletariat. Der Sozialismus ist das alles bezeichnende Wort für die neue Epoche, für die neue wahre Bildung; das schöne unruhige Wogen der Menschheit im sichern Kahne neuer organischer Lebensgesetze wird wesentlich und durchaus sozial sein. Das ist die Zukunft der Welt. Alle unsere Bildung war Vorbildung auf die Vorbildung zum Sozialismus. All unser Tun und Lassen war polemischer Natur . . . es war Zertrümmerung der alten Bildung, um für die neue den Bauplatz zu gewinnen. Es wird aber eine Zeit des Aufbaues kommen, eine Zeit der Gestaltung, der Schöpfung, der fortwährenden Schöpfung, welche eben die Erhaltung ist, eine Zeit der Formung, der Bildung. Diese Zeit ist die Zeit des Sozialismus. Die Politik kann keine Proletarier und keine Weiber emanzipieren; dies ist nur die Kehrseite von dem Satze: sie kann die Arbeit nicht organisieren. Flicken kann sie, stümpfern und pfuschen, Maßregeln ergreifen, Armen- und Kolonialwesen verbessern. Aber ihre ganze Schwäche liegt schon in dem Ausdruck: das Armenwesen verbessern.“ Und als Ziel entwickelte Grün: „Alle sollen arbeiten und alle genießen . . .“ „Organi-

sation der Arbeit.“ Ein anderes Buch Karl Grüns, *Neue Anekdoten*, Darmstadt 1845, ist die Sammlung einer Reihe meist ganz oder teilweise gestrichener Artikel und Rezensionen. Das von Paris, Anfang Februar 1845 datierte Vorwort schildert den verzweifelten Kampf Grüns gegen die Zensur. Besonders scharf wendet er sich gegen den Geheimen Regierungsrat Bärsch in Trier, der, ursprünglich Kaufmann in Hamburg, als Hanseatenmajor in preußische Zensurdienste getreten war und sich dort als serviler Ignorant schlimmster Art betätigt hat. Im Vorwort von Grüns Schrift stehen die flammenden Sätze (S. XIII): „Aus dem verfassungslosen Preußen keimt die Literatur der Zukunft auf. Das verfassungstrunkene Süddeutschland scheint noch eine Weile lang in der Selbstberäucherung seiner liberalen Bourgeoisie verdampfen zu wollen. Norddeutschland reagiert gegen diesen Phrasenschwindel eines Liberalismus, der die Welt in den Paragraphen einer lügnerischen Konstitution einsargen möchte. Der Kampf um menschliche Freiheit, welcher Gegenstand der neuen Literatur ist, wird zugleich ein Kampf gegen alle und jede Verfassung sein.“ Wie vaterländisch dieser Sozialist empfand, zeigt eine andere Stelle: „Was sind wir Deutsche doch noch immer für ein sitzendes, geduldig schwitzendes Volk! Wie wenig hat uns noch bis jetzt der frische Wind der allgemeinen Völkerbewegung durchlüftet. Sollen wir ewig dazu verdammt sein, die Quadratur des Zirkels zu suchen und die Subjekt-Objektivität zu ergründen? Sollen wir niemals hinaus ans Meer, aufs Meer, übers Meer?“

Der „Kommunistenrabbi“ Moses Heß hatte in der „Europäischen Triarchie“ und den „21 Bogen aus der Schweiz“ schon die merkwürdig unklare, inbrünstige, messianisch gefärbte Art seines edlen Illusionismus gezeigt — er darf wohl als der erste reine deutsche Kommunist gelten; sein „Gesellschaftsspiegel“ war dann als Organ der Vertretung der besitzlosen Volksklasse und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart 1845 begründet worden; es erschien weiter unter dem Titel: „Die gesellschaftlichen Zustände der zivilisierten Welt“ (Elberfeld und Iserlohn, Julius Bädeker, 1846—47, zwei Bände): hier war nun eine glänzende Form, ein resoluter, auf Gefühl und Nerven abgestimmter, leicht faßbarer Inhalt, rücksichtslose, stark und dick gestrichene Angriffe auf die besitzenden Klassen, alles aufgeregt und gewaltsam²⁷). Daneben wäre noch H. Püttmanns deutsches Bürgerbuch (Darmstadt 1845—46) und der von ihm gleichfalls herausgegebene „Prometheus“, Organ zur sozialen Reform, Herisau 1846, zu nennen. Püttmann brachte Arbeiten von Heß, Grün, Heinzen; „Das Elend und den Aufbruch in Schlesien“ behandelte mit Kraft und Schonungslosigkeit F. W. Wolff (S. 174). Das Kölner Arbeitshaus wurde von einem Insassen geschildert, der es sechs Wochen lang kennengelernt hatte; merkwürdig sind auch die Briefe eines Fabrikarbeiters, der sich im Rathaussaale in Elberfeld erschossen hatte. Bedeutender und am langlebigsten war die Zeitschrift: „Das westfälische Dampfboot“, die 1846 sich unter dem Regierungsdruck etwas mäßigte. Ihr Herausgeber Dr. Otto Lüning war zuerst mit der merkwürdigen, als Gegenstück zu Bettinas

behandeltem Buche gedachten Schrift hervorgetreten: „Dies Buch gehört dem Volke.“ (Bielefeld 1845.) Die begabteste und wirksamste Persönlichkeit dieser rheinisch-westfälischen Gruppe war aber Friedrich Engels — ein warmblütiger, dem Leben in allen Fasern tief verbundener Mensch, Sohn und Enkel wohlhabender Barmer Fabrikanten und deshalb aus dem Eigensten ein guter Kenner der „Bourgeoisie“ — ein fröhlich-eleganter Kämpfer, ein ganzer Kerl, der aus dem Fühlen seiner herzhaften Natur heraus handelte und schrieb, bei dem jedes Wort im Feuer des Glaubens an eine große gute Sache geschmiedet war²⁸). 1845 gab er nach fünfvierteljährigem Aufenthalt in England das Werk: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ heraus und machte damit tiefen Eindruck in Deutschland. Es war das Gegenstück zum Buche L. Steins — aber nun nicht die Arbeit eines gelehrten Denkers und scharfsichtigen Politikers, sondern die Anklage eines Agitators, dem das Schicksal ein paar offene strahlende Augen und die Gabe verliehen hatte, das Geschaute mit dem Worte zu malen und durch solche Bilder zu erschüttern. Im Musterlande des liberalen Glaubens, des seligmachenden Parlamentarismus, der Freiheit des Handels und der Arbeit gab es also, so zeigte es Engels, die schmutzigsten Elendsquartiere, die brutalste Ausnutzung wehrlos Verlumpfter durch bornierte, aber respektable Geschäftemacher, das stumpfsinnigste, degenerierteste, durch Klassenjustiz niedergehaltene Proletariat. Damit war also der Komfort der Gentlemanzivilisation erkaufte! Engels mochte manches Lokale verallgemeinert, manches Vermittelte zu einfach gesehen, zu eintönig dargestellt haben — das spontan hingeworfene und spontan wirkende Buch war eine Fanfare: es weckte und warnte. Auch die rheinisch-westfälische Industriebourgeoisie fühlte sich geniert und irgendwie durchschaut — das war nicht gerade auf sie gezielt, aber sie war getroffen. Noch dienten ja bei ihr die Arbeiter vertrauensselig und sorglos-gutgläubig — sie spürten aber die Folgen der Handelskrisen seit 1842; die Krise der Leinenindustrie machte schon Hunderte von Arbeitern brotlos. Die Unternehmer waren reich geworden und wollten es bleiben, sie waren also hart und wälzten die Wirtschaftskrise nach unten. Die kommunistische Heilslehre gewann jetzt Boden im Rheinland, sie dehnte sich aus — man stolpert über Kommunisten, schrieb Engels 1844 an Karl Marx.

Engels hatte die Revolution als unvermeidbar bezeichnet, die Revolution als Kampf zwischen schroff voneinander geschiedenen Klassen; — dieser Gedanke, den Lorenz Stein zuerst in Deutschland bekannt machte, hatte inzwischen den jungen Karl Marx, der nach Paris gegangen war, ergriffen — in diesem Gedanken vereinigten sich Marx und Engels. Marx war als Redakteur der Rheinischen Zeitung wohl Sozialkritiker, aber noch nicht kommunistischer Revolutionär gewesen. Dazu machte ihn erst die in Frankreich sich bei ihm vollziehende gedankliche Entwicklung. Es war die Entwicklung eines Geistes von unbarmherziger Überlegenheit; mit der Souveränität lehrhaft-unduldsamer Eigenart stieß er nun, scharf und hochmütig, alles vor ihm Gedachte und Gewollte unter sich — so sehr es auf ihn eingewirkt haben mag. Das Freundschaftsbündnis mit Engels war

gewissermaßen ein notwendiges, vielleicht das notwendigste Glied des dialektischen Prozesses, als welcher sich das Lebenswerk von Karl Marx vollzog. Engels war ihm die Antithesis: seine bohrende Ratio brauchte diese Phantasie, seine frostige Logik diese warme Anschauung, seine Postulate diese Impressionen. Marx war eigensinnig, sarkastisch selbstherrlich, ein Hoherpriester an kalter Unfehlbarkeit und verletzender Rechthaberei, aber ein in schärfster Anspannung ringender, tief originaler Schöpfer. — Engels ordnete sich ein und unter, er bereicherte, weil er der menschlich Reichere war, er diente respektvoll und tat so Entscheidendes, er lockerte das schwere jüdische Revolutionsethos Marxens auf zu einer zündenden Glaubenskampfpapare, zu einem übernationalen, menschheitlichen Freiheitswillen. Die frühesten gemeinsamen Arbeiten von Marx und Engels erschienen in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ und dem „Pariser Vorwärts“.

Dieses Blatt, der „Vorwärts“, ist das erste Organ in deutscher Sprache gewesen, das mit völliger Rücksichtslosigkeit, rein publizistisch willensmäßig die Anklage gegen das bürgerliche Jahrhundert erhob. Sein Atem war Orkan; so kurz es lebte — es ließ die Regierungen zittern und sammelte die ganz Befreiten, die innerlich Stärksten: Heinrich Heine begegnete sich hier mit Karl Marx. Der Name „Vorwärts“ berief sich auf das Goethische Lied aus des Epimenides Erwachen:

„Brüder auf! die Welt zu befreien!
 Ehre winkt, die Zeit ist groß!
 Alle Gewebe der Tyranneien
 Haut entzwei und reißt euch los.
 Hinan, vorwärts, hinan!
 Und das Werk, es werde getan! ²⁹⁾“

Noch nie war das Bürgertum mit seiner Welt so ins Gesicht geschlagen worden wie in jener Neujahrsepistel des „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1844:

„In euren Städten wimmert das Elend, spreizt sich die Dummheit, schlemmt, mordet und notzüchtigt das Geld — und in euren Büchern tut ihr klug, schreibt ihr anständig, fließt ihr über von Zartheit, Honigreden, Mäßigung, Gottseligkeit und guten Sitten — und ihr wollt uns glauben machen, euer geschriebener Gott und eure geschriebne Weisheit seien besser als eure geschehenen wirklichen Taten?

Ich erkenne nur eine Sünde an, und das ist die, welche der Mensch an seiner eignen Natur begeht — nur die Heuchelei ist Sünde. Kein Mitleid mit dem Heuchler, den nie ein lauter Fluch noch ein Strafgesetz erreicht, der weiß, daß ihm Recht, Moral, Religion die Privilegien zu seiner Unmenschlichkeit ausgestellt haben. Kein Mitleid mit dem tugendhaften Richter seiner unglücklichen Brüder...

Eure Liebe zu Weib und Kindern ist falsch, aber profitabel: eure Kunst lügt; eure Musik verführt und ist schamlos; euer Handel ist Betrug; eure Wohltätigkeit ist Kalkül; eure Ordnung ist Anarchie; eure Staatslehre ist eine Schande der Menschheit — euer Duell ist Mord.“ —

Mit Arnold Ruge, dem Herausgeber der Deutsch-französischen Jahrbücher, dauerte die Freundschaft von Marx und Engels nicht lange, er wandte sich in seinen „Briefen aus Paris“ gegen den revolutionären Kommunismus. Ebenso schrieb Karl Heinzen gegen Marx und Engels.

Heinzen ist ja wohl der entschlossenste und tätigste deutsche Republikaner der vierziger Jahre gewesen. In seiner Schrift: „Weniger als zwanzig Bogen“ (Münster 1846) hat er ein Verzeichnis seiner Schriften gegeben, die seit 1844 erschienen sind: es sind, von den anonymen abgesehen, neun, und dabei ist sein merkwürdiges Buch über seine Erlebnisse in Batavia in holländischen Militärdiensten auch noch nicht mitgezählt. Wie hatte der Uermüdliche gegen die Zensur zu kämpfen! Seine Zeitschrift: „Der Tribun“ teilt im ersten Hefte mit, die erste Auflage sei größtenteils schon der Polizei in die Hände gefallen, eine Verbreitung durch den Buchhandel sei unmöglich, Interessenten möchten unter Aufgabe guter Adressen mindestens fünfzig Exemplare bei Vorauszahlung fest bestellen; die Zusendung an solche Besteller erfolge dann ohne alle Zuschrift; als Druckort war Mülhausen im Elsaß, als Verlag das dortige Literarische Institut angegeben; unterschrieben war: „Die unbekannte und doch allen bekannte Redaktion.“ Heinzen hat eine Zeitlang auch im preußischen Staatsdienst gestanden; eine Frucht dieser Tätigkeit war die Schrift: „Die geheimen Konduitenlisten der Beamten“ (Darmstadt 1844); darin findet sich der sehr bemerkenswerte Vorschlag: „Es sollte keine Konduitenliste eingereicht werden, von welcher nicht der darin beurteilte Beamte eine Abschrift erhielte, und jedem Beamten sollte unter Bedingungen zu jeder Zeit die Einsicht seiner Personalakten gestattet sein.“

Schon vor seiner Reise nach den Vereinigten Staaten verlangte Heinzen eine deutsche Republik nach dem dortigen Muster: „Nur durch die Republik, die Bundesrepublik, ist wie die Freiheit, so auch die wirkliche Einheit des teutschen Volkes herbeizuführen³⁰⁾.“ In Amerika veröffentlichte er dann im Verlage des Republikanischen Bureaus New York, 1847: „Einiges über deutschen Servilismus und Liberalismus.“ Da ist S. 38 zu lesen:

„Sie alle müssen erkennen, daß ihr Heil ebensowenig durch liberalisierende Schwätzer als durch phrasenmachende Majestäten, ebensowenig durch opponierende Heuchler als durch kopf- und herzlose Bürokraten, ebensowenig durch den ‚gesetzlichen Weg‘ als durch eine ‚liberale Souveränität‘, ebensowenig durch eine konstitutionelle Lüge als durch ein absolutistisches ‚Patent‘ begründet werden kann. Sie müssen von ihrer Geduld an den Mut, von ihrem Bitten an die Faust appellieren. Revolution ist der Beginn, und eine vernünftige, das leibliche wie geistige Wohl der Gesamtheit sichernde Republik ist der Schluß. Ohne Revolution keine Republik und ohne Republik kein Heil!“

Stephan Born, dessen Denkwürdigkeiten uns ja vieles über die Zustände im Berliner Proletariat gelehrt haben, wandte sich kritisch gegen Heinzen und näherte sich so Karl Marx³¹⁾. Der Zwist im Lager der Extremen beweist mindestens die Lebendigkeit der treibenden Kräfte. Aber es steht wohl fest, daß

Marx und Engels die Möglichkeiten einer republikanischen, aber deutschen, nicht internationalen Arbeiterpartei stark herabgemindert haben. Aus Paris ausgewiesen, ging Marx nach Brüssel, Engels folgte; sie gründeten einen deutschen Arbeiterverein. Mehr und mehr wurde aus ihnen der Mittelpunkt aller Gleichgesinnten in Paris, London, der Schweiz³²). Dies dankten sie ihrer geistigen und willensmäßigen Überlegenheit. Der „Bund der Gerechten“ war neu begründet worden, im Anschluß an den „Bund der Geächteten“ und die seit 1845 bestehende Gesellschaft der „Fraternal democrats“. 1847 wandelte er sich in den „Bund der Kommunisten“ um — es war das Werk von Marx und Engels, die rücksichtslos jede Konkurrenz fortstießen und schließlich alle bezwangen. Sie haben nun auch als Ergebnis umfassender Studien und schriftstellerischer Bemühungen das „Kommunistische Manifest“ ausgearbeitet, das unmittelbar vor Ausbruch der Revolution von 1848 erschien. Das wirklich oder scheinbar Neue, jedenfalls das Wirkungsvollste daran war ein Doppeltes: der politische Revolutionsgedanke wurde für den Klassenkampf in Anspruch genommen, und der nationalen bürgerlichen Revolution wurde die internationale proletarische Revolution mit dem Ziele des gewaltsamen Umsturzes aller bisherigen Gesellschaftsordnung gegenübergestellt. Daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, war gewiß, rein wissenschaftlich betrachtet, überwiegend ein Irrtum. Aber die Geschichte der damaligen Gegenwart begann in der Tat ein Klassenkampf zu werden, wenn auch kein Kampf nur zwischen zwei Klassen, wie hier behauptet war. Proletarier gab es auch in Deutschland schon genug, ein Proletariat bestand noch nicht. Der Mittelstand war noch immer und noch lange der Kern der Bevölkerung. Für Deutschland zum mindesten war der Gedanke eines entscheidenden Kampfes der Arbeiterschaft gegen die „Bourgeoisie“ damals eine Irreführung von verhängnisvoller Tragweite. Anders lagen die Dinge in Frankreich und England; aber auch hier ist die Kraft der aristokratischen, der bourgeoisen und der Mittelstandsmächte unterschätzt worden. Das kommunistische Manifest verarbeitet viel vom Gedankengut des vormarxistischen Sozialismus — wie etwa das aus Ricardos Schule stammende Lohngesetz. Aber mit einer propagandistischen Wirkungskraft, mit einer Knappheit und Klarheit ohnegleichen waren hier praktische politische Ziele formuliert, die ganze Generationen noch beschäftigen sollten. „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ — der überkommene Staat, auch der in Deutschland erst zu schaffende bürgerlich-freiheitliche Staat war damit beispellos kühn verneint. Über die zukünftige staatliche Form war nichts gesagt, und das war sicher eine Lücke; desto mehr aber über die neue Organisation des Eigentums. Nichts konnte stärker dazu beitragen, dem schaffenden Bürgertum den von den Kommunisten unterstützten und verwendeten Revolutionsgedanken verdächtig zu machen und sein Bündnis mit den alten Mächten der Gesellschaft vorzubereiten. Das kommunistische Manifest hat also in der gedanklichen Nachwirkung — praktisch blieb es zunächst ganz unbeachtet — viel zum Scheitern der bürgerlichen Revolution beigetragen, deren Gelingen

doch schließlich die Voraussetzung der proletarischen war — mindestens nach der Logik des historischen Prozesses, wie ihn Marx und Engels verstanden.

Sozialismus und Kommunismus, die gedanklich so eng zusammengehören, heben sich praktisch in den vierziger Jahren mehr und mehr voneinander ab und stehen sich seit etwa 1846 getrennt gegenüber. Sozialismus war Philosophie, Menschheitsentwicklung, Mitleid, Ethik, Weltverbesserung; Kommunismus war Tat, Partei, Kritik, Klassenhaß, politischer Kampf, Vernichtung des Gegners, Umsturz des Überkommenen; Sozialismus war optimistische Evolution, Kommunismus war eine aus Menschenverachtung geborene Revolution. Utopische Züge hatten beide Bewegungen — so sehr auch Marx und Engels immer den andern ihren Utopismus vorgeworfen haben. Marx und Engels waren am ungerechtesten gegen ihre Nächsten — als Kämpfer mußten sie es wohl sein. Wer aber nicht ihre zeitbedingte Einseitigkeit gerade in ihren Polemiken begreift, erfaßt auch nicht ihr wirklich Großes.

Der Kommunismus wollte den revolutionären Umsturz von Staat und Gesellschaft — was tat der Staat nun selbst? Es war bescheiden genug. Er verfolgte seine Feinde mit den ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln — das war sein Recht, aber positiv war daran nichts. 1845 bildete sich in Berlin der „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ — ein damals warm begrüßtes Unternehmen, das sich die Aufgabe stellte, die Zustände der unteren Klassen zu erforschen, die Kenntnis darüber zu fördern und Abhilfe zu schaffen. Schon die Gründung eines solchen Vereins bewies, daß der Staat mit seinen bisherigen Organen nicht weiter kam; die bürgerliche Selbsthilfe setzte ein — aber der Staat empfand gerade deshalb den Verein als unbequeme Opposition und machte ihm Schwierigkeiten, so daß nichts Entscheidendes geschehen konnte. Mit Wohltätigkeit war in der Tat auf längere Sicht nicht zu helfen. Dies war auch der Irrtum eines Unternehmens wie des Rauhen Hauses in Hamburg, das unter Wicherns Leitung seit 1833 seine karitative und im einzelnen sicher erfolgreiche und achtungswerte Arbeit für die Proletarierjugend begann. Die „Innere Mission“, deren Zeitalter 1848 wahrhaft begann, konnte gewiß das soziale Zeitproblem nicht lösen — aber sie bereicherte wenigstens die herrschende Orthodoxie durch ein echtes Christentum warmherziger Tat. „Wir müssen Proletarierprediger haben“, verkündete Wichern. Die Bürokratie muß ein Ende nehmen, sagte er unter den furchtbaren Eindrücken seiner oberschlesischen Hilfsaktion³³). Wie barock wirkte daneben Friedrich Wilhelms IV. Schwanenorden — dessen Ritter als vereinigter Stand der Reichen und der Weisen den Kreuzzug gegen das Elend und die Armut unternehmen sollten! Es war keine Zeit mehr für solch pseudomittelalterliche Maskeraden — gesorgt und geholfen werden mußte auf eine sachlich-nüchternere Weise. Vornehme und gnädige Mildtätigkeit verletzte jetzt seelisch mehr, als sie körperlich heilte. Wo blieb der Staat? Wo blieb die Rechtsordnung? Diese Frage erhob sich doch immer wieder. Praktische Gedanken zur Sozialreform gingen wohl auch von einigen Publizisten aus, unter denen sich Aristokraten

und hohe Beamte befanden: Liedke schlug etwa die Entwicklung des Sparkassenwesens vor („Hebung der Not der arbeitenden Klasse durch Selbsthilfe, Berlin 1845“); L. Jacobi verlangte bedeutende pekuniäre Vorschüsse des Staates, eine moderne Entwicklung der Gesetzgebung und des Erziehungswesens („Über die Verarmung und Entsittlichung der arbeitenden Klassen“, Leipzig 1845); ähnlich dachte sich der Jurist Th. Hilgard einen staatlichen Fonds zur Kapitalbeschaffung für die Unternehmungen Unbemittelter auf Grund der Erweiterung der Erbschaftssteuer, abgestuft nach Verwandtschaftsgrad und Größe der Erbmasse („Zwölf Paragraphen über den Pauperismus und die Mittel ihm zu steuern“, Heidelberg 1847); Graf zu Dohna endlich appellierte gleichfalls mit viel praktischem und nüchternem Verstande an den Staat zugunsten der Arbeiterschaft („Die freien Arbeiter im preußischen Staate“, Leipzig 1847). Der prächtige Westfale Harkort trat aus der Praxis für Maximalarbeitszeit, für Verbot der Kinderarbeit, für gesunde Wohnung und billige Nahrung ein. Auch für Volksschulen und Eisenbahnen war er ein Vorkämpfer. Auf Aufforderung des Regierungspräsidiums in Potsdam schrieb Dr. jur. et phil. Woeniger „Über die Gründe des wachsenden Pauperismus“ eine Schrift, die bald in zweiter Auflage erschien und durch die Vorschläge, von Staats wegen der überhandnehmenden Armut zu steuern, viel Interesse fand^{33a}). In Bruno Bauers Monatsschrift „Allgemeine Literatur-Zeitung“ I. Band (1844) S. 17 f. kritisierte Carl Reichardt Woenigers Buch nebst andern Schriften über den Pauperismus mit erbitterter Schärfe. Besonders die Unterscheidung zwischen „verschuldeter“ und „unverschuldeter“ Armut brachte ihn auf. „Glaubt man“, so fragte er entrüstet im Hinblick auf die ganze Zeitbewegung, „es handelt sich um die Unterstützung von einigen Tausend Armen?“

Der Weg zur Revolution war auch diesmal mit gutgemeinten Reformvorschlägen gepflastert. Die staatlichen Organe standen der tatsächlich vorhandenen sozialen Not hilflos und mißtrauisch gegenüber. Rechtzeitige und entschiedene politische Reform hätte voraussichtlich auch die Gesellschaftskrise für eine Zeitlang beruhigen können. Denn in Wirklichkeit befanden sich die wirtschaftlichen und sozialen Zustände durchaus noch nicht auf jenem Grade der Entwicklung, den besonders die führenden Kommunisten in ihrer konstruktiven Kühnheit propagandistisch vorwegnahmen.

*

Beinahe zwei Drittel der damaligen deutschen Bevölkerung widmeten sich der Landwirtschaft. Während in Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Böhmen und Mähren das Rittergut, zum Teil das feudale Latifundium herrschte, zeigten die österreichischen Alpenländer und Bayern vielfach geteilten Mittel- und Kleinbesitz, zeigte das Rheinland überwiegend die weitgehende Parzellierung bevorzugt fruchtbaren Bodens, zeigte Kurhessen einen ausgesprochenen Mischtypus, zeigte der Nordwesten überwiegend den groß- und mittelbäuerlichen Einzelhof. Überall im Westen, Südwesten und Süden gab es

aber auch die großen Standesherrschaften der Mediatisierten, im Südwesten ganz ausgeprägt den bäuerlichen Zwergbesitz. Gewiß übte der Rittergutsbesitzer im deutschen Osten durch die Polizei, die Leitung des Armenwesens und das Kirchen- und Schulpatronat einen überragenden Einfluß auf seine Pächter, Hintersassen, Kätner, Instleute und Tagelöhner aus. Aber die Verhältnisse waren noch patriarchalisch, die agrarischen Erzeugnisse stiegen seit etwa 1840 im Preise, hatten regelmäßigen Absatz und sicherten so dem Besitzer eine ausgeglichene, meist behäbige Existenz³⁴). Selbst furchtbare Not- und Hungerjahre brachen nicht den vorhandenen guten Willen der ländlichen Arbeiter — man glaubte, sie müßten arm sein, sonst arbeiteten sie nicht. Es herrschte eine sehr starke Gebundenheit auch da, wo die Bauernbefreiung durchgeführt oder in Angriff genommen war; bei den Abhängigen aber war die Gesinnung meist ausgesprochen loyal und konservativ. Am Herkommen zu rütteln, hätte als treulos und unchristlich gegolten. Der geschlossene Großgrundbesitzerstand östlich der Elbe war damals die stärkste politische und wirtschaftliche Potenz Preußens. Nach Knapp ist die Zahl der durch die Regulierung neu geschaffenen erblichen bäuerlichen Eigentümer in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Preußen und Posen bis 1848 auf 70579, die Zahl der übrigen Dienst- und Abgabepflichtigen, die abgelöst haben, auf 171351 anzusetzen. 1859 bestanden in den fünf Provinzen 269594 spannfähige, 407801 nicht spannfähige bäuerliche Nahrungen. Von den größeren pflichtigen Bauern waren $\frac{6}{7}$, von den kleinen nur $\frac{1}{4}$ befreit worden. Die Befreiung kostete den Bauern an Land über $1\frac{1}{2}$ Millionen Morgen, an Kapitalabzahlung über $18\frac{1}{2}$ Millionen Taler, die jährlich zu zahlende Rente betrug 1,599 Millionen Taler und 260069 Scheffel Getreide³⁵). Der Typus des mittleren und kleineren Landwirtes, der in Bayern, in Kurhessen und Hannover überwog, stellte natürlich eine wesentlich gesündere soziale Klasse dar, als der Landjunker im Osten. Er wurzelte selbst mehr im Boden, er lebte noch überwiegend in bäuerlichen Überlieferungen, er war bei aller Belastung und Abhängigkeit verhältnismäßig sorglos, dem Bestehenden und einer ruhigen politischen Entwicklung zugeneigt, noch mehr wie der Rittergutsbesitzer Träger lokaler und partikularer Gesinnung. Ganz anders in Württemberg, Baden, Rheinpreußen, Hessen-Darmstadt und Nassau.

Auch hier gab es noch viel Patriarchalisches, viel geistige Gebundenheit und befangene Loyalität. Aber es war schon eine gewisse städtische Unruhe und Unzufriedenheit mit der weitgehenden Besitzzersplitterung aufs Land gekommen. Die Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse wurden schärfer kritisiert, Bildung und Beweglichkeit waren größer als sonstwo. Eine Auflockerung zur Opposition war deutlich zu spüren. Die „kleinen Leute“ dachten nach und hatten steigende Bedürfnisse — das Angebot der Industriewaren rief Unruhe und Unzufriedenheit hervor. Neuer Reichtum, wie er sich hier jetzt schnell bildete, reizt ja mehr als alteingesessener. Der Klassengegensatz war im preußischen Osten am stärksten und am einfachsten — und gerade hier hatte er damals keinen revolutionären

Charakter. Im Westen und Südwesten war der gesellschaftliche Aufbau viel differenzierter, die Übergänge waren leichter und natürlicher, der ganze Ton von vornherein bequemer und herzlicher: trotzdem ist hier der Boden für stärkere, auch soziale Unzufriedenheit gewesen. Die Entwicklung der Meteorologie und der Agrikulturchemie eröffnete damals auch der deutschen Landwirtschaft ganz neue Möglichkeiten. Die wissenschaftliche Periode unserer Landwirtschaft beginnt mit Liebig's berühmtem Werke: „Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie“ (1840). Das ganze Düngewesen wurde studiert; ebenso wurden die mechanischen Mittel der Bodenbearbeitung erfreulich entwickelt. Der genossenschaftliche Geist ergriff auch die Landwirtschaft. 1840 hatte Preußen schon über 100 landwirtschaftliche Kreisvereine. Besonders vortrefflich durchorganisiert waren diese Vereine in Sachsen. Seit dem Jahre 1836 gab es alljährlich eine große Versammlung der deutschen Land- und Forstwirte, zahlreiche landwirtschaftliche Schulen wurden ins Leben gerufen. Trotz der Lasten und Fronden hatte sich also eine sehr lebendige Entwicklung vollzogen, die ihre Hauptantriebe gerade von dem bürgerlich-bäuerlichen Landwirt empfing. Eine Sorge war freilich — sie wurde schon von den Zeitgenossen oft geäußert — ob bei der starken Bevölkerungsvermehrung der landwirtschaftliche Ertrag dauernd ausreichen würde.

Die Bezeichnungen „Kleinbürgertum“ und „Kleinbürgerlich“ haben durch die großen Kommunisten Marx und Engels einen so herabsetzenden, ja verächtlichen Charakter bekommen, daß man sie in einer geschichtlichen Darstellung, die das Wesen der Dinge treffen will, nicht mehr verwenden sollte. Sogar Proudhon ist bekanntlich von Marx als Kleinbürger gebrandmarkt worden, revolutionäre Idealisten wie Freiligrath und Dronke mußten sich von Engels Spießbürger nennen lassen. Jeder, der eben nicht ganz auf ihre Worte schwören wollte, und besonders jeder, der schon vor ihnen als Sozialist oder Kommunist gewirkt hatte, war ein Ideologe, ein Narr, ein Utopist oder ein Philister, meistens alles zusammen. Um die damaligen sozialen Verhältnisse in Deutschland richtig aufzufassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der zahlenmäßig stärkste Stand bei uns der ländliche und städtische Mittelstand gewesen ist. Er war das seit mindestens zwei Menschenaltern und blieb es nur noch kurze Zeit. Die endgültige Zersetzung des deutschen Mittelstandes ist eine der Folgen der Revolution von 1848/49. Der Mittelstand war der eigentlich lebendige Kern der deutschen Bevölkerung — die Mehrzahl der großen deutschen Kunst- und Gedankenschöpfer entstammt ihm: er war der übervolle Speicher deutschen Fleißes, deutscher Arbeit und deutscher Gesinnung. Sein Kern ist der deutsche Landwirt bäuerlich-bürgerlichen Charakters, der Handwerksmeister, Reeder, Fabrikant, Gastwirt und Händler, auch der kleine Rentner in den Städten, der kleinere Staats- und Stadtbeamte, der Pfarrer und Lehrer, der Anwalt und Arzt³⁶⁾. Es ist jene „biedere“, tüchtige Menschenklasse, die in schlichten Lebensformen, mit sehr bescheidenen Bedürfnissen — im Vergleich zu Westeuropa —

tätig und selbständig, in einer Atmosphäre der wechselseitigen Achtung ihr würdiges Dasein führte³⁷). Das Wesentliche dieses Mittelstandes ist, daß er seine ehrbare „Nahrung“ sicherstellen, daß er bleiben wollte, was er war, daß er womöglich einen soliden Aufstieg innerhalb seiner anständigen Sphäre nahm. Über sich sah der Mittelstand den Feudaladel und den von ihm abgezweigten Hof-, Verwaltungs- und Schwertadel, eine unerreichbare, nicht zu erschütternde, tief verehrte, manchmal scharf kritisierte, aber heimlich doch beneidete Kaste; unter sich sah der Mittelstand die Schicht der wirtschaftlich Abhängigen — also der Instleute, Heuerleute, Dreschgärtner und Knechte auf dem Lande, der Schiffsbediensteten, der Ladendiener, der Dienstboten, der Lakaaien, der Handwerksgesellen, die nicht mehr Meister werden konnten, endlich der Fabrikarbeiter. Das Wesentliche des Mittelstandes ist die Verbindung eines Könnens mit einem gewissen Besitz und einer gewissen Bildung. Man mußte „etwas“ haben, um sein Wissen und seine Kunstfertigkeit in selbständiger Lebensstellung nutzbar zu machen. Das Wesentliche der unteren Schicht war nun, daß sie dieses „Etwas“ zunächst nicht hatte oder nicht genug hatte. Sie war arm. Sie konnte keine besseren Schulen besuchen, keinen Acker kaufen, keinen Laden- oder Handwerksbetrieb anfangen — sie mußte „dienen“. Aber sie konnte bei großem Fleiß und einigem Glück emporkommen. Der Aufstieg der unteren Schicht in den Mittelstand war besonders in den Städten häufig; durch Sparsamkeit, durch besondere Talente, auch durch Heirat — durch eine Verbindung des einen mit dem andern gelangten doch immer viele zur selbständigen Existenz. Schon deshalb kann man diese untere Schicht des damaligen Deutschland nicht Proletariat nennen. Ein kämpferisches Klassenbewußtsein aus der Verzweiflung heraus, innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht weiter kommen zu können, wurde wohl von einzelnen gepredigt, es paßte aber nur teilweise auf die eigentlichen Fabrikarbeiter und die ganz schlecht, nämlich gleichfalls nur auf Tagelohn gestellten ländlichen Schichten; alle andern aber lebten loyal innerhalb der bestehenden Ordnung, sie wollten sie „freiheitlicher“ haben, aber nicht umstürzen, sie wollten sich in ihr emporarbeiten: der Gesell wollte eben doch Meister werden, so schwierig es auch vielfach schon war, das Dienstmädchen heiratete den Handwerksmeister, der Ladendiener die Witwe des Krämers.

Diese Dreischichtung der Gesellschaft in Deutschland ist nun durch die Bildung einer neuen sozialen Klasse zwischen Aristokratie und Mittelstand aus den Fugen gebracht worden. Man ist bisher gewöhnt, diese Klasse als „Bourgeoisie“ zu bezeichnen; der Begriff, der bekanntlich aus der französischen sozialistischen Literatur stammt und polemische Weltläufigkeit bekommen hat, paßt auf die deutschen Verhältnisse nicht ganz, und am wenigsten auf die Lage vor der Revolution von 1848/49. Wegen seiner überwiegend städtischen und klassenkämpferischen Färbung hat er überhaupt etwas Irreführendes. Es handelt sich bei uns in Deutschland um die Entstehung eines Geld- und Titelpatriziats. Zeitlich zuerst hat sich das Titelpatriziat ausgeprägt. Die akademischen Titelträger

beanspruchten innerhalb des Mittelstandes mit Erfolg eine besondere Achtung und fanden als erste den Weg zur Aristokratie, die eben ihre Dienste als Pfarrer, Rechtsberater, Arzt und Lehrer brauchte. Und nun gar die Universitätslehrer der vier Fakultäten, meist Söhne des Mittelstandes, manchmal auch aus der unteren Schicht aufgestiegen, wirkten in einer Zeit der geknebelten öffentlichen Meinung, in einer Zeit der besonderen Hochschätzung der Bildungskräfte als Vertreter überragender Würde; die Regierungen brauchten sie und mußten sich oft ihre kritische Gegnerschaft gefallen lassen, die Höfe, die Adelsfamilien zogen sie zu sich heran; ihre Mehrzahl war wohl geistig nicht ganz so unabhängig, wie die Zeitgenossen glaubten — der Stand als solcher genoß aber nicht ohne Selbstgefälligkeit patrizisches Ansehen. Das höhere Beamtentum rekrutierte sich gleichfalls überwiegend aus dem Mittelstande; die Feudalaristokratie besetzte natürlich gerne die besten und höchsten Stellen mit ihren Abkömmlingen — in einer Reihe von moderneren Ressorts, besonders Finanzen, Wirtschaft, Kultus, Justiz war aber ohne den Zustrom bürgerlicher Intelligenz nicht auszukommen. An Gesinnung und Lebensform versuchte sich diese junge Bürokratie mit Erfolg der älteren anzugleichen; sie trat oft überraschend schnell in einen gewissen Gegensatz zu dem Mittelstand, dem sie entsprossen war. Das eigentlich Bürokratische prägte sich meist mehr beim emporgekommenen Bürger als beim Adligen aus. Die Kleinstaaterei hatte ja einen verhältnismäßig großen Beamtenbedarf — er war aus den Landeskindern nicht immer sachgemäß zu befriedigen. Aus Österreich, besonders aus Preußen wurde mancher tüchtige Verwaltungsmann bezogen, während umgekehrt Preußen gerne besondere Talente bei sich aufnahm. So wurde diese Bürokratie dem lokal und provinzial gebundenen Mittelstande entfremdet, sie gewöhnte sich, die Welt vom Standpunkte gouvernementaler Überlegenheit anzusehen. Ähnlich ging es mit dem Offiziersstand. Der starke preußische Bedarf kam ohne den bürgerlichen Nachwuchs nicht aus, wenn dieser auch meist auf die Provinzregimenter der Infanterie, auf Artillerie und Pioniere beschränkt blieb. Und dasselbe läßt sich schließlich bei dem Richterstand beobachten. Die deutschen Regierungen züchteten einen Neofeudalismus der Uniformen und Talare hoch — ein Patriziat der Titel, meist ohne entsprechende Mittel, das nun an loyaler Staatsgesinnung oft alle andern übertraf, freilich vor und in der Revolutionszeit auch häufig der Träger maßvollen Reformeifers geworden ist. Die Feudalaristokratie sah auf diese Titulierten mit dem für sie natürlichen Hochmut herab — sie wirkte aber stark auf sie ein durch ihre jüngeren Söhne sowie durch die besitzlos gewordene Vetternschaft, und sie behauptete ja doch durch den Grundbesitz und die Hofstellungen den eigentlichen Einfluß auf die Wirtschaft und die fürstlichen Personen.

Aber gerade der wirtschaftliche Einfluß wurde ihr nun zu ihrer eigenen Überraschung von einer zweiten Schicht streitig gemacht, die dem Mittelstande entwich — dem Gegenstück des Titelpatriziats: dem Geldpatriziat. Der Großhändler hat sich in den deutschen Kaufmannstädten als erster über den Mittelstand

als kapitalanhäufende, spekulierende, statt um der Nahrung um der profitablen Unternehmung willen arbeitende Macht erhoben. Dem alten historischen, zu-
meist feudalisierten städtischen Patriziat trat ein neues Patriziat zur Seite. Der
wesentliche Unterschied war, daß diese neue Schicht zwar sehr gerne und mit
Erfolg aristokratische Lebensformen annahm, sich Grund und Boden kaufte, auf
Schlössern lebte, daß sie aber niemals, wenn sie echt blieb, sich zur ruhigen
Ausübung gesellschaftlicher und politischer Macht entschloß, sondern rücksichts-
los, arbeitsgierig, kapitalistisch vorwärtsdrängte. Auch die ersten Fabrikanten bei
uns in Deutschland waren Typen des Mittelstandes — oft hatten sie als Handwerks-
meister ihre gewerbliche Produktion begonnen, die nun schnell aus der beschei-
denen Befriedigung vorhandener Nachfrage in das jede Konkurrenz nieder-
stürmende Angebot emporwuchs. Endlich: die Spediteure und Kommissionäre
von 1820 bauten seit 1840 die Eisenbahnen; und nicht nur Fürsten brauchten
Geld — auch Verkehrs- und Industrieunternehmungen gingen auf die Börse.
Der Bankier wurde der klassische Vertreter des Kapitals schlechthin, des ab-
gelösten, überlokalen, unpersönlichen, mobilisierten, international verbundenen,
überaus sensiblen und bald überaus potenten Kapitals. Das Geldpatriziat ging
denselben Weg wie das Titelpatriziat: es suchte sich mit der Feudalaristokratie
zu vermischen — beider heimlichster und glühendster Wunsch war die Nobilitie-
rung, die in Österreich und Süddeutschland vielfach schon mit Ordensauszeich-
nungen verbunden, in Norddeutschland schwerer zu erlangen war. Aber das
Geldpatriziat brauchte einen andern Staat als die Feudalaristokratie; es zog auch
das so gouvernementale Titelpatriziat gern zu sich hinüber in einen wohltempe-
rierten Liberalismus. An Zahl war das Geldpatriziat in den vierziger Jahren noch
durchaus schwach — aber es war unruhig und beweglich. Es wünschte eine Rolle
zu spielen, es sehnte sich nach politischem Einfluß. Der „Klassenkampf“ spielte
sich im damaligen und auch im späteren Deutschland ganz anders ab, als die
führenden Kommunisten es auffaßten. Am meisten wurde gegen die eigene und
nicht gegen eine fremde Klasse gekämpft. Niemand bejahte den bürgerlichen
Mittelstand mehr als der Angehörige der abhängigen lohnarbeitenden Schicht,
denn er wollte in ihn emporsteigen. Niemand bejahte das Titel- und Geldpatriziat
mehr als der Angehörige des Mittelstandes — denn er wollte gleichfalls in es
emporsteigen. Und auch das Titel- und Geldpatriziat träumte ja vom Aufstieg in
die Feudalaristokratie. Man führte also einen Konkurrenzkampf mit den An-
gehörigen der eigenen Schicht — das Geldpatriziat hat diesen Konkurrenzkampf
geistig zuerst ganz erlebt, praktisch zuerst verwirklicht und alle andern Schichten
damit angesteckt. Vor allem hat das Geldpatriziat nun, im Interesse seiner Reich-
tumsvermehrung, die untere arbeitende Schicht niedrig gehalten und möglichst
am Aufstieg in den Mittelstand verhindert, hat den Mittelstand möglichst in
Abhängigkeit von sich gebracht, hat ihn zerspalten und zermürbt, hat endlich
Titelpatriziat und Feudalaristokratie in seinen Interessen- und Gedankenkreis
hineinbezogen. Die Gesellschaft war in Bewegung gekommen.

Nach dem Vorgange eines kundigen Zeitgenossen lassen sich in Deutschland vor Revolutionsausbruch zwölf Hauptdistrikte der Industrie unterscheiden: Niederösterreich mit dem Mittelpunkt Wien, der schlesische, der böhmische, der lausitzische (Zittau-Görlitz), der obersächsische (Chemnitz-Plauen), der fränkische, der südthüringische, der harzische, der westfälisch-niederrheinische, der nieder-rheinische (Aachen-Krefeld), der mittelhheinische (Heidelberg-Frankfurt), der schwäbisch-oberhessische Distrikt³⁸). Dazu kommen noch eine Reihe Einzel-punkte: Berlin, Magdeburg, Leipzig, Hamburg, Bremen, Stettin.

Der industrielle Aufschwung war eine notwendige Folge auch der Bevölkerungs-vermehrung: die ländliche Überschußbevölkerung konnte von der Landwirt-schaft bei den gebundenen Besitzverhältnissen und den erst in der Entwicklung befindlichen moderneren Methoden nicht mehr voll aufgenommen werden. Es wuchsen also stark an etwa die Branntweinbrennereien, deren sich in Preußen zwei Drittel auf dem Lande befanden und die, ganz als Großbetrieb, ein starkes Überangebot an Schnaps hervorriefen, so daß der Branntwein nie so billig in Berlin war als in den Jahren 1849/50; die Bierbrauereien, ursprünglich ja ein städtisches Gewerbe, besonders in Süddeutschland; die Ölproduktion, haupt-sächlich im Westen; die Raffinerien von Runkelrübenzucker, die Tabakfabrika-tion: alles Unternehmungen, die agrarische Produkte durch den Nachwuchs der Landbevölkerung verarbeiten ließen und so Werte und Nahrung für viele schufen. Die Tabakfabrikation, die ja schon vielfach inländische Blätter verarbeitete, zog sich schon besonders stark in die Städte. 1846 gab es 1226 Tabakfabriken mit 18936 Arbeitern im Zollvereinsgebiete. Bremen, mit den andern Freien Städten Hauptsitz der Tabakindustrie, hatte allein 185 Zigarrenfabriken, von denen immer-hin sieben zwischen fünfzig und fünfundsiebenzig Arbeiter beschäftigten³⁹). Österreich hatte bereits damals das Tabakmonopol eingeführt; es gab deshalb nur wenige, aber viel größere Fabriken dort. Die Fabrik von Hainburg beschäf-tigte 1848 allein 600 Menschen⁴⁰).

Die Leinenmanufaktur war bekanntlich das Gewerbe, dem sich die ländliche Bevölkerung der armen Gebirgsgegenden seit langem zuwandte; von jeher war das häusliche Spinnen von Garn und das Weben von Tuch eine Nebenbeschäfti-gung der Landbewohner; sie wurde als solche zurückgedrängt und sehr zum wirtschaftlichen Nachteil der Betroffenen allmählich erstickt durch die haus-industrielle Entwicklung in Schlesien, Westfalen, an der Wupper, in der schwä-bischen Alb, in der Oberlausitz und in Böhmen, im Südhannoverschen. Der über-lieferte Handbetrieb wurde hier allmählich durch Maschinenbetrieb bedroht. Die große Zahl kleiner Betriebe nahm ab zugunsten einer kleinen Zahl größerer⁴¹). Zu mächtiger Entfaltung gelangte die Wollmanufaktur im Erzherzogtum Öster-reich, in der Mark, in Sachsen, besonders aber im Rheinland. Die Baumwollen-industrie ließ sich vielfach neben der Leinenindustrie nieder und übernahm deren Personal, sie verlangte einen besonders gebildeten Unternehmerstand — also auch hier wieder in Böhmen, beiden Schlesien, Sachsen, bei Wien und Berlin⁴²). Große

Fabriken für Seide und Sammet gab es in Wien, Berlin, Krefeld, Elberfeld, Barmen, Köln und Düsseldorf. Diese Industrie war immer eine Luxusindustrie, die ihren Aufschwung den französischen Einwanderern und der staatlichen Fürsorgepolitik verdankte, und schon deshalb besonders früh ein hohes kaufmännisches Niveau zeigte und aus dem Handwerklichen herauswuchs. Die Fundstätten von Eisen und Kohle ließen die Maschinenindustrie im westfälisch-niederrheinischen Gebiete seit langem aufblühen. Die Firma Krupp war 1819 gegründet worden; sie zählte 1846 140 Arbeiter und ging dann bis 1848 auf 76 herunter⁴³). Bei diesem gewerblichen Zweige hatte die größere Fabrikform von früh an unbedingt den Vorzug vor jeder andern. Die tüchtigsten Unternehmen warfen sich darauf, Kredit war hier am meisten nötig, aber auch in großem Umfange locker zu machen, die scharfe körperliche Inanspruchnahme der Arbeiter drückte sich in verhältnismäßig hohen Löhnen aus. Diese Betriebe hatten als erste den Rhythmus des neuen mechanisch-kapitalistischen Zeitalters. Die Zahl der stehenden Maschinen in Preußen betrug 1837: 419, 1843: 863, 1849: 1444. 1841 kam in den deutschen Ländern Österreichs ein Dampfmotor auf 5,27 Tausend Köpfe der Zivilbevölkerung, in Preußen 1840 nur auf 1,28 Tausend Köpfe⁴⁴).

Schon 1828 erhoben sich die Krefelder Seidenweber, schon 1826 die Solinger Schleifer gegen Lohndruck und Truicksystem. Überall wurden hier Tausende von Kindern, oft vom vierten Lebensjahre an, verwandt. Eine Beschränkung der Kinderarbeit erfolgte durch die Regierung 1839, hatte aber wenig praktische Wirkung. Gegen das Truicksystem wurde erst nach der Revolution von 1848/49 angekämpft⁴⁵).

Schmoller nimmt an, daß Preußen 1846 550 000 Fabrikarbeiter, 380 000 Gesellen und Lehrlinge und 1,4 Millionen landwirtschaftliche Arbeiter gehabt hat. Dazu käme noch etwa eine Million Diensthöten. Die Gesamtzahl dieser „Arbeiter“ im weiteren Sinne betrug also 1846 etwa 3,33 Millionen, gegenüber 2,3 Millionen im Jahre 1816 und 4,93 Millionen im Jahre 1867. Das ist in Prozenten der Bevölkerung ein Wachstum nur von 22 Prozent auf 24 Prozent⁴⁶)! Diese Zahlen veranschaulichen mit überraschender Kraft die Stabilität des damaligen gesellschaftlichen Aufbaus und die noch ganz überwiegende Bedeutung des Mittelstandes. Wenn man für die Angehörigen der Feudalaristokratie und des Geld- und Titelpatriziats im damaligen Preußen 10 Prozent der Bevölkerung annimmt, was hochgegriffen ist — 1837 hatte Preußen etwa 4000 Großhändler, 1861 das Vierfache —, so kommen auf den Mittelstand etwa 67 Prozent — also rund zwei Drittel der Gesamtzahl!

Der Anteil der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung betrug in Preußen im Jahre 1816 noch 78 Prozent, im Jahre 1849 immer noch 64 Prozent, im Jahre 1882 aber nur noch 42 Prozent. Die gewerbliche Bevölkerung hatte 1843 23 Prozent der Gesamtbevölkerung erreicht, die Handeltreibenden kamen noch nicht auf 1 Prozent. Großbritannien hatte schon 1831 nur noch 28 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung!

Die Ziffern für Bayern zeigen einen noch größeren landwirtschaftlichen Anteil der Bevölkerung als die für Preußen. Von 1000 Einwohnern lebten in Deutschland in Städten über 100000 Einwohnern im Jahre 1800 10 Einwohner, im Jahre 1850 28 Einwohner (in Großbritannien 1800 bereits 70, 1850 192!)⁴⁷⁾. Das damalige Deutschland hat also noch einen durchaus agrarisch-kleinstädtischen Charakter — aber es war nicht mehr so gesund wie es aussah. Die landwirtschaftliche Bevölkerung vermehrte sich mehr als die städtische, der Osten Deutschlands vermehrte sich mehr als der Westen. Die deutsche Bevölkerungsvermehrung von 1816 bis 1845 betrug mit 38,7 Prozent wesentlich mehr als jemals später im 19. Jahrhundert. Von 1816 bis 1840 nahm die städtische Bevölkerung im Königreich Preußen von 1000 auf 1411, die ländliche von 1000 auf 1461 zu! Es war aber eine Vermehrung der Abhängigen, der Kossäten und Tagelöhner — die „Bauernbefreiung“ war eben eine Herabdrückung, oft eine Aufsaugung des selbständigen Bauern. Allgemein sind die Klagen auf dem Lande: es sind zuviel Menschen da, sie haben keine Arbeit, die Löhne sinken infolge des Überangebotes an Kräften. Thüringen, der Westerwald, Oldenburg, Hessen und Baden zeigen das gleiche Bild. Besonders in den südwestdeutschen Gegenden des Zwergbesitzes war die Verzweiflung groß. Es gab da nur zweierlei, Auswanderung oder eine weitere ganz starke industrielle Entwicklung zur Beschäftigung der vielen Hände⁴⁸⁾.

Ein Drittes war freilich auch noch möglich: Revolution! Der Mittelstand ließ einen kleinen Teil ins Titel- und Geldpatriziat aufsteigen; ein viel größerer war aber in Gefahr, in die abhängige Schicht herunterzusinken, dem Pauperismus zu verfallen, wie man damals sagte. Die Statistik, die den Mittelstand für die vierziger Jahre noch so stattlich, ja beinahe beherrschend erscheinen läßt, vermag nichts über das zu sagen, was hier gespart und gehungert werden mußte, damit das Dekorum des anständigen Bürgers aufrechterhalten werden konnte, der eben seine selbständige Nahrung hatte. Noch immer dünkte sich ein Schuhmachermeister mehr als der Bürogehilfe eines großen Handelshauses, oder ein Schneidermeister mehr als der Verkäufer eines „Kleiderladens“ wie Gerson, der 1842 in Berlin gegründet wurde. Aber der Verkäufer hatte einen sicheren, auch vielleicht höheren Verdienst als der Meister. Er stieg in den Mittelstand auf, während es dem Meister oft schwer fiel, sich zu behaupten. Bis 1840 hatte der Handwerker- und Kleinhändlerstand in Deutschland an Umfang und Wohlstand zugenommen — es war seine goldene Zeit. Seitdem war er bedrängt. Wer sich umstellen konnte, blieb was er war. Die Zahl der Mittelbetriebe hat im Verhältnis zur Bevölkerung in Deutschland auch seit 1840 noch zugenommen. Der Mittelstand verwandelte sich, er verlor an Selbständigkeit und Unabhängigkeit, aber er behauptete soziologisch noch lange seine Stellung. Die Umschichtung ist aber deutlich, das Heraufkommen der einen, das Hinabsinken der andern. Die erste große Not des deutschen Handwerkes, von der Schmoller spricht, hat gleich nach 1840 eingesetzt und über die Revolution von 1848/49 hinweg gedauert. Der Charakter der politischen Bewegung ist stark durch sie bestimmt worden. Die Gehilfenzahl nahm

allgemein zu, die Zahl der Meister ab. Viele Kleinmeister, besonders die auf dem Lande, kamen auf das soziale Niveau von Tagelöhnern. Merkwürdig war, daß die preußische Gewerbefreiheit das Schicksal der Gewerbe nicht wesentlich anders gestaltete, als es sich auch in den Ländern mit noch bestehender Zunftverfassung vollzog. Die Zünfte umschlossen auch dort nur noch etwa ein Drittel der Gewerbetreibenden. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß eine Reihe von Gewerben im sichtbaren Verfall waren, wie z. B. Schmiede, Hutmacher, daß eine zweite Gruppe sich hielt, indem sie sich neuen Formen der Technik und Wirtschaft anpaßte, wie z. B. Bäcker, Fleischer, Sattler, Schneider, Schuhmacher, und daß eine dritte Gruppe aufblühte im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bevölkerungsvermehrung und der Verkehrsentwicklung, wie z. B. Maurer und Tischler. Dies äußere Bild gibt aber natürlich nicht das Entscheidende. Schon trat vielfach neben das beseelte Handwerk, das auf Bestellung, nach Maß, nach persönlichem Geschmack ein persönliches Arbeitsprodukt aus gewähltem, geprüftem, hochwertigem Rohstoff fertigte, ein mechanisches Klein- und Mittelgewerbe, das seine Ware nach Durchschnittsgeschmack für Herrn Jedermann, massenweise, aus möglichst billig beschafftem, oft minderwertigem Rohstoff, in geteiltem Arbeitsprozeß herstellte und auf den Markt brachte. Der Bauunternehmer unterwarf sich so die Maurer, Tapezierer, Weißbinder, Häfner, Dachdecker, Glaser, Zimmerleute und Schlosser, der Möbelhändler die Tischler, der Lederhändler die Gerber, Täschner und Sattler, der Konfektionär die Schneider, der Mehlhändler und Großmüller die Bäcker, Konditoren und Lebküchler, der Großschlächter und Wurstfabrikant die Metzger, der Waggonfabrikant die Stellmacher, Schmiede, Monteure. In den vierziger Jahren haben sich diese Entwicklungen vorbereitet, und in den wenigen Großstädten schon sichtbar durchgesetzt. Jedenfalls: das kaufmännisch-spekulative Moment ergreift das Handwerk; die ausgesprochene handwerkliche Begabung ist gegenüber diesem neuen Geiste wehrlos; sie klammert sich ängstlich an das Althergebrachte, sie betont aufgeregt den Wert der Eigenarbeit, sie leidet nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem seelisch unter dem modernen Stil; der Handwerksmeister der damaligen Zeit ist so konservativ wie der bäuerliche Hofbesitzer; er hält sich — noch mehr als dieser, denn er lebt mehr in städtisch-staatlichen Zusammenhängen — für den idealen Bürger, und er erkennt seinen Feind sowohl im Geldpatrizier wie im Proletarier. Aber er ist nicht angriffslustig, hat eigentlich ja auch keine Waffen, fühlt sich als Mensch des Mittelstandes doch immer angewiesen auf die Wohlhabenden, die ihm schließlich die Nahrung ermöglichen. Schlimm steht es um den Gesellen: er sieht, daß er nur noch ganz geringe Aussicht hat, Meister zu werden, er sieht auch, daß es sich eigentlich kaum lohnt, denn der Mehrzahl der Meister geht es ja schlecht, er kann aber doch etwas, hat Jahre lang gelernt und fühlt sich nun herabgedrückt zu einem Stande, den er tief verabscheuen muß, zum Stande der Ungelernten, der Gelegenheitsarbeiter, der rein mechanischen Arbeiter, der Halbwüchsigen, Zusammengelaufenen, die nur noch arbeiten um des Lohnes willen, nicht mehr aus Freude am Fertig-

stellen eines wertvollen Stückes, nicht mehr aus dem Selbstbewußtsein eines mit Schweiß in langer Zeit erarbeiteten persönlichen Könnens. Die preußische Gewerbeordnung von 1845 sah eine Erhaltung und Neuentwicklung der alten Gesellenunterstützungskassen vor. Sie erlaubte, daß durch Ortsstatute außer den Gesellen auch die Zunftmeister und — Fabrikarbeiter zum Beitritt gezwungen wurden! Man sieht, wie hier die Not alle diese verschiedenen Schichten zusammenwarf. Der verzweifelte Handwerksgeselle ist eine der betrübendsten Figuren der Revolution von 1848/49. Er ist reaktionär und revolutionär zugleich, es geht ihm um Nahrung und gesellschaftliche Geltung. Woher hätte er ein proletarisches Selbstgefühl haben sollen? Die reinen Proletarier der Zeit waren armselige und verachtete Menschen, die mit Weibern und Kindern zusammen in miserablen Fabrikräumen ohne jede hygienische Einrichtung zwölf bis fünfzehn Stunden arbeiten mußten, die äußerst düftig wohnten und mit ihrem kärglichen Lohne kaum das Notwendigste bestreiten konnten. Jede Wirtschaftskrise überantwortete ein Viertel bis ein Drittel dieser Arbeiter der Brotlosigkeit, das heißt der Armenunterstützung. Deutschland befand sich seit 1830 in einer entschiedenen wirtschaftlichen Aufschwungbewegung, die man etwa 1845 als abgeschlossen ansehen kann. Die agrarischen Produkte blieben auch nachher noch im Steigen, die Preise aller Artikel zogen deshalb an, der Zinsfuß stieg, die Löhne gingen aber nicht mit. Sie waren von 1800 bis 1850 fast stabil. Im Jahre 1848 verdiente ein Berliner Maurergeselle schätzungsweise täglich drei Mark — das war das Höchste, was wohl damals vorkam —, die Durchschnittslöhne lagen erheblich niedriger: auf dem Lande im Osten achtzig Pfennige, im Westen eine Mark, bei einem aufblühenden Gewerbe eineinhalb bis zwei Mark. In der Heimindustrie berechnete sich der Tagesverdienst nach Groschen. Kreditnot, Sinken des Diskonts, Konsumbeschränkung, ein Überangebot an Arbeit, dazu Kartoffelkrankheit und Typhus kennzeichnen das Elend der Zeit — dessen Einzelzüge uns aus der Darstellung der Einzelstaaten ja wohlbekannt sind. In Preußen nahm z. B. von 1846 bis 1850 die Zahl der wegen Almosenempfang von der Klassensteuer befreiten Personen von 440 000 auf 708 000 zu! Das waren 5 Prozent der Bevölkerung. Die Geburtsziffer und die Ehefrequenz sank, Sterbefälle, Auswandererquote, Bestraftenziffer, die Zahl der Bankrotte wuchs an⁴⁹). Württemberg hatte 1835/36 1200 Bankrotte, 1847/48 4000, Anfang der fünfziger Jahre das Doppelte! Auch der Export des Zollvereinsgebietes war bis 1840 auf 550 Millionen Mark (von 1904) gestiegen und blieb dann bis 1852 unverändert⁵⁰).

Deutschland war damals noch ein Land, das 95 Prozent seiner Lebensmittel selbst erzeugte. Bis in die siebziger Jahre dauerte ja der Überschuß der Ausfuhr an Weizen und anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Es exportierte in erheblichem Umfange Seiden-, Woll-, Leinen- und Baumwollwaren; an Fabrikaten brauchte es nur Baumwollgespinste und Eisenwaren einzuführen. Es war die große Zeit der Reichtumsanhäufung bei den Gutsbesitzern und Fabrikanten. Neben die Feudalaristokratie trat als herrschende Klasse das Geldpatriziat, und

das Titelpatriziat konnte von solcher Wirtschaftskonjunktur nur mitprofitieren. Zu kurz kam, wie wir sahen, das Überangebot an mäßig bezahlten Arbeitswilligen der unteren Schicht. Dieser volkswirtschaftlichen Gesamtrichtung entsprach der gemäßigt freihändlerische Grundcharakter des deutschen Zollvereines, in dem Preußen allmählich den größten Teil des nichtösterreichischen Deutschlands vereinigte. Eine einheitliche Handelspolitik war zunächst für Preußen selbst eine Staatsnotwendigkeit gewesen — anders waren die beiden, aus so vielen wirtschaftlich heterogenen Einzelsplittern bestehenden Staatshälften nicht zusammenzuhalten. Völlig frei war die Einfuhr von Halbfabrikaten und Rohstoffen — sie mußten dem gewerbefreien Lande sehr zugute kommen. Fabrikwaren waren mit 10 Prozent sehr bescheiden geschützt, für Eisen und Metallwaren stieg der Schutz auf 18 Prozent. Wein- und Kolonialwaren wurden mit 30 Prozent immer noch erträglich belastet. Durch hohe Durchfuhrzölle drückte Preußen auf die kleinstaatliche Nachbarschaft und zwang sie so, sich nach und nach einzufügen. Der Zollverein ist gewiß ein gutes Stück Arbeit der besten Angehörigen der preußischen Bürokratie gewesen — volkswirtschaftlich und politisch hat man ihn wohl überschätzt. Seine große Zeit reicht bis etwa 1840. Der dann einsetzende Niedergang der Konjunktur hätte durch eine großzügigere Umstellung auf neue volkswirtschaftliche Notwendigkeiten aufgewogen werden müssen. Die Handelsvertragspolitik des Zollvereins war wenig glücklich. Die Blüte der Zollvereinsländer war eben doch erkaufte durch eine Ausbeutung der unteren Schicht, die sich viel später, in den sechziger Jahren, politisch sehr gefährlich auswirkte. Hätte sich Preußen entschließen können, mit seinen Zollvereinsgenossen schon in den vierziger Jahren zum Schutzzoll überzugehen, dann wäre die unaufhaltsame Industrialisierung Deutschlands wesentlich ruhiger und sozialer zu vollziehen gewesen.

Die große deutsche Persönlichkeit, die diese Zusammenhänge zuerst durchschaut hat, war Friedrich List. Washingtons Helfer, Alexander Hamilton, hatte seinerzeit den Gedanken der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung auf das Volkswirtschaftliche dadurch übertragen, daß er die Selbständigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber England auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion verlangte: produziert die Bedürfnisse selbst, sagte er, verwendet die vorhandenen Kräfte, teilt die Arbeit ein, schützt euch vor Konkurrenz — dann wird sich die Bevölkerung vermehren, wird selbst die landwirtschaftliche Produktion aufnehmen —, der Gesamtorganismus wird unabhängig und gesund werden, während ihm durch den freien Handel starke Werte entzogen werden. Friedrich List hat diese Grundideen, deren Verwirklichung er auf seiner Amerika-reise erlebte, in eigenartiger Weise wissenschaftlich neubegründet und die praktischen Folgerungen für das Deutschland seiner Zeit gezogen⁵¹). Schon Adam Müller hatte ja die klassische Doktrin von Adam Smith scharf kritisiert und die Nation als Trägerin des ökonomischen Schaffens auf geschichtlicher Grundlage gefordert. Auch an Fichtes geschlossenen Handelsstaat, an die Schriften des

Franzosen Louis Say, an den Österreicher Fränzl kann man erinnern. Das Entscheidende bei List ist vielleicht weniger das gelehrte Erkennen — so originell auch dieses sein mag — als die politische Tat. Er wollte letzten Endes die friedliche Universalunion der Völker, glaubte aber sehr mit Recht, daß sie nur beruhen könne auf der Macht und Einheit jeder einzelnen Nation, die sich nun auch volkswirtschaftlich ausprägen müsse. Deshalb verlangte er schon 1819 beim Bundestage, zusammen mit Schnell, die Zolllinie um ganz Deutschland herum, die Aufhebung also der inneren Zölle; deshalb forderte er später ganz prinzipiell vor allem die Entwicklung der deutschen „Manufaktorkraft“ — durch sie werde sich Deutschland allein seine politische und ökonomische Selbständigkeit sichern können.

Ein Schutzzollsystem für alle inländischen Fabrikationszweige wird, so lehrt List, nur vorübergehend die Preise der Waren erhöhen, die inländische Produktion muß vielmehr dadurch schnell aufblühen und den Verlust wieder ausgleichen, die Nation wird industriell erzogen, Reichtum und Macht wird im Lande angesammelt, Landwirte und Kaufleute werden beschäftigt, alle bis dahin überflüssigen Hände mit Arbeit versehen — auf der höchsten Stufe der Reife kann dann die Nation wieder zum Prinzip des freien Handels zurückkehren.

List hat ein feines Gefühl für geschichtliche Zusammenhänge, für das Individuelle der Staatsverhältnisse gehabt — schon das mußte die steife Formelhaftigkeit der klassischen Nationalökonomie wohltuend beleben. Größer war aber sein genialer Instinkt für die damalige Lage Deutschlands. Die Entwicklung einer Handelsmarine mit deutscher Handelsflagge hat er gleich andern verlangt, den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes mit scherhafter Klarheit festgelegt. Wäre der preußisch-deutsche Zollverein damals Lists Ratschlägen gefolgt — die Folgen wären unabsehbar gewesen: Deutschland hätte sich eine nationale Arbeiterschaft geschaffen und in Verbindung damit vielleicht schon viel früher einen demokratischen Nationalstaat. Das politische Übergewicht der Feudalaristokratie und ihres Anhangs wäre nur auf diesem Wege schnell zu brechen gewesen. Wie riß doch Lists berühmter Trinkspruch auf dem Bankett vom 23. Dezember 1844 die Wiener mit: „Deutschland — in Wissenschaft und Kunst, in Literatur und Gesittung ein Stern erster Größe unter den Nationen der Erde — Deutschland, bestimmt durch seine natürlichen Hilfsquellen, durch die Tüchtigkeit seiner Völker und durch eine weise Handelspolitik das reichste Land des europäischen Kontinents zu werden — Deutschland, durch Einheit und innere Entwicklung berufen zu der hohen Stellung eines der ersten Garanten des europäischen Friedens — Deutschland, unser großes und herrliches, unser gemeinsames und geliebtes Vaterland, die deutsche Einheit lebe hoch!“ Und als auf dem gleichen Bankette der amerikanische Konsul auf den Fürsten Metternich sprach, war tiefes Schweigen die Antwort⁵²).

Friedrich List hat das Schicksal gehabt, das für einen deutschen Patrioten

seines Ranges und seiner prophetischen Kraft im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV. und Metternichs beinahe selbstverständlich war: er wurde verkannt, schlecht behandelt und endete, leidend und verzweifelt, durch eigene Hand (1846).

List hatte in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in Österreich und Ungarn gewirkt und überall die Spuren seines Schaffens hinterlassen. Er ist vielleicht der einzige wahrhaft weltläufige Deutsche seiner Zeit gewesen — ein Mann ohne Amt und trotzdem — vielmehr deshalb! — von nationalem und internationalem Einfluß, ein Denker und Organisator, ein Publizist und Propagandist, in jedem einzelnen kraftvoll, in der Vereinigung alles dessen unvergleichlich. Daß ein Denker das große Praktische sieht, ist in Deutschland besonders selten. Hier war nun ein Mann, der die Idee und die Tat mit der gleichen Inbrunst erfaßte. Und immer, in allem kam es ihm auf sein geliebtes Deutschland an. „Sollen in Deutschland die Nationalinteressen durch die Theorie der politischen Ökonomie gefördert werden, so muß sie aus den Studierstuben der Gelehrten, von den Kathedern der Professoren, aus den Kabinetten der hohen Staatsbeamten in die Kontore der Fabrikanten, der Großhändler, der Schiffsreeder, der Kapitalisten und Bankiers, in die Büros aller öffentlichen Beamten und Sachwalter, in die Wohnungen der Gutsbesitzer, vorzüglich aber in die Kammern der Landstände herabsteigen, mit einem Wort: sie muß Gemeingut aller Gebildeten der Nation werden⁵³⁾“. In diesen Worten Lists lag ein Programm: Staat und Wirtschaft, Nation und Arbeit, System und Schaffenskraft sollten sich zusammenfinden.

Das norddeutsche Agrariertum wünschte aber die steigenden Getreidepreise durch Export voll auszunutzen; ein starker Schutzzoll für gewerbliche Produkte in Deutschland hätte nach der Ansicht dieser Kreise im Auslande Gegenmaßregeln gegen die Getreideausfuhr hervorgerufen. Deshalb sperrte sich Preußen gegen den Schutzzoll, der im Rheinland und besonders in Süddeutschland unter dem Eindruck von Lists Agitation — er gab seit 1843 das Zollvereinsblatt heraus — lebhaft verlangt wurde. Beinahe wäre der ganze Zollverein darüber auseinandergebrochen! Nur die Zölle auf Baumwolltwiste, Roheisen und Eisenwaren sind damals um wenig erhöht worden. Das war kurzsichtig genug. Ein starkes suggestives Moment ging freilich von der entschiedenen Freihandelspolitik aus, zu der sich England durch Aufhebung der Kornzölle entschlossen hatte. England war aber einige Längen vorweg: seine Industrie war schon so groß, sein Handel so gesichert, es war bereits so viel Reichtum im Lande, daß es glaubte, auf die Eigenproduktion heimischer Landwirtschaft ganz verzichten und alles auf den Gütertausch abstellen zu dürfen. Für das damalige Deutschland wäre es doch das Gegebene gewesen, die innere Produktion zu vervielfältigen, der Landwirtschaft durch die Kräftigung des inneren Marktes jeden Ersatz für etwa verlorene Ausfuhr zu verschaffen und durch Warenexport die nationale Wohlhabenheit zu steigern. Das Bündnis mit England, das auch List schon als Zukunftsnotwendigkeit erkannt, hätte bei einer geschickten Handelsvertragspolitik doch kommen

können; es war schließlich entscheidend nicht von wirtschaftlichen, sondern von außenpolitischen Momenten abhängig.

✱

Das war also der Leib, das war die Seele Deutschlands. Alles war im Wachstum, Entscheidendes in großer Wandlung. Und das politische Gewand hieß „Deutscher Bund“.

Die deutsche Bundesakte war im Jahre 1815 gewiß ein Ergebnis politischer Kompromißnot gewesen — viele, besonders die kleinen Staaten hatten die Wiederaufrichtung des alten Reiches gewollt, andere, darunter in erster Reihe der Freiherr vom Stein, hatten wenigstens eine Volksvertretung in bescheidener Form an der Seite der Diplomatenversammlung verlangt. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß der Deutsche Bund auch ein Ausdruck starker und sehr positiver Zeitideen war, daß ferner die Bundesakte eine gute Anzahl von Entwicklungsmöglichkeiten bot. Wie das Herzschild auf einem Wappenadler war ja der Deutsche Bund der Heiligen Allianz aufgelegt, er war ihr Kernstück, eine Art mitteleuropäischer Völkerbund, die Garantie des Bestehenden und seiner friedlichen Fortentwicklung. Nach der furchtbaren napoleonischen Kriegszeit war das Bedürfnis der Völker nach Ruhe die dringendste Forderung. Weiterer Kampf sollte nun in Verhandlungen stattfinden, im Meinungsaustausch, in der Interessenangleichung — alles aber aus dem Gefühl christlicher und humanitärer Verbundenheit. Der napoleonische Universalstaat war an seiner eigenen Gewaltsamkeit zerbrochen. Die Fürstenstaaten hatten gesiegt — der heilige Bund der Fürsten bedeutete eine Wiedergeburt partikularer Herrschaftsgewalt und zugleich einen neuen friedlichen Universalismus⁵⁴). Die Völker mußten freilich bescheiden sein. Napoleon wußte es selbst am besten und hat es ausdrücklich anerkannt, daß die durch den Freiheitsgedanken erweckten und neugeformten Nationen ihn besiegt hatten. Die Fürsten hatten diesen Geist der Nationen losgelassen und standen jetzt vor der schweren Aufgabe, ihn wieder zu binden. Wenn man sich die deutsche Bundesakte von 1815 ansieht, so fühlt man deutlich, wie sich ihre Autoren bemüht haben, dem nationalen und freiheitlichen Bedürfnis doch irgendwie entgegenzukommen⁵⁵). Da war die Rede von „Grundgesetzen des Bundes“, die abgefaßt werden sollten, von „organischen Einrichtungen“ in Rücksicht auf seine auswärtigen militärischen und inneren Verhältnisse. Für den Fall von Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern war ein vermittelnder Ausschuß und dann eine „wohlgeordnete Austrägalinstanz“ mit endgültiger richterlicher Spruchgewalt vorgesehen. Der berühmte Artikel 13 lautete: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Nicht nur für „die christlichen Religionsparteien“ war überall jeder Unterschied im Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte ausgeschlossen; auch die Juden sollten „bürgerlich verbessert“ werden, und es sollte die Möglichkeit zur Beratung kommen, „wie denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den

Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne“ (Art. 16). Freizügigkeit und freier Erwerb von Grundeigentum war vorgesehen, die Einführung gleichförmiger Grundsätze über die Militärpflicht in Aussicht gestellt, ebenso die Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und die Beratung der Regelung der deutschen Schifffahrt, des deutschen Handels und Verkehrs nach den Grundsätzen des Wiener Kongresses angekündigt.

Gewiß war diese Bundesakte mit ihren zwanzig Artikeln im ganzen ein dürftiges und unklares Werk — aber ein guter praktischer Wille konnte etwas daraus machen. In den ersten Jahren haben gerade freiheitlich gesinnte Männer bei uns starke Hoffnungen an den Deutschen Bund geknüpft. Die Geschichte des Deutschen Bundes bis 1848 ist aber nun so verlaufen, daß alle diese immerhin vorhandenen Ansätze zur Fortentwicklung und zur Erfüllung mit nationalem Leben zum Absterben gebracht worden sind. Dies war verhältnismäßig einfach aus zwei Gründen. Das erste Moment ist verfassungsrechtlicher Art. Die Bundesakte ordnete an, daß die laufenden Geschäfte durch die Bundesversammlung unter Österreichs Vorsitz geführt werden sollten, in der die größeren Staaten je eine, die kleineren in Gruppen Gesamtstimmen besaßen, alles in allem 17 Stimmen, wobei die absolute Mehrheit entschied. Nach Artikel 6 gab es aber daneben noch das sogenannte Plenum: „Wo es auf Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des Deutschen Bundes, auf Beschlüsse, welche die Bundesakte selbst betreffen, auf organische Bundeseinrichtungen und auf gemeinnützige Anordnungen sonstiger Art ankommt, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum.“ In dieses Plenum hatten die einzelnen „Bundesstaaten“ je nach der Größe 4, 3, 2 und 1 Stimme, jeder aber mindestens eine, im ganzen 69 Stimmen; hier entschied Zweidrittelmehrheit. In Artikel 7 hieß es jedoch: „Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder auf Religionsangelegenheiten ankommt, kann weder in der engeren Versammlung noch im Pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.“ Der Begriff „organische Bundeseinrichtungen“ war nun recht dehnbar. In diesem Punkte war die Bundesversammlung die direkte Fortsetzung des Regensburger Reichstags. Eine technisch geschickte Geschäftsführung konnte mit solchen Bestimmungen sehr viel — verhindern. Die Einstimmigkeit von 69 Stimmen war keine sehr praktische Möglichkeit. Das sogenannte Plenum war durch die geforderte Zweidrittelmajorität von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Rein geschäftsordnungsmäßig war so eigentlich schon die Bundesversammlung auf die Behandlung von Angelegenheiten minder wichtiger Natur angewiesen, wenn sie überhaupt arbeiten wollte. Zum verfassungsrechtlichen kam das politische Moment: Die Bundesakte war in Wien entstanden, dem Geiste Metternichs entsprungen. Sie war ein Teilstück des „Systems“, ein Instrument der großösterreichischen Politik. Für den Kaiserstaat stand die deutsche Frage neben der italienischen, polnischen, ungarischen Frage; gewiß war die deutsche Kanzlei am Ballhausplatz die wichtigste von allen

Kanzleien, aber der Kaiserstaat thronte doch über all diesem Einzelnen als etwas Europäisches, als die große Gesamteinrichtung, als das Zentrum absolutistischer und christlicher Universalität. Großösterreich wollte nirgends mehr erobern — es war ja „an Ländern und an Siegen reich“; es wollte herrschen und erhalten. Mit der Bundesakte wollte Großösterreich auf seine Art die alte Reichspolitik fortsetzen — an die Stelle der ehrwürdigen Magie der Kaiserkrone war die nüchterne, aber geschäftlich beherrschende Stellung der Präsidialmacht getreten; rein politisch angesehen war der Tausch durchaus nicht schlecht. Der Kaiserstaat war die größte und die vornehmste Macht im Deutschen Bunde; die kleinen Bundesstaaten waren von vornherein, aus alter Verbundenheit, für Österreich. Der König von Dänemark, der für Holstein, der König von Holland, der für Luxemburg und Limburg im Deutschen Bunde saß, fühlten sich als Souveräne europäischer Kleinstaaten durch den Kaiserstaat gedeckt und gestützt; die deutschen Könige und Großherzöge, die glücklichen Gewinner der napoleonischen Spielerzeit, sahen in der Bundesakte die ersehnte Garantie ihrer „Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit“. Österreich wirkte so stark, so saturiert, so würdevoll in seiner Vielfältigkeit, es war alles und brauchte deshalb nichts zu werden, es war alt und reif, frei von Hast und Ehrgeiz, es war lässig und sicher in der Behandlung der deutschen „Souveräne“ und verfügte deshalb über so viel respektvolles Vertrauen, wie es haben wollte.

Nur das Preußen Friedrichs des Großen war durch die Bundesakte sichtbar zu kurz gekommen. Mit der Provinz Preußen und dem Großherzogtum Posen stand es außerhalb des Deutschen Bundes, und darauf basierte nun formell sein europäischer Großmächtsrang. Das war nicht imponierend, wenn man sah, was der Kaiserstaat Österreich außer den zum Deutschen Bunde gehörenden Erbländern besaß. Durch die Verfassung der Bundesakte war Preußen schnurrigerweise mit Dänemark und den Niederlanden auf eine Stufe rangiert worden, deren Schwerpunkt doch entschieden außerhalb des Deutschen Bundes lag. Preußen steckte mit seinen besten Teilen in diesem Bunde, war aber dauernd zur zweiten Rolle, zur Rolle des Mitspielers der Primadonna verurteilt; es stand faktisch Bayern und Hannover näher als der Präsidialmacht Österreich. Gewiß gab die Bundesakte Preußen die eine große Chance: es konnte sich an die Spitze einer Reformbewegung stellen, es konnte alle die Möglichkeiten, die die Bundesakte tatsächlich gab, ausnutzen. Wir wissen, daß und warum Preußen dergleichen nicht tat.

Von einem deutschen Parlamente, von einer zweiten Bundeskammer, also von dem Ausbau der Bundesverfassung ist in der deutschen Öffentlichkeit während der ersten Lebensjahre des Deutschen Bundes sehr häufig die Rede gewesen: alle Liberalen sahen darin die natürliche Entwicklung des Bundesorganismus zu einer wirklichen deutschen Zentralgewalt. Der Bundestag selbst machte in dem am 12. Juni 1817 angenommenen Gutachten der Kommission über die Kompetenz der Bundesversammlung einen denkwürdigen Versuch,

seine Macht gegenüber der der einzelnen Bundesstaaten festzulegen: danach versprach er den Bundesstaaten Schutz bei Gebietsstörungen, danach übernahm er die Garantie der Verfassungen, danach konnte er — ungeachtet der Souveränität der Bundesstaaten — im Fall von Justizverweigerung oder Justizverzögerung einschreiten, ja er konnte eingreifen, wenn durch Streitigkeiten zwischen einem Regenten und dessen Untertanen die allgemeine Ruhe bedroht war. Endlich nahm der Bund damals die Vertretung Deutschlands nach außen hin und damit nicht nur das passive, sondern auch das aktive Gesandtschaftsrecht für sich in Anspruch. Die Karlsbader Beschlüsse schufen aber eine gänzlich veränderte Lage. Die nationale und freiheitliche Bewegung jener Tage schien sich des Deutschen Bundes auch als eines Werkzeuges zur Vollendung ihrer Ziele bedienen zu wollen. Metternichs genialer Gegenschlag bestand darin, aus dem Deutschen Bunde den Büttel für die Reaktion zu machen. Wenn der österreichische Kaiserstaat das Verlangen nach Konstitution, die Bewegung auf den Universitäten, den „Mißbrauch“ der Presse niederschlug, so nahm er dabei seine Interessen, mindestens für den Augenblick und die nächste Zukunft wahr — er handelte klug, denn sein Handeln, so unerfreulich es war, entsprach seinem Wesen. Preußen, das alles mitmachte, handelte freilich überaus töricht — denn es mordete die besten Verbündeten seiner staatlichen Zukunft.

Man kennt den Inhalt der Karlsbader Beschlüsse: sie wurden dem Bundestage vorgelegt und in einer einzigen Sitzung, der Geschäftsordnung zum Hohne, unter größter Verletzung der Form angenommen, veröffentlicht und vollzogen, zunächst als Provisorium auf fünf Jahre; 1824 erfolgte eine verschärfende Erneuerung. Die Bundesversammlung hatte es damit übernommen, den Artikel 13 so auszulegen, wie es deutschen, nicht aus allgemeinen Theorien und fremden Mustern erwachsenen Grundsätzen, wie es dem monarchischen Prinzip entspräche: denn das deutsche landständische Prinzip sei nicht mit rein demokratischen Formen und Grundsätzen zu verwechseln; diese seien unvereinbar mit der vom Bunde garantierten Existenz rein monarchischer Staaten in Deutschland; die Bundesversammlung übernahm es ferner, die Schäden des Schul- und Universitätswesens zu beseitigen, den Mißbrauch der Presse kraft ihrer Oberaufsicht zu bekämpfen und alle staatsgefährlichen revolutionären Lehren durch eine „Zentraluntersuchungskommission“ aufzuspüren und niederzuschlagen.

Man sieht: der Bundestag machte Fortschritte, er bekam allerlei Funktionen — statt eines Parlaments wurde ihm aber nun eine Zentraluntersuchungskommission beigegeben: er wurde statt eines nationalen konstitutionellen Verbandes ein großartiges politisches Polizeiinstitut zur Vernichtung patriotischer und freiheitlicher Bestrebungen im Interesse des monarchischen Prinzipes.

Der Bundestag sank seit dieser Belastung mit den Karlsbader Beschlüssen in demselben Grade in der Achtung der deutschen Öffentlichkeit, als sich diese an die Idee deutscher Einheit und Freiheit gerade unter dem Verfolgungsdruck leidenschaftlich anklammerte. Genau wie die Karlsbader Beschlüsse wurden dann

auch die Ergebnisse der Wiener Konferenzen von 1820 als die „Wiener Schlußakte“ dem Bundestage vorgelegt; er nahm sie diesmal im Plenum einstimmig an — damit waren sie zu einem der Bundesakte selbst an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben — wiederum unter Nichtachtung der vorhandenen Geschäftsordnung. Der Hauptzweck der Wiener Schlußakte war, den Artikel 13 der Bundesakte unwirksam zu machen. Der Artikel 57 lautete: „Da der Deutsche Bund, mit Ausnahme der Freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muß, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.“ Nach Artikel 60 konnte der Bundestag die Garantie landständischer Verfassungen übernehmen, aber nach Artikel 26 nur dann aktiv einschreiten, „wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Untertanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet ist und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft“.

Man sieht, was das Wichtigste war: die Souveränität der Fürsten und nicht die landständische Verfassung. Und wenn nun die „Untertanen“ in ihren Rechten gekränkt waren? Wenn nun eine schon vorhandene landständische Verfassung tatsächlich die Souveränität einschränkte? Es war klar, daß es landständische Verfassungen in den Bundesstaaten eigentlich nicht mehr gut geben konnte; man muß sich wundern, daß sie in Süddeutschland überhaupt aufrecht erhalten wurden. Fünf Jahre hatten jedenfalls genügt, um aus den landständischen Verfassungen statt der von Bundes wegen gebotenen Regel eine nur gerade noch unwillig geduldete, von Bundes wegen mit Argwohn kontrollierte, einseitig und widerspruchsvoll kommentierte Ausnahme zu machen.

Die Bundestagsgesandten der ersten Jahre — Persönlichkeiten wie Hans v. Gagern, Freiherr v. Wangenheim, v. Carlshausen, v. Hendrich — waren Männer gewesen, die für Recht und Freiheit einzutreten versuchten, in denen vom Reichspatriotismus und vom Erlebnis der Kriege gegen Napoleon noch etwas nachzitterte. Jetzt kam ein neuer Typus auf. Österreich und Preußen ließen sich durch eifrige und recht geschäftsgewandte Gesandte vertreten — Freiherr v. Münch-Bellinghausen und v. Nagler; besonders in Wien galt Frankfurt durch Jahrzehnte hindurch als großer Posten. Aber die Vertreter der Kleinstaataerei waren meist unbedeutende und unselbständige Leute — dies entsprach den Wiener Bedürfnissen am besten, und Preußen war ja so bescheiden. Der Bundestag verzichtete darauf, seine „organischen“ Einrichtungen ausbauen zu wollen; seit 1826 wurde die Veröffentlichung seiner Protokolle eingestellt. Schon vorher war alles Wichtigere in den „Beilagen“ versteckt worden. Besonders geheim gehalten wurden Militärangelegenheiten, Differenzen der Bundesfürsten unter sich oder mit den Ständen, Verhandlungen mit fremden Gesandten. Die Bundesversamm-

lung nahm vollkommen die leise Feierlichkeit eines ständigen Diplomatenskongresses an und verbarg hinter solchen Allüren die zunehmende Bedeutungslosigkeit ihrer Tätigkeit. Sogar die wissenschaftliche Behandlung des Bundesstaatsrechtes durch die berufenen Universitätslehrer war ihr unbequem, und sie suchte jede möglicherweise hier aufkommende Kritik zu verhindern.

Das Positivste, was der Deutsche Bundestag zustande brachte, ist die Wehrverfassung des Deutschen Bundes gewesen. Seit 1822 besaß Deutschland ein in zehn Armeekorps gegliedertes stehendes Heer, über 300000 Mann, mit seinen Reservén zusammen 450000 Mann (1 Prozent der Bevölkerung). Die kleinen Staaten stellten dazu etwa ebensoviel wie Österreich und Preußen zusammen — eine verhältnismäßig starke Belastung, die schließlich der Metternichschen Europapolitik zugute kam. Wir wissen, wie unwillig und unzureichend etwa Bayern das mitmachte. Der Friede, dessen sich Deutschland zu seinem Heile zwei Menschenalter erfreuen durfte, war ein durch kostspielige Rüstungen erkaufter Friede; die Wehrverfassung des Deutschen Bundes garantierte dem Wiener System die Aufrechterhaltung des Bestehenden und das glatte Funktionieren der Polizeiobliegenheiten des Deutschen Bundes; sie bedeutete alles andere als eine wirklich lebendig sich erneuernde Volksbewaffnung, sie hatte auch militärisch wohl manche Schwäche, sie wurde auch nicht entsprechend der Bevölkerungsvermehrung entwickelt. Ein gemeinsames Bundeszeichen fehlte — erst 1843 wurde trotz des bayrischen Widerspruches der alte zweiköpfige Adler ohne Hoheitszeichen für die Kanonenrohre der Bundesfestungen Ulm, Rastatt, Mainz und Landau als gemeinsames Symbol bestimmt⁵⁵¹).

Für die Aufstellung einer Bundesflotte geschah gar nichts. Als 1817 sogar in der Nordsee Korsarsenschiffe ihr Unwesen trieben, verlangte der badische Bundestagsgesandte mit eindringlichen Worten eine deutsche Marine. Diese und spätere Anregungen blieben erfolglos. Die Regelung der deutschen Schifffahrt und der deutschen Zollverhältnisse überließ der Bundestag den beteiligten Einzelstaaten.

Der Bundestag war ein Fürstenrat. Die Wiener Politik verstand es, Preußen mitzuschleppen; die Einigkeit der beiden Großmächte machte die Arbeit in Frankfurt leicht. Nachdem in dem Konflikt zwischen Hannover und Braunschweig 1828 sich die Großmächte auf Seite Hannovers gestellt hatten, half dem Braunschweiger Herzog kein Jammern mehr — der Bund schritt gegen ihn ein. Als Preußen die anhaltischen Herzogtümer zum Eintritt in seinen Zollverein zwang, wandten sie sich wegen des ihnen zweifellos geschehenen Unrechtes an den Bund, aber es geschah nichts außer dem Vortrag von Kommissionsberichten — die Herzogtümer mußten sich der Gewalt fügen, auf deren Seite freilich in diesem Falle einmal auch die Vernunft stand. Wangenheim's württembergische Opposition gegen die Großmächte blieb eine schnell vergessene Episode des Deutschen Bundes. Diese ganze reaktionäre Politik machte Österreich und Preußen in Deutschland verhaßt, den Deutschen Bund aber verachtet. Er hat bis 1848 nichts getan, aus diesem Stande der Verachtung herauszukommen.

Die Bewegung von 1830 ließ die alten Forderungen wieder aufleben. Welcker stellte etwa im Badischen Landtag den Antrag: „Die Regierung möge sich beim Bundestage dafür verwenden, daß sämtliche Bundesstaaten nach den Vorschriften der Bundesakte eine wahre repräsentative Verfassung erhielten und daß zur Förderung der Zwecke, welche bei der Gründung des Bundes öffentlich ausgesprochen wären, neben dem Bundestage eine deutsche Nationalrepräsentation geschaffen werde, ein deutscher Volksrat, der zu dem Bundestage in dasselbe Verhältnis tritt wie die Wahlkammern der konstitutionellen Staaten zu den Herrenkammern.“ Als eine Diskussion dieses Antrages von der Mehrheit verhindert wurde, sprach Rotteck das prophetische Wort: „Der Antrag geht also nicht an die Abteilungen der Kammer, aber er geht an die Abteilungen des deutschen Volkes; Berichterstatter wird die freie Presse sein, und das große Parlament der öffentlichen Meinung wird darüber zu Gericht sitzen.“ Der Gedanke einer deutschen Nationalversammlung in Frankfurt konnte jetzt nicht mehr aus dem deutschen politischen Bewußtsein verschwinden. Das alte Spiel wiederholte sich — es sollte sich 1848 noch einmal wiederholen: Der Bundestag war, wie er nun existierte, ein Machtinstrument, trotz aller Enttäuschungen, trotz allen Spottes. Die Freiheitsbewegung rechnete mit ihm für den Kampf gegen die Regierungen — die Regierungen aber verwendeten ihn gegen die Freiheitsbewegung. Der Beschluß vom 21. Oktober 1830, den die Großmächte beim Bundestag herbeiführten, verpflichtete sämtliche Regierungen zur sofortigen Hilfeleistung im Notfalle, zur Bereitstellung der notwendigen Bundeskontingente, zum Austausch von Nachrichten über aufrührerische Auftritte, zur schärfsten Pressekontrolle: Ordnung und Sicherheit in Deutschland sollte also wiederum von Bundes wegen mit Einsetzung aller staatlichen Machtmittel erhalten werden. Auf diesem Wege schritt der Bundestag unter dem Drucke der Großmächte in den nächsten Jahren folgerichtig weiter voran. Die Aufhebung des freiheitlichen badischen Preßgesetzes wurde von ihnen 1832 verlangt — es geschah innerhalb der vorgeschriebenen vierzehn Tage. Der Durchzug der flüchtigen Polen wurde von Bundes wegen erschwert oder verhindert, das Tragen ungesetzlicher oder gar revolutionärer Abzeichen wurde verboten, alle politischen Vereine untersagt, das Abhalten von Volksversammlungen und Volksfesten an bestimmte Bedingungen geknüpft und überwacht, „unloyale“ Einheimische und Fremde genauer polizeilicher Kontrolle unterworfen, die wechselseitige Auslieferung politischer Verbrecher verlangt (Beschlüsse vom 5. Juli 1832). So bekämpfte der durchlauchtigste Bundestag also „die Anmaßung des demokratischen Geistes“. Das Gefährlichste waren auch jetzt wieder die landständischen Versammlungen: Bundesgrundgesetz ging vor Landesgesetz; Stände durften nicht in Petitionen oder bei der Steuerbewilligung sich in Widerspruch zu den Bundesvorschriften setzen, sonst griff der Bund ein. Eine besondere Überwachungskommission wurde dafür eingesetzt (Beschlüsse vom 20. Juni 1842).

Das einzige Zentralorgan, das Deutschland damals hatte, kämpfte also rück-

sichtslos gegen den Nationalgedanken, gegen die politische Betätigung von „Privatpersonen“, gegen alle Formen staatlichen Wollens, die ein reif werdendes Volk sich suchte; dieser Bundestag war für die Fürsten da, zum Schutze jeder hohen Obrigkeit in dieser souveränen Staatenwelt, deren Summe geographisch Deutschland hieß. Der Bundestag war ein anonymes Kollegium gut bezahlter, mit Orden und Titeln wohl versehener Diplomaten, die ihre monatelangen Ferien durch gravitatische Sitzungen ungern und etwas gelangweilt unterbrachen. Was der Bundestag tat, verantwortete nie ein einzelner — Berichte, Kommissionen, Protokolle und Ausschüsse bildeten eine papierene Mauer um dies Institut, das nun wirklich auch in der sozialen Erscheinung alles greifbar darbot, was dem deutschen Nationalisten, dem deutschen politischen Humanisten, dem deutschen demokratischen Revolutionär ein Greuel war. Auch die Regierungen der Kleinstaaten, wo es Verfassungen gab, empfanden das Vorgehen des Bundestages jetzt als recht unbequem und versuchten sich gegen manche Beschlüsse dieses Schutzherrn ihrer Souveränität zu verwahren. Es nützte nichts; aber deutlich wurde doch die Wandlung: der Bundestag wurde bei den offiziellen Organen der Kleinstaaterei beinahe ebenso unpopulär wie bei der Volksbewegung. Kaiser und Reich wären auch hier manchem lieber gewesen als solche heuchlerisch-schleimige Bevormundung durch einen Diplomatenkongreß, hinter dem sich Metternichs vom Samthandschuh überzogene Faust verbarg.

Das Wiener Schlußprotokoll vom 12. Juni 1834 enthält in seinen 60 Artikeln Metternichs deutsches Programm für die Folgezeit bis 1848. Trotz des Versuches strengster Geheimhaltung wurde der Inhalt schon den Zeitgenossen bekannt. Man wußte, womit gerechnet werden mußte. Metternich war entschlossen, den Kampf um die monarchische Gewalt aufzunehmen gegenüber der „Partei“, von der er sagte, daß sie sich der Verfassungen gewaltsam oder scheinbar gesetzlich zu bemächtigen versuche, daß sie planmäßig fortschreitend in den ständischen Kammern sich eine Position gewinnen wolle, daß sie die Staatsgewalt schließlich für diese Kammern in Anspruch nehme, wodurch denn die monarchische Gewalt zerfließen müsse. Der Kampf um die monarchische Gewalt war also ein Kampf gegen die „Stände“: keine Erweiterung ihrer Befugnisse, die mit den Souveränitätsrechten unvereinbar ist; keine Rücksicht auf ständische Einsprüche, keine Duldung von Beratungen der Stände über Bundestagsbeschlüsse, Auflösung der Stände, wenn sie sich gegen Bundestagsbeschlüsse sperren; kein Recht der Stände auf Regelung des Staatsausgabenbudgets, auch wenn sie das Steuerbewilligungsrecht haben; keine Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; „Verminderung“ der Zahl der politischen Tageblätter; Zensuraufsicht auch über den Abdruck ständischer Protokolle; Erteilung der *Venia legendi* für Privatdozenten nur auf Widerruf und nur mit Genehmigung des vorgesetzten Ministeriums.

In diesem Geiste hatte also der Bundestag den Kampf gegen das Repräsentationssystem als gegen das Werkzeug der „antimonarchistischen Sekte“ durch-

zuführen. Die Wiener Beschlüsse wurden zum Teil dem Bundestage offiziell angezeigt und von ihnen in Rechtskraft gesetzt (so die Bestimmungen über das ganz bedeutungslos gebliebene Bundesschiedsgericht und über die Universitäten); zum Teil aber wurden sie als Instruktion den Bundestagsgesandten mitgeteilt. Der Präsidialgesandte wies in der Sitzung vom 30. Oktober 1834 öffentlich auf die gesamten Wiener Beschlüsse hin und betonte ihre Gültigkeit, ohne Widerspruch zu finden. Politisch gehörten also die Wiener Beschlüsse von 1834 zum Programm des Bundestages, auch wenn er sie sich zum Teil nicht wie die Karlsbader Beschlüsse und die Wiener Schlußakte formell durch ausdrücklich beschlossene Zustimmung angeeignet hat.

Das unselige Frankfurter Attentat von 1833 schuf die richtige Stimmung für die Tätigkeit der zweiten Zentraluntersuchungskommission des Bundestages, die nun 1833 an die Stelle der ersten in Mainz bis 1828 tagenden trat, mit dem Sitze in Frankfurt, mit der Aufgabe, alles Material über „die aufrührerischen Komplotte“ in den einzelnen deutschen Bundesstaaten zu sammeln, die Urheber und Teilnehmer zu ermitteln und Anträge wegen gründlicher Behebung des Übels zu stellen. Die neue Bundeszentralbehörde schloß ihre Untersuchungen zunächst 1838 ab; ihr Bericht zählte 1867 „inkriminierte Inkulpaten auf“; sie wurde damals nicht aufgelöst, sondern arbeitete weiter und wurde erst 1842 verlegt. Das Material wurde den einzelnen Regierungen mitgeteilt und von diesen ergänzt; die deutschen diplomatischen Vertreter in Frankreich und in der Schweiz wurden damit bekanntgemacht und so in die Lage versetzt, die politischen Flüchtlinge besser zu überwachen. Die ganze Opposition in Deutschland war unmittelbar oder mittelbar betroffen; von Bundes wegen wurde der Kampf der Einzelsoveränitäten auf eine ganz allgemeine Basis gebracht. Weil im Bundestage die Regierungen zusammenhingen, mußten nun auch alle diese politischen Vorkämpfer zusammenhängen; weil schließlich der Angriff der Reaktion von einer überaus mächtigen europäischen Zentrale ausging, bekam der Wille der deutschen Jugend auch etwas Konzentriertes, etwas Europäisches, eine prinzipielle Großartigkeit, die zwar in der geistigen Gesamtverfassung bestand, aber rein organisatorisch durchaus nicht in dem angenommenen Grade vorhanden war. Man könnte sagen: erst die plumpe Gewaltsamkeit dieser gut funktionierenden Polizeiverfolgung zwang die deutsche Freiheitsbewegung ganz zum Zusammenschluß, zu wechselseitiger Hilfe, zu taktischer Geschicklichkeit, zu Pressekunststücken, sie machte aus harmlosen Schwärmern entschlossene, rücksichtslose, opferbereite Verschwörer.

Von Bundes wegen wurden also durch Jahre hindurch die deutschen Revolutionäre behorcht und überwacht, jahrelang oft auf Grund falscher bestellter Zeugnisse auf die Festung gesetzt, an Gesundheit, bürgerlichem Ansehen und Fortkommensmöglichkeit schwer geschädigt; der Bund griff in die Jurisdiktion und das Begnadigungsrecht der Landesherren ein; Professoren und Dozenten konnten jederzeit entlassen oder abgesetzt werden; das Wandern der Handwerks-

gesellen wurde aufs strengste überwacht und nach dem revolutionär infizierten Auslande unterbunden; staatsgefährliche Studentenverbindungen wurden erschwert, meist ganz unmöglich gemacht. Die Zensur erreichte den Gipfelpunkt ihrer Taten in der durch Bundesbeschluß herbeigeführten generellen Entziehung des Debits gegenüber allen Verlagsartikeln übel angeschriebener Buchhandlungen und in der Einrichtung des Vorverbotes noch nicht erschienener Druckschriften! Man weiß, wie der Bundestag die sämtlichen Schriften, auch eine erst projektierte Zeitschrift des sogenannten Jungen Deutschlands verbot (Sitzung vom 3. und 10. Dezember 1835); wie Johann Jacobys „Vier Fragen“ (1841), wie die „Deutschen Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst“ (1843), wie die sämtlichen Verlagsartikel des von Julius Fröbel geleiteten Literarischen Comptoirs zu Zürich und Winterthur (1848) unterdrückt worden sind⁵⁶). Dasselbe geschah mit den Schriften des literarischen Instituts Herisau, Kanton Appenzell. Diese Maßnahme erfolgte auf Antrag des preußischen Gesandten Grafen Dönhoff. 413 Exemplare der kommunistischen Zeitschrift „Prometheus“ waren in Konstanz beschlagnahmt worden, von wo sie besonders in Preußen verbreitet werden sollten. Die kommunistischen Ideen „waren darin bis zur äußersten Konsequenz entwickelt“⁵⁷) (vgl. oben S. 283). Als die schweizerische Buchhandlung Jenni Sohn in Bern die Schrift von Karl Heinzen: „Die teutsche Revolution“ nach Leipzig als „Archiv für Tierheilkunde“ mit entsprechendem Umschlage und Titel sowie vorgeheftetem erstem Bogen einschwärzte, stellte Preußen den Antrag beim Bundestag, auch den gesamten Jennischen Verlag für das Bundesgebiet zu verbieten. Für den Bundestag war diese Publikation deshalb besonders empfindlich, weil durch Indiskretion ein Bericht des Frankfurter Bundestagsgesandten in Heinzens Besitz gekommen und dort nun mit abgedruckt worden war.

Am 6. August 1846 hatte der Bundestag alle kommunistischen Vereine verboten. Der preußische Bundestagsgesandte hielt es für erforderlich, auf die Behörden der Freien Stadt Frankfurt einen Druck auszuüben, diesen Beschluß zu veröffentlichen — da er bei den Frankfurter „Assoziationen“ kommunistische Tendenzen wahrnahm. Es kam sogar vor, daß von Bundes wegen die preußische Regierung zur schärferen Zensur ermahnt wurde, was doch wirklich kaum vonnöten war. Der bremische Bundestagsgesandte Smidt bemerkte 1844, die preußische Zensurbehörde solle die Verbreitung der den Notstand der Spinner und Weber betreffenden Schriften scharf beachten, fügte aber etwas allzu weise hinzu:

„Übrigens dürfte die gedachte Aufregung so wenig eine Schuld der Regierung als einem im Volke vorherrschenden bösen Geiste zuzurechnen, sondern vielmehr als ein temporäres, bei dem Übergang vom Handwerk zur Maschinenarbeit fast unvermeidliches Übel zu betrachten sein, welches durch tunlichste Beschleunigung dieses einmal nicht mehr ausbleibenden Übergangs am sichersten und dauerndsten zu beseitigen sein möchte“⁵⁸). „Wenn sich aber beim Verfassungsbruch in Hannover oder bei der Mißhandlung der Stände durch die kurhessische

Regierung die Geschädigten und Entrechteten an den Bundestag wandten, dann erklärte er seine Inkompetenz! Jedem Deutschen, der noch den Glauben an Deutschland nicht verloren hatte, konnte nach solchen Erfahrungen beim Deutschen Bund nur der alte respektlose Reim der dreißiger Jahre vom „toten Hund“ einfallen.

Die Kriegsgefahren von 1840 und 1841 hatten das vaterländische Empfinden überall in Deutschland neu erweckt und auch bei den Mitgliedern des Deutschen Bundes das Gefühl verstärkt, daß man eben doch zusammengehöre und zusammenstehen müsse. Die Wehrverfassung des Deutschen Bundes hatte sich leistungsfähig gezeigt; die Festungsbauten waren damals lebhafter betrieben, die Armierungsvorbereitungen überall begonnen, die Bundesinspektion war vorgenommen worden. Dieser gute Geist erlahmte aber schnell. Württemberg etwa dachte gar nicht daran, über die strategisch so wichtige Eisenbahnverbindung zwischen Rastatt und Ulm mit Baden Unterhandlungen anzuknüpfen. Jahrelang hielt Waldeck seine Zustimmung zur Bewilligung von 800 fl. für die Prüfung von Schießbaumwolle zurück — nur aus pekuniären Rücksichten; als es sich 1847 endlich entschloß, blieb immer noch Schwarzburg-Sondershausen übrig, das diese Bundesangelegenheit nicht mitmachen wollte⁵⁹).

Zu der Dampfschiffahrtverbindung Bremen—New York beizutragen, weigerten sich dann wieder Bayern und Baden. Und dabei kam die immer anschwellende Auswanderung doch gerade aus dem deutschen Süden, und die Klagen über die Mängel der Überfahrt waren im Munde dieser verwöhnteren Süddeutschen besonders bitter.

Ein wahres Elend für den Deutschen Bund waren die beständigen Geldforderungen, über die er entscheiden sollte. Da beanspruchte etwa Frankfurt eine subsidiäre Rheinktroirente von 30000 Gulden jährlich von den Rheinuferstaaten. Seit 1839 wurde darüber verhandelt. Nach acht Jahren regte der preußische Bundestagsgesandte bei Preußen eine billige Abfindung an — sonst werde ein politisch wenig erfreuliches, rein nach fiskalischen und juristischen Gesichtspunkten sich vollziehendes Austrägalverfahren von vieljähriger Dauer unvermeidlich sein⁶⁰).

Bayern weigerte sich, die Rückstandsforderungen der Witwe des letzten Markgrafen von Ansbach zu befriedigen — die Sache kam vor den Deutschen Bund. Ebenso ging es mit den Ansprüchen der Philippstaler Nebenlinie an das hessische Kurhaus, ebenso mit der gräflich Bentinckschen Angelegenheit, bei der sich Oldenburg einfach nicht nach den Bundesanordnungen richtete.

Große Aufregung bei den Kleinstaaten erregte der Versuch Kurhessens, über Waldeck die Oberlehnsherrlichkeit zu beanspruchen. Es begnügte sich nicht mit dem im April 1847 ergangenen ablehnenden Bescheid der für diese Frage eingesetzten Kommission, sondern verlangte unter lebhaften Protesten ein Vermittlungs- bzw. ein Austrägalverfahren. Man sah hier nicht mit Unrecht das Aufkommen von Mediatisierungstendenzen, vor denen alle Kleinen zitterten.

Ein besonders ärgerliches Gebiet war die Frage der Spielbanken, an der Anhalt-Köthen, Hessen-Homburg, Nassau für Wiesbaden, Baden für Baden-Baden nur allzu sehr interessiert waren. Hessen-Homburg etwa erklärte offiziell dem Deutschen Bunde, die Verträge mit der Spielbankgesellschaft stünden bis 1870 unerschütterlich fest, Änderungen seien unmöglich — dabei steigerte es aber ganz behaglich die Pachtsumme durch die Drohung, neben der bestehenden Bank noch eine andere zu konzessionieren!

Der Bundestag, zu dessen nie versäumten Obliegenheiten es gehörte, bei allen fürstlichen Hochzeiten, Entbindungen, Taufen und Todesfällen gratulierend oder kondolierend aufzutreten, hatte in dem Stande der mediatisierten Fürsten ein Schmerzens- und Sorgenkind besonders schwieriger Art zu betreuen. Immer wieder kamen diese Geldreklamationen der Standesherrn an den Bund: so verlangte der Herzog von Arenberg von Hannover Entschädigung wegen seines Anrechtes auf das vierte Gericht im Fürstentum Meppen; der Graf von Eltz-Kempenich machte Ansprüche an Preußen und Nassau aus dem Rheinzolle zu Engers. In der Behandlung solcher Fragen suchte Österreich die Entscheidung immer dem Austrägalgericht zuzuweisen, aus dem begreiflichen Wunsche heraus, die Verantwortung von sich als dem Präsidium abzuschieben; Preußen nahm demgegenüber meist den Standpunkt ein — wie etwa in der Bentinckschen Angelegenheit —, daß diese Streitfragen überwiegend politischer Natur und deshalb von Bundes wegen zu entscheiden seien. Es waren das alles böse Erbschaften aus dem alten Reich und der napoleonischen Zeit, die da dem Bunde auflagen. Das kurtrierische Schuldenwesen wurde zum Beispiel erst 1847 durch gerichtliche Erkenntnis des Oberappellationsgerichts in Celle geordnet! Zwanzig Jahre lang verhandelten Baden, das Großherzogtum Hessen und Nassau mit Bayern über eine alte Schuldforderung aus dem rheinpfälzischen Schuldenwesen von rund 7 Millionen Gulden! Unzählig waren die Reklamationen von Privaten, die in dem Deutschen Bunde die letzte Hoffnung sahen, zu ihrem Rechte zu kommen. Babette Bleßmann aus Mainz verlangte auf Grund einer kurmainzischen Staatsurkunde von 1629 12000 Goldgulden, als Abkömmling der freiherrlichen Familie von Greiffenclau. Die Familie Roos aus Mainz hatte während der französischen Besatzung für deren Rechnung Arbeiten und Lieferungen ausgeführt — wiederholt abgewiesen, wandte sie sich immer wieder deshalb an den Deutschen Bund!

Der „Reklamationskommission“ des Bundestages lag das unbequeme Geschäft ob, mit allen diesen Petenten fertig zu werden. Da verlangte ein ehemaliger westfälischer Sergeant von Preußen seinen rückständigen Sold; da hatte der Stadtschultheiß von Dillenburg ein Mittel erfunden, aus kranken Kartoffeln gutes, genießbares Brot zu machen; da verlangte ein Hafnermeister zu Windischbusch Unterstützung behufs Auswanderung nach Amerika; da war es einem Schleusenmeister gelungen, eine „Laufmaschine“ für Eisenbahnen zu konstruieren, die den Gebrauch der Dampflokomotiven überflüssig machte⁶¹).

In solch armem Quarke war der Deutsche Bundestag groß. Je bedeutender aber eine Frage war, desto kleiner wurde er dabei. Das schien nun einmal sein Schicksal zu sein. Fürst Metternich hatte Freude an ihm; wenn er durch Frankfurt kam, speiste er bei den beiden rivalisierenden Bankiers Rothschild und Bethmann und ließ sich Bundestagsgeschichten erzählen. Der Bankier des Bundes war freilich unbestritten Rothschild. Es war dies der Ehrgeiz des Hauses, und es ließ sich das etwas kosten — Anfang 1848 betrugen die Bundesfonds 6 Millionen Gulden; Rothschild hatte dazu noch ein „Unterpfand“ von nahezu 8 Millionen Gulden in der Bundeskasse deponiert; die Bundesgelder verzinste er mit 3 Prozent. Diese beherrschende Stellung in den Bundesfinanzen, die sich auch während der Revolution von 1848/49 unerschüttert erhielt, gab dem Bankhause gegenüber den einzelnen Bundesgliedern eine nicht zu unterschätzende Autorität⁶²). Das Metternichsche System, die Bundespolitik und das Haus Rothschild gehörten sehr wesentlich zusammen. Österreich hatte eine eigene, nicht immer sehr klare, aber auf längere Sicht doch wirksame Art, mit den Kleinstaaten umzugehen. Als etwa der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin zornig auf Österreich war, weil es die wiederholt versprochene Erhebung einiger Gutsbesitzer in den Adelsstand immer wieder hinausschob, besänftigte die Wiener Regierung den Fürsten durch Abschluß eines Schiffahrtsvertrages, der sehr nach dem Wunsch Wismars und Rostocks ausfiel, aber vergebens von den zuständigen österreichischen Behörden bekämpft wurde: kamen doch österreichische Schiffe nie nach Mecklenburg! Das war nun in diesem Momente gleichgültig — Mecklenburg mußte politisch gewonnen werden, auch wenn die österreichische Wirtschaft zusetzen mußte⁶³).

Nicht einmal bei allgemeinen Kulturfragen, die doch wie gewöhnlich auch materiell das Billigste waren, raffte sich der Bundestag zu etwas Positivem auf. Die Mehrzahl der Bundesstaaten zahlte 1847 nicht mehr für die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde — die tausend Taler, die Friedrich Wilhelm IV. jährlich spendete, mußten die Fortarbeit sichern. Das Gesuch der Gesellschaft deutscher Geschichtsforscher, betr. die Herausgabe einer Sammlung der alten deutschen Reichstagsverhandlungen, hielt der bayrische Bundestagsgesandte v. Overkamp neun Monate zurück, weil er der Meinung war, die Berücksichtigung dieses Gesuches brächte „seiner ultrakatholischen Sache Nachteile“, wie Graf Dönhoff schreibt. Der preußische Bundestagsgesandte setzte sich jedenfalls dafür ein, da es im allgemeinen Bundesinteresse sei, dergleichen nationale Unternehmungen zu fördern, besonders wenn so vertrauenswürdige Männer wie Pertz und Böhmer an der Spitze stünden, und schlug vor, die notwendigen Mittel aus der Matrikularkasse zu bewilligen; sollte dies keinen Anklang finden, empfahl er, Preußen möge einen Sonderbeitrag auswerfen⁶⁴).

Die Lethargie des Bundestages wurde nun Anfang 1847 zuerst durch einen Antrag Württembergs aufgerüttelt. Es empfahl die Veröffentlichung von Auszügen aus den Bundestagsprotokollen. Sachsen und Baden sprachen sich gleichfalls dafür aus; man kam überein, der württembergische Gesandte solle den Vor-

schlag seiner Regierung durch eine vertrauliche Zirkularnote sämtlichen Bundestagsgesandtschaften zur Kenntnis bringen, damit sie sich über die Ansicht ihrer Regierungen vergewissern könnten. Der preußische Bundestagsgesandte bemerkt zu dieser württembergischen Anregung, es sei wohl nur eine Demonstration Württembergs vor der öffentlichen Meinung — so wenig glaubte er zunächst an den Ernst und die Erfolgsmöglichkeit des Antrages, so wenig war er auch geneigt, sich dafür einzusetzen. Sogleich begann auch Österreich in Stuttgart, Berlin, Hannover und Dresden gegen eine sofortige Verhandlung des württembergischen Antrages zu arbeiten. Württembergs Schritt war deshalb auffallend, weil es bis dahin in Bundesangelegenheiten besonders saumselig gewesen war. Sein kluger König merkte aber wohl, daß andere Zeiten kamen und daß es auch im Deutschen Bunde etwas anders werden müsse. Als König Wilhelm im August 1847 in Frankfurt war, schüttete er dem Grafen Dönhoff sein Herz aus: Österreich könne nur hinhalten und hinausziehen; die Drohung mit der Öffentlichkeit sei bei Österreich das einzige Mittel; Österreich könne gar nicht das „Prädominieren der einen deutschen Nationalität“ wünschen — es sei deshalb zu erstreben, daß Österreich die materielle Leitung der Bundesangelegenheiten abgebe und sich auf ein „honoraire Ehrenpräsidium“ nebst Schutz- und Trutzbündnis zurückzöge. Der König von Württemberg erzählte auch dem preußischen Gesandten, er, der König, habe den Fürsten Metternich wiederholt zu gemeinsamem nationalem Wirken aufgefordert — der Fürst nenne aber das ein „Verflachen“ der verschiedenen deutschen Stämme; nach seiner, des Königs, Ansicht werde der Radikalismus an Boden verlieren, sobald die Regierung selbst die Initiative des nationalen Interesses und des gesetzlichen Fortschritts ergreife⁶⁵).

Als Sachsen im Sommer 1847 eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung anregte, lautete die bayrische Antwort, zuerst sollten die einzelnen Bundesstaaten mit ihren Sonderentwürfen von Gesetzbüchern fertig werden, man könnte dann eine Kommission einsetzen! Sachsen spielte am Bundestag deshalb eine wichtige Rolle, weil sich die kleineren, besonders die thüringischen Staaten mit diesem Königreiche zu beraten pflegten und danach ihr eigenes Vorgehen richteten. Der deutsche Postkongreß, den Österreich und Preußen beantragten, wurde wiederum von Bayern ignoriert, weil München nicht als Tagungsort gewählt worden war. Der preußische Generalpostdirektor reiste nach München, um Bayern zu versöhnen, mußte aber unverrichtetersache heimkehren. Vage Aussichten waren der einzige Erfolg aller dieser Bemühungen⁶⁶).

Auch Preußen hat Anfang 1847 beim Bundestage einen Reformvorschlag vorgebracht, dessen Tragweite noch viel größer war als der württembergische. Nur entsprang er leider nicht einer ebenso klaren Einsicht in die gesamtpolitische Lage. Preußen empfahl ein Bundespressegesetz, welches das bisherige Zensursystem zwar aufheben aber durch eine neue, eigentlich noch empfindlichere Knebelung der öffentlichen Meinung ersetzen sollte. Vorgeschlagen war da u. a. ein „Bundes-syndikat“, das unabhängig von der Bundesversammlung und den einzelnen

Landesregierungen ermächtigt sein solle, innerhalb des ganzen deutschen Bundesgebiets jedes ihm gemeingefährlich erscheinende Produkt zu verbieten. Zwischen Berlin und Wien kam es darüber zu eingehenden Verhandlungen. Metternich setzte eine besondere Kommission zur Bearbeitung des preußischen Presseantrages ein; auch Sachverständige, Buchhändler und Zeitungsredakteure sollten zu Rate gezogen werden wegen der technischen Fragen. Man merkte sehr wohl, daß dem Fürsten die ganze Angelegenheit wenig angenehm war, daß er aber Preußen nicht vor den Kopf stoßen wollte: Österreich werde die Zensur sicher nicht aufheben, sagte er zum Grafen Armin, dem preußischen Gesandten in Wien; wie er aber den preußischen Entwurf positiv beurteilte, war nicht aus ihm herauszubringen⁶⁷).

Der Gedanke, die bestehende Zensur auch nur abzuändern, erregte den Zorn des Prinzen Emil von Hessen — er warf Österreich vor, nicht scharf genug abgelehnt zu haben: Deutschland werde in zwei Teile zerfallen, ein Deutschland mit und eines ohne Zensur, für die Flugschriftenliteratur sei Preßfreiheit besonders gefährlich.

Preßfreiheit war nun wirklich nicht das preußische Ziel; es fand nur den bisherigen Zustand mit Recht unhaltbar. Leider waren aber diese Vorschläge so wenig durchdacht, daß nicht einmal alle preußischen Stellen sich hinter den Entwurf stellen konnten. Der Justizminister Uhden erklärte ihn für ein „Mischsystem, das alle Nachteile der Zensur mit denen der Preßfreiheit“ verbände, und lehnte es ab, sich vom Standpunkte seines Ressorts an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen⁶⁸).

Eine sächsische Denkschrift über die Presseangelegenheiten von 1847 gibt ein gutes Bild der Lage: die Zensur, so hieß es hier, ist tatsächlich erfolglos; die Tagespresse verdankt der Zensur den ihr sehr nützlichen Anschein, das Beste, was sie zu sagen habe, dürfe sie nicht sagen infolge der Beschränkungen durch die Zensur! Die böswillige Presse werde, so wurde weiter entwickelt, bei Aufhebung der Zensur an Einfluß verlieren, die Zensoren seien „ängstliche, befangene und beschränkte“ Leute; sie seien subjektiv, hülften sich durch Weglassung und Abänderung von Einzelheiten — gerade diese Ungleichheiten machten die Zensur so verhaßt und lächerlich. Sachsen trat für Präventivmaßnahmen ein: sie seien sicherer in der Wirkung und weniger hart und empfindlich als die Repressivzensur.

Wenn Fürst Metternich Bayern damals bittere Vorwürfe machte, es ginge in der Pressefrage mit Preußen Hand in Hand, so hatte der alte Herr die Lage vollkommen verkannt. Bayern dachte gar nicht daran, und in Presseangelegenheiten fühlte es sich noch souveräner als in irgendwelchen andern. „Der exklusive bayrische Patriotismus, der allen wahrhaft deutschen Patriotismus tötet, ist hier so eingewurzelt, daß auch die Aufgeklärten sich davon nicht freizumachen vermögen, und es vollkommen vergebene Mühe sein würde, dagegen anzukämpfen“, so heißt es in einem preußischen Gesandtschaftsbericht aus München vom 25. April 1847.

Der österreichische Bundespräsidialgesandte Graf Münch machte nun den eigenartigen Versuch, die preußische Anregung dadurch auf die lange Bank zu schieben, daß er, obwohl er selbst Berichterstatter war, und obwohl weitläufige Korrespondenzen und Verhandlungen über den Entwurf stattgefunden hatten, in der Sitzung vom 21. Juli 1847 erklärte, das alles habe er nur als private Mitteilung aufgefaßt, er erwarte nun einen offiziellen Schritt! Er verbreitete auch in Bundestagskreisen die Ansicht, Preußen habe die Presseangelegenheit nur aufgegriffen, um seinen Vereinigten Landtag in der öffentlichen Meinung gut vorzubereiten, nun sei es ihm gar nicht mehr damit ernst⁶⁹). Das Mißfallen über dieses Verhalten war so groß, daß Graf Münch sowohl bei der Frage der Pressegesetzgebung wie der nun auch von Preußen unterstützten württembergischen Anregung, die Bundestagsprotokolle zu veröffentlichen, in den dafür eingesetzten Ausschüssen in der Minorität blieb. Das war in den 25 Jahren seiner Frankfurter Wirksamkeit noch nicht geschehen, und er sprach nun auch ganz laut von seinem Wunsch, nicht mehr auf seinen Posten zurückzukehren. Irgendeiner „Aktivierung“ des Deutschen Bundes widerstand er bis zu seiner tatsächlichen Abberufung.

Österreich und Preußen traten sich also jetzt, eigentlich zum ersten Male, seitdem es einen Deutschen Bund gab, in Frankfurt schroff gegenüber. Die Situation wurde nicht behaglicher, als nun Bayern im Dezember 1847, ohne sich an die in der Schwebe befindliche Angelegenheit zu kehren, von sich aus die Zensur hinsichtlich der inneren Verhältnisse aufhob. Die bayrische Regierung betrachtete ja das Bundespressegesetz von 1819 von jeher als nicht für sie verbindlich; sie hatte immer behauptet, Bayerns Verfassung stünde über diesem Bundesbeschluß — und sie machte sich schon lange ein Vergnügen daraus, gegenüber Österreich und Preußen die Selbständigkeit ihrer Stellung zu markieren⁷⁰).

Graf Bernstorff, der preußische Gesandte in München, hatte deshalb eine Szene mit dem Fürsten Wallerstein: Wallerstein behauptete, es existiere ein bayrischer Vorbehalt aus dem Jahre 1819 gegenüber dem Bundespressegesetz, weigerte sich aber, nähere Erklärungen abzugeben. Der preußische Außenminister Canitz erklärte nun, ein solcher Vorbehalt bestünde überhaupt nicht! In der Bundesversammlung gab der bayrische Gesandte eine Erklärung darüber ab, die allgemeine Entrüstung erregte — er hatte darauf verzichtet, nach Dönhoffs Urteil, die schiefe bayrische Stellung durch taktvolle Modifikation seiner Instruktionen wenigstens etwas zu verbessern.

Deutlicher konnte der Bankerott der Bundespolitik unmittelbar vor der Revolution nicht zum Ausdruck kommen.

*

Gegen solche bayrisch-preußische Verstimmung arbeitete nun Fürst Karl Leiningen, im Bundesinteresse sowohl wie im Interesse der allgemeinen europäischen Politik. Im Mai 1847 kam er, wie schon häufig, durch Frankfurt und kon-

ferierte mit dem preußischen Bundestagsgesandten. Er befand sich auf dem Wege nach London, wo er im Auftrage des Münchener Kabinetts die englische Regierung zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber Griechenland bestimmen sollte. In der Bundespolitik wirkte Leiningen für die bayrisch-preußische Verständigung, in der europäischen Politik für das preußisch-englische Bündnis. Beides hing sachlich eng zusammen. Bayern hatte mit der ultramontanen Richtung gebrochen und war in Gegensatz zu Österreich geraten. Wenn Preußen sich nun auch von Österreichs Vormundschaft losmachte und endlich das Bündnis mit dem Gedanken der deutschen Freiheit wagte, wenn es sich so zur Führung in der Bundesreform entschloß, dann nahm es auch an europäischer Geltung zu und wurde für England ein wertvoller Bundesgenosse — für England, dessen Stellung durch den alten Gegensatz zu Rußland und den neu dazugekommenen Gegensatz zu Frankreich bezeichnet wurde. Als Fürst Leiningen im Juni 1847 auf der Rückreise von England wieder durch Frankfurt kam, konnte er dem Grafen Dönhoff mitteilen, England habe entschiedenes Mißtrauen gegen Österreich, die Aufregung gegenüber der französischen Regierung sei nur äußerlich beschwichtigt, England habe den Wunsch, sich mit Preußen zu verbinden⁷¹). In diesen Sommermonaten entstand Leiningens Koburger Denkschrift über die Bundesreform, die das Ausscheiden Österreichs aus allen inneren deutschen Angelegenheiten, die Leitung Deutschlands durch Preußen, eine entschlossene konstitutionelle Regierung in Preußen, also das Bündnis Preußens mit der liberalen und nationalen Bewegung forderte. Durch den badischen Bundestagsgesandten Freiherrn v. Blittersdorff, der jetzt als entschiedener Anhänger der Bundesreform auftrat, war Leiningen über die innere Geschichte des Bundestags und ihre fast hoffnungslose Unfruchtbarkeit genau unterrichtet worden. Seine Denkschriften und sein Briefwechsel mit seinem Schwager, dem Prinzgemahl Albert, beruhen zu einem guten Teile auf dem Gedankenaustausch mit Blittersdorff. Prinz Albert nahm die Leiningischen Gedanken auf und legte als Ergebnis ihrer Gespräche im schottischen Hochlande im Sommer 1847 seine eigene, etwas behutsamere Stellungnahme gleichfalls in einer Denkschrift nieder⁷²).

Gedanken wie die des Fürsten Leiningen tauchten damals in ähnlicher Form verschiedentlich auf — auch König Wilhelm von Württemberg neigte ja zu ähnlicher Auffassung der Lage. Die Enttäuschung über Österreich war eben zu groß; andererseits wußte man aus Preußens Handlungsweise nichts zu machen, denn es ordnete sich ja immer wieder Österreich unter. Canitz, dem Graf Dönhoff Leiningens Denkschrift zugeschickt hatte, meinte: „Sie enthält unstreitig sehr richtige Bemerkungen; über seine Schlußfolgerungen — die Ausscheidung Österreichs aus den deutschen Verhältnissen — kann ich das Urteil nicht unterdrücken, daß das vorgeschlagene Mittel viel schlimmer sein würde als das vorhandene Übel. Ein Deutscher Bund ohne Österreich ist ein gänzlich unpraktischer Gedanke⁷³).“

Canitz vermochte das Wesentliche der damaligen Lage nicht zu durchschauen;

ebensowenig war das Friedrich Wilhelm IV. gegeben, dem die Denkschriften Leiningens und des Prinzen Albert vorgelegt wurden: er und sein Radowitz haben Bundesreform gewollt, aber auf eine verwaschene Art. Radowitz hat seine Ideen in der „Denkschrift über die vom Deutschen Bunde zu ergreifenden Maßregeln“ vom 20. November 1847 ausführlich dargelegt⁷⁴).

Er war der Freund des preußischen Königs und stand den Bundesangelegenheiten seit geraumer Zeit nahe: Offizier und Denker zugleich, eine der seltsamsten Persönlichkeiten der Epoche, undurchsichtig, gebunden, fatalistisch gestimmt, edel an Gesinnung, überreich an Wissen, beinahe leidend unter Vielwisserei, selbstbewußt belehrend und doch melancholisch fremd in der wirklichen Welt. An dem heimatlosen Manne, der nun so deutsch und zugleich so preußisch sein wollte, klebte etwas von Unglück; woher er kam, wußte man nie recht, wohin er ging, wußte er selbst nicht ganz, bei all seiner klugen Wichtigkeit, bei all seiner doktrinären Würde. Er wirkte im Augenblick sehr stark auf Menschen, aber es blieb meist ein Nachgeschmack von Unsicherheit. Eine durchaus katholische Natur: ernst und gläubig, im Banne frommer Überlieferung und frommen Brauches, und wohl auch deshalb ohne eigentlich lebendiges Verhältnis zum Alltag, zum Klein-kram, zum Handwerklichen in der Politik — ein Mensch ohne Ellenbogenkraft, ganz ohne Zynismus, aber leider auch ohne erdhaften Humor, ein Zauberer, aber ein etwas langweiliger Zauberer. So schwebte er ein wenig heilig über den Dingen, wunderte sich, wenn nicht alles so ging, wie er es sich schön ausgedacht hatte, wußte sich aber mit dem Ewigen zu trösten. So war er durchaus kein Realpolitiker: Politik ohne Ideen, ohne geistiges menschheitliches Ziel, Politik nur des greifbaren Vorteils willen, nur aus der Konjunktur heraus, Politik mit derber Schlagkraft wäre ihm gemein vorgekommen. Er war aber auch durchaus kein Träumer: was dieser kultivierte Generalstäbler sprach und schrieb, funkelte von Logik. Da war wacher Geist, geschärfte Beobachtung, zwingende Schlußkraft in einer schönen Form. Der Reichtum dieser Persönlichkeit spottet jeder Charakteristik durch Schlagworte: sie war zu tief, zu sonderbar, zu anständig. Wer sie ganz zu kennen glaubt, kennt sie nicht. Die blasse Ruhe des Gesichtes, der spitze dunkle Blick, die dünne scharfe Stimme — sie wußte so kunstreich-mathematisch zu beweisen in gewandten Wendungen, die auch dann einstudiert wirkten, wenn sie es einmal ausnahmsweise nicht waren: das alles zeugte von einer Natur, die imponierte, aber niemals hinriß, die alles wecken konnte, Interesse, Neugier, Widerspruch — nur Liebe kaum, eine Natur, die lange nicht so harmonisch und geschlossen war, wie sie schien und scheinen wollte. Radowitz war einer von den äußerlich schlichten und korrekten, im Innern aber so überaus anspruchsvollen Menschen, denen das Nächste viel zu einfach, das Gegenwärtige viel zu sinnwarm erscheint. Die Schwäche solch asketischer Halbidologen ist es ja, das lebendig Wirkliche mit Trivialität zu verwechseln. Es kommt eben darauf an, wie man das Was ergreift. Radowitz stammte von fern her, und so verlockte ihn die Ferne. Wäre ihm ein quickeres Temperament beschieden gewesen, hätte er auch

das Fernste packen und gestalten können. Hier versagte nicht seine Begabung, sondern sein Blut. Er versenkte sich gern und liebte Verwickelungen; nur kam er selten wieder heraus, er verlor sich — was er nie zugegeben hätte —, er zerschlug keine Knoten, sondern ermüdete bei der Entwirrung. Sein Wort muß bedeutender gewesen sein, als was er schrieb; diese Schriften sind sicher bedeutender als seine Taten. Glück ist wohl das einzige, was man schenken kann, ohne es zu besitzen; aber auch diese Begnadung besaß Radowitz nicht. Sein kluges Bemühen scheiterte an dem unseligen Könige nicht allein; das Unzulängliche war schon in ihm selbst. Jeder von beiden, der König und er, hatte von dem zu viel, was der andere zu wenig hatte; der innere Knick war ihnen gemeinsam.

Wenn Radowitz über Bundesreform schrieb, so tat er es als Preuße und als Europäer. Die alte Mission des Deutschen Bundes, Kernstück eines befriedeten, christlich zusammengehaltenen Europa zu sein — er wollte sie durchaus festhalten und entwickeln. Österreichs Versagen sah er deutlich, aber eine positive Arbeit schien ihm nur gemeinsam mit dem Kaiserstaate möglich; Österreich sollte eben gezwungen werden, deutsch zu sein. Die eigentlichen Ziele der Radowitzschen Denkschrift stimmten mit dem überein, was allorts damals in Deutschland verlangt wurde: Gemeinsamkeit von Münze, Maß, Gewicht, Post-, Eisenbahnwesen, oberstes Bundesgericht, gemeinsames Strafrecht, deutsches Handelsrecht, volle Freizügigkeit; was Radowitz besonders nahe lag, das Bundeskriegswesen, wollte er natürlich auch gekräftigt und gefördert haben. Wichtiger war die Frage nach der Methode, die man zur Erreichung solcher Ziele nun einschlagen sollte. Und hier versagte Radowitz in charakteristischer Weise. Er wagte nicht, ein deutsches Parlament zu verlangen, sondern wollte nur „Sachverständige“ nach Frankfurt berufen haben. Er schlug „Spezialvereine“ in der Art des Zollvereins vor, die Preußen mit den andern Bundesstaaten bilden sollte, wollte aber diese Vereine doch wieder an den Bund überführen, ja sogar den Zollverein am liebsten auf Österreich ausdehnen. Er verlangte den Appell Preußens an die deutsche Nation —, um alle, auch Österreich, mitzureißen; daß die Nation aber nur durch ein Bekenntnis zum entschiedenen Liberalismus zu gewinnen war, sah er nicht. Wieviel schlagender war das alles bei Leiningen dargestellt! Radowitz war ein viel bedeutenderer Mensch, aber Leiningen hatte den natürlicheren politischen Instinkt. Radowitz wurde im November und Dezember 1847 nach Wien geschickt, um über die Bundesreform und die Schweizer Angelegenheit zu verhandeln. Seine Eindrücke von Metternichs letztem Stadium waren durchaus schlecht —, aber von einer folgerichtigen Fortführung seines deutschen Programms ist nichts zu spüren. Er ging dann in der Schweizer Sache nach Paris, um im Februar 1848 zum zweiten Male nach Wien gesandt zu werden. Seine Kandidatur für die Frankfurter Bundestagsgesandtschaft wurde erörtert; Dönhoff warnte und begründete diese vielleicht nicht ganz objektive Stellungnahme mit dem Rufe des „Ultramontanismus“, in dem Radowitz beim großen Publikum

stünde; „er würde das Verhältnis Preußens zur deutschnationalen Richtung faussieren“; seinem Einfluß werde das Interesse Preußens an der „ultramontanen“ Partei in der Schweiz zugeschrieben⁷⁵⁾.

*

Die Schweizer Wirren der Jahre 1845—1848 sind schon von den Zeitgenossen als Vorspiel größerer europäischer Ereignisse empfunden worden, als eine Kampfprobe gewissermaßen der politischen Prinzipien, um die es nun bald in weltgeschichtlichem Ausmaße gehen sollte. In der Schweizer Republik der Mehrheitskantone begrüßten zahlreiche revolutionäre Verbände damals „das Bollwerk der europäischen Freiheit“ — so die Adresse der deutschen Arbeiter in Paris vom 12. Dezember 1847, die der Gesellschaft der verbrüderten Demokraten in London vom 25. Dezember 1847, so der Bildungsverein für Arbeiter in London. Für Metternich, Guizot und Friedrich Wilhelm IV. war andererseits der Sonderbund ein Vertreter von Recht, Ordnung, Autorität und Frömmigkeit gegenüber dem „Radikalismus“. Friedrich Wilhelm IV. schrieb am 8. Dezember 1848 seinem Bunsen, der Schweizer, deutsche, preußische und italienische Radikalismus habe den gleichen Ursprung in der Verleugnung von Gott und Christus durch die französische Revolution. „Während die ‚Guten‘, geschwächt durch ihren Zank als Liberale und Konservative, blind darauf losleben und faseln, wächst das arge, von beiden völlig unabhängige, keineswegs verwandte Greuelkind, und ist's erstarkt, so wirft's beide Parteien zu Boden und setzt den eisernen Fuß auf den Nacken.“ Und einige Tage vorher, am 4. Dezember: „In der Schweiz handelt es sich für uns, für die Großmächte, ganz und gar nicht um Recht oder Unrecht in der Eidgenossenschaft, gar nicht um Jesuiten und Protestanten . . ., sondern allein darum: ob die Seuche des Radikalismus, das heißt einer Sekte, welche wissentlich vom Christentum, von Gott, von jedem Rechte, das besteht, von göttlichen und menschlichen Gesetzen abgefallen, los und ledig ist, ob diese Sekte die Herrschaft in der Schweiz durch Mord, Blut und Tränen erringen und so ganz Europa gefährden soll oder nicht⁷⁶⁾.“

Wie viel nüchterner und sachlich zutreffender lautet dagegen etwa das Urteil des Grafen Dönhoff, der in dem Bericht vom 14. Dezember 1847 seinem Berliner Minister klar zu machen versuchte, daß „der Radikalismus in der Schweiz disziplinierter und geordneter sei, als die Massen bisher gewohnt waren, ihn sich zu denken“: „Die Furcht, infolge der Herrschaft des Radikalismus nur Unsicherheit des Eigentums und der Person, nur Blutvergießen, Plünderung und Anarchie zu sehen, ist bei den Massen bedeutend geschwunden, und die konservativen Ideen haben dadurch einen mächtigen Alliierten verloren⁷⁷⁾.“ In der Tat: die ruhige, herbe und zähe Art, mit der die „radikalen“ Kantone allen europäischen Einwirkungen zum Trotz die Schweizer Angelegenheiten neu ordneten, war die beste Empfehlung für den staatsaufbauenden Geist der Demokratie.

Die Bezeichnung „Radikalismus“ ist ein Kampfwort der damaligen Zeit, das

aus einer wissenschaftlichen Betrachtung von heute am besten ausgeschaltet würde. „Radikal“ ist ja eine Kennzeichnung für Wurzelechteit und Wurzeltreue, für unentwegte Folgerichtigkeit; „radikal“ kann Nationalismus, Klerikalismus, Sozialismus ebenso gut sein wie Liberalismus. Der große Weltgegensatz der Revolutionszeit von 1848/49 wird unseres Erachtens am treffendsten durch die Begriffe: „Autokratie“ und „Demokratie“ bezeichnet. Autokratisch war das Regiment des Kaisers Nikolaus von Rußland, das den einen Pol der politischen Welt jener Tage darstellt. Demokratisch war die Regierungsform der Vereinigten Staaten von Amerika: sie sind der andere Pol. England und Frankreich waren bei ihrem damals noch so eingeschränkten Wahlrecht noch keine vollendeten Demokratien — sie standen aber mitten in der Entwicklung, die dahin führte. In Spanien, Portugal und den südamerikanischen Republiken, in mehreren deutschen Mittel- und Kleinstaaten, in allen europäischen Mittel- und Kleinstaaten, nämlich Schweden-Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien waren geschriebene Staatsverfassungen die grundlegende Tatsache des politischen Lebens, mochten diese Verfassungen mehr oder weniger freiheitlich sein — sie schränkten alle die fürstliche Autokratie ein, sie bedeuteten den Ansatz zu echter Demokratie.

Genau wie der Feudalismus und der Absolutismus ist ja auch die Demokratie eine politische Daseinsform, die nach Herkunft und Auswirkung der Gesamtheit des europäisch-amerikanischen Kulturkreises angehört. Es gibt keine rein nationale Staats- und Verfassungsform; und es war einer der größten Irrtümer gerade deutscher politischer Bestrebungen, daran zu glauben. Selbstverständlich ist es, daß die drei beherrschenden Staatsformen seit dem Mittelalter, Feudalstaat, fürstlicher Absolutismus und Demokratie, von jedem Volkstum in eigener Weise abgewandelt und seinen Bedürfnissen angepaßt worden sind. Das Grundsätzliche ist überall gleich. Aber es war eine der geschicktesten Kampfparolen nationalistischer Gruppen bei uns, die demokratische Staatsform dadurch schädigen zu wollen, daß man behauptete, sie sei „undeutsch“. War etwa der Absolutismus „deutsch“, den die deutschen Fürsten mit so großem Eifer nach spanischem und französischem Muster bei uns aufrichteten? Auch der Absolutismus entsprach aber zu einer bestimmten Zeit wahrhaft deutschen Bedürfnissen und war für unsere Entwicklung unentbehrlich. Während der Absolutismus in Spanien, Frankreich und England aber selbst die Nation durchsetzte als ein geschlossenes Ganzes gegenüber Sondermächten des Staatslebens, stärkte in Deutschland und Italien der Absolutismus die Sondermächte gerade gegenüber der Nation. Deshalb hat der nationale Gedanke in Spanien, Frankreich und England von Anfang an einen loyalen Charakter; er diente ohne weiteres der Gesamtentwicklung; bei uns und in Italien mußte er oppositionell sein. Nationaler Gedanke und demokratische Staatsform gehören notwendig zusammen. In England, wo der Absolutismus eine Episode war, hat die Entwicklung zur Demokratie sich keinen Augenblick im Gegensatz zum Nationalen befunden; in Frankreich hat der Absolutismus

gerade das schaffende Bürgertum großgezogen, das die Gesamtnation demokratisch zu organisieren unternahm.

In Deutschland gab es aber nur eine Nation, insoweit sie auf Sprache, Kunst- und Gedankenschöpfung beruht; in Deutschland gab es Ansätze zur demokratischen Entwicklung, aber sie dienten der Kräftigung der Partikularstaaten. Deutschland hatte keinen nationalen, Deutschland hatte keinen demokratischen Staat. Das eine war nur durch das andere zu erringen. Auch Deutschland hatte das weltgeschichtliche Recht, alle seine Volksgenossen geeinigt zu sehen in der durch die Entwicklung und die Zeit geforderten Form der Demokratie.

Diese Demokratie war nun etwas sehr Modernes und hatte nur den Namen gemeinsam mit dem, was es im Altertum einmal gegeben haben mochte, in einer Gesellschaft und einem Staate, die auf der breiten Basis der Sklaverei aufgebaut waren. Die moderne Demokratie hat eine dreifache Wurzel: Christentum, Naturwissenschaft und Rechtsphilosophie. Vor Gott und vor der Ewigkeit sind alle Menschen gleich — dieses religiöse Urerlebnis ist, wie man weiß, durch den Protestantismus wieder erneuert und besonders in der kalvinistischen Gemeinde eigenartig zu praktischer Betätigung erweckt worden; anthropologisch, physikalisch, chemisch leben die Menschen unter gleichen Lebensbedingungen; die fortschreitende Naturerkenntnis der Neuzeit begründete diese Gleichheit vor der Natur mit eherner Unwiderleglichkeit; vor dem Gesetz, gegenüber dem Staate sind die Menschen gleich — die großen Denker der englischen, französischen und deutschen Aufklärung zerstörten unbarmherzig die alte Welt des Privilegs, der Gebundenheit, des minderen, gekürzten, versagten Rechtes. Alle großen europäischen Kulturvölker haben an dieser gedanklichen Begründung, an diesem Erlebnis einer neuen Gesinnung mitgearbeitet, wie es die moderne Demokratie darstellt: die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, ihre Festlegung der Menschen- und Bürgerrechte war die erste vollkommene, siegreiche, die wahrhaft durchschlagende Offenbarung des demokratischen Gedankens. Der echte demokratische Gedanke war nie identisch mit Gleichmacherei. Diese Behauptung seiner Gegner war ein Irrtum, oft auch eine absichtliche Verdrehung und Entwertung. Die echte Demokratie bejahte gerade die persönliche Differenziertheit der Menschen; sie wußte genau, daß Begabung, Gesundheit, Besitz, Bildung, Temperament, Energie die Menschheit, zum Glück, tausendfach individualisieren; sie versuchte nur, Hochmut, Vorurteile, Dummheit und Faulheit zu entthronen, soweit es möglich war; sie verlangte weder gleichen Besitz, noch gleichen politischen Einfluß, noch gleiche gesellschaftliche Stellung für alle; sie forderte aber ein Minimum an politischem Recht, an Arbeitsmöglichkeit und an sozialer Geltung für jeden; sie wollte die gemeinsame Basis menschlicher Gleichwertigkeit für alle Volksgenossen möglichst hochlegen, um von da aus eine möglichst gesunde Entwicklung der Gesamtheit stattfinden zu lassen, eine Entwicklung, bei der die durch Talent und Charakter, die durch körperliche und seelische Eignung Berufenen die Führung zu übernehmen hätten. Zum Wesen der Demokratie gehört

der Optimismus, der Glaube, wenn nicht an die Güte der Menschennatur, so doch mindestens an die Einsicht, die Belehrbarkeit, an den guten Willen des Kulturmenschen, Vernunftgründen nachzugeben. Die Autokratie lebte demgegenüber von der Menschenverachtung; sie arbeitete in erster Linie mit den Instinkten und Leidenschaften der Menschen, mit den guten, aber auch unbekümmert mit den bösen. Die Demokratie wollte im Untertanen den Staatsbürger wecken — sie wirkte für die unteren Schichten als Befreierin. Auch im Mittelstande war sie einer starken Anhängerschaft sicher. Auf das Geld- und Titelpatriziat wirkten ihre Gedanken meist unbehaglich; die Feudalaristokratie mußte in ihr die Todfeindschaft empfinden.

Der demokratische Gedanke war die bewegende Macht der Epoche: mochten ihm seine Gegner Ideologie, Doktrinarismus, Demagogie vorwerfen; selbstverständlich ging er von der Idee aus, selbstverständlich entwickelte er eine Lehre, selbstverständlich mußte diese Lehre leicht zu fassen, schlagend, einfach sein.

Die Demokratie wandte sich an die politisch ohnmächtigen unteren und mittleren Schichten und versprach ihnen Macht im Staate, nämlich die bis dahin versagte Teilnehmerschaft an der politischen Arbeit. Sie wandte sich an alle und wollte wirken für alle. Sie glaubte an sich und weckte Glauben. Man hat die Demokratie als Lehre widerlegt — durch andere Lehren. Der Glaube war nicht zu widerlegen, höchstens war er niederzukämpfen durch einen andern Glauben. Der demokratische Gedanke trat notwendig rationalistisch auf, er wandte sich an die Vernunft, aber natürlich entfesselte auch er die Instinkte — er meinte, daß es die besten der Menschen waren. Auch die Autokratie hat ihre Doktrin, ihre Ideologie entwickelt. Ihr Vorteil war es, nicht von der Idee ausgehen zu müssen, sondern von der tatsächlichen Machtverteilung, vom Herkommen, vom Gewordenen, vom Besitz, von der Würde, vom Gestrigen, vom Ewig-Gestrigen, das auch das Morgige sein wollte, denn es kam sich ja „gottgewollt“ vor. Der Trugschluß war naiv — denn welches Wirkliche ist nicht „gottgewollt“? Konservativ sind ja zunächst und vor allem die Dinge selbst. Die Demokratie mußte sich erst ihre Institutionen schaffen, Parteien, Presse, Verbände, Volksvertretung — also Volksorganisation. Die Autokratie besaß die vorhandenen Institutionen — sie schuf sich erst ihre Ideen, stattete mit diesen Ideen die vorhandenen Machtorganisationen aus — und setzte der Demokratie neue Institutionen gegenüber, die den ihrigen glichen. So vollzog sich bei uns ein großartiger Kampf der Geister, ein Kampf auch der Klassen und Stände, ein Kampf, bei dem Dynastien, Militär und Bürokratie, also die überkommenen Obrigkeiten auf der einen Seite standen, und auf der andern Seite Führer des Volks, Denker, Redner, Schriftsteller, viele Professoren, Literaten, Privatgelehrte, die politischen Begabungen des Mittelstandes und der unteren Schicht, die wahrhaften Deutschen der deutschen Zukunft.

Fürsten, die an sich geglaubt haben, sind immer Autokraten geblieben. Sie haben jedes Zugeständnis instinktiv als Minderung ihrer Stellung empfunden, und geschichtlich hatten sie damit recht. Der mittelalterliche Staat war dualistisch

gewesen — der moderne Staat konnte nur einheitlich sein. Entweder lag die Souveränität beim Fürsten oder — beim Volke. Die Staatsverfassungen, die seit der großen französischen Revolution in Europa ausgedacht worden sind, haben alle den Versuch gemacht, einen Mittelweg zwischen Autokratie und Demokratie zu gehen, den es doch höchstens als Übergangsstadium geben konnte. Die englische Verfassung, die dualistisch geblieben war, und die sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts durch die aufeinanderfolgenden Reformgesetze zur einheitlichen Demokratie entwickeln sollte, galt nun bald allen Freunden einer ruhigen, historisch orientierten Entwicklung als Muster: als das Heilmittel für alle Staaten, die sich zwischen Reaktion und Revolution, zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Autokratie und Demokratie, zwischen Dynasteninteresse und Volkswillen eine praktisch politische Lebensform suchten. Die französische Charte von 1814, die belgische Verfassung von 1830 sind Versuche gewesen, das wirklich oder scheinbar prinzipiell Gültige der englischen Institutionen nach kontinentalen Bedürfnissen neu zu schaffen. Auch die süddeutschen Verfassungen gehören in diesen Kreis. Das stärkste Hindernis für das Fortschreiten des verfassungsmäßigen Volksvertretungsgedankens war immer der Irrglaube, „Konstitutionen“ und „Parlamente“ seien undeutsch. Wie recht hatte doch der Prinzgemahl Albert, wenn er am 12. Dezember 1847 an Friedrich Wilhelm IV. schrieb: „Das monarchische Prinzip ist nicht altdeutsch historisch, sondern nur eine Nachahmung des französischen Absolutismus. Das Wiederverlangen der Volksrechte ist nicht französisch-radikal, sondern echt deutsch und konservativ⁷⁸⁾.“ Auch zwischen landständischen Verfassungen und Konstitutionen gab es natürlich nur einen Unterschied des Entwicklungsgrades. Am Anfange dieser Entwicklung stand der Dualismus von Krone und Ständen, am Ende die einheitliche Demokratie. Fürst Leiningen, in vielem ja ein besonders charakteristischer Zeittypus, schreibt darüber am 8. Januar 1848 an den Prinzen Albert: „Hand in Hand geht hiermit die Ansicht, als sei in unserer Zeit ein wirklicher Unterschied in dem Prinzip zwischen landständischen Verfassungen und Konstitutionen möglich. Dieser Theorie habe ich lange selbst gehuldigt und glaubte derselben durch das sogenannte Verfassungsverständnis, welches auf dem Landtage von 1842/43 in Bayern hauptsächlich durch meine Mitwirkung zwischen Krone und Ständen zustande kam, eine praktische Begründung verschafft zu haben. Zwei Männer haben indes meine Heilung begonnen. Baron Stockmar war der eine; er lachte mich aus, als ich mit meiner Theorie mich breit machte. Der andere war der verstorbene Doktor List, der behauptete, der König von Preußen würde selbst in dem Falle eine Konstitution erteilt haben, wenn er seinen Reichsständen keine anderen Rechte vorerst einräumte, als nach Berlin zu kommen und dort mit ihm Mittag speisen zu dürfen⁷⁹⁾.“

Der Wunsch nach dem versöhnenden Kompromiß zwischen Autokratie und Demokratie ist besonders stark getragen worden vom deutschen Liberalismus. Liberalismus und Demokratie verhalten sich zueinander wie Sozialismus und

Kommunismus. Der Liberalismus ist Weltanschauung — die Demokratie politisches Programm; der Liberalismus geht von der Person, von der Bildung, von der Humanität aus; die Demokratie vom Staatsvolk, vom Interesse, von der Macht. Der Liberalismus ist überwiegend Gedanke und Kultur, die Demokratie überwiegend Überzeugung und Arbeit; der Liberalismus ist am stärksten in der Negation, er verneint die Bindung des Geistes, der Wirtschaft, der Kaste, er will die Freiheit von — etwas; die Demokratie ist positiv, sie verlangt die Garantie, die Kontrolle, die rücksichtslose Durchführung der „Freiheit“, sie verlangt die Lebensmöglichkeit, die neue Verteilung tatsächlicher Gewalt. Der Liberalismus glaubt an den wohlmeinenden Fürsten, er wünscht die Dynastie, das Beamtentum, ja das Militär, die ökonomische Arbeit mit seinem Geiste zu erfüllen, er verspricht sich viel vom harmonischen Zusammenspiel aller vorhandenen öffentlichen Kräfte, er will erhalten und entwickeln; die Demokratie sieht im Fürsten eine günstigenfalls nützliche Funktion im neuen Staate, aber sie hält die Republik schließlich doch für die beste, jedenfalls für die sicherste, ruhigste, normalste Staatsform; sie verwirft das Allzuviel des Regierens und Kommandierens, sie will das Volksbeamtentum und das Volksheer; sie will zerstören, was sie nicht brauchen kann, und möchte aufbauen nach einem festen, harten Grundriß. Der Liberalismus ist historisch und deshalb relativistisch; die Demokratie ist dogmatisch, kategorisch und absolut. Der Liberalismus verträgt sich mit dem politischen Genie, läßt sich von ihm benutzen, ja mißhandeln. Die Demokratie duldet nur das Genie, das sich in ihr vollendet. Der Liberalismus endet allzu leicht in Geschäftshuberei, Interessenpolitik, Spekulantentum; die Demokratie erstarrt zu leerer Formel, wenn sie nicht Volkserlebnis und religiös bestimmter Volkswille zur begnadeten Führerschaft bleibt. Liberalismus und Demokratie gehören verschiedenen Ebenen an, und deshalb liegt eine Abirrungsgefahr beim Vergleich. Man muß Konservativismus, Liberalismus und Sozialismus zusammengruppieren: das sind Formen politischer Weltanschauung. Man muß auf der andern Seite Autokratie, Demokratie und Kommunismus zusammengruppieren: das sind die entsprechenden Formen der Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Die erste Gruppe hat überwiegend kontemplativen, die zweite überwiegend aktiven Charakter. Aus den Gegensätzen zwischen Autokratie und Konservativismus, zwischen Demokratie und Liberalismus, zwischen Kommunismus und Sozialismus läßt sich ein sehr großer Teil der Typen von deutschen Staatsmännern, Staatsdenkern, Parteiprogrammen und Parteiführern ableiten. Der Klerikalismus schließt sich dann noch an als eine geistige Kraft besonderen Ursprungs, die sich nun gegen den Liberalismus auf die konservative Seite, aber auch gegen die Autokratie auf die demokratische Seite gestellt hat und damit sich bei uns eine Machtposition ganz eigener Art sichern sollte. Verhängnisvoll für die deutsche Entwicklung vor und während der Revolution von 1848/49 war es nun, daß sich sozialistische und kommunistische Tendenzen mit dem demokratischen Gedanken verbanden. Die Demokratie bekämpfte den bestehenden Staat; dies mußten auch

die Sozialisten und Kommunisten als ihre Aufgabe ansehen. Die Demokratie war auch bereit, wenn es sein mußte, die bestehende Staatsform mit Gewalt zu stürzen, aber sie dachte nicht an den Umsturz der bestehenden Gesellschaft, an eine grundsätzliche Neuregelung der Eigentumsverteilung. Das Eigentum war ihr heilig; sie verlangte die Verlegung des Schwerpunktes der politischen Macht; sie wollte damit den Aufstieg der unteren Schicht und des Mittelstandes erreichen; sie war geschworene Gegnerin jeder Diktatur, und natürlich auch der Diktatur — des Proletariats. Die Hilfstruppen aus den unteren Schichten, in denen schon die kommunistische Idee arbeitete, waren der Demokratie willkommen — die kommunistischen Führer haben auch ganz bewußt den Kampf der Demokratie unterstützt. Jeder Gegner des Bestehenden hieß schließlich „Demokrat“. Damit ergab sich aber für einen Teil des Mittelstandes, besonders aber für das Geld- und Titelpatriziat eine neue und nach ihrem Empfinden bedrohliche Lage. Auch sie wünschten das Ende der Autokratie, mindestens ihre Einschränkung mittels liberaler Staatsverfassung. Sie wollten selbst jetzt dran kommen; der Drang von unten war ihnen angenehm, solange er bescheiden blieb. Wenn sich aber die Demokratie nun auch gegen das Geld- und Titelpatriziat richtete, wenn gar das Eigentum, der Erwerb, der Handel, die vorhandene Arbeitsorganisation in Frage gestellt wurde, wenn man vom Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hören mußte, dann wurde diesen Kreisen sehr unheimlich zumute: sie mäßigten sofort ihre eigenen liberalen Forderungen und verbündeten sich eiligst mit der bedrohten Autokratie, die nur allzugerne ihre alten Machtmittel, Bürokratie und Militär, beim Kampf um die „Ordnung“ zur Verfügung stellte. Den schwersten Schaden hatte davon der demokratische Gedanke.

*

Das Tragische dieses Sachverhältnisses wurde in demselben Maße noch vertieft, als der Kampf zwischen Autokratie und Demokratie internationalen Charakter bekam. Es gab einen internationalen europäischen Fürstenkonzern, an dessen Spitze Kaiser Nikolaus und Fürst Metternich standen. Dieser Konzern war durch Verwandtschaft, Interesse, gleichen Hof- und Lebensstil innigst verbunden; er fühlte sich als Hüter von Sitte, Wohlstand, Kultur und Religion: er war die erste wahrhafte Internationale. Auch Louis Philippes Julikönigtum gehörte seit dem Bruche mit England unzweideutig zum Fürstenkonzern. England, das den Franzosen ihre schmachvolle Intrigenpolitik in der spanischen Heiratssache nicht verzeihen konnte, war aber bereit, jede Bewegung der europäischen Demokratie zu unterstützen, um dem Fürstenkonzern Schwierigkeiten zu machen, besonders um seinen einen Führer, den Kaiser Nikolaus, in Verlegenheit zu setzen. Der Sturz des Julikönigtums war, außenpolitisch betrachtet, eine schwere Niederlage des Fürstenkonzerns, ein Triumph der europäischen Demokratie, ein großer Vorteil für England. Die drei ungelösten großen nationalen

Fragen der Zeit, die deutsche, die polnische und die italienische, haben sich nun denkwürdig mit dem Kampfe der europäischen Demokratie verknüpft. Diese waren gewiß nicht die einzigen. Der griechische Unabhängigkeitskampf hatte durch seinen Erfolg der nationalen Bewegung in Serbien und in Rumänien ein Ziel gesetzt. Schon begann die Freiheitsbewegung der Balkanvölker den französisch-englischen Gegensatz zu verschärfen, ja sogar zwischen den Vormächten der Autokratie, zwischen Österreich und Rußland, Zwietracht hervorzurufen. Es war aber überwiegend Vorbereitung für eine spätere Epoche. Maßgebend für die Revolutionszeit von 1848/49 waren außenpolitisch die deutsche, die polnische und die italienische Frage.

Zwischen der italienischen und der deutschen Freiheitsbewegung bestanden alte Sympathien und Berührungspunkte. Daß sich das junge Italien gegen den österreichischen Kaiserstaat wenden mußte, um zu seinem Nationalstaate zu kommen, war vielen Deutschen schmerzlich. Während sich Metternich mit Guizot 1847 wiederum auf die Aufrechterhaltung der durch den Wiener Kongreß in Italien geschaffenen Besitzverhältnisse einigte, beförderte Lord Palmerston die Bestrebungen der italienischen Patrioten, ihr Ringen um nationale Unabhängigkeit, wo er konnte. Am 6. Januar 1848 verlangte Cavour öffentlich eine Volksrepräsentation für Piemont. Wenige Tage vorher hatten Straßenkämpfe in Mailand stattgefunden. Schon fanden Verhaftungen politischer Führer in Venezien statt. Da brach am 12. Januar 1848 der Aufstand in Palermo aus: in Neapel mußte nun eine Verfassung gegeben werden; denselben Weg gingen notgedrungen Piemont und Toskana. Ein Sturm ging über Italien. Metternich sah den Kaiserstaat durch die Revolution aufs schwerste bedroht. Am 22. Februar wurde für das lombardisch-venezianische Königreich das Standrecht verkündet.

Italien war zersplittert und durch das Sonderinteresse zahlreicher kleiner Dynastien belastet — aber doch nur ein kleiner Teil kannte wirkliche Fremdherrschaft. Polen aber war zwischen drei Großmächten geteilt; man kann sagen, daß die Nachwirkung dieser Teilungen diese drei osteuropäischen Großmächte allein schon zur dauernden Feindschaft gegen die Gedanken von Nation und Freiheit zwang. Preußen besonders wurde dadurch wider seine eigentlichen deutschen Interessen in dieser Gemeinschaft schuldiger Autokratie festgehalten. Die polnische Frage brachte auch das preußische Großmachtbestreben in Gegensatz zu der Auffassung im eigentlichen Deutschland — die Sympathien, die hier dem polnischen Nationalgedanken entgegengebracht wurden, waren durchaus keine leere „Schwärmerei“. Sie entsprangen der sehr logischen Erkenntnis, daß das, was der einen Nation recht war, der andern billig sein mußte. Man konnte ehrlicherweise nicht den deutschen Nationalstaat wollen und die Polen unterdrücken. Die Sympathien für das junge Italien richteten sich unwillkürlich gegen den österreichischen Kaiserstaat; die Sympathien für das junge Polen richteten sich zugleich gegen den österreichischen Kaiserstaat, gegen die preußische Großmacht und den Kaiser von Rußland. Die Wiederherstellung eines freien Polens

schien also tatsächlich genau so im Interesse eines freien Deutschlands zu liegen wie die eines freien Italiens.

Es gibt viele Beispiele für das freundschaftliche Empfinden, das dem polnischen Freiheitskampfe in Deutschland gewidmet wurde. Nur eines will ich hier anführen — es ist in der bisherigen Literatur unbekannt.

Am 27. Januar 1832 starb in Frankfurt a. M. ein polnischer Artillerieleutnant, der den deutschen Namen Lange trug — am Nervenfieber; sein Denkmal aus rotem Sandstein, mit dem weißen polnischen Adler geschmückt, ist heute noch wohl erhalten auf dem dortigen Friedhof. Ein Flugblatt, schwarzumrandert, mit V. gezeichnet, ist als Nachruf dem Flüchtling gewidmet worden. Es beginnt:

„Du hast in manchem wilden Kampf gefochten,
Du blutetest in mancher heißen Schlacht,
Dir hat der Sieg so manchen Kranz geflochten,
Hat jung zum alten Helden dich gemacht.“

Und dann wird sein Leben mit all seinen Mühen und Schicksalen geschildert:

„Es galt der Freiheit und dem Vaterland.“

Der Freiheit Segen, so heißt es zum Schluß, wird den Toten begleiten: wenigstens ruht er in freier Erde:

„Ein Denkmal lebt im Herzen aller Freien —
Der Name Pole wird dein Denkmal sein.“ —

Wer freilich dem polnischen Problem mit politischer Nüchternheit etwas nähertrat, der begriff seine kaum lösbaren inneren Schwierigkeiten.

Der Untergang der polnischen staatlichen Selbständigkeit war doch auch in einer zwiespältigen Veranlagung des polnischen Volkes begründet, dem es besonders schwer, von jeher, fiel, glühende Vaterlands- und Freiheitsliebe mit folgerichtiger Staatsorganisation zu vereinigen. Die polnischen Emigranten waren leider unter sich durchaus nicht einig, den Aristokraten wurde von den Demokraten der wahre Nationalgeist abgesprochen. Man haderte über das Bauernproblem, man verdächtigte sich gegenseitig, Sondervorteile zu erstreben. Die Emigration entfaltete eine an sich großartige Propagandatätigkeit, ließ Verschwörung auf Verschwörung folgen und schwelgte in Aufruhrplänen. In einzelnen Schriften, wie der Anweisung für den Parteigängerkrieg von dem ehemaligen Kapitän Stolzmann wurde eine geradezu barbarische Kriegsführung mit Gift und Meuchelmord empfohlen. Solche Maßlosigkeit erschreckte und beunruhigte — noch mehr: sie mußte den Zwiespalt erhöhen.

Das Schlimmste war vielleicht, daß sich die polnischen Landesteile unter den drei Teilungsmächten ganz verschieden entwickelten und so in einen gewissen Gegensatz zueinander traten. Am meisten tat Preußen für seine polnischen Staatsbürger: sie konnten sich bilden, sie kamen wirtschaftlich hoch, sie

hatten ungehinderte Religionsübung, sie wurden als Angehörige eines zwar inkonsequent und unfreiheitlich, aber im allgemeinen ordentlich und sauber regierten zivilisierten Staates selbst zivilisiert. Auch Österreich tat manches in diesem Sinne; wenn es zwar der Selbständigkeit Krakaus gerade damals ein Ende machte (vgl. oben S. 8), so hat es doch die nationalen Eigentümlichkeiten der Polen schon zu jener Zeit besser zu behandeln gewußt als die weniger geschmeidigen Preußen. Die Insurrektion von 1846, der große Berliner Polenprozeß zeigte, was alles hier an Leidenschaft und revolutionärem nationalen Willen in nächster Nähe von Berlin und Wien aufgespeichert war. Am schlechtesten ging es den Einwohnern „Kongreßpolens“, also des zu Rußland gekommenen Teiles. Kaiser Nikolaus kannte gegen seine polnischen Untertanen nichts von der Milde, die im damaligen Preußen so gerne gezeigt wurde. Trotz aller barbarischen Mißhandlungen, denen polnische Freiheitskämpfer in Rußland zum Opfer fielen, entstand aber doch gerade wegen des Verhältnisses zu Rußland der stärkste Zwiespalt in der Emigration. Die westlich Orientierten predigten den Freiheitskrieg gegen Rußland, womöglich mit Preußen zusammen, gestützt auf Deutschland und Frankreich: das war der große Krieg der Demokratie gegen die Autokratie, den so viele Zeitgenossen für unvermeidlich, ja für nötig hielten. Während der ganzen Revolutionszeit wurde davon gesprochen — und mit Recht, denn Kaiser Nikolaus hat selbst diesen Krieg ernsthaft genug geplant. Aber es gab auch schon polnische Slawophilen. Eine neuere Richtung in Rußland verlangte ebenso bessere Behandlung der Polen, Abbau des Russifizierungssystems, Sammlung aller slawischen Elemente gegen das Deutschtum — eine Wiederherstellung Polens, das erkannten viele Polen, konnte nur in Verbindung mit einem europäischen Kriege erfolgen. Wer würde mehr für Polen übrig haben, die deutschen Großmächte, unter denen Preußen auf seine polnischen Landesteile aus geographisch-strategischen Gründen besonders stark angewiesen war — oder das große, starke Rußland, der Hort des Slawentums?

Die deutsche Frage war eine Frage gesamtdeutscher demokratischer Staatsverfassung, aber eben deshalb auch eine Frage der Staatsgrenze, der Abgrenzung deutschen Volkstums gegenüber fremdem. Die Grenze gegenüber dem Polentum war wegen der wechselseitigen ethnischen Verschiebungen schon nach rein nationalen Gesichtspunkten außerordentlich schwer zu ziehen, selbst wenn man von militärischen und ökonomischen Gesichtspunkten absehen wollte. Ebenso schwer war es, in der Steiermark und in Kärnten eine Grenze gegenüber den Südslawen, in Südtirol eine Grenze gegenüber dem Italienertum zu setzen. Wenn hier, im Süden und im Osten, die Staatsgrenzen Österreichs und Preußens über das rein deutsche Volkstum hinausgriffen, wenn in beiden Schlesien, in Böhmen, Mähren und Ungarn eine Grenze bei der vorhandenen Gemengelage der Nationalitäten überhaupt zur Sinnlosigkeit wurde, so war im Westen, gegenüber Frankreich, die deutsche Staatsgrenze hinter dem Volkstum zurückgewichen: die echt deutschen Elsässer, der deutschsprechende Teil der Lothringer gehörte zum

französischen Staatsbürgertum. Da Luxemburg und Limburg ja Mitglieder des Deutschen Bundes waren, griff unsere damalige Grenze dann im Nordwesten wieder in nicht deutsches Volkstum hinein.

Sonderbar war der Zustand der deutschen Nordgrenze, und von daher sollte der nationale Gedanke im Revolutionsjahre die stärksten Antriebe empfangen. Im Kampfe um die Herzogtümer Schleswig und Holstein haben sich dynastische und demokratische, außenpolitische und ökonomische, weltanschauliche und ethnische Momente in beinahe einzigartiger Weise miteinander verquickt. Man weiß, daß Holstein dem Deutschen Bunde angehörte; sein Herzog, der König von Dänemark, war als solcher Mitglied des Deutschen Bundes; der König von Dänemark war aber auch souveräner Herzog in Schleswig. Zu den Bedingungen, die der König von Dänemark bei seiner Wahl zum Herzog von Schleswig-Holstein 1460 beschworen hatte, gehörte auch die, daß diese Lande „ewig“ zusammenbleiben sollten, „ungeteilt“. Daraus ist dann das Schlagwort „Up ewig ungedelt“ gemacht geworden, das etwas irreführend ist; denn das „Ungeteilt“ bezieht sich nicht auf das „Zusammenbleiben“, sondern auf die Einheitlichkeit jedes einzelnen Herzogtums: beides war eben bestimmt, die Unteilbarkeit jedes Herzogtums und das „ewige“ Zusammenbleiben beider Herzogtümer. Die Unteilbarkeit wurde freilich sehr schnell verletzt, und „ewige“ Bestimmungen gibt es in der Geschichte nur dem Wollen, nicht dem Vollbringen nach. Erst 1773 ist der Teilung der Herzogtümer in die königlich dänische und die herzoglich gottorpsche Linie ein Ende gemacht worden. Der König von Dänemark war seitdem Oberlehnsherr für Schleswig, aber Lehnsmanntum des deutschen Kaisers für Holstein, Regent des königlichen, des herzoglich gottorpschen und des gemeinschaftlichen Anteils in beiden Herzogtümern.

In Dänemark galt seit der Lex regia von 1665 auch die weibliche Erbfolge, in den Herzogtümern wurde die männliche als die allein maßgebende, deutschem Rechte entsprechend, ausdrücklich festgelegt.

Dänemark war nun von jeher ein kleines Land mit starkem Ehrgeiz; aus der napoleonischen Kriegszeit war es schlecht herausgekommen: Norwegen wurde mit Schweden verbunden. Die Bestrebungen, die dänische Sprache auf die Herzogtümer auszudehnen, beginnen schon Ende des achtzehnten Jahrhunderts: jetzt nahmen sie stark zu. Es entstand der Gedanke eines dänischen Gesamtstaates; es entstand darüber hinaus der Gedanke einer panskandinavischen Union. Das dänische Selbstgefühl arbeitete in beiden Ideen, und das dänische Nationalinteresse bediente sich gegenüber den Herzogtümern aller modernen Regierungsmaximen. Die alte deutsch-dänische Kulturgemeinschaft, die Klopstock, Schiller und manchem andern so zugute gekommen war, sollte jetzt verschwinden. Der deutsche Hofadel hatte in Kopenhagen seine politische Rolle ausgespielt; als holsteinische und schleswigsche Adelsrepublik hätte er sich gerne noch gehalten. Das romantisch erweckte dänische Volksgefühl arbeitete gegen ihn — und bei ihm selbst war ja auch ein deutsches Nationalgefühl entstanden, das ihn in eigene

Bahnen wies. In dem reizenden Louis-Seize-Schloß Emkendorf bei Rendsburg bildete sich um den Grafen Fritz Reventlow ein eigenartiger Kreis: romantischer Volks- und Bodengeist nährte den Glauben an urkundlich verbriefte Rechte, an die deutsche Sonderart und den Zusammenhang mit dem großen Deutschland.

Daß Holstein nun ein rein deutsches Land war, konnte von dem fanatischsten Reichsdänen nicht in Frage gestellt werden: ein niedersächsisches Volkstum, still und etwas schwer, unmusisch, gern im eigenen engen Kreise verschlossen, hart und zäh, kritisch und unbeugsam. Altona war Hamburgs „all to nahe“ Nachbarin; stolz wie nirgends saß in Wagrien, dem ostholsteinischen Slawengau, die Ritterschaft. Aber auch in Schleswig überwog das reine Deutschtum bei weitem. Der Schleswiger ist etwas rascher und kühner, etwas gewitzter und eifriger als der Holsteiner, durch viele böse Kämpfe gestählt und in alter Bauernfreiheit klug und scharf geworden. Kaum ein Drittel der Bevölkerung in Schleswig verstand dänisch, kaum ein Viertel, in Nordschleswig, sprach dänische Volkssprache im westjütischen Dialekt. Dänisches und deutsches Platt ging stark durcheinander. Der allmähliche Fortschritt des Dänentums im Grenzgebiete lag hauptsächlich an der Zuwanderung dänischer Dienstleute — die Intelligenz, das betriebsame Bürgertum der Städte war deutsch. Dänisches und deutsches Platt war Bauernsprache. Die Sprache der Bildung war überwiegend hochdeutsch, nur ganz im Norden schriftdänisch. Die Friesen an der Westküste, die sich die Dänen mit Unrecht ohne weiteres zuzählten, waren ein germanischer Stamm mit eigener friesischer Sprache und Kultur, aber mit hochdeutscher Schul- und Kirchensprache, der sich politisch deutsch fühlte.

Man muß versuchen, das dänische Lebensinteresse als solches zu begreifen. Auch die dänischen Könige setzten ihre absolute Souveränität im achtzehnten Jahrhundert durch; seit 1717 wurde in den Herzogtümern kein ständischer Landtag mehr berufen. Dänemarks geopolitische Lage zwang die Kopenhagener Regierung, die Herzogtümer möglichst zu sichern als Landbollwerk gegen Süden. Sie wurden gerne als Provinzen des Königreiches behandelt, wohlmeinend, aber ungeschickt und wechselvoll. Die oberen Behörden waren einheitlich dänisch, eine Verschmelzung nach unten wäre schon wegen der Kleinheit der Verhältnisse praktisch gewesen. Nach 1815 verlangten in den Herzogtümern Prälaten und Ritterschaft das gute alte Recht — den ständischen Landtag; sie beriefen sich auf die Privilegien von ehemals und — für Holstein — auf den Artikel 13 der Bundesakte; Dahlmann war ihr Sprecher, ihr wirksamster Vertreter nach außen, der Vorhandenes und Vorgebildetes zusammenfaßte zu scharfem Angriff. Der Bundestag entschied 1823, daß diese alte Verfassung nicht in Wirksamkeit bestehe. Nach der Julirevolution wurden in Dänemark Provinzialstände eingerichtet — auch Schleswig und Holstein, jedes Herzogtum für sich, erhielten diesen bescheidenen Ersatz für Besseres in der „provisorischen“ ständischen Ordnung, also einer Einrichtung mit hohem Zensus, rein beratender Funktion, ohne Initiative, ohne Steuerbewilligungsrecht und ohne Öffentlichkeit. Die Herzogtümer verlangten

mehr, vor allem: sie verlangten das Gemeinsame, die vereinte Volksvertretung. 1838 wurde von einer kleinen Mehrheit der schleswigschen Stände die dänische Gerichtssprache in Nordschleswig beantragt und 1840 durch Reskript eingeführt: ein starkes Argument für den dänischen Nationalismus, dessen leidenschaftlichster Führer Orla Lehmann den Gedanken „Dänemark bis zur Eider“ mit großem Erfolge propagierte. Sogar in der schleswigschen Ständeversammlung wurde das Recht verlangt, auch dänisch zu sprechen. Die dänische Reichseinheit schwebte diesen Kreisen als unverlierbares Ziel vor — es war ein moderner, demokratischer Zug in ihnen — nannten sie sich doch „Volkspartei“, verbanden sie doch mit dem Ziel des dänischen Gesamtstaates die lebhafteste Forderung nach liberaler Reform im Innern. Der Kopenhagener Regierung waren diese Eiderdänen durchaus nicht behaglich; und es war ihr so ganz recht, daß sich deren Temperament von den innenpolitischen Problemen auf den großdänischen Gedanken ablenken ließ.

Wenn Christian VIII., König seit 1839, starb, dann kam sein Sohn Friedrich zur Regierung; dieser hatte keinen männlichen Erben. Die Erbfolge in Dänemark ging dann an den Weiberstamm, in den Herzogtümern aber an die sogenannte jüngere königliche Linie der Augustenburger Herzöge. Diese Rechtslage war bei genauer Berücksichtigung aller Momente vollkommen klar. Die dänischen Nationalisten verlangten aber den einheitlichen unteilbaren Staat, mit einer Erbfolge, und sie glaubten damit ein modernes Volks- und Staatsinteresse, ein natürliches Recht gegenüber veraltetem, nur historisch begründetem und umstrittenem Privilegienkram zu verfechten.

Die Eiderdänen waren dänische Patrioten; ihr Schicksal wurde es, daß sie den deutschen Patriotismus zu unerwarteter Gewalt erweckten. Es regte sich eine starke Opposition zunächst in den Herzogtümern selbst. Bis 1848 waren wohl alle einflußreichen Schleswiger und Holsteiner „Gesamtstaatler“. Uwe Jens Lornsen, der so scharfe westlich-liberale Forderungen als ein Feldherr ohne Heer aufgestellt hatte, war auch für die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark gewesen; der erste, der Schleswig schließlich opfern wollte, um nur Holstein sicher für Deutschland zu retten, war Theodor Olshausen, der Führer der „neuholsteinischen“ Partei — er kam aber von dem Gedanken bald genug ab; der erste, der eine Teilung Schleswigs auf Grund der Selbstbestimmung der Bevölkerung erwog, war der Friese Wilhelm Hartwig Beseler. Das Gefühl, man müsse zusammenhalten, überwog aber bald jedes andere — wenn es sein mußte, auch gegen den König von Dänemark. Die Liedertafeln wurden seit 1841 von Jahr zu Jahr mehr Plattformen patriotisch-landsmannschaftlicher Gesinnung. Das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ ertönte zuerst 1844 auf dem großen Sängerfest in Schleswig und hatte unerhörten Erfolg. Auf kleinen Zetteln gedruckt, drang es in jedes einsame Heidehaus. Wie aber war die Rechtslage? Der junge Jurist Karl Samwer wies das ausschließliche Recht der männlichen Linie für Schleswig-Holstein nach (die Staatserbfolge der Herzogtümer Schleswig-Holstein, 1844); aber die Augustenburger waren wenig beliebt und weder

der Ritterschaft noch dem Bürgertum wirklich erwünscht. Lorenz Stein, der Kieler Professor, machte die deutsche öffentliche Meinung, besonders in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, unermüdlich auf die politische und maritime Bedeutung der Herzogtümer für das Gesamt Vaterland aufmerksam. Adressen, Erklärungen folgten. Die Dänen antworteten in ihren Zeitungen und Denkschriften. Die Frage der Herzogtümer wuchs ins Internationale. Rußland und Frankreich wurden von Dänemark für die Erhaltung des Gesamtstaates gewonnen. Auch England neigte zur dänischen Auffassung; das Österreich Metternichs erkannte die Wichtigkeit der unverletzten Staatseinheit selbstverständlich an, Preußen konnte sich wie gewöhnlich zu keiner klaren Auffassung entschließen.

Am 8. Juli 1846 erschien der berühmt gewordene „Offene Brief“ des Königs von Dänemark. Er erklärte darin für Schleswig und Lauenburg die Erbfolge des Weiberstammes nach dem dänischen Königsgesetze für voll verbindlich; hinsichtlich Holsteins erkannte er Zweifel als begründet an, entwickelte aber als sein Ziel die Einheitlichkeit und Unverletzlichkeit des dänischen Gesamtstaates sowie die Aufrechterhaltung der Verbundenheit der Herzogtümer. Der „Offene Brief“ erregte gewaltiges Aufsehen; die Bewegung in den Herzogtümern schritt jetzt zum offenen Proteste. In Schleswig kam es zum Bruch zwischen den Ständen und der Regierung. Droysen, Beseler, Olshausen traten als Vorkämpfer der deutschen Sache in die große Öffentlichkeit, Olshausen wurde zeitweise gefangengesetzt. Die holsteinischen Stände legten beim Bundestage gegen das Vorgehen des Königs Verwahrung ein, die immerhin nicht völlig abgelehnt wurde: der Bundestag fand sie begründet, erkannte die patriotischen Gesinnungen an, die erwacht waren, sprach aber die Erwartung aus, der dänische König werde bei der endgültigen Regelung keinerlei Rechte verletzen, auch die der Agnaten nicht, die gleichfalls Protest eingelegt hatten. König Christian versuchte vergebens die entstandene europäische Aufregung durch einen zweiten „Offenen Brief“ zu beschwichtigen, der weder etwas verbesserte noch etwas zurücknahm. Am 20. Januar 1848 starb er über den Vorbereitungen für eine Gesamtverfassung für Groß-Dänemark. Friedrich VII. kündigte die Einführung einer solchen Verfassung acht Tage nach seinem Regierungsantritt an. Die Frage der Erbfolge war dabei nicht erwähnt. Wenn aber jetzt für das dänische Reich Reichsstände geplant waren, die abwechselnd in Kopenhagen und in den Herzogtümern tagen sollten, und zwar neben den Provinzialständen, dann war das Gesamtparlament eine Tatsache, und vom Gesamtparlament gab es keinen Schritt mehr zurück, sondern nur noch den einen vorwärts zum Gesamtstaate. So fügte sich zum nationalen Motiv das liberal-demokratische. Noch waren alle bestehenden Verhältnisse und Gerechtsame in den Herzogtümern anerkannt — das Reichsparlament war aber der unzweideutige Anfang von Groß-Dänemark.

Hätten die Herzogtümer nur ihre alten Rechte gehabt, dann wäre ihre Sache nicht besonders aussichtsvoll gewesen. Alle modernen Staaten beruhen auf dem Bruch alten Rechtes. Die Erbfolgefrage aber ermöglichte es den Herzogtümern,

dem Interesse der dänischen Königsdynastie das Interesse einer deutschen Fürstendynastie entgegenzusetzen. Der ganze europäische Fürstenkonzern interessierte sich deshalb für die Angelegenheit. Von der starken Neigung König Louis Philippes, sich damit zu befassen, berichtet etwa Alexander v. Humboldt in einem aus Paris am 26. Oktober 1847 an Friedrich Wilhelm IV. gerichteten Briefe: der König der Franzosen wünschte keinen Kongreß, um jede Zerstückelung zu vermeiden, die nur Rußland nützen würde; sein Kandidat für die Herzogtümer war ein Prinz von Glücksburg. Humboldt erwähnt dabei die bezeichnende Äußerung Guizots über seinen König: „*Mon roi est plus généalogique qu'il n'est monarchique*⁸⁰⁾.“

Das letzte, das nationale Moment war das wichtigste: die dänische Nation glaubte an sich und ihr Lebensrecht; es gab aber auch eine deutsche Nation, die denselben Glauben in sich trug. Diese deutsche Nation rang jetzt um ihre staatliche Form. Der Kampf um Schleswig-Holstein setzte diesem Ringen ein Ziel, an dem es stark werden konnte.

Ein Zeitgenosse schreibt: „Schleswig-Holstein ist unendlich wichtig, aber nur für das gesamte Deutschland, nicht für irgendeinen Staat in Deutschland. Seine Sache ist daher auch eine Angelegenheit und Aufgabe des ganzen Deutschlands; der Kampf für Schleswig-Holstein kann nur von der einheitlichen Gewalt Deutschlands gekämpft werden, der Sieg kann nur dieser Gewalt zugute kommen, die Niederlage ist eine Niederlage dieser Macht. Schleswig-Holsteins Geschick ist daher unmittelbar mit dem Geschick dieser Einheit Deutschlands verbunden, es ist — das empfindlichste Thermometer für den Höhegrad ihrer Entwicklung⁸¹⁾.“

Das schöne, „meerumschlungene“ Nordland Schleswig-Holstein zeigt den merkwürdigen Gegensatz seiner Natur nicht umsonst: an der Ostküste die milde Anmut der bewaldeten Buchten und Förden, das liebenswürdig bewegte Seen- und Hügelgebiet — an der Westküste die großartige Melancholie der Marschebene, weiter im Norden die Einsamkeit der Heide und der heroische Kampf der Inseln mit dem landfresserischen Anprall der Nordsee. Schleswig-Holstein hat beides in sich: heimelige Bodenständigkeit und den Blick in die große Welt. Auch darum wurde es, auch darin blieb es das Schicksalsland der Zeit.

Nur durch Schleswig-Holstein konnte ein neues Deutschland, ein Nord-Ostseestaat im vollen Sinne werden; die Ostseemacht Rußland, die Nordseemacht England waren, damit mußte gerechnet werden, nicht dafür. Unerträglich für das erwachte Nationalgefühl war dänische Herrschaft über Deutsche; deutsche Herrschaft über Dänen war aber mit nicht geringeren Schwierigkeiten verknüpft. Deutsche Dynastien gab es genug; es war fraglich, ob Deutschland viel gewann an einem Kleinstaat mehr. Was aber deutsch war, gehörte nicht zu Groß-Dänemark, sondern zu einem Groß-Deutschland, von dem noch keiner wußte, wie es eigentlich aussehen würde. Das Ziel war ebenso einfach, wie es groß und notwendig war. Der Weg war dunkel. Schleswig-Holstein war ein europäisches Problem; aber Groß-Deutschland war auch ein europäisches Problem. Nur wer

beide so verstand, konnte beide lösen. Deutschland konnte nur ein Nationalstaat werden, wenn es eine Demokratie wurde. Einheitliche Volksmacht nach außen war dasselbe wie organisierte Volksfreiheit im Innern.

In welchem Momente hat die deutsche Revolution von 1848/49 begonnen? Herweghs rauschende Verse, Feuerbachs gedankliche Unerbittlichkeit, Uhlands erschütternde Worte auf dem Frankfurter Germanistentage 1846, Fürst Leiningens Appell an Preußen, Friedrich Lists Ruf nach deutscher Nationalwirtschaft, das Handwerker- und Landarbeiterelend, das zermalmende Programm der großen Kommunistenführer, die Idee des Freiheitskrieges gegen Rußland, der Lola-skandal, der Sang und Kampf um Schleswig-Holstein — das alles war schon deutsche Revolution. Denn wie verlegen und klein waren doch daneben die Träger des Alten! Es gab aber einen Gedanken, der alles dies gewissermaßen zusammenfaßte, der sich wölbte über diesem Einzelnen und Widerspruchsvollen als die Synthesis alles Disparaten: der Gedanke des deutschen Parlamentes.

Wahre, echte Volksvertretung als Organ, als Willensausdruck, als Gesetzgebungsboden, als Verwaltungs- und Regierungskontrolle, als Zentralfunktion des lebendigen nationalen Wesens: das ist der heiligste Glaube der Zeit.

Am 12. Februar 1848 stellte Friedrich Bassermann in der Zweiten Kammer Badens den Antrag, eine Vertretung der deutschen Ständekammer beim Deutschen Bunde zu schaffen. Der Gedanke war alt; die Zeitumstände gaben ihm zündende Kraft. Italien war schon im Aufruhr. Auch die deutsche Bewegung begann aus sich selbst. Noch nicht vierzehn Tage später brach die Revolution in Paris aus, die man die Februarrevolution nennt.

Sechster Abschnitt

Die Märzrevolution

*So erschallt nun Gottes Stimme,
Denn des Volkes Stimme, sie erschallt!
Und entflammt vom heiligen Grimme
Folgt des Blitzes Allgewalt.
Hinan! — Vorwärts! — Hinan!
Und das große Werk wird getan.*

Goethe

Der Sturz des Fürsten Metternich, der Fortgang der Verfassungsentwicklung in Preußen, ein deutlicher Abschluß der bayrischen Lolazeit, deutsche Bundesreform, freiheitlichere Gestaltung der politischen Verhältnisse in allen deutschen Staaten: das waren Ereignisse, die, ganz unabhängig von der revolutionären Bewegung in Frankreich, aus rein deutschen Voraussetzungen von lange her vorbereitet waren. Solche Ereignisse entsprachen den Forderungen der deutschen Opposition, deren Kern der Mittelstand war, deren Führung aber zumeist beim Geld- und Titelpatriziat lag, die aus der gärenden Unterschicht starke Antriebe empfing, die also als Opposition ebenso einig und stoßkräftig erscheinen konnte, wie sie in ihrem positiven Programm völlig uneinheitlich sein mußte.

Die französische Februarrevolution war Glück und Unglück zugleich für die deutschen Ereignisse. Sie rief in Deutschland einen Sturm hervor, dem zunächst nichts widerstehen wollte. Es war eine zugleich nationale und europäische, eine zugleich liberale und demokratische Bewegung, eine Bewegung des Wollens, noch mehr aber des Gemütes und des Gefühles. Sie hat nicht nur die Gegner viel zu schnell überwältigt — sie überwältigte ihre eigenen Träger. Die Erfolge waren fast überall leicht, sie berauschten und sie — täuschten; sie täuschten am meisten die Sieger des Augenblicks.

Dieser Frühling von 1848 war ein Naturerlebnis, wie es unser karges Klima auch den glücklicheren Landen am Rhein, Main und Neckar nur selten, den nördlicheren und östlicheren Gauen fast nie spendet. Die verführerische Sonne ließ auch in den Menschen etwas Ungeahntes aufblühen: sie sammelten sich und sprachen, sie forderten und erreichten alles, sie bekränzten sich, sie tranken sich zu und feierten. Feinde umarmten sich, Verbannte und Verketzerte stiegen auf zu frohlockender Führerschaft, Schuld- und Fluchbeladene verschwanden stille, niemand tat ihnen weh — und alle waren gerührt. Die deutsche Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit triumphierte über alle Vorsicht, über jede schwere, böse, erschütternde Erfahrung der alten Zeit. Nur 1813, 1870 und 1914 gab es etwas Ähnliches in Deutschland. Das waren aber Kriegszeiten; das überwältigende

Gefühl, eins zu sein, zusammenzugehören, als „Volk von Brüdern“, richtete sich damals gegen auswärtige Gefahr. 1848 fehlte dieses Moment durchaus nicht — man glaubte sich mit Unrecht von Frankreich, mit etwas größerem Rechte von Rußland bedroht. Anderes ist aber viel mächtiger. Das Märzerlebnis von 1848 steht deshalb in unserer Geschichte doch als etwas Einziges da. Es geschah damals zum ersten Male, daß in allen deutschen Landen eine politische Sprache gesprochen, ein politischer Glaube bekannt wurde. Vergleicht man die Märzforderungen und Märzerrungenschaften in den verschiedenen Staaten, so fällt ihre oft beinahe wörtliche Übereinstimmung auf. Die tatsächlichen Hergänge spielten sich an vielen Orten mit verblüffender Ähnlichkeit, häufig gleichzeitig ab. Die deutsche Nation war eben schon eine Tatsache, ein lebendiges Etwas, wie die Blüte im Kelch. Die Kelchblätter sprangen auf. Sonst geschah eigentlich nichts. Es war aber das Entscheidende. Seit dem März 1848 durfte keiner an der deutschen Nation mehr zweifeln, ohne ihrem Fluche zu verfallen. Alle diese Österreicher, Preußen, Bayern, Württemberger und so fort, bis zu den Schwarzbürgern, Hamburgern und Frankfurtern, waren durch diesen Märzsturm das geworden, was sie schon lange sein wollten: freie Deutsche. Und diese freien Deutschen wollten sich versammeln und ihre Meinung sagen, sie wollten sich selbst frei und öffentlich richten, sie wollten sich selbst regieren, durch die Wahl, durch das Wort, in Selbstachtung, Würde, Recht und Frieden. Die Zeit glaubte an das Wort, wie keine vorher und nachher. Das schöne, echte, große, wahre Wort war für sie Erlösung und — Lösung. Sie kämpfte damit, sie siegte damit, und sie staunte, daß es Kräfte gab, die sich dem Worte nicht fügten, die das Wort mißachteten und schändeten. Diese Zeit lauschte dem Wort des Volksmannes, sie traute dem Fürstenwort; das Wort baute die neue, gewünschte, reine und gute Welt vor ihr auf. Worte waren Taten, Worte wurden Fleisch und Blut; edle, starke, kluge, hinreißende Worte offenbarten damals ein politisches Deutschtum, dessen Zauber noch über unsere Tage hinaus die Späteren bannen wird. Im Worte war Seele, Gesinnung, Wahrheit und Wille der Zeit. Aber jedem Logos ist das Logoschicksal gewiß.

Dieser März 1848 ist die große Geschichtswende der Deutschen im neunzehnten Jahrhundert. Es gibt seitdem Vormärz und Nachmärz. Die Geister, die Köpfe, die Herzen schieden sich. Man mußte auf der einen oder auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Der Vormärz war durchaus noch nicht ganz tot, der Nachmärz durchaus noch nicht ganz lebendig. Zwischen beiden ging nun der Kampf. Wie oft wurde versucht, beide zu versöhnen! Das war so möglich und so nötig wie alle Kompromisse — es war aber im großen gesehen, unfruchtbar.

Das neue Deutschland blühte 1848 auf, wie jener Lenz, den kein Zeitgenosse vergessen hat. Überall war ein Staunen über das Wunderbare, das nun auch diesen geduldigen, treuherzigen, anständigen Deutschen beschert war; ein bißchen spät kam es gewiß — aber dankbar und glücklich waren sie doch. Alles durften und wollten sie nun auf einmal haben: die Fürsten und die Freiheit, das kleine und das

große Vaterland, die wohlmeinende Bürokratie und die gewählte Volksvertretung, die Wehrhaftigkeit und den Völkerfrieden, die deutsche Einheit und allseitige gute Nachbarschaft, glänzende Geschäfte für die Großen und auskömmliche Nahrung für jedermann — womöglich gar den Volksstaat und die Kaiserkrone!

Friedrich Bassermanns Rede vom 12. Februar mit ihrem starken Bekenntnis zur deutschen Einheit und zum politischen Bundesstaat nach dem Muster der Vereinigten Staaten wirkte weit hinaus über die badische Kammer; für Baden selbst war sie der Weckruf der Volksbewegung. Der Eindruck der Pariser Ereignisse war hier, im nächsten Nachbarlande, am stärksten. Er wühlte die Bevölkerung geradezu auf. Außer dem Wahren wurde viel Falsches verbreitet — der Herzog v. Nemours sollte tot, der Herzog von Montpensier gefangen sein. Auch in Belgien, hieß es, sei die Republik ausgerufen, König Leopold sei nach London geflohen¹⁾. Man staunte, man frohlockte und — man kümmerte sich einstweilen gar nicht mehr um Frankreich und das sonstige Ausland. Die eigenen Sorgen waren die wichtigsten — und jeder sagte: nun ist die Stunde gekommen. Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, deutsches Parlament — das waren die vier Grundforderungen. In jeder Gemeinde wurden sie gestellt — was galt jetzt noch Verbot und Schikane der Polizei? Mannheim trat an die Spitze. Auf der großen Volksversammlung dort am 27. Februar mußten Hecker und Itzstein zur Ruhe mahnen! Die ganze Versammlung wollte ja mit ihrer Petition nach Karlsruhe ziehen. Um den ersten Punkt dieser Petition wurde erbittert gestritten — es war die völlige Lossagung vom Deutschen Bunde gefordert worden, und nur mit Mühe gelang es, dafür „Repräsentation am Deutschen Bunde“ einzusetzen, infolge der Bitten von Itzstein und Bassermann. Gefordert wurde ferner eine Nationalgarde mit der Befugnis, ihre Offiziere bis zu den höchsten Graden selbst zu wählen; für das Schwurgericht war ausdrücklich das englische Vorbild genannt; die Preßfreiheit sollte unbedingt, also für innere und äußere Angelegenheiten gleich sein. Struve hat den endgültigen Text der Adresse an die Karlsruher Regierung verfaßt — er machte seinen Weg durch ganz Deutschland und bestimmte die Überzeugungen und Wünsche mit faszinierender Gewalt: „Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unsern Grenzmarken, während Rußland die seinigen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Allerorten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger geduldig zusehen, wie es mit Füßen getreten wird. Das deutsche Volk hat das Recht, zu verlangen: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes . . .“

Nun folgte auch Heidelberg. Über die Versammlung vom 29. Februar in der Universitätsaula schrieb das Extrablatt der Deutschen Zeitung, sie werde unvergeßlich sein: aus Männern jeder Klasse und Farbe bestand sie; es war der erste größere Versuch, eine eigentliche Volksversammlung auf der Basis

einer geordneten Debatte zu halten. Wer die Mündigkeit unseres Volkes in Zweifel setzen wollte — hieß es da —, der konnte aus der Verhandlung die Überzeugung schöpfen, „daß man dem deutschen Volke nur die freie Bewegung geben darf, um vor deren Mißbrauch sicher zu sein“. Die Karlsruher Regierung aber befand sich in peinlichster Verlegenheit. Der österreichische Gesandte erhielt den Bescheid, man werde dem ersten und zweiten Punkte der Mannheimer Petition den äußersten Widerstand entgegenzusetzen, in den beiden andern Punkten aber nachgeben²). Kaum war dieser Bescheid gegeben — da war er schon nicht mehr wahr. Die Bewegung ging weiter. In den Kneipen, auf den Straßen hörte man Hochrufe auf die Republik. Am 29. Februar stellte das badische Ministerium eine Reihe von Gesetzentwürfen in Aussicht, um den Forderungen der Petition entgegenzukommen. Der Eindruck war zwiespältig, es war kein neuer Geist zu spüren, alles war geschraubt und lahm. Starke Bemühungen gingen von der Mittelpartei aus, um die gemäßigte Opposition zu gewinnen; besonders kam es ihr auf Welcker an. Es war ein Vorgang, der sich während der ganzen Revolution wiederholt: die vernünftigen Gouvernementalen versuchten die Opposition zu spalten. Gerade in Baden war sie ja schon längere Zeit nicht mehr einig. Bis jetzt aber standen Hecker und Welcker, Struve und Mathy zusammen an der Spitze der Volksbewegung. Die Behörden der Stadt Karlsruhe etwa nahmen demonstrativ an einer von der Opposition einberufenen Volksversammlung teil. Angst, Schlaueheit, Loyalität wirkten zusammen bei solchem Vorgehen³). Der 1. März war für Karlsruhe ein großer Tag: die Petitionen der badischen Städte sollten der Kammer übergeben werden. Zu den Hunderten von Deputierten gesellten sich Scharen von Handwerksburschen, ländlichen Arbeitslosen, Fremden. Aus Straßburg kamen zahlreiche Personen, meist unbeschäftigte Fabrikarbeiter herüber, die in den Bierhäusern eine lebhaft agitatorische Tätigkeit entfalteten. Überall sah man Leute in Blusen, geschmückt mit der schwarzrotgoldenen Kokarde. Viele aus Mannheim kamen in die Stadt, Eleven der technischen Schule verbündeten sich mit den andern. Der Turnverein faßte zahlreiche Elemente zusammen und gab ihnen die Organisation nach außen. „Er gerierte sich“, schreibt der preußische Gesandte v. Arnim, „als anerkannter politischer Körper“⁴). Die preußische Gesandtschaft genoß wegen ihrer Wohltätigkeit eine gewisse Beliebtheit — die anderen Gesandtschaften sollten aber gestürmt werden, ebenso das Zeughaus. Patrouillen des Militärs und bewaffnete Bürger durchzogen andauernd die Stadt. Knaben von vierzehn quälten an den Straßenecken alle Vorübergehenden mit ihren Werdarufen. Auffallend war der starke Andrang zur Eisenbahn in Mannheim und Heidelberg — achthundert Menschen am Tage. Dringend, aber vergebens bat der preußische Gesandte den Minister von Dusch, die Eisenbahnzüge mitten auf der Strecke stehen zu lassen⁵). In der Tat — die Eisenbahn war die beste Revolutionsmacherin. Die Urlauber wurden in den Stehwagen von den Mitreisenden zur Widersetzlichkeit aufgefordert. Der Tapezierer Erxleben, der Bierbrauer Müller, der Glaser Lonnendörfer traten als Volksführer in den Vorder-

grund. Als beliebter Wirtshausredner tauchte vor allem aber hier wieder Karl Blind auf, der vor kurzem in der bayrischen Pfalz als Korrespondent eines Augsburger Journals verhaftet worden war⁶⁾ — er fuhr dann zurück nach Straßburg, um Unterstützung und Zuzug zu beschaffen, erschien wieder und wurde auf kurze Zeit verhaftet. So gelang es, einen vorbereiteten Straßenkrawall zu verhindern.

Auch zwei Unteroffiziere der Artillerie wurden festgenommen, die die Revolutionäre durch eine Hintertür ins Zeughaus hatten bringen wollen. Bei den Verhafteten wurde eine Liste von 300 Arbeitern der Keßlerschen Fabrik gefunden. Man hatte den Großherzog zur Abdankung zwingen, einen Handstreich auf das Schloß verüben, die Republik ausrufen wollen⁷⁾.

Struve versuchte, die Petenten als geschlossene Masse in den Sitzungssaal der Kammer hereinzubringen. Dagegen wehrte sich nun doch Hecker. Immerhin drangen zahlreiche Bewaffnete ein, und auf dem Hofe wogte eine sehr aufgeregte Menge. Die Regierung wußte nicht, ob sie Gewalt gebrauchen sollte — die Parteiführer eilten vermittelnd hin und her, sie schrien sich heiser. Schließlich erschien Minister Bekk allein am Regierungstisch und mahnte mit Glück zur Gesetzlichkeit und Ruhe. Bei den Beratungen, die mit Verhinderung der vollen Preßfreiheit eingeleitet wurden, zeigten sich die scharfen Gegensätze aber auch innerhalb der Opposition. Hecker wollte die Aufhebung der Ausnahmegesetze von 1819, 1832 und 1834, die Beedigung der Staatsbürger und des Heers auf die Verfassung, die Gleichberechtigung der Konfessionen, die Geschworenengerichte, die Volksbewaffnung, die Aufhebung des Feudalwesens, die Einführung der progressiven Einkommensteuer auf der Stelle beschließen lassen. Er sprach „wie ein Feldherr zum besiegten Feinde“. Mathy gewann jedoch die Mehrheit der Kammer dafür, alle diese Anträge an einen Ausschuß zu verweisen. Es wirkte wie eine Bitte um Almosen, die Hecker wie ein Diktator schließlich höhnisch gewährte. Er und Mez ermahnten ihre Mannschaft, nicht eher Karlsruhe zu verlassen, als bis alles erlangt sei. Selbst die Wildesten mußten aber anerkennen, daß dieser Ausschuß sehr schnell arbeitete; er erweiterte noch Heckers Wünsche durch die Forderung nach Ministerverantwortlichkeit, gerechtere Verteilung der Staats- und Gemeindelasten. Die Regierung stellte entsprechende Gesetzesvorlagen in Aussicht, das Ministerium wurde etwas umgestaltet, leider nicht neugebildet, der Bundestagsgesandte v. Blittersdorff durch Welcker ersetzt, Bassermann ihm als Vertrauensmann beigegeben. Als erstes zensurfrees Buch erschien Zöpfls Projekt für die Bildung eines deutschen Nationalparlaments. Eine jämmerliche Rolle spielte der Großherzog, der völlig ratlos war und sich jeden Abend beerauschte⁸⁾. Während der englische Gesandte der badischen Regierung Zugeständnisse angeraten hatte, arbeiteten der russische und der preußische entschlossen im reaktionären Sinne. Der König von Preußen bot dem Großherzog preußische Truppen an — die Absicht war, die Bundesfestung Rastatt unauffällig damit zu verstärken. Der Großherzog lehnte ab; Dusch hatte das Bedenken, Frankreich

könne in einer solchen Verstärkung eine Herausforderung erblicken⁹⁾. Es war etwas unlogisch, wenn die badische Regierung gleichzeitig die preußische auf die sehr schwachen Besatzungen von Germersheim und Landau aufmerksam machte. Wegen Rastatt war sie selbst nach den Pariser Ereignissen in großer Sorge gewesen. Sie forderte am 27. Februar vom Obersten Eberle einen Bericht ein, wieviel Zeit nötig wäre, um die Festung gegen einen Handstreich zu sichern. Der Oberst v. Krug erhielt den Befehl, alle möglichen Schritte bei der Bundesmilitärkommission zu tun, um Maßregeln zur Sicherung der Festung zu ergreifen. Um genaue Nachrichten über die Vorgänge im Elsaß zu haben, wurde eine Stafettenpost Kehl—Straßburg eingerichtet. Die badische Dynastie setzte starke Hoffnungen auf König Wilhelm von Württemberg; an ihn richtete auch Markgraf Wilhelm die Bitte, alle Delegierten des VIII. Armeekorps zu versammeln, ohne Verzug¹⁰⁾. Die Süddeutschen fühlten sich plötzlich ganz auf sich gestellt. Von Preußen und Österreich vermutete man, daß sie sich an Rußland anlehnen würden — nichts konnte der Volksbewegung mehr zuwider sein. Schon deshalb schien auch gegenüber Preußen Vorsicht geboten. Die badische Regierung wurde vielleicht auch darum von keinem schärfer kritisiert als vom preußischen Gesandten v. Arnim: mit Hohn sprach er von ihrer „wunderbaren Elastizität“; sie habe völlig den Kopf verloren, schrieb er nach Berlin.

Am 2. März wurde von drei Seiten Feuer am Karlsruher Ministerium des Äußern angelegt, an mehreren Staats- und Privatgebäuden sollten nachher Pechkränze gefunden worden sein. Dusch erklärte dem Gesandten v. Arnim, die Stadt Karlsruhe sei klein, die Regierung werde ihrer sicher Herr bleiben. Arnim entgegnete: das gegebene Beispiel kann für die großen Staaten die furchtbarsten Folgen haben. Die Hauptführer der revolutionären Bewegung waren ja leider Preußen; der Sohn des schlesischen Fabrikanten Schlöffel und Eduard Pelz waren in diesen Tagen in Karlsruhe. Heinzensche Agitationsschriften wurden in Massen verbreitet. Dusch erklärte am 1. März sehr entmutigt den bei ihm versammelten deutschen Gesandten, man müsse durch Zugeständnisse das Großherzogtum dem Deutschen Bunde retten¹¹⁾. Die Schritte der badischen Regierung hätten freilich schneller und energischer sein müssen, um das Land wirklich zu beruhigen. Als ihr die französische Regierung von Straßburg aus 70 000 gute Gewehre für einen mäßigen Preis anbot, ließ sie sich von der Kammer in einer Geheimsitzung die nötigen Gelder dazu bewilligen — Hecker und Peter sprachen sich dagegen aus! —, förderte die Sache selbst aber so wenig, daß Anfang April die französische Regierung von dem Geschäft zurücktrat. Auch Kanonen wären von Frankreich zu haben gewesen; die Regierung der neuen Republik hatte großen Geldbedarf und wünschte schon aus egoistischen Gründen keinen Sieg demokratisch-sozialistischer Revolutionäre in Baden. Im April sah man freilich in Frankreich, daß man diese Waffen wahrscheinlich noch selbst brauchen werde; die badische Regierung sandte deshalb einen Vertrauensmann nach England, um sich nach Waffen umzusehen¹²⁾.

Zunächst wurde das Land durch eine böse Bauernrevolte erschüttert. Als der Abgeordnete Buß in der Kammer bei der Verhandlung über die Feudallasten Hecker zurief: es sollte doch nur gegen Entschädigung abgelöst werden, antwortete Hecker: „Das wird sich finden¹³⁾.“

Der Odenwald und der Schwarzwald waren im damaligen Deutschland die klassischen Gegenden ländlicher Übervölkerung und entsprechender Proletarisierung, die wir als allgemeine Erscheinungen kennen (vgl. oben S. 297). Die großen Standesherrschaften der Leiningen, Löwenstein, Fürstenberg u. a. m. verschlimmerten durch ihre eigenartigen Rechtsverhältnisse die schon an sich schlimme Lage. Von rund einer Million Einwohnern des Großherzogtums Baden wohnten 315 000 in standes- oder grundherrlichen Gebieten¹⁴⁾. Die Bauernbefreiung, die die badische Regierung durchzuführen versuchte, war durchaus unzulänglich gewesen und belastete den Landmann an Stelle der alten Lasten mit neuen. Friedrich Hecker machte den Liberalen später bittere Vorwürfe, daß sie der Regelung für die Standesherrschaft des Fürsten Leiningen zugestimmt hatten (1840): gerade das besonders arme und notleidende Odenwaldgebiet war dadurch „in doppelte landes- und standesherrliche Knechtschaft“ gefallen. Niemand war so verhaßt wie die hartherzigen Rentbeamten der Standesherrn, die, viel dienstbeflissener als Staatsbeamte, dem Bauern oft den letzten Heller abpreßten — die Fastnachtshühner, die Erntehalmen, das Spinn geld, den Fischfangzins, das Kapaunengeld, das Weggeld, das Taubenschlaggeld, und wie alle diese Lasten heißen mochten. Am empfindlichsten waren die Abgaben beim Übergang eines Grundstückes in andere Hand, durch Erbfall oder Kauf, und das Abzugsgeld, das in Höhe von zehn Prozent bei Auswanderung bezahlt werden mußte. Und wie viele mußten auswandern! Jagdrecht, Fischereirecht, Bannrechte für Brauerei, Weinkelerei standen natürlich dem Feudaladel sowieso zu, dazu das Recht, in seinen Orten die Bürgermeister aus drei Kandidaten zu ernennen. Bei der furchtbaren Geldnot traten nun überall Juden als Kreditgeber auf und machten sich als rücksichtslose Gläubiger verhaßt. Und so begannen die Agrarrevolten in Baden auch überall als Judenverfolgungen. Am 4. Mai 1848 fand der Judenkrawall in Neckarbischofsheim statt und setzte sich überallhin fort, wo Juden wohnten. Dasselbe Bild zeigte der Breisgau. In Mühlheim wurden die Häuser der Juden zerstört, vernichtet und ausgeplündert. Gegen dreihundert Juden flohen mit Weib und Kind in der traurigsten Verfassung nach Basel¹⁵⁾. „Das Gesindel feiert nach seiner Weise die Emanzipation der Juden durch die Zerstörung — Jerusalems“, bemerkte der Gesandte v. Arnim darüber mit treffendem Sarkasmus. Lorenz Brentano, der Rechtsanwalt und Abgeordnete, mußte in Bruchsal eiligst vor der Menge flüchten, weil er für einen Juden gehalten wurde — er war einer der Vorkämpfer des Emanzipationsgedankens.

Ein merkwürdiges Flugblatt, das schon 1847 die Aufmerksamkeit und Besorgnis der Behörden erweckt hatte, tauchte jetzt wieder auf. Darin war als Ziel der Revolution proklamiert:

- „1. Der Adel muß vernichtet werden;
2. die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden;
3. müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg, und Deutschland ein Freistaat wie Amerika werden;
4. müssen alle Beamte gemordet werden¹⁶⁾.“

Man sieht, wie sich hier das nationalpolitische mit dem sozialrevolutionären Element zu eigenartiger Wucht verbindet. Friedrich Hecker hat die vorhandene Gefahr in Baden doch wohl am besten gekannt — und sein Drängen am 1. März hatte gute sachliche Gründe. Wäre in den ersten Märztagen das System der Feudallasten in Baden durch einen spontanen Beschluß der Kammer mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden, wäre dem Lande viel Bitteres erspart geblieben. Erst am 10. März wurde, ganz ordentlich und bieder, der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten der Kammer vorgelegt. Da stand aber schon der Kraichgau, das Odenwaldgebiet und ein Teil des Seekreises im Aufruhr. Nicht einzelne Haufen — ganze Dörfer und Städtchen setzten sich in Bewegung, Bürgermeister und Gemeinderat an der Spitze, und versuchten, vom Adel urkundlichen Verzicht auf seine Rechte zu erpressen. Akten wurden zerstört, Gebäude in Brand gesteckt, Rentbeamte mißhandelt. Die Bewegung griff in den hessischen Odenwald, über die bayrische Grenze weg und ins Hohenlohesche. Als Waffen wurden Sensen, Beile und Äxte gebraucht; als Erkennungszeichen wurde vielfach ein weißes Hemd über den Rücken getragen. Viele Grafen und Freiherren retteten sich mit Mühe und Not; die Amtsleute sahen ihre Möbel zerschlagen, ihre Akten und Bücher haufenweise angezündet. Den Höhepunkt erreichte der Aufstand in der Standesherrschaft des Fürsten Karl Leiningen — also gerade des Mannes, der eine führende Rolle in der freiheitlichen Bewegung der Zeit spielte und schon seit geraumer Zeit über die Lage der Standesherrn aufsehererregende Ansichten vertrat — den Gedanken nämlich, man solle auf die privilegierte Stellung zwischen Landesherrn und Staatsbürger freiwillig verzichten, eine billige Ablösung der bestehenden Lasten durchführen und im Bunde mit der freien Bauernschaft die Landeskultur entwickeln¹⁷⁾. Es hat etwas Paradoxes, daß nun das Leiningensche Gebiet, Mudau, Amorbach und Ernstthal, der Schauplatz der größten Bauernansammlung, sie ging über tausend Köpfe, und der weitestgehenden Forderungen wurde. Wie die zwölf Artikel aus den alten Bauernkriegszeiten, die ja hierzulande noch in blutiger Erinnerung standen, muten diese zwölf Forderungen an. Waldleiningen, die herrliche Schöpfung des Fürsten Karl im Windsorstile, wäre in Flammen aufgegangen, hätte nicht der Domänenkanzleidirektor in Vertretung des abwesenden Herrn alles bewilligt — ohne Vollmacht. Der gesamte Schaden überstieg in Amorbach immerhin 12 000 Gulden.

Die Karlsruher Regierung mußte sich dazu entschließen, Truppen marschieren zu lassen. Zu Kämpfen kam es nicht, aber die Erbitterung wuchs natürlich, wo immer das Militär auftrat. Der württembergische Geschäftsträger in Karlsruhe Baron

Wächter reiste nach Stuttgart, um die Bitte des Großherzogs zu überbringen: der König möge Truppen nach Rastatt und in den Schwarzwald vorrücken lassen — die Württemberger mußte man sich also wünschen, nachdem man die Preußen abgelehnt hatte. König Wilhelm konnte aber auch seine Soldaten kaum entbehren. Als man badischerseits nun doch Preußen um Hilfe bat, erfolgte nur eine freundschaftliche Mahnung, energisch zu sein.¹⁸⁾ Nach Darmstadt ging ein badischer Legationsrat, um über gemeinschaftliche Maßnahmen zur Unterdrückung der Bauernrevolte zu verhandeln¹⁹⁾. In Amorbach, das ja bereits bayrisch ist, rückte bayrische Infanterie ein. Flehentliche Bitten kamen vom besitzenden Bürgertum aus dem Seekreis um Truppen und Waffen. Viele der Grundherren, an der Spitze Fürst Fürstenberg, kamen nach Karlsruhe, um ihre Sache zu verfechten. Die Verlegenheit, die Hilflosigkeit der badischen Regierung nahm zu. Friedrich Hecker hatte auf der Heidelberger Versammlung am 5. März das bezeichnende Wort gesprochen: „Nachdem der losgelassene Hund die Kraft seiner Zähne gezeigt hat, kann man ihn vorläufig wieder an die Kette legen²⁰⁾.“ Hecker merkte bald selbst, daß das nicht so leicht war. Um sich an der Spitze der Revolution zu halten, mußte er weiter gehen. Die badischen Schwierigkeiten vermischten sich mit den allgemein deutschen. — Die Bauern im Odenwald kämpften um eine erträgliche wirtschaftliche Existenz, oft genug wurde dort gesagt, man wolle nichts gegen den Großherzog. Anders war das in der Bodensee-Ecke, unmittelbar in der Schweizer Nachbarschaft. Im Schwarzwald, im alten Vorderösterreich, verlangten die Bauern „eine Republik oder einen Kaiser“. Von Fürsten und Adel wollten sie nichts wissen. Als Grund ihres Hasses wurden damals die alten Geschichten wiedererzählt — ihre Vorfahren seien zu Tausenden grausam verstümmelt worden wegen der Treue, die sie Kaiser Heinrich IV. bewiesen hätten²¹⁾. Jetzt schien die Zeit für Taten reif. Die großherzoglichen Zollbeamten an der Schweizer Grenze wurden vor allem verjagt — nun, dachten die Bauern, gibt es keine Schlagbäume mehr. Und die Schweizer ließen gern mit den republikanischen Ideen auch ihre Landesprodukte ins Badische strömen. Die „Seeblätter“ von Konstanz waren ein ausgesprochen republikanisches, demokratisch-sozialistisches Organ. Ihr Redakteur Fickler hatte sich vor der Revolution monatelang in Rheinpreußen aufgehalten, er wollte nach Amerika gehen — da erfuhr er in Köln den Ausbruch in Paris, kehrte sofort um und wurde nun der leitende Organisator der Bewegung im Seekreis²²⁾. Schon am 15. März schreibt von ihm der preußische Gesandte: „Er steht an der Spitze der werdenden Republik.“ In Karlsruhe herrschte eine ausgesprochen niedergeschlagene und unsichere Stimmung. Die Abgeordneten reisten in ihren Wahlkreisen umher, um die Bevölkerung zu beruhigen oder — aufzustacheln; so konnte die Zweite Kammer keine Sitzungen halten. In der Ersten Kammer war eine allgemeine Bereitschaft, auf die Feudalrechte zu verzichten, um das Wesentliche zu retten, den Besitz. Die Agrarbewegung im Seekreis wurde durch die weitgehenden Verzichtleistungen des Fürsten von Fürstenberg schnell beschwichtigt — es kam nirgends zu so brutalen Gewalt-

akten wie im Odenwald. Die große Versammlung in Donaueschingen, die an die 4000 Köpfe zählte, war wild bewegt, ihre Forderungen an die Standesherrschaft scharf gespannt, zum Sturm auf das Schloß kam es aber nicht²³). Auch Fickler zeigte seine politische Einsicht durch immer wiederholte Ermahnungen zu gesetzlichem Vorgehen in seinen „Seebältern“. Er und seine Helfer bereiteten etwas anderes vor, als es diese Agrarrevolten waren: eine revolutionäre Volksbewegung mit großen politischen und sozialen Zielen.

Auf der Offenburger Versammlung vom 19. März zeigte es sich deutlich, daß die Bauern mit ihren Wünschen durch anderes in den Hintergrund gedrängt wurden. Am Vorabend dieser Versammlung schrieb der preußische Gesandte v. Arnim: „Hecker allein kann in diesem Augenblick vielleicht sagen, ob morgen die Republik erklärt wird oder nicht²⁴).“ Hecker war aber seiner Sache durchaus nicht sicher und zeigte eine bei seinem Charakter überraschende zögernde Haltung. Es stürmte damals sehr viel auf ihn ein, Unzählige hingen sich an ihn, er mußte überall reden, und es war, für Baden wenigstens, sehr viel erreicht. Zu der Volksversammlung in Offenburg hatten nun nicht nur er, Struve und Itzstein eingeladen: auch Welckers und Soirons Namen standen unter dem Aufruf. Mathy und Bassermann hatten abgelehnt. Aus ganz Baden brachten Riesenzüge Hunderte und wieder Hunderte in die festlich strahlende alte Reichsstadt — eine prachtvolle Schau von Trachten und Köpfen. Von Struve war der Gedanke dieser Massendemonstration ausgegangen; er scheint ursprünglich schon hier den großen Schlag geplant zu haben. Es entstand aber ein schönes Volks- und Freiheitsfest daraus, von friedlichem Charakter; die Bewaffneten — besonders die Bauern erschienen meist so — wurden dazu angehalten, erst die Waffen abzulegen, ehe sie in die Stadt kamen. Der Straßburger Zuzug, der erwartet wurde, blieb aus, man wußte nicht, ob abgehalten oder abbestellt²⁵). Gerade diese Ansammlung von Tausenden brachte eine behaglich gestimmte Schicht in den Vordergrund, die überzeugt war, es schon herrlich weit in der Revolution gebracht zu haben. Die politischen Beschlüsse waren in einem kleinen Kreise vorbereitet, wurden der Riesenmenge vorgelesen, die sie kaum verstehen konnte, und ohne Debatte angenommen; sie enthielten die Erklärung, daß mehrere badische Regierungsmitglieder, besonders der Kriegsminister, der größte Teil der Beamten und dann der Markgraf Wilhelm das Vertrauen des Volkes nicht besäßen; sie bezeichneten eine Revision der Zusammensetzung der Ersten Kammer und eine Reinigung der Zweiten Kammer von reaktionären gesinnungslosen Elementen als nötig; sie verlangten die Verschmelzung der Bürgerwehr mit dem stehenden Heer, Ersetzung der bisherigen Abgaben durch eine progressive Einkommen- und Vermögenssteuer, die Trennung von Schule und Kirche, die Abschaffung der Apanagen. Man sieht: es war zum Teil eine Wiederaufnahme der Forderungen der Offenburger Versammlung vom letzten Herbst, zum Teil ein verstärktes, gegen Bürokratie, Dynastie, Militär und Verfassungsverfälschung gerichtetes Bekenntnis zur folgerichtigen Demokratie. Die Drohung war deutlich; sie wurde

noch deutlicher durch den folgenden Beschluß: „Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen.“ Und als Mittel dieser Bürgschaften war dann eine Kluborganisation entwickelt: „In jeder Gemeinde des badischen Landes bildet sich ein Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volks sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen.“ Bezirksverein, Kreisverein, Landesverein sollten sich auf diese „Vaterländischen Vereine“ der Gemeinden aufbauen. Der Zentralausschuß bestand aus sechzehn Mitgliedern, alle von der Linken, der Obmann wurde Friedrich Hecker. An alle „Provinzen Deutschlands“ sollte die Aufforderung ergehen, ähnliche Vereine zu bilden. Es ist die erste derartige Gründung in Deutschland: der Versuch, durch eine Kluborganisation praktische politische Macht in die Hand einer Partei zu bringen. Der Offenburger Beschluß schuf eine aktive Volkspartei in Baden; er bereitete die Republik unmittelbar vor.

Vielleicht entsprang Heckers Zurückhaltung in Offenburg auch der sicher richtigen Erkenntnis, daß die Republik nicht von Baden aus, sondern höchstens von Frankfurt aus zu machen war, — die deutsche, mindestens die westdeutsche Republik. In dem Chaos der Märztage tauchte in den Regierungskreisen gelegentlich der Gedanke eines neuen Rheinbundes mit dem König von Württemberg an der Spitze auf: dem entsprach auf der demokratischen Seite die republikanische Idee. Die liberale Mitte, das Geld- und Titelpatriziat, aber auch sehr viele im Mittelstand verlangten den deutschen Kaiser.

*

„Dem Mute, der nicht zittert vor Gewalt,
Der Gerechtigkeit, die gleich wägt Freund und Feind,
Der Tugend, die nicht um Kronen buhlt,
Der Treue, die nicht wankt im Unglück“ —

so lauteten die Inschriften an dem Bürgerkranze, der am 21. Februar 1848 dem Abgeordneten Römer in Stuttgart überreicht wurde²⁶⁾. Das war Dank und Hoffnung zugleich. Das große Programm der Stuttgarter Wählerversammlung vom 17. Januar bedeutete hier den Beginn neuer Volksbewegung: Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht, Abschaffung der Gerichtsstandsprivilegien, Beseitigung der Vielschreiberei bei den Behörden, Volksbewaffnung, Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf sämtliche Steuerpflichtige, Ablösung der Zehnten und anderer Grundlasten, Betreibung des Anschlusses sämtlicher deutschen Staaten an den Zollverein, Teilnahme des Volks an den Zollvereinsverhandlungen durch Vertreter — so lauteten die wesentlichsten Forderungen. Die Regierung machte nicht gerade lebhaft Miene, auf ein solches Programm ehrlich einzugehen. Der vielgewandte Kanzler von Wächter handelte nach seinem

damals populär gewordenen Worte, daß bei allen Dingen in Staat und Gesellschaft „ein bißchen Recht und ein bißchen Unrecht“ sei; es gehörte zur damaligen Regierungsweisheit, gute neue Prinzipien anzuerkennen, aber festzuhalten an alter schlechter Praxis. Der „Beobachter“ brachte tagtäglich seine oppositionellen Artikel — zusammengestrichen, mit weißen Lücken versetzt von der Zensur.

Als die Pariser Ereignisse bekannt wurden, änderte sich sofort das Bild. König Wilhelm empfand als alter Soldat vor allem „die Gefährdung der Ruhe Europas und des Weltfriedens“; er ließ seine Gesandten in Berlin und Wien fragen, was die beiden deutschen Großmächte zu tun dächten; Anträge beim Deutschen Bund zur Verteidigung des Vaterlandes wurden erwogen²⁷). Mit Baden und Hessen wurde die Zusammenziehung des VIII. deutschen Armeekorps verhandelt; Markgraf Wilhelm war erkrankt, und so fehlte es an einem geeigneten Oberbefehlshaber und Generalstabschef. König Wilhelm dachte an seine schönsten Jahre zurück und hoffte nun noch einmal, und zwar als deutscher Bundesfeldherr gegen die Franzosen marschieren zu können. Auch der Kronprinz äußerte sich kriegerisch zum russischen Gesandten Fürsten Gorčakov: „Nicht umsonst habe ich eine russische Großfürstin geheiratet. Eine schöne Zukunft ist meinem Vaterland vorbehalten. Der Kaiser (von Rußland) wird dabei nicht gleichgültig bleiben. Ich glaube fest an das Schicksal.“ Was das heißen sollte, erläuterte Gorčakov in seinem Berichte: „Aller Augen richten sich auf den Kaiser. Er hält unbestreitbar die Geschicke Europas in seinen Händen.“ König Wilhelm plante im Mai eine Reise nach Berlin, um sich mit dem Könige von Preußen über die Bundesreform zu besprechen. Wenn er nach Wien ginge, sagte er zu Gorčakov, fände er nichts als Worte: ausdrücklich fragte er bei Kaiser Nikolaus an, ohne Wissen seines Ministeriums, ob ihm diese Reise recht wäre, und der russische Kaiser beeilte sich, chiffriert zu antworten, er lege großen Wert auf diesen Besuch in Berlin. Nun sprach der König die Hoffnung aus, womöglich doch den russischen Kaiser zu treffen. „Man sieht“, schreibt Gorčakov, „hier das Heil in einer Entente der konservativen Souveräne²⁸).“ Der König empfand seine Lage zwischen Baden und Bayern von jeher als schwierig; in Baden, sagte er am 16. Februar schon zum russischen Gesandten, bereitet sich ein großer Skandal vor; gegenüber der Schweiz wollte er in Berlin die Aufstellung eines Beobachtungskorps empfehlen, zum Beweis, daß „die Autorität doch nicht ganz das Gefühl ihrer Kraft verloren hat“. Für die Mobilmachung der württembergischen Armee fehlte dem König nur leider das Geld. Die Eisenbahnleihe von Rothschild wollte das Bankhaus, das wußte er, gewiß nicht für militärische Zwecke verwendet sehen²⁹). Am Mittwoch, dem 1. März, schrieb der Stuttgarter „Beobachter“ (Nr. 59): „Eine selten erhebende Bewegung hat sich aller Gemüter bemächtigt. Der Bürger sammelt sich zum Bürger, Vorleser sieht man an den öffentlichen Orten, von aufmerksam zuhörenden Gruppen umgeben . . . Wird Württemberg zurückbleiben? Nimmermehr . . . ! Völker und Regierungen haben es jetzt in der Hand, die Änderung der Dinge in Frankreich für uns zur Feuersäule des Glücks

oder zur Brandfackel des öffentlichen Verderbens zu machen.“ Dieser Artikel war von der Zensur geduldet worden. — Einzelheiten über die Erfolge der Volksbewegung in Baden wurden aber noch an diesem Tage gestrichen. Am 2. März stellte eine Verordnung des Königs die ja durch die Verfassung garantierte Preßfreiheit endlich wieder her. Ein Petitionensturm begann; Uhland verfaßte die Eingabe von Tübingen. Der König ließ Urlauber einziehen und musterte Truppen in den Kasernen. Von gutem Willen war nichts zu spüren. Wilhelm I. antwortete der Kammerdeputation streng — er sei nicht allein, es gäbe auch noch Preußen, Österreich und Rußland, die Entscheidung käme doch von den Großmächten³⁰⁾. Eine Proklamation der Regierung, die auch von den Kanzeln vorgelesen wurde, rühmte sich, die Volksrechte und das Eigentum beschirmt zu haben, sie mahnte zu Ruhe, Ordnung und Gehorsam gegenüber den Gesetzen. So leicht war nun die Bewegung nicht zu beschwichtigen. Das Volk war lebendig geworden. Die Jugend drängte vor. Als bei der Stuttgarter Bürgerversammlung ein Kaufmann dagegen protestierte, daß auch die Schüler der polytechnischen Anstalt und des Gymnasiums teilnahmen, mußte ihn das bürgerliche Schützenkorps vor der Empörung schützen³¹⁾. Die Adresse, die diese Versammlung beschloß, wurde von dem Vorsitzenden, dem Fabrikanten Heinrich Müller, allein dem König überreicht — sie trug über tausend Unterschriften — ihr Stil klang nach dem Urteil des preußischen Gesandten mehr trotzig als bittend³²⁾. Am 6. März entschloß sich nun König Wilhelm, ein neues Ministerium zu bilden — aber wie sah es aus! Der Nachfolger Schlayers sollte Freiherr von Linden werden, ein durchaus konservativer Katholik, als ritterschaftlicher Abgeordneter ein verbindlicher und gewandter Vorkämpfer aller obrigkeitlichen Prätionen. Das Äußere sollte Varnbüler übernehmen, eine sehr ehrgeizige und geistvolle Persönlichkeit, Schützling der Prinzessin Marie, ein Mann, dessen konservativ-liberales Schillern bei niemandem Vertrauen erwecken konnte. Direktor v. Bezzenberger erklärte, mit einem solchen Ministerium wolle man ihn mystifizieren, der Geheimratspräsident v. Maucler war völlig überrascht, das Oberregierungskollegium stellte einstimmig seine Demission in Aussicht, wenn das Ernst sein sollte — Linden und Varnbüler fühlten sich selbst im Augenblick unmöglich und sagten das offen dem Könige. Dieser war tief bedrückt, fand die Lage trostlos und wollte alles bewilligen, nur um das, wie er glaubte, gefährdete Königtum zu retten — er trauert um seine verlorene Popularität. Auf der Straße fand man ein lithographiertes Papier: „Der König ist fort nach Frankfurt — Bürger, laßt den grausamen König Wilhelm nicht mehr zurückkehren³³⁾.“ König Wilhelm tat, wie schon so oft, das, was am wenigsten erwartet werden konnte — er setzte nun das alte Ministerium einfach wieder ein. Jetzt stieg die Bewegung hoch; in den Straßen wogten die Menschen auf und ab, jeder wollte etwas Neues wissen, jeder fühlte sich als Freund und Bruder des anderen, alles sprach erregt. Volksredner tauchten plötzlich auf — es sollte etwas geschehen, man wußte nur nicht genau was. Graf Beroldingen, der Minister des Auswärtigen und intime Vertraute des Königs, erklärte dem

preußischen Gesandten, Preußen müsse sich jetzt an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, sonst gäbe es keine Rettung. Dem Gesandten war es fraglich, ob solche Äußerungen nicht nur den Zweck verfolgten, „die preußischen Absichten auszuforschen, um sie an Österreich zu verraten“; bei der Falschheit des Königs sei man gezwungen, auf der Hut zu sein³⁴). Inzwischen hatte der badische Bauernaufuhr große württembergische Bezirke mitgerissen. Das Schloß Niederstetten des Fürsten Hohenlohe-Bartenstein wurde niedergebrannt, alle Schuldbücher über Zehnten und Anfälle vernichtet. In Weinsberg, also im alten Bauernkriegsland, stellten die Grundholden selbst eine Wache an die Kasse des Amtsschlosses, damit nicht gestohlen würde — die Akten und Papiere aber schichteten sie zu einem gewaltigen Scheiterhaufen. Wenn die Funken hochstoben, riefen sie: „Seht, da fliegt wieder ein Huhn, ein Kickerle“ — als Hohn dafür, daß sie bis dahin dem Rentamt Hühner liefern mußten. Dann brachten sie ein Hoch auf den König aus und zogen genau so leer und arm, wie sie gekommen waren, ab. Diese Leute kamen später dafür ins Kreisgefängnis und Arbeitshaus³⁵).

In das unruhige Heilbronn wurde ein Kavallerieregiment unter General v. Baumbach gelegt. Für Ulm erbat die württembergische Regierung 6000 Österreicher aus Vorarlberg; Bayern sollte Neu-Ulm durch zwei Bataillone verstärken — es lehnte ab. Der König scheute den Kampf. Die Deputation der Stadt Göppingen wurde dann wieder von ihm so schnöde abgefertigt, daß ihre Mitglieder eine förmliche Agitation veranstalteten — zu Hunderten wollten nun die Göppinger in der Hauptstadt erscheinen und beim Landtag petitionieren³⁶). Zu Steinhöfen, im Fürstentum Hohenzollern-Hechingen, wurde ein Freiheitsbaum aufgepflanzt und die Republik proklamiert. Es ist wohl das erstemal, daß dies auf deutschem Boden geschah. Tausende von Bauern zogen mit Knütteln bewaffnet nach Hechingen, umlagerten die Residenz des Fürsten, zwangen ihn, sich nach dem Rathaus zu begeben, veranlaßten ihn unter Drohungen, auf alle Abgaben, Steuern und Gefälle zu verzichten — durch seine Einnahmen aus Schlesien behalte er hinreichenden Unterhalt. Da die mündliche Versicherung des Fürsten nicht für voll angenommen wurde, mußte er zahllose schriftliche Entsagungen unterzeichnen, die jede Gemeinde stolz mit nach Hause nahm. Er wurde auch gezwungen, alle Beamten zu entfernen, die nicht geborene Hechinger waren. Hofmarschall, Oberforstmeister und Kabinettsrat mußten mit ihren Familien flüchten. Die Stuttgarter Regierung hatte sich darauf beschränkt, einen Kommissar nach Hechingen zu schicken, der die Bauern aufforderte, sofort zum Gehorsam zurückzukehren — sonst sollten württembergische Truppen einmarschieren³⁷). Endlich am 9. März entschloß sich der König Wilhelm zu einem wirklich liberalen neuen Ministerium — noch im letzten Moment hatten die Pietisten versucht, es zu verhindern! Duvernoy und Pfizer wurden zuerst aufgefordert, das Innere und den Kultus zu übernehmen — sie erklärten aber ihre Bereitwilligkeit nur, wenn Römer auch einträte. Das fiel dem König am schwersten — aber der „Rechtskonsulent“ Römer wurde doch Justizminister und als bewährter Oppositions-

führer der eigentliche Regierungschef. Bald fiel seiner geschickten Energie, seiner überragenden geistigen Kraft die Hauptlast der Arbeit zu. Von den bisherigen Ministern blieben nur der Kriegsminister v. Sontheim und der Minister des Auswärtigen Graf Beroldingen: dieser hatte gewünscht, nach 46jähriger Dienstzeit in den Ruhestand zu treten, aber die neuen Departementschefs und der König selbst baten so eindringlich und „rührend“, daß er vorerst blieb³⁸). Das war natürlich ein Fehler — es zeigte sich erst später. Zunächst war der Jubel groß; eine Reihe der wichtigsten Gesetze — Bürgerbewaffnung, Lastenbefreiung u. a. — wurden schnell verabschiedet, die alte Kammer dann am 27. März aufgelöst.

„Je ne puis pas monter à cheval contre des idées“, hatte König Wilhelm am 9. März zur Rechtfertigung seiner Nachgiebigkeit zum Fürsten Gorčakov gesagt. Die Erkenntnis kam etwas spät. Römer selbst hätte ihm ein früheres Einlenken leicht gemacht. Seine Äußerungen zum Kammerpräsidenten in den ersten Märztagen liefen damals am Hof von Mund zu Munde und waren als Beruhigung gedacht. „Sollte der Thron in Gefahr sein, so würde man mich näher finden als manchen Ministeriellen“; und: „Der König mag versichert sein, daß ein württembergischer Oppositionsmann immer ein Deutscher bleiben wird³⁹).“ Ehrlich war nun die neue Politik des Königs trotzdem ganz und garnicht. In einem Handbillet an Gorčakov schrieb er am 10. März: „Ich kann in diesem Augenblick meine Hauptstadt und mein Land nicht ohne die größte Gefahr verlassen . . . Ich versuche, Zeit zu gewinnen, um zu sehen, ob die deutschen Großmächte mir zu Hilfe kommen können und wollen . . . Der Kaiser (von Rußland) wird unter seinen großen und hochherzigen Gesichtspunkten die Dinge anders beurteilen . . . Erklären Sie ihm meine Lage. Durch die Ernennung des neuen Ministeriums gewinne ich Zeit und vermeide blutige Szenen. Das kann aber nicht dauern. Man kann wohl eine Stadt, aber nicht ein Land mit der Macht der Bajonette niederhalten.“ Gorčakov hielt sich in diesen Tagen nach außen sehr zurück, da die Volksstimmung und die Presse sich auch gegen seine Person und den dadurch dargestellten russischen Einfluß richtete. Dies geschah natürlich auch im Interesse der Kronprinzessin, der Großfürstin Olga, die aber trotz allem populär blieb. Bei ihr traf der König von Zeit zu Zeit jetzt inoffiziell mit dem russischen Gesandten zusammen und schüttete ihm sein Herz aus. „Kaiser Nikolaus“, sagte Gorčakov zu ihm, „denkt zweifellos, daß der König sich im feindlichen Kanonenfeuer wesentlich wohler gefühlt hat.“ „Gott weiß es“, antwortete König Wilhelm geschmeichelt und stimmte gern dem russischen Glaubensbekenntnis bei: „Das Prinzip wird alle diese Stürme überdauern.“ Römers Charakterbild sieht in der Berichterstattung Gorčakovs nicht schlecht aus: „eine leidenschaftliche Natur, voll vom Extrem der Prinzipien, von großer parlamentarischer Gewandtheit; ein Mann ohne Hintergedanken, er kämpft mit offenem Visier, verschmäht, im Dunkeln zu arbeiten, und steht unbedingt zu seinem Wort; er wird unbeugsam den Volkswillen vollziehen, aber das monarchische Prinzip wahren⁴⁰).“ Die württembergische und die allgemeine Lage beurteilte Gorčakov folgender-

maßen: „Für den Augenblick ist Römer tatsächlich der Souverän des Landes. Alle Entscheidungen kommen an ihn. Der König wird nur angesehen als Schildhalter des Prinzips und kompromittiert sich nicht gegenüber der Zukunft durch eine direkte Teilnahme. Die süddeutschen Staaten sind in der Lage Frankreichs nach der Julirevolution. Käme jetzt von russischer Seite eine entschiedene Manifestation, die die Sicherheit unserer Intervention gäbe, dann kann man nicht einen einzigen Tag für die Aufrechterhaltung der Regierungen Süddeutschlands stehen. Dann würde die republikanische Minorität obsiegen — man würde sich in den Arm Frankreichs werfen⁴¹⁾.“

*

Die Ereignisse in Hessen-Darmstadt bekamen deshalb eine besondere Bedeutung, weil die Person Heinrichs von Gagern durch sie emporgetragen worden ist. Der populäre Erbgroßherzog Ludwig wurde Mitregent mit alleiniger Zeichnung — die traurige Figur des alten Großherzogs verschwand im Hintergrund. Als diese Maßnahme noch in der Schwebe war, drohten die Mainzer, 6000 Mann und mehr würden nach Darmstadt kommen und sie erzwingen. Der Erbgroßherzog wurde mit Jubel empfangen und durch ein schönes Gedicht geehrt:

„Frei sei die Rede, frei der Geist
Und frei, was ihm sein Glaube heißt.
Werk und Gesinnung sei der Wert,
Wonach man künftig Menschen ehrt.“

Mit Tränen in den Augen sagte aber der Erbgroßherzog zum preußischen Gesandten: „Der König soll meine Absichten nicht verkennen. Leider muß manches geschehen, was nicht mehr zu hindern ist, so die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Hoffentlich kommt auch wieder die Zeit, wo es möglich wird, das Werk des jetzigen Augenblicks teilweise unschädlich zu machen.“ In dieser Gesinnung trafen sich doch damals die meisten deutschen Fürsten — als echte Absolutisten machten sie eben, da es nicht anders ging, geistige Vorbehalte. In Gagern, meinte der Erbgroßherzog, werde doch der Kavalier nicht ganz erstorben sein. „Ich komme mir vor wie Masaniello in Pantalons — eine verfluchte Rolle!“, versuchte der Erbgroßherzog ein anderes Mal zu scherzen. „Bitten Sie den König von Preußen, daß er mich ja nicht für einen Revolutionär hält⁴²⁾.“ Und ein paar Tage später: die Gewährung der Preßfreiheit ist natürlich geknüpft an die Bedingung eines tüchtigen Repressivgesetzes; die Volksbewaffnung ist ein Spielzeug, das man bald satt haben wird — eine Art Landwehr zweiten Aufgebots; „Aber es bedarf nun einmal der bunten Jacke, um die Leute zufriedenzustellen. Hätte ich statt sechzehnhundert sechzehntausend Mann hinter mir gehabt, hätte ich ein anderes Wort gesprochen.“ Für die Republik war in Darmstadt keine Stimmung; Advokat Hoffmann, der am 6. März versuchte, sie leben zu lassen, wurde dafür mit Schlägen traktiert⁴³⁾. Starke Animosität machte sich gegen den

Prinzen Emil geltend — es hieß, er plane schleunige Abreise nach Wien, um als kaiserlicher Feldzeugmeister Verwendung zu finden —, seine Gläubiger wollten ihn aber nicht ohne Bezahlung seiner Schulden abreisen lassen. „Fort mit den Wittgensteins!“ war ein Ruf, den man nun in Darmstadt überall hören konnte, und Prinz August Wittgenstein verschwand auch; er hatte am 1. März den Befehl bekommen, im stillen Truppen zusammenzuziehen, um eventuell dem Anmarsch der Mainzer begegnen zu können. Statt dessen ließ er in den Kasernen der Chevaulegers Alarm blasen und das Regiment aufsitzen. Diese Herausforderung machte sehr böses Blut — die Chevaulegers erklärten in den Wirtshäusern, sie würden von den verteilten Patronen gegen Bürger keinen Gebrauch machen. Von Mainz kamen bei dem schlechten Wetter schließlich nur zweihundert Mann an und gaben die loyalsten Erklärungen ab. Am selben Abend kehrten sie nach Mainz wieder zurück. Der Führer der Mainzer Bewegung, in der der alte Klubbistengeist wieder aufrumorte, war der Abgeordnete Zitz. Sein scharfer Gegensatz zu Gagern bezeichnet den jetzt überall sich herausarbeitenden Konflikt zwischen Liberalismus und Demokratie. Als die Kammer eine Dankadresse für die Zusagen der Märzforderungen — Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung — beriet, erklärte Zitz, man müsse nicht für etwas danken, was keinen Dank verdiene. Von Zitz behauptete der preußische Gesandte v. Bockelberg, er scheine auf den Abfall des linken Rheinufers hinzuwirken. Daß er mit den Pariser Demokraten in enger Verbindung stand, war richtig. Daß ferner die Stimmung am ganzen Rhein freiheitsfreundlich und deshalb auch franzosenfreundlich war, muß als Gesamterscheinung beurteilt werden, für die man einen einzelnen kaum verantwortlich machen kann. Der Koblenzer Gutsbesitzer Stedtman, der Bockelberg besuchte, schilderte diese Geistesverfassung der Rheinprovinz mit den treffenden Worten: „Lieber die Freiheit mit den Franzosen als die Unfreiheit mit den Preußen⁴⁴).“ Das „Rheinische Volksblatt“ in Darmstadt, ein Organ der Linken, schrieb am 2. März nicht ohne Grund die patriotischen Worte: „Kein Zoll deutsche Erde falle dem lüsternen Nachbar zu, um das Angebot seiner Befreiung und Freiheit. Deutschland nimmt das Recht des Selbsterringens in Anspruch.“

Dem alten Freiherrn du Thil war der Abschied von der solange sorgsam ausgeübten Staatsgewalt bitter schwer; als ihm nachts die Fenster eingeworfen wurden, erschien er mit seiner Gemahlin beim preußischen Gesandten und erbat eine Zufluchtsstätte für sich, seine Kostbarkeiten und Papiere. Heinrich von Gagern übernahm das Innere und das Äußere nebst dem Vorsitz. Damit war er eine Art Diktator geworden. Bockelberg sagte ihm am Tage seiner Ernennung etwas bittersüß: „Ich achte den Namen, den Sie tragen, zu sehr, als daß ich Sie nicht für einen Ehrenmann und treuen Diener des Großherzogs hielte.“ Auf Wunsch des Erbgroßherzogs hielt Bockelberg dann dem „unbewanderten“ Gagern eine diplomatische Vorlesung. Das war wohl nicht so nötig, wie der preußische Gesandte glauben mochte: Gagern füllte die neuen Ämter recht gut aus; seine ruhige

und imposante Energie machte aus dem Großherzogtum in dem Wirrwarr der Märztage eine ruhige Zelle — sehr im Gegensatz zu Baden, Nassau und der Pfalz. Wie scharf wußte er etwa den Antrag von Zitz abzufertigen, der auf die Entfernung des Prinzen Emil und von Lindes abzielte: er machte die sofortige Zurücknahme des Antrages zur Bedingung seines Bleibens im Amte. Alles hing tatsächlich an ihm. Seine überaus anständige Gesinnung zeigte sich auch in der Erklärung, statt der etatmäßigen Besoldung von 7000 Gulden nur 4000 Gulden annehmen zu wollen. Seine Vertrauten drängten ihn wenigstens auf Annahme der Repräsentationskosten, da er ja nur wenig eigenes Vermögen besaß. Dieser kleine Zug erhöhte seine Volkstümlichkeit erheblich. In offener Kammersitzung zerriß Heinrich von Gagern den Revers der Grafen Erbach über ihren Verzicht auf Präsentationsrecht, Jagdrecht usw. Der Bauernaufbruch im Odenwald hatte auch dies Gebiet erfaßt. An sich schien die Lage der Bauern in Hessen-Darmstadt besser als in den Nachbarländern. Aber es war begreiflich, daß sie nun auch die Gelegenheit benutzen wollten — besonders da ihnen die politischen Märzerrungenschaften nicht viel sagten. In Hessen kamen nun aber auch vielfach Gewalttaten gegen das Eigentum im Zusammenhang mit der revolutionären Erregung vor. Einem Privatmann, durchaus keinem Standesherrn, wurde in Fürth im Odenwald von einer Horde die Quittung für eine nicht bezahlte Kapitalschuld abgepreßt. Ein wahrer Zerstörungskrieg fand in Oberhessen gegen die Riedeselschen Schlösser in Lauterbach statt. Die Herren waren in Darmstadt, und da versuchten die Bauern sich der Frauen und Kinder zu bemächtigen, um Geiseln zu haben. Da die Bedrohten flüchteten, begann die Demolierung der Möbel, Einrichtungsgegenstände und Archive — und zwar wurde alles vor den Häusern aufgehäuft und angezündet. An die Gebäude selbst wurde kein Feuer gelegt, um den Besitzern keinen Anspruch auf Ersatz durch die Feuerversicherung zu ermöglichen. Der Schaden wurde auf 150 000 Gulden geschätzt⁴⁵). In Gießen gab es eine Persönlichkeit, die den „sogenannten gebildeten Ständen angehörte“; bei diesem Manne holten sich die oberhessischen Bauern die Parole: früher seien die Klöster säkularisiert worden, jetzt müsse das Grundeigentum des Adels eingezogen und unter die Bauern verteilt werden; nur die Republik werde das durchführen⁴⁶). Zitz hatte bei der Bauernbewegung auch seine Hand im Spiel: Am 31. März fand unter seiner Einwirkung in Michelstadt im Odenwald eine große Bauernversammlung über die Ablösung der standesherrlichen Rechte statt. Auch Germain Metternich, einer der tätigsten Agitatoren während der ganzen Revolutionszeit, der in Darmstadt und Wiesbaden während der Märztage arbeitete, versuchte mit den Odenwälder Bauern anzuknüpfen: ob er nicht für ein Handgeld von einem Taler pro Tag fünf- bis sechshundert Kerle nach Darmstadt bringen wolle? — fragte er einen Bauern, der es aber nicht tat, sondern die Behörden von dem merkwürdigen Vorschlag unterrichtete⁴⁷). In Rheinhessen kam es an zahlreichen Orten zu Exzessen gegen die Juden; in Mainz regte sich die Arbeiterschaft. Die sogenannten „Voranzieher“, Leute, welche die

Frachtkähne durch den Hafen zogen, unternahmen Angriffe auf die Schleppschiffe, die ihnen das Brot wegnahmen; die Hafenarbeiter beanspruchten das Privileg für den Transport aller Waren vom Hafen nach den Häusern, die im Erwerb gefährdeten Lohnkutscher zwangen das Postamt, die Fahrpost zwischen Worms und Alzei längere Zeit einzustellen — die Taunusbahn wurde von Arbeitern zerstört, die glaubten, den Verdienst durch sie verloren zu haben⁴⁸). So wandte sich in hoffnungslosem Zorn primitive Arbeitskraft gegen die kapitalistische Organisation neuer Wirtschaftsformen.

Unter den vielen gleichförmigen Vorgängen der Märzrevolution in Deutschland heben sich die Ereignisse in Nassau deshalb mit eigentümlicher Schlagkraft heraus, weil hier das soziale Moment besonders mächtig war. Am 1. und 2. März sah es dort aus wie anderswo, die Forderungen der Bevölkerung waren dieselben wie überall. Von da an änderte sich das Bild. Durch Sendboten war die Bauernschaft aufgerufen worden; die Eisenbahnfahrt wurde für alle Landeskinder freigegeben; Schar um Schar zog nach Wiesbaden — viele Landleute im Leiterwagen, wunderlich bewaffnet, die Schwalbacher trugen Holzäxte, mit Mundvorrat reichlich versehen. Sie wollten nun auch etwas, etwas ganz Bestimmtes: die Erklärung der Domänen zum Staatseigentum. Die Zahl der in Wiesbaden anwesenden Bauern wird von einem sehr kundigen Zeitgenossen auf 30 000 geschätzt⁴⁹). Es war eine der größten derartigen Ansammlungen, die es damals gegeben hat. Dadurch bekam auch natürlich der eigentlich politische Kampf eine besondere Wucht. Sämtliche Staatsdiener patrouillierten Tag und Nacht durch die Straßen. Fanatisierte Leute kletterten am Theaterbalkon hoch und zerrissen die nassauische Fahne. Eine aufgeregte Menge sammelte sich vor dem Zeughaus; die Führer trugen weiße Schärpen. Der Herzog war abwesend — das erregte Wut. Es hieß, daß er fremde Truppen heranzuführen wolle, gegen das Volk. Als dann der Bescheid gegeben wurde, er sei zur Jagd, schrie einer: „Dann kann der Bub' bleiben, wo er will, wir brauchen ihn nicht.“ Die Herzogin-Witwe, allein mit ihren Töchtern und dem jüngeren Sohn Prinzen Nikolaus, bot jede denkbare Bürgschaft an. Die Minister, v. Dungern an der Spitze, hatten lange sich und andere in Sicherheit gewiegt — nun erklärten sie, ohne Pension zurücktreten zu wollen, wenn der Herzog die von ihnen angebotene Bewilligung der freiheitlichen Forderungen nicht bestätigen sollte. Bei jeder neuen Forderung, die verlesen wurde, brüllte das Landvolk: „Noch mehr!“ Die Herzogin und Prinz Nikolaus unterschrieben schließlich alles. Nassauer Bürger, Hergenbahn an der Spitze, bestätigten die Unterschrift. „Kommt Bundesmilitär von Mainz?“ — wurde erregt gefragt. Es war, wie so vieles, ein falsches Gerücht — aber in der folgenden Nacht ließ das Ministerium für alle Fälle die Eisenbahnschienen abdecken. „Warum erscheint der Herzog nicht!“ — wurde immer lauter gebrüllt. Auf der Platte sollte er sein, oder in Frankfurt; er ist nach Berlin gefahren, behaupteten andere. Die Bürgerwehr war angesichts der von Viertelstunde zu Viertelstunde steigenden Erregung machtlos und erbat selbst die Mitwirkung des nassauischen Militärs. Zuerst soll es aber auf

die Verfassung schwören — ward verlangt. Es geschah in tumultuarischer Weise. Burschen durchzogen die Straßen mit Inschriften an Stangen:

„Kein Fürst, kein Graf, kein Edelmann

Soll nicht mehr existieren . . .“

Eine große Anzahl Zettel war verteilt worden mit der Forderung: „Teilung des Eigentums nach Köpfen.“ Viele Bauern hatten schon Geldsäcke mitgebracht, um ihren Anteil an den Domänen gleich mitzunehmen. Schon bereitete die Volksmenge den Brand für das herzogliche Palais vor⁵⁰). „Schwefelt die Dachse aus!“ brüllten einzelne. Wäre auch nur der geringste Versuch gemacht worden, die schwache Garnison von vierhundert Mann gegen die Menge einzusetzen, dann wäre, nach dem Urteil des preußischen Gesandten v. Bockelberg, sofort die Republik proklamiert worden. Die Herzogin-Witwe bewies seltenen Mut — sie war schon im Begriff, den Prinzen Nikolaus als Regenten ausrufen zu lassen — als letztes Mittel angesichts der erregten und beutelustigen Menge: da erschien endlich, am Nachmittag des 4. März, der Herzog Adolf. In voller Uniform, allein, durchschritt er die Menge, ganz Ruhe und Sicherheit, ein echter Prinz von Oranien. Er trat auf den Balkon und sprach die einfachen Worte: „Alles bewillige ich euch, geht jetzt auseinander und habt dasselbe Zutrauen zu mir, was ich zu euch habe.“ Die Wirkung war durchschlagend. Die Vivatrufe, die den Herzog schon begrüßt hatten, brausten nun überwältigend auf. Der persönliche Mut entschied, wie so oft⁵¹). Dieser so wenig beliebte Fürst zeigte nun keine Spur mehr von Lässigkeit — mit Energie und Glück handelte er drauflos, er galt als ein Held der Revolution und genoß große Volkstümlichkeit, wie weder vorher noch nachher. Eine allgemeine Verbrüderung begann nun, genau so stürmisch, wie vorher die Erregung gewesen war. Soldaten und Bürger umarmten sich beim Wein. In dem trinkfesten Rheingau hatte es eine solche Bezechtheit noch nicht gegeben. Und wie fühlten sich die Nassauer als Vorkämpfer der Freiheit!

Die neuentstandene „Freie Zeitung“ in Wiesbaden schrieb in ihrer Nr. 3 (8. März) — in einem Aufruf an die Bewohner von Mainz, Frankfurt, Worms, Hanau und der übrigen Städte, „welche unsere Begeisterung teilen“:

„Freunde und Brüder! Wirkt in diesem alles entscheidenden Augenblick mit uns zur Erringung der deutschen Freiheit. Jeder von euch, der jetzt zurückbleibt, ist ein Verräter am Vaterlande. Seid einig, einig, einig! Fordert mit Kraft, was wir Nassauer gefordert haben, und ihr werdet es erringen! Der Gott der Gerechtigkeit ist mit uns.“ Die Redaktion war genötigt, in der gleichen Nummer die Mitteilung zu machen: „Wir müssen uns nochmals entschuldigen, daß die heutige Nummer nicht ganz gefüllt ist und namentlich eine genauere Beschreibung des gestrigen Tages fehlt; allein der Enthusiasmus ist so groß, daß nur ein Teil der Setzer gegenwärtig ist.“ —

Dem preußischen Gesandten freilich verhehlte Herzog Adolf nicht, daß ihm bei alledem im Innersten schlecht zumute war; unmittelbar zuvor hatte er noch in Berlin gesagt, er werde sich nichts abtrotzen lassen, nie könne er „dem Prinzip“

untreu werden. Nun war es doch geschehen, und es tat ihm weh in den Ohren, wenn die Soldaten durch die Gassen zogen und schrien: „Es lebe die Freiheit!“⁵²⁾ „Sicherheitsausschüsse“ waren im ganzen Lande eingesetzt worden, eine Art von Klubs, zum Teil aus politisch sehr linksstehenden Personen zusammengesetzt, und von da gingen nun die maßgebenden Entscheidungen im Lande aus. Nirgends hat wohl in Deutschland damals eine so rein revolutionäre Einrichtung monatelang gute Dienste getan. Die Volksbewaffnung wurde weitgehend durchgeführt. Unbemittelte bekamen nach der Entscheidung der Wehrmänner ihres Zuges dreißig Kreuzer Tagesgeld; auch Waffen wurden für sie angeschafft — Hauptleute und Obersten wurden gewählt. Die Volksjustiz schien manchen Hofleuten bedrohlich — jedenfalls verließen der Hofmarschall und verschiedene Hofdamen Wiesbaden. Die Zeit des „Rattenkönigs“, der Dungen, Wintzingerode, Preen und Marschall schien vorbei⁵³⁾. Der Führer der Bewegung in Nassau, Staatsprokurator Hergenbahn, genoß wegen des schließlichen großen und unblutig errungenen Erfolges abgöttische Verehrung. Er hatte durchaus nicht die Eigenschaften, die den großen Volksmann machen — weder zündete er als Redner, noch war er eine packende Persönlichkeit. Trotzdem hatte er, wie vorher und nachher nie mehr, das Ganze völlig in der Hand. Ungern gab er seine gute Advokatenpraxis auf, um das Ministerium zu übernehmen: kein anderer wäre aber in Betracht gekommen. Eine starke Hand war auch nötig genug für das Nassauer Land. Denn die Bauernbewegung, die in Wiesbaden die Sache der Revolution entschieden hatte, griff nun überall um sich, bis ins entlegenste Tal. Allgemeine Jagdfreiheit herrschte — mit wunderlichen Karabinern und Schlüsselbüchsen wurden da eigenartige Treibjagden angestellt. Zunächst hatten die Bauern die Förster weggejagt — ganze Gemeinden ließen die Äcker liegen und machten sich auf in den Wald. Meilenweit wurden die Wälder verwüstet — man baute fröhlich drauflos, mit gefreveltem Holze. Im Kreise Hadamar übernahm es eine Gesellschaft von Zimmerleuten, einstöckige Wohnhäuser für 50 Gulden das Stück herzustellen⁵⁴⁾! Absonderlich ging es auch den verhaßten Schultheißen in Nassau. Die „Bewegungsmänner“ der Gemeinden zogen einfach vor die Häuser, nahmen ihnen Ortssiegel und Gemeindeschrank ab, trugen den ganzen Kram zum erkorenen Nachfolger, und der Fall war erledigt. Die neuen Machthaber wurden „Bürgermeister“ getauft — so verhaßt war selbst der Name Schultheiß! Viele Bauern glaubten, durch die Errungenschaften des 4. März auch von der Zahlung der Steuern und Pachtgelder befreit zu sein. Als Hergenbahn nun in einem besonderen Aufruf die Zahlung dieser Gelder für nötig erklärte, bekam er von vielen Seiten die sehr bezeichnende Antwort: ja, der Herzog wäre ihnen mit seinem großen eigenen Grundbesitz sicher für die Steuern gewesen, einem Mann wie Hergenbahn, der keine Liegenschaften hätte, wollten sie aber durchaus gar nichts bezahlen! Nassau erfreute sich eines einigermaßen gerechten Zehntablösungsgesetzes. So kamen Unruhen nun auf den Gräfllich Bassenheimischen Gütern vor, im armen östlichen Taunus — und dann aus einem besonderen

Grund beim Schloß Johannisberg des Fürsten Metternich. Der Fürst hatte nämlich seit 1815 keine Steuern für diesen herrlichen Besitz entrichtet — die nassauische Regierung hatte zwar gemahnt, auch auf diplomatischem Wege, aber energischere Schritte nicht gewagt; es blieb ihr schließlich nichts anderes übrig, als die Steuern aus der eigenen Domänenkasse vorzustrecken. Erbittert wollten die Bauern des Rheingaus nun die Gelegenheit benutzen, um zuzugreifen. Die Sicherheitsausschüsse verhinderten aber schließlich doch jeden Gewaltakt. Das Metternichsche Wappen am Schlosse wurde mit einer deutschen und einer nassauischen Fahne schützend verhüllt.

Die alte Kammer ist in Nassau nur noch zusammengetreten, um ein neues Wahlgesetz zu machen, das den Zensus abschaffte. Die Herrenbank wurde aufgelöst. Die neue Kammer bestand, sonderbar genug, halb aus Bauern, halb aus jungen unteren Beamten!

*

In Kurhessen hat die Märzrevolution eine regelrechte Staatskrise insofern hervorgerufen, als Hanau mit seinem Abfall vom Kurstaat und seinem Anschluß an das Großherzogtum Hessen-Darmstadt drohte. Das politische Temperament der Hanauer Bevölkerung war ja schon häufig überraschend zutage getreten. Seit den ersten Märztagen wurde die rührige Stadt nun ein Hauptmittelpunkt der südwestdeutschen Bewegung. Die Hanauer Bürgergarde zählte 1500 Mann und war vorzüglich organisiert. Dazu kam ein besonderes Freikorps, das auch mehrere hundert Köpfe zählte. Waffen wurden in Frankfurt eingekauft. Die ganze Umgebung ist von Hanau aus politisch bearbeitet worden. Es bestand dort ein Korrespondenzbüro für die rheinischen Städte. Besonders lebhaft waren die Turner von Offenbach und Friedberg. Der Frankfurter Bundestag zitterte vor dieser „Revolutionsarmee“. In Mannheim bildete sich eine besondere Freischar von 600 Köpfen, die den Hanauern zu Hilfe ziehen wollte⁵⁵). Die bewaffnete Volksversammlung vom 8. März in Hanau wählte eine „Volkskommission“ aus Vertrauensmännern aller Volksschichten — also einen richtigen revolutionären Vollzugsrat, der sich wie eine provisorische Regierung gerierte und Ähnliches auch für die Provinz vorbereitete; von diesem Rate aus ist eine Adresse nach Kassel geschickt worden. Im Falle ihrer Ablehnung wollte er entweder die Republik ausrufen oder den Anschluß an Darmstadt vollziehen⁵⁶). Der Hanauer Bürgergardist Pflüger erschien beim Erbgroßherzog-Regenten Ludwig in Darmstadt, um darüber zu verhandeln. Pflüger, der seit sechs Tagen nicht mehr aus der Uniform gekommen war, erklärte, die Dinge in Hanau seien nicht mehr zu halten — er war so aufgeregt, daß der Erbgroßherzog ihn zur Ruhe und Geduld ermahnte, nachher aber dem preußischen Gesandten sagte, er hoffe, der Mann sei verrückt⁵⁷). Nach Frankfurt gab der Erbgroßherzog jedoch die Nachricht, er könne für nichts gutstehen. Zum Zorn des Kurfürsten tauchte auch später wiederholt der Plan auf, womöglich das ganze Gebiet beider Hessen zu vereinigen, den Darmstädter Erb-

großherzog zum Könige zu machen und vielleicht noch Nassau damit zu verbinden⁵⁸).

An Hanaus Seite trat Marburgs studentische Jugend. Ihre Adresse vom 6. März redete energisch los: „Teuere und tüchtige Lehrer sind uns unter unbedeutenden Vorwänden entrissen worden. Man hat allerlei Untersuchungen gegen sie verhängt, und nachdem sie aus diesen Untersuchungen schuldlos hervorgegangen, hat man sie uns doch nicht zurückgegeben. Die wichtigsten Lehrstühle stehen seit Jahren verwaist. Der Lehrstuhl der Philosophie, welcher uns früher gegen das Gift staatsverderblicher pietistischer Lehren schützte, ist durch Suspension des Ordinarius seit Jahren verödet. Ebenso suspendiert ist der einzige Lehrer der Staatswissenschaften. Der Lehrstuhl der Kulturgeschichte ist seit mehr als vier Jahren verwaist . . .“⁵⁹).

Das brave Kassel kam nur ganz allmählich in Bewegung, war bescheiden in seinen Forderungen und jubelte so schnell als möglich. Als der Kurfürst die Deputation der Bürger am 5. März empfing, war seine Haltung aber so hochnäsiger abweisend, daß doch große Erbitterung entstand. Zu dem Advokaten Schanz, den er für den Bierbrauer und Abgeordneten Lederer aus Marburg hielt, sagte er in seiner schnöden Art: „Bierbrauer sollen Bier brauen, Regierung ist meine Sache, will nichts wissen vom Bierbrauerregiment . . .“⁶⁰). Nun gab es Proteste, scharfe Erklärungen, energischere Adressen; eine halboffizielle Berichtigung des Zwischenfalles wirkte nicht mehr. Es bereitete sich etwas vor. Die Büchschenshändler brachten die bei ihnen aufbewahrten Waffen zurück, weil sie sie nicht mehr sicher bei sich glaubten. Als ein Artillerieoffizier äußerte, es dürfe kein Bürgerblut fließen, ward er deshalb arretiert. Der Küfermeister Herbold, der Volksheld von 1830, der jetzt wieder hervortrat, veranlaßte einen Volksauflauf, um ihn zu befreien. Das Militär verhinderte es. Der Kurfürst ließ sich zur schriftlichen Verpflichtung, verfassungsmäßig zu handeln, herbei, entließ den wegen seiner Grobheit und Starrheit verhaßten Vorstand des Ministeriums des Innern Scheffer — „der Dreschflegel von der Schwalm“ reiste sofort aus der Stadt, fluchtartig, trotz Krankheit — und ernannte zum Justizminister den beliebten Obergerichtsdirektor Moritz von Baumbach, der zwei Jahre zuvor wegen seiner liberalen Gesinnung keinen Urlaub zur Teilnahme an der Ständeversammlung bekommen hatte.

Der preußische Gesandte Graf Galen hatte bei dem Ministerium beruhigende Schritte angeregt und sich dem Kurfürsten zur Verfügung gestellt. Als ihn Dörnberg fragte, ob er nicht zur Requisition preußischer Truppen ermächtigt sei, verneinte er. Als ihm dann nahegelegt wurde, an die Hanauer „Aufrührer“ eine Drohung zu richten, daß preußische Truppen sich in Marsch setzen würden, weigerte er sich. Da erbat der Kurfürst direkt Hilfe in Berlin; auch Galen hielt ein sofortiges Einschreiten preußischer Truppen von Osten und Westen für nötig und ersuchte von sich aus den General Hedemann in Erfurt, sich bereit zu halten. Preußen lehnte aber am 16. März ab⁶¹). Aus eigener Kraft etwas Militärisches von durchschlagender Kraft zu tun, wäre der hessische Kurfürst nicht

imstande gewesen. Nicht ein einziges Gewehr befand sich kriegsbrauchbar in den Arsenalen! Zu dieser Tatsache paßte das glänzende Zeugnis der Bundesinspektion vom Jahre zuvor nur etwas schwer. Auch an Montierungsstücken und sonstigem Armeebedarf herrschte völliger Mangel. Die Paradespielerei hatte eben viel Geld gekostet, und so war dafür nichts übrig geblieben⁶²). Der Kurfürst berief nun, widerwillig genug, die Ständeversammlung auf den 11. März; den Deutsch-katholiken wurde freie Religionsübung zugesichert — die Preßfreiheit war schon eine Tatsache, ehe sie gesetzlich wiederhergestellt wurde, für die sonstigen Märzforderungen wurden Gesetzentwürfe angekündigt. Die Hanauer waren aber im Gegensatz zu den Kasselerern damit nicht zufrieden. Ihre Deputation schlug am 11. März bei der Audienz gegenüber dem Kurfürsten einen Ton an, wie weder er noch ein anderer deutscher Fürst sie von Untertanen bis dahin gehört hatte. Graf Galen nennt die Hanauer Adresse sicher die „frechste“ Eingabe an einen Monarchen. Es war freilich Zeit, gegenüber diesem Kurfürsten einmal „frech“ zu werden, und die Hanauer hatten glücklicherweise den Mut und das Maulwerk dazu. Am Hofe wurde geflüstert, die Hanauer wollten gar keine Zugeständnisse, sie arbeiteten einfach „auf den Umsturz des Bestehenden hin“, sie bereiteten die Proklamation der Republik vor; alle ruhigen Bürger zitterten. Ohne Schwertstreich verließen bereits sämtliche kurhessischen Truppen die Stadt Hanau und bezogen in der Umgegend Kantonierungen⁶³). Der Hanauer Impuls rüttelte immerhin die schläfrige Gutmütigkeit des Hessenlandes auf — und das war gut so. Der Kurfürst weigerte sich zunächst am 11. März mit seinem bekannten Eigensinn auf das bestimmteste, die Forderungen der Hanauer anzunehmen. Besonders fatal war ihm die verlangte Verpflichtung, auf die Konstituierung eines deutschen Parlamentes hinzuwirken. Ein Zugeständnis nach dem andern rang aber der Stadtrat der Residenz dem dickköpfigen Landesvater ab. Auf dem Friedrichsplatze standen die Reisewagen der Deputation zur Abreise bereit, ringsum die Volksmassen. Einmal schon hatten die Hanauer das Schloß verlassen und wollten abfahren — sie wurden umdrängt und gezwungen, es nochmals zu versuchen. Alles wurde jetzt bewilligt, außer der Auflösung der alten Ständeversammlung, auf die die Hanauer selbst verzichteten. Drei Stunden hatte die Verhandlung gedauert. Es war abends 7 Uhr geworden. Der Jubel kannte nun keine Grenzen, die Massen erzwangen die Erleuchtung sämtlicher Häuser. Der preußische Gesandte schloß seinen Bericht über diesen großen Tag mit der melancholischen Feststellung: „Es herrscht also Anarchie.“ — Nun wurden alle Ministerien neu besetzt, für alle politischen Vergehen seit 1830 gab es Amnestie, vollständige Religions- und Gewissensfreiheit wurde zugesichert. Der neue Kriegsminister stellte beim Amtsantritt die Bedingung, daß die seinerzeit ausgestoßenen Gardeoffiziere rehabilitiert würden (vgl. oben S. 195)⁶⁴). Nun wurde Vorstand des Ministeriums des Innern der Oberbürgermeister von Hanau Eberhard; noch mehr als gegen ihn wehrte sich der Kurfürst gegen den vortrefflichen Wippermann, der aber schließlich doch Vortragender Rat im Innenministerium und landesherrlicher Kom-

missar bei der Ständeversammlung wurde. Eine Reihe von Beamten, die allzu sehr auf das alte Regiment festgelegt waren, erhielten ihre Versetzung — es waren nur wenige. Die neuen Männer glaubten durch weitgehende Schonung die allgemeine freudige Stimmung nicht verderben zu sollen. Der tapfere Oetker begleitete die Bewegung mit seinen wohlmeinenden Flugblättern; eines hieß: „Ein fliegendes Blättchen, weil ich noch kein Blatt habe“⁶⁵). Zu einigen Exzessen kam es jetzt noch im Hessenlande: Juden und Gutsbesitzer wurden verfolgt, einige Schlösser wie Escheberg angegriffen — das war alles weniger bedeutend als in Süddeutschland und Oberhessen. In Schmalkalden zerstörte die arme Bevölkerung Fabriken, in das unruhige Hersfeld wurde eine Kompanie gelegt. Sonst gab es einige Demonstrationen und Katzenmusiken in den Städten. Im allgemeinen beruhigte sich das Land schnell. Auch die 1100 Eisenbahnarbeiter, die bei Kassel in Baracken hausten, taten der Residenz nichts. Die bösen Hanauer feierten ihren Sieg durch — einen Dankgottesdienst, und bei der Parade der Bürgergarde konnten die Kasseler ihren Landesherrn im Schmucke des Abzeichens der Bürgergarde, der weiß-roten Armbinde, bewundern. Mit Befriedigung stellte der preußische Gesandte schon am 16. März fest: „Die Furcht vor dem Losreißen aller Bande der menschlichen Gesellschaft ist es, die manche ergraute Radikale zu halben Konservativen macht.“ Rührend war die Haltung des so schlimm mißhandelten Sylvester Jordan: in treuer Gesinnung trat er nun für das konstitutionelle Fürstentum ein und wehrte sich gegen alle entschiedeneren Pläne⁶⁶). Seine Rede vom 24. März wurde in ganz Kurhessen als Flugblatt mit der Überschrift verbreitet: „Jordans Worte.“

*

Der einzige deutsche Fürst, der sich nicht während der Märzrevolution mit der Forderung nach einem deutschen Parlamente in Frankfurt einverstanden erklärt hat, ist der König Ernst August von Hannover gewesen. Aber man muß dem alten Eisenkopf das Zeugnis ausstellen, daß er das, was er wirklich zugestand, loyaler hielt als mancher andere Potentat, der seine heimlichen Vorbehalte machte und nur auf die Gelegenheit wartete, alles wieder umzustößen. Die Stadt Hannover ging in der Petitionsbewegung voran. Der Bürgervorsteher Peters, ein reicher Branntweinbrenner, hatte dabei die Führung. Die Stadt Osnabrück entwickelte das reichste und originellste Programm, unter Stüves maßgebendem Einfluß. Hier trat etwa zu den sonst üblichen Märzforderungen: „Sicherung von Unterricht und Bildung für alle Klassen, nötigenfalls auf Staatskosten, Verbesserung der Zustände der arbeitenden Klasse durch Sicherung der Arbeit und entsprechenden Lohns.“ Stüve und der Altermann von Osnabrück Breusing hatten so weitgehende Forderungen natürlich nicht selbst aufgestellt, aber sie hatten sich doch entschließen müssen, ihr Einverständnis damit zu erklären. Der König machte in seiner Proklamation vom 14. März den bezeichnenden Versuch, fremde Einflüsse in Hannover festzustellen: „... Jeder soll sein Recht haben. Die meisten dieser

Eingaben beweisen mir noch immer die alte Liebe und das Zutrauen meiner geliebten Untertanen. Wo andere Wünsche darin laut werden, kommen sie — davon bin Ich überzeugt — nicht von den Hannoveranern selbst, sondern sind durch Fremde eingeflößt, die überall Unordnungen und Verwirrungen anzuregen bemüht sind.“ Dagegen verwahrten sich nun mit kräftigen Worten Magistrat und Bürgervorsteher der Residenz Hannover, in der allein es ja französische oder polnische Agitatoren hätte geben können: „Es ist nicht eine Folge leerer Einbildungen, es sind nicht fremde Einflüsterungen, es ist vielmehr das lebendige Gefühl, daß jeder das Glied eines großen Gemeinwesens ist, wodurch der Hannoveraner gleich allen übrigen Bürgern des großen deutschen Vaterlandes getrieben wird, seine Wünsche, sein Verlangen nach jenen Gütern laut auszusprechen, um diese lange vergeblich ersehnten Güter auf jedem gesetzlichen Wege zu erstreben“ (17. März)⁶⁷).

Der König hielt sich gegenüber der Volksbewegung sehr reserviert, er ließ sich nur ungern sehen und sprechen. Seine Antwort auf die Petition der Stadt Hannover vom 7. März war unterzeichnet: „Kabinettsrat v. Falcke.“ Die Bürgerdeputation vom 17. März wurde nur vom Kabinettsrat v. Münchenhausen empfangen. Es war hannoversche Regierungsweisheit, alle Zugeständnisse durch wohlgestellte Rede so zu verklausulieren, daß man schwer verstehen konnte, ob nun die Absicht der Verneinung noch bestand oder ob es sich doch um eine beschränkte Erfüllung handelte⁶⁸). Wenn etwa von Preßfreiheit gesprochen wurde, dann kam gleich die Rede auf „Garantien“ — ganz ungehinderte „Preßlizenz“ sei eben den Untertanen nicht zu wünschen. Die demütigendste Bewilligung für den alten König, nach allem, was vorausgegangen war, mußte sicher die Öffentlichkeit der Ständeversammlung sein. Es gab auch allerlei Unruhe im Lande — nicht sehr aufregende. Die Bürgergarde in Hannover wurde reorganisiert und bewaffnet, nach dem nicht aufgehobenen Gesetz von 1830 — man nahm nur „anständige häuserbesitzende Bürger“ in sie auf — einen besonders revolutionären Charakter besaß sie also nicht⁶⁹). Nach Göttingen, wo ein Konflikt zwischen Universität und Polizei ausgebrochen war, wurde der Geheime Kabinettsrat v. Schele geschickt, nach Hildesheim General v. Halkett. In Stade wollte gerade der Adel des Landes Bremen einen Rittertag halten — er gab es aber auf, weil die Marschbauern ein Bankett von Hunderten von Teilnehmern auf dieselbe Stunde in demselben Gasthause ansetzten. Es wäre sonst gewiß zu einem Zusammenstoß gekommen — eine weise Vorsicht des Adels war es, so etwas Nutzloses zu vermeiden⁷⁰).

Die Berater des Königs brachten auch jetzt leider nicht den Mut auf, ihm ein offenes Wort über das zu sagen, was ganz Deutschland über ihn dachte. Falcke verdankte seinen Freiherrntitel dem Staatsgrundgesetz, an dessen Sturz er nachher wacker mitgeholfen hatte. Er war nach dem Urteil des preußischen Geschäftsträgers „ein Routinier, der dem Absolutismus aus Wahl diente, aber auch die Jakobinermütze aufsetzte, wenn es ihm zweckmäßig dünken sollte“. Herr

v. Wisch war ein unabhängiger wohlhabender Junggeselle, der aber trotzdem den Verfassungsbruch mit Seelenruhe mitgemacht hatte, um im Amte zu bleiben. Der Chef der Osnabrückischen Justizkanzlei Graf v. Wedel galt als ein recht ehrgeiziger Mann, dessen Wohlwollen und leutselige Formen um so lieber gelobt wurden, da von seinem Charakter nichts Ähnliches zu sagen war. Der Finanzminister Graf Kielmannsegg hatte sich aus nichts ein Vermögen zu machen gewußt, vermochte aber den Staatsfinanzen nicht in dem gleichen Maße nützlich zu sein. Persönlich am geachtetsten war noch Freiherr v. Schele. Gegenüber so viel feudalem Adel nahm der Kabinettsrat Braun, ein feiner, glatter und schlauer Aktenmensch, die „vornehm-frondierende Haltung“ ein, die in Hannover für alle Leute der sogenannten zweiten Gesellschaft so typisch war⁷⁰).

Man traute dem alten Könige und seinen Beratern nicht, man ließ nicht locker, man wollte Sicherheiten. Die Zugeständnisse vom 17. März — vor allem die sofortige Aufhebung der Zensur und die Rehabilitierung politisch Verurteilter mußten am 18. und 20. März wiederholt werden. „Ich hätte geglaubt, daß diese Erklärung nicht nötig sein würde, da jeder Hannoveraner wissen sollte, daß ich, was ich sage, vorher überlege, aber dann auch halte“, grollte der alte König. Nun wirkten die Berliner Ereignisse ein — es hieß, der preußische König sei von den Aufständischen gefangengenommen, die preußische Republik sei ausgerufen. Es kamen zwei neue, sehr wichtige Zugeständnisse: die Ministerverantwortlichkeit und die Wiedervereinigung der Kassen, der königlichen und der Landeskasse (vgl. oben S. 197). Und es wurde endlich ein neues Ministerium gebildet, dessen leitender Kopf Stüve als Minister des Innern wurde. Graf v. Bennigsen, ein freidenkender und deutschgesinnter Edelmann, übernahm das Auswärtige, der treffliche Generalstabschef Prott das Kriegswesen, der loyale v. Düring die Justiz, Stüves Freund, der Schatzrat Lehzen, der beste Kenner des verwickelten hannoverschen Staatshaushalts, die Finanzen, der Kabinettsrat Braun leider Kultus und Unterricht.

Das ganze Werk des Königs aus den Jahren 1837—40 war nun vernichtet. Er trug es mit überraschender Elastizität. Zu Bennigsen sagte er in diesen Tagen: „Mein Volk will in anderer Weise glücklich gemacht sein, als ich wollte. Ich will kein Hindernis sein, ich bin zu jeder, den Zeitumständen entsprechenden Konzession bereit.“ Bennigsen erklärte, Hannover müßte überall gleichen Schritt mit Preußen gehen und im Gegensatz zu früher eine Politik der Offenheit treiben⁷¹). König Ernst August äußerte auch, er wolle keine halben Maßregeln. „Was ich will, will ich ganz.“ Die Ordre über die Kabinettsregierung vom 14. November 1837 wurde aufgehoben, ein Reformprogramm aufgestellt, in dem die größere Selbständigkeit der Landgemeinden und der Erlass einer Städteordnung vorgesehen war. Mit Stüve kam der König wider Erwarten sehr schnell in ein gutes, ja herzliches persönliches Verhältnis. Ernst August äußerte, er habe immer geglaubt, der Mann sei ein Republikaner, ein Demagoge, ein gemeingefährlicher Wühler — nun habe er ihn als den treuesten Anhänger der Monarchie kennen-

gelernt⁷²⁾. Stüves ruhige, stahlharte Energie tat dem Könige und dem Staate Hannover gut. Er wandelte den bössartigen Despoten zu einem zwar manchmal mürrischen, aber doch loyalen konstitutionellen Fürsten um. —

Die Märzrevolution hat in Deutschland überall eine nationale und eine partikulare Zielsetzung gehabt. In den Staaten, die ein schwieriges politisches Eigenleben hatten, überwog das partikulare Element — es waren zumeist auch die größeren. Es gab kleinere, verhältnismäßig gut regierte Staaten, bei denen das nationale deutsche Element ganz in den Vordergrund trat, wie etwa Braunschweig. Hier lebte seit längerer Zeit der Bürgerverein, der seine Abende unter der Bedingung veranstalten durfte, daß keine politischen Gegenstände behandelt wurden. Von ihm ging nun die Bewegung aus. Zuerst, am 3. März, forderte er merkwürdigerweise nur die Wiederherstellung der Bürgergarde von 1830. Am 4. März kamen dann die andern Märzforderungen, und zwar die deutschen in erster Linie. Der Herzog Wilhelm hatte schon früher in seiner wohlwollenden Art geäußert, die Einrichtungen, die Preußen einführen werde, gedenke auch er seinem Lande nicht vorzuenthalten. Als er nun „Vertretung des Volks beim Deutschen Bunde“ hörte, meinte er: davon verstehe er den Sinn nicht; die Bittsteller könnten sich wohl selbst keine Rechenschaft darüber abgeben, was damit gewollt werde; er müsse diese Zumutung als eine unklare und unausführbare Idee zurückweisen⁷³⁾. Der Herzog ließ sich etwas Zeit, aber schließlich erklärte er sich doch mit allem einverstanden. Er legte selbst die schwarzrotgoldene Nationalkokarde an, sprach von Nationalkrieg, von dem wieder aufstehenden Kaisertum und ließ sich als „Wilhelm der Deutsche“ recht gerne von der Bürgergarde feiern. Wenn sich unter den Braunschweiger Märzforderungen auch die „merkantilische Einheit Deutschlands“ befand, so war das den Braunschweigern nicht nur aus dem Herzen, sondern sozusagen auch aus dem Beutel gesprochen. Seit 1842 gehörten sie zum preußischen Zollverein, Hannover aber hatte an seinem nordwestdeutschen Steuerverein festgehalten. Das kleine Land Braunschweig, besonders die Harzenklave im Hannoverschen, hatte nun unter dem Kampf der beiden Vereine schwer zu leiden. So kam es jetzt in der Märzrevolution zu allerhand Gewalttat: Die Braunschweiger holten sich im hannoverschen Grenzgebiet die billigeren Waren und kehrten triumphierend, zum Hohne der eingeschüchterten Zöllner, in ihr Vaterland zurück; es kam auch vor, daß Zollgebäude samt Akten in Brand gesteckt wurden⁷⁴⁾. Der schwierigen Finanzlage des Landes trugen zwei Edelleute in seltener Weise Rechnung: der Oberkammerherr Graf Oberg legte freiwillig seinen Posten nieder, und der modern gesinnte, seit 1843 amtierende Staatsminister Freiherr Wilhelm v. Schleinitz, der älteste Bruder des preußischen Regierungspräsidenten Julius und des preußischen Ministers Alexander v. Schleinitz, ließ aus eigenem Antrieb sein Gehalt auf 1500 Taler herabsetzen.

Für die thüringischen Staaten wie für alle andern politischen Zwerggebilde in Deutschland bedeutete die Märzrevolution den Beginn einer Existenzkrise in dreifachem Sinne: die innenpolitischen Märzforderungen machten die

Eigenstaatlichkeit hier zur vollkommenen Karikatur — denn was sollten auf die Dauer Parlamentarismus und liberale Behördenorganisation in so kleinen Gemeinwesen? In Weimar gab es zum Beispiel 1848 einen Deputierten auf 6500 Einwohner, in Schwarzburg-Sondershausen gar einen Deputierten auf 3150 Einwohner. Für Reuß-Greiz stellte ein und derselbe Mann alle drei Justizinstanzen dar. Die fürstliche Gerichtsbarkeit war zudem nicht von der Verwaltung getrennt; ohne Berechtigung pflegten die Justizämter die an sich hohen Gebühren willkürlich zu Gunsten der eigenen Tasche zu erhöhen⁷⁵). Es kam auch vor, daß dieselbe Person als Superintendent, als Mitglied des Schulkollegiums und als Mitglied des Konsistoriums eine Sache immer wieder behandelte. Die deutsch-nationalen Märzforderungen — Kaisertum, Gesamtparlament — bekamen eben deshalb in der Welt der Klein- und Zwergstaaterlei etwas besonders Schmerzliches; es schrie hier die Sehnsucht der Engigkeit und Verkümmernach Größe und Freiheit. Aus diesem Grunde konnten aber auch hier republikanische, ausgesprochen antidynastische Gedanken wach werden, wie es in Altenburg etwa geschah. Die Mediatisierungsidee stand damit in nahem Zusammenhange. Die sozialen Mißverhältnisse endlich, das für Thüringen charakteristische Zusammenleben von höfisch-eleganter, eng-bürgerlich-lakaianhafter und ländlich verarmter Schicht gab schon der Märzbewegung einen stark ökonomischen Zug. Die Salinenarbeiter in Salzungen, vielfach durch den neuen maschinellen Betrieb brotlos geworden, griffen die Besitzer und Beamten des Salzwerks an; in Sonneberg standen die Spielzeugarbeiter gegen die Kaufherren auf. Überall verlangte das Volk den Wald oder wenigstens ein Recht auf Holz und Wild. In Arnstadt versuchten beurlaubte Soldaten die Staats- und Kammerkasse zu beschlagnahmen: dabei wurden Möbel zerschlagen, sogar Schmuck und Geld geraubt. Das Räuberlied: „Ein freies Leben führen wir“ — erklang auch hier wieder⁷⁶).

Der Hof in Weimar sagte Ende Februar alle Bälle und Blumenquadrillen ab — jeder sprach ängstlich von 1789, was im Jahre 1830 niemand getan hatte. Ein Unbekannter übergab einem Mitglied der Ständeversammlung einen Pack anonyme Brandschriften, in denen der Umsturz der gegenwärtigen Regierung gepredigt war. Die Leute, die etwas zu verlieren hatten, fielen von einem Schrecken in den andern⁷⁷). Nun nahmen sich Wydenbrugk und der Buchbinder Heuß der Bewegung an; der Bassermannsche Antrag wurde in der weimarischen Ständeversammlung wiederholt. Auf einer Bürgerversammlung wurde elementarer Groll gegen den Bundestag und starke Antipathie gegen Rußland laut. Die dreitausend Bauern, die sich aber am 8. März auf dem Markt und vor dem Schloß des Großherzogs sammelten, waren nicht von den liberalen Bürgern der Residenz herbeigerufen worden. Ein kundiger Zeitgenosse bringt diese an die Nassauer Ereignisse erinnernde Demonstration mit Jena und seinen jungen Sozialtheoretikern Lafaurie und Jäde in Verbindung⁷⁸).

Wilhelm Adolf Lafaurie (1816—1875), der Sohn eines nach Hamburg übersiedelten Bordelaiser Kaufmanns, lebte als Staatswissenschaftler in den vierziger

Jahren in Berlin und Paris, kam dann nach Jena, wo er im Sinne der französischen Sozialisten wirkte, und hat wegen Teilnahme an der Revolution 1849/50 auf der Osterburg bei Weida seine Gefängnisstrafe abgesessen. Später studierte er Medizin und wirkte als Arzt in Hamburg. Er ist einer der vergessenen Soldaten der Revolution⁷⁹⁾. Von Heinrich Jäde besitzt die preußische Staatsbibliothek einen in Weimar 1848 erschienenen schmalen Gedichtband: „Kerkergedanken“, der die brennende Freiheitssehnsucht eines liebenswürdigen Talentes erfüllt. Er nennt sich einen Mönch des großen Zuchthausordens, er sagt, daß er die Sünden der Staatsgesellschaft abbüße; er nennt den Kerker sein Sanssouci und widmet der Fliege ein Lied, die außer ihm das einzige lebende Wesen im Gefängnis ist. Zur Tat wird aufgerufen:

„Immer nur versprochen
Zur Nachtzeit der Not —
Und dann gebrochen
Beim Morgenrot!
Nehmet das Steuer,
Völker, doch selbst zur Hand!
Bauet neu, nicht neuer
Das alte Vaterland!“

Solche Menschen, solche Gedanken standen hinter den Weimarer Bauern am 8. März. Von Viertelstunde zu Viertelstunde wuchs diese Versammlung an. Reden wurden gehalten: „Wir lieben den Großherzog und die Großherzogin, die uns so viel Gutes tut, wir wollen nichts Böses, keine Unordnung — aber wir wollen — da wir nun einmal da sind — daß sie unsere Klagen hören, die man ihnen verborgen hat“⁸⁰⁾. Die Forderungen, die diese Bauern erhoben, waren aber denn doch sehr konkret und gingen weit: Aufhebung der so drückenden Salzsteuer und Vereinigung des Kammervermögens mit dem Staatsgut; natürlich sollten auch die bisherigen Minister verschwinden. Man hörte Rufe wie: „Sie saufen Wein, wir müssen Wasser trinken!“ Die Menge sang das Räuberlied: „Ein freies Leben führen wir“, rief: „Erbgroßherzog 'raus!“, und beruhigte sich nicht eher, als bis der Großherzog persönlich erklärte, die Domänenkammer werde den Staatseinkünften helfen. Tatsächlich wurde dann noch im März der Übergang des nutzbaren Kammervermögens vom großherzoglichen Kammerfiskus auf den großherzoglichen Landschaftsfiskus gegen eine nach zehnjährigem Durchschnitt errechnete Zivilliste durchgeführt, wie es Wydenbrugk schon 1847 beantragt hatte.⁸¹⁾ Nächtliche Patrouillen der „loyalen friedliebenden“ Bürger zu 50 (!) Mann wurden eingerichtet — man sah tatsächlich in der guten Residenz Weimar das Eigentum durch dunkle Elemente bedroht. Wydenbrugk trat an die Spitze des neugebildeten Ministeriums, nur provisorisch, auf ein Jahr, wie er erklärte, solange es die Pflicht in bewegter Zeit fordere. Eine Beruhigung trat ein. Wesentlich dazu trug die Erklärung des bekannten Jenaer Buchhändlers

F. I. Frommann bei, die er in Form einer Adresse an seine Mitbürger in den Zeitungen erließ: die bisherige Staatsregierung sei übermäßig mächtig gewesen; aber die Fehler könnten nicht als so groß gelten, um Gewaltschritte zu rechtfertigen; die deutsch-protestantische Gesinnung des Regentenhauses sei im Glück und Unglück bewährt; ohne diese Fürsten wäre Weimar nur ein Dorf; ohne fremde Hilfe habe nun der Großherzog inmitten des aufgeregten Volkes mutig ausgeharrt; die Treue sei nie ins Wanken gekommen — man sollte sie nun auch betätigen. Die Adresse schloß mit dem charakteristischen Satze: „Diese Worte sind der erste Gebrauch, den ich von der freien Presse mache . . . Sollte ein Versuch gemacht werden, die Zensur wieder einzuführen, will ich lieber meine Druckerei schließen als mich ihr unterwerfen“⁸²).

Die Bewegung auch in den andern thüringischen Kleinstaaten wird durch einen gewissen Maulradikalismus gekennzeichnet, dem dann Taten selten folgten. Nirgends kam es zur Flucht eines Landesherrn oder eines Gliedes einer fürstlichen Familie. Der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen erklärte seinem Landtage, er sei zu allem, auch zur Niederlegung der fürstlichen Krone bereit, werde aber trotzdem die Residenz nicht verlassen, sondern in der Mitte der ihm treu ergebenden Bürger seine Tage beschließen.

Im Königreich Sachsen spielte sich die Märzrevolution als ein Eifersuchtsdrama zwischen Leipzig und Dresden ab. Leipzig hatte die bösen Vorgänge von 1845 noch nicht vergessen; sofort nach dem Bekanntwerden der Pariser Ereignisse regte Professor Karl Biedermann eine Adresse an, die durch die Leipziger Gemeindevertretung vor den König gebracht werden sollte. Seine liberalen Anhänger wurden ja im Grunde von Robert Blum und seinem entschieden demokratischen Verein bekämpft. Blums guter Instinkt für politische Situationen bewährte sich aber auch jetzt wieder, wenn er zunächst die Gegensätze zurücktreten ließ und mit seiner volkstümlichen Wucht der etwas weichen, geschwätzigen, wasserblauen Art Biedermanns nachhalf⁸³). Die Adresse war maßvoll, auch die Konservativen im Stadtverordnetenkolleg stimmten nicht dagegen, der Stadtrat wagte nicht, Einsprüche zu erheben. Die allgemeinen deutschen Märzforderungen verbanden sich hier vorsichtig mit partikularen Wünschen. Die Adresse war sicher eine der besten der Zeit und wurde sogar in England besonders beachtet und anerkannt⁸⁴). Aber der Erfolg in Dresden blieb aus. Der preußische Gesandte Jordan bearbeitete den harmlosen König: „Hoffentlich werden Seine Majestät diese Deputation so bescheiden, wie sie es verdient, und ihr das Unstatthafte ihres Ansuchens mit gebührendem Ernste vorhalten“⁸⁵). Zufrieden war der Scharfmacher aber nachher nicht: der König habe, schreibt er am Tage danach, sein Befremden geäußert, in dessen die Weichheit seines königlichen Gemütes nicht unterdrücken können und die Deputation nicht ungnädig entlassen⁸⁶). Tatsächlich hatte Friedrich August, wenn auch in der ihm eigenen gütigen Weise, die Gemeindevertretung Leipzigs als nicht befugt zu so allgemeinen politischen Kundgebungen bezeichnet und einen in der Sache durchaus ablehnenden Bescheid gegeben. Die Bewegung breitet.

sich nun in Leipzig erst recht aus. Schaffrath und Joseph richteten eine eigene Adresse an den König, die Universität Leipzig ließ sich gleichfalls vernehmen. Es fand ein Festbankett zu Ehren der französischen Revolution statt, Blum mußte die Menge von dem Rathausbalkon beschwichtigen: man werde nunmehr die Entlassung des Ministeriums verlangen, es habe seine Zeit nicht verstanden. Eine zweite Deputation wurde in Dresden mit dem Hinweis auf die Bundesbeschlüsse vertröstet. Wenigstens trat jetzt der verhaßte Minister des Innern v. Falkenstein zurück, sehr wider Willen, und erst nach einer rückhaltlosen Aussprache mit dem Leipziger Abgeordneten Koch. Leipzig schritt voran, und Leipzig war in überraschendem Maße einig. Die Beratungen der Stadtverordnetenversammlung fanden unter der stürmisch wachsenden Anteilnahme der Bevölkerung statt; Robert Blum hielt daneben im Schützenhause die überaus zahlreich besuchten Versammlungen seines Redeübungsvereins ab. Wirkliche Exzesse kamen trotz der großen Aufregung nicht vor — was bedeutete es schließlich, wenn in der Buchdruckerei Brockhaus die Fenster eingeworfen wurden, weil der ehrlich liberale, ja republikanisch gesinnte Heinrich Brockhaus gegen die Adresse sprach, die ihm voreilig und in der Form nicht glücklich erschien⁸⁷)! Leipzig zeigte in großartiger Weise, was an Kraft und freiheitlicher Gesinnung in ihm steckte. Auch im Königreiche regte es sich nun an vielen Orten, besonders im Erzgebirge und im Vogtlande.

Dresden aber hielt sich zurück. Hier beschränkten sich die Stadtverordneten darauf, die Einberufung der Stände zu erbitten. Das sollte, wie im „Zuruf“ des Königs „An meine Sachsen“ stand, spätestens zu Anfang des Mai geschehen — in einer Zeit, da jeder Tag voll Ereignis war! Österreich und Preußen standen freilich noch fest, und das gibt dem Leipziger mutigen Vorstoß besondere Bedeutung. In Dresden versuchte nun wenigstens eine Bürgerversammlung nachzuholen, was die Stadtvertretung versäumte — ihre Adresse ging, mit fast acht-hundert Unterschriften bedeckt, an das Ministerium. Erst am 10. März schloß sich der Stadtrat an. Ein „Eingesandt, an Sachsens Frauen“ im Dresdner Tageblatt vom 9. März 1848 appelliert aber nicht ungeschickt an die Loyalität der Residenz — daß hier die Frau zu einer politischen Rolle aufgerufen wurde, war doch bemerkenswert. Da hieß es: „Ihr Frauen Sachsens, vereinigt euch, um stark zu sein und Gesetz, Sitte und Ordnung aufrecht zu erhalten, um der Religion und Tugend wieder allgemeine Geltung zu verschaffen und das Vaterland vor dem größten Feinde, dem der inneren Zwietracht, zu bewahren.“ Aber Leipzig bewahrte auf seine entschiedene Art doch durchaus die Loyalität gegenüber dem Herrscherhause und verhinderte so gerade die Zwietracht. Der preußische Gesandte ließ sich von einem besonderen Berichterstatter über die Leipziger Ereignisse informieren: alle Szenen hatte dieser mitgemacht, aber niemals einen Ruf oder eine Äußerung gegen die Person des Königs vernommen. „Das Schweigen der Völker ist die Schule der Könige“, fügte Jordan etwas pythisch hinzu⁸⁸). Die Ordnung in Leipzig war wesentlich Robert Blum zu danken. Er schlug etwa vor, beim Fortgehen aus den Versammlungen in geschlossenen Gliedern, mit militärischem

Schritte abzumarschieren. So kamen radaulustige Elemente gar nicht gegen die große Mehrheit auf, die etwas rein Politisches wollte. Der König gab zögernd in einigem nach — nun sollte der Landtag schon am 20. März zusammentreten, die Zensur gleich aufgehoben sein. Es gab praktisch kaum noch Zensur. Die Zensoren verlangten selbst, ihres widerwärtigen Amtes enthoben zu werden, vieles erschien schon unzensiert, der Drucker des reaktionären „Bayard“ erklärte öffentlich, das Blatt nicht ferner drucken zu wollen⁸⁹). In Dresden machte sich aber die Polizei doch noch das Vergnügen, die Schusterjungen einzufangen, die Preßfreiheit riefen. Nun plante Leipzig einen großen Schlag. Man besprach den Gedanken, sich in einem gewaltigen und feierlichen Massenzuge nach Dresden zu begeben und so persönlich und eindrucksvoll die freiheitlichen Forderungen zu vertreten. Von auswärts wurde Verstärkung versprochen, schon war ein Ausschuß gewählt. Der Leipziger Stadtrat mahnte aber entschieden ab. Die Dresdner Kommunalgarde besetzte den dortigen Bahnhof und zeigte sich entschlossen, die Leipziger mit Gewalt abzuwehren. Dadurch wurden natürlich König und Ministerium in ihrem Widerstande bestärkt. Der große Zug wurde aufgegeben. Schon sammelte die Regierung Militär in den umliegenden Dörfern⁹⁰); auch preußische Truppen rückten unmittelbar in die Nähe von Leipzig. Die Leipziger Stadtverordneten verlangten in Dresden die sofortige Zurückziehung der Truppen — die Ruhe der Stadt werde dadurch ernstlich gefährdet. Nun stockte schon Handel und Wandel. Die Ostermesse war vor der Tür. Aber die Führer der Bewegung dachten nicht an Nachgeben. Das Leipziger Programm vom 12. März ist mit dem Offenburger Programm auf die gleiche Stufe zu stellen — eine umfassende Grundlegung des neuen Volksstaates in 18 Punkten, von Schaffrath entworfen; Todt und Biedermann wurden von der Schützenhausversammlung bestimmt, als Vertrauensleute nach Frankfurt zu gehen. So fand die Leipziger Bewegung als die erste in Mitteldeutschland den Anschluß an den Westen und Süden.

Der Umschwung in Dresden begann am 13. März — das Ministerium Könneritz trat zurück, wesentlich auf Grund der Stellungnahme des Justizministers von Carlowitz, der den Ernst der Leipziger Bewegung bei einem persönlichen Besuch dort erkannt und dem König zur Nachgiebigkeit geraten hatte. Carlowitz mußte sich später scharfe Vorwürfe deshalb gefallen lassen⁹¹). In dem neuen Ministerium Braun-Georgi-Oberländer war der Leipziger Professor und Hofrat von der Pfordten, der das Kultusressort wunderlicherweise mit dem des Auswärtigen verband, wohl die bemerkenswerteste Figur, eine geschickte und strebsame Persönlichkeit von mancherlei Erfahrungen, für die diese sächsische Ministerialzeit der Anfang einer eigenartigen staatsmännischen Laufbahn wurde. Zum preußischen Gesandten sagte v. d. Pfordten, er habe das Portefeuille nur aus Ergebenheit für den König angenommen; abgesehen von seiner Professur sei er ein völlig unabhängiger Mann; sollte die Anarchie, deren abgesagter Feind er sei, die Oberhand nehmen, so werde er sich gleich zurückziehen. Das neue Ministerium verpflichtete sich auf ein sehr gutklingendes Märzprogramm. Leipzig freute sich

seines Sieges — Blum wurde begeistert gefeiert. Ein bergmännischer Spielklub mußte die Marseillaise spielen — es war nicht weiter böse gemeint. Alle Studentenlieder erklangen in der studienfrohen Stadt, die auch besonders stolz war, einen ihrer Universitätslehrer im Dresdner Ministerium einziehen zu sehen. So ordentlich man war — das Räuberlied: „Ein freies Leben führen wir“ wurde ein besonders beliebter Revolutionsgesang auch hier. Der in Preußen ausgewiesene Dichter und Literarhistoriker Robert Prutz hielt nun in Dresden öffentliche Vorlesungen, in denen manches zu hören war, was den guten Bürger der Residenz beunruhigte: „Alle jetzt lebenden Fürsten sind nicht für unsere bedeutungsvolle Zeit geschaffen“, sollte er gesagt haben. Der preußische Gesandte Jordan sah darin das Bestreben, „eine völlige Umwandlung der heiligsten Verhältnisse herbeizuführen“.

*

Während in Lübeck die Wendung zum Neuen so reibungslos und schnell vollzogen wurde, daß bereits am 8. April eine zeitgemäße Verfassungsurkunde in Kraft treten konnte, kam es in Bremen zu einem tüchtigen Sturm. Die Hochmögenden in Senat und Bürgerschaft taten, als geschehe nichts, und als habe nichts zu geschehen. Die Mitgliederzahl im Bürgerverein stieg aber um viele Tausende, die Lehrer Feldmann und Kotzenberg, zwei bildungsstolze und energische Volksmänner, der Tischlermeister Wischmann, ein massiver Redner, voll von faszinierenden Phantasien, traten als Führer auf. Am Fastnachtsdienstag kam es zuerst zu Schlägereien wegen des mit Recht verhaßten Sperrgeldes — die Stadttore wurden demoliert, wo es erhoben wurde. Zwei Tage später wimmelte es um den Roland vor dem Rathaus. Die Führer des Bürgervereins verlasen ihre Petition, immer neue Zusätze wurden gemacht; es sollte nun keine „Hörigkeit“ mehr geben, eine neue Verfassung sollte die „Gleichberechtigung aller“ verwirklichen. Der Senat hielt Sitzung. Der Deputation, die die Adresse übergeben sollte, folgte nun spontan die Menschenmasse. Stundenlange Verhandlungen begannen — der Senat sah sich, vom Volke selbst, wie seit 300 Jahren nicht, bedrängt, ja vergewaltigt. Man setzte der Menge auseinander, daß eine sofortige einseitige Bewilligung durch den Senat gar nicht verfassungsmäßig möglich war — niemand wollte das verstehen oder auch nur anhören. Die Spannung wuchs, es standen Hetzredner auf, mit Gewalttat mußte gerechnet werden. Der Senat gab nach; „er für seinen Teil“ bewilligte alles. — Beim Tischlermeister Wischmann drängten sich am andern Tage die Gratulanten, der Bürgerverein wurde nun auch vom Geld- und Titelpatriziat des Beitritts gewürdigt. „Selbst die Konservativsten nannten sich gemäßigte Demokraten“, schreibt ein vorzüglicher Gewährsmann⁹²⁾. Der ängstliche Senat wahrte den gesetzlichen Schein — der alte Konvent stellte ein provisorisches Wahlgesetz mit allgemeinem und direktem Stimmrecht fest, eine konstituierende Versammlung konnte gewählt werden.

Langsamer und schwieriger, dafür auch weniger dramatisch vollzogen sich die Ereignisse in Hamburg. Ein Ausschuß trat schon im Februar zusammen, um eine

Petition zugunsten der „Nichterbgessenen“ zu entwerfen; am 3. März lag sie zur Unterzeichnung im Saale der Patriotischen Gesellschaft auf. Von anderer Seite wurde aber diese Aktion durch Berufung einer Versammlung für Preßfreiheit auf denselben Abend übertrumpft. Da sich der Senat gekränkt völlig zurückhielt, traten am 9. März 24 führende Männer, darunter Heckscher und Rießer, Baumeister und Wurm, in der Tonhalle zusammen und einigten sich auf elf, dann zwölf Punkte — die typischen Märzforderungen hamburgischen und deutschen Inhalts. Die Partei der Grundeigentümer versuchte nun der Volksbewegung die Spitze abzubringen, indem sie beim Senat die sofortige Bewilligung der Preßfreiheit durchsetzte. Ein solches Manöver konnte die Volksbewegung eben nur verschärfen. Der Entscheidungstag war der 13. März. Der Senat brachte die zwölf Punkte vor die „Bürgerschaft“; sie bestimmte im starkbesuchten Konvent eine gemischte Deputation aus ihrer Mitte zur Begutachtung der Forderungen und Vorbereitung ihrer Verwirklichung — meist Gegner der Volkswünsche⁹³). Am Abend gab es Generalmarsch und Aktion der Bürgerwehr — am Millertor kam es zu einem Krawall mit Verwundungen und einem Toten. Noch war nichts entschieden. Der Kampf verlegte sich aber nun in die Presse und das Vereinsleben. Die „Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten“ gaben allen Stimmen Raum; die „Neuen hamburgischen Blätter“, bald in „Reformblatt“ umgetauft, legten kräftig los. Die „Reform“ übertraf alle andern an grober Wahhaftigkeit und erntete damit starken Beifall. Die Vereine, an der Spitze der Bürgerverein, waren entschlossen demokratisch; auch ein Bildungsverein für Arbeiter wurde gegründet. Der „Grundeigentümerverschein“ blieb die Organisation der politisch und wirtschaftlich Gesättigten. Allgemeinere politische Ziele verfolgten die beiden Neugründungen: „Die Politische Association“ und der „Deutsche Klub“; besonders der letztere brachte es unter Baumeisters Führung zu Einfluß und Ansehen: die jüngeren Juristen, die Literaten, die Kaufleute zweiten und dritten Ranges fanden sich hier zusammen, also das, was man so echt hamburgisch die „honette Demokratie“ nannte, Freunde der Freiheit, des Parlamentarismus, der deutschen Einheit, Feinde der Gewalttat und des durchaus unheimlichen Sozialismus⁹⁴).

Man fühlt es, wie die drei Freien Städte Norddeutschlands auch in der Märzrevolution die Vorteile ihrer Abseitigkeit genossen; Bremen und Lübeck konnten während des ganzen kritischen Jahres unberührt ihre Angelegenheiten selbst abmachen. Hamburg kam durch die schleswig-holsteinische Sache in größere Zusammenhänge. Frankfurt aber stand vom ersten Augenblick, wie von jeher, mitten darin. Das Frankfurtsche und das Deutsche gingen hier selbstverständlich ineinander über. Schon die Germanistenversammlung des Jahres 1846 war eine Art Vor-Parlament gewesen; sie tagte im Kaisersaal des Römers, diesem monumentalen Bilderbogen romantischer Kaisersehnsucht; sie war ein Treffen deutschen Wissens und deutscher Vaterlandsliebe ohnegleichen. Mochte der Mund da noch so gelehrt reden, das Herz ging diesen Männern über von dem edelsten Überschwang,

vor der ergreifenden Anschau deutscher Vergangenheit, deutschen Schicksals: in solchen Räumen, meinte Jakob Grimm, darf nur Deutsches geschehen, nichts Undeutsches. Dies schöne starke Wort steht wie ein Fanal über dem Leben der Freien Stadt Frankfurt während des ganzen Revolutionsjahres.

Die Zeiten waren flau Anfang 1848, der Bankrott des Bankhauses v. Haber und Sohn in Karlsruhe riß mehrere Frankfurter Firmen in den Strudel; die Nachwirkung auf die unteren Schichten wurde schnell spürbar — noch nie hatte die treffliche Frankfurter Armenpflege so viel zu tun gehabt⁹⁵). Der soziale Körper des Stadtstaates litt unter einer überaus schroffen Ausprägung des Gegensatzes von Vielgeld und Weniggeld, wie er im damaligen Deutschland so kräftig nur noch in Hamburg zu finden ist. In den ersten Märztagen gab es Unruhe auf der Straße und in den Kneipen. Dem Zensor wurden die Fenster eingeworfen, beim preußischen Gesandten und am Bundespalais sollte ein gleiches geschehen. Der Bürgermeister verteilte Schutzwachen, die Stadtwehr wurde für den Sicherheitsdienst herangezogen. Am Abend des 3. März fand, fast improvisiert, eine Versammlung in der städtischen Reitbahn statt, die über zweitausend Köpfe zählte. Die Märzforderungen wurden aufgestellt und besprochen, vorsichtige Liberale wie Varrentrapp und Binding und entschlossene demokratische Stürmer wie Hadermann und Funck wirkten noch einträchtig zusammen, mehr freilich im Ziel als in den Mitteln. Die ruhigere Mehrheit wollte von einer Sturmpetition der ganzen Masse nichts wissen, sondern beschloß eine Deputation von 20 Personen. Der Bundestag hatte, wie wir gleich sehen werden, an diesem 3. März die Einführung der Preßfreiheit mit den notwendigen Garantien empfohlen. Nun glaubte auch der Frankfurter Senat, ein freiheitliches Preßgesetz wagen zu können, und versprach, es am Nachmittag des 4. März der Gesetzgebenden Versammlung vorlegen zu wollen.

Der Erste Bürgermeister erklärte der Deputation, die um die gleiche Stunde erschien, der Senat werde, soweit die Erfüllung der Wünsche von den Frankfurter Behörden allein abhinge, bei der Gesetzgebenden Versammlung entsprechende Vorschläge machen, für die allgemein deutschen Programmpunkte sich aber mit aller Kraft einsetzen. Diese Antwort war korrekt und hielt sich an den legalen Weg — sie empörte gerade deshalb die auf dem Römerplatz versammelte Menge. Eine zweite Abordnung versuchte beim Bürgermeister v. Heyden mit starker Bedrängung mehr zu erreichen — ohne Erfolg. Nun tobten Hunderte in die Römerhallen hinein, hinauf zur Kaisertreppe. Stadtwehrleute wurden verhöhnt und mißhandelt, die Axt an die Türen gelegt — da erschien Stadtwehr und Linienmilitär, unter dem Klang des Generalmarsches. Die Gesetzgebende Versammlung beschloß inzwischen die Preßfreiheit, der Senat billigte das Gesetz und verkündete es sofort. Die Menge beruhigte sich aber deshalb noch lange nicht. Der Senat war weise genug, sie sich austoben zu lassen, und ordnete kein Einschreiten durch das Militär an, so sehr dieses auch gereizt wurde. Als einige Tumultuanten auf dem Pfarrturm Sturm läuten wollten, griffen die Gesellen des

Metzgergewerbes mit bewährter Energie zu und verhüteten Unfug. Am andern Morgen wurden Leute, die die deutsche Republik leben ließen und die schwarz-rotgoldene Fahne auf dem Römer aufpflanzen wollten, verhaftet. Der Senat verkündete noch eine Amnestie für politische Vergehen; seine Stellung gewann durch die Bildung freiwilliger Bürgerschutzwachen, die nun alles revolutionäre Temperament zu dämpfen entschlossen waren. Die Turner hatten sich bei dem Römersturm besonders hervorgetan; nun wurde der Zuzug auswärtiger Turner verhindert. Ruhe und Ordnung herrschten wieder in der Bundeshauptstadt; aus den kleinen Residenzen der Umgegend kamen ängstliche Familien, um hier Sicherheit zu finden, und mancher Bundesdiplomats, der schon seine Sachen gepackt hatte, gab den Gedanken der Flucht auf. Merkwürdig ist, daß der vorsichtige Senat, unter dem Einfluß besonders der zünftlerischen Kreise, unter allen Punkten, die jene Adresse enthielt, allein Anstoß nahm am Punkte sechs, der Ausdehnung der Gleichheit auf die Nichtchristen. Die Gleichstellung der so sehr geknechteten Landbewohner wollte er gerne in die Wege leiten — gegen die volle Emanzipation der Juden hatte er Bedenken. In seiner Antwort auf die Eingaben der Bürger vom 4. und 6. März hieß es: „Die gewünschte staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens ist im hiesigen Freistaate von der Verschiedenheit christlicher Glaubensansichten unabhängig. Eine Ausdehnung jener Gleichheit auf Nichtchristen ist seither, soweit es auf dem Wege der Gesetzgebung möglich gewesen, fortdauernd angestrebt worden. Weitergehende Änderungen in dieser Hinsicht würden so tief in das Wesen der hiesigen Verhältnisse eingreifen, daß der Senat Abstand nimmt, diese zu beantragen.“ Auch ein Flugblatt versuchte der Bürgerschaft klar zu machen, daß der Senat verfassungsmäßig nicht anders handeln könne und daß er das volle Vertrauen der Bürger verdiene. Die Aufregung gegen die Juden war in den kritischen Tagen in Frankfurt so stark, daß Tötlichkeiten befürchtet wurden⁹⁶). Die Entscheidung über die Judenemanzipation hing nun freilich von dem Fortgang der Gesamtbewegung in Deutschland ab. Der Staat Frankfurt gehörte sich von allen deutschen Staaten am wenigsten selbst und allein an. Aus der Bundeshauptstadt wurde sehr schnell der Sitz des deutschen Parlaments.

*

Die „Deutsche Zeitung“ schrieb am 29. Februar einen bedeutungsvollen Satz, dem gebührende Beachtung sicher war. Er stand in einem Leitartikel, der vor einem Kreuzzuge gegen Frankreich in der Art des Feldzuges von 1792 warnte: Frankreich solle man in Ruhe lassen. „Wir werden, angegriffen, uns schlagen, für unsern Boden und für unsere Sprache, aber wenn wir für Metternichs und Ancillons System angreifen sollen, so werden wir geschlagen werden⁹⁷).“ Epigrammatisch ist hier die Gesamtlage, die der Zeit so gemäße Verbindung innenpolitischer mit außenpolitischen Momenten zum Ausdruck gebracht. Metternich und Ancillon waren sich einig gewesen in der Reaktion, durch die Reaktion. Wenn Österreich mächtig in Deutschland bleiben wollte, so mußte es

Preußen gängeln. Wenn Preußen eine Großmacht und eine deutsche Macht zu bleiben oder vielmehr zu werden willens war, dann mußte es sich gegen das Österreich Metternichs auf die Seite der Freiheit stellen. Dies haben viele Preußen im Jahre 1848 erkannt, auch der damalige preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff — Friedrich Wilhelm IV. hat es aber nicht erkannt. Der Glaube an Preußen war im eigentlichen Deutschland nie so stark wie in den Februartagen und der ersten Märzhälfte des Revolutionsjahres. Im adeligen Billardklub in Hannover hieß es: Preußen muß sich an die Spitze des Bundes stellen. Im Museum und im Adelsklub dort sprach man von der Notwendigkeit der Diktatur im Deutschen Bunde⁹⁸). Der König von Württemberg ließ in Karlsruhe erklären, er werde dem König von Preußen die Leitung der Nation zunächst auf eine bestimmte Reihe von Jahren antragen. Die allgemeine Schutz- und Rechtlosigkeit wurde in diesen Wochen, im Westen und Südwesten besonders, so stark empfunden, daß der Kaisergedanke ganz lebendig wurde⁹⁹). Noch am 20. März schrieb der preußische Gesandte in Darmstadt v. Bockelberg, in Unkenntnis der Berliner Märzrevolution: „Ein Wort aus Ew. M. Munde, und das ganze südwestliche Deutschland begrüßt jubelnd den konstitutionellen König von Preußen als Kaiser von Deutschland. Jetzt oder nie, hört man von allen Seiten sagen.“ Mit Österreich solle dann ein inniges Bündnis und dauernde Freundschaft bestehen¹⁰⁰). Deutschland, so faßte Bockelberg den Gesamteindruck der Lage treffend zusammen, hat im März 1848 seine Julirevolution gemacht; die Führer der Opposition, Gagern und Itzstein, gelten jetzt schon als Aristokraten, für die meisten ist die Republik nur noch eine Frage der Zeit. Auch der alte Freiherr du Thil, gewiß kein Freund Preußens, war der gleichen Ansicht: „Wenn Preußen sich nicht unverzüglich an die Spitze der deutschen Bewegung stellt, ist in wenigen Tagen im ganzen Südwesten von Deutschland die konstitutionelle Monarchie von der Republik überflügelt.“ Selbst Prinz Emil meinte, durch fremde Truppen diese Bewegung etwa niederschlagen zu wollen, würde die schlimmsten Folgen haben¹⁰¹). In der badischen Kammer schlug Baron Andlaw, der durchaus konservativ-katholisch gesinnte, breisgauische Feudale, die Wahl eines deutschen Kaisers vor; sein gedruckter Bericht ging durch den preußischen Gesandten v. Arnim an König Friedrich Wilhelm IV. Er machte in Baden überall großen, tiefen Eindruck. Da hieß es: „Die deutsche Einheit erheischt für die Energie und Schnelligkeit der Ausführung der Grundgesetze und der Stellung nach außen unbedingt ein sichtbares Haupt, einen deutschen Kaiser — nicht etwa eine ‚Leiche der Gruft‘, sondern eine erhabene lebensvolle Gestalt der Wirklichkeit, den Ausdruck deutscher Kraft und deutscher Majestät¹⁰²).“

Der Kaisergedanke war jahrzehntelang hindurch als revolutionär verfolgt worden; nun nahmen ihn gerade die Gemäßigten auf, denn sie fürchteten den Umsturz des Bestehenden, sie fürchteten Demokratie und Republik. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848 brachte den deutschen Willen West- und Südwestdeutschlands zu einem programmatischen Ausdruck. Es war eine Ver-

sammlung von 51 Männern des öffentlichen Vertrauens, die aus eigenem Antrieb zwanglos in Heidelberg zusammenkamen; Friedrich Römer hatte die Anregung gegeben, der alte Itzstein die Einladungen ergehen lassen. Diese Heidelberger Tagung ist gewissermaßen der geschichtliche Gipfelpunkt der Zusammenkünfte, die 1839 in Hattersheim begonnen hatten, die in Hallgarten bei Itzstein, in Leipzig unter Blums und Todts Führung und anderswo alljährlich ihre Fortsetzung fanden, bis zur Heppenheimer Versammlung von 1847, mit der sich zuerst die breitere Öffentlichkeit befaßte. Die Beschlüsse der 51 wurden in einer Erklärung mit dem Datum: Heidelberg, den 5. März, in der „Deutschen Zeitung“ bekanntgemacht. Darin war ein Krieg gegen Frankreich zur Bekämpfung der Republik, eine Sicherung Deutschlands durch ein Bündnis mit Rußland abgelehnt. Die sofortige Wahl einer Nationalvertretung war gefordert; sie sollte im Interesse des Schutzes „des gesamten deutschen Vaterlandes und der Throne“ baldmöglichst ins Leben treten; die einzelnen Regierungen sollten dementsprechend angegangen werden. Eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme sollte baldmöglichst zusammentreten, um die Wahl der Nationalversammlung vorzubereiten. Sieben Mitglieder der in Heidelberg Versammelten wurden ersucht, Vorschläge vorzubereiten und die Einladungen zu der größeren Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

Diese Heidelberger Erklärung bedeutete nun auch in der Frage der Neuorganisation Gesamtdeutschlands die völlige und entschlossene Revolution. Noch standen ja die Regierungen in Wien und Berlin unerschüttert. Trotzdem wurde der Bundestag beiseite geschoben; nicht gegen die Regierungen, sondern mit den Regierungen wollte wohl die Volksbewegung arbeiten, sie wollte aber ihre Arbeit tun, sie wollte vor allem nicht länger warten. Daß den Führern der Volksbewegung mit einem deutschen Parlament allein nicht gedient war, zeigt deutlich der Antrag, den Heinrich von Gagern mit seinen Freunden am 27. Februar in der hessischen Kammer stellte. Er ging viel weiter als der Bassermanns: ein interimistisches Bundeshaupt sollte gleichzeitig mit der Berufung der Nationalrepräsentation ernannt, die Leitung des Auswärtigen, des Heerwesens und der Volksbewaffnung sollte in die Hand eines Kabinetts gelegt werden, dessen Minister nur dem interimistischen Bundeshaupt und der Nation verantwortlich seien. Vorparlament und Nationalversammlung, provisorische Zentralgewalt und Reichsministerium kündigten sich also an. Die Träger dieser Gedanken wurden in Südwesten die Märzminister, Gagern an der Spitze; die Regierungen von Nassau, Großherzogtum Hessen und Baden schickten den nassauischen Legationsrat Max von Gagern, Heinrichs von Gagern jüngeren Bruder, und den hessendarmstädtischen General Grafen Lehrbach auf eine Gesandtschaft, um die Regierungen der deutschen Länder für die Verwirklichung der Heidelberger Prinzipien zu gewinnen. Gervinus wurde aufgefordert, einen Plan auszuarbeiten. Man darf sagen: die Ideen der „Deutschen Zeitung“ unternahmen es, die deutsche Gegenwart praktisch nezugestalten¹⁰³).

Auch Hecker und Struve hatten an der Heidelberger Versammlung teilgenommen und der veröffentlichten Erklärung zugestimmt. Sie waren dort nicht die einzigen Anhänger der republikanischen Staatsform; die Mehrheit war aber monarchisch im Sinne der konstitutionellen, das heißt in der Zeitsprache der parlamentarischen Monarchie, und auch die Republikaner hielten damals — vor dem Ausbruch der Revolution in Wien und Berlin — eine langsamere Entwicklung für geboten. Ende März war ihre Auffassung anders. Auf der Heidelberger Tagung waren die rheinpreußischen Abgeordneten besonders hervorgetreten — der noch herrschende Glaube an Preußen gab ihnen eine besondere Stellung. Sie vertraten damals den Gedanken, der Vereinigte Landtag sollte wenigstens jedes zweite Jahr am Rhein tagen, um eben das Rheinland an Preußen festzubinden. Es gab doch auch ernsthafte Leute, die jetzt wieder die Abtrennung von Preußen und die Bildung eines eigenen rheinischen Staates besprachen. Ein in Bonn studierender Prinz aus dem kursächsischen Hause war als katholischer Fürst dieses Staates aus-
 ersehen¹⁰⁴). Den Heidelberger Vertrauensmännern, die über einen wählbaren deutschen Reichspräsidenten diskutierten, ließ der König von Württemberg durch Römer sagen: dann lieber einen Kaiser, und zwar den König von Preußen; die kleinen souveränen Staaten müßten verschwinden; wenn man sich nicht entschlosse, vier oder fünf große Staaten zu bilden, sei die Republik unaufhaltsam¹⁰⁵). Als Heinrich von Gagern dem preußischen Gesandten über die Mission des Grafen Lehrbach Erläuterungen gab, erklärte er in aller Form, ein süddeutscher Separatbund sei unmöglich; in Württemberg müßten noch Bedenken gegen Preußen unterdrückt werden; Südwestdeutschland solle aber überzeugt sein, daß Preußen die konstitutionelle Monarchie wirklich wolle; gerade infolge seiner geographischen Verteilung sei Preußen „der notwendige Mittelpunkt der deutschen Einheit“; unpopulär und wenig glücklich sei der Gedanke eines Ministerkongresses; ein Kongreß unter österreichischem Vorsitz wäre ein Unglück für Deutschland. Denselben Standpunkt nahmen die nassauische und badische Regierung ein¹⁰⁶). Die südwestdeutschen Staaten stellten sich entschlossen auf die Seite der Volksbewegung — Preußen hätte nur in der ersten Märzhälfte energisch zuzugreifen brauchen.

Auch die Lage im Deutschen Bundestag zu Frankfurt wäre für eine preußische Initiative recht günstig gewesen. Am 18. Februar konnte Graf Dönhoff nach Berlin schreiben, der allgemeine Wunsch gehe dahin, Preußen möge das Steuer des Bundesschiffes ergreifen; im Bundestag gewöhne man sich daran, Österreichs Teilnahme nur noch für eine nominelle zu halten. Die Bundestagsgesandten von Holstein und von Baden versicherten besonders eindringlich, wie stark sie ein entscheidendes Vorgehen von Preußen erwarteten¹⁰⁷). Da der österreichische Präsidialgesandte in den kritischen Wochen nicht in Frankfurt anwesend war, so fiel dem Grafen Dönhoff die Leitung der Geschäfte zu. Er ergriff sie mit patriotischem Sinn und hoffte, die zögernde Berliner Regierung mitzureißen. Eine Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. vom 25. Februar hatte immerhin von der

für notwendig erachteten „Belebung und Kräftigung des Deutschen Bundes“ gesprochen; der König sah aber den Weg zur Verwirklichung nur über Wien — dorthin schickte er ja seinen Radowitz. Man dachte in Berlin an die Pressegesetzgebung, an die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle, wie sie Württemberg gerade Anfang Februar wieder angeregt hatte, an Bundeskonsulate, an Regulierung der deutschen Auswanderung und Kolonialtätigkeit. In einem Rundschreiben an die deutschen Gesandtschaften war dieses recht bescheidene Programm näher erläutert. Nach Bekanntwerden der Pariser Februarrevolution hielt man in Berlin wiederum nichts für dringender als die unverzügliche und ernste Beratung mit dem österreichischen Hofe; Radowitz verhandelte in Wien über militärische Maßregeln für die deutsche Sicherheit, über den sofortigen Zusammentritt sämtlicher deutscher Regierungen, sei es der Fürsten selbst oder ihrer Bevollmächtigten, über die Belebung der Institutionen des Deutschen Bundes¹⁰⁸). Am 1. März erließ nun der Frankfurter Bundestag einen offiziellen Aufruf, der eine neue Sprache redete. Darin wandte er sich als das „gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands“ an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk, ermahnte sie zum Zusammenwirken, zur Eintracht und zur Treue, im Interesse der Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit nach außen, von Ruhe und Ordnung, Sicherheit und Eigentum im Innern. Der Bundestag versprach, „für die Sicherheit Deutschlands nach außen sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen“: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt . . .“

Der Bundestag versuchte also plötzlich den nationalen Gedanken als sein Arbeitsgebiet in Anspruch zu nehmen, er bediente sich der Sprache der Männer, die er durch Jahrzehnte verfolgt und die ihn durch Jahrzehnte verachtet hatten; der Bundestag sah die Revolution am Werke und erklärte nunmehr die Evolution für nötig. Die Antwort bei allen Wissenden war Spott, berechtigter bitterer Spott. Graf Dönhoff freilich hoffte das Beste; er war der geistige Vater des Aufrufes. Ohne Instruktion hatte er gehandelt und versuchte nun in Berlin sein Vorgehen zu rechtfertigen. Er beschwor den König Friedrich Wilhelm IV., den großen letzten Augenblick zu benutzen, „die deutsche Nationalität auf einer neuen Basis zu konstituieren und Deutschland groß, stark und mächtig zu machen¹⁰⁹)“.

Im Rausch der überall vordringenden Märzrevolution kam sich der Bundestag wohl etwas wunderlich vor. Er konnte ganz still bleiben und abwarten — das wäre vielleicht das Stolzeste und Taktvollste gewesen. Graf Dönhoff versuchte, ihn vorwärtszupeitschen, ihn an die Spitze der Bewegung zu bringen — im deutschen und im preußischen Interesse. Es war ein Kampf der Verzweiflung um das letzte Ansehen, um die Existenz. So begann der Bundestag, als ein alter abgetriebener Gaul, das Wettrennen mit dem jugendlich schäumenden Rosse der deutschen Freiheitsbewegung. Ein Jahr lang hatte dem Bundestage der preußische Entwurf über die Regulierung der Bundespreßgesetzgebung vorgelegen — nun wurde

mitte in dem allgemeinen Ruf nach Preßfreiheit diese Frage schnell hervorholt, und der Bundestag überraschte die Zeitgenossen durch seinen Beschluß vom 3. März, kraft dessen jedem Bundesstaate freigestellt wurde, die Zensur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen, freilich nur unter „Garantien, welche die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicherstellen“. „Möglichst“ — war rührend, war bescheiden, war nach solcher Vergangenheit noch komischer, als zu erwarten gewesen wäre. Österreich, Hannover und Kurhessen hatten dagegen gestimmt, dies erfuhr das Publikum aber nicht¹¹⁰). Instruktionen waren auch nicht eingeholt worden. Der Bundestag wagte es schon, in dieser großen Zeit seine eigenen Gesetze zu brechen. Auf diesem Wege schritt er fröhlich fort. Graf Dönhoff entwickelte in seinem für Berlin bestimmten Bericht vom 5. März den Plan, die von dem preußischen Könige schon früher genehmigten Ideen eines Bundeswappens und der Bundesfarben jetzt durchzubringen. Bereits am 9. März erfolgte der Beschluß des Bundestags, durch den der alte deutsche Reichsadler zum Bundeswappen und die Farben „des ehemaligen deutschen Reichspaniers“ zu den Farben des Deutschen Bundes erklärt wurden¹¹¹). Es war ein von Dönhoff gut gemeinter Anbiederungsversuch, der aber im Augenblicke nur peinlich wirkte und den Bundestag in der öffentlichen Meinung durchaus nicht mehr retten konnte. Man spottete, daß nun der gute alte Bundestag das polizeiliche Verbrechen, das er tausendmal hart bestraft hatte, das Tragen dieser Farben, in aller Unschuld selbst begehen wollte.

Österreich und Preußen glaubten aber, diese machtvolle Volksbewegung durch einen Fürstenkongreß in Dresden beschwichtigen zu können, der für den 25. März geplant war! Rundschreiben der beiden Großmächte luden die andern Regierungen dazu ein, die kaiserlich österreichische privilegierte Wiener Zeitung machte sogar das Publikum auf dieses Ereignis aufmerksam (Nr. 76). Die Aufgabe des Fürstenkongresses sollte sein, „Normen und Grundsätze aufzustellen, deren Ausführung der Bundesversammlung zu übertragen wäre“. Der Gegensatz zwischen dem Grafen Dönhoff und seiner Berliner Regierung kam nun ganz klar zum Ausdruck. Dönhoff hatte unter seinem Vorsitz einen politischen Ausschuß des Bundestages gebildet, der die Geschäftsleitung der Präsidialmacht Österreichs aufs schärfste kritisierte. An seinen Minister Freiherrn v. Canitz schrieb er am 9. März, der geplante Fürstenkongreß werde keinen guten Eindruck machen; man werde an Pillnitz denken; die süddeutschen Staaten würden ihn nicht beschicken, denn die Souveräne von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen nähmen sich dadurch den Boden weg unter ihren Füßen: „Geht der König auf diesem Wege weiter, so sprengt er den Bund und bringt die größte Gefahr über Preußen und Deutschland“¹¹²). Er versuchte, die Gedankengänge der „Konstitutionellen Partei“ den Leuten in Berlin klarzumachen: 1815 hätte vielleicht die Bundesversammlung genügt, jetzt nicht mehr; ihre Organisation ist nunmehr völlig unhaltbar; eine neue Bundesverfassung kann nur durch Mitwirkung der gewählten Abgeordneten

beschlossen werden; deshalb sollen alle Ständeversammlungen und Landtage nach dem Verhältnis der Bevölkerung Abgeordnete nach Frankfurt schicken, die mit den Vertretern der Regierungen die neue Bundesverfassung paktieren werden; das ist die Idee des deutschen Parlamentes; die Bundesstaaten müssen einen Teil ihrer Souveränität aufgeben; eine süddeutsche Republik droht, wenn Preußen nicht entschieden die vorherrschende Bewegung in die Hand nimmt; die Sendung von Radowitz nach Wien hat ungünstig gewirkt; er hätte nach Frankfurt gehen sollen; Preußens Rücksichtnahme auf die österreichischen Ansichten hat nur geschadet.

Canitz nahm seinem Gesandten diese Ansichten durchaus übel; ganz böse schrieb er an den Rand des Berichtes: „Werden etwa meine Schreiben vom 29. Februar, 3. und 7. März als non avenues betrachtet?“ Er erklärte Dönhoff für eigenmächtig und ehrgeizig. Tatsächlich sah der Gesandte weiter als der Minister, denn er erlebte die westdeutsche Volksbewegung mit und beurteilte ihre Tragweite richtig.

Kurze Zeit schien es so, als sei der Bundestag selbst durch die Revolution bedroht. Die Frankfurter Bevölkerung hatte den Argwohn, die Bundesversammlung werde zu ihrer Sicherheit wieder wie ehemals Bundestruppen aus Mainz kommen lassen. Graf Dönhoff erklärte aber den Behörden der Freien Stadt, dies würde nicht geschehen; könnte die Stadt nicht für die Sicherheit des Bundestages eintreten, dann würde sein Sitz wegverlegt. Auch in Berlin hat Dönhoff den Gedanken vertreten, man solle den Bundestag eventuell nach Berlin verlegen und so dieses Instrument tatkräftig in die Hand nehmen. Es war im Durcheinander der Märztage sicher eine der besten Ideen, die auftauchten¹¹³).

Am 7. März erhielt Graf Dönhoff den unerwarteten Besuch David Hansemanns, der von der Heidelberger Tagung zurück ins Rheinland reiste¹¹⁴). Er sprach mit dem preußischen Bundestagsgesandten die Lage durch; über die preußischen Dinge hatte er eine Denkschrift verfaßt, die uns später beschäftigen wird; die deutsche Entwicklung konnte Hanseemann sich nur durch ein Parlament und unter preußischer Führung vorstellen; er dachte an ein Direktorium von drei, höchstens fünf Mitgliedern zur Leitung der deutschen Angelegenheiten; nach seiner Ansicht war bereits der völlig entwickelte Keim eines konstitutionellen Sonderbundes vorhanden, der aus Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen und Nassau bestand. Bayern hatte bereits die französische Republik anerkannt! Unter dem Eindruck von Hansemanns Besuch empfahl Dönhoff, von Berlin aus direkte Verhandlungen mit den beiden maßgebenden Fürsten des Südwestens, dem König von Württemberg und dem Erbgroßherzog-Mitregenten von Hessen, anzuknüpfen; um Bayern zu gewinnen, dachte er sich als Ort einer Konferenz Stuttgart; mit den Leitern der Volksbewegung, also den Heidelbergern, wäre vertraulich ins Benehmen zu treten; der Gedanke des deutschen Parlamentes müßte an den vorhandenen Bundestag angeknüpft, ein Oberhaus von Fürsten und deren Vertretern daneben gestellt werden; im Falle der Schilderhebung von „Republikanern oder Proletariern“, oder für den Fall eines französischen Angriffes

habe ein deutscher Fürst — natürlich der König von Preußen — die militärische Diktatur zu übernehmen.

Am 9. März legte der neue badische Bundestagsgesandte Welcker den Antrag auf ständische Vertretung am Bunde offiziell ins Protokoll; der gleiche Antrag stand von großherzoglich hessischer Seite bevor. Der Bundestag versuchte von neuem, die Frage der Reform der Bundesverfassung in der Hand zu behalten: am 10. März forderte er die Regierungen auf, unverzüglich „Männer des öffentlichen Vertrauens“ zur Revision der Bundesverfassung nach Frankfurt zu entsenden, und zwar einen für jede Stimme des engeren Rates, also siebzehn. Dönhoff rechtefertigte diesen Beschluß, in seinem Bericht nach Berlin, mit dem Hinweis auf die große und allgemeine Aufregung im Süden und Westen, die selbst durch die „besitzende Mittelklasse gestützt sei und schon deshalb die sonst zulässigen Gewaltmittel unanwendbar mache“: man solle sich mit der entschiedenen Richtung in Güte verständigen, die Absonderung des konstitutionellen Deutschland mache Fortschritte, in den rheinischen Landen habe sie alle Sympathien für sich, das Ergebnis sei Preußens Isolation.

Trotzdem hielt Preußen an dem Dresdener Kongreß fest. Man dachte ihn, wenn nicht als Fürstenkongreß, so doch wenigstens als Gesandtenkonferenz. Der Gesandte in Dresden Jordan warnte seine Regierung: die sächsischen Gewalten seien zwar gutgesinnt, aber schwach und deshalb nicht in der Lage, erlauchte Gäste vor Verunglimpfung, ja frevelhafter Beleidigung zu schützen; es herrsche außerdem vollkommene Zensurfreiheit, und der Zusammentritt des sächsischen Landtages stehe am 20. März schon bevor. Mit nochmaligem Ausdrucke seiner Bedenken übernahm der Gesandte dann die Überbringung der Einladung¹¹⁵). Die meisten Regierungen gerieten durch den preußischen Gedanken nun in Verlegenheit. Noch vor acht Tagen, schrieb der preußische Gesandte von Thun aus Stuttgart an Canitz, hätte der Kongreßvorschlag das größte Entgegenkommen gefunden, jetzt ist es zu spät. Der württembergische Außenminister Graf Beroldingen betrachtete diese geplante Konferenz als „ganz unzulässig“. Nassau und das Großherzogtum Hessen lehnten am 15. März die Beschickung ab. Andere Regierungen dachten daran, einfach ihre Bundestagsgesandten für Dresden zu bestimmen — das kam also wieder auf eine Art Verlegung des Bundestags hinaus. Bayern weigerte sich aber ausdrücklich, an dem Kongreß in Dresden teilzunehmen. König Ludwig machte den Vermerk: „Ministerkongresse haben ihr Ansehen verloren, und nicht in Dresden, sondern in Frankfurt am Bundestage sind die Bundessachen in ihm zu verhandeln.“ Von Wien kam der Vorschlag, dann wäre es doch besser, den Bundestag überhaupt nach Potsdam zu verlegen — so lag die ganze Verantwortung auf Preußen¹¹⁶). Der Widerspruch zwischen dem Beschluß des Bundestages vom 10. März und dem preußischen Kongreßvorschlage war ja mit Händen zu greifen. Hätte Preußen von dem Beschluß vom 10. über die 17 Vertrauensmänner Kenntnis gehabt, meinte der Erbgroßherzog von Hessen, hätte es nicht den Diplomatenkongreß ins Auge fassen

können. Der Bundestag suspendierte auch in Anbetracht der österreichisch-preussischen Einladung nach Dresden seinen Beschluß vom 10. März, um dann wieder darauf zurückzukommen, als der Kongreßgedanke endgültig gescheitert war¹¹⁷⁾. Schlagend äußerte sich der badische Minister v. Dusch in einem Briefe an den hessischen Geschäftsträger, Generalmajor v. Schaeffer-Bernstein, in Berlin (Karlsruhe, 10. März) über die verworrene Lage¹¹⁸⁾.

„Die geistige Bewegung, die schon groß war in ruhigen Zeiten, ist jetzt auf einmal ungeheuer geworden. Nur durch Befriedigung des Geistes, der darin tobt, das heißt nur durch neue Erschaffung von Organen im politischen Deutschland, in welchen dieser Geist eine geordnete und befriedigende Beschäftigung findet, ist es vielleicht möglich, ihn zu beschwichtigen und wohlthätig zu machen. Mit Waffengewalt ist dagegen, besonders im Angesicht der monströsen Erscheinungen in Frankreich, nichts auszurichten, man würde nur zum äußersten reizen. Die Waffengewalt wird fast ausschließlich zum Schutz gegen den Kommunismus, der in den unteren Schichten wühlt, in Anspruch genommen . . . Die politisch-geistige Bewegung gehört dem Jahrhundert an, man kann sie nicht zurückdrängen . . . Kongresse sind noch mehr gehaßt als gefürchtet. Das Mißtrauen ist grenzenlos, aller Glaube an gute Absicht ist dahin, alles wird bekannt und den andern Tag in die weite Welt durch die Presse getragen . . .

Am Bunde uns zusammenscharen und mit Schnelligkeit allgemein gültige Beschlüsse im nationalen Sinne, im Sinne der politischen Bewegung zu fassen, erscheint das einzig mögliche Heilmittel, um zu verhüten, daß nicht alles in Projekten, Plänen, Phantasien auseinanderfalle. Preußen kann von Berlin aus durch Depeschen, Ratschläge, Ermahnungen, durch Vorschläge zu Zusammenkünften . . nichts, rein gar nichts bewirken, als neues größeres Mißtrauen erwecken und die Verwirrung und Bestürzung vergrößern. Preußen am Bundestage in Frankfurt mit Energie im nationalen Sinne an der Spitze stehend und rasch befriedigende Beschlüsse über Nationalvertretung am Bunde, zu denen keine Regierung unter den jetzigen Umständen wagen könnte, nein zu sagen: von dort könnte Preußen jetzt alles, es könnte Deutschland retten und mit uns allen zusammen eine nationale Kraft hervorrufen, wie Deutschland sie noch nie gekannt, und welche allem, dem Kommunismus wie der Revolution und den französischen Heeren überlegen wäre . . .“

Dieser bedeutungsvolle Brief, ein ergreifendes Zeitdokument, ist dem preussischen Außenminister v. Canitz vorgelesen worden — aber genutzt hat das auch nichts. Canitz hielt nichts von einem deutschen Parlament: ein Parlament, schrieb er an Bernstorff, „setzt eine neben oder über ihm stehende einheitliche Regierung ebenso sehr als Unabhängigkeit von andern ständischen Korporationen voraus“. „Wo ist die Zentralregierung“, fragte er, „welcher man ein deutsches Parlament an die Seite stellen möchte?“¹¹⁹⁾

Die Antwort war schon gegeben, ehe die Frage gestellt war — nur hatte man leider in Berlin keine Ohren dafür. In einer Unterredung, die Heinrich von Gagern

mit dem preußischen Gesandten v. Bockelberg am 19. März führte, bezog er sich ausdrücklich auf jenen Antrag, den er noch als Abgeordneter in der hessischen Kammer gestellt hatte: die Bundesdiktatur, die Zentralgewalt am Bunde sollte der König von Preußen übernehmen. Weder in Potsdam noch in Dresden wünschte Gagern einen Kongreß; die einzig möglich erscheinende Lösung, meinte er, ist die Verschmelzung der Bundesversammlung mit dem beabsichtigten Kongreß; nur vom Bunde aus ist das Ziel erreichbar, Frankfurt muß der Sitz der Versammlung bleiben. Ein Parlament ohne Gegengewicht wäre Republik; man muß sich mit der Bundesversammlung auf legalem Wege in Verbindung setzen. Gagern und seine Freunde gingen so weit in ihrer loyalen Bereitschaft, daß sie jetzt die Heidelberger Beschlüsse, die das „Vorparlament“ vorbereiteten, beinahe bedauerten. Er und Gervinus bemühten sich, das „Vorparlament“ nicht in Frankfurt stattfinden zu lassen; Gagern erklärte auch, er habe seinen Namen nicht unter den Aufruf gesetzt, es sei wider seinen Willen geschehen. Es entspräche nicht seiner gegenwärtigen Stellung. Welcker versicherte, alles tun zu wollen, um dem „Vorparlament“ den Charakter einer Privatversammlung zu bewahren¹²⁰). So bremsten gerade die Führer der Heidelberger Bewegung, weil sie fürchteten, von der Revolution überholt und verschlungen zu werden. Alles wartete auf Preußen: Preußen hätte nur zuzugreifen brauchen — es konnte bei der Lähmung Österreichs jetzt die Bundesreform verwirklichen. Aber nur vor dem 18. März! Am 17. März hatte Dahlmann an den Freund Gervinus aus Bonn die bedeutsamen Sätze geschrieben:

„Hätte ich Macht und dürfte mich an Preußens Stelle setzen, so hätte ich acht Tage nach Louis Philippes Entsetzung die deutschen Angelegenheiten in die Hand genommen, provisorisch zwar, aber hätte sie als Kaiser behandelt, natürlich auf Grund aller der Verfassungsfreiheiten, die in Preußen noch fehlen“¹²¹).

Wie stark wehrte sich auch die öffentliche Meinung, die frisch erwachte, gegen Dresden oder gar Potsdam! Das Frankfurter Journal brachte am 20. März eine aus Heidelberg datierte Korrespondenz: „Fast alle deutschen Staaten sind wiedergeboren durch die Geistestaufer der Freiheit, gebrochen ist die Macht jenes falschen monarchischen Prinzips, welches sich nur auf die rohe Gewalt einer dienenden Militärkorporation stützte, und jetzt sollten verantwortliche Minister deutscher Volksfürsten einwilligen, daß der Bundestag seinen Sitz aus einer von befreiten Staaten umgebenen Freistadt verlegen werde nach einer von absolutistischen Gewalthabern umringten Kaserne eines Militärstaates?“

Es gab also gleichzeitig: erstens eine rein revolutionäre Bewegung — man kann sie die Heidelberger nennen; sie arbeitete hin auf Vorparlament und Nationalversammlung; zweitens eine diplomatische Aktion der Kleinstaaten (Mission Lehrbach-Gagern), die diese revolutionäre Bewegung auffangen und legalisieren wollen; drittens eine Reformbewegung des Bundestages unter Dönhoffs Führung und viertens eine diplomatische Aktion der Großmächte. Am stärksten war zweifellos die rein revolutionäre Bewegung; die Stimmung gegen Diplomatie, Militär-

gewalt, Reaktionspolitik und Bundestag übertraf an Wucht alle andern. Hat man doch in Wiesbaden etwa den Aufruf des Bundestages öffentlich zerrissen und der Verachtung preisgegeben! Der hannöversche Bundestagsgesandte, der gegen die ständische Vertretung beim Bunde stimmte, war fast Injurien ausgesetzt¹²²). In München wurde gratis ein Aufruf gegen den Bundestag verteilt, in dem die kräftigsten Sätze so lauteten: „Ihr habt Euch in einem Aufruf an das Volk gewandt, nachdem Ihr Jahrzehnte hindurch im geheimen es verraten. Ihr fühlt den Boden unter Euern Füßen wanken, und in dieser Bedrängnis gebt Ihr gute Worte. Ihr habt uns alle Freiheiten genommen, welche Ihr uns hättet geben sollen . . . Der Volkswitz, welcher Eure Versammlung „Bundesnacht“ nennt, hat Euch gerichtet — Eure Zeit ist vorüber . . . Damit fort mit Euch, Ihr Bundestagsgesandten, Eure Sonne ist gesunken . . .“¹²³).

Die diplomatische Aktion der Kleinstaaten gelang auf ihre Weise, konnte aber nicht durchschlagen. In Stuttgart fand eine eingehende Beratung des deutschen Programmes mit der württembergischen Regierung statt. Der König von Württemberg erklärte sein Einverständnis mit dem Programm Max von Gagerns und seiner Gefährten: die Regierungen sollen die Bestrebungen der Privaten (der Heidelberger) nicht hindern, sondern eine zu „weitgehende Wirksamkeit“ durch „eigenes kräftiges Handeln neutralisieren“; die Nationalvertretung soll mit den bestehenden Bundesreformen in Verbindung gebracht werden — falls das nicht gelingt, muß man ein Oberhaus aus Bundesfürsten oder Stellvertretern versuchen; das nach dem Maßstabe 1 : 100000 gewählte Parlament soll die gemeinschaftliche Gesetzgebung, die Volksbewaffnung, das Zoll-, Maß- und Münzwesen, die diplomatische Vertretung Deutschlands gegenüber dem Auslande in die Wege leiten. König Wilhelm von Württemberg war mit Recht der Meinung, ein Parlament ohne Haupt sei ein Unding: „Ich bin ganz bereit, Preußen die Kaiserkrone anzutragen.“ Als Gagern fragte: „Auf bestimmte Zeit?“, antwortete der König: „Nein, nur keine halben Maßregeln; sonst würde es zu sehr der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten gleichen.“ Die Voraussetzung zu diesem Schritte sei aber: Preußen muß seinem Volke dieselben Freiheiten verleihen, wie sie Süd- und Westdeutschland besitzen¹²⁴). Diese Gedanken ließ König Wilhelm in jenen Tagen auch durch Wolfgang Menzel in Berlin vertreten — er schickte ihn in besonderer Mission an den preußischen Hof¹²⁵). Ein badischer und ein württembergischer Bevollmächtigter schlossen sich der Mission Lehrbach-Gagern zur Weiterreise nach München an. Schon wurde dort König Ludwigs Eifersucht wach: „Württemberg darf keine Suprematie eingeräumt, kein Sonderbund geschlossen werden“, lautete eine Randbemerkung von ihm. Und vom selben Tage, dem 15. März: „Teutsche Volksvertretung am Bundestag hat stattzufinden, das keine Frage seyn, aber das Wie — damit die Fürsten nicht unterdrückt werden.“¹²⁶)

Die Aktion des Bundestages unter Graf Dönhoffs Führung hatte gewisse äußere Erfolge, verfehlte aber ihr Hauptziel. Am 17. März übernahm der österreichische Gesandte Graf Colloredo wieder das Präsidium des Bundestags,

ahnungslos und vollkommen fremd allem inzwischen Vorgefallenen; er war zurückgekehrt, hauptsächlich weil Österreich eben den Bund nicht aus der Hand geben wollte, wenn es auch im Augenblick nichts mit ihm anfangen konnte. Mit Bitterkeit warf Dönhoff seinem Minister Canitz vor, daß die Berliner Leitung die kostbare Zeit vertan und eine nicht wiederkehrende Gelegenheit versäumt habe¹²⁷).

*

Jene Verhandlungen mit den diplomatischen Bevollmächtigten der Kleinstaaten gehören zu den letzten Regierungshandlungen König Ludwigs von Bayern vor seiner Abdankung. Seine Stellung und sein Ansehen waren ja durch die Ereignisse der letzten Jahre tief erschüttert. Die durch den Lolaskandal im Februar 1848 so tief erregte Volksstimmung wandte sich in den ersten Märztagen von neuem gegen ihn und seine Berater. Verhaßt war ja besonders der Minister v. Berks wegen seiner engen Beziehungen zur Gräfin Landsfeld. Er genoß gerade deshalb am meisten das Vertrauen des Königs! Nun erschien auch noch die außenpolitische Lage Bayerns bedroht. Der österreichische, der preußische und der russische Gesandte machten den Fürsten Wallerstein amtlich auf die Gefährdung der Pfalz aufmerksam. Die Festungen Landau und Germersheim sollten jetzt rasch instand gesetzt werden — allzu viel war hier versäumt. Der württembergische Gesandte lud Bayern zu einer Militärkonferenz nach Karlsruhe ein, wo badische mit württembergischen Bevollmächtigten schon zusammengetreten waren. Bayern ließ tagelang auf Antwort warten. So kam man zu keinem Beschluß. Nur Landau wurde um einige hundert Mann verstärkt, sonst wurden keine Vorkehrungen getroffen, auch Beurlaubte nicht einberufen. König Ludwig wollte sich von der Notwendigkeit schleunigen Handelns nicht überzeugen lassen, obgleich auch Fürst Leiningen ihm den Ernst der Lage auf das dringendste vorstellte. In München herrschte eine Art Panikstimmung. Österreichische Staatspapiere wurden weit unter Kurs angeboten; österreichische Banknoten waren selbst mit 20 Prozent Verlust nicht anzubringen — bis der Bankier Eichthal erklärte, alle angebotenen Noten mit 95 Prozent einzulösen¹²⁸).

Fürst Leiningen war in diesen schweren Tagen der gute Geist Bayerns. Die Zeitereignisse gaben seinen politischen Gedanken höchste Aktualität. Der preußische Gesandte Graf Bernstorff kennzeichnete seine bedeutende Stellung in den folgenden Sätzen: „Der Fürst von Leiningen, der hier jetzt auf Händen getragen wird und jeden Augenblick das Heft in die Hand nehmen könnte, wenn er es wünschte, der überhaupt durch seine politische und soziale Stellung unter allen Privatleuten als die einflußreichste und mächtigste Persönlichkeit im südwestlichen Deutschland angesehen werden kann, ist begeistert für den Gedanken, daß Preußen sich an die Spitze Deutschlands stelle.“¹²⁹) Leiningen setzte seinen ganzen Einfluß ein, um dieser Auffassung auch in Bayern zum Siege zu helfen. Das Hindernis war — er erkannte es frühzeitig — nun leider die Person König Ludwigs.

Tiefbekümmert sprach er sich zum Grafen Bernstorff mit völliger Offenheit darüber aus: König Ludwig, sagte er, ist vollständig aller Achtung, aller Autorität, alles Vertrauens bei seinem Volke entblößt. Er wird allgemein für ganz oder halb wahnsinnig angesehen; er ist jeder vernünftigen und ernsten Betrachtung unzugänglich; er lebt in vollkommenem Traum; nirgends sieht er eine Gefahr für seinen Thron, für Bayern, für Deutschland; er denkt und schreibt nur an seine verjagte Geliebte; er beschäftigt sich nur mit dem Gedanken, sich wieder mit ihr zu vereinigen, eine völlige Reaktion durchzuführen und Rache zu nehmen. Das Ministerium entbehrt jeden Kredits, von Beisler abgesehen sind alle Minister Nullen; Fürst Wallerstein — das mußte Leiningen als sein alter Bekannter doch einfach zugeben — ist vollkommen abgenutzt und haltlos; jeder glaubt zu wissen, daß Fürst Wallerstein auf die Entthronung des Königs hinarbeitete und bei den Volksaufläufen der ersten Märztag seine Hand im Spiele hatte¹³⁰). Das Sonderbarste war, daß der König Ludwig selbst dem Fürsten Wallerstein nichts mehr glaubte: dieser Mann, im Privatleben ohne Kredit, im öffentlichen ohne Vertrauen, blieb trotzdem Minister. Seit einem Jahre hatte es in Bayern fünfzehn verschiedene Minister gegeben — alle Talente waren verbraucht, wenigstens im gouvernementalen Lager¹³¹).

Als die Abdankung König Louis Philippes am 27. Februar in München bekannt wurde, zog man Vergleiche zwischen den Münchener und den Pariser Vorgängen des Februars, und die Münchener schmeichelten sich, im frischen Siegesbewußtsein, ihrem Könige noch früher als die Pariser eine empfindliche Niederlage beigebracht zu haben. Nur die Abdankung fehlte noch¹³²). Die Volksbewegung begann von neuem; da ergriff Fürst Leiningen die Initiative und trat freimütig dem Könige gegenüber¹³³). Er tat es kraft seiner Eigenschaft als Präsident der Kammer der Reichsräte, aber auch als deutscher Fürst und Patriot. Drei Schreiben richtete er nacheinander an König Ludwig. In dem ersten, datiert vom 1. März, beschwor er den König, sich vom allgemein verachteten Ministerverweser v. Berks zu trennen. König Ludwig ließ das Schreiben unbeantwortet und faßte einen Wechsel der Münchener Garnison ins Auge, die bei den Februarunruhen nicht zuverlässig gewesen war. Am Abend des 2. März wurde von der Menge die Berkssche Wohnung gestürmt, dabei wurden die Rufe laut: „Revolution! Freiheit! Gleichheit! Nieder mit Wallerstein! Deutsche Republik!“¹³⁴) Man ließ die populären klerikalen Häupter der Hofgesellschaft, die Grafen Arco-Valley und Arco-Zinneberg hochleben. Fürst Wallerstein, Baron Closen sprachen zur Menge. Auf dem Rathaus wurde eine Adresse an den König aufgelegt, die in acht Punkten die Märzforderungen zusammenfaßte. Sie fand sehr zahlreiche Unterschriften der Bürger, auch vom Adel, von den Reichsräten — an die Zehntausend; Fürst Leiningens Name stand an der Spitze. Er schrieb jetzt, am 3. März, zum zweiten Male an den König und erbat, als Organ der Reichsräte, als Träger ihrer Besorgnisse und Wünsche, eine Audienz. Der König lehnte die Audienz ab: nur während der Dauer des Landtages kenne er eine Körperschaft von Reichs-

räten; die schriftlichen Wünsche des Fürsten wolle er aber gerne vernehmen. Nun bat Fürst Leiningen in dem dritten Briefe, der König möge die Rathausadresse gnädig annehmen; täte er es nicht, werde er zur Abdankung genötigt werden: „Ich bin Ihr treuester Untertan, allein ich bin auch ein deutscher Fürst, ich würde als solcher Ew. Majestät nicht zur Nachgiebigkeit raten, wenn es mit der Ehre eines Fürsten unverträglich wäre. — Um eines beschwöre ich aber Ew. Majestät: nur keine halben Maßregeln!“

Zum Barrikadenbau war es in München nicht gekommen; es gab aber zerbrochene Fensterscheiben und laute Gassendemonstrationen; das Militär stand aufmarschiert, schaute jedoch ruhig zu; Gendarmerie und Polizei war nicht zu sehen. Den Patrouillendienst der Kürassiere drosselte man ab durch Umwerfen von langen Bierwagen und Hinzuwälzen leerer Bierfässer¹³⁵). Schwarzrotgold herrschte, aber auch rote Taschentücher wurden an Pfosten gebunden. Waffenläden wurden geplündert, eine Gendarmeriewache erbrochen, die Betten dort zerschnitten. Man machte sich den Spaß, die Betttücher an Fahnenstangen durch die Straßen zu schwenken. Vieles war Faschingscherz und Künstlerulk. Auch die Studenten nahmen lebhaften Anteil und legten eine Sonderadresse auf.

Am frühen Morgen des 3. März hatte Berks die Stadt verlassen, angeblich „unpäßlich“, hatte er einen vierwöchentlichen Urlaub erbeten. Diese unklare und heuchlerische Lösung erbitterte stark. Nicht nur gegen den König, auch gegen den Kronprinzen Maximilian herrschte eine böse Stimmung. Das Gerücht behauptete, er hätte das Verfahren des Königs am 11. Februar gemäßbilligt: dem Volk wäre zu viel Nachgiebigkeit gezeigt worden, von der Waffe hätte man strenger Gebrauch machen sollen. Der Kronprinz ließ deshalb den Sekretär der Reichsratskammer Freiherrn Schenk v. Stauffenberg an den Fürsten Leiningen einen Brief schreiben, dessen wichtigste Stelle im Rathaus zur Beruhigung der Menge vorgelesen wurde:

„Ermächtigt von Sr. Kgl. Hoheit dem Kronprinzen teile ich Ihnen mit, daß derselbe empört ist, daß man in einem so kritischen Augenblicke bemüht ist, ihm durch Verleumdung seine Popularität zu entreißen, indem man behauptet, daß er sich mißbilligend über die Nachgiebigkeit Sr. Majestät geäußert, strengere Maßregeln gewünscht und sich sogar erboten habe, an die Spitze der Truppen sich zu stellen. S. Kgl. Hoheit ermächtigen mich, zu erklären, daß dies eine elende Verleumdung sei und daß der Stoß, den das Ansehen der Krone erlitten, von ihr selber ausgegangen und die Folge der obwaltenden Verhältnisse gewesen, deren Lösung nur auf dem Wege zu finden war, wie sie ihn gefunden.“ Der Brief schloß mit der vollen Anerkennung des festen Benehmens, das die Münchener Einwohnerschaft eingehalten habe¹³⁶). Das Schreiben wurde natürlich stark bejubelt, man ließ den Kronprinzen hochleben; der ganze Vorgang mußte das Selbstgefühl der Menge steigern und war ein neuer, kräftiger Schlag gegen König Ludwig. Fürst Leiningen rechnete schon an diesem Tage mit der Abdankung und forderte deshalb den Fürsten Wallerstein auf, den

Kronprinzen aus Würzburg herbeizuholen. Da Wallerstein das nicht wagen wollte, sprach Leiningen dem Grafen Bernstorff den Wunsch aus, König Friedrich Wilhelm IV. möge den Kronprinzen zur Reise nach München veranlassen, schickte aber dann an Maximilian selbst durch Stafette dringend Nachricht, und der Kronprinz traf unverzüglich in der Hauptstadt ein. Bei dem bekannten Gegensatz zwischen Vater und Sohn war diese Anwesenheit nur geeignet, die Lage der Dinge noch mehr zu verwickeln. Der österreichische Gesandte schrieb nach Wien: „So unbeliebt der Kronprinz ist, könnte doch die gegen seinen Vater jetzt herrschende Erbitterung leicht eine gefährliche Wendung zu seinen Gunsten herbeiführen“⁽¹³⁷⁾. Die Pläne der Partei des Prinzen Luitpold, sowie die ganz vereinzelt auftauchenden Gedanken an eine Republik bekamen durch die Ankunft des Kronprinzen einen empfindlichen Stoß.

Der entscheidende Tag war der 4. März. Der König hatte lediglich die Auflösung der alten Abgeordnetenversammlung erklärt, um die gar nicht gebeten worden war; die Neuwahl sollte erst am 31. Mai stattfinden; auf das so anstößige Beurlaubungsrecht für gewählte Beamte wurde verzichtet, aber im übrigen sollten alle „verfassungsmäßigen Wünsche“ erst mit der Volksvertretung beraten werden. Das konnte nicht mehr genügen. Von allen größeren Städten Bayerns kam die Nachricht, daß auch dort Adressen mit den Märzforderungen beschlossen oder vorbereitet waren. Volle Preßfreiheit, Volksbewaffnung und Beedigung des Militärs auf die Verfassung sollten, so war die Forderung, deshalb unverzüglich von der Krone bewilligt werden; auch sollte die alte Kammer sofort zusammentreten. König Ludwig hatte mit einer so allgemeinen Bewegung nicht gerechnet — er war erstaunt und gekränkt. In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten von Schwaben kamen die rührend-wunderlichen Sätze vor: „Ich erwarte von Augsburgs bereits, da ich noch Kronprinz, mir anhänglichen Bewohnern, daß sie auch fortan mir treu sein werden“⁽¹³⁸⁾.

Die Minister verhandelten in München mit den Bürgern, eine neue Adresse wurde vorbereitet, das Volk sammelte sich wieder drohend auf den Straßen. Auch viele Bauern strömten in die Stadt. Da kam die Nachricht: sämtliche Truppen der Garnison sind ausgerückt. Kanonen wurden vor der Residenz aufgeföhren, der Generalmarsch dröhnte. Das ganze Ministerium Wallerstein war abgetreten, Fürst Wrede hatte das Portefeuille des Innern übernommen. Nun stürmte das Volk das Zeughaus. Sehr tätig waren dabei die Studenten. Schnell waren gegen 3000 Menschen mit Äxten, Hellebarden, Spießen und Säbeln bewaffnet; nicht nur Gewehre, auch Trommeln und Fahnen nahm man mit, und so ausstaffiert tobte diese wunderliche Menge durch die Straßen. Aus dem Innern der Stadt waren Einzelschüsse zu hören, Kürassiere und Infanterie drängten die bewaffneten Volkshaufen auf den Promenadenplatz. Die Spannung war groß, die Entladung schien unvermeidlich. Da kam Feldmarschall Prinz Karl von Bayern zu Pferde an, ritt in den Haufen hinein und verkündigte den königlichen Entschluß: der Landtag solle auf den 16. März einberufen werden.

„Wir glauben es nicht“, war die Antwort. Das Mißtrauen gegen König Ludwig war so groß, daß der Prinz sein Ehrenwort geben mußte; und Graf Vieregg holte schnell in der Residenz eine von dem Könige eigenhändig unterschriebene Versicherung¹³⁹). Fürst Wrede hat sein Amt nur zwei Stunden lang geführt — dieser sonst so schlaue und abgeschliffene Politiker irrte sich diesmal in der Rechnung; Fürst Öttingen-Wallerstein und die andern Minister wurden wieder eingesetzt. Der Grund zur Nachgiebigkeit ist wohl auch in der Unzuverlässigkeit der Truppen zu suchen, denn der geplante Garnisonwechsel war nicht durchgeführt worden. Es wäre dem Könige erspart gewesen, der Gewalt zu weichen, wenn er am Tage zuvor dem Rate Fürst Leiningens gleich gefolgt wäre. Wenigstens war Blutvergießen noch im letzten Augenblicke vermieden worden. Auf Betreiben der Studenten wurden übrigens die aus dem Zeughause geraubten Waffen am Abend wieder freiwillig dort abgeliefert.

In einer Flugschrift, die die Münchener Staatsbibliothek besitzt, ist die „Münchener Freischar vom 4. März 1848“ folgendermaßen besungen:

„Was glänzt und funkelt dort im Sonnenlicht?
Sind dies der Vorzeit alte Waffen nicht?
Was soll das rost'ge Zeug am Sonnenglanz?
Ha — Fasching! Richtig — 's ist ein Mummenschanz.“
„Nein, Herr, für Masken ist zu ernst die Zeit,
Die Zukunft kämpft mit der Vergangenheit.
Das Volk will selbst jetzt sein Messias sein,
Setzt heute für sein Recht das Leben ein!“

Vor der Wohnung des Fürsten Wrede wurde in der folgenden Nacht Stroh gestreut, um ihm zum Hohne ein Strohfeuer anzuzünden. Es wurde noch verhindert. Wrede floh übrigens nicht aus der Stadt, wie behauptet wurde, sondern blieb am Krankenlager seines Sohnes. Dagegen erfreute sich Fürst Leiningen der öffentlichen Gunst im höchsten Maße. Als er am 6. März auf der Straße erkannt wurde, „hallten ihm brausende Vivats entgegen“¹⁴⁰). Seine Briefe an König Ludwig waren durch die „Annalen“ allgemein bekannt geworden und gingen von Hand zu Hand. Nachträglich wurde die Episode Wrede amtlich bestritten. Auch das konnte dem persönlichen Ansehen König Ludwigs nichts mehr nützen. Rechtzeitige Zugeständnisse hätten ihm nur Ehre machen können; aber diese Mischung von Hartnäckigkeit, Hochmut, Selbstlob, Auftrumpfen mit brutaler Gewalt und Hilflosigkeit, wenn es darauf ankam, folgerichtig zu sein und sie zu gebrauchen: diese wirklich verrückte Mischung erweckte Mitleid nur bei wenigen, bei den meisten aber Unwillen und Hohn. Der König hatte so oft seine deutsche Gesinnung in Gedichten verkündigt, viel zu oft — nun fand Ludwig kein passendes Wort, um das große Zeitgefühl mit Würde zu begrüßen. Die Enttäuschung darüber war allgemein. Als der König dem preußischen Gesandten Grafen Bernstorff am 7. März in den Arkaden des Hofgartens

begegnete, sagte er zu ihm: „Das deutsche Parlament ist ein Unsinn — aber um Gottes willen sagen Sie hier niemandem etwas davon.“ Auffällig war auch, daß der König gerade in diesen Tagen dem französischen Gesandten de Bourgoing einen Besuch machte: nicht zum Minister von Frankreich käme er, sondern zu einem alten Freunde, sagte er, und ließ sich von de Bourgoing die friedlichen Absichten der französischen Republik versichern¹⁴¹). Er betone gegenüber Frankreich seine „teutschen“ Gesinnungen, sagte er zu Bernstorff, wolle aber Frankreich nicht herausfordern und unnötig mobilisieren. Die politische Stimmung in München war in diesen Märzwochen eigenartig zerspalten. Der französische Gesandte de Bourgoing hatte zuerst den Abschied nehmen wollen, nach der Proklamierung der Republik in Paris, dann war er vom Moniteur auf die Liste der Abzurufenden gesetzt worden, nun aber unterhielt er eine eingehende Korrespondenz mit Lamartine und setzte somit die Geschäfte der Gesandtschaft und die sehr ausgedehnten und intimen Beziehungen fort, die er seit Jahren in Bayern unterhielt. Die unveränderte königliche Gunst gegenüber Bourgoing galt also viel weniger seinem vermeintlichen Unglück, seiner vermeintlichen Ungnade, sondern seiner sehr praktischen und etwas auffälligen Betriebsamkeit. Bayerns starke Vorliebe für Frankreich war ja eine alte politische Tatsache — gerade in dieser Zeit erregte sie doch allgemeines Erstaunen, besonders im diplomatischen Korps, wo man Bescheid wußte¹⁴²). Sehr deutlich trat die Furcht vor Rußland in den Vordergrund. In der Adresse der Studenten hieß es, im Falle der unvermeidlichen Wahl zwischen Frankreich und Rußland solle sich Bayern für Frankreich und gegen Rußland entscheiden. Wegen dieser verletzenden Äußerung richtete der russische Gesandte Severin eine offizielle Anfrage an den Fürsten Wallerstein, der aber zur Antwort gab: eine Petition von Bayern an ihren Monarchen kann nach der bayrischen Verfassung nicht der Gegenstand auswärtiger Einmischung sein¹⁴³). Severin war schon im Februar von Kanzler Nesselrode aufgefordert worden, sich in Bayern im Interesse der Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzipes, das dort so schwer getroffen sei, auf indirekte Ratschläge zu beschränken und, um in der Sache dauernd nützen zu können, jede persönliche Empfindlichkeit zu unterdrücken. Der russische Gesandte sah deshalb im März davon ab, eine Audienz beim König zu erbitten, damit jeder Anschein eines anstößigen Einverständnisses vermieden werde, und beschränkte sich auf einfache Beobachtung. Das Einschreiten wegen der Studentenadresse hatte nach seinem Eindruck die Bemühungen einzelner Personen zur Folge, den russischen Kaiser wieder für Bayern einzunehmen. Severin wurde aber dann doch von Kanzler Nesselrode aufgefordert, ohne Aufsehen seinen Posten zu verlassen und die Geschäfte einem Geschäftsträger zu übergeben: „Der Kaiser findet“, hieß es in der chiffrierten Depesche vom 6. März alten Stils, „daß unsere Position in München nicht mehr haltbar ist unter den gegenwärtigen Umständen“¹⁴⁴).

Zu Österreich war Bayerns Verhältnis ja seit dem Sturz des Ministeriums Abel

ausgesprochen schlecht — und die Straßenszenen im Februar und März wirkten in Wien völlig kompromittierend. „Die Unruhen in München“, schrieb Graf Luxburg, der bayrische Gesandte, am 10. März, „haben mich in schwere Verlegenheit gebracht; ich wußte nicht, was ich für ein Gesicht machen sollte — in einem Lande, wo man geradezu einen Schrecken vor allem hat, was Volksbewegungen ähnlich sieht“⁽¹⁴⁵⁾. Dafür stieg nun Preußen im Ansehen. Viele, auch im Kreise der Ständekammern, sprachen von der Erwählung eines deutschen Diktators: Friedrich Wilhelm IV. sollte sich an die Spitze Deutschlands stellen, der Bundestag nach Berlin verlegt werden. Nicht etwa bloß Fürst Leiningen arbeitete in diesem Sinne — er stand mit seinem getreuen Frankfurter Blittersdorff in dauernder Fühlung; auch ein Mann wie Graf Arco-Valley erschien beim preußischen Gesandten Grafen Bernstorff und versicherte ihn der Mitwirkung seiner Partei, der Klerikalen, im Sinne des engsten Anschlusses an Preußen⁽¹⁴⁶⁾. Die Klerikalen entfalteten überhaupt eine sehr lebhafte Tätigkeit — sie bedienten sich, wie schon vorher, der revolutionären Stimmung, um die Autokratie König Ludwigs zu bekämpfen und den demokratischen Einfluß durchzusetzen, worunter sie vor allem den eigenen verstanden. Die königliche Familie empfand die Lage als so unheimlich, daß die Königin, die Prinzessinnen und ihre Damen ihre Papiere ordneten, zum Teil verbrannten, die Juwelen auf die Bank schickten, Geld und Staatspapiere zu sich steckten, um für alle Fälle fluchtbereit zu sein. Manche wohlhabenden Bürger trafen ähnliche Vorbereitungen⁽¹⁴⁷⁾.

In bester Stimmung befand sich aber Fürst Wallerstein. Er sah die freiheitlichen Bewilligungen als das Werk seiner Beredsamkeit an und wollte nun Bayern möglichst an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands bringen. Die Wiener Einladung zum Dresdener Kongreß fand er bedenklich, sie wurde abgelehnt — Wallerstein beschäftigte sich mit dem Entwurf zur Konstituierung eines deutschen Parlamentes. Da traf ihn das Verhängnis: König Ludwig entließ ihn, ohne irgend jemanden zu fragen, schlankweg und sehr ungnädig am 11. März und schüttete am Tage darauf dem preußischen Gesandten sein Herz über Wallerstein aus: er habe sich die größten Eigenmächtigkeiten erlaubt, wie die Vereidigung der Studenten auf die Verfassung, habe die Volksbewegung begünstigt, um ihn, den König, zu beseitigen, er habe ihn, den König, für regierungsunfähig erklären lassen wollen, während des Aufruhrs habe er ausgesehen wie das böse Gewissen selbst, er sei ein Verräter, sogar alle königlichen Prinzen habe er beschwätzt. Tatsächlich war die königliche Familie in hellem Aufruhr über Fürst Wallersteins Entlassung. In einer öffentlichen Erklärung (Allgem. Zeitung, Nr. 73) kündigte der Fürst eine Rechtfertigung in der Kammer an. Sie erfolgte aber niemals. Als seinen Nachfolger bestimmte König Ludwig den bayrischen Gesandten in Karlsruhe, Grafen Waldkirch, den er durch eigenhändiges Billett nach München berief — in Karlsruhe dachte man schon, es geschehe wegen der damals auftauchenden Pläne, die bayrische Pfalz mit Baden zu vereinigen, und rechnete erschrocken bereits mit dem Abbruch der ja niemals sehr warmen diplomatischen

Beziehungen zwischen Bayern und Baden. Graf Waldkirch war ein Mann von Verstand, aber unzuverlässig und ein Spaßmacher ohne alle Würde. Übrigens war auch König Ludwig der Ansicht, daß ein Fürsten- oder Ministerkongreß in Dresden nicht in Betracht käme; er wünschte Beratung der Bundesreform am Bundestag in Frankfurt; bei der Nähe von Mainz sah er dafür keinerlei Gefahr¹⁴⁸). Minister des Innern wurde nun der allverehrte, zuverlässige und sogar von den Klerikalen empfohlene Protestant v. Thon-Dittmer, ein Freiheitsmann der dreißiger Jahre, Bürgermeister von Nürnberg. Er stellte die bezeichnende Bedingung, daß die Zugeständnisse vom 6. März auch wirklich eingehalten würden. Dem Prinzen Karl wurde die Oberleitung der militärischen Angelegenheiten übertragen — da der Verweser des Kriegsministeriums v. d. Mark der Aufgabe offenbar nicht gewachsen war. Schwer genug war sie ja — nach jahrelanger Vernachlässigung. Es wurde nun eine Zusammenkunft aller bayrischen Generale geplant zur Beratung über die so nötige Instandsetzung des Heeres¹⁴⁹). 7000 Pferde wurden angekauft. Als ein paar Bataillone Österreicher in der Bundesfestung Ulm einrückten, entstand dort ein panischer Schrecken. Ulm und Neu-Ulm glaubten, es sei ein Streich der Reaktion. Die Maßregel war aber zwischen den Regierungen seit langem verabredet¹⁵⁰).

Vielleicht hing die plötzliche Verabschiedung des Fürsten Wallerstein auch mit dem Besuche zusammen, den die Gräfin Landsfeld in der Nacht vom 8. zum 9. März der Hauptstadt abstattete. König Ludwig hatte ja nicht mit ihr gebrochen. Dem Minister-Verweser v. Berks schrieb er an dessen letztem Amtstage fünf Handbillette über die Art, wie Lolas schwarzer Hund am besten nach Zürich zu spedieren sei¹⁵¹). Wenn da Fürst Öttingen-Wallerstein sagte: „rex mente captus est“, so fand er nirgends Widerspruch. Vielmehr wiederholte, wie Graf Degenfeld schreibt, „jeder Bürger vom ersten bis zum letzten Untertan dieselben Worte im kräftigsten Teutsch.“ „Nichts ist zu hoffen, zu befürchten ist alles“, so schloß Degenfelds Brief. Lola hatte, nach allem Vorhergegangenen, wirklich die Unverschämtheit, in Männerkleidung, begleitet von dem russischen Edelmann v. Möller, in München zu erscheinen und bei dem Engländer Burton abzusteigen, dem sie eine Leutnantsstelle in der bayrischen Armee verschafft hatte. Dieser wollte offenbar die Verantwortung nicht tragen und machte der Polizeidirektion Anzeige. Abends um zehn Uhr wurde Lola auf der Straße verhaftet und von einem Gendarmerie-Unteroffizier auf die Polizei gebracht. König Ludwig war zuerst sehr ungehalten, suchte sie dann aber auf und blieb lange dort. Um 4 Uhr früh wurde sie auf Anordnung des Fürsten Wallerstein unter polizeilichem Schutz nach der Grenze abtransportiert. Auf der Durchreise sagte sie zu einem höheren Eisenbahnbeamten in Augsburg: „le roi abdiquera et me suivra.“ Einen Tag später reiste der Pole Anton Bielowslawski, auch Philofskoffsky genannt, der den ganzen Winter in Lolas Gesellschaft zugebracht hatte, nach Wien. Der österreichische Gesandte in München schrieb über ihn: „Dieser Pole ist Vermittler politischer Umtriebe, bei denen Lola bald die Urheberin, bald das

Werkzeug war.“ Der Gesandte vermutete italienische Intrigen, also offenbar Nachrichten, die Lola aus der Schweiz mitgebracht hatte, und empfahl seiner Regierung, diesen Polen zu überwachen und auszuhorchen¹⁵²). Die Verwirrung und Erregung nahm in München wegen des Auftauchens der Gräfin Landsfeld von neuem stark zu. Als König Ludwig am 17. März sich zufällig eine Stunde lang in einem Hause der Wurzerstraße aufhielt, wo ein früherer Schützling Lolas wohnte, durchstöberte die Volksmenge das Haus von oben bis unten, zündete in sämtlichen Kaminen Feuer an, um durch den Rauch den vermuteten bösen Gast auszutreiben, zog nach andern Häusern der Stadt, wo Bekannte der Gräfin wohnten, und demolierte die Villa in der Barer Straße. Thon-Dittmer versicherte feierlich und sicher gutgläubig der Menge: die Gräfin ist nicht in München. Aber die Antwort war: „Wir glauben es nicht, man hat uns schon so oft angeführt — man soll den Hurenkönig hängen!“ Generalmarsch wurde geschlagen, die Truppen rückten aus, es wurde diesmal sogar gefeuert — zum Erstaunen der Ruhestörer, die sich wunderten, daß die auf die Verfassung beeidigten Soldaten trotz dieses Eides von der Waffe Gebrauch machten. Auch das Polizeigebäude, wo man gleichfalls die Gräfin vermutete, war gestürmt worden, Akten wurden zerrissen und umhergestreut. Der Polizeidirektor Marck, eine Kreatur Lolas, hatte sich sehr ungeschickt benommen und durch seine zweideutigen Erklärungen die Menge unnötig gereizt. Offenbar ist Lola an diesem Tage doch noch einmal in München gewesen¹⁵³). Ganz sicher ist es wohl nicht auszumachen. Nun erschienen, man kann nur sagen endlich, zwei königliche Dekrete. In dem einen war das bayrische Indigenat der Gräfin von Landsfeld in formal rechtswidriger Weise aufgehoben; das zweite entsetzte den Polizeidirektor seines Amtes. Gleichzeitig erließ das Justizministerium und das Ministerium des Innern einen Fahndungserlaß gegen die Gräfin; da sie die Ruhe der Hauptstadt und des Landes dauernd zu stören versuche, sollten alle Gerichts- und Polizeibehörden auf sie fahnden, sie womöglich verhaften, auf die nächste Festung schaffen, um sie sofort richterlicher Untersuchung zu überweisen.

Nun war es wirklich aus mit König Ludwig. Weder im Adel, noch in der Armee, noch im Volke konnte noch irgend jemand Vertrauen zu seiner Person haben. Es wurde der Plan einer Mitregentschaft erwogen; die klerikalen Kreise wünschten so den Kronprinzen zu umgehen und den Prinzen Luitpold mit seiner streng katholischen Gemahlin vorzuschieben¹⁵⁴). König Ludwig hatte die allergrößte Entrüstung und Aufregung wegen der von dem Ministerium verlangten Maßregeln gegen Lola gezeigt, hatte schließlich eingewilligt und war dem Grafen Waldkirch weinend um den Hals gefallen. Die Abdankung, die nun alle Parteien verlangten, wollte er aber nicht¹⁵⁵).

Ludwigs Proklamation am 6. März enthielt die erhabenen Sätze: „Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu sein . . . Alles für mein Volk! Alles für Teutschland!“ Gelegenheit, dieses Bekenntnis zu bekräftigen, gab es nun. Die Mission der Kleinstaaten des Südwestens, die Mission Max von Gagerns

und Graf Lehrbachs, stieß aber in München auf stärksten bayrischen Widerstand. Der König wollte alles am liebsten doch durch den Bundestag und am Bundestag erledigen; die Bezeichnung: „Deutsches Parlament“ versuchte seine Regierung wieder aus den Verhandlungen zu entfernen. Die Instruktion, die am 20. März an den bayrischen Bundestagsgesandten v. Gasser abging, — sie ist datiert vom 16. März — faßte eine erste und zweite Kammer am Bunde ins Auge, beide bestehend aus Delegierten der Kammern der Einzelstaaten; für Beschlüsse sollte die Übereinstimmung dieser beiden Kammern mit dem Gesandtenkollegium obligatorisch sein; das Bundespräsidium sollte zwischen den größeren Staaten abwechseln, die Souveränität der Bundesstaaten und ihre partikularen Landesverfassungen sollten unberührt bleiben¹⁵⁶). Das stand in schärfstem Widerspruch zu dem, was Max von Gagern vertrat. In dem Promemoria vom 13. März, das er der bayrischen Regierung übergab, betonte er zunächst stark die Untergrabung des monarchischen Geistes in Deutschland: „Republik oder Anarchie ist einer ungeheuren Anzahl von Bewohnern Deutschlands durchaus willkommen“: die Jugend liebe infolge ihrer klassischen Bildung die Republik, die Reichsstädter seien Republikaner gewesen; die Gefahr eines Bauernkrieges bestünde; die Proletarier in den Städten würden geleitet durch „halbgebildete, brotlose Subjekte, die kein Interesse am Bestehenden haben“; der Bund habe niemals befriedigt; nach dem Gebietstauschen und Wechseln der Landesherren könne von Anhänglichkeit der Stämme an Stammesfürsten kaum die Rede sein; „der Begriff der Nationalität ist bei allen Völkern Europas in diesem Jahrhundert zum Ideal, ja bis zur Vergötterung einer Idee emporgetrieben“; auf Österreich sei weder zu hoffen, noch volle Rücksicht zu nehmen; man müsse sich selbst helfen; ohne Oberhaupt ist das Parlament ein Ungeheuer; rasch und einmütig sollen die Fürsten ein Haupt wählen: „In die Hände des Königs von Bayern ist heute das Schicksal Deutschlands gestellt. Gott lenke sein Herz¹⁵⁷).“

Als diese Aktenstücke überreicht wurden, sagte König Ludwig zu Max von Gagern: „Baron, Österreich können wir nicht herauslassen.“ Auch fand er die für die Wahl des Parlamentes vorgeschlagene Quote von 1 zu 100 000 „viel zu viel“. Kronprinz Maximilian, der vom Fürsten Wallerstein bearbeitet war, äußerte zu Gagern, er sei entschieden dagegen. Gagers Antwort war: „Dann bleibt nur noch eine Militärdiktatur in Süddeutschland!“ „Damit ist wohl der König von Württemberg gemeint“, entgegnete Maximilian unwillig. „Gewiß“, bestätigte Gagern. König Ludwig sagte nun seine Ansicht über den König von Württemberg, die immerhin zutreffend war: „Man kann ihm nicht trauen. Er ist heute preußisch, morgen österreichisch, übermorgen russisch¹⁵⁸).“ Max von Gagern hatte gehofft, den König von Bayern an die Spitze der damals so starken Bewegung für Preußens Kaisertum bringen zu können. Die Bedingung, die er dabei stellen sollte, wäre die Verleihung der Freiheitsrechte an das preußische Volk gewesen. In seinem Schreiben an König Ludwig vom 14. März beschwor er ihn, sich ein Herz zu einer der größten weltgeschichtlichen Taten

zu fassen. „Noch ist die Entscheidung vollkommen frei — aber im Falle des Gegenteils ist die Republik mit allen Greueln der Anarchie in ganz Deutschland vor der Tür. Ich weiß leider mehr, als ich hier niederlegen darf, ich weiß mehr von der Taktik der Partei, als mein Kopf zu fassen und mein Herz zu ertragen vermag; die Gefahr wächst in jeder Stunde und drängt zur Entscheidung.“ Und nun kam ein Appell an Ludwig, der beinahe zu gescheit ausgerechnet war:

„Wie einst ein erster Ludwig und Bayer mit dem Österreicher versöhnt ein brüderliches Bett teilte, so reiche ein zweiter Ludwig der Bayer in schweren Vaterlandsgefahren dem Burggrafen von Nürnberg, dem Hohenzollern, dem königlichen Freund und Bruder die Hand und bringe ihm die Kaiserkrone. Seien Ew. Majestät auch des ersten Konrad eingedenk, der in gleicher Lage durch seinen eigenen Bruder jene Krone dem früheren Feinde, dem nord-deutschen Heinrich dem Finkler sandte. Noch hat die Geschichte für solche Taten Platz¹⁵⁹).“

König Ludwig dachte nicht daran, einen solchen Schritt zu tun. Seine eigene Krone saß nicht mehr fest — und nun sollte er dem Schwager die Kaiserkrone antragen! Noch weniger hätte sich Kronprinz Maximilian mit einem solchen Schritte abfinden können. Fürst Wallerstein, der eben Verabschiedete, erfüllte ihn ganz mit dem Glauben an eine eigene große Rolle bei der Gestaltung Deutschlands. Graf Bernstorff schrieb nach Berlin, Wallerstein werde selbst vor einem Bündnis mit Frankreich nicht zurückschrecken. Schon jetzt vermochte der preußische Gesandte an eine Einigung der Volksbewegung mit den Großmächten nicht mehr zu glauben. „Meine größte Hoffnung ist noch das erwachte Nationalgefühl im Volke selbst, aber dieses ist von den gleichzeitig überströmenden Freiheitsideen so dämonisch beherrscht, daß an eine feste Einigung mit den deutschen Großmächten bei bleibender Verschiedenheit in den politischen Institutionen gar nicht mehr zu denken ist“, — und er stellte die Frage, ob sich Deutschland in drei Teile trennen werde. Und recht scharfsichtig bemerkte der österreichische Gesandte in der gleichen Zeit: „Das alte Gelüste Bayerns wird wirksam, sich im Gegensatze zu den beiden Großmächten eine Art Hegemonie des konstitutionellen Deutschlands anzumaßen¹⁶⁰).“

Die Mission Max von Gagerns wurde zuerst am 16. März abschlägig beschieden, dann aber fanden neue Besprechungen statt — lediglich, um das Odium zu vermeiden, in der deutschen Frage hindernd aufzutreten. König Ludwig entschloß sich sogar, Gagern und den Seinen für die Weiterreise nach Dresden einen Bevollmächtigten für Bayern in der Person des Freiherrn von Verger beizugeben — der aber mehr als amtlicher Spion denn als Helfer wirkte.

König Ludwig als Bringer der preußischen Kaiserkrone für Friedrich Wilhelm IV. — eine seltsame historische Vision, mit allem Reize des Unmöglichen: der alte Autokrat hätte sich dadurch am ungernsten rehabilitiert. Seine Zeit war wirklich vorbei; er fühlte es selbst und entschloß sich doch sehr schwer zum letzten Schritte. Am 19. März hatte er sich entschieden. Den Ausschlag scheint

die trostlose finanzielle Lage gegeben zu haben und die Wahrscheinlichkeit, daß sie von der neu zusammentretenden Kammer zum Gegenstande schonungsloser Behandlung gemacht wurde. Es schien unerträglich, daß ein regierender König solche Bloßstellung erfuhr. Das Defizit in den Staatskassen war so groß, daß das Bargeld durch Schuldverschreibungen des Königs ersetzt wurde¹⁶¹). Auch in der Kasse der königlichen Zivilliste war so tiefe Ebbe, daß Prinz Karl von Bayern eine ziemlich große Summe vorschießen mußte, damit der Hof überhaupt seine ordentlichen Ausgaben befriedigen konnte¹⁶²). Die Staatsanleihen standen niedriger als sonstwo, ein neues Anlehen stockte, die „Erübrigungen“ waren verbraucht.

„Als wäre Ich eines Freistaates Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann jedem offen in die Augen sehen“ — diese Sätze des „königlichen Wortes an die Bayern“ vom 20. März waren eine Selbstverteidigung, deren nur allzu bekannter erhabener Stil schlecht die Anklage verdeckte. Seltsam war auch der Eingang: „Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassung enthaltene, in welcher Ich nun um 23 Jahre geherrscht.“ König Ludwig war außerstande, den Zusammenhang der „neuen Richtung“ mit der Verfassung zu begreifen. Bei jedem neuen Gesetzentwurf, den Thon-Dittmer ihm vorlegte, zur Erfüllung der Bewilligungen vom 6. März, leistete der König Widerstand, bei der Ministerverantwortlichkeit so heftigen, daß Thon-Dittmer schon sein Portefeuille niederlegen wollte. Ludwig wollte und konnte nicht mehr König sein, die wahre, echte Königszeit war vorbei, nach seiner Ansicht. Als Ludwig seine Absicht mitteilte, flehte die ganze königliche Familie ihn an, davon abzustehen; alles zerfloß dabei in Tränen. Der Kronprinz fiel seinem Vater zweimal zu Füßen. Der König war aber lange nicht so vergnügt wie nach diesem Entschluß¹⁶³). Ein Reichsherold an der Spitze einer Kürassierabteilung verkündete der Hauptstadt das Ereignis der Abdankung. Die Gegenzeichnung zu den „Abschiedsworten“ verbat sich König Ludwig in einer eigenhändigen Notiz. Er ging ab als Absolutist. Die Proklamation des neuen Königs Maximilian war aber blaß und kühl; er schrieb nun deutsch, statt teutsch, aber es klang nur viel bayrischer als früher, und von einem entschlossenen Konstitutionalismus war leider gar nichts zu spüren. Bei der Eidesleistung hörte man kein Vivat, die Münchener Bürgerschaft sagte, erst müsse abgewartet werden, wohin die Reise ginge. Besonders unzufrieden waren die pfälzischen Abgeordneten, die Träger entschlossen demokratischer, ja republikanischer Ideen. Nach ein paar Tagen wurde der Thronwechsel, den jeder für unvermeidlich gehalten hatte, schon bedauert. Die Münchener hatten eben den alten Ludwig samt seinen Sünden und seiner bockigen Veranlagung gern; den schwächlichen, menschenscheuen Maximilian mochte keiner. Statt der Grobheit kam nun ein zimperlicher Hochmut, ein leicht verletzliches, im Tiefsten unsicheres Selbstgefühl, eine Entschlußlosigkeit und Beeinflußbarkeit, die den neuen König sich und andern zur Qual machte.

Noch einmal gab es aber einen Lola-Skandal in München, den siebenten oder achten in diesen Jahren. Als König Ludwig Anfang April nach Bern reisen wollte, erklärte eine Versammlung Münchener Bürger: fährt der König zur Gräfin Landsfeld, wird man ihn nicht mehr nach Bayern lassen und den Antrag stellen, die Jahresrente von einer halben Million Gulden, die er sich vorbehalten hatte, zu sperren. Auch der Flügeladjutant erklärte, nicht folgen zu wollen, und nahm seine Entlassung. Darauf verschob König Ludwig die Reise. Er traf Lola aber später und unterstützte sie noch jahrelang, als sie sich in England von neuem verheiratet hatte¹⁶⁴).

Fürst Leiningen wurde jetzt wiederum Erster Präsident der Kammer der Reichsräte — eine selbstverständliche Anerkennung seiner Verdienste; die Abgeordnetenversammlung hatte zwei Bürgerliche, Heintz und Kirchgessner, gewählt, und sie wurden von der Krone freundlich bestätigt — ein gutes Vorzeichen für die kommende Zeit. Die starke Agitation der Pfälzer, die auch auf ein neues Wahlgesetz hinielte, erregte konservativen Widerspruch in Altbayern. Die Pfälzer bedienten sich für ihre politische Arbeit auch des Hinweises auf Patrimonialgerichte und Feudalrechte, die es bei ihnen schon seit der Franzosenzeit nicht mehr gab. Nach Franken schlug aber die Bauernbewegung gefährlich über.

Hier herrschte neben dem standesherrlichen Besitz ein von Fronen und Zehnten schwer bedrückter Kleinbauernstand, der wirtschaftlich ganz von zahlreichen, meist jüdischen Zwischenhändlern, den Aufkäufern von Getreide und Vieh, abhängig war. Es kamen viele Jagd- und Forstfrevel, Gewalttaten gegen Forstbeamte, Verwüstungszüge gegen die Schlösser des Adels sowie gegen die kleinen Judenstädtchen und Judendörfer vor. Die Organe des Gerichts und der Polizei wurden oft von ihren Posten entfernt. Mühsam nur und durchaus nicht schnell gelang die Beruhigung. Freiherr v. Rotenhan etwa erzählte dem Grafen Bernstorff, er habe auf der Fahrt von Franken mehr als sechshundert flüchtige Edelleute, Bürger und Juden auf der Eisenbahn getroffen, die Hab und Gut verlassen hatten, um ihr Leben vor aufständischen Bauern zu retten¹⁶⁵). In bayrisch Schwaben gab es ja verhältnismäßig gesündere Besitzverteilung, in Ober- und besonders in Niederbayern herrschte eine wohlhabende Bauernaristokratie nach Erstgeburtsrecht, mit armer, aber noch nicht entwurzelter und proletarisierter nachgeborener Landarbeiterschaft. Die Macht des Klerus ließ hier die Juden nicht aufkommen, ein Zwischenhändlerium bildete sich kaum. Die Verhältnisse waren rückständig, aber gesund. Politisch herrschte hier eine stumpfe Ruhe, während Nürnberg und Bamberg Mittelpunkte kräftiger Freiheitsbewegungen wurden.

In einer Münchener Flugschrift der Märztage sind zwölf Artikel der Österreicher und zwölf Gebote für die Österreicher zusammengestellt, die in etwas ungemütlicher Persiflage schroffste Ablehnung der Machthaber des Kaiserstaates dartun. Unter den Geboten stehen etwa die folgenden:

„Du sollst nicht denken!“

„Du sollst den Verstand Deines Kaisers nicht gering anschlagen!“

„Du sollst Dich nicht lassen gelüsten einer konstitutionellen Verfassung¹⁶⁶⁾!“

Metternich ist darin als der böse Quälgeist dargestellt, von dem alle andern besessen sind.

Revolutionen haben immer das Maß von geschichtlichem Rechte, das durch die Größe des Versagens der Regierenden gesetzt ist. Die deutsche Volksbewegung erhob sich gegen den Geist Metternichs; dieser Mann war mehr als eine aus ihren subjektiven Lebensbedingungen historisch begreifbare Persönlichkeit — er war ein System, ein Prinzip, er wollte es sein, er hatte so aufrecht dagestanden, und er fiel so. Wenn seine menschliche Würde dabei dem geschichtlich Großen entsprach, für das er gelebt hatte, so ehrt ihn das; aber man muß auch den Haß verstehen, der sich gegen ihn erhob. Seit Napoleon I. ist kein Mensch in Deutschland so gehaßt worden wie Fürst Metternich. Napoleon war schließlich ein fremder Dämon, eine Geißel des Schicksals, ein Naturereignis, das deutsches Leben vernichtete, um auch deutsches Leben wieder zu wecken; Metternich war selbst ein Deutscher, der nun das Beste, das Junge, das Edele der deutschen Bildungs- und Freiheitswelt Jahrzehnte hindurch dem Prinzip der Autokratie opferte, weil nur durch die Autokratie der Kaiserstaat zusammenhielt, weil nur durch die Autokratie Groß-Österreich über Deutschland, Italien, Polen, Ungarn, Südslawien als die europäische Vormacht walten und ragen konnte.

Die Nachricht von der Februarrevolution schmetterte den Fürsten Metternich völlig nieder. Die Maßregeln, zu denen er sich dann aufraffte, verpufften. Der Kaiser Nikolaus zeigte sich in Erinnerung an Krakau kühl, äußerte Mißtrauen und verhandelte lieber mit Preußen; sein Angebot an Metternich, Galizien mit russischen Truppen zu besetzen, um die österreichischen Truppen gegen Italien freizumachen und die Ordnung aufrechtzuerhalten, war unendlich demütigend¹⁶⁷⁾; in London, wo Metternich wegen Italien anklopfte, holte er sich nur eine bittere, mit allzu berechtigten Vorwürfen in Palmerstons Stile ausgestattete Ablehnung. Die Verhandlungen mit Preußen, die Radowitz in Wien führte, hatten den uns bekannten Gedanken des Dresdener Kongresses als einziges kümmerliches Ergebnis. Metternich war ratlos, bedrückt, handlungsunfähig; er brachte nichts zum Vorschein als die schon vor Jahrzehnten abgeleierte Konferenzidee; was er an friedlicher Bundesreform den preußischen Wünschen zugestehen wollte, war längst überholt, ehe es auch nur ausgesprochen war; von irgendwelchen diabolischen Plänen gegen das Gebiet anderer Bundesstaaten, etwa Bayerns, war der alte Fürst sicher völlig entfernt¹⁶⁸⁾. Seit dem Rauchkrawall in Mailand vom Januar war Italien in bedrohlicher Krise, Ende Februar setzte die politische Bewegung im Westen und Süden Deutschlands ein. In Wien löste sie zunächst eine wirtschaftliche Panik aus. Es begann ein Sturm auf die Bankkassen, Noten wurden nach Möglichkeit in Silber gewechselt, das Silber zu Hause hingelegt.

Die Sparkassen konnten sich kaum der verzweifelten Kunden erwehren. Der kleine Verkehr stockte, die große Geschäftstätigkeit zog sich auf das Notwendigste zurück und baute ab, was sie konnte. Der allgemeine Druck steigerte sich zur Unerträglichkeit¹⁶⁹). Alles, was 1847 Dr. Karl Beidtel unter dem Pseudonym Tebeldi prophezeit hatte — in seiner Schrift „Die Geldangelegenheiten Österreichs“ —, schien sich nun zu bewahrheiten; er hatte auch Einstellung der Zinsenzahlung für die Staatsschuldverschreibungen und Einberufung einer beratenden Volksvertretung gefordert. Dazu kam nun die außenpolitische Spannung mit Frankreich. Der französische Botschafter in Wien, Graf Flahaut, weigerte sich, der Forderung Lamartines zu folgen, seine Funktionen fortzusetzen; er erklärte, von König Louis Philippe beglaubigt zu sein, übergab deshalb die Geschäfte dem ersten Botschaftssekretär und reiste nach England.

Die Beziehungen zu Frankreich waren in ein kritisches Stadium getreten, aber Fürst Metternich raffte sich nicht dazu auf, sie irgendwie zu klären. Auf der einen Seite bemühte er sich, die Großmächte zu einer solidarischen Erklärung gegenüber Frankreich zu bringen; auf der andern Seite wich er der Frage aus, ob Österreich die Republik in Frankreich anerkenne oder nicht; er sehe, sagte er, keinen Grund, den internationalen Verkehr abzubrechen: Frankreich erkennt die Wiener Verträge nicht an, geht aber von der Basis aus, daß sie faktisch da sind — ebenso verhalte sich Österreich gegenüber der Republik in Frankreich. Biegeleben charakterisiert die Wiener Auffassung der Lage mit den folgenden treffenden Sätzen: „Man darf die französische Republik in ihren Versuchen, das Ideal zu verwirklichen, nicht von außen stören, man darf ihr aber nicht den leisesten Anlaß geben, sich über die Unvollkommenheit der menschlichen Dinge mittels der Rheingrenze zu trösten — darüber herrscht nur eine Stimme¹⁷⁰).“ Deutschland, verkündete Metternich in seiner feierlichen Weise, darf nicht unvorbereitet von den Ereignissen getroffen werden, aber Frankreich darf auch keinen Anlaß zur Invasion bekommen¹⁷¹). Das war sehr weise, aber etwas theoretisch. Die Ereignisse in Deutschland erweiterten von Tag zu Tag mehr die Kluft, die zwischen den konstitutionellen Staaten des Südens und Westens einerseits und Österreich andererseits bestand. Man fragte sich besorgt in Wien, ob ein gemeinsamer Kampf für Deutschlands Unabhängigkeit gegebenenfalls überhaupt noch durchführbar sein werde¹⁷²). Schon erhoben die niederösterreichischen Stände die Stimme der Kritik an dem außenpolitischen System Metternichs, die Verschuldung an Rußland (vgl. oben S. 22) erregte hier besonderes Mißfallen, und es war die Rede davon, eine ständische Anleihe von 50 Millionen Gulden aufzubringen, um diese Schulden abzulösen¹⁷³). Die niederösterreichischen Stände sollten nun am 13. März zusammentreten — dieser Tag galt deshalb schon geraume Zeit vorher als ein geschichtlicher Wendepunkt; man erwartete weitgehende Anträge. In den Salons des im Landhause wohnenden ständischen Abgeordneten Baron Doblhoff fand sich seit Monaten aller Schwung und Geist der Opposition zusammen. Auch die böhmischen Stände betrieben ihre Zusam-

menberufung. Die erste große Tat geschah aber in Ungarn. Am 3. März hielt Kossuth im dortigen Ständehaus seine gewaltige Anklagerede gegen die Wiener Politik des Stillstands, der Bajonette, der Familieninteressen und verlangte das Recht der Völker, ihren eigenen Willen zu haben; Ungarn solle, so forderte er, nun endlich wahrhaft parlamentarische Einrichtungen erhalten; ebenso aber die andern Länder des Kaiserstaates. Keine österreichische Zeitung durfte diese Rede erwähnen — aber sie ging in Abdrucken und Auszügen hundertfach nach Wien und in die Provinzen, als ein Agitationsmittel von stürmischer Gewalt.

Was tat die Wiener Regierung? Gerade jetzt wurde ein Obergericht eingesetzt, eine schlechte Nachahmung des wenig rühmlichen preußischen Vorbildes; bei der Hofkanzlei, der stärksten Feindin der ständischen Wirksamkeit, wurde ein Referent für ständische Fragen bestimmt; man plante sogar finanzielle Reformen mit einem ständischen Zentralkomitee: den Beamten verbot ein Zirkular, sich irgendwie über „finanzielle oder italienische Verhältnisse“ zu äußern¹⁷⁴)! Das Tadeln und Raunzen wurde eben ein wenig zu arg. Das Regiment der „Großköpfigen“, die Staatskonferenz, war am Ende. Im kaiserlichen Familienrat traten Erzherzogin Sophie, Erzherzog Johann und Graf Kolowrat für eine Neuorientierung ein. Erzherzog Ludwig und Metternich leisteten hartnäckigen Widerstand. Es konnte nun nicht anders kommen — die verschiedenen Gruppen der Opposition arbeiteten zusammen. Der Juridisch-politische Leseverein unterhielt Beziehungen mit Kossuth. Der niederösterreichische Gewerbeverein beschloß in seiner Sitzung am 8. März in Gegenwart des Erzherzogs Franz Karl und des Grafen Kolowrat auf den Vorschlag des Vorsitzenden, des bekannten Industriellen Arthaber, eine Adresse an den Kaiser, deren Übergabe der Erzherzog beistimmend auf sich nahm. Nicht die Regierten sollten sich an die Regierung anschließen, wie noch soeben ein Artikel der „Wiener Zeitung“ patriarchalisch gemahnt hatte, sondern umgekehrt: die Regierung an die Regierten. Offenheit sollte, so hieß es, in Zukunft herrschen, die Annäherung an das gemeinsame deutsche Vaterland sollte vollzogen werden, die künftigen Maßregeln sollten im Gegensatz zur Vergangenheit, durch Weisheit und Zweckmäßigkeit das Ganze fördern.

Die Vereine, also die privaten, vielfach unpolitischen Organisationen des erwachten Bürgertums, wurden nun ganz natürlich die Gefäße der Märzbewegung in Wien. Sie standen durch einflußreiche Personen miteinander in Verbindung, sie erfaßten Beamte, Professoren, Kaufleute, Schriftsteller und Künstler. Im Leipziger „Leuchtturm“ erschien ein vom 4. März datierter „Aufruf und Programm der Fortschrittspartei in Österreich“, mit elf wohldurchdachten, grundsätzlichen Forderungen¹⁷⁵). Politisch am ausgeprägtesten war der Kreis, der sich bei Baron Doblhoff zu versammeln pflegte. Von hier aus ging eine von Bauernfeld und dem vielgeschäftigen Alexander Bach¹⁷⁶) redigierte Adresse, die dem Wiener Publikum vom 7. März ab zur Unterschrift vorgelegt wurde. Die Polizei brachte es nicht fertig, sie zu konfiszieren. Die Adresse verlangte

Solidarität des deutschen und des österreichischen Interesses, zählte die konstitutionellen Bürgschaften auf, betonte die Gefahr ferneren Zögerns. Unterschriften wurden überall gesammelt; jenen Vereinen — darunter war auch der mächtige Shakespeare-Klub — schloß sich auch das alte und einflußreiche Bürgermilitär an: es war recht eigentlich eine Bewegung des gebildeten und wohl-situierten Bürgerstandes, das Werk loyaler Männer, die verhältnismäßig leicht zufriedenzustellen waren. Die Adresse ging am 11. März an den ständischen Ausschuß, der die Übergabe an die niederösterreichischen Stände übernahm. Temperament und höchste Spannung kam aber erst durch die Studenten in das politische Wollen Wiens. Im Hinterzimmer einer Vorstadt-kneipe wurde der Gedanke einer Petition der Studenten zuerst spielend hingeworfen. Wenige Tage später sah der große Saal der Universität eine lange Diskussion über den endgültigen Wortlaut. Preß- und Redefreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, religiöse Gleichstellung, Volksvertretung — alle Märzforderungen waren hier nun besonders klar und knapp zusammengepackt. Zweitausend Studenten und mehr standen dahinter; die Professoren Hye und Endlicher übernahmen die Übergabe beim Kaiser persönlich. Beim Erzherzog Ludwig sprachen sie offen gegen Metternich und den Polizeiminister Grafen Seldnitzky — er verteidigte Metternich und entließ sie ohne Bescheid, reichte aber dann doch Endlicher die Hand. Am Abend des 12. März waren sie beim Kaiser. Man versprach ihnen „Erwägung“ und sonst nichts. So nahte der kritische 13. März heran.

Es gab also viererlei in Wien: die alte Hofopposition der Erzherzöge und Kolowrats, die ständische Opposition, über deren Absichten Erzherzog Johann und Erzherzogin Sophie wohlunterrichtet waren¹⁷⁷), die gemäßigte Bewegung des Bürgertums, die lebhaftere der akademischen Jugend. Einig waren alle diese Gruppen nur in der Bekämpfung Metternichs. Es gehört zum Wesen von Volksbewegungen, Einzelpersonen für die Unhaltbarkeit überkommener Mißstände verantwortlich zu machen, an das Ausscheiden oder gar die Vernichtung von Einzelpersonen die Hoffnung auf eine glückhafte neue Zeit zu knüpfen; die Beseitigung Metternichs mußte die Beseitigung des Prinzips, des Systems bedeuten — der Mensch Metternich war schwach und alt, taumelnd hätte er gerne die Revolution verboten; aber der Gedanke der großösterreichischen Autokratie sollte ihn und die politische Bewegung von 1848 überleben.

Was wollten nun die vier Gruppen im einzelnen? Die Hofopposition, geleitet von der Erzherzogin Sophie und Erzherzog Johann, wünschte die Sicherung der Dynastie und so viel Zugeständnisse an die Zeitforderungen, als dafür notwendig war; die aristokratischen Stände wollten eine regelmäßige Mitwirkung ihrer selbst bei der Regierung, die Kontrolle der bürokratischen Allgewalt durch „Volksvertretung“, also Reichsstände, aber natürlich im Geiste ihrer Korporation, lediglich mittels Zuziehung von Vertretern des dritten und vierten Standes. Das Bürgertum verlangte entschiedene Reform, liberal und zentralistisch, eine moderne Verfassung — Revolutionsgeist gab es aber nur in der Aula bei den Studenten.

Metternich war gegenüber dem Sturme, der sich gegen ihn vorbereitete, geradezu hilflos. Seinem alten Feinde, dem Erzherzog Johann, trug er Anfang März das Zivil- und Militärgouvernement in Tirol an — Johann lehnte nicht ab, dachte aber gar nicht daran, Wien zu verlassen, sondern blieb auf dem Hauptschauplatze. Metternich äußerte auch den Gedanken, freiwillig die ständischen Rechte zu erweitern (vgl. oben S. 16), er verhandelte am 12. März stundenlang mit dem Landmarschall Grafen Montecuccoli, um eine Einigung zu erzielen — von einer Verhängung des Belagerungszustandes, die Erzherzog Ludwig wünschte, einer Verhaftung der Führer der Reformpartei mochte er aber nichts wissen. Metternich wollte auch auf seine alte Reichsratsidee zurückkommen, jetzt im letzten Augenblick, nach den Versäumnissen von Jahrzehnten! Polizei und Militär wurden für den 13. März schließlich doch bereitgestellt, eine „Alarmordnung“ zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe erlassen. Alles das war erfüllt von Sorglosigkeit, Schwäche, Mangel an Überblick. Metternich unterschätzte seine verschiedenen Gegner, hoffte sie doch noch wie bisher zu trennen, glaubte an seine Unentbehrlichkeit und meinte zu siegen, ohne wirklich kämpfen zu müssen. Er verrechnete sich, wie schon so oft, aber am gründlichsten dieses letzte Mal.

Am 13. März war ganz Wien auf den Beinen — Herren und elegante Frauen, die gute und die bessere Gesellschaft, dazu viele Neugierige; im Landhause befanden sich unter den Zuschauern sogar Kinder. Es war „eine Revolution in feiner Wäsche und Glacéhandschuhen“, sagte ein Zeitgenosse¹⁷⁸). Der Marschall hatte angeordnet, daß die Mitglieder der Ständeversammlung nicht wie sonst geschlossen in Uniform auffahren, sondern einzeln und in bürgerlicher Kleidung sich im Landhause einfinden sollten. Das Aufsehen, das dadurch vielleicht vermieden werden sollte, war trotzdem da — und es lag in der Maßnahme doch auch etwas Programmatisches. Es war ein Montag, dazu ein Tag von warmer, strahlender Frische: so strömten die Arbeiter und Gesellen aus den Vorstädten in die enge Innenstadt, mischten sich mit den Studenten und veränderten so im Laufe der Ereignisse das Bild der anfangs so mondänen Revolution. Zu der vor dem Ständehaus angesammelten Menge sprachen der junge Arzt Adolf Fischhof — seine Rede war das erste freie Wort in Österreich! — dann Goldmann, der spätere Abgeordnete; ihre Märzforderungen gipfelten im Verlangen nach Konstitution, im Gelöbnis des brüderlichen Zusammenhaltens aller Nationalitäten des Kaiserstaates. Man verlangt nach den populären Führern der Stände, eine Deputation geht ins Landhaus, Fischhof an der Spitze, die Menge folgt. Es beginnen Verhandlungen, zwölf Männer erhalten als Vertreter vom Marschall die Erlaubnis, den Beratungen beizuwohnen, — die Masse muß den Saal räumen. Die Stimmung steigert sich. Kossuths Rede wird vorgelesen und schlägt zündend ein. Nun steigern sich auch die Forderungen: Volksvertretung auch am Deutschen Bunde, Bewaffnung der Bürger, Entfernung der volkverdummenden Jesuiten, Abdankung des allverhaßten Ministers. Statt einer Deputation gab es plötzlich zwei Deputationen des Volkes, die mit den Ständen verhandeln wollten. Mißverständnis und

Wirrwarr nahm von Minute zu Minute zu. Man verlangte Taten, keine Worte, man verlangte etwas Klares und Entschiedenes — die Mahnungen für Ruhe und Geduld fruchteten nicht mehr. Reden zerflatterten im Geschrei. Die Menge stürmte das Landhaus, weil es hieß, die Deputierten seien zum Teil eingesperrt, und es näherte sich Militär. Graf Montecuccoli erklärte schließlich als Marschall, die gesamten Petitionen dem Kaiser vorlegen zu wollen, mehrere Mitglieder, aber auch Studenten schlossen sich ihm an. Ein improvisiertes Komitee versuchte im Saale die Ordnung aufrechtzuerhalten. Schon wurden auf offener Straße Reden gegen den Fürsten Metternich gehalten, ein Preat unter brausendem Beifall auf ihn ausgebracht.

Die militärischen Vorbereitungen waren mehr als ausreichend. Schon um 9 Uhr war Generalmarsch geschlagen worden: auf dem Burgplatz, vor dem Ballhaus, am Minoritenplatz, auf dem Platz am Hof waren Infanterie und Pioniere aufgestellt. An verschiedenen Punkten wurden Kanonen aufgeföhren, Patrouillen durchzogen die Straßen, Verstärkungen rückten nach, die Basteien wurden gesperrt. Die Menge pfiß und heulte, das Militär übte zunächst Zurückhaltung. Immerhin kam es bald zu kleineren Zusammenstößen. Am Landhause wurde zuerst von den Pionieren geschossen. Man beschwor den Erzherzog Albrecht, Blutvergießen zu vermeiden, — die Bürgergarde sollte aufgeboten werden, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Erzherzog Albrecht war ein ausgesprochener Militär — er fühlte sich als Sohn Erzherzog Karls auf dem Kriegsschauplatz und wollte nichts von Milde wissen, den Befehl zum Angriff mit der Waffe überbrachte er von seinen Vorgesetzten; später wurde amtlich festgestellt, daß er persönlich nicht Feuer kommandiert habe. Er hat aber, als die Menge mit Trümmern von Möbeln die Soldaten und ihn selbst bewarf, die Soldaten herangewinkt, und daraufhin erfolgten zwei Salven ins dichteste Gedränge und Bajonettangriff. Fünf Tote gab es auf der Stelle. Leider schonte das Militär auch die Verwundeten nicht. Diese doch wohl vermeidbare Metzelei steigerte die Empörung auf das äußerste und schuf damit einen für den weiteren Ablauf der Dinge gewichtigen Faktor. Biegeleben urteilt kalt, aber richtig: „Man hätte nicht schießen lassen dürfen, wenn man nicht entschlossen war, es auf ein großes Blutbad ankommen zu lassen¹⁷⁹⁾.“ Nur einer der Maßgebenden war an diesem Tage dazu schließlich bereit — Fürst Metternich.

Beim Zeughause, an der Freiung, am Hohen Markt kam es noch zu Zusammenstößen. Unbarmherzig hieb die schwere Reiterei auf unbewaffnete Arbeiter ein. Die italienischen Grenadiere aber sollen mit Absicht hochgeschossen haben. In mehreren engen Gassen wurden Barrikaden errichtet, die im Sturm genommen werden mußten. In der Innenstadt bildete sich, meist aus Studierenden, eine provisorische Regierung, die mit Energie den Widerstand organisierte.

Indessen fiel die große politische Entscheidung in der Hofburg. Die ständische Deputation des Grafen Montecuccoli fand in der Burg die kaiserliche Familie nebst dem Hofstaat, die Staatskonferenz, vermehrt um eine Reihe beigezogener

Staatsräte. Es herrschte Erregung und Zwiespalt, jeder hatte eine Meinung, keiner hatte Überblick. Der erste Bescheid war wenig befriedigend: der Kaiser werde durch ein eigenes Komitee die Lage prüfen und das dem Wohle der Gesamtheit Nötige beschleunigt verfügen. Eine Proklamation in diesem Sinne wurde auch am Nachmittage veröffentlicht, und Zivilbeamte richteten die dreimalige Aufforderung an das Publikum, auseinanderzugehen — sonst werde das Militär einschreiten. Das war hoffnungslos schwächlich und nichtssagend. Weitere Deputationen gesellten sich zu der ersten: der Rektor der Universität erschien in voller Amtstracht, kraft alten Privilegs in den kaiserlichen Gemächern. Erzherzog Ludwig willigte jetzt ein, die geforderte Bewaffnung der Studenten in Erwägung zu ziehen. Auch eine Deputation der Bürgergarde war eingetroffen, unter Scherzers Führung. Sie brauchte die energischste Sprache und wagte es, in aller Form Metternichs Entlassung als den Hauptpunkt zu fordern; die Bürgergarde werde die Ruhe der Stadt sichern, wenn die Studenten bewaffnet und die Truppen zurückgezogen würden. Bis 9 Uhr sollte eine Entscheidung getroffen sein. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr erschien Metternich auf Ersuchen Erzherzog Ludwigs in der Burg. Er sagte zu Scherzer, es wäre eine Schande, wenn die Bürger Wiens im Verein mit dem Militär nicht eines Straßenkrawalls Herr werden könnten. Die Antwort schlug durch: „Das ist kein Krawall, sondern eine Revolution, an der alle Stände teilnehmen.“ Metternich behauptete, es seien Polen, Schweizer, Italiener, die das Volk aufwiegelten. Die Antwort lautete: die Petition enthält Tausende von Unterschriften aus allen Ständen. Metternich möge sich selbst überzeugen; mit dem Militär, das auf das Volk geschossen habe, sei ein Zusammenwirken unmöglich. Als Erzherzog Maximilian d’Este die Bürgeroffiziere selbst nun auch als Rebellen bezeichnete, auf die geschossen werden müsse, wollten diese empört die Hofburg verlassen — man ließ sie aber nicht weg. Eine neue Deputation der Universität erschien — diesmal von der medizinischen Fakultät: sie verlangte als Genugtuung für das Blutvergießen die Entfernung des Erzherzogs Albrecht.

Metternich vertrat den Standpunkt, die Volkserhebung müsse mit Gewalt niedergeschlagen werden. Sein Vorschlag war, dem Fürsten Alfred Windischgrätz mit diktatorischer Gewalt die Leitung der Zivil- und Militärangelegenheiten in Wien zu übertragen. Als einzige Konzession wollte er die Aufhebung der Zensur unter bestimmten Kautelen geben und setzte einen entsprechenden Erlaß auf. Die Nacht brach an, und damit begann der Zerstörungstrieb der erregten Bevölkerung ungehemmt zu toben. Das Leihhaus und das Polizeigebäude wurden angegriffen, in den Vorstädten kam es zu bösen Tumulten, die Villa Metternich am Rennweg wurde demoliert, die kaiserlichen Stallungen in Mariahilf angegriffen. Die Gasleitungen vom Kärtner Tor bis zur Burg waren zerstört, das entströmende Gas flackerte in armdicken Flammen unheimlich durch das Dunkel. An der Burg staute sich die dichte dunkle Menschenmasse. Schon hatte Erzherzog Maximilian d’Este befohlen, mit Kartätschen hineinzuschießen — der Oberfeuerwerker Pollet hatte aber die Ausführung dieses Befehls verhindert.

Erzherzog Ludwig war der erste, der dem Fürsten Metternich ins Gesicht von seinem Rücktritt sprach. Er tat es in seiner trockenen, kalten Manier; ganz von fernher, beinahe wie ein Unbeteiligter. Metternich erging sich, lamentierend und perorierend, in endlosen Ausführungen, ohne etwas Positives vorzubringen. Erzherzog Johann drängte auf Entscheidung, Graf Kolowrat machte Metternich bittere Vorwürfe. Es war kurz vor neun Uhr — die Frist lief ab. Der Fürst erklärte schließlich, trotz seines dem Kaiser Franz geleisteten Schwures, den Kaiser Ferdinand nie zu verlassen, seine Demission geben zu wollen, wenn die kaiserliche Familie seinen Rücktritt wünschte. Da die Erzherzöge den Wunsch nun in aller Form aussprachen, war Metternichs Schicksal entschieden. Es wurde ihm sehr schwer, aber er trug es mit Würde. Der blöde Kaiser Ferdinand beanspruchte das letzte Wort für sich: man solle dem Volk sagen, daß er allem zustimme. Er äußerte auch wiederholt an diesem Tage, er lasse nicht auf sein Volk schießen.

Die älteren Erzherzöge haben den Fürsten Metternich fallen lassen, weil keiner von ihnen um seinetwillen den Kampf mit dem Volke politisch verantworten wollte, auf den die jüngeren Erzherzöge militärisch so brannten. Der Sieger war Erzherzog Johann, Metternichs alter Feind; Siegerin war auch Erzherzogin Sophie, die nun den Thron für ihren Sohn Franz Joseph sicher glaubte; Kaiserin Marianne wollte die sofortige Abdankung des armseligen Kaisers Ferdinand, der ja ohne Metternich nie zur Regierung gekommen wäre — Metternich brachte sie davon ab; besiegt war des Kaisers alter ego, die Hauptstütze Metternichs in jahrelanger Arbeit — Erzherzog Ludwig: er brachte nun nicht einmal mehr den Mut auf, dem scheidenden Staatskanzler für seine Arbeit ein anständiges Wort des Dankes zu sagen. Gedankt haben ihm aber Erzherzog Johann und Erzherzog Franz Karl, seine Gegner, für die generöse Art, das Opfer seiner Stellung zu bringen. Metternich zog sich mit der anmutigen und etwas zynischen Geste eines großen Herrn aus dem achtzehnten Jahrhundert zurück — er war wohl klug genug, um einzusehen, daß ein Kampf um seine Person wirklich aussichtslos war, ja daß er einem Kampfe um sein Prinzip spätere Möglichkeiten gerade dadurch schuf, daß seine Person verschwand¹⁸⁰). Fürst Windischgrätz freilich hätte gern schon an diesem Tage Wien erobert, wie er es ein halbes Jahr später tat. Er war zum Diner bei Metternich gewesen; im Frack übernahm er das Kommando. Während der halben Stunde, die er brauchte, um sich zu Hause umzuziehen, fand der Szenenwechsel statt. Windischgrätz bat jetzt den Fürsten Metternich, in den Staatsrat zurückzukommen, den er nach der Erklärung seines Rücktritts verlassen hatte. Man wußte nämlich nicht recht, was nun geschehen sollte. Metternich erschien, erklärte aber mit seinem eigentümlichen graziösen Hohn, er habe seine Demission gegeben und deshalb keine Ansicht mehr zu äußern¹⁸¹).

Die Erleichterung über den Sturz des alten Fürsten war ebenso groß, wie der Haß gegen ihn gewesen war — sogar die Hofbediensteten klatschten Beifall, als

Metternich persönlich den Deputationen das Ereignis seines Rücktrittes mitteilte. Der Jubel in der Hauptstadt war überwältigend. Nun mußte Erzherzog Albrecht zähneknirschend die Truppen zurückziehen, auf die Glacis hinausführen und an einigen Punkten der Stadt sammeln; die Bürgerwehr rückte in die Stellungen ein. Sie übernahm auch die meisten Wachen. Das Zeughaus wurde geöffnet, um die Studenten zu bewaffnen. Bei Mondlicht und Fackelschein schnallten sie die Säbel um und rührten die Trommeln — es waren große Momente für das langunterdrückte Selbstgefühl einer herrlichen, opferbereiten Jugend. Als aber ein langer Zug Arbeiter zur Universität marschierte und Hilfe anbot, wurden die Tore geschlossen und solche Bundesgenossenschaft mit schönen Worten abgelehnt. Bürgergarde und Studenten hatten genug zu tun, die Ordnung wiederherzustellen. In Mariahilf wurden die verhaßten Maut- und Akzishäuser gestürmt und in Brand gesteckt, die Beamten vertrieben; man plünderte die Läden von Bäckern, Fleischern, Krämern; in Fünfhaus und Weidling, auch weiter im Lande, wurden die Maschinen der Fabriken zertrümmert, in Sechshaus die Sträflinge befreit, in Brauhirschen Verwaltungs- und Aktsakten vernichtet. Die Studenten taten ihr möglichstes: in der Villa Metternich mußte alles wieder ordentlich zurückgestellt werden — dafür sorgten sie. Patrouillen zogen auf und ab, in der Innenstadt verkündigte freudige Beleuchtung die ganze Nacht hindurch den Sieg des Volks. Die Frauen ließen weiße Tücher flattern, ein Vivat nach dem andern scholl durch die Gassen.

Hatte das Volk wirklich gesiegt? Greifbar war zunächst nur die Entlassung Metternichs. „Wien genoß und — patrouillierte“, sagte witzig ein Zeitgenosse¹⁸²⁾. Die Zahl der Bewaffneten wurde am 14. März auf 30 000 geschätzt; alles war in Bewegung, die Führer der Bürgergarden, der Stände, der Studenten wurden gefeiert. Auch die Angehörigen der wohlhabenderen Klassen drängten sich nun zur Waffenverteilung. Die Frauen spendeten Blumen, Schärpen, Kokarden. Schwarzrotgold flutete durch die deutsche Kaiserstadt; in den Arbeitervorstädten wurden aber auch schon rote Kokarden und Bänder gezeigt. Als die Gewährung der Preßfreiheit auf sich warten ließ, erklärten die Studenten, sie wollten noch eine halbe Stunde zusehen und dann an Stelle der weißen Bänder rote aufstecken. Es hieß, daß die Führer entschlossen waren, im Falle des Äußersten, das Proletariat aus den Vorstädten in Massen hereinzulassen und gegen die Bajonette zu führen. Dem Denkmal Kaiser Josephs, des ersten Volkskaisers, setzte ein Junge einen blühenden Kranz aufs Haupt; die weiße Fahne mit dem Zauberwort Preßfreiheit bekam er in die Hand. In der Hofburg aber wußte man nicht recht wohin. Die Schwierigkeit lag in den Personalverhältnissen, das Widerstreben gegen das Neue war eben sehr stark. Fürst Alfred Windischgrätz wurde nun doch zur Wiederherstellung der Ruhe mit den nötigen Vollmachten ausgestattet, alle Zivil- und Militärbehörden wurden ihm untergeordnet.

Im Saale der Hofreitschule hatte sich die erste große Volksversammlung von mehr als 2000 Köpfen zusammengeschart. Man fürchtete falsches Spiel. Wieder

ging eine Deputation nach der andern in die Hofburg, und ein Zugeständnis nach dem andern mußte errungen werden: die Bewilligung der Nationalgarde, die Aufhebung der Zensur; das Wort Preßfreiheit wurde vermieden. Am Hause des Lesevereins wurde dieses heilige Wort nun durch das kategorische „Es ist . . .“ vervollständigt. Am 15. März mußten die Schriftsteller Wiens ein Manifest ergehen lassen, in dem sie von dem gewährten Recht der freien Presse „förmlich Besitz ergriffen“. Denn: „Unlautere, vielleicht auch böswillige Gerüchte suchen den Bewohnern Wiens die Meinung beizubringen, als sei die Preßfreiheit nicht erteilt oder nicht im eigentlichen Sinne des Wortes gemeint worden.“ Unterzeichnet waren die Namen: Castelli, Bauernfeld, Fischhof, Baldamus, Adolf Pichler.

In später Nacht hielt noch die Staatskonferenz eine Sitzung über die Frage der Konstitution. Der Thronfolger Erzherzog Franz Karl hatte sie berufen und sprach sich für Bewilligung aus. Ungarn und Siebenbürgen hatten aber doch ihre eigene Verfassung und staatsrechtliche Stellung! Das lombardisch-venezianische Königreich war ein politischer Körper für sich, mit ganz eigenen Bedingungen. Die Slawen waren im Aufruhr, überall. Eine Gesamtstaatsverfassung für den Kaiserstaat! Eines der großen Zeitprobleme trat hier mit seiner ganzen Vielspältigkeit in lebhaftester Erscheinung. Der Beschluß der Staatskonferenz, einen kleinen Ausschuß zu bilden, als Beirat für legislative und administrative Fragen, aus Abgeordneten der Stände der deutschen und slawischen Reiche sowie der Zentralkongregationen des lombardisch-venezianischen Königreiches — dieser Beschluß war ein Zeichen von sachlichem Entgegenkommen, hatte aber für die Volksstimmung gar keine durchschlagende Kraft¹⁸³). Das Zugeständnis wurde bekanntgemacht — aber gleichzeitig erfolgte durch Windischgrätz die Verkündung des Belagerungszustandes und die ernstliche Warnung an alle Bürger, sich der Beleidigung der Truppen zu enthalten. Die Katastrophe des blutigen Bürgerkrieges schien nun doch noch bevorzustehen. Erzherzog Ludwig fragte den Fürsten Windischgrätz auf sein Gewissen, ob er den Erfolg des militärischen Widerstandes verbürgen könne. Der Fürst antwortete: er könne sich verpflichten, mit den 15 000 bis 18 000 Mann, die zur Verfügung standen, alle wichtigen Punkte der Stadt zu halten und die kaiserliche Familie zu schützen. „Wenn sich aber der Aufstand aufs Land verbreitet und die Stadtbevölkerung Zuzug erhält?“ fragte der Erzherzog. Dafür könne er keine Bürgschaft übernehmen, antwortete Windischgrätz¹⁸⁴). Er hatte nach Metternichs Abdankung zuerst überhaupt keine Diktatur, weder dem Namen noch der Sache nach, übernehmen wollen, hatte sich dann doch „mit allen Vollmachten“ ausrüsten lassen, um sie schließlich dem konstitutionellen Ministerium wieder zu übergeben. Seine Stunde war noch nicht da. Unter Bachs Führung hatte inzwischen ein Bürgerausschuß von 24 Mitgliedern die städtische Verwaltung übernommen — der Bürgermeister mußte sich fügen¹⁸⁵). Von der Erzherzogin Sophie und ihrem Gemahl Franz Karl ging nun unter dem Einfluß des älteren Sommaruga, Bauernfelds und anderen der Gedanke aus,

weitere Nachgiebigkeit zu zeigen. Den Ausschlag gab Erzherzog Stefan, der ungarische Palatin, dem bei seiner Ankunft von den Wienern eine Huldigung sondergleichen dargebracht wurde. Die Pferde wurden ihm ausgespannt! Nun endlich, am 15. März, erfolgte die Bekanntmachung der vom Kaiser unterschriebenen Bewilligungen, auch der „Konstitution des Vaterlandes“. Ein kaiserlicher Herold verlas das von Bauernfeld verfaßte Patent vor der Hofburg. „Man schrie, man weinte, man sprang, man umarmte und küßte sich überall. Die allgemeine Menschenverbrüderung schien in diesem Augenblicke ein lebendiger Traum zu sein“ — so schildert ein Zeitgenosse die Wirkung¹⁸⁶). Während Kossuth, der Führer der ungarischen Deputation, umjubelt wurde, verließ Fürst Metternich unter Lebensgefahr die Hauptstadt und das Land. Auf seine Anfrage hatte Erzherzog Ludwig erklärt, er könne keine Verantwortung für des Fürsten Sicherheit übernehmen, seine Abreise werde das Land beruhigen¹⁸⁷).

Ungarn, Tschechen, Polen und Italiener sprachen in der Hauptstadt über die Freiheit der Nationen und wurden stürmisch gefeiert von den Wienern. Die fühlten sich als weltläufige Bürger des Kaiserstaates und gönnten jedermann seine Sprache und Sitte, wenn sich nur alles weiter respektvoll um die Residenz drehte. Man hat die Wiener Revolution die „k. k. Revolution“ genannt — mit tiefem Recht, denn bis in die Arbeiterschicht hinein herrschte ein spontanes Gefühl für das Dynastische. Kaiser Ferdinand brauchte sich nur dem Volke zu zeigen, um sofort begeistert begrüßt zu werden; als der Urheber des Blutbades galt, mit großem Recht, wie wir wissen, Fürst Metternich, die herausfordernde und verletzende Haltung der jüngeren Erzherzöge war nur zu schnell vergessen. Erzherzog Albrecht verbarg sich einige Tage in der Hofburg, dann erschien er wieder. Sein Verhalten wurde mit augenblicklicher Aufwallung entschuldigt — man machte Frieden mit ihm¹⁸⁸). Er ging dann zur Armee nach Italien. Wien war im Grunde dynastisch, es war deutsch, aber auch durch und durch großösterreichisch; dem Fürsten Metternich, den es jetzt verfluchte, war es immer sehr verpflichtet gewesen für die europäische Rolle, die er die Stadt spielen ließ; Wien schwärmte für die Italiener und Ungarn, die im Grunde die Todfeinde seiner überragenden Stellung waren.

Dasselbe gilt von den Tschechen. Die Zahl der Slawen im Kaiserstaat war größer als die der Deutschen. Wien regierte aber auf deutsch — der bürokratische und militärische Zentralismus machte das Deutschtum bei den andern Nationen verhaßt, weil er eben deutsch sprach. Der böhmische Slawismus begann, wie man weiß, als literarische Propaganda, um als politische Verschwörung zu endigen. Die tschechische Sprache wurde erweckt, um einem frischen und hochbegabten Volkstum gegenüber Bevormundung, Behördenschikanen und Wiener Rechtshaberei sein Lebensrecht zu sichern. Ehrgeiz, Eitelkeit, journalistische Selbstgefälligkeit, aber auch ehrliches Bildungsbedürfnis, warmes Gefühl für geschichtliche und kulturelle Überlieferung brachten die tschechische Bewegung hoch. Wirtshäuser und Vereine in Prag taten sich etwas darauf zugute, das Deutsche

zu verpönen; sogar der Adel ging gern das Bündnis mit der Bewegung ein, um seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber Wien zu verstärken¹⁸⁹). Bei der großen Versammlung im Wenzelsbad in Prag am 11. März wurden außer den gewöhnlichen Märzforderungen überraschend, aber doch seit langem wohl vorbereitet, zwei Punkte angenommen, die für den Kaiserstaat etwas ganz Neues bedeuteten: völlige Gleichstellung der beiden in Böhmen lebenden Nationalitäten in allen Ansprüchen und Rechten; und dann: politische Vereinigung der von alters zusammengehörenden Kronlande Böhmen, Mähren, Schlesien durch eine gemeinschaftliche, volkstümliche Repräsentation. Ein Notabelnkomitee wurde gewählt, um alle Forderungen zu einer Petition der böhmischen Nation an den Kaiser zusammenzufassen. Diese Prager Bewegung machte starken Eindruck in Wien und hat die Haltung der älteren Erzherzöge gegenüber Metternich wesentlich mitbeeinflußt. Die Wiener Ereignisse, schon durch den Telegrafen bekanntgegeben, wirkten dann wieder auf Prag zurück. Das Notabelnkomitee leitete tatsächlich die Geschicke der Stadt Prag. Lehr-, Lern- und Turnfreiheit wurde nun nach dem Muster der deutschen Universitäten auch in Prag bewilligt. Ein Bürgerkorps und ein Studentenkörps wurden eingerichtet. Die Zusage der Konstitution in Wien wurde durch einen Fackelzug gefeiert. Lebhaft und deutsch-freiheitlich in ihrer besonderen, urwüchsigen Art war die politische Bewegung in Graz. Seinen Steirern brachte Erzherzog Johann persönlich die Nachricht vom Sturze Metternichs. Graz war ja seine langjährige Residenz; hier hatte er in klugem Abwarten eine biedere Opposition anwachsen lassen. Er nahm sie jetzt in die Hand und gründete darauf weitere Pläne. Wenn Ungarn, Italien, Böhmen mit seinen Nebenländern eigene Wege gingen, dann mußten die deutschen Alpenländer desto fester zusammenhalten, dann brauchten sie vielleicht einmal wieder ihren — „Alpenkönig“.

„Die kaiserliche Regierung fühlt sich jetzt in ihrer neuen Richtung befestigt und weiß, was sie will!“ sagte der „Respicient“ für die deutschen Angelegenheiten in der Staatskanzlei, Freiherr von Werner, am 20. März dem hessischen Gesandten v. Biegeleben. Das Wort war kühn und erweckte nach Lage der Dinge nicht so viel Vertrauen, wie es wohl sollte. Der allgemein beliebte und fortschrittlich gesinnte, aber abgenutzte Freiherr von Pillersdorf wurde Minister des Innern. „Ich muß tollkühn sein, um nicht furchtsam zu erscheinen — so groß sind die Schwierigkeiten“, sagte er zu Biegeleben¹⁹⁰). Alles schmiedete nun Konstitutionsprojekte — in der Tat ein dankbares Geduldspiel für Österreich. Minister des Äußern wurde Graf Ficquelmont, ein Mann, der als Diplomat den größten Teil seines Lebens im Ausland verbracht hatte, dessen Frau eine Ausländerin war, der gar nicht im Lande wurzelte, keinen Grund und Boden hier besaß; wenn aber Metternich trotz seiner Heiraten, seines großen Grundbesitzes und seiner bedeutenden diplomatischen Erfolge von ehemals nie für ganz voll in der altösterreichischen Hofgesellschaft angesehen wurde — wie sollte sich nun ein solcher Mann mittleren Schlages durchsetzen, der außerdem noch für leicht-

sinnig, leidenschaftlich und dickköpfig galt?¹⁹¹) In Österreich hatte eine so schwere Staatskrise begonnen, daß schon die Erzherzöge selbst und die Söhne der ältesten Häuser wie Windischgrätz zugreifen mußten, wenn etwas gerettet werden sollte für das Bestehende, für die konservativen Kräfte. Die Hofpartei hatte mit der Entfernung Metternichs die Hauptsache erreicht und sah im Grunde alle weiteren Zugeständnisse als Belastungen des dynastischen Prinzips an. Die ständische Reformpartei fühlte sich durch die Volksbewegung überholt, in Schatten gestellt, vielleicht sogar gefährdet — sie war nur allzusehr geneigt, den Anschluß nach rechts und nicht nach links zu suchen. Beamtenschaft, Militär und Geistlichkeit wurzelten im absoluten Kaiserstaat, sie hatten ihn getragen, wenn sie ihn sich vielfach auch anders wünschten, sie lebten von ihm, sie lebten für ihn. Der Verfassungsgedanke erweckte die Nationalitäten; ihre demokratische Wucht erschütterte die kaiserstaatliche Autokratie am tiefsten. Die fremden Nationalitäten stellten sich gegen das Deutschtum und drängten es damit, gegen seinen Willen vielfach, in die Reaktion. Konnte man den Kaiserstaat deutsch und liberal zugleich und als eine Körperschaft befreiter Nationalitäten regieren? Das war schwer, vielleicht unmöglich; einfacher war gewiß der Despotismus.

Lange hatten Metternich und Kaiser Nikolaus zusammengearbeitet. Wenn die Freiheitsbewegung Deutschland ergriff, dann wurden die Deutschen Österreichs mitgerissen. Wenn die europäische Demokratie die Nationen mündig sprach, dann galt das auch für die Nationen Österreichs und Rußlands. Der russische Zarismus konnte die deutsche Freiheit vielleicht noch abwartend, wenn auch mit Unruhe ansehen; die Freiheit der Slawen und Ungarn im Kaiserstaat empfand er als Lebensgefahr.

*

Vergleicht man die europäischen und die deutschen Aussichten der beiden Großmächte Österreich und Preußen zu Anfang der Revolution von 1848, so wirkt das Übergewicht Preußens überraschend; es war so groß wie vielleicht nie vorher und kaum nachher. Österreich litt schwer unter der Belastung durch Metternich; Preußens König Friedrich Wilhelm IV. schien, trotz aller Enttäuschungen und Unklarheiten, doch der Zukunft anzugehören. Er war mehr deutsch als preußisch, mehr schwarzrotgold als schwarzweiß. Gerade die alt-preußischen Kreise liebten ihn wenig. Begabung, Stellung und Gesamtlage machten ihn zum Schicksalsmann der Zeit. Als Metternich endlich gestürzt war, atmete alles auf, aber es war eine Lücke eingetreten: Metternich hatte Österreich ruiniert, aber es brauchte neue Metterniche, um wieder hochzukommen. Preußen war ein viel gesünderes Staatswesen, und doch geriet es in eine überaus schwere Krise. In Österreich hatte, wie überall in Deutschland, die Revolution gesiegt, aber ohne daß der Kampf wirklich ausgefochten wurde. Die bestehenden Gewalten hatten sich noch eben rechtzeitig mit der Volksbewegung vertragen. Man opferte Personen und Prinzipien, um die tatsächliche Gewalt zu behalten oder höchstens

mit dem empordrängenden bürgerlichen Geld- und Titelpatriziat zu teilen. Damit sollten sich nun Mittelstand und untere Schicht abfinden. Das Eigenartige des Revolutionserlebnisses im März 1848 war, daß sich nirgends die Autokratie für völlig besiegt, nirgends die Demokratie völlig als Sieger zu fühlen brauchte. Die Extreme traten zurück, der mittlere Weg wurde eingeschlagen. Die Revolution war vor den Thronen stehengeblieben, wie man damals sagte. Das Volk vertraute dem Wort der Fürsten, die Fürsten vertrauten dem Anstand und der Ordnungsliebe des Volkes. Die Stimmung war deshalb in ganz Deutschland optimistisch. Nur in Preußen war es anders. Nur in Berlin wurde ernsthaft gekämpft, nur hier gab es viel Blutvergießen und große Bitterkeit, nur hier gab es Sieger und Besiegte. Schon darin beruht des achtzehnten März geschichtliche Bedeutung.

Als in den ersten Januartagen 1848 der belgische Gesandte Nothomb von Brüssel nach Berlin zurückkehrte, erzählte er, es herrsche in Belgien, im Rheinland und in Süddeutschland als Folge der Ereignisse in der Schweiz und in Italien eine außerordentlich starke Agitation; die Bevölkerung der Rheinprovinz verwerfe allen „Ersatzkonstitutionalismus“ (*simulacre constitutionnel*); auch in gemilderter Form sei ein Absolutismus nicht mehr möglich¹⁹²). Auf solche Warnungsrufe gab nun die Regierung Friedrich Wilhelms IV. sehr wenig. Der König und sein Außenminister Canitz hielten nach wie vor fest an dem „Bündnis der drei konservativen Mächte“; Canitz schalt in starken Ausdrücken auf Palmerstons Politik in Italien: „Ärger, Mißgunst, Rachsucht, gegen das österreichische Kabinett gerichtet, sind die Triebfedern Palmerstons . . . Nur der Minister eines Inselreiches wie England . . . kann sich erlauben, die Rolle des Aufregers ungestraft zu übernehmen“, sagte der preußische Außenminister zum österreichischen Gesandten¹⁹³). Als General v. Rochow nach sechsmonatiger Abwesenheit auf seinen Petersburger Gesandtenposten zurückkehrte, bekam er eine Instruktion mit, in der es hieß: „Die Völker und Männer der Bewegung halten das Band der drei Mächte für aufgelöst und arbeiten an einem Bande zwischen den Völkern selbst: demgegenüber müssen die Kabinette ihre Verbindung bei jedem Anlaß möglichst bekunden¹⁹⁴).“ Bunsen in London erhielt scharfe und eindeutige Weisungen; daß Palmerston am preußischen Gesandten eine Stütze finden könne, gegen das Berliner Kabinett, wurde von Canitz energisch bestritten. Man sieht, wie doch das Innenpolitische sich wiederum mit dem Außenpolitischen unlösbar verknüpft — von einem „Primat“ des einen oder des andern zu sprechen, ist wohl kaum möglich. Für das damalige Preußen ist eher das innenpolitische Moment primär. Preußen fühlte sich in der Gesellschaft Österreichs und Rußlands am wohlsten. Wie übel war der preußischen Volkswirtschaft bei der Krakauer Angelegenheit von Wien mitgespielt worden! Nun plante Rußland die Aufhebung der Zollschränken zwischen Kongreß-Polen und Rußland; seit 1815 genoß Preußen Zollerleichterungen zu Kongreß-Polen — jetzt sollte es auch damit aus sein. In Posen standen sich Deutsche und Polen schroffer als jemals gegenüber. Mieroslawski und Elzanowski lehnten es ab, als zum Tode Verurteilte an die

Gnade des Königs zu appellieren, und sie erhoben Einsprache, als ihr Anwalt es ohne Vollmacht für sie tat. So wollten sie durch Zurückweisung jeder Rechtswohltat die Regierung in Verlegenheit setzen und sich selbst als Märtyrer hinstellen¹⁹⁵).

Die preußische Bevölkerung lebte in dem Winter von 1847/48 unter dem Eindruck zunehmender Spannung und eines Rückschlages gegen die durch den Vereinigten Landtag eröffnete Reformperiode. Der wirtschaftliche Notstand erhöhte die Sorge. Alle öffentlichen Organe, wie Provinziallandtage, Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen, erhoben, bei der scharfen Unterbindung der gedruckten öffentlichen Meinung, ihrerseits die Stimmen; ein unruhiges Durcheinander von Wünschen entstand. Am 17. Januar versammelten sich die Vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin, um den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch zu beraten. Die Regierung stellte sich zunächst auf den Standpunkt, daß den Ausschüssen keine andere Vorlage gemacht werden dürfe als diejenige, derentwegen sie einberufen waren. Dann wollte sie aber doch den Hauptfinanzetat mitteilen lassen, um den Verdacht bedeutender Vergeudungen zu entkräften. Es war zu erwarten, daß die auf dem „Rechtsboden“ stehenden Mitglieder sich dafür inkompetent erklären würden. Die politische Bedeutung der Beratungen über das Strafgesetzbuch war deshalb groß, weil die Rheinländer nicht auf die fortgeschrittenen Bestimmungen ihres Rheinischen Rechtes verzichten wollten und auch in dem neuen Entwurf kaum ein Zugeständnis an eine humanere Rechtsauffassung zu entdecken vermochten. Zwar waren Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens vorgesehen, aber keine Geschworenengerichte. An der Prügelstrafe war festgehalten — eine große Mehrheit der Ausschüsse stimmte dagegen. Die Todesstrafe sollte durch Ausstellung des Kopfes und Abhauen der rechten Hand verschärft werden können! Von 98 anwesenden Mitgliedern erklärten sich immerhin schon 44 überhaupt gegen die Todesstrafe — eine verhältnismäßig große Minderheit. Bei der Debatte über den Hochverratsparagraphen setzte die Regierung nur mit Mühe auch den Schutz der Interessen des Deutschen Bundes durch. Der Korreferent Freiherr v. Mylius hatte dagegen gesprochen und dabei die ungewöhnlichen Äußerungen getan: „Preußen soll seinen Beruf, die deutsche Einheit zu fördern, durch eigene Mittel erstreben und sich nicht auf fremde Mitwirkung verlassen. Die obwaltenden Zustände im Deutschen Bunde sind der Lösung der Aufgaben nicht gewachsen, wie sie die nicht mehr entfernte Zukunft bringt¹⁹⁶).“

Der französische Gesandte in Berlin, Marquis Soult de Dalmatie, hatte noch Anfang Januar mit großer Sicherheit erzählt, was ihm König Louis Philippe über Revolutionen gesagt hatte: „Man soll niemals die Revolution angreifen; man muß ihren Angriff abwarten. 1830 habe ich Karl X. diesen Rat gegeben, er hat ihn nicht befolgt und wurde im Juli von der Revolution geschlagen; zwei Jahre später, 1832 im Juni, hat mich die Revolution angegriffen, und sie wurde besiegt¹⁹⁷).“ 1848 fuhr freilich Louis Philippe schlecht mit seinem Rezept; und

Friedrich Wilhelm IV., der auch danach gehandelt zu haben scheint, fuhr beinahe noch schlechter.

Die Erklärung Frankreichs zur Republik verstärkte zunächst die konservative Tendenz der preußischen Regierung. Keine Einmischung in französische Angelegenheiten, aber auch keine Duldung der leisesten Angriffe oder Verletzung der Verträge, sei es in Deutschland, sei es in den italienischen Provinzen Österreichs — so formulierte Canitz den Standpunkt¹⁹⁸). Und gerade Friedrich Wilhelm IV. mußte jetzt eine Verletzung der Verträge erdulden, die ihm weher tat als nötig gewesen wäre: sein Neuenburg fiel von ihm ab und bildete am 29. Februar eine provisorische Regierung, die sofort offizielle Beziehungen zum eidgenössischen Vorort eröffnete. Der königliche Kanzler floh nach Berlin, die Neuenburger Royalisten beschränkten sich auf passiven Widerstand. Bald hatte die Schweiz einen Kanton mehr. Friedrich Wilhelm IV. trug seit Jahr und Tag finanziell schwere Lasten infolge des Unterstützungsbedürfnisses der Neuenburger Royalisten — nun traf ihn noch dieser Schlag. Er war in Deutschland der erste Leidtragende der Revolution¹⁹⁹!

Eine sehr energische Sprache führte jetzt der russische Gesandte v. Meyendorff. Er entfaltete große Aktivität, die allgemein auffiel. Nach seiner Auffassung befand man sich wahrscheinlich am Vorabend eines langen Krieges, „eines Prinzipien- und Propagandakrieges, in dem sich die Republik der Monarchie, die eine Nation der andern gegenübergestellt sieht, in dem jeder für seine Existenz kämpfen muß²⁰⁰).“ Meyendorffs Depeschen gingen jetzt mit der schnellsten Gelegenheit nach Warschau und wurden von dort an den Zaren weiter telegraphiert²⁰¹). Nesselrode, der russische Staatskanzler, instruierte Meyendorff folgendermaßen: „Wenn die Republik wirklich proklamiert ist, wird der Zar sofort seinem Geschäftsträger befehlen, Paris zu verlassen und alle Beziehungen zu einer Regierung abubrechen, die er nicht anerkennen wird.“ Meyendorff solle Preußen dasselbe Vorgehen anraten. Den gleichen Schritt tat Nesselrode in Wien. Kaiser Nikolaus wandte sich in demselben Sinne persönlich an Friedrich Wilhelm IV.: eine Einmischung in die französischen Verhältnisse sei nicht am Platze; Preußen solle aber zum Zwecke der Verteidigung Truppen an der Rheingrenze ansammeln; die russische Armee werde als Reserve dienen und im Falle eines französischen Angriffes in Aktion treten²⁰²); mit der Totalität seiner Kräfte werde der Zar zu Hilfe eilen, — so wurde mit allem Nachdruck versichert, sollte aber Preußen die französische Republik anerkennen, so werde nie ein russischer Soldat die Grenze überschreiten und dem Könige beistehen. Meyendorff erinnerte jetzt auch an den Vertrag aus dem Jahre 1830, in dem sich die drei konservativen Mächte verpflichteten, nie eine republikanische Regierungsform in Frankreich anzuerkennen: „Für einen Krieg am Rhein ist eine Armee von zweihunderttausend Russen wichtiger als die englische Flotte — in zwei Jahren kann er da sein“, erklärte der russische Gesandte²⁰³). Der Gedanke einer gemeinsamen Front gegen das revolutionäre Frankreich wurde von Friedrich Wilhelm IV.

gerne aufgenommen. In der Nacht zum 27. Februar schrieb er an die Königin Viktoria von England einen eigenhändigen Brief, in dem er eine gemeinsame Aktion der großen Mächte anregte gegen die revolutionären Kräfte, nicht mit den Waffen freilich, sondern mit der Macht des gemeinsamen Wortes²⁰⁴). Die Königin antwortete am 5. März etwas kühl: die französische Nation werde der-einst für ihre vielen Sünden büßen müssen, aber jeder Schritt müsse vermieden werden, sie zu einem Angriff gegen das übrige Europa zu reizen oder ihr einen Vorwand dazu zu geben: „das gemeinsame Wort . . . würde vielleicht zu sehr den Schein eines défi haben und den Franzosen unsern einigen Sinn als eine Koalition darstellen, welcher sich zu widersetzen ihnen leicht eine Sache des point d'honneur werden könnte.“ Im Briefe vom 9. März 1848 versuchte trotzdem Friedrich Wilhelm IV. durch Bunsen auf Palmerston im gleichen Sinne zu wirken: „Wer aber Frieden will, muß die Mittel dazu anwenden. Dem rasenden Frankreich gegenüber sei aber nur eine Sprache vorhanden, die es zu verstehen imstande sei. Diese Sprache müsse von einem solchen Verein physischer und moralischer Macht ausgehen, welche auch dem Rasenden imponiert. Wenn nun aus dem Munde der enorm vereinigten Macht von England, Rußland, Österreich, Preußen und Deutschlands Bund ein Wort des Friedens und des Wohlwollens einerseits, andererseits aber ein Wort des festesten Entschlusses hervorgeht, jedem Traktatenbruch und Gebietsverletzung die vereinigte Macht zu Land und Meer entgegenzusetzen wie gegen Napoleon, dann haben die Großmächte (und unter ihnen England obenan) wahrlich das getan, was der Lenker der Welt-geschicke in ihre Verantwortlichkeit gelegt hat. Bricht dann das wütende Tier dennoch aus, so haben wir sein Maß, und den hohen Weidmännern kann, menschlich zu reden, das Erlegen desselben nicht zweifelhaft sein²⁰⁵).“

Inzwischen verhandelte Bunsen mit Lord Palmerston, der einen Offensiv- und Prinzipienkreis gegen Frankreich scharf ablehnte. Für die Verteidigung des status quo war auch er, aber auf der Basis der Nichtintervention in der Schweiz und in Italien²⁰⁶). Von diesem Standpunkte ließ sich Palmerston durch nichts abbringen; von einer Anregung an Frankreichs Adresse wegen Abrüstung wollte er nichts wissen, die Anerkennung des republikanischen Regiments sprach auch er nicht aus²⁰⁷). Radowitz verhandelte aber in Wien über die Mobilisierung der Bundestruppen! In den Verwaltungsbehörden der preußischen Armee begann eine intensive Tätigkeit; das Bekleidungsmaterial wurde nachgeprüft. Geräuschlos wurde auch die Komplettierung der Truppenkörper vorgenommen, zunächst von 50 Bataillonen. Am 11. März sagte Canitz dem diplomatischen Agenten Frankreichs, den er nicht offiziell empfing, Frankreich möge keine Art von Beunruhigung in den von Preußen für nötig gehaltenen militärischen Vorsichtsmaßregeln erblicken. Die Linieninfanterie wurde auf Korpsstärke gesetzt und zählte nun 112 Bataillone, 8 Reservebataillone, 8 Jägerabteilungen²⁰⁸). Auch der König von Hannover bot in Berlin an, sein Bundeskontingent auf Kriegsfuß zu setzen und wenn nötig zu verdoppeln²⁰⁹). In Preußen wurden schon Avancementslisten ausgearbeitet,

man wollte die nicht felddienstfähigen Offiziere aus der Armee entfernen. Der Krieg galt, wenn auch nicht als unvermeidlich, so doch als nahe bevorstehend. Am Rhein sollten die Festungen vorgehen, das vierte, siebente und achte Armeekorps marschfertig gemacht werden. General v. Thile II ging mit umfassenden Vollmachten auf seinen Koblenzer Posten. Bereits am 1. März konnte Graf Lerchenfeld, der bayrische Gesandte in Berlin, nach Hause melden, es bestehe die Absicht, den Prinzen von Preußen als Oberbefehlshaber nach Mainz zu schicken²¹⁰). Meyendorff freilich fand alle diese Maßregeln nicht entschieden genug und wünschte, daß Preußen eine Stellung einnehmen solle, die zugleich dem inneren und dem äußeren Feinde imponierte²¹¹). Der französische Gesandte in Berlin, Marquis de Dalmatie, hatte nach Empfang der die Revolution in Paris bestätigenden Nachrichten dem preußischen Außenminister die Erklärung abgegeben, daß er sich als seiner amtlichen Funktionen enthoben ansehe; den Herren der Gesandtschaft teilte er mit, die Mission sei aufgelöst, jeder von ihnen könnte nach seinem Belieben handeln. Der eine Sekretär ging nach Frankfurt, der andere nach Paris. Der Gesandte selbst betrachtete sich als „émigré“ und äußerte die Absicht, sich mit seiner Familie in Berlin niederzulassen²¹²). Lamartine hatte dem Marquis de Dalmatie geschrieben, er könne auf seinem Posten bleiben, wenn er der Republik mit „honneur et dévouement“ dienen wolle. Der Marquis antwortete, seine Ehre und seine Prinzipien erlaubten ihm nicht, der gegenwärtigen Regierung zu dienen, obgleich ihn sein Vater, der alte Marschall Soult, aufforderte, sich der Republik zur Verfügung zu stellen²¹³). Als diplomatischer Agent erschien nun in Berlin Graf A. de Circourt, der Bücher über Deutschland geschrieben hatte und auch mit einem Briefe Aragos an Alexander v. Humboldt ausgerüstet war. Canitz erklärte, es könnten nur offiziöse Beziehungen mit der provisorischen Regierung unterhalten werden, er könne ihn nicht als Geschäftsträger annehmen, vor einer Anerkennung müsse Preußen sich mit den andern Bundesmitgliedern ins Benehmen setzen. Der preußische Gesandte in Paris Graf Arnim erhielt den Befehl, sich ohne Aufschub aus Paris zu entfernen und als Geschäftsträger ohne offiziellen Charakter den ersten Sekretär Grafen Hatzfeldt zurückzulassen. Der württembergische Gesandte Reinhard charakterisiert die Lage mit dem Satze: „Angesichts des heuchlerischen und zweideutigen Manifestes Lamartines ist man mehr als je hier überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich ist“; deshalb sei zu wünschen, daß die Reformbewegung in Deutschland möglichst schnell zu Ende gehe, damit sich die Regierungen aktiv mit an der Organisation der Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes befassen könnten²¹⁴). Bekanntlich hatte Lamartine in seinem Manifest das Dasein der Republik angezeigt, ohne die Anerkennung der Mächte zu beanspruchen, und erklärt, die Wiener Verträge könnten nicht als rechtsgültig anerkannt werden, der territoriale Zustand sei aber Tatsache und somit die Unterlage der Beziehungen mit den Großmächten; Frankreich sei der friedliche Verbündete aller Völker, die fortschrittlich seien und auf die Befreiung der Nationalitäten hinzielten.

So wirkte also das französische Bekenntnis zur Demokratie und zum nationalen Gedanken im konservativen Preußen als Herausforderung; man hoffte dort, durch einen vaterländisch aufgezogenen Krieg am schnellsten die ärgerliche Freiheitsbewegung in Deutschland loswerden und die eigene Stellung dabei verbessern zu können. —

Wie bitter hatten Camphausens Sätze geklungen, die er bei der Eröffnung der vereinigten Ausschüsse sprach: „Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen, es ist nicht gesprochen worden. Die Folgen müssen getragen werden; die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns.“ Nun schloß Friedrich Wilhelm IV. am 6. März die Beratungen der Ausschüsse mit der Bewilligung der Periodizität des Vereinigten Landtages! Jetzt also, nach monatelangem Streit, nach zähestem Widerstand machte er das Zugeständnis, das ein halbes Jahr vorher wahrscheinlich eine gesunde innenpolitische Entwicklung in Preußen eingeleitet hätte. Man hatte kaum nach so viel Versteifung mit einem solchen Entgegenkommen gerechnet — aber es wirkte nun während der großen Volksbewegung im deutschen Westen überhaupt nicht, sondern flatterte matt auf den Boden. Gegen seine Gewohnheit las der König die Schlußrede ab; sie klang recht kriegerisch: da war vom Heldenmute der Jahre 1813, 14 und 15 die Rede; der Vereinigte Landtag sollte wieder berufen werden, „spätestens dann, wenn der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte“. Von einer sofortigen Einberufung, die vielen unumgänglich erschien, sprach der König leider nicht.

Schon Tage zuvor hatte die Volksbewegung auch den preußischen Staat ergriffen. An der Spitze stand, wie die ganze Zeit vorher, das Rheinland. Die Petition, die am 3. März in Köln dem Gemeinderat übergeben wurde, enthielt etwas anderes als die üblichen Märzforderungen, und zwar besonders scharf zugespitzt: „Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk; allgemeines Wahlrecht und Wählbarkeit in Gemeinde und Staat; unbedingte Freiheit der Rede und Presse; Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung mit volksgewählten Führern; freies Vereinigungsrecht, Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle; vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten²¹⁵).“ Die Wortführer waren der Arzt Dr. Andreas Gottschalk, der ehemalige Premierleutnant August von Willich und der Schriftsteller Hocker; diese Leute arbeiteten als leitende Personen in der Kölner Gemeinde des Kommunistenbundes und versuchten besonders auch in der Truppe zu wirken. Von Willich stammt das Wort: „Der uniformierte Bürger gehört so gut zum Volk wie der nichtuniformierte.“ Die Kölner Petition ist als der erste kommunistische Versuch in Deutschland anzusehen und hat deshalb weit mehr als lokale Bedeutung. Die Sache war vorbereitet, Marx und Engels hatten davon Kenntnis. Der Gemeinderat wußte nichts mit der Petition anzufangen; sogar Franz Raveaux fand sie unerfüllbar²¹⁶). Der Kölner Rathausplatz wurde vom Militär geräumt, es kam zu kleineren Zusammenstößen. Die kommunistischen

Führer wurden verhaftet. Die Bürgerversammlung vom 4. März in Köln war wesentlich ruhiger und forderte in einer Adresse an den König vor allem Repräsentativverfassung, Ministerverantwortlichkeit, Preß- und Religionsfreiheit. Man sieht hier deutlich schon den Unterschied zwischen der mehr geistigen und verfassungsrechtlichen Haltung der oberen bürgerlichen Schicht und der auf praktische, materielle Dinge eingehenden Stellung der unteren. Bis zu den kleinsten Gemeinden faßten die kommunalen Körperschaften im Rheinland ähnliche Beschlüsse, Sachsen und Westfalen folgten. In Schlesien ging Breslau voran. Dort wurde am 6. März eine Volksversammlung verboten, die Stadtverordnetenversammlung unter Tumulten aufgehoben. Militär mußte einschreiten. Bald ging auch der Sturm auf dem Lande los. In Ost- und Westpreußen stand die Bevölkerung vor allem unter dem Druck der Kriegsgefahr. Jacoby und Rupp traten in Königsberg an die Spitze der Bewegung. In der am 7. März abgehaltenen Resourceversammlung wurde eine Petition an den König beschlossen, die mit den Sätzen begann: „Die Staatsumwälzung in Frankreich, herbeigeführt durch ein freiheitsfeindliches Ministerium, und das bevorstehende Einrücken russischer Truppen in das Herz Deutschlands gefährdet von Osten und Westen die Grenzen unseres Vaterlandes.“ In Elbing wurde erklärt, daß ein Bündnis mit Rußland die Abreißung der Provinz und die Knechtung und Schande des gesamten Vaterlandes zur Folge haben würde.

Kaiser Nikolaus' drohende Proklamation vom 14. März und seine Einberufung der Urlauber „auf unbestimmte Zeit“ konnte diese große Beunruhigung in Preußen nur noch stark vermehren. Am 13. März kam es in Königsberg zu Unruhen — die Kürassiere mußten drei- bis vierhundert Tumultuanten auseinanderreiben, die Infanterie wurde mit Generalmarsch aufgeboten, 40 „Unruhestifter“ wurden gefangengenommen²¹⁷).

Auch in Berlin gab es — seit der auffälligen Rede des Königs beim Schlusse der ständischen Ausschüsse zum mindesten — eine politische Bewegung. Jeden Abend fanden Volksversammlungen statt, am Tiergarten, in den Zelten, die schon von früher bekannt waren als Versammlungsort der Lichtfreunde, zunächst improvisiert, dann regelmäßig von vielen erwartet und immer anwachsend. Was dort gesprochen wurde, ging nicht über das übliche Maß der Märzforderungen hinaus, es blieb eher dahinter zurück. Revolutionären Charakter trugen diese Versammlungen durchaus nicht, die Regierung schritt ja auch zunächst gar nicht dagegen ein, sondern duldete sie trotz des Versammlungsverbotes als eine Art frühjahrsmäßiger Volksbelustigung. In Berlin, wie im ganzen Westen und Süden, erwartete man einen entschlossenen Schritt der preußischen Regierung. Als aber in den ersten Märztagen einer der deutschen Gesandten dem Freiherrn v. Canitz zu verstehen gab, der König könne jetzt, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, den Wünschen des Landes entgegenkommen, antwortete der Minister, es sei jetzt nicht der Augenblick. Der württembergische Gesandte bemerkt dazu: „Von allen Teilen höre ich, daß es im Gegenteil der letzte Moment ist, an dem der König Zugeständnisse

machen könnte, die man mit Dankbarkeit aufnehmen würde und die dem König eine große Popularität verschaffen würden²¹⁸).“ Leider hielt die ablehnende Stimmung der preußischen Regierung zunächst an. Canitz bezeichnete die Konzessionen in Süddeutschland als der Verzweiflung an der eigenen Sache entsprungen. Der Oberstleutnant v. Brauchitsch, Flügeladjutant des Königs, wurde nach Dresden geschickt, mit einem eigenhändigen Schreiben Friedrich Wilhelms an den König von Sachsen, das das Anerbieten militärischer Hilfe enthielt; es erfolgte aber eine dankende Ablehnung. General v. Pfuel erhielt die seit dem Rücktritt des Feldmarschalls v. Müffling erledigte Stelle eines Gouverneurs von Berlin; „für den Fall eines Krawalles wäre“, schreibt der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff, „General v. Pfuel mit seiner bekannten Energie gewiß hier an seinem Platze“. Für alle Fälle waren die Truppen bereit. Auch in Potsdam bekamen die Ulanen und Husaren sowie eine Abteilung Artillerie den Befehl, sich marschfertig zu machen²¹⁹). Nur die Berliner Garde war noch nicht mobilisiert. Der Prinz von Preußen sollte jetzt tatsächlich nach dem Rheinland gehen; er selbst wünschte Koblenz als Aufenthaltsort, der König verlangte Köln. Bei der politischen Erregung am Rhein und angesichts der Gefahr des Krieges mit Frankreich wurde die Aufgabe des Prinzen allgemein als schwierig angesehen, und im Rheinland selbst wurde der Plan nicht gerade mit Freude aufgenommen²²⁰).

In den ersten Märztagen waren bei Borsig vierhundert Arbeiter auf einen Schlag entlassen worden. Tausende von Leuten waren ohne Subsistenzmittel in Berlin. Die Zahl der unter Polizeiaufsicht stehenden Personen betrug mindestens 7000. Nach Ansicht des württembergischen Gesandten Reinhard waren aber in Berlin „die niederen Klassen weniger als anderswo mit sozialistischen und kommunistischen Doktrinen infiziert“²²¹). Andererseits machte der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld in einem Rückblick auf die Märzrevolution einen Unterschied zwischen der politischen Richtung, die auf Konstitutionalismus, allgemein freiheitliche Forderungen unter Leitung von Presseleuten, Literaten und Stadtverordneten hingezielt und die ganze Bürgerschaft erfaßt habe — und der kommunistischen Bewegung, die in der arbeitenden Klasse nach französischem Vorbilde gewirkt hätte, durch Geld und aufrührerische Schriften, die von Emisären, Polen, Franzosen und Süddeutschen verteilt worden seien. Diese Betrachtung stammt aber vom 27. März, ist also durch das Endergebnis und die schon vorhandenen Beurteilungen sichtbar beeinflußt²²²). Eine so große Stadt wie Berlin ist in diesen aufgeregten Wochen sicher von vielen Fremden aufgesucht worden; einwandfreie Feststellungen darüber hat aber die Berliner Polizei nicht gemacht und auch bei ihrer damaligen, wenig entwickelten Organisation kaum machen können. Der Bericht des Polizeidirektors Duncker an den Minister des Innern v. Bodelschwingh vom 18. März beweist mehr als alles die Unzulänglichkeit und Hilflosigkeit der Polizeiorgane²²³). Zuerst behauptet er darin, die Bewegung bestehe fast nur in der niederen arbeitslosen Bevölkerungsschicht; dann erzählt er, im direkten Widerspruch dazu, den Unruhestiftern werde der Vorwurf gemacht

(von wem?), sie zögen sich den Verdacht der Feigheit zu, wenn sie nur bei Dunkelheit ihr Wesen trieben, sie sollten lieber die Vorbereitungen (wessen?) abwarten und dann gemeinschaftlich mit solchen, die die Verbesserung der Zustände ernstlich wollten, offen am Tage kampfgerüstet vortreten; dann würden sie auch Führer zum Siege finden. Duncker fährt fort: „Es sind nach meiner innigsten Überzeugung viele unangemeldete Fremde hier, die tätig sind . . ., ich habe ihre Namen nicht erfragen können, glaube sogar, es würde mit Ermittlung eines einzelnen nichts gewonnen sein — ihre Anwesenheit entgeht mir doch nicht. Ich brauche mich nur eine Viertelstunde z. B. in der Konditorei von Stehely aufzuhalten, um die Wahrnehmung zu machen, daß ich mir völlig fremden Personen von einzelnen mir bekannten Individuen nach und nach fortgesetzt wie eine Autorität gezeigt werde.“ Diese reichlich naive Schilderung des Berliner Polizeidirektors ist wohl eine der maßgebenden Quellen für die offizielle Legende, die Berliner Märzrevolution sei entscheidend von Fremden gemacht worden. Das Vorhandensein von „Fremden“ ist natürlich nicht zu bestreiten, irgendwie ausschlaggebend waren sie nicht. Dunckers Bericht nennt dann als namhaftere Agitatoren: v. Holtzendorff²²⁴) und Rutenberg; ihre Arbeit schildert er so: sie klagen über die Dummheit, sich den ganzen Tag vor Polizei und Militär zu zeigen, sich dann ohne Plan, ohne Führer, als unnütze Opfer darzubieten; schaden könnten freilich solche Opfer nichts, sie nützen der Bewegung, der Tod von Unschuldigen reize die Bürgerschaft, erweitere die Spannung, der Soldat müsse schließlich fühlen, daß er ein Gegenstand des Hohnes und des Hasses, der Verachtung wird; dann sage der gebildete Teil zur rohen Masse: tretet zurück, jetzt sind Opfer genug, wir werden mit euch vortreten: „So wird gearbeitet, alle Möglichkeiten der Verführung werden ausgebeutet. Wer nicht empfänglich für eine Ansicht ist, dem wird eine andere gezeigt; der König wird klug von gehässigen Beurteilungen ferngehalten, aber wegen seiner Umgebungen und Berater bemitleidet.“ Auch der Appell an den preußischen Patriotismus werde laut. — Man beachte wohl, daß dieser Polizeibericht unmittelbar vor der eigentlichen Katastrophe am 18. März geschrieben worden ist; er gibt am Schlusse, wenn auch einseitig und unvollständig, doch etwas von der vorhandenen Stimmung wieder.

Im Berliner Magistrat hatte am 7. März ein Antrag zur Beratung vorgelegen, nach welchem der König um sofortige Einberufung des Vereinigten Landtages auf Grundlage einer Erweiterung der Befugnisse der ständischen Institutionen gebeten werden sollte. Der Antrag wurde mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt, und der Oberbürgermeister Krausnick tat dabei die eigenartige Äußerung, ihn gelüste es nicht, „Präsident der provisorischen Regierung“ zu werden. Krausnick erklärte auch, er habe dem Minister von Bodelschwingh gelegentlich des Festessens beim König zur Verabschiedung der ständischen Ausschüsse die Lage in Berlin genügend geschildert. Das machte natürlich sehr böses Blut. Überall in Deutschland traten die städtischen Behörden an die Spitze der Freiheitsbewegung,

und Berlin sollte versagen? Eine Adresse der Berliner Bürgerschaft an die Stadtverordneten verlangte einen Schritt der städtischen Körperschaften beim Könige, die tatkräftige Forderung auf Preßfreiheit, wahre Volksrepräsentation, Vertretung der gesamten deutschen Nation durch Ausschüsse sämtlicher deutschen Ständeversammlungen beim Bundestage. Maueranschläge an den Kasernen forderten bereits die Soldaten auf, nicht gegen das Volk die Waffen zu gebrauchen²²⁵).

Seit Anfang März zeigte sich die schwere Staatskrise erschreckend an der Berliner Börse. Die Seehandlung machte große Anstrengungen, den Kurs der preußischen Staatsschuldscheine zu halten, sie sanken in wenigen Tagen auf 84 Prozent und fielen immer weiter. Die besten Werte wurden vergebens angeboten, so daß die notierten Kurse fiktiv waren. Es kam zu zahlreichen Scheinumsätzen, die von denen arrangiert wurden, die ihre Papiere loswerden wollten. Geschäfte wurden im Handel nur noch gegen bar gemacht, die sichersten Wechsel wurden nicht mehr akzeptiert. Der Fall der Eisenbahnaktien erschütterte weiter die Privatvermögen aufs schwerste. Am Hofe waren alle Feste und Liebhabertheater abgesagt, in der Gesellschaft hörten Bälle und Empfänge auf. Man sprach nur noch von Politik, Krieg, Verlusten, Revolution²²⁶).

Die Versammlung in den Zelten vom 7. März hatte eine Adresse beschlossen, die dem Könige persönlich überreicht werden sollte. Der Polizeipräsident von Minutoli besprach sich darüber mit der dazu gewählten Deputation in der „Zeitungshalle“, dem Hauptquartier der Volksbewegung. Der König, sagte Minutoli, liebe solche politischen Demonstrationen nicht, die Deputation werde nicht vorgelassen werden, man solle die Adresse durch die Stadtpost (!) an ihn schicken. Niemand hinderte dann die öffentliche Auslegung der Adresse. Minutoli hat also schon bei dieser Gelegenheit eine auffallende Rolle gespielt: Er wollte vermitteln und Blutvergießen verhindern — das war vernünftig und machte ihn populär —, aber da kein klarer Wille dahinterstand, wurde er schließlich von beiden Seiten angefeindet. Er war ein seltsamer Mensch, häßlich wie ein Mulatte und gerade deshalb voll ästhetischer Schwärmerei, wohlwollend, aber ein Schönredner und Wichtigmacher, unsicher und übergeschäftig, ein selbstgefälliger Schadenstifter wider Willen, für die Volksbewegung mehr ein Unglück als ein Glück. Am 8. März erging eine königliche Verordnung, wonach Preußen bei der Bundesversammlung eine auf Zensurfreiheit gegründete Pressereform betreiben wollte — ein vollständig ungenügendes, durch die Ereignisse in Süddeutschland und das Vorgehen des Bundestages selbst von vornherein überholtes Zugeständnis. Am 9. März hatte die Versammlung in den Zelten die Zahl von fast 4000 Köpfen erreicht — die Teilnehmer verfügten sich in vollkommener Ruhe nach Hause. Die Stadtverordneten wollten aber die im Tiergarten beschlossene Adresse nicht vertreten, einigten sich auf eine eigene, zahmere und durchaus loyal gefaßte — sie enthielt sogar einen Dank an den König für die Presseverordnung! Aber der König wollte die Stadtverordnetendeputation erst am 14. März empfangen.

Da kam es am 13. März zu den ersten Zusammenstößen. Der Prinz von Preußen hatte sein Kommando über das Gardekorps dem General von Prittwitz ad interim übergeben, besuchte am frühen Morgen des Tages sämtliche Kasernen, verabschiedete sich von den Truppen in feierlicher und ernster Weise, wobei er den nahen Krieg in Aussicht stellte. Seine Abreise wurde aber verschoben, und sie erfolgte schließlich überhaupt nicht. Das wirkte beunruhigend; der Prinz galt ja als ein offener und folgerichtiger Vertreter des militärischen Prinzips. Wurde er deshalb nicht ins Rheinland geschickt, weil er den Krieg gegen die Revolution in Berlin führen sollte? Es war in Wirklichkeit anders. Die Kriegsgefahr erwies sich gerade in diesen Tagen als durchaus nicht so bedrohlich. Preußen hatte weitgehende Vorbereitungen getroffen, das Militär war in Bewegung, die Kampflust war aufgeweckt worden, zahlreiche Änderungen in den Kommandos waren vorgenommen. Wenn das Volk im Marsche war, so war das Militär auch im Marsche — sie prallten ebenso aufeinander. Der Konflikt zwischen Zivil und Militär in Berlin war ja alt, durch unerfreuliche Ereignisse, besonders auch während der Kartoffelrevolution 1847, oft genug genährt. — Die Tiergartenversammlung am 13. März hatte nun einen etwas anderen Charakter als die vorhergehenden. Zahlreiche Arbeiter traten redend auf, es wurde auch von der deutschen Flotte gesprochen. Eine Arbeiterpetition an den König wurde als Flugblatt verteilt, in der etwas Neues erklang: der sozialrevolutionäre Gedanke! Zuerst kam eine Bitte um Abhilfe der großen Not und Arbeitslosigkeit, und es hieß dann: „Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und als fühlender Mensch seine Ansprüche geltend machen kann. Wir werden nämlich von Kapitalisten und Wucherern unterdrückt; die jetzt bestehenden Gesetze sind nicht imstande, uns vor ihnen zu schützen. Wir wagen daher Ew. Majestät untertänigst vorzustellen, ein Ministerium bestellen zu wollen, ein Ministerium für Arbeiter, das aber nur von Arbeitgebenden und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und dessen Mitglieder nur aus beider Mitte selbst gewählt werden dürfen²²⁷⁾.“

Gegen sechs Uhr nachmittags am 13. März ritten zahlreiche Kavalleriezüge dem Brandenburger Tor zu, Schloß und Zeughaus waren militärisch besetzt, an einzelnen Punkten der Stadt waren Kanonen zu sehen. Die Kavallerie versuchte die Versammlung unter den Zelten auseinanderzutreiben; Unter den Linden kam es zum scharfen Einhauen der Soldaten, mehrere Personen wurden verwundet. Am 14. März wandten sich Oberbürgermeister und Rat von Berlin mit einer Mahnung an die Bürgerschaft, sich im Interesse der gesetzlichen Ordnung von der Teilnahme an aufregenden Versammlungen fernzuhalten. Gouverneur und Polizeipräsident erinnerten ebenfalls daran, daß Volksversammlungen unerlaubt seien; sie brachten die Verordnungen vom 30. Dezember 1798 (!) und 17. August 1835 in Erinnerung, wonach bei einem Auflauf der kommandierende Offizier dreimal die Aufforderung an die Versammelten, auseinanderzugehen, auszusprechen habe, diejenigen, die nicht augenblicklich Folge leisteten, verfielen einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten Gefängnis oder Strafarbeit.

Am gleichen 14. März empfing nun endlich der König die Deputation von Magistrat und Stadtverordneten; er sprach mit großer Sicherheit und Zuversicht; seine Losung sei: freie Völker, freie Fürsten; der Vereinigte Landtag werde durch Patent zum 27. April einberufen werden, seine Sache sei dann die weitere Entwicklung; „kühn und bedächtig“ sei vorzugehen; die Gliederung der Stände sei deutsch, auch der Besitz sei althergebrachte Grundlage der Standschaft. Der König hielt also sehr deutlich an seinen alten Anschauungen fest; die Verschiebung des Zusammentritts des Landtages um sechs Wochen war angesichts der Gesamtlage merkwürdig verblendet; was sein Patent vom 14. März noch von der Bundesreform mitteilte, war unklar und befriedigte keinen Einsichtigen. Canitz lehnte den Gedanken eines deutschen Parlamentes im Gespräch mit Reinhard am 13. März als „Absurdität“ ab; der König werde den Dresdener Kongreß persönlich eröffnen und seine Vorschläge machen; der Zollverein werde auf alle Staaten des Deutschen Bundes ausgedehnt, ein oberster Gerichtshof, eine Münzkonvention geschaffen werden. „Wenn der König von Bayern nicht kommt, werden wir darüber hinwegkommen“, meinte Canitz in seiner hochnäsigen Art. Warum habe der König von Württemberg sich nicht militärisch und politisch defensiv verhalten, alles Ungesetzliche abgelehnt und preußische Hilfe abgewartet — fragte er den Gesandten²²⁸). Der Dresdener Kongreß, meinte der Minister, „werde kein genügendes Bedürfnis für ein sogenanntes deutsches Parlament zurücklassen“²²⁹).

Unnötigerweise war Berlin mit Militär überschwemmt worden — was Schutz hatte sein sollen, wirkte nun aufreizend, verbitternd und verursachte immer ernstere Zusammenstöße. Über das Massaker in der Brüderstraße am 14. März ergibt sich aus den Polizeiakten auf Grund der am 15. März als Zeugen vernommenen Bewohner das Folgende: Abends um 9 Uhr forderte dort eine Kavalleriefanfare zum Auseinandergehen auf. Eine Schwadron Garde-Kürassiere kam im Galopp in der Richtung nach dem Schloßplatz; sie waren in höchster Erregung, spornten die Pferde wie toll, so daß mehrere stürzten, ritten auf die Bürgersteige, schlugen mit dem Pallasch an die Haustüren, tummelten sich, schreiend und tobend — kurz, sie gebärdeten sich wie vor einem überlegenen Feinde. Die Straße war bereits menschenleer. Da erschienen von dem militärisch besetzten Schloßplatze her in Abständen zehn Passanten und gingen an den Häusern entlang ihrer Wohnung zu. Wenn vorher jemand einen Exzeß begangen hatte, der die Kürassiere so in Erregung brachte, so waren diese Personen auf keinen Fall daran beteiligt; sie konnten gar nicht daran beteiligt sein, weil sie von der entgegengesetzten Richtung und noch dazu aus militärisch abgesperrtem Bezirk kamen. Trotzdem stürzten sich die Kürassiere wütend auf diese Unglücklichen. Einzelne wurden von zwei bis drei Kürassieren angegriffen. Auf die Waffenlosen ward unbarmherzig mit den Pallaschen eingehauen. Von Widersetzlichkeit konnte natürlich gar keine Rede sein. Der Handschuhmacher v. Hake, eine stadtbekannte, harmlose Persönlichkeit, erhielt sechs Pallaschhiebe, die ihn nahezu töteten. Ein anderer Bürger lag sechs Wochen an einer Kopfwunde. Nur ein Offizier war

bei der Schwadron, der den Versuch machte, dem sinnlosen Zusammenhauen Einhalt zu tun. Da seine Stimme im Geschrei erstickte, so mußte er sich mit der Klinge gegen die eigenen Leute wenden²³⁰).

Dieser Vorgang ist nur einer, wenn auch der krasseste von mehreren. Die Soldaten waren bereits überanstrengt, sie wußten nicht, was mit ihnen werden sollte, und so gewöhnten sie sich daran, im Volk den Feind zu sehen. Die Art, wie wiederholt die Infanterie in diesen Tagen die Menge der zum Einhauen bereiten Kavallerie entgegentrieb, war sehr aufreizend. Empörung und Haß verbreitete sich angesichts solcher Vorfälle unter der Einwohnerschaft; schon wurden aus den Fenstern dem Militär Verwünschungen und Drohungen zugerufen, sein bloßer Anblick reizte. Der Landtagsmarschall v. Rochow wurde auf der Straße gröblich insultiert — nur weil er Uniform trug²³¹). Am 16. März wollte der Graveur K. Werner das folgende Inserat in die Zeitungen setzen: „Heut vormittag wurden die von mir in der Stadt Berlin gefundenen Kugeln, welche von meuchelmörderischen Händen auf hiesige Bürger abgeschossen sind, auf dem Schindanger verscharrt. Mit dem Wunsche, daß die Täter recht bald an demselben Ort ihre Ruhestätte finden mögen, glaubt Einsender den Wunsch von vielen auszusprechen.“ So stark war also der Haß gegen das Militär. Werner wurde wegen dieser versuchten „verbrecherischen“ Kundgebung verhaftet. Die beginnende Barrikadenstimmung versuchte die Buchhandlung Mittler dadurch geschäftlich auszunützen, daß sie in ihrem Ladenfenster Unter der Stehbahn ein Bild der Pariser Barrikaden aushängte. Als einige Bürger darin eine unpassende Aufreizung erblickten, erwiderte Mittler, er finde dabei nichts²³²).

Am 15. März schlugen die Stadtverordneten eine Bürgerschutzkommission vor, die angesichts der Ohnmacht der Polizei Konflikte zwischen Militär und Bürgerschaft schlichten, ja ganz verhindern sollten. Sie wurde möglichst schnell ins Leben gerufen: mit weißen Binden am Arm, kurzen Stäben in der Hand boten diese Leute keinen sehr imponierenden Anblick dar. Viele hatten sich gemeldet, auch zahlreiche Studierende arbeiteten als Schutzkommissarien. Das Volk machte Witze, gehorchte schwer, und die Verwirrung steigerte sich eigentlich noch durch die neue Einrichtung. Man hatte Volksbewaffnung gewünscht, nun besaß man ein Zwischending ohne Autorität und ohne die Möglichkeit, wirksam einzugreifen. Am Abend des 15. nahmen die Unruhen ernsteren und allgemeineren Charakter an; Volksmassen sammelten sich am Schlosse mit gellendem Pfeifen, Generalmarsch wurde geschlagen, die Infanterie drang vor, trieb die Menge zurück und schoß rücksichtslos in sie hinein. Es gab viele Verwundete, mehrere Tote. Die Versuche, die schon am Tage vorher gemacht waren, Barrikaden zu bauen, wiederholten sich verstärkt; das Straßenpflaster wurde aufgerissen, die Steine auf die Truppe geworfen. Es war schon ein regelrechtes Gefecht. Leopold von Gerlach hat es so genannt²³³). Am 17. März hatte der Prinz von Preußen einen heftigen Wortwechsel mit dem General v. Pfuel. Pfuel hatte am Tage zuvor nicht schießen lassen wollen, der Prinz von Preußen hatte eigenmächtig Anschlag des

Gewehres befohlen, Pfuel hatte Gegenbefehl gegeben und durch Kavallerie den Schloßplatz freigemacht. Der Prinz warf nun dem General vor, das Militär sei nicht nachdrücklich genug eingeschritten, das Militär werde kompromittiert, die Vorgänge auf den Straßen seien eine „Indignität“. Pfuel beschwerte sich darüber beim Könige und bat um seine Entlassung. Friedrich Wilhelm IV. begütigte den Kommandeur und gab dem Prinzen einen Verweis; er mußte sich bei Pfuel entschuldigen²³⁴).

Am 16. März wurden die Wiener Ereignisse bekannt und machten tiefen Eindruck. Dunckers oben angeführter Bericht schilderte die Volksstimmung mit den Sätzen: „Wollt ihr Preußens Erniedrigung? Alles um Preußen ist schon vorausgeeilt! Die Wiener laufen euch den Rang ab! Ihr als Preußen glaubtet an der Spitze der Intelligenz zu stehen — jetzt werdet ihr verachtet. Nur knechtischen Gehorsam habt ihr — eure Ehre hängt an einem seidenen Faden.“ So und ähnlich mögen die Volksreden in der Tat geklungen haben; die Unruhen in Breslau und in Magdeburg wurden geschildert: „Entweder ergreift der König den Zügel, oder der Westen Deutschlands sagt sich mit Österreich von uns los.“ Duncker beschreibt auch, wie dreifarbige Kokarden in der Menge ausgestreut wurden; für den plötzlichen gewaltigen Bedarf an Schwarz-Rot-Gold wird der Hutfabrikant Borchardt in der Friedrichstraße als Zeuge angeführt.

Die Wiener Ereignisse riefen auch bei der preußischen Regierung den entscheidenden Umschwung hervor, der sich seit dem 14. März vorbereitete. Der hessische Geschäftsträger Generalmajor v. Schaeffer-Bernstein schreibt am 16. März, seit der letzten Ministerkonferenz gäbe es „entschieden ein neues System“²³⁵). Canitz war nun zum Gedanken des deutschen Parlaments grundsätzlich bekehrt. Derselbe Gewährsmann schreibt am Mittag des 18. März, unmittelbar vor der Katastrophe: „Der Sturz Metternichs war eine Art Befreiung auch für die preußische Regierung. Preußen will jetzt mit Offenheit und Energie in die neue Bahn eintreten — alles mit Deutschland und alles für Deutschland“²³⁶)! Der endgültige Umschwung in Berlin muß auf den Abend des 15. März datiert werden; am 16. fand der Kronrat im Schloß statt; aber erst in der Nacht vom 17. auf den 18. arbeitete Bodelschwingh das Patent vom 18. März aus: es machte alle Zugeständnisse im Sinne des Gagernschen Programms — Bundesstaat, deutsche Wehrverfassung, deutsches Parlament, Konstitution auch für Preußen, Einberufung des Vereinigten Landtages auf den 2. April. Von dem Ministerkongreß in Dresden, wie ihn Metternich angeregt hatte, sah die preußische Regierung nun ab; sie emanzipierte sich auch in dieser Beziehung. Canitz entwickelte am 17. März dem bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld die neueste Idee, die Bundesfürsten selbst oder ihre Delegierten sollten in Potsdam zusammenkommen²³⁷). All das war durchaus nicht lange vorbereitet und überdacht, sondern unter dem Druck der revolutionären Bewegung in Berlin plötzlich, nach langem Widerstreben angenommen, weil man sich eben nach Metternichs Sturze Wien gegenüber frei fühlte. Auch Trauttmansdorff bezeugt, daß das Berliner Vorgehen von

den Wiener Ereignissen „teilweise abhängen werde“ (17. März). Er sagt in demselben Berichte, daß der Prinz von Preußen der einzige sei, welcher den König vor allzu raschen Beschlüssen abzuhalten vermöge.

Der Prinz von Preußen hatte in diesen kritischen Tagen wiederholt das entschiedene Einschreiten der Truppen gefordert. Graf Trauttmansdorff schreibt ziemlich vorsichtig: „So wird dem Prinzen ein Wort beigelegt, wodurch er seine Unzufriedenheit über das schlechte Schießen der Soldaten ausgedrückt haben soll²³⁸⁾.“ Am 15. März sagte der Prinz „lebhaft und ein wenig zu laut“, im Schloßhofe, daß man auf das Volk kräftig schießen müsse. Er trug ja den Spitznamen: „Der Russe²³⁹⁾.“ Am 17. März erschienen Graf Armin und Fürst Lichnowsky beim Prinzen von Preußen, um ihn davon zu überzeugen, daß der Landtag früher einberufen werden müsse. Der Prinz riet ab, erklärte aber, mit dem Könige sprechen zu wollen. Er sagte an diesem Tage, das seien die unvermeidlichen Folgen des tadelnswerten Patentes vom 3. Februar 1847, er habe es immer vorausgesagt, nun sei die Entwicklung zum konstitutionellen Staate unabwendbar, er mache sich keine Illusionen mehr²⁴⁰⁾.

Wäre das Patent mit den entscheidenden Zugeständnissen am Morgen des 17. März erschienen, so wäre Preußen der Revolutionskampf am 18. wahrscheinlich erspart worden. Die Verzögerung scheint in erster Linie der Prinz von Preußen verschuldet zu haben. Er war bis zuletzt ein Gegner der Zugeständnisse und wünschte, die Volksbewegung gewaltsam niedergeschlagen zu sehen²⁴¹⁾. Dies zeigte sich deutlich am 16. März. Wieder gab es starke Volksansammlungen Unter den Linden, überall war Infanterie zu sehen, Kavalleriepatrouillen ritten durch die Straßen. Auch vor dem Palais des Prinzen von Preußen staute sich die Menge und demonstrierte gegen ihn. Der König befahl dem Prinzen, sich sofort aufs Schloß zu begeben. Bevor er dem Befehl gehorchte, ließ er aus dem Arsenal eine halbe Kompanie Infanterie kommen. Als diese Truppe anmarschierte, erging auch seitens des Schutzkommissars Wolff an sie das Ersuchen, einzuschreiten. Der führende Offizier Hauptmann v. Cosel ließ dreimal die Menge auffordern, auseinanderzugehen, dazu die Trommel rühren, aber so schnell, daß niemand etwas verstehen oder gar sich wirklich entfernen konnte. Unmittelbar darauf erfolgte der Befehl zum Feuern. Tödlich getroffen wurden ein Buchhalter, der gerade vom Geschäft nach Hause ging, und ein Arbeiter. Mehrere andere wurden schwer verwundet. General v. Prittwitz hat Cosels Vorgehen später ausdrücklich gemißbilligt²⁴²⁾.

Vollkommene Ruhe auf den Straßen herrschte am 17. März. Im Bierlokal Köpenicker Straße beschloß am Nachmittage des 17. eine Versammlung unter Dr. Woenigers Vorsitz für den nächsten Mittag die Überbringung einer Adresse an den König unter Aufgebot möglichst großer Menschenmassen. Dieser Vorschlag wurde am Abend noch lebhaft umkämpft. Woeniger wollte selbst damit einen Ausbruch verhindern: „Verwerfen Sie die Demonstration, so haben Sie die Revolution!“ hat er gesagt. Tatsächlich hat aber dieser Vorschlag doch stark auf die Ereignisse am 18. März eingewirkt²⁴³⁾. Wenn auch nicht die Revolution

bewußt vorbereitet wurde, so hat doch eine bestimmte Gruppe eine revolutionäre Situation bewußt geschaffen, aus der mit achtzig Prozent Wahrscheinlichkeit der von ihr gewünschte Zusammenstoß und Kampf entstand.

Der 18. März, ein Sonnabend, brach an, und es war noch gar nichts Entscheidendes erfolgt. Die Partei der Verständigung am Hofe hatte die Militärpartei tatsächlich zurückgedrängt — die Öffentlichkeit wußte nichts davon und konnte nichts davon wissen. Überall fanden am Morgen dieses Tages Bürgerversammlungen statt: man beratschlagte wieder über den Zug nach dem Schlosse, um dem Könige die Forderungen des Volkes in Form einer Massenpetition direkt zu überbringen. Canitz erzählte einen Tag später, man sei von einem Komplotte unterrichtet gewesen, welches dahin gerichtet war, das Schloß auf eine anscheinend friedliche Art einzunehmen und dem König in seinem Kabinette weitere Konzessionen, womöglich die Abdankung für sich selbst und den Prinzen von Preußen abzuzwingen²⁴⁴). Gewiß wird der naheliegende Gedanke geäußert worden sein, an ein „Komplott“ dieser Art kann man schwer glauben.

Der König empfing morgens in Gegenwart des Prinzen von Preußen die rheinische Deputation aus Köln: sie sprach von der drohenden Lage und verlangte einen „augenblicklichen hochherzigen Entschluß“ des Königs. Der König erwiderte, die Wünsche stimmten mit seinen Plänen überein, er werde sich an die Spitze Deutschlands stellen, alle nötigen Freiheiten gewähren, in wenigen Stunden werde eine entsprechende Proklamation erscheinen.

Die Spannung war aufs höchste gestiegen. Magistrat und Stadtverordnete berieten eingehend; die Stadtverordneten schickten eine Deputation zum Schloß, die Entlassung des bisherigen Ministeriums, moderne Konstitution, Bürgerbewaffnung und Entfernung des Militärs verlangte. Auch diese Deputation wurde vom Könige freundlich empfangen und mit entgegenkommenden Versprechungen verabschiedet. Er ließ sie das vorbereitete Patent lesen. Der Magistrat machte bekannt, der König habe ein Preßfreiheitsgesetz bereits vollzogen, und verbürgte sich für die Wahrheit dieses Vorganges — eine merkwürdige Kompetenzüberschreitung, die aber besser als alles beweist, wie nötig denen eine Beruhigung der Bevölkerung erschien, die über die wirkliche Stimmung Bescheid wußten.

Etwa um 2 Uhr mittags erschienen nun wirklich die beiden Patente. Das eine hob die Zensur zwar auf, band aber die Zeitungspresse an nicht unerhebliche Kauttionen; das zweite ordnete die beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages auf den 2. April an, legte aber das Hauptgewicht auf die Reorganisation der deutschen Bundesverfassung; das Zugeständnis einer modernen Verfassung in Preußen war in den Nebensatz versteckt: eine Bundesrepräsentation erheische „notwendig eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder“, also auch Preußens. Trotzdem: beide Patente wurden dankbar begrüßt, sie gaben sich als „freiwillige“ politische Handlungen, so wenig freiwillig sie tatsächlich waren. Der König konnte sich zweimal auf dem Balkon der jubelnden Menge zeigen.

Der errungene Erfolg ließ nun auch die andern noch unerfüllten Forderungen mit erneuter Gewalt zum Vorschein kommen. Die wichtigste, die ausschlaggebende war das Verlangen nach dem Abzug des Militärs. Auch in Wien war ja das Militär aus der Stadt entfernt worden; viel mehr noch als dort war seit Tagen die Berliner Bürgerschaft aufs äußerste gereizt und mißhandelt durch eine Truppe, deren Geist und Auftreten mit Recht als volksfremd und volksfeindlich empfunden wurde. Wenn der König der Volkskönig eines neuen Volksstaates sein wollte, dann sollte er sich auch seinen Bürgern anvertrauen und auf den Schutz der Garde verzichten. Preußen war aber ein alter Militärstaat — hier lag etwas Großes, etwas Wesentliches seiner Existenz. Die Stadt Berlin fühlte sich jedoch als eine moderne Bürgerstadt, sie war über das alte Preußen hinausgewachsen, sie wollte von sich aus ein neues Preußen schaffen. Der Ruf: „Das Militär zurück!“ war voll von historischer Symbolik. Berlin wollte Klarheit, Berlin wollte einen Sieg.

Es hätte dem Ansehen der Regierung nicht den mindesten Abbruch getan, wenn sie sich gleichzeitig mit dem Erlaß der beiden Patente entschlossen hätte, die Zahl der Truppen in Berlin zu vermindern, die Potsdamer Garderegimenter etwa dorthin abrücken zu lassen, die Berliner Regimenter in ihre Kasernen zu nehmen und sich mit einer ausreichenden Bewachung des Schlosses und der öffentlichen Gebäude zu begnügen. Das wäre ein Zeichen von Vertrauen gewesen, und keinerlei Gefahr war damit verbunden, denn die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung war ja mit den gemachten Zugeständnissen trotz ihrer unklaren, unausgereiften Form zufrieden. Ein Ministerwechsel stand unmittelbar bevor. Bodelschwingh hatte schon am 15. März erklärt, die neue Ära nicht mitmachen zu können und zu wollen, Canitz war vollkommen verbraucht, ebenso Thile. Schon befand sich Graf Arnim-Boitzenburg als der ausersehene Ministerpräsident auf dem Schlosse. Der Name des Prinzen von Preußen stand unter den Patenten. Der Thronfolger und Führer der Militärpartei hatte sich also den bürgerlichen Forderungen gefügt — mit starkem Widerstreben, wie wir sahen. Jetzt aber noch einen Schritt weiter zu gehen — die Truppenüberschwemmung in Berlin rechtzeitig abfließen zu lassen — dazu wurde der Entschluß nicht gefaßt. Die normale Garnison von Berlin betrug schon 12000 Mann mindestens, verhältnismäßig mehr als in irgendeiner anderen deutschen Residenz. Die Stadt von über 400000 Einwohnern hatte dagegen nur — 204 Polizeibeamte. Die Garnison war durch die teilweise Mobilmachung und den Zuzug von außerhalb so angewachsen, daß man die Gesamtzahl des Militärs am Morgen des 19. März mit 20000 Mann wohl eher zu niedrig als zu hoch ansetzt²⁴⁵). Ein großer Gegensatz bestand zwischen den Generalen v. Pfuel und v. Prittwitz. Pfuel, der neuernannte Gouverneur von Berlin, war ein Mann von tiefer Bildung und genialen Einfällen, das Gegenteil einer Kommißnatur; er wünschte, wie wir sahen, dem Volke nicht schroff gegenüberzutreten, die Leidenschaften möglichst abzulenken, die Truppen möglichst wenig zu zeigen

und erst einen wirklichen Angriff abzuwarten²⁴⁶). Wie oben gezeigt, stimmte der Prinz von Preußen durchaus nicht mit Pfuel überein. Prittwitz, der Kommandeur des Gardekörps, war viel mehr nach dem Geschmack der ausgesprochenen Militaristen.

Zwischen 1 und 2 Uhr wurde bekannt, daß ein neues Kabinett vom Könige berufen werde — die Namen Schwerin, Auerswald, Camphausen, Beckerath schienen die beste Gewähr zu bieten. Um dieselbe Stunde wurde aber plötzlich der Oberbefehl über sämtliche Truppen in und um Berlin dem General v. Prittwitz übertragen. General v. Pfuel hatte sich für kurze Zeit in seine Wohnung entfernt, um sich nach seiner Familie umzusehen, von der ihn der Dienst mehrere Tage getrennt hatte. Dieser Moment wurde beim Könige von seinen Gegnern, den Führern der Reaktionspartei, besonders Graf Alvensleben, benutzt, um Prittwitz in das Kommando zu schieben. Später wurde behauptet, Pfuel sei nicht aufzufinden gewesen, oder er sei von den „Rebellen abgesperrt worden“²⁴⁷). Als er nach einer Stunde ins Schloß zurückkehrte, fand er eine völlig veränderte Lage vor. Die Scharfmacher herrschten.

Vor dem Schlosse staute sich die Masse. Niemand war bewaffnet, niemand johlte oder pfiff. Die Angehörigen der besser gekleideten Stände überwogen durchaus. Freudige Bewegung herrschte. Die Forderung auf Entfernung des Militärs im Sinne jener am Morgen beschlossenen Massenpetition machte sich aber laut geltend. Die Umgebung des Königs mag mit Angriffsabsichten gerechnet haben — jedenfalls erhielt Prittwitz von Friedrich Wilhelm IV., der nun auch dem Militär etwas zugute tun wollte, den Befehl, mit Kavallerie den Schloßplatz zu „säubern“. Eine Schwadron Gardedragoner übernahm diese Aufgabe; sie ritt aus dem Schlosse heraus gegen die Kurfürstenbrücke im Schritt. Prittwitz selbst machte die Bewegung mit, riß dabei den Säbel aus der Scheide, da sein Kommando bei dem Lärm unverständlich blieb. Viele Dragoner folgten dem Beispiel. Mit blanker Waffe also, nicht mit eingesteckter, wie der König nachher, falsch berichtet, behauptete, trabten die Reiter auf die Menge los, in die Menge hinein; es wirkte wie ein Angriff. Ohne Wissen und Willen des Generals ließ jetzt der Major v. Falkenstein die erste Kompagnie des Kaiser-Franz-Regiments gegen die Breite Straße, die zweite gegen die Lange Brücke vorgehen — er scheint den von der Menge umgebenen General für gefährdet gehalten zu haben. Obgleich nun Prittwitz abwinkte, wurde die Bewegung der Infanterie durchgeführt — auf wessen höheren Befehl ist nie bekanntgeworden. Als der Schützenzug der ersten Kompagnie von der Ecke der Breiten Straße auch gegen die Lange Brücke vorrückte, hörte man plötzlich die Entladung von zwei Gewehren. Bei der späteren Untersuchung sagte der Unteroffizier Hettgen aus, ein Zivilist habe ihm mit dem Stocke auf das Piston geschlagen, wodurch das Gewehr zur Entladung gekommen sei. Der Grenadier Kühn sagte aus, er habe, ohne daß es befohlen gewesen sei, das Gewehr zur Attacke rechts genommen, und dabei sei das Gewehr losgegangen²⁴⁸).

Beide Aussagen sind äußerlich und innerlich wenig wahrscheinlich. Ein Vorderladegewehr könnte durch einen Stockschlag auf den Hahn doch nur entladen werden, wenn der Hahn schon gespannt war; ist es ferner glaubhaft, daß ein Unteroffizier sich von einem Zivilisten auf das Gewehr schlagen läßt? Möglich ist vielmehr, daß der Zivilist auf den Unteroffizier losgeschlagen hat, daß der Unteroffizier abwehrte und dabei losschoß. Aber immerhin kann auch das reine Zufallsmoment beim ersten Schuß als denkbar anerkannt werden. Jedoch der zweite Schuß! Nach einem ersten Zufall unmittelbar danach ein zweiter Zufall? Das ist abzulehnen. Es ist doch ausgeschlossen, daß ein Grenadier bei einer so ersten Aktion aus eigenem Antrieb das Gewehr zur Attacke rechts nimmt und daß dabei, also bei einer oft geübten Handlung, das Gewehr „zufällig“ losgeht. Einen Fingerzeig für die Lösung des Rätsels geben nun die Tagebuchaufzeichnungen des späteren Kaisers Friedrich; dessen Gouverneur Graf Königsmarck teilte am Nachmittage des 18. März dem jungen Prinzen einen Brief seines Vaters, des Prinzen von Preußen mit, in dem der erste Schuß wie oben geschildert wird; der zweite, heißt es, sei auch zufällig geschehen; „und als ein Grenadier im vordersten Gliede die zwei Schüsse hörte, glaubte er, es sei das Kommando „Feuer“ gegeben worden, legte an, schoß, traf aber niemanden²⁴⁹⁾.“ Von drei Schüssen wird nun sonst nirgends gesprochen; es fielen tatsächlich nur zwei Schüsse. Aber der zweite „Zufall“ kann sich tatsächlich so abgespielt haben, daß der Grenadier das Kommando für gegeben hielt und losschoß. Ein Befehl zum Schießen kann aber in Wirklichkeit kaum erteilt worden sein, weil dann eine größere Anzahl Schüsse gefallen wären. Weder der Unteroffizier noch der Grenadier sind später bestraft worden — daraus ist nicht viel zu folgern. Es muß jedoch auch darauf hingewiesen werden, daß in den unmittelbar gleichzeitigen diplomatischen Berichten von dem „Zufall“ nichts steht.

Der württembergische Gesandte Reinhard, der am selben Abend noch seinen Bericht an den König schrieb, sagt: „Alles schien gut zu enden, als, ich weiß nicht welches Verhängnis einem der Truppenkommandanten den Befehl eingab, auf das Volk zu schießen²⁵⁰⁾.“

Im Berichte Trauttmansdorffs vom 18. März abends steht: „Das Militär . . . bekam sofort den Befehl, vorzugehen, und da es Widerstand fand, wurde gefeuert . . .²⁵¹⁾“ Auch Meyendorff weiß in seinem Berichte vom 20. März nichts davon, daß die Gewehre „zufällig“ losgegangen sein sollen. — Nachdem die beiden Schüsse gefallen waren, hieb die Kavallerie mit blanker Waffe ein; es folgte bald eine regelrechte Infanteriesalve nach der Breiten Straße zu.

Prittwitz war der Vertrauensmann der Reaktionspartei; er war Befehlshaber geworden, weil „wie es scheint, die Reaktionspartei einen Zusammenstoß wünschte“, sagt Nobiling in seinen Aufzeichnungen²⁵²⁾. Der Zusammenstoß war nun da. Das angriffsweise Vorgehen des Militärs war aufreizend im höchsten Maße, es widersprach den behördlichen Anordnungen durchaus. Keinerlei Aufforderung zum Auseinandergehen war erfolgt. Der Ruf „Verrat“ war allgemein

und im Innersten nicht so unberechtigt. Auch die Sicherheitsmannschaften, die das Militär beschworen hatten, zurückzugehen, rissen nun ihre Zeichen ab, zerbrachen ihre Stöcke und riefen Verrat²⁵³). Die Schreie der Wut und Erbitterung pflanzten sich durch alle Straßen fort. Man rief „Meuchelmord“ — obgleich niemand durch die ersten beiden Schüsse verletzt worden war. Aber das wußten nur die unmittelbaren Augenzeugen. Sofort wurde auch das Gegenteil behauptet. Der Eindruck der Bevölkerung war, daß trotz aller Zugeständnisse das Militär genau wie an den Tagen vorher auf die Bürger losgelassen wurde. Die böse Absicht schien bewiesen. Wenn jetzt der König sich zu Pferde gezeigt hätte und ein Wort der Beruhigung und Aufklärung gesprochen worden wäre — vielleicht hätte die Ruhe wiederhergestellt und das Blutvergießen verhindert werden können. Der König blieb aber im Schloß und ließ den Dingen ihren Lauf²⁵⁴). Nur der Minister Graf Arnim-Boitzenburg erschien auf dem Balkon des Schlosses mit einer weißen Fahne. Er begab sich dann damit auch auf die Straße — umsonst. Von einem Fenster des Schlosses hing am Nachmittage noch die Inschrift: „Mißverständnis!“ Mehrere Stadtverordnete bemühten sich sofort im Schlosse um Vermittlung. Der Standpunkt der Militärlehre kannte aber keinerlei Verhandlungsmöglichkeit mehr. Zurücknahme der Truppen wurde als untragbar bezeichnet — der Kampf war da. Viele hatten ihn auf beiden Seiten gewünscht, gar manchem von der Militärseite erschien er nun als die willkommene Gelegenheit, alle gemachten Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen. So äußerte sich am Abend der Prinz von Preußen²⁵⁵).

Alle Schichten der Bevölkerung von Berlin haben an dem denkwürdigen Kampfe teilgenommen, der nun begann. Es war, wie nirgends sonst in Deutschland, ein bewußter Kampf des Bürgertums gegen das Militär, des freiheitlichen und demokratischen Geistes gegen brutale Gewalttätigkeit. Es gab damals in Berlin nur eine kleine Gruppe entschlossener Republikaner und überzeugter Sozialisten. Das Volk von Berlin bekämpfte weder die Person des Königs, so sehr es ihn tadelte, noch die Monarchie überhaupt; es wollte in seiner Mehrheit durchaus nicht den Umsturz des Bestehenden, das Ende der bisherigen staatlichen Ordnung. Es wollte die Sicherheit einer verfassungsmäßigen Entwicklung und keine Eingriffe reaktionärer Militärkreise. Deshalb baute es Hunderte von Barrikaden in wenigen Stunden; deshalb setzten Tausende von Menschen ihr Leben aufs Spiel, unbekümmert und heroisch.

Viel Beklagenswertes ist geschehen: der Angriff der Menge auf den Doppelposten in der Jägerstraße, die Mißhandlung des Hauptmanns v. Holstein, die widerrechtliche Gefangennahme und die Schmähungen, die General v. Möllendorff erdulden mußte. Andererseits ging aber auch das Militär mit besonderer Brutalität vor. Die ganz feldmäßig ausgerüstete, auch mit Schanzzeug versehene Truppe befand sich seit Tagen in gereiztem Zustande, sie war schlecht untergebracht gewesen und überanstrengt; meistens handelte es sich um junge Soldaten vom Ende des ersten halben Jahres, durchweg ländlicher Ersatz, ein körperlich

gutes, aber geistig und militärisch unreifes Material, das nun, von hochmütigen und aufgeregten Offizieren in primitiver Weise aufgeklärt, in blinder Wut auf die „Rebellen“, auf die „Empörer“, auf die „Kanaille“ losging. Die Führung war im ganzen wenig geschickt. Planlos wurde in Fenster und Türen geschossen und dabei viel Munition verknallt. Meistens versuchte die Infanterie zunächst die Barrikaden von vorn zu nehmen, setzte sich dabei dem Feuer und den Steinwürfen auch aus den Häusern aus, verzettelte sich durch das Eindringen in die Häuser und das Verfolgen von wirklichen oder vermeintlichen Schützen, kam infolgedessen nur schwer vorwärts. Erst in der Junischlacht 1848 hat Cavaignac in Paris die neue Methode des Kampfes gegen die Barrikaden durchgeführt: nämlich die Häuser zu durchbrechen und so der Barrikadenbesetzung in den Rücken zu fallen²⁵⁶). Die Kavallerie konnte bei dem aufgerissenen Straßenpflaster meist gar nichts ausrichten; wirkliche Fortschritte wurden erst nach dem Einsetzen der Artillerie gemacht. Die schoß kräftig nicht nur auf die Barrikaden, sondern auch in die Häuser hinein. Die Volkskämpfer hatten nur zwei Geschütze zur Verfügung, messingene kleine Kanonen aus dem Schützenhause, die mit Murmeln geladen wurden. Ein Strumpf, mit 40 bis 50 Murmeln gefüllt, stellte eine solche Kanonenladung dar. Diese Böller erhielten deshalb den Spitznamen „Murmeltiere“. Zwei ehemalige Artilleristen, der Drechslergeselle Gustav Hesse und der Schlossergeselle Fitchner, bedienten die Geschütze — besonders Hesse wurde infolge seiner Unerschrockenheit eine Berühmtheit des Tages und trug die ganze Revolutionszeit hindurch bei jeder festlichen Gelegenheit den Siegeskranz, den ihm seine Kameraden zur Erinnerung an den 18. März verehrt hatten.

Berlins Innenstadt hatte sich so schnell mit Barrikaden bedeckt, daß die Regierungsseite gleich und immer wieder die Behauptung aufstellte, es müsse ein einheitlicher Plan vorgelegen haben. Der russische General Graf Benckendorff²⁵⁷), der sich damals als Militärattaché in Berlin befand und wohl als einziger ausländischer Offizier dem Straßenkampf beiwohnte, sagt auch in seinem an den Kaiser Nikolaus gerichteten Berichte vom 24. März, daß der Aufstand von langer Hand vorbereitet worden wäre durch die kommunistische Propaganda in der Schweiz, Frankreich und Süddeutschland, ohne daß die preußische Regierung die Fäden gekannt habe oder die Männer, die sie zogen, und ohne daß sie es verstanden hätte, die Bewegung in der Wurzel zu ersticken oder dem Kampf, als er begann, ein schnelles Ende zu machen²⁵⁸). Ähnlich schreibt der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff, „daß die ganze Sache planmäßig angelegt“ gewesen sei und daß unter diesem oder jenem Vorwand der Kampf zum Ausbruch gekommen wäre²⁵⁹). Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld hat versucht, am 27. März ein treues Bild der gesamten Hergänge seit dem 13. März zusammenfassend zu geben, und behauptet darin, die „republikanische Partei“ sei zornig gewesen über die Zugeständnisse der Regierung und die dadurch hervorgebrachte Befriedigung der Wohldenkenenden, für den „Umsturz“ sei an sich keinerlei Absicht noch Teilnahme gewesen; teuflisch habe man den

Ausbruch des Jubels zur Umstimmung verwendet, die Ruhestörer hätten dann die beiden Schüsse benutzt, um den wohlorganisierten Plan zum allgemeinen Aufstand durchzuführen; Führer wären bezeichnet, Waffenvorräte angesammelt, Stellen zum Bau von Barrikaden bestimmt gewesen²⁶⁰). Das Vorgehen des Militärs gegen das Volk am Mittag des 18. März bezeichnet Lerchenfeld aber auch als „unheilvoll“. Im ganzen ist jedoch sein Urteil wie das der beiden anderen Gesandten maßgebend bestimmt durch das Erstaunen, daß ein Volksaufstand gegenüber der scheinbar so festwurzelnden preußischen Staatsgewalt überhaupt in dem Umfange und mit dem Erfolge möglich war. Die einzige Erklärung schien diesen Diplomaten im Versagen der Regierung und einer geheimnisvollen, international organisierten, revolutionären Macht zu liegen.

Das Versagen der Regierung hat gewiß nicht nur allgemein politisch die Katastrophe vom 18. März ermöglicht, auch technisch sozusagen fällt die Hilflosigkeit auf, mit der die Staatsorgane, besonders etwa der Polizeipräsident v. Minutoli, der Bewegung gegenüberstanden. Hat doch Minutoli einerseits die Volksbewegung freundlich zu beschwichtigen versucht, andererseits durch seine übertreibenden Berichte wider Willen die Reaktionspartei im Schlosse aufgestachelt und damit das überscharfe Vorgehen des Militärs mitverschuldet. Eine bewußte Vorbereitung des Kampfes auf seiten des Volkes, etwa unter der Einwirkung internationaler „Emissäre“, hat aber bestimmt nicht stattgefunden. Die Zahl der anwesenden Polen darf auf höchstens hundert geschätzt werden²⁶¹). Franzosen sind nur zwei festgestellt worden, ein Frisörgeselle und ein Kaufmann aus Mülhausen im Elsaß. Der Bau der Barrikaden erfolgte spontan, meist an den Straßenecken, eines besonderen Planes bedurfte es dazu gar nicht. An den wichtigsten Punkten, wie Ecke Friedrich- und Behrenstraße, gab es aber keine Barrikaden! Alle Anwohner, Frauen, Kinder haben sich an der Errichtung der Barrikaden beteiligt, diese sahen auch ganz verschieden aus, so wie es den örtlichen Umständen entsprach. Die erste fertige Barrikade an der Ecke Oberwall- und Jägerstraße bestand aus zwei Droschken, einer Kutsche, dem Schilderhaus vom Bankgebäude, den Rinnsteinbrücken und einigen Fässern²⁶²). Droschken wurden mehrfach angehalten, der Kutscher mußte dann sein Pferd allein nach Hause führen. Hochwillkommen waren zufällig vorbeifahrende Wagen mit Ziegelsteinen oder Brettern. Auch Omnibuswagen wurden verwandt. Die Barrikade in der Friedrichstraße wurde mit Hilfe der jedem Berliner bekannten Obstbude von Mutter Schmidecke gegenüber der polnischen Apotheke hergestellt. „Ihre Bude müssen Sie hergeben, Mutterken, retten Sie man Ihre Äpfel!“ sagten die Volkskämpfer, und mit Hilfe der Straßenjugend packte sie möglichst viel Obst zusammen²⁶³). Am größten war die Barrikade an der Ecke der Neuen Königstraße nach dem Alexanderplatz zu; hier war über einem umgestürzten Wagen aus Granitplatten des Bürgersteigs und Eisenplatten eine recht kräftige Brustwehr hergestellt worden. Auf der Barrikade an der Taubenstraße waren mehrere Ölfässer übereinandergetürmt. Dazu kamen Steine, Erde, Laternen-

pfähle. Am Rosenthaler Tor waren sämtliche einmündenden Straßen durch fünf Barrikaden abgesperrt und so eine wahre Festung hergestellt. Es mag sein, daß der eine oder andere beherzte Mann in den Tagen der Spannung vor dem 18. März mit seinen Nachbarn darüber gesprochen hat, wo und wie im Ernstfalle eine Barrikade zu errichten sei; ein strategisch ausgedachter Plan ist nicht zu erkennen. Auch wurde von den Volkskämpfern gar nicht versucht, zwischen den Hauptschauplätzen des Gefechtes eine Verbindung herzustellen. Von einer vorbereiteten Volksbewaffnung kann gleichfalls nicht die Rede sein. Es bestand große Waffennot beim Volke. Die Waffenläden wurden ihres Inhalts entleert, mit dem Versprechen, die Waffen nach dem Kampfe zurückzugeben, was auch fast immer eingehalten worden ist. Die Waffenvorräte des Königlichen und des Königsstädtischen Theaters wurden requiriert. Planken, Knüttel, Mistgabeln, alte verrostete Säbel mußten herhalten, weil Pistolen und Büchsen selten waren. Im Nahkampf wurden auch Hämmer benutzt. Auf den Straßen goß man Bleikugeln, wobei Knaben und Halbwüchsige sich lebhaft betätigten. An andern Stellen schmiedete man Lanzen. Raffiniert war der Einfall, die Wohnungen der Offiziere aus dem Adreßbuch zu ermitteln und ihren Frauen dort die Waffen abzunehmen. Auch sonst wurde in den Wohnungen nach Waffen gesucht, wie z. B. bei Alexander von Humboldt, zum Zorne des Gelehrten. Wirklich erfolgreich kämpften eigentlich nur die Mitglieder der Berliner Schützengilde, die mit ihren vortrefflichen Gewehren vom Dach herunter ein wohlgezieltes Feuer am Alexanderplatz und am Köllnischen Rathause unterhielten. Auch Graf Benckendorff schreibt: „Die Schützengilde tat der Truppe am meisten Abbruch²⁶⁴).“ In der Kommandantenstraße wurden starke Drähte quer über die Straße gespannt, um den Truppen das Vorgehen unmöglich zu machen. In der Leipziger Straße war der Boden mit Glasscherben bestreut worden; Pflastersteine, auch die großen Granitplatten des Trottoirs wurden von den Dächern geworfen; in einigen Fällen goß man leider siedendes Wasser auf die Truppen — selbst Schwefelsäure soll in Bereitschaft gehalten worden sein. Der Kampf, der um drei Uhr nachmittags begonnen hatte, dauerte bis zum nächsten Morgen und entwickelte von Stunde zu Stunde mehr alle grauenhaften Züge des erbitterten Bürgerkrieges. Verschiedene gänzlich Unbeteiligte wurden durch Zufall getroffen — da ein Konditor in seinem Lokal, da ein Dienstmädchen, das ans Fenster trat. Auch Kinder fielen als Opfer. Brände entstanden da und dort. Der Direktor des Köllnischen Gymnasiums August, ein Teilnehmer der Freiheitskriege, der aus Menschlichkeit verwundete Barrikadenkämpfer bei sich aufgenommen und gepflegt hatte, wurde von nachdrängenden Potsdamer Grenadieren aufs schwerste mißhandelt, sein Neffe, der Student Hermann v. Holtzendorf, ein ganz Unbeteiligter, wegen seines Vollbartes, der demokratisch schien, auf der Straße einfach totgeschlagen²⁶⁵).

Die Zahl der Studenten, die sich am Kampfe beteiligt haben, ist schwer abzuschätzen. Es mögen an die hundert gewesen sein. Mehrere Studenten, wie

Ägidi, der Schweizer von Salis, der Russe Feenburg-Tongorski, der später nach dem Zeughaussturm verurteilt und an Rußland ausgeliefert wurde, traten während der kritischen Märztag als Führer hervor²⁶⁶). Besser gekleidete junge Leute wurden leicht für Studenten gehalten, auch wenn sie andern Berufen angehörten. Studenten waren es, die zu Pferde zum Oranienburger Tor hinaus galoppierten, um die Arbeiter der Maschinenbauwerkstätten zum Kampfe aufzurufen. Besonders die Arbeiter von Borsig folgten; an die neunhundert zogen in die Stadt, schwere Eisenstangen in den nervigen Fäusten, und halfen mit ihrer Ausdauer und geschulten Kraft wesentlich beim Kampfe. Bewaffnete Handwerksgesellen ließen am Abend von den Kirchtürmen Sturm läuten — das dauerte die ganze Nacht; dunkelroter Flammenschein, Trommelwirbel, Kartätscheneinschläge, Knattern, Rollen, Rasseln, Brüllen, Weibergeschrei, warmer Pulverdampf, dazu heller Mondschein und laue Luft: so sah die Berliner Revolution aus.

Wer waren die Führer des Volks? Dr. Rutenberg, später Redakteur der Staatszeitung, Dr. Löwenberg, der an der Spitze der radikalen Studenten stand²⁶⁷), Dr. Woeniger, der Urheber des Gedankens der Massenpetition, der Tierarzt Urban, dessen gewaltiges Bart- und Haupthaar ihn zu einer der bekanntesten Straßenfiguren machte, der „Philosoph“ Lewin Weiß, der in der Königstraße, von einer Kartätsche getroffen, fiel: kein einziger von diesen Leuten war ein wirklicher Führer, der die Gesamtheit der Vorgänge übersah und einen bestimmten Plan verfolgte; das Berliner Volk hatte nur Subaltern-Offiziere, keinen Feldherrn. Die Zahl der Kämpfenden ist auch annähernd kaum anzugeben; man muß zwischen einer sehr großen Zahl von Helfern und einer viel kleineren von wirklichen Kämpfern unterscheiden. Die Zahl der Helfer, der Personen, die Barrikaden mit erbaut haben, nach Waffen suchten, Nahrung und Trank beschafften, Unterschlupf und Hilfe gewährten, hat viele Zehntausende betragen, denn die Barrikaden dehnten sich ja bis in die Vorstädte aus, die Masse als solche war in Bewegung, Tätigkeit, Erregung und Arbeit. Die Zahl der wirklichen Kämpfer war schon aus Waffenmangel gering und mag drei- bis viertausend nicht überschritten haben. Der Gesamtheit der in Bewegung befindlichen Revolutionäre gegenüber war die Zahl der Truppen kaum ausreichend; den wirklichen Kämpfern war das Militär an Zahl, Ausrüstung und Reserven selbstverständlich überlegen. Manche Barrikaden wurden stundenlang von ganz wenigen Personen gehalten, weil die Straßenfluchten selbst auch mit Kämpfern besetzt waren. Der 19jährige Schlossergeselle Wilhelm Glasewald und der 17jährige Schlosserlehrling Ernst Zinna erwarteten auf der Barrikade an der Ecke der Jäger- und der Friedrichstraße allein den Sturm der Infanterie. Auf die Barrikade am Köllnischen Rathaus erfolgte fünfmal vergebens der Angriff der Soldaten, hier führte der Maschinenbauer Sigrist die Verteidigung.

In der Schilderung Meyendorffs heißt es:

„Der Alexanderplatz war der Zentralpunkt des Aufstandes; dorthin haben die Truppen, im Besitz der Königstraße, niemals vordringen können . . . Auf der

Barrikade gegenüber dem Schloß wehte die republikanische (das heißt die schwarzrotgoldene) Fahne; dort hörte man die Rufe: Nieder mit dem König! Man kann sich nicht verbergen, daß der allergrößte Teil der Bürger an dem Aufstand teilgenommen hat; sogar die Hausbesitzer begünstigten, bevor die Truppen vordrangen, den Barrikadenbau und das Aufreißen des Straßenpflasters; die Pflastersteine wurden von Frauen und kleinen Kindern auf das Dach der Häuser getragen . . . Jeder von uns meint das wilde Geschrei in dieser Nacht noch zu hören. Alle Bürger glaubten an den Verrat und verwünschten den König²⁶⁸).“

Graf Benckendorff schreibt als unmittelbarer Augenzeuge²⁶⁹) — er war der Nachbar des Gesandten Reinhard, den er nach dessen Mitteilung gleichfalls sofort informierte —:

„Die Bürger von Berlin sind durch die lügenhaften Berichte von der Grausamkeit der Soldaten so bearbeitet worden, daß sie schließlich gemeinsame Sache mit der breiten Masse gemacht haben . . . Reiter sprengten, wie aus dem Erdboden aufgestiegen, durch die Straßen, wiederholten schreiend das Wort Verrat und riefen zu den Waffen . . . Neben den dreifarbigem waren auch rote Fahnen zu sehen . . . Eine Panik ergriff auch den guten Bürger, der meinte, die Soldaten wollten seine Frau und seine Kinder massakrieren . . . Die vier Häuser, an die jede Barrikade stößt, hatte man besetzt und am Abend hell erleuchtet, alle mußten offen stehenbleiben, um im Notfall als Schlupfwinkel zu dienen; zwischen mehreren Häusern hatte man geheime Durchgänge hergestellt. Ich habe hier mit Personen gesprochen, die allen Aufständen in Paris, Brüssel und Genf beige-wohnt haben — niemals haben sie einen so einheitlich und großzügig organisierten Aufstand wie den vom 18. März in Berlin erlebt, niemals haben sie einen Kampf auf beiden Seiten mit solcher Erbitterung führen sehen und ein so lebhaftes Feuer unterhalten hören . . .²⁷⁰) Das achte Infanterie-Regiment von Frankfurt und das zweite von Stettin haben besonders große Erbitterung gezeigt und gegen Schluß niemandem mehr Pardon gegeben . . . Ich habe selten ein so lebhaftes und starkes Feuer gehört: In der Breiten Straße sah ich selbst wenigstens vierzig Verwundete und Tote bei den Soldaten . . . Ich verließ das Schloß gegen ein Uhr — es war beschlossen, daß der Kampf bei Tagesanbruch wieder beginnen sollte . . . Bis in die Nacht hat der König eine große Festigkeit und viel Entschlossenheit an den Tag gelegt. Er hat sich den Truppen gezeigt und ist wiederholt in ihre Reihen gegangen . . .“

Für Friedrich Wilhelm IV. bedeuteten diese Märztage die schwerste Probe. Rein körperlich überanstrengten ihn die hereinbrechenden Ereignisse sichtbar. Am 17. März schreibt der russische Gesandte v. Meyendorff: „Der König schläft und ißt nicht — es regt ihn auf und schwächt ihn“²⁷¹). Immer wieder raffte sich Friedrich Wilhelm IV. aber zusammen, zeigte dann eine gute Haltung und wirkte stark auf Umgebung und Besucher. Am Morgen des 18. März fand er der rheinischen Deputation gegenüber Worte von der alten, ergreifenden Art. Als er dann auf den Balkon trat, war er zu bewegt, um zu der jubelnden Menge

zu sprechen²⁷²). Der König machte die stärksten Erschütterungen durch — in wenigen Tagen einen völligen Umschwung seiner Politik! Schon die Bewilligung der Periodizität des Vereinigten Landtages war das Gegenteil seiner feierlichst oft genug kundgegebenen Überzeugungen — und nun die beiden Patente mit ihrer improvisierten deutschen und konstitutionellen Richtung! Beinahe vierzehn Tage lang hatte er allen Anregungen, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, hartnäckigen Widerstand geleistet — nun sollte er es plötzlich doch tun, weil Metternichs Sturz Österreich lähmte und ausschaltete. Von irgendeiner Konsequenz in Friedrich Wilhelms politischer Haltung während der Märztage kann nimmermehr die Rede sein; konsequent war er nur insofern, als er immer das Gegenteil von dem tat, was er vorher gesagt hatte, daß er, wenn es damit nicht schnell voranging, wieder auf das erste zurückgriff oder etwas Drittes anfang — und daß er sämtlichen Ratgebern gegenüber die Überlegenheit der königlichen Einsicht und Stellung allen Widersprüchen seines Handelns zum Trotz betonte. Nun hatte er wider Willen von seinem Standpunkte aus sehr weitgehende Zugeständnisse an die Zeitforderungen gemacht — und trotzdem befanden sich seine Truppen im erbitterten Straßenkampf mit dem Volk von Berlin. Das Volk fühlte sich von seinem König verraten: das war wahrhaftig nicht der Fall. Der König fühlte sich vom Volke verraten — das stimmte ebensowenig. Die kleine Reaktionspartei der Altpreußen hatte den Kampf gewünscht und erklärte nun, er müsse rein militärisch durchgeführt werden. Die kleine Revolutionspartei hatte auch den Kampf gewünscht und vorbereitet, sie nahm ihn gern auf und glaubte in seinem Ausbruch den Beweis für die Unehrlichkeit des Königs und seiner Versprechungen zu sehen. Die Reaktionspartei sah eine Lösung nur im Siege des Militärs, die Revolutionspartei sah eine Lösung nur im Siege des kämpfenden Volkes. Der König aber sah in dem Kampfe ein Mißverständnis und ein Unglück — er hatte darin im tiefsten recht. Der gemäßigte Teil der Bürgerschaft, zahlenmäßig der größte, dachte genau so.

Zu Beginn des Straßenkampfes fanden gleich auf der Straße mehrere wohlgemeinte Versuche statt, die Leidenschaften zu beruhigen — so seitens des Polizeipräsidenten von Minutoli, seitens des Stadtrates Nobiling. Sie hatten nur momentanen Erfolg. Als Augenzeuge berichtet auch der großherzoglich hessische Geschäftsträger Generalmajor v. Schaeffer-Bernstein: „Ich habe selbst gesehen, wie sich Bürger und Mitglieder der Schützengilde mit ihren Kennzeichen als Schutzkommissare unter die einzelnen Aufrührerhaufen mischten und auf jede Weise zu beruhigen suchten — sie wurden mißhandelt und mit Hohn fortgejagt²⁷³).“ Am Abend wurde auch der Wagen des Generals von wohlmeinenden Bürgern angehalten — er solle umkehren, um Unannehmlichkeiten zu entgehen. Von drei Uhr nachmittags an erschienen im Schlosse die verschiedensten Deputationen, um den König zur Zurückziehung der Truppen zu bewegen: Rektor und Dekane der Universität in Amtstracht, der Oberbürgermeister Krausnick mit mehreren Stadtverordneten, der Bischof Neander. Es war ein beständiges

Kommen und Gehen im Schlosse, berufene und noch mehr unberufene Ratgeber stellten sich ein. Der König erklärte zunächst, von einem Rückzug der Truppen könne nicht die Rede sein. Wenn Berlins Bürger Rebellen seien, müßten sie als solche behandelt werden²⁷⁴). Aber bereits dem Bischof Neander machte er das Zugeständnis, der Angriff auf die Barrikade beim Köllnischen Rathause sollte um drei Stunden aufgeschoben werden, wenn bis dahin die Barrikade niedergeworfen und die schwarzrotgoldene Fahne an der d'Heureuseschen Konditorei, die man vom Schlosse sah, entfernt würde. Bischof Neander und seine Deputation haben aber dann offenbar gar nichts zur Durchführung dieses Gedankens getan. Sehr stark auf die Nerven des Königs wirkte der Beginn des Artilleriefeuers ein; er konnte es schon rein physisch nur schwer aushalten, es lähmte ihn, er verbarg seinen Kopf in den Händen, saß apathisch da und verfiel zeitweise in Schluchzen. Dann zwang er sich aber wieder zu guter Haltung, und solche erzwungene Tapferkeit ist ja mehr wert als die robuste Haltung roherer Naturen. Am Abend empfing er den Oppositionsführer Freiherrn Georg von Vincke und war, nun schon seelisch und körperlich zermüht, dessen Ausführungen um so mehr zugänglich, als sie seinem innersten Gefühl entsprachen. Vincke betonte zweierlei: Die militärische Lage sei durchaus ernst, die ermüdeten und schlecht gepflegten Truppen griffen nicht mehr so kräftig an, sie seien lau; Nachtkampf gegen die Barrikaden sei zwecklos. Man solle die Truppen zurückziehen und auf das Schloß konzentrieren. Der ganze Kampf sei aber nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten zu beurteilen, sondern nach politischen, und deshalb sei eine baldige Beilegung des Kampfes in versöhnlichem Sinne erwünscht. Vincke mußte als Politiker einen klaren Sieg sowohl des Militärs und der Reaktionspartei wie des Volkes und des Revolutionsgedankens schädlich finden; daß sein Rat loyal war, ist bei einem Manne seines Charakters nicht zu bezweifeln. Wie aber zu einer Verständigung zu kommen wäre — darin lag nun die große Schwierigkeit. Es mußte auf eine kräftige und würdige Weise geschehen.

Die Behauptung, die Truppe sei lau, war in dieser Allgemeinheit übertrieben. Eine Kompagnie hatte beim Angriff gezögert, und Prittwitz hatte sich an die Spitze stellen müssen. Andere Momente zeigten sich erst später.²⁷⁵) Prittwitz wollte wie jeder rechte Offizier schnell und klar siegen — er konnte das nur leider nicht!

Tatsache blieb, daß das Militär zuerst kaum zu halten war, sich wütend in den Kampf stürzte, dann aber recht langsam voran kam, weil eben die Schwierigkeiten groß waren. Der Plan des Generals von Prittwitz war, sich eines Teiles der Stadt zu bemächtigen und dann die weitere Entwicklung abzuwarten. Zur Eroberung der ganzen Stadt hatte er nicht Truppen genug. Diesen Plan hatte der König gebilligt. Wenn die revolutionäre Erhebung an den nächsten Tagen noch weiterging, wollte der General die Truppen aus der Stadt ziehen, die Stadt zernieren und an einzelnen Stellen beschießen. Rein militärisch war das sicher richtig gedacht.

Auch Graf Benckendorff sagt in seinem Bericht, es hätten drei Möglichkeiten bestanden: erstens den Kampf in der Stadt fortzusetzen, sie ganz zu säubern und zu unterwerfen — das wäre das Kühnste gewesen; zweitens abzuziehen und sie zu blockieren — das wäre militärisch das Vernünftigste gewesen; drittens in den eroberten Stellungen zu verharren und abzuwarten — das war nur in dem Falle entschuldbar, daß man Zeit gewinnen wollte²⁷⁶). Die Militärpartei wollte den Kampf rein militärisch durchgeführt haben, sie dachte: Krieg ist Krieg — sie hatte damit von ihrem Standpunkte recht. Es war aber auch wahr, daß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten gehandelt werden durfte. Wenn Krieg Krieg ist, so ist Bürgerkrieg eben Bürgerkrieg. Sollte der König seine Hauptstadt zum Teil in Flammen aufgehen sehen? Graf Lerchenfeld schreibt am 27. März: „Die Hälfte von Berlin wäre in Flammen aufgegangen. Der König hatte die Wahl zwischen der Preisgabe seiner Garden und der Zerstörung seiner Hauptstadt.“

Noch weiter geht der amerikanische Gesandte Donelson, der am 20. März schreibt: „The determination of the King therefore to change his ministry and throw himself upon the loyalty of his subjects was the only course he could pursue to save the crown.“ Von Stettin wären keine weiteren Truppen zu haben gewesen; dort hatte Wrangel schon die Bürgerwehr bewilligen müssen. Wenn nun das Rheinland abfiel, wenn sich Ostpreußen und Schlesien erhoben? In ganz Deutschland hatte die Revolution doch gesiegt! Wollte man schließlich mit russischen Truppen Preußen und Deutschland zurückerobern und unterwerfen? Der Krieg mit Dänemark, der Aufstand in Polen standen bevor, Österreich war am Auseinanderfallen. Preußen konnte im Verein mit der Volksbewegung übermächtig sein — und nun sollte gerade in Berlin die Volksbewegung gewaltsam niedergeschlagen werden! Der Berliner Straßenkampf war politisch ein Unsinn, menschlich ein Verbrechen, vom christlichen Standpunkte eine Sünde — der König empfand es so, und er konnte es nicht anders empfinden. Er war eine un militärische Natur. Sein Bruder, der Prinz von Preußen, warf am andern Tage den Degen auf den Tisch, als vom Rückzug der Truppen die Rede war; Friedrich Wilhelm glaubte als wahrer christlicher und deutscher Fürst zu handeln, wenn er die Hand zur Versöhnung ausstreckte. Er fühlte sich ja als der Begnadete, der letzten Endes doch recht hat. Einen reinen Soldaten wie seinen Bruder fand Friedrich Wilhelm langweilig, nüchtern, plump; dafür nannte die Militärpartei den König weichlich, unzuverlässig, schwankend, phantastisch. Wie oft hatte Friedrich Wilhelm IV. mit seinem Wort und Wesen bezaubert! Warum sollte das jetzt nicht möglich sein, in der schwersten Stunde? So befahl er um Mitternacht dem General v. Prittwitz, den eroberten Teil der Stadt zu halten, aber nicht weiter vorzugehen — und setzte sich, nun wieder ganz guter Stimmung, an den Schreibtisch, um den berühmten Aufruf niederzuschreiben: „An meine lieben Berliner.“ Er sprach darin wie ein Vater zum verlorenen Sohne: Bösewichter, meist Fremde, sind schuld an dem unseligen Irrtum, die Barrikaden sollen niedergelegt werden,

Männer „voll des alten, echten Berliner Geistes“ sollen bei ihm erscheinen; dann sollen, er gab sein königliches Wort, alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden — nur die notwendigsten Gebäude wie Schloß, Zeughaus und wenige andere sollen besetzt bleiben, auch diese nur auf kurze Zeit. Zum Schluß: Vergessen, Vergeben, Gottes Segen für Deutschland und Preußen, tränenreiche Bitten der Königin, vereint mit denen des Königs.

Niemals war Friedrich Wilhelm IV. so ganz er selbst wie in dieser Proklamation: zart und edel, aber etwas großmäulig und ein wenig falsch, anständig, sehr gnädig und etwas schlau, fromm und etwas feige — jedenfalls vollkommen unpolitisch! Revolutionäre und Soldaten, die Kämpfer also der Straßenschlacht auf beiden Seiten, mußten bitter lachen und höhnen über so viel harmlose Arroganz. Die Proklamation erschien am frühen Morgen und tat eine geradezu peinliche Wirkung. Und dabei war der Grundgedanke sachlich richtig — nur Form und Ton waren völlig verfehlt.

Der Kampf war, rein militärisch angesehen, durchaus unentschieden. Am Alexanderplatz war er zum Stehen gekommen, der Artillerieschuppen am Oranienburger Tor und die Eisengießerei brannten seit Mitternacht, alle Zollämter waren vom Volke niedergebrannt, das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße wurde am Morgen nach erbitterten Kämpfen unter Gustav Hesses, des Drechslergesellen Führung, schließlich mit Hilfe der Scharfschützen vom Volk eingenommen. Prittwitz hatte noch in der Nacht der Kavallerie befohlen, die Stadt zu verlassen und sich mit der Potsdamer Kavallerie zu vereinigen, so wurde die Zernierung Berlins für alle Fälle vorbereitet — nur die zweiten Gardeulanen und das Regiment Gardes du Corps behielt er zurück. Um 7 Uhr morgens gab er den Truppen bekannt, es werde „an eine friedliche Ausgleichung der Wirren gedacht“, deshalb sollten aggressive Maßregeln eingestellt werden, besonders das Feuern der Truppen, unbewaffnete und friedliche Leute dürften auf den Straßen verkehren. Das zweite Bataillon des Leibregimentes hatte Prittwitz schon in der Nacht „als nicht für das Straßengefecht geeignet“ im Schlosse zurückbehalten; das erste Bataillon des zweiten Garderegimentes war schlecht geführt, der Aufgabe nicht gewachsen, durch die Gefechte „kopfscheu“ gemacht, wollte „nicht mehr recht anbeißen“ und wurde deshalb zum Gefangenentransport bestimmt²⁷⁷). Schon am Abend des 18. März hat auch General v. Neumann mitgeteilt, daß einzelne Truppenteile abfielen, und nannte eben dieses Bataillon des zweiten Garderegiments. General v. Wussow erklärte am Morgen des 19. März, die Truppen seien zu erschöpft, um den Kampf wie am vorigen Tage fortzusetzen²⁷⁸).

In den Vorstädten und in den entfernteren Straßen stand das Volk bereit zum weiteren Kampf, erbitterter noch durch das Geschehene, als am Tage zuvor, durch die Proklamation des Königs gereizt und ermutigt. Es respektierte die Kirchenstunden — der 19. März war ein Sonntag — und bereitete die Erneuerung des Kampfes nach der Kirchzeit vor²⁷⁹). Pardon sollte nun nicht mehr gegeben werden. Faktisch bestand nur ein Waffenstillstand, zwischen den beiden krieg-

führenden Parteien begannen Verhandlungen. Schon darin lag ein starker Triumph für die Revolution. Das Volk hatte die Entfernung des Militärs gewünscht, darum war der Kampf entbrannt; der König hatte nun erklärt, das Militär zurückziehen zu wollen — unter Bedingungen. Darüber mußte man sich einig werden.

Um 7½ Uhr begannen die Verhandlungen auf dem Schlosse. Rellstab, Nobiling, Krausnick, Bürger aller Stände erschienen; sie verlangten Zurückziehung der Truppen, auch Bürgerbewaffnung. Der König verlangte ganz im Sinne seiner Proklamation zuerst Einebnung der Barrikaden. Nobiling begab sich nun mit zwei andern Herren und einem militärischen Begleiter nach dem Alexanderplatze, um die Revolutionäre zu veranlassen, die dortige Barrikade einzureißen und aufzugeben. Es gelang ihnen auch, die Einstellung des Kampfes in der Königstadt zu bewirken. Dieser Erfolg beweist, daß es der richtige Weg war. Die Militärpartei aber, der Prinz von Preußen an der Spitze, wehrte sich energisch gegen den Abzug der Truppen und bezeichnete das allmähliche Abrücken, je nachdem die Barrikaden aufgegeben wurden, als militärisch unmöglich. Es ist nicht einzusehen, warum diese Aktion, die sich an einer Stelle schon bewährte, nicht überall bei gutem Willen hätte durchgeführt werden können. Der gute Wille fehlte aber bei der Militärpartei. Sie wollte nicht zu einer Versöhnung und friedlichen Verständigung kommen, wie sie der König sachlich ganz richtig wollte. Der Prinz von Preußen ging so weit in seiner heftigen Art, dem Minister v. Bodelschwingh zu sagen: „Dann müssen sie (die Truppen) lieber ganz zurückgehen.“ Dies war das Stichwort gewissermaßen der Militärpartei: entweder Fortsetzung des Kampfes oder völliger Abzug der Truppen samt dem König, um den Kampf von außerhalb wieder aufzunehmen — jedenfalls Renitenz gegen den Willen des Königs. Der König traute sich nun militärisch kein selbständiges Urteil zu und hatte deshalb die große Schwäche, gegenüber der Deputation von Bürgermeister Naunyn noch einen Schritt weiterzugehen. Die Meldung von der Abtragung der Barrikade an der Königstraße traf ein — sie stimmte. Naunyn versicherte, wenn die Soldaten verschwänden, würde sofort die Ruhe eintreten. Da entschloß sich der König, trotz des wiederholten Widerspruches der Militärpersonen, besonders des Prinzen von Preußen, seinen richtigen Standpunkt: zuerst von Fall zu Fall Abräumen der Barrikaden, dann von Fall zu Fall Abzug der Truppen — aufzugeben, und bestellte durch den Minister v. Bodelschwingh der im Saal wartenden Deputation: „Da man anfinke, die Barrikaden niederzureißen, sollten die Truppen von den Straßen und Plätzen zurückgezogen werden²⁸⁰⁾.“

Das war der sofortige und völlige Abzug der Truppen — weil das Volk begann die Barrikaden einzuebnen; die Reihenfolge wurde also umgedreht: zuerst gänzlicher Abzug der Truppen, dann völliger Abbruch der Barrikaden. Damit war der König über die Proklamation prinzipiell hinausgegangen. Daß Schloß, Zeughaus und andere Gebäude besetzt blieben, wie es die Proklamation für zunächst vorsah, war aber selbstverständlich. Der König, der mürbe und ungeduldig

war, hatte es nicht ausdrücklich noch einmal erwähnt. Als Prittwitz und der Prinz von Preußen diese Forderung stellten, erklärte Bodelschwingh erregt, der Befehl des Königs sei bestimmt und unzweideutig gewesen, er müsse befolgt werden. Prittwitz befahl nun zunächst, das allmähliche, der Niederlegung der Barrikaden angepaßte Zurückziehen der Truppen vorzubereiten (was angeblich militärisch unmöglich war!). Dann aber gab er den Befehl zum völligen Abmarsch von den Barrikaden und zur Konzentration auf das Schloß. Die Truppen machten keinen besonders frischen und kampffähigen Eindruck, und deshalb gab Prittwitz schließlich den dritten Befehl, daß die Truppen nach ihren Kasernen bzw. auswärtigen Kantonierungen abrücken sollten. Im Schlosse blieben nun sieben Kompagnien und 25 Gardeschützen, im Zeughause zunächst ein Bataillon, das dann infolge mißverstandenen Befehls auch abmarschierte. — Graf Stolberg war sofort zum König ins Kabinett gegangen, um durch eine nochmalige Rückfrage Gewißheit zu bekommen, ebenso ging der Prinz von Preußen zu seinem Bruder und hatte eine kurze, lebhafte Auseinandersetzung mit ihm. Der König erklärte auch nachträglich, daß Schloß, Zeughaus und Schloßplatz im Sinne der Proklamation besetzt bleiben sollten — Prittwitz vollführte aber in Rücksicht auf Disziplin und Haltung der Truppe den Abmarsch, und niemand war da, der imstande war, ihn davon abzubringen.

Es ist kaum begreiflich, wie dieses Endergebnis hat zustande kommen können: Unklarheit und Unüberlegtheit des Königs, Empfindlichkeit und Versagen der hohen Militärs, Spannung zwischen Militär und Zivil, Mißverständnis, Mangel an Überblick und böser Wille haben zusammengewirkt. Die Truppen, die zwar nicht gesiegt hatten, aber auch nicht besiegt waren, zogen ab; die Barrikadenkämpfer, die auch nicht gesiegt hatten, waren nun moralisch und politisch durchaus die Sieger. Der eigentliche Geschlagene war der unglückliche König, dessen körperliche und seelische Schwäche fortgesetzt eine ausgezeichnete politische Lage zu Anfang März in ihr krasses Gegenteil verwandelt hatte. Graf Trauttmansdorff überliefert die Äußerung „eines Mannes von Geist“ über den Abzugsbefehl an die Truppen: „Der König kam mir vor wie jemand, dem sich mehrere Stiegen zum Herabsteigen aus dem Hause zeigten, der aber vorzieht, aus dem Fenster zu springen.“²⁸¹⁾

Einen großen Teil der Schuld tragen aber auch die leitenden Personen, sowohl die Minister wie die führenden Militärs. Niemand von ihnen wollte später der Urheber des Unglücks gewesen sein! Der König war eben auffallend schlecht bedient. Bodelschwingh sah sich nicht mehr als im Amt befindlich an — trotzdem durfte er, solange er überhaupt noch Dienst tat, die Proklamation „An meine lieben Berliner“ nicht ohne weiteres zum Druck geben und veröffentlichen — die Proklamation, deren gute und richtige Absicht durch die verfehlt Form völlig verdorben wurde. Er hat dann den verhängnisvollen Befehl zum Abzug der Truppen auch in fahrlässiger Weise weitergegeben — er mußte den König genug kennen und die Schwierigkeit der Lage genug überblicken, um nicht

so zu handeln. Wenig energisch und klar war ferner die Handlungsweise des neuen Ministerpräsidenten Grafen Arnim, der der Auseinandersetzung zwischen dem König und Bodelschwingh allzu passiv beiwohnte. Die Rolle des Prinzen von Preußen ist ebenfalls unglücklich gewesen. Nach dem streng gemessenen Befehl des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm III. sollte kein königlicher Prinz auf irgendeine Weise Anteil an Straßenkämpfen nehmen — das war weise und hätte nur genau befolgt werden sollen²⁸²). Der Prinz von Preußen hatte ja auch kein Kommando, aber er mischte sich immer wieder auffällig und unbeherrscht ein. So zog er sich den nur zu begreiflichen Haß des Volkes zu und hat der Sache dadurch geschadet, nicht genützt. Prittwitz war ein Mann von Ruhe und Energie — man kann aber nicht finden, daß er von den unbedingten Vollmachten, die er hatte, den Gebrauch machte, der möglich gewesen wäre. Die Leistungen der Truppe blieben hinter seinen Erwartungen zurück. Die Versöhnungspolitik des Königs war ihm wie allen Militärpersonen ein Greuel, aber es scheint doch zu weit gegangen zu sein, wenn man ihn beschuldigt, daß er mit Absicht aus politischen Gründen die Befehle des Königs übertrieben ausgeführt hat, um seinem Groll und Trotz dadurch zu frönen. Prittwitz war der Auffassung, daß ein Weiterkampf am Morgen des 19. in der Stadt militärisch kaum Aussichten bot; als die Truppenmasse vor dem Schlosse konzentriert war, hatte man tatsächlich nur die Wahl, von neuem unter noch ungünstigeren Umständen den Kampf aufzunehmen oder abzurücken. Daß er so wenig Truppen im Schlosse zurückließ, war die Folge eines freilich nicht entschuldbaren Irrtums, aber keine schlechte Absicht. Er dachte, ein ganzes Füsilierbataillon des Kaiser-Franz-Regiments wäre noch dort, es waren aber nur noch zwei Kompagnien vorhanden. Sein Befehl, auch das Zeughaus mit einem Bataillon zu besetzen, wurde, wie erwähnt, „versehentlich“ nicht befolgt. So stark war schon die Auflösung fortgeschritten! Prittwitz fürchtete mit Recht die Lockerung der militärischen Disziplin, vor allem auch das Fraternisieren der Truppe mit den Volkskämpfern. Zu der großen Abspannung der Soldaten kam auch der Mangel an Nahrungsmitteln — was am Morgen des 19. geliefert wurde, war ganz unzureichend — wären sie nicht abgezogen, hätte das Volk sie wohl einfach ausgehungert. Schon während des Kampfes war den Offizieren und Soldaten fast jedes Labsal verweigert worden²⁸³). Der Abzug der Truppen erfolgte mit klingendem Spiel, also parademäßig — eine Siegergeste, die wenig zum Aussehen der Soldaten und den furchtbaren Eindrücken der Revolutionsnacht paßte. Unter den Linden zeigten sich bereits die Sonntagsspaziergänger; aber die Militärmusik erregte doch beim Volk großen Unwillen, und man verlangte statt der Marschfreude einen Choral. Es war begreiflich, daß nach einer solchen Kampfnacht die Truppen Beschimpfungen und Belästigungen zu erdulden hatten. Noch am 20. mußten der aus der Stadt abziehenden Artillerie Bürgergardisten zum Schutz auf deren Bitte beigegeben werden²⁸⁴). Die Stimmung, die das Volk erfüllte, ist gut in dem Gedicht Emil Brachvogels geschildert: „Morgenrot in den Märztagen“:

„Es rasseln die Räder der flüchtigen Zeit,
Des Weltalls gewaltig Getriebe.
Allmächtig erhebt sich der neue Geist,
Der gleich der Sonne die Erde umkreist,
Und mit ihm die Menschenliebe.

. . . .

Dem Himmel sei Dank. Der Aufruhr schweigt,
Den Kampfplatz verlassen die Würger.
Frisch auf, Kameraden, die Hände gereicht,
Das Schloß besetzen die Bürger!“

Nun wurden auch die Gefangenen des Volkes freigegeben. Als am Nachmittag des 18. März in der Königstadt an die hundert Gefangene gemacht und in den Schloßhof gebracht wurden, folgte der König und seine Umgebung aus dem Aussehen dieser Leute, daß alle Barrikadenkämpfer „Krapüle“ seien. Das waren arme Kerle, deren bescheidene Arbeitskleidung dem Kampfe nicht so gewachsen war wie eine Soldatenuniform. Es entsprach aber der Stimmung von Wohlständigkeit bei den regierenden Personen und auch beim höheren Bürgertum während der ganzen Revolutionszeit, Volkskämpfer für Lumpenpack in finanzieller und moralischer Beziehung zu halten. Der Scherz des Königs: „Wenn ihr die Gefangenen zurückhabt, dann seht sie euch an, ob ihr sie behalten wollt“ — wirkte deshalb sehr unglücklich. Manche lachten, andere stießen Drohungen aus. Natürlich haben sich in einer so großen Stadt wie Berlin auch zweifelhafte Gestalten der dunklen Unterwelt der Volksbewegung beigemischt — eine unvermeidliche und überall beobachtete Erscheinung. Ein Fehler war es entschieden, daß die Revolutionäre die Sträflinge des Arbeitshauses und die Schuldgefangenen in Freiheit setzten. Verbrechen gegen das Eigentum sind aber in der Revolutionsnacht überhaupt nicht vorgekommen. Die Bezeichnung „Bürger-eigentum“ wurde an mehrere öffentliche Gebäude geschrieben, um sie für geschützt zu erklären, zuerst an das Stadtgerichtsgebäude in der Königstraße, das die Volkskämpfer stürmen wollten. Männer aller Stände nahmen am Barrikadenkampf teil, es war zweifellos ein Zeichen von Mut und galt als Ehre, für die Sache des Volks zu streiten. Um so empörender war die Art, wie die Gefangenen des Volkes behandelt wurden, deren Zahl im Laufe der Nacht auf gegen tausend anstieg. Sie wurden unter Mißhandlungen in den Schloßkeller gesperrt und mußten ohne Speise und Trank in den niedrigen Räumen, in verpesteter Luft bis gegen vier Uhr morgens ausharren; gegen sechshundert wurden dann von jenem Bataillon, das zuerst als militärisch unsicher galt, nach Spandau gebracht. Offenbar wollten diese Soldaten ihre Reputation dadurch wiederherstellen, daß sie die zusammengebundenen Gefangenen mit Kolbenstößen in abscheulicher Weise mißhandelten und dazu verhöhnten und beschimpften. In den Kasematten der Festung blieben sie bei Wasser und Brot bis zu ihrer Befreiung am Nachmittag

des 19. März. Magistrat, Bürgerschaft und Stadtverordnete eröffneten eine Sammlung für diese beleidigten Verhafteten, die mit 300 Talern begann.

Auffallend gering ist die Zahl der Toten in der am 15. April vom Kriegsministerium veröffentlichten amtlichen Verlustliste des Militärs: 3 Offiziere, 17 Unteroffiziere und Gemeine. Verwundet waren nach der offiziellen Angabe: 14 Offiziere, 15 Unteroffiziere, 225 Gemeine, 1 Lazarettgehilfe²⁸⁵). Diese Zahlen sind von Anfang an als unglaublich bezeichnet worden. Auch Graf Benckendorff, der über die besten militärischen Beziehungen verfügte, schreibt etwa, am 24. März seien vier Generale in voller Uniform den „15 an Verletzungen gestorbenen Soldaten“ zum Militärfriedhof gefolgt²⁸⁶). Außer den 16 Unteroffizieren und Soldaten, die Benckendorff als gleich getötet angibt, hätten beim Appell noch achtzehn gefehlt. Der spätere General der Kavallerie Julius von Hartmann schrieb am Tage des Leichenbegängnisses, am 24. März: „Unsere Leichen haben wir heute morgen bestattet, außer einigen, die schon früher zur Ruhe gebracht waren, es waren im ganzen sechsunddreißig, unter denen drei Offiziere, v. Wulffen, Tüpke und v. Zastrow²⁸⁷).“ Das Zeugnis dieses Premierleutnants im Generalstab, der selbst an der Feier teilgenommen hat, stimmt beinahe genau mit Benckendorffs Angabe überein. Die amtliche Verlustliste ist also wohl sicher falsch. Die Zahl der verwundeten Offiziere gibt Hartmann auf fünfundzwanzig bis dreißig an. Geirrt hat er nur im Falle Tüpke (vgl. unten S. 445).

In seinem zusammenfassenden Bericht vom 27. März gibt der bayrische Gesandte, Graf Lerchenfeld, die Zahl der Toten auf seiten des Militärs sogar auf rund 1100 an und erzählt, die Soldaten hätten ihre Toten mitgeschleppt und in den Kanälen der Spree versenkt. Er schreibt auch: „Das Militär hat jedenfalls mehr Tote und Beschädigte als die Bürger, da ihre dichten Massen die Soldaten bloßstellten und ihre Schüsse meistens die Wände trafen.“ In seinem Bericht vom 31. März dementiert er aber ausdrücklich die Geschichte von den weggeschleppten und in die Spree versenkten Leichen und teilt die amtlichen Zahlen mit. Immerhin hat diese Geschichte auch in der Tagespresse eine gewisse Rolle gespielt. Am 15. April forderten zum Beispiel eine Anzahl angesehener Bürger die Behörden zur Aufklärung eines Vorganges auf, der sich in der Nacht vom 19. auf den 20. März abgespielt habe: Zwei schwerbeladene Kähne seien nach Spandau gebracht worden, der Inhalt seien Militärleichen gewesen, mehrere glaubhafte Schiffer könnten es bezeugen²⁸⁸). Die Behörden haben es nicht für der Mühe wertgehalten, darauf näher einzugehen. Eine Widerlegung ist jedenfalls nie erfolgt. Wahrscheinlich bleibt immerhin, daß die Zahl der Toten doch etwas größer war, als amtlich angegeben, und daß eine Reihe Toter sofort begraben worden sind; eine Aufbewahrung von Gefallenen, durch eine Woche hindurch, war ja bei dem warmen Frühlingswetter sowieso kaum möglich. Über Gefangene sagen die amtlichen Quellen gar nichts. Die auf alle Fälle geringe Zahl der Toten erklärt sich zum Teil aus der schlechten Bewaffnung und dem mangelhaften Schießen der Mehrzahl der Volkskämpfer. Gewiß ist die Zahl der Verwundeten

auch mit Absicht amtlich herabgedrückt, denn bei Straßenkämpfen pflegt gerade die Zahl der Verwundungen, besonders auch der leichteren Verwundungen beim Angreifer groß zu sein. Ein besonders erschütternder Fall war der Tod des Leutnants Hermann Tüpke vom 37. Infanterieregiment: er war Hegelianer, ein vorzüglicher Mathematiker und litt unter dem unheilvollen Zwiespalt der Zeit aufs schwerste. Für einen Mann seiner Bildung und Gesinnung war der Zwang, den Fahneneid unter solchen Umständen zu halten, überaus bitter. An der Barrikade der Neuen Königstraße erhielt er den Brustschuß, dem er nach einigen Tagen erlag. In der Todesstunde sagte er dem Freunde: „Der Offizier steht im Widerspruch mit dem Zeitgeist — dieser Widerspruch muß aufgehoben werden²⁸⁹).“ Seine Leiche wurde heimlich, ohne jede Ehrenbezeugung aus Berlin fortgeschafft, um in Anklam neben dem Grabe seiner Mutter beerdigt zu werden.

Die Toten des Volks waren viel zahlreicher als die der Truppen: alles in allem genommen, darf man die Ziffer auf 230 ansetzen. Die Berufsstellung der Gefallenen gibt uns ein deutliches Bild der sozialen Herkunft der Revolutionäre. Die Hauptmasse wird von Handwerksgesellen und Arbeitern dargestellt. Am stärksten sind die Tischlergesellen vertreten (26), deren Sachverständnis ja auch beim Barrikadenbau selbst unentbehrlich gewesen war; dann kamen die Schlosser, Schmiede und Maschinenbauer (etwa 17), deren körperliche Robustheit sich beim Kampf so bewährt hatte; dann kamen die Schneider (9) und Schuhmacher (8), die denkenden Handwerke also, die schon deshalb von jeher revolutionären Gesinnungen zugänglich gewesen sind. Mehrere Tote hatten die Maurer, Buchbinder, Handlungsdienste, Hausknechte; zufällig Getroffene oder sinnlos in den Häusern Niedergemachte mögen etwa der pensionierte Wachtmeister und der pensionierte Grenzaufseher sein, sowie die sieben Frauen. Genannt werden noch: ein Eisenbahninspektor, ein Lederwarenfabrikant, ein Brauer aus der Schweiz, ein posenscher Kaufmann mit polnischem Namen, ein Bergreferendar. Ganz überwiegend handelte es sich um Berliner Kinder, dann um Märker und Schlesier²⁹⁰). 33 Leichen sind nicht rekonstruiert worden. Diese wurden von reaktionärer Seite früher gern als „Emissäre“ oder „Verbrecher“ bezeichnet. Gerade Ausländer oder irgendwie Bestrafte wären aber verhältnismäßig leicht als solche feststellbar gewesen. Kein einziger unter den rekonstruierten Toten, kein einziger unter den Gefangenen war tatsächlich „kriminalistisch vorbestraft“. Die 33 Unbekannten waren natürlich junge Arbeiter, wohl meist ländlicher Herkunft, die keine Angehörigen in Berlin hatten; auch mögen manche dieser Leichen stark entstellt gewesen sein, so daß die Erkennung bei der noch sehr unentwickelten polizeilichen Technik schwierig war. — Das Recht, diese Märzgefallenen als Vorkämpfer eines freien Volksstaates zu feiern, besteht also in hohem Maße; wieviel überzeugte Sozialisten darunter waren, ist nicht auszumachen²⁹¹).

Die Revolution hatte gesiegt. Die berühmte Szene vom Nachmittag des 19. März mußte es jedem beweisen, der noch zweifelte. — Als der König mittags

erfuhr, daß nur noch zwei Bataillone im Schloß waren, rief er aus: „Das ist ja nicht möglich.“ Der neue Ministerpräsident Graf Arnim setzte auseinander, der König müsse unbedingtes Vertrauen haben, das Vertrauen werde gerechtfertigt werden. Friedrich Wilhelm sagte nichts. Als Graf Arnim fragte, ob jemand einen andern Rat zu geben habe, trat Rittmeister Edwin v. Manteuffel vor und sagte, der König müsse sich sofort mit den noch vorhandenen zwei Bataillonen nach Potsdam begeben. Nach einigem Hin und Her entschloß sich Friedrich Wilhelm IV. dazu; da machte das Herannahen des Leichenzuges, der die Linden herunterkam, die Ausführung unmöglich. Die Volkskämpfer brachten die Leichen der Gefallenen teils auf Bahren, teils in offenem Wagen nach dem Schlosse; zunächst war der Gedanke geäußert worden, die Leichen auf dem Schloßhof zu rekonoszieren — spontan entwickelte sich daraus eine großartige Parade der Anklage und der Trauer. Die Leichen waren mit Blumen, Zweigen und Lorbeer geschmückt, die Wunden schauerlich entblößt. Die Bahren wurden von Barrikadenkämpfern getragen, den Kameraden der Gefallenen, manche führten noch die Waffen vom Kampfe der Nacht, Leidtragende folgten, alle Häupter entblößten sich. Der wachhabende Offizier ließ den Zug in den Schloßhof — die Zahl der Truppen hätte wahrhaftig genügt, ihn abzusperren — aber kein Vorgesetzter wagte, einen klaren Befehl zu geben, denn niemand wollte einen neuen Ausbruch unter den schlechtesten Umständen verantworten. General v. Prittwitz hat dann selbst angeordnet, daß die Truppen den Helm abnahmen, und gab persönlich dafür das Beispiel²⁹²). Eine Bahre wurde auf dem Schloßhof neben die andere gestellt, und die Träger verkündeten laut, um wen es sich handelte: „15 Jahre alt, mein einziger Sohn.“ — „Ohne Pardon niedergetreten, nachdem er sich ergeben hatte.“ — „Ein Familienvater von fünf unerzogenen Kindern.“ Die Erregung steigerte sich, und plötzlich schrie es gellend: „Der König soll kommen.“ Die Forderung wiederholte sich immer leidenschaftlicher und bekam einen furchtbaren Sinn: der König ist schuld an allem Unheil, er soll sich ansehen, was er angerichtet hat! Vergebens versuchte Fürst Lichnowsky die Menge zu beruhigen — der König sei ruhebedürftig, er habe sich eben erschöpft zurückgezogen. Auch die neuen Minister traten auf, wollten reden, setzten sich aber nicht durch. Endlich erschien Friedrich Wilhelm, am Arm die Königin. Der König litt schwer, er hielt sich mit Mühe, die Königin war totenbleich, am Zusammensinken. Nun wurden ihm die Leichen entgegengehalten, ein Gefallener streckte in der Totenstarre schauerlich die gekrampfte Faust in die Luft, die Frauen jammerten, die Männer stießen Drohungen aus. Auf den Ruf: Hut ab! nahm Friedrich Wilhelm die Militärmütze ab. Er wollte reden, zur Ordnung mahnen — er habe sein Wort gehalten, nun solle auch das Volk das seine halten . . . aber der Lärm übertönte ihn²⁹³). Da wurde der Choral angestimmt: „Jesus meine Zuversicht.“ Bis zu Ende hörte Friedrich Wilhelm zu. Königin Elisabeth sagte: „Nun fehlt bloß noch die Guillotine.“²⁹⁴)“ Dann führte er erschüttert die weinende Gemahlin ins Schloß zurück. Als Mensch und Christ glaubte er, sich vor der

Majestät des Todes gebeugt zu haben, die alles eint und alle versöhnt — die Volkskämpfer hatten aber nun erzwungen, daß der Monarch den Opfern seiner eigenen Truppen Reverenz bewies. Es war eine persönliche und politische Demütigung sondergleichen. Nun war dieser preußische König wirklich besiegt wie nie ein Fürst. „Alles ist in Frage gestellt, selbst die Krone und das Leben des Königs“, urteilte der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld unter dem starken Eindruck dieses Ereignisses, aber allzu pessimistisch. Doch er hatte recht, wenn er sagte, alle großen Maßregeln zugunsten Deutschlands, die geplant waren, seien jetzt umgestürzt, der geplante Potsdamer Kongreß sei unmöglich. Wörtlich dasselbe über diesen Kongreß schreibt bei der gleichen Gelegenheit der württembergische Gesandte Reinhard, aber sein Gesamturteil bohrt doch tiefer: „Der König, der gestern noch ehrgeizige Pläne hegte als Führer Deutschlands, ist jetzt erniedrigt und gedemütigt wie kein deutscher Fürst, aber Preußen existiert noch in seiner ganzen Kraft²⁹⁶⁾.“ — Unmittelbar nach der Szene im Schloßhof bewilligte Friedrich Wilhelm die Volksbewaffnung — der Dichter Gutzkow hatte den Gedanken in die Menge geworfen — und zeigte sich auf der Schloßterrasse zusammen mit den Deputierten der Bürgerschaft²⁹⁵⁾. Als er zur Menge reden wollte, versagte ihm, dem begnadeten Redner, das Wort, und er mußte sich von dem Bürger Hiller soufflieren lassen. Seine Schlußsätze waren aber wieder klar und kräftig — sie erweckten vielstimmigen Jubelruf.

Das Volk hatte in dem König einen Verräter gesehen, der Versprechungen gab und gleichzeitig schießen ließ; es verzieh ihm ebenso rasch, denn nun schien er sich ja aus voller Überzeugung dem Volke anzuvertrauen. Die Bürgerschützen übernahmen jetzt die Schloßwache, auch die letzten Soldaten zogen ab. Der alte Polizei- und Beamtenstaat galt für verschwunden. Der König gehörte zum Volke, das Volk zum Könige. In den Vorstädten entwaffnete die Bürgergarde alles, was sich noch an Barrikaden zu schaffen machte. Mit rührender Gutgläubigkeit feierten die Berliner ihren Sieg. Es herrschte eine freudige, anständige Stimmung, ernstere Ausschreitungen kamen nicht vor. Gegen zwei Personen wurde Volksjustiz geübt. Major a. D. von Preuß sollte flüchtige Barrikadenkämpfer verfolgenden Soldaten ausgeliefert haben — seine Möbel und sonstigen Habseligkeiten, auch Schmuck und Geldscheine wurden auf der Straße verbrannt. Der Verdacht war unbegründet. Der Hofhandschuhmacher Wernicke sollte den Grafen Dhyrn und den Baron Budberg, die Geld ans Volk verteilten, der Polizei angegeben haben²⁹⁷⁾ — sein Laden wurde ausgeräumt und der große Handschuhhaufen den Flammen übergeben. Der russische Gesandte von Meyendorff beobachtete die Szene von seinem Fenster aus, während er an Nesselrode schrieb, und bezeugt, daß man mit großer Ordnungsliebe vorgegangen sei und alles zur Vermeidung einer Feuersbrunst getan habe; bewaffnete Bürgergardisten überwachten die Operation²⁹⁸⁾. Das Zeughaus war der Bürgergarde zur Verfügung gestellt worden — so war die Bewaffnung sehr schnell durchzuführen.

Am Abend wurde der Sieg des Volkes durch eine großartige Illumination gefeiert; die ganze Nacht gab es dazu ein Freudenschießen, die neu erhaltenen Gewehre wurden ausprobiert! Das war nun die zweite Nacht, in der für die Berliner der Schlaf nicht leicht zu finden war.

Mit warmem Eifer nahm der amerikanische Gesandte Donelson an der Illumination teil — er sah darin nicht nur eine Huldigung, die dem „edelmütigen und tapferen Betragen“ des Volkes gebührte, sondern auch eine für den König, der sich nach seiner Auffassung nun auf festeren Boden gestellt hatte²⁹⁹). Auch in der russischen Gesandtschaft erschien ein Trupp bewaffneter Bürger und Arbeiter, um die Illumination zu verlangen. Nicht gerade leichten Herzens willigte Meyendorff ein — aber eine Weigerung hätte böse Folgen gehabt. Er erlaubte jedoch nicht, daß zwei große schwarzrotgoldene Fahnen auf dem Gesandtschaftsgebäude aufgepflanzt wurden, was ein Trupp von Leuten verlangte, die „ihm gar nicht schlecht angezogen“ schienen. Wenn man Gewalt gebraucht hätte, dann wäre der Gesandte nach Potsdam gezogen, hätte die Bewachung der Archive einem Beamten übertragen und den Schutz des Hauses, wie er schreibt, zwei jüdischen Bankiers, seinen Nachbarn, die als Bezirksvorsteher schon Bescheid wissen würden²⁹⁸). Es kam aber gar nicht so weit. Denn das Volk benahm sich durchaus anständig und friedlich. Wir hören gar nichts von Eigentumsdelikten. Die Arbeiter, die sich aus dem Wernickeschen Handschuhlager zum Andenken weiße Glacéhandschuhe mitnahmen, zerrissen sie sorgfältig, um jeden häßlichen Verdacht zu zerstreuen. Gegen eine Persönlichkeit richtete sich aber die ganze Volkswut. Während man den König wieder hochleben ließ, wurden gegen den Prinzen von Preußen starke Drohungen laut. Graf Arnim verbürgte sich für die Sicherheit des Königs und der Königin inmitten der bewaffneten Bürger — aber die gleiche Bürgschaft für den Prinzen von Preußen zu übernehmen, trug er Bedenken. Der Volksinstinkt machte ja im Grunde ganz richtig hier den Unterschied zwischen der Weichherzigkeit und Friedensliebe Friedrich Wilhelms und der nur allzu deutlich gewordenen militärischen Aktionslust des Prinzen. Die Ladenschilder seiner Hoflieferanten wurden entfernt, sein Palais Unter den Linden bedroht. Zuerst hieß es, es sollte dem Erdboden gleich gemacht werden. Dann wurde vorgeschlagen, seine Möbel zum Besten der Witwen und Waisen der Opfer zu verkaufen. Ein Handwerker hatte den glücklichen Einfall, zu empfehlen, das Palais zum Nationaleigentum zu erklären, und schrieb unter allgemeinem Beifall an die Vorderwand mit Kreide: „Eigentum der ganzen Nation.“ Bis zum Herbst war die Inschrift zu lesen, immer rechtzeitig in verschiedener Fassung erneuert. Es hieße sie überschätzen, wenn man sie als Ankündigung einer geplanten Sozialisierung fürstlichen Eigentums auffassen wollte. Sie war als Schutzmaßnahme gedacht, verwandte freilich einen Begriff aus einer ganz anders gelagerten ökonomischen Auffassung. Man schlug auch vor, das Palais zum Ständehaus herzurichten oder ein Invalidenhaus für Arbeiter daraus zu machen. Wochenlang hauste aber eine

Bittschriftenkommission in dem Palais, die für Arbeitslose und Notleidende Bittschriften an den König anfertigte, natürlich ohne jede amtliche Autorisation. Ihre Mitglieder lebten dabei ganz fröhlich aus der Küche und dem Keller des Prinzen von Preußen.

Diesem selbst hatte der König unter dem Eindrucke der Volksstimmung den Rat gegeben, Berlin zu verlassen — wenn seine Auslieferung vom Volke verlangt würde, käme er sonst in Verlegenheit³⁰⁰). Der Prinz weigerte sich energisch; seine Gemahlin, sein Adjutant bestürmten ihn, der König erteilte ihm zuletzt den Befehl und gab ihm einen politischen Scheinauftrag an die Königin von England³⁰¹). So entschloß sich der Prinz übereilt zur Flucht, die ihn allerhand wenig erfreulichen Abenteuer aussetzte, bis er schließlich in England anlangte. Des Prinzen Flucht wurde natürlich als ein unfreiwilliges Zugeständnis all den Anklagen gegenüber aufgefaßt, die sich gegen seine Person gerichtet hatten. Als Thronfolger galt er für erledigt. Er wäre aber wahrscheinlich durchaus unbehelligt geblieben, wenn er ruhig in einem der Potsdamer Schlösser geblieben wäre.

Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld schrieb am 29. März: Der Prinz von Preußen könne nur als Haupt der Reaktion zurückkehren, so sei er in der öffentlichen Meinung zerstört; der König habe deshalb keine Möglichkeit, sich zurückzuziehen, er müsse den Becher bis zur Hefe leeren³⁰²).

Auch vom Adel siedelten in diesen Tagen eine große Anzahl Personen nach Potsdam über; sie nahmen an Besitz mit, was sie konnten, weil sie einen allgemeinen Angriff auf das Eigentum für bevorstehend hielten. Der Potsdamer „Einsiedler“ mußte im Speisesaal mehrere Familien auf Strohlagern unterbringen³⁰³). Es geschah in Berlin aber nichts, was diese Panik auch zum kleinsten Teil rechtfertigte. Nur die Uniformen waren so verpönt, daß viele Offiziere sich bürgerliche Kleidung anzogen, um so Berlin zu verlassen. Graf Benckendorff brachte dem König einen Brief des Kaisers Nikolaus im Frack! Den Hofbedienten waren auch Borten und Abzeichen abgerissen worden. Acht Tage lang sah man in Berlin keine Livreen und herrschaftlichen Equipagen mehr auf den Straßen³⁰⁴). Auch die Adjutanten des Königs und die Offiziere des Kriegsministeriums zogen vor, Zivil zu tragen. — Wenn andererseits viele adelige Familien nach Schlesien und der Lausitz auf ihre Güter gingen, so war das durch die bedrohlichen Bauernunruhen dort vollauf gerechtfertigt³⁰⁵).

Am 20. März wurden infolge der für politische Gefangene allgemein erteilten Amnestie die polnischen Gefangenen aus dem Staatsgefängnis bei Moabit entlassen. Sie unternahmen einen Triumphzug durch die Straßen der Stadt; Mikolowski schwenkte die schwarzrotgoldene Fahne und erklärte, die Polen und Preußen müßten ein Brudervolk sein; zur Sicherheit eines freien Deutschland müsse als Vormauer gegen Rußland ein unabhängiges Polen wiederhergestellt werden. Es gab in der Tat keine deutlichere Abkehr vom Rußland Nikolaus' I., als das Bündnis, das Friedrich Wilhelm IV. mit der Freiheitsbewegung nunmehr

geschlossen hatte. Wenn er mit seinen neuen Ministern den Polenzug durch dreimaliges Schwenken der Feldmütze vom Balkon des Schlosses aus begrüßte, so war dies auch außenpolitisch eine Geste von sensationeller Bedeutung. Ironisch bemerkte der württembergische Gesandte: „Man konnte mir nicht sagen, ob sich der König und Graf Schwerin bei dieser Gelegenheit über die polnische oder die deutsche Nation ausgesprochen haben³⁰⁶).“

Das Portefeuille des Auswärtigen in dem Ministerium des Grafen Arnim-Boitzenburg übernahm am 21. März der bisherige Gesandte in Paris Freiherr Heinrich v. Arnim-Suckow, der seit seiner Abberufung von dort in Berlin eine lebhafte Tätigkeit im Sinne einer entschieden deutschen Politik entwickelt hatte. Seine Denkschrift vom 17. März forderte „die Einheit Deutschlands mit, durch und in Preußen“ — sie erschien anonym im Druck am 20. März. Er und Graf Dönhoff in Frankfurt sind die beiden preußischen Diplomaten der Zeit, die am entschiedensten damals den deutschen Beruf Preußens betont haben. Wir wissen, wie lebhaft und wie vergeblich Dönhoff auf eine rechtzeitige energische Initiative Friedrich Wilhelms IV. hinarbeitete. Über die Mission Max von Gagerns war Heinrich von Arnim nun genau unterrichtet³⁰⁷). Sein Gedanke war, den letzten ihm noch möglich erscheinenden Augenblick zu benutzen, um Preußen sofort an die Spitze Deutschlands zu bringen. Er hoffte damit sowohl die Heidelberger Bewegung und das geplante Vorparlament zu paralysieren, wie die noch so verworrene, von den Nachwehen der Revolutionsnacht mißlich beeinflusste innenpolitische Lage Preußens zu klären.

Am Morgen des 21. März erschien ein in der Deckerschen geheimen Oberhofbuchdruckerei hergestelltes Plakat: „An die deutsche Nation“; es trug keine Unterschrift, was allgemein auffiel. Da war zu lesen: „Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für euch an! Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig, im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf euern heldenmütigen Beistand und eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen deutschen Nation.“ Auch der neue Kultusminister Graf von Schwerin teilte den Studenten in der Aula das bevorstehende große Ereignis mit und lud sie ein, sich um den König bei seinem Umritte zu scharen: der König wolle sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschland stellen, die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments werde nun angebahnt.

Gegen Mittag erschien in der Tat Friedrich Wilhelm IV. auf einer sanften Stute³⁰⁸) — gut reiten konnte er nicht —, die schwarzrotgoldene Binde am Arm, auf dem Haupte den Helm, ebenso die Prinzen, die Minister in bürgerlicher Kleidung, aber alle mit den deutschen Farben geschmückt. Der König sprach zuerst auf dem

Schloßplatz: es sei keine Usurpation von ihm; er wolle keinen Fürsten vom Throne stoßen; Deutschlands Einheit und Freiheit wolle er schützen, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung³⁰⁹). Dann bewegte sich der Zug durch die Straßen: Generäle mit schwarzrotgoldenen Schleifen am Arm, Minister, Bürgerschützen, ein Stadtverordneter mit der deutschen Fahne, drei Studenten mit dem preußischen Reichsbanner, dann der König mit Prinzen und Generälen. Der König begrüßte die Bürgerwehr an der Wache Unter den Linden, ritt die Behrenstraße hinunter und kehrte über die Linden zurück. Als jemand rief: „Es lebe der Kaiser von Deutschland“, wehrte Friedrich Wilhelm unwillig ab. An der Universität hielt er eine Ansprache an die dort in Reih und Glied aufgestellten Studenten: die Studierenden seien die Zukunft, sie sollten dieses Tages eingedenk sein: „Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nichts usurpieren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott! Ich habe nur getan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen und der Wille des Volks mich unterstützen wird . . .“ Das Publikum warf die Hüte mit den deutschen Nationalkokarden in die Luft und ließ den König hochleben. Die Begeisterung war groß.

Am Abend des gleichen Tages erließ der König den Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation.“ Darin war auf die innere Gärung und außenpolitische Gefahr Deutschlands hingewiesen: „Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Der zum 2. April einberufene zweite Vereinigte Landtag sollte nach Verabredung mit den Fürsten und Ständen Deutschlands durch Zutritt der Vertreter anderer Ständeversammlungen sich in eine „zeitweilige deutsche Ständeversammlung“ verwandeln. Zum Schlusse waren, nun weit über die Patente vom 18. März hinausgehend, alle Märzforderungen feierlich erfüllt: „Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, und eine wahrhaft volkstümliche freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen imstande sein.“

Die Vorgänge des 21. März sind der Höhepunkt der Berliner Revolution.

Der vom Süden und Westen hundertmal nach Berlin gerichteten Forderung sollte nun doch noch genügt werden. Es war aber zu spät. Wären am 17. März solche Worte von Preußens König gesprochen worden — die Folgen waren unabsehbar. Aber auch jetzt wäre eine stärkere Wirkung wohl immer noch möglich gewesen, wenn diese Kundgebungen nicht so klaffende Widersprüche und hoffnungslose Unklarheiten enthalten hätten. Sie stellten ganz deutlich Kompromisse der Gedanken des Königs, des Ministerpräsidenten Grafen Arnim und des Außenministers Baron Arnim dar. Baron Arnim wollte die deutsche Krone für Preußen und irgendwie ein deutsches Parlament; Friedrich Wilhelm IV. wünschte nur der „Herzog“ in zeitweiliger Kriegsgefahr zu sein, Graf Arnim vertrat das Recht der eigenen preußischen Entwicklung. Hätte Friedrich Wilhelm den Entschluß fassen können, die österreichischen Verlegenheiten energisch zu benutzen, die deutsche Königskrone zu „usurpieren“ und diese „Usurpation“ auch durchzukämpfen, eventuell selbst gegen Rußland — es hätte damals noch eher gelingen können als später. Er wies solche Gedanken, wie auch die Gagernsche Mission sie ihm wenige Tage später vortrug, mit Entrüstung von sich. Aber trotzdem: „Preußen geht fortan in Deutschland auf!“ Friedrich Wilhelm hat später behauptet, das habe nur heißen sollen, die ganze preußische Großmacht wolle nunmehr zu Deutschland gehören. Gerade jetzt wurde in Frankfurt ja der Antrag auf die Aufnahme Posens, Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund gestellt. Nach dem ganzen geistigen und politischen Zusammenhange bedeutete das Wort an diesem 21. März doch viel mehr. Preußen und das andere nicht österreichische Deutschland sollten ineinander wachsen, die preußischen Provinzen sollten den deutschen Fürstenstaaten angeglichen³¹⁰), der Vereinigte Landtag sollte zu einem deutschen Parlamente ausgestaltet werden — Frankfurt und Berlin sollten also zusammenkommen. Aus einem richtigen Gefühl war ein sehr unglücklicher und gar nicht überzeugender Vorschlag entstanden. Der ganze Westen und Süden kannte nichts Heiligeres als die Forderung nach dem deutschen Parlamente in Frankfurt, am Sitze des Bundestages. Wenn der König von Preußen Deutschland gewinnen wollte, dann durfte er nicht in Berlin sitzen bleiben und mit seinem Potsdamer Gesandtenkongreß, mit seinem erweiterten Vereinigten Landtag die deutsche Schicksalsfrage lösen wollen. Er mußte nach Frankfurt gehen und dort das deutsche Königreich proklamieren. Was wäre geschehen, wenn jener Umritt nicht am 21. März in Berlin, sondern am 17. März in Frankfurt stattgefunden hätte! Dann waren wahrscheinlich Preußen und Deutschland für alle Zukunft beisammen. Aber Friedrich Wilhelm IV. hatte weder einen klaren Willen noch die Kraft, das, was er oder andere wollten, auch durchzukämpfen. Sein Berliner Umzug wurde deshalb zur Maskerade. Gerade dieser Versuch, mit so unvollkommenen Mitteln Deutschland preußisch und Preußen schwarzrotgold zu machen, zerstörte von neuem das Ansehen, das der preußische König nach dem Barrikadenkampf durch seinen scheinbar so loyalen Entschluß, ein preußischer Volkskönig zu sein, sich wieder zu erwerben im Begriffe stand.

In der Nacht zum 21. März hatten die Berliner noch einmal Barrikaden gebaut, größer und fester als am 18. März. Tausende sammelten sich auf den Straßen und riefen nach Waffen. Es hieß, der Prinz von Preußen sei im Anzuge und wolle die Stadt erobern. Der saß aber noch in ohnmächtigem Ingrimme auf der Pfaueninsel. Ganz grundlos waren aber die Befürchtungen doch nicht. Prittwitz hatte gegen den Willen des Königs den Rest der Berliner Garnisonen auch aus den Kasernen abmarschieren lassen, um sie als sichere Waffe gegen die Revolution zu reservieren. Die altpreußischen und rein militärisch eingestellten Kreise waren tief erbittert über ihre Niederlage. Nicht nur der junge Gutsbesitzer und Landtagsabgeordnete von Bismarck dachte daran, mit seinen Bauern dem Könige zu Hilfe zu eilen. Schon vor dem 18. März gab es auf dem Lande viele, die eingreifen wollten. „Hier in der Umgegend trägt man sich mit den Ideen von Reaktionen“, schreibt Karoline von Rochow am 17. März aus Reckahn³¹¹). Potsdam verlangte jetzt, der König solle Berlin verlassen, sich seine Freiheit wiedernehmen und den Kampf gegen die Revolution beginnen. Graf Benckendorff berichtet, daß die Potsdamer Offiziere zu Frau von Zastrow, deren Sohn im Barrikadenkampfe als Leutnant gefallen war, sagten: „Glückliche Frau von Zastrow, Ihr Sohn ist wenigstens tot, was wird mit unsern Söhnen werden?“ Man sieht, wie der Kampf um die Staatsform in diesen Kreisen als Kampf um die Existenz aufgefaßt wurde³¹²). In Potsdam wurde auch keine schwarzrotgoldene Fahne geduldet. Die Offiziere hatten Mühe, die Soldaten zu verhindern, die an den öffentlichen Gebäuden aufgesteckten deutschen Farben abzureißen³¹³). Für das preußische Militär, das nun auch, widerwillig genug, die schwarzrotgoldene Kokarde anlegen mußte, blieb Schwarzrotgold die Fahne des Barrikadenkampfes und der siegreichen Revolution vom 18. März. Viele Tränen der Wut, der Verzweiflung und der Scham wurden vergossen. Prittwitz wurde angebetet, seine Handlungsweise aufs wärmste anerkannt, seine Führung bewundert³¹⁴). So bildete sich sofort eine militärische Legende. Bismarck versuchte ja auch den General von Prittwitz zum selbständigen Handeln zu bestimmen und ihm, da er zögerte, einen Befehl des Prinzen von Preußen oder des Prinzen Carl zu verschaffen. In Magdeburg wollte General von Hedemann Bismarck wegen seiner konterrevolutionären Agitation als Hochverräter verhaften lassen³¹⁵)! Im Auftrage des intriganten Prinzen Carl erschien Bismarck am 23. März bei der Prinzessin von Preußen, um sie dazu zu bewegen, den Namen des entflohenen Prinzen und des Thronerben Prinzen Friedrich für eine Gegenrevolution herzugeben. Diese Unterredung legte den Grund zu der Todfeindschaft zwischen Bismarck und Augusta; denn Augusta selbst wünschte eine Regentschaft, aber nicht die des Prinzen Carl im Interesse der Gegenrevolution, sondern ihre eigene im Interesse der Revolution, mindestens um die Ernte der Revolution für das Königshaus und einen freiheitlich gestalteten, deutschen Nationalstaat zu sichern. Dieser Gedanke, der dem späteren Kaiser Friedrich eine baldige Thronfolge verschafft hätte, vom Tage seiner Mündigkeit, dem 18. Oktober 1848, dem Jahrestage der Schlacht bei Leipzig, wurde noch vielfach in aller Öffentlichkeit erörtert³¹⁶).

Eine großartige Kundgebung für die siegreiche Revolution erfolgte am 22. März: die Märzgefallenen wurden auf Kosten der Stadt im Friedrichshain bestattet, 183 Särge. Schwarze Fahnen wehten von den Stadttoren und vom Schloß, alles trug Trauer. Am Gendarmenmarkt fand zunächst ein feierlicher Akt statt. Ein evangelischer, ein katholischer und ein jüdischer Geistlicher vollzogen die kirchliche Handlung. Dann setzte sich der gewaltige Zug in Bewegung, die Bürgerwache bildete Spalier, sie präsentierte, als Gustav Hesse in seiner blauen Bluse und geschmückt mit seinem Kranze vorbeikam. Die Handwerkerinnungen eröffneten mit ihren Emblemen und Fahnen den Zug, Frauen und Jungfrauen trugen Kränze, die Särge wurden von Bürgern getragen. Die gesamte Geistlichkeit folgte, dann Vertreter des Staatsministeriums, der Polizeipräsident, die Professoren der Universität in Amtstracht, Alexander von Humboldt unter ihnen, an der Spitze der Rektor, eine große Zahl bewaffneter Studenten, Magistrat und Stadtverordnete im Festornat, nicht aber der servile Oberbürgermeister Krausnick, der zum Rücktritt gezwungen worden war, dann die Fabrikarbeiter, die tapferen Maschinenbauer, unter Borsigs persönlicher Führung, die Polen mit ihrer rotweißen Fahne, die Italiener, zum Teil Sänger der Oper, mit ihrer grünweißbroten Nationalfahne, dann Gymnasiasten, Deputationen, Vereine jeder Art mit ihren Fahnen und Bannern. Vertreten waren auch mehrere Städte, wie Hamburg, Halle, Frankfurt a. d. O. und Braunschweig. Die Musik spielte meist: Jesus meine Zuversicht — seit der Szene im Schloßhofe galt das Lied als der revolutionäre Choral. Die Schützengilde weihte das Grab durch Ehrensalven. Es waren im Zug rund 20000 Menschen. Als er am Schloß anlangte, entblößten König und Minister auf dem Balkon das Haupt, bis alle Särge vorbeigetragen waren. Friedrich Wilhelm trug dabei volle Generalsuniform.

Was diese Leichenfeier für das Volk von Berlin politisch bedeutete, hat Assessor Jung in seiner Gedenkrede am Grabe glänzend gesagt: „Die rohe Rache, die Blut für Blut fordert, mag schwinden. Aber sühnen wollen wir dieser Toten Blut, indem wir das heilige Vermächtnis annehmen, wofür sie gestorben sind . . . Wie Antonius das Testament des ermordeten Cäsar eröffne ich Ihnen das Testament des gemordeten Volkes. Wachtet, heißt es in dem Testament, daß die Freiheit, für die wir starben, nicht mehr verkümmert . . . Wachtet, daß keine Fackel der Zwietracht sich entzündet . . . Der Reiche hat neben dem Armen auf der Barrikade gestanden . . . Weg mit allen Scheidemauern der Menschen: So vermachen wir euch gleiches Recht, gleiches Gesetz, gleiches Gericht . . . So erwächst aus unserem Blut statt des wilden Rachegeistes die Rose der Freiheit und Verbrüderung . . . Wachtet und strebet und denkt der blutig mahnenden Schatten eurer Brüder, die wahrlich nicht für ein Kleines zu sterben gedachten . . .“³¹⁷⁾

Der Sieg der Berliner Revolution galt also den Miterlebenden als eine Garantie des Gedankens der Demokratie und der Freiheit. Ein Vorschlag, gleichzeitig auch die Gefallenen des Heeres im Friedrichshain zum Zeichen der Versöhnung zu begraben, hatte sich nicht durchsetzen können. Es machte sich aber dann doch

sehr schnell eine versöhnlichere Stimmung geltend. In einer Arbeiterpetition vom 23. März, die von zwölf Fabriken, an der Spitze die Borsigsche, an das Polizeipräsidium erging, heißt es: „Das Grab, welches sich über unsern teuern Helden geschlossen hat, hat jeden Haß und Bruderzwist für immer beschlossen. Das Duell ist beendet. Wir verlangen, daß unserm Heere die versöhnende Bruderhand gereicht werde . . . Ehre auch den ihrem Eide treu gefallenen Soldaten. Wir verlangen auch für sie ein ehrenvolles Begräbnis, mit dem Gefolge des Volkes . . .³¹⁸⁾.“ Als der Polizeipräsident bei den Hauptleuten der Bürgerwehrbezirke umfragte, erhielt er die Antwort: das Linienmilitär könne ruhig nach Berlin zurückkommen. Nur gegen die Garde herrschte also noch eine gewisse Erbitterung. Tatsächlich rückte schon am 30. März wieder Militär ein. Auch in dem Brockhusenschen Aufruf vom 23. und 24. März an sämtliche Berliner (vgl. S. 445) werden die Offiziere verteidigt: „Die Offiziere haben gegen euch gekämpft, weil sie dem Könige den Eid geschworen haben. Warum beschimpft ihr sie? Sie mußten es tun. Viele sind wie der gefallene Leutnant Tüpke freigesinnte Männer, ja Republikaner und kämpfen doch!“

In dem Berichte eines Polizeiagenten Melzer vom 23. März heißt es, die Bürger wünschten das Militär zurück, um mehr zu verdienen, aber nicht die bisherige Garnison; Prahlereien und Ehrgeiz des Militärs hätten Handel mit dem Zivil herbeigeführt; die Arbeiter seien den Bürgern nicht so zugetan wie den Studenten, die sie mit wärmerer und freundlicherer Kameradschaft empfangen. Sie, die Arbeiter, sprechen von ihren Entbehrungen nicht mit Bitterkeit, sie verbeißen ihre Not heroisch; die Gesellen des Heckmannschen Handwerkervereins scheinen ein viel ausgebildeteres politisches Bewußtsein zu haben als die kleineren Bürger; die Studenten seien begeistert für den König, für die neue Bahn Preußens, „sie bauen auf die Arbeiter als auf ihre exekutive Macht³¹⁸⁾.“

Die Volksstimmung war also in Berlin nach den schweren Revolutionserlebnissen durchaus loyal und hoffnungsfreudig. Mit gutem Willen war jetzt in Preußen viel zu machen. Wo aber war dieser Wille? Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff schrieb am 20. März: „Die Dinge haben den Anschein, als wären wir am Vorabend einer preußischen Republik.“ In seinem Privatbriefe an Lebzeltern vom gleichen Tage urteilt er: „Man war schwach, schwach und furchtsam, ohngeachtet die Truppen das Mögliche leisteten. Neben unbestrittenen Befähigungen fehlt die Gabe des Entschlusses, die Gabe, Herr über eine allzu große Gemütlichkeit zu werden.“ — „Die königliche Macht, das Ansehen des Militärs hat die fürchterlichste Einbuße erlitten.“ Und am 23. März: „Preußen hört auf, der Staat Friedrichs II. zu sein . . . Man glaubt sich in einer Primärformation der Revolution und sieht sich plötzlich in der Tertiärformation³¹⁹⁾.“ Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld schrieb am 22. März nach München: „Berlin, ich möchte sagen, ganz Preußen ist der vollsten Anarchie preisgegeben. Die preußische Monarchie ist in ihren Grundpfeilern erschüttert, der König gleichsam gefangen, auf dem Königlichen Schlosse, und allen Demütigungen und

Zugeständnissen unterworfen — und gibt sich nun noch auch der Illusion, mittels Zeitgewinn und raschem Eintreten in die konstitutionelle Bahn das verlorene Ansehen wiederzugewinnen . . . Es bereitet sich entweder eine Auflösung der Armee oder eine völlige militärische Reaktion vor . . .“ Und am 28. März schildert er die Lage grausam aber treffend folgendermaßen: „Nirgends ist die völlige Umwandlung der Dinge so vollständig wie in Preußen. Es gibt eigentlich keine Regierung mehr, sondern nur eine nominelle Leitung, die ihre Impulse für innere und äußere Angelegenheiten von Deputationen, Aufforderungen von seiten des Klubs, Arbeiterkorporationen empfängt . . . Vor acht Tagen wurde das Ministerium mit Jubel begrüßt — jetzt ist der Vereinigte Landtag nicht mehr das, was man will, das Ministerium hat nicht mehr das Vertrauen der Nation . . . Einzelne Provinzen drohen mit Losreißung . . .“ Er entwickelt dann, wie der König die innere Aufregung nach außen ablenken wolle und durch seine „Übernahme der Leitung Deutschlands“ das Chaos nur vermehrt habe; das zweite Ablenkungsmittel sei Schleswig-Holstein, das dritte die Wiederherstellung der polnischen Nationalität.

Für das hoffnungslose Schwanken in Berlin ist ein Gespräch bezeichnend, das Graf Lerchenfeld überliefert³²⁰). Als Max von Gagern und Graf Lehrbach in ihrer Audienz beim Könige am 23. März Bedenken gegen die Beschickung des Vereinigten Landtages durch die übrigen deutschen Regierungen erhoben, antwortete Friedrich Wilhelm: „Ach, das ist ja eine Idee, die ich schon lange wieder aufgegeben habe!“ Es war der Grundgedanke des Außenministers Baron Arnim, den er mit schwerer Mühe durchgesetzt hatte, es war der Hauptpunkt des Aufrufs vom 21. März — und nach 36 Stunden tat der König diese Äußerung³²¹)! Es handelt sich eben gar nicht in diesen Tagen um Politik bei diesem Manne, sondern um Zuckungen. Baron Arnim einigte sich dann wenigstens mit den süddeutschen Vertretern der Gagernschen Mission darauf, daß die Wahlen zum deutschen Parlament nicht direkt vom Volke, sondern von den Landtagen, in Preußen also vom Zweiten Vereinigten Landtag vorgenommen werden sollten — ein letzter Versuch, das unaufhaltsame deutsche Parlament doch von den Einzelstaaten, besonders von Preußen abhängig zu machen, den preußischen Landtag gewissermaßen im deutschen Parlamente „aufgehen“ zu lassen und dieses eben dadurch in die Hand zu bekommen — wiederum ein totgeborener Gedanke³²²). Baron Arnim sagte noch am 24. März dem österreichischen Gesandten, durch den Bevollmächtigtenkongreß in Potsdam hoffe er ein Gegengewicht zum Frankfurter Vorparlament zu schaffen³²³).

„Der König und die Königin leben — das ist alles, was ich über sie zu sagen weiß. Wie sie leben, wird auch ohne meine Angaben zu ermessen sein“ — so schildert der großherzoglich hessische Geschäftsträger den Zustand³²⁴). Er fand das Hinhalten heillos; niemand habe einen richtigen Begriff der Zeit, man gebe sich eitlen Selbsttäuschungen hin; Baron Arnim könne unmöglich auch nur kurze Zeit mit Camphausen und Auerswald zusammengehen. Camphausen

weigerte sich, unter dem Vorsitz des Grafen Arnim in das Ministerium einzutreten, und deshalb erfolgte bereits nach zehn Tagen der Rücktritt des Grafen Arnim, der eigentlich schon als gefallene Größe die Aufgabe übernahm, an deren Lösung durch ihn er wohl selbst kaum geglaubt hat. Niemand begrüßte ihn mit Vertrauen, und die unklare Geschmeidigkeit seiner Geschäftsführung konnte ihm auch keines erwerben³²⁵).

Die Revolution mußte weitergehen, weil niemand Kraft genug hatte, ruhige und klare Folgerungen aus dem Bisherigen zu ziehen. Statt einiger volkstümlicher Minister in einem Ministerium Arnim wurde nun besonders von den Rheinländern ein durchaus volkstümliches Ministerium verlangt; statt eines Vereinigten Landtages forderten die Schlesier, Heinrich Simon an der Spitze, eine einheitliche Vertretung des ganzen preußischen Volkes, eine auf Urwahlen gestützte Repräsentation auf Grund eines von der Krone zu oktroyierenden Wahlrechtes. Der König hielt an dem Vereinigten Landtage fest, als dem Organ, das zur Schaffung einer endgültigen Volksvertretung berufen sei, aber stattete diesen Bescheid am 22. März mit einer ganzen Reihe von neuen Versprechungen aus; es sollten sicher gestellt werden: die persönliche Freiheit, das Versammlungsrecht, allgemeine Bürgerwehrverfassung, die Ministerverantwortlichkeit, Schwurgerichte und unabhängiger Richterstand, Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Domianialpolizeigewalt, Vereidigung des stehenden Heeres auf die neue Verfassung. Konnte man mehr verlangen? Wenn der König das alles ehrlich durchführte, dann war er der Monarch eines freien preußischen Volksstaates. Zufrieden war aber die öffentliche Meinung durchaus nicht mit solchen Versicherungen. Die Kölner Volksversammlung vom 24. März protestierte gegen den Vereinigten Landtag und verlangte Urwahlen nach allgemeinem Stimmrecht. Die Berliner Regierung veranlaßte deshalb Hirtenbriefe der rheinischen katholischen Kirchenfürsten, die zu Ruhe und Ordnung mahnten. In der Extrabeilage der Berliner Zeitungshalle vom 23. März 1848 verlangte Dr. Julius zweierlei: 1. einen Landtag, bei dem jeder volljährige Mann Wähler und wählbar wäre; und 2. die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung und Regelung der Arbeiterverhältnisse. Am Schlusse hieß es: „Und keine Ruhe, keine keine Ruhe! Nicht eher, als bis wir etwas Tüchtiges erarbeitet haben werden.“ Noch merkwürdiger war die Begründung, die Dr. Julius gab: der Bruch zwischen der Bürgerschaft und der Arbeiterklasse sei auch bei uns wie in Frankreich und England schon vollendet; Krieg sei nicht zwischen Königtum und Republik, sondern zwischen den Besitzenden und den mit ihrer Arbeitskraft sich zum Besitz Drängenden. Die Bürger zögen sich in Erkenntnis dessen von der glorreichen Revolution zurück. Der Eindruck dieser Worte in Berlin war sehr stark — in der Bürgerschaft war bereits große Furcht vor den arbeitenden Klassen vorhanden³²⁶). So trieb also ein neuer sozialrevolutionärer Geist die Revolution vorwärts, um nur ja keinen Stillstand eintreten zu lassen. Julius hatte wegen seines Artikels schwere Angriffe zu erdulden, er mußte widerrufen und die von ihm geplante

Volksversammlung in den Zelten absagen. In dem ersten Aufruf des „Berliner politischen Klubs“ vom 27. März war aber in derselben Weise die „Inkompetenzerklärung“ des Vereinigten Landtages und, zum ersten Male unter diesem Namen, „eine aus Urwahlen hervorgehende Nationalversammlung“ gefordert³²⁷).

Friedrich Wilhelm IV. hatte am 21. März die Hand nach Deutschland ausgestreckt. Niemand hatte diese Hand erfassen wollen, denn sie war blutig und zitterte. Nun wandte der König sich wieder zurück nach Preußen. Durch seine Rede vor den frondierenden Gardeoffizieren in Potsdam am 25. März zerstörte er zwar jede Hoffnung auf eine sofortige bewaffnete Gegenrevolution, schuf sich aber dort eine gewisse Rückendeckung für später³²⁸); wenn er jetzt ein durchaus liberales Märzministerium annehmen mußte, das Ministerium Camphausen-Hansemann, dann behielt er sich die Freiheit des freundschaftlichen Gedankenaustauschs mit den Gerlachs und ihresgleichen vor, und was dabei herauskam, war nicht schwer abzusehen. Friedrich Wilhelm wollte und konnte kein Volkskönig sein. Er hatte am 18. März das Volk gewiß nicht verraten. Aber er verriet vom 22. März ab die siegreiche Revolution.



Preußens innenpolitische Lage sah nach dem 18. März fast schlimmer aus als vorher. Die Krise war zugleich eine Krise des Staates, des Königtums und der sozialen Schichtung. Da bot sich Friedrich Wilhelm IV. eine große Möglichkeit, etwas Entscheidendes für Deutschland zu tun und damit vielleicht alles Verlorene oder unglücklich Erstrebte glanzvoll wieder- und neuzugewinnen. Schleswig-Holstein erhob sich gegen den König von Dänemark.

Die Herzogtümer stellten in den kritischen Wochen die Märzforderungen, die ganz Deutschland stellte; sie verlangten aber noch mehr — die gemeinsame freie Verfassung, die Teilnahme am deutschen Schicksal, die Zugehörigkeit zu Deutschland, die Unabhängigkeit vom fremden Dänentum. Der 18. März brachte auch für die Herzogtümer den Umschwung: auf der Versammlung zu Rendsburg wurde eine Deputation nach Kopenhagen abgeordnet; sie sollte verlangen: Verfassungsgesetz, Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund, Volksbewaffnung, volle Preßfreiheit, Entlassung des Regierungspräsidenten Scheel. Man stand vor dem Bruche. Denn die Antwort des Königs von Dänemark vom 24. März konnte in dem entscheidenden Punkte nicht anders lauten als: „Daß wir unser Herzogtum Schleswig dem Deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame Verfassung bekräftigen wollen.“ Darauf bildete sich unter Beselers Führung die provisorische Regierung für die Herzogtümer in Kiel (24. März). An demselben Tage richtete der Herzog von Augustenburg, der nach Berlin gegangen war, an den preußischen König ein Schreiben, in dem er ihn um Schutz für die Herzogtümer ansprach: nur entscheidende Schritte können in diesem Augenblicke der allgemeinen Auf-

lösung aller Verhältnisse Rettung bringen; von einem Rekurs an den Deutschen Bund kann unter den jetzigen Umständen nicht die Rede sein, hieß es darin. Der König, so bat der Herzog, solle gegenüber den außerordentlichen Kriegsrüstungen in Jütland und Kopenhagen eingreifen, einem Kampfe vorbeugen und die Hauptgrundsätze des Schleswig-Holsteinschen Staatsrechts anerkennen³²⁹). Der neue Außenminister Baron Heinrich Arnim sah in der schleswig-holsteinischen Sache ein „Geschenk des Himmels“: Preußen konnte nun national handeln, sich und sein Militär vor der deutschen Öffentlichkeit rehabilitieren. Nur mit Mühe, nur durch Androhung seiner Demission erreichte aber Baron Arnim die Zustimmung zu solcher Politik³³⁰). Der preußische König antwortete dem Herzog von Augustenburg am selben Tage in einem Schreiben, das in der Presse veröffentlicht wurde. Er erklärte sich darin als Schirmer des „bestehenden Rechtes“ auch in den Herzogtümern; sie seien selbständige, fest miteinander verbundene Staaten mit der männlichen Erbfolge; er erklärte ferner, die Herzogtümer mit den geeignetsten Mitteln gegen etwaige Übergriffe und Angriffe schützen zu wollen; im Falle der Gefahr würden auch die deutschen Bundesgenossen Preußens zum Schutze herbeieilen.

Auf der Rückreise schrieb der Herzog noch einmal am 26. März aus Rendsburg an den preußischen Minister des Auswärtigen: „Ich wurde auf der Tour von Hamburg hierher mit großem Jubel empfangen, und ich glaube, daß die ganze Bevölkerung in mich und meinen Bruder unbedingtes Vertrauen setzt. Es kommt alles darauf an, dieses Vertrauen zu befestigen, und dieses geschieht am besten durch Preußens Unterstützung. Alsdann wollen wir die Republikaner wohl im Zaume halten³³¹).“ Dringend bat der Herzog um Absendung preußischer Truppen; in Kopenhagen hätten sich schon 20000 Mann für einen Zug nach den Herzogtümern einschreiben lassen. In der Tat begann sofort der dänische Angriff. In Kiel hatte der dänische Oberst Högh das Kommando des Jägerkorps seinem Major übergeben — er könne nicht gegen die Herzogtümer, aber als geborener Däne auch nicht für sie kämpfen³³²). Der Prinz von Noer bemächtigte sich der Landesfestung Rendsburg. Am 30. März wurde Hadersleben besetzt, Alesn zur Übergabe gezwungen. Der Krieg war da.

Klaus Groth schrieb in diesen Tagen, selbst ein Stiller, das wundervolle Sonett:

„Wir saßen still in unserm stillen Lande“,

das so bedeutungsvoll-bekennerisch abschließt:

„So laßt den Dänen off'ne Briefe schreiben,

Am Ende trifft ihn die gerechte Strafe:

Deutsch waren wir und werden Deutsche bleiben.“

Die Befreiung Polens, die Erhebung Schleswig-Holsteins — beide Parolen hatte sich Preußen in der letzten Märzwoche angeeignet; beide nahmen Preußens

staatliche Kraft aufs stärkste in Anspruch, beide waren erfüllt vom nationalen Gedanken, in dem sich der Zeitgeist am urwüchsigsten ausdrückte. Außenpolitisch geriet aber Preußen dadurch gleichzeitig in Gegensatz zu Rußland und zu England. Für verantwortungsbereite Kühnheit war der Augenblick groß; für Friedrich Wilhelm IV. war er nur allzu gefährlich.

Siebenter Abschnitt

Die Aprilrevolution

*Wer in der Weltgeschichte lebt,
Dem Augenblick sollt' er sich richten?
Wer in die Zeiten schaut und strebt,
Nur der ist wert, zu sprechen und zu dichten!*
Goethe

Die Berliner Märzrevolution bedeutete den moralischen und politischen Sieg des großstädtischen Bürgertums über das Militär, den Sieg der Demokratie über die Autokratie, den Sieg endlich des freiheitlichen und deutschnationalen Gedankens über den reaktionären preußischen Partikularismus. Militärisch hatten die Volkskämpfer nicht gesiegt; sie wären vielmehr in Berlin voraussichtlich niedergezwungen worden, wenn die alte Staatsautorität den rücksichtslosen Einsatz aller Truppen gewagt hätte. Sie wagte ihn nicht. Schon darin lag ein großer Erfolg der revolutionären Idee. In ganz Deutschland hatte sie nun gesiegt, fast überall leicht; in Wien waren die Schwierigkeiten schon groß gewesen; Berlin war aber die erste deutsche Stadt, in der der blutige Barrikadenkampf nachträglich als ein berechtigtes und ehrenvolles Mittel des politischen Wollens anerkannt worden war. Der König hatte die Märzgefallenen geehrt, die Behörden begruben sie mit aller Feierlichkeit als die geopfert Helden, als die Vorkämpfer eines neuen Staates. Dies bedeutete viel für Preußen: seine Basis war mit einem Ruck verändert. Die Revolution war hier legalisiert; sie durfte nun beanspruchen, den Volksstaat Preußen aufzubauen. Dies bedeutete aber mindestens ebenso viel für Deutschland. Preußen war schon lange für die Besten das Land der Hoffnung gewesen. Ein entschieden revolutionäres Preußen ermutigte in ganz Deutschland die Ansprüche der entschiedenen Revolution. Endlich bedeutete diese Tatsache viel für Europa. Berlin stellte sich neben Paris. In Berlin herrschte auch „das Volk“. Das alte Überlegenheitsgefühl des Berlinertums bekam einen neuen Stoff. Bis dahin schien Berlin die loyale Residenz eines sehr autokratisch-östlichen Fürstentums. Es war nun nach Westen abgerückt. Es zeigte bürgerliches Selbstgefühl, vorwärtsgetrieben und schon fast bedroht vom sozialrevolutionären Zug der arbeitenden Klasse. Berlin zeigte eine überreife Reife; Deutschland wunderte sich und war doch stolz darauf. Auch Europa wunderte sich. Durch den 18. März erwarb Berlin den Anspruch darauf, die freie deutsche Hauptstadt in einem befreiten Europa zu sein. Keine Dynastie war so militärstolz gewesen wie die Hohenzollern. Gerade sie waren nun politisch und moralisch besiegt von der

Revolution. Ganz hat das die Dynastie der Hohenzollern nie überwunden. Das Gespenst des 18. März stand seitdem immer hinter ihr. Eben hatte noch die königliche Truppe gegen die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Revolution gekämpft — und schon ergriff ein preußischer König diese Fahne und zog damit über die Straße. Das konnte nicht vergessen werden. Darin beruht die weltgeschichtliche Bedeutung des 18. März. Berlin und das ewige Recht der Revolution, Berlin und der Traum vom unsterblich freien Deutschland haben sich an diesem Tage für immer miteinander verbunden.

Hier lag nun freilich auch gerade das Problematische. Vor dem 18. März konnten Preußen und Deutschland beinahe leicht zueinanderkommen. Das entschieden revolutionäre Preußen mit der gebrochenen Autorität seines Königs war jetzt plötzlich auch wieder weit von Deutschland entfernt. Preußen ging seinen nicht leichten Weg zum freien Verfassungsstaat, Deutschland suchte den seinigen zum Nationalstaat. Diese Wege führten auseinander. Noch gab es keine preußische „Nation“ — gerade jetzt konnte sie sich vielleicht entwickeln. Und was sollte Deutschland mit diesem zwar demokratischen, aber eben dadurch partikularistisch erstarrenden Preußen anfangen? Was konnte ihm dieses Preußen sein, das sich so lebhaft vor allem mit seinen eigenen Angelegenheiten befassen mußte?

Friedrich Wilhelms IV. Stellung in Deutschland war jetzt völlig verdorben, während die in Preußen noch einigermaßen gerettet schien. Seine deutschen Pläne erfuhren nach dem 18. März allseitige Ablehnung. In Wien wurden sie als feindlicher Akt aufgefaßt; sie erregten allgemeinen Unwillen. Das neue Kabinett Kolowrat-Pillersdorf hatte gewiß Sorgen genug — dazu entschloß es sich aber schnell: es teilte dem Berliner Ministerium mit, alle Verhandlungen mit Radowitz würden nunmehr von ihm als „nonavenus“ betrachtet, und erklärte in der Zirkularnote vom 24. März, an der bisherigen Bundesverfassung festhalten zu wollen¹⁾. Mit Befriedigung hörte man in Wien von Wiedervereinigungswünschen aus Schlesien und fragte sich, „ob die preußische Monarchie den Kanonendonner in Berlin“ überleben werde²⁾. Auch die Wiener Presse lehnte die preußischen Kundgebungen aufs schärfste ab, an der Spitze die „Kaiserliche Wiener Zeitung“ vom 25. März³⁾.

Geradezu erbittert sprach sich die bayrische Regierung, die den Potsdamer Kongreß in aller Form abgelehnt hatte, über die preußischen Ansprüche aus. „Inwiefern Preußen ein Recht habe, sich über Deutschland zu erheben und wie ferner der preußische König imstande sei, sich über Deutschland zu stellen, was Volkes- und Nationalwille sowie Einwilligung aller deutschen Regierungen und Fürsten betrifft — darüber können nicht viel Worte verloren werden; das steht aber fest, daß S. M. der König von Bayern nicht gesonnen ist, sich einer solchen improvisierten Proklamation zu unterwerfen, und daß man es nur den unglücklichen Zeitverhältnissen zuschreiben darf, daß solche politischen Irrtümer vorkommen konnten“, so begann das bayrische Rundschreiben an die königlichen Gesandten, in erster Linie an den bayrischen Gesandten in Stuttgart, vom

24. März⁴). Die Gesandten wurden dann weiter beauftragt, amtlich zu erklären, ein solcher Schritt Preußens entbehre jeden gesetzlichen Bodens, er sei ein direkter Angriff gegen die Souveränität der einzelnen Staaten, und werde „vorzüglich, wenn er das Resultat des Berliner Pöbels (!) ist“, niemals einer Anerkennung sich erfreuen; der innigste Wunsch, „sich mit Preußen in die größte Einigung zu bringen“, werde gerade dadurch fast unmöglich gemacht. Bayern lehnte nun auch den Potsdamer Kongreß in aller Form ab. Die öffentliche Meinung in München stellte sich in der schroffsten Form gegen Preußen und die Person Friedrich Wilhelms. Sein Bild wurde von einigen hundert Studenten öffentlich verbrannt, und vor der preußischen Gesandtschaft brachte man dem „neuen deutschen Kaiser“ ein Pereat. Eine Adresse, die auf dem Rathaus aufgelegt war, sprach aber den Bürgern Berlins die Sympathien aus, lehnte jedoch wiederum ausdrücklich den preußischen König als Haupt des deutschen Volkes ab⁵). „Wir haben kein Vertrauen in die Geschenke eines Friedrich Wilhelms IV., der seinem Volke viel versprochen und wenig gehalten hat“, hieß es in der Münchener Adresse an den bayrischen König. Und mit Selbstbewußtsein betonte die Kundgebung an die Bewohner Berlins den Vortritt des Südens: „Der Süden hat mit kräftiger Tat sich erhoben, der Norden mit dem Donner der Geschütze seinem Verlangen Folge gegeben⁶).“ Vorsichtiger als in Bayern, aber in der Sache genau so abweisend, war das Urteil in Sachsen und Württemberg. Der sächsische Minister von der Pfordten meinte, Friedrich Wilhelms Entschluß werde sicher falsche und gehässige Deutungen hervorrufen; nicht eine eigene Entschließung des Königs von Preußen, sondern ein freiwilliger Beschluß der Bundesfürsten käme in Betracht⁷). Im Gegensatz zu allen andern hielt Pfordten die Potsdamer Zusammenkunft noch für möglich. In Kassel wurde von der Volksmenge die Herabnahme des Gasthausschildes „König von Preußen“ erzwungen, und in einer öffentlichen Kundgebung wurde er „elender Komödiant“ genannt — „schlimmer als Caligula und Nero“⁸). Der württembergische Außenminister Graf Beroldingen führte aus: „Der König von Preußen habe eben eine populäre Demonstration haben müssen, die Form der Selbstausrufung sei jedenfalls bedenklich gewesen; einem oktroyierten Könige werde man sich nicht fügen, sondern auf der freien Wahl eines Oberhauptes bestehen“ — so äußerte er sich zum bayrischen Gesandten Freiherrn v. Malzen⁹). „Überall“, heißt es weiter, „habe diese Selbstausrufung den widerlichsten Eindruck gemacht!“ Der preußische Gesandte in Stuttgart v. Thun, ein altpreußischer Ehrenmann von bescheidenen Gaben, hatte es schwer, seinen König zu verteidigen. „Er hat nun einmal sein Banner in dieser Richtung aufgesteckt; wer wird es wagen, ihn hierin zu beirren?“ sagte er, aber jeder mußte merken, daß der alte Herr nicht daran glaubte, und sein König wahrscheinlich auch nicht. In Nachahmung des in München gegebenen Beispiels trug ein großer Volkshaufe das Bild des Königs von Preußen durch mehrere Straßen der Stadt nach dem Feuersee und versenkte es dort. Zum Schutze des Hauses des preußischen Gesandten stellten sich einige Züge bewaffneter Bürger auf¹⁰).

Allein stand Paul Pfizers Artikel im „Schwäbischen Merkur“ vom 27. März: „Der König von Preußen hat erklärt, sich an die Spitze des freien einigen Deutschlands stellen zu wollen. Er hat diese Erklärung, welche vor acht Tagen mit grenzenlosem Jubel begrüßt worden wäre, erst gegeben, nachdem die entsetzlichsten, bejammernswertesten Ereignisse vorangegangen sind, und der Duft der Freude der reinen Begeisterung ist unwiederbringlich weggewischt. Aber die Notwendigkeit ist damit nicht verändert, die deutsche Politik muß darum doch, wenn auch ohne Enthusiasmus, festhalten an dem, was durch die Natur der Dinge als einziger Weg des Heils bezeichnet ist. Preußen, mit seinen 18 Millionen Einwohnern, mit seiner wohlorganisierten Königsmacht, ist der große feste Kern, an welchem sich das übrige Deutschland anschließen muß, um unter den europäischen Mächten zu zählen . . . Romantisch oder nicht — das tut hier nichts zur Sache; bei den Lebensfragen des Vaterlandes lasse man dergleichen vieldeutige Ausdrücke lieber weg. Will man aber dies nicht, so sage man sich auch wirklich, nicht mit Worten, sondern mit der Tat von romantischen Verirrungen los, d. h. man unterwerfe sich mit Hintansetzung von Neigungen, Phantastereien und Gefühlen der nüchternen, klaren ernsten Stimme des politischen Verstandes, der unabweislichen Notwendigkeit, man schließe sich auch hier der Majorität des deutschen Volkes an. Daß jedoch mit dem Voranstehen Preußens die große Wirksamkeit des deutschen Parlamentes in vollem Maße zusammen bestehe, daß dessen Beschlüssen in keiner Weise vorgegriffen, seiner Autorität nichts vergeben sei, wird natürlich vorausgesetzt — aber man weise nicht voreilig die Hauptbedingung zurück, unter welcher allein die patriotischen Beschlüsse der besten und weisesten deutschen Männer nicht bloß Ohr und Herz erfreuen, sondern als eine Saat des Segens den Boden des Vaterlandes befruchten werden.“ Der russische Gesandte in Stuttgart, Fürst Gorčakov, faßte dagegen sein Urteil in den klaren Sätzen zusammen: „Die Kandidatur des Königs von Preußen ist in ganz Süddeutschland unmöglich geworden, nicht nur wegen des Kampfes in Berlin, sondern weil Seine Majestät sich den Titel angemaßt hat: man wünscht durchaus kein proklamiertes, sondern ein von der Volksstimme übertragenes deutsches Königtum¹¹⁾.“ Der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff fügte seinem Berichte vom 27. März über die Offenburger Versammlung ein dort verbreitetes Flugblatt bei, das an „Friedrich Wilhelm von Hohenzollern“ den feierlichen Protest aller Deutschen richtete: „Seit den Bluttagen von Berlin, deren größte Schuld auf Ihrem Haupte lastet und an Ihrem Königsnamen ewig haftet, wäre es ein Werk der tiefsten Selbsterniedrigung, das Zeugnis eines sehr schlecht erwachten Bewußtseins der Nation, Sie als Vorkämpfer der freien deutschen Zukunft zu begrüßen, Ihnen diese Ehre, diese heilige Ehre zu gönnen¹²⁾.“ Die Proklamation Friedrich Wilhelms IV. vom 21. März wurde in Karlsruhe von den Bürgern öffentlich verbrannt, und Friedrich Hecker erklärte voller Zorn: „Nun werde ich mich mit einer Prätorianergarde umgeben, nach Frankfurt gehen und dort die föderative Republik proklamieren¹³⁾.“ Dusch und Welcker gaben dem preußi-

schen Gesandten v. Arnim den wohlgemeinten Ratschlag, er solle in Berlin empfehlen: König Friedrich Wilhelm möge eine neue Proklamation veröffentlichen, sich gegen die falsche Deutung seiner Worte wehren und erklären, er werde dem Parlament, den vereinten Fürsten und der Nation alle Vereinbarung über die Nationalverfassung überlassen¹⁴). Gerade in Karlsruhe schmeichelte man sich ja, an der Spitze der liberalen Bewegung zu marschieren, und so spendete man schon aus etwas verletzter Eigenliebe gern gute Ratschläge¹⁵).

Mit hochtrabenden Worten hatte der preußische Gesandte in Darmstadt v. Bockelberg die Proklamation Friedrich Wilhelms IV. zunächst beantwortet: „Heil, Glück und Gottes reichsten Segen dem Könige von Deutschland!“ Aber schon am nächsten Tage mußte er über die Darmstädter Aufnahme Mißliches melden: zwei Wochen vorher hätte sich ganz Deutschland Preußen zugewendet, jetzt ist das Vertrauen vorbei; man kritisiert scharf, man erklärt, Taten abwarten zu wollen; auch verlangt man den authentischen Nachweis, daß Preußen schon vor dem 18. März für Deutschland einzutreten entschlossen war. Dieses Mißtrauen äußerte sich ja überall und war für die miterlebenden Zeitgenossen kaum zu zerstreuen. Als Bockelberg dem Könige von Preußen empfahl, sein Hoflager nach Köln zu verlegen, schrieb Friedrich Wilhelm IV. an den Rand: „Ist Bockelberg verrückt?“ So töricht war der Gedanke wahrhaftig nicht. Preußen hätte seinen Schwerpunkt rechtzeitig in das eigentliche Deutschland verschieben müssen¹⁶). Es war ein Zeichen von Selbständigkeit und Mut, wenn sich Heinrich von Gagern in seiner großen Rede am 24. März im hessischen Landtage auch jetzt zum Bundesstaate unter preußischer Führung bekannte, unter der Bedingung freilich eines entschiedenen Konstitutionalismus in Preußen. Gagerns Rede wurde in Tausenden von Exemplaren verteilt: aber daß man für den Augenblick das Prinzipat in Deutschland an Preußen übertragen könne, wurde auch in Darmstadt nicht geglaubt. Heinrich von Gagern wußte eine Aushilfe: war es nicht möglich, durch ein Provisorium die Regulierung zu schaffen — „ein Provisorium, vermöge dessen irgendein nicht gerade regierender Prinz vorerst mit Ausübung der Zentralgewalt namens des Bundes beauftragt wurde“ — schreibt der preußische Gesandte v. Bockelberg. Hier liegt der gedankliche Ursprung der Reichsverweserschaft¹⁷). Heinrich von Gagern gab auch weitere Ratschläge: Erfurt sei der geeignetste Ort für einen neuen preußischen Vereinigten Landtag; das beste für Preußen sei jetzt die Freigebung der Provinz Posen an die Polen und eine Kriegserklärung an Rußland. Ähnliche Gedanken äußerte gleichzeitig sein Bruder Max v. Gagern in Berlin. Die preußischen Kongreßideen waren durch die Ereignisse ja schon völlig überholt; nun kam auch aus den Verhandlungen der Mission Gagern nichts mehr Durchschlagendes heraus. Der Gedanke, der Bundestag solle von sich aus eine Revision der Bundesverfassung beginnen, wurde von den verschiedensten Seiten, auch etwa von bayrischen Bundestagsgesandten in der ersten Märzhälfte vertreten. Nicht in Potsdam oder in Dresden mußte man jetzt Fürsten- oder Ministerialkonferenzen planen — das erinnerte die Öffentlichkeit ja an die unseligen Vor-

gänge in Karlsbad, Wien und Pillnitz, sondern in Frankfurt mußte die Lösung versucht werden. Heinrich v. Gagern, den Dönhoff als den Wortführer Südwestdeutschlands bezeichnet, drang energisch darauf. Hätte Friedrich Wilhelm IV. seine Kongreßvorschläge gleich nach der Pariser Revolution gemacht, hätte er vielleicht Anklang finden können. Jetzt war auch das zu spät. Österreich merkte wohl, wie Preußens moralische Autorität bis zum 18. März im Ansteigen war; sein neuer Bundestagsgesandter Graf Colloredo übernahm das Präsidium mit dem offenen und nur allzugut erreichten Zweck, jede Aktion des Bundestages zu verhindern¹⁸). Die preußische Aktion verpuffte also ebenso wie die der westdeutschen Kleinstaaten. Es gelang niemandem, die Volksbewegung wirklich in die Hand zu bekommen. Da der König von Preußen nicht mehr in Betracht gezogen wurde, tauchten andere Kandidaturen auf. Nichts bezeichnete Fürst Gorčakov als „gefährlicher“, als die Wahl eines Souveräns zweiten Ranges oder aus einer Seitenlinie zum Kaiser. Auf einer Volksversammlung in Heidelberg wurde der Gedanke erörtert, den Erbgroßherzog-Mitregenten Ludwig von Hessen zum Kaiser vorzuschlagen. Auch der Palatin von Ungarn Erzherzog Stephan wurde genannt¹⁹). Große Hoffnungen machte sich König Wilhelm von Württemberg. Er hatte den Plan, zum Vorparlament nach Frankfurt zu gehen. Da es kaum sonst eine kräftige Persönlichkeit unter den deutschen Fürsten gab, so waren seine Aussichten in der Tat nicht gering. Römer war entschieden gegen diese Reise, und Fürst Gorčakov, sonst wenig mit dem neuen Minister einverstanden, bot seine ganze verschlagene Schmeichelkunst auf, um dem Könige am Teetisch der Großfürstin-Kronprinzessin Olga zu beweisen, daß gerade eine solche Reise als ein überaus auffälliger Schritt die bedeutenden Möglichkeiten verdürbe, die der König habe²⁰).

Das Versagen des Königs von Preußen, die Hilflosigkeit der Dynastien und Diplomaten erhöhten nach dem Eindruck von vielen die Aussichten der Republik in Deutschland. In Frankfurt mußte dies und vieles andere entschieden werden. Das Vorparlament stand in all dem Wirrwarr als die greifbarste deutsche Aussicht nun vor aller Augen.

*

Am 15. März übergab Max v. Gagern der bayrischen Regierung eine Aufzeichnung, von der sich auch eine Abschrift bei den Berichten des preußischen Gesandten Grafen Bernstorff befindet²¹). Sie war als eine „Mine“ gedacht, durch die er den bayrischen Widerstand sprengen wollte²²). Über den unmittelbaren, nicht voll erreichten Zweck hinaus darf aber diese Niederschrift wie keine andere als ein Dokument der politischen Stimmung angesehen werden, die den Beginn der deutschen Revolution beherrschte. Das Dokument trägt die Überschrift: „Kompromiß“ und stellt nicht mehr und nicht weniger als die Gesamtprognose der deutschen Entwicklung dar. Der erste Abschnitt behandelt den „Versuch eines Monarchie-Bundesstaats mit Preußen im Vorsitz“ und

bezeichnet als Einzelpunkte der „Taktik“: ein deutsches Parlament, das auf alle Fälle berechnet, vorbereitet und eingerichtet ist; die west- und süddeutschen Fürsten müssen gezwungen werden, sich für oder gegen das Ziel zu entscheiden; Preußen hat als Bedingung zu erfüllen, die gleichen Rechte und Freiheiten, wie sie die Bundesstaaten besitzen, auch den eigenen acht Provinzen zu gewähren; es erhält dann die Leitung des Bundesstaates, eventuell die Kaiserkrone; ein aristokratisches Oberhaus soll zugestanden werden; im Falle der Renitenz einzelner Staaten soll Zwang angewandt werden dürfen. Österreich wird aufgegeben, aber das Bündnis mit Österreich wird erstrebt; Allianz mit England, mit der Schweiz, mit allen selbständigen Nationen ist erwünscht. Sollte aber der Versuch mit dem monarchisch orientierten Bundesstaate mißglücken, so muß Deutschland zur „föderativen Republik“ werden. Gagers scharfe Warnung will darüber keinen Zweifel aufkommen lassen. Als Einzelpunkte der „Taktik“ dafür sind angegeben: Einsetzung eines Sicherheitsausschusses, die Entwicklung des deutschen Parlamentes zu einer reinen Demokratie; Sturz der schwächsten westdeutschen Regierungen, nach Bedürfnis auch anderer; Organisation der Volksbewaffnung durch die Zentrale; im Notfall großer Bauernaufstand, Vertreibung des Adels, Teilung der Güter; tatkräftige Verbindung mit dem republikanischen Ausland, Sturz der Monarchie in Sachsen, Kurhessen, Hannover; Kriegsvorbereitungen, Allianz mit Frankreich, der Schweiz, Italien, Organisation des Aufstandes in Oberitalien und in Polen, Auflösung Österreichs in seine nationalen Bestandteile.

Es gibt kaum eine politische Idee der Revolutionszeit, die in dieser Niederschrift nicht vorkäme; alles ist klar und scharf durchdacht. Sie ist Max von Gagers Meisterstück. Man sieht, wie der entschlossene nationale und demokratische Gedanke sich wenden muß vor allem gegen die Großmächte Österreich und Preußen, dann gegen die Dynastien überhaupt; man sieht außenpolitisch die Verbindung mit dem Westen und mit allen andern ringenden Nationen; man sieht innenpolitisch die Verbindung des Verfassungsproblems mit sozialrevolutionären Zielen. Der Name „Kompromiß“ ist bezeichnend genug und weist schon hin auf die Problematik eines Programms, das die erste Eventualität durchsetzen möchte, indem es die Angst vor der zweiten benutzt. Man könnte sagen: der Verlauf der deutschen Revolution wurde dadurch bestimmt, daß die Anhänger des liberalen preußischen Kaisertums in einem durch die Selbstauflösung Preußens („Preußen geht in Deutschland auf“) ermöglichten Bundesstaate dieses Ziel zu bedächtig, zu geduldig, zu vertrauensselig verfolgten — und daß die Anhänger der föderativen Republik zu hastig und zu improvisiert voringen; die erste Möglichkeit des Kompromißprogramms wurde so lange und so umständlich verfolgt, daß damit alle Aussichten auch der zweiten verlorengingen. Das Programm weist freilich auch über die Zeit von 1848 hinaus in eine fernere deutsche Zukunft. Eine starke deutsche Nation, ein gesundes, freiheitliches deutsches Verfassungsleben, ein Umbau der deutschen Gesellschaft — dies dreifache Ziel war in der Märzrevolution

zutage getreten. Die Nation mußte gegen die Dynastien, das Verfassungsleben gegen die Bürokratie, die neue Gesellschaft gegen die Gesamtheit der beharrenden sozialen Kräfte durchgekämpft werden. Der sozialrevolutionäre Zug hielt sich verhältnismäßig im Hintergrund; die nationale und konstitutionelle Frage wurde vor allem als Aufgabe der Organisation, als Institutionenproblem aufgefaßt. Sie schien deshalb leichter als sie war. Mit dem ganzen optimistischen Eifer vernunftgläubiger Wissenschaftlichkeit ging man so ans Werk und achtete wenig der Urdynamik allen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. In einer geradezu peinlichen Lage war der alte Bundestag. Er zitterte vor der „Nationalversammlung“ — so wurde das Vorparlament vor seinem Zusammentritte und während seiner Tagung meist genannt. Man sprach davon, der Bundestag sollte verlegt werden — aber schließlich wollte er doch lieber den „embarras“ des Vorparlamentes „bravieren“, als vom Platze weichen²³⁾. Es wäre nun wirklich gut möglich gewesen für den Bundestag, der sich ja durch Männer der neuen Zeit wie Welcker, Willich u. a. auffrischte, rechtzeitig die Initiative zu ergreifen und selbst zuerst die Einberufung einer wirklichen konstituierenden Nationalversammlung zu verfügen; der Beschluß vom 30. März, bei dem bereits die zehn schon eingetroffenen „Männer des Vertrauens“ (Siebzehner) mitwirkten, verlangte nun in der Tat von den Bundesregierungen die Anordnung von Wahlen von Nationalvertretern, die baldmöglichst in Frankfurt zusammentreten und zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zustande bringen sollten. So glaubte der Bundestag noch im letzten Augenblick das Rennen machen zu können²⁴⁾.

Das „Vorparlament“ trägt in der Geschichte einen Namen, der weder sein Wesen noch seine Bedeutung ganz richtig bezeichnet. Es war ja keine irgendwie legal gewählte Volksvertretung, es war auch kein Organ, dessen Aufgabe sich in der Vorbereitung des wirklichen deutschen Parlamentes erschöpfen sollte. Das „faktische Nationalparlament“, wie Dönhoff es nennt, war eine Notablenversammlung rein revolutionären Charakters, geschichtlich der Endpunkt der seit 1839 fast alljährlich stattfindenden Versammlungen deutscher Patrioten (vgl. oben S. 376), — von den 51 Heidelbergern nunmehr zusammengerufen, um mit den Regierungen gemeinsam die Verwirklichung der Idee eines deutschen Parlamentes ins Leben zu rufen, darüber hinaus aber ein kräftiges Zentralorgan des nationalen Lebens darzustellen. Die Revolutionsergebnisse in Wien und in Berlin hatten ja eine ganz neue Lage geschaffen: die Großmächte waren erschüttert, alles rein gouvernementale Vorgehen war zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Die alten Oppositionsführer im Südwesten waren inzwischen Regierungsleute geworden — Römer, Heinrich v. Gagern. Wir wissen, wie unbehaglich besonders in Berlin der Gedanke des Vorparlamentes wirkte: hier in Frankfurt neben den Bundestag stellte sich, mit allem Selbstgefühl und Machtanspruch, da es nun sonst keine ungebrochene Gewalt gab, das souveräne Volk. Wir sahen oben, daß in Offenburg kein revolutionärer Akt gewagt worden ist. Als die Wiener und

besonders die Berliner Ereignisse im Südwesten bekannt wurden, begann Struve in Freiburg und Heidelberg ganz offen für die Republik zu agitieren.

Die Einladung der Siebener nach Frankfurt war ergangen an „alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Teilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen“. An andere Persönlichkeiten wurden noch besondere Einladungen geschickt; die preußischen Stadtverordneten bekamen, zur Antwort auf die als Gegenschlag gedachte Einberufung des zweiten Vereinigten Landtages, nachträglich die Aufforderung, Vertreter aus ihren Körperschaften nach Frankfurt zu entsenden. An verschiedenen Orten bestimmten einfach Volksversammlungen Personen des öffentlichen Vertrauens zu Vertretern. Itzstein lud zahlreiche Publizisten zur Teilnahme ein. So war das Ergebnis äußerst bunt und verschiedenartig. Aus Österreich kamen nur zwei, aus Preußen aber 141 Personen, aus Württemberg 52, aus Baden gar 72, aus Hessen-Darmstadt noch mehr, 84, während Bayern nur 44, Sachsen 26, Hannover 9 Vertreter hatte. Die Frankfurter Versammlung wurde schon vorher von den Regierungen mit großem Mißtrauen angesehen. Argwöhnisch waren besonders die Badener, die nicht mit Unrecht einen großen republikanischen Schlag befürchteten. Der preußische Gesandte in Karlsruhe wurde von den verschiedensten Seiten, auch von Liberalen, gebeten, doch dahin zu wirken, daß möglichst viele konservativ gesinnte, aber beim Volk beliebte preußische Politiker nach Frankfurt gingen, damit die Radikalen nicht die Majorität bekämen. Von dem württembergischen Präsidenten v. Wächter ging derselbe Gedanke aus; Wächter war ganz für Preußen und stand in enger Verbindung mit Mittermaier und Gagern. Eine Verhinderung der Frankfurter Versammlung, die der preußischen Politik am liebsten gewesen wäre und die durch das Patent vom 18. März und die Einberufung des Vereinigten Landtages tatsächlich von Berlin versucht wurde, hielt er für ganz unmöglich. Heinrich von Gagern traf als hessischer Minister in Darmstadt und Frankfurt sehr kräftige und zweckmäßige Maßregeln, um bewaffneten Zuzug zu verhindern — zur lebhaften Befriedigung des preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff²⁵). Zeitweise tauchte auch der Gedanke auf, das Vorparlament wenigstens nach Aachen als der alten Kaiserstadt zu verlegen, um es so in der preußischen Hand zu haben und vielleicht schnell zum Ärger der Republikaner das deutsche Königtum oder Kaisertum für Preußen durchzusetzen²⁶).



Frankfurt glänzte im Festschmuck; durch seine Gassen flutete Begeisterung und Glaube an Deutschland; Teppiche und Kränze wandelten die Plätze zum Festsaal, es roch nach Frühling, der Taunus blaute von fern in seiner reinen Linie. Tannengrün schlang sich um die Ehrenpforten, es jubelte und böllerte, Schwarz-Rot-Gold strömte von den Dächern. In Kokarden, Schleifen und Bändern leuchtete diese glänzendste aller Trikoloren bis in den engsten Winkel. Sylvester Jordans Einzug war der eines triumphierenden Volksfürsten; neben ihn, den

Märtyrer aus Kurhessen, trat Eisenmann, der Märtyrer aus Bayern. Zu seinen Ehren füllte sich die Zeil, die Hauptstraße, mit Fackelträgern. Die Frankfurter freuten sich an so viel erlauchten Gästen und ließen ihre alte Kunst warmherziger Gastfreundschaft mit heiterem Selbstgeföhle spielen. „Ein Freiheitsfest rührender Art“, nennt Johann Gustav Droysen das Frankfurter Getriebe; „die Dinge hier nehmen einen hohen Gang“, schreibt er, „solche Wucht der Bewegung habe ich noch nie gesehen und mitempfunden²⁷⁾.“

Wie viele erhofften nun schon vom Vorparlamente Befreiung, Hilfe, neue, bessere Zeit! Unter den zahlreichen Petitionen, die an das Vorparlament gerichtet wurden, ist eine der merkwürdigsten die des Lehrers am Leipziger Konservatorium und Redakteurs der neuen Zeitschrift für Musik Franz Brendel. Die Kunst, so hieß es hier, war bisher nicht Sache des Volkes; sie wurde von den Regierungen als ein Luxus der Höfe, nicht als ein mächtiges und unentbehrliches Element des Nationallebens betrachtet. Nun aber solle, mit den Prinzipien der politischen und nationalen Wiedergeburt, auch die wahre Stellung der Kunst im Staate anerkannt werden; ein einheitliches, nationales Organ zur Verwaltung ihrer Interessen sei in dem zu errichtenden Bundes-Ministerium des Innern zu fordern²⁸⁾.

Noch war freilich keine ruhige Stimmung möglich für die Erwägung solcher Dinge; die Unsicherheit von Tag und Stunde hielt alles gefangen. Hinter der Begeisterung zitterte die Sorge, denn viele erschreckte das dunkle Gerücht geplanter Gewalttat, vom Westen und Süden her; und Grund dafür gab es genug. Am 16. März war in einer Versammlung des Deutschen Demokraten-Klubs in Paris beschlossen worden, daß 5—6000 deutsche und polnische Arbeiter am 21. bzw. 22. März sich an der badischen Grenze sammeln sollten, um den Kern einer Invasions-Armee zu bilden²⁹⁾. Man wollte die deutsche Republik ausrufen. Lamartine war eigentlich der Ansicht, das Unternehmen solle verhindert und den deutschen Grenzregierungen solle amtlich Nachricht davon gegeben werden; Ledru Rollin, der Minister des Innern, drang aber mit der Ansicht durch, man müsse französischerseits dieses Vorhaben weder unterstützen noch unterbinden³⁰⁾. Die süddeutschen Regierungen, also Baden sowohl wie Bayern, bekamen aber doch zeitig Nachrichten durch ihre Gesandtschaften. Denn das französische auswärtige Ministerium hielt es für richtig, dem badischen Gesandten wenigstens offiziöse Mitteilung von dem sicher existierenden und im einzelnen ausgearbeiteten Plan zu machen. Der badische Gesandte wollte auch gleich an seine Regierung mittels des französischen Telegrafen telegrafieren — das wurde abgelehnt; so fertigte er einen Kurier ab³¹⁾. Kurz darauf teilte dann die französische Regierung dem badischen Gesandten offiziell mit, der Minister des Innern habe den Befehl erhalten, im Departement Bas Rhin dafür zu sorgen, daß das badische Gebiet unverletzt bliebe³²⁾.

Die badische Regierung ergriff aber keine energischen Maßnahmen. Daß der Südwesten Deutschlands bedroht war, wurde allgemein bekannt durch die Kammerrede Heinrich von Gagerns am 27. März, in der er den Einfall von Frei-

scharen sowohl in Baden wie in Saarbrücken als bevorstehend mitteilte. Er erbat ein Vertrauensvotum, das ihm einstimmig erteilt wurde³³).

Die Vorgänge in Frankreich waren der Anlaß zu einer furchtbaren Panik, die in der Nacht vom 25./26. März den ganzen Südwesten Deutschlands ergriff und als der „blinde Franzosenlärm“ den Zeitgenossen in komisch gruseliger Erinnerung geblieben ist³⁴). Es hieß, die Franzosen seien massenhaft über den Rhein gegangen, um Deutschland wie vor Zeiten mit Brand, Raub und Mord heimzusuchen. Der Ursprung des Gerüchtes scheint auf württembergische Regierungskreise zurückzugehen — ein solcher Schreck vom Auslande her schien mancher hohen Obrigkeit und manchem unbeschäftigten Veteranen der Freiheitskriege willkommen, um freiheitslüsternen Untertanen den Glauben an Ordnung und Disziplin wieder beizubringen. An einen Revolutionskrieg zu Propagandazwecken mag in Frankreich wohl die äußerste Linke gedacht haben; die Mehrheit war durchaus friedlich, Lamartine ja ausgesprochen pazifistisch-kosmopolitisch gesinnt³⁵).

Die Sieben-Männer-Kommission in Frankfurt, spontan erweitert durch an die zwanzig bereits eingetroffene Vertrauensleute, beschloß am Abend des 29. März einen Aufruf, in dem bewaffneter Zuzug als Landfriedensbruch bezeichnet wurde. Am gleichen Abend redete schon im großen Saale des Weidenbusch, der nun manchen leidenschaftlichen politischen Kampf sehen sollte, Struve über die Notwendigkeit der deutschen Republik. Auch Hecker trat dafür ein, aber weniger wie ein Mensch, der an seinen sofortigen Erfolg glaubt, als wie einer, der von einer Idee überzeugt ist, sich für sie einsetzt und so sein Geschick erfüllt; den Gedanken, das Vorparlament durch Bewaffnete einschüchtern zu wollen, wies er jedenfalls weit von sich³⁶). Nicht nur die norddeutschen Gäste stutzten vor der deutschen Republik; ein Zug von 8—900 Darmstädtern durchzog am 30. März die Frankfurter Straßen mit einer Fahne, die die Inschrift trug: „Keine Republik!“ Von allen Fenstern und auf der Straße wurde er mit Beifall begrüßt; die dankbaren Frankfurter beschlossen eine Adresse an die Darmstädter. Aber mit Hanauer Turnern, die schlankweg die Republik ausrufen wollten, fand ein Zusammenstoß statt, wobei Germain Metternich übel zugerichtet wurde³⁷).

Das Programm der Siebener und der Entwurf einer Geschäftsordnung erschienen im Druck — gerade recht, um zu zeigen, wie sehr das beginnende Vorparlament die konstituierende Gewalt für sich in Anspruch nahm und nehmen mußte. Die Programmpunkte betrafen: ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern, einen Senat der Einzelstaaten, ein aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 : 70000 hervorgegangenes Volkshaus; Kompetenz der neuen Bundeszentralgewalt für das Heerwesen, für die diplomatische Vertretung im Auslande, für Handel, Schiffahrt, Zoll, Münze, Maß, Gewicht usw., Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung, Bundesgericht. Unter der Voraussetzung dieses Neuaufbaues sollte die Einberufung der Nationalversammlung von den Bundesbehörden beschlossen werden; ein permanenter Ausschuß des Vorparlamentes sollte diese Einberufung kontrollieren; das Vorparlament sollte wieder in Frank-

furt zusammenkommen, wenn nach vier Wochen die Nationalversammlung nicht ins Leben getreten sei. Das war ja den Siebenern völlig klar: eine deutsche Nationalversammlung hatte nur einen Sinn, wenn sie von einer bestimmten Grundlage ausging. Sie mußte die neue deutsche Verfassung festsetzen — sie allein konnte es. Aber es mußte doch etwas da sein, woran sie sich hielt. An den alten Bundestag glaubte keiner mehr, trotz seiner Verstärkung in Gestalt der 17 Vertrauensmänner, die zuerst beschlossen, dann wieder aufgehoben, dann doch wieder neuverfügt und ins Leben gerufen worden war. Die Aufgabe des Vorparlamentes war also eigentlich, die Revolution zu vollenden, etwas Neues, Volksmäßiges neben oder über den Bundestag zu setzen, die deutsche Zentralgewalt mindestens provisorisch zu schaffen, endlich, wenn es nicht anders ging, selbst als Garantie des Neuen so lange beieinander zu bleiben, bis der Verfassungsneubau Deutschlands gesichert war. Die innenpolitische Krise, die außenpolitische Gefahr riefen wo nicht nach der Diktatur, so doch mindestens nach einer schöpferisch entschlossenen Tat. Es lief aber alles ganz anders³⁸).

Das Vorparlament begann sein Dasein mit einer Vorberatung im Römersaale; der alte Bremer Bundestagsgesandte Smidt war ein trefflicher Alterspräsident, aber die Art, wie er den Präsidenten und die Vizepräsidenten bestimmte, war weder korrekt noch glücklich; nicht Heinrich von Gagern wurde Präsident — viele nannten ihn, aber er war ja nun Minister geworden, wie sein eigener Vetter eifersüchtig betonte —, sondern Mittermaier, der zwar angesehen und politisch erfahren genug war, aber der energischen Jugendfrische entbehrte, um ein so „wildes Parlament“ zu beherrschen. Von den vier Vizepräsidenten — Dahlmann, Itzstein, Sylvester Jordan und Robert Blum — hatte nur der letztere die notwendigen körperlichen und geistigen Eigenschaften des echten Volksmannes und Volksführers. Nach der Wahl des Büros zog die Versammlung vom Römersaale nach der Paulskirche hinüber. Sofort in der ersten Sitzung begann Struve den Angriff durch die Vorlage eines Programmes von 15 Punkten. Es war das Programm seiner sozialrevolutionären Partei und umfaßte alles Wesentliche zum Aufbau eines rücksichtslos neuen Deutschlands. Man kann dieses merkwürdige Programm in drei Gruppen zerlegen — die soziale, die konstitutionelle und die nationale. Am umfangreichsten ist die soziale: Volkswehr statt stehenden Heeres, gewählte Verwaltung durch Volksmänner statt des Berufsbeamtentums, progressive Einkommen- und Vermögenssteuer statt der aussaugenden Abgaben, Schutzzoll für Handel, Industrie und Landwirtschaft, statt der innerdeutschen Lasten, statt der Zehnten, Fronen, Gewerbesteuer, Akzise usw.; Abschaffung aller persönlichen Vorrechte, Aufhebung der Klöster, Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital mittels eines besonderen Arbeitsministeriums, welches die Arbeit schützt und „Anteil an dem Arbeitsgewinn sichert“; zur konstitutionellen Gruppe gehören die folgenden Forderungen: Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule, Selbstverwaltung der Gemeinden, freie Wahl der Lehrer,

Geistlichen und Bürgermeister, volle Preßfreiheit, Schwurgerichte, ein besonderes Gesetz zur Sicherstellung der persönlichen Freiheit der Deutschen (Habeas-Corpus-Akte), Vereinheitlichung von Gesetz, Münze, Maß, Post, Eisenbahn; endlich sind konstitutionell und national zugleich die beiden letzten Punkte 14 und 15: „Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Einteilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse“; „Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.“ Struves Programm schloß mit der Aufforderung an die deutschen Brüder in Ost und West, diese Punkte zu unterstützen und sich so „die ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte zu verschaffen“; man werde in Frankfurt vereinigt bleiben, bis ein freigewähltes Parlament Deutschlands Geschicke leiten könne; mittlerweile sollten die erforderlichen Gesetzesvorlagen entworfen und durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereitet werden³⁹). Struves Programm war für die Mehrheit der Versammlung die Kriegserklärung. Diese Mehrheit wünschte — es wurde sofort deutlich — den Abschluß, nicht die Fortsetzung und Vollendung der Revolution. Für die Mehrheit war die soziale Gruppe des Struveschen Programmes verhältnismäßig unwichtig, für sie stand im Vordergrund das konstitutionelle und das nationale Moment. Das nationale Moment schien der Mehrheit bei Struve ganz zu kurz gekommen zu sein, er sagte nichts von Schleswig-Holstein, nichts von Preußisch-Polen; in der konstitutionellen Frage stimmten viele Einzelpunkte mit den üblichen Märzforderungen überein — den freien deutschen Staatsbürger wollten die meisten; es gab natürlich Abweichungen, aber das Ziel leuchtete klar. Die deutsche Revolution war bis dahin vor den Thronen stehen geblieben; die Mehrheit auch des Vorparlamentes wollte es dabei lassen — sie traute dem dynastischen Prinzip, so unzuverlässig auch einzelne Vertreter dieses Prinzipes erscheinen mochten; sie wünschte nicht die Republik, sondern einen Kaiser über den Fürsten, und mit dem Kaiser und den Fürsten natürlich auch Berufsheer und Bürokratie, kontrolliert, gedämpft gewissermaßen durch das parlamentarische Prinzip. Die Mehrheit sah im deutschen Parlament das große Zaubermittel; der Verfassungsaufbau mittels des Parlamentes, auf Grund des Parlamentes, durch Beschlüsse bei wechselseitigem guten Willen war ihr das Wichtigste und Höchste. Struve und seine Anhänger sahen vor allem die Gesellschaft — die Mehrheit des Vorparlamentes sah den Staat; Struve wollte den Kampf und die Tat, die Mehrheit das Wort und die Verständigung. Struves Programm schied zuerst die Geister.

Die Siebener-Kommission hatte ihr Programm zu einer Zeit aufgestellt, da Metternich noch nicht gestürzt war, da das preußische Königtum noch nicht seinen furchtbaren Stoß erlitten, da Schleswig und Holstein sich noch nicht erhoben hatten. So schnell hatte Deutschland ja noch nie gelebt wie in diesen Wochen. Das Programm der Siebener war also veraltet, als das Vorparlament die

Beratung beginnen sollte; Struves Programm war aber etwas zu modern. Auch die Mehrheit wollte sich zur Revolution bekennen, nur durch die Revolution konnte es auch nach ihrer Ansicht ein neues Deutschland geben. Sie wollte aber das Maß, sie wollte das Erreichbare, aber dabei wollte sie ganz sicher sein und fühlte sich so. Heinrich von Gagern sprach recht nach dem Herzen der Mehrheit, wenn er davor warnte, nach „Problemen zu haschen“ und „unerreichbare Dinge zu erstreben“. Er glaubte sehr praktisch zu sein, und die Mehrheit glaubte es mit ihm, wenn er sagte: „Sprechen Sie die Ansicht dieser Versammlung aus, damit sie in Deutschland widerhülle . . ., die Ansicht, daß wir an der Monarchie festhalten, daß wir zwar eine Versammlung bilden, die die Freiheit will und um des Volkes und der Volkssouveränität willen erstrebt, aber dem Prinzip der Monarchie im Staat treu bleibe und zugleich der Notwendigkeit der Durchführung der Einheit huldige.“

In diesem einen Satze, in seinem „Zwar — aber“ und seinem „Zugleich“ liegt der ganze Zwiespalt der Zeit und die Tragik dieser Mehrheit: Freiheit, Volkssouveränität, Monarchie, Einheit — Gagern und die Seinen wollten das eine durch das andere und alles zusammen. Es gab also zunächst Anhänger und Gegner des Struveschen Programms, Monarchisten (aber mit dem Bekenntnis der Volkssouveränität) und Republikaner mit dem Willen zur sozialen Revolution. Zur politischen Eigenart der Deutschen gehört es, daß beim Streite von zwei entgegengesetzten Anschauungen eine dritte und womöglich eine vierte Ansicht auftritt. Wesendonck und Vogt entwickelten die Meinung, die gegenwärtige Versammlung sei gar nicht kompetent für die Entscheidung einer solchen Frage, erst die Nationalversammlung selbst solle bestimmen, ob Monarchie oder Republik. Beide Männer waren Republikaner, die nun Struve in den Rücken fielen, mit diesem Zweifel an der Kompetenz des Vorparlamentes. Aber sie gaben damit einem Gefühle Ausdruck, das viele auf allen Seiten erfüllte und sachlich sehr berechtigt war. Die Zusammensetzung des Vorparlamentes war doch zu improvisiert, seine Haltung zu turbulent, nur ein sehr starker Führer hätte daraus ein Werkzeug politischen Handelns machen können. Schon am ersten Verhandlungstage kam die Stimmung auf, man sollte bescheiden sein und nichts verderben. Der Zwischenfall, der Welcker betraf, war symptomatisch. Vogt sagte in seiner bissigen Weise: „Der Herr Abgeordnete oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker...“, und rief damit einen sehr schwer zu beschwichtigenden Lärm hervor. So groß waren Gehässigkeit und Bitterkeit; so sehr neigte man zur Verdächtigung, so gering war noch in Deutschland ritterliches und loyales Empfinden gegenüber dem Gegner. Die Haltung des Vorparlamentes war nicht gut, der Mangel an politischer Manier gefährdete seinen Erfolg — die führenden Männer fühlten das wohl. Es war richtig, daß sich die Versammlung entschloß, nun zunächst von allen großen grundsätzlichen Fragen abzusehen und sich mit der „Festsetzung einer deutschen konstituierenden Versammlung“ zu befassen. Schulz-Darmstadt formulierte sehr klar die Fragen: Welche Bundesgebiete? Welches

Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Abgeordneten? Welcher Wahlmodus? Welcher Ort? Welche Zeit? Welches Verhältnis zu den Regierungen?

Das war konkret, das war Vorbereitung eines Zukünftigen — die Versammlung wurde jetzt ruhiger und sachlicher. Die Frage nach dem Bundesgebiet erweckte die nationale Stimmung und damit die stärkste und ungebrochenste Triebkraft der Märztage. Rudolf Schleiden, der Abgesandte der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins zum Bundestage, der es aber vorzog, am Vorparlament teilzunehmen, brachte mit kurzen, schlagenden Sätzen die Versammlung zu dem Bekenntnis, daß Schleswig, als unzertrennlich mit Holstein verbunden, in den Deutschen Bund aufzunehmen sei und Abgeordnete zur Nationalversammlung zu wählen habe. Sofort kam, wie natürlich, die Frage der preußischen Ostprovinzen an die Reihe. Das Unrecht der polnischen Teilungen wurde gebrandmarkt. Der Nassauer Leisler sagte: „Polen muß wiederhergestellt werden mit den Grenzen von 1772.“ Die Vertreter aus Preußisch-Polen meldeten sich zum Protest. Eine der schwersten politischen Fragen war angeschnitten und verwirrte die Versammlung, die nichts zu ihrer Klärung tun konnte. Es wurde beschlossen, daß Ost- und Westpreußen Vertreter schicken sollten; die Beteiligung Posens wurde offengelassen. Der Antrag Struves, zu erklären, es sei heilige Pflicht des deutschen Volkes, Polen wiederherzustellen, indem die Teilung Polens als ein schreiendes Unrecht erklärt werde, fand bei der Abstimmung die fast einhellige Zustimmung der Versammlung⁴⁰).

Beschlossen wurde ferner, daß auf je 50000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden sollte, daß Staaten mit weniger Einwohnern doch Anspruch auf einen Abgeordneten haben sollten, daß direkte Wahl als Prinzip anerkannt, den Einzelstaaten aber die Freiheit gelassen werden sollte, nach ihren Verhältnissen den Modus anzuordnen (dies war ein wohl nötiges Zugeständnis an Länder mit bewährtem indirektem System wie Baden), daß ohne Rücksicht auf Zensur, Glaubensbekenntnis oder Stand jeder Volljährige wahlberechtigt sei. Damit war das modernste Wahlrecht festgelegt, das es damals gab. Frankfurt wurde als Ort bestimmt, als Termin des Zusammentritts der 1. Mai.

Diese Debatten, die sich in die zweite Sitzung des Vorparlamentes am 1. April hinein erstreckt hatten, waren der Versammlung trefflich bekommen. Es war gut und scharf gesprochen worden, man hatte aber einander angehört und war zu Ergebnissen gelangt. Die Mehrheit und die Minderheit, die im Anfang sich einfach auszuschließen schienen, hatten zusammengearbeitet. Aber jetzt entstand ein neuer, gefährlicher Zwiespalt über die Frage der Permanenz. Die Republikaner vertraten diesen Gedanken mit Feuer. Struve und Hecker wollten durch eine dauernd in Frankfurt tagende Versammlung den Bundestag totmachen und den Weg zur provisorischen Regierung eröffnen. Auseinandergehen, sagte Hecker, hieße dem Volke Anlaß zu allen möglichen Verdachtsgründen geben; „wir müssen . . . der Nation als Gesamtbürgen“ gegenüberstehen. Raveaux rief: „Glauben Sie denn, daß Sie selbst nach dem Sinne der alten Gesetzlichkeit hier

versammelt seien? Gewiß nicht. Sie sind eine revolutionäre Versammlung. Wir wissen nicht, was der nächste Tag bringt; so müssen wir hier stets bereit sein; wir stehen an der Spitze des Volks, wir selbst haben uns nicht dahin gestellt.“

Auch die Gegner der Permanenz wollten die Einsetzung eines Ausschusses; zuerst wurden 15 Mitglieder vorgeschlagen — man kam dann auf 50, was für einen Ausschuß zuviel, für eine Versammlung zuwenig war. Entscheidend war ja der Gedanke, daß man dem Bundestage etwas auf die Nase setzen müsse; er wurde zwar personell aufgefrischt, die Siebzehner traten ihm zur Seite; aber in der öffentlichen Meinung zu retten war die verformte Institution nicht mehr. Man brauchte sofort ein populäres Zentralorgan, eine „Zentralgewalt“, etwas Sichtbares und Greifbares, um die revolutionäre Bewegung in Südwestdeutschland, in West- und Mitteldeutschland zu beherrschen. Kein Monarch stellte sich spontan in Frankfurt an die Spitze — es wäre möglich gewesen; so mußten die Volksmänner eintreten. War es nicht wirklich das beste, diese revolutionäre Notablenversammlung, das sogenannte Vorparlament, blieb zusammen, tat, was es konnte, ließ Leidenschaften austoben, Klugheit und Vorsicht sich aussprechen? Die Nation wollte das Parlament, die souveräne Volksvertretung — bis zum Mai war es noch lang — „diese Zeit hatte keine Zeit“, wie ein Abgeordneter treffend gesagt hat. Also warum nicht die Permanenz? Was gewann man denn mit dem Fünfziger-Ausschuß? Er sollte durchaus nicht beschränkt sein auf die Vorbereitung der Nationalversammlung, sondern wirkliche Macht besitzen, neben oder gar über dem Bundestage stehen; kein glücklicher Gedanke, so vielen Gremien ein neues Gremium hinzuzufügen, statt die Versammlung selbst leben zu lassen, als Provisorium, mit allen ihren Schwächen schon der Zusammensetzung, aber mit dem ungeheuern Vorteil, die verschiedensten Richtungen zu umfassen und ihnen die Arena zu bedeuten. Das Vorparlament hatte doch auch das Mandat, „diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die für die Einheit Deutschlands unerläßlich notwendig sind“. Das sollte nun ein schwerfälliger Ausschuß übernehmen? In Konkurrenz mit dem Bundestage, in notwendiger, unvermeidlicher Konkurrenz! Für ein weitertagendes Vorparlament war es viel leichter, zu einem verjüngten Bundestage in ein leidliches Verhältnis zu kommen, als für einen Ausschuß, der seine Autorität auch wieder erst von dem Vorparlament ableiten mußte. Die Entscheidung gab wiederum Heinrich von Gagern — seitdem unumstritten das Haupt der evolutionären Revolutionäre, des volkssouveränen Monarchismus. Gagern antwortete Struve auf seinen Zuruf: „Die alte Autorität ist eine Leiche“: „Wenn sie dies ist, so wollen wir sie wieder ins Leben rufen, indem wir Männer beifügen, die ihr das Vertrauen der Nation wiedergewinnen.“ Gagern sprach für den Deutschen Bund, für den Bundestag, für die deutsche Einheit; der Fünfziger-Ausschuß sollte nach seiner Idee mit dem Bundestag zusammenwirken, ihn selbständig beraten und „im Falle der Gefahr des Vaterlandes“ das Vorparlament sogleich wieder einberufen. Das war das Zugeständnis an die Linke; es war nicht viel wert; aber wenn man das sogenannte Vorparlament schließlich doch als so

gewichtig anerkannte, daß man es in schwerer Stunde wieder zusammenrufen wollte — dann konnte man es auch gleich beieinander lassen. Man hat beinahe den Eindruck: auch die Mehrheit wäre für die Permanenz gewesen, wenn sich nur nicht gerade Hecker und Struve darauf versteift hätten. Vergebens bemühte sich Robert Blum, die Abstimmung auf den nächsten Tag zu verschieben; viele hatten sich noch zum Worte gemeldet, denen es nun entzogen wurde durch den sofortigen Antrag auf namentliche Abstimmung. Es wäre auch sehr gut möglich gewesen, über Gagerns Antrag von neuem in Beratung zu treten und so die Lage wirklich zu klären. Die Mehrheit drängte aber auf Entscheidung, weil sie sich des Sieges sicher fühlte: die Permanenz wurde mit 368 gegen 148 Stimmen abgelehnt.

Die Minderheit nahm den Handschuh auf; Zitz aus Mainz stellte am 2. April in der dritten Sitzung einen Kampfantrag gegen den Bundestag: „Die Versammlung möge erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schoße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ Damit versuchte die Minderheit noch einmal den ganzen aufgespeicherten Haß gegen den Bundestag im eigenen Interesse zu mobilisieren und, wenn schon das Vorparlament nicht beisammen bleiben sollte, dem Fünfköper-Ausschuß wenigstens einen völlig modernisierten Bundestag zu hinterlassen. Dabei konnte viel Zeit gewonnen und die Permanenz auf solchem Umwege doch irgendwie erreicht werden. Die „Epuration“ des Bundestages war ja nun schon begonnen; die Minderheit wollte aber auftrumpfen und machte ihre Mitarbeit im Ausschuß von dieser Bedingung abhängig. Bassermann brach dem Antrag aber, im Geiste der Mehrheit, den Giftzahn aus: er schlug vor, das Wort „bevor“ durch „indem“ zu ersetzen. Damit war die Terminbestimmung beseitigt. Als das Bassermannsche Amendement mit großer Mehrheit angenommen wurde, verließ Hecker mit reichlich vierzig Anhängern den Saal. Damit war der Bruch offenbar, aber nicht nur der Bruch zwischen Mehrheit und Minderheit, sondern auch der Bruch zwischen den einzelnen Gruppen der Minderheit. Die Rheinländer Wesendonck und Raveaux, der Ostpreuße Jacoby, Robert Blum und seine Anhänger blieben im Saale: sie zeigten, daß sie echte Demokraten waren, indem sie sich dem Mehrheitsbeschlusse, so mißlich er erschien, unterwarfen. „Ich ehre die Mehrheit“, sagte Blum, der die Verwahrung der Opposition vom 2. April mit unterschrieb und sich damit zu dem im Vorparlament Fleisch gewordenen Prinzip der Volkssouveränität bekannte. Auch er und seine Anhänger waren sozial gesinnte Republikaner — sie teilten aber den Glauben der liberalen Mehrheit an die alles erlösende Kraft des parlamentarischen Prinzips. Hecker und Struve dachten hier skeptisch. Es ist freilich sehr wahrscheinlich, daß man sie mit einigem Geschick von der Beschreitung des sozialrevolutionären Weges noch eine Zeitlang hätte abhalten können.

Es überwog in der Versammlung durchaus der loyale Gedanke, daß in dem Fünfziger-Ausschuß alle Parteien und alle verschiedenen deutschen Staaten vertreten sein sollten; die Bemerkung, „wir müssen uns erst näher kennenlernen“, gab eine sehr charakteristische Stimmung wieder. Mit jedem Beratungstage wurde die „wilde“ Versammlung zahmer und wohlerzogener. Der Glaube an das Parlament entwickelte doch schon einen parlamentarischen Stil; um so bedauerlicher war, daß die Versammlung nicht zusammenbleiben durfte.

Der Präsident des Vorparlamentes teilte die Beschlüsse dem Bundestage mit, und der Bundestag war zwar tief erschrocken über solchen Terrorismus, gehorchte aber sofort. Er setzte durch Beschluß vom 2. April sämtliche seit 1819 erlassenen Ausnahmegesetze außer Kraft, und der Präsidialgesandte Graf Colloredo erklärte dem Präsidenten des Vorparlamentes außerdem mündlich, diejenigen Gesandten, welche fühlten, der Beschluß des Vorparlamentes könne auf sie bezogen werden, hätten bereits ihre Entlassung eingereicht oder seien im Begriff, es zu tun; die Bundesversammlung werde also ungesäumt „auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise“ gebildet werden.

Itzstein, der alte Vermittler, hatte viel Sympathie für sich, als er sich nunmehr bemühte, Hecker und die Seinen in die Versammlung zurückzubringen; er besaß zwar nicht den Auftrag der Mehrheit — aber er glaubte ein Recht zu haben, den Wunsch des Präsidenten und der Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Hecker fühlte sich jedenfalls „eingeladen“ und kehrte mit seinen Anhängern gewissermaßen als Sieger zurück, denn er konnte triumphierend auf den Bundesbeschluß hinweisen. Ein solches Auftreten reizte begreiflicherweise die Majorität. Sie war an sich schon geneigt, ihr Übergewicht zu betonen. Die Wahlen zum Fünfziger-Ausschuß bestätigten diesen Eindruck. Hecker fiel gerade aus — er war der Einundfünfzigste, Struve gar der Zweiundsechzigste. Schon die Zeitgenossen haben es wenig staatsmännisch gefunden, daß man trotz des ausdrücklichen Willens der Versammlung, den Fünfziger-Ausschuß paritätisch zu gestalten, gerade die beiden maßgebenden Oppositionsführer hinaus- und nicht hineinwählte. „Als Ausschußmitglieder würden Hecker und Struve schwerlich bei der Schilderhebung im badischen Oberlande sich beteiligt haben“, sagt ein sehr kundiger Chronist⁴¹).

Mit der Wahl des Fünfziger-Ausschusses hatte das Vorparlament seinen Nachfolger ins Leben gerufen und damit eigentlich sein nach eigenem Willen abgekürztes Dasein praktisch beschlossen. Es fiel ihm aber doch schwer, auseinanderzugehen. Das Siebener-Programm schon hatte mehr von dem Vorparlament verlangt, und nun gar das große Struvesche Programm vom ersten Tage wirkte als eine Mahnung nach. Die „magna charta der Volksrechte“ hatte es vielen angetan; sie wollten bei einem so großen Gegenstande nicht versagen. Warum konnte diese Versammlung, revolutionär wie sie nun einmal war, nicht gerade bei einer so allgemeinen, deutschem Geschmacke und Bedürfnis so stark entsprechenden Grundlegung, der Nationalversammlung vorarbeiten? Am letzten

Tage, in der letzten Stunde ging es nun freilich nicht. Und dann die soziale Forderung! Auch die Mehrheit des Vorparlamentes wollte nicht gegen die „armen Leute“ sein. Gemäßigte Monarchisten und demokratische Republikaner fanden sich hier zusammen. Venedey zählte in seinem Entwurfe zu den „Grundrechten des deutschen Volkes“ auch soziale Forderungen auf: „Volkstümliches Steuersystem, volkstümliches Kreditsystem (Ackerbau-Kredit-Kassen und Arbeiter-Kredit-Kassen), Schutz der Arbeiter gegen Not und Elend, Schulunterricht aus Staatsmitteln, Volkswehr und Bürgerheer“⁴²⁾. Eisenstuck aus Sachsen nannte das Wohl der arbeitenden Klassen „die wahre und große Volksfrage der Gegenwart“⁴³⁾. Er eignete sich eine Reihe wichtiger Punkte des Struveschen Programmes an und modifizierte sie durch Eigenes auf Grund seiner Eindrücke von Versammlungen im sächsischen Industriegebiet: Besonderes Ministerium für die arbeitenden Klassen, freier Elementar- und Fachunterricht, Entscheidung der Rechtssachen der Arbeiter durch freie Schiedsgerichte, Besteuerung des Kapitals zugunsten der Arbeiter, direkte Steuern auf das Einkommen und Schutzzölle auf ausländische Produkte. Das Vorparlament tat nun freilich weiter nichts mehr, als daß es dem Fünffziger-Ausschuß einen Aufruf über die Verbesserung der materiellen Not empfahl und durch Aufstehen von den Sitzen den arbeitenden Klassen seine Sympathie erwies — eine Geste, über die man freilich leicht spotten konnte. Jeder mußte aber doch merken, daß diesen deutschen Patrioten das Herz und der Kopf übertoll war von Gedanken zum Besten des Ganzen — das Vorparlament konnte, nach seinem eigenen Willen, das alles nur als Anregung der zukünftigen Nationalversammlung vermachen. Noch einmal brach der nationale Wille durch, am letzten Tage: noch einmal wurde auf die Deutschen in Posen hingewiesen, und nun auch auf die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen. Robert Blum rief zur Besinnung: „Wollen Sie eine solche Aufforderung an die russischen Provinzen richten, so müssen Sie konsequenterweise dieselbe Aufforderung an das Elsaß und konsequenterweise auch an die sehr zahlreichen Deutschen in Italien und dieselbe Aufforderung an die sehr zahlreichen Deutschen in Belgien richten und mit andern Worten der ganzen Welt den Krieg erklären. Posen gehört jetzt einem deutschen Staate an, und die Zukunft wird entscheiden, ob es bei ihm bleibt. Um uns aber mit andern Nationen in Krieg und Zwiespalt zu verwickeln, sind wir nicht da, namentlich nicht in dem Augenblick, wo wir erst unser eigenes Fundament machen wollen“⁴⁴⁾.

*

Als das Vorparlament seine letzte Sitzung geschlossen hatte, atmeten alle Anhänger der alten Mächte erleichtert auf: es war kein Wohlfahrtsausschuß eingesetzt, keine Diktatur erklärt, keine Republik ausgerufen worden. Keine Gewaltsamkeit war geschehen oder geplant; die anständige, ordentliche, politische Revolution hatte über den Gedanken des sozialrevolutionären Umsturzes durchaus gesiegt⁴⁵⁾. Das Vorparlament hatte sich damit begnügt, der Wegebereiter

für die zukünftige Nationalversammlung zu sein; es hatte diesem deutschen Parlamente vielerlei Anregungen und Wünsche gegeben — aber auch die politische Grundlage seiner Existenz. Das geschah durch die Annahme des merkwürdigen Antrages Alexander von Soirons, der zunächst nur bezweckte, die nach Ansicht der Mehrheit überflüssigen Beratungen über das veraltete Siebenerprogramm abzuschließen, der sich aber dann auswuchs zu einem bewußten Bekenntnis zur Volkssouveränität. Die Versammlung erklärte in ihrer Mehrheit ihr Einverständnis, „daß die Beschlußnahme über die zukünftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volk zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei“. Einzig und allein! Keine Vereinbarung also mit den Fürsten; der Glaube an das Parlament konnte keinen überzeugteren, machtvolleren Ausdruck finden. Wer die Vereinbarung mit den Fürsten wünschte, der war nun konservativ; der Soironsche Antrag zeigte, daß auch die Mehrheit sich parteimäßig differenzierte. Man kann diese Rechte, die sich in der Paulskirche ja verstärkt wiederfindet, die konservativen Konstitutionellen nennen; die Anhänger des Soironschen Antrages sind die revolutionären Evolutionisten, die Sieger der Märzrevolution, die Machthaber der Aprilrevolution, die von den Zeitereignissen Emporgetragenen, die die Zeit wieder verschlang — Heinrich von Gagern ist ihr Haupt, wenn auch nicht ihr Kopf. Ihr Kopf war Mathy. Heinrich von Gagern nennt in seiner Biographie Friedrich von Gagens seine Partei die „Reformpartei“, später die „monarchisch-parlamentarische Bundesstaatspartei“. Dann folgen die demokratischen Republikaner, geführt von Robert Blum, am weitesten links die republikanischen Sozialrevolutionäre. Heinrich von Gagern nennt sie die „demokratisch-sozialistische Partei“ oder die „republikanische, vielmehr sozial-revolutionäre Partei“^{45a}).

Vier Parteigruppen haben sich also schon im Vorparlament ausgeprägt. Unvertreten war hier der Militärabsolutismus und der Kommunismus. Vom Liberalismus stammten alle vier Gruppen des Vorparlamentes irgendwie ab — er bedeutete eine geistige Erbschaft, eine Gesamthaltung, die am folgerichtigsten wohl von den demokratischen Republikanern bewahrt worden ist. „Demokraten“ nannten die Zeitgenossen alle, die sie als konsequente Gegner von Absolutismus, Bürokratismus, Geld- und Titelpatriziat empfanden, ob das nun bürgerliche Verständigungsmänner oder rote Umstürzler waren. Die „Demokratie“ wurde als eine internationale Macht empfunden, häufig geradezu als eine Verschwörerclique, sachlich in ganz unzutreffender Weise. Die Ideen, die von der englischen, der amerikanischen und der französischen Revolution abstammten, waren internationales Bildungsgut, die Bewegungen selbst sind aus nationalem und lokalem Boden erwachsen. Der Begriffsinhalt der Bezeichnung „Demokrat“ hat sich ja sehr gewandelt; eine genaue Untersuchung fände hier eine schöne Aufgabe. Klarheit über die damalige Parteientwicklung ist nur zu schaffen, wenn wir uns entschließen, solche, möglichst zeitgenössischen, Bezeichnungen auf sie anzuwenden, deren geistiger Wert eindeutig und uns noch geläufig ist.

Es ist kein Zweifel, daß nach den Erfolgen der Revolution in Wien und Berlin der republikanische Gedanke einen entschiedenen Aufschwung nahm. Während der Tagung des Vorparlaments war die Stimmung der Galerie zeitweise bedrohlich genug. Der preußische Gesandte v. Bockelberg charakterisiert sie mit folgenden Sätzen: „Wir Tausende hier oben repräsentieren das Volk ebenso gut und mit mehr Recht als ihr hundert da unten, und wenn ihr das alte Bevormundungssystem nicht aufgeben wollt, so zwingt ihr uns zur Revolution, zur blutigen Revolution in den Straßen — und ihr sollt sie haben.“ Der alte Itzstein sagte nach Schluß des Vorparlamentes zu einem Darmstädter: „Aber Sie wollen in Darmstadt einstimmig keine Republik — nun, Sie werden sie doch haben, denn man wird sie Ihnen bringen, wenn Sie sie auch nicht wollen.“ Zitz prophezeite in derselben Zeit die Republik in vierzehn Tagen und bekämpfte in seinem Organ, der „Mainzer Zeitung“, das Ministerium Gagern mit Erbitterung⁴⁶).

Der „Nationalausschuß der Deutschen in der Schweiz“ hatte im Namen von 20000 in der Schweiz lebenden Deutschen dem Vorparlament eine von Biel, den 29. März datierte Erklärung zugestellt, in der es hieß: „Was allein Deutschlands Macht, Einheit und Freiheit begründen kann, ist die Herstellung einer einigen deutschen Republik.“ „Wir können nicht glauben, daß nach den schmachvollen Erfahrungen von mehr als dreißig Jahren, insbesondere nach denen der letzten Wochen, noch irgend jemand, mag er auch dem monarchischen Prinzipie noch so ergeben gewesen sein, über die totale Unhaltbarkeit dieser Institution im Zweifel sein kann.“ — „Ist auch nur ein Fürst nach Talent, Charakter und Antezedenzen geeignet, dem deutschen Volke irgendeine Garantie für seine Freiheit und Unabhängigkeit zu bieten?“ Die Antwort lautete: Keiner! „Und es ist nicht eine Faktion und mit ihr das Proletariat, wie man in Selbsttäuschung oft vorgibt, es ist das Volk, welches die Republik will.“ — „Ohne Republik ist dem wachsenden Proletarismus kein Einhalt zu tun — und doch ist es die dringendste Notwendigkeit, ihn aufzuheben.“ Der Aufruf schloß mit den Worten: „Deutschland über alles! Es lebe die deutsche Republik!“; er war von dem bekannten Kommunisten Johann Philipp Becker, dem Präsidenten des Zentralausschusses, unterzeichnet⁴⁷).

Das radikal-sozialistische Komitee in Lausanne hatte dem Vorparlament eine vom 26. März datierte Petition übersandt, in der es hieß: „Wir wollen keinen König, keinen Hofstaat mehr ernähren, wir wollen keine Republik, welche Reiche und Arme, Aristokraten und Radikale in ihrem Schoße ernährt — wir wollen die soziale Republik, die Christus vor achtzehn Jahrhunderten gegründet und gepredigt hat.“ Es war dann weiter Volkserziehung, das heißt öffentlicher Unterricht für alle Klassen, gestützt auf die moralischen Grundsätze des wahren Christentums, und Organisation der Arbeit verlangt, das heißt direkte Leitung der Arbeit vom Staate aus, damit jeder Arbeiter Beamter oder Angestellter des Staates sei und dadurch seine Existenz und die seiner Familie gesichert ist⁴⁷).

In einer Wiesbadener Petition an das Vorparlament vom 28. März war gegen eine „Erste Kammer“ Verwahrung eingelegt; aber Kommissare zur Auskunftserteilung wurden als erwünscht bezeichnet, ebenso ein verantwortliches deutsches Gesamtministerium; für den Vorsitz käme kein deutsches Fürstenhaus erblich in Betracht; wir glauben, hieß es, „daß der Präsident nach dem Muster der Gesamtverfassung der Vereinigten Staaten Nordamerikas nach einem gewissen feststehenden Turnus jedesmal frei zu wählen ist“.

Nach Beendigung der Beratungen des Vorparlaments verbreitete das „Comité der Republikanischen Gesellschaft“ in Wiesbaden ein vom 4. April datiertes Flugblatt, das den Titel: „Die wichtigsten Fragen der Gegenwart“ trug. Hier war wieder die Republik als die beste Staatsverfassung empfohlen — denn sie ist die „einfachste, zweckmäßigste und wohlfeilste“. „Wir sparen an Höfen, Fürsten, Ministern usw. 130 Millionen Gulden, an unnötigen Soldaten 220 Millionen Gulden.“ Das Glück von 50 Millionen Menschen sei wichtiger als das scheinbare Wohlbehagen von 33 Fürstenfamilien: „Dies ist die Wahrheit, ihr lieben deutschen Brüder. Blicket hin auf Tausende unserer Brüder aller Klassen, welche jährlich nach Nordamerika auswandern, die, sobald sie den ersten Tritt in jenes freie Land tun, zur Republik reif sind und, wie wir alle wissen, sich unter dieser Regierungsform glücklich preisen⁴⁸⁾.“

In New York selbst hatte sich unter den dortigen Deutschen ein „Deutscher Revolutionsverein“ gebildet, der auf die Einführung einer Republik in Deutschland einwirken wollte und zu diesem Zwecke durch sein publizistisches Organ, die „Schnellpost“, Personen anwarb und Geldsammlungen anregte. Am 17. April fand eine Generalversammlung statt, in der ein durchgearbeiteter Plan zur Errichtung einer deutsch-amerikanischen revolutionären Propaganda vorgelegt wurde⁴⁹⁾. —

Die Zeit war ja so überaus parlaments- und verfassungsgläubig. Der Glaube, durch eine echte Nationalvertretung notwendig schnell zur besten Staatsverfassung und damit zu einem gesunden öffentlichen Leben zu gelangen, beherrschte die Geister. Auch wer das Problem tiefer, von der gesellschaftlichen Seite faßte, betonte aus taktischen und propagandistischen Gründen in erster Linie die Verfassungsfrage. Dies ist auch bei Hecker der Fall.

Ein Demokrat im echten Sinne des Wortes war er schon lange nicht mehr. Volksführer aus ureigenster Natur, hatte er seine Neigung zu Gewaltstreichen und Terrorismus in den letzten Wochen der revolutionären Entwicklung zu wahrer Leidenschaft anwachsen lassen. Seine Erfolge verwöhnten ihn, peitschten ihn aber auch weiter. Man erwartete etwas Großes von ihm, seine Macht galt im deutschen Südwesten überaus viel. Schreibt doch selbst der preußische Gesandte v. Arnim in Karlsruhe am 24. März, Heckers Macht sei schon der Art, „daß er mit einem Worte, was vielleicht schon ausgesprochen ist, aus dem südlichen Deutschland und dem Elsaß, wo nach den neuesten Nachrichten die zahlreichen deutschen Fabrikarbeiter entlassen worden, ein Heer von mehr als 20000 ver-

zweifelter und fanatisierter Proletarier unter seinem Befehl vereinigen könnte . . .“ Hecker selbst neigte von Haus aus zur Renommage; nun nahm er schon in den letzten Märztagen den Mund recht voll und erzählte nach Arnims Bericht, wie er, von Ort zu Ort weiterziehend, „siegend und brennend, raubend und plündernd“, seine Haufen durch die ruinierten Einwohner vermehrend, über Polen nach Rußland ziehen und die Revolution bis in den Ural tragen wolle. Also halb ein Florian Geyer und halb ein Schinderhannes? Friedrich Hecker war der Mann des Tages, übte einen fast diktatorischen Einfluß aus und schüchterte allein durch den Ruf seiner Entschlossenheit und Willenskraft alle Welt ein — am meisten die badische Regierung.

Die Zersetzungserscheinungen im badischen Staate vermehrten sich in beunruhigender Weise. Ein Mannheimer Regiment befreite seine Militärgefangenen; beim Generalmarsch erschienen dreihundert Mann nicht, sondern blieben in den Bierhäusern und auf den Kammertribünen! Auf einer Soldatenversammlung wurde unter Heckers Leitung die Erhöhung der Löhnung auf sechs Kreuzer, die Einführung der Anrede „Sie“ und die Abschaffung der Ehrenbezeichnung gegenüber Offizieren beschlossen⁵⁰).

Starke Beruhigung ging tatsächlich von den in Thann, Mühlhausen und Schlettstadt entlassenen und über den Rhein nach Norden strömenden deutschen Fabrikarbeitern aus. Die französische Regierung war froh, dieser Arbeitslosen ledig zu werden, und die badische mußte sehen, wie sie mit den Leuten fertig wurde. Ein Erlaß des badischen Ministeriums des Innern vom 23. März bestimmte, daß nur einzelne, nicht ganze Trupps, hereingelassen werden sollten, ferner nur Unbewaffnete und Unverdächtige. Da war es aber offenbar schon zu spät. Es bildete sich in Karlsruhe ein Verein zur Unterstützung und Unterbringung dieser Leute⁵¹). Täglich trafen solche halbverhungerten Arbeiter ein und verübten Exzesse. In Mannheim wurde der Bahnhofsvorstand z. B. durch eine große Arbeiterschar zeitweise verjagt. In Karlsruhe demonstrierten die Arbeiter in Massen und verlangten Waffen. Die Bürgerwehr entschloß sich deshalb, ihre Patrouille ohne Waffen zu machen, damit sie ihr nicht abgenommen würden! Unter den Bauern verbreitete sich neue Unruhe. Auch sie waren sehr für Volksbewaffnung — denn so hofften sie alles, was sie sich an grundherrlichem Besitze angeeignet hatten, erfolgreich zu verteidigen. Auch für Preßfreiheit begeisterten sie sich — sie nannten nämlich den Exekutor den „Presser“ und verstanden unter Preßfreiheit die Befreiung vom Gerichtsvollzieher! Im Seekreis und im Schwarzwald sagten die Bauern, der gute Großherzog, der ihnen schon alle Abgaben an Staat und Grundherren geschenkt habe, werde ihnen nun gewiß auch die Republik geben⁵²).

Von der Schweiz und vom Elsaß überflutete die republikanische Propaganda das badische Land. Am 29. März erschien in Bern in den Zeitungen ein von Ludwig Seeger unterzeichneter Aufruf, in dem die allgemeine Volksbewaffnung in Deutschland als die Hauptaufgabe bezeichnet war. Dazu sollten reichliche

Geldbeiträge gegeben werden: „Vereinigen wir uns deshalb zur sofortigen Bewaffnung und militärischen Organisation aller, auch unserer unbemittelten Mitbürger⁵³⁾.“ In Bern, in Biel und in Basel wurden besonders eifrige Vorbereitungen getroffen. Der preußische Gesandte v. Sydow und der badische Ministerresident Baron Marschall reklamierten sowohl bei dem Vorort wie bei den Kantonen, bekamen aber vom Vorort die etwas gereizte Antwort, die Schweiz werde ihre Neutralität wahren und die Gebote des Völkerrechts ehren⁵³⁾, während der Kanton Schaffhausen der württembergischen Regierung erwiderte, die dortige Regierung werde, übereinstimmend mit einem vom Vorort gefaßten Beschlusse, verhindern, daß fremde Individuen sich dort zum Zwecke eines Einfalles in die benachbarten deutschen Staaten sammelten⁵⁴⁾. Bern erließ auch ein vom 5. April datiertes Dekret, das die Bildung bewaffneter Vereine zum Zwecke des Eingreifens in benachbarte Staaten verbot und bestehende derartige Vereine für aufgelöst erklärte. Es nutzte aber nicht viel. Die Grenzkantone mobilisierten Kontingente zur Verhinderung von Neutralitätsverletzungen⁵⁵⁾.

Am 26. März brachte die „Basler Nationalzeitung“ als erstes Blatt des Kontinentes Ferdinand Freiligraths Lied auf Schwarzrotgold, nachgedruckt aus der Londoner revolutionären Zeitung. Die rauschende Pracht dieser Verse war gemeint als Ruf zum Revolutionskampf und schlug jetzt so ein. „Noch steht bevor die letzte Schlacht“ — rief der Dichter; „Das ist noch lang die Freiheit nicht“ — hieß es da, von Strophe zu Strophe leidenschaftlich gesteigert: Petitionieren, Parlamentieren, Illuminieren! Dieser glühende Geist wollte durchaus nicht — „vor den Thronen stehenbleiben“.

„Die Freiheit ist die Nation,
Ist aller gleich Gebieten!
Die Freiheit ist die Auktion
Von dreißig Fürstenhüten!
Die Freiheit ist die Republik!
Und abermals — die Republik!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme!“

„Der große letzte Strauß“ — Freiligrath verkündete ihn — sollte um die Republik gehen und um alles, was der freie Volksstaat einem neuen Geschlechte bedeuten konnte. Dem Geiste dieses Liedes war kein leibhafter Mensch so tief verwandt wie Friedrich Hecker.

In Basel gab es damals 27000 Deutsche; kein Wunder, daß ihre Versammlungen Eindruck machten. Sie veranstalteten heimlich Waffenübungen, die deutsche Legion in der Schweiz wurde gegründet. Ein badischer Soldat forderte in aller Form zum Aufstand und Einfall in Baden auf: seine Kameraden würden nicht auf das Volk schießen⁵⁶⁾. Tatsächlich ist ein solcher Einfall geplant worden;

ein unter den Karlsruher Arbeitern verbreitetes Schweizer Flugblatt kündigte ihn auf den 3. April an⁵⁷⁾, man schob ihn aber auf, weil man die Proklamation der deutschen Republik in Frankfurt und in Baden abwarten wollte. Auf den ersten Ruf der provisorischen Regierung sollte dann der Einzug nach Deutschland erfolgen. Das war gegenüber den Schweizer Behörden das einfachste. Johann Philipp Becker in Biel und Schüler waren die leitenden Köpfe. Beckers Sekretär war Hattemer. Ihre Agitation verdient noch etwas nähere Betrachtung. Becker stand in Verbindung mit den Vertretern der Deutschen in Bern, Murten, Freiburg, Neuenburg, Vivis, Solothurn, Chaux-de-Fonds, Interlaken. Agenten und Briefe mit Programmen und Instruktionen gingen hin und her. Je hundert Einzeichner bildeten eine Kompagnie, je fünf Kompagnien ein Bataillon; die Oberste Leitung der „deutschen Legion in der Schweiz“ übernahm der Ausschuß oder Kriegsrat von sieben Mitgliedern, in dem neben im Sonderbundskrieg bewährten Offizieren auch Vertreter der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz saßen. Es gab zwei Arten von Mitgliedern — waffentragende und solche, die sich an der Verwaltung und Organisation beteiligten und Geldbeiträge stifteten. Die Kompagniechefs wurden durch die Wehrmänner selbst gewählt, die Stabsoffiziere und das Kriegskommissariat wurden durch den Zentralausschuß bestimmt. Geeignete Personen für Spezialwaffen (wie Artillerie, Train), Trommler, Ärzte, Rechtskundige sollten angegeben werden. Als Instruktoressen wurden auch Nichtdeutsche in Betracht gezogen. Als Kleidung war nur die blaue Bluse vorgeschrieben und ein Wachstuchkäppi in der Schweizer Form, dazu der Gürtel mit der Patronentasche. Diese Versammlungen, Beschlüsse und Aufrufe der deutschen Republikaner spielten sich in aller Öffentlichkeit ab. Die „Schweizerische Nationalzeitung“ vom Dienstag, dem 28. März, brachte z. B. in ihrer Beilage einen genauen Bericht über die Bieler Versammlung der „Abgeordneten der Deutschen“ vom 26. März. Auf dieser Versammlung, die sich mit dem Hoch auf die deutsche Republik trennte, wurde auch das Lied: „Rache“ vorgetragen von seinem Verfasser S.:

„Ein schwarzer Zug wallt langsam hin,
Wallt durch die Straßen von Berlin,
Zweihundert Tote führt der Zug,
Ein König ist's, der sie erschlug.
Rache!

Und bis das letzte Volk gesiegt,
Der letzte Thron zertrümmert liegt,
Der letzte Königsstamm verdorrt,
Bleibt dies der Völker Losungswort:
Rache!⁵⁸⁾“

Was sagten nun die Schweizer Behörden auf die Dauer zu diesen Vorgängen? Die Kantontregierungen duldeten im allgemeinen, was sie nicht hindern konnten

oder wollten. Der Kanton Bern etwa lehnte die Überlassung von Waffen zwar ab, tat aber nichts gegen die Waffenübungen der Deutschen — denn es handelte sich nur um „Wehrhaftmachung“. Der Kanton Waadt lieferte den deutschen Republikanern Gewehre zu sehr billigem Preise — 28 Gulden das Stück. In Basel war die Stimmung der Bürgerschaft durchaus gegen den Auszug der Republikaner nach Deutschland; man fürchtete hier Verwicklungen, womöglich Repressalien; die Regierung des Kantons fühlte sich aber zu schwach und zog vor, zu ignorieren, was jedermann sah und hörte⁵⁹).

Wie oben gezeigt, wußten seit Ende März alle Behörden Südwestdeutschlands, daß mit einem Einfall deutscher Republikaner aus dem Elsaß zu rechnen war. In Paris bestand, wie wir sahen, seit Mitte März die „Deutsch-demokratische Gesellschaft“, eine Gruppe von etwa achthundert deutschen Arbeitern; der Redakteur der „Brüsseler Deutschen Zeitung“, der bekannte Adalbert von Bornstedt, war bei der Entstehung besonders beteiligt — Georg Herwegh übernahm dann die Leitung, hauptsächlich um sie dem mit Recht als unzuverlässig geltenden Bornstedt nicht zu überlassen. Gegen Herweghs Leitung arbeitete dann, auch bei der französischen Regierung, Jakob Venedey, zum Teil aus gekränkter Eitelkeit. Herwegh war in der Tat denkbar ungeeignet für eine solche Führerstellung: ein Phantasiemensch, egozentrisch und empfindlich, von den Einzelheiten der praktischen Welt gelangweilt, immer innerlich angespannt, abwechselnd träumerisch schweigend, dann wieder heftig zufahrend und geneigt, auch das Kleinste despotisch zu bestimmen, schüchtern als Redner, beeinflußbar von jedem stärkeren Willen, haltlos und doch auch wieder eigensinnig — beherrscht schließlich in allem von seiner famosen, intelligenten Frau, deren Bewunderung für den großen Poeten aber auch keinen starken Revolutionsführer aus ihm machen konnte. Herwegh selbst neigte mit allen geistesaristokratischen Vorbehalten zum Kommunismus; Börnstein, Doll, Löwenfels standen dem Kommunismus mehr oder weniger nahe. Auch der junge Wilhelm Liebknecht war dabei. — Die deutschen Arbeiter dieses Trupps waren selbstverständlich mit sozialistischen und kommunistischen Ideen wohlbekannt. Unter dem Namen „Demokraten“ fanden sich auch hier alle oppositionellen, fürstenfeindlichen Elemente zusammen. Nach französischem Gesetze hatte jeder arbeitslose fremde Staatsangehörige den Anspruch, von der französischen Regierung Geldunterstützung bis zur Landesgrenze zu erhalten. Davon wünschten die deutschen Legionäre Gebrauch zu machen. Herwegh war aber äußerst bedenklich, eine Unterstützung von der französischen Regierung in Anspruch zu nehmen; der Revolutions-Landsknecht Otto von Corvin, ehemaliger preußischer Offizier, hatte weniger Skrupel. Die Summe, die an die beiden in Form eines Darlehens gezahlt wurde, war äußerst bescheiden, so daß die Legionäre bald in Verlegenheit gerieten. Die französische Regierung verfolgte dabei als Hauptzweck, lästige ausländische Arbeitslose loszuwerden — ernsthafte politische Pläne hat wohl kein Verantwortlicher mit der deutschen Legion verbunden. Unterstützt wurden von der

französischen Regierung alle Deutschen, auch Karl Marx empfing Geld für seine Kommunisten. Mehrere Schweizer, Polen, Italiener, Ungarn, einige Russen, ein Amerikaner und ein Türke schlossen sich der deutschen Legion an. Auch eine Anzahl Franzosen hatten sich eingeschmuggelt. Corvin gibt deren Zahl auf etwas über dreißig an⁶⁰). Außer den deutschen sammelten sich auch die polnischen Legionäre in Straßburg, an die 1500. Die Bildung einer polnischen Legion war von der französischen provisorischen Regierung im Gegensatz zur deutschen Legion amtlich gefördert worden. Seit Jahren gab es ja in Straßburg einen Stamm polnischer Emigranten, die fast alle von der französischen Regierung mäßig unterstützt wurden und sich mit diesen mehr humanitär als politisch zu wertenden Almosen kläglich durchschlugen. Ein höherer Offizier bekam 50, ein niederer 30, Subalterne 15 Franken monatlich! Die beständige Uneinigkeit der Polen bot ein trauriges Bild⁶¹). So war Straßburg ein politisch-revolutionärer Markt von eigenartigem Reiz. Unter den vielen Geschäftsreisenden der Revolution befand sich auch der ehemalige Göttinger Privatdozent und Revolutionsführer von 1830 Rauschenplatt, der nun als Agent der badischen Regierung Herwegh beobachtete, aber in dem nicht unbegründeten Verdacht stand, sich als Doppelspion zu betätigen⁶²).

Herwegh rechnete zusammen mit den Polen auf ein Korps von 4—5000 Mann. Köln, Frankfurt, Mannheim, Konstanz sah er als die Hauptpunkte für den Angriff an⁶³). Die Straßburger Behörden wollten instruktionsgemäß keinen Einfall nach Baden dulden und verhandelten mit dem Karlsruher Ministerium über den Abtransport der Flüchtlinge. Der Gedanke war, sowohl die Polen wie die Deutschen zu entwaffnen; die Polen sollten in Abteilungen von 40 Mann nach Mannheim übergeführt, rheinabwärts nach Köln verschifft und über Danzig nach Posen und Galizien gebracht, die Deutschen möglichst schnell durch Baden nach ihren betreffenden Heimatländern transportiert werden. Natürlich arbeiteten die badischen republikanischen Führer, Fickler an der Spitze, gegen eine solche Lösung. Fickler erschien selbst in Straßburg, um sich dieser Hilfstruppen zu versichern⁶⁴). Er kam gerade von Achern, wo er auf der Volksversammlung vom 2. April Vertreter der deutsch-republikanischen Legionäre aus Frankreich vorgestellt und zuerst die Republik verkündet hatte. Es ist kaum begreiflich, daß die badische Regierung die Zusammenarbeit mit der französischen nicht fertigbrachte und den Aufstand, von dem alle Welt sprach, auf diese Weise verhinderte. Die badischen Kommissare boten der von Herwegh geführten Freischar in Straßburg freie Eisenbahnfahrt und ausreichende Reiseunterstützung an, wenn sie sofort einzeln, friedlich, durch den Taufzettel ausgewiesen, in ihre Heimat heimkehren wollten. Sie lehnten trotzig alles ab: Wir haben nicht die weite Reise von Paris gemacht, um nunmehr im Augenblicke der Verwirklichung unserer Pläne alles feige aufzugeben! — war die Antwort. Der Straßburger Präfekt Lichtenberger schlug ihnen jede Waffenlieferung ab, die ihnen angeblich französische Behörden in Paris zugesagt hatten, und erklärte, er werde ihren

weiteren Aufenthalt im Departement nicht dulden und sie nötigenfalls mit Waffengewalt zur Weiterreise zwingen. Sehr vernünftig war das Verlangen Herweghs, mit seinen auf tausend Mann geschätzten Freischaren auf Bundeskosten nach Schleswig-Holstein gebracht zu werden. Leider hatte die dortige provisorische Regierung Bedenken, und auch der preußische Gesandte v. Arnim äußerte zum badischen Minister v. Dusch, die preußischen und andern deutschen Hilfstruppen genügten vollkommen⁶⁵). Der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff bekam von Berlin die Weisung, aufs entschiedenste dagegen zu arbeiten. „Man bedarf weder eines solchen Zuzugs, noch wünscht man ihn“, hieß es da, es seien genug Streitkräfte im Lande — eine notorische Unrichtigkeit! — die Herzogtümer seien schon für ihren Unterhalt hinreichend in Anspruch genommen⁶⁶).

Herwegh und seine Leute hätten wahrscheinlich im Kriege gegen Dänemark gezeigt, daß ihre republikanische Begeisterung zum besten Teile ehrlicher deutscher Patriotismus war. Herwegh verhandelte dann in Basel — aber die Schweizer Behörden wollten seine Leute nicht hereinlassen. Der eidgenössische Oberst Frey gab darüber dem preußischen Gesandten v. Sydow bindende Erklärungen ab⁶⁷). So mußte Herwegh, gehetzt und bedrängt, doch irgendwie versuchen, vom Elsaß über den Rhein nach Baden zu kommen⁶⁸).

Als die Kommissare des Fünfziger-Ausschusses am 15. April in Straßburg anlangten, waren keine deutschen Arbeiter mehr da; der erste Trupp von 250 war am Tage zuvor in der Richtung nach Basel abgezogen. Weitere wurden erwartet. Venedey schildert die Lage in seinem Briefe an Soiron vom 16. April, Straßburg, wie folgt: „Herwegh scheint uns bereit, sich so gut als möglich aus einer für ihn fatalen Lage ziehen zu wollen. Er sagt, sie würden nur nach Konstanz gehen, wenn man sie dazu auffordere. Sie haben hier nur für ein paar Tage Geld, und von der ersten Kolonne (250) liegen acht im Hospital . . . Die französische Regierung hier benimmt sich so gut als möglich.“ Die Kommissare des Fünfziger-Ausschusses. Venedey und Spatz ließen von einer Proklamation an die deutschen Arbeiter 3000 Stück drucken und verteilen⁶⁹).

Am 19. April meinte der preußische Gesandte v. Arnim: „Heckers Unternehmen ist nicht so toll, wie es scheint. Die grenzenlose Feigheit und Schwäche der großherzoglichen Regierung drängt auch viele Wohlgesinnte, die am Großherzog hängen, auf seiten der Heckerschen Republik⁷⁰).“

*

Und doch mißlang der Putsch! Baden war durch die Volksvereine mehr als irgendein anderes deutsches Land politisch erweckt, organisiert und in ständiger Bewegung gehalten, seit Wochen. Der Zentralausschuß mit Hecker an der Spitze war viel mächtiger als die Regierung. Überall fanden Volksversammlungen statt, bei denen die konstitutionellen Monarchisten in die Rolle einer beinahe konservativen Opposition zurückgedrängt wurden. „Die Commis voyageurs der

Revolution in jakobinischem Modekostüm, in blauen Kitteln, Schlapphüten und ungeheuren roten Halsbinden tauchten jetzt auf einmal zahlreich auf und halfen den Ton angeben“, schreibt ein sehr kundiger Zeitgenosse⁷¹).

Die Beamten waren fast ohne alles Ansehen. Der Amtmann von Sulzfeld (bei Bruchsal) mußte etwa zusehen, wie das dortige Schloß des Freiherrn v. Göler geplündert und demoliert wurde. Eine Schwadron und eine Kompagnie Soldaten langten an, als alles zerstört war. Überall bekamen die Soldaten unentgeltlich Bier, Fleisch und Tabak; woher das Geld dazu kam, wußte keiner — die Wirkung konnte nicht ausbleiben⁷²). Der tief eingeschüchterte Großherzog wurde in seiner Hilflosigkeit und seinen dunklen Befürchtungen durch den Markgrafen Wilhelm und den Fürsten Fürstenberg nur bestärkt⁷³). Am 11. März meldete die Karlsruher Zeitung aus dem Schwarzwalde, daß schuldige Zahlungen in brutalster Form verweigert wurden: „Jetzt zahlen wir nicht mehr“ — so werde dort der Freiheitsgedanke aufgefaßt⁷⁴). Einige Bürgermeister, so die von Donaueschingen und Engen, erließen in ihren Amtsblättern die Aufforderung, daß die beim Militär befindlichen Ortsangehörigen sofort nach Hause kommen sollten, um in der Bürgerwehr ihrer Dienstpflicht zu genügen⁷⁵). In Karlsruhe verlangten die Arbeiter der Keblerschen Fabrik Waffen, um eine eigene Legion zu bilden⁷⁶).

Zu Mannheim zum Beispiel bildete sich außer der Bürgerwehr unter Sigels Führung ein Korps Freiwilliger, das der Sammelplatz „exaltierter junger Leute und kommunistischer Arbeiter“ wurde. Das Gasthaus zum Weinberg war das Hauptquartier dieser „Anarchisten“: die Besitzlosen wurden da etwa in so naiver Weise aufgestachelt, daß man jedem Proletarier ein Vermögen von 5000 Gulden versprach⁷⁷). In Donaueschingen, einem Hauptsitz der revolutionären Propaganda, fand am 6. April eine bewaffnete Versammlung statt, auf der die Entsetzung der Brüder des Großherzogs von ihren Militärstellen, die Entfernung des Ministeriums, die Verschmelzung der Linie mit der Bürgerwehr augenblicklich gefordert wurde — die Masse werde bewaffnet nach Karlsruhe ziehen, wenn nicht nach dreimal 24 Stunden alles erfüllt wäre. Eine Deputation der Donaueschinger Versammlung, ein Dutzend junger Burschen in Blusen und Pelzkappen, unter Führung des jungen Welcker wurde vom Großherzog in Audienz empfangen: sie verlangten außerdem noch engen Anschluß an Frankreich und drohten mit dem offenen Aufstand; man habe die Familie des Fürsten von Fürstenberg als Geisel. Der sonst so ängstliche Großherzog sagte kalt, er gäbe auf solche Forderungen gar keine Antwort — die Sache würde auf verfassungsmäßigem Wege erledigt —; er habe in der letzten Zeit mancherlei erfahren — eine solche Sprache sei ihm noch nicht vorgekommen⁷⁸). Am 7. April beschwerten sich Brentano, Hecker und Itzstein in der Kammer über die militärischen Maßnahmen. Minister Bekk antwortete scharf, er und Mathy wußten mehr, als sie sagten. Alles stand also auf Kampf.

Hecker aber zögerte. Er schien seit Frankfurt nicht mehr der alte, er war überanstrengt, körperliches Leiden hat sicher eingewirkt. Täglich kamen Hunderte

von Briefen an ihn, die verlangten, daß er losschläge. Er glaubte wohl, in Frankfurt den geeignetsten Augenblick verpaßt zu haben, und sah sich nun so weit vorwärtsgeschoben, daß er nicht mehr zurück konnte. Gern hätte er eine bessere Stunde abgewartet. Fickler, der derbere und gerissener, der den Seekreis organisatorisch wirklich in der Hand hatte, drängte schon lange voll Ungeduld. Da erfolgte ein unerwarteter Schlag, gerade gegen ihn; Karl Mathy, selbst nur Abgeordneter wie Fickler, ließ ihn am Morgen des 8. April auf dem Bahnsteig in Karlsruhe als Hochverräter verhaften. Das Hofgericht in Bruchsal hatte wegen der Vorgänge in Achern eine Untersuchung gegen Fickler angeordnet. Mathy und Fickler waren Duzfreunde aus alter, schwerer Verfolgungszeit, sie waren sich politisch und menschlich verpflichtet; Mathys Tat, die Tat des freiwilligen Büttels gegenüber einem Wohltäter, wurde von vielen als unschön empfunden, so klug und politisch richtig sie auch von Mathys Standpunkt aus war. Die Konstanzer drohten zornig dem Ministerium und warnten vor den Folgen dieser Gefangennehmung — aber ihr Mann, ihr Fickler hockte nun in sicherem Gewahrsam in Karlsruhe und war nicht zu ersetzen. Friedrich Hecker sah, daß er sich entschließen mußte. Wäre Fickler nicht verhaftet worden, hätte er vielleicht in diesem Augenblick gar nichts getan; nun konnte er der nächste sein, der festgenommen wurde, und so verließ er am Morgen des 9. April Mannheim, reiste über die Pfalz, das Elsaß und die Schweiz nach Konstanz; Familie und bürgerliche Stellung lagen hinter ihm, die deutsche Republik glaubte er unmittelbar vor sich zu sehen.

Im badischen Volke, das zum Teil ja gut dynastisch war, ging das Gerücht, Friedrich Hecker sei der Bruder Kaspar Hausers und eigentlich der echte Erbe des Landes⁷⁹⁾. Und dadurch bekam sein Kampf einen Anschein alten Rechtes und damit nun vollends einen romantischen Reiz, der bis heute noch nicht ganz verblaßt ist; magische Gewalt geht in der Geschichte nur von wenigen aus — Hecker gehört nun einmal zu ihnen. Einer Partei oder Gruppe ihn einzuordnen, wäre unrecht. Er war eine Partei, eine Kraft für sich, ganz unbürgerlich jedenfalls, fernen dunkeln Zielen von seinem Dämon zugetrieben — am Gegenwärtigen und Möglichen gemessen gewiß nicht mehr, aber auch nicht weniger, denn ein edler Tor.

Hecker, der Oberst der Mannheimer Bürgergarde, verließ seine Stadt? Schon das war der Beginn der Niederlage. Wenn er von Mannheim aus, wenn Fickler gleichzeitig von Konstanz aus losgeschlagen hätte, gegen die Karlsruher Residenz, dann wurde aus dem Putsch vielleicht eine Revolution. Mannheim, aber gerade Mannheim hatte ihm die kalte Tatkraft Mathys weggenommen. Vom Rathaus in Mannheim rechtfertigte der sich gegenüber einer tobenden, drohenden Menge wegen Ficklers Verhaftung. Er beschuldigte Fickler der Verbrüderung mit Deutschen und Ausländern im Ausland — Fickler war ja in Straßburg gewesen; Mathy erklärte, selbst auf Gefahr seines Lebens die Verhaftung Ficklers sogleich noch einmal vornehmen zu wollen. Sicher hat Mathy in diesen Stunden sein Leben eingesetzt, aber er gewann seine Partie. Hecker setzte sein Leben ein und verlor.

In Konstanz fand Hecker seinen Freund Struve, den ehemaligen preußischen Leutnant Willich, den württembergischen Abgeordneten Mögling. Die Stimmung war kühl und skeptisch. Ficklers Verhaftung entmutigte die bewährtesten Propagandisten. Von allen Seiten wurde abgeraten. Hecker liebte Ratschläge schon nicht, er war von jeher eigensinnig; nun meinte er, es ginge nicht mehr anders, er entschied fürs Losschlagen. Am 12. April erschien der Aufruf Heckers und Struves im Namen der „provisorischen Regierung“ an die Ämter des Schwarzwaldes und des Seekreises: am 14. April sollten sich alle waffenfähigen Männer in Donaueschingen versammeln; „der Augenblick der Entscheidung ist gekommen; Worte können uns unser Recht und unsere Freiheit nicht erobern.“ Ein näheres Programm sollte in Donaueschingen entwickelt werden. Der Aufruf ist merkwürdig dünn und nichtssagend; dem entsprach die Wirkung. Hecker hatte auf einen Triumphzug gerechnet. Als er am Morgen des 13. April aus Konstanz losmarschierte, folgten seinem Trommler noch keine sechzig Mann. Er trug den Schlapphut mit der Hahnenfeder, hohe Stiefel, Pistolen im Gürtel, die blaue Bluse; wer irgend konnte, uniformierte sich ähnlich. Auf den Straßen von Paris, im Schweizer Sonderbundskrieg hatte man schon solche Kleidung gesehen. Die Schweizer Freischarenzüge waren überhaupt das Vorbild von Heckers republikanischer Schilderhebung. Auch dort war mancher Trupp ausgezogen, der zum Heerhaufen anwuchs. Die Stimmung war aber gegen Hecker. Im Seekreis kannte man ihn nicht so gut wie im Unterland; viele Bauern wiesen Hecker ab mit der Begründung, die Feldarbeit erlaubte ihnen nicht, ihm zu helfen, und gerade auf die derbe Kraft des Landvolks hatte er gerechnet, viel mehr als auf weichliche Städter⁸⁰). Kaltes Regen- und Schneewetter hatte eingesetzt; die Märzsonne der Revolution schien nicht mehr. Man stand vor Ostern. Das waren alles vielleicht kleine Momente, sie summierten sich aber. Das Wichtigste, Politische war aber der Glaube an das Parlament. Die wahre und echte Nationalversammlung sollte ja nun kommen und alles entscheiden; darauf hatte man sich in Frankfurt geeinigt, und darauf vertraute zumeist der einfache Mann. Die badische Regierung arbeitete stark mit dem Parlamentsgedanken — schon Ende März erließ sie Verordnungen über die Wahlmänner. Hecker war tief enttäuscht: er fand Apathie und Skepsis statt eines patriotischen, freiheitlichen Sturmes. Sein Haufe wuchs trotz des Flüsterns der „Bedenklichkeitsmenschen“ immerhin auf 800 Mann. Das Unternehmen aufzugeben — daran konnte er nicht denken. In Donaueschingen spielten sich in diesen Tagen wunderliche Vorfälle ab. Schon gleich nach der Offenburger Versammlung am 19. März hatte die württembergische Regierung in Karlsruhe ihre Bereitschaft zu militärischer Hilfe erklärt und auch ihren Generalquartiermeister Oberst v. Baur dorthin entsandt, um Fühlung zu nehmen. Zwei Bataillone Infanterie wurden auch in Bereitschaft gesetzt — bei den bedrohlichen inneren Verhältnissen Württembergs schien mehr nicht möglich. Als sich aber die Lage Anfang April verschärfte, wurden mehrere Regimenter unter General v. Miller in Rottweil vereinigt; am 3. April langte das Ersuchen der badischen

Regierung um Hilfe an, zwei Bataillone Infanterie und vier Schwadronen Reiterei erhielten den Befehl, in den Schwarzwald zu rücken. In Donaueschingen entstand aber die größte Aufregung wegen dieses Anmarsches. Die Bürgerwehr erklärte, den Einfall ausländischer Truppen nicht dulden zu wollen; man glaubte den Plan zu erkennen, jede Reformbewegung zu unterdrücken. Vom Ersuchen der badischen Regierung hatte niemand eine Ahnung: eine Deputation, der Bürgermeister und Fürst Fürstenberg an der Spitze, forderten den württembergischen General v. Miller auf, vom Einmarsch abzustehen. Er tat es, und der König von Württemberg schäumte vor Zorn. Am 7. April schrieb auch der „Bezirksausschuß der vaterländischen Angelegenheiten“ in Donaueschingen, also ein Lokalkomitee revolutionären Ursprungs, an den Fünfziger-Ausschuß, die württembergische Besetzung werde ein schweres Blutbad zur Folge haben, sie sei gegen die freiheitlichen Bestrebungen „Teutschlands“ gerichtet — wenn sie auf Grund eines Bundesbeschlusses geschehen solle, müsse dieser unverzüglich zurückgenommen werden⁸¹).

Nun erschien aber Struve in Donaueschingen, ein paar hundert Freischärler sammelten sich. Hecker kam mit seinen Leuten an. Die Situation hatte sich völlig gewandelt — die fürstlich Fürstenbergische Familie floh, die Bürger von Donaueschingen sahen der roten Revolution ins Antlitz. Wiederum erschienen städtische Abgesandte bei General v. Miller, diesmal aber mit der dringenden Bitte, die Stadt von der Freischärlerplage zu befreien. Die Kolonnen setzten sich in Marsch; da fuhr ein Mann in einer Postkalesche eilig heran und stellte das energische Ersuchen, den Marsch zu verzögern, um unnötiges Blutvergießen zu verhindern. Es war Struve, dem es tatsächlich gelang, die Württemberger so zu verblüffen, daß sie die Freischärler ruhig abziehen ließen⁸²). Und so marschierten Hecker und Struve ungehindert weiter durch den hohen Schwarzwald. In Bernau trafen mit Hecker die Kommissare des Fünfziger-Ausschusses Venedey und Spatz zusammen; sie boten volle Amnestie an, wenn er die Waffen niederlegen wollte. Da fühlte sich nun Hecker als Kämpfer und Freiheitsheld gegenüber solchen Papier- und Tintenmännern; er trieb seinen derben Spaß mit den beiden und glaubte nun erst recht an seine Tat. Venedey und Spatz hatten Hecker in Konstanz und Donaueschingen gesucht und, da sie ihn nicht fanden, ein Schreiben an ihn entworfen, dessen Konzept in den Akten des Fünfziger-Ausschusses erhalten ist. Es gibt wohl genau das wieder, was sie ihm dann mündlich gesagt haben. Der Appell der Demokratie an den Sozialrevolutionär konnte nicht eindringlicher gefaßt werden: „Wir verfolgen das Ziel, ein einiges freies Deutschland auf der breitesten Grundlage der Volksfreiheit und des Volksglücks herzustellen. Das Vorparlament hat die Durchführung dieses Werkes der konstituierenden Versammlung überlassen, die am 1. Mai zusammentreten soll. Sie muß eine gute werden, wenn alle Freunde des Volks und Vaterlandes in ihr vertreten sind. Sehen wir mit Vertrauen ihrer Entscheidung entgegen und beweisen wir zum voraus unsere Achtung vor dem freien Volkswillen dadurch, daß wir selbst unsere persönlichen Wünsche und

Ansichten ihm unterordnen.“ Das war sehr ehrlich und sachlich — aber zünden konnte es kaum. Nach der ergebnislosen Unterredung mit Hecker erließen Venedey und Spatz einen Aufruf, datiert Lenzkirch, den 18. April, in dem sie die Bürger Badens beschworen, — „bei euerm Gott und euerm Vaterlande“ — sich in keiner Weise an Heckers Unternehmung zu beteiligen; der Bürgerkrieg stelle die Nationalversammlung am 1. Mai in Frage⁸³).

Während Heckers Trupp überwiegend aus jungen Leuten, Handwerksburschen, Fabrikarbeitern und Bauernknechten bestand, hatte Sigel mit der nüchternen Umsicht des Berufsoffiziers nun doch noch die Konstanzer Bürgerwehr zum Ausmarsch gebracht; sein Haufen — die Seekolonne — war der stattlichste und stieg mit den Zuzüglern auf 3000 Mann; hier wurden auch zwei Kanonen mitgeführt. Die dritte, die sogenannte Rheinkolonne, war durch den Postwirt Weishaar von Lottstetten zusammengetrommelt und trug ausgesprochen bäuerlichen Charakter. Weishaar war in Offenburg in den Landesausschuß gewählt worden — eine prächtige Figur, als angesehener und vermögender Bürger das Vorbild für viele seinesgleichen. In den drei Haufen war also das Proletariat, der bürgerliche Mittelstand und das bäuerliche Element jeweils vertreten; die Gesamtzahl der Freischärler ist bei dem ständigen Ab- und Zuzug schwer zu schätzen, kann aber mehr als 6000 Mann keinesfalls betragen haben. Wäre es gelungen, diese Leute alle auf einem Fleck zusammenzubekommen, so hätte das starken Eindruck auf die Bevölkerung gemacht, und der Erfolg hätte sich wahrscheinlich schnell gesteigert. Aber hier versagte nun die Führung vollkommen. Heckers Botschaften, die die Sammlung befahlen, kamen nicht an; Zwangsmittel, doch zum Ziele zu kommen, fielen ihm nicht ein. Sein Befehl, die Brücken zu sprengen, wurde nicht befolgt. Keiner der Führer besaß genügend Überblick und kaltes Blut, um aus den Haufen wirklich eine Revolutionsarmee zu machen; Sigel, der einzige, der dazu imstande gewesen wäre, hatte nicht Einfluß genug. Hecker und Struve stritten sich oft. Weishaar verlor bald die Lust an dem Unternehmen. Jeder operierte schließlich für sich. Das Unbegreiflichste ist aber wohl, daß Hecker zweimal das Angebot Herweghs, mit seiner deutschen Legion vom Elsaß her zu ihm zu stoßen, ablehnte. Herweghs tapfere Frau Emma überbrachte die Botschaft. Aber Hecker glaubte auch an die Legende, Herweghs Freischar bestünde zum großen Teil aus Franzosen und Polen, und die wollte er natürlich nicht über den Rhein rufen.

In Konstanz und an mehreren Orten des Seekreises war nun die Republik proklamiert worden; die badische Regierung hatte einen früher oppositionellen und verfolgten Beamten Peter als Regierungsdirektor dorthin geschickt, weil sie von dieser Persönlichkeit sich viel versprach; Peter ließ sich aber freiwillig-unfreiwillig zum Statthalter der Heckerschen Republik küren, um schon einen Tag später nach der Schweiz zu fliehen. In Offenburg erklärte der revolutionär gesinnte Gemeinderat seine Sympathie mit dem Aufstand, weil er damit rechnete, daß Herwegh in der Nacht über den Rhein käme. Da der aber den Übergang nicht

bewerkstelligen konnte, sagten sich die Offenburger wieder von der Republik los. Truppen ließen sie aber nicht in die Stadt — sie prophezeiten sonst ein furchtbares Blutbad⁸⁴). Sie hatten sich also gewissermaßen neutral erklärt.

Die badische Regierung war um die beschleunigte Mobilmachung des achten deutschen Armee-korps bemüht, die schon am 26. März vom Bund beschlossen wurde; am 5. April rückten hessische Truppen ein. Württemberg und Bayern zeigten sich gleichfalls hilfsbereit. Der badischen Regierung schien das sehr bald zu viel; sie hätte gern den Aufstand möglichst aus eigener Kraft und möglichst unblutig beschwichtigt. Als die Württemberger im Seekreis erschienen, war der Empfang kühl; die badische Regierung hatte es auch hier unterlassen, die Behörden und Gemeinden von dem Einmarsch rechtzeitig in Kenntnis zu setzen⁸⁵). Und wenn ein Teil der hessischen Truppen in Rastatt zu meutern anfang — mit gefälltem Bajonett verweigerten Soldaten den Offizieren Gehorsam! — so schien die Hilfe auch nicht groß⁸⁶). Das besserte sich dann. Eine schwere Enttäuschung bereitete dem Ministerium Dusch die französische Regierung. Sie hatte die Lieferung von Gewehren versprochen und zog jetzt das Versprechen zurück. Nun ließ Baden in England 30 000 Stück ankaufen. Der Eindruck überwog, daß Frankreich die Verlegenheiten des Nachbars nicht ungern sah⁸⁷). (Vgl. oben S. 343.)

In Frankfurt wurde der Gedanke eines Parlamentsheeres erörtert, aber nicht verwirklicht. Venedey und Spatz schrieben aus Basel am 16. April an Soiron: „Unser Plan ist einfach, die Republik dort (in Konstanz) wieder abzuschaffen, und zwar im Namen des Parlaments. Wir werden alles zu dem Ende versuchen, und ich hoffe, es soll mit Gott schon gehen . . .“ „Aber während wir den Feind in den Rücken nehmen, müßt ihr ihn beim Kopf fassen. Ein Parlamentsheer muß unmittelbar organisiert werden. Die Welt muß unsern Ernst sehen, sonst ist die Sache verloren! Der Ruf Republik wird jetzt durch ganz Deutschland gehen, wenn wir ihm nicht den andern Ruf: ‚Freiwillige vor fürs Parlament!‘ entgegen-setzen⁸⁸).“

Schweres Kopferbrechen machte es der badischen Regierung, wen sie an die Spitze der Truppen setzen sollte. Ein Prinz kam nicht in Frage, weil man einem Mitglied eines regierenden Fürstenhauses nicht zumuten wollte, gegen Inländer zu fechten. Zufällig befand sich nun Heinrich und Max von Gagerns ältester Bruder, der holländische General Friedrich von Gagern, auf Urlaub in Deutschland — der Begabteste der Familie, eine Persönlichkeit von wirklich umfassender und tiefer Bildung. Der Name Gagern hatte in den Wochen der Revolution einen Zauber bekommen, dem sich niemand verschloß. Konnte man nicht die Magie des Namens Hecker durch den Namen Gagern bannen? Friedrich von Gagern galt auch als Stratege viel — die Aufgabe, die Revolution niederzuschlagen, schien zunächst schwieriger, als sie wirklich war. Buhl und Soiron, die mit umfassenden Vollmachten für Baden ernannten Kommissare des Fünfziger-Ausschusses, haben die Ernennung bei der badischen Regierung mit besonderer

Lebhaftigkeit betrieben; sie erfolgte am 13. April. Gagern wurde als Stellvertreter des Markgrafen Maximilian von Baden mit dem Rang eines Generalleutnants an die Spitze der badischen Division gestellt. In der breiten Öffentlichkeit war die Wirkung besser als in den Kreisen, auf die es besonders ankam. Viele badische Offiziere drohten mit Dienstaustritt — es war ja auch wirklich ein Armutszeugnis für die badische Truppe, daß sie nun keinen geeigneten Offizier für die Führung haben sollte. Die württembergischen Offiziere erklärten, ihr König werde keinesfalls seine Truppen unter Gagerns Oberbefehl stellen. Die Republikaner protestierten dagegen, daß man einen Ausländer kommen lasse, um sie zu unterdrücken. Für Gagern selbst war die Lage durchaus schwierig; er übernahm die badische Division ohne Urlaub, legte das Rückberufungsschreiben des Königs der Niederlande uneröffnet beiseite, überzeugte, sich seinem alten Vaterlande nicht entziehen zu dürfen, und machte sich nun, ohne Kenntnis der Offiziere und des Terrains, an eine doch recht schwere Aufgabe. Die Bundesversammlung, in der ja auch der niederländische Gesandte saß, stellte eine Art Zeugnis aus, daß auch sie die sofortige Übernahme des Kommandos durch General v. Gagern in dem Interesse des Schutzes des Südwestens von Deutschland für wünschenswert hielte. Damit war immerhin eine gewisse Rechtsgrundlage gewonnen⁸⁹⁾. Friedrich von Gagern sollte in bürgerlicher Kleidung als eine Art „Bürgergeneral“ kommandieren; er trug tatsächlich im Felde einen Ordonnanzsäbel über der Bürgerkleidung, dazu eine leichte Mütze⁹⁰⁾. Es entsprach der außergewöhnlichen Lage Friedrich von Gagerns, daß er sich persönlich stark exponieren und baldmöglichst einen durchschlagenden Erfolg erringen mußte.

Am 15. April noch war die Stimmung in Karlsruhe so unsicher, daß die Mehrheit der Kammer nicht den Mut fand, in offener Sitzung die Ermächtigung zur Verhaftung Heckers auszusprechen. Man dachte eben: wenn Hecker siegt, dann sind wir nicht verantwortlich; siegt die Regierung, dann ist Heckers Verhaftung selbstverständlich. Aber schon am 17. April sprachen Brentano, Itzstein und andere Republikaner das Verdammungsurteil über ihren Freund Hecker aus — weil sein Mißerfolg deutlich war. Es konnte an der vollzogenen Wendung kein Zweifel bestehen; man merkte es auch daran, daß diejenigen badischen Orte, die am heftigsten gegen fremde Truppen protestiert hatten, jetzt am dringendsten um Schutz flehten⁹¹⁾. „Die schwächlichen Lebenszeichen, welche die Regierung endlich gegeben, haben hingereicht, der Ordnung und dem Gesetz wieder Geltung zu verschaffen“, schreibt der preußische Gesandte von Arnim am 17. April. Auch er erteilt Mathy das größte Verdienst zu; Mathy trat jetzt als Staatsrat in die badische Regierung ein.

Nach Heckers Niederlage ist es sehr schnell üblich geworden, sein ganzes Unternehmen als eine Farce hinzustellen. Die Spottsucht nachher war ebensogroß wie die Angst vorher. Wir sehen heute die Dinge ganz anders an. Hecker war ein Volksführer, aber kein Stratege, ein begnadeter Redner, aber kein politischer Taktiker; das Stärkste an ihm war bis zuletzt sein Glaube an sich: er dachte, die

badischen Truppen auf seine Seite zu bringen und damit den Sieg doch noch zu gewinnen. In Mannheim hatte er ja gute Erfahrungen mit den Soldaten gemacht — warum sollte das nun nicht auch beim ersten Zusammentreffen gelingen? Er wollte keinen Bürgerkrieg — er wollte eine sieghafte Revolutionslawine. Hecker war ein Illusionist, aber er war sehr mutig; er war ein sozialrevolutionärer Träumer, er arbeitete nur mit anständigen Mitteln, beinah mit zu anständigen. Er lehnte jeden Terror ab, tat nichts gegen notorische Spione, verhandelte mit allen Beamten gütlich und friedlich, litt unter Geldmangel und wußte sich nicht zu helfen, befahl, nur gegen Barbezahlung von der Bevölkerung etwas zu nehmen, ließ gefangene Soldaten samt ihren Pferden großmütig wieder frei und hoffte durch all das die Herzen zu gewinnen. Es war ja seine Eigentümlichkeit, Anhänger und nun gar begeisterte Frauen und Mädchen, die mehr für seine Sache übrig hatten wie die Männer, schlechter zu behandeln als Gegner. Er war eben doch kein Räuberhauptmann, er war kein blutiger, sondern ein humaner Revolutionär — er war im Grunde nicht viel mehr als ein Rechtsanwalt mit einem goldenen Herzen und einem langen Bart.

Hecker hatte ganz recht, wenn er die badischen Truppen für unsicher hielt; General v. Gagern verteilte die hessischen Soldaten so, daß sie überall zuerst standen und die badischen erst hinterher kamen; so wurden sie der Einwirkung der Freischärler entzogen. Wiederholt zeigten sich die badischen Truppen sehr passiv; bei Kandern schossen sie mit Absicht in die Luft. Auch bedrohten die badischen Truppen die Hessen, daß sie bei der nächsten besten Gelegenheit auf sie schießen würden, um Rache zu nehmen für das viele Leid, das die Hessen ihren Brüdern angetan hätten⁹²). In Achern weigerte sich auch die Bevölkerung, zwei Kompagnien Hessen Quartier zu geben, so daß die Soldaten im Freien kampieren mußten⁹³).



Auf der Scheidegg bei Kandern, am 20. April, erfolgte der Zusammenstoß von Gagers Truppen mit Heckers Freischar. Hecker hatte sich das Zusammentreffen mit dem Militär seit Tagen gewünscht — er wollte viel mehr als es besiegen: er wollte es durch die Macht seiner Person und Rede für seine Sache gewinnen. Friedrich von Gagern hatte genau denselben Gedanken; auch er hatte seine Macht über Menschen schon manchmal bewährt; auch ihm war der Lorbeer des Politikers, der Irrende überzeugt, lieber als der blutige Lorbeer des Soldaten. So entwickelte sich der merkwürdige Vorgang, daß zwei bewaffnete Haufen sich stundenlang gegenüberstanden, der eine immer in der Hoffnung, daß der andere sich herüberziehen lassen werde. Gagern ließ die Aufruhrakte vorlesen; das hatte keinen Erfolg bei den Freischärlern. Dann bat er Hecker zu einer persönlichen Unterredung auf die kleine Brücke bei Kandern; auch wenn sein Ton geschickter und verbindlicher gewesen wäre — Hecker war in diesem Augenblick nicht mehr umzustimmen. Zwei Träger von starken Namen und starken Ideen maßen sich

in kurzem Wortgefecht. „Sie sind ein gescheiter Mann, ein braver Mann, aber ein Fanatiker“, sagte der General. Der Volksmann gab dem Aristokraten den Fanatismus zurück; einig konnten sie nicht werden, aber sie behandelten sich ritterlich und vollkommen korrekt. Ein merkwürdiger Anblick: der General im patrizischen Bürgerrock gegenüber dem Bürger in der Uniform des Sozialrevolutionärs, der welterfahrene, weltgereiste, politische Denker gegenüber dem Träumer, dem eine ferne Zukunft näher war als der Rhythmus seiner Gegenwart — aber beides deutsche Männer von Eigenwuchs und quellender Eigenart, die sich als Kollegen etwa in einem Parlament stundenlang festgesprachen und womöglich doch zu patriotischer Zusammenarbeit gefunden hätten. Nun trafen sie sich nur dies eine Mal in einem entlegenen Schwarzwaldwinkel und vermochten sich nicht zu verstehen.

Nach zehn Minuten sollte, so verabredeten beide, der Kampf beginnen. Willich — nicht Hecker — befahl nun den Rückmarsch zur Scheidegg hinauf, um der Truppe den Angriff auf die Paßhöhe zu erschweren — militärisch ein durchaus geschickter Zug. Das sah aus wie Kampfaufgabe; nach Ablauf der zehn Minuten folgte das Militär, die Hessen an der Spitze, rauchend und lachend. Gagern hatte ausdrücklich verboten zu schießen. Aber nun ordneten sich auf der Höhe die Freischärler zum Gefecht. Gagern mit seinen Leuten war nahe herangekommen. Da riefen die Republikaner: „Schießt nicht, deutsche Brüder! Kommt in unsere Reihen! Kommt, deutsche Brüder, zur Freiheit!“ Das war der kritische Moment. Die Soldaten stutzten, sie sahen die schwarzrotgoldene Fahne, sie hörten die süd-deutschen Worte. Nun riefen die Freischärler: „General vor!“ Gagern ritt vor die Truppe, begleitet von Major Kuntz. Der Führer der Republikaner, Dr. Kaiser, rief nun wiederum laut den Soldaten zu, nicht zu schießen auf die deutschen Brüder. Gagern wurde zornig und wetterte: „Legt die Waffen ab und geht nach Hause!“ Die Truppe schwankte, auch die Hessen. Jetzt mußte gehandelt werden, sonst liefen die Soldaten über. Gagern kommandierte den Angriff, zog selbst den Säbel und rief „Vorwärts!“ Hauptmann Keim führte seine hessischen Schützen mit gefälltem Gewehr vor. Als die Bajonette an die Freischärler heran waren, eröffneten diese das Feuer. Einer der ersten, der, von mehreren Schüssen getroffen, fiel, war General von Gagern. Sein brauner Rock mit der grünen Mütze machte ja ein so auffallendes Ziel aus ihm, mitten zwischen den Uniformen, daß schwer an ihm vorbeizuschießen war. Er hatte sich so exponiert, daß ihn bald jeder Freischärler kannte; und jeder wußte, daß alles an ihm hing. Nun waren aber die Hessen erbittert, das Gefecht wurde scharf geführt, aber schon nach kurzer Zeit abgebrochen. Die Freischärler gaben in der Kampfpause die Leiche des Generals heraus gegen eine Fahne, die ihnen abgenommen war, und zogen ab. Als der Kampf wieder begann, wurde die Übermacht der Truppe schnell spürbar. Die Sensenmänner hielten den überlegenen Waffen nicht stand, die Schar zerstob. Hecker entging nur durch Zufall den verfolgenden Schützen, floh, völlig erschöpft, als Bauer verkleidet, in die Schweiz, versuchte vom Elsaß vergebens zu

Sigels Kolonne zu kommen, und ging, als der allgemeine Zusammenbruch klar war, nach MuttENZ im Kanton Basel-Land.

Daß bei einem ernsten Gefecht die Freischärler einer gut geführten Truppe nicht gewachsen waren, wußte schon vorher jeder Kundige. Hecker hoffte aber die Truppe zu sich herüberzuziehen. Vielleicht ist nur durch Gagern diese Katastrophe verhütet worden; einem badischen Offizier wäre es wohl kaum gelungen, sich so durchzusetzen. Insofern ist der Einsatz von Gagerns so wertvoller Persönlichkeit nicht umsonst gewesen. Daß er meuchlings ermordet worden sei, daß die Freischärler ihn mit böser Absicht herausgelockt hätten, ist eine Legende, die sogleich nach dem Ereignis entstand und von der Familie Gagern selbst geglaubt und verbreitet worden ist⁹⁴⁾ ⁹⁵⁾. Eine genaue Prüfung des Tatbestandes zeigt ihre Unrichtigkeit. Gagerns Tod war ein Opfertod in einem ganz andern und viel tieferen Sinne. Sein bewährter und überlegener Rat sollte den Brüdern Heinrich und Max in Stunden schwerster politischer Spannung nur allzu sehr fehlen⁹⁶⁾. — Dem Obersten Hinkeldey wurde später ein scharfer Vorwurf daraus gemacht, daß er nach Gagerns Tode überhaupt noch mit den Freischärlern in Verbindung trat und das Gefecht also militärisch nicht energisch zu Ende führte⁹⁷⁾.

Das Gefecht bei Kandern zerstörte die magische Kraft von Heckers Namen. Hinkeldey traf bei Steinen auf die Kolonnen Weishaars und Struves; die Schar stob auseinander, die Führer konnten sich retten; Struve war zuerst in Säckingen verhaftet worden, es gelang ihm aber, die Behörden so einzuschüchtern, daß sie ihn frei ließen und er zu Sigel gehen konnte. Gerade jetzt kam Becker mit deutschen Arbeitern aus der Schweiz, um zu helfen; die zahlreichste Kolonne unter Sigels Führung war noch im Vorrücken. Aber es machte sich Munitionsmangel bemerkbar; Frau Struve versuchte in Straßburg Pulver zu kaufen⁹⁸⁾. Von Freiburg aus wurde den Aufständischen in die Hände gearbeitet. Dort strömten Bauern aus der Umgegend zusammen, Handwerksgesellen und Turner, unter Führung des Studenten-Turnwartes Langsdorff, terrorisierten die Behörden und die an sich so behäbige Bürgerschaft, so daß sie nichts zu unternehmen wagten. Die Gemeindevertretung zeigte durch den Beschluß, neutral bleiben zu wollen, ein merkwürdiges Verständnis für die Lage. Die Männer der Volksvereine beherrschten ein paar Tage die Stadt und wollten sie den anrückenden Republikanern übergeben. Aber auch Sigels Führung war der Aufgabe nicht gewachsen, und Struve pfuschte ihm immer hinein. Die Regierungstruppen rückten von der Rheinebene, Sigel von Horben her auf die Stadt. Bei Günterstal kam es zu einem scharfen Zusammenstoß, bei dem die Freischärler, Sigels Vorhut, zurückgeworfen wurden. Auch hier versuchte Struve, mit dem weißen Taschentuch winkend, zuerst eine Verständigung. Die Verbindung zwischen Sigels Leuten und den Revolutionären in der Stadt ließ sich trotz mehrfacher Bemühungen nicht herstellen. Am 24. April, es war der Ostermontag, wurde Freiburg von drei Seiten angegriffen; die Hessen drangen am Breisacher Tor, die Nassauer und Badener am Prediger-

Tor ein. Zwei hessische Geschütze unterstützten die Operation. Die Freischaren mußten weichen, ihre Munition war verschossen; viele wurden gefangen — wer in den erstürmten Häusern mit der Waffe angetroffen wurde, wurde niedergemacht. Der badische General Hoffmann hatte das Hauptverdienst an dem Erfolg. Als er zum erstenmal Freiburg zur Übergabe aufforderte und auf vieles Bitten einen Aufschub von vier Stunden gewährte, war er noch sehr schwach, und das schwierige Doppelgefecht gegen die revolutionierte Stadt und die anrückenden Freischaren schlug er mit nur sieben Kompagnien; da es nicht gegen Hecker persönlich ging, war auch die Haltung der badischen Truppen besser⁹⁹). Immerhin mußten auch hier die Offiziere vormarschieren, um die Truppe zusammenzuhalten; General Hoffmann lief selbst sechs Schritt vor seiner stürmenden Kolonne¹⁰⁰). Der nassauische Oberst v. Breidbach-Burreschain kämpfte vor Freiburg mit der Muskete in der Hand in den Reihen der Soldaten mit, um seinen Schwager v. Gagern eigenhändig zu rächen. Ein solches Beispiel half natürlich viel¹⁰¹).

In denselben Tagen regte es sich aber auch im Unterland; gegenüber dem Karlsruher Regierungsgeist war das alemannische Volkstum mit dem pfälzischen einig. In Mannheim wurde durch lügenhafte Siegesnachrichten über Heckers Unternehmung eine gefährliche Stimmung hervorgebracht; um die Anweisungen des Stadtamtes kümmerte sich niemand mehr. Gegen mißliebige Bürger unternahm man Katzenmusiken, wobei die freiwilligen Musikanten durch Hunderte von Weibern und Kindern verstärkt wurden. Bei solchen Gelegenheiten ließ sich die Polizei nicht blicken, und die Bürgerwehr sah fröhlich zu. Beständige Konflikte setzte es mit einem Regiment nassauischer Truppen, das die Sensenmänner in Mannheim entwaffnen sollte; das gelang aber nicht, die Nassauer wurden sogar in die Kasernen zurückgenommen; es herrschte geradezu Anarchie, die Sensenmänner besetzten die Rheinbrücke. Am 26. April entstand ein großer Tumult, Barrikaden wurden gebaut; die Republik sollte proklamiert werden. Zwischen den Sensenmännern und den Bayern kam es an der Rheinbrücke zum Zusammenstoß. Die Bürgergarde weigerte sich auszurücken. Keiner fühlte sich mehr sicher — jeder dachte, von irgendeinem Trupp wird von hinten gefeuert. Ein wohlhabender Mannheimer Weinwirt erschoss aus sicherem Standorte mit seiner Scheibenbüchse mehrere bayrische Vorposten, wie zum Vergnügen, und fand leider Nachahmer. Die Regierung, die den Sensenmännern zuerst Gewehre und Geld gegeben hatte, in der Hoffnung, sie dadurch zu beruhigen, stand vor dem Chaos und erbat bundesfreundliche Truppenhilfe. Am 27. April zogen die Hessen, am 1. Mai einige tausend Mann Bayern ein. Die Führer wurden verhaftet, der Kriegszustand erklärt. In der bayrischen Pfalz standen fünfzehntausend Mann; auch am Bodensee sammelten sich Bayern; die Hälfte der württembergischen Truppen lag nun in Baden, mit einem monatlichen Aufwand von 150 000 Gulden. Als sich der Kommandierende des VIII. Bundesarmeekorps Prinz Friedrich von Württemberg beim Großherzog in Karlsruhe vorstellte, lehnte er ein Quartier im Schlosse dankend

ab¹⁰²). Man hielt nicht mehr sehr viel von Baden; die Ratlosigkeit war zu groß.

In Heidelberg war am Ostermontag eine Volksversammlung einberufen worden, und es sah aus, als sollten sich die Freiburger Vorgänge wiederholen. Der Bürgermeister Winter sympathisierte mit Hecker und bereitete die Proklamation der Republik vor. Die Mehrheit der Bürgerschaft war aber dagegen und entwaffnete die Volksmänner; Winter schickte den Leuten ihre Waffen auf einem Wagen nach¹⁰³). Der Abgeordnete Schmidt, der von der Regierung nach Offenburg geschickt wurde, auf einer Extralokomotive, tat gar nichts, obgleich die Stadt von 2000 Mann Truppen eingeschlossen war. Zur Rede gestellt, antwortete er, er hoffe im Laufe des Tages die Truppen in die Stadt bringen zu können¹⁰⁴). In Karlsruhe hatte in der Bevölkerung ein entschiedener Umschwung stattgefunden. Man schimpfte jetzt stark auf Hecker und Struve und warf der Regierung ihre Milde vor. Als die „Schlapphüte“ — so wurden die Volksmänner genannt — einen gefangenen Soldaten befreien wollten, der übergelaufen war, nahmen die Bürger Partei gegen sie und behandelten sie übel¹⁰⁵). Trotz dieser Stimmung fuhren die Behörden fort, gefangene Aufständische laufen zu lassen; dies erbitterte die Soldaten wieder so, daß sie oftmals keine Gefangenen mehr machten, sondern die Freischärler einfach niederschossen¹⁰⁶). Diese Säuberungsaktion im Oberlande nach den Hauptzusammenstößen brachte menschlich viel Unerfreuliches zum Vorschein und verschaffte den Republikanern neue Sympathien.

Hecker hatte von der deutschen Legion Herweghs nichts wissen wollen; er mochte ihn nicht rufen, aber wenn Herwegh zu ihm stoßen wollte, in möglichst großer Zahl, dann mußte ihm das, schwach wie er war, recht sein. Herwegh kam erst am Ostermontag, dem 23. April, mit etwa 650 Mann über den Rhein, bei Kembs, langte also zu spät an. Bei seiner Schar waren O. v. Corvin, A. v. Bornstedt, Schimmelpenninck, alles ehemalige preußische Offiziere; trotzdem war auch hier die militärische Führung schwach. Herwegh überließ sie den Sachverständigen, er war ja nur der politische Chef. Die Legion ermüdete sich in übergroßen Märschen, auf der Suche nach den Gesinnungsgenossen, und war schließlich, besonders auch wegen Munitionsmangels und der geringen Zahl guter Waffen, nur wenig kampffähig, als sie bei Dossenbach nahe am Rhein auf eine württembergische Kompagnie stieß (27. April). Schimmelpenninck fiel nach tapferem Kampfe, viele wurden gefangen, die Mehrzahl zersprengt, Herwegh und die andern Führer konnten sich retten. Herwegh hat während des Gefechts mit seiner Frau Patronen hergestellt und den Kampfplatz erst am Schluß verlassen. Es gab zehn Tote, viel Verwundete, 375 Freischärler wurden gefangen. Wie groß waren Herweghs Pläne gewesen! Basel, wo große Massen bares Geld lägen, wollte er überrumpeln; in Straßburg hatte er noch geäußert, der Aufstand würde an mehreren Orten gleichzeitig ausbrechen, auch in Berlin, dort sei der Hauptschlag geplant¹⁰⁷). Und nun war alles aus, nach ein paar Tagen. Zur Niederlage kam nun noch der freilich billige Hohn. In keinem Ehrenkodex steht, daß Revolutions-

fürher sich gefangennehmen lassen müßten, um die Erschießung hinzunehmen. Auch bei militärischen Führern ist ja im Falle der Niederlage die Rettung des eigenen Lebens als vorbereitendes Kampfmittel für spätere Zeit wohlbekannt.

*

Die badische Regierung hatte an den französischen Geschäftsträger in Karlsruhe Armand Lefebvre in einer Note die bestimmte Erwartung ausgedrückt, Frankreich werde einen Einfall der deutschen Legion verhindern; das war nun leider nicht geschehen. Ein Haufen von Herweghs Leuten verschanzte sich auf der Schusterinsel bei Hünningen, so daß ein Angriff auf sie leicht zu Verdrießlichkeiten mit den Franzosen führen konnte. Von diesen Leuten ging ein „Hünningen, 26. April 1848“ datierter Aufruf aus, in dem alle deutschen Kämpfer versichert wurden, Frankreich werde sie freundlich empfangen, für ihre Bedürfnisse sorgen: „Unter euern Brüdern am linken Rheinufer könnt ihr die Zeiten der Freiheit und Einheit erwarten, welche den politischen Stürmen unserer Zeit folgen müssen.“ Trotz der Bemühungen der Schweizer Behörden entspann sich zwischen der Schweiz und dem Elsaß unter den deutschen Republikanern ein sehr lebhafter Verkehr: Waffen, Flugblätter und Vertrauensleute gingen hin und her. Struve und Heinzen bildeten mit Becker und Lommel in Straßburg ein provisorisches Zentralkomitee, das bereits Ende April zur Einigung der zerstreuten Kräfte aufrief und in dem Mißlingen des ersten Unternehmens nur den Ansporn zu weiteren Taten erblickt haben wollte¹⁰⁸). Durch die Zersprengung der Herweghschen Legion war nun eine Reihe von französischen Untertanen in deutsche Gefangenschaft geraten. Das verbesserte die Stellung der badischen Regierung wesentlich. Als der französische Geschäftsträger die Unverfrorenheit hatte, sich über die Truppenzusammenziehungen in Baden zu beschweren — antwortete Dusch, die französische Regierung hätte selbst dazu helfen können, diese durch Heckers Aufstand nötigen Operationen zu vermeiden, wenn sie die deutsche Legion verhindert hätte, von Paris nach Straßburg zu gehen¹⁰⁹). Da ja eine große Anzahl Freischärler nach dem Elsaß geflohen war, mußten die französische und die badische Regierung aber doch von dem Austausch gereizter Meinungsäußerungen absehen und in positive Verhandlungen eintreten. In Karlsruhe erschien der Vertrauensmann der französischen Regierung Grégoire und schlug eine Verständigung auf folgender Basis vor: Baden liefert die gefangenen Franzosen zur Aburteilung an Frankreich aus; Baden spricht für die in Frankreich sich aufhaltenden Freischärler, ob sie nun am Kampf teilgenommen haben oder nicht, die Generalamnestie aus und stellt ihnen die Rückkehr in die Heimat frei; Frankreich verpflichtet sich, die von der Generalamnestie ausdrücklich ausgenommenen Personen von der Grenze zu entfernen und in den inneren Departements zu verteilen.

Die badische Regierung fühlte sich moralisch verpflichtet, von diesen Vorschlägen die bei ihr beglaubigten deutschen Gesandten in Kenntnis zu setzen und ihre Meinungsäußerung einzuholen — schon deshalb, weil sie ja freundschaftlich-

liche Bundeshilfe in Anspruch genommen hatte. Dusch war aber sehr wenig davon erbaut, daß nun der preußische Gesandte v. Arnim eine Reihe von Gesichtspunkten geltend machte, die geeignet waren, den Verhandlungen eine ganz andere Grundlage zu geben. Er setzte dem badischen Minister auseinander: die Angelegenheit betrifft Gesamtdeutschland und muß deshalb beim Bunde verhandelt werden; Deutschland kann unmöglich das Recht aufgeben, Ausländer für Verbrechen zu strafen, die auf deutschem Boden begangen worden sind; sobald die gefangenen französischen Untertanen verurteilt sind, kann sehr wohl eine Strafmilderung eintreten, besonders wenn Frankreich seine oft wiederholte freundschaftliche Gesinnung gegenüber Deutschland durch die Tat beweist; dies würde Frankreich tun, wenn es die geflohenen Freischärler von der Grenze entfernt, die Mitkämpfer am Aufstande an Deutschland ausliefert oder etwa nach Algier abführt; die Erteilung einer Amnestie ist eine rein deutsche Angelegenheit, an der Frankreich kein Interesse hat¹¹⁰⁾. Von diesen Vorschlägen war gewiß manches undurchführbar, wie die Auslieferung der nach Frankreich gegangenen Freischärler; bemerkenswert an Arnims Auffassung ist aber die starke Betonung des nationalen Gesichtspunktes. Für Arnim war eben die sozialrevolutionäre und republikanische Bewegung etwas Französisches. Er witterte überall Versuche der neuen französischen Republik, ihre leitenden Ideen als Sprengstoff gegenüber den deutschen Staaten zu benutzen. Dazu kam noch ein anderes Moment; er schreibt: „Überall begegnet man Spuren, daß der alte Rheinbund, der eigentlich nie gänzlich zu existieren aufgehört hatte, wiederum zu neuem, kräftigem Leben erweckt ist. Es ist besonders Bayern, das sich an die Spitze dieser Bestrebungen gestellt hat und das Primat, wo nicht noch mehr, für sich in diesem Sonderbunde zu erringen beabsichtigt¹¹¹⁾.“ In demselben Bericht erzählt er, in Mannheim sei eine geheime Verbindung entdeckt worden, deren Fäden, von Paris ausgehend, bis nach Mainz, Frankfurt, Köln und Trier reichen sollen. Um zweierlei handelte es sich also: die Volksbewegung wurde mit demokratisch-sozialistischen Ideen gespeist, ihre Gegner suchten diese Ideen dadurch zu kompromittieren, daß sie ihren angeblichen oder tatsächlichen französischen Ursprung nachwiesen.

Dazu ist zu bemerken, daß diese Ideen in ganz Westeuropa das politische Leben beherrschten oder beeinflussten, daß sie europäisch-übernational gemeint waren und in jedem nationalen Gebilde entsprechende Abwandlungen erfuhren; Hecker war jedenfalls in seinen Tugenden und Schwächen eine durch und durch deutsche Persönlichkeit — die hartschädelligen alemannischen Bauern, die Arbeiter und die paar Soldaten, die mit ihm zogen, taten es aus einem sehr deutschen Rechtsgefühl heraus, aus einem Kampftrieb und einem Glauben an die bessere zukünftige Welt; auch Herweghs Unternehmen ist durch den geringen Anteil französischer Untertanen nicht zu etwas „Französischem“ gemacht worden — er war ein deutscher Mensch und Dichter, der eben glaubte, ein neues Deutschland in einem neuen Europa schnell auf die Beine bringen zu können. Für ihn war die Republik „eine Gewissenssache, eine religiöse Angelegenheit“¹¹²⁾. Es lag etwas Wunderliches

darin, daß die badische Regierung, die so stolz war, an der Spitze des deutschen Liberalismus zu marschieren, nun über fremde Emissäre, fremde Ideen und fremdes Geld jammerte, sobald es um die demokratisch-sozialistische Gedankenwelt ging. Eine ganz andere Frage war die nach den Interessen und Gedanken der französischen Regierung. Preußen stand im Begriff, endlich das Bündnis mit dem deutschnationalen Gedanken zu schließen, das ihm allein die Hegemonie in Deutschland sichern konnte. In den kleinen Staaten West- und Süddeutschlands, besonders aber in Bayern, fand dieses Bündnis Widerspruch, aus eigenstaatlicher Empfindlichkeit, aber auch, wie wir sahen, weil der König von Preußen durch den 18. März zu sehr kompromittiert war. Hier kam in der Tat klar zum Vorschein, was Arnim den alten Rheinbundegeist nennt: ein Bedürfnis, mit Frankreich gut zu stehen und dabei den Partikularismus zu wahren. Das paßte nun merkwürdig gut zu dem Liberalisierungsprozeß, in dem man sich befand. Republik, Sozialismus und solche unheimlichen Dinge wurden zwar abgelehnt, aber im bürgerlichen Parlamentarismus war man mitten drin, und dadurch fühlte man sich den Franzosen näher als dem preußischen Staate, der sich eben jetzt erst dazu entschloß. Deshalb wollte sich auch die badische Regierung durchaus nicht wegen der Flüchtlingsfrage in einen Gegensatz zu Frankreich treiben lassen, der Preußen ganz willkommen gewesen wäre. So wie jetzt Dusch beim Bunde den Abtransport der Polen über Köln durchsetzte, so hoffte er, auch die deutschen Flüchtlinge auf eine bequeme Art loszuwerden. Den französischen Behörden in Straßburg ließ die badische Regierung mitteilen, sie sei bereit, die geflüchteten Freischärler straflos aufzunehmen, wenn sie unbewaffnet kämen. Der alte Welcker hatte gar keinen so schlechten Gedanken, wenn er beim Bunde vorschlug, die Flüchtlinge, wenn sie wollten, in die deutsche Bundesarmee aufzunehmen, zur Verwendung im dänischen Kriege; er drang damit nicht durch. Preußen opponierte heftig. Auch der badischen Truppe wäre eine Auffrischung durch handfeste Gesellen gesund gewesen, die ihr Leben gewagt hatten. Nur wenige Einsichtige begriffen den mißleiteten Patriotismus, der im Heckerschen Aufstande tätig gewesen war. Es war ebenso falsch, die Teilnehmer, besonders führende, völlig frei herumlaufen zu lassen, wie die Gefängnisse mit ihnen zu überfüllen und ihnen umständliche Kriminalprozesse anzuhängen. 3500 derartiger Prozesse sind in Baden begonnen worden! Schon das beweist, daß der erste badische Aufstand weder ein Idyll noch ein Witz war. Er war ein Fieberanfall. Ein paar Dutzend Menschen sind dabei ums Leben gekommen, viel mehr noch kamen um Gut und Stellung. Für den badischen Staat war eine politische und soziale Krise ausgebrochen; seine verantwortlichen Leiter hatten die Aufgabe, sie zu heilen.

In der Kammer erhob der konservative Breisgauer Freiherr v. Andlaw am 29. April eine vernichtende Anklage gegen die Regierung, auf die Bekk und auch Mathy nur schwach antworten konnten. Der Großherzog hielt an dem Ministerium Bekk-Dusch fest; es war bezeichnend für Dusch, daß er zuerst bei

Andlaw den Versuch machte, ihn zur Rücknahme seines Antrages auf Untersuchung zu bestimmen und dabei einige Mitglieder des Ministeriums als Opfer anbot — daß er aber dann, als Andlaw nicht darauf einging, dessen Angriff darstellte als eine Aktion der klerikalen und aristokratischen Reaktion gegen das bürgerlich-liberale Ministerium. Mit solchen Kniffen war nicht weiterzukommen. Ebenso wenig half es, wenn man einfach auf das „kommunistische Gesindel“ schimpfte, wie es der preußische Gesandte v. Arnim mit Vorliebe tat, der am 3. Mai den klassischen Satz niederschrieb: „Das Proletariat unterscheidet sich von Mördern und Räubern nur dadurch, daß es Morden und Rauben nicht für unrecht hält.“ Es zeigte sich sehr schnell, daß Heckers Aufstand nur ein Anfang gewesen war, man hörte von neuen Vorbereitungen: nun sollten aber statt der wenig brauchbaren Handwerksburschen möglichst gediente Soldaten genommen werden. Als bei der Wahl zum Frankfurter Parlament in Baden-Baden Mittermaier über den alten Itzstein siegte, äußerte sich der Zorn der Republikaner in auffallend heftiger Weise: die deutschen Fahnen wurden mit Flor umwickelt und das Bild des Großherzogs wurde durch das Itzsteins ersetzt¹¹³).

*

Von den süddeutschen Staaten war jetzt wieder fast völlig ruhig allein Bayern. Es bedeutete nicht viel, wenn im bayrischen Gebirge unruhige Bauern mehr Wild abschossen als gewöhnlich — ein paar Kompagnien wurden zur Abhilfe nach Tegernsee geschickt. Daß die bayrische Armee nirgends ernster in Aktion zu treten brauchte, war günstig; wir wissen, wie elend es mit ihr bestellt war. Die Rekruten hatten keine Uniform, die Gewehre waren mit Feuerschlössern versehen; zu viert schliefen die Eingezogenen in einem Bett. Die neue Regierung bemühte sich, die schlimmsten Mißstände abzustellen, um die Armee zunächst einmal auf kompletten Friedensfuß zu setzen¹¹⁴). An der Feldherrnhalle in München war wohl jetzt auch die deutsche Fahne zu sehen — aber man wählte hier die Reihenfolge Schwarz-Gold-Rot; ob dabei heraldisches Besserwissen oder das Bedürfnis, etwas Besonderes zu haben, den Ausschlag gab, ist wohl schwer auszumachen¹¹⁵).

Daß die badische Regierung schon am 25. März, also vor dem Vorparlament, die Urwahlen zur Nationalversammlung ausschrieb, berührte in München durchaus unangenehm, die dortige Regierung wollte die Frage der Beschickung des Parlaments ihren Kammern vorlegen und sie entscheiden lassen, ob Vertreter aus deren Mitte zu nehmen, oder ob besondere Wahlen anzuordnen seien. Denselben Gedanken vertrat auch der Württemberger v. Wächter auf dem Vorparlament ohne Erfolg. Die republikanische Partei in München hatte als Minderheit einen ziemlich schweren Stand. Eine Proklamation gegen die Republik wurde Ende April mit 11 000 Unterschriften bedeckt, und beim Führer der Republikaner, Professor Neumann, erschienen einige „Gutgesinnte“ mit der Aufforderung, er solle seine Umtriebe einstellen, widrigenfalls sie sich, um Ruhe zu haben, des Strickes

bedienen würden, den sie bei sich hatten und auch ganz gemütlich vorzeigten. Gegen den Fürsten Öttingen-Wallerstein, dem man seine Sympathien für die Linke übel nahm, war Ähnliches geplant. Ein größerer Auflauf entstand nicht aus politischen Gründen, sondern wegen des am 1. Mai beginnenden höheren Sommerbierpreises. In der Vorstadt Au verlangte eine Volksversammlung Herabsetzung nicht nur des Bierpreises, sondern aller Lebensmittelpreise; der Bockkeller mußte geschlossen werden, es kam zu Handgemenge, Verwundungen, Mißhandlungen. Alles, was Waffen hatte, lief damit umher und lechzte nach Betätigung: Landwehr, Landwehrfreikorps, Wache der Bürgersöhne, Korps der Künstler, Korps der Studenten. An die fünftausend Menschen waren auf den Beinen; das Innere einiger Bierhäuser wurde demoliert, politisch ereignete sich aber gar nichts.

Der Verzicht des Fürsten Leiningen auf den größten Teil seiner standesherrlichen Privilegien erhöhte wohl die Popularität seines Namens, brachte aber seine Standesgenossen in schwere Verlegenheit: folgten sie seinem Beispiel nicht, standen sie moralisch schlecht da, ahmten sie ihm nach, kamen viele in materielle Schwierigkeit; so hieß es wenigstens bei den meisten, und wer schlecht gewirtschaftet hatte, mochte recht haben. Weit über Bayern hinaus wirkte Leiningens Großmut beunruhigend für die Besitzer, ermutigend für die gedrückte ländliche Bevölkerung¹¹⁶).

Im Anfange der Märzbewegung hatte sich in der bayrischen Pfalz die Volkstimmung stark für einen Anschluß an Baden ausgesprochen; viele Privatpersonen äußerten sich in diesem Sinne — und der bayrische Gesandte in Karlsruhe hielt es für nötig, vertrauliche Schritte zu tun, um Taktlosigkeiten zu verhindern. Jedenfalls waren die Badener durch solche pfälzischen Anträge sehr geschmeichelt¹¹⁷). Nun saßen die bayrischen Truppen in Mannheim — das Blatt hatte sich gedreht. Die alten bayrischen Appetite auf die badische Pfalz erwachten neu. Eine Verwirklichung wäre nur mit französischer Hilfe möglich gewesen, und so wandten sich die Sympathien der Regierung König Maximilians in demselben Maß der französischen Regierung zu, wie sie sich von Preußen abwandten. Infolge der Ereignisse des 18. März brach ja ein geradezu fanatischer Preußenhaß durch; er äußerte sich praktisch vor allem in der Bekämpfung der preußischen Hegemonie in Deutschland und der Anmeldung eigener Ansprüche. Wenn man sich jetzt König Ludwig in seiner besten Zeit auf dem bayrischen Thron dachte, so hätte er gewisse Aussichten haben können. Aber Maximilian? Und neben dieser unzureichenden, wenn auch still-gemessenen und deshalb beruhigend wirkenden Herrscherpersönlichkeit nun die große Armut an bedeutenden, ja nur an tüchtigen Männern! Graf Bernstorff nennt es eine Ironie, dies Bayern auch nur eventualiter für einige Jahre an die Spitze des Gesamt Vaterlandes zu stellen¹¹⁸). Das Programm der Gagerschen Reformpartei mit dem preußischen Bundesoberhaupt wurde schon jetzt von Bayern entschieden abgelehnt; man beanspruchte das Alternieren zwischen Preußen und Bayern. König Maximilian sprach sich zum preußischen

Gesandten Grafen Bernstorff ganz offen aus: Die Verstärkung der Zentralgewalt sei zu billigen — aber einem Kaiser werde er sich entschieden widersetzen: „Wenn ich es nicht selbst könnte, so möchte ich es nicht“; auch ein Oberhaus von Fürsten war ihm unangenehm — das wäre Mediatisierung. Die Fürsten oder ihr Bundestag sind der Kollektivsouverän, der dem Parlament, so wie in den Einzelstaaten den Landständen, als solcher gegenübersteht¹¹⁹). Das waren die Auffassungen des Fürsten Öttingen-Wallerstein, der dem neuen König trotz aller vergangenen Geschehnisse als Mentor diente. König Maximilian wollte ihn sogar als neuen Bundestagsgesandten nach Frankfurt schicken. Das war nun doch unmöglich — der sehr linksstehende Pfälzer Advokat Willich bekam den Posten, um aber schon nach vierzehn Tagen wegen seiner nahen Verbindungen mit den badischen Republikanern abberufen und durch Closen ersetzt zu werden. Bernstorff faßte seine Eindrücke dahin zusammen, „daß der bayrische Hof sich niemals freiwillig einem Bundesoberhaupt unterordnen wird und im Falle der Notwendigkeit nur der Gewalt, im materiellen oder moralischen Sinne genommen, weichen würde“¹¹⁹). Der Außenminister Freiherr Heinrich v. Arnim legte kein glänzendes Zeugnis seiner Prophetengabe ab, wenn er dazu an den Rand schrieb: „Er (der bayrische Hof!) wird!“ Man konnte den Tatbestand vielmehr nicht schärfer und klarer schildern, als es Bernstorff tat. König Maximilian betonte bereits jetzt, die Bundesstaaten müßten sich unter sich verständigen für den Fall „populärer Übergriffe“¹¹⁹). Die ganzen Frankfurter Bestrebungen waren also des entschlossenen und gewichtigen bayrischen Regierungswiderstandes sicher.

Mitte April schrieb der König von Württemberg an den König von Bayern, um ihm den Vorschlag zu machen, gemeinsam nach Frankfurt zu gehen und die Sache der Monarchie gegen die Republik zu verteidigen; er bekam bis Anfang Mai keine Antwort darauf, wie er dem Fürsten Gorčakov ärgerlich erzählte. König Wilhelm erklärte dem russischen Gesandten, er habe sein ganzes Leben gegen das Aufkommen des französischen Einflusses gekämpft; unter französischem Einfluß verstand der König den Parlamentarismus. Er nannte das mit einem treffenden, überaus bezeichnenden französischen Ausdruck „la monarchie républicaine“ und wollte in ihr nur den Übergang zur reinen Republik erkennen: „Man kann sich dieser Partei bedienen, aber man kann nicht mit ihr zusammengehn; alle halben Maßregeln des Tages dienen zu nichts; Härte ist nicht in meinem Charakter, aber heute muß ich zugeben, daß es im Interesse der Gesellschaft selbst ist, durch den Terror vor der Auflösung bewahrt zu werden.“ Der König bat Gorčakov ausdrücklich, diese Gedanken dem russischen Kaiser mitzuteilen — denn es läge ihm besonders daran, ganz von ihm verstanden zu werden; unbegreiflich sei die Schwäche der badischen Regierung: „le seul moyen de donner du courage aux poltrons c'est de leur faire peur“¹²⁰).“ So sprach also ein deutscher Souverän, der sich so gern an der Spitze der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung träumte! Die republikanische Bewegung nahm keine bedrohlichen Formen an. Eine Arbeiterversammlung in Stuttgart erklärte sich wohl für die

Republik; es kam zu kleineren Unruhen in Stuttgart. Die Weingärtner zeigten dabei ihren Ordnungsgeist — mit langen Stangen trieben sie erfolgreich die Arbeiter auseinander¹²¹). Gorčakov hörte da von einem Führer ein Wort, das ihm so bedeutungsvoll schien, daß er es dem russischen Kaiser meldet: „Machen wir Schluß — wir haben für uns das Recht, die Macht, die Zahl.“ Wenn bei den Massen das Selbstbewußtsein der Zahl kommt, stellt sich der Mut ein, bemerkte er nachdenklich dazu.

An der Spitze des republikanischen Klubs in Stuttgart standen Johannes Scherr und der Rechtskonsulent Rödinger; man traf sich abwechselnd im Café Werner und im Bürgermuseum. Listen wurden ausgelegt, in die alle Eintretenden eigenhändig ihre Namen schrieben. Mit Fickler bestand Verbindung; ein Freischarenkorps sollte gebildet, die Republik proklamiert werden. Der Buchdrucker Röcker aus Leonberg hatte in diesen kritischen Tagen der ersten Aprilhälfte in dem Reithschen Bierhause in der Gaisstraße eine gedruckte Beschreibung der amerikanischen Freiheitskämpfe ausgehängt, umgeben von den Wappenbildern der 13 Provinzen von 1772, versehen auch mit den Schriftzügen der hervorragenden Republikaner. Ähnliche „Umtriebe“ wurden von der Polizei häufig festgestellt — Anschläge etwa von der Art: „Nur die republikanische Staatsform vermag dem Volke Arbeit und Wohlstand zu bringen“ — solange es Könige und Adel gäbe, käme es dazu nie¹²²). In Heilbronn wurde der Redakteur des „Neckardampfschiffs“ wegen republikanischer Umtriebe verhaftet. Hier war es von jeher besonders unruhig. Am Heckerschen Aufstand nahmen eine Anzahl Württemberger teil, die später von Baden durch Schub ohne Aktenmaterial ausgeliefert worden sind. Die württembergische Regierung wollte schon wegen der Kosten der Untersuchung diese Auslieferung gar nicht. Denjenigen württembergischen Untertanen, die vom Elsaß her gar nicht deutschen Boden betreten hatten, sicherte die Regierung Verzeihung zu, wenn sie friedlich heimkehrten. Gegen die andern wurden die Hochverratsverfahren eröffnet; über Deserteure wurde besonderer Beschluß vorbehalten¹²³) ¹²⁴).

*

Die Volksbewegung im April brach am stärksten im badischen Oberlande aus, sie spukte aber auch im ganzen Rheingebiet, besonders um Frankfurt. Dort tagten nun Bundestag, Siebzehner und Fünzfziger-Ausschuß neben-, mit- und gegeneinander; dort sollte die Nationalversammlung zusammentreten. Das Frankfurter Gebiet war ja staatlich zersplittert wie kaum ein anderes in Deutschland. Der Erbgroßherzog-Regent von Hessen zeigte einmal dem preußischen Gesandten von Bockelberg die Spezialkarte der Umgebung von Frankfurt mit den Worten: „Bildet das nicht eine wahre Hanswurstensache?“; er war entschieden für die Mediatisierung der kleinen Souveränitäten¹²⁵). Es lag in der Natur der Sache, daß jeder deutsche Landesherr der Meinung war, die noch kleineren müßten zuerst drankommen. Der Gedanke der Volkssouveränität wirkte sich in dem rhein-

mainischen Gebiete so aus, daß jede Stadt, ja jede Gemeinde sich als „souverän“ fühlte und sich gegen das Bestehende auflehnte. Mannheim, Mainz, Hanau, Offenbach standen dabei an der Spitze — es waren Gemeinwesen, die bei der Fürstenherrschaft zu kurz gekommen waren, eine eigene geschichtliche Tradition und dazu ein neuartiges Volksleben besaßen und nun aufbegehrten. In Nassau bestand eine Regierung eigentlich nur dem Namen nach; fast alle bisherigen Gemeindevorsteher waren abgesetzt, jeder schaltete nach seinem Belieben. Der preußische Gesandte erhielt vom Minister v. Dungern die Anzeige seines Rücktrittes, aber keine Mitteilung über die Person des Nachfolgers; mit wem nun amtliche Geschäftsbeziehungen unterhalten werden sollten, konnte niemand wissen¹²⁶). Endlich erfolgte dann Hergenhahns Ernennung. Die Bewegung auf dem Lande gegen die Standesherren ging überall weiter. Auf der Volksversammlung in Michelstadt am 29. März feierte Zitz als Freund des Volkes unerhörte Triumphe. Der Lindenplatz dort wurde in „Eintrachtplatz“ umgetauft. Die schönen alten Häuser waren bedeckt mit Girlanden und schwarzrotgoldenen Fahnen. Im „Ausruf an die Standesherren“ hieß es:

„Der Tag der Wahrheit ist angebrochen. Die Stimme des Rechts ist mächtig geworden; auch der Verstockteste hat erfahren, daß menschliche Anmaßung der Vernunft und Freiheit weichen muß! Standesherren! Wir hoffen auf eure Gerechtigkeit, daß ihr euch zu Ehren der Menschenwürde aller feudalen Rechte und Standesvorzüge begeb^t!“¹²⁶)

Vernunft, Freiheit, Menschenwürde! — so sprach die Revolution ganz aus ihrem Herzen.

Auf der Versammlung in Birkenau im Odenwald am 2. April ist Erzherzog Johann, soweit ich sehe zum erstenmal, als zukünftiges Reichsoberhaupt empfohlen und bejubelt worden. Friedrich Wilhelm IV. hat diese Mitteilung seines Gesandten mit einem NB. am Rande versehen¹²⁷).

Genau wie im badischen Oberlande die Protestanten und die Juden an der Karlsruher Dynastie instinktiv festhielten, während in den katholischen Volksschichten eine demokratisch-republikanische Oppositionsstimmung nicht sehr schwer zu erwecken war, genau so verbanden sich klerikale Tendenzen mit den antimonarchischen im Großherzogtum Hessen. Heinrich von Gagern ließ verschiedene Mainzer Katholiken der gebildeten Stände festnehmen und ersuchte den Bischof von Mainz, den katholischen Geistlichen in Rödelheim wegen seiner politischen Betätigung zur Rechenschaft zu ziehen. Sogar im abgelegenen und friedlichen Biedenkopf Land entfaltete der Gießener Becker unter dem Landvolk eine lebhaft^e Tätigkeit für die Republik¹²⁸). In Mainz trat erst nach dem Zusammenbruch Heckers ein Umschwung ein; selbst Zitz sprach nun etwas freundlicher von der konstitutionellen Monarchie¹²⁹).

In Offenbach war Anfang April ein republikanischer Schlag geplant, bei dem Herweghs Genosse Löwenfels die Führung haben sollte. Ein Fest der Bürgergarde wurde seinetwegen verschoben. Er kam aber nicht, sondern machte Herweghs

Aktion mit. Auch nach Saargemünd war ursprünglich eine Abteilung der Pariser deutschen Legion bestimmt¹³⁰). In Offenbach und Frankfurt entfaltete eine lebhafte republikanische Tätigkeit der Stuttgarter Dr. Wagner. An die Spitze des von ihm gegründeten Arbeitervereins trat der „mit Geist und Talent ausgerüstete“ Turner und Portefeuillearbeiter Merkel. Der hessische Bundestagsgesandte fügte seinem Bericht darüber die weisen Sätze bei: „Es wird nicht bezweifelt, daß die jetzt allenthalben sich bildenden und miteinander in Verbindung tretenden Arbeitervereine eine rein republikanische Tendenz haben und an diesem Herde die eigentlichen Demagogen ihren Brei zu kochen gedenken.“ Bei einer Volksversammlung in Offenbach protestierte jener Wagner gegen die Verhaftung Ficklers mit starker Leidenschaft und verstieg sich zu der Behauptung, Mathy sei von Bassermann bestochen¹³¹).

In Hanau war die Gärung unter den zahlreichen verdienstlosen Fabrikarbeitern so groß, „daß bei der ersten nahe oder fern sich darbietenden Veranlassung der gewaltsamste Ausbruch zu fürchten“ war. Vermögende Einwohner brachten schon jetzt ihr wertvollstes bewegliches Eigentum auswärts in Sicherheit. Eine Militärkolonne, die Rekruten einziehen und einteilen sollte, mußte unverrichteter-sache wieder abziehen: Regimentskommandeur, Landrat und Bürgermeister erklärten übereinstimmend, der bestehende anarchische Zustand lasse keine Maßregel der Staatsbehörde zu, die irgendwie das Interesse des Volkes unangenehm berühren könne. Nach einem Bundesbeschluß sollten im Hanauischen die kurhessischen Kontingentstruppen zum Schutze Frankfurts zusammengezogen werden. Die allgemeine Sorge sah für diesen Fall den Ausbruch der Revolution und die Ausrufung der Republik in Hanau voraus¹³²).

Der „Volksrat“ zu Hanau, der aus sieben Bürgern bestand und an die Stelle der aufgelösten Volkskommission trat, richtete auch am 21. April ein Schreiben an den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt, in dem gegen die Zusammenziehung von viertausend Mann kurhessischer Truppen in der Hanauer Gegend energisch protestiert wurde: es sei „ein Schritt gegen die heilige Sache des deutschen Volkes, der nur von der Partei der Volksunterdrücker ausginge und nur zur Verdeckung des eigentlichen Zweckes den angeblichen Schutz der Nationalversammlung als Aushängeschild führt“; ein militärischer Schutz der Nationalversammlung sei gar nicht nötig; oder sollten die Kurhessen den badischen Aufstand unterdrücken? Das wäre eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines deutschen Bundesstaats, ein Attentat auf die Souveränität des ganzen deutschen Volkes; nach Schleswig-Holstein sollten die Truppen gehen, um das Brudervolk zu befreien. Tatsächlich ersuchte auch der Fünfziger-Ausschuß den Bundestag, die kurhessische Staatsregierung zu veranlassen, die Truppen nach der deutschen Westgrenze zu schicken oder zurückzuziehen¹³³).

Die Truppenbewegungen infolge des badischen Aufstandes erregten allorts das größte Unbehagen und wurden als Symptom beginnender Reaktion aufgefaßt. Eine Marburger Versammlung vom 26. April sprach zum Beispiel dem

Fünfziger-Ausschuß ihr Befremden darüber aus, daß die Soldaten des einen Staates in den anderen Staat rückten: Die volkstümliche Selbstbestimmung jedes Staates sei doch jetzt allgemein anerkannt¹³³). Das Sicherheitskomitee in Wiesbaden schrieb an den Fünfziger-Ausschuß: „Wenn man auch die Handlungsweise Heckers und Struves nicht billigt, so ist man doch der Meinung, daß jeder Staat so viel Macht besitze, volksfeindlichen Regungen entgegenzutreten. Ist es indessen der Wille der Badener, ihrem Staate eine republikanische Verfassung zu geben, so steht es den Nassauern nicht zu, diesem Willen entgegenzutreten, und umgekehrt. Die ganze Verfahrungsweise scheint nur verdächtig und sehr gefährlich.“ Verlangt wurde dann der Rückzug der nassauischen Truppen, „welche auf unsere Verfassung vereidigt sind, zum Schutze unseres Landes“¹³³). Die gleiche Absicht erfüllt eine Eingabe der Bürger von Diez an den Fünfziger-Ausschuß vom 28. April: die Nassauer würden von allen Badenern feindselig aufgenommen; wieder kämpfen Deutsche gegen Deutsche! „Wir haben das unglückliche Volk der Badener beklagt, dieses mäßige, freie, mutige Volk, welches erst durch unglückliches Mißverständnis in unsägliche Verwirrung gestürzt ward. Das badische Volk hat mehr als je jetzt das Recht, die Verfassung sich zu geben, welche es will; fremde Bajonette haben nicht das Recht, eine ihm mißliebige Ordnung der Dinge aufzuzwingen“; unsere Truppen sollen dem Bürgerkrieg, der nicht veredelt, sondern verwildert, entzogen und dem äußeren Feinde entgegengestellt werden¹³³).

Die im Namen von 400 und mehr Männern aus Offenbach am 26. April an den Fünfziger-Ausschuß gerichtete Eingabe wirft dem Fünfziger-Ausschuß vor, daß er durch Mitverantwortung des militärischen Einschreitens gegen Baden die Volkssouveränität mit Füßen träte; er sei im Begriff, die Volkssouveränität, seine Mutter, zu verleugnen: ihm fällt es zur Last, „daß Deutsche ihre Waffe in die Brust ihrer patriotischen Brüder stoßen“; „wehe denen, die es verschuldet, wenn der Ruf Verrat und Rache durch alle Gaue Deutschlands ertönt!“¹³⁴)

So zitterten die badischen Ereignisse weithin nach. Die Gegensätze verschärften sich; der erste Traum von Freiheit und Brüderlichkeit war schon zu Ende. Die Regierungen witterten überall anarchische Bestrebungen, die Volksbewegung sah die blutige Reaktion vor Augen. Altes Mißtrauen erwürgte junges Vertrauen. Die bisherigen Organe der Regierungen bestanden, mindestens formell, noch; die neuen Organe des Volkswillens erhoben sich bedrohlich dagegen. Im ganzen Rhein-Main-Gebiet hatten sich Volksräte, Sicherheitskomitees, Bürgerausschüsse gebildet, die ganz so, wie es der Fünfziger-Ausschuß gegenüber dem Bundestag im Großen tat, im Kleinen, Lokalen und Alltäglichen den Volkswillen zu vertreten und durchzuführen beanspruchten. Die Berufung auf die immer wieder zusammengetrommelten Volksversammlungen schuf immer neu die notwendige Autorität.

Tatsächlich mußte sich auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Willkür vermehren. Es konnte geschehen, daß 26 nassauische Soldaten mit einem Emp-

fehlungsschreiben des Sicherheitskomitees von Rüdesheim das Dampfboot bestiegen und unentgeltlich befördert wurden, daß in Geisenheim ein ebenso großer Trupp ohne Empfehlungsschreiben das gleiche beanspruchte, jede Zahlung verweigerte und schließlich das Expeditionslokal zerschlug und dem Erdboden gleichmachte. Die Direktion der Kölner Dampfschiffgesellschaft beschwerte sich bitter über solche „anarchischen Strebungen“, sowohl bei der alten Autorität, dem herzoglich-nassauischen Ministerium in Wiesbaden, wie bei der neuen, dem Fünfziger-Ausschuß¹³⁴).

Schlimmer war die Zerstörung der Taunuseisenbahn bei Kastel, am Abend des 5. April. Das Unternehmen ging von Kutschern aus, die in der Eisenbahn die siegreiche Feindin ihres Gewerbes, ihrer „Nahrung“ haßten. Der Bahndamm wurde stark beschädigt, die Schienen herausgenommen. Ein Trupp von knapp einem Dutzend fing abends sieben Uhr an, bedrohte die Beamten mit aufgehobenen Hacken, so daß diese sich zurückziehen mußten; dann erschien ein großer Zug mit Schienen und anderen Siegestrophäen vor dem Stationsgebäude, zersprengte die geschlossene Tür, zerschlug mit den Schienen die Fenster und demolierte gründlich das Haus. In der Nacht wurde weiter die Holzbrücke am Anker mit großem Kraft- und Müheaufwand zerstört, sämtliche Bahnwärterhäuser bei Kastel wurden verwüstet, bis nach Hofheim hin Schienen verschleppt und Schienenteile zerschlagen. Der Haufen war nun auf 150 angewachsen — weder Turner noch Bürgerwehr griffen ein. Der entfesselte Zerstörungstrieb tobte sich ungehindert aus: auch ein Garten wurde verwüstet, ein unschuldiges Gartenhaus dem Erdboden gleichgemacht. Am Morgen des 6. April zogen wieder Dutzende zum Wiesbadener Tor hinaus, mit Hacken und Schippen wohlbewaffnet, um die Bahn völlig zu vernichten. Für längere Zeit konnte der Betrieb nicht wieder aufgenommen werden. Der Fünfziger-Ausschuß bezeichnete in einem Schreiben an das großherzoglich hessische Ministerium des Innern vom 10. April die „Erhaltung der Kommunikationsmittel“ als eine „nationale Angelegenheit“, erließ eine Proklamation und ersuchte dringend, sie mit allen Mitteln zu verbreiten und zur Anwendung zu bringen, um ähnliche Gewalttätigkeiten zu verhüten. Eine Untersuchungskommission wurde nach Kastel geschickt, die Wiesbadener Regierung vom Tatbestand in Kenntnis gesetzt. Diese versprach auch Bestrafung der Schuldigen. Der Vorfall war tatsächlich ein beunruhigendes Symptom; weit über den privatwirtschaftlichen Anlaß, der die Kasteler Kutscher bewegte, wirkte sich hier ein anarchischer Trieb breiterer Massen aus; auch der Gesichtspunkt, Truppentransporte verhindern zu wollen, mag mitgewirkt haben. Das Bedenklichste war das Versagen aller lokalen Autoritäten; die Aktion riß viele ganz Harmlose und Unbeteiligte hinein, mit der Ansteckungskraft einer Seuche. Die Mehrzahl der Beteiligten ist wirtschaftlich durch die Zerstörung geradezu geschädigt worden — sie taten doch mit, als Bestandteil einer sinnlos tobenden Masse¹³⁵).

Die Zerstörung der Kasteler Eisenbahn blieb glücklicherweise ein Einzelfall;

die Bedrohung der Rheinschifffahrt war ein Vorgang, der das ganze Gebiet von Mainz bis Köln in Aufregung versetzte. Gegen die Kölner Dampfschifffahrt erhob sich ein Aufstand der Schiffer und Kahnzieher; Dampfboote wurden angegriffen und beschädigt, der Verkehr lahmgelegt, die ganze Schifffahrt für längere Zeit völlig behindert.

Der Fünfkörper-Ausschuß schickte seine Mitglieder Robert Blum, Franz Raveaux und Lehne aus Alzey, also drei geborene Rheinländer, als seine Bevollmächtigten an den Rhein, um, wie es in der Vollmacht heißt, „nicht nur für die Wiederherstellung der durch physische Gewalt zerstörten Schifffahrt, sondern auch für die Beseitigung jedes andern Angriffes auf das Eigentum und jede sonstige Störung der öffentlichen Ordnung ohne allen Verzug in geeigneter Weise zu wirken“. Robert Blum hat im Namen des „rheinischen Kommissariats“ einen auch von Raveaux unterzeichneten Bericht an den Präsidenten des Fünfkörper-Ausschusses erstattet, datiert Köln, den 15. April, in dem die Zustände anschaulich geschildert werden. Es heißt da: „Es besteht hier und am ganzen Rhein nicht eine Opposition, sondern eine förmliche Koalition der verschiedensten Oppositionselemente. Die Schiffer wollen vor allen Dingen keine Schleppkähne (der Dampfergesellschaft!), und würden sich allenfalls die Schleppdampfschiffe gefallen lassen, wenn sie billiger wären; die Schiffszieher, denen Schiffe oder Kähne gleichgültig sind, wenn sie nur dieselben bei der Stadt vorbeiziehen können, die Helfer oder Pferdebauern . . ., mit den vorigen gleichgesinnt, weil sie in gleichem Falle als Todfeinde der Schleppdampfboote —, endlich ein unzählbares Heer von Wirten, Schmieden und Gott weiß was für Leuten, die von Menschen und Pferden lebten, die sonst am Rhein verkehrten: das also ist der Feind, der eine unerwartete Hilfe erhielt in jeder Rheinstadt, wo die Kärner sich zu ihnen gesellen, die verlangen, der Kaufmann solle selbst keine Pferde halten oder vielmehr seine Güter nicht selbst holen.“ — Die Forderungen der Schiffer waren maßlos: „Der Zustand beim Reichsdeputationshauptschluß mußte wiederhergestellt werden!“¹³⁶) So weckte die Revolution auch hier die durch die technische Fortentwicklung geschädigte soziale Gruppe zu wilder Opposition und tätiger Selbsthilfe sinnlos auf. — Robert Blum und die andern wurden fürstlich empfangen, es gab eine Serenade und einen Fackelzug zu ihren Ehren; alles drängte sich zu ihnen, so wie man sich sonst zu den Fürsten drängte, jeder wollte etwas, und die Frauen lächelten ihnen zu¹³⁷). In der Sache selbst erreichten sie bei „langen und langweiligen Verhandlungen“ wenig — der Regierungs- und Chefpräsident v. Raumer in Köln war von der Konkurrenz der Volksmänner wenig erbaut; Robert Blum fand bei ihm dieselbe „juchtenlederne Natur“, wie sie sein Bruder, der Berliner Professor Friedrich v. Raumer habe: „Er unterhielt uns eine Stunde darüber, daß die Sache sehr schlimm sei, daß man aber nichts machen könne.“ Noch ergebnisloser war der Aufenthalt des rheinischen Kommissariats in Aachen. Dort hatte pommersche Reserve die deutschen Farben beschimpft und abgerissen — die empörte Bevölkerung wollte sie angreifen —,

die Bürgerwehr trat vermittelnd dazwischen. Die Lage war recht schwierig. Als aber Robert Blum und seine Kollegen ankamen, hörte man sie wohl im Gemeinderat an, aber wie man gänzlich machtlose, auswärtige Besucher anhört — und sie reisten möglichst schnell wieder ab — „im Interesse des Fünfziger-Ausschusses“, wie Blum an den „Bürger Präsidenten“ v. Soiron schrieb¹³⁸).

Eine ganz ähnliche Erfahrung machte der Fünfziger-Ausschuß in Kassel. Dort war das Mißtrauen gegenüber dem Kurfürsten durch die wohlgemeinten Bemühungen des neuen liberalen Ministeriums durchaus nicht zur Ruhe gekommen — begreiflich genug nach allen Bitternissen der Vergangenheit. Die Erregung der Bevölkerung tobte sich in den Charivaris aus, die man den gestürzten Staatsdienern brachte; dabei pflegte es denn auch zerbrochene Fensterscheiben zu geben. Das Gegenstück waren die Vertrauensdemonstrationen für die neuen Machthaber, wie eine solche am Abend des 9. April dem Minister Eberhard dargebracht wurde. Der unbewaffnete Bürgerzug, der diese Huldigung vollzog, wurde nun auf dem Rückweg von einer starken Schwadron der Garde-du-Corps ohne Anreiz mit den blanken Pallaschen überfallen. Auch die Bürgergarde, die zu Hilfe kam, wurde angegriffen. Wie es hieß, sollte in der gleichen Nacht mißliebigen Offizieren der Garde-du-Corps eine Katzenmusik gebracht werden, und die Soldaten glaubten, darum handelte es sich. Gleichviel: niemand hatte diese Soldaten herausgefordert. Ihre Übeltat, die auf das Kommando eines Wachtmeisters geschah, war ein brutaler Wutausbruch, der aber von dem anwesenden Leutnant v. Verschuer geduldet, wenn nicht befördert wurde; er hatte zahlreiche Verwundungen der Bürger, darunter schwere, zur Folge; sogar der herbeieilende Polizeidirektor wurde verletzt. Der Exzeß wirkte in der Stadt als ein Signal tückisch geplanter Gegenrevolution. Der Ruf: „Bürger heraus!“ erscholl. Die Innenstadt wurde durch Barrikaden abgesperrt gegenüber den Kasernen, die Bürger bewaffneten sich im schnell gestürzten Zeughause, schon wurden Schüsse gewechselt, schon wurde die Kaserne angegriffen. Ein Ausbruch wie am 18. März in Berlin schien bevorzustehen¹³⁹). Der Oberst der Bürgergarde Seidler vermittelte nach Kräften. Das Ministerium war weise genug, den Abzug des Garde-du-Corps-Regiments zu beschließen, beim Kurfürsten durchzusetzen und eiligst durchzuführen. Aber die Menge zerstreute sich erst dann im Morgengrauen, als Seidler die völlige Auflösung des Regiments beim Kurfürsten erwirkte und mitteilen konnte; es wurde auf Antrag der Ständeversammlung dem 2. Husaren-Regiment in Hofgeismar einverleibt. Die schuldigen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften erhielten kriegsgerichtliche Verurteilungen zu Arrest- und Festungsstrafen. So fand eine der widerlichsten Ausschreitungen des Militärs gegen das Bürgertum während der Revolutionszeit ihren Abschluß; noch lange zitterte die Erbitterung nach, die sich bei den immer loyalen Kasselerern durchaus nicht etwa gegen das Militär überhaupt, sondern speziell gegen die hochmütige Kavallerie richtete; sie war ja schon seit der sogenannten ersten Garde-du-Corps-Nacht von 1831 tief verhaßt; mit der Infanterie stand die Bürgergarde in gutem Einvernehmen. Die besten

Gewehre waren nun in der Hand des Volks — sie ihm wieder abzunehmen, schien nicht einfach¹⁴⁰). Der Fünfziger-Ausschuß hatte nun sogleich nach den ersten Nachrichten trotz Widerspruchs des hessischen Ministers Wippermann, der sein Mitglied war, beschlossen, diesen sowie Heckscher und den Hanauer Blachiére als Kommissare nach Kassel zu schicken, mit weitestgehenden Vollmachten; man dachte sich, im Falle des Widerstandes des Kurfürsten, sogar diktatorische Maßnahmen der Kommissare. Als die Kommissare anlangten, war aber alles Nötige geschehen; sie nahmen an einer Sitzung des kurhessischen Ministeriums teil, ließen sich Aufklärung geben und kehrten befriedigt wieder heim. Das war zwar keine Ausführung ihres Auftrages, aber nach Lage der Dinge das Angemessenste. Als Heckscher in Kassel die etwas großartige Bemerkung machte: „Das ganze Volk steht hinter uns“, gab ihm der Verweser des kurhessischen Finanzministeriums, Theodor Schwedes, der als Oberberg- und Salzwerkdirektor hochverdiente Mann, die kühle Antwort: „Und wenn Preußen die Trommel rühren läßt, ist es aus¹⁴¹).“ Der sächsische Minister von der Pfordten sagte von diesem Kommissariat für Kassel: „Hätte man so etwas gegen Sachsen versucht, so würde ich auf sofortige Arrestation der Frankfurter Kommissarien angetragen haben.“ Und der sächsische Minister des Innern Oberländer meinte: „Glaubt denn Herr Soiron, daß ganz Deutschland nach seiner Pfeife tanzen wird?!“¹⁴²)

*

Der Fünfziger-Ausschuß war eine moralische Autorität; das war viel, in Frankfurt und in seinem größeren Umkreis; je weiter sich aber diese Autorität von Frankfurt entfernte, je mehr sie nun gar in die praktischen Regierungsaufgaben eines großen Staates wie Preußen oder auch eines kleinen wie Kurhessen unmittelbar einzugreifen versuchte, desto deutlicher mußte sie ihre Grenzen merken. Hinter dem Fünfziger-Ausschuß stand die Revolution; von da her hatte er seinen Schwung und seine Tatkraft; das Vorparlament wirkte noch in ihm nach, aber nur eben leider nicht mit der ganzen Wucht einer Volksvertretung auf revolutionärer Grundlage, sondern abgekühlt, beruhigt, ausschlußmäßig, also vernünftig, dem Gesetzlichen zugewandt: der Fünfziger-Ausschuß begann schon damit, die Revolution zu legalisieren. Er hätte gar zu gern regiert, aber er beriet nur in einer großen Anzahl öffentlicher und geheimer Sitzungen (die letzteren hießen etwas irreführend Komiteesitzungen), er äußerte seine Ansichten, er schickte Kommissare ab, die zur Ordnung ermahnten, und er schwelgte in Proklamationen. Es ist bezeichnend, daß der Fünfziger-Ausschuß schon rein äußerlich in der Luft stand. Erst am 31. August beschloß die Nationalversammlung zugleich mit dem Dank der Nation an den Fünfziger-Ausschuß, daß seine Mitglieder die gleichen Reise- und Tagesgebühren für die Dauer ihrer Wirksamkeit erhalten sollten wie die Mitglieder der Nationalversammlung, nämlich drei Taler. Die Stadt Frankfurt und der bekannte liberale Arzt Dr. Mappes, ein Mitglied des Ausschusses, hatten Vorschüsse geleistet¹⁴³)!

Auch die Zusammensetzung des Fünfziger-Ausschusses war nicht durchaus glücklich. Wie wir sahen, fehlten die Führer der sozialrevolutionären Partei, Hecker und Struve, in ihm — schon die Zeitgenossen und nicht bloß die Anhänger der beiden empfanden, daß man sie durch diese Übergehung geradezu auf die Straße gedrängt hatte. Immerhin war die demokratisch-republikanische Linke durch Männer wie Blum, Raveaux, den Königsberger Johann Jacoby und Adam v. Itzstein vertreten. Eine Hauptschwäche des Vorparlaments war der fast völlige Mangel an Österreichern gewesen; beim Fünfziger-Ausschuß waren nun außer diesen beiden, Wiesner und Graf Bissingen, noch sechs Sitze für Österreicher vorgesehen; aber die von ihm Bezeichneten folgten größtenteils dem Rufe nicht; es traten ein Schuselka, Kuranda, Endlicher, Hornbostl, Mühlfeld und Schilling. Endlicher wurde dann durch Hübner ersetzt. Bedeutsam war die ausdrückliche Ablehnung des eingeladenen Böhmen Palacky: er wollte nichts mit Deutschland und seinem Neuaufbau zu tun haben, für ihn gab es zuerst und vor allem Böhmen und dann noch den von West- und Südslawen beherrschten oder mitbeherrschten österreichischen Kaiserstaat, den Völkerverein an der Donau, das notwendige Bollwerk gegenüber Rußland: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“ „Deutschland“, so meinte Palacky, „solle sich nur ruhig zur Proklamation der Republik entschließen, der österreichische Kaiserstaat müsse samt seinen Deutschen zusammenbleiben¹⁴⁴⁾“ (17. April).

Die Antwort des Fünfziger-Ausschusses, noch bevor er den Bescheid hatte, war der besonders feierliche Empfang der österreichischen Mitglieder in der deutsch-reformierten Kirche; in der Begleitung der Österreicher kamen Vertreter der Wiener Studentenschaft, die in ihrer malerischen, halb mittelalterlichen Tracht überall, auch etwa in Darmstadt, starken Eindruck machten und umjubelt wurden als Helden der Wiener Revolution. Beim Vorparlament hatte man die deutschen Brüder aus Österreich schon fast verloren geglaubt — nun nahmen sie doch ihren Platz ein im neuen deutschen Hause¹⁴⁵⁾. Nach Prag wurden Kuranda und Wächter entsandt, um zu einer Verständigung zu gelangen: es kam zu leidenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten. Unmöglich sei die Unterstellung Österreichs unter ein deutsches Gesamtreich, alles hänge von dem zukünftigen böhmischen Landtag ab — entwickelten Palacky und die Seinen. Schilling, der zu den beiden aus Wien gestoßen war, antwortete, er sei überzeugt, daß die Deutschen in Österreich „in einem tschechisch-illyrischen Kaisertum aufzugehen nicht gewillt sind“, und daß sie im äußersten Falle — nämlich wenn die Regierung diese Bestrebungen sich zu eigen machen sollte, „lieber die Dynastie als Teutschland aufgeben“ müßten¹⁴⁶⁾.

Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß wollten Österreich, sie wollten ein Deutschland mit Österreich; aber auch die Wiener Regierung zeigte schon damals ihre Absicht, auf dem eigenen Wege zu bleiben. Vier Tage vor den für

die Nationalversammlung ausgeschriebenen Wahlen, am 21. April, erließ das sonst gewiß schwache und sich mühsam vorwärts tastende Ministerium Pillersdorf eine offizielle Erklärung in der Wiener Zeitung, die deutlich war: „Von dem Wunsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen, wird Österreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu betätigen vermag. Es kann aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen, zum Deutschen Bunde gehörigen Gebietsteile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzicht auf die Selbständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Insofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes (nachträglich amtlich verbessert: „Bundesstaates“) nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Österreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten.“

Das war gewunden und höflich, es wollte nicht verletzen; aber der Geist dieses Dokumentes setzt Metternich fort und nimmt Schwarzenberg vorweg. „Anschluß!“ Hier ist wohl zuerst das Wort Anschluß in der deutschen Geschichte für das Verhältnis Österreichs zum übrigen Deutschland von maßgebender Stelle gebraucht worden — ein merkwürdiges Wort, wenig glücklich, mindestens für die damaligen Verhältnisse. Und nur von der Bundesversammlung war die Rede — nicht vom Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß; „Sonderinteressen“, „Vorbehalt“, „vereinbarlich“, „Staatenbund oder vielmehr Bundesstaat“: hinter soviel liebenswürdiger Verwischtheit stand das Nein des Kaiserstaates, der sich als Großmacht fühlte auch nach der Wiener Revolution, und der leben wollte mit Deutschland, aber auch trotz Deutschland. Verstand man in Frankfurt diese Sprache? Der Fünfziger-Ausschuß ernannte auf Jacobys Antrag eine Kommission, erklärte dann die Festsetzung der deutschen Verhältnisse als Sache der Nationalversammlung, verlangte aber schon jetzt die Unterordnung aller Sonderinteressen unter das Ziel der Gründung des einigen Deutschlands — versicherte auch bei der Bedrohung Südtirols durch die Italiener die Hilfe Deutschlands. Es war alles gutgemeintes Papier. Der Kaiserstaat stand, von jeder Einmischung peinlich berührt, daneben als eine geschichtlich-politische Realität.

*

Glücklicher war der Fünfziger-Ausschuß in seinen Beziehungen zu Preußen. Preußen hatte den Zweiten Vereinigten Landtag einberufen, um so zu seiner eigenen verfassungsgebenden Nationalversammlung zu gelangen. Der Gedanke, daneben und darüber auch gleich die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zu sehen, war der Berliner Regierung dauernd unbehaglich. Sie fürchtete von den Doppelwahlen eine Zersplitterung der Kräfte und die Benachteiligung der eigentlich preußischen Interessen. Deshalb nahm sie den alten Bassermannschen Gedanken wieder auf und ordnete an, daß der preußische Vereinigte Landtag

die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vornähme. Kurhessen plante ähnliches. Dagegen wandte sich nun der Fünfziger-Ausschuß mit Energie — und Preußen konnte nicht gut anders als sich fügen, besonders da ja auch die Bundestagsbeschlüsse vom 7. und 11. April die Anordnungen des Ausschusses über die Wahlen bestätigten. Das Propositionsdekret des Königs von Preußen vom 3. April wurde durch die Verordnung vom 11. April wieder aufgehoben¹⁴⁷). Es gelang aber Preußen, den Termin des Zusammentritts der Deutschen Nationalversammlung vom 1. Mai auf den 18. Mai zu verschieben; die schwierigen Wahlverhältnisse im östlichen Teile der Monarchie mögen dabei mitgewirkt haben. Entscheidend war aber das politische Moment: Preußen wollte die Deutsche Nationalversammlung möglichst spät, und wäre am liebsten der deutschen mit seiner preußischen zuvorgekommen. Der Fünfziger-Ausschuß merkte die große Schwierigkeit wohl, die in der Konkurrenz zwischen der Deutschen Nationalversammlung und den Einzellandtagen lag; er teilte am 25. April dem Bundestag mit, daß es wünschenswert sei, während der Dauer der Nationalversammlung die Einzellandtage womöglich ganz auszusetzen oder nur unter dringendsten Umständen einzuberufen: das Verfassungswerk für ganz Deutschland sollte erst vollendet werden, dann sollten die Versammlungen der Einzelstaaten zusammentreten. Dieser Gedanke war an sich politisch völlig richtig — aber der Bundestag hütete sich wohl, seine Verwirklichung zu versuchen; denn das politische Leben der Einzelstaaten war schon mit einer solchen Leidenschaftlichkeit auch auf die Sonderparlamente eingestellt, daß dieser Strom nicht mehr einzudämmen war. Partikularismus und Unitarismus ergriffen im gleichen Augenblick das parlamentarische Prinzip — dies parlamentarische Prinzip mußte dabei zu allererst zerrüttet werden.

Das Verhältnis des Fünfziger-Ausschusses zum Bundestag und zu Preußen wurde der Kernpunkt seines Daseins. Der alte Bundestag war nun wirklich infolge der Neubesetzungen der Gesandtenposten und der Teilnahme der siebzehn Vertrauensmänner, die mit dem „Revisionsausschuß“ des Bundestages arbeiten sollten, eine gründlich modernisierte Körperschaft; aber er stellte eben doch mitten in dieser revolutionären Frankfurter Welt das legitime Prinzip dar und versuchte, aus Tradition, aus einem gewissen inneren Lebensrhythmus, der alten politischen Einrichtungen zu eignen pflegt, alles, was geschah, oft unter Preisgabe der eigenen Würde, irgendwie ins Legitime umzubiegen und überzuleiten. Diese Neigung traf sich mit der Stimmung der arrivierten Revolutionäre, der Kämpfer der parlamentarisch-monarchischen Reformpartei; für sie brauchte die Revolution nicht weiterzugehen, ihnen kam es jetzt darauf an, den Sieg zu sichern, ihn zu legalisieren, und zwar mittels des Bündnisses mit den noch aufrechtstehenden Gewalten — Dynastien, Bürokratie, Militär. Sie glaubten eben ihrer Sache überaus sicher zu sein, rechneten mit der Dankbarkeit der alten Mächte und genossen vor allem die eigene Stellung. Der erste Zwist zwischen Fünfziger-Ausschuß und Bundestag entstand wegen der Wahlmatrikel. Der Bundestag hatte

am 30. März einen Abgeordneten auf 70 000, das Vorparlament, wie wir sahen, einen Abgeordneten auf 50 000 Seelen beschlossen. Da die Bundesmatrikel veraltet war — 1842 nur wenig verändert, stammte sie eigentlich von 1819! — so wurde durch die größere Quote die inzwischen eingetretene Bevölkerungsvermehrung wenigstens teilweise erfaßt. Die Vernunft war also durchaus auf seiten des Vorparlaments; der Fünfziger-Ausschuß setzte sich für seinen Beschluß entschieden ein: der Bundestag sträubte sich lange — trotz des Rates der siebzehn Vertrauensmänner, nachzugeben. Zuletzt drohte der Ausschuß mit der Wiederberufung des Vorparlamentes — und das half. Der Bundestag wich der Gewalt und fügte sich. Sowohl von Rheinpreußen, wie vom Westen und Süden waren Nachrichten gekommen, daß die Bevölkerung auf der breiteren Wahlmatrikel bestünde; der rheinische Oberpräsident Eichmann hatte den Regierungsrat Delius mit der bestimmten Meldung nach Frankfurt geschickt, Rheinpreußen würde gegebenenfalls nicht zu verhindern sein, ohne Anerkennung der Regierung die Wahlen vorzunehmen¹⁴⁸).

Am 10. April schrieb Graf Dönhoff nach Berlin, der Fünfziger-Ausschuß „geriere sich wie ein provisorisches Gouvernement“; Dönhoff fühlte, daß auch seine Zeit in Frankfurt zu Ende sei und suchte wiederholt dringend um seine Abberufung nach. Da aber Dahlmann, der preußische Vertrauensmann beim Bundestag, die Übernahme der preußischen Bundestagsgesandtschaft ablehnte, so führte Dönhoff die Geschäfte zunächst weiter, obgleich seine Abberufung schon entschieden war: ein nicht eben günstiger Zustand bei so schwierigen politischen Verhältnissen. Dahlmanns Begründung war, daß er durch seine Tätigkeit als Siebzehner genug in Anspruch genommen sei; er arbeitete zusammen mit Albrecht den Entwurf einer neuen Bundesverfassung aus und kämpfte ihn gegen den hartnäckig opponierenden Uhland durch. Die oft sehr lebhaften Beratungen wurden von den Siebzehnern in strengem Geheimnis geführt; keiner von ihnen sprach mit seinem Gesandten darüber, weil man die Bundesversammlung durchaus nicht daran teilnehmen lassen wollte, um sich nicht mit ihrem Odium zu belasten. Als der Entwurf am 26. April fertig war, wurde er sofort veröffentlicht — der Bundestag war damit vor eine fertige Tatsache gestellt¹⁴⁹). Er fand sich damit ab, indem er erklärte, er fände keine Veranlassung, diese von den 17 Vertrauensmännern zu verantwortende Veröffentlichung zu beanstanden.

Der Verfassungsentwurf Dahlmanns steht in dem Wirbelwind dieser Revolutionswochen mit einer ehernen Würde aufrecht da. Er ist das Gegenstück zu jener Erklärung des österreichischen Ministeriums in der Wiener Zeitung; wie diese ist er erwachsen aus einer Lage, die mit allen ihr innewohnenden Zukunftsmöglichkeiten erfaßt ist; aber im Gegensatz zu ihr ist er nun keine Geste, sondern ein Programm, kein vorsichtig stilisiertes Amtselaborat, sondern der mannhafte Ausdruck edlen patriotischen Wollens. Das erbliche Kaisertum trat hier nun zum erstenmal als amtlicher Vorschlag in die deutsche politische Wirklichkeit; dazu das Oberhaus, in dem auch die Fürsten sitzen, was Dahlmann später

selbst als unglücklich bezeichnete, dann das Unterhaus; Kriegswesen, Diplomatie, Handels- und Zollwesen gemeinsam, ein sehr autoritatives, auch als Staatsgerichtshof wirkendes Reichsgericht, zu Anfang knapp die Grundrechte — das Ganze voll Maß und Würde, überzeugend, trotz vorhandener Schwächen, für hochgesinnte Männer von beruhigter Bildung, unbefriedigend für folgerichtige Revolutionäre, aufreizend zur Kritik für alle Machthaber von gestern. Dahlmanns Entwurf versank in einer Kommission des Bundestags; es wurde viel an ihm herumgemäkelt und herumgepfuscht; der Nationalversammlung wurde er nicht vorgelegt, und dazu war er doch eigentlich da. Heinrich von Gagern sagte Anfang Mai zu Gervinus, der in der Deutschen Zeitung warm für den Verfassungsentwurf der Siebzehn eingetreten war: „Hoffentlich findet Bockelberg (der preußische Gesandte in Darmstadt) den Entwurf gut preußisch und konservativ genug“; König Maximilian von Bayern schrieb aber an den Erbgroßherzog von Hessen, der Entwurf „annulliere alle Landesfürsten“. Dies erzählte der Erbgroßherzog dem nach München versetzten Bockelberg bei der Abschiedsaudienz¹⁵⁰). Der bayrische Außenminister Graf Bray bemerkte sogar zum preußischen Gesandten Grafen Bernstorff: „Man wird sich lieber einer republikanischen Form als einer erblichen Monarchie unterwerfen.“ Graf Degenfeld schrieb aus München, man zitiere dort in bezug auf Dahlmanns Entwurf das französische Sprichwort: „bête comme un professeur allemand.“¹⁵¹) Sehr offen konnte sich Graf Bray mit dem bayrischen Gesandten in Wien, dem Grafen Luxburg, in mehrfachen Erlassen aussprechen: das Frankfurter Projekt mache aus den Fürsten Untertanen oder einfach Beamte; bayrischerseits sei man wohl deutsch, hielte aber darauf, bayrisch zu bleiben („pour notre part tout en étant Allemands nous tenons à rester Bava-rois“), die Reichsgewalt sei eine Gefahr, denn sie verdoppele die Kosten für die Untertanen; die Kriegsmarine könne nur die Nordsee- und Ostseestaaten interessieren; Bayern könne jedenfalls keine Schiffe ausrüsten und bezahlen, die ihm fern lägen; der bayrische König könne nicht auf sein Gesandtschaftsrecht verzichten und müsse seine Armee in der Hand behalten, sonst werde er mediatisiert, und die Untertanen fragten schließlich: wozu ein Schattenkönig ohne Macht und Ansehen? „Eine Nation von beinahe fünf Millionen will einen eigenen König“, schreibt Bray an Luxburg; jede Verminderung seines Ansehens sei Selbstmord und beschwöre die Republik herauf; die alten Kurfürsten von der Pfalz und von Bayern hätten im alten Deutschen Reich größeres Ansehen und größere Gewalt gehabt, als ein deutscher König nach dem Entwurf der Siebzehner behalten würde; ein Direktorium am Sitze des Bundestags erreiche den Zweck ebensogut; die deutsche Bundesverfassung solle das Werk einer freien Vereinbarung zwischen Regierungen und Nationalversammlung sein, sie solle die Natur eines Vertrages erhalten. Und Luxburg kritisierte seinerseits den Entwurf mit nicht geringerer Schärfe: das Vorwort Dahlmanns ermangele der ihm sonst eigenen Bestimmtheit und Klarheit; es sei dunkel, zweideutig, ängstlich; die Idee, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen, lauere dabei im Hintergrunde, die Errichtung eines Bundesstaates

mit dem in Frankfurt residierenden Erbkaiser werde jedem ruhigen Manne als ein doktrinärer Traum erscheinen; die Mehrzahl der bayrischen Abgeordneten werde für Bayerns Selbständigkeit stimmen; die Unvollkommenheit des Bundestages habe nicht an der Bundesakte, sondern an ihrer Anwendung durch Österreich und Preußen gelegen; Bayern habe gegen die Karlsbader Beschlüsse protestiert und in Wien 1820 sein politisches Recht gerettet, Bayern sei damals freisinniger und unabhängiger als das übrige Deutschland gewesen¹⁵²). Die bayrische Regierung setzte dem Dahlmannschen Entwurf einen eigenen mit einem dreiköpfigen Direktorium entgegen¹⁵³). Um diesen Entwurf zu propagieren, wurde der bayrische Gesandte in Karlsruhe Freiherr v. Verger auf eine Reise an die süddeutschen Höfe und nach Frankfurt geschickt; in Frankfurt fragte dieser Diplomat den alten Welcker etwas spitz, ob er denn die Instruktionen seines Hofes befolge, und erhielt darauf keine Antwort; der Karlsruher Hof war nämlich für den bayrischen Entwurf und gegen die Siebzehner! In Stuttgart fand Verger viel Anhängerschaft für die preußische Hegemonie, selbst beim Könige; „meine bestimmten, sehr bestimmten Äußerungen mögen ihn stutzig gemacht haben“ — schrieb er nach Hause¹⁵⁴).

Hannover, Sachsen und Kurhessen teilten die bayrischen Bedenken in den wichtigsten Punkten, ebenso Mecklenburg-Schwerin, während Weimar grundsätzlich einverstanden war¹⁵⁵). In der preußischen Regierung hätte wohl Freiherr Heinrich von Arnim gern den Dahlmannschen Entwurf zu einer positiv bejahenden kleindeutschen Politik benutzt — der König hat es aber nicht zugelassen¹⁵⁶). Friedrich Wilhelm IV. bereute schon jetzt nichts mehr als sein deutsches Programm vom 21. März. Er trug sich nun wieder mit ganz anderen Plänen. Kein Regent, keine Körperschaft wagte also den Siebzehnerentwurf mit Kraft aufzunehmen und sich für ihn einzusetzen. Denn dieses erbliche Kaisertum für Deutschland war allerdings der preußische Erbkaiser — und der preußische König war immer noch Friedrich Wilhelm IV.! Der deutschen Revolution tat Eile not; gerade die Verfechter des preußischen Erbkaisertums brauchten aber Zeit, lange Zeit, damit der 18. März vergessen würde. Wenn sich das neue Österreich von Deutschland abwandte, so neigte sich der Fünfziger-Ausschuß, als Träger des Revolutionsgedankens, notwendig Preußen zu. Aber auch Preußen hielt sich zurück: der König, weil er die Revolution haßte und nur Reichserzfeldherr werden wollte, das demokratische neue Preußen, weil erst das eigene Verfassungskleid geschnitten werden sollte.

*

In der schleswig-holsteinischen Sache freilich trafen sich Frankfurter Bewegung und preußischer Staat noch am besten. Preußen hatte am 2. April den vormaligen Generalkonsul in Beirut Major v. Wildenbruch nach Kopenhagen geschickt, um noch diesen letzten Versuch zu machen, Dänemark vom militärischen Einschreiten in Schleswig-Holstein abzuhalten, sich selbst aber gegen die Unterstellung selbst-

süchtiger Absichten zu verwahren. Wenn die Mission des glänzend begabten Mannes, Sohnes des Prinzen Louis Ferdinand, scheiterte, so war nicht er daran schuld, sondern die Instruktion seiner Regierung. Preußen schritt dann ein in den Herzogtümern; seine Beweggründe waren freilich nicht nur deutschpatriotisch, es befürchtete, daß sich die republikanische Idee der schleswig-holsteinischen Sache bemächtigen könnte — die Abgeordneten der provisorischen Regierung in den Herzogtümern erweckten in Berlin diesen Verdacht¹⁵⁷). Der Bundestag lobte Preußen am 4. April wegen seiner Schutzmaßnahmen, erkannte acht Tage später die provisorische Regierung ausdrücklich an, aber unter Vorbehalt der Rechte des Herzogs, solange sie im Namen des Landesherrn aufträte, nahm Schleswig in den Deutschen Bund auf und beauftragte die vermittelnde preußische Regierung, deren Mitglieder und Anhänger in Schutz zu nehmen. Um der schleswig-holsteinischen Sache willen stieg Preußens Ansehen in Frankfurt, wenn auch Preußens Vorgehen von manchen zu langsam und zögernd gefunden wurde¹⁵⁸). Friedrich Wilhelm IV., den der Minister Arnim dabei absichtlich vorschob, sollte durch Schleswig-Holstein wieder etwas populärer werden. Durch die am 11. April beschlossene Aufnahme Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund war Preußen jetzt der größte Staat im Bunde geworden — es ging im Bunde auf; seine Bevölkerung überstieg die österreichische, im Bunde befindliche Seelenzahl. Das war eine neue Lage. Nicht umsonst hatte Graf Colloredo die heimliche Sorge, in Wien möchte man diesen Bundesbeschluß ungern sehen. Auch der dänische Gesandte war dagegen; er schied dann nach der Aufnahme Schlesiws unter Protest aus der Bundesversammlung aus¹⁵⁹).

Die Kommissare des Fünfziger-Ausschusses Mathy und Schleiden, die am 12. April nach Berlin geschickt wurden, fanden dort gute Aufnahme; ihrer Forderung, frische Truppen nach den Herzogtümern zu schicken, wurde von Preußen entsprochen. Mathy benutzte die Gelegenheit, um der preußischen Polizei aus den Ficklerschen Papieren wertvolle Aufschlüsse zu geben¹⁶⁰). Auch Freischaren sollten nach dem Beschluß des Fünfziger-Ausschusses vom 12. April¹⁶¹) für Schleswig-Holstein aufgeboden werden. In dieser großen nationalen Sache war die Revolution mit den alten Mächten so einig wie bei keiner andern. Die Volksbewaffnung, an der schon dem Vorparlament so viel lag, mußte auch den Herzogtümern in erster Linie zugute kommen. Hier war ja nach dem dänischen Siege bei Bau die Lage recht ernst geworden; die Preußen hatten Gewehr bei Fuß an der Eider gestanden, und in Berlin hatte der dänische Minister Orla Lehmann seine überlegene Verhandlungskunst spielen lassen¹⁶²). Noch vor den preußischen Truppen überschritten die Hannoveraner am 13. April die Elbe; den Operationsplan ihres Generals Halkett, der kurz den Oberbefehl führte, übernahm dann der seit dem 21. April mit dem Oberbefehl betraute Wrangel. Politisch hatte Preußen bis dahin nicht besonders glücklich operiert; nun sollte es militärisch seine Leistungsfähigkeit zeigen. Frankfurt schickte sich aber an, jetzt überall mitzusprechen.

Die 17 „Beigeordneten am Bundestage“, wie die Vertrauensmänner amtlich hießen, befaßten sich auch sehr entschieden sowohl mit einer Neugestaltung der deutschen Außenpolitik wie mit dem Problem der Volksbewaffnung. Das Promemoria, das am 13. April dem Bundestag überreicht wurde, betonte die Notwendigkeit einer deutschen Marine: Gesamtdeutschland soll wieder als Großmacht auftreten, Preußen muß in der schleswig-holsteinischen Frage „instruiert“ werden, eine deutsch-holländische Allianz, enge Beziehung zu Belgien, Schweden und besonders zu den Vereinigten Staaten ist durch eigene diplomatische Beschickung zu erstreben, an die preußische Landwehr, an die Tradition der Lützower, an das Turnwesen ist anzuknüpfen, um im Gegensatz zu dem durch die bisherige Machtpolitik nötig gewordenen „ungeheuren stehenden Heere“ eine wahre Volksbewaffnung zu schaffen. Diese Ausführungen stammten von Droysen¹⁶³). Auch die vom Fünfziger-Ausschuß eingesetzte Kommission für Volksbewaffnung wies in ihrem Bericht vom 22. April ausdrücklich auf Preußen hin: „In bezug auf die allgemeine Kriegsverfassung des Vaterlandes glaubt sie (die Kommission), Einrichtungen wie die preußische Landwehr allen deutschen Staaten, in welchen ein ähnliches Wehrsystem noch nicht besteht, dringend empfehlen zu müssen.“ Für die Volksbewaffnung, die ja im Innern „die gesetzliche Ordnung und den Schutz der Freiheit“ bezweckte, wurden von der Kommission die Bestimmungen der Kundmachung des österreichischen Ministeriums des Innern vom 10. April (veröffentlicht Wiener Zeitung, 12. April) als Muster empfohlen. Die Kommission beantragte, die Bundesversammlung zu ersuchen, nach den gemachten Vorschlägen Volksbewaffnung überall anzuordnen, damit die zum Kriegsdienst bestimmten Truppen nicht im Innern verwendet zu werden brauchten¹⁶⁴). Der Hauptvorkämpfer der Idee der Volksbewaffnung, Jakob Venedey, richtete etwas später im Namen des Fünfziger-Ausschusses ein Schreiben an die bayrischen Freikorpsführer in Schleswig-Holstein, Graf Bothmer und Freiherr von der Tann, indem er sie unter lebhaftem Danke für ihre Dienste aufforderte, an der Spitze der Freischaren zu bleiben und ein Parlamentsheer zu bilden, um in Frankfurt die Unabhängigkeit der Nationalversammlung zu sichern. Tann lehnte sofort ab, Bothmer holte erst gelegentlich eines Aufenthaltes in München den Befehl des Königs ein, der natürlich negativ ausfiel. Manche wunderten sich, daß dieselben Leute, die Hecker für einen Landesverräter erklärten, nun die Freischareninstitution zum Schutze des Frankfurter Parlaments gebrauchen wollten¹⁶⁵). In dem Gedanken steckte jedenfalls ein richtiger Kern, nur hätte sich Venedey nicht gerade an die Bayern wenden müssen.

Schleswig-Holstein war nun die große gesamtdeutsche Sache geworden, an der nur Österreich nicht teilnahm, schon wegen seiner eigenen Sorgen. Als Oberbefehlshaber für Schleswig-Holstein wurden Erzherzog Johann und König Wilhelm von Württemberg genannt¹⁶⁶). Nassau und Braunschweig beantragten aber den Oberbefehl für Preußen. Die erste Enttäuschung in der Sache der Herzogtümer kam nun leider von England. Palmerston übte durch den englischen

Gesandten in Berlin Graf Westmoreland einen starken Druck auf die preußische Regierung aus: England hoffe ernstlich, Preußen werde keine Truppen in Schleswig einrücken lassen oder sie eventuell sofort zurückziehen. Preußen antwortete, es sei Mandatar des Deutschen Bundes und werde deshalb die Bundesglieder von dem englischen Schritte in Kenntnis setzen. Die Vermittlung Englands wollte Preußen nur unter der Voraussetzung der Räumung Schleswigs durch Dänemark annehmen¹⁶⁷). Der Krieg um die Herzogtümer war keine rein deutsch-dänische Angelegenheit — schon damals nicht. Spätere Krisen zeichneten sich bereits jetzt ab.

Von der schleswig-holsteinischen Sache nahm auch die Flottenbewegung ihren Anfang. Der Fünfziger-Ausschuß beschloß am 19. April, die Bundesversammlung und die Regierungen aufzufordern, Kauffahrteischiffe zu bewaffnen, Kanonenboote auszurüsten und Strandbatterien zu errichten, um so die Ost- und Nordseeküste gegen Angriffe zu schützen. Die Hansestädte regten an, von der Bundesversammlung den Syndikus Banks nach London zu schicken, schon um das Gesandtschaftsrecht des Bundes auszuüben; er sollte auch wegen des Ankaufs von Kanonenbooten Erkundigungen einziehen. Ein ansehnlicher, unbeschränkter Kredit sollte eröffnet werden zu diesem Zwecke; Preußen erklärte sein Einverständnis¹⁶⁸). Der Bundestag wurde vom Fünfziger-Ausschuß „ersucht“ um Mitteilung darüber, ob dies alles geschehen sei. Das war nun so schnell nicht getan. Zunächst blieben alle diese Pläne noch im Vorbereitungsstadium stecken. Aber der Anstoß war gegeben; der Gedanke, daß man eine deutsche Kriegsflotte haben müsse, verschwand nun nicht mehr; er wurde einer der stärksten nationalen Impulse des Revolutionsjahres. Der Kampf um die Herzogtümer war eine deutsche Sache; die Hansestädte, besonders die beiden am meisten interessierten, Hamburg und Lübeck, versuchten aber ihren Handel vor den schädlichen Folgen eines Wirtschaftskrieges zu schützen. Sie beauftragten ihren Gesandten in Paris, bei Herrn Lamartine eine Erklärung Frankreichs zu erwirken, daß es im Falle eines Seekrieges aus Rücksichten der Humanität und Zivilisation alle Handelsfahrzeuge unbelästigt lassen werde. Die Ansicht war, daß sich die andern Seestaaten einer solchen französischen Erklärung anschließen müßten¹⁶⁹). Denselben Standpunkt vertrat im Fünfziger-Ausschuß der Hamburger Heckscher und setzte ihn auch als die fortgeschrittenere völkerrechtliche Anschauung durch, jedenfalls sehr zum Besten des hanseatischen Handels; Preußen hatte beim Bundestag beantragt, Gesamtdeutschland möge die Beschlagnahme für die dänischen Handelschiffe aussprechen als Antwort auf die durch Dänemark ausgesprochene Legung des Embargo auf deutsche Schiffe. „Aus Rücksicht auf die Humanität“ verfügte der Bund diese Repressalien nicht allgemein, sprach aber die Verpflichtung zum Schadenersatz aus¹⁷⁰).

Das gute Verhältnis der verschiedenen Frankfurter politischen Körperschaften zu Preußen wurde auch durch die Polenfrage nur vorübergehend in Frage gestellt. Als Vertreter des preußischen Nationalkomitees in Posen verhandelte

Niegolewski mit dem Fünfziger-Ausschuß. Wie oben gezeigt, begann die badische Regierung die aus Frankreich in ihre Heimat zurückströmenden Polen in kleinen Trupps von 40 Mann rheinabwärts zu transportieren. Damit waren nun die Polen nicht zufrieden: sie verlangten in größeren Zügen, bis fünfhundert Mann stark, oder gar als Gesamtkolonnen heimkehren zu dürfen¹⁷¹), und zwar über Eisenach. Baden wurde allein nicht mit den Polen fertig, wollte auch die Speditionskosten nur vorschießen und wandte sich an den Bund. Der Fünfziger-Ausschuß setzte sich für die ungehinderte Heimkehr der Polen ein. Preußen aber veranlaßte, daß die durchreisenden Polen in Braunschweig und Dresden festgehalten wurden: im Großherzogtum Posen flammte eben jetzt der Bürgerkrieg zwischen Deutschen und Polen auf; die preußische Regierung stand vor den größten Schwierigkeiten und hatte wirklich allen Grund, sich polnische Verstärkungen vom Leibe zu halten. Baden aber ließ ruhig weiter Polen einströmen und verlangte von Preußen, es solle seinerseits die ihm unerwünschten Polen nach Frankreich zurückschaffen. So versuchte es den Anschein der Illiberalität auf Preußen abzuwälzen. Die Frage war auch deshalb so verwickelt, weil weder Rußland noch Österreich die zu ihren Gebieten gehörigen Polen einließen. Die Bundesversammlung beschloß daher, Baden solle nur die Polen aus Frankreich aufnehmen, die ihre Angehörigkeit zum Großherzogtum Posen nachweisen könnten¹⁷²). Der Fünfziger-Ausschuß war nicht damit einverstanden, wußte aber schließlich nichts anderes zu tun, als die Entscheidung der ganzen Polenfrage der zukünftigen Nationalversammlung zuzuschieben. Preußen brachte dann die vom Vorparlament angeschnittene Frage der Zugehörigkeit des Großherzogtums Posen dadurch einen wesentlichen Schritt voran, daß es die Einverleibung der größeren westlichen Hälfte des Großherzogtums mit der Stadt Posen in den Deutschen Bund beantragte und durchsetzte (2. Mai). Es ging durchaus nicht glatt dabei. Zunächst handelte es sich nur um die überwiegend deutschen Teile, die zum Teil im Mittelalter schon zur Neumark und zu Schlesien gehört hatten, also die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt — mit einer Gesamtbevölkerung von knapp 600000 Seelen und tatsächlich herrschender deutscher Kultur, Sitte und Sprache. Der Aufnahmeantrag Preußens umfaßte ursprünglich nur diesen Teil; er wurde am 22. April angenommen, aber es herrschte in der Bundesversammlung allseitiges Bedauern, daß Stadt und Festung Posen nicht einbegriffen waren; es wurde die Hoffnung ausgesprochen, dies werde nachgeholt werden, zur Wahrung der deutschen Nationalität der dortigen Einwohner und zur Sicherheit des deutschen Bundesgebiets. Der Posener Provinziallandtag hatte sich gegen die Aufnahme Gesamtposens in den Deutschen Bund ausgesprochen; trotzdem stellte Preußen am 27. April den erneuten Antrag, auch die Stadt und Festung Posen nebst den Kreisen Buch, Samter, der Stadt Kempen und den südlichen Teilen der Kreise Krotoschin und Kröben in den Deutschen Bund aufzunehmen¹⁷³). Nun warfen aber die Gesandten von Württemberg und von Holstein die Frage auf, ob dies Gebiet nicht fast ganz polnisch sei und ob auch die

Bevölkerung die Aufnahme wünsche. Der württembergische Gesandte beantragte vergebens Überweisung an eine Kommission. Bei der Annahme befürworteten die Gesandten Bayerns, Badens und Württembergs die Schonung der polnischen Nationalität und sprachen die Voraussetzung aus, daß die polnischen Einwohner mit der Einverleibung einverstanden seien¹⁷⁴).

Preußen blieb trotz allem die große Hoffnung des Verfassungsentwurfs der Siebzehner, er trug Dahlmanns Namen und Geist, aber außer Albrecht hatten auch Heinrich von Gagern und Bassermann das Ihrige dabei getan. Immer wieder kehrten die Erwägungen und Debatten dieser Männer zu Preußen zurück. Am 7. April bat Gagern den Gesandten v. Bockelberg, er möge dem König von Preußen hinterbringen: nicht nur wünschenswert sei es, sondern unumgänglich notwendig, daß die deutschen Bundesfürsten sich zur Zeit der Tagung der Nationalversammlung an einem Frankfurt nahegelegenen Punkt vereinigten, um, wenn die Frage der Wahl eines Reichsoberhauptes zur Erörterung käme, sich persönlich sofort verständigen zu können. Gagern stellte Ems zur Erwägung. Der Gedanke war gewiß nicht besonders praktisch — er wurde auch nicht wieder aufgegriffen; aber es ist bezeichnend für die Ideengänge der leitenden Männer. Einen Kernpunkt berührte Gagern, wenn er am gleichen Tage auseinandersetzte, die Fürsten sollten vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit aussprechen, zum Heile von Deutschland und zur Herstellung einer kräftigen Zentralgewalt die Ausübung eines Teils ihrer Souveränitätsrechte auf das künftige Bundeshaupt zu übertragen; das dürfte aber nicht so aussehen wie ein Mangel an Vertrauen gegenüber der Frankfurter Versammlung¹⁷⁵). Wie sehr haben doch Heinrich v. Gagern und die Seinen den deutschen Patriotismus der Fürsten überschätzt! Hier lag wohl ihr schwerster Irrtum.

Eine Woche später sagte Gagern zum preußischen Gesandten, er dächte sich die Bundesversammlung als eine Art Staatsministerium in ihrem Verhältnis zu dem neuen Parlament, die künftige Verfassung solle dem Parlament von ihr zur Beratung und weiteren Beschließung vorgelegt werden¹⁷⁶). Das war nun ein sehr vernünftiger und einleuchtender Gedanke; leider erwies es sich als unmöglich, zwischen Bundestag, Fünfziger-Ausschuß und Verfassungsentwurf den Grad von Harmonie herzustellen, der seine Verwirklichung zugelassen hätte.

*

Der badische Aufstand und der Krieg mit Dänemark bewiesen, daß der Deutsche Bund gegenüber größeren militärischen und außenpolitischen Fragen hilflos war, weil er eben kein geeignetes Exekutivorgan dafür besaß. Konnte er es sich nicht selber schaffen? Die siebzehn Vertrauensmänner stellten, wie wir sahen, schon am 12. April an den Bundestag die Forderung, zugleich mit der allgemeinen Volksbewaffnung auch für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Sorge zu tragen und die nötige exekutive Gewalt schon jetzt wenigstens provisorisch ins Leben zu rufen. Der Fünfziger-Ausschuß, gewohnt, sich mit den

Siebzehnern in einem wahren Wettlauf zu befinden, griff den Gedanken sofort auf; Kommissionen von beiden Körperschaften traten darüber in Beratung. Welcker scheint der Vater des Gedankens gewesen zu sein, Schmerling, der österreichische Vertrauensmann bei den Siebzehnern, nahm sich aber seiner entscheidend an.

Zwei Pläne wurden dabei neben- und durcheinander erörtert. Der erste bestand darin, einen Bundesoberfeldherrn zu schaffen. Der preußische Bundestagsgesandte Graf Dönhoff fand, daß die Meinung gegen einen Souverän sei, und empfahl deshalb, einen der bekannten höchsten preußischen Generale sofort zum preußischen Oberbefehlshaber in Schleswig zu ernennen, um so den Platz des Bundesoberfeldherrn für Preußen zu sichern. Er fand aber selbst, daß es nach dem langen Frieden nur wenig anerkannte militärische Autoritäten in Deutschland gab¹⁷⁷). Als er auf die Entscheidung der Oberfeldherrnfrage nochmals in diesem Sinne drängte, machte Friedrich Wilhelm IV. die Randbemerkung: „Bis jetzt kein Entschluß. Wenn sich Wrangel auszeichnet, kann man ja darauf zurückkommen¹⁷⁸).“ Es war sicher ein schwerer Fehler der preußischen Leitung, gerade in der militärischen Frage, wo sie alle Trümpfe für sich hatte, das Tempo zu verlieren.

Der zweite Plan betraf die Zivilangelegenheiten, die bisher durch die 17 Stimmen vom Bunde in bekannter Langsamkeit und Schwerfälligkeit geleitet worden waren. „Es wird daher auf eine provisorische Reichsverweserschaft, Gouvernement, Direktorium usw. gedrungen“, schreibt Dönhoff am 18. April. In diesem Satze tritt der Begriff „Reichsverweserschaft“ zum ersten Male amtlich auf — ein wenig glücklicher, ja unseliger Begriff, aus Not, Verlegenheit, Aktionsbedürfnis und politischer Berechnung in gleichem Maße entsprungen. Man wollte rasches Handeln, man wollte vorankommen: deshalb sollte mindestens schnell ein Direktorium ins Leben treten, an das die Bundesversammlung provisorisch so viel Gewalt abtreten und einzuräumen hätte, wie es später in der definitiven Bundesverfassung der Fall sein würde. Am 18. April stellte Welcker den förmlichen Antrag auf Einsetzung eines provisorischen Direktoriums von drei Mitgliedern mit ausgedehnten Vollmachten, unter eigener Verantwortlichkeit. Die Bundesversammlung, schreibt Dönhoff, sei dann unter diesem Direktorium eine Art Ministerium — hier tritt der Gagernsche Gedanke wieder in Erscheinung. Dönhoff wollte im preußischen Interesse zunächst nur den Oberfeldherrn — aber das Direktoriumsprojekt fand viel Anklang und wurde, was unerwartet war, mit besonderer Wärme vom Grafen Colloredo befürwortet. Man merkte auch warum. Österreich war am Bunde und überhaupt in Frankfurt völlig von Preußen überflügelt worden. Colloredo und Schmerling erblickten nun plötzlich eine Gelegenheit, wieder die Oberhand zu gewinnen. Der Name des Erzherzogs Johann war, wie wir sahen, auch für den Oberfeldherrn genannt, obgleich er doch als Soldat am wenigsten glücklich gewesen war. In ihm besaß aber Österreich etwas, was Preußen einfach nicht hatte: einen fürstlichen Oppositionellen, den alten Feind Metternichs, den guten Geist der Wiener Revolution. Deshalb nahmen die

Österreicher in Frankfurt den Gedanken des Direktoriums so lebhaft auf: „Sie stürzten sich darauf“, schreibt Dönhoff, weil sie mit der Popularität des Erzherzogs Johann alle andern zu schlagen hofften — und Österreich hatte dann wieder den ersten Posten besetzt. Colloredo lüftete die Maske, wenn er empfahl, nur „Souveräne“ vom Direktorium auszuschließen. Gegen nachgeborene Prinzen bestand aber bei den „Ultrakonstitutionellen“ starkes Mißtrauen.

Die preußische Regierung spürte auch den Wind gar wohl. Das Berliner Ministerium instruierte Dönhoff wie folgt: „Seit die Frage der Reorganisation des Bundes zur Sprache gekommen ist, bringt man österreichischerseits den populären Namen des Erzherzogs Johann mit der in Aussicht stehenden, einheitlichen Leitung der Bundesangelegenheiten in Verbindung und bemüht sich, ihn als denjenigen zu bezeichnen, der am geeignetsten ist, an die Spitze des neugestalteten Deutschlands zu treten“; Dönhoff solle gegen die Verwirklichung des Welckerschen Vorschlages arbeiten, eine für Preußen günstigere Zeit müsse abgewartet werden; so kurze Zeit vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung noch eine neue Institution zu schaffen, sei nicht empfehlenswert, das einzig Erwünschte sei der Oberfeldherr, und dafür käme nur ein preußischer General in Frage. Die Berliner Regierung versuchte für diesen Standpunkt auch die königlich sächsische zu gewinnen: ein ganz neues Organ provisorisch zu schaffen, sei zu vermeiden, vielmehr habe man eventuell aus der bestehenden Bundesverfassung eine provisorische Behörde zu entwickeln¹⁷⁹). Die Unterscheidung war etwas überspitzt — Preußen verhinderte jedenfalls im Moment die Reichsverweserschaft. Um das Direktorium ging der Streit weiter. Die Preußenfreunde nannten den Minister Camphausen oder einen General, der dann auch als Kriegsminister die administrative militärische Oberleitung im ganzen Bunde übernehmen könnte¹⁸⁰). Lange Beratungen fanden statt, Welcker, Soiron und Schmerling setzten sich zusammen. Nun beanspruchten die Österreicher auch den Bundesoberfeldherrn. Österreich und Preußen sollten je ein Mitglied des Direktoriums stellen, das dritte sollte ein Bayer sein, den die andern auswählten. Ein hoher Militär sollte jedenfalls dabei sein. Dönhoff macht dazu die charakteristische Bemerkung: „Offenbar schwebt hierbei die Idee eines Carnot aus der ersten Zeit der großen französischen Revolution vor¹⁸¹).“

Im Fünfziger-Ausschuß, der sich ja selbst gerne als eine provisorische Regierung vorkam, wurde der Gedanke nun von allen Teilen bekämpft: Heckscher besonders sprach sich energisch gegen eine Zentralgewalt aus, die, aus dem Stegreif geschaffen, schließlich der Freiheit gefährlich werden würde; man redete von Diktatur, man bestritt dem Bundestag jede Befugnis zur Schaffung einer solchen Einrichtung. Der Fünfziger-Ausschuß beschloß schließlich, den Bundestag zur Ernennung des Bundesoberfeldherrn aufzufordern, zum Zwecke der Beratung über die Herstellung eines Mittelpunktes für die diplomatischen Verhandlungen aber eine Kommission zu ernennen, die mit dem Bundestag in Verhandlung zu treten habe.

Das konnte nun dem Bundestag kaum genügen; er änderte seinen Plan und schlug vor, er selbst möge durch drei Mitglieder verstärkt werden, die im Einvernehmen mit den Siebzehnern und den Fünfzigern den Regierungen vorgeschlagen werden sollten; dieses Triumvirat habe den Bundesoberfeldherrn zu ernennen, den diplomatischen Verkehr zu pflegen und in dringenden Fällen die Exekutive verantwortlich auszuüben — so lange, bis die Nationalversammlung eine andere Behörde einsetze. Das war nun keine Reichsverweserschaft und kein Direktorium mehr — aber die Urgestalt eines Reichsministeriums. Der Welckersche Antrag wurde immer weniger das, was er ursprünglich sein sollte. Welcker und die Österreicher hatten sich eine Art fürstlicher Diktatur außer und über dem Bunde gedacht — nun war man auf eine Vollzugsbehörde des Bundestags gekommen. Die Bundesversammlung beschloß am 3. Mai das Triumvirat; schon hörte man die Namen Freiherr v. Wessenberg, Ludolf Camphausen, Heinrich von Gagern. Graf Colloredo, der möglichst schnell seiner dornigen Präsidialstellung enthoben werden wollte, trat nun auch für diese Lösung ein. Der bayrische Bundestagsgesandte v. Closen fragte bei Gagern an, ob er sich verpflichten wolle, gegen das erbliche Kaisertum zu stimmen — nur dann könne ihn Bayern vorschlagen. Gagern aber erklärte, überhaupt eine solche Stelle nicht annehmen zu wollen. Auch Fürst Leiningen und der sächsische Minister v. Lindenau wurden genannt¹⁸²). Der Beschluß des Bundestags erwähnte die Vorbehalte und Wünsche des Fünfziger-Ausschusses überhaupt nicht; das Triumvirat sollte, von den Regierungen ernannt, ziemlich unbegrenzte Gewalt haben und über die Nationalversammlung hinaus bis zur definitiven Neugestaltung des Deutschen Bundes bestehen — es sollte endlich die Ansichten und Wünsche der Regierungen über die neue Verfassung hören und der Nationalversammlung vermitteln, als Organ also zwischen dem Parlament und den Einzelregierungen arbeiten. Dagegen erhob sich nun tief verletzt der Fünfziger-Ausschuß: er empfand ein solches Organ als einen Angriff auf das berühmte „Einzig und allein“ v. Soirons — auf die Volkssouveränität also. Der Fünfziger-Ausschuß sprach über den Bundesbeschluß sein Befremden aus — er verwahrte sich dagegen. Damit war die Idee des Triumvirats totgemacht.

Es gelang auch den eifrigsten Bemühungen, besonders Welckers, nicht, den Riß zu überbrücken. Er wurde vielmehr noch vertieft durch das Bekanntwerden des Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten v. Lepel, in dem die Mehrheit des Fünfziger-Ausschusses den Beginn der Reaktion zu erblicken glaubte. Lepel verlangte darin, daß die Regierungen Männer des Vertrauens in Frankfurt haben müßten, die als eine Kommission in Frankfurt bei der Vorbereitung der Verfassung mitwirken und sie für die Regierungen annehmbar gestalten sollten. Da Lepel ausdrücklich betont hatte, daß die Nationalversammlung die Verfassung selbständig und frei zu bestimmen habe, so konnte man wohl merken, daß sein Gedanke nicht böse, sondern wirklich gut gemeint war, daß er zu einem glücklichen Schlußerfolge des Verfassungswerkes helfen

wollte. Beim Fünfziger-Ausschuß war aber die Aufregung groß. Er war empfindlich geworden, weil er selbst wohl merkte, daß er nicht alle Hoffnungen erfüllte, die auf ihn gesetzt waren. Nun wollte seine Mehrheit mindestens die Rechte der Nationalversammlung rein erhalten, die vorzubereiten ja sein wichtigstes Geschäft war. Da nun auch Heinrich v. Gagern als hessischer Ministerpräsident das Promemoria des hessischen Gesandten mißbilligte und erklärte, die Bildung einer Bundeszentralbehörde sei der Nationalversammlung zu überlassen, so erklärte der Fünfziger-Ausschuß von neuem Verwahrung und Protest gegen die letzten Beschlüsse des Bundestages und vollzog damit den Bruch, wobei die Schuld in den Augen der Öffentlichkeit ganz auf den Bundestag fiel. An freundlichen Vermittlungsversuchen konnte es in einer so ideenreichen Zeit nicht fehlen. Den besten Gedanken hat wohl der braunschweigische Bundestagsgesandte Liebe gehabt: der Bundestag sollte sich baldigst in ein Ober- oder Staatenhaus verwandeln dadurch, daß jede Regierung so viel Personen als Bevollmächtigte bestellte, wie sie Stimmen im Plenum führte, also Österreich und Preußen je vier usw. Damit wäre Lepels Vorschlag auf eine einfachere und schlagendere Art verwirklicht worden: die Nationalversammlung hätte einer legitimen Regierungsvertretung gegenübergestanden¹⁸³). Auch der Bundesoberfeldherr war nun nicht zustande gekommen, so lebhaft sich Dönhoff auch für Wrangel eingesetzt hatte. Nassau hatte noch den Prinzen Carl von Bayern vorgeschlagen. Viele rechneten mit seiner Ablehnung und wünschten sich dann König Maximilian von Bayern — ein wunderlicher, aus reiner Oppositionslust gegen Preußen hervorgegangener Gedanke. In Wien war man überhaupt gegen den Bundesoberfeldherrn; Graf Ficquelmont fand ihn bedenklich, da doch gar kein Bundesheer aufgestellt sei, auch könne Frankreich darin eine Herausforderung erblicken und „Explikation“ verlangen¹⁸⁴). Besonders enttäuscht war aber König Wilhelm von Württemberg; hatte er doch nach Frankfurt wissen lassen, das Kommando würde er trotz seiner Jahre annehmen, und diese Demarche blieb ganz erfolglos, obgleich mehrere kleine Staaten für ihn eintraten und auch Preußen nicht gegen ihn war. Hannover aber wünschte keinen Bundesfürsten an dieser Stelle, Bayern und Baden schwiegen vernehmlich¹⁸⁵). Fürst Gorčakov verglich diese Dispute über Zentralgewalt und Bundesoberfeldherrn treffend mit dem Zank der Griechen, als Mahomet vor den Toren von Konstantinopel stand¹⁸⁶).

Alles, was später in der Zeit der Nationalversammlung entstand, ist aber in diesen fruchtlosen Verhandlungen bereits vorgebildet worden: die Reichsverweserschaft, das Reichsministerium, ja auch die Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, die in Lepels Promemoria schon drinstecken. Wäre das Vorparlament permanent geblieben, dann wäre die Bildung einer Bundesexekutivbehörde mit seinem Einverständnis unumgänglich und wahrscheinlich gut durchführbar gewesen. Der Fünfziger-Ausschuß, halb Parlament, halb Kommission, fühlte sich selbst zu sehr als Behörde, um gern eine andere neben sich zu dulden. Eine merkwürdige und folgenreiche Erscheinung war bei diesen Kämpfen schon deutlich

zutage getreten — sie scheint typisch zu sein für deutsche politische Betätigung: es ist das Mißtrauen gegen Gesinnungsverwandte.

Im Bundestag saßen nun bald lauter alte Oppositionsmänner, auch Graf Colloredo ging jetzt wirklich ab, er sollte zuerst durch den alten Freiburger Freiherrn v. Wessenberg ersetzt werden, bekam aber dann Schmerling als Nachfolger. An Dönhoffs Stelle kam Ende Mai Usedom. Sachsen war durch Todt vertreten, der nun auch den Posten des unglücklichen, abgesägten v. Lepel übernahm; für Kurhessen war Sylvester Jordan da, für Bayern v. Closen, für Württemberg Sternenfels, für Baden Welcker, für Hannover Wangenheim; für Holstein kam von der provisorischen Regierung Madai, den Colloredo zuerst nur widerstrebend aufnahm, für Braunschweig Liebe, für die fünfzehnte Stimme Oberst Mosle; für die sechzehnte blieb Freiherr v. Holzhausen, und ebenso blieben die Vertreter der freien Städte. Dieser Bundestag war wirklich nicht mehr der alte Bundestag — besonders wenn man nun, wie nötig, die 17 Vertrauensmänner hinzurechnete, unter denen sich neben Dahlmann, Albrecht, M. v. Gagern, Gervinus noch Uhland, Bassermann, Droysen, Stockmar, Perthes befanden. Welcher politische Unterschied bestand zwischen Welcker und v. Soiron? Und doch entwickelte der Fünfziger-Ausschuß ein Mißtrauen, das aus rein sachlichen Gründen nicht zu rechtfertigen war. Die deutsche Revolution hatte sich nun einmal damit begnügt, den Fürsten liberale Regierungen an die Seite zu setzen; jeder, der weiterarbeiten wollte, mußte mit den Regierungen und den Dynastien der Einzelstaaten rechnen. Im April 1848 bestand noch vor der Revolution ein großer Respekt; wenn man jetzt eine Zentralgewalt schuf, und wenn diese Zentralgewalt der Nationalversammlung schnell einen Verfassungsentwurf vorlegte, dem die wichtigsten Regierungen beistimmten, dann konnte das Werk gelingen. Statt dessen sah man die unerquicklichen Kämpfe zwischen Bundestag und Fünfziger-Ausschuß; man sah die vielfältigen Versuche dieses Ausschusses, mitzureden, ja entscheidend zu bestimmen, wodurch sich seine Autorität abnutzen mußte, man sah die kühle Ablehnung Österreichs gegenüber dem Neuen, verbunden mit dem Wunsche, jede noch vorhandene Position zähe zu halten — man sah endlich eine preußische Politik, die das Wichtige unwichtig nahm, die jede gute Gelegenheit verstreichen ließ und bei aller deutschen Beflissenheit das Preußische preußischer betrieb, als sie durfte. Vergebens schrieb Dönhoff seinem Ministerium: „Ist die starke Zentralgewalt für Österreich ein Grund, auszuscheiden, dann kann diese Gewalt Preußen nur zu Nutz und Frommen gereichen, vorausgesetzt, daß sie in seine Hände fällt¹⁸⁷⁾.“

Manchen bis zur Ungerechtigkeit bitteren Angriff mußte sich der Fünfziger-Ausschuß gefallen lassen. Das Flugblatt: „Was wir wollen“ mit seinem anonymen Begleitbrief vom 15. April 1848 wurde weit über den Frankfurter Umkreis verbreitet; es heißt dort: nur in einer durchaus republikanischen Verfassung sei das Heil Deutschlands zu finden; die Gesamtbevölkerung werde mit jedem Tage mehr gegen die Bundesversammlung empört; unverantwortliche Saumseligkeit herrsche

in der schleswig-holsteinischen Sache. Am Schluß wurde der Fünfziger-Ausschuß geradezu bedroht: er solle energischer handeln: „wenn Sie nicht riskieren wollen, durch das erregte Mißtrauen des Volkes urplötzlich Ihre Versammlung aufgehoben und zersprengt zu sehen“¹⁸⁸). Die führenden Frankfurter Politiker aller Richtungen regten als Antwort auf diese Art Angriffe eine Vertrauensadresse an den Fünfziger-Ausschuß an, die gegen dreitausend Unterschriften fand und am 29. April überreicht wurde. Da hieß es nun: „Ihr seid für uns in Eurer Gesamtheit nach wie vor die Männer des Vertrauens, für jetzt das einzige Organ des souveränen Volkswillens, das wir geachtet und stark wissen wollen.“ Der Fünfziger-Ausschuß löste sich erst am 18. Mai, unmittelbar vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung auf und bewies damit, daß er seinen Beruf, ihr Vorbereiter und Platzhalter zu sein, treu zu erfüllen bemüht war. Die Zahl seiner Teilnehmer hatte aber schon stark abgenommen, das nahende Parlament lähmte ihn in seiner letzten Zeit. Sein Präsident v. Soiron durfte sich immerhin rühmen, daß er Anarchie und Reaktion in gleicher Weise zu bekämpfen bemüht gewesen sei. Revolutionär war des Ausschusses Ursprung; daß er nun gerade die zerstörenden Kräfte der Revolution in Baden und wo sie sich immer regen mochten, bekämpfte, war natürlich; es wäre noch leichter verständlich gewesen, wenn es ihm gelungen wäre, das Positive der Revolution in Deutschland zu fördern. Aber dabei mußte er die Erwartungen auf die zukünftige Nationalversammlung vertrösten. In den ersten Lebenstagen des Fünfziger-Ausschusses sah es so aus, als ob Volksmänner wie Blum und Raveaux ihn beherrschen sollten; dann bekamen die Juristen das Übergewicht, der Präsident Alexander v. Soiron, ein Meister des Fragens, Formulierens, begrifflichen Erfassens — Heckscher, der Hamburger Anwalt, vielgereist, ein wirklicher Kenner der großen Welt, Leitartikler der Hamburger Nachrichten und auch in diesem Kreise auffallend durch die Schärfe seiner Darstellung, die Folgerichtigkeit seines Argumentierens, die überlegene Unerbittlichkeit seines Wollens. Sonst taten sich noch etwa der besonnene Wippermann und der breitspurige Ostpreuße Abegg hervor; auch Johann Jakobs kaltes Feuer leuchtete manchmal nordlichtartig auf. Venedey zeigte schon jetzt seine schwer einzudämmende Wortfülle; in seiner Lieblingsidee, der „Parlamentswehr“, steckte freilich kein so schlechter Kern. Karl Biedermanns gewandte, leichte Schriftzüge, die sich im Originalprotokoll als Denkmal seines Schriftführeramtes erhalten haben, malen die niemals problematische Behaglichkeit dieses unverwüstlich brauchbaren und freundlich vermittelnden Mannes. Auch der brave Österreicher Wiesner war am größten in Adressen und Proklamationen, über die gerade seine Landsleute am meisten lächelten. Eine wirkliche politische Begabung war beim Fünfziger-Ausschuß nur ganz selten hervorgetreten. Wenn sich der regenerierte Bundestag doch gar zu gern diplomatisch-gravitätisch gab, so liebte der Ausschuß die grobe Sprache des Revolutionskomitees. Er litt darunter, daß er eben für eine schnelle, rein sachliche Geschäftsbehandlung zu zahlreich, für eine konstante Gruppen- und Fraktionsbildung zu klein war. Da sich jeder zum Reden berufen, ja

verpflichtet fühlte, sagten viele dasselbe, und die Späteren oft breiter und unbedeutender als die Früheren. Als der Fünfziger-Ausschuß seine Arbeit Anfang April begann, war das Chaos groß. Der Bundestag schien gänzlich gelähmt, die Regierungen, und gerade die der größten Länder, waren in völliger Verwirrung. Als der Fünfziger-Ausschuß Mitte Mai aufhörte, sah alles anders aus. Überall hatte sich das Bündnis zwischen den alten Mächten und der Reformpartei vollzogen; das sonderstaatliche Leben war im Erstarken. Anfang April war der Fünfziger-Ausschuß so mächtig, wie damals noch der Revolutionsgedanke war. Mitte Mai wünschte die Mehrheit der Staatsbürger, daß die Revolution nicht weiterginge; denn sie meinten, die Revolution habe endgültig gesiegt. Das war schon deshalb ein Irrtum, weil sich sehr verschiedene Gruppen gebildet hatten, die unter Revolution etwas sehr Verschiedenes verstanden.

*

Heckers Freischar, Herweghs Legion — ohne Arbeiter wäre die ganze sozialrevolutionäre Bewegung unmöglich gewesen. Die politisch-militärische Form der Freischaren und Legionen geht auf die europäischen Freiheitskriege gegen Napoleon zurück; Spanien, die Alpenländer, Deutschland, Polen, Italien hatten solche Volkskämpfer, organisiert in Freikorps, erlebt. Die ersten Freischärler bei uns waren die Lützower. Nationale Ziele waren aber auf diesem Wege eher zu erreichen als revolutionäre. Wie hämisch spottete Karl Marx in Paris über die Herweghsche Legion: sie werde ein nur allzu leichtes und billiges Opfer der militärisch-bourgeoisen Reaktion werden. Er dachte sich einen ganz andern Weg für die revolutionäre Arbeiterschaft. Marx konstituierte jetzt den Kommunistenbund in Paris neu, ein Zentralkomitee wurde gewählt, dem außer Marx und Engels noch Wolff, Schapper, Baur und Moll angehörten; es erließ am 1. April ein Revolutionsprogramm für Deutschland, in siebzehn Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland bestehend¹⁸⁹). Ihre wesentlichen Ziele waren die folgenden: einige, unteilbare deutsche Republik, Besoldung der Volksvertreter, allgemeine Volksbewaffnung (die Arbeiterarmeen sind zugleich produktive Organisation der Arbeit), unentgeltliche Rechtspflege, Abschaffung aller Feudallasten, Verwandlung der fürstlichen und anderen feudalen Güter in Staatseigentum, landwirtschaftlicher Betrieb im großen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, Verwandlung der Hypotheken auf Bauerngüter in Staatseigentum, Zahlung von Pachtgeldern und Grundrenten an den Staat, eine Staatsbank an Stelle der Privatbanken, die die Herrschaft der großen Geldmänner beendet und Kredit für das ganze Volk schafft, Verstaatlichung aller Verkehrsmittel, Abstufung der Gehälter nur nach dem Familienstand, nicht nach dem Rang, völlige Trennung von Staat und Kirche, Beschränkung des Erbrechts, Progressivsteuer, keine Konsumtionssteuern mehr, Errichtung von Nationalwerkstätten, Garantie der Existenz für alle Arbeiter, Versorgung der Arbeitsunfähigen, allgemeine, unentgeltliche Volks-erziehung.

Gegenüber dem kommunistischen Manifest stellt dies auf Deutschland berechnete kommunistische Programm eine bezeichnende Verwässerung dar. An die Stelle der Hauptforderung der Expropriation des Grundeigentums waren wesentlich vorsichtigere Einzelpunkte getreten; der kleinere Privatbesitz war nicht angetastet. So berührte sich dieses Programm in vielem mit den von Hecker, Struve und anderen Sozialrevolutionären vertretenen Grundsätzen. Ja bürgerliche demokratische Republikaner hätten sich mit vielem einverstanden erklären können. Trotzdem taten die siebzehn Forderungen fast gar keine Wirkung. In der öffentlichen Meinung wurden sie kaum beachtet. Der erste Abdruck erfolgte in der Berliner Zeitungshalle am 5. April 1848, dann erschienen sie noch an zwei andern Stellen. Auch als Flugblatt wurden sie verbreitet. Aber die Zugeständnisse an die deutsche politische Gegenwart, die Karl Marx gemacht hatte, waren noch lange nicht weit genug gegangen: diese „kommunistischen“ Forderungen paßten noch nicht in die Zeit und fielen matt zu Boden. Der Kommunistenbund sollte als geschlossene Organisation in der deutschen Revolution von 1848/49 keine erhebliche Rolle spielen; seine Mitglieder waren freilich überall dabei, wo sich das Klassenbewußtsein in der damaligen deutschen Arbeiterklasse regte, und versuchten vorwärtszutreiben¹⁹⁰). Die deutsche Arbeiterbewegung von 1848/49 war nicht marxistisch, nicht kommunistisch; sie hatte aber starke sozialistische Impulse vormarxistischer Herkunft, sie war zugleich demokratisch und sozial in einem neuen Sinne. Der Träger dieses Neuen war der Schriftsetzer Stephan Born, ein gebürtiger Posener, der schon als Zwanzigjähriger in einer Flugschrift den Gedanken vertreten hatte, die Arbeiter sollten sich zu einem Bunde vereinigen, um die Roheit und Unkultur in ihrem Stande zu bekämpfen; nicht durch Gewalt, sondern durch die Waffen des Geistes sollte die Gerechtigkeit errungen werden: „Wir wollen einen Verein bilden, Menschen zu werden¹⁹¹).“ Born ging dann nach Paris und Brüssel, wo er starke Eindrücke von den großen Kommunistenführern empfing; er bewahrte sich aber nach einigen Entgleisungen, wie es die Schrift gegen Heinzen war, seine eigene schlichte, sachliche, dem Gegenwärtigen zugewandte Art. Als er, von Karl Marx mit der Aufgabe betraut, die Arbeiterbewegung in Deutschland in die Hand zu nehmen, Ende März in Berlin ankam, sah er sofort, daß hier mit dem Kommunismus nicht weiterzukommen war, daß er sich selbst schon gar nicht mehr als Kommunist fühlte. Immerhin war er ein Schüler von Marx, wenn er bei den Arbeiterversammlungen in Berlin gegen Krawalle, Maschinenzerstörung und „starke Schläge“ sprach. „Wir müssen uns organisieren“ — das war sein zündender Gedanke.

Am 29. März war im Café d'artistes auf einer Versammlung von 150 Personen die Gründung eines Arbeiterklubs zuerst besprochen worden. Der Schneider Lüchow verlangte Nationalwerkstätten, der Schumacher Hetzel entwickelte einen Plan, Bezirksklubs zu bilden und sie in einem Zentralklub zu vereinigen. Gegenüber den bürgerlichen Interessenten, die alle Gewerksinnungen und Handelskammern aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzen wollten, fochten

Born und seine Genossen die reine Arbeiterorganisation durch. Am 11. April wurde das Zentralkomitee gewählt, am 19. April endgültig gebildet sowie das Statut genehmigt. Born war Vorsitzender, der Goldschmied Bisky, Dr. Woeniger und Dr. Waldeck gehörten unter andern dazu; aber der Einfluß der Arbeiter überwog durchaus. In der programmatischen Erklärung, die Born verfaßt hatte, stand, daß die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst in ihre Hände nehmen wollten, um sie sich nie mehr entreißen zu lassen; noch gäbe es keine geschlossene Arbeiterklasse in Deutschland, aber in der Zukunft wollte die Arbeiterklasse als eine „Macht im Staate“ dastehen; die Organisation der Arbeit sei deshalb die erste Notwendigkeit, das Interesse der Arbeiter liege nicht mehr in der Hand einzelner Menschenfreunde, sondern in der Vereinigung der Arbeiter selbst, die vom Staate die Mittel der Fortentwicklung zu verlangen habe. Diese Gedanken waren durchaus unmarxistisch, aber von Ferdinand Lassalle steckt etwas drin, freilich nicht das Feuer, sondern etwas von seiner Klugheit und seinem Sinn für Maß. Stephan Born wollte keine Putsch und keine Anarchie, er wollte nicht einmal den sofortigen offenen Klassenkampf gegen die Kapitalisten — er wollte einen stillen, sachlichen Zusammenschluß und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb des bestehenden Staates, innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Sein Ziel war sozial, seine Mittel, die Machtansammlung durch die Arbeiter selbst, durchaus politisch.

Auch in Breslau bildete sich ein eigener Arbeiterverein; in Köln kam aber der Arbeiterverein unter den Einfluß der führenden Kommunisten, seitdem Marx, Engels und Wolff sich dort zur Vorbereitung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zusammenfanden. Es gab also in Preußen die Ansätze zu einer eigenartigen unbürgerlichen Arbeiterbewegung; aber sie stand durchaus im Hintergrund des Zeitgeschehens. Der Kampf des Tages ging um Verfassungsfragen. Schon am 22. März bildete sich im Hotel de Russie in Berlin der „Politische Klub“, aus dem später der „Demokratische Klub“ hervorging. Er war gedacht als eine Zusammenfassung aller derjenigen, die sich zum Sieg des Volkes in dem Barrikadenkampf am 18. März bekannten — Literaten, Ärzte, Rechtsanwälte, Angehörige des Gewerbestandes, „Handlungsdiener“, auch Arbeiter gehörten dazu — also Angehörige des Mittelstandes und der empordrängenden unteren Schicht, die Revolutionsbefreiten, die Revolutionsgewinner, die unter dem Druck des alten Staates politisch und gesellschaftlich am schwersten gelitten hatten. Präsident des Klubs wurde jener Eichler, der als wirksamer Volksredner sich dann in wenigen Tagen zu einem der bekanntesten Massenfürher aufschwang. Am 27. März bildete sich als Gegenstück dazu der „Konstitutionelle Klub“; er bestand aus Beamten, Kaufleuten, Gelehrten, Industriellen, gemäßigten Schriftstellern, also aus der Schicht, die sozial als Geld- und Titelpatriziat, politisch und weltanschaulich als Altliberalismus die Revolution zwar bejahte, aber doch schon als unerfreuliches Zwischenspiel empfand, die auch lange genug vor der Tür gestanden hatte, um jetzt mit Wärme und Eifer die Früchte der Revolution für sich in Anspruch zu nehmen, die aber Angst vor jeder Art Fortgang der Revolution verspürte und

schon aus diesem Grunde lieber mit den Vertretern der eingeschüchterten alten Mächte als mit den Vertretern der empordrängenden jungen Generation verbündet war. Der Kampf zwischen den beiden so organisierten bürgerlichen Gruppen ging um den Weg zum Neuaufbau der preußischen Verfassung. Die demokratischen Revolutionäre wünschten den Erlaß eines Wahlgesetzes durch den König und die sofortige Wahl zur preußischen Nationalversammlung auf breitester Grundlage; die Volksversammlungen am Rhein in der letzten Märzwoche, die Deputation von 18 rheinischen Städten, die Deputationen von Breslau und Liegnitz verlangten ähnliches oder dasselbe: entweder, daß man überhaupt auf die angekündigte Einberufung des Vereinigten Landtags verzichtete, oder daß man ihm wenigstens nur das Wahlgesetz vorlegen sollte. Im „Politischen Klub“ wurde sogar vorgeschlagen, aus allen Volksvereinen der Provinz Deputierte nach Berlin zu berufen und sie als eine Kommission bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung tagen zu lassen; das wäre eine Art Wohlfahrtsausschuß gewesen¹⁹²). So wenig entschlossen auch der Ministerpräsident Graf Arnim in seiner kurzen Amtszeit war — an der Einberufung des Vereinigten Landtages zum 2. April hielt er doch entschieden fest, und der König beschied die verschiedenen Deputationen in diesem Sinne. Es schien aber kaum möglich, daß Graf Arnim als Minister vor diesem Zweiten Vereinigten Landtage erscheinen konnte. Camphausen, der nicht mit dem Grafen Arnim als Minister hatte zusammenarbeiten wollen, trat nun am 29. März selbst an die Spitze des neuen Ministeriums, das nach ihm und Hanseemann seinen Namen führt; Hanseemann war Finanzminister, der Ostpreuße von Auerswald Innenminister, General Reyher Kriegsminister; Freiherr Heinrich v. Arnim behielt das Äußere, ebenso blieben Schwerin und Bornemann. Das persönliche und politische Übergewicht hatten wohl die ehemaligen Führer der rheinischen Opposition — aber wirklich homogen war das Ministerium nicht; die energischste und lebendigste Figur, David Hanseemann, war auf die Finanzen beschränkt; ob der stille, nüchterne Camphausen sich in der Leitung bewähren würde, mußte von vornherein fraglich erscheinen. Die eigentlich preußische Partei, das Junkertum und die altländische Bürokratie, widmete dem Ministerium natürlich von Anfang an das lebhafteste Mißtrauen, das sich besonders auf die Finanzverwaltung bezog¹⁹³). Seit dem 18. März hatten in der Berliner Regierungswelt etwas chaotische Zustände geherrscht; jeder sagte seine Meinung und glaubte sich zur Raterteilung berufen, es wimmelte von Petitionären und Antragstellern — deren Beruf und Legitimation oft völlig zweifelhaft war. Der König war umlagert, die Minister ebenso; vor lauter Reden und Erklärungen kam man kaum zu Entschlüssen. Des Königs Abdankung, die Einsetzung einer Regentschaft wurden weiter ernsthaft erörtert. Es war schon ein Fortschritt, daß der König nach Einsetzung des neuen Ministeriums bestimmte, alle an ihn gestellten Anträge in Sachen der Verfassungsangelegenheit sollten an das Staatsministerium gehen, von dort bekämen die Bittsteller Bescheid¹⁹⁴). Berlins Geschicke wurden von einem „Sicherheitsausschuß“ mitbetreut, der aus dem Polizeipräsidenten, dem Stadt-

kommandanten, dem Polizeidirektor im Ministerium des Innern und mehreren Stadträten bestand¹⁹⁵).

Als der Vereinigte Landtag nun am 2. April zusammentrat, herrschte große Mutlosigkeit. Wie sehr hatte sich die Welt seit den glückhaften Anfängen von 1847 verändert! Beckerath mußte die Versammlung in seiner wohlgemeinten anständigen Art aufrichten: sie solle die Ergebnisse der Revolution freudig aufnehmen und sich als die Brücke zwischen der alten und neuen Zeit ansehen. So leicht war das nun nicht getan. Die alte Zeit saß in diesem Landtage noch leibhaftig da und paßte zu ihrem Schmerze gar nicht mehr in das revolutionäre Berlin. Das Ministerium sprach in der Eröffnungsrede von der Einheit Deutschlands und der konstitutionellen Verfassung für Preußen; es erbat den „Beirat“ des Landtages und legte ihm die königlichen Propositionen, zunächst das Wahlgesetz vor. Man sah genau, was die Meinung war: die Regierung wollte einen Rechtsboden, auch sie wollte, ganz ähnlich wie es in Frankfurt versucht wurde, den Rechtsboden für die Ernte der Revolution. Das Wahlgesetz war im Ministerium heiß umstritten worden. Der Gedanke, einen Zensus festzusetzen, wurde in Rücksicht auf die Volksstimmung fallen gelassen; dagegen hielt man an der indirekten Wahl fest. Der Landtag nahm das Gesetz an, das das Alter der Urwähler auf 24, das Alter der passiv Wahlberechtigten auf 30 Jahre festsetzte; jeder heimatberechtigte Preuße war zur Urwahl berechtigt, wenn er ein halbes Jahr in seiner Gemeinde gewohnt hatte; das Ministerium hatte ein ganzes Jahr vorgeschlagen. Auch die „in Kost und Lohn stehenden“ Personen waren also wahlberechtigt in Preußen — der Vereinigte Landtag sagte sich damit selbst los von den ständischen Grundlagen der eigenen Existenz und entschied für grundsätzliche Demokratisierung. Das Wahlgesetz trug die Überschrift: „Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung“. Das Ministerium vertrat also die Meinung, daß die konstituierende Versammlung mit der Krone als der Trägerin der Exekutive die neue Verfassung zu vereinbaren habe, und setzte diese Auffassung auch durch gegenüber den demokratischen Gegnern des Vereinbarungsprinzips, Rodbertus an der Spitze. Merkwürdigerweise übertrug sogar der Vereinigte Landtag seine gewiß bescheidenen reichsständischen Befugnisse in bezug auf das Finanz- und Steuerwesen interimistisch auf die zukünftige Nationalversammlung, die damit zugleich die Zuständigkeiten eines konstituierenden und eines gesetzgebenden parlamentarischen Körpers erhielt. Sie sollte konstituieren, aber in Form der Vereinbarung mit der Krone, sie sollte die Zustimmung zu den Gesetzen, das Steuerbewilligungsrecht und das Budgetrecht haben — aber nur in dem Grade, als der Vereinigte Landtag sie besaß. Diese doppelte Beschränkung mußte der preußischen Nationalversammlung zum Verhängnis werden. Wie anders klang doch das „Einzig und allein“ der Frankfurter Nationalversammlung — obgleich die Vereinbarungsfrage für sie gewiß mit jenem Soironschen Grundsatz nicht erledigt war.

In der zweiten an den Vereinigten Landtag gerichteten „Proposition“ war

eine Anzahl Verfassungsbestimmungen vorweggenommen als Erfüllung der Märzforderungen, mehrere Ausnahme Gesetze wurden aufgehoben, Preß-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Gleichberechtigung der Konfessionen gewährleistet — aber auch das Budget- und Steuerbewilligungsrecht und die Zustimmung zu allen Gesetzen für die zukünftigen Volksvertreter; es ist schwer begreiflich, daß der Zweite Vereinigte Landtag diese schon gemachten Zugeständnisse, wie eben gezeigt, wieder einschränkte. Er war eben eine politisch kaum brauchbare Körperschaft, deren schwerfälliger Apparat in diesen aufgeregten Apriltagen mehr Schaden als Nutzen stiftete. Wie viel Sympathien hätte sich die Regierung schaffen können, wenn sie ihn überhaupt nicht mehr einberufen, sondern ein freisinniges Wahlgesetz für die Nationalversammlung oktroyiert hätte!

Die Royalistenpartei, die Anhänger eines patriarchalischen, höchstens ständisch gebundenen Absolutismus, war still und klein geworden. Viele zeigten, daß sie schnell umlernen konnten — so etwa der Oberpräsident v. Meding, der seine freie und offene Anhängerschaft zum konstitutionellen System als seine neugewonnene Überzeugung bekannte. Die neuen Männer rechneten vielleicht zu sehr mit der Aufrichtigkeit solcher Versicherungen und nahmen deshalb ihre Aufgabe leichter, als sie war. Einer freilich von den Royalisten trotzte und murrte nun erst recht: v. Bismarck-Schönhausen. Er kämpfte mit Groll und Bitterkeit gegen die neue Zeit; aber nur Adolf v. Thadden stimmte mit ihm gegen die Adresse, die den erfreuten Dank für die Verheißungen des Königs aussprach. Bismarck opponierte auch gegen das Eingreifen Preußens in Schleswig-Holstein und wandte sich scharf gegen die vom Landtag geforderten Geldbewilligungen. Denn zur allgemeinen Überraschung war die finanzielle Lage des preußischen Staates durchaus nicht so gut, wie man angenommen hatte. Das neue Ministerium mußte sich daran machen, den übermäßigen Steuerdruck abzubauen; Krieg und Kriegsgefahr, die Unordnung im Innern brachte allenthalben Kreditnot und Stockung von Arbeit und Umsatz hervor; der Staatsschatz, den der Abgeordnete Hansemann noch 1847 auf 30 Millionen Taler geschätzt hatte, betrug jetzt, wie der Finanzminister Hansemann mitteilen mußte, nur noch 8½ Millionen Taler. Für das teilweise mobilgemachte Heer forderte das Ministerium nun im Extraordinarium 15 Millionen Taler, für die Erhaltung der Wirtschaft im Innern einen Kredit von 25 Millionen Taler. Die agrarischen Vertreter sahen in diesem Finanzplan, der freilich neu und überraschend war, eine bewußte Förderung des Industrialismus zu Lasten des platten Landes und der kleinen Städte. Der bourgeoise Charakter der neuen preußischen Regierung schien nun offenbar zu sein; Vinckes Appell an den Patriotismus des Landtages brachte aber die Forderungen trotz all der Bedenklichkeiten durch. Nichts konnte Preußens Weg zum kapitalistisch-konstitutionellen Staate deutlicher kennzeichnen. Viele Kreise boten freiwillige Beiträge an zur Bestreitung des so plötzlich vermehrten Staatsbedarfes; eine Kabinettsorder bestimmte, daß sie nur als fünfprozentige Schuldverschreibungen ange-

nommen werden sollten. Der preußische Staat hatte den patriarchalischen Charakter seiner Finanzgebarung verlassen — er verbündete sich mit Industrie und Börse¹⁹⁶).

Preußen führte einen nationalen Krieg gegen Dänemark; bedenklicher aber waren die Wirren in Posen. Die polnische Emigration hatte ihr Hauptquartier nach Berlin verlegt: Fürst Adam Czartoryski, der Führer des Pariser Polenkomitees, Chrzanowski, Tanski trafen ein. Czartoryski, der in Köln eine aufsehenerregende Rede gehalten hatte, beanspruchte als zukünftiger, in Versailles von den Polen gewählter König, der Gründer eines demokratischen Systems in Polen zu werden. Von Berlin ging er nach Galizien. Die demokratische und die nationale Idee wirkten so zusammen zugunsten eines freien Polens. Merkwürdige Pläne wurden erörtert. So sollte etwa auch Prinz Waldemar von Preußen polnischer König werden¹⁹⁷). Wir erinnern uns der Begeisterung des revolutionären Berlins für den befreiten Mieroslawski. In Preußen war ja nun Außenminister ein Mann geworden, der jene Ideen Mieroslawskis aus seiner Verteidigungsrede in eigenartiger Weise wiederaufnehmen sollte, Freiherr Heinrich v. Arnim, als fußverletzter Veteran von 1815 der „lahme“ Arnim, wegen seines offenen, barschen Wesens der „grobe“ Arnim genannt, im Gegensatz zu seinem geschniegelten gräflichen Geschlechtsvetter. Er wollte das Königreich Polen wiederherstellen und faßte dafür ein Bündnis mit Frankreich ins Auge: so meinte er den Bruch mit Rußland vielleicht wagen zu können¹⁹⁸). Mit dem französischen Geschäftsträger, dem Grafen de Circourt, ging er in seinen Unterhaltungen recht weit: nationalpolnischer Aufstand, von Preußen mittelbar unterstützt, Übertragung der Bewegung auf Russisch-Polen, Truppenkonzentration, Losschlagen gegen Rußland, Waffenbündnis mit Frankreich, deutsche Einheit unter Preußens Führung im Einverständnis mit den Westmächten. Die preußische Polenpolitik Arnims hatte also einen europäischen Charakter — schon deshalb forderte sie den Widerspruch der russenfreundlichen altpreußischen Partei heraus. Dieser Widerspruch hat nun den weiteren Verlauf der Dinge merkwürdig bestimmt. In Posen bildete sich schon am 20. März das polnische Nationalkomitee, das nun die Bewegung zu leiten unternahm¹⁹⁹). Aber während seine Deputation in Berlin mit dem König und den Ministern über die nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen verhandelte, während eine Kommission aus beiden Nationalitäten zur Beratung zusammentrat, entfaltete das Nationalkomitee eine Tätigkeit, die völlig die eines revolutionären Wohlfahrtsausschusses war. Überall bildeten sich örtliche Komitees, die die Kreisbehörden vertrieben; die öffentlichen Kassen wurden beschlagnahmt, Briefe erbrochen, die Hoheitszeichen, die preußischen Adler, entfernt, der bewaffnete Landsturm aufgeboten. Eine Proklamation des Nationalkomitees forderte die preußischen Soldaten polnischer Nationalität auf, sich nicht zu einem Kriege gegen Frankreich mißbrauchen zu lassen, sich vielmehr den Franzosen anzuschließen, den Freunden Polens, gegen den König von Preußen, den Feind Polens und der katholischen Religion. Die Arbeit des Nationalkomitees griff auch

nach Westpreußen über; die Polen nahmen auch diese ganze Provinz für sich in Anspruch — die Deutschen protestierten durch eine Gegenproklamation. Daß auch im Großherzogtum die Deutschen sich wehrten, war selbstverständlich. Wenn die preußischen Adler zerstört wurden, so wurden dafür polnische Fahnen zerrissen und Personen beschimpft, die die polnische Kokarde trugen. Wenn sich die Polen bewaffneten, so taten es die Deutschen auch; und wo die Deutschen in der Mehrheit waren, entwaffneten sie die Polen. Die Deutschen erklärten, die Polen wollten alles Deutsche ausrotten; die Polen antworteten, die Deutschen hätten nichts in ihrem Lande zu suchen, sie seien auf polnischer Erde fett und reich geworden, für die preußischen Bürokraten sei das Großherzogtum eine bequeme Satrapie; man wolle die polnischen Bauern nur wieder in die alte Knechtschaft zurückbringen, ihnen die Äcker nehmen und sie prügeln wie früher. So erhitzten sich die Leidenschaften, es kam zu bedauernswerten Exzessen, zu bösen Gewalt- und Bluttaten²⁰⁰). Ein deutsches Nationalkomitee bildete sich als Gegenorganisation in Posen; die Behörden waren natürlich preußisch-deutsch und gebrauchten ihre Macht. Wenn die Gewalttaten der Polen barbarische Ausbrüche von Unterdrückten waren, so trugen die Gegenmaßnahmen alle Züge einer brutalen Obrigkeitsgesinnung. Es herrschte Anarchie; wer wollte einem solchen Fanatismus auf beiden Seiten Frieden predigen?

An den Zweiten Vereinigten Landtag richtete der Netzedistrikt eine Petition, die mit 20 000 Unterschriften bedeckt war: Polens Teilung sei ein Unrecht gewesen, aber man könne nicht ein Unrecht durch ein anderes gutmachen; die jetzigen deutschen Bewohner seien ganz unschuldig daran; sie seien von deutschen Eltern geboren oder eingewandert. „Wir fühlen uns zu Deutschland mächtig hingezogen; auch hoffen wir zu Gott, daß die deutsche Güte so weit nicht gehen wird, daß sie Deutsche, welche sich mächtig zu ihr hingezogen fühlen, aufgibt.“ Auch der König empfing die Deputation der deutschen Distrikte des Großherzogtums Posen; sie baten ihn eindringlich, er möge sie nicht verlassen, sie nicht an Polen verraten²⁰¹). Die Deutschen in Posen wandten sich ferner persönlich an Professor Dahlmann und endlich an den Frankfurter Bundestag.

Wie stolz und zuversichtlich klang etwa die Petition von Danzigs Bürgermeister, Rat und Stadtverordneten vom 5. April um Anschluß an den Deutschen Bund: „Seit 600 Jahren sind durch die deutsche Hansa, die deutschen Ordensritter und die aus allen Teilen Deutschlands eingewanderten Familien deutsche Art und Wesen an den Ufern der Weichsel und besonders in unserer Stadt einheimisch geworden und geblieben . . . Durchaus deutsch schlagen unsere Herzen für Deutschlands Wohl und Ehre und hegen die erhebende Hoffnung, die innige Übereinstimmung mit unseren deutschen Brüdern . . . auch äußerlich anerkannt zu sehen.“ Mit Dank und Glückwunsch zum Anschluß an den Deutschen Bund konnte diese Petition vom Minister erwidert werden.

Mit Ost- und Westpreußen war nun freilich leichter voranzukommen als mit Posen. Die Berliner Regierung schickte Anfang April den schon von 1830 her als

polenfreundlich bekannten General v. Willisen nach Posen. Die Liberalen hatten ihn vergebens als Kriegsminister gewünscht — er mußte sich nun in einer sehr undankbaren Mission verbrauchen: ein hochbegabter Mann, auch Militärtheoretiker von Rang. Seine Vollmachten waren umfassend, aber doch nicht ausreichend: er sollte den Vorsitz in der Reorganisations-Kommission übernehmen, den Landfrieden herstellen, Polen und Deutsche versöhnen. Aber der Kommandierende General v. Colomb in Posen vertrat den Standpunkt, man müsse die bewaffneten Korps der Polen mit Gewalt niederschlagen, und wurde darin vom König unmittelbar, hinter dem Rücken des Ministeriums, bestärkt. Es war eigenartig, wie die Kundgebungen der beiden preußischen Generale einen völlig verschiedenen Geist atmeten; niemand konnte wissen, welches Spiel eigentlich gespielt wurde. Ministerium und Kamarilla arbeiteten gegeneinander. Die meisten glaubten an eine besondere preußische Tücke; es war aber nur ein getreues Abbild des zwiespältigen Berlin; die lebenswürdige Falschheit des Königs trat freilich bei dieser Sache besonders seltsam hervor²⁰²). Willisen wollte Freikorps bilden und ihnen die polnische Nationalkokarde geben, wenn sie dem König-Großherzog den Treueid schwüren — das wurde von Berlin abgelehnt; am 9. April schloß er aber mit den polnischen Führern die Konvention von Jaroslawiez ab, wonach Dienstuntaugliche in die Heimat zurückkehren, entwichene Landwehrmänner und Deserteure straflos in ihre Stabsquartiere sich verfügen, die andern Diensttauglichen und Freiwilligen unter ihren Offizieren bis auf weiteres als Verband bis zur Höhe von 3000 Mann zusammenbleiben sollten. Damit waren also die bestehenden Freikorps vorläufig anerkannt, Willisens Erfolg in der Hauptsache war aber überraschend. Colomb erklärte sich jedoch offen gegen diese Konvention, die posenschen Deutschen waren überaus erbittert, aber auch die polnischen Führer konnten sich nur mühsam gegen ihre Leute behaupten. Colomb äußerte in einem Privatschreiben: „Wenn er seinem Gefühle gefolgt wäre, hätte er schon längst den General v. Willisen einkerker lassen²⁰³).“ Wiederum stärkte ihm der König den Rücken. Alles sah viel mehr nach Auflösung als nach Reorganisation aus. Die Kreise Birnbaum und Meseritz erklärten, zu Brandenburg, die Kreise Bomst und Fraustadt, zu Schlesien zu wollen. Die Erregung der Deutschen in den Städten des überwiegend polnischen Gebietes war auch darüber groß. Es gab polnische Insurgenten genug; es gab auch polnische Soldaten, die unter den preußischen Offizieren treu weiterdienten. Der Wirrwarr war beispiellos. Die Polen entfalteten von allen Punkten aus eine äußerst lebhaft Tätigkeit. Dresden und Genf waren neben Berlin jetzt wieder ihre Hauptzentren. So verbreitete das Polnische Komitee in Genf etwa einen aus Dresden vom 15. April datierten Aufruf in französischer Sprache, in dem die Mißhandlungen von Trägern der polnischen Kokarde in Posen, Männern und Frauen, aufgezählt waren; wichtiger war die Behauptung, die preußischen Zahlen über die Bevölkerung in Posen seien falsch: von den 1,2 Millionen Einwohnern seien 800 000 Polen, 100 000 Juden, und der Rest bestehe aus deutschen Beamten und Einwanderern²⁰⁴). Das stimmte nun

durchaus nicht; wie sollte man aber überhaupt einig werden, wenn nicht einmal das Zahlenmaterial als einwandfrei anerkannt wurde!

In Berlin machte sich nun auch in Rücksicht auf die in Posen vorzunehmenden Wahlen ein Stimmungsumschwung zuungunsten der Polen bemerkbar²⁰⁵). General v. Willisen erstattete dort Bericht, am 29. April, und sprach seine Befriedigung über den Zustand in Polen aus. Das war eine Auffassung, die nur wenige teilen konnten. Immerhin hatte er Blutvergießen verhindert; eine gerechte Maßnahme, die er durchsetzte, war auch sicher die Ernennung von polnischen Kreiskommissaren, die den preußischen Landräten beigegeben wurden. Sie wurde ihm schwer verübelt. Am 26. April erfolgte eine königliche Kabinettsorder, die die Reorganisation ganz anders festsetzte, als bis dahin geplant und erwartet war. Alle Kreise, die in den Deutschen Bund aufgenommen werden sollten, wurden abgetrennt; der kleinere übrigbleibende östliche Teil des Großherzogtums mit der Hauptstadt Gnesen sollte eine eigene Verfassung bekommen, polnische Schul-, Gerichts- und Verwaltungssprache, polnische Beamte, ein eigenes polnisches Armeekontingent erhalten, das Wappen des Großherzogtums und die polnischen Farben vereinigt mit den preußischen führen. Eine Demarkationslinie sollte die Grenze des neuen Herzogtums Gnesen, eines Gebietes von etwa 300 000 Einwohnern, gegenüber dem deutschen Bundesgebiet genau festlegen. Diese Lösung, als deren geistiger Vater auch der Außenminister Baron Heinrich Arnim anzusehen ist, wurde von den Polen als Verhöhnung, von den posenschen Deutschen als unbegreifliche Schwäche, von Rußland als Bedrohung aufgefaßt. Ein zweites Krakau war in diesem Staatsgebilde geschaffen: gerade groß genug, um das Herz der polnischen Nationalbewegung zu werden, war es doch viel zu klein, um irgendeinen polnischen Nationalisten zu befriedigen. Nachdem General v. Willisen fluchtartig Posen verlassen hatte — er schwebte wiederholt in Lebensgefahr — versuchte er in Artikeln in der „Breslauer“ und der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ seine Mission zu verteidigen; auch Arnim verteidigte ihn, der König aber empfing ihn erst nach mehrmaligem Ansuchen. Nur mit Mühe entging er einem Charivari der Berliner; hätte er sich in Potsdam in Uniform blicken lassen, wäre er arg insuliert worden²⁰⁶).

General v. Pful wurde nun Anfang Mai mit wirklich umfassenden Vollmachten nach Posen geschickt. Es sah dort übler aus als je. Die pommerschen Landwehren hausten böse, die Konvention Willisens wurde nicht eingehalten. Colomb erklärte sie schon am 23. April für gebrochen. Die polnische Geistlichkeit hetzte, statt zur Versöhnung zu wirken; da und dort, bald fast überall flammte der Aufstand auf. Mieroslawski war der Führer.

Die preußische Polenpolitik in dieser kritischen Zeit wäre ganz unverständlich, wenn man sie nicht als ein überwiegend außenpolitisches Problem auffaßte. Der Leiter der französischen provisorischen Regierung Lamartine stellte Anfang April an den bayrischen Geschäftsträger in Paris die Frage, welchen Eindruck es in Deutschland machen würde, wenn Frankreich für ein französisches Truppen-

korps den Durchzug erhält, um den Polen zu Hilfe zu kommen. Der bayrische Geschäftsträger war immerhin loyal genug, diese eigenartige Idee sofort dem preußischen Geschäftsträger Grafen Hatzfeldt mitzuteilen²⁰⁷). Die Polen in Paris waren mit Lamartine sehr unzufrieden und beklagten sich, daß der Inhalt seines im Namen Frankreichs an Europa gerichteten Manifestes nicht verwirklicht worden sei. Lamartine und die andern Mitglieder der provisorischen Regierung bemühten sich tatsächlich, etwas für die Polen zu tun; immer wieder bedienten sie sich des populären Namens der Polen, um den Massen zu schmeicheln. Aber die Bündnisanträge des preußischen Außenministers zu Polens Gunsten anzunehmen — dazu entschlossen sie sich nicht. Mitte April hatte Arnim das französische Nein. Kein französischer Deputierter konnte aber weiter darauf verzichten, sich als warmer Verteidiger der polnischen Sache aufzuspielen. Ehe Lamartine am 24. Mai seine große Polenrede hielt, fragte er den preußischen Geschäftsträger, ob er in der Kammer sagen könne, Preußen arbeite weiter an der Wiederherstellung der polnischen Nation. Hatzfeldt konnte darauf nur antworten, Preußen wolle nach wie vor diejenigen Teile des Großherzogtums Posen, die überwiegend polnische Bevölkerung hätten, national-polnisch reorganisieren; die Polen seien undankbar gegenüber dem Enthusiasmus, der ihnen von den deutschen Freiheitsmännern entgegengebracht werde, sie verfolgten und unterdrückten ihre deutschen Miteinwohner²⁰⁸). Dasselbe galt ja freilich auch umgekehrt. Lamartines Kammerrede nahm die Hatzfeldtschen Mitteilungen auf, erklärte, Deutschland habe Polens Schicksal in der Hand, Frankreich werde seinen friedlichen Einfluß einsetzen: die französische Kammer beschloß als Tagesordnung: „Pacte fraternel avec l'Allemagne, Reconstruction de la Pologne indépendante et libre.“ Über dieses sehr allgemeine Programm hinaus in die Beratung konkreter Maßnahmen einzutreten, war aber schon in Frankreich keine Stimmung mehr; die Polenfrage war von den Sozialisten viel zu leidenschaftlich aufgenommen worden, als daß die bürgerlichen Parteien noch viel Freude an ihr haben konnten. Die inneren Sorgen dämpften die Lust an großen außenpolitischen Unternehmungen. Es war bezeichnend, daß der „Journal des Débats“ einen aus Posen vom 15. Mai datierten Brief bringen konnte, in dem der preußische Standpunkt maßvoll vertreten war: Preußen sei nicht schuld an den polnischen Teilungen, ohne die Teilungen sei ganz Polen eine russische Provinz, die preußischen Behörden seien aber zu methodisch und zu langsam für das polnische ungeduldige Temperament. Das Großherzogtum Posen bliebe die unbedingt notwendige Verbindung zwischen der Neumark und Schlesien für den Fall einer russischen Invasion²⁰⁹).

Das polnische Problem brachte ein liberales und nationales Preußen notwendig in Gegensatz zu Rußland: die schleswig-holsteinische Frage wirkte noch verschärfend in diesem Sinne. Wir sahen, daß England das preußisch-deutsche Vorgehen übelnahm. Man zeigte offene Sympathien für Dänemark, Orla Lehmann konnte sich in den „Times“ äußern. Palmerston sagte zu Bunsen, die Dänen hätten ganz recht, sich durch Kaperbriefe zu wehren. Bunsen arbeitete gegen die

von Frankfurt angebahnte englische Vermittlung und bemühte sich, durch seine Freunde deutschfreundliche Artikel in die große Presse, auch in die „Times“ zu lancieren, sogar Artikel, die den dänenfreundlichen Leitartikel angriffen. Dem dänischen Gesandten in London versuchte er nachzuweisen, daß gerade die dänische Bevölkerung in Nordschleswig am wenigsten mit der Einverleibung einverstanden wäre. England übernahm dann doch Ende April die Vermittlung auf der durchaus vernünftigen Basis der Teilung Schleswigs nach eigener Entscheidung der Bevölkerung: das dänische Schleswig sollte in Dänemark, das deutsche Schleswig in den Deutschen Bund einverleibt werden. Rußland kam wegen der antirussischen Stimmung in Deutschland als Vermittler nicht in Frage²¹⁰). In Frankreich herrschte dieselbe dänenfreundliche Stimmung wie in England. Der „National“ schrieb etwa am 17. Mai: Die dänische Bevölkerung hat in Schleswig die Majorität, eine deutsche Bevölkerung hat sich nur dazwischengeschoben („s'est infiltrée“); daraus folgt noch kein Recht „pour la race allemande“; Frankreich habe ja auch kein Recht auf Savoyen. Dieser Vergleich Schleswigs mit Savoyen ist insofern schlagend, als tatsächlich kurz nach der Vereinigung Savoyens mit Frankreich auch Schleswig deutsch werden sollte! Noch schärfer hatte am 28. April der „Journal des Débats“ geschrieben: Der Krieg in Schleswig sei ein ungerechter und im Innersten unwürdiger Krieg; für das Gleichgewicht Europas sei es viel vorteilhafter, daß ein reiches Land mit vorzüglichen Häfen, zwischen Nord- und Ostsee gelegen, im Besitz einer ruhigen und friedlichen Macht dritten Ranges bliebe, als daß es von einer Macht ersten Ranges in Besitz genommen würde, die unruhig und ungeduldig sei, in Europa ihrerseits eine große Rolle zu spielen, die offenbar ihren Aufstieg durch Streitigkeiten mit ihren Nachbarn einleiten wolle. Aber, so schloß das Blatt diesen scharfen Ausfall gegen Preußen, vor allem handelt es sich um das Rechtsprinzip, und das ist ganz auf seiten Dänemarks²¹¹).

Das Verhältnis des revolutionären Deutschland zu dem revolutionären Frankreich war gut — die gemeinsame innerpolitische Zielsetzung brachte auf beiden Seiten mindestens grundsätzliche Sympathien hervor. Aber die preußische Großmacht, die in Schleswig energisch vorging und es vielleicht bald anderswo genau so machte, war Frankreich unbequem. Bei Rußland verbanden sich nun innenpolitische Antipathien mit außenpolitischen Interessen zu einer viel entschiedeneren und bedrohlicheren Haltung. Der kommende Krieg mit Rußland war im März und April eines der beliebtesten politischen Gespräche, durchaus nicht nur in der Volksversammlung und am Spießerstammtisch. In München, wo man ja besonders gute Orientierung durch Frankreich hatte, wurde so sicher mit dem Krieg Deutschlands gegen Rußland gerechnet, daß der russische Gesandte Severin schon seine Wohnung kündigte und die Ernennung eines russischen Agenten ohne diplomatischen Charakter für Süddeutschland mit dem Hauptquartier in der Schweiz besprochen wurde. Es fiel auch auf, wie die französische Regierung gerade in dieser kritischen Zeit mit Rußland kokettierte, der neue, nicht

offizielle französische Geschäftsträger Humann ging gleich nach seiner Ankunft zu Severin. König Max freilich versicherte dem russischen Gesandten auf der Promenade, daß er mit niemandem, namentlich aber nicht mit Rußland Krieg wolle²¹²⁾.

Noch auffallender war die Stimmung am Rhein, im Südwesten, sozusagen im Gagernschen Reich. Die Brüder Gagern waren überzeugt davon, daß der deutsch-russische Krieg kommen müsse, und sie wünschten, daß Preußen, ihr Hoffungsland, sich die deutsche Kaiserkrone auf den Schlachtfeldern an der Weichsel holen würde. Die Wiederherstellung Polens, die von Berlin aus versucht wurde, bekam dann allerdings eine weit über die Grenzen des preußischen Staates hinausgehende Bedeutung. Hier lag wohl der tiefere Sinn der Mission Willisens, der dann freilich ganz andere Vollmachten hätte haben müssen. Schon Mieroslawski hatte ja 1847 die Befreiung Polens durch ein starkes freiheitliches Preußen verlangt. Hier waren große welthistorische Möglichkeiten. Heinrich v. Gagern schreibt in seinem „Leben des Generals Friedrich v. Gagern“, das während des Krimkrieges erschien: „Solcher Versuch der Herstellung Polens heißt für Deutschland, insofern es dafür Partei nimmt: Krieg mit Rußland . . . Der Krieg mit Rußland — um der Ostsee und der Ostseeprovinzen willen — um Polens — um der Donau und der orientalischen Verhältnisse — endlich um Schleswig-Holsteins willen war ohnehin früher oder später für Deutschland unvermeidlich, und es schien nützlich, ihn zu verfrühen. Das neue einheitliche Deutschland mußte nicht allein mit Freiheiten, sondern zugleich mit Taten in die Geschichte eintreten. Ein Krieg mit Rußland war der populärste durch ganz Deutschland; er würde zum heilsamen Mittel der Beruhigung der gärenden Stoffe geworden sein . . .“²¹³⁾

Der Kaiser von Rußland mißbilligte die deutsche Auffassung in der schleswig-holsteinischen Frage und das preußische Vorgehen in Schleswig durchaus: der Krieg zwischen Preußen und Rußland hat deshalb tatsächlich gedroht. Das eigenartige Verhältnis Rußlands zu Deutschland im Revolutionsjahr hat der junge Fürst Gorčakov gleich unter dem Eindruck der Pariser Februarrevolution in den folgenden bemerkenswerten Sätzen geschildert: „In ihrem Gefühl verhältnismäßiger Schwäche erkennen die Deutschen wohl, wieviel die Hilfe eines mächtigen Verbündeten wie Rußland in der Wagschale ausmachen würde, im Falle eines Kampfes; aber sie fürchten — und seit Jahren arbeitet die Presse an der Verbreitung solcher Schändlichkeiten —, daß diese Hilfe Rußlands nur um den Preis ihrer innenpolitischen Entwicklung geleistet würde; solange diese Meinung obwaltet, würden sich die deutschen Fürsten, die unsere Unterstützung anriefen, nach ihrer Auffassung der Gefahr aussetzen, für die Massen ein Gegenstand des Mißtrauens zu werden. Daß diese Befürchtungen ebenso viele Irrtümer sind, tut nichts zur Sache. Man glaubt daran, und deshalb wirken sie wie die Wahrheit . . . In einem Worte, Deutschland fürchtete Rußland als Richter und Schicksalsbestimmer im Innern, ruft aber mit Eindringlichkeit dasselbe

Rußland als Schutzwache an gegen den äußern Feind²¹⁴).“ Gorčakov spricht vom konservativen Deutschland und der Gefahr eines Krieges mit Frankreich. Wenn schon das Deutschland der Fürsten soviel Mißtrauen gegenüber Rußland hatte, wie sollte da erst das neue demokratische Deutschland empfinden? In dem eben angeführten Bericht empfahl Gorčakov eine Erklärung aller konservativen Mächte gegenüber dem revolutionären Frankreich — um so das Vertrauen in Deutschland zu gewinnen. Die deutschen revolutionären Ereignisse machten das unmöglich. Am Vorabend der Februarrevolution hatte Kaiser Nikolaus in einer eigenhändigen Niederschrift gesagt²¹⁵): „Mais il est possible que l'esprit révolutionnaire en Allemagne, encouragé par ce qui est réussi en Suisse, par ce qui se fait en Italie, et fort mal contenu par des souverains faibles ou incapables, vienne subitement à éclater gagnant d'Etat en Etat comme une trainée de poudre; alors je crains fort, qu'il n'y aura guère de résistance dans toute l'Allemagne, et même s'il y a lutte, que cette lutte ne tourne à l'avantage des révolutionnaires. Alors il faut se décider, dans notre intérêt bien entendu, de marcher hardiment à la rencontre du mal qui nous menacerait nous mêmes et à rallier notre bannière tout ce qui restera d'amis à l'aider. Ce rôle convient à la Russie, je l'accepte, j'irai au devant du danger, m'appuyant sur le bon droit et mettant ma confiance au dieu. Jusqu'à ce moment là notre intérêt nous commande de rester tranquilles spectateurs et prêts à tout événement.“ Nun erließ Nikolaus das bekannte Manifest vom 14./26. März, in dem der Umsturz jeder legitimen Autorität und der ganzen sozialen Ordnung in Westeuropa beklagt, der Angriff der revolutionären Flut infolge der Zugeständnisse auf die Verbündeten Österreich und Preußen geschildert und demgegenüber verkündet war: Diese Flut, die auch Rußland bedroht, wird hier ihre Grenzen finden. Es war nur von Verteidigung die Rede — nationaler Boden, Glauben und Vaterland sollten geschützt werden; dieser Verteidigungsidee, die immerhin in Form einer ungeschickten Drohung auftrat, dienten aber nun auch umfangreiche Rüstungen und Truppenzusammenziehungen an der russischen Westgrenze. König Friedrich Wilhelm IV. hatte ja selbst um Heranziehung russischer Truppen an der preußischen Grenze gebeten, im selben Momente, da sein Außenminister den Krieg mit Rußland vorbereitete!²¹⁶) Wie starken Eindruck das überall in Deutschland machte, zeigt zum Beispiel die Eingabe des Sicherheitskomitees der Stadt Weilburg an den Fünffziger-Ausschuß vom 9. April, in dem gesagt war, Deutschland solle „nach Norden und Osten seine Blicke richten, wo Barbarei und Despotie sich anschicken, der jungen Freiheit Deutschlands ein frühzeitiges Grab zu graben“²¹⁷). Rußland wurde damals jedes böse Spiel zugetraut — sogar am badischen Putsch sollte es beteiligt sein, um eine gesunde politische Entwicklung zu stören, und als Beweis wurde dafür angeführt, Struve sei doch Russe (er war es nicht!) und habe russische Verwandte²¹⁸).

Als der Kaiser Nikolaus sah, daß trotz aller seiner Warnungen und Mahnungen Preußen ein moderner Staat werden wollte, stellte er sehr ernsthafte Erwägungen

an, ob Rußland aus der angekündigten neutralen Haltung doch nicht herausgehen und zugunsten des preußischen Absolutismus eingreifen sollte²¹⁹). Im März und im Mai sind Kriegspläne von Kaiser Nikolaus erwogen worden, ebenso dann wieder im Juli, so wenig Rußland an sich kriegsbereit sein mochte. Dem Feldmarschall Paskievič übersandte er eine ausführliche Denkschrift über politische und militärische Maßnahmen im Kriegsfall. Als die preußischen Truppen in Jütland vorrückten, übte er den schärfsten Druck auf Preußen aus und drohte mit dem Bruche. Eine russische Flottendemonstration und eine Blockade der preußischen Ostseehäfen wurde in Betracht gezogen. Damals fand im preußischen Staatsministerium die denkwürdige Beratung statt, ob man es auf den Bruch mit Rußland ankommen lassen wolle und dürfe. Zwar hatte Friedrich Wilhelm IV. erklärt, er werde nie den Degen gegen Rußland ziehen. Aber die Gesamtlage hatte sich außenpolitisch doch so zugespitzt, daß Preußen wohl am richtigsten getan hätte, wenn es diesen Bruch riskiert hätte. Heinrich Arnim dachte sich sogar, wie wir sahen, ein Zusammengehen mit Frankreich als möglich. Hansemann war auf seiner Seite, der schärfste Kopf, der energischste Wille des neuen Ministeriums — Camphausen aber zögerte.

In dieser Sitzung trat nun Oberstleutnant Fischer vom militärischen Standpunkte entschieden und entscheidend gegen einen Krieg mit Rußland auf. Er führte zwei Gründe an: die Russen seien ausgezeichnete Bataillesoldaten, Preußen dürfe es deshalb nicht auf Schlachten ankommen lassen, sondern müsse die Russen an Festungen ermüden, in Schwierigkeiten verwickeln, und für eine solche Kriegführung seien die preußischen Truppen nicht zuverlässig und erprobt genug, ferner: wer solle den Oberbefehl haben? „Der Prinz von Preußen sei nur ein Bataillonskommandeur und könne einen Krieg wie den russischen nicht führen²²⁰).“ Beim Staatsministerium taten diese Gesichtspunkte entscheidende Wirkung.

Unter dem Drucke des Auslandes also, in erster Linie Rußlands, wich Preußen in Schleswig zurück. Die preußischen Truppen unter Wrangel hatten in Verbindung mit Hannoveranern und andern Bundestruppen schöne Erfolge gegenüber den Dänen errungen: Anfang Mai erfolgte der Einmarsch in Jütland. Schon nach drei Wochen wurde die Halbinsel wieder geräumt und sogar die nördlichen Bezirke Schleswigs wurden aufgegeben. Das war nun die Haltung der größten deutschen Militärmacht! Man hätte Preußen und seinem Friedrich Wilhelm IV. viel verziehen, wenn es in der so leidenschaftlich ergriffenen schleswig-holsteinischen Frage standgehalten hätte. Daß es auch hier enttäuschte, schadete ihm am meisten in den Augen der deutschen Patrioten. Der Rückschlag traf natürlich den Erbkaisergedanken besonders scharf.

Fürst Gorčakov behauptete in der ersten Aprilhälfte, durch die Indiskretion eines hochgestellten französischen Politikers zu wissen, daß Frankreich daraufhin arbeite, Deutschland zur Kriegserklärung an Rußland zu treiben, um im Falle von Schwierigkeiten oder gar einer Niederlage selbst zugunsten einer all-

gemeinen demokratischen Republik einzugreifen²²¹). Diese Angaben sind mindestens charakteristisch für bestimmte Auffassungen in der diplomatischen Welt. Preußen und auch Württemberg arbeiteten im März mit der französischen Kriegsgefahr, um mittels der nationalistischen Phraseologie die innerpolitischen Forderungen zurückzudrängen. In derselben Weise wurde von liberaler Seite ein Krieg gegen Rußland beschworen, um damit die Reaktionsgefahr zu bannen. Aber während die französische Politik an der deutschen Grenze tatsächlich friedlich war — an der italienischen Grenze war es etwas anders —, hat Kaiser Nikolaus zwar in der Öffentlichkeit beruhigende Worte gebraucht, im geheimen aber den Krieg gegen „die Revolution“ vorbereitet, gewünscht und im Jahre 1849 ja schließlich auch geführt.

Preußens Politik während der Revolutionszeit ist überhaupt nur verständlich, wenn man diesen beständigen russischen Druck richtig einschätzt. Jenes Zurückweichen im April 1848 war nur das erste, leider nicht das letzte. Die deutsche Einheit war für Preußen nur zu erkämpfen, schon damals; damals konnte sie durch ein Bündnis mit England, mit wohlwollender Neutralität Frankreichs, gegen Rußland und den zerberstenden österreichischen Kaiserstaat erkämpft werden. Bismarck hat die Front umgekehrt genommen.

„J'ai le sang russe pour souffrir que les ouvriers gouvernent l'Europe“, soll Kaiser Nikolaus im März 1848 gesagt haben²²²). Weit über die zeitliche Gebundenheit wirkt dieses Wort als eine denkwürdige Kennzeichnung der tiefsten Gegensätze des Jahrhunderts. Unter dem Eindruck der Pariser Februarrevolution schrieb Fürst Gorčakov: „Aller Augen, alle Wünsche richten sich auf den Kaiser. Sichtbar trägt er die Geschicke Europas in seiner Hand²²³).“ Und Graf Benckendorff bekannte nach der Berliner Märzrevolution: „Die Schande, in die Europa fällt, wird nur die Stellung unseres Kaisers erhöhen. Er ist nicht nur der Kaiser de toutes les Russies, unter seiner Fahne werden sich alle anständigen Leute sammeln²²⁴).“

In der preußischen Hofgesellschaft, im preußischen Offizierkorps gab es genug Leute, die diese Ansicht teilten. Der kommende europäische Krieg, der dann sieben Jahre später sich an der orientalischen Frage entzündete, wurde von vielen vorausgefühlt, ja lebhaft gewünscht: Preußen sollte aber dann auf Rußlands Seite stehen. Eine anonyme Broschüre „Über den Krieg mit Rußland“, die Ende April in Berlin erschien und den nächsten Mitarbeiter des Kriegsministers, den Oberstleutnant v. Griesheim zum Verfasser hatte, versuchte in diesem Sinne zu wirken. Sie gab genaue Daten aus bester Quelle über die russischen Streitkräfte (450000 Mann, dazu 50000 Kosaken), bekämpfte die Polenbegeisterung als eine Angelegenheit des deutschen radikalen Spießbürgertums, durch die nur die Gefahr der Vereinigung der östlichen Provinzen Preußens mit Polen oder Rußland herbeigeführt würde; ein starkes Polen werde Danzig verlangen; die Wiederherstellung Polens liege lediglich im Interesse Frankreichs, also gehe sie gegen das Interesse Preußens und somit auch Deutschlands; nicht ein Krieg mit Rußland,

das nie zum Frieden gezwungen werden könne und alle Vorteile auf seiner Seite habe, sondern ein Krieg mit Frankreich stehe bevor. Die Broschüre machte Aufsehen; das Vertrauen Deutschlands zu Preußen konnte sie wohl kaum vermehren. Aber sie schilderte die wirklichen Anschauungen von immer noch und gerade jetzt wieder mächtigen Kreisen, gegen die der Außenminister Baron Heinrich v. Arnim mit seinen exzentrischen Geschäftsgewohnheiten und sonderbaren Einfällen bei aller originellen Begabung einfach nicht aufkam²²⁵).

Die Wirren in Polen, der Krieg in Schleswig, der russische Druck, das schwierige Verhältnis zur Frankfurter Einheitsbewegung: das waren lauter Verlegenheiten und Belastungen für die preußische Großmacht. Sie spielte gewiß keine glänzende Rolle bei alledem — aber ihr Dasein war im Kern noch unerschüttert. Berlin feierte seinen revolutionären Sieg und übte sich in demokratischen Lebensformen. Ähnliches geschah in Breslau und Königsberg; wir kennen die Unruhe und die Volksbewegung am Rhein. Aber es gab doch noch eine altpreußische Provinz. Das Ministerium Camphausen tat so gut wie nichts, um die Verwaltung der Provinzen in die Hand liberal gesinnter Männer zu bringen. In Breslau gab es einen Wechsel im Oberpräsidium; an die Stelle des Oberpräsidenten v. Wedel trat Graf York, dann der Oberbürgermeister von Breslau, Pinder. Der Fall ist vereinzelt. Die ganze Verwaltung bis zu den Landräten herunter war bis zum 18. März absolutistisch gewesen — wie sollte sie auch anders sein? Viele entdeckten nun ihr konstitutionelles Herz — wir kennen ein Beispiel. Die meisten hielten aber nicht einmal das für nötig, sie blieben ja doch auf ihrem Posten. Berlin und die Provinz entfernten sich voneinander. Es ging stürmisch zu in der Residenz, gewiß, die Volksversammlungen jagten einander. Aber es überwog doch völlig das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, wenn auch nicht auf der Straße, so doch im Staate. Die Volksbewaffnung führte zu einer Bürgerwehr durchaus mittelständlerischen Charakters — die Arbeiter gingen leer dabei aus, denn das Bürgertum hatte ja schon Angst vor ihnen. Das Ministerium überließ die Bürgerwehr samt ihren Sonderkorps — denen der Künstler und Studenten — ganz sich selbst. Diese Schüchternheit gegenüber den losgelassenen Geistern der Revolution ist geradezu charakteristisch für die Führer der alten liberalen Opposition, die nun in die leitenden Stellen gekommen waren. Camphausen konnte die Furcht nicht loswerden, man wolle in Berlin die Republik ausrufen. Es wurde hier gewiß stark gearbeitet gegen das neue Wahlgesetz, zahlreiche Gruppen setzten sich für direkte Wahlen ein. Aber die Dynastie galt bei der Mehrheit in Berlin und nun gar in der Provinz als unerschütterlich, freilich nur unter der Voraussetzung aufrichtiger Verfassungspolitik. Die Untätigkeit des Ministeriums Camphausen ließ aber nun gerade die Gegensätze anwachsen: in Berlin die entschiedene Demokratie, in der Provinz die militärisch-bürokratische Reaktion. Es sah also nicht besonders gut in Preußen aus — aber der staatliche Zusammenhang war trotz aller Mißstände und Versäumnisse durchaus nicht in Frage gestellt. Das Bild des österreichischen Kaiserstaates wirkte im Vergleich dazu höchst beun-

ruhigend. Noch gab es ja einen Kaiser — aber ob der bisherige Kaiserstaat noch eine politische Wirklichkeit war, konnte sehr zweifelhaft erscheinen.

Ungarn ging seinen Weg für sich, der Palatin bildete das eigene selbständige Ministerium unter dem Premierminister Grafen Louis Batthyány — es fehlte freilich Kossuth darin. Gegen jede Einmischung von Wien aus, gegen jede Rücksicht auf Wien gab es stürmischen Protest, wie gegen Landesverrat. Zeitweise bestand die Gefahr völliger Losreißung, unter der roten Fahne der Republik. Die Zusammensetzung des Parlaments wurde neu geregelt, ein Preßgesetz gegeben. Aber schon wandten sich gegen die Selbstherrlichkeit des Magyarentums die Serben und noch wirksamer die Kroaten. Die Nationalversammlung in Agram beschloß am 25. März, an die Spitze der drei geeinigten Königreiche Kroatien, Slawonien und Dalmatien den selbstgewählten Banus Jellačić als Staatsoberhaupt zu setzen. Die südslawische Nation trat damit in den politischen Kampfplatz ein; Jellačić leistete als Geheimer Rat dem Kaiser den Treueid und wurde in wenigen Tagen vom Obersten zum Generalmajor, vom Generalmajor zum Feldmarschalleutnant befördert. Man liebte in Wien durchaus nicht alles, was die Agramer Nationalversammlung forderte — aber daß hier ein Gegenspieler gegen den Magyarismus aufkam, merkte man gleich. Noch sprachen ja die Ungarn nicht das letzte Wort — noch huldigten sie dem Palatin, dem Vetter des Kaisers: aber wie locker war nur noch die Verbindung! Es war ein Abfall, mit Loyalität verbrämt.

Die Italiener aber haßten Wien und begannen den Kampf aufs Blut. Vor dem Aufstand in der Lombardei und in Venezien mußten Radetzky und Graf Zichy weichen. Bei Verona sammelte Radetzky die Reste seiner geringen Macht. Wenigstens hatte der alte böhmische Schlaupkopf noch vor dem Aufstande eine Million Lire in Gold aus den öffentlichen Kassen in Mailand genommen, die er nun nach Wien schickte. Man konnte sie dort recht gut gebrauchen²²⁶). Was sollte werden? Konnte die Wiener Freiheit die Freiheit der Lombarden und Venezianer unterdrücken — mit einfacher Gewalt? Es war ein Glück für Österreich, daß aus der Rebellion ein auswärtiger Krieg wurde. König Karl Albert von Sardinien-Piemont erklärte den Krieg an den Kaiserstaat und machte damit die Wiener Revolution patriotisch. Zwar waren es dieselben Ideen, die Wien und Mailand bewegten — aber Wien wollte doch herrschen, vor allem herrschen. Man verteidigte angegriffenen Besitz — gegen jeden, gleichviel wen. War nicht Österreich „an Ehren und an Siegen reich“? Die neue Regierung, so schwach sie war, fühlte das, und die Völker des Kaiserstaates verstanden. Die schleswig-holsteinische Frage hatte die deutsche Revolution kriegerisch gemacht — der italienische Krieg erweckte ein Österreich zum Weiterleben, das schon beinahe nicht mehr da war. Bald war in Radetzky's Lager Österreich — nach Grillparzers Wort. Und als nun die piemontesischen Truppen Tirol berührten, war deutsches Bundesgebiet verletzt. Man spürte das in Süddeutschland. Der Freiheitskampf der Italiener hatte wohl dieselben Ziele wie der Freiheitskampf der Deutschen. Aber das Verhältnis

verschob sich. Am Rhein schwärmte man für die französische Freundschaft; wenn jedoch Lamartine der italienischen Nation Waffenhilfe in Aussicht stellte, wenn sich die Alpenarmee an der französisch-italienischen Grenze sammelte, bereit, wie es schien, zum baldigen Eingreifen — dann war außenpolitisch wiederum der uralte Gegensatz zwischen Frankreich und Österreich in Erscheinung getreten, der seine Schlachtfelder in Italien und Deutschland zu finden gewohnt war. Das Gefühl tiefer Verbundenheit mit dem Kaiserstaat regte sich im Reich. Zwar machte Österreich die schleswig-holsteinische Bewegung durchaus nicht mit, der österreichische Gesandte blieb trotz des Bundeskrieges ruhig in Kopenhagen. Aber der Kampf in Italien wurde vor allem im Süden und Westen als deutsche Sache empfunden. In München wurde sofort erwogen, den bayrischen Gesandten in Turin abzuuberufen — man wollte Herrn v. Abel nicht gerne wieder zu Hause haben, sonst wäre es wahrscheinlich sofort geschehen. Der preußische und der russische Gesandte verließen Piemont sofort. Wenn auch die süddeutschen Staaten nicht in der Lage waren, Österreich gegen Sardinien zu helfen, so wurde in Bayern doch wenigstens die Bildung eines Freikorps vorbereitet, um den Tiroler Brüdern zu helfen²²⁷). Österreich nahm aber solche Bestrebungen sehr mißtrauisch auf. Der österreichische Geschäftsträger Freiherr v. Brenner in München stellte fest, daß die bayrischen Gelüste auf Tirol wieder erwacht wären; Bayern warte nur auf das österreichische Ersuchen um Beistand, um dort wieder Fuß zu fassen. In München erschienen auch zwei Abgesandte der Mailänder provisorischen Regierung, die Grafen Arese und Bellenio, um die Stimmung zu erkunden; sie waren sehr enttäuscht, daß der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt die Adresse der Mailänder provisorischen Regierung keiner Antwort zu würdigen beschloß, und mußten zu ihrem Bedauern merken, daß die Einfälle der italienischen Freischaren die Sympathien für Italien sehr erschüttert hatten; auf polizeiliche Anordnung mußten sie München verlassen²²⁸). Sie hatten auch versucht, durch Proklamationen von München aus Tirol zu bearbeiten, worüber der österreichische Geschäftsträger amtlich beim bayrischen Außenminister Beschwerde erhob.

Aus mehreren Gründen war die polnische Freiheitsbewegung für den Kaiserstaat weniger gefährlich als die italienische. Der polnische Adel und die polnische Bauernschaft waren wegen der wirtschaftlichen Interessen uneinig. Die Freiheit der Bauerngüter und die Aufhebung des Unternehmervverbandes war den Bauern das Wichtigste; das war eher von der Wiener Regierung zu bekommen als von der Aristokratie; die Bauern mißtrauten adeligen Führern, die viel von der Befreiung Polens, aber wenig von der Bauernbefreiung sprachen. Der Statthalter von Galizien Graf Franz Stadion nutzte aber noch einen andern Gegensatz aus — den nationalen. Man warf ihm später vor, mit bewußt überspitzter Pointe, er habe 1848 die ruthenische Nationalität erfunden; das Dasein der kleinrussischen Bauernschaft in Ostgalizien war natürlich eine altbekannte Tatsache, die der geschickte Landeschef aber jetzt erfolgreich verwandte, um den polnischen grundbesitzenden Adel lahmzulegen. Im April hob Stadion die Zwangsarbeit der Bauern auf und

versprach, die Berechtigten aus Staatsmitteln billig zu entschädigen. Dadurch verpflichtete er sich die Bauern, spaltete aber auch den Adel, denn gar manchem Grundbesitzer erschien die Barentschädigung in so knappen Zeiten verlockend. Trotzdem kam es in Lemberg und besonders in Krakau zu Unruhen. Eine Landesdeputation mit Freiheitsforderungen ging nach Wien, Bürgerkomitees, Volksräte wurden gebildet, angeblich zur Unterstützung der Behörden, tatsächlich um die Kontrolle an sich zu reißen und selbst Macht auszuüben. Es gab Hetze und Auflehnung, die revolutionäre Leidenschaft tobte sich aus in mancher Gewalttat. Ein Aufstand größeren Stils, wie er in Preußisch-Polen stattfand, wurde zunächst verhindert. Die starke Angst vor dem Eingreifen Rußlands hat dazu wesentlich mitgewirkt. Kongreßpolen klirrte von den Waffen des russischen Heerlagers — die polnische Bewegung dorthin hinüberzuspielen, war unmöglich. An dem russisch-polnischen Verhältnis fand bekanntlich der panslawistische Gedanke damals und später seine Grenze. Zu einer Verstimmung zwischen Österreich und Preußen kam es deshalb, weil die preußische Bewegung wohl die für Posen zuständigen, zurückkehrenden Flüchtlinge auf der Reise aufhielt, dagegen die Krakauer Emigranten dorthin durchließ. Als die Krakauer Bewegung zusammenbrach, versammelten sich von neuem Flüchtlinge in Breslau und wurden von Preußen nicht nach Frankreich zurückgeschoben. Der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff mußte deshalb eine ernstgefaßte Note überreichen²²⁹).

Von allen Teilungsmächten kam also der österreichische Kaiserstaat noch am besten mit seinen Polen durch, wohl auch deshalb, weil er genug Erfahrungen mit dem Westslawentum machen konnte. Gerade jetzt traten ja die begabtesten Westslawen, die Tschechen, mit ihren Ansprüchen stark hervor, die ihrem Wesen nach gegen Deutschland und das Deutschtum, nicht aber gegen ein Österreich und Österreichertum gerichtet waren, freilich für ein neues Österreich und ein neues Österreichertum wirkten. Der Kaiserstaat war bis dahin deutsch-zentralistisch gewesen: deutsch durch den Zentralismus, zentralistisch kraft des Deutschtums, das Deutsche war die Herrschafts-, Kommando- und Bildungssprache für alle Völker des Kaiserstaates. Wir erinnern uns, was Palacki dem Fünfziger-Ausschuß antwortete: nur durch Teilung und Schwächung Österreichs war nach seiner Meinung der Mittelpunkt der deutsch-österreichischen Macht nach Frankfurt zu übertragen. Österreich sollte Österreich bleiben, aber aus dem Zentralstaat sollte ein Föderativstaat werden, ein Bundesstaat freier deutscher und nicht-deutscher Länder. Die slawischen Länder mußten dabei rein nach der Volkszahl das Übergewicht haben; mit dem Zentralismus verschwand also auch die deutsche Vorherrschaft in Österreich, nicht die deutsche Sprache als Regierungsmittel, wohl aber der deutsche Kultureinfluß als entscheidender Faktor. Der Austroslawismus begann seine geschichtliche Laufbahn. Die Tschechen hatten mit der ihnen eigenen leidenschaftlichen Zähigkeit und gewandten, unermüdlich biegsamen Taktik ihre politische Arbeit vorbereitet (vgl. oben S. 408). Das Wenzels- oder Bürgerkomitee in Prag war ein Volksrat, der unumschränkte Autorität ausübte. Neben

ihn trat als bewaffnete Macht in Prag die St. Wenzelsbrüderschaft, zuerst mit roten Kreuzen geschmückt, dann als Korps der Eintracht (Svornost) etwas weniger bedrohlich für bürgerliche Nerven ausgestattet, aber nach wie vor entschlossen, den schärfsten Nationalismus zu verfechten. Die Wiener Regierung beantwortete die Prager Petition ausweichend, sie schickte den jungen Erzherzog Franz Joseph nach Prag als Statthalter und bewilligte selbständige Zentralbehörden sowie ein neues, die Tschechen stark begünstigendes Wahlgesetz. Das Wenzelskomitee hielt sich, trotz aller Regierungsversuche mehrfach ergänzt und zum Nationalkomitee umgetauft, als das eigentliche Zentrum allen politischen und lokalen Geschehens, und trotz der Proteste der deutschen Bevölkerung als ein gehorsames Werkzeug des Tschechismus. Böhmen war im Begriff zu werden, was Ungarn geworden war. Die ersten Namen des Landes stützten die Bewegung — die Lobkowitz, Schwarzenberg, Auersperg, Harrach, Czernin; durch sie wurde der Austroslawismus bald eine Macht beim Hofe in Wien, eine größere Macht als das deutsch-zentralistische Ministerium und die schwarzrotgoldene Revolution der Kaiserstadt. Der alte Kaiserstaat war im Zerbersten — der Austroslawismus allein konnte vielleicht einen neuen schaffen. Die Tschechen waren die ersten, die Schwarzrotgold als ein politisches, gegen Österreich gerichtetes Abzeichen erklärten und die Träger der deutschen Farben mit Mißhandlung bedrohten. Der böhmische Nationalausschuß erkannte dann wohl den Deutschen das Recht auf diese Farben zu, empfahl ihnen aber, sie im Interesse des öffentlichen Friedens nicht zu tragen. In Prag wurde Schwarzgelb geflaggt neben den böhmischen Landesfarben Rotweiß²³⁰).

„Die Fahne gesenkt und die Trommel gedämpft,
 So folgen wir traurig der Bahre,
 In welcher sie ruhn, die siegreich gekämpft,
 In Fülle und Blüte der Jahre.
 Sie fielen als Sieger, sie fielen mit Lust —
 Die Wunden sind alle an Stirne und Brust.“ —

Diese Verse widmete Saphir den Studierenden Wiens zu Ehren der gefallenen Studenten beim Leichenbegängnis der Revolutionsopfer²³¹). Der Universitätspfarrer, der katholische Priester Professor Fuster, ließ bei dieser Beerdigung dem Rabbiner Mannheimer den Vorrang, um die Toleranz einer neuen Zeit zu bewahren. 60 Tote hatte die Wiener Märzrevolution gekostet — die aktenmäßigen Nachweise darüber sind später in der Reaktionszeit vernichtet worden²³²). Die Wiener Revolution hatte einen Zug von akademisch jugendlichem Heroismus. Ganz anders als in Berlin hatte die Wiener Studentenschaft entscheidende Einwirkung auf den Gang der Ereignisse geübt. Die „Aula“ war schon vor den Märztagen eine Art öffentlicher Klub, eine permanente Versammlung zumeist sehr jugendlicher Notablen gewesen. Jetzt nach dem Siege wurde sie ein revolutionärer Volksrat, der Gesetze kritisierte, Bedürftigen zu ihrem Recht half, in alle großen

und kleinen Verwaltungsdingen diktatorisch eingriff und besonders die bedeutenden Fragen der allgemeinen Politik tumultuarisch verhandelte und entschied. Der Ausschuß der Studentenschaft, dem eigentlich die Leitung der Aulaversammlungen oblag, ließ sich auf die eigentlich studentischen Angelegenheiten beschränken, übte aber als Urzelle aller Volksbehörden der Revolutionszeit doch einen erheblichen Einfluß aus.

Am sichtbarsten und wirksamsten war das Wiener Bürgertum in der Nationalgarde organisiert, die sich nun neben dem alten privilegierten Bürgerkorps als das moderne, schlagfertige, revolutionäre Element fühlte, kommandiert zu ihrem Ärger von dem schwerfälligen Oberjägermeister General Grafen Hoyos. Die Studentenschaft bildete in der Akademischen Legion ein Sonderkorps. Alle drei Körperschaften hatten aber dasselbe Oberkommando zu respektieren. Ausgeschlossen aus der Nationalgarde waren die Klasse der Handwerksgehlen, Dienstboten und alle derer, „die sich vom Tag- oder Wochenlohn erhalten“, also, wie in Berlin, der Arbeiter. In allen Gemeinden über tausend Einwohner sollte analog die Nationalgarde errichtet werden; die Organisation folgte also der Gemeindeverfassung; ein „Nationalgarde-Verwaltungsrat“ sollte die Angelegenheiten der Nationalgarde betreuen; er sollte bestehen aus Nationalgardisten der verschiedenen Dienstgrade, gewählt von ihnen selbst, unter dem Vorsitz des Nationalgardekommandanten. Wir haben hier ein an die Gemeinden angeschlossenes bewaffnetes Rátesystem vor uns²³³). Es trägt freilich bewußt bürgerlichen Charakter. Erst im Juli erschien in Wien ein Aufruf zum „Ersten allgemeinen Arbeiterverein“. Das Wiener Proletariat war noch ungeweckt und unorganisiert. Zwar sprach die „Konstitutionelle Donauzeitung“ am 1. April 1848 von dem allgemeinen Geist der Vergesellschaftung, bekannte sich aber zur bestehenden Teilung des Eigentums, so daß man nicht recht merken konnte, was eigentlich vergesellschaftet werden sollte. Klarer in die Zukunft wies die Forderung auf Versicherung gegen Krankheit und Not und der Gedanke, der Arbeiter solle sich mit dem Kapitalisten zwecks gemeinsamer Ausbeutung der Geschäfte verbinden. Das „Österreichische Volksblatt“ verlangte das allgemeine Wahlrecht, auch für Arbeiter. Erschütternd wirkte die „Stimme eines Arbeiters“ in der Zeitung „Constitution“, die sich an die Dichter, Schriftsteller und Gelehrten wandte — also an das begabte Literaten- und Advokaten-tum, das der Wiener Revolution ihr eigenartiges Gepräge gab. „Schon seit Wochen warte ich, daß einer von euch sich auch unser, der Arbeiter, annehmen und unsere Rechte vertreten möge, damit auch wir an der Freude teilhaben, an dem Licht, das sich über Deutschland mit seinen heiligen Strahlen ergießt. Aber vergebens! Wir haben mit euch gefühlt, gebetet, mit euch gerungen, mit euch gejubelt, ihr aber wißt nichts von uns; erkennt uns nicht mit aller Weisheit . . . Wir aber verlangen Bildung und möchten sie von euch verlangen! Bildung, als die einzige Quelle der Freiheit! . . . Und ihr, die ihr in den Kaffeehäusern gähnt und herauszuklauben sucht, ob uns der Russe, der Türke oder der Teufel holen wird, euch zankt, ob die deutsche

Fahne schwarzrotgold oder schwarzgoldrot sein müsse — alle Nachteile der Zeit tragen wir, wir allein und mit Unrecht für euch mit. Seht her — indessen ihr schlemmt, leiden nicht viele von uns bitteren Mangel . . . Ihr aber, Brüder, ihr Arbeiter und Armen, wacht auf! Seht, es ist ein großer Glockenguß veranstaltet — tragt euer Material herzu, dieweil es Zeit ist, ehe denn das Werk vollendet und der Ofen erkaltet ist, damit man nachher weiß, von wem und wonach die Glocke klingt.“

Die Redaktion machte zu diesen merkwürdigen Sätzen die Anmerkung: „Es geht nicht länger, die Augen zu schließen. Das Proletariat ist nicht gefährlich, wenn es in allen seinen Verhältnissen zur allgemeinsten Kunde und Besprechung gelangt; aber es wird gefährlich, wenn wir es der Reaktion als Basis ihrer Kunststückchen überlassen²³⁴).“ Sehr wohlweise — gewiß, aber die geistreichen und salopp-geschwätzigten Leute, die in den März- und Apriltagen die Wiener Kaffeehäuser begeisterten, wußten mit solchen Rezepten ebensowenig anzufangen wie die, die sie verschrieben. Es funkelte von Begabung in Wien — in Wien war die Revolution farbiger, lauter, wilder als in Berlin; der Ton war nicht so roh, aber dafür verwegener, der Witz nicht tödlich, sondern lustig; die Wiener Revolution war das genialste Feuerwerk der Zeit — aber sie glich einer Pubertät, auf die erst ganz spät die Reife folgt.

Was wurde nicht alles jetzt in Wien reformiert, besprochen, geplant, verworfen, ins Leben gerufen und wieder durch anderes ersetzt! Ein Preßgesetz wurde z. B. erlassen, wieder aufgehoben und dann dennoch amtlich publiziert! Der Magistrat berief schon am 15. März einen Bürgerausschuß, durch den er die Residenz regieren ließ; Doblhoff, Bach, Hornbostel, Hye gehörten dazu, also die bekanntesten Freiheitsmänner. An demselben Tage trat eine ebenso revolutionäre Körperschaft, der „Provisorische Ausschuß zur Besorgung der für den Augenblick wichtigsten Geschäfte“, zusammen — zwölf Ständemitglieder und zwölf Bürger, die die Vorarbeiten für die neue Reichsverfassung liefern sollten. Auch Vertreter der Stände Mährens und der Steiermark sind dafür zugezogen worden — lauter wohlgemeinte Improvisationen, die in der Flut der Ereignisse untergingen. Das neue verantwortliche Ministerium stand zuerst unter der Leitung des Grafen Kolowrat, der so einen späten Triumph über seinen Todfeind Metternich feiern konnte; aber der Alte war nun auch im Angesicht der andrängenden Revolutionserscheinungen hilflos, bewilligte seinen tschechischen Landsleuten, soviel sie haben wollten, und verschwand schnell auf seine böhmischen Güter. Freiherr Franz von Pillersdorf, der Minister des Innern, war bei dem mannigfachen Wechsel meist wenig markanter Personen der Halt und Kern, bald der Leiter dieses Ministeriums — ein redlicher, friedliebender Mann, bewährt vor allem in Finanzfragen, guter Typ des josefinisch-volksfreundlichen hohen, österreichischen Beamtentums, von jeher ein stiller, aufgeklärter Oppositioneller gegenüber Mißwirtschaft und Polizeiwillkür, aber eben doch auch alt und grau geworden in der Papierluft der Wiener Amtskanzleien und deshalb der schäumenden Kraft der

Volksbewegung gegenüber hilf- und verständnislos. Der hagere Mann, gewandt in den Bewegungen, mit lebhaftem Blick hinter blitzenden Brillengläsern, wirkte auf die Jugend wie ein verstaubter Pedant; er schulmeisterte, statt zu meistern. So machte diese an sich kluge und wohlmeinende Persönlichkeit einen taktischen Fehler nach dem andern; er beschwichtigte, wo er hätte Widerstand leisten müssen, er wand sich zähe um Zugeständnisse, die nicht viel bedeutet hätten, er respektierte die Straße, aber noch mehr den Hof, er wurstelte sich und Österreich gerade so durch, wobei denn bald sein politisches Ansehen, aber, wunderlich genug, nicht der Staat zugrunde ging.

Eine der ersten praktischen Handlungen Pillersdorfs war die Veröffentlichung eines Berichtes über die österreichischen Finanzen der letzten sieben Jahre. Die Sorge gerade darüber war ja schon vor den Märztagen grell zum Ausbruch gekommen — und mit gutem sachlichem Grunde. Nun bekam man eine Übersicht, bei der die meisten außerordentlichen Aufwendungen im Ordinarium hätten stehen müssen, da sie ja immer wiederkehrten, wie etwa die Schuldentilgung. Die Zifferngruppierung war wirklich recht willkürlich; der Staatsaufwand erschien auffallend gering. Trotzdem machte die Börse ein wohlwollendes Gesicht, denn man wollte den Revolutionssieg nicht verderben. Acht Tage später erfolgte aber bereits das Verbot der Silber- und Goldausfuhr durch die Regierung. Die Bardeckung des Banknotenumlaufs wurde auf ein Viertel des Wertes geschätzt²³⁵). Die Zeiten sahen sehr, sehr trübe aus. Der Fortbestand der österreichischen Monarchie war durch die divergierenden Tendenzen, die wir kennen, so gefährdet, daß ein feiner und wohlgesinnter Beobachter wie der hessische Gesandte v. Biegeleben nur noch auf das dynastische Band hoffte. Als „dynastische Union“, schrieb er, wäre Österreich zu retten, wenn rechtzeitig erkannt würde, daß diese Lösung „nicht gegen, sondern durch den Willen der verschiedenen Nationen“ möglich sei²³⁶). Die deutschen Kronländer waren nun durchaus für den Kaiser, aber gegen Wien; eine partikularistische, lokalpolitische Richtung kam in ihren Ständerversammlungen deutlich zum Ausdruck. Graz wurde der Schauplatz von anti-revolutionären Demonstrationen. Ein kaisertreuerherzig-patriarchalisches Deutsch-österreich zeichnete sich mit Deutlichkeit ab. Als Zentrifugalkraft wurde in Wien ja auch die Frankfurter Bewegung empfunden. Als die für den Fünfziger-Ausschuß bestimmten Deputierten beim Kaiser anregten, man möchte ihnen die in Wien deponierten deutschen Reichsinsignien nach Frankfurt, der alten Wahlstadt, mitgeben, denn die Kur sei nun in die Hände des Volkes zurückgelegt, erfolgte tiefgekränkte Ablehnung²³⁷).

Gegenüber Vorparlament, Fünfziger-Ausschuß und der kommenden Nationalversammlung herrschte in Wien eine Stimmung ungewisser, teilweise ängstlicher Erwartung vor. Ein eigenes Wahlgesetz wurde gar nicht gemacht, man kopierte das bayrische mit seinen Wahlmännern und befolgte im übrigen die Verfügungen von Vorparlament und Bundestag. Dem österreichischen Gesandten in München sagte einer der einflußreichsten Publizisten, Österreich möge sich beeilen, es

möge nicht zurückstehen mit Reformen, die rheinischen Demagogen beschleunigten die Wahl des Parlaments, um Österreich zu spät kommen zu lassen, seine Rolle in Deutschland sei dann ausgespielt²³⁸). Und der neue bayrische Außenminister Graf Waldkirch gab den wohlmeinenden Rat, die Wahlen in Österreich müßten auch auf liberalem und demokratischem Boden stattfinden, sonst würden diese Abgeordneten nicht als ebenbürtig anerkannt²³⁹). So ereignete sich das Merkwürdige: während sich sonst kein leitender Gedanke in der Wiener Regierung wahrnehmen ließ, wenn man gegenüber soviel Sturm nur eine Art fatalistischer Ergebung bemerkte, wenn man in Wien den Eindruck hatte, das Haus Habsburg ziehe den sicheren Untergang einem unsicheren Versuch der Rettung vor — so urteilte Biegeleben; während also Österreich in der Zentrale nur noch ein provisorisches Überbleibsel von Verwaltung und keine politische Leitung mehr besaß²⁴⁰), raffte sich doch das Ministerium Pillersdorf zu zwei heroischen Gesten auf, die wenigstens als solche etwas bedeuteten. Die erste kennen wir schon — es war der Artikel der „Wiener Zeitung“ über Österreichs Verhältnis zu Deutschland. Österreich konnte Ungarn selbständig werden lassen, Italien aufgeben, Böhmen und womöglich Mähren und Schlesien den Weg Ungarns ziehen sehen: aber Deutschland gab es nicht preis — noch nicht. Die zweite Geste war noch etwas österreichisch Greifbares: eine Verfassung wurde veröffentlicht, am 23. April. Erinnern wir uns, daß die „Konstitution des Vaterlandes“ die höchste Errungenschaft der Wiener Märzrevolution war. Jeder Tag erneuerte seitdem die Forderung nach einer Reichsverfassung. Tumulte und Katzenmusiken dienten diesem Ziele. Die Wiener genossen das Revolutionstheater und verlangten immer neue Vorstellungen. Natürlich gab es ein behäbigeres Bürgertum, dem die „Charivaristen“ etwas zu lebendig waren. Die Mehrzahl jubelte und freute sich an spannenden Szenen. Einer der Höhepunkte war jene Volksversammlung im Odeon am 15. April, auf der Dr. Schütte aus Braunschweig im Namen des Vereins der Volksfreunde die sofortige Einsetzung eines konstituierenden Parlaments durch eine Sturmpetition der Masse forderte. Das war nun für den Augenblick doch noch etwas zu stark; Nationalgarde und Militärkommando steckten mit den verschiedenen revolutionären Ausschüssen die Köpfe zusammen; Schütte wurde verhaftet und dann ausgewiesen²⁴¹). Dieses Ereignis mag mit andern allgemeinpolitischen Momenten zur eiligen Veröffentlichung der nach dem Muster der belgischen zusammengeschusterten Verfassung geführt haben. Der Entwurf gewährleistete allen Volksstämmen „Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache“; er sah zwei Kammern, teilweise Ernennung der Pairs und Zensuswahlen für die Zweite Kammer vor; der Reichstag sollte am 26. Juni zusammentreten; ob es in dem unruhigen Wien geschehen könne, fragte man sich freilich am Hofe mit Sorge. Der Eindruck war zunächst durchaus günstig. Die Nationalgarde, die einflußreichsten Vereine und Korporationen „scheinen zufriedengestellt“, schreibt Biegeleben²⁴²). Aber nach ein paar Tagen war der Entwurf schon keine Neuigkeit mehr; man langweilte sich bei einem solchen Stück Papier,

dessen Wert oder Unwert schließlich doch von der Regierungsgewalt abhing, die zur Ausführung dahinterstand. Bald kam aber auch heftige Kritik, heftiger Protest, aus Böhmen, aus dem Klub der Volksfreunde in Wien. Die Aprilverfassung war ein verzweifelter Wagnis, die für den Moment beruhigende Wirkung puffte nur allzu schnell ab, die Ereignisse gingen über sie hinweg.

Der Klub der Volksfreunde, im Mai umgetauft als „Demokratischer Klub“, wurde zuerst geleitet von dem polnischen Juden Chaizes, einem Barbiergehilfen, der sich Doktor nennen ließ, und kam dann in die Hand des Prager Juden Dr. Tausenau, eines sprachlich und politisch außergewöhnlich begabten Mannes, dessen auffallende Ähnlichkeit mit Napoleon I. sogar die späteren polizeilichen Steckbriefe hervorhoben; er hat in Verbindung mit dem Zentralkomitee den Fortgang der revolutionären Ereignisse in Wien wesentlich beeinflußt. Mehrere Zunftvereine bildeten sich, sie zogen mit Fahnen und Musik zu den Meistern und vor die Innungsherbergen, um Forderungen zu erpressen; die Lehrbuben folgten diesem Beispiele; der gewichtigste und modernste Arbeiterverein war der der Buchdrucker und Schriftgießergehilfen; auch ein Damenverein entstand unter Leitung der Freiin von Perin, die sich von Kopf bis zu Fuß in die schwarzrotgoldenen Farben einzuhüllen pflegte²⁴³). Der politisch-juridische Leseverein war jetzt schon ganz überholt, der kaufmännische und Gewerbeverein ebenso. Hier wurde noch immer im Geiste des besonnenen Fortschrittes eine ruhige und ernsthafte Diskussion über politische Probleme versucht — die demokratischen Vereine spotteten darüber, sie wollten den Sturm, den aktiven Fortgang der revolutionären Bewegung. Immer wieder kam es zu wilden Straßenszenen. Der Sturz des „Naschmarkt-Königs“, eines Großhändlers, der seit Jahr und Tag die Kleinhändler in Lebensmitteln frech bewuchert und das Geschäft tyrannisch beherrscht hatte, war ein begreiflicher Ausbruch angesammelter Volkswut. Erbitterung erregte auch das Denunzianten-Geschmeiß, das sich recht schnell wieder hervorwagte. Der entlarvte Polizei-Spion Albert Rößler konnte vor der Lynchjustiz nur durch den glücklichen Einfall Giskras gerettet werden, einen Jux aufzuführen: der zitternde Kerl wurde in humoristischem Zuge durch die Straßen eskortiert. Ernster war das Folgende. Die Agitation gegen die Zahlung der Mieten, der Hauszinse an die Hausherren, nahm solche Formen an, daß ein „Sicherheitskomitee zum Schutze der Privatrechte, der Person und des Eigentums der Bewohner“ eingesetzt werden mußte, von dessen Taten man dann freilich wenig erfuhr. Immerhin fand für Bedürftige Mieterlaß statt. Besonders merkwürdig trat dann noch der antiklerikale Zug der Wiener Revolutionsführer hervor. Es gab eine wilde Hetze gegen die von jeher verhaßten Liguorianer. Eine Flugschrift wider den Orden fand in drei Tagen Absatz von mehr als 10 000 Exemplaren²⁴⁴). Die Mönche wurden aus ihrem Kloster mit Gewalt vertrieben; dem Erzbischof, der sich um ihre Unterstützung bemühte, brachte man eine Katzenmusik und riß von seinem Palais die schwarzrotgoldene Fahne, deren er nicht mehr würdig zu sein schien. Der Außenminister Graf Ficquelmont wurde durch wiederholte wüste

Radauszenen als der Schüler Metternichs zum Rücktritt gezwungen. Lebzelter übernahm provisorisch die Leitung des Auswärtigen, die dann dem überalterten Wessenberg übertragen wurde; in Baron Doblhoff gewann Pillersdorf nicht nur einen Minister der öffentlichen Arbeiten, sondern auch einen populären Namen. Er setzte die Abreise des Erherzogs Ludwig durch. Palacky hatte den Eintritt in das Ministerium verweigert, weil es kein föderatives Programm für Österreich besaß und keine Klarheit gegenüber Deutschland zeigte.

Am 9. Mai trat das „Zentralkomitee“ ins Leben, ein revolutionärer Ausschuß von fast 200 Mitgliedern, der aus Abgeordneten der 72 Kompagnien der Nationalgarde und der Akademischen Legion bestand; das Zentralkomitee organisierte die revolutionäre Bewegung im Mai, die mit der Abreise des Kaisers nach Innsbruck enden sollte. Würth und der ältere Arneth, Ritter von Köchel und der spätere „Arbeiterkönig“ Willner, Fischhof und Goldmark — also Männer verschiedener Schattierungen saßen darin.

Die Angriffe auf die Klöster und die Geistlichkeit hatten vielleicht die Wiener Revolutionäre am deutlichsten in Gegensatz zu der Dynastie und den Kronländern gebracht. Die Frauen des kleinen Mittelstandes und des Proletariats verhielten sich unter dem klerikalen Einfluß revolutionsfeindlich. Dagegen sollte nun gearbeitet werden. Der Erfolg war aber durchaus zweifelhaft. „Ich fürchte sehr, wenn die gewaltsame Beraubung der Geistlichkeit nicht abgewendet werden kann, wird man eines Tages hier noch von einer andern Abdankung als der eines Ministers hören“, schreibt Biegeleben am 4. Mai²⁴⁵). Die schwarzrotgoldene Fahne wirkte in diesem Zusammenhang nicht bloß als die Fahne Großdeutschlands, sondern auch als die Fahne der Gedankenfreiheit. Damit richtete sie sich gegen Katholizismus und Habsburgertum zugleich. Wie in Prag zeigten sich schon jetzt auch in Wien die schwarzgelben Fahnen als Zeichen dynastischer und klerikaler Gesinnung, als Zeichen eines loyalen Großösterreichertums. Auf den deutschen Gesandtschaften freilich sah man fast überall Schwarzrotgold — Drohbriefe hatten die Gesandten dazu gezwungen. Einer freilich machte eine entschlossene Ausnahme — der bayrische Gesandte Graf Luxburg: Ich kenne keine andere Farbe als die meines Königs, schrieb er nach München²⁴⁶). Und schon vorher an den König selbst: „Ich hoffe, Sire, daß unsere schönen bayrischen Farben Blau und Weiß, die die Farben Ihres Hauses sind, immer aufrechtbleiben, und daß wir nie andere tragen werden²⁴⁷)!“

Als der Verfassungsentwurf der Siebzehner in Wien bekannt wurde, lehnte die Staatskanzlei jede Äußerung sowohl gegenüber den Gesandtschaften wie auf einzelne Anfragen ab. Gegen die preußische Hegemonie war nun alles einig in Wien — die schwarzgelben Reaktionäre, die Klerikalen und Partikularisten der Kronländer, die Staatenbundmänner und die Bundesstaatsmänner, die schwarzrotgoldenen Großdeutschen, die Republikaner in Wien, die Slawen und die Ungarn²⁴⁸). Nur im Widerstand gegen Preußen konnte der Kaiserstaat samt seiner deutschen Bundesanhängerschaft noch einmal zusammenfinden. König

Friedrich Wilhelm IV. aber brachte es als einziger Zeitgenosse fertig, sowohl schwarzrotgold wie schwarzgelb zu sein. Nur schwarzweiß war er kaum, was für einen preußischen König doch am nächsten gelegen hätte. Der Habsburg-Lothringer in Wien sollte nach seiner Ansicht, als der Erbe von dreißig römischen Kaisern, die neue teutsche Kaiserwürde besitzen, als Haupt der deutschen Nation, als Haupt der Christenheit — als ein Ehrenhaupt natürlich, mächtig zwar in Österreich, aber in Deutschland an die Fürsten gebunden, gewählt und gekrönt im Frankfurter Dom, vom Kurfürstenrat, Fürstenrat und vom Reichstag zugleich gehemmt und gestützt, von dem preußischen Reichserzfeldherrn in Lehnstreue geschützt und bedient, von mächtigen Reichsherzögen getragen und gehalten: seltsame, von feudaler Schwärmerei und der Empfindlichkeit gottgewollter Souveränität zugleich erfüllte Phantasmagorie, Wunsch- und Traumbild eines spielerischen Besserwissers, der, im Herzen hochmütig, knien wollte, um seinem Kaiserheiligen das silberne Waschbecken zu halten, und der dem treubesorgten Dahlmann schließlich doch erklärte, als König der Teutschen die teutsche Krone selbst annehmen zu wollen, falls Österreich sie ablehnte, mit „gebrochenem Herzen“ — aber wahrscheinlich auch mit dem süßlich-ironischen Lächeln, das jeden koketten Triumph dieses von Gottes Gnaden unsicheren Dienst- und Lehnsmanne zierte²⁴⁹).

Da hatte doch sogar die ehrenwerte Spenersche Zeitung mehr politischen Instinkt, wenn sie in einem aufseherregenden Artikel die Kaiserkrone sofort für Preußen forderte, so leidenschaftlich und so scharf, daß der österreichische Gesandte nach Wien schrieb, Österreich und das Habsburgische Haus seien hier mit einem Maß von Gift und Galle überschüttet, wie etwas Ähnliches von Feindseligkeit wohl noch kaum zutage gefördert worden sei²⁵⁰). Wir wissen, welches Spiel Graf Dönhoff und Baron Heinrich Arnim gar zu gern gespielt hätten; sie konnten nichts dafür, daß ihr König matt gesetzt war, ehe es eigentlich recht begann.

War aber nicht schon die Revolution selbst matt gesetzt? Es gab mehrere Bewegungen, die durch- und gegeneinander wirkten. Der Hauptstrom war bereits in ein Bett geleitet, das ihn zu ruhigem, legalem Flusse zwang. Die Unterdrückten, die jetzt heraufgekommen waren, hatten mancherlei Glauben — ihr Heiligstes war die Hoffnung auf das große deutsche Parlament. Dieser Gedanke ballt, dem Zentralbau der Renaissance vergleichbar, das tausendfache Wollen der Zeit zusammen. Die Großmacht Preußen, der Kaiserstaat Österreich schufen sich aber auch, viel zu spät, gezwungen und doch übereilig, zeitgemäße Volksvertretungen; ihr staatlicher Eigenwille bedurfte dessen — wer wollte sich dagegen sperren? Und doch sahen alle Einsichtigen, daß dieser Wettlauf um die Parlamentarisierung gefährlich war. Das große deutsche Parlament kam, langsam, viel zu langsam. Anfang April, noch Mitte April hätte es das fließend weiche Geschehen bannen und formen können. Als es nach Mitte Mai endlich in Frankfurt zusammentrat, war das Beste einer Revolution, die glückhafte Stunde der Tat, wirklich schon vorbei.

Noch schien freilich alles neu und jung in Deutschland. Dies gesunde, geduldige, gute Volk war aufgewacht und freute sich der Freiheit. Bedrucktes Papier wirbelte durch die vorher so biederer, stillen Straßen; die Eckensteher, früher so apathisch, schrien nun Neuigkeiten aus, von Gasse zu Gasse; es gab eine auf und ab strömende Menge, die unbevormundet meterlange Plakate verschlang, tobende Volksredner bestaunte, reaktionäre Fensterscheiben einwarf, die neuen Männer hochleben ließ und die alten — durchaus nicht totschrug. Kein Volk ist so weh- und gutmütig gegenüber gestürzten Größen wie das deutsche; es ließ sich sogar ganz freundlich gefallen, daß sich ein reaktionärer Bösewicht, wie der alte Kampitz, mit der schwarzrotgoldenen Kokarde bei ihm anbotierte. Equipagen, livrierte Diener, Kasernenhofschneid und der blasierte Übermut einiger uniformierter Ignoranten, die sich Gardeleutnant nennen ließen, war nun mit einem Schlage in Berlin verschwunden. Die nüchterne Stadt bekam sofort einen östlich-proletarischen Charakter, wie Militär und Hofgesellschaft weggewischt waren. In dem winkligen Innenbezirk des barocken Wien, in dem eleganteren, alt-deutschen Frankfurt war das Bild der Revolution freudiger. Überall aber war gedrechseltem, glattrasiertem, geziertem, ständisch gebundenem und überheblichem Wesen Verachtung und Spott sicher. Die Revolution brachte neue Trachten und Manieren auf. Die blaue oder die grüne Bluse konnte sich freilich nicht als Demokratentracht durchsetzen. Sie blieb die Arbeiterkleidung und wurde nur von den Freischärlern folgerichtig übernommen. Aber der graue, runde, an der Seite aufgeklappte Hut, natürlich mit der schwarzrotgoldenen Kokarde, auch der schwarze Kalabreserhut der italienischen Revolutionäre, wie ihn Robert Blum trug, setzten sich durch und verdrängten bald den korrekten Zylinder des loyalen Spießbürgertums, genau so wie der bürgerliche Leibrock nun von Angehörigen des kleinen Mittelstandes als selbstverständliche alltägliche Kleidung aufgenommen wurde, an Stelle der Joppe des Handwerksmeisters. Da nun auch die oberen Schichten Militär- und Ziviluniformen gerne ablegten und den schlichten schwarzen Frack oder auch den schwarzen Leibrock deutschen Schnittes anzogen, setzte sich, zum erstenmal in Deutschland, eine unfarbige, staatsbürgerlich wirkende Gesamtkleidung für die Männer durch. Die Farbenspritzer im Straßen- und Kneipenleben kamen von den neuen Uniformen der Bürgergarden und Legionen, die aber mit ihrem Blau, Rot und Grau, mit ihren Schärpen, Säbeln und Schnüren eher den Charakter malerischer Trachten hatten, wie sie ja auch auf eine absichtlich ungezwungene, beinahe schlampige Art getragen wurden. Man genoß die Freiheit von Kommando, Aufsicht, Vorschrift, man wollte bequem, fröhlich, volkstümlich-behaglich leben und wirken — so schrie und brüllte man durcheinander, erhitzte sich und die andern, aß und trank dazu, gemeinschaftlich, so reichlich es ging, ließ sich den Bart wachsen und plätscherte selbstbewußt im Gewoge der Zeit. Das Wirtshaus wurde das Heim der Klubs und ihres neuen Heldentums. Schon immer gab es in Deutschland Opposition bei Weißbier, beim Schoppen Rauentaler, beim Gespritzten, im Tabaksdunst abgelegener Hinterstuben. Nun

trat dies ganze politische Leben in die vorderen Säle ein und riß zunächst auch die Widerwilligen mit. Bald sollten sich in Frankfurt die Parteien nach den Gasthäusern nennen. Die Wirte hatten eine große Zeit; von der Straße drang der Betätigungstrieb ins Gasthaus, vom Gasthaus aber weiter in die Stuben des Bürgers. In den Zentren entstanden politische Salons — wie der der Frau Koch-Gontard in Frankfurt. Man lernte sich schneller kennen als jemals früher, man fühlte eine Zusammengehörigkeit und ein Vertrauen wie nie zuvor; wer irgend konnte, gab Freiheitsmännern Quartier — die bewundernde Neugier von Frauen und Mädchen heftete sich an sie. Diese Freiheitshelden fuhren nun vierspännig, Blumengirlanden schmückten Pferd und Wagen, schwarzrotgoldene Bänder spannten sich über die Straße, von Giebel zu Giebel. Die Schärpen wurden meist von Frauenhand gestickt und dem Kämpfer und Helden, etwa wie bei der Burschenschaft, errötend verehrt. Ein neues Männerideal setzte sich durch: der Bekenner, der Redner, der Held des Wortes und der Feder, der Überzeugungsmensch, der andere überzeugt und mitreißt, der Organisator, der Pressemann, der Parlamentarier. Die Druckmaschinen stampften fieberhaft, schnell hingeworfene Verse, mit Bleistift geschrieben, ergossen sich nach ein paar Stunden über die Straße, Schriftsteller und Zeichner eiferten um die Wette, man riß sich um die Blätter, auch die Marktfrau, auch der Tischlergeselle gab seinen Kreuzer oder Groschen dafür her, mächtige Auflagen konnten gewagt werden. Die Halbwüchsigen berauschten sich an den Guckkastenbildern, die etwa in Wien unter dem Titel „Gerad' aus“ alle Woche erschienen. Katzenmusiken, Charivaris genannt, schrillten durch die lauen Nächte, Hunderte, in Wien sogar viele Tausende beteiligten sich an diesen Veranstaltungen, die sich weder vor der schüchtern gewordenen Polizei noch vor solidem Bürgerschlaf genierten.

Solcher Lärm, solcher Brand rumorte, prasselte durch ganz Deutschland, ganz Mittel- und Westeuropa. Wie viele lernten jetzt erst ihr schönes Vaterland kennen, weil sie zur Hauptstadt reisen mußten, um die Sache des Volkes zu führen. Gar mancher freigesinnte Baron hatte noch nie ein politisches Wort mit einem Handwerker gesprochen; wie fremd stand der Professor neben dem Kaufmann, der Gutspächter neben dem Schriftsteller, der Advokat neben dem Arbeiter! Nun fühlten sie sich alle als Preußen, als Österreicher, vor allem aber als Deutsche, als Bürger einer neuen besseren Welt — sie wollten zueinander, sie wollten eine Sprache reden, sie glaubten an ihr gemeinsames Schicksal und hatten Vertrauen. Armes, edles, vertrauensseliges Geschlecht! Es war nun soviel gedichtet, gemalt, philosophiert worden in Deutschland; es gab kaum ein gebildeteres, fleißigeres, loyaleres Volk als das deutsche; nun wollte es auch in einem freien modernen Staate leben. Wahrhaftig, es war reif dazu, die Mehrheit unseres Volkes wünschte damals wie auch später keine sinnlose Vernichtung von Leben und Eigentum, keine rohe Gewalttätigkeit — sondern Achtung, Aufstieg, Anteil am Öffentlichen, Arbeit und ein bißchen Glück. Das war bescheiden, vielleicht zu bescheiden; der

Bescheidene bekommt auch in der Politik schließlich gar nichts. Und wie ein Schmied in alter Zeit jenem Landgrafen das „Landgraf werde hart!“ einhämmerte, so hätte dem deutschen Volk 1848 auch Härte eingehämmert werden müssen — Härte und Mißtrauen²⁵¹). Man bekämpfte die Bürokratie — und wählte dann ins deutsche Parlament so viele wohlmeinende, von gewandten Versprechungen tiefende Beamte; man bekämpfte den Adel — aber gerade Adlige hatten es besonders leicht, in der neuen Zeit zu Führerstellungen aufzusteigen, nicht bloß weil manche tüchtig waren, sondern weil viele ehrfurchtsvollen Respekt und beflissene Zuverlässigkeit bei dem aufstrebenden Bürgertum fanden. Man bekämpfte das Militär, den Militarismus der stehenden Heere — aber der neue deutsch-nationale Patriotismus verwickelte Deutschland in Konflikte nach allen Seiten; innenpolitisch unfertig, stürzte man sich mit einem gewissen Frohlocken in außenpolitische Kämpfe und rief dann bald verzweifelt nach Generalen, Soldaten und Munition, denn mit der Bürgerwehr war eben kein Krieg in Dänemark, Italien oder Polen zu führen. Man befahl die Fürsten und die Höfe; einige Fürsten wurden auch wirklich entfernt oder unschädlich gemacht, wie Ludwig von Bayern und der alte hessische Großherzog — der gefährlichste und unzuverlässigste von allen, Friedrich Wilhelm IV., wurde aber nicht zur Abdankung gezwungen, und in dem so „liberalen“ Erzherzog Johann gewann man sich, mit einem seltenen Talent fürs Pech, gerade den Totengräber der österreichischen und der deutschen Revolution.

Es wurde den deutschen Fürsten furchtbar schwer, sich dieser neuen Zeit ehrlich einzuordnen. Der alte Großherzog von Hessen konnte sich zum Beispiel nicht entschließen, von seiner Gewohnheit abzugehen, zweimal die Woche große Dinertage zu halten; der Erbgroßherzog, auch Heinrich von Gagern erhoben Einsprache und gingen nicht hin. Aber der Unfug hörte nicht auf, und das geschah zu einer Zeit, da die Zivilliste herabgesetzt werden sollte wegen der allgemeinen Wirtschaftsnot²⁵²)! Wie freute sich der Herzog von Nassau über die Angst des Wiesbadener Bürgertums und über seine Ernüchterung beim Anblick einiger Freischärler! Mit Vergnügen erzählte er dem preußischen Gesandten, diese Leute mit zerlumpte Kitteln und zweideutigen Mienen hätten also das Glück über den Rhein bringen wollen — nun solle Frankfurt am 18. Mai geplündert werden, zur Feier der Eröffnung der Nationalversammlung; man habe die reiche Stadt den beutelustigen Scharen als Preis verheißen²⁵³)!

So rechnete ein Fürst, der nicht dumm war, ganz richtig mit den Besitzinstinkten der revolutionierenden Bürger. Der hessen-darmstädtische Geschäftsträger in Berlin General v. Schaeffer-Bernstein berichtet die folgende Geschichte: Arbeiter pflastern die Straße, ein wohlgekleideter Mann tritt auf sie zu und bedauert sie wegen der harten Arbeit: sie sollten sie stilllegen, viele andere täten das. Statt jeder Antwort wird der Herr ergriffen und unter dem Jubel der Zuschauer gezwungen mitzupflastern, bis 1/2 9 Uhr abends. Dann holt ihn eine

Patrouille ab; die Arbeiter wollten in ihrer Wut eigentlich die ganze Nacht mit diesem unfreiwilligen Helfer weiterschaffen²⁵⁴). Das war eine Art von Arbeitern, die dem politischen Bürgertum gefiel — sie waren anspruchslos und sehr bequem, sie gingen auf die Barrikaden und arbeiteten dann weiter wie früher. Nun, es gab auch schon andere, aber von denen sprach der Mittelständler und nun gar der Patrizier mit Rang oder Geld nicht gern; denn ihn interessierte vor allem das Verfassungsmäßige; von Verfassungsparagraphen wurde jedes nur erdenkliche Heil für Staat und Gesellschaft erwartet. Man blättere etwa die Petitionen an das Vorparlament durch: dreihundert Leipziger verlangen völlige Rechtsgleichheit für jedes religiöse Bekenntnis und jeden kirchlichen Verein, die Zivilstandsregisterführung durch den Staat, die Verwandlung des Eides in eine öffentliche und feierliche Versicherung, die folgerichtige, verfassungsmäßig festgelegte Säkularisation also des bürgerlichen Lebens; die Bürger der Gemeinde Rottweil in Schwaben verlangen u. a. die Einführung einer „gleichförmigen allgemeinen und verständlichen Gesetzgebung für ganz Deutschland“, „damit auch der einfache Bürger in erster Instanz seine Angelegenheiten in Erledigung zu bringen instand gesetzt werde, insbesondere, daß der Urteilsrichter haftbar werde und die Notwendigkeit der Advokaten vermieden werden könne“²⁵⁵).

Wie optimistisch war dieses Geschlecht! Es glaubte, man brauche bloß das Schlechte im öffentlichen Leben zu erkennen, das Gute anzuraten und zum Beschluß zu erheben — und schon wäre alles getan. Man war gewohnt, entwicklungsmäßig zu denken und der Geschichte einen logischen Sinn zuzuschreiben. Wie oft ist in den Kundgebungen der Zeit vom „Weltgeist“ die Rede, ganz gut hegelisch. Die Petition der Hanauer Bürger an die hohe Ständeversammlung vom 29. März schloß mit dem Bekenntnis, daß alle staatlichen Verhältnisse „von dem Weltgeiste getragen und durchdrungen“ und deshalb „in stets fortschreitender Entwicklung“ seien; über vierhundert Wiesbadener Bürger, die keine „Republik“ (!) haben wollten, verkündeten dem Fünzfziger-Ausschuß am 2. April: „Die Versuche aber, die konstitutionell monarchischen Verfassungen Deutschlands, da, wo sie bestehen, jetzt und sofort aus dem Boden zu reißen, erklären wir hiermit für freventliche Bestrebungen, die nur den äußeren Feinden in die Hände zu arbeiten geeignet sind und den Gang des Weltgeistes überstürzen wollen²⁵⁶).“ „Überstürzen!?“ Vorher hieß es ebendort: „Ist es in den Sternen geschrieben, daß ganz Deutschland überall in seiner Gesamtheit wie in seinen einzelnen Teilen die republikanische Verfassung darzustellen habe, so werden sich seine Geschicke erfüllen.“ Merkwürdiger Fatalismus! Man fühlt in dieser politischen Willensbildung noch alle Hemmungen einer zur Erkenntnis und zum Gehorsam erzogenen Untertanenschaft, die gewohnt war, ihre Leidenschaften auf poetisch-philosophischem Wege auszuschwelgen.

Erhaben und überspannt, oft in Gefahr, vom Pathos ins Komische umzukippen, ist die Sprache dieser Zeit. „Dort (in Schleswig-Holstein) läßt die ewig doppel-sinnige Diplomatie die Blüte unserer deutschen Brüder hinschlachten“, schmetterte

der Volksrat zu Hanau dem Fünfziger-Ausschuß zu, am 21. April. Das Komitee des vaterländischen Vereins zu Osnabrück predigte ihm am 11. April: „Wenn jemals eine gerechte und entscheidende Tatsache die Anerkennung und den Dank eines Volkes verdiente, so ist es das so mutige als heilbringende Unternehmen der Vaterlandsfreunde, die im Moment höchster Gefahr das Geschick Deutschlands in die Hand nehmen, das von ohnmächtigen oder verblendeten Fürsten längst aufgegeben oder verraten war.“

Die Worte strömten nur so, die Deutschen hatten klassisch schön sprechen gelernt; es war ihnen heilig und feierlich, unerhört ernst zumute bei ihrem ersehnten Volksstaate. Sie klagten an und bekannten, sie schwärmten und waren begeistert, sie haßten auch, und erst der Haß hat ja die Barrikadenkämpfer so entzündet. In der Grobheit der Berliner Straßenpoesie etwa steckt tiefer Haß auch nach dem Siege, und in Berlin wenigstens hatte man auch Weltstadtwitz genug, um der Großmäuligkeit und auch der Gesinnungslumperei, die samt den Märzerrungenschaften aufgekommen waren, mit den Pfeilen welt- und menschenkundiger Satire zuzusetzen. In Berlin, wo die Angriffe auf das Alte vielleicht am derbsten waren, sollte auch zuerst Kritik und Skepsis einsetzen. Der Zeitgegensatz wurde hier am schärfsten empfunden: Eine Nachbildung der Kapuzinerpredigt, die Eichhorn als Kapuziner Unter den Zelten auftreten läßt, beginnt:

„O Berlin, was ist aus dir geworden!
 Statt der schön geschmückten hohen Garden
 Sieht man Burschen mit Nationalkokarden.
 Statt der Wappen alter, stolzer Ahnen
 Wehn aus Fenstern schwarzrotgoldne Fahnen.
 Die Treue habt ihr Gott und Fürst gebrochen —
 . . . Drum hat sich schnell das Schwarz auf Weiß verkrochen.

Der Landtag ist worden ein Schandtag,
 Statt Banknoten gibt's nur Not in Banken,
 Die Schuhmacher sind jetzt Ruhmacher,
 Studenten, Ladenschwungs, Zieraffen
 Tragen sämtlich Offizierwaffen . . .“⁽²⁵⁶⁾

Berlin und Wien und Frankfurt standen noch vor den größten Erregungen; das ruhiger gewordene München sah mit einem überlegen gemeinten Zweifel zu. Bei der Vorstellung des „Bauer als Millionär“ sang der Aschenmann statt der üblichen Verse ein ganz politisches Aschenlied, das so viel Aufsehen machte, daß es der württembergische Gesandte seinem amtlichen Bericht beifügte²⁵⁷). Es ist ein merkwürdiger Ausdruck gemütlich-ästhetischer Reaktion; Advokaten, Journalisten und Studenten zischten, aber der Beifall im Parterre und in den Logen war stärker. Die Verse lauteten:

„So mancher brave Mann,
 Der stets sei' Pflicht getan
 Und treu sei'm Fürsten war,
 Den haben's jetzt beim Haar.
 Ein jeder kommt daher,
 Der selbst nix ist, auf Ehr',
 Und schimpft mit viel Geschrei —
 Das nennen s': d' Press' ist frei!

Die Freiheit ist so schön,
 Wenn man sie frei laßt gehn;
 Doch wenn man's täglich plagt,
 Sie schnell den Dienst versagt! —
 Die Freiheit nimmt bei Ruh
 An Kräften täglich zu,
 Doch kommt sie leicht zu Fall,
 Bei Lärmen und Krawall.

Beinah aus jedem Haus
 Schaut jetzt ein Klub heraus,
 Und jeder will, o mein! —
 Beim Klub der Erste sein.
 Zur deutschen Einigkeit
 Hab'n wir noch ziemlich weit —
 Da sieht man noch kein End'
 Mitsamt dem Parlament!“

Das Parlament sollte nun kommen — aber es war ja schon überall eine Abspannung auf die Überspannung gefolgt. Gervinus klagte darüber in seiner „Deutschen Zeitung“; das führende Blatt der Bundesreform, des kleindeutschen parlamentarischen Reiches der deutschen Zukunft fand bereits im April, daß das allgemeine Interesse nachließ, und es mahnte, die Kräfte möchten doch nicht erlahmen²⁵⁸). Der Aufbau war ja noch kaum begonnen, geschweige denn vollendet.

Auch Heinrich von Gagern äußerte sich sehr pessimistisch einige Tage vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes, das ihm den höchsten persönlichen Aufstieg bringen sollte²⁵⁹). Menschen und Systeme, klagte er, nutzen sich zu schnell ab in Revolutionen; vielleicht dauert es noch ein Menschenalter, bis Deutschland beruhigt ist; republikanische und kommunistische Ideen greifen um sich, die Besten gerade werden eingeschüchtert und gelähmt.

Die Freiheitsbewegung von 1848 war die erste große gesamtdeutsche Volksbewegung, lebendiges Glied einer europäischen; sie war, in diesem Europa, das

jung, frei und volklich werden wollte, vielleicht das merkwürdigste Erlebnis der Zeit, denn Europa hatte sich abgewöhnt, in dem mitteleuropäischen Staatenbündel einen deutschen Willen zur Einheit und zur Geltung zu beachten. Die deutsche Freiheit bedrohte die Welt der deutschen Fürsten, wenn auch zumeist voll zagenden Respektes; die deutsche Einheit schien eine Bedrohung zu werden der staatlichen Nachbarschaft ringsum. Die Freiheits- und Nationalbewegung von 1813/1815 war kein gesamtdeutsches Ereignis gewesen; viele West- und Süddeutsche standen damals fremd und verlegen abseits; die deutschen Großmächte wie das Partikularfürstentum opferten damals mit der Entschlossenheit des gefährdeten Egoismus das Blut jungen deutschen Volkstums auf dem Altar der eigenen Macht. Die Burschenschaft, die Revolution von 1830 haben viel fortgesetzt und neu erweckt; es gab Sturm und Martyrium, aber kein tiefstes Erzitern, kein Wanken und Schwanken der ganzen alten Welt. Erst 1848 brach alles aus, im ganzen großen Vaterlande, in jedem Stande. Der deutsche politische Mensch war da. Was tausendfach gefühlt und literarisch gestaltet war, trat nun ans Licht, mit stärkster Willensanspannung, mit vollem Einsatz der Person, mit allem Gut und Böse revolutionärer Leidenschaft. So brav waren die Deutschen gewesen — nun gab es überall Unart, Respektlosigkeit, ja Frechheit, es gab eine Libertinage der Sprache, der Sitten, der Lebensführung, die die reifere Generation zumeist tief verletzte. Sie jammerte denn auch gleich nach Art der Älteren über moralische Verwirrung.

Wir sehen gerade darin gegenüber der allzu verspießten deutschen Bürgerlichkeit viel Sympathisches an Kühnheit, Eigenwuchs und Kraft; Ungeschmack, Gewalttat, Grausamkeit wird niemand verteidigen wollen — aber verstehen kann man auch gerade dies Exzessive wohl. Der Druck war zu stark gewesen. Die Jugend hatte in unserem pädagogisch beflissenen Vaterlande vor allem immer lernen müssen, den Mund zu halten. Bei den Literaten hatte der Widerstand zuerst angefangen. Nun tobte sich die Jugend politisch aus, und sie hatte wahrhaftig ein Recht dazu. Die Jugend war in Deutschland als Gesamtheit in eine warme spritzende Bewegung gekommen wie nie zuvor: Studenten, kaufmännische Angestellte, jüngere Söhne der ländlichen Besitzer, Handwerksgesellen und Arbeiter, sogar die „Dienstboten“ organisierten sich, traten heraus, stellten Forderungen auf und hoben Führer auf den Schild: die neuen Zeitungen, das Klub- und Versammlungsleben gaben vielen Jungen nicht nur Brot, sondern einen Lebensinhalt von Aktualität und Bedeutung. Gar mancher war plötzlich wichtig geworden, gar mancher machte sich noch wichtiger, als er sein mochte. Schlagworte zu wiederholen, war ja leicht, und geistige Unabhängigkeit ist in Revolutionen besonders selten. Bisher galt in Deutschland eigentlich nur der akademisch oder behördlich Abgestempelte, der kaufmännisch oder landwirtschaftlich Selbständige etwas; was regierte und Einfluß hatte, war zumeist eine vergreiste, verknöcherte, von Respektabilität versteifte Welt; niemand wurde so mitleidig und so von oben angesehen wie der arme Teufel, der ungewisses Brot aß. Nun erhoben gerade diese

armen Teufel auch ihre Stimme; sie waren in der Mehrzahl die Barrikadenkämpfer und die Freischärler; sie wollten aber nicht nur bluten, sie wollten in dieser rededrohen Zeit auch reden und gehört werden, sie wollten etwas gelten. Die Selbsthilfe durch Organisation war einer der stärksten Triebe der Zeit — viele Kleine ergeben auch eine Größe! Ständige Volksversammlungen, von „Volksräten“ geleitet, gab es vielfach, das Urvolk formte sich und meldete sich zum Wort. Aus der akademischen Sprache wurde die Bezeichnung „Philister“ nun in die politische Sprache übernommen. Wenn der freie Bursch damit den eingetrockneten, gebundenen, im Tageseinerlei verkalkten Familien- und Berufsmenschen hatte verspotten wollen, so galt nun der Hohn einer ganzen versinkenden Welt, die man noch gerne mit dem Fuße stieß, damit sie nur ja nicht wiederkäme. „Pereat den Aristokraten! Pereat den Bürokraten! Pereat allen Philistern!“ — diese in Wien beliebte Zusammenstellung zeigt so recht, was gemeint war. Philisterhaft erschien dieser politischen Jugend alles Alte, philisterhaft im besonderen aber der mittelständlerische Bürger, der sich ehrfurchtsvoll und geschäftsfroh diesem Aristokraten- und Bürokratensystem eingefügt hatte.

Bis dahin war der Stil politischer Erörterung bei uns immer akademisch belehrend gewesen; amtliche und halbamtliche Weisheit pflegte mit Würde daherkustelzen. Nun legte das Volk einmal richtig los und zeigte, daß sein Schnabel etwas anders gewachsen war; die Dialekte der deutschen Landschaften statteten die politische Rede- und Schreibtätigkeit mit ihrer erdgewachsenen Wortfülle aus; was dem Theater schon geläufig geworden war, die Volkssprache des Volksstückes, das sprang nun über in Zeitung und Flugblatt. Der Adel mochte das gewöhnlich finden; Geld- und Titelpatriziat zitterten um Ansehen und Vermögen — es war nichts daran zu ändern: die Masse war in Bewegung, zum ersten Male in Deutschland. Der lange Friede, die Zensur, das materielle Gedeihen der oberen und eines Teils der mittleren Stände hatten alle deutschen Regierungen so sicher gemacht, daß man an einen solchen gleichzeitigen Ausdruck der Unruhe und des Freiheitsdranges doch nicht hatte glauben wollen. Der kluge Graf Dönhoff, der solche Betrachtungen anstellte, schloß sie ab mit dem Satze: „Es sind in der Geschichte vielleicht die Momente sehr selten gewesen, wo die Massen alle zugleich so tief und so gewaltsam von denselben Ideen ergriffen worden wären²⁶⁰⁾.“ Es waren gewiß Ideen, ohne Ideen ging es in dem ideell so überfütterten Vaterlande nicht ab; aber wer näher zusah, mußte doch auch merken: viele sagten Reaktion und meinten Hunger, viele sagten Parlament und meinten Aufstieg der Unterdrückten, viele sagten Konstitution und meinten anständige Arbeit, anständiges Brot. Ein Darmstädter Flugblatt, datiert vom Vorabend des Tages des Zusammentritts der Nationalversammlung, dem 18. Mai, spricht von der stündlich wachsenden Not, sie zerbreche schon manchen starken Damm, die Mehrheit des Volkes sei besitz- und arbeitslos; der Verfasser, Dr. Knispel, regte eine Geldsammlung an, „teils zur Dämpfung augenblicklicher Not, teils zur Verschaffung von Arbeit, vornehmlich aber zur angemessenen Unterstützung der Auswanderung“²⁶¹⁾. Das war die

Stimme der Wahrheit, die hinter all dem Papierwust, dem aufgeregten Redeschrei, dem Jubel und den Umzügen steckte. Die Menschen waren billig, und das Geld war teuer. Wer eine Fahne aufpflanzte und bezahlen konnte, der hatte Zustrom. Solange die Revolution Brot gab, war sie populär bei den Vielen. Als die neuen Männer sich meist damit begnügten, die alte Staatsmaschine frisch anzustreichen, fragte man sich, wozu nun eigentlich der Lärm gewesen war. Der Aufbau eines wirklich neuen Deutschlands war — mit Redetalent, Respekt vor den Thronen, Militärfrommheit und gut situiertem Edelmut nun doch nicht zu machen. Die neue Masse in Deutschland verlangte etwas anderes. Sie war die Macht der Zukunft. Man konnte diese Masse in Deutschland vorwärtsführen, man konnte sie zur Einheit schmieden; man konnte sie auch niederschlagen und aushungern, mit all der überlegenen militärisch-politischen und ökonomischen Potenz, die den alten Mächten durch die Revolution gelassen war; aber als politisch-gesellschaftliche Kraft vernichten konnte auch der mächtigste Einzelmensch diese Masse nicht mehr.

Belege und Verweise

I. Der österreichische Kaiserstaat

Bibliographie: Österreich, Metternich, Radetzky, Erzherzog Johann, Ungarn

- ¹⁾ Bericht des großh. hessischen Geschäftsträgers in Wien Freiherrn v. Biegeleben vom 5. Mai 1847, A. Darmstadt.
- ²⁾ Josef Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem I, 2, S. 20. Der Ausdruck stammt von Kübeck.
- ³⁾ Th. Schiemann, Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I., Band III, 271.
- ⁴⁾ Meine Besprechung des Werkes von Heinrich von Srbik über Metternich, Vossische Zeitung vom 28. August 1927, Morgenausgabe, Nr. 206: „Fürst Clemens Metternich“. Lesenswert noch immer A. Springer, Geschichte Österreichs I, S. 128, 295.
- ⁵⁾ Bericht des preußischen Gesandten Grafen Arnim vom 4. September 1847, G. St. A. Berlin.
- ⁶⁾ Bericht vom 2. April 1847, A. München.
- ⁷⁾ Arnims Bericht vom 20. Juli 1847, G. St. A. Berlin.
- ⁸⁾ Vgl. Hans Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, Ungarn; ferner J. Redlich, I, 2, S. 22, 47.
- ⁹⁾ Arnims Bericht vom 4. September 1847, G. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁾ J. Redlich, a. a. O. I, 207, I, 2, 61.
- ¹¹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Wien vom 18. Oktober 1847, A. München.
- ¹²⁾ Vgl. Hans Schlitter, a. a. O., Böhmen.
- ¹³⁾ H. Schlitter, a. a. O., S. 40.
- ¹⁴⁾ Biegelebens Bericht vom 23. Oktober 1847, A. Darmstadt.
- ¹⁵⁾ Redlich, a. a. O. I, S. 109 und die Nachweise I, 2, S. 32.
- ¹⁶⁾ Emil Strauß, Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung, Prag 1925.
- ¹⁷⁾ Biegelebens Bericht vom 5. Januar 1847, A. Darmstadt.
- ¹⁸⁾ Biegelebens Bericht vom 6. und 13. Januar 1847, A. Darmstadt.
- ¹⁹⁾ H. Schlitter, a. a. O., Galizien und Krakau, bes. S. 51, 89. J. Loserth, Zur vormärzlichen Polenpolitik Österreichs. Aus den Aufzeichnungen des Tarnower Kreishauptmanns Joseph Breinl Ritter von Wallerstern. Preuß. Jahrbücher, Band 112, S. 249. Das Blutmärchen findet

Abkürzungen:

Geh. St. A. Berlin	= Geheimes Staatsarchiv Berlin
A. Wien	= Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
Z. A. Moskau	= Zentralarchiv Moskau
A. München	= Hauptstaatsarchiv München
A. Darmstadt	= Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
A. Stuttgart	= Staatsarchiv Stuttgart
A. Frankfurt	= Archiv des Bundestages und der Nationalversammlung Frankfurt a. M.

sich bei Treitschke (Deutsche Geschichte V, 545) und Bismarck (Gedanken und Erinnerungen I, 310).

Nach Breinls Ansicht hat ein Geistlicher, Serwatowski, das Blutmärchen aufgebracht. Vgl. auch Srbik, a. a. O. II, 152 und die Anmerkungen dazu.

- ²⁰⁾ Biegelebens Bericht vom 6. August 1847, A. Darmstadt.
- ²¹⁾ Hans Schlitter, a. a. O., Niederösterreich.
- ²²⁾ v. Arneth, Anton Ritter von Schmerling, S. 35.
- ²³⁾ Biegelebens Urteil ist diesmal allzu wohlwollend, wenn man auch manches zwischen den Zeilen lesen kann. Die Fronablösungsvorschrift des Kaisers vom 31. Januar 1846 (die Vorläuferin des Gesetzes vom 14. Dezember 1846) „wird ganz mit Unrecht als eine entscheidende Neuerung, als der Übergang zu einem bisher fremden Reformsystem angepriesen“. „Die Lobredner Österreichs sind nicht so geschickt als seine Verleumder. — Es klingt seltsam und enthält einen inneren Widerspruch, wenn man bei jedem sich ganz natürlich aus den Umständen ergebenden Schritte mit großem Geräusch das geräuschlose Fortschreiten der österreichischen Regierung ausposaunen hört. Auch wird das Unpassende solchen Lobes hier wohl gefühlt.“ Bericht vom 30. Mai 1847, A. Darmstadt.
- ²⁴⁾ V. Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 211.
- ²⁵⁾ Bericht vom Juni 1847, A. Darmstadt.
- ²⁶⁾ V. Bibl, Der Zerfall Österreichs, Band I. Kaiser Franz und sein Erbe, S. 219 und die Anmerkung 322 angeführte Literatur, bes. Wertheimer, Die Revolutionierung Tirols 1813, Deutsche Rundschau 1904; Srbik, a. a. O. I, 150.
- ²⁷⁾ Vgl. abweichend Srbik, a. a. O. II, 229.
- ²⁸⁾ Dr. Alois Fischer, Aus meinem Amtsleben, S. 183.
- ²⁹⁾ A. Fischer, a. a. O., S. 96f.
- ³⁰⁾ A. Fischer, a. a. O., S. 88.
- ³¹⁾ Vgl. Briefe des Feldmarschalls Radetzky an seine Tochter, 1847—57, Wien 1892.
- ³²⁾ Biegelebens Bericht vom 9. Februar 1848, A. Darmstadt.
- ³³⁾ Biegelebens Bericht vom 30. Januar 1848, A. Darmstadt.
- ³⁴⁾ E. V. Zenker, Geschichte der Journalistik in Österreich, passim.
- ³⁵⁾ Biegelebens Bericht, 30. März 1847, A. Darmstadt.
- ³⁶⁾ Vgl. auch das ruhige sachliche Buch von Dr. A. Wiesner, Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur vom Zeitalter der Reformation bis auf die Gegenwart, Stuttgart 1847.
- ³⁷⁾ V. Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 306.
- ³⁸⁾ J. Redlich, a. a. O. I, 2, S. 16.
- ³⁹⁾ v. Srbik, Metternich, II, 225.
- ⁴⁰⁾ Heinrich Reschauer, Das Jahr 1848, Geschichte der Wiener Revolution, I, S. 24.
- ⁴¹⁾ J. Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem, I, 50f.
- ⁴²⁾ J. Redlich, a. a. O. I, 23; 2. Teil, S. 7.
- ⁴³⁾ Bericht des preuß. Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff vom 23. April 1846. Geh. St. A. Berlin.
- ⁴⁴⁾ Bericht vom 28. April 1847. A. München.
- ⁴⁵⁾ R. Charmatz, Österreichs innere Geschichte, I, 4. Srbik, a. a. O., S. 240.
- ⁴⁶⁾ H. v. Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848 in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, Schmollers Jahrbuch, 43. Jahrgang, 3. Heft, S. 19.
- ⁴⁷⁾ Reschauer, a. a. O. I, S. 58.
- ⁴⁸⁾ Bericht vom 11. Mai 1847, A. München.
- ⁴⁹⁾ Biegelebens Bericht vom 24. Mai 1847, A. Darmstadt.
- ⁵⁰⁾ Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, XVII, S. 95. Dr. Friedrich Engel-Jánosi, Über die Entwicklung der sozialen und staatswirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Österreich.

- ⁵¹⁾ Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, I, bes. S. 22, 37.
- ⁵²⁾ Ottokar Weber, Das Jahr 1848 und die innere Entwicklung Österreichs, „Österreich“, I. Jahrgang, S. 409f.
- ⁵³⁾ J. Redlich, a. a. O. I, 2, S. 17.
- ⁵⁴⁾ v. Srbik, a. a. O. I, 539.
- ⁵⁵⁾ J. Redlich, a. a. O. I, 107.
- ⁵⁶⁾ v. Srbik, a. a. O. II, 41.
- ⁵⁷⁾ Sommaruga, Graf Kolowrat, in der Allg. D. Biographie, auch heute noch zur Ergänzung der Darstellung Srbiks heranzuziehen. Ich weiche hier und im folgenden von Srbik ab.
- ⁵⁸⁾ A. v. Arneth, A. v. Schmerling, S. 63.
- ⁵⁹⁾ Biegelebens Bericht vom 19. September 1847; Bericht des bayr. Gesandten vom 25. Januar 1848, A. München.
- ⁶⁰⁾ Biegelebens Bericht vom 26. Januar 1848, A. Darmstadt.
- ⁶¹⁾ Biegelebens Bericht vom 30. März 1847, A. Darmstadt.
- ⁶²⁾ Bibl, a. a. O. II, S. 105, dazu die Anmerkung Seite 571; Srbik, a. a. O. II, 251, dazu die Anmerkung Seite 598. Biegelebens Bericht vom 2. Mai 1848, A. Darmstadt, spricht von 30 Mill. Silberrubel (gleich 50 Millionen Rubel). Über die Unterredung, die Metternich am 20. November 1847 über die Finanzlage mit Salomon Rothschild hatte, vgl. E. C. Conte Corti, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte, S. 274f.
- ⁶³⁾ Reschauer, a. a. O. I, S. 78.

II. Die preußische Großmacht

Bibliographie: Augusta und Wilhelm von Preußen, Bismarck, Camphausen, Gerlach, Friedrich Wilhelm IV., Großherzogtum Posen, Preußen, Radowitz, Rheinland, Schlesien, Westfalen

- ¹⁾ Der österreichische Gesandte in Berlin Graf Trauttmansdorff an Metternich, 9. August 1847, A. Wien.
- ²⁾ Vgl. Paul Haake, Der preußische Verfassungskampf vor 100 Jahren, 1921 passim.
- ³⁾ Helene Nathan, Preußens Verfassung und Verwaltung im Urteil rheinischer Achtundvierziger, S. 67f.
- ⁴⁾ F. v. Unruh, Vor der Entscheidung, S. 102.
- ⁵⁾ Paul Haake, J. P. F. Ancillon und Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, 1920, S. 18.
- ⁶⁾ Willy Andreas, Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, S. 13. Dort der Verweis auf die Besprechung des Ancillonbuches von Haake durch Andreas, Histor. Zeitschrift, Bd. 124, S. 300f.
- ⁷⁾ P. Haake, J. P. F. Ancillon usw., S. 15.
- ⁸⁾ Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen; Herausgegeben von Johann Georg Herzog zu Sachsen unter Mitwirkung von Hubert Ermisch, 1911. Vgl. dazu meinen Aufsatz: „Könige in ihren Briefen“, Frankfurter Zeitung, 11. Juli 1913.
- ⁹⁾ von F. Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls v. Boyen, II, 483 hervorgehoben.
- ¹⁰⁾ Alfred Kuhn, Peter Cornelius, S. 199, 213.
- ¹¹⁾ H. v. Petersdorff, König Friedrich Wilhelm IV., S. 2. Vgl. auch die dort angeführten in der gedruckten Ausgabe fehlenden Stellen der Gerlachschen Tagebücher.
- ¹²⁾ H. v. Petersdorff, a. a. O., S. 9.
- ¹³⁾ H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, V, S. 21.

- ¹⁴⁾ Der Brief bei Treitschke a. a. O. V, 233.

Näheres über Nauwerck bei Ernst Kaeber, Vormärzlicher Liberalismus in Berlin, Greif, I, S. 468.

Der Fall Nauwerck ist erschöpfend, wenn auch etwas kaltherzig, dargestellt bei Max Lenz, Geschichte der Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, II, 2, S. 737. N. hatte außer seinem Spezialfach, dem Arabischen, noch die *venia legendi* für Geschichte der Philosophie. Seine politischen Ansichten verfocht er tapfer in mehreren Veröffentlichungen; an den „21 Bogen aus der Schweiz“, die im Literarischen Comptoir Zürich und Winterthur erschienen, arbeitete er mit. Er besaß das Vertrauen der Studentenschaft; dies beweist seine Wahl in den Ausschuß des akademischen Lesevereins, den Minister Eichhorn am 2. Oktober 1843 auflöste. Havemann hatte in den „Göttinger Gelehrten Anzeigen“ einer Schrift Nauwercks „sprudelnden Geist, eine Sarkastik, geharnischten Witz, jedoch auf der Grundlage einer ehrlichen deutschen Gesinnung“ zugeschrieben. Die Fakultät versuchte zunächst Nauwerck gegen den Minister Eichhorn zu schützen; als Nauwerck aber seine Vorlesung: „Geschichte der wichtigsten Systeme der philosophischen Staatslehre“, die großen Zulauf hatte, zu veröffentlichen begann (vgl. Wigands Vierteljahrsschrift, Leipzig 1844, Band I), ließ ihn der Minister sofort suspendieren: Nauwerck solle zunächst auf das Arabische beschränkt werden „und nicht eher wieder zu Gegenständen, die mit Geschichte und Politik zusammenhängen, zugelassen werden, als bis er überzeugende Beweise seiner Sinnesänderung und einer richtigeren und würdigeren Auffassung der Stellung der Pflichten eines öffentlichen Jugendlehrers gegeben habe.“ (!)

Darauf verzichtete Nauwerck sofort auf seine *venia legendi*. Der Fall Nauwerck wurde in der Presse vielfach besprochen; die Studentenschaft huldigte dem Gemaßregelten.

- ¹⁵⁾ Vgl. Meinecke, Boyen, II, S. 482; Ranke, L. v., Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 48.
- ¹⁶⁾ L. v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 27f. Vgl. Eduard Simons, Die rheinisch-westfälische Kirchenordnung und das Kirchenideal Friedrich Wilhelms IV., Theologische Arbeiten aus dem rheinischen wissenschaftlichen Predigerverein, N. F. 15. S. 62.
- ¹⁷⁾ Vgl. Max Fischer, Friedrich Wilhelm IV. und die großen Entscheidungen der deutschen Politik, Hochland, XV, 3, S. 400f.
- ¹⁸⁾ Friedrich Wilhelms IV. Reden und Trinksprüche, passim.
- ¹⁹⁾ Prutz, Zehn Jahre, I, 77, zitiert bei Georg Brandes, Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts, III, S. 518.
- ²⁰⁾ A. Dove, Ausgewählte Schriftchen, S. 286.
Brief E. v. Manteuffels an L. v. Ranke, vom 27. Juli 1877.
- ²¹⁾ Vgl. auch P. Devinat, le mouvement constitutionnel en Prusse, 1840—47, Revue historique, 108; er benutzt die Berichte der französischen Diplomaten in Berlin.
- ²²⁾ Vgl. Theodor Schiemann, Kaiser Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV. über den Plan des Vereinigten Landtages, Schmoller-Festschrift, S. 275f.
- ²³⁾ W. Andreas, a. a. O., S. 17.
- ²⁴⁾ Die Antwort des Königs von Württemberg bei A. Stern, Geschichte Europas, VI, 59f.
- ²⁵⁾ Randbemerkung zum Bericht des österreichischen Gesandten in Berlin Grafen Trauttmansdorff vom 16. Mai 1847; A. Wien.

Der Anfang ist nicht ganz genau zitiert bei Alfred Stern, Geschichte Europas, VI, 277. Metternich war nach der Zusammenkunft mit Friedrich Wilhelm IV. auf dem Stolzenfels am 14. August 1845 sehr siegesgewiß; er sagte kurz darauf zu dem Grafen Potocki, er solle es dem österreichischen Botschafter in London, seinem Schwiegersohne weitersagen: „Il n'est pas question de la constitution en Prusse; j'ai tué ce projet!“ Zu Lord Aberdeen äußerte er: „Ich bin der Erste, zu sagen, daß die Sachen nicht so bleiben können in Preußen, wie sie

sind — der Zustand ist höchst gefährlich, und zwar für ganz Deutschland, also für Europa. Es muß etwas geschehen, und es ist nur wichtig, daß das Richtige geschehe.“ (In diesen Sätzen ist Metternichs Stil trefflich festgehalten!) Wenige Tage vorher, in Brühl, am 10. August 1845, hatte Lord Aberdeen die Frage an den König gestellt, ob die von ihm geplante Verfassungsregelung das Volk befriedigen werde, und darauf die Antwort bekommen: „Das wird sie nicht; wie ist es möglich, Völker im 19. Jahrhundert zufriedenzustellen!?“ Bunsens Bericht aus London; G. St. A. Berlin. Vgl. Nippold, Bunsens Leben, II, 390.

Wie sehr König Friedrich Wilhelm IV. sein wirkliches oder vermeintliches Einverständnis mit dem Fürsten Metternich zu betonen liebte, beweist die Geschichte, die Graf Trauttmansdorff in einem Privatbrief vom 16. Januar 1847 dem Fürsten Metternich erzählte: „Es war sodann vom Gehör die Rede. Der König versicherte, daß er gar nicht finde, Ew. Durchlaucht hörten weniger gut. „Mich wenigstens versteht der Fürst sehr gut; andere hören besser, verstehen mich aber nicht.“ A. Wien.

- ²⁶⁾ So nennt ihn eine 1841 in Erfurt erschienene Schrift: „Preußens Helden“, Biographische Monumente für Preußens brave Soldaten; herausgegeben von W. Held, kgl. preußischem Leutnant a. D. Sie ist dem Prinzen von Preußen gewidmet. Friedlaendersammlung der Berliner Stadtbibliothek.
- ²⁷⁾ Die Denkschrift des Prinzen von Preußen über die Verfassungsfrage von 1845 ist bei Treitschke, a. a. O. V, S. 606 und 769f. und bei A. Stern, a. a. O. VI, S. 255, eingehend behandelt. Vgl. auch den bei Stern, a. a. O. S. 598 veröffentlichten Bericht Trauttmansdorffs vom 6. Februar 1845 über seine Unterredung mit dem Prinzen von Preußen vom 29. Januar 1845.
- ²⁸⁾ Vgl. Ferdinand Falkson, Die liberale Bewegung in Königsberg, 1888.
- ²⁹⁾ Vgl. Heinrich Wendt, Breslau im Streit um die preußische Verfassungsfrage 1841, Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens, Band 42, S. 240f.
- ³⁰⁾ Die Gegenwart, II, S. 68: „Preußen vor dem Februarpatent von 1847“. E. Hemmerle, Die Rheinländer und die preußische Verfassungsfrage auf dem ersten Vereinigten Landtage (1847) Bonn, 1912; hierzu meine Besprechung Historische Zeitschrift, Band 113, S. 601f.
- ³¹⁾ H. Nathan, a. a. O., S. 25f.
- ³²⁾ Vgl. G. v. Below, Zur Geschichte der konstitutionellen Partei im vormärzlichen Preußen, Tübinger Universitätsprogramm, 1903, S. 22f.
- ³³⁾ Friedrich Wilhelm IV. an v. Saucken, am 8. Januar 1845, in: Georg v. Below, Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV., Briefwechsel des Generals Gustav v. Below, Deutsche Rundschau, Band 109, S. 101f.; besonders die Briefe von Ernst v. Saucken-Tarputschen, des Bruders von A. v. Saucken-Julienfelde.
- ³⁴⁾ Mitteilungen aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen Friedrich zu Dohna, als Manuskript gedruckt, Berlin 1873, S. 108.
- ³⁵⁾ Brief an Baron von Otterstedt, Sammlung von Briefen aus dem Nachlaß Generals von Rauch, im Besitz von Dr. H. Waldeck, Berlin, der sie mir freundlichst zur Einsicht überließ.
- ³⁶⁾ Vgl. zu dem Folgenden F. Falkson, a. a. O., passim.
- ³⁷⁾ Die Gegenwart, II, 83.
- ³⁸⁾ Bunsen an Canitz 19. September 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ³⁹⁾ v. Petersdorff, a. a. O., S. 56.
- ⁴⁰⁾ Vgl. Ludwig Walesrode, Glossen und Randzeichnungen zu Texten aus unserer Zeit, vier öffentliche Vorlesungen, gehalten zu Königsberg, Königsberg, bei H. L. Voigt, 1842. Es sind dies kritische Zeitbetrachtungen, scheinbar überwiegend literarisch, mit scharfen politischen Spitzen ausgestattet, romantisch-ironisch in der Grundstimmung. Bezeichnend sind die Sätze des Vorwortes: „Zu Königsberg ist das freie Wort schon Scheidemünze des geistigen Verkehrs geworden, und kein Zensor ist dort imstande, diese außer Kurs zu setzen — noch möchte er's. Wir haben in Königsberg Zensoren, die das gehässigste aller Ämter mit

schmerzlicher Aufopferung übernommen haben, um es nicht in die Hände solcher übergehen zu lassen, die es mit Freuden übernehmen möchten.

Königsberg ist dem Osten gegenüber nicht bloß eine statistisch-geographische, sondern auch eine geistige Grenzstadt.“

- ⁴¹⁾ Die Gegenwart, II, 55.
- ⁴²⁾ Vgl. G. Mayer, Friedrich Engels, I, S. 84.
- ⁴³⁾ Nach einer Aufzeichnung von Professor Gumprecht im Nachlaß Rudolf v. Gneists, die mir Hans Goldschmidt freundlichst zugänglich machte.
- ⁴⁴⁾ Flugblatt der Friedlaender-Sammlung, Stadtbibliothek Berlin.
- ⁴⁵⁾ Die Gegenwart, II, 41.
- ⁴⁶⁾ Vgl. F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, I, S. 138f.
- ⁴⁷⁾ Ernst Kaeber, Vormärzlicher Liberalismus in Berlin, Greif, I, S. 468f.
- ⁴⁸⁾ Gegenwart, II, 49. Felix Hesselberg, Willibald Alexis und Friedrich Wilhelm IV., Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, 1922, Nr. 2/3.
- ⁴⁹⁾ Vgl. für das Folgende Kaeber, a. a. O., S. 468f.
- ⁵⁰⁾ Vgl. Näheres bei G. Mayer, Fr. Engels, I, S. 83.
- ⁵¹⁾ Sammlung des Märkischen Museums, Berlin.
- ⁵²⁾ Mehrere interessante Gespräche zwischen Nante und Brennecke von A. Hopf, Charlottenburg 1847, Verlag von Egbert Bauer; Sammlung des Märkischen Museums, Berlin.
- ⁵³⁾ Falkson, a. a. O.
- ⁵⁴⁾ Vgl. L. Geiger, Bettine von Arnim und Friedrich Wilhelm IV., S. 11f.
- ⁵⁵⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, Berlin den 21. August 1847. A. München.
- ⁵⁶⁾ Über Merckel vgl. Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens, Band 60, S. 210, Konrad Wuttke, Rechenschaftsbericht des Oberpräsidenten v. Merckel, und die dort angeführte Literatur.
- ⁵⁷⁾ Denkwürdigkeiten des Geh. Regierungsrates Dr. Stieber, S. 4f.
- ⁵⁸⁾ Franz Viktor Grünfeld, Streiks in der schlesischen Leinen- und Baumwollindustrie, Greifswalder Diss. 1920, bes. S. 78.
- ⁵⁹⁾ Graf Pfeil-Burghauß, Das Vorspiel zum Drama: „Die Weber“, Deutsche Revue, Band 22, S. 175f., auf Grund von Berichten eines Augenzeugen bei den Ereignissen vom 4.—6. Juni 1844 in Peterswaldau und Langenbielau.
- ⁶⁰⁾ Gegenwart, II, 59.
- ⁶¹⁾ Das Folgende beruht auf den Akten im Geh. St. A. Berlin.
- ⁶²⁾ Der erste Brief: „Die Gebirgsdistrikte“, mit dem Motto aus Vergil: „Non ignora mali miseris succurere disco“ geschmückt, ist vom März 1843 datiert und erschien bei Sturm und Koppe; der zweite Brief: „Polemisches“ in Kommission des Lithographischen Museums. Sein Motto lautete:

„Es will die Welt befehdet sein,
Soll sich das Leben finden,
Drum werd' ich auch mit groß und klein
In Worten keck anbinden.“

Ein Beweis für die Beachtung, die diese Briefe fanden, ist etwa die bei Vieweg in Braunschweig erschienene Broschüre: „Beleuchtung der Schrift über den Einfluß der Fabriken und Manufakturen“, von H. Jahn.

Im gleichen Verlage ließ Pelz unter seinem Pseudonym Treumund Welp erscheinen: „Wanderungen im Norden“ (Estland, Finnland, Schweden, Rügen).

Pelz schrieb auch unter dem Pseudonym: Johannes Horniß. In der Leipziger Zeitschrift „Freikugeln“ veröffentlichte er: „Monolog einer Breslauer Kindelbaudenbesitzerin“ „Bilder aus dem schlesischen Gebirge“ (1843, II. Jahrgang).

- ⁶³⁾ Akten im Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁴⁾ Vgl. Dora Meyer, Das öffentliche Leben in Berlin, S. 90.
- ⁶⁵⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 12. Mai 1835.
- ⁶⁶⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 13. August 1835.
- ⁶⁷⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 13. August 1835.
- ⁶⁸⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 10. Juli 1837.
- ⁶⁹⁾ Gegenwart II, 51.
- ⁷⁰⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 1844.
- ⁷¹⁾ Akten des Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin, 1845.
- ⁷²⁾ Graf Arnim an Fürst Metternich, Wien, 7. November 1847. A. Wien.
- ⁷³⁾ „Die Hungerpest in Oberschlesien“, Beleuchtung oberschlesischer und preußischer Zustände, Mannheim 1848, Verlag Heinrich Hoff; die Schrift veröffentlicht datierte Berichte von Pfarrern und Ärzten.
- ⁷⁴⁾ J. Lasker und F. Gerhard, Des deutschen Volkes Erhebung usw., S. 124f.
- ⁷⁵⁾ G. v. Below, Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV., Deutsche Rundschau, Band 109, S. 101f.
- ⁷⁶⁾ G. v. Below, Zur Geschichte der konstitutionellen Partei im vormärzlichen Preußen, Tübingen, Univ.-Progr. 1903.
- ⁷⁷⁾ Franz Raveaux, Die Kölner Ereignisse vom 3. und 4. August, Mannheim, 1846, Verlag von Guido Zeiler, 1846 (Märkisches Museum, Berlin); Gegenwart, II, 78/79.
- ⁷⁸⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 18. Januar, A. München.
- ⁷⁹⁾ Bericht des hessischen Gesandten v. Schäffer-Bernstein in Berlin, vom 14. Februar 1847, A. Darmstadt.
- ⁸⁰⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 5. Februar 1847. A. Wien.
- ⁸¹⁾ Graf Trauttmansdorff an Metternich, 15. Februar 1847. A. Wien; Trauttmansdorff an Metternich, 12. Mai 1847.
- ⁸²⁾ Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 18. u. 29. Januar 1847, 6. Februar 1847. A. München.
- ⁸³⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 15. Februar 1847. Nur teilweise zitiert bei A. Stern, Gesch. Europas, VI, 261.
- ⁸⁴⁾ Graf Lerchenfelds Bericht vom 6. Februar 1847. A. München.
- ⁸⁵⁾ Trauttmansdorff, Bericht vom 15. September 1847, A. Wien.
- ⁸⁶⁾ Vgl. meine Besprechung von Dr. Lina Kulenkampff, Der erste vereinigte Landtag 1847 und die öffentliche Meinung Südwestdeutschlands, Historische Zeitschrift, Band 113 (3. F., Band 17), S. 597f.
- ⁸⁷⁾ Georg Winter, Erinnerungen an L. v. Ranke, Nord und Süd, Band 38, S. 216.
- ⁸⁸⁾ Graf Lerchenfelds Bericht vom 18. Februar 1847, A. München.
- ⁸⁹⁾ Canitz an Metternich, 19. Februar 1847, A. Wien.
- ⁹⁰⁾ Nippold, Bunsens Leben, II, 354.
- ⁹¹⁾ Meyendorff an Nesselrode, a. a. O., II, S. 376.
- ⁹²⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 11., 13., 16. April, A. Wien.
- ⁹³⁾ Bericht des hessischen Gesandten v. Schäffer-Bernstein aus Berlin vom 21. April, A. Darmstadt, zur Ergänzung von Meyendorffs Bericht vom 5. April, a. a. O., II., S. 381.
- ⁹⁴⁾ Vgl. den Brief Ernst v. Sauckens-Tarputschen vom 12. April 1847 an seine Frau (Westermanns Monatshefte, Band 93, S. 146). Er bezeugt, daß sich der Ingrimms auch gegen die schlechten Ratgeber des Königs richtete und daß von Auflösung des Landtags die Rede war: „Ich mag zu gar keinem Minister gehen, nachdem sie nicht lieber ausgetreten, als diese Rede gebilligt oder wenigstens auf das entschiedenste dagegen protestiert haben. Boyen hätte nicht ehrenvoller enden können.“
- ⁹⁵⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht vom 15. April 1847, A. Darmstadt.
- ⁹⁶⁾ Biegelebens Bericht vom 19. April 1847 aus Wien, A. Darmstadt.
- ⁹⁷⁾ Trauttmansdorff, Bericht vom 11. April, A. Wien.

Schlagend ist das Urteil des Journal des Débats über die Rede des Königs vom 18. April 1847, über das der preußische Gesandte in Paris v. Arnim nach Berlin berichtete:

„Cette harangue tout empreinte de la personnalité du prince, pleine à la fois de tendresse et de violence, d'exaltation mystique et de subtilités constitutionnelles, de prétentions doctrinales et d'erreurs ou de fictions singulières . . . Il fallait savoir si c'était donc le langage de la passion qu'on devrait parler au peuple allemand dans une occasion où la prudence nous semblait d'ici absolument nécessaire . . . Nous nous demandons si par hasard la Prusse avait la conscience d'avoir mérité cette sévère leçon, qu'on lui donnait contre toute attente . . .“
Ein zweiter ebenfalls kritischer Artikel folgte dort am 23. April 1847.

- ⁹⁸⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 16. April 1847. Meyendorff erzählte dem österreichischen Gesandten sofort das Gespräch mit dem König.
- ⁹⁹⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 13. April 1847, A. Wien.
- ¹⁰⁰⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 20. Februar, A. Wien, zur Ergänzung von Sauckens Brief vom 12. April 1847 a. a. O. Biegelebens Bericht, 9. Februar 1847, aus Wien, A. Darmstadt.
- ¹⁰¹⁾ G. v. Below, Karl Freiherr v. Vincke über die Bewegungen in den Jahren 1847/49, Deutsche Revue, 27, 3, S. 91f.
- ¹⁰²⁾ Schaeffer-Bernsteins Berichte vom 21. Mai und 3. Juni, A. Darmstadt, zur Ergänzung des von Stern a. a. O., VI, 269 zitierten Berichtes Trauttmansdorffs vom 22. Mai 1847.
- ¹⁰³⁾ Trauttmansdorffs Berichte vom 13. Mai, 15. Mai, 20. Mai, 27. Mai, A. Wien.
- ¹⁰⁴⁾ Trauttmansdorffs Berichte vom 29. Mai, 30. Mai, 1. Juni; über Savigny: Meyendorff, a. a. O., II, S. 388f. Schäffer-Bernsteins Bericht vom 9. März 1847, A. Darmstadt.
- ¹⁰⁵⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht vom 6. Juni 1847, A. Darmstadt.
- ¹⁰⁶⁾ Über Bismarck im Vereinigten Landtage vgl. Erich Marcks, Bismarck, I, S. 391f. und 474f.
- ¹⁰⁷⁾ Vgl. R. Haym, Reden und Redner des ersten Preussischen Vereinigten Landtages, Berlin 1847; über Camphausen außerdem: A. Caspary, Ludolf Camphausen, Stuttgart und Berlin 1902, vor allem E. Brandenburg Reichsgründung I. Über Hansemann, Alexander Bergengrün, David Hansemann, Berlin 1901.
- ¹⁰⁸⁾ Zitiert bei Erich Werner Ackermann, Georg Freiherr v. Vincke und die innere preußische Politik in den Jahren 1845/49, S. 20.
- ¹⁰⁹⁾ Schäffer-Bernsteins Berichte vom 13. Mai, 23. Mai, A. Darmstadt. Trauttmansdorffs Bericht vom 12. Mai, A. Wien.
- ¹¹⁰⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 5. Juni, A. Wien.
- ¹¹¹⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 6. und 7. Juni, A. Wien.
- ¹¹²⁾ Falkson erzählt diesen Fall von sich selbst in seinem oben angeführten Buch, Die liberale Bewegung in Königsberg, Breslau 1888.
- ¹¹³⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 24. Juni. Randbemerkung Metternichs, A. Wien.
- ¹¹⁴⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 2. September, 1. Oktober 1847, A. Wien.
- ¹¹⁵⁾ R. Koser, Zur Charakteristik des Vereinigten Landtages (Schmoller-Festschrift, S. 287f.).
- ¹¹⁶⁾ Meyendorff a. a. O., II, S. 398.
- ¹¹⁷⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht, 11. Mai, A. Darmstadt.
- ¹¹⁸⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 10. Juni, A. Wien.
- ¹¹⁹⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 26. Juni, 27. Juni, A. Wien.
- ¹²⁰⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 13. Juli, 3. August, A. Wien.
- ¹²¹⁾ Trauttmansdorffs Berichte vom 11. Mai, 5. Juni, A. Wien.
Metternich an Canitz, 2. Juli, 11. Juli, A. Wien.
- ¹²²⁾ v. Arnims und Graf Hatzfeldts Berichte aus Paris, 9. Juni, 21. Juli 1847, Geh. St.-A. Berlin.
- ¹²³⁾ Vgl. Dora Meyer, Das öffentliche Leben in Berlin im Jahre vor der Märzrevolution (Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft XLVI), Berlin 1912, S. 90.
- ¹²⁴⁾ Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, S. 5, Dora Meyer, a. a. O., S. 83.

¹²⁵⁾ Ernst Dronke, Berlin (Frankfurt a. M., 1846), II, S. 58, gibt folgende Zahlen:

- 10 000 Prostituierte
- 12 000 Verbrecher
- 12 000 latitierende Personen (Vagabunden)
- 18 000 Dienstmädchen
- 20 000 Weber (die bei ihrer Arbeit sämtlich ihr Auskommen nicht finden)
- 6 000 Almosenempfänger
- 6 000 arme Kranke
- 3—4000 Bettler
- 2 000 Bewohner des Arbeitshauses
- 700 Bewohner der Stadtvogtei
- 2 000 uneheliche Kinder
- 2 000 Pflegekinder
- 1 500 Waisenkinder.

Er bemerkt dazu: „Das ist nahe der vierte Teil der Hauptstadt . . . Der Rechtsstaat des Besitzes hat die Masse der unberechtigten Proletarier . . . ganz konsequent aus seinem Rechtssatze ausgestoßen.“

¹²⁶⁾ W. Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft, S. 25.

¹²⁷⁾ Vgl. Manfred Laubert, Die preußische Polenpolitik von 1772—1914.

¹²⁸⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 9. August 1847, A. Wien.

¹²⁹⁾ Ludwig v. Mieroslawskis Verteidigungsrede, vor dem kgl. Kammergericht zu Berlin am 3. August 1847 in polnischer Sprache gehalten (mit gegenüberstehender deutscher Übersetzung), Berlin 1847.

¹³⁰⁾ Biegelebens Bericht, 19. April 1847, A. Darmstadt.

¹³¹⁾ Aretins Bericht, 31. Oktober 1847, A. München.

Das offizielle England lehnte den Artikel ab. Vgl. Nippold, Bunsen II, 397f.

¹³²⁾ Arnims Bericht aus Paris, 11. Februar 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹³³⁾ Bunsens Bericht aus London, 12. Februar 1847, Geh. St. A. Berlin.

¹³⁴⁾ Hans Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848/50, S. 12f. Meyendorff an Nesselrode, a. a. O., II, 369. Canitz, Denkschriften II, 4f.

¹³⁵⁾ Friedrich Wilhelm IV. an Canitz, Potsdam, 6. April 1847. Geh. St. A. Berlin. Das Billett betrifft die griechische Frage und beginnt: „Dem Prinzen (Albert) will ich schreiben, daß mein einziger Rat an König Otto, wenn ich durchaus einen geben soll, nur der sein kann: zu abdizieren, abdizieren!“

¹³⁶⁾ R. Dohme, Unter fünf preußischen Königen, Berlin 1901, S. 44.

¹³⁷⁾ Bunsens Aufzeichnung über diese Unterredung. Geh. St. A. Berlin, am 26. August 1845.

¹³⁸⁾ Bunsen an Canitz aus London, 19. September 1845, Geh. St. A. Berlin, vgl. Nippold, Bunsens Leben, II 387f.

¹³⁹⁾ Bunsen an Canitz, 21. Januar 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴⁰⁾ Bunsens Bericht vom 17. Februar 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴¹⁾ Bunsens Bericht vom 2. Oktober 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴²⁾ Bunsens Bericht vom 16. November 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴³⁾ Abgedr. bei Stern, a. a. O. VI, S. 610f. Es ist statt „allen“ richtig „alten“ zu lesen. Geh. St. A. Berlin.

Zu dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Prinz Albert schrieb der Außenminister v. Canitz am 14. April 1847 einen höchst bezeichnenden Kommentar. „Die alte Formel: ‚Mon chancelier vous dira le reste‘ leidet keine Anwendung auf diese Schreiben; ich möchte den Minister kennenlernen, der hinter den Worten unseres allernädigsten Herrn noch ergänzende Kommentare anzubringen hätte. Wohl aber möchte mancher Kanzler warnen, nicht soviel zu sagen und einen viel größeren Rest übrig und unausgesprochen zu lassen. Die

Schreiben des Prinzen sind von einer Aufrichtigkeit, die in der Kabinettskorrespondenz unserer Tage so wenig ihresgleichen findet, als die Thronrede vom 11. April unter all den Wassersuppen, die sich seit 30 Jahren alljährlich von den Thronen herab über die Kammern ergießen . . . Ich will diejenigen nicht pedantischer Ängstlichkeit zeihen, welche solche politischen Herzergießungen bedenklich halten . . . Sie kennen den König hinlänglich, um zu wissen und zu verstehen, wie wenig Gewalt dergleichen Bedenken über seine Entschlüsse haben.“

¹⁴⁴⁾ Bunsens Denkschrift vom 15. Dezember 1846, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴⁵⁾ Bunsens Bericht an den König, März 1847, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴⁶⁾ Bunsens Bericht an den König, 20. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.

Arndts Schrift „Notgedrungener Bericht aus meinem Leben mit Urkunden der demagogischen und antidemagogischen Umtriebe“, Leipzig 1847, 2 Bände, wird von Bunsen „eine Urkunde der wichtigsten Art für die Geschichte Preußens und die Leiden des deutschen Geistes 1819/40“ genannt. Er schreibt in dem zitierten Bericht: „Ich weiß von Arndt selbst, daß er gedachte, die hierin niedergelegten Urkunden während seiner Lebzeiten ruhen zu lassen.“ Arndt war zu seiner Abwehr durch einen Aufsatz von v. Kamptz in den Jahrbüchern der preußischen Gesetzgebung 1845 genötigt. Arndt war des Hochverrats verdächtigt worden wegen des Liedes: „O Durchbrecher aller Bande“; er wies nach, daß es im Gesangbuch stand und von Christus handelte! Über die Freundschaft Bunsens mit Arndt, vgl. Nippold a. a. O. II, 145f.

¹⁴⁷⁾ Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen, 23. November 1847, Ranke, a. a. O. S. 91, Bunsen an Canitz, 25. September und 24. Oktober 1847, Nippold, a. a. O., II, S. 393f., S. 397f.

¹⁴⁸⁾ Friedrich Wilhelm IV. an Canitz, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴⁹⁾ Radowitz an Canitz, 20. November 1847, Geh. St. A. Berlin.

¹⁵⁰⁾ Bunsen an Canitz, 25. und 31. Januar 1848, Canitz an Bunsen 8. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.

¹⁵¹⁾ Vgl. Valentin, V., Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, S. 34f.

¹⁵²⁾ Canitz an Bunsen, 3. November 1847, Geh. St. A. Berlin.

¹⁵³⁾ Meyendorff a. a. O. II, 360, 369, 376, III, 37.

¹⁵⁴⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 24. Oktober 1847, A. Wien.

¹⁵⁵⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht vom 22. Juli 1847, A. Darmstadt.

¹⁵⁶⁾ Trauttmansdorffs Berichte vom 6. November und 27. Dezember 1847, A. Wien.

Über den Sonderbundskrieg und seine Bedeutung für die europäische Politik, vgl. A. Stern a. a. O. VI, 465f.

Der bayrische Geschäftsträger Freiherr v. Aretin nennt die zweite Fassung der von Guizot, Colloredo und Radowitz redigierten Note „energischer und präziser“ als die erste (Bericht aus Berlin, 11. Januar 1848, A. München). Anders A. Stern a. a. O., S. 521. Die Note ging am 18. Januar 1848 an die Schweiz ab.

III. Bayern

Bibliographie: Bayern, König Ludwig I., Lola Montez

¹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg aus Wien vom 9. März 1848, A. München.

²⁾ Bericht des Grafen Luxburg aus Wien vom 15. Februar 1848, A. München.

³⁾ Über den Triasgedanken, vgl. Doeberl, Bayern und Deutschland, S. 45f.

⁴⁾ Treitschke, a. a. O., V, S. 753.

⁵⁾ Als ein eigenartiges Beweisstück für die zunehmende Beliebtheit des Königs auch in „Neubayern“ mag ein Volkslied aus dem Jahre 1826 zu seinem Geburtstage gelten, das Johann Jakob Lewerer, „königl. bayrischer Untertan, Poet oder kleiner Volksdichter in Zirndorf“

bei Nürnberg zu diesem besonderen „National- und Volksfest“ zum „Angedenken für unsere Kinder und Nachkommenschaft in aller Geschwindigkeit gedichtet und aufgesetzt“ hat. Es beginnt:

„Viel Glück zum Volks- und Königsfest,
Ruft heut der Landmann aus;
Die jungen Burschen und Mädchen, (so!)
Die Wagen voll nach Nürnberg gehn,
Auch die von Zirndorf aus.“

Das in meinem Besitz befindliche Gedicht ist ein vier Seiten umfassendes Flugblatt in Klein-Oktav. Es trägt den Vermerk: „Einzeln verkaufe ich keine Gedichte mehr, sondern übergebe den Verlag den Buchbindern. Zu bekommen bei den Buchbindern in Nürnberg, Fürth und in den Umgegenden für 2 Kr.“

⁶⁾ A. Kuhn, Peter Cornelius, S. 288.

⁷⁾ Graf Degenfeld, württembergischer Gesandter in München, an Graf Beroldingen, 19. April 1847, A. Stuttgart.

⁸⁾ A. Kuhn, a. a. O., 3, 274.

⁹⁾ L. Bergsträßer, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, S. 1f.

¹⁰⁾ Politischer Katholizismus, Dokumente seiner Entwicklung, I, S. 78; E. Franz, Bayrische Verfassungskämpfe usw., S. 255.

¹¹⁾ Fürst Leiningen an Prinz Albert, Abschrift, Geh. St. A. Berlin.

¹²⁾ Doeberl, Bayern und das preußische Unionsprojekt, S. 11.

¹³⁾ Fürst Leiningen an Prinz Albert, Abschrift, Geh. St. A. Berlin.

¹⁴⁾ Bericht des russischen Gesandten Severin aus München, 8. Januar 1848, Z. A. Moskau. Kaiser Nikolaus verlangte den Übertritt auch des Königs Otto zur orthodoxen Kirche und führte über diese Frage einen Briefwechsel mit König Ludwig. Der russische Gesandte spielte als Autorität für Fragen der orthodoxen Kirche eine wichtige Rolle bei diesen Erörterungen.

¹⁵⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München Frhrn. v. Brenner, 6. März 1848, A. Wien.

¹⁶⁾ E. Franz, Bayrische Verfassungskämpfe von den Ständekammern zum Landtag, S. 254.

¹⁷⁾ Vgl. Gegenwart, VI, S. 272f.; I, S. 183f.

¹⁸⁾ Treitschke, a. a. O., V, S. 650.

¹⁹⁾ Vgl. auch Gerhard Mazur, Aus Briefen Friedrich Julius Stahls an R. Wagner (Archiv für Politik und Geschichte, 1927, S. 261), in denen sich Wichtiges über den Erlanger Professor Harleß findet, den Vorkämpfer gegen Abels Richtung.

²⁰⁾ Vgl. A. D. B., Eisenmann. Der Fall Eisenmann hat sein Gegenstück in dem Falle des Würzburger Deputierten Behr, der, im März 1832 verhaftet, gleichfalls zu Abbitte vor dem Bilde des Monarchen und Festung auf unbestimmte Zeit verurteilt wurde. Erst im März 1848 amnestiert, erhielt er 10 000 Gulden Entschädigung. Rotteck hat sich im Mai 1832 von seinem Freunde Behr mit den Worten verabschiedet: „Auf Wiedersehn in einem deutschen Parlament!“ (Vgl. Eduard Kaiser, Aus alten Tagen, Lebenserinnerungen eines Markgräflers, S. 141).

²¹⁾ August Fournier, Lola Montez, ein geheimer Bericht über Bayern 1847, Deutsche Revue, Band 26, S. 214f. Der Bericht stammt vom 20. März 1847 und wurde von einem Konfidenten des österreichischen Polizeiministeriums namens Hineis erstattet, der zu diesem besonderen Zwecke nach München geschickt worden war. Der Bericht enthält eine Stelle über die erotische Seite des Verhältnisses zwischen König Ludwig und Lola Montez, die bei der Veröffentlichung ausgelassen worden ist. Die Flugschrift der Münchener Staatsbibliothek: „Erinnerung an die jüngste Vergangenheit“ (1848) druckt einen Privatbrief aus Ostindien ab, der den Namen wie im Text angibt. Nach Lolas eigner kaum zuverlässiger Angabe war sie schon Maria Dolores Eliza Rosanna getauft, und ihre Mutter, Miß Oliver, hätte von dem

- spanischen Granden Grafen von Montalvo abstammmt; vgl. Edmond B. D'Auvergne, Lola Montez. — Eduard Fuchs, Lola Montez in der Karikatur, Zeitschrift für Bücherfreunde, zweiter Jahrgang, Heft 3, Juni 1898, zählt 74 Karikaturen, Flugblätter und Schriften über Lola Montez auf. Die Übersicht ist nicht vollständig und auch nicht frei von Irrtümern (z. B. S. 108: Lola Montez auf der Tribüne ist eine Karikatur auf den Fürsten Lichnowsky).
- ²²⁾ Graf Bernstorffs Bericht an Canitz, 30. Dezember 1846. Geh. St. A. Berlin. Graf Bernstorffs vertraulicher Bericht, 8. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²³⁾ Bei Treitschke a. a. O., Band 5, S. 650, mit einer Auslassung zitiert.
- ²⁴⁾ Das Schreiben wurde damals durch handschriftliche Verbreitung bekannt und oft abgedruckt. Neuerdings hat die Deutsche Revue im Maiheft 1900 den Wortlaut wieder veröffentlicht.
- ²⁵⁾ Chiffriertes Schreiben Graf Degenfelds an den Minister Grafen v. Beroldingen, 15. Februar 1847.
- ²⁶⁾ Vgl. K. Th. v. Heigel, Denkwürdigkeiten des bayrischen Staatsrats Georg Ludwig v. Maurer (Sitzungsberichte der kgl. bayr. Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1903, S. 471). Maurer hat Denkwürdigkeiten hinterlassen, deren auf die Lola-Montez-Angelegenheit sich beziehende Teile noch sekretiert sind.
- ²⁷⁾ Bericht des Grafen Degenfeld an den König von Württemberg, 28. Februar 1847.
- ²⁸⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Darmstadt v. Bockelberg, 3. April 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁹⁾ Aktennotiz, 12. März 1847, A. München.
- ³⁰⁾ Aus dem Leben des Grafen Otto v. Bray-Steinburg, Deutsche Revue, 25. Jahrgang, Band 2, S. 173f. Dort sind die Handschriften veröffentlicht, die König Ludwig am 10. Februar 1847 in der Indigenatssache an den Grafen richtete. Das erste verlangt „ohne Einrede“ die Ausföhrung der Indigenatserteilung; das zweite lautet:
- „In Bayern besteht das monarchische Prinzip. Der König befiehlt, die Minister gehorchen. Glaubt einer, es sei gegen sein Gewissen, so gibt er das Portefeuille zurück und hört auf, Minister zu sein. Der König läßt sich nicht von Ministern vorschreiben, was er tun und lassen soll. Was ich bereits älteren Ministern hiermit gesagt, erkläre ich auch jungen.“ Das war der königliche Ton! Dabei war König Ludwig dem Grafen Bray durchaus gnädig gesonnen und erhielt ihm auch seine Gunst.
- ³¹⁾ Graf Dönhoffs Bericht, 26. August 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ³²⁾ „Anfang und Ende der Lola Montez in Bayern. Wahrheitsgetreue Schilderung der Zeit vom Oktober 1846 bis Februar 1848, München 1848“; Flugschriftensammlung der Münchener Staatsbibliothek.
- ³³⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 19. Januar 1848, A. Stuttgart.
- ³⁴⁾ Angeföhrt in der Schrift: Lola Montez und ihre politische Sendung in München, nach einem englischen Berichte und mit einem Vorwort des deutschen Herausgebers; München 1848 (Flugschriftensammlung der Münchener Staatsbibliothek). Der Verfasser ist der englische Schriftsteller Francis, dem Lola selbst Materialien lieferte. Schon deshalb ist gegenüber dieser Schrift Vorsicht geboten. Der englische Bericht ist aber immerhin schon vor Lolas Sturz am 18. Januar 1848 in der in Paris damals erscheinenden englischen Zeitung Galignanis Messenger veröffentlicht worden.
- ³⁵⁾ Graf Degenfeld an den König v. Württemberg, 27. August, 29. August 1847, A. Stuttgart.
- ³⁶⁾ Graf Bernstorffs Bericht an Canitz, 8. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ³⁷⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 4. Dezember 1847, A. Stuttgart. Graf Bernstorffs Bericht vom 23. November 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ³⁸⁾ Bericht des Ministerialrats v. Herrmann aus Wien, 28. April 1847, A. München.
- ³⁹⁾ Biegelebens Bericht vom 27. März 1847, A. Darmstadt.
- ⁴⁰⁾ Biegelebens Bericht vom 24. April 1847, A. Darmstadt.

- 41) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 10. April 1847, A. Stuttgart.
Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 5. Januar 1847, A. Stuttgart.
- 42) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 18. Februar 1847, A. Stuttgart.
- 43) Bericht des preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff aus Frankfurt, 26. August 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 44) Canitz an Graf Bernstorff, 9. März 1847, 25. Juli 1847, 27. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. auch K. Ringhoffer, Im Kampf um Preußens Ehre, S. 39. S. 43 ist hier ein witziges Schreiben Friedrich Wilhelms IV. mit Anspielungen auf L. Montez veröffentlicht. Treitschke a. a. O., V, 658.
- 45) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 5. Oktober 1847, A. Stuttgart.
- 46) Graf Bernstorffs Bericht, 15. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- 47) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 13. Januar 1848.
- 48) Vgl. Valentin V., Fürst Karl Leiningen, S. 58, 212.
- 49) K. Th. v. Heigel, a. a. O. Die Schrift „Lola Montez und die Jesuiten“, 1847 hat Maurer weder verfaßt, noch ist er sonstwie an ihr beteiligt gewesen. Dies hat er Heigel ehrenwörtlich erklärt.
- 50) Bernstorffs Berichte, 28. November, 30. November, 7. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 51) Graf Luxburgs Bericht aus Wien, 22. Oktober 1847, A. München.
- 52) Bernstorffs Bericht 20. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 29. August und 13. Nov. 1847, A. Stuttgart.
Graf Bernstorffs Bericht, 21. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 53) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 8. Januar 1848.
- 54) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 10. Mai 1847.
Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 25. Mai 1847.
- 55) Graf Bernstorffs Bericht, 11. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 8. Januar 1848, A. Stuttgart.
- 56) Graf Bernstorffs Berichte, 25. Januar 1848, 2. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 25. Januar, 28. Januar, 1. Februar 1848, A. Stuttgart.
- 57) Bericht des österreichischen Gesandten Freiherrn v. Brenner an Fürst Metternich, 24. Januar 1848, A. Wien.
- 58) Graf Bernstorffs Berichte, 11. Januar, 2. Februar, 8. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
Freiherrn v. Brenners Berichte, 7. Januar, 14. Januar 1848, A. Wien.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 8. Januar 1848, A. Stuttgart.
- 59) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 7. Februar 1848, A. Stuttgart.
- 60) G. Mayer, Fr. Engels, I. S. 286.
- 61) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 5. Mai 1847. A. Stuttgart.
- 62) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 8. Januar 1848. A. Stuttgart.
- 63) Graf Bernstorffs Bericht, 21. Dezember 1847. Geh. St. A. Berlin.
- 64) Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 5. September 1847, 19. September 1847, 25. September 1847. A. Stuttgart.
- 65) Graf Bernstorffs Bericht, 23. November 1847. Geh. St. A. Berlin.
- 66) Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 5. Mai 1847. A. Stuttgart.
- 67) Ein gedrucktes Verzeichnis der Alemannia, das z. B. den Berichten des russischen Gesandten Severin im Moskauer Zentralarchiv beiliegt, enthält 23 Mitglieder und 59 Ehrenmitglieder. Unter diesen befanden sich: Berks, Professor v. Martius, Hauptmann v. Bauer, Frau Denker, Cafétier Feindl, Stabsarzt Curtius, Staatsrat v. Maurer, Leutnant Nußbaumer, Intendant v. Seefried, v. Plötz, Direktor Kilian, Direktor Lippert, Bürgermeister Binder, Polizeidirektor Mack, Professor Martin, Professor Neumann, schließlich auch die Stadt Aschaffenburg, die der Verbindung das Bürgerrecht erteilt hat!

- ⁶⁸⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 2. Februar 1848. Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 19., 28., 30. Januar, 1. Februar, 8., 9. Februar 1848. A. Stuttgart.
- ⁶⁹⁾ Graf Bernstorffs Berichte, 10., 12., 14., 15. Februar 1848. Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König, 10., 11., 12., 16., 17., 23. Februar 1848. A. Stuttgart.
- ⁷⁰⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 15. Februar 1848. Geh. St. A. Berlin. Den Bericht vom 15. Februar ließ Bernstorff durch besondere Gelegenheit, den österreichischen Kurier über Frankfurt a. M., gehen.
- ⁷¹⁾ Vgl. die Schilderung in einem bei den Papieren des Fürsten Leiningen liegenden Geheimberichte, Valentin, a. a. O., S. 61.
- ⁷²⁾ Severins Bericht vom 13. Februar 1848, Z. A. Moskau.
- ⁷³⁾ Berichte des Freiherrn v. Brenner an Fürst Metternich, 3. Januar, 9., 10., 14., 21. Februar 1848. A. Wien.
- ⁷⁴⁾ Weder damals noch später hielt sich Lola im Weinsberger Geisterhause auf, wie scherzhafte Briefe Theobald Kerners es fingierten. Vgl. Ernst Posse, Lola Montez, Metternich und der Weinsberger Geisterturm, Historische Zeitschrift, Band 140, S. 348f.
- ⁷⁵⁾ Flugschriftensammlung der Münchener Staatsbibliothek.
- ⁷⁶⁾ Graf Bernstorff an Canitz, 20. Februar, 21., 22., 23., 24., 26. Februar. Geh. St. A. Berlin.
Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 14., 17., 22. Februar. A. Stuttgart.

IV. Die Kleinstaatserei

Bibliographie: Baden, Württemberg, Kurhessen, Nassau, Hessen-Darmstadt, Thüringen, Hannover, Braunschweig, Sachsen, Mecklenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt, Sylvester Jordan, Robert Blum, Karl Mathy, Stüve, Uhlend, Vischer

- ¹⁾ Der erste „Großherzog“ war der von Toskana und führte das Prädikat „königliche Hoheit“ nicht als Großherzog, sondern als königlicher Prinz von Ungarn und von Böhmen. Canitz schreibt dies an Bunsen am 28. August 1847 und erzählt weiter: „Napoleon war sehr zornig, als er diesen Tatbestand erst nachträglich erfuhr: „C'est une bêtise, d'avoir donné l'Altesse Royale à tous ces princes . . . on aurait du me dire cela plutôt, mais maintenant, c'est fait. Mon intention n'est nullement de prodiguer les titres . . .“ Geh. St. A. Berlin.
- ²⁾ Gegenwart, IV, S. 305f.
- ³⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Rochow, 2. Oktober 1846. Geh. St. A. Berlin.
- ⁴⁾ Jugenderinnerungen Großherzog Friedrichs von Baden, S. 117.
- ⁵⁾ Bunsen an Canitz, 15. November 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁾ A. L. Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit, Tübingen 1884.
- ⁷⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart v. Rochow, 5. Januar 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁾ Rochows Bericht über eine Unterredung mit dem Könige, nachdem dieser eine Depesche aus Wien empfangen hatte, 8. März 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁾ Der König zum Grafen Ugarte; Rochows Bericht vom 19. März 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁾ Rochows Bericht vom 18. März 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁾ Rochows Berichte vom 30. April, 3. Mai 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁾ Rochows Bericht vom 14. November 1847. Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁾ Rochows Bericht vom 23. April 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁾ Rochows Bericht vom 12. Juni 1846. Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁾ Rochows Bericht vom 28. April 1845. Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁾ Rochows Bericht vom 16. April 1845 und 24. Februar 1847. Geh. St. A. Berlin.

- 17) Karl Wieland, Stadt und Oberamt Backnang, Tüb. Diss. Maschinenschr., S. 2f.
- 18) Rochows Bericht vom 24. Februar 1847. Geh. St. A. Berlin.
- 19) Rochows Bericht vom 4. Mai 1847. Geh. St. A. Berlin.
- 20) Rochows Bericht vom 4. Februar 1848; Geh. St. A. Berlin. Minister des Äußern Graf Beroldingen an den württembergischen Gesandten in St. Petersburg, Fürst Hohenlohe-Kirchberg 5. Februar 1848, Z. A. Moskau.
- 21) 22. Februar 1848, Bericht aus Karlsruhe, A. München.
- 22) Bericht des preußischen Gesandten v. Arnim vom 23. Juni 1849, Geh. St. A. Berlin.
- 23) Gegenwart, Band II, S. 334.
- 24) Elisabeth Saling, Das parlamentarische Leben in dem badischen Landtage bis 1848, Frankf. phil. Diss. 1925, Maschinenschrift.
- 25) Wie verhaßt der Mannheimer Zensor Fuchs war, zeigt die robuste Schrift von Ferdinand Cölestin Bernays: „Schandgeschichten zur Charakteristik des deutschen Zensoren- und Redaktorenpackes“, Straßburg, Druck und Verlag von F.L.Schuler 1843; da werden in Dialogform eine Reihe von Schandgeschichten der Zensur aufgezeigt (Verbot der Rheinischen Zeitung, Affäre Moritz v. Haber, Konflikt Paulus u. Schelling) und eine Anzahl sinnloser und blamabler Streichungen im einzelnen nachgewiesen.
- 26) Bericht des bayrischen Gesandten v. Verger, 16. Januar 1845, A. München.
- 27) und 28) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, Darmstadt, 23. April 1846 und 4. Mai 1846. Geh. St. A. Berlin.
- 29) J. Dorneich, Die politische Entwicklung d. jungen Buß; Hist. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 1925, S. 293. Franz Dor, Heinrich Freiherr von Andlaw, S. 112.
- 30) Bericht des bayrischen Gesandten Grafen v. Waldkirch, 29. September 1845. A. München.
- 31) Bericht des bayrischen Gesandten vom 21. Dezember 1846, A. München.
- 32) Bericht des bayrischen Gesandten v. Verger vom 24. Januar 1845, A. München.
- 33) Ich benutze das Exemplar, das Rudolf Gneist zugeing, aus dessen Nachlaß. Vgl. auch Thorbecke, Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode, Deutsche Revue, 34, 2.
- 34) Karl Ackermann, Gustav v. Struve, Heidelberger Diss. 1914.
- 35) Fr. Schnabel, Geschichte der Ministerverantwortlichkeit in Baden, S. 68.
- 36) Aus Karl Mathys Briefwechsel, herausgegeben von L. Mathy, S. 61f.
- 37) Graf Beroldingen an Freiherrn v. Wächter, 24. Oktober 1847. A. Stuttgart.
- 38) Frhr. v. Wächter an Graf Beroldingen, 29. und 31. Oktober 1847. A. Stuttgart.
- 39) Graf Beroldingen an Freiherrn v. Wächter, 30. Oktober 1847, A. Stuttgart.
- 40) Württembergische Kabinettsakten, A. Stuttgart.
- 41) Graf Beroldingen an Freiherrn v. Wächter, 14. Januar 1848, A. Stuttgart.
- 42) Frhr. v. Wächter an Graf Beroldingen, 4. und 11. Februar 1848, A. Stuttgart.
- 43) Akten der Bundestagsgesandtschaft, Geh. St. A. Berlin.
- 44) Beroldingen an Wächter, 31. Juni 1848, A. Stuttgart.
Wächter an Beroldingen, 9. Februar 1848, A. Stuttgart.
- 45) Wächter an Beroldingen, 21. Oktober 1847, 12. und 17. Dezember 1847, A. Stuttgart.
- 46) Bericht des Freiherrn v. Wächter an den König von Württemberg vom 9. und 19. Dezember 1847, A. Stuttgart.
- 47) Bericht des preußischen Gesandten v. Arnim aus Karlsruhe; 17. Januar, 28. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- 48) Arnims Bericht 24. und 26. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- 49) Die Gegenwart, V, S. 478f.
- 50) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg vom 14. Mai 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 51) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 24. März 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 52) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 30. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 53) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 27. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.

- 54) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 4. Juli 1847, 8. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- 55) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 11. Mai 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 56) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 12. Mai 1845, 31. August 1846, 6. Mai 1846, 4. Juli 1846, 6. April 1847, 2. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 57) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 4. Mai 1846, 9. Mai 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 58) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 6. Januar 1846, 20. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 59) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 8. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- 60) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 25. April 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 61) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 14. Mai 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 62) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 27. Dezember 1845, 5. und 11. Januar 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 63) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 21. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 64) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 5. Januar 1845, 31. August 1845, 9. November 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 65) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 22. August 1845, 15. Dezember 1845, 23. April 1846, 28. September 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 66) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 26. Juli 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 67) L. Bergsträßer, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, S. 69f., 115f.
Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 2. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 68) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 25. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 69) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 22. Dezember 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 70) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 4. Februar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 71) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 20. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 72) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 14. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 73) Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 13. Februar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 74) Bericht des preuß. Gesandten v. Bockelberg, 6. April 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 75) Vgl. Karl Mihm, Alexander Friedrich Ludwig Weidig, Frankf. phil. Diss. 1923.
- 76) Berichte des preußischen Gesandten von Bockelberg, 6. April, 4. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 77) Berichte des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 5. September, 2. Oktober, 21. Oktober 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 78) Die Gegenwart, V., 274/75.
- 79) Die Gegenwart, V, S. 277. Bericht des auch in Wiesbaden beglaubigten preußischen Gesandten v. Bockelberg, 17. März 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 80) Bockelbergs Bericht, 20. Februar 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 81) Bockelbergs Berichte, 9. Mai 1845, 10. Dezember 1845, 27. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.
- 82) Bockelbergs Bericht, 24. Juli 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 83) Bockelbergs Bericht, 1. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 84) Bockelbergs Bericht, 2. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 85) Bockelbergs Berichte, 17. Mai 1846, 1. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 86) Bockelbergs Bericht, 12. September 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 87) Bericht des preußischen Gesandten in Kassel Grafen Galen, 25. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 88) Graf Galens Bericht, 10. Februar 1846, Geh. St. A. Berlin.
- 89) Vgl. Rusche, Fritz, Kurhessen in der bürgerlichen und sozialen Bewegung der Jahre 1848/49. Marb. Diss. 1921. Maschinenschrift. Dort findet sich eine wertvolle Behandlung auch des von Bähr unternommenen Versuches einer teilweisen Ehrenrettung des Kurfürsten; ferner neuerdings Joachim Kühn, Das Ende einer Dynastie, bes. S. 209f.

- ⁹⁰⁾ Graf Galens Berichte, 25. August 1846, 4. Juli 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹¹⁾ Graf Galens Bericht, 20. Dezember 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹²⁾ Graf Galens Berichte, 31. Oktober 1846, 25. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹³⁾ Graf Galens Bericht, 4. August 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁴⁾ Graf Galens Berichte, 25. Oktober 1845, 29. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁵⁾ Graf Galens Berichte, 9. Juni 1847, 4. Juli 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁶⁾ Graf Galens Berichte, 12. November 1846, 2. April und 10. Mai 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁷⁾ Graf Galens Bericht, 4. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁸⁾ Graf Galens Bericht, 6. August 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁹⁾ Graf Galens Bericht, 12. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁰⁾ Graf Galens Berichte, 4. August 1847, 4. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. Paul Lieberknecht, Geschichte des Deutschkatholizismus in Kurhessen, Marburg 1915.
- ¹⁰¹⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 9. August 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰²⁾ Protokoll des Ministeriums des Innern vom 6. August 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰³⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 18. Juli 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁴⁾ Berichte des preuß. Gesandten Grafen Galen, 10. Februar 1846, 12. November 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁵⁾ Berichte des preuß. Gesandten Grafen Galen, 20. Dezember 1845, 25. August 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁶⁾ Wilhelm Weidemann, Friedrich Murhard und der Altliberalismus: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Altertumskunde, Band 55, S. 229f.
- ¹⁰⁷⁾ Walter Wieber, Die politischen Ideen von Sylvester Jordan, S. 93.
- ¹⁰⁸⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 23. Januar 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁹⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 12. November 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁰⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 29. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹¹⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 20. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹²⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 2. April 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹³⁾ Bericht des preuß. Gesandten Grafen Galen, 10. Februar 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁴⁾ Bockelbergs Bericht, Darmstadt, 29. November 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁵⁾ Graf Dönhoffs Berichte aus Frankfurt, 25., 26. November, 14., 24. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁶⁾ Graf Galens Berichte, 22., 24., 25. November 1847, 22. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁷⁾ Canitz an Bunsen, 21. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁸⁾ Graf Galens Bericht, 12. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁹⁾ Graf Galens Berichte, 11. Dezember 1847, 3. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁰⁾ Zitiert bei Iseler, a. a. O., S. 112.
- ¹²¹⁾ Graf Galens Bericht, 28. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²²⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 12. August 1847, A. Wien.
- ¹²³⁾ Die Gegenwart, Band X, S. 604.
- ¹²⁴⁾ Allgem. deutsche Biographie, J. B. Stüve; vgl. unsere Bibliographie, Stüve.
- ¹²⁵⁾ Allgem. deutsche Biographie, Detmold; M. Warschauer, J. H. Detmold, 1926.
- ¹²⁶⁾ Lehzen, Hannovers Staatshaushalt, 2 Bde., Hannover, 1853/54.
Bericht des preußischen Gesandten in Hannover v. Seckendorff, 2. Februar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁷⁾ Seckendorffs Bericht, 6. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁸⁾ Stach von Goltzhains Bericht, 19. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁹⁾ Stach von Goltzhains Bericht, 22. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁰⁾ Stach von Goltzhains Bericht, 18. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³¹⁾ Seckendorffs Bericht, 28. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³²⁾ Seckendorffs Berichte, 14. April 1847, 6. April 1847, Geh. St. A. Berlin.

- ¹³³⁾ Seckendorffs Berichte, 7. März, 31. März 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁴⁾ Seckendorffs Bericht, 24. April 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁵⁾ Seckendorffs Bericht, 10. Mai 1847, Geh. St. A. Berlin.
Stach v. Goltzhains Bericht, 28. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁶⁾ Stach v. Goltzhains Bericht, 28. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁷⁾ Stach v. Goltzhains Bericht, 6. September 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁸⁾ Stach v. Goltzhains Bericht, 20. September 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁹⁾ Akten der Frankfurter Bundestagsgesandtschaft, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁰⁾ Stach von Goltzhains Berichte, 10. September, 20. September 1847, 2. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴¹⁾ Seckendorffs Bericht, 12. Februar 1847.
- ¹⁴²⁾ Seckendorffs Bericht, 20. März 1847.
- ¹⁴³⁾ Stach von Goltzhains Bericht vom 21. Oktober 1847.
- ¹⁴⁴⁾ Seckendorffs Berichte, 24. Januar 1848, 10. März 1847.
- ¹⁴⁵⁾ Stach von Goltzhains Bericht, 24. Januar 1848.
- ¹⁴⁶⁾ Die Gegenwart, XII, S. 119. Auch: Karl Ziegenbein, Die parlamentarische Tätigkeit Karl Steinackers. Diss. Masch.-Schrift.
- ¹⁴⁷⁾ Die Gegenwart, X, S. 445.
- ¹⁴⁸⁾ Die Gegenwart, X, S. 478.
- ¹⁴⁹⁾ Dr. Fritz Körner, Das Zeitungswesen in Weimar 1734/1849, Leipzig 1920, S. 186.
- ¹⁵⁰⁾ Dr. Ernst Schocke, Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung in Sachsen-Meiningen, 1848/50, S. 2, 7f.
- ¹⁵¹⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 15. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵²⁾ Berichte des preuß. Gesandten, 3. März, 21. April 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵³⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 7. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁴⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 5. Mai 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁵⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 9. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁶⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 20. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁷⁾ W. Lippert, Friedrich August II. Entwicklungsgang, Fragment einer Selbstbiographie; Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum des sächsischen Altertumsvereins, Dresden 1924, S. 97.
- ¹⁵⁸⁾ Mathilde Klemm, Sachsen und das deutsche Problem 1848, S. 7. Dort ist auch die Verteilung der Abgeordneten der zweiten Kammer angegeben: Ritterschaft 20, Bauern 25, Städte 25, Industrie und Handel 5. (!)
- ¹⁵⁹⁾ Bericht des preuß. Gesandten Balan vom 18. März 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁰⁾ Gegenwart, V, S. 580.
- ¹⁶¹⁾ Bericht des preuß. Gesandten Jordan, 5. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶²⁾ Balans Bericht, 22. August 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶³⁾ Balans Berichte, 7. Oktober 1845, 31. Januar 1846.
- ¹⁶⁴⁾ Balans Bericht, 13. Mai 1846.
- ¹⁶⁵⁾ Balans Bericht, 31. Januar 1846.
- ¹⁶⁶⁾ Jordans Bericht, 28. März 1847.
- ¹⁶⁷⁾ Balans Bericht, 23. März 1846.
- ¹⁶⁸⁾ Balans Bericht, 31. Januar 1846.
- ¹⁶⁹⁾ Jordans Bericht, 28. März 1847.
Balans Bericht, 25. August 1846.
- ¹⁷⁰⁾ Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I., S. 227.
- ¹⁷¹⁾ Bericht Prinz Wilhelm Löwensteins, 10. Mai 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷²⁾ Bericht des preuß. Gesandten vom 20. Oktober 1845, Geh. St. A. Berlin.

- ¹⁷³⁾ Berichte des preuß. Gesandten, 13. September 1846, 22. September 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁴⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 22. September 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁵⁾ J. Hofmann, *Das Herz der deutschen sozialen Bewegung*, Leipzig 1923.
- ¹⁷⁶⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 3. November 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁷⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 6. März, 18. März 1846, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁸⁾ Jordans Berichte vom 19. April, 28. Dezember 1846, 13. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁹⁾ Jordans Bericht vom 19. Februar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸⁰⁾ M. Klemm, Sachsen und das deutsche Problem 1848, S. 5.
- ¹⁸¹⁾ Verhandlungen in der sechsten öffentlichen Sitzung der sächsischen zweiten Kammer 21. Februar 1847, abgedruckt in: „Des deutschen Volks Erhebung im Jahre 1848“, herausgegeben von Dr. J. Lasker und F. Gerhard, Danzig 1848, S. 244f.
- ¹⁸²⁾ A. a. O., S. 249.
- ¹⁸³⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 7. Oktober 1845, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸⁴⁾ Verhandlungen usw., a. a. O., S. 252/53.
- ¹⁸⁵⁾ Bericht des preuß. Gesandten, 6. April 1847.
- ¹⁸⁶⁾ Petition an die Vertreter des deutschen Volks zu Frankfurt a. M., die Aufhebung des gesamten Lehnwesens und die Abschaffung aller Feudallasten in Deutschland s. w. d. a. betreffend. Verabfaßt vom Advokat Heinrich Graichen in Leipzig, im ausdrücklichen Auftrage und beigebrachter Vollmacht seiner Klienten aus dem Bauernstande im Königreich Sachsen, Leipzig 1848. Danach sind die irrigen Angaben bei Klemm a. a. O., S. 2, zu berichtigen.
- ¹⁸⁷⁾ Graichen, a. a. O., S. 28.
- ¹⁸⁸⁾ Vgl. Gegenwart, VI, S. 340f.
- ¹⁸⁹⁾ Vgl. Gegenwart, VIII, S. 616; Fritz Endres, *Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck*.
- ¹⁹⁰⁾ Vgl. Gegenwart, VIII, S. 202f.
- ¹⁹¹⁾ Walter Gabe, *Hamburg in der Bewegung von 1848/49*, S. 7.
Gegenwart, IX, S. 397f.
- ¹⁹²⁾ Schwemer, R., *Geschichte der Freien Stadt Frankfurt*, I, S. 130; vgl. auch die beigegebene Karte Großbayerns.
- ¹⁹³⁾ Valentin, V., *Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49*, S. 45. Ebenso für das Folgende.

V. Deutschland

Bibliographie: Außenpolitik. Dahlmann. Liberalismus, Demokratie. Nation, Nationalstaat, Nationalismus. Geistesgeschichte. Ranke. Freiligrath. Stahl. Friedrich List. Herwegh. Moritz Hartmann. Gervinus. Deutscher Bund. Wirtschaftsgeschichte. Katholische Bewegung. Radowitz. Schleswig-Holstein. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiterbewegung

- ¹⁾ Vgl. V. Valentin, *Die politischen Parteien in Deutschland* in Teubners Handbuch der Staats- und Bürgerkunde, II, 1, S. 24.
- ²⁾ Vgl. Heines Werke, politische Schriften, herausgegeben von V. Valentin. (Goldene Klassikerbibliothek, Hempels Klassiker-Ausgaben in neuer Bearbeitung, Band 9—12.)
- ³⁾ Vgl. Ludwig Maenner, *Karl Gutzkow und der demokratische Gedanke*, 1921.
- ⁴⁾ Gegenwart, IX, S. 233.
- ⁵⁾ Berthold Auerbach, *Schwarzwälder Dorfgeschichten*, Mannheim, 1843, erster Teil, S. 133/34; vgl. auch die Huldigung Freiligraths an B. Auerbach in dem „Glaubensbekenntnis“, „Zeitgedichte“; „Dorfgeschichten“:

„Wär' ich der Schwarzwald, meine Wipfel ballt' ich
Und schüttelte der Äste Wucht, und brächte
Ein Ständchen dir, wildrauschend und gewaltig.“

- 6) Vgl. Allgem. deutsche Biographie, Artikel Georg Friedrich Daumer von Veit Valentin (dem Älteren).
- 7) Paul Heidelberg, Dichter und Künstler in Escheberg, Kassel, 1913.
- 8) Den ersten verdienstvollen Versuch der Zusammenfassung hat Christian Petzet gemacht. (Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik, 1903.)
- 9) Gedichte von Anastasius Grün, dritte Auflage, Leipzig 1841, S. 245.
- 10) Karl Beck, Lieder vom armen Manne, dritte Auflage, Leipzig 1846, S. 293.
- 11) Karl Beck, a. a. O., S. 24.
- 12) Gegenwart, VIII, S. 43.
- 13) Der am 10. August 1929 versteigerte Nachlaß Hoffmanns hat noch viel Wertvolles, besonders auch Politisches zu seiner Biographie allgemein bekannt werden lassen. Vgl. Henricis Versteigerungskatalog 156.
- 14) Freiligraths Werke, herausgegeben von Julius Schwering, besonders II, 91f.
- 15) Vgl. Veit Valentin (der Ältere), Cornelius usw. in: R. Dohme, Kunst und Künstler des 19. Jahrhunderts, VII.
- 16) Anton Springer, Die bildenden Künste, Gegenwart, XII, S. 711.
- 17) Vgl. die Kritik des Rheinischen Beobachters in Köln vom 25. Dezember 1845 über Lessing: „Die Landschaften dieses Künstlers haben für uns etwas ungemein Anziehendes und unterscheiden sich auch in der Tat spezifisch von allen übrigen Landschaften, nicht dadurch etwa, daß sie ungewöhnliche und seltsame Vorwürfe behandeln, sondern dadurch, daß vielmehr in denselben meistens ein einfaches Motiv durch eine wunderbar harmonische Zusammenstimmung alles Einzelnen zu einer unbeschreiblichen Wirksamkeit gelangt ist.“
Ein charakteristisches Beispiel der damaligen noch ganz literarisch-philosophisch gestimmten Kunstkritik.
- 18) Vgl. Veit Valentin (der Ältere), Alfred Rethel, Berlin 1892.
- 19) Gegenwart, VI, 292f.; Theobald Ziegler, David Friedrich Strauß.
- 20) Dönhoff an Canitz, 2. Oktober 1845, Geh. St. A. Berlin.
- 21) Ed. Ippel, Briefwechsel zwischen J. und W. Grimm, Dahlmann und Gervinus, II, 276.
- 22) Ernst Czobel, Zur Verbreitung der Worte Sozialist und Sozialismus in Deutschland und Ungarn, Archiv für Geschichte des Sozialismus, III, 481.
- 23) Vgl. Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, I, 106.
- 24) Hermann Buddensieg, Die Kultur des deutschen Proletariats usw., S. 60.
- 25) Der Sozialismus in Deutschland, Gegenwart, VII, 545f.
- 26) Karl Grün, Über wahre Bildung, Vorlesung gehalten am 28. April 1844 zu Bielefeld, Bielefeld 1844. Vom gleichen Verfasser: „Bausteine“, zusammengetragen und mit einem Sendschreiben an seine Osnabrücker Freunde begleitet, Darmstadt 1844 und „Neue Anekdoten“, Darmstadt 1843.
- 27) Vollständig vorhanden auf dem Marx-Engels-Institut in Moskau. Ebenso die folgenden Schriften. Vgl. Theodor Zlocisti, Moses Heß, 2. Auflage, Berlin 1921.
- 28) Vgl. Gustav Mayer, Friedrich Engels, I, S. 106. Das grundlegende Werk ist für den ganzen Abschnitt, besonders für die Entwicklung von Friedrich Engels und seines Verhältnisses zu Marx zu vergleichen.
- 29) Die Nummer des Vorwärts vom 3. August druckte sechs Strophen ab. Die zweite Zeile der ersten Strophe weist eine Abänderung des Goetheschen Originals auf; dort lautet sie: „Kometen winken, die Stund' ist groß.“ Goethe hatte an Blücher, den „Marschall Vorwärts“, gedacht; so machte diese Parole den Weg vom preußischen General über Goethe zum Sozialismus!
- 30) Herzensmeinungen eines ächten Preußen und Deutschen, Berlin 1846; mit dem fingierten Verleger: „Hofbuchhandlung von Hunecker und Dumbloht“; vgl. ferner Karl Heinzen, Die Opposition, Mannheim 1846.

- ³¹⁾ Stephan (Born), *Der Heizensche Staat*, Bern 1847.
- ³²⁾ Carl Grünberg, *Die Londoner kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/48*, *Archiv für Geschichte des Sozialismus*, IX, 249.
- ³³⁾ Martin Gerhard, J. H. Wichern, II, 70, 85.
- ^{33a)} S. G. Liedke war Armenkommissionsvorsteher in Berlin; er schrieb auch: „Die Schlacht- und Mahlsteuer und die Armen“, Berlin 1847. Geheimer Regierungsrat Ludwig Jacobi (1815—1882) war führender Spezialist für Arbeitergesetzgebung. Er schrieb auch: *Offene Adresse an den Präsidenten der preußischen Nationalversammlung Herrn v. Unruh*, Glogau 1848; ferner: „*Demokratie und Volksschule*“, Glogau 1848. Theodor Hilgard war Appellationsgerichtsrat in Zweibrücken; von ihm stammt auch: „*Fünf Paragraphen über Deutschlands Nationaleinheit*“, Zweibrücken 1849. Hermann Graf zu Dohna aus dem Hause Schlobitten (1821—1859), der 1850 eine Tochter des Staatsministers Alfred v. Auerswald heiratete, ist ein interessanter Vertreter des ostpreußischen Aristokratenliberalismus; von ihm stammt die Broschüre: „*Zur deutschen Verfassungsfrage*“. August Theodor Woeniger schrieb über die Rechtsphilosophie Stahls, kam dann in die Publizistik, gab die Monatsschrift „*Der Staat*“ heraus, sowie die Verhandlungen des ersten Vereinigten Landtages (unter dem etwas irreführenden Titel: *Preußens erster Reichstag*, 10 Bände, Berlin 1847). Er spielte eine nicht unwichtige Rolle in der Märzrevolution (vgl. unsern Text Seite 425). Die angeführten Schriften befinden sich in der Flugschriftensammlung in der Preußischen Staatsbibliothek.
- ³⁴⁾ Der Mittelpreis eines preußischen Scheffels Roggen betrug:
- | | | |
|---------|----------------------------------|-----------------|
| 1844... | 40 ⁸ / ₁₂ | Silbergroschen, |
| 1845... | 51 | Silbergroschen, |
| 1846... | 70 ¹¹ / ₁₂ | Silbergroschen, |
| 1847... | 86 ² / ₁₂ | Silbergroschen. |

Das war in vier Jahren mehr als eine Verdoppelung (Sartorius v. Waltershausen a. a. O., S. 136).

- ³⁵⁾ Knapp, *Bauernbefreiung*, I, S. 166, 237, 258. Sartorius v. Waltershausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 124, 137.
- Für das Folgende: Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, I, 45 f.
- ³⁶⁾ Trotz der Bedenken, die Werner Sombart in seinem klassischen Buche: „*Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert*“, sechste Auflage, 1923, S. 463 erhoben hat, halte ich es für nötig, dem Begriff „*Mittelstand*“ rein geschichtlich einen seiner tatsächlichen Bedeutung entsprechenden Ort anzuweisen. Was später von politischen Parteien daraus gemacht worden ist, kann uns hier nichts angehen. Zur Bezeichnung der sozialen Schicht zwischen dem Feudaladel und der wirtschaftlich abhängigen Unterschicht gibt es keine treffendere Bezeichnung. Sombarts geniales Buch krankt etwas an seiner unhistorischen Grundanlage. Er baut das „*Deutsche Wirtschaftsleben vor hundert Jahren*“ glänzend vor uns auf — und läßt die moderne kapitalistische Wirtschaft sich davon höchst wirksam abheben. Die Kontrastwirkung macht die rein ökonomischen Dinge sehr deutlich; der allmähliche Gang der Entwicklung ist aber zu kurz gekommen; gerade die vierziger Jahre sind die kritische Übergangszeit, die dort als solche gegenüber den fünfziger Jahren nicht voll erfaßt wird.
- ³⁷⁾ Schmoller gibt das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung folgendermaßen an (Grundriß, II, 138), in Mark von 1904:
- | | Preußen | Frankreich | Großbritannien |
|------|---------|------------|----------------|
| 1846 | 150 | 225 | 1843: 381 |
| 1888 | 330 | 1892: 522 | 1881: 685 |
- ³⁸⁾ Deutschlands Bevölkerungsverhältnisse, Gegenwart, III, S. 37.
- ³⁹⁾ Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, II, 2, S. 765.

⁴⁰⁾ Gegenwart, III, S. 35.

Eine preußische Maschinenfabrik hatte durchschnittlich 250 Arbeiter, eine badische 270; eine österreichische Papierfabrik 80, eine böhmische 250 Arbeiter. Die Liebig'sche Wollfabrik zu Reichenberg in Böhmen beschäftigte gegen 3000 Webstühle und 7000 bis 8000 Arbeiter (Die große und kleine Industrie, Gegenwart, X, 693). Das Eisenwerk zu Witkowitz hatte schon 1841 1500 Arbeiter — es war eines „der großartigsten und leistungsfähigsten Etablissements der Monarchie“, wie Salomon Rothschild in seinem Hofgesuche sagte (E. C. Conte Corti, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte, S. 242). In Sachsen gab es im Zeitraum von 1841—1850 64 Fabriken mit je 50—100 Arbeitern, 74 mit je 100 bis 500, 11 mit noch größerer Zahl (Sartorius von Waltershausen a. a. O., S. 145).

⁴¹⁾ Vgl. Gustav Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, passim.

⁴²⁾ W. Sombart gibt folgende Zahlen an (Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 510/11):

An Baumwollspinnereien hatte 1846:	Auf jede Spinnerei entfielen Spindeln:
Preußen 153	1114
Sachsen 132	3599
Bayern 11	4585

Es waren also schon recht große Betriebe.

Preußen besaß ferner 1846:

An Fabriken wollener und halbwollener Zeuge 294 Fabriken mit 4826 Webestühlen und 10 117 Arbeitern.

In der hausindustriellen Weberei gab es 22 967 Handstühle mit 31 779 Arbeitern.

⁴³⁾ W. Berdrow, Alfred Krupp, I, passim.

⁴⁴⁾ Fr. Engel-Janosi, Über die Entwicklung der sozialen und staatswirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Österreich. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, XVII, S. 95.

⁴⁵⁾ F. Mehring, a. a. O., S. 587.

Sartorius von Waltershausen, a. a. O., S. 85.

⁴⁶⁾ G. Schmollers Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, I, S. 344, 358.

v. Reden hat für Preußen 1849 die Insten und ähnliche ländliche Arbeiter auf 903 000, die Häusler auf 146 700, die Einlieger auf 749 000 berechnet (Sartorius v. Waltershausen, a. a. O., S. 129).

⁴⁷⁾ W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, III, 71, 390.

⁴⁸⁾ W. Sombart, a. a. O., III, 1, 377f.

⁴⁹⁾ Vgl. Siegmund Fleischmann, Die Agrarkrise von 1845/55 mit besonderer Berücksichtigung von Baden, S. 12 (Tabellen über die steigenden Fruchtpreise und die entsprechenden Folgen).

⁵⁰⁾ Vgl. Schmoller, a. a. O., II, S. 295, 362, 477/78.

⁵¹⁾ Vgl. Alex Bein, Die Staatsidee Alexander Hamiltons in ihrer Entstehung und Entwicklung, S. 163.

⁵²⁾ Reschauer, a. a. O., I, S. 18.

⁵³⁾ Zitiert in: „Die Wissenschaft der Nationalökonomie.“ (Gegenwart, VII, 150.) Am 5. September 1925 ist die Friedrich-List-Gesellschaft gegründet worden, die eine Gesamtausgabe der Schriften, Reden und Briefe Lists unternimmt. Dort findet man neben dem bekannten Hauptwerk: „Das nationale System der politischen Ökonomie“ (1. Auflage 1841; 1842 unter dem Titel: „Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein“ neu aufgelegt) eine Reihe von bis jetzt unbekannten Schriften. Die erste gesammelte Ausgabe hat seinerzeit Ludwig Häusser veranstaltet: „Friedrich Lists gesammelte Schriften“, 3 Bände, 1850/51. Das Buch von E. Meißinger, Fr. L., 1930, habe ich nicht mehr benutzen können.

⁵⁴⁾ Vgl. zur ideengeschichtlichen Voraussetzung des Deutschen Bundes: Valentin, Veit, Geschichte des Völkerbundsgedankens in Deutschland, S. 121.

- ⁵⁵⁾ Über den Deutschen Bund vgl. Protokolle der deutschen Bundesversammlung nebst den loco dictaturae gedruckten Beilagen 1816ff., ferner unsere Bibliographie: Deutscher Bund.
- ⁵⁶⁾ Dönhoff an Canitz, 18. Februar 1846, Geh. St. A. Berlin. Dönhoff bemerkt zu der Angelegenheit: wenn der Verlag in einem deutschen Bundesstaate läge, wäre ein solches Verbot nicht durchzusetzen gewesen.
- ⁵⁷⁾ Gesandtschaftsbericht aus Bern, 28. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁸⁾ Bericht vom 26. Juli 1844, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁹⁾ Dönhoffs Berichte, 12. und 15. Januar 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁰⁾ Dönhoffs Bericht, 16. März 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶¹⁾ Dönhoffs Berichte, 4. Februar, 23. Juli, 26. August, 2. September 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶²⁾ Dönhoffs Bericht, 27. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶³⁾ Dönhoffs Bericht, 21. März 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁴⁾ Dönhoffs Bericht, 20. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁵⁾ Dönhoffs Bericht, 15. August 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁶⁾ Bericht des württembergischen Gesandten in München, 18. August 1847, A. Stuttgart.
Bericht des preußischen Gesandten in München, 16. August 1847, A. Stuttgart.
Bericht des preußischen Gesandten in Dresden, 12. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁷⁾ Dönhoffs Berichte, 13. Februar, 14. März 1847. Hier ist auch Graf Arnims Berichterstattung aus Wien verwertet. A. Stern gibt a. a. O., VI, 292 Hinweise auf die scharfe Ablehnung des Entwurfs durch Bunsen und Biedermann, sowie auf das Wiener archivalische Material. — Die sächsische Denkschrift liegt den Berichten Dönhoffs bei.
- ⁶⁸⁾ Dönhoffs Bericht, 21. Juli 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁹⁾ Dönhoffs Bericht, 21. Juli 1847, 23. Juli 1847.
- ⁷⁰⁾ Dönhoffs Bericht, 20. Dezember 1847, 2. Januar, 19. Januar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷¹⁾ Dönhoffs Bericht, 30. Mai, 20. Juni 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷²⁾ Veit Valentin, Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, S. 34f.
- ⁷³⁾ Dönhoff an Canitz, 7. August 1847 und dessen Antwort, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁴⁾ Über Radowitz vgl. Dr. P. Hassel, J. M. v. Radowitz, I.
Fr. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution.
Veit Valentin, Frankfurt a. M. und die deutsche Revolution von 1848/49, S. 235f.
Veit Valentin, Radowitz, Neue Rundschau 1913, und unsere Bibliographie: Radowitz.
- ⁷⁵⁾ Dönhoffs Bericht, 20. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁶⁾ L. v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 93, S. 104.
- ⁷⁷⁾ Dönhoffs Bericht, 14. Dezember 1847, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁸⁾ Valentin, V., Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, S. 53.
- ⁷⁹⁾ Valentin, V., Leiningen, S. 215.
- ⁸⁰⁾ Berichte aus Paris, Beilage; aus der sekreten Registratur des verstorbenen Staatsministers v. Thile, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸¹⁾ Schleswig-Holstein bis zur Erhebung im Jahre 1848, Gegenwart, II, S. 405. Auch für das Gesamtproblem enthält der Aufsatz viel Wertvolles. Vgl. ferner A. Stern, a. a. O., VI, 208f.

VI. Die Märzrevolution

*Bibliographie: Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Österreich,
Preußen, Friedrich Wilhelm IV., Gagern, Flüchtlinge, Schweiz, Nassau, Sachsen*

- ¹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Freiherrn v. Verger aus Karlsruhe, 28. Februar 1848, A. München.
- ²⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 27. Februar 1848, Geh. St. A. Berlin.

- ³⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 28. Februar, Geh. St. A. Berlin.
- ⁴⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 29. Februar, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 1. März, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁾ Bericht des bayr. Gesandten v. Verger, 29. Februar 1848, Karlsruhe, A. München.
- ⁷⁾ Bericht des russischen Gesandten in Karlsruhe Ocerow vom 29. Februar 1848. Kaiser Nikolaus machte dazu die Randbemerkung: „l'ai-je dit? ! ! !“
- ⁸⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Darmstadt v. Bockelberg vom 27. März. Geh. St. A. Berlin. Der Darmstädter Erbgroßherzog entrüstete sich über dieses Verhalten.
- ⁹⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 5. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Baron v. Wächter in Karlsruhe an den König vom 27. Februar 1848, A. Stuttgart.
- ¹¹⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Karlsruhe v. Arnim vom 2. März und 3. März, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des bayrischen Gesandten v. Verger in Karlsruhe v. 2. März, A. München.
- ¹²⁾ Arnims Berichte, 12. März und 2. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁾ Arnims Bericht, 6. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁾ Vgl. Friedrich Lautenschlager, Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften 1848 (Heidelberg 1915), S. 9f. Dr. Karl Hofmann, Der Bauernaufstand des Jahres 1848 im badischen Bauland; Neues Archiv für die Geschichte Heidelbergs usw., Band V, Heft 2, S. 110f.
- ¹⁵⁾ Arnims Bericht, 5. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁾ Zum Teil abgedruckt bei Lautenschlager, a. a. O., S. 37. Der dort nicht mitgeteilte Schluß lautet: „Der Tag der Revolution ist auf den 12. April dieses Jahres festgesetzt, und da sollen die weaffenfähigen Männer und Burschen von den Ämtern Mosbach, Eberbach und Buchen an der Spieserheumat zwischen Unterscheidental und Baßbach morgens 8 Uhr mit Gewehr, Säbel oder mit gerad gemachten Sensen erscheinen; auch wird gewünscht, daß jeder Ort seinen Anführer selbst wählt. Die Freunde des Vaterlandes.“
Der preußische Gesandte hielt diesen Aufruf immerhin für so wichtig, daß er ihn seiner Berichterstattung beifügte.
- ¹⁷⁾ V. Valentin, Fürst Karl Leiningen, S. 8f.
- ¹⁸⁾ Gorčakovs Bericht, 13. März 1848, Z. A. Moskau.
- ¹⁹⁾ Arnims Berichte, 14. und 15. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁾ Arnims Bericht, 6. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²¹⁾ Arnims Bericht, 15. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²²⁾ Arnims Bericht, 13. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²³⁾ Lautenschlager, a. a. O., S. 70f.
- ²⁴⁾ Arnims Bericht, 18. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁵⁾ Arnims Bericht, 19. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁶⁾ Gegenwart, VI, S. 89.
- ²⁷⁾ Graf Beroldingen an Wächter, 27. Februar 1848, A. Stuttgart.
- ²⁸⁾ Berichte des Fürsten Gorčakov aus Stuttgart vom 3.—15., 4.—16., 15.—27., 16. bis 27. Februar 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁹⁾ Gorčakovs Bericht, 15.—27., 16.—28. Februar 1848, Z. A. Moskau.
- ³⁰⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Stuttgart vom 28. Februar, Geh. St. A. Berlin.
- ³¹⁾ Graf Beroldingen an Wächter, 4. März 1848, A. Stuttgart.
- ³²⁾ Bericht des preuß. Gesandten vom 2. März, Geh. St. A. Berlin.
- ³³⁾ Gorčakovs Bericht, 2. März, Z. A. Moskau.
- ³⁴⁾ Bericht des preuß. Gesandten vom 6. März, Geh. St. A. Berlin.
- ³⁵⁾ Gegenwart, VI, S. 95.
- ³⁶⁾ Bericht des preuß. Gesandten vom 8. März, Geh. St. A. Berlin.

- ³⁷⁾ Bericht des preuß. Gesandten vom 9. März, Geh. St. A. Berlin.
³⁸⁾ Graf Beroldingen an Wächter, 9. März, A. Stuttgart.
³⁹⁾ Gorčakovs Bericht, 18. Februar bis 1. März, Z. A. Moskau
⁴⁰⁾ Gorčakovs Berichte, 10., 13. März 1840, Z. A. Moskau.
⁴¹⁾ Gorčakovs Bericht, chiffriert, 17. März 1848, Z. A. Moskau.
⁴²⁾ Berichte des preuß. Gesandten v. Bockelberg vom 4. und 5. März, Geh. St. A. Berlin.
⁴³⁾ Bericht Bockelbergs vom 9. März und 20. März, Geh. St. A. Berlin.
⁴⁴⁾ Bockelbergs Berichte, 1. März, 7. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁴⁵⁾ Bockelbergs Bericht, 27. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁴⁶⁾ Bockelbergs Bericht, 29. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁴⁷⁾ Bockelbergs Bericht, 8. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁴⁸⁾ Gegenwart, V, S. 489.
⁴⁹⁾ Gegenwart, V, S. 280; vgl. auch L. v. Pastor, Max v. Gagern, S. 180f.
⁵⁰⁾ L. v. Pastor, a. a. O., S. 181.
⁵¹⁾ Berichte Bockelbergs, 1., 4. März 1848, Geh. St. A. Berlin
⁵²⁾ Berichte Bockelbergs, 8. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
Dasselbe sagte der Herzog zu Max v. Gagern, L. v. Pastor, a. a. O., S. 182.
⁵³⁾ Bericht Bockelbergs, 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁵⁴⁾ Gegenwart, V, 283.
⁵⁵⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Karlsruhe vom 6. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁵⁶⁾ Freiligrath spielt in seinem am 17. März in London veröffentlichten Liede „Schwarz-Rot-Gold“ auf diesen Gedanken in der folgenden Strophe an:

„Denn das ist noch die Freiheit nicht,
 Die Deutschland muß begnaden,
 Wenn eine Stadt in Waffen spricht
 Und hinter Barrikaden:
 ‚Kurfürst, verleihe! Sonst — hüte dich! —
 Sonst werden wir — großherzoglich!‘
 Pulver ist schwarz,
 Blut ist rot,
 Golden flackert die Flamme!“

Vgl. auch Rusche, Fritz, Kurhessen in der bürgerlichen und sozialen Bewegung der Jahre 1848/1849, S. 81, 98, 105f.

Alfred Tapp, Hanau in der Revolution von 1848/49. Frankf. phil. Diss. 1923.

- ⁵⁷⁾ Bericht Bockelbergs vom 10. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁵⁸⁾ Bericht Bockelbergs vom 24. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁵⁹⁾ Bericht des Grafen Galen, preuß. Gesandten in Kassel, vom 7. März, Geh. St. A. Berlin.
⁶⁰⁾ Bericht des Grafen Galen, vom 6. März; dazu Gegenwart, VI, 36.
⁶¹⁾ Berichte des Grafen Galen vom 10. und 11. März und 16. März, Geh. St. A. Berlin.
⁶²⁾ Bericht des Grafen Galen vom 8. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁶³⁾ Bericht des Grafen Galen vom 12. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁶⁴⁾ Bericht des Grafen Galen vom 14. März, Geh. St. A. Berlin.
⁶⁵⁾ Abgedruckt bei Biermann, K. Winkelblech, I, 225.
⁶⁶⁾ Berichte des Grafen Galen vom 16./17. März, 31. März, Geh. St. A. Berlin.
⁶⁷⁾ Gegenwart, X, 628.
⁶⁸⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 17. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁶⁹⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 8. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁷⁰⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 15. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁷¹⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 21. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
⁷²⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 23. März 1848, Geh. St. A. Berlin.

- ⁷³⁾ Bericht des preuß. Geschäftsträgers in Hannover, 5. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁴⁾ Gegenwart, XII, 120.
- ⁷⁵⁾ Joachim v. Strauch, Die Schicksale und die Politik des Fürstentums Reuß ä. L. in den Jahren 1848/50, S. 2.
- ⁷⁶⁾ Dr. Ernst Schocke, Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung in Sachsen-Meiningen 1848/49; Alt-Armstadt 1917, S. 103 (enthält den Bericht des Bürgermeisters Meinhardt über die Armstädter Unruhen im Jahre 1848).
- ⁷⁷⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Weimar, 1. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁸⁾ Gegenwart, X, 449f.
- ⁷⁹⁾ Vgl. Alberti, Schleswig-holsteinische Schriftsteller, 1829/66. Von Lafauries Schriften führe ich an: Die materiellen Interessen, Eine kritische Beleuchtung der politischen Ökonomie und ihrer gegenwärtigen Gestaltung als Wissenschaft, Kiel 1841; Schleswig-Holstein und Dänemarks papierenes Recht, Hamburg, 1852; Das letzte Rettungsmittel der Gesellschaft ist der Bankerott, Hamburg 1852. Aufsätze von ihm über französische Philosophie, Sozialismus und freie Theologie finden sich in Schweglers Jahrbüchern 1846/47, in Noacks philosophischen Jahrbüchern 1847 und den Grenzboten 1848.
- ⁸⁰⁾ Bericht des preuß. Gesandten in Weimar vom 9. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸¹⁾ Dr. Elsbeth Behrend-Rosenfeld, Die politischen Ideen Oskar v. Wydenbrugks; Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde, N. F. Band 25, S. 105f., Band 26, S. 140f.
- ⁸²⁾ Berichte des preuß. Gesandten in Weimar vom 11. und 14. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸³⁾ Vgl. L. Bergsträßer, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, S. 343.
- ⁸⁴⁾ M. Klemm, a. a. O., S. 27.
- ⁸⁵⁾ Jordans Bericht, Dresden, 3. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁶⁾ Jordans Bericht, Dresden, 4. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁷⁾ H. Brockhaus, Aus den Tagebüchern, Teil I, S. 164f.
- ⁸⁸⁾ Jordans Bericht, 9. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁹⁾ Gegenwart, V, 598.
- ⁹⁰⁾ Jordans Bericht, 10. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹¹⁾ Richard Freiherr v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, I, S. 70f.
- ⁹²⁾ Gegenwart, VIII, 238.
- ⁹³⁾ Über die Einsetzung der Reformdeputation vgl. den Aufsatz von J. E. Voigt, der die genauen Stimmzahlen der einzelnen Kirchspiele angibt. Mitteilungen des Vereins für Hamb. Geschichte, 38. Jahrgang, 1918, S. 162.
- ⁹⁴⁾ Gegenwart IX, 423. W. Gabe, Hamburg in der Bewegung 1848/49, S. 32f.
- ⁹⁵⁾ Vgl. Schwemer, Geschichte Frankfurts, III, 1, S. 100. Auch für das Folgende.
- ⁹⁶⁾ Berichte des hessen-darmstädt. Gesandten von Leonhardi, 8. März 1848, A. Darmstadt. Auszugsprotokoll des Großen Rats der Freien Stadt Frankfurt, 10. März 1848.
- ⁹⁷⁾ Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Hannover vom 6. März, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁸⁾ Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Hannover vom 29. Februar und 6. März, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁹⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Arnim aus Karlsruhe, 6. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁰⁾ Bericht Bockelbergs vom 20. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰¹⁾ Bericht Bockelbergs vom 10. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰²⁾ Bericht Arnims vom 18. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰³⁾ Vgl. Gegenwart, II, 683f. Bockelbergs Bericht, 10. März 1848, Geh. St. A. Berlin. Vgl. L. v. Pastor, a. a. O., 183f; E. Brandenburg, Untersuchungen u. s. w. S. 32f.
- ¹⁰⁴⁾ Bockelbergs Bericht aus Darmstadt, 7. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁵⁾ Fürst Gorčakovs Bericht aus Stuttgart vom 13. März 1848, Z. A. Moskau.

- ¹⁰⁶⁾ Bockelbergs Bericht, 11. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
Arnim's Bericht, 19. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁰⁷⁾ Graf Dönhofs Bericht vom 18. Februar, Geh. St. A. Berlin. Vgl. R. Koser, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution, H. Z. 83, S. 58.
- ¹⁰⁸⁾ Dönhofs Berichte und Instruktionen an ihn, 25. Februar, 7. März 1848.
- ¹⁰⁹⁾ Graf Dönhofs Bericht vom 29. Februar, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁰⁾ Graf Dönhofs Bericht vom 3. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹¹⁾ Vgl. V. Valentin und O. Neubecker, Die deutschen Farben, S. 24.
- ¹¹²⁾ Dönhoff an Canitz, 9. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹³⁾ Dönhofs Berichte, 3. und 5. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁴⁾ A. Bergengrün, David Hansemann, S. 417.
R. Koser, a. a. O., S. 63. Dönhofs Bericht vom 7. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁵⁾ Jordans Berichte aus Dresden, 12. und 16. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁶⁾ v. Thuns Bericht aus Stuttgart vom 11. März, Bernstorffs Bericht aus München, 15. März;
Arnim's Bericht aus Wien, 20. März 1848, Geh. St. A. Berlin. Aktennotiz, A. München.
- ¹¹⁷⁾ Bockelbergs Bericht, 16. März 1848.
Dönhofs Bericht vom 13. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁸⁾ Abschrift bei den Akten der preußischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt.
- ¹¹⁹⁾ Canitz an Bernstorff, 13. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁰⁾ Bockelbergs Berichte, 15., 19. und 20. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²¹⁾ Ed. Ippel, Briefwechsel zwischen J. und W. Grimm, Dahlmann und Gervinus, II, 318.
- ¹²²⁾ Graf Galens Bericht, 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin; Beilagen zu Bernstorffs Berichten
und Bernstorffs Bericht vom 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²³⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 12. März, A. Stuttgart.
- ¹²⁴⁾ Vgl. Pastor, a. a. O., S. 206.
- ¹²⁵⁾ W. Menzels Denkwürdigkeiten, S. 396.
- ¹²⁶⁾ A. München.
- ¹²⁷⁾ Dönhoff an Canitz, ohne Datum; von Koser a. a. O. zitiert.
- ¹²⁸⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München, 2. März 1848, A. Wien.
- ¹²⁹⁾ Bericht des Grafen Bernstorff aus München, 5. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁰⁾ Bericht des Grafen Bernstorff aus München, 5. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³¹⁾ Memoire des württembergischen Legationssekretärs v. Ow über die Münchener Zustände,
A. Stuttgart.
- ¹³²⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München, 27. Februar, A. Wien.
- ¹³³⁾ Vgl. für das Folgende V. Valentin, Fürst Leiningen, S. 66f.
- ¹³⁴⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 3. März 1848, A. Stuttgart.
- ¹³⁵⁾ Gegenwart, VII, S. 741. Bericht des russischen Gesandten Severin vom 3. März, Z. A. Moskau.
- ¹³⁶⁾ Abschrift bei den Akten der österreichischen Gesandtschaft in München, A. Wien.
- ¹³⁷⁾ Bericht vom 6. März, A. Wien und Graf Bernstorffs Bericht vom 5. März und 8. März,
Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁸⁾ „Die Volkshalle“, Nr. 48, Augsburg, 5. März 1848, Flugschriftensammlung der Münchener
Staatsbibliothek.
- ¹³⁹⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, A. Stuttgart; Bericht des österreichischen
Gesandten in München, A. Wien.
- ¹⁴⁰⁾ Erinnerung an die jüngste Vergangenheit, München 1848, Münchener Staatsbibliothek.
- ¹⁴¹⁾ Bernstorffs Berichte, 4. März und 7. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴²⁾ Bericht des russischen Gesandten Severin aus München vom 26. März, Z. A. Moskau.
- ¹⁴³⁾ Bericht des russischen Gesandten Severin, München, 6. März, Z. A. Moskau.
- ¹⁴⁴⁾ Nesselrode an Severin, St. Petersburg, 13. Februar und 16. März a. St., Z. A. Moskau.
Bericht Severins vom 10. März, München, Z. A. Moskau.

- ¹⁴⁵⁾ Graf Luxburgs Bericht, A. München.
- ¹⁴⁶⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 5. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁷⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 7. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁸⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 12. März, Geh. St. A. Berlin.
v. Arnims Bericht aus Karlsruhe, 12. März, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des österreichischen Gesandten in München vom 12. März, A. Wien.
- ¹⁴⁹⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München vom 12. März, A. Wien.
- ¹⁵⁰⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 18. März 1848, A. Stuttgart.
- ¹⁵¹⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 4. März, A. Stuttgart.
- ¹⁵²⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 9. März, A. Stuttgart.
Bericht des österr. Gesandten in München vom 10. März, A. Wien.
- ¹⁵³⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 17. März, A. Stuttgart.
- ¹⁵⁴⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 19. März, A. Stuttgart.
- ¹⁵⁵⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 18. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁶⁾ Beilage in Abschrift zum Bericht Graf Bernstorffs vom 20. März, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. Doeberl, Bayern und die deutsche Frage usw., S. 19 und 207.
Den ursprünglichen Anfang der Instruktion: „Die königliche Regierung“ hatte König Ludwig durchgestrichen und dafür: „Seine Majestät der König“ eingesetzt! A. München.
- ¹⁵⁷⁾ Abschrift als Beilage zu Bernstorffs Berichten, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁸⁾ Bernstorffs Bericht, 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁹⁾ Beilage zu Bernstorffs Bericht, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. L. v. Pastor, S. 214, Anhang S. 467. Dort vollständiger Abdruck des Schreibens.
- ¹⁶⁰⁾ Bernstorffs Bericht vom 18. März, Geh. St. A. Berlin.
Bericht des österr. Gesandten in München vom 12. März, A. Wien.
- ¹⁶¹⁾ Bernstorffs Bericht vom 12. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶²⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 21. März, A. Stuttgart.
- ¹⁶³⁾ Graf Degenfeld an den König von Württemberg, 21. März, A. Stuttgart.
Graf Bernstorffs Bericht vom 21. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁴⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 11. April, Geh. St. A. Berlin.
Lola Montez machte später einen Erpressungsversuch bei König Ludwig, der ihn endlich veranlaßte, die Hand von ihr zu ziehen. Mehrmals verheiratet und wieder geschieden, ging sie nach den Vereinigten Staaten und machte dort aus ihren Münchener Erlebnissen ein Ausstattungstück, in dem sie selbst auftrat. Sie starb 1861, zuletzt mit der Rettung gefallener Mädchen befaßt, zerknirscht und fromm im Schoß der presbyterianischen Kirche.
- ¹⁶⁵⁾ Graf Bernstorffs Bericht, 15. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁶⁾ Sammlung der Münchener Staatsbibliothek.
- ¹⁶⁷⁾ Nesselrode an Meyendorff, 24. Februar 1848, Abschrift, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁶⁸⁾ Vgl. v. Srbik, Metternich, II, 256, richtig gegenüber Meinecke, Radowitz, 62.
- ¹⁶⁹⁾ Gegenwart, V, S. 694.
- ¹⁷⁰⁾ Bericht des großh. hessischen Geschäftsträgers in Wien v. Biegeleben vom 7. und 10. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁷¹⁾ Bericht des großh. hessischen Geschäftsträgers vom 4. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁷²⁾ Bericht des großh. hessischen Geschäftsträgers vom 9. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁷³⁾ Bericht des großh. hessischen Geschäftsträgers vom 9. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁷⁴⁾ Gegenwart, V, S. 696.
- ¹⁷⁵⁾ Reschauer druckt ihn ab, a. a. O., II, 123.
- ¹⁷⁶⁾ Friedjung, H., Österreich 1848/60, I, S. 18.
- ¹⁷⁷⁾ Friedjung, a. a. O., I, 19.
- ¹⁷⁸⁾ Gegenwart, V, 709.
- ¹⁷⁹⁾ Biegelebens Bericht vom 13. März 1848, A. Darmstadt.

- ¹⁸⁰⁾ In Srbiks Metternich-Buch erscheint die Wiener Märzrevolution beinahe wie eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem großen Staatsmann Metternich. Ich weiche in der Gesamtbeurteilung und auch in Einzelheiten von ihm ab.
- ¹⁸¹⁾ Graf Arnims Bericht, 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸²⁾ Gegenwart, V, 728.
- ¹⁸³⁾ Friedjung, a. a. O., I, 23 und 489.
- ¹⁸⁴⁾ Biegelebens Bericht, 18. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁸⁵⁾ Friedjung, a. a. O., I, 24.
- ¹⁸⁶⁾ Gegenwart, V, 735.
- ¹⁸⁷⁾ Srbik, a. a. O., II, S. 288.
- ¹⁸⁸⁾ Biegelebens Bericht, 23. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁸⁹⁾ A. Springer, Geschichte Österreichs II, 9ff.
- ¹⁹⁰⁾ Biegelebens Bericht, 20. und 21. März 1848, A. Darmstadt.
- ¹⁹¹⁾ Graf Arnims Bericht, 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁹²⁾ Graf Trauttmansdorff an Fürst Metternich, 4. Januar 1848, A. Wien.
- ¹⁹³⁾ Graf Trauttmansdorff, 11. Januar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁴⁾ Graf Trauttmansdorff, 17. Januar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁵⁾ Graf Trauttmansdorff, 22. Januar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁶⁾ Graf Trauttmansdorff, 21., 27., 28. Januar, 10. Februar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁷⁾ Graf Trauttmansdorff, 6. Januar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁸⁾ Graf Trauttmansdorff, 29. Februar 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁹⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Sydow aus Bern, 1. und 16. März 1848, Randbemerkung des Ministers v. Canitz, Geh. St. A. Berlin; dazu Graf Trauttmansdorffs Bericht vom 18. Februar 1848, A. Wien.
- ²⁰⁰⁾ Otto Hoetzsch, Aus den Papieren Meyendorffs, II, 37.
Meyendorff an Nesselrode, 19. Februar.
- ²⁰¹⁾ Bericht des Grafen Lerchenfeld, 29. Februar 1848, A. München.
- ²⁰²⁾ Nesselrode an Meyendorff, 24. Februar 1848, Abschrift, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰³⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 29. Februar 1848, A. Wien.
- ²⁰⁴⁾ The English historical Review, Band 40, S. 106; Letters of Queen Victoria, II, S. 177.
- ²⁰⁵⁾ L. v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, S. 112.
- ²⁰⁶⁾ Bunsens Bericht, London, 27. Februar, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁷⁾ Trauttmansdorff an Metternich, 2. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁸⁾ Berichte des hessen-darmstädt. Geschäftsträgers Generalmajors v. Schaeffer-Bernstein vom 25. Februar, 6., 11., 13. März, A. Darmstadt.
- ²⁰⁹⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard an den König v. Württemberg, Berlin, 4. März 1848, A. Stuttgart.
- ²¹⁰⁾ Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 29. Februar und 1. März 1848, A. München.
- ²¹¹⁾ Hoetzsch, a. a. O., III, 49.
- ²¹²⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 2. März, A. München.
- ²¹³⁾ Reinhardts Bericht, 6. März, A. Stuttgart.
- ²¹⁴⁾ Reinhardts Bericht, 10. März, A. Stuttgart.
Graf Trauttmansdorffs Bericht, 10. März, A. Wien.
- ²¹⁵⁾ Gegenwart, IV, 271.
- ²¹⁶⁾ Hans Stein, Der Kölner Arbeiterverein 1848/49, Köln 1921.
Ernst Czobel, Zur Geschichte des Kommunistenbundes, die Kölner Brudergemeinde vor der Revolution. Archiv für Geschichte des Sozialismus, XI, S. 299. Dort auch die Verweise auf die betreffenden Stellen im Briefwechsel Marx-Engels.
- ²¹⁷⁾ Mitteilungen aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen Friedrich zu Dohna, als Manuskript gedruckt, Berlin 1873, S. 127.

- ²¹⁸⁾ Reinhardts Bericht, 4. März, A. Stuttgart.
- ²¹⁹⁾ Graf Trauttmansdorffs Berichte, 5., 7., 8. März 1848, A. Wien.
- ²²⁰⁾ Graf Trauttmansdorffs Berichte, 11. März, 13. März, A. Wien.
- ²²¹⁾ Reinhardts Bericht, 4. März, A. Stuttgart.
- ²²²⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 27. März, A. München.
- ²²³⁾ Akten des preußischen Ministeriums des Innern, Geh. St. A. Berlin.
- ²²⁴⁾ Über den Gutsbesitzer Holtzendorff schreibt der österreichische Gesandte Graf Trauttmansdorff am 3. November 1847, A. Wien, daß die Heidelberger Deutsche Zeitung vom 29. Oktober eine unter seinem Vortritt von mehr denn vierzig märkischen Bauern unterzeichnete, an den König von Preußen gerichtete Adresse gebracht habe. Holtzendorff sei „ein berücktigter und durch mehrere Schriften bekannter Oppositionsmann“. „Sie (die Adresse) faßt alles zusammen, was der krasseste preußische Liberalismus und Konstitutionalismus zusammenstellen kann.“ Verfasser des „Machwerkes“ sei Holtzendorff selbst, gegen den die Regierung nach einer flüchtigen Äußerung Canitzens vorgehen wolle. Tatsächlich wurde Holtzendorff seiner ständischen Rechte für verlustig erklärt und in eine Kriminaluntersuchung verwickelt, die erst durch die Märzrevolution ihr Ende fand. Die „Bauernadresse“ ist auch als Broschüre erschienen. H. war schon früh für Reichsstände und Volksrepräsentation eingetreten. Während der Revolution selbst nahm er eine gemäßigte Richtung an. (Vgl. auch den Artikel d. A. D. B. und Deutsche Revue, Band 27, S. 91f.; v. Below, Karl Freiherr v. Vincke in den Jahren 1847/48.)
- ²²⁵⁾ Gegenwart, II, 541.
- ²²⁶⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, 3. März 1848, A. München.
- ²²⁷⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 13. März, A. Stuttgart.
- ²²⁸⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 13. März, A. Stuttgart.
- ²²⁹⁾ Vgl. abweichend Rachfahl, a. a. O., S. 75, 89 und 96, der sich auf die Angaben Canitzens stützt. Canitz hat eine unklare, ja geradezu doppelzüngige Haltung eingenommen.
- ²³⁰⁾ Akten, preußisches Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. Max Lenz, Geschichte der kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, II, 2, 197.
Das Protokoll über die Vorgänge in der Brüderstraße wurde von Justizrat Bergling aufgenommen. Vgl. auch Wolff, Revolutionschronik, I, S. 74 und Beilage zu den Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, März 1898.
- ²³¹⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 15. März 1848, A. Wien.
- ²³²⁾ Polizeiakten. Ministerium des Innern, Geh. St. A. Berlin.
- ²³³⁾ Lenz versucht a. a. O., S. 201, wie in seiner ganzen Darstellung, die Bedeutung der Ereignisse abzuschwächen. Das Zeugnis berufener Zeitgenossen ist natürlich wesentlich gewichtiger als einzelne zufällige Aktenstellen.
- ²³⁴⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 28. März, A. Wien; vgl. auch Gerlach, I, 131.
- ²³⁵⁾ Dies bestätigt Bodelschwings Angabe vom November 1848, schon am 14. März sei der Beschluß zu einer moderneren Konstitution für Preußen gefaßt worden; vgl. Hansen, König Friedrich Wilhelm IV. usw., S. 20.
- ²³⁶⁾ Schaeffer-Bernsteins Berichte, 16., 18. März. A. Darmstadt.
- ²³⁷⁾ Lerchenfelds Bericht, 17. März, A. München.
Vgl. auch Rachfahl, a. a. O., S. 110.
R. Koser, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution, a. a. O., S. 73. Der Runderlaß Canitz' an die preußischen Gesandtschaften in Deutschland, der das neue Programm entwickelt, datiert vom 16. März, mit einer Nachschrift vom selben Tage. Das praktisch bedeutungslos gebliebene Dresden-Potsdamer Kongreßprojekt hat Rachfahl einer erschöpfenden Untersuchung in einem besonderen Aufsatz unterzogen (Historische Vierteljahrsschrift 6, 7; „Österreich und Preußen im März 1848“).
- ²³⁸⁾ Graf Trauttmansdorffs Bericht, 17. März, A. Wien.

- ²³⁹⁾ Hoetzsch, Meyendorff, II, 47, Bericht vom 17. März.
- ²⁴⁰⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 17. März, A. Stuttgart.
- ²⁴¹⁾ Meyendorffs Bericht vom 17. März, Hoetzsch a. a. O., II, 47.
- ²⁴²⁾ Preußische Jahrbücher 110. S. 278.
- ²⁴³⁾ Braß, Berliner Barrikaden, S. 49f.
Lenz, a. a. O., S. 208.
J. Lasker und F. Gerhard, Des deutschen Volks Erhebung, S. 512f.
- ²⁴⁴⁾ Schaeffer-Bernsteins Bericht, 19. März, A. Darmstadt.
Rachfahl, a. a. O., S. 133.
- ²⁴⁵⁾ Die Angaben bei Generalleutnant v. Meyerinck, Die Tätigkeit der Truppen während der Berliner Märztage 1848, Beiheft zum Militär-Wochenblatt 1891, S. 99f. sind ungenau. Bei der Zusammenstellung S. 110 sind z. B. die Garde-Kürassiere weggelassen.
- ²⁴⁶⁾ Nobiling-Prittwitzsche Manuskripte, Preußische Jahrbücher, 110, S. 290.
- ²⁴⁷⁾ v. Meyerinck, a. a. O., S. 112.
- ²⁴⁸⁾ v. Meyerinck, a. a. O., S. 138.
- ²⁴⁹⁾ Kaiser Friedrich III., Tagebücher von 1848/66, S. 7.
- ²⁵⁰⁾ Reinhardts Bericht, 18. März, A. Stuttgart.
- ²⁵¹⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 18. März, A. Wien; veröffentlicht im Wortlaut von mir, Vossische Zeitung, 18. März 1926.
Vgl. auch den Bericht des Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin, Donelson (The American Historical Review, XXIII, S. 335f.), geschrieben am 18. März, 11 Uhr nachts:
„A pacification was supposed to have been effected, and the King had presented himself to the multitude assembled in front of his Palace, when some disorder, mistaken by the officer commanding a troop of Cavalry for an insult either to the King or the troops, caused the fatal order of charge and at the same time two muskets were fired. The people dispersed as they could, but went to work instantly to erect Barricades . . .“
„The contest is most unequal, because the people could get but few arms, and they seem to have commenced their resistance without the slightest organisation or method.“
- ²⁵²⁾ Preußische Jahrbücher 110, S. 290. Diese Bemerkungen können unmöglich ein Exzerpt aus dem eingestampften Buche Prittwitzens sein, wie Rachfahl annimmt.
- ²⁵³⁾ Reinhardts Bericht, 18. März, A. Stuttgart.
- ²⁵⁴⁾ Meyendorff an Nesselrode, Privatbrief, 8/20. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁵⁵⁾ Lenz, a. a. O., II, 2, S. 211; Gerlach, L. v., Denkwürdigkeiten, I, 139.
- ²⁵⁶⁾ Gegenwart, II, 555; dort auch für das Folgende.
- ²⁵⁷⁾ Graf Konstantin Konstantinovič Benckendorff, geb. 1817, Gardekavallerist, machte die Kaukasusfeldzüge mit, gab infolge schwerer Verwundung den Frontdienst auf und kam als Militärattaché („Militärischer Vertreter“) nach Berlin; er heiratete auch in Deutschland eine Deutsche, die Prinzessin Luise Croy-Dülmen (Voennaja Enzyklopedija IV; Russk. Archiv 1895, I. Erinnerungen von ihm sind in Russk. Starina, 1910, Band CXLII veröffentlicht). Vgl. meinen Aufsatz, Neue russische Quellen zur Berliner Märzrevolution, Festschrift für Otto Köbner, S. 241.
- ²⁵⁸⁾ Graf Benckendorffs Bericht, 12./24. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁵⁹⁾ Graf Trauttmansdorffs Bericht, 18. März 1848, A. Wien.
- ²⁶⁰⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 27. März, A. München.
- ²⁶¹⁾ Nobilings Papiere, Preußische Jahrbücher 110, S. 292.
- ²⁶²⁾ Gegenwart, II, 551.
- ²⁶³⁾ Vossische Zeitung, 18. März 1913: „Im März des tollen Jahres“, Erinnerungen von Anna Hecker.
- ²⁶⁴⁾ Benckendorffs Bericht, 12./24. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁶⁵⁾ Lenz, a. a. O., II, 2, S. 219.

- ²⁶⁶⁾ Vgl. über die Studentenbewegung Lenz, a. a. O., S. 204f.
Paul Boerner, Erinnerungen eines Revolutionärs, I, 82f., 130.
- ²⁶⁷⁾ Georg Heer, Geschichte der deutschen Burschenschaft, III, 166.
- ²⁶⁸⁾ Meyendorff an Nesselrode, Privatbrief, 8./20. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁶⁹⁾ Graf Benckendorffs Bericht, 12./24. März 1848.
- ²⁷⁰⁾ Die Zahl der von den Soldaten verbrauchten Patronen wurde dem amerikanischen Gesandten von einem preußischen Offizier auf 100000 angegeben, Bericht vom 20. März, a. a. O.
- ²⁷¹⁾ Meyendorffs Bericht vom 17. März, Hoetzsch, a. a. O., III, S. 47.
- ²⁷²⁾ Graf Trauttmansdorffs Bericht, 18. März, A. Wien.
Graf Lerchenfelds Bericht, 18. März, A. München.
- ²⁷³⁾ Schaeffer-Bernsteins Bericht, 18. März 1848, A. Darmstadt.
- ²⁷⁴⁾ Rittmeister v. Manteuffels Bericht, Preußische Jahrbücher 110, S. 300.
- ²⁷⁵⁾ Graf Benckendorffs Bericht, Z. A. Moskau.
Nichts spricht dafür, wie Rachfahl will, den Bericht Prittwitzens, den er in der Nacht dem König erstattete, als sachlich unzutreffend und als außermilitärischen Motiven entsprungen zu bezeichnen. Rachfahl, a. a. O., S. 164. Benckendorffs Bericht ist die beste Widerlegung.
- ²⁷⁶⁾ Graf Benckendorffs Bericht, 12./24. März, Z. A. Moskau.
- ²⁷⁷⁾ So die eigenen Worte von Prittwitz, Preußische Jahrbücher 110, S. 309.
- ²⁷⁸⁾ Manteuffels Niederschrift, Preußische Jahrbücher 110, S. 309.
Prittwitz' Niederschrift, Preußische Jahrbücher 110, S. 413; dies wird bestätigt durch den „Bericht eines Zeitgenossen über den 10. März 1848“ (Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 1916, S. 37f.).
- ²⁷⁹⁾ Reinhardts Bericht, 19. März, A. Stuttgart.
- ²⁸⁰⁾ Über die einzelnen Vorgänge vgl. Rachfahl a. a. O., S. 205.
- ²⁸¹⁾ Trauttmansdorffs Bericht vom 28. März, A. Wien.
- ²⁸²⁾ Schaeffer-Bernsteins Bericht, 18. März, A. Darmstadt.
- ²⁸³⁾ Auch Oberst v. Schulz sagt in seiner von General von Prittwitz inspirierten, anonym erschienenen Schrift „Die Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkt aus geschildert“, Berlin 1850, S. 109: „Die ermüdete und hungernde Truppe.“ Was Meyerinck a. a. O., S. 161 über den von militärischer Seite selbst festgestellten Zustand der Truppe im Hinblick auf die drei späteren Feldzüge sagt, ist kindlich und entbehrt jeder Beweiskraft. Rein militärisch war der 18. März eher ein inneres — Jena als ein inneres Düppel. Ein Symptom für die seelische Zersetzung beim Militär war der Fall des Majors von Koschkull, der vor den Soldaten, stark erregt, den Vorsatz aussprach, den Dienst zu quittieren, und Abschied von den Feldwebeln nahm. Die Truppe hatte den Eindruck: nun verlassen uns gar die Offiziere! (Vgl. Preußische Jahrbücher 112, S. 327 [1903], „Zum 18. März 1848“ vom Generalkommando des Gardekörps; der Aufsatz ist stark tendenziös und schon methodisch sehr angreifbar; das Zeugnis angeblicher oder wirklicher Augenzeugen nach 50 Jahren ist wenig wert.) Die Ermüdung und schlechte Ernährung der Truppe hat Major Oelrichs schon am 16. März dem Prinzen von Preußen gemeldet, der auch Schritte dagegen tat — offenbar ergebnislos, vgl. O., Die Flucht des Prinzen von Preußen, S. 13, 26.
- ²⁸⁴⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 21. März 1848, A. Wien.
- ²⁸⁵⁾ v. Meyerinck, a. a. O., S. 167.
- ²⁸⁶⁾ Graf Benckendorffs Bericht, 12./24. März, Z. A. Moskau.
- ²⁸⁷⁾ Julius v. Hartmann, Lebenserinnerungen, Briefe und Aufsätze, S. 42, S. 37, über Tüpke vgl. unsern Text S. 445.
- ²⁸⁸⁾ Graf Lerchenfelds Berichte, A. München.
J. Lasker und F. Gerhard, Des deutschen Volkes Erhebung im Jahre 1848, S. 498; Adolf Carl (Adolph Streckfuß), Geschichte des Berliner Freiheitskampfes vom 18. März und seine Folgen, I, 111f.

- ²⁸⁹⁾ Gegenwart, II, 560; Dr. phil. W. v. Brockhusen, Leutnant i. d. 7. Artillerie-Brigade, „An sämtliche Berliner“, Aufruf vom 23.—24. März 1848.
- ²⁹⁰⁾ Vgl. Braß, Berliner Barrikaden, ihre Verteidigung und ihre Folgen mit sechs Federzeichnungen von L. Bürger, Berlin, 1848. Das Vorwort ist datiert vom 3. April 1848. Eine inhaltreiche, unmittelbar aus dem Miterleben entstandene Schrift.
- ²⁹¹⁾ Das von Lenz, a. a. O., II, 2, S. 212 angeführte Zeugnis eines Dr. Maaß aus den Polizeiakten, wonach der größte Teil der Gefallenen durch „Zufall“ umgekommen sein soll, hat gar keinen Quellenwert, denn was sollen spontane Äußerungen von meist weiblichen Angehörigen und anderen Rekonoszenten — alles keine Augenzeugen! — beweisen, die in Gegenwart von zwei Pfarrern unter der starken Erregung beim Anblick von 183 Leichen gefallen sind?
- ²⁹²⁾ Nobiling-Prittwitzisches Manuskript, Preußische Jahrbücher, 110, S. 445.
Manteuffels Bericht, Preußische Jahrbücher, 110, S. 441.
- ²⁹³⁾ Meyendorff an Nesselrode, 8./20. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁹⁴⁾ O., Die Flucht des Prinzen von Preußen, S. 43.
- ²⁹⁵⁾ Ludwig Maenner, Karl Gutzkow und der demokratische Gedanke, S. 24.
- ²⁹⁶⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 20. März, A. München.
Reinhards Bericht, 19. März, A. Stuttgart. Der Bericht beginnt mit den Worten: „La royauté militaire de la Prusse est tombée . . .“
- ²⁹⁷⁾ Bericht des württembergischen Gesandten Reinhard, 20. März. Er nennt die Namen der beiden liberalen Aristokraten.
- ²⁹⁸⁾ Meyendorff an Nesselrode, 8./20. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²⁹⁹⁾ Donelsons Bericht, 20. März, a. a. O.
- ³⁰⁰⁾ Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 1899, Nr. 1, S. 3; Erzählung Lindenaus auf Grund der Erinnerungen der Gräfin Oriola.
- ³⁰¹⁾ O., Die Flucht des Prinzen von Preußen, S. 54.
- ³⁰²⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 29. März, A. München.
- ³⁰³⁾ Gegenwart, II, 569.
- ³⁰⁴⁾ Lerchenfelds Bericht vom 31. März, A. München.
Benckendorffs Bericht vom 12./24. März, Z. A. Moskau.
- ³⁰⁵⁾ Lerchenfelds Bericht vom 26. März, A. München.
- ³⁰⁶⁾ Reinhards Bericht, 20. März, A. Stuttgart.
- ³⁰⁷⁾ L. v. Pastor, a. a. O., S. 229.
- ³⁰⁸⁾ R. Dohme, Unter fünf preußischen Königen; der König wählte diese Stute statt eines stattlichen Hengstes, zum Ärger des pferdefrohen Generals von Brandenstein, der äußerte: „Nicht mal ein Streitroß!“
- ³⁰⁹⁾ Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld gibt nach den Notizen von Ohrenzeugen die Worte des Königs an der wichtigsten Stelle folgendermaßen wieder: „Ich halte mich verpflichtet, mich an die Spitze der Bewegung und des einigen Teutschland zu stellen, ohne jedoch hierdurch den Rechten der übrigen deutschen Fürsten zu nahe treten zu wollen.“ Bericht vom 21. März, A. München.
- ³¹⁰⁾ Max v. Gagern schrieb an seinen Bruder Heinrich in der Nacht vom 21. und 22. März 1848: „Durch die ausgesprochene Selbstauflösung Preußens treten die acht Provinzen in die Parallele mit unsern Staaten, die Provinzialstände mit unsern Kammern.“
L. v. Pastor, a. a. O., S. 226.
- ³¹¹⁾ Vom Leben am preußischen Hofe 1815—52, S. 465.
- ³¹²⁾ Graf Benckendorff, Privatbrief vom 12./24. März, Z. A. Moskau.
- ³¹³⁾ Graf Lerchenfelds Bericht, 31. März, A. München.
- ³¹⁴⁾ Reinhards Bericht, 19. März, A. Stuttgart.
- ³¹⁵⁾ v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, I, S. 25f.

- ³¹⁹⁾ Vgl. Max Lenz, Bismarcks Plan einer Gegenrevolution im März 1848, Berlin 1930, bes. S. 23. Die maßgebenden Quellen, insbesondere Augustas Briefwechsel mit dem Prinzen von Preußen, sind leider vernichtet worden. Irgendeine politische Bedeutung hatten Bismarcks Versuche einer Gegenrevolution angesichts der überwältigenden Märzbewegung nicht; nur ihr Träger gibt der Episode ein gewisses Interesse.
- ³¹⁷⁾ Braß, a. a. O., S. 119.
- ³¹⁸⁾ Ministerium des Innern, Polizeiakten.
- ³¹⁹⁾ Trauttmansdorffs Berichte vom 20. März, 23. März, A. Wien.
- ³²⁰⁾ Graf Lerchenfelds Berichte, 22. und 28. März, A. München.
- ³²¹⁾ Bestätigt durch Graf Lehrbachs Bericht, Pastor, a. a. O., S. 233.
- ³²²⁾ Hansen, J., a. a. O., S. 52; Pastor, a. a. O., S. 238.
- ³²³⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 24. März 1848, A. Wien.
- ³²⁴⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht, 20. März, A. Darmstadt.
- ³²⁵⁾ Schäffer-Bernsteins Bericht, 22., 30. März, A. Darmstadt.
- ³²⁶⁾ Lerchenfelds Bericht, 23. März, A. München.
- ³²⁷⁾ Trauttmansdorffs Berichte, 23., 29. März, A. Wien.
- ³²⁸⁾ Graf Benckendorff schreibt am 13./25. März 1848: „Le discours que le Roi leur (den Offizieren der Potsdamer Garnison) a tenu a produit le plus horrible effet; il a oté à l'armée jusqu'au dernier l'espoir d'un mouvement sur Berlin et d'une réaction contre l'ordre des choses établi par la Révolte. On se résigne avec peine.“ Z. A. Moskau.
- ³²⁹⁾ Geh. St. A. Berlin; der Brief ging damals durch die Presse.
- ³³⁰⁾ Walter Heyn, Der deutsche Krieg gegen Dänemark, Hamb. Diss. 1922, Maschinenschrift.
- ³³¹⁾ Geh. St. A. Berlin.
- ³³²⁾ K. F. Samwer, Aufzeichnungen aus dem Nachlaß, Die Erhebung Schleswig-Holsteins, S. 12.

VII. Die Aprilrevolution

Bibliographie: Außenpolitik. Deutscher Bund, Vorparlament, Siebzehner, Fünfziger Ausschuß. Schweiz

- ¹⁾ Bericht des preußischen Gesandten Grafen Arnim aus Wien, 27. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁾ Biegelebens Bericht, 24. März, A. Darmstadt.
- ³⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg in Wien, A. München.
- ⁴⁾ A. München.
- ⁵⁾ Bericht des österreichischen Gesandten Freiherrn v. Brenner in München, 26. März 1848, A. Wien; Doeberl, Bayern und Deutschland, S. 23.
- ⁶⁾ Bernstorffs Bericht, 25. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁾ Jordans Bericht, 23. März, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁾ Oda Lohmeyer, Kurhessen und die deutsche Einheitsbewegung 1848/49, S. 26.
- ⁹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Stuttgart Freiherrn v. Malzen an den Grafen Waldkirch, 26. März 1848, A. München.
- ¹⁰⁾ Graf Beroldingen an Wächter, 29. März 1848, A. Stuttgart.
- ¹¹⁾ Gorčakovs Bericht, 27. März, Z. A. Moskau.
- ¹²⁾ Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁾ Arnims Bericht, 25. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁾ Arnims Bericht, 25. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁵⁾ Bericht des russischen Gesandten Ocerow, 25. März 1848, Z. A. Moskau.
- ¹⁶⁾ Bockelbergs Berichte, 23., 24., 26. März, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁾ Bockelbergs Bericht, 28. März 1848, Geh. St. A. Berlin.

- ¹⁸⁾ Berichte Dönhoffs, 14., 15., 16., 17., 19. März, Geh. St. A. Berlin; Bericht v. Grubens nach Darmstadt, 12. März, A. Darmstadt.
- ¹⁹⁾ Bockelbergs Bericht, 26. März, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁾ Gorčakovs Bericht, 27. und 29. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²¹⁾ Anlage zu Bernstorffs Bericht vom 16. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²²⁾ L. v. Pastor, a. a. O., S. 467, 473.
- ²³⁾ Dönhoffs Bericht, 25. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁴⁾ Dönhoffs Berichte, 29., 30. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
Roth und Merck, a. a. O., I, S. 88.
- ²⁵⁾ Dönhoffs Bericht, 1. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁶⁾ Arnims Bericht, 17. März, Geh. St. A. Berlin. Dönhoffs Bericht, 22. März, Geh. St. A. Berlin. Bericht des preußischen Gesandten v. Thun aus Stuttgart, 26. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁷⁾ Johann Gustav Droysen, Briefwechsel, herausgegeben v. Rudolf Hübner, I, S. 400, 401.
- ²⁸⁾ Frankfurter Bundesarchiv.
- ²⁹⁾ In Paris befanden sich 1847 an politischen Flüchtlingen:
- | |
|----------------|
| 6 212 Spanier, |
| 4 606 Polen, |
| 604 Italiener, |
| 178 Deutsche |
| 11 600 |

Bericht des preußischen Geschäftsträgers Grafen Hatzfeld vom 9. Juli 1847, auf Grund der über die politischen Flüchtlinge stattfindenden Kammerversammlung.

Außer dem bekannten Pariser „Vorwärts“ von 1844 war im gleichen Jahre als deutsch-französisches Journal: „Le pilote Germanique“ ins Leben getreten. Ferner bestand ein „Bureau Central Germanique“, das Auskünfte erteilte und Beschäftigung vermittelte. Es verfügte über 17 000 deutsche und 200 000 französische Adressen. Die Zahl der überhaupt in Paris wohnhaften Deutschen betrug 1847 mindestens 80 000, der bei weitem größte Teil davon war rein geschäftlich interessiert.

Der Wortlaut des Aufrufs der deutschen demokratischen Gesellschaft, der öffentlich in Paris angeschlagen wurde, ist nach dem in der Bibliothèque nationale in Paris befindlichen Exemplar gedruckt bei Pierre Quentin-Bauchart, Lamartine et la Politique étrangère de la Révolution du Février (1907), S. 170. Als Ziel der Arbeit der deutschen Legion in Paris wird darin die Proklamation der auf der Brüderschaft der „französischen und germanischen Nationalität“ aufgebauten deutschen Republik bezeichnet; Waffen, Munition, Geld, Bekleidungsstücke sollen gestiftet werden. Deutschland und Polen sollen zugleich befreit werden; der Aufruf schließt: „Vive la Fraternité des Peuples, qui empêchera à l'avenir toute guerre.“

- ³⁰⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München, Frhrn. v. Brenner, 23. März, A. München.
- ³¹⁾ Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Paris, Grafen Hatzfeldt, 14. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ³²⁾ Hatzfeldts Bericht, 19. März, Geh. St. A. Berlin.
- ³³⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg, 27. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ³⁴⁾ Einzelheiten bei Pfarrer Dr. Bunz, Der Franzosenfeiertag 1848, Reutlingen 1880.
- ³⁵⁾ Fr. Ley, Frankreich und die deutsche Revolution von 1848—1849, Kieler Diss. 1923, Maschinenschrift.
- ³⁶⁾ Bericht eines ungenannten, sehr kundigen Zeitgenossen in dem Aufsatz: „Das deutsche Vorparlament“, Gegenwart, II, 689.
- ³⁷⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Bockelberg in Darmstadt, 31. März 1848, Geh. St. A. Berlin.

Bericht des bayrischen Bundestagsgesandten v. Gasser in Frankfurt, 31. März, A. München.

- ³⁸⁾ Über das Vorparlament vgl. die Greifswalder Dissertation von Ulrich Freyer, Das Vorparlament zu Frankfurt a. M. im Jahre 1848, 1913.
- ³⁹⁾ Vorbereitende Versammlung für ein deutsches Parlament (Extrabeilage zur Frankfurter Oberpostamtszeitung) Nr. 1, Frankfurt a. M., den 2. April 1848. Offizieller Bericht über die Verhandlungen zur Gründung eines deutschen Parlamentes, S. 3f.
- ⁴⁰⁾ Offizieller Bericht, a. a. O., S. 19.
- ⁴¹⁾ Das deutsche Vorparlament, Gegenwart, II, 703. Der wertvolle Aufsatz ist für den ganzen Abschnitt zu vergleichen.
- ⁴²⁾ Offizieller Bericht, a. a. O., S. 71.
- ⁴³⁾ Offizieller Bericht, a. a. O., S. 77.
- ⁴⁴⁾ Offizieller Bericht, a. a. O., S. 81.
- ⁴⁵⁾ Die Beschlüsse des Vorparlamentes sind gedruckt u. a. bei Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht, I, 194.
- ^{45a)} Heinrich von Gagern, Das Leben des Generals Friedrich von Gagern III, 759, auch 753.
- ⁴⁶⁾ Bockelbergs Bericht, 3. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁴⁷⁾ Bundesarchiv Frankfurt.
- ⁴⁸⁾ Beilage zu Bockelbergs Bericht, 6. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- Ein Beispiel für die Abwehr der republikanischen Propaganda ist etwa das „Konstanz, den 15. März 1848“ datierte Flugblatt: „Die Reform oder die Republik, Ein Wort an das badische Volk und zunächst an die Bewohner des Seekreises.“ Der Verfasser Friedrich Hundshagen, der vor Illusionen und Täuschungen warnen wollte, bezeichnete sich als „ehemals Bürger von Amerika nun Bürger vom einigen Deutschland“. Auch er nimmt also amerikanische Erfahrung für sich in Anspruch. Beilage zu Arnims Bericht vom 13. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁴⁹⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Gerolt, Washington, 18. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁰⁾ Arnims Bericht, 24. März, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵¹⁾ Arnims Bericht, 11. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵²⁾ Arnims Berichte, 25., 29. März, 2. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵³⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Bern v. Sydow, 1. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁴⁾ Graf Beroldingen an v. Wächter, 5. April, A. Stuttgart.
- ⁵⁵⁾ Berichte des preußischen Gesandten v. Sydow, 4., 12. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁶⁾ Vgl. Paul Siegfried, Basel und der erste badische Aufstand im April 1848, Basel 1926.
- ⁵⁷⁾ Arnims Bericht, 2. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁵⁸⁾ Das Frankfurter Bundesarchiv enthält ein besonderes Konvolut: „Papiere, Nachrichten und Urkunden vom März bis September 1848 über die Umtriebe und Rüstungen in der Schweiz zum Zweck bewaffneten Aufbruchs in Deutschland enthaltend, insbesondere die Tätigkeit des von Johann Philipp Becker in Biel geleiteten Zentralausschusses der ‚Deutschen Legion in der Schweiz‘ vom März bis Ende Juli 1848.“ Hier finden sich Agentenberichte, Zeitungsnummern, Flugblätter und Broschüren, metallographierte Aufrufe und Instruktionen, auf denen unsere Darstellung beruht.
- ⁵⁹⁾ Sydows Bericht, 4. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁰⁾ v. Corvin, Ein Leben voller Abenteuer, Neue Ausgabe, herausgegeben von Hermann Wendel, S. 429. Dort auch vieles Einzelne. Die Freiburger Gerichtsakten stellten später unter den Gefangenen 67 französische Untertanen fest, darunter wohl viele Elsässer. Vgl. F. Lipp, Georg Herweghs viertägige Irr- und Wanderfahrt usw. in: Blätter aus der Markgrafschaft, 3. Heft, 1917, S. 27.
- ⁶¹⁾ Bericht des preußischen Geschäftsträgers Grafen Hatzfeldt, 14. März 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶²⁾ Bericht des russischen Gesandten Ocerow, 15. Januar 1848, Z. A. Moskau.
- ⁶³⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe v. Verger, 21. April, A. München.
- ⁶³⁾ Brief an Hecker vom 15. März in: Briefe von und an Georg Herwegh, 1896, S. 115.

- ⁶⁴⁾ Arnims Bericht, 5. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁵⁾ Arnims Bericht, 15. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁶⁾ Weisung des Ministeriums an Dönhoff, 20. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁷⁾ Bericht des preußischen Gesandten v. Thun in Stuttgart vom 14. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁸⁾ Sydows Bericht, 19. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁶⁹⁾ Akten betr. öffentliche Sicherheit, Fünfziger Ausschuß, A. Frankfurt.
- ⁷⁰⁾ Arnims Bericht, 19. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷¹⁾ Gegenwart, III, 465.
- ⁷²⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe v. Verger, 4. April 1848, A. München.
- ⁷³⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe, 10. April 1848, A. München.
- ⁷⁴⁾ Arnims Bericht, 11. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁵⁾ Arnims Bericht, 2. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁶⁾ Bericht des russischen Gesandten in Karlsruhe Ocerow, 28. März 1848, Z. A. Moskau.
- ⁷⁷⁾ Niederschrift des Registrators Wilhelm D. vom 17. Mai 1848 („Mannheim im April 1848“, Mannheimer Geschichtsblätter, VII, S. 101f.).
- ⁷⁸⁾ Arnims Bericht, 9. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁷⁹⁾ Arnims Bericht, 12. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁰⁾ Arnims Bericht, 15. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸¹⁾ Bundesarchiv Frankfurt. Denselben Zweck verfolgte eine Eingabe des Bürgervereins in Tuttlingen an den Fünfzigerausschuß. Hier war auch verlangt, Markgraf Wilhelm von Baden solle vom Kommando des VIII. Armeekorps entfernt werden, „ein Mann, den die allgemeine Stimmung des Volkes als die Seele aller gegen die deutsche Freiheit in Baden gerichteten Anschläge betrachtet“.
- ⁸²⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart v. Thun, 7. April 1848, Geh. St. A. Berlin. Korrespondenz zwischen dem württembergischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Beroldingen und dem württembergischen Gesandten in Karlsruhe v. Wächter, 19. März, 1. April, 2., 3., 6. April, 9. April, 14., 19. April.
- ⁸³⁾ Akten betr. öffentliche Sicherheit. Fünfzigerausschuß, Bundesarchiv Frankfurt.
- ⁸⁴⁾ Arnims Bericht, 19. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁵⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe v. Verger, 7. April 1848, A. München.
- ⁸⁶⁾ v. Bockelbergs Bericht, 9. April, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁷⁾ Arnims Bericht, 2. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁸⁸⁾ Akten betr. öffentliche Sicherheit, Fünfzigerausschuß, A. Frankfurt.
- ⁸⁹⁾ Dönhoffs Bericht, 14. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹⁰⁾ Bericht des bayrischen Gesandten v. Verger in Karlsruhe, 13. April, A. München. Heinrich v. Gagern, Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern, III, 841. Arnims Bericht, 14. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹¹⁾ Arnims Bericht, 15. u. 17. April 1848, Geh. St. A. Berlin.
- ⁹²⁾ Bericht des bayrischen Gesandten in Karlsruhe Frhrn. v. Verger vom 25. April 1848. A. München. Der Gesandte bemerkt ausdrücklich, daß er dies aus sicherer Quelle habe, und nennt als seinen Gewährsmann den hessischen General v. Gerlach.
- ⁹³⁾ v. Vergers Bericht, 22. April 1848, A. München.
- ⁹⁴⁾ So auch noch bei L. Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern, S. 251.
- ⁹⁵⁾ Vgl. das Urteil des kriegserfahrenen Generals Jochmus:
 „Der General ist nach zweimaligem nutzlosem Parlamentieren in der Mitte seines Truppenteils geblieben, nachdem schon vor ihm oder mindestens gleichzeitig ein oder mehrere seiner Leute tot oder verwundet waren.“ Jochmus nennt auch Gagens Truppenaufstellung „fehlerhaft und unrichtig“. (August v. Jochmus' Gesammelte Schriften, IV, S. 197. Niederschrift vom 30. November 1857.)

⁹⁶⁾ Auf dem Zentralarchiv in Moskau habe ich eine Abschrift des Berichts gefunden, den der hessische Oberst v. Hinkeldey dem hessischen Kriegsministerium unmittelbar nach dem Gefecht bei Kandern erstattete. Er ist datiert: „Emmendingen, den 21. April 1848, morgens 4 Uhr.“ Hinkeldey hat nach Gagerns Tode das Kommando der Division übernommen. Dieser Bericht enthält nichts von der Beschuldigung des Meuchelmordes. Er sagt vielmehr ausdrücklich, daß sich General von Gagern zurückgezogen und das Pferd bestiegen habe und daß in diesem Augenblicke, also nach Abbruch aller Verhandlungen, die Salve erfolgt sei. Er sagt auch, daß diese Salve „die Anrückenden“, also die Truppen, zurückgedrängt habe. Er verschweigt den Angriffsbefehl des Generals. Dieser Bericht ist das stärkste Zeugnis vor allem gegen Hinkeldey selbst, der später die Verleumdung gegen Hecker verbreitete, dieser habe den General von Gagern bei einer friedlichen Besprechung meuchlings niedergeschossen oder niederschießen lassen. Hecker war bei der Katastrophe selbst überhaupt nicht mehr zugegen, sondern befand sich weiter hinten. Vgl. Hecker, Fr., Die Erhebung des Volks in Baden für die deutsche Republik; Mögling, Briefe an meine Freunde; Johannes Scherr, 1848, II, S. 74.; H. v. Gagern, Das Leben Generals Friedrich v. Gagern, III, S. 841.

Als der Präsident des Fünfzigerausschusses von Soiron in öffentlicher Sitzung mitteilte, „der General von Gagern sei, während er als Parlamentär bei den Insurgenten weilte, meuchlings getötet worden“, machte Dr. Pelissier aus Hanau eine „Genf, den 27. April 1848“ datierte Eingabe, in der er unter Hinweis auf den damit im Widerspruch stehenden offiziellen Bericht des badischen Ministeriums Bekk (veröffentlicht Frankfurter Journal Nr. 114, dritte Beilage, enthält auch den Bericht des Regierungsrats Stephani) eine genaue Untersuchung seitens des Fünfzigerausschusses verlangt; dies fordere dessen Ehre. Der Ausschuß ging am 1. Mai darüber zur Tagesordnung, nachdem Soiron und andere Mitglieder Erklärungen abgegeben hatten. (Fünfzigerausschuß, Akten betr. öffentliche Sicherheit, A. Frankfurt.)

⁹⁷⁾ v. Vergers Bericht vom 22. April 1848, A. München.

⁹⁸⁾ v. Arnims Bericht, 26. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

⁹⁹⁾ v. Arnims Bericht, 7. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁰⁾ v. Arnims Bericht, 3. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰¹⁾ v. Arnims Bericht, 24. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰²⁾ v. Arnims Bericht, 28. April 1848, Geh. St. A. Berlin. Graf Beroldingen an Freiherrn von Wächter, 20. April 1848, A. Stuttgart.

Mannheimer Geschichtsblätter, VII, S. 101.

¹⁰³⁾ v. Arnims Bericht, 24. April, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁴⁾ Arnims Bericht, 20. April, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁵⁾ Arnims Bericht, 24. April, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁶⁾ Arnims Bericht, 28. April, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁷⁾ Arnims Bericht, 13. April, Geh. St. A. Berlin.

Vgl. auch Briefe von und an Georg Herwegh, herausgegeben von Marcel Herwegh, 1898, S. 333; dort der Bericht von Professor Krebs vom 27. April 1877.

¹⁰⁸⁾ Sydows Berichte, 22., 29. April 1848, Geh. St. A. Berlin.

¹⁰⁹⁾ Arnims Bericht, 28. April, Geh. St. A. Berlin.

¹¹⁰⁾ Arnims Bericht, 3. Mai, Geh. St. A. Berlin.

¹¹¹⁾ Arnims Bericht, 10. Mai, Geh. St. A. Berlin.

¹¹²⁾ Gegenwart, III, 483.

¹¹³⁾ Arnims Bericht, 10. Mai, Geh. St. A. Berlin.

¹¹⁴⁾ Bericht des österreichischen Gesandten in München, 24. März 1848, A. Wien.

¹¹⁵⁾ Bernstorffs Bericht, 3. April, Geh. St. A. Berlin.

¹¹⁶⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 15. April, 22. April, 1., 2. Mai, A. Stuttgart.

- ¹¹⁷⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Waldkirch aus Karlsruhe, 8. März 1848 A. München.
- ¹¹⁸⁾ Bernstorffs Bericht, 2. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹¹⁹⁾ Bernstorffs Bericht, 19. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁰⁾ Fürst Gorčakovs Bericht, 1. Mai, Z. A. Moskau.
- ¹²¹⁾ Bericht des preußischen Gesandten, 14. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²²⁾ Württembergische Kabinettsakten, Bericht des Geh. Legationsrates v. Maucler an den Staatsminister Römer, 10. April 1848, A. Stuttgart.
- ¹²³⁾ und ¹²⁴⁾ Graf Beroldingen an v. Wächter, 5. Mai.
Graf Beroldingen an den badischen Ministerresidenten in Stuttgart v. Porbeck, 13. Ma .
- ¹²⁵⁾ Bockelbergs Bericht, 20. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁶⁾ Bockelbergs Bericht, 9. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁷⁾ Bockelbergs Bericht, 11. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁸⁾ Bockelbergs Bericht, 15. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹²⁹⁾ Bericht des großh. hessischen Bundestagsgesandten v. Gruben aus Frankfurt, 9. April, A. Darmstadt, auf Grund eines beim Bundestag zirkulierenden Schreibens des preußischen Generalkommandos in Koblenz.
- ¹³⁰⁾ Bockelbergs Bericht, 20. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³¹⁾ v. Grubens Bericht, 11. April, A. Darmstadt.
- ¹³²⁾ v. Grubens Bericht, 14. April, A. Darmstadt.
- ¹³³⁾ Akten, betreffend öffentliche Sicherheit, Fünfzigerausschuß, A. Frankfurt.
Verhandlungen des Fünfzigerausschusses, 22. April 1848.
- ¹³⁴⁾ Eingabe vom 20. April, Akten betr. öffentliche Sicherheit, Fünfzigerausschuß, A. Frankfurt.
- ¹³⁵⁾ Berichte an den Verwaltungsrat und den Direktor der Taunusbahn Rat Beil vom 5. und 6. April aus Kassel; Akten des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
Bockelbergs Bericht, 11. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹³⁶⁾ Akten, betr. öffentliche Sicherheit, Fünfzigerausschuß, A. Frankfurt.
- ¹³⁷⁾ Robert Blum an seine Frau, 15. oder 16. April 1848; L. Bergsträßer, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern, S. 354.
- ¹³⁸⁾ Blum hat in der Sitzung des Fünfzigerausschusses vom 22. April einen ausführlichen Bericht über die Aachener Unruhen gegeben, gegen den der Gemeinderat am 3. Mai Einsprache erhoben hat. Akten des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
- ¹³⁹⁾ Dr. Brunner, Die sogenannte Garde-du-Corps-Nacht, Mitteilungen an die Mitglieder des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Jahrgang 1908/09, S. 25.
- ¹⁴⁰⁾ Berichte des preußischen Gesandten in Kassel Grafen Galen, 10., 12. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴¹⁾ Auguste Schwedes, Theodor Schwedes, S. 225.
- ¹⁴²⁾ Berichte des preußischen Gesandten in Dresden, 13. und 18. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴³⁾ Akten des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
Die Gesamtkosten des Fünfzigerausschusses betrugen nach der Abrechnung der Kasse der Reichsversammlung vom 24. November 1858 17950 Fl., davon 14074 Fl. Diäten.
- ¹⁴⁴⁾ A. Springer, Geschichte Österreichs, II, 265.
- ¹⁴⁵⁾ Bockelbergs Bericht, 14. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁶⁾ Protokolle des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
- ¹⁴⁷⁾ Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht, I, S. 206 und 267.
- ¹⁴⁸⁾ Berichte des preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff, 7., 8. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁴⁹⁾ Berichte des preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff, 11., 15., 21., 26. April, Geh. St. A. Berlin.
Vgl. Springer, Anton, F. C. Dahlmann, II, 200; O. Perthes, Bundestag und Nationalversammlung usw., S. 11, 16, 19, 25, 173.

- ¹⁵⁰⁾ Bockelbergs Berichte, 3. Mai, 16. Mai, Geh. St. A. Berlin.
 Vgl. R. Hübners Arbeiten über die Siebzehner, unsere Bibliographie Nr. 223, 289, 291;
 E. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke, S. 77; Roth und Merck, a. a. O.,
 S. 209f., 370. Interessant ist das Urteil des amerikanischen Staatsmannes John Calhoun
 über den Verfassungsentwurf der Siebzehner, das er in einem Brief an den preußischen
 Gesandten in Washington v. Gerolt niederlegte (mitgeteilt in dessen Bericht vom 28. Mai
 1848, Geh. St. A. Berlin).
 „A constitution based on national unity and with such extensive powers would, it seems
 to me, form too intimate and close a Union for a people divided into communities, with
 political institutions so very different and interests so very conflicting. The union would be
 much closer than between the states of our union and the powers possessed by the Empire
 would be much greater than those possessed by our federal Government.
 If France has taken the head in pulling down the old government it is reserved for
 Germany, if I do not mistake, to take the head in the more glorious task of constructing the
 new on true principles. The charakter of the people is well suited to establish and maintain
 constitutional governments, and she has ample and excellent materials wherewith to con-
 struct them — far better than France or any other country on the continent of Europe. On
 her success will depend, not only the successful consumation of what the recent revolutions
 aimed at in Germany, but in the rest of Europe. If she fails all others probably will.“
- ¹⁵¹⁾ Degenfeld an Beroldingen, 8. Mai, A. Stuttgart.
¹⁵²⁾ Bray an Luxburg, 4. Mai und 12. Mai, Luxburg an Bray, 12. Mai, A. München.
¹⁵³⁾ Doeberl, M., Bayern und Deutschland, S. 35.
 Roth und Merck, a. a. O., S. 385.
¹⁵⁴⁾ Bericht Vergers, 10. Mai, Archiv München.
¹⁵⁵⁾ Roth und Merck, a. a. O., S. 422f.
¹⁵⁶⁾ F. Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, S. 85, 93.
¹⁵⁷⁾ Bericht des preußischen Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff, April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁵⁸⁾ Akten des Fünfzigerausschusses, Anonyme Zuschrift, ad acta, 17. April 1848, A. Frankfurt.
¹⁵⁹⁾ Bericht des preuß. Bundestagsgesandten Grafen Dönhoff, 11. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁶⁰⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 17. April, A. Wien.
¹⁶¹⁾ Akten des Fünfzigerausschusses, Comitésitzung vom 12. April, A. Frankfurt.
¹⁶²⁾ Walter Heyn, Der deutsche Krieg gegen Dänemark im Jahre 1848, Hamb. Diss. Maschinen-
 schrift.
¹⁶³⁾ Roth und Merck, a. a. O., I, S. 295f.
¹⁶⁴⁾ Akten des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
¹⁶⁵⁾ Graf Degenfelds Bericht aus München, 16. Mai, A. Stuttgart.
¹⁶⁶⁾ Dönhoffs Bericht, 17. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁶⁷⁾ Weisung an Dönhoff, 19. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁶⁸⁾ Dönhoffs Bericht, 20. April, Geh. St. A. Berlin.
 Akten des Fünfzigerausschusses, A. Frankfurt.
¹⁶⁹⁾ Dönhoffs Bericht, 14. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷⁰⁾ Dönhoffs Bericht, 8. Mai, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷¹⁾ Dönhoffs Bericht, 15. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷²⁾ Dönhoffs Berichte, 2. und 3. Mai, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷³⁾ Dönhoffs Berichte, 18. April, 22., 27. April.
 Roth und Merck, a. a. O., S. 320, 466.
 Bericht des württembergischen Gesandten v. Sternenfels, 1. Mai, A. Stuttgart.
¹⁷⁴⁾ Dönhoffs Berichte, 1. und 2. Mai, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷⁵⁾ Bockelbergs Bericht, 7. April, Geh. St. A. Berlin.
¹⁷⁶⁾ Bockelbergs Bericht, 14. April, Geh. St. A. Berlin.

- ¹⁷⁷⁾ Dönhoffs Bericht, 18. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁸⁾ Dönhoffs Bericht, 20. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁷⁹⁾ Weisung an Dönhoff, 22. April; Note an Sachsen. 26. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸⁰⁾ Dönhoffs Bericht, 19. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸¹⁾ Dönhoffs Bericht, 21. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸²⁾ Dönhoffs Berichte, 3. Mai, 13. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸³⁾ Zuerst mitgeteilt von Karl Biedermann, Beiträge zur Geschichte des Frankfurter Parlamentes, Hist. Taschenbuch, Fünfte Folge, 7. Jahrgang, Leipzig 1877, S. 107f.
- ¹⁸⁴⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, München, 8. Mai 1848.
- ¹⁸⁵⁾ Bericht des Gesandten v. Sternenfels, 1. Mai 1848, A. Stuttgart.
- ¹⁸⁶⁾ Gorčakovs Bericht, 17. Mai 1848, Z. A. Moskau.
- ¹⁸⁷⁾ Dönhoffs Bericht, 26. April, Geh. St. A. Berlin.
- ¹⁸⁸⁾ A. Frankfurt.
- ¹⁸⁹⁾ Vollständig abgedruckt bei Quarck, M. Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 50.
- ¹⁹⁰⁾ Carl Grünberg, Die Londoner kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/48, Archiv für Geschichte des Sozialismus, IX, 249f.
- ¹⁹¹⁾ Quarck, a. a. O., S. 36f.; St. Born, Erinnerungen, passim.
- ¹⁹²⁾ Gegenwart, IV, S. 279.
- ¹⁹³⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 7. April, A. Wien.
- ¹⁹⁴⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 31. März, A. Wien.
- ¹⁹⁵⁾ Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, I, 36; Bailleu und Schuster, Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta, I, 514f.
- ¹⁹⁶⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 2. Mai 1848, A. Wien.
- ¹⁹⁷⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 26. März, A. Wien.
- ¹⁹⁸⁾ Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutsche Polenfreundschaft, S. 36f.
Circourt, A. de, Souvenirs d'une mission à Berlin, I, 370f., 422f.
- ¹⁹⁹⁾ Für alle Einzelheiten vgl. M. Laubert, Die preußische Polenpolitik, 1772—1914, S. 95f.
- ²⁰⁰⁾ Denkschrift des polnischen Nationalkomitees über den gegenwärtigen Zustand in Posen an den General von Willisen vom 6. April 1848. Abgedruckt in d. Beilage zur Frankfurter Oberpostamtszeitung. Anlage zu Dönhoffs Bericht vom 30. April, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰¹⁾ Weisung an Dönhoff, 6. April, Geh. St. A. Berlin. Trauttmansdorffs Bericht, 7. April, A. Wien.
- ²⁰²⁾ Vgl. d. Denkschrift d. Generals v. Colomb, Zeitschrift f. osteuropäische Geschichte, IV, 338.
- ²⁰³⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 20. April, A. Wien.
- ²⁰⁴⁾ v. Sydows Bericht aus Bern, 3. Mai 1848, Geh. St. A. Berlin; vgl. Hallgarten, a. a. O., S. 88
nebst der Anmerkung 200. Die Zahl der Deutschen überschritt wohl sicher 400000.
- ²⁰⁵⁾ Reinhardts Bericht, 12. April, A. Stuttgart.
- ²⁰⁶⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 28. April, A. Wien.
- ²⁰⁷⁾ Hatzfeldts Bericht, Paris, 3. April, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁸⁾ Hatzfeldts chiffrierte Depesche vom 8. Mai, Hatzfeldts Bericht vom 15. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁰⁹⁾ Hatzfeldts Berichte, 24., 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²¹⁰⁾ Bunsens Berichte, 31. März, 8. April, 14. April, Geh. St. A. Berlin.
- ²¹¹⁾ Hatzfeldts Berichte, 8., 25. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²¹²⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen aus München, 2., 3. April 1848, A. Stuttgart.
- ²¹³⁾ Heinrich v. Gagern, a. a. O., II, S. 775.
- ²¹⁴⁾ Fürst Gorčakovs Bericht aus Stuttgart, 18. Februar, 1. März, Z. A. Moskau.
- ²¹⁵⁾ Zeitschrift für osteuropäische Geschichte, II, 557.
- ²¹⁶⁾ Th. Schiemann, Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus, I, S. 141.
- ²¹⁷⁾ A. Frankfurt.
- ²¹⁸⁾ Bericht des russischen Gesandten Ozerov in Karlsruhe, 30. April, Z. A. Moskau.

- ²¹⁹⁾ Th. Schiemann, Russische Angriffe und Anschläge auf Deutschland, Süddeutsche Monatshefte, Februar 1915; Ergänzung dazu a. a. O., Juli 1915.
- ²²⁰⁾ Otto Perthes, Bundestag und deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848, S. 170. Aufzeichnungen von Perthes auf Grund von Mitteilungen von Fischer.
- ²²¹⁾ Gorčakovs Bericht, Stuttgart, 10. April 1848, Z. A. Moskau.
Vgl. A. de Circourt, Souvenirs d'une mission à Berlin. 1848, Paris 1908, S. 307, 326f.
- ²²²⁾ Privatschreiben d. Bundestagsgesandten v. Gasser. Frankfurt, 15. März 1848, A. München.
- ²²³⁾ Gorčakovs Berichte, Stuttgart, 15./27. Februar 1848, Z. A. Moskau.
- ²²⁴⁾ Benckendorffs Berichte, 12./24. März 1848, Z. A. Moskau.
- ²²⁵⁾ Trauttmansdorffs Berichte, 12. April, 5. Mai, Geh. St. A. Berlin. Reinhardts Bericht, 12. Mai, A. Stuttgart.
- ²²⁶⁾ Luxburgs Bericht, 26. April, A. München.
- ²²⁷⁾ Bernstorffs Bericht, 19. April, Geh. St. A. Berlin.
- ²²⁸⁾ Brenners Berichte, 17., 27. April, 8. Mai, A. Wien.
- ²²⁹⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 2. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²³⁰⁾ Gegenwart, X, 152.
- ²³¹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg in Wien, 18. März, A. München.
- ²³²⁾ Reschauer, a. a. O., II, S. 20.
- ²³³⁾ Wiener Zeitung, Nr. 102, 12. April, Kundmachung vom 10. April, unterzeichnet vom Oberkommandanten Grafen Hoyos.
- ²³⁴⁾ Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, I, S. 54.
- ²³⁵⁾ Biegelebens Berichte, 23., 31. März, A. Darmstadt.
- ²³⁶⁾ Biegelebens Bericht, 31. März, A. Darmstadt.
- ²³⁷⁾ Biegelebens Bericht, 4. April, A. Darmstadt.
- ²³⁸⁾ Bericht des österreichischen Gesandten Frhrn. v. Brenner in München, 10. April, A. Wien.
- ²³⁹⁾ Bericht des österreichischen Gesandten Frhrn. v. Brenner in München, 10. April, A. Wien.
- ²⁴⁰⁾ Biegelebens Bericht in München, 11. April, 8. Mai, A. Darmstadt.
- ²⁴¹⁾ Bericht des bayrischen Gesandten Grafen Luxburg aus Wien, 17. April, A. München.
- ²⁴²⁾ Biegelebens Bericht, 25. April, A. Darmstadt.
- ²⁴³⁾ Gegenwart, X, 154.
- ²⁴⁴⁾ „Armenseelichtl für Liguorianer, Redemptoristen und Jesuiten“, abgedruckt in dem Buche des Verfassers, Friedrich Unterreiter, Die Revolution in Wien vom März und Mai 1848, Wien 1848.
- ²⁴⁵⁾ Biegelebens Bericht, 4. Mai, A. Darmstadt.
- ²⁴⁶⁾ Luxburgs Bericht, 20. April, A. München.
- ²⁴⁷⁾ Luxburgs Bericht, 20. März, A. München.
- ²⁴⁸⁾ Biegelebens Bericht, 8. Mai, 13. Mai, A. Darmstadt.
- ²⁴⁹⁾ A. Springer, Dahlmann II, 249; E. Brandenburg, a. a. O., S. 83; dort alle Einzelheiten.
- ²⁵⁰⁾ Trauttmansdorffs Bericht, 5. April, A. Wien.
- ²⁵¹⁾ Vgl. die Schlußworte von Paul Boerner, Erinnerungen eines Revolutionärs, II, 264.
- ²⁵²⁾ v. Bockelbergs Bericht, 13. April, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁵³⁾ v. Bockelbergs Bericht, 10. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁵⁴⁾ Schaeffer-Bernsteins Bericht, 5. April, A. Darmstadt. ²⁵⁵⁾ A. Frankfurt.
- ²⁵⁶⁾ Märkisches Museum, Berlin.
- ²⁵⁷⁾ Graf Degenfeld an Graf Beroldingen, 8. Mai, A. Stuttgart.
- ²⁵⁸⁾ Hermann Hirzel, G. G. Gervinus' politische Ideen, Tüb. Diss. 1922, S. 62.
- ²⁵⁹⁾ Bockelbergs Bericht, 16. Mai, Geh. St. A. Berlin.
- ²⁶⁰⁾ Dönhoffs Bericht, 11. März, Geh. St. A. Berlin. ²⁶¹⁾ A. Frankfurt.

Bibliographie

Allgemeine Darstellungen

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 10970f.

- Die Gegenwart. Enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte. 12 Bde. Leipzig 1848—56.
2. Taillandier, M. Saint-René, Etudes sur la Révolution en Allemagne, 2 Bde., Paris 1853.
 3. Kaltenborn, C. von, Geschichte der deutschen Bundesverhältnisse und Einheitsbestrebungen 1806—1856, Berlin 1857.
 4. Deutsche Reformbestrebungen vom März 1848 bis zum 15. Mai 1851. Hannover 1866.
 5. Becker, B., Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution von 1848 beleuchtet in sozialer, nationaler und staatlicher Beziehung. Wien 1868—69. 3. Ausg. Braunschweig 1873.
 6. Klüpfel, K., Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—71. 2 Bde. Berlin 1872—73.
 7. Scherr, Johannes, 1848, ein weltgeschichtliches Drama. 2 Bde. Leipzig 1875.
 8. Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 5 Bde. Leipzig 1879—94 u. öfter.
 9. Bernstein, A., Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens und Deutschlands von den Märztagen bis zur neuesten Zeit. 3 Bde. Berlin 1882—84.
 10. Jastrow, J., Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung. 1885.
 11. Stratz, R., Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa. 2 Teile. Heidelberg 1888—91.
 12. Sybel, Heinrich v., Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., 1. Band 1889; Volksausgabe 1901.
 13. Zwiadeneck-Südenhorst, Hans von, Deutsche Geschichte, 1806—1871. Stuttgart 1895—1905.
 14. Schwemer, Richard, Restauration und Revolution, 1. Aufl. Leipzig 1902 u. öfter.
 15. Blum, Hans, Die deutsche Revolution 1848—49. Florenz 1897.
 - 15a. Fuchs, Eduard, Das Jahr 1848 in der Karikatur. München 1898.
 16. Radandt, Hans, Die deutsche Volkserhebung 1848—49. Leipzig 1898.
 17. Hagenmeyer, K., Die Revolutionsjahre 1848—49. Schilderungen auf Grund eigener Anschauung und persönlicher Erlebnisse. Karlsruhe 1899.
 18. Blum, Hans, Vorkämpfer der deutschen Freiheit. Lebens- und Charakterbilder. Berlin 1899.
 19. Eberstein, Alfred Frhr. v., Über die Revolution in Preußen und Deutschland 1848—49. Hist. Studie. 2 Bde. Leipzig 1899—1900.
 20. Kaufmann, Georg, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1900. Volksausgabe: Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1912.
 21. Hartmann, Otto, Die Volkserhebung im Jahre 1848 u. 1849 in Deutschland. Berlin 1900.
 22. Woerle, Karl, Miterlebtes. Aus den Tagen der deutschen Revolution und deren Vorgeschichte. Leipzig 1906.
 23. Weber, O., 1848. Leipzig 1904. 2. Aufl. 1909.
 24. Lenz, Max, 1848. In: Kleine historische Schriften. Bd. 1. München u. Berlin 1910. 2. Aufl. 1913. Bd. 2. 1920. 3. Aufl. Bd. 1. 1922.

25. Lenz, Max, Geschichte der Kgl. Friedr.-Wilhelms-Universität zu Berlin. 4 Bde. Halle 1910—18.
26. Marcks, Erich, 1848. In: Männer und Zeiten, Leipzig, 1. Aufl. 1911, 6. Aufl. 1922.
27. Brandenburg, Erich, Die deutsche Revolution 1848. Leipzig 1912. 2. verb. Aufl. 1919.
28. Bergsträsser, Ludwig, Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1849. Mit Vorentwürfen, Gegenvorschlägen und Modifikationen bis zum Erfurter Parlament. Bonn 1913.
29. Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der Reichsverfassung. Tübingen 1914.
30. Brandenburg, Erich, Die Reichsgründung. — Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung. 2 Bde. Leipzig 1916. Zweite Auflage des 1. Bandes, Leipzig (1922).
31. Stern, Alfred, Geschichte Europas von 1815—71. Abt. 3. Bd. 7. Stuttgart u. Berlin 1916.
32. Blos, Wilhelm, Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Stuttgart o. J. (1916).
33. Hoppenstedt, Julius, Revolutionen 1789, 1848, 1918. Ht. 1. 2 Bde. Berlin 1919—20.
34. Bergsträsser, Ludwig, Die politischen Parteien. Mannheim 1920 u. öfter.
35. Hoche, Die französische und die deutsche Revolution. Jena 1920.
36. Kaindl, R. F., 1848/49 — 1866 — 1918/19. Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung. München 1920.
37. Valentin, Veit, Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland. Berlin 1920.
38. Riemann, Robert, Schwarzrotgold. Die politische Geschichte des Bürgertums seit 1815. Leipzig 1921.
39. Kampffmeyer, Paul, Das deutsche Volk und die deutschen Fürsten in der deutschen Einheitsbewegung. Stuttgart u. Berlin 1921.
40. Herford, W. H. (Herausgeber), Intellectual and social History of Germany in the Nineteenth Century. Manchester University Series, 2 Bde. o. J.
41. Kampffmeyer, Paul, Die erste deutsche Revolution. Berlin 1925.
42. Gazley, John Geron, American opinion of German Unification, 1848—71. New York 1926.
43. Kalkschmidt, Eugen, Deutsche Freiheit und deutscher Witz. Ein Kapitel Revolutionssatire aus der Zeit von 1830—1850. Hamburg, Berlin u. Leipzig 1928.
44. Heer, Georg, Geschichte der deutschen Burschenschaft. Bes. III. Bd., Die Zeit des Progresses. Heidelberg 1929.
45. Valentin, Veit und Neubecker, Ottfried, Die deutschen Farben. Leipzig 1929 (dort auch eine kritische Bibliographie über die Farbenfrage).

*

46. Oncken, Hermann, Zur Genesis der preußischen Revolution von 1848. Forschungen zur brandenburg.-preuß. Geschichte. Bd. 13. 1900. S. 122—152.
47. Valentin, Veit, Neue Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Revolution von 1848—49. Die Geisteswissenschaften. Jahrg. 1914. 15. Jan. S. 430—433.
48. Harden, Maximilian, Achtundvierzig. Die Zukunft. 26. Jahrg. Nr. 20. 13. April 1918.
49. Bergsträsser, Ludwig, Parteien von 1848. Preußische Jahrbücher. Bd. 177, Augustheft, 1919.
- 49a. Valentin, Veit, Das Jahr 1848 und die deutsche Gegenwart, Frankfurter Zeitung 18. März 1928. II. M. B.

Ernst Moritz Arndt

50. Ernst Moritz Arndt, Ein Lebensbild in Briefen. Nach ungedruckten und gedruckten Originalen hrsg. v. Heinrich Meißner u. Robert Geerds. Berlin 1898.
- 50a. Müsebeck, Ernst, Ernst Moritz Arndt, I. Bd., 1914.
51. Friedmann, Moritz, Ernst Moritz Arndts Patriotismus in seiner humanistischen Epoche. Phil. Diss. Erlangen 1925.

*

52. Ernst Moritz Arndt zur schleswig-holsteinischen Frage (Aug. 1850). Mitgeteilt v. R. Doebner. Hist. Zeitschrift. Bd. 68. S. 444—449. 1892. Vgl. Nr. 1104.
53. Briefe v. Ernst Moritz Arndt aus dem Frankfurter Parlament. Mitgeteilt v. Carl G. Brandis. Deutsche Rundschau. Bd. 81. S. 117—128. Okt. 1894.
54. Meißner, Heinrich, Ernst Moritz Arndt im Parlament. Deutsche Revue. Bd. 21. S. 345—351. 1896.

55. Meißner, Heinrich, Ernst Moritz Arndt im Parlamente. Berliner Bär. Bd. 23. Nr. 38. S. 448—450. Nr. 39. S. 459—461. 1897.
56. Hasenclever, Adolf, Ungedruckte Briefe von Ernst Moritz Arndt aus den Jahren 1814—51 an den Kaufmann und Fabrikanten Josua Hasenclever in Remscheid-Ehringhausen. Beilage zur Allgemeinen Zeitung, München. 1905. Nr. 175 (1. 8.). S. 209—212. Nr. 176. (2. 8.) S. 220—222.
57. Meusel, Friedrich, E. M. Arndt und Friedrich Wilhelm IV. über die Kaiserfrage. Hohenzollernjahrbuch 12. S. 231—239. 1908.
58. Briefe von Dahlmann, Ernst Moritz Arndt und Falck an den Oberappellationsgerichtsrat Burchardi in Kiel. Zeitschrift d. Gesellschaft f. schlesw.-holstein. Geschichte. Bd. 42. S. 231ff. 1912.
59. Koester, W., E. M. Arndt über die Erbkaiserpartei und über die deutsche Einigung. Ungedruckte Briefe Arndts. Deutsche Revue. Bd. 40, 2. 267—282. Sept. 1915.
60. Dühr, Albrecht, Probleme der Arndtbiographie. Hist. Zeitschrift. Bd. 115. S. 536—567. 1916. Anhang: Neue Arndt-Funde. S. 568—569.

Augusta und Wilhelm von Preußen

Vgl. Dahlmann-Weitz 11590. 11666. 11961. 11962

61. Wilhelms des Großen Militärische Schriften (1821—1865), hrsg. vom Preußischen Kriegsministerium. 2 Bde. Berlin 1897.
62. (Oelrichs, A. v.), Die Flucht des Prinzen von Preußen, nachmaligen Kaisers Wilhelm I. Nach d. Aufzeichnungen d. Majors O. v. Stabe d. Prinzen v. Preußen. Stuttgart 1913.
63. Bailieu, Paul u. Schuster, Georg, Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta. Bd. I. Berlin 1914.
64. Wilhelm I., Kaiser, Briefe an seine Schwester Alexandrine und Großherzog Friedrich Franz II. Berlin 1928.

*

65. Sybel, H. v., Denkschrift des Prinzen von Preußen (Kaiser Wilhelm I.) über die deutsche Frage. Hist. Zeitschrift. Bd. 70. S. 90—95. 1893.
- 65a. Dr. Metzel, Der Prinz von Preußen auf der Pfaueninsel. Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. 1898. S. 31.
- 65b. Legationsrat von Lindenu, Die Flucht des Prinzen von Preußen, Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. 1899. S. 3.
66. Stern, Alfred, Ein apokrypher Brief des Prinzen von Preußen. Hist. Zeitschrift. Bd. 87. S. 73—75. 1901.
67. Poschinger, Heinrich v., Aus der unveröffentlichten Korrespondenz des Königs v. Preußen, Friedrich Wilhelm IV. Dtsche. Revue, Bd. 31, 4. S. 1—7. 1906. Vgl. Nr. 368 u. 369.
68. Marcks, Erich, Ein Brief Kaiser Wilhelms I. vom 14. Mai 1849. Hist. Zeitschrift. Bd. 102. S. 374—377. 1909.
69. Valentin, Veit, Die Prinzessin von Preußen (Kaiserin u. Königin Augusta) über die deutsche Frage. Dtsche. Revue. Bd. 34. S. 20—24. Oktober 1909.
70. Friedrich, Fritz, Die Prinzessin von Preußen. Auf Grund ihres hist. Nachlasses. Preuß. Jahrbücher. Bd. 156. S. 285—307. Mai 1914.
71. Srbik, Heinr. Ritter v., Der Prinz von Preußen und Metternich 1835—1848. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 23. S. 188—198. 1926.
72. Schultze, Johannes, Prinz Wilhelm im Sommer 1848. Briefe a. d. Ministerpräsidenten Rudolf v. Auerswald. Forsch. z. Brand.-preuß. Geschichte. Bd. 39. S. 123—133. 1927. Vgl. auch Nr. 952.

Außenpolitik

73. Lettres et Papiers du Chancelier Comte de Nesselrode, 1760—1856, 11 Bdc., Paris (1904 bis 1912).
74. Quentin-Bauchart, Pierre, Lamartine et la politique étrangère de la révolution de février. Paris 1907.

75. Schiemann, Theodor, Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus . 4 Bde. Berlin 1919
76. Valentin, Veit, Die 1848er Demokratie und der Völkerbundgedanke. Berlin 1919.
77. Pfisterer, Otto, Preußen und Frankreich 1848. Phil. Diss. Tübingen 1921 (1922). (Maschinenschrift.)
78. Ley, Friedrich, Frankreich und die deutsche Revolution 1848/49. Phil. Diss. Kiel 1923. (Maschinenschrift.)
79. Heyn, W., Der deutsche Krieg gegen Dänemark 1848. Phil. Diss. Hamburg 1923.
80. Greer, D. M., L'Angleterre, la France et la révolution de 1848. (Le 3e ministère de Lord Palmerstone au Foreign Office, 1846—51). Poitiers 1925.
81. Guichen, Vicomte de, Les grandes Questions européennes et la diplomatie des puissances sous la seconde république française. T. 1. Paris 1925. T. 2. 1929.
82. Precht, Hans, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—1850. München u. Berlin 1925.
83. Andreas, Willy, Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV. Abh. d. Preuß. Akademie d. Wiss. Phil.-hist. Kl. Nr. 6. Berlin 1926.
84. Jessen, F., L'intervention de la France dans la question du Schleswig du nord. Paris 1926.
85. Hawgood, John A., Political and Economic Relations between the United States of America and the German Provisional Central Government at Frankfurt am Main in 1848/49. Heidelberg phil. Diss. 1928.

*

86. Schiemann, Theodor, Eigenhändige Aufzeichnung Kaiser Nikolaus I. 1848 unmittelbar vor Ausbruch der Februarrevolution. Zeitschrift f. Osteuropäische Geschichte. Bd. 2. S. 557—560. 1912.
87. Schiemann, Theodor, Russische Angriffe auf Deutschland. Süddeutsche Monatshefte. Jahrg. 1915. Februar und Juli.
88. Andreas, Willy, Peter v. Meyendorff, ein russischer Staatsmann des Restaurationszeitalters. Jahrbuch f. Charakterologie, 2./3. Jahrgang 1926.
89. Marcks, Erich, Die Europäischen Mächte und die 48er Revolution. Hist. Zeitschrift. Bd. 142, S. 73, 1930.
- 89a. Andreas, Willy, Der Briefwechsel König Friedrich Wilhelms IV. und des Zaren Nikolaus I. von Rußland in den Jahren 1848 bis 1850. Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 43, 1. S. 129—166.

B a d e n

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 10984. 11705

90. Hecker, Friedrich, Die Erhebung des Volkes in Baden für die Deutsche Republik. Basel 1848.
- 90a. Frei, Wilhelm, Die Volkserhebung in Baden im Mai und Juni 1849, Offenbach a. M. 1849.
91. Fenner v. Fenneberg, F., Zur Geschichte der Rheinpfälzischen Revolution und des Badischen Aufstandes. 2. Ausg. Zürich 1850.
92. Bekk, J. B., Die Bewegung in Baden. 1. u. 2. Ausg. Mannheim 1850.
93. —, Nachtrag, Mannheim 1852.
94. Andlaw, Heinrich von, Der Aufruhr und Umsturz in Baden. 4 Abt. Freiburg 1850/51.
95. Häußler, Ludwig, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution. Heidelberg 1851.
96. Staroste, Oberstleutnant, Tagebuch über die Ereignisse in der Pfalz und Baden 1849. 2 Bde. Potsdam 1852/53.
97. Schöchlin, Karl, Geschichte d. Großherzogtums Baden unter d. Regierung Großh. Leopolds. Karlsruhe 1855.
98. Bunz, Pfarrer Dr., Der Franzosenfeiertag 1848. Reutlingen 1880.
99. Corvin, Otto von, Erinnerungen aus meinem Leben. 3. Ausg. 4 Bde. Leipzig 1880.
100. Corvin, Otto von, Aus dem Zellengefängnis. Briefe aus bewegter, schwerer Zeit. 1848—56. Leipzig (1884).
101. Bamberger, Ludwig, Erlebnisse aus der Pfälzer Erhebung Mai und Juni 1849. Gesammelte Schriften Bd. 3: Polit. Schriften v. 1848—68. Berlin 1895.

102. Fickler, C. B. A., In Rastatt 1849. 2. Aufl. Rastatt 1899.
103. Förderer, A., Erinnerungen aus Rastatt 1849. 2. Aufl. Lahr 1899.
104. Fleischmann, O., Geschichte des Pfälzischen Aufstandes 1849. Kaiserslautern 1899.
105. Müller, Leonhard, Badische Landtagsgeschichte, 4 Teile, Berlin 1900—02.
106. Sigel, F., Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848—49. Hrsg. v. W. Blos. Mannheim 1902.
107. Dove, Alfred, Großherzog Friedrich von Baden als Landesvater und deutscher Fürst. Heidelberg 1902.
108. Fleischmann, Siegmund, Die Agrarkrise von 1845—55 mit besonderer Berücksichtigung von Baden. Phil. Diss. Heidelberg 1902.
109. Voß, W. von, Der Feldzug in Baden 1849. Berlin 1903.
110. Dahlinger, Ch. W., The German revolution 1849, being an account of the final struggle in Baden. New York and London 1903.
111. Müller, Leonhard, Die politische Sturm- und Drangperiode Badens. 2 Bde. (1840—1850). Mannheim 1905/06.
112. Scheyrer, F., Geschichte der Revolution in Baden 1848/49. Darmstadt 1909.
113. Dor, Franz, Heinrich Bernhard von Andlaw. Freiburg 1910.
114. Dor, Franz, Franz Joseph Ritter von Buß. Freiburg 1911. Vgl. Nr. 490.
- 114a. Schurz, Carl, Lebenserinnerungen. Band I. Bis zum Jahre 1852. Berlin 1911; neuer Abdruck unter dem Titel: Jünglingsjahre in Deutschland, Berlin und Leipzig 1921.
115. Kaiser, Eduard, Aus alten Tagen. Lebenserinnerungen eines Markgräflers. 1815—75. Lörrach 1911.
116. Hofmann, Karl, Die Unruhen der Jahre 1848 und 1849 im badischen Frankenland. Weinheim und Leipzig 1911.
117. Wild, Karl, Karl Theodor Welcker. Heidelberg 1913.
118. Ackermann, Karl, Gustav von Struve. Mit besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Vorgeschichte der badischen Revolution. Phil. Diss. Heidelberg 1914.
119. Lautenschlager, Friedrich, Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848. Heidelberg 1915.
120. Harnack, Axel v., Friedrich Daniel Bassermann und die deutsche Revolution von 1848/49. München u. Berlin 1920.
121. Lautenschlager, Friedrich, Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus der badischen Revolution 1848—49. Konstanz 1920.
122. Friedrich I. von Baden, Jugenderinnerungen 1826—47. 1 Bd. Hrsg. v. Obser. Heidelberg 1921.
- 122a. Valentin, Veit, Baden und Preußen im Jahre 1849 (Marcks-Festschrift, 1921).
123. Schnabel, Franz, Geschichte der Ministerverantwortlichkeit in Baden. Karlsruhe 1922.
124. Corvin, Otto von, Ein Leben voller Abenteuer. 2 Bde. Hrsg. u. eingel. von Hermann Wendel (neue Ausgabe). Frankfurt 1924. Vgl. Nr. 99.
125. Fendrich, Anton, Die badische Bewegung der Jahre 1848/49. Frankfurt 1924.
126. Saling, Elisabeth, Das parlamentarische Leben in den badischen Landtagen bis 1848. Phil. Diss. (Maschsch.) Frankfurt 1925.
127. Ringwald-Steinen, Karl, Wiesentäler Kleinbilder aus den badischen Aufständen. Aus alten Akten zusammengestellt. Lörrach 1925.
128. Siegfried, Paul, Basel und der erste badische Aufstand im April 1848. Basel 1926.
- 129/30. Bassermann, Friedrich Daniel, Mitglied des badischen Landtags, des Vorparlaments, der deutschen Nationalversammlung und des Reichsministeriums, Denkwürdigkeiten 1811—55. Frankfurt a. Main 1926.
131. Scholz, Theodor, Revolutionäre. Der Aufstand des Jahres 1849 und seine Folgen im Markgräflerland. Mülheim i. B. 1926.
132. Oncken, Hermann, Großherzog Friedrich I. von Baden, ein fürstlicher Nationalpolitiker im Zeitalter der Reichsgründung. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1926.
133. Oncken, Hermann, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—71. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher. 2 Bde. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1927.
134. Peitler, Hans und Ley, Hans, Kaspar Hauser. Über 1000 bibliogr. Nachweise. Ansbach 1927.

135. Aus dem badischen Feldzuge 1849. Erinnerungen aus nachgelassenen Briefen des General-Feldmarschalls von Roon. Deutsche Revue. Bd. 6. S. 1—12. 1881.
136. Zernin, Gebhard, Eine Erinnerung an den badischen Aufstand von 1849 und ein Bericht darüber von Dr. J. V. v. Scheffel. Deutsche Revue. Jahrg. 12. Dezember 1887. S. 305f.
137. Stark, W. Die Besetzung und Erstürmung Staufens im Jahre 1848. Monatsblätter des badischen Schwarzwaldvereins. Jahrg. 1, Nr. 7. Sept. 1898. S. 97f.
138. Koerner, H., Zur Erinnerung an die Tage der badischen Freiheitsbewegung. Die Grenzboten, Jahrg. 60. Nr. 23. 6. Juni 1901. S. 472f.
139. Hofmann, Karl, Der Bauernaufstand des Jahres 1848 im badischen Bauland. Neues Archiv f. d. Geschichte der Stadt Heidelberg und der rhein. Pfalz. Bd. 5. Heft 2. 1902. S. 110f.
140. Mannheim im April 1848. Mannheimer Geschichtsblätter. Jahrg. 7. Nr. 1. Januar 1906. S. 101f.
141. Bergsträsser, Ludwig, Briefe aus der Revolution von 1848 und 1849. Mannheimer Geschichtsblätter. Jahrg. 8. Nr. 11. November 1907. S. 250.
142. Mathy, Ludwig, Briefe von und an Karl Mathy, Deutsche Revue, Jahrg. 33, 1908.
143. Thorbecke, Paul, Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode. Bilder in Briefen an Gervinus, Mathy und Fr. D. Bassermann. Deutsche Revue. Jahrg. 34. April (S. 92f.), Mai (S. 208f.) 1909.
144. Hebeisen, Gustav, Max Dortu, ein Opfer der 49er Bewegung in Baden. Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung d. Geschichte, Altertum und Volkskunde von Freiburg. Band 26. 1910.
145. Wentzcke, Paul, Aus dem Lager der Besiegten. Briefe Franz von Roggenbachs aus den Herbsttagen der ersten deutschen Einheitsbewegung. Deutsche Revue. Jahrg. 46. Juli (S. 34f.), Aug. (S. 162f.), Sept. (S. 277f.), Okt. (S. 314f.) 1921.
146. Niebler, Nikolaus, Die radikale Presse in Baden während der Revolutionsjahre 1848/49. „Die Pyramide“, 13. Jahrg. 1924. Nr. 33—35.
147. Fleury, Victor, Les chefs de la révolution badoise en 1848. Hecker et Struve. La Révolution de 1848. Tome 23, N. 112. Octobre 1925. p. 599.
148. Bloss, Anna, Wilhelm Bloss und General Franz Sigel. Vossische Zeitung. 14. Dezember 1928. M. A.

B a y e r n

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 10983

149. Lang, K. H., Ritter v., Memoiren. 2. Teil. Braunschweig 1841/42. N. A. München 1881.
150. Söhl, J. M., Max der Zweite, König von Bayern. München 1865. 2. Ausg. 1867.
151. Heigel, K. Th. (von), Ludwig I., König von Bayern. Leipzig 1872.
152. Kurz, F., Der Anteil d. Münch. Studentenschaft an den Unruhen 1847—48. München 1893.
153. Doeberl, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns. 2 Bde. München 1906—12. 3. Aufl. Bd. 1. 1916. Bd. 2. 1928.
154. Brunner, Ludwig, Politische Bewegungen in Nürnberg. 1848—49. Heidelberg 1907.
155. Valentin, Veit, Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem. Stuttgart 1910.
156. K. Bibliothek Bamberg. Katalog d. Bibliothek d. Frhm. Emil Marschall v. Ostheim. Bamberg 1911.
157. Sachs, Lothar, Die Entwicklungsgeschichte des Bayrischen Landtags, 1818—48. Würzburg o. J. (1914).
158. Endres, Fritz, Prinzregent Luitpold. München 1916.
159. Doeberl, Michael, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert. München 1918.
160. Doeberl, Michael, Ein Jahrhundert bayrischen Verfassungslebens. München 1918.
161. Dreyer, Alois, Lebenserinnerungen eines 90jährigen Altmünchners (Hyazinth Holland). München 1921.
162. Mayer, Gustav, Der bayerische Reformlandtag 1848. Phil. Diss. (Maschschr.) München 1924 (1926).
163. Traub, Hans, Die Augsburger Abendzeitung und die Revolution von 1848. Phil. Diss. München 1925.

164. Bonnet, Wilhelm, Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Nürnberg. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Erlangen 1925.
165. Doeberl, Michael, Bayern und das preußische Unionsprojekt. München und Berlin 1926.
166. Fuchs, Fritz, Die geschichtliche Entwicklung des Nürnberger Zeitungswesens bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Erlangen 1926.
167. Rau, Hermann, Die Entwicklung der deutschen Frage im Spiegel der Münchener Neuesten Nachrichten 1848/49. Phil. Diss. München 1926.
168. Franz, Eugen, Bayrische Verfassungskämpfe von den Ständekammern zum Landtag. München 1926.
169. Doeberl, Michael, König Ludwig I., der zweite Gründer der Ludwig-Maximilian-Universität. Festschrift zur Jahrhundertfeier der Universität. München 1920.
170. Pöllnitz, Götz, Frhr. v., Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung in den Münchener Studentenschaften 1826—50. München 1930.

*

171. Riehl, W. H., König Maximilian II. von Bayern. Hist. Taschenbuch. 5. Folge, 2. Jahrg. Leipzig 1872.
172. Heigel, K. Th. v., Denkwürdigkeiten d. bayr. Staatsrats Georg Ludwig von Maurer. Sitzungsberichte d. Kgl. bayr. Akademie d. Wissenschaften. Jahrg. 1903. S. 471 ff.
173. Sauer, Karl Th. v., Über den oberbayrischen Flottenverein von 1848. Allgemeine Zeitung, München. Jahrg. 1907. Beilage Nr. 87. Dienstag, 23. April.
174. Bergsträsser, Ludwig, Der Görres-Kreis im bayrischen Landtag von 1837. Oberbayrisches Archiv für vaterländ. Geschichte. Bd. 56. S. 243—266. 1912.
175. Müller, Karl Alex. v., Probleme der neuesten bayrischen Geschichte. Hist. Zeitschrift. Bd. 118. S. 222. 1917.
176. Doeberl, Anton, Katholizismus und Protestantismus in Bayern. (1800—18.) Hist.-Polit. Blätter f. d. kath. Deutschland. Bd. 169, Heft 1, S. 3f.; Heft 2, S. 80f. 1922.
177. Winkler, Wilhelm, Der schriftliche Nachlaß König Ludwigs I. von Bayern. Archivalische Zeitschrift. 3. Folge. Bd. III. S. 226 ff. 1926.

Der junge Bismarck

178. Die Reden des Abgeordneten v. Bismarck-Schönhausen in den Parlamenten 1847—57. Hrsg. mit Einleit. u. Anmerkungen versehen von Th. Riedel. Berlin 1881.
179. Bismarckjahrbuch. Hrsg. v. Horst Kohl. Bd. 5. S. 1—265. Urkunden u. Briefe von 1847 bis 1864. Leipzig 1897.
180. Marcks, Erich, Bismarck. Eine Biographie. Erster Band. Stuttgart und Berlin 1912. 16. u. 17. verb. Aufl. 1915.
181. Hell, Otto, Bismarck und der Konstitutionalismus. Leipzig 1912. Phil. Diss. Kiel 1912.
182. Michniewicz, Bernhard, Stahl und Bismarck. Phil. Diss. Berlin 1913.
183. Augst, Richard, Bismarck und Leopold von Gerlach. Ihre persönlichen Beziehungen und deren Zusammenhang mit ihren politischen Anschauungen. Leipzig 1913.
184. Marcks, Erich, Otto von Bismarck. Ein Lebensbild. Stuttgart und Berlin 1915. 21.—23. A. Stuttgart und Berlin 1924.
185. Valentin, Veit, Bismarck und seine Zeit. Leipzig 1915. 4. Aufl. 1918.
186. Wendt, Hans, Bismarck und die polnische Frage. Halle 1922.
187. Lenz, Max, Bismarcks Plan einer Gegenrevolution im März 1848. Berlin 1930.

*

188. Gothein, Eberhard, Bismarcks Jugend. Hist. Zeitschrift. Bd. 104. S. 232—340. 1910.
189. Meusel, Friedrich, Bismarck, Arnstedt und der patriotische Verein der Zauche. 1848—52. Unter Mitteilung ungedruckter Briefe Bismarcks. Deutsche Rundschau. Bd. 163. S. 39 ff. April 1915.

Blum, Robert

190. Blum, Hans, Robert Blum. Ein Zeit- und Charakterbild für das deutsche Volk. Leipzig 1879.
 191. Bergsträsser, Ludwig, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Frankfurt a. M. 1929.

*

192. Blum, Hans, Robert Blum im Tagebuch des Grafen von Hübner. Nord und Süd. Bd. 58. S. 35—56. 1891

Braunschweig

193. Bastian, Rudolf, Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung d. braunschweig. Domänen und Klostergüter. Rechts- u. staatsw. Diss. Greifswald 1927.
 194. Ziegenbein, Karl, Die parlamentarische Tätigkeit Karl Steinackers in der braunschweig. Ständeversammlung (1833—47). Phil. Diss. Jena 1920 (1925). (Maschinenschrift).

Bremen

195. Smidt, Johann, Ein Gedenkbuch. Bremen 1873.
 196. Duckwitz, A., Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841—66. Ein Beitrag zur Bremischen und deutschen Geschichte. Bremen 1877.
 197. Beyer, J., Bilder aus der Geschichte Bremens im 19. Jahrhundert. Bremen 1903.
 198. Bippin, Wilhelm v., Johann Smidt, ein hanseatischer Staatsmann. Stuttgart u. Berlin 1921.
 199. Krüger, Johann, Bilder aus der Geschichte Bremens. Bremen 1926.
 200. Fuhse, G., Die Freie Hansestadt Bremen in wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklung. Bremen 1928.

Camphausen, Ludol

201. Caspary, A., Ludolf Camphausens Leben. Stuttgart 1902.
 202. Hansen, Joseph, König Friedrich Wilhelm IV. und das liberale Märzministerium Camphausen-Hansemann im Jahre 1848. Trier 1913.
 203. Schwann, Mathieu, Ludolf Camphausen. 3 Bde. Essen 1915. Vgl. auch Nr. 30 u. 353.

*

204. Beyerhaus, Gisbert, Ludolf Camphausen. Staat und Wirtschaft. 1848. Deutsche Rundschau. 52. Jahrg. S. 24f. Okt. 1925.

Dahlmann, Fr. Chr.

205. Briefwechsel zwischen Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus. Hrsg. von Ed. Ippel. 2 Bde. Berlin 1885—86. Vgl. Nr. 416.
 206. Linnenkohl, E., Dahlmann und der Konstitutionalismus. Phil. Diss. Kiel 1913.
 207. Meyer, Irma, Friedrich Christoph Dahlmann als Historiker der Französischen Revolution. Phil. Diss. Greifswald 1918.
 208. Dahlmann, Fr. Chr., Ein Wort über Verfassung. Mit einer Einleitung von Rud. Oeschey. Leipzig 1919.
 209. Christern, Hermann, Friedrich Christoph Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848. Phil. Diss. Kiel 1921 (1922). Auch: Zeitschr. d. Gesellschaft f. d. schlesw.-holstein. Geschichte. 50.
 210. Kähler, H., Friedrich Christoph Dahlmann. Vortrag. Flensburg 1924.
 211. Scheel, Otto, Der junge Dahlmann. Breslau 1926.
 212. Jardon, Rudolf, Dahlmann und die deutsche Revolution von 1848/49. Phil. Diss. Bonn 1926 (1927).

*

213. Briefe von Dahlmann, Ernst Moritz Arndt und Falck an den Oberappellationsgerichtsrat Burchardi in Kiel. Hrsg. v. Bertheau. Zeitschr. d. Gesellschaft f. schlesw.-holstein. Gesch. Bd. 42. S. 231f. 1912.
214. Hölzle, Erwin, Dahlmann und der Staat. Vierteljahrsschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. Bd. 17. S. 350f. 1924.
215. Westphal, Otto, Zur Beurteilung Hegels und Dahlmanns. Hist. Zeitschr. Bd. 129. S. 252f. 1924.

Deutscher Bund, Siebzehner, Vorparlament, Fünfziger-Ausschuß

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11404. 11405. 11586

216. Roth, P. u. Merck, M., Quellensammlung zum Deutschen öffentlichen Recht seit 1848. 2 Bde. Erlangen 1850—52.
217. Ilse, L. F., Geschichte der Deutschen Bundesversammlung. 3 Bde. Marburg 1860—62.
218. Ilse, L. F., Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Kommissionen geführt sind. Frankfurt 1860.
219. Fischer, K., Die Nation und der Bundestag. Leipzig 1880.
220. Biedermann, K., Dreißig Jahre Deutscher Geschichte. Von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. bis zur Aufrichtung des neuen Deutschen Kaisertums. 2 Bde. Breslau 1881—82. 4. Aufl. 1896.
221. Biedermann, K., 1815—1840. Fünfundzwanzig Jahre Deutscher Geschichte. 2 Bde. Breslau 1889—90.
222. Freyer, Ulrich, Das Vorparlament in Frankfurt a. M. im Jahre 1848. Phil. Diss. Greifswald 1913.
223. Hübner, R., Der Siebzehner Entwurf von 1848. In: Essays in Legal History, ed. by Paul Vinogradoff. Oxford 1913. Vgl. Nr. 289.

*

224. Bergsträsser, Ludwig, Die parteipolitische Lage beim Zusammentritt des Vorparlaments. Zeitschrift f. Politik. Bd. 6. 1913. H. 4. S. 594—620.

Flüchtlinge

225. Wiltberger, O., Deutsche politische Flüchtlinge in Straßburg. 1830—1849. Berlin 1910.
226. Kürnberger, Ferdinand, Briefe eines politischen Flüchtlings. Leipzig u. Wien 1920.
227. Skal, Georg v., Die Achtundvierziger in Amerika. Frankfurt 1923.
228. Neitzke, Paul, Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848—49. Charlottenburg 1926. Phil. Diss. Kiel 1927.

*

229. Schneider, Jakob, Eine Denkschrift über das Treiben der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz. Basler Zeitschr. f. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 3. 1904. S. 1—36.
230. Stern, Alfred, Politische Flüchtlinge in Zürich nach der Revolution von 1848 und 1849. Anzeiger f. Schweizerische Geschichte. N. F. 17. 1919. Nr. 4. S. 337—367.
231. Vivier, Robert, L'esprit d'opposition à Strasbourg de 1830 à 1848. La révolution française. Bd. 77. 1924. S. 230—247 u. S. 313—332. Bd. 78. 1925. S. 48—57.

Frankfurter Parlament und Frankfurt

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11586. 11587. 11599. 11741. 11743

232. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. Main, hrsg. von F. Wigard. 9 Bde. Frankfurt 1848—49. Vollst. Inhaltsverzeichnis. Hrsg. von dems. Ebd. 1850.
233. Eisenmann, G., Die Parteyen der Deutschen Reichsversammlung. Ihre Programme, Statuten und Mitglieverzeichnisse. Erlangen 1848.

234. Hart, Friedrich, Ein Tag in der Paulskirche, Skizzen und Porträts aus dem Reichstage in Frankfurt a. M. Leipzig 1848.
235. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, hrsg. von J. G. Droysen. Teil 1. Leipzig 1849.
236. Haym, Rudolf, Die Deutsche Nationalversammlung (3 Abt. Die erste Frankfurt 1848). Berlin 1849—50.
237. Duncker, M., Zur Geschichte der Deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. Berlin 1849.
238. Laube, H., Das erste Deutsche Parlament. 3 Bde. Leipzig 1849. Neue Ausgabe Leipzig 1910.
239. Droysen, J. G., Beiträge zur neuesten Deutschen Geschichte. Braunschweig 1849.
240. (Heller, R.), Brustbilder aus der Paulskirche. 1. u. 2. Ausg. Leipzig 1849.
241. Raumer, F. v., Briefe aus Frankfurt und Paris. 1848—1849. 2 Teile. Leipzig 1849.
242. Jürgens, K., Zur Geschichte des Deutschen Verfassungswerkes 1848 bis 1849. 2 Abt. in 3 Bden. Braunschweig 1850. Hannover 1857.
243. Rönne, Julius v., Friedrich von Rönne, 1867.
244. Kopstadt, Hugo, Hermann v. Beckerath. Ein Lebensbild. Braunschweig 1875.
- 244a. Parlamentsbriefe aus Frankfurt a. M., 1848—49 hrsg. v. Fuchs. Breslau 1875. (Nicht im Handel.)
245. Vogel, W., Studien zur Geschichte des Frankfurter Parlaments bis zum März 1849. Würzburg 1881.
246. Jochmus, August v., Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Georg Martin Thomas. Bd. 1 u. 2. Berlin 1883. Bd. 3 u. 4. Berlin 1884.
247. Reyscher, A. L., Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1807—1880). Freiburg und Tübingen 1884. Vgl. Nr. 1283.
248. Beseler, G., Erlebtes und Erstrebtes. Berlin 1884.
249. Brunner, Sebastian, Denkfennige zur Erinnerung an Personen, Zustände und Erlebnisse von, in und nach dem Explosionsjahr 1848. Würzburg u. Wien 1886.
250. Biedermann, K., Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 2 Teile. Breslau 1886—87.
251. Knorr, E., Das erste Deutsche Parlament und die Wehrfragen unter Benutzung archival. Quellen. Berlin 1887.
252. Wichmann, W., Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche. Hannover 1888. N. A. u. d. T.: Denkwürdigkeiten aus dem ersten Deutschen Parlament. Ebd. 1891.
253. Biedermann, K., Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens. Aufsätze und Reden. 2. Aufl. Breslau 1889.
254. Fröbel, J., Ein Lebenslauf (Selbstbiographie). 2 Bde. Stuttgart 1890—91.
255. Rümelin, G., Aus der Paulskirche. Berichte a. d. Schwäbischen Merkur a. d. J. 1848 und 1849. Hrsg. v. H. R. Schäfer. Stuttgart 1892.
256. Deym, F. X. Graf, F. Graf Deym und die Österreichische Frage in der Paulskirche. Leipzig 1892.
257. Oechelhaeuser, Wilhelm, Erinnerungen aus den Jahren 1848/50. Berlin 1892. Vgl. Nr. 838.
- 257a. Roß, Edgar, Erinnerungen aus meiner öffentlichen Wirksamkeit. Als Manuskript gedruckt. o. J.
258. Mollat, G., Reden und Redner des ersten Deutschen Parlaments. Osterwiek 1895.
259. Bär, M., Die deutsche Flotte 1848—52. Leipzig 1898.
- 259a. Wesendonck, Hugo, Erinnerungen aus dem Jahre 1848. New York 1898. Als Manuskript gedruckt.
260. Dalton, H., Lebenserinnerungen. 3 Bde. Berlin 1906—08.
261. Pöppelmann, O., G. Beseler und seine Tätigkeit für die Grundrechte des Deutschen Volkes. Phil. Diss. Greifswald 1907.
262. Valentin, Veit, Frankfurt am Main und die Revolution 1848/49. Stuttgart und Berlin 1908.
263. Schwemer, Richard, Geschichte der Freien Stadt Frankfurt am Main (1814—1866). 3 Bde. Frankfurt a. M. 1910—18.
- 263a. Roske, Rudolf, Die Entwicklung der Grundrechte des deutschen Volkes usw. Phil. Diss. Greifswald 1910.

264. Frederich, Otto, Die staatsrechtliche Stellung des heutigen deutschen Kaisertums, verglichen mit den beiden Verfassungsentwürfen von 1848/49 und der Unionsverfassung von 1850. Rechts- u. staatsw. Diss. Würzburg 1912.
265. Bundestag und deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848, nach Frankfurter Berichten des Bundestagsgesandten Clemens Theodor Perthes. Hrsg. v. Otto Perthes. Frankfurt 1913.
266. Schüßler, Wilhelm, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Berlin u. Leipzig 1913.
267. Lempp, Richard, Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament. Tübingen 1913.
268. Philippsohn, Johanna, Über den Ursprung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Deutschland. Phil. Diss. Freiburg 1913. Vollst.: Über den Ursprung und die Einführung des allg. gleichen Wahlrechtes in Deutschland mit bes. Berücksichtigung der Wahlen zum Frankf. Parlament im Großherzogtum Baden. Berlin u. Leipzig 1913.
269. Scholl, A., Der Einfluß der nordamerikanischen Unionsverfassung auf die Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. III. 1849. Diss. Tübingen 1913.
270. Pagenstecher, C. H. Alexander, Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848. Aus den Lebenserinnerungen. Leipzig (1913).
271. Schweizer, Ludwig, Das Kaisertum der Reichsverfassungen von 1849—1871. Phil. Diss. Greifswald 1918.
272. Rapp, Adolf, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei 1848. Tübingen 1919.
273. Valentin, Veit, Die erste deutsche Nationalversammlung. München u. Berlin 1919.
274. Valentin, Veit, Das erste deutsche Parlament und wir. Deutsche Revolution. Bd. 10. 1920.
275. Appens, Wilhelm, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. Main. 1848/49. Jena 1920.
276. Günther, Alfred, Wilhelm Jordan als Freiheitskämpfer und Politiker bis 1849. Phil. Diss. Münster 1920.
277. Buwert, Hans, Die wirtschaftlichen Fragen in der deutschen Nationalversammlung von 1848. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Erlangen 1921 (Auszug Berlin 1920).
278. Tändler, Fritz, Die Paulskirche und die Frage der vollziehenden Gewalt. Jur. Diss. (Maschinenschrift) Leipzig 1922 (1923).
279. Bretschneider, Horst, Die Parteien der Paulskirche und ihr Verhältnis zur Idee der Volkssouveränität. Phil. Diss. (Hdschr.) Leipzig 1922 (1923). Ausz.: Jahrb. d. Phil. Fakultät. Leipzig 1923, 1.
280. Götz, Georg, Die auswärtige Politik der provisorischen deutschen Zentralgewalt von 1848. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Frankfurt 1922 (1925).
281. Schreiber, Hans L., Die erste deutsche Nationalversammlung und das Nationalitätsproblem. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Frankfurt 1922 (1923).
282. Wentzke, Paul, Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. Ausgew. Reden. München 1922.
283. Megerle, Karl, Die Bundesverfassung der Schweiz v. 12. Sept. 1848 und die Verfassung der Paulskirche. Phil. Diss. Tübingen 1922.
284. Cramer, Karl, Die Reichsoberhauptfrage im Frankf. Parlament von 1848—1849, im Erfurter Unionsparlament v. 1850, im konstituierenden deutschen Reichstag v. 1867, in der Weimarer Nationalversammlung v. 1919. Phil. Diss. (Maschschr.) Erlangen 1923.
285. Schulz, Max, Schulfragen in der Frankfurter Nationalversammlung. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Leipzig 1923.
286. Krause, Hans, Die demokratische Partei 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution. Frankfurt 1923.
287. Wedel, Walter, Die volkswirtschaftlichen Ansichten des Liberalismus dargestellt an der ersten deutschen Nationalversammlung. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Berlin 1923.
288. Hübner, Rudolf, Die Mediationsierungsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung. Erlangen u. Leipzig 1923.
289. Hübner, Rudolf, Der Verfassungsentwurf der sieben Vertrauensmänner in: Festschrift für Eduard Rosenthal zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. d. juristischen Fakultät Jena. Jena 1923; auch als S. A. Jena 1923. Vgl. Nr. 223.

- 290 Duncker, Max, Politischer Briefwechsel. Hrsg. v. Johannes Schultze. Stuttgart 1923.
- 290a. Frahm, Andrea, Paulskirche und Volkssouveränität. Phil. Diss. Hamburg; Auszug: Altona-Ottensen 1923.
291. Droysen, Joh. G., Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung. Aus dem Nachlaß hrsg. von Rud. Hübner. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924. S. 146f.
292. Leidinger, Georg, Ein Stammbuch aus den Tagen der Paulskirche. In: Werden und Wirken, Ein Festgruß Karl W. Hiersemann zugesandt am 3. Sept. 1924 zum 70. Geburtstag und 40jährigen Bestehen seiner Firma. Hrsg. v. M. Breslauer u. K. Köhler. Leipzig 1924. S. 146f.
293. Sutter, Otto Ernst, Die Linke der Paulskirche. Frankfurt 1924.
294. Bloß, Wilhelm, Der Untergang des Frankfurter Parlaments. Frankfurt 1924.
295. (Koch-Gontard, Clotilde), Tagebuch v. Frau Clotilde Koch-Gontard über die konstituierende Deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. (Mai bis Dez. 1848). Hrsg. v. Georg Kuntzel. Frankfurt a. M. 1924.
296. Naudé, Kurt, Die äußerste Rechte in der Paulskirche. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Berlin 1924. Auszug: Jahrb. d. phil. Fakultät Berlin 1923—24.
297. Hirschmann, Elise, Karl Vogt als Politiker. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Frankfurt 1925 (1926).
298. Friedlaender, Fritz, Das Leben Gabriel Rießers. Berlin 1926.
299. Schweickhardt, Gertrud, Wilhelm Beseler als Politiker. Kiel 1927.
300. Hawgood, J. A., The influence of American Ideas at Frankfurt am Main in 1848/49. London Master of Art Thesis, 1928. (Maschinenschrift, in der Londoner Universitätsbibliothek.)
301. Johann Gustav Droysen. Briefwechsel. 2 Bde. Hrsg. von Rudolf Hübner. Berlin u. Leipzig 1929.
302. Bergsträsser, Ludwig, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Frankfurt 1929.
- 302a. Gilbert, F., Johann Gustav Droysens Wandlung vom Philologen zum Historiker (im Druck). Vgl. Nr. 643a und 1102a.
- *
303. Fischer, Ferdinand, Das Ende der deutschen Nationalversammlung. Preuß. Jahrbücher. Bd. 32. S. 303—332. 1873.
304. Baumbach, Karl, Die Verwirklichung der deutschen Grundrechte in der Gegenwart. Grenzboten 1876. S. 361f., S. 453 f.
305. Biedermann, Karl, Beiträge zur Geschichte des Frankfurter Parlaments. Hist. Taschenbuch. 5, I. 7. Jahrg. S. 107ff. Leipzig 1877.
306. (Kerst, S. G.), Briefe des Abgeordneten zum Frankfurter Parlament S. G. Kerst aus Meseritz. Zeitschrift f. Geschichte u. Landeskunde. Provinz Posen. Bd. 2. S. 319—369. 1883. Bd. 3. S. 43—73. 1884.
307. Lang, W., Berlin und Frankfurt. Mit ungedruckten Briefen aus den Jahren 1848 u. 1849. Deutsche Rundschau. Bd. 55. S. 332—353. Bd. 56. S. 47—75. 1888, 2, 3.
308. Brandis, Karl Georg, Briefe von Ernst Moritz Arndt aus dem Frankfurter Parlament. Mitgeteilt v. C. G. B. Deutsche Rundschau. Bd. 81. S. 117—128. Okt. 1894. Vgl. Nr. 53.
309. Meißner, Heinrich, Ernst Moritz Arndt im Parlamente. Deutsche Revue. Bd. 21, 4. S. 345—351. 1896. Vgl. Nr. 54.
310. Lemmermeyer, Fritz, Aus Schmerlings Leben. Erinnerungen mit Benutzung hinterlassener Papiere desselben. Deutsche Revue. Bd. 22, 3. S. 194—206. S. 318—328. 1893.
- 310a. Oelsner, Ludwig, Die wirtschafts- und sozialpolitischen Verhandlungen des Frankfurter Parlaments. Preuß. Jahrbücher. Band 87, S. 81f. 1897.
311. Wesendonck, Hugo, Vom ersten deutschen Parlament. Erinnerungen. Die Gegenwart. Bd. 54. S. 54—57. S. 72—75. 1898.
- 311a. Biedermann, Karl, Skizzen aus dem Parlament von 1848. Beilage zur Allgemeinen Zeitung, drei Artikel, Mai 1898.

312. Ein Parlamentsalbum aus der Paulskirche. Deutsche Rundschau. Bd. 106. S. 99—126. 1901.
313. Jung, Rudolf, Das Archiv der deutschen konstituierenden Nationalversammlung 1848 bis 1849. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. Bd. 49. S. 31—33. 1901.
314. Schmidt, Max Georg, Ein Stammbuch aus dem Frankfurter Parlament. Deutsche Revue. Bd. 27, 3. Sept. 1902. S. 347—363.
315. Sepp, I. N., Erinnerungen an die Paulskirche 1848. Die Grenzboten. Bd. 62, 3. S. 694—702, S. 780—786. 1903.
316. Aus der Zeit des Frankfurter Parlaments. Aufzeichnungen aus dem Nachlaß des Abgeordneten Dr. Kolb. Deutsche Revue. Bd. 29, 2, 3, 4. 1904. Juni S. 316—324; Juli S. 81—89; Aug. S. 191—199; Nov. S. 217—225; Dez. S. 342—357.
317. Below, Georg v., Aus dem Frankfurter Parlament. Briefe des Abgeordneten Ernst v. Saucken-Tarputschen. Hrsg. v. G. v. B. Deutsche Rundschau. Bd. 124. S. 79—104. 1905, 3.
318. Kentenich, Gottfried, Aus den nachgelassenen Papieren eines vergessenen Frankfurter Parlamentariers. Heidelberger Jahrbücher. Bd. 14. S. 187—214. 1906.
319. Egelhaaf, Gottlob, Briefe Friedrich Theodor Vischers aus der Paulskirche. Hrsg., eingel. u. erläutert Deutsche Rundschau. Bd. 132. S. 203—226. 1907, 3.
320. Richter, Otto, Sachsenbriefe aus der Paulskirche. Dresdener Geschichtsblätter. Bd. 18. S. 11—15. 1909. Vgl. Nr. 1047.
321. Beseler, Hans v., Aus Georg Beselers Frankfurter Briefen 1848/49. Deutsche Revue. 37. Jahrg., April—Sept. 1912.
322. Bergsträsser, Ludwig, Der erste Entwurf des Verfassungsausschusses. Hist. Vierteljahresschrift. Band XVI. 1913.
323. Langermann, H. v., Über Abrüstung und Völkerfriedenskongreß 1849 in der Paulskirche zu Frankfurt a. Main. Deutsche Revue. Bd. 40, 3. S. 134ff. Aug. 1915.
324. Holtzmann, Robert, Ein Reisebericht aus den Frankfurter Septembertagen von 1848. Archiv für Kulturgeschichte. Bd. 14. H. 3/4. S. 295—306. 1919.
325. Paur, Theodor, Briefe aus der Paulskirche. Mitteil. a. d. Literaturarchiv in Berlin. N.F. 16. 1919.
326. Bergsträsser, Ludwig, Briefe des Präsidenten Lette aus dem Frankfurter Parlament. Deutsche Rundschau. Bd. 45. S. 169ff. Febr. 1919.
- 327/28. Nostitz-Rieneck, Robert S. J. v., Die erste deutsche Nationalversammlung. Deutsche Revue. Jahrg. 49. Bd. 96. H. 6. S. 493ff. März 1919. Jahrg. 49. Bd. 97. H. 10. S. 289ff. Juli 1919.
329. Lautenschlager, Friedrich, Zwei Briefe aus der Paulskirche. Pyramide. Jahrg. 1920. Nr. 4.
- 330/31. Rethwisch, C., Literatur zur deutschen Parlamentsgeschichte. 1848/49. Mitteilungen a. d. hist. Literatur der Histor. Gesellschaft. Berlin. N. F. 9. S. 11f., 1921.
332. Srbik, Heinrich Ritter v., Die deutsche Einheitsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung. Historische Blätter. Bd. 1. H. 3. S. 353ff. 1921/22.
333. Laubert, Manfred, Eduard Flottwells Briefe aus der Paulskirche 1848/49. Deutsche Revue. Bd. 47, 3. S. 53—64, S. 138—156. Juli, Aug. 1922.
334. Harnack, Axel von, Die Paulskirche im Wandel der Geschichtsauffassung. Zeitschrift für Politik. Bd. 12. S. 235ff. 1922.
335. Hugelmann, K. Gottfried, Der großdeutsche Gedanke und die Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1848. Österreichische Rundschau. Bd. 18. H. 11/12. S. 477ff. Juni 1922.
336. Macnner, Ludwig, Ein Querkopf des vormärzlichen Liberalismus: Wilhelm Schulz (-Bodmer). Archiv f. hess. Geschichte und Altertumskunde. B. 13. H. 3. S. 288—321. 1922.
337. Schneider, Eugen, Das Rumpfparlament des Jahres 1849. Schwäbischer Merkur. 1924. 8. Juni.
338. Frahm, Andrea, Paulskirche und Volkssouveränität. Hist. Zeitschrift. Bd. 130. S. 210—255. 1924.
339. Wentzcke, Paul, Aus den letzten Tagen der Paulskirche. Briefe Rudolf Hayms. Archiv f. Frankfurts Geschichte und Kunst. N. F. 4. Bd. 1. S. 46ff. 1925. Vgl. Nr. 461.

Freiligrath

340. Volbert, Anton, Ferdinand Freiligrath als politischer Dichter. Phil. Diss. Münster 1907.
 341. Bollert, Martin, Ferdinand Freiligrath und Gottfried Kinkel. Bromberg 1916.
 342. Gudde, Erwin G., Freiligraths Entwicklung als politischer Dichter. Berlin 1922.

*

343. Mayer, Gustav, Briefe Ferdinand Lassalles an Ferdinand Freiligrath. Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 7. H. 3. S. 431f. 1916.

Friedrich Wilhelm IV.

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11535. 11783

344. Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. 3 H. A. u. d. T.: Die ersten vier Regierungsjahre Fr. W.s IV. Vom 7. Juni 1840 bis zum 26. Juni 1844. Königsberg 1842—1844.
 345. Friedrich Wilhelms IV. Reden, Proklamationen usw. 1848—1850. Berlin 1851.
 346. Friedrich Wilhelms IV. Reden und Trinksprüche. Leipzig 1855.
 347. Ranke, Leopold v., Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen. Leipzig 1873. (Werke Band 50).
 348. Wagener, Hermann, Die Politik Friedrich Wilhelms IV. Berlin 1883.
 349. Reumont, A. v., Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen. 1. u. 2. Aufl. Leipzig 1885.
 350. Petersdorff, H. v., König Friedrich Wilhelm IV. Stuttgart 1900.
 351. Rachfahl, Felix, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution. Halle a. d. S. 1901.
 352. Geiger, Ludwig, Bettine v. Arnim und Friedrich Wilhelm IV. Ungedruckte Briefe und Aktenstücke. Frankfurt a. M. 1902.
 353. Brandenburg, Erich, Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen (1848—1850). Berlin 1906.
 354. Ludwig, Viktor, Friedrich Wilhelms IV. Stellung zur preußischen Verfassung. Breslau 1907—1909.
 355. Schiemann, Theodor, Kaiser Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV. über den Plan, einen vereinigten Landtag zu berufen. In: Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag. Beiträge zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Leipzig 1908. S. 275—285.
 356. Hansen, Joseph, König Friedrich Wilhelm IV. und das liberale Märzministerium Camphausen-Hanseman im Jahre 1848. Trier 1913.
 356a. Stock, Friedrich, Friedrich Wilhelm IV. Aus dem Briefwechsel mit Carl Friedrich Rumohr. 1914.
 357. Fritzsche, Curt, Die Englandpolitik Friedrich Wilhelms IV. Dresden u. Leipzig 1916.
 358. Rachfahl, Felix, Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. im Winter 1848/49. München u. Leipzig 1919.
 359. Haake, Paul, Ancillon und Kronprinz Friedrich Wilhelm (IV.) von Preußen. München u. Berlin 1920.
 360. Küntzel, Georg, Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Erzherzog Johann v. Österreich. Frankfurt a. M. 1925.
 361. Stolberg-Wernigerode, O. Graf zu, Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode, ein Freund und Ratgeber Friedrich Wilhelms IV. München 1926. Beiheft 8 d. Hist. Zeitschrift.

*

362. Koser, Reinhold, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution. Hist. Zeitschrift. Bd. 83. S. 43—84. 1899.
 363. Bailieu, Paul, Kronprinz Friedrich Wilhelm im Ständekampf 1820. Hist. Zeitschrift. Bd. 87. S. 67—73. 1901.

364. Below, Georg von, Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel des Generals Gustav v. Below. Deutsche Rundschau. Bd. 109. S. 101—133. 1901.
365. Kaufmann, Georg, Ranke und die Beurteilung Friedrich Wilhelms IV. Hist. Zeitschrift. Bd. 88. S. 436—473. 1902.
366. Meinecke, Friedrich, Friedrich Wilhelm IV. und Deutschland. Hist. Zeitschrift. Bd. 89. S. 17—53. 1902.
367. Thimme, Friedrich, König Friedrich Wilhelm IV., General v. Prittwitz und die Berliner Märzrevolution. Forsch. z. brandenburg. u. preuß. Geschichte. Bd. 16. S. 545—582. 1903.
368. Poschinger, Heinrich v., Aus der unveröffentlichten Korrespondenz des Königs von Preußen Friedrich Wilhelms IV. Deutsche Revue. Bd. 31. S. 1—7. 1906. Vgl. Nr. 67.
369. Poschinger, Heinrich v., Friedrich Wilhelm IV. u. Wilhelm I. Charakterzüge aus unveröffentlichten Briefen beider Könige. Konservative Monatsschrift. Bd. 64. H. 9. S. 820—832. Juni 1907.
370. Poschinger, Heinrich v., Drei bisher unveröffentlichte Briefe Friedrich Wilhelms IV. Tägliche Rundschau. 8. März 1907. Nr. 114. 2. Beil.
371. Schönleins Verhältnis zu König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Deutsche Revue. Bd. 31. S. 193—197. 1907.
372. Unveröffentlichte Handbillette des Königs Friedrich Wilhelm IV. Deutsche Revue. Bd. 32. S. 154—158. 1907.
373. Stern, Alfred, A letter of Sir Robert Peel relative to King Friedrich W.'s IV. Proposal to Summon the Combined Diets, 1847. The Engl. Hist. Review. 28. p. 542—546. 1913.
374. Simons, Eduard, Die rheinisch-westfälische Kirchenordnung und das Kirchenideal Friedrich Wilhelms IV. Theolog. Arbeiten d. rhein. wissenschaftlichen Predigervereins. N. F. 15. S. 62—74. 1914.
375. Hasenclever, Adolf, Aus Josua Hasenclevers Tagebüchern. Aufzeichnungen über seine Beziehungen vornehmlich zu Mitgliedern d. preuß. Königsfamilie. Forsch. z. brandenburg. u. preuß. Geschichte. Bd. 29. S. 490—505. 1916.
376. Fischer, Max, Friedrich Wilhelm IV. und die großen Entscheidungen der deutschen Politik. Hochland. Bd. 15. S. 400—421. S. 553—573. 1917/18.
377. Hesselberg, F., Willibald Alexis und Friedrich Wilhelm IV. Mitteilungen d. Vereins f. d. Geschichte Berlins. Bd. 39. S. 9—15. 1922.
378. Geyer, Albert, König Friedrich Wilhelm IV. und seine Bauten. Mitteilungen f. d. Geschichte Berlins. 42. Nr. 7—9. S. 81—88. 1925.
379. Krusch, Bruno, Letters of Queen Victoria to Frederick William IV. 1848/49. The Engl. Hist. Review. Bd. 40. No. 157. Januar. p. 106—110. 1925.
380. Wutke, Konrad, Rechenschaftsbericht des Oberpräsidenten von Merckel über den Zustand Schlesiens im Jahre 1840. Zeitschrift d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd. 60. S. 210—240. 1926. Vgl. Nr. 1064.
Vgl. auch Nr. 57, 89a, 472, 927, 932, 1028.

G a g e r n

Vater und Brüder

381. Gagern, Heinrich v., Das Leben des Generals Friedrich von Gagern. 3 Bde. Leipzig u. Heidelberg 1856/57.
382. Treitschke, Heinrich von, Hans von Gagern. Hist. u. polit. Aufsätze. 3 Bde. 6. Aufl. 1903.
383. Wentzcke, Paul, Zur Geschichte Heinrich v. Gagerns. Seine Burschenschaftszeit und seine deutsche Politik. Quellen u. Darstellungen zur Geschichte d. Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung. Bd. 1. S. 162—239. 1910.
384. Pastor, Ludwig v., Leben des Freiherrn Max von Gagern. Kempten u. München 1912.
385. Steiger, A., H. Chr. v. Gagern. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Frankfurt 1924 (1925).

*

386. Hiemenz, F., Heinrich von Gagern in seinen politischen Grundanschauungen. Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft. Bd. 53. S. 532.

Geistesgeschichte

387. Jähns, Max, Der Vaterlandsgedanke und die deutsche Dichtung. Berlin 1896.
388. Freytag, Gustav, Kunst und Künstler in der Revolution. In: Vermischte Aufsätze a. d. Jahren 1848 bis 1894. 2 Bde. Hrsg. v. Ernst Elster. Leipzig 1901—1903. Bd. 1. S. 1—42.
389. Petzet, Chr., Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. München 1902.
390. Ziegler, Theobald, D. F. Strauß. 2 Bde. Straßburg 1908. Vgl. Nr. 1284.
391. Broecker, A., Die Wirkung der deutschen Revolution auf die Dichtung der Zeit. Phil. Diss. Bonn 1912.
392. Dohn, Walter, Das Jahr 1848 im deutschen Drama und Epos. Stuttgart 1912.
393. Schubert, Ernst, Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Predigt wie zum Problem der Zeitpredigt. Gießen 1913.
394. Feißkohl, Karl, Ernst Keils publizistische Wirksamkeit. Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1914.
395. Hohenstatter, Ernst, Über die politischen Romane von R. Prutz. Phil. Diss. München 1918.
396. Dirr, Otto, Karl Gutzkow und seine großen Zeitromane. Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1920. (Maschinenschrift.)
397. Houben, H. H., Der gefesselte Biedermeier, Literatur, Kultur, Zensur in der guten alten Zeit. Leipzig 1924.
398. Brandes, Georg, Hauptströmungen der europäischen Literatur im 19. Jahrh. Berlin 1924.
399. Klein, Wilhelm, Der preußische Staat und das Theater im Jahre 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationaltheateridee. Phil. Diss. (Maschschr.) Frankfurt 1924 (1925).
400. Pauls, E. E., Der politische Biedermeier. Deutsches Leben, Bd. 7. Lübeck 1925.
401. Ziegler, Theobald, Die geistigen und sozialen Strömungen d. 19. Jahrhunderts. Berlin 1898. Volksausgabe 1924.
402. Barnikol, Ernst, Das entdeckte Christentum im Vormärz. Bruno Bauers Kampf gegen Religion und Christentum und Erstausgabe seiner Kampfschriften. Jena 1927.
403. Löwenstein, Julius, Hegels Staatsidee. Ihr Doppelgesicht und ihr Einfluß im 19. Jahrhundert. Berlin 1927.
404. Ehrhardt, Auguste, Le prince de Pückler-Muskau. I. (1785—1834.) Paris 1927.
405. Ras, G., Börne und Heine als politische Schriftsteller. Groningen, Den Haag 1927.
406. Heilborn, Ernst, Zwischen zwei Revolutionen. Der Geist der Schinkelzeit 1789—1848. Berlin 1928.
- *
407. Adam, Karl, Kulturgeschichtliche Streifzüge durch das Jahr 1848/49 auf Grund von deutschen Lebensäußerungen und Geisteszeugnissen aus jener Zeit. Zeitschrift f. Kulturgeschichte. Bd. 3. H. 4/5. 1896. S. 241—260. Bd. 3. H. 6. 1896. S. 417—455. Bd. 4. H. 4/5. 1897. S. 300—345.
- 407a. Hanstein, Adalbert von, Der Staatsgedanke in der dramatischen Literatur um die Mitte des 19. Jahrhunderts (aus dem Nachlaß). Monatshefte der Comenius-Gesellschaft. Bd. 14. H. 1. 1905. S. 20—42.
408. Mayer, Gustav, Die Junghegelianer und der preußische Staat. Hist. Zeitschrift. Bd. 121. S. 413—440. 1920.
- 408a. Meißner, Heinrich Otto, Monarchisches Prinzip und Theaterzensur. Eine Skizze nach Akten. Preuß. Jahrb. Bd. 206. H. 3. Dez. 1926. S. 316—336.
409. Barnikol, Ernst, Bruno Bauers Kampf gegen Religion und Christentum und die Spaltung der vormärzlichen preußischen Opposition. Zeitschr. f. Kirchengeschichte. Bd. 46. N. F. 9. S. 1—34. 1928.

Gerlach, Brüder

Vgl. *Dahlmann-Waitz* Nr. 11473

410. (Gerlach, Leopold v.), Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach, Generals der Infanterie u. Gen.-Adjutanten König Friedrich Wilhelms IV. 2 Bde. Berlin 1891/92.
411. (Gerlach, Ernst Ludwig v.), Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken. 1795—1877 Hrsg. v. J. v. Gerlach. Schwerin 1903.

- 411a. v. Keyserling, L., Studien zu den Entwicklungsjahren der Brüder Gerlach. Heidelberg 1913.
 412. Wildgrube, Max, Die politischen Theorien Ludwigs v. Gerlach. Phil. Diss. Heidelberg 1914.
 413. Augst, Richard, Bismarck und Leopold von Gerlach. Ihre persönlichen Beziehungen und deren Zusammenhang mit ihren politischen Anschauungen. Leipzig 1914.

*

414. Meinecke, Friedrich, Die Tagebücher des Generals von Gerlach. Hist. Zeitschrift. Bd. 70. S. 52—80. 1893.
 415. Petersdorff, H. v., Joseph von Radowitz und Leopold von Gerlach. Deutsche Rundschau. Bd. 130. S. 43—61. 1907. Vgl. Nr. 967.

Gervinus

- 415a. Briefe, 1—10, Nachlaß, Heidelberger Universitätsbibliothek.
 416. Ippel, Eduard, Briefwechsel zwischen Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus. 2 Bde. Berlin 1885/86. Vgl. Nr. 205.
 417. Dörfel, Johannes, Gervinus als historischer Denker. Gotha 1904.
 418. Hirzel, Hermann, Georg Gottfried Gervinus' historisch-politische Ideen. Phil. Diss. (Maschinenschrift) Tübingen 1922 (1923).

H a m b u r g

419. Gabe, Walther, Hamburg in der Bewegung von 1848—49. Heidelberg 1911.
 420. Seifensieder, Jakob, Gabriel Rießer. Ein deutscher Mann jüdischen Glaubens. Frankfurt a. M. 1920.
 421. Sieveking, Heinrich, Karl Sieveking 1787—1847. Lebensbild eines Hamburg. Diplomaten a. d. Zeitalter der Romantik. Hamburg 1923.
 422. Baasch, Ernst, Geschichte Hamburgs 1814—1918. 2 Bde. Gotha u. Stuttgart 1924/25.
 423. Reincke, H., Hamburg. Ein kurzer Abriß der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bremen 1925.
 424. Friedländer, Fritz, Das Leben Gabriel Rießers. Ein Beitrag zur inneren Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1926.

*

425. Wohlwill, Adolf, Die Wahlen zur Konstituante vom Jahre 1848 und die nachmaligen Bürgermeister Kirchenpauer, Petersen und Versmann. Mitteil. d. Vereins f. Hamb. Geschichte. Bd. 24. S. 464—466. 1904.
 426. Hesel, A., Hamburgische Stimmen aus der Paulskirche. Mitt. d. Vereins f. Hamburgische Geschichte. 26. Jahrg. 1906. S. 200—211.
 427. Gabe, Walther, Verzeichnis Hamburgischer Petitionen an die Nationalversammlung von 1848/49 im Archiv des Deutschen Bundestages in Frankfurt. Mitteilungen d. Vereins f. Hamburg. Geschichte. Bd. 30. S. 420. 1910.
 428. Rosenbacher, M. G., Die Untersuchung wegen der „Lieder eines Hanseaten“ (1843). Mitteil. d. Vereins f. Hamburg. Geschichte. Bd. 33. S. 171—176. 1918.
 429. Voigt, Joh. Friedr., Einsetzung der Reformdeputation 1848. Mitteil. d. Vereins f. Hamburg. Geschichte. Bd. 13. Jahrg. 38. Heft 2. Nr. 4. S. 162—164. 1918.
 430. Baasch, Ernst, Der Verein für Handelsfreiheit in Hamburg. 1848—68. Zeitschrift d. Vereins f. Hamburg. Geschichte. Bd. 22. S. 32ff. 1920.
 431. Baasch, Ernst, Der Verein für Handelsfreiheit in Hamburg 1848—68. Zeitschrift f. Hamburg. Geschichte. Bd. 24. Heft. 1, S. 32—60. 1921.
 432. Hesel, A., Glückwunschsreiben des Hamburger Senats an den Reichsverweser Erzherzog Johann. Zeitschrift f. Hamburg. Geschichte. Bd. 26. S. 169—178. 1925. Vgl. Nr. 479.
 433. Dreyer, Alfred, Hamburg und die dänische Eisenbahnpolitik in Schleswig-Holstein von 1835—65. Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter. Jahrg. 2. S. 247—253. 1927.
 434. Sieveking, Heinrich, Zur Geschichte der geistigen Bewegung in Hamburg nach den Freiheitskriegen. Ztschr. f. Hamburg. Geschichte. Bd. 28. S. 129—154. 1927.
 435. Kayser, Rudolf, Malvida von Meyensbugs Hamburger Lehrjahre. Zeitschrift d. Vereins f. Hamburgische Geschichte. Bd. 28. S. 116—128. 1927.

Hannover und Oldenburg

- 435a. Lehzen, Hannovers Staatshaushalt. 2 Bde. Hannover 1853/54.
436. Oppermann, H. A., Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832—1860. 2 Bde. Leipzig 1860/1862. 2. Aufl. Berlin 1868.
437. Hassell, W. v., Geschichte des Königreichs Hannover. 3 Bde. 1813—1866, Bremen 1897 bis 1901.
438. Pleitner, E., Oldenburg im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Oldenburg 1899/1900.
439. Wilkinson, C. A., König Ernst August v. Hannover. Erinnerungen an seinen Hof und seine Zeit. Übers. v. H. Veranus. Braunschweig u. Leipzig 1902.
440. Hartmann, Julius, Meine Erlebnisse zu hannoverscher Zeit 1839—66. Hrsg. v. Adolf Hartmann. Wiesbaden 1912.
441. Rothert, Wilhelm, Im alten Königreich Hannover 1814—66. Ein Gedenkbuch zur Jahrhundertfeier. Hannover 1914.
442. Frensdorff, F., Gottlieb Planck, deutscher Jurist und Politiker. Berlin 1914.
443. Sievers, Ferdinand, Die Politik Hannovers in bezug auf den deutsch-dänischen Krieg 1848—1850. Phil. Diss. Leipzig 1922 (1923). Ausz.: Jahrb. d. phil. Fak., Leipzig 1922. Auch: Niedersächsisches Jahrb. Bd. 3. S. 1—87.
444. Sonnemann, Theodor, H. A. Oppermann und der hannoversche Liberalismus. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Rostock 1922 (1923). Ausz.: Rostock 1922.
445. Max, Hermann, Die politische Presse des Königreichs Hannover zur Zeit des Ministeriums Stüve 1848—50. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Göttingen 1923. Ausz.: Jahrbuch der Phil. Fak. 1923.
446. Borkenhagen, Helene, Ostfriesland unter der hannoverschen Herrschaft 1815—1866. Aurich 1924.
447. Barth, Alois, Das Zeitungswesen von Hildesheim. Ein Beitrag zur deutschen Zeitungsgeschichte. Rechts- u. staatswiss. Diss. (Maschinenschrift). Hamburg 1925 (1927).
448. Warschauer, Martin, Johannes Hermann Detmold in der Opposition (1838—1848). Ein Beitrag z. Geschichte d. Hannoverschen Verfassungskämpfe und des politischen Denkens in Deutschland. Hildesheim u. Leipzig 1926.
449. Henke, Konrad, Die Osnabrücker Presse von der Mairevolution 1848 bis zur Gegenwart. Osnabrück 1927. Phil. Diss. Münster 1927.
450. Mommsen, Wilhelm, Johannes Miquel. 1. Bd. Stuttgart 1928.

*

451. Gebauer, I. H., Der Briefwechsel Ernst Augusts von Hannover und Herzog Christian Augusts von Schleswig-Holstein. Zeitschrift d. Hist. Vereins f. Niedersachsen. Jahrg. 1910. S. 277—316.
452. Niebour, Hermann, Die hannoverschen Abgeordneten zur Nationalversammlung 1848/49. Zeitschrift d. Hist. Vereins f. Niedersachsen. Jahrg. 1911. S. 136—154.
453. (Joh. v. Miquel), Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung. Ein Memoirenfragment J. v. M. Veröffentlicht v. Friedr. Thimme. Deutsche Revue. Bd. 40. 1. Febr. 1915. S. 171—185.
454. Kloppenburg, H., Der Aufruhr in Hildesheim am 17. u. 18. April 1848. „Alt-Hildesheim“. Heft 1. S. 25—28. 1919.

Moritz Hartmann

455. Wittner, Otto, Moritz Hartmanns Leben und Werke. Ein Beitrag zur politischen und literarischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Teil 1. Der Vormärz und die Revolution. Teil 2. Exil und Heimkehr. Prag 1906/07.
456. Hartmann, Moritz, Revolutionäre Erinnerungen. Hrsg. v. H. H. Houben. Leipzig 1919.
457. Hartmann, Moritz, Briefe. Ausgew. u. eingeleitet v. Rud. Wolkan. Wien, Berlin, Leipzig, München 1921.

Rudolf Haym

458. Haym, Rudolf, Reden und Redner des ersten vereinigten preußischen Landtags. Berlin 1847/48.

459. Haym, Rudolf, Die deutsche Nationalversammlung. 3 Abt. (1. Frankfurt 1848). Berlin 1849/50.

460. Haym, Rudolf, Aus meinem Leben. Erinnerungen a. d. Nachlaß herausgegeben. Berlin 1901.

*

461. Wentzeke, Paul, Aus den letzten Tagen der Paulskirche. Briefe Rudolf Hayms. Archiv f. Frankfurts Geschichte u. Kunst. N. F. 4. Bd. 1. 1925. Vgl. Nr. 339.

Georg Herwegh

462. Herwegh, Marcel, Briefe von und an Georg Herwegh. München 1896.

463. Fleury, V., Le poète Georges Herwegh 1807—1875. Paris 1911.

*

464. Lipp, Friedrich, Georg Herweghs viertägige Irr- und Wanderfahrt mit der Pariser deutsch-demokratischen Legion in Deutschland und deren Ende bei Dossenbach. Blätter aus d. Markgrafschaft. Heft 3. S. 27—66. 1917.

464a. Georg Herweghs Flucht. Bericht des einzig lebenden Augenzeugen (Louis Bannwarth). Vossische Zeitung, 7. März 1925. M. A.

Hessen-Darmstadt

465. Eigenbrodt, R. K. Theodor, Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850. Mit einer biogr. Einleitung v. Ludwig Bergsträsser. Darmstadt 1914.

466. (du Thil), Denkwürdigkeiten des Ministers Freiherrn du Thil. Hrsg. v. Heinrich Ulmann. Berlin 1921.

467. Kaul, Gregor, Geschichte der Sozialdemokratie in Offenbach. Offenbach 1925. (Umschlag: 50 Jahre Offenbacher Abendblatt.)

468. Durst, Georg, Hessen-Darmstadt und die schleswig-holsteinische Frage 1840—1850. Darmstadt 1926.

*

469. Dittfurth, Maximilian v., Erinnerungen an den April 1849. Hessenland. Bd. 13. 1899. Nr. 8. S. 94—96. Nr. 9. S. 106—108. Nr. 11. S. 139—140.

470. Ulmann, Heinrich, Minister du Thil im Kampf um das Monarchische Prinzip. 1832—1835. Archiv f. hessische Geschichte u. Altertumskunde. N. F. B. 14. Heft 1. S. 52—71. 1923.

Erzherzog Johann

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11430

471. Briefwechsel zwischen Erzherzog Johann Baptist v. Österreich und Anton Graf v. Prokesch-Osten nebst Ausz. a. d. Tagebuchblättern d. Erzherzogs Johann Nov. 1837. Hrsg. v. A. Schlossar. Stuttgart 1898.

472. Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Erzherzog Johann v. Österreich. Hrsg. von G. Küntzel. Frankfurt a. M. 1925.

*

473. Schlossar, Anton, Der deutsche Reichsverweser Erzherzog Johann und Graf Anton von Prokesch-Osten. Ein ungedruckter Briefwechsel. Deutsche Revue. Bd. 22, 1. S. 1—15. 1897.

474. Zwiedineck-Südenhorst, Hans v., Eine deutsch-österreichische Bundesakte. (Aus dem Archiv d. Reichsverwesers Erzherzog Johann.) Mitteilungen d. Inst. f. österr. Geschichtskunde. Ergänzungsbd. 7. 1907. S. 187—214.

475. Schlossar, Anton, Ungedruckte Briefe Erzherzog Johanns aus Frankfurt a. M. von 1848 und 1849. Deutsche Revue. Bd. 35. 1910. Jan. S. 96—102. März S. 354—358. April S. 87—95.

476. Ilwof, Franz, Zur Wahl Erzherzog Johanns zum Deutschen Reichsverweser. Zeitschr. d. Histor. Vereins f. Steiermark. Bd. 8. Heft 1/2. S. 68—73. 1910.
477. Küntzel, Georg, Der Reichsverweser Erzherzog Johann v. Österreich und Fürst Karl Leiningen. Zeitschrift f. Geschichte d. Oberrheins. N. F. Bd. 26. Heft 2. S. 283—343. 1911.
478. Dobliger, Max, Tagebucheintrag d. Erzherzogs Johann, des späteren Reichsverwesers, über Karl Ludwig Sand und die Karlsbader Beschlüsse. Quellen u. Darstell. z. Geschichte d. Burschenschaft u. d. deutsch. Einheitsbewegung. Bd. 8. S. 151—153. 1925.
479. Hessel, A., Das Glückwunschs Schreiben d. Hamburger Senats an den Reichsverweser Erzherzog Johann. Zeitschrift f. Hamburg. Geschichte. Bd. 26. S. 169—178. 1925. Vgl. Nr. 432.

Jordan, Sylvester

480. Jordan, Sylvester, Politische Erinnerungen aus der Zeit seiner Gefangenschaft 1839—1845, aus d. literarischen Nachlaß seiner Tochter. Hrsg. v. P. Tesdorpf. Augsburg 1912.
481. Wieber, Walter, Die politischen Ideen Sylvester Jordans. Tübingen 1913.
- *
482. (Jordan, Sylvester), Briefe Sylvester Jordans aus der Zeit seiner Gefangenschaft an seinen Schwiegervater Gerichtsdirektor Dr. Paul Wigand in Wetzlar. Hrsg. v. H. Keller-Jordan. „Hessenland“. Bd. 12. Nr. 4. S. 42—44. Nr. 5. S. 54—57. Nr. 6. S. 66—68. Nr. 7. S. 82—84. 1898.
483. Wieber, Walter, Sylvester Jordans „Politische Erinnerungen“. „Hessenland“. Bd. 27. Nr. 11. S. 166—168. 1913.

Katholische Bewegung

484. Reichensperger, Peter, Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848. Berlin 1882.
485. Sepp, I. Nepomuk, Goerres. Berlin 1896.
486. Pastor, Ludwig, August Reichensperger. Freiburg 1899.
487. Bergsträsser, Ludwig, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. Tübingen 1910.
488. Schnabel, F., Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Heidelberg 1910.
489. Diehl, Anton, Zur Geschichte der katholischen Bewegung im 19. Jahrhundert. Mainz 1911.
490. Dor, Franz, Friedrich Ritter von Buß. Freiburg 1911. Vgl. Nr. 113 u. 114.
491. Schnütgen, Alexander, Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens in Deutschland von 1814—1848. Straßburg 1913.
492. Sebastian, L., Fürst Alexander Hohenlohe-Schillingsfürst 1794—1849 und seine Gebetsheilungen. Kempten und München 1918.
493. Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung. Ausgew. u. eingel. v. Ludwig Bergsträsser. Bd. 1. 1815—1870. München 1921.
494. Richter, Gregor, Der Plan zur Errichtung einer katholischen Universität zu Fulda im 19. Jahrhundert. Fulda 1922.
495. Vigener, Fritz, Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts. München und Berlin 1924.
496. Vigener, Fritz, Drei Gestalten aus dem modernen Katholizismus. Möhler, Diepenbrock, Dollinger. München 1926. 7. Beiheft d. Hist. Ztschr.
497. Broermann, H., u. Grobbel, K., Unterm Zentrumsbanner. Werden und Wirken der Zentrumspartei. Dokumente z. Zeitgeschichte. Berlin 1926.
498. Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte d. kath. Bewegung sowie z. allgem. Geschichte d. neueren und neuesten Deutschlands. 1815—1914. 5 Bde. Köln 1927/29.
499. Kapfinger, Hans, Der Eoskreis 1828 bis 1832. Ein Beitrag z. Vorgeschichte d. polit. Katholizismus i. Deutschland. München 1928.

500. Oncken, Hermann, August Reichensperger. Hist. Zeitschrift. Bd. 88. S. 247—263. 1902.
 501. Doeberl, Anton, Die katholische Bewegung in Bayern in den Jahren 1848 und 1849. Hist.-politische Blätter f. d. katholische Deutschland. Bd. 170. 1922. Heft 1. S. 7—17. Heft 2. S. 65—70. H. 4. S. 211—222. Heft 5. S. 249—257. Heft 8. S. 429—445. Heft 9, S. 494—503.
 502. Dorneich, J., Die politische Entwicklung des jungen Buß. Hist. Jahrbuch. Bd. 45. S. 293—307. 1925.
 503. Doeberl, Anton, Graf Konrad Preysing und das Erwachen der kathol. konservativen Partei in Bayern. Gelbe Hefte. Jahrg. 2. Hlbd. 2. S. 843ff. 1920.

Gottfried Kinkel

504. Joesten, Joseph, Gottfried Kinkel. Köln 1905.
 505. Bollert, Martin, Gottfried Kinkels Kämpfe um Beruf und Weltanschauung bis zur Revolution. Bonn 1914.
 506. Bollert, Martin, Ferdinand Freiligrath und Gottfried Kinkel. Bromberg 1916.
 507. Jonge, Alfred R. de, Gottfried Kinkel as political and social thinker. New York 1926.

*

508. Joesten, Joseph, Ist Gottfried Kinkel zum Tode verurteilt worden? Deutsche Revue. Bd. 29. S. 72—85. 1904.
 509. Joesten, Joseph, Nochmals über Gottfried Kinkels Todesurteil. Deutsche Revue. Bd. 29. S. 357—361. 1904.
 510. Kinkel im Gefängnis zu Spandau. Aus Professor Ernst aus'm Weerths ungedruckten Lebenserinnerungen. Deutsche Revue. Bd. 33. S. 195—215. 1908.
 511. Bollert, Martin, Willibald Beyschlag über Gottfried Kinkels religiöse und theologische Entwicklung. Theol. Studien u. Kritiken. Jahrg. 1913. 4. Heft. S. 589—610.
 512. Bollert, Martin, Kinkel im Zuchthause. (Mitt. a. Arch. u. Briefen.) Preuß. Jahrbücher. Bd. 158. S. 405—430. 1914.
 513. Bollert, Martin, Kinkel vor dem Kriegsgericht. Preuß. Jahrbücher. Bd. 155. Heft 3. S. 488—512. 1914.
 514. Meyer-Kraemer, Rudolf, Briefe Jakob Burckhardts an Gottfried (und Johanna) Kinkel. Basler Ztschrft. f. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 19. Heft 2. 1921. S. 195—345.
 514a. Wie Gottfried Kinkel befreit wurde. Vossische Zeitung, 21. August 1927. Nr. 394. Vgl. auch Nr. 114a.
 514b. Forbes-Mosse, Irene, Johanna Kinkel, Bettina und ihr König. Aus alten Arnimschen Familienpapieren. Vossische Zeitung, 30. Dezember 1928. Nr. 305.

Kurhessen

Vgl. Dahlmann-Waitz. Nr. 11550. 11709. 11803

515. Wippermann, K. W., Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850.
 516. Vilmar, A. F. C., Zur neuesten Culturgeschichte Deutschlands. 2 Teile. Frankfurt und Erlangen 1859.
 517. Oetker, F., Lebenserinnerungen. 2 Bde. Stuttgart u. Berlin 1877/78. Bd. 3. Kassel u. Berlin 1885.
 518. Bähr, Otto, Eine deutsche Stadt vor sechzig Jahren. Kulturgesch. Skizze. 1. Aufl. 1884. 2. Aufl. Leipzig 1886.
 519. Gerland, O., 1810—1860. Zwei Menschenalter kurhessischer Geschichte nach d. Erinnerungen u. Aufzeichnungen d. Generalmajors Gerland u. anderen Quellen. Kassel 1892.
 520. Bähr, Otto, Das frühere Kurhessen. Kassel 1895.
 521. Schwedes, Theodor, Leben und Wirken eines kurhessischen Staatsmannes. 1788—1882. Dargest. v. Auguste Schwedes. Wiesbaden 1899.
 522. Grebe, E. R., Friedr. Wilhelm I., Kurfürst von Hessen. Kassel 1902.
 523. Losch, Philipp, Die Abgeordneten der kurhessischen Ständeversammlungen von 1830 bis 1866. Marburg 1909.

524. Bovensiepen, Rudolf, Die kurhessische Gewerbepolitik und die wirtschaftliche Lage des zünftigen Handwerks in Kurhessen von 1816—1867. Marburg 1909.
525. Brunner, H., Geschichte der Residenzstadt Cassel 913—1913. Zur Feier des 1000jährigen Bestehens der Stadt. Cassel 1913.
526. Iseler, Joh., Die Entwicklung eines öffentlichen politischen Lebens in Kurhessen 1815 bis 1848. Berlin 1913.
527. Heidelberg, Paul, Dichter und Künstler in Escheberg. Marburg 1923.
528. Lieberknecht, Paul, Geschichte des Deutsch-Katholizismus in Kurhessen. Marburg 1915.
529. Rusche, Fritz, Kurhessen in der bürgerlichen und sozialen Bewegung der Jahre 1848/49. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Marburg 1921.
530. Tapp, Alfred, Hanau in der Revolution von 1848/49. Phil. Diss. (Maschinenschrift). Frankfurt 1922 (1923).
531. Losch, Philipp, Geschichte des Kurfürstentums Hessen 1803—1866. Marburg 1922.
532. Losch, Philipp, Zur Geschichte des kurhessischen Staatsschatzes. Nach unveröffentlichten Quellen. Kassel 1923.
533. Kühn, Joachim, Kurhessische Bilderbogen. Studien und Porträts z. Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts. Berlin 1924.
534. Hartmann, Margarete, Die soziale Demokratie 1848/49. Beiträge a. d. „Hornisse“, Zeitschrift f. hess. Biedermänner u. d. „Wage“, Zeitschrift z. Besprechung d. Angelegenheiten des Volkes. Grünberg i. H. 1925. Phil. Diss. Gießen 1926.
535. Schmidt, Armin, Die Verkehrsentwicklung Kassels während der letzten hundert Jahre. Kassel 1927.
536. Gilsa, Otto von u. zu, Studien über die wirtschaftliche Entwicklung d. ritterschaftlichen Stiftes Kaufungen, besonders im 18. u. 19. Jahrhundert. Phil. Diss. Marburg 1927.
537. Kühn, Joachim, Das Ende einer Dynastie. Kurhessische Hofgeschichten 1821 bis 1866. Berlin 1929.

*

538. Sybel, Heinrich von, Hans Daniel Hassenpflug. Hist. Zeitschrift. Bd. 71. S. 48—67. 1893.
539. W. G., Die ersten Märztage des Jahres 1848 in Kassel. Hessenland. Bd. 2. Nr. 5. S. 61—62. 1898.
540. R., Die Kasseler Schutzwache im Jahre 1848. Hessenland. 12. Nr. 24. S. 312—313. 1898.
541. Einiges Weitere aus den Kasseler Märztagen. Hessenland. 12. Nr. 6. S. 76f. 1898.
542. Die hessischen Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vom 18. April 1848. Hessenland. Bd. 12. Nr. 8. 1898. S. 105—106.
543. Varrentrapp, C., Meinungen in Kurhessen über das deutsche Kaisertum 1848/49. Histor. Zeitschrift. Band 94. S. 67. 1905.
544. Erinnerungen eines Kasseler Bürgers. Mitteilungen a. d. Mitglieder d. Vereins f. hess. Geschichte und Landeskde. Jahrg. 1908/09. S. 98ff.
545. Brunner, H., Die sogenannte Garde-du-Corps-Nacht. (9./10. April 1848.) Mitteil. a. d. Mitglieder d. Vereins f. hess. Geschichte u. Landeskde. Jahrg. 1908/09. S. 25ff.
546. Weidemann, Wilhelm, Friedrich Murhard (1778—1853) und der Altliberalismus. Zeitschrift d. Vereins f. hess. Geschichte. Bd. 55 (N. F. 45). S. 299f. 1926.

Liberalismus — Demokratie

547. Oncken, Hermann, Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen hinterlassenen Papieren. 2 Bde. Stuttgart u. Leipzig 1910.
548. Klein-Hattungen, Oskar, Geschichte des deutschen Liberalismus. Berlin 1910/11.
549. Pinkow, Hans Wilhelm, Der literarische u. parlamentarische Kampf gegen d. Institution d. stehenden Heeres in Deutschland i. d. 1. Hälfte d. 19. Jahrh. (1815—48). Phil. Diss. Berlin 1912.
550. Willner, Fritz, Ludwig Wieland, ein liberaler Publizist. Halle a. d. Saale 1915. Phil. Diss. Greifswald 1915.
- 550a. Weiß, Antonie, Die leitenden Ideen des vormärzlichen Liberalismus nach dem Staatslexikon von Rotteck-Welcker. Phil. Diss. München. 1919 [1924]. (Maschinenschrift).

551. Maenner, Ludwig, Karl Gutzkow und der demokratische Gedanke. München u. Berlin 1921.
552. Drück, Karl, Ausgewählte Fragen zur Entwicklung des Liberalismus der 30er bis 60er Jahre. Dargestellt nach Rotteck-Welcker: „Staatslexikon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften. 1. bis 3. Ausg.“ Phil. Diss. Tübingen 1922 (1923). (Maschschr.).
553. Bach, Kurt, Johannes Fallati als Politiker. Ein Beitrag zur Geschichte d. liberalen Bewegung und der Revolution von 1848/49. Tübingen 1922.
554. Suhr, Otto, Die berufsständische Verfassungsbewegung in Deutschland bis zur Revolution 1848. Phil. Diss. Leipzig 1923. (Maschinenschrift).
555. Wegele, Dora, Theodor Althaus und Malwida v. Meysenbug. In: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge z. deutschen Partei- und Ideengeschichte, Friedrich Meinecke z. 60. Geburtstag dargebracht. Hrsg. v. P. Wentzke. München u. Berlin 1923.
556. Rapp, Adolf, Der Kampf um die Demokratie in Deutschland seit der großen französischen Revolution. Berlin 1923.
557. Rosenthal, Dorothea, Der Friedensgedanke in Liberalismus und Demokratie 1815—48. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Phil. Diss. Leipzig 1923. (Maschinenschrift). Ausz. Jahrb. d. Phil. Fak. Leipzig 1923.
558. Bechstein, Konrad, Feodor Streit. Ein Kämpfer für Einheit und Freiheit, 1848, 1859, 1866. Coburg 1925.
559. Mayer, G., Der bayrische Reformlandtag 1848. Phil. Diss. München 1924 (1926). Ausz. München 1925.
560. Müller, Otto Heinrich, Johann Georg August Wirth und die Entwicklung d. radikalen Liberalismus von 1830—48. Phil. Diss. (Maschinenschrift) 1925.
561. Meier, Fritz, Der demokratische Gedanke und der Machtstaatscharakter des Staates. Eine hist.-krit. Untersuchung zur Staatsphilosophie. Oldenburg 1926.
562. Schmitt, Carl, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 2. Aufl. München und Leipzig 1926.

*

563. Meinecke, Friedrich, Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. Histor. Zeitschrift. Bd. 118. S. 46—62. 1917.
564. Brandenburg, Erich, Zum älteren deutschen Parteiwesen. Hist. Zeitschrift. 1918. S. 63f.
565. Bergsträsser, Ludwig, Aus der Frühzeit des deutschen Liberalismus. Deutsche Revue. Bd. 47, 3. S. 161—172. Aug. 1922.
566. Mayer, Gustav, Aus dem Briefwechsel Johann Jacobys. Deutsche Revue. Bd. 47. Sept. 1922. 212ff. Oktob. S. 48ff. Nov. S. 167ff.
567. Wentzke, Paul, Aus Jos. Scheffels politischen Anfängen, zugleich ein Beitrag zur deutschen Parteigeschichte. Deutsche Revue. 47. Jahrg. Dez. 1922. S. 260f.
568. Ulmann, Heinrich, Wie Republikaner des Jahres 1848 Monarchisten wurden. Deutsche Revue. Jahrg. 47. Okt. 1922, S. 60f. Nov. 1922, S. 149f.
569. Neumann, Hans, Franz Ziegler und die Politik der liberalen Oppositionsparteien von 1848—1866. Forschungen z. brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 37. S. 271—288. 1925.
570. Fleury, Victor, L'agitation républicaine en Allemagne avant 1848. „La révolution de 1848“. 23. Bd. S. 559f. 1925.

F r i e d r i c h L i s t

571. Kampmann, Carl, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland. Tübingen 1915.
572. Goeser, Carl, Der junge Friedrich List. Ein schwäbischer Politiker. Biographischer Versuch. Stuttgart u. Berlin 1916.
573. List, Friedrich, Das nationale System der politischen Ökonomie. Hrsg. v. Eheberg. Leipzig 1925.
574. Friedrich Lists kleinere Schriften. Hrsg. v. Friedrich Lenz. Jena 1926.
575. Köhler, I. P., Staat und Gesellschaft in den deutschen Theorien der auswärtigen Wirtschaftspolitik und des internationalen Handels von Schlettwein bis auf Friedrich List und Prince-Smith. Stuttgart 1926.

576. Schulze, Fr., Friedrich List in Leipzig. Leipzig 1927.
 577. Sommer, Artur, Friedrich Lists System der politischen Ökonomie. Jena 1927.
 578. Meisinger, Karl August, Friedrich List, der tragische Deutsche. Leipzig 1930.

*

579. Westenberger, Friedrich Lists Wirken für ein deutsches Eisenbahnsystem. Archiv f. Eisenbahnwesen. Jahrg. 1920. Heft 4. Juli, Aug. S. 505—539. Heft 5. Sept., Okt. S. 809—840. Heft 6. Nov., Dez. S. 1068—1103.
 580. Kaindl, Raimund Friedr., Friedrich List als Bahnbrecher Großdeutschlands. Österr. Rundschau. Bd. 18. S. 119—124. 1922.
 581. Christern, Hermann, Ergebnisse und Aufgaben der Friedrich List-Forschung. Archiv f. Politik u. Geschichte. Bd. 9. S. 227—238. 1927.

L ü b e c k

582. Geschichte der Freien Hansestadt Lübeck. Hrsg. v. Fritz Endres. Lübeck 1926.
 583. Lübeck seit der Mitte des 18. Jahrhunderts (1751). Lübeck 1926.

Ludwig I. von Bayern

584. Ritter, F. v., Beiträge zur Regierungsgeschichte König Ludwigs I. von Bayern. 2 Bde. München 1853—55.
 585. Sepp, J. Nepomuk, Ludwig Augustus König von Bayern und das Zeitalter der Wiedergeburt der Künste. Schaffhausen 1869. 2. verm. u. verb. Aufl. Regensburg 1903.
 586. Heigel, Karl Theodor v., Ludwig I., König von Bayern. Leipzig 1872. 2. Aufl. Leipzig 1888.
 587. Doeberl, Michael, Kronprinz Ludwig und die deutsche Frage. In: Festgabe f. K. Theodor v. Heigel, zur Vollendung seines 60. Lebensjahres gewidmet v. Th. Bitterauf u. a. München 1903.
 588. Doeberl, Michael, König Ludwig I., der zweite Gründer der Ludwig-Maximilian-Universität. Festschrift zur Jahrhundertfeier der Universität. München 1926.
 589. Spindler, Ludwig, Max Joseph Anton Sambuga und die Jugendentwicklung König Ludwigs I. Phil. Diss. München 1927.
 590. Thiersch, H., Ludwig I. von Bayern und die Georgia Augusta. Berlin 1927.
 591. Götz, W., Der bayerische Landtag 1831, ein Wendepunkt in der Regierung Ludwigs I., Aibach 1928.

K a r l M a t h y

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11484. 11545

592. Freytag, G., Karl Mathy. Geschichte seines Lebens. Leipzig 1870. 2. Aufl. 1872.
 593. Mathy, Karl, Aus dem Nachlaß. Briefe 1846—1848. Hrsg. v. L. Mathy. Leipzig 1898.
 594. Treitschke, Heinrich v., Karl Mathy. In: Historische u. politische Aufsätze. 6. Ausg. 3 Bde. Leipzig 1903. (1. Leipzig 1865. 2 Teile.)

*

595. Mathy, Ludwig, Zu Karl Mathys hundertstem Geburtstag. Mannheimer Geschichtsblätter. Bd. 8. H. 3. S. 51—65. 1907.
 596. Mathy, Ludwig, Briefe von und an Karl Mathy aus dem Frühling 1849. Mit Erläuterungen. Deutsche Revue. Bd. 33, 2. S. 265—281. Bd. 33, 3. S. 82—97. 1908.

M e c k l e n b u r g

597. Hirschfeld, L. v., Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und seine Vorfahren. 2 Bde. Leipzig 1891.
 598. Wächter, G., Kleinstadtleben in der Großeltern jungen Jahren. Plau 1904.
 599. Werner, A., Die politischen Bewegungen in Mecklenburg und der außerordentliche Landtag v. 1848. Berlin 1907.

600. Grobbecker, Hans, Mecklenburg-Strelitz in den Jahren 1848/51. Phil. Diss. Rostock 1922 (1924). (Maschschr.) Auch: Mecklenb.-Strelitz. Geschichtsblätter. Bd. 2. S. 77—183.
601. Eiserwag, Ewald, Mecklenburg und die deutsche Frage während der Jahre 1848—1850. Phil. Diss. (Maschschr.) Rostock 1922. Ausz.: Rostock 1922.
602. Stammer, Martin Otto, Die Anfänge des Mecklenburgischen Liberalismus bis zum Aufmarsch der Parteien im verfassungsgebenden Landtag des Jahres 1848. Phil. Diss. Rostock 1922. Ausz.: Rostock 1922.

Metternich

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11520

603. Briefe von Stägemann, Metternich, Heine und Bettina von Arnim, nb. Briefen, Anmerkungen und Notizen von Varnhagen von Ense. Leipzig 1865.
604. Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. Geordnet u. zusammengestellt v. A. v. Klinkowström. 3 Teile. 8 Bde. Wien 1880—1884.
605. Metternich und Kübeck. Ein Briefwechsel (1840—1855). (Supplementband zu: Tagebücher d. Fr. Frh. v. Kübeck. Hrsg. v. Max Frh. v. Kübeck. 2 Bde. Wien 1909.) Wien 1910.
606. Groß, F., Fürst Metternich, eine Studie zur Psychologie der Eitelkeit. Stuttgart 1922.
607. Metternich-Hartig, F. v., Ein Briefwechsel des Staatskanzlers 1848—1851. Wien 1923.
608. Srbik, Heinrich Ritter v., Metternich, der Staatsmann und der Mensch. 2 Bde. Wien 1925.
609. Bibl, Viktor, Metternich in neuer Beleuchtung und sein geheimer Briefwechsel mit dem bayrischen Staatsminister Wrede. Wien 1928.

*

610. Laubert, Manfred, Metternich und die Kritik der deutschen Presse an der Revolution in Krakau und Galizien 1846. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 17. 1914/15. (Druck 1916.) S. 84—85.
611. Meyer, Arnold Oskar, Fürst Metternich. Archiv f. Politik u. Geschichte. Bd. 2. S. 134—166. 1924.
612. Stern-Rubarth, Edgar, Sturz und Flucht Metternichs. Nach Briefen aus dem Hausarchiv d. Grafen Rechberg. Deutsche Rundschau. Bd. 199. Jahrg. 50. S. 286—295. Jan. 1924.
613. Srbik, Heinrich Ritter v., Der Ideengehalt des „Metternichschen Systems“. Hist. Zeitschrift. Bd. 131. 1925. S. 240—262.
614. Wertheimer, Eduard v., Gibt es einen neuen Metternich? Forschungen z. brandenburg. u. preuß. Geschichte. Bd. 38. S. 339—367. 1926.
615. Srbik, Heinrich Ritter v., Metternichs mitteleuropäische Idee. Volk und Reich. Bd. 2. S. 431—455. 1926.
616. Srbik, Heinrich Ritter v., Der Prinz von Preußen und Metternich. 1835—1848. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 23. S. 188—198. 1926.
617. Winkler, Arnold, Metternich und die Schweiz. Eine prinzipielle Untersuchung nach neuen Quellen. Zeitschrift f. Schweizer Geschichte. Bd. 7. Nr. 1. S. 60—116. Nr. 2. S. 127 bis 163. 1927.
- 617a. Valentin, Veit, Fürst Clemens Metternich. Vossische Zeitung, 28. August 1927. M. A.
618. Kittel, E., Metternichs politische Grundanschauungen. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 24. H. 3. S. 443—483. 1929. Vgl. auch Nr. 627.

Lola Montez

619. Anfang und Ende der Lola Montez in Bayern. Wahrheitsgetreue Schilderung der Zeit von Okt. 1846 bis Februar 1848. München 1848.
620. Erdmann, Lola Montez und die Jesuiten. Hamburg 1848.
621. Fuchs, Eduard, Ein vormärzliches Tanzidyll. Lola Montez in der Karikatur. Berlin 1904.
622. Auvergne, Edmond B. d', Lola Montez an adventuress of the forties. London (1909).

*

- 623. Fuchs, Eduard, Lola Montez in der Karikatur. Zeitschrift f. Bucherfreunde. 2. Jahrg. H. 3. S. 105ff. Juni 1898.
- 624. Fournier, August, Lola Montez. Ein geheimer Bericht über Bayern im Jahre 1847. Deutsche Revue. Bd. 27. S. 214—230. 1902.
- 625. Fournier, August, Lola Montez und der Regierungswechsel in Bayern 1847. Deutsche Revue. Bd. 34. S. 34—57. 1909.
- 626. Fournier, August, Lola Montez und die Studenten. Unedierte Berichte. Deutsche Revue. Bd. 39. S. 280—298. 1914.
- 627. Grünwald, Robert, Ein Polizeibericht über die Tänzerin Lola Montez. Berliner Illustrierte Zeitung, 13. November 1927. Nr. 46.
- 628. Posse, Ernst, Lola Montez, Metternich und der Weinsberger Geisterturm. Hist. Zeitschrift. Bd. 140. S. 348. 1929.

N a s s a u

- 629. Spielmann, C., Achtundvierziger Nassauer Chronik. Wiesbaden 1899.
- 630. Grandpierre, Ernst, Karl Braun, ein Nassauischer Mitarbeiter am Bau der deutschen Einheit. Idstein 1923.

*

- 631. Sauer, W., Nassau unter dem Minister von Marschall. I. Annalen d. Vereins f. Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Bd. 22. 1890. S. 79—117.
- 632. Himmelfreich, Friedrich, Die Belagerung von Braunfels. Eine Erinnerung an das Jahr 1848. Mitteil. d. Wetzlarer Geschichtsvereins. H. 7. 1919. S. 12—15.
- 633. Schwenk, Karl, Wetzlar in den Jahren 1848 und 1849. Mitteil. d. Wetzlarer Geschichtsvereins. H. 7. 1919. S. 3—12.

N a t i o n — N a t i o n a l s t a a t — N a t i o n a l i s m u s

- 634. Meinecke, Fr., Weltbürgertum und Nationalstaat. München u. Berlin 1908. 7. Aufl. 1923.
- 634a. Wentzcke, Paul, Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage. 1848—51. Halle a. d. S. 1911.
- 635. Haufe, Richard, Der deutsche Nationalstaat in den Flugschriften von 1848/49. Leipzig 1915.
- 635a. Gasparian, Aschot, Der Begriff der Nation in der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1916.
- 636. Meinecke, Friedrich, Preußen und Deutschland im 19. u. 20. Jahrhundert. Berlin 1918.
- 637. Rapp, Adolf, Der deutsche Gedanke, seine Entwicklung im politischen und geistigen Leben seit dem 18. Jahrhundert. Bonn, Leipzig 1920.
- 638. Deetjen, Werner, Sie sollen ihn nicht haben. Tatsachen und Stimmungen aus dem Jahre 1840. Weimar 1920.
- 639. Heller, Hermann, Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. Beiträge zur politischen Geistesgeschichte. Leipzig, Berlin 1921.
- 640. Rapp, Adolf, Großdeutsch-kleindeutsch. Stimmen aus d. Zeit v. 1815—1914. München 1922.
- 641. Schreiber, Hans L., Die erste deutsche Nationalversammlung und das Nationalitätsproblem. Phil. Diss. Frankfurt 1922 (1923) (Maschinenschrift).
- 642. Andreas, Willy, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens. Rede z. Gründungsfeier der Universität Heidelberg. 18. Jan. 1924. Stuttgart u. Berlin 1924.
- 643. Dankworth, Herbert, Das alte Großdeutschum. Versuch einer Bestimmung seiner kulturellen Grundlagen. Frankfurt a. M. 1925. Vgl. Nr. 726.
- 643a. Fenske, Walter, Johann Gustav Droysen und das deutsche Nationalstaatsproblem. Erlangen 1930.

*

- 644. Hugelmann, K. Gottfried, Der großdeutsche Gedanke und die Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1848. Österreichische Rundschau. Jahrg. 18. H. 11/12. S. 477ff. 30. Juni 1922.
- 645. Müller, Paul, Zur Neugestaltung Mitteleuropas im Jahre 1848. Pläne und Ansichten eines süddeutschen Diplomaten. Archiv f. Politik und Geschichte. Bd. 9. S. 125—136. 1927.

Österreich

Vgl. Dahlmann-Waitz

Nr. 11527·11640·11642·11643·11644·11645·11646·11647·11750·11754·11756·11758·11760·11762

646. Verhandlungen des österreichischen Reichstages nach der stenographischen Aufnahme. 4 Bde. 1848.
647. Nitscher, A. F., W. Messenhauser. Wien 1849.
648. P(illersdorf), F. v., Rückblick auf die politische Bewegung in Österreich in den Jahren 1848 u. 1849. 2. Aufl. Wien 1849.
649. (Hartig, Graf), Genesis der Revolution in Österreich im Jahre 1848. Leipzig 1850.
650. Violand, E., Soziale Geschichte der Revolution in Österreich. Leipzig 1850.
651. Buschmann, Eginhard Frh. v., Die niederösterreichischen Landstände und die Genesis der Revolution. Wien 1850.
652. Ficquelmont, L. Graf Aufklärungen über die Zeit vom 20. März bis zum 4. Mai 1848. 1. u. 2. Ausg. Leipzig 1850.
653. Ficquelmont, L. Graf, Deutschland, Österreich und Preußen. Wien 1851.
654. Stiles, W. H., Austria in 1848—49. 2 V. New York 1852.
655. Berger, A. F., Felix Fürst zu Schwarzenberg, k. k. Ministerpräsident. 2 Abt. Leipzig 1853.
656. Helfert, A. Frh. v., Aus Böhmen nach Italien, März 1848. Frankfurt 1862.
657. Streiter, J., Studien eines Tirolers. Leipzig 1862.
658. P(illersdorf), F. v., Handschriftlicher Nachlaß. Wien 1863.
659. Springer, A., Geschichte Österreichs. Leipzig 1863—65.
660. Sala, M. v., Geschichte des polnischen Aufstandes von 1846. Wien 1867.
661. Helfert, Jos. Alex. Frh. v., Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktober-Aufstandes 1848. 4 Bde. Leipzig u. Prag 1869—86.
662. Reschauer, A., Das Jahr 1848. 2 Bde. Wien 1870.
663. Kudlich, H., Rückblicke und Erinnerungen. 3 Bde. Wien 1873.
664. Reschauer, A., Die Wiener Revolution 1848. Wien 1876.
665. Helfert, Jos. Alex. v., Die Wiener Journalistik im Jahre 1848. Wien 1877.
666. (Wessenberg, J. P. v.), Briefe von Joh. Philipp Frh. v. Wessenberg aus den Jahren 1848 bis 1858 an Isfordink-Kostnitz. 2 Teile. Leipzig 1877.
667. Radics, P. v., Anastasius Grün. Verschollenes und Vergilbtes. Leipzig 1879.
668. Wirkner, L. v., Meine Erlebnisse (1825—52). Preßburg 1880.
669. (Prokesch-Osten), Aus dem Nachlaß des Grafen Prokesch-Osten. Wien 1881.
670. Helfert, J. A. v., Der Wiener Parnaß im Jahre 1848. Wien 1882.
671. Wolf, Gerson, Aus der Revolutionszeit in Österreich-Ungarn (1848—49). Wien 1885.
672. Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—49. Hrsg. u. eingel. v. A. Springer. Leipzig 1885.
673. Vitzthum v. Eckstädt, Graf, Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852. Polit. Privatbriefe d. damal. kgl. sächs. Legationssekretärs Karl Friedr. Grafen V. v. E., mit einem Vorwort v. Karl Müller. Stuttgart 1886. Vgl. Nr. 1025.
674. Der k. k. österr. Feldmarschall Fürst Windisch-Grätz. Eine Lebensskizze. Aus den Papieren eines Zeitgenossen d. Sturmjahre 1848 und 1849. Berlin 1886.
675. Wien 1848—1888. Hrsg. v. Gemeinderat der Stadt Wien. Wien 1888.
676. Krones, Franz v., Moritz v. Kaiserfeld. Sein Leben und Wirken als Beitrag zur Staatsgeschichte Österreichs in den Jahren 1848—1884. Leipzig 1888.
677. Hübner, A. v., Ein Jahr meines Lebens. 1848—49. Leipzig 1891.
678. Springer, A., Aus meinem Leben. Mit Beiträgen v. G. Freytag u. H. Janitschek. Berlin 1892.
679. Grillparzer, Franz, Meine Erinnerungen aus dem Revolutionsjahr 1848. Sämtliche Werke. Hrsg. v. Aug. Sauer. Bd. 20. Stuttgart 1893.
680. Zenker, Ernst Viktor, Geschichte der Wiener Journalistik. 2 Bde. Wien u. Leipzig 1892—93.
681. Grünberg, Die Bauernbefreiung und die Auflösung d. gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren u. Schlesien. 2 Bde. Leipzig 1893—94.

682. Zenker, E. V., Die Wiener Revolution 1848 in ihren sozialen Voraussetzungen und Beziehungen. Wien 1897.
683. Helfert, J. A. v., Der Prager Juniaufstand 1848. Prag 1897.
684. Zahn, Josef von, Katalog der Proklamationen, Maueranschläge und anderer Stimmen vom März bis Dezember 1848 für Graz und einzelne Orte auf dem Lande. Graz u. Leipzig 1898.
685. Arneth, Alfred Ritter v., Johann Frh. v. Wessenberg. Ein österreichischer Staatsmann des 19. Jahrhunderts. 2 Bde. Wien, Leipzig 1898.
686. Bach, Maximilian, Geschichte der Wiener Revolution 1848. Wien 1899.
687. Horner, Emil, Bauernfeld. Leipzig, Berlin u. Wien 1900.
688. Krawani, A., Der Vormärz und die Oktoberrevolution 1848. Von einem akademischen Legionär. Wien 1900.
689. Mises, Ludwig von, Die Entwicklung d. gutsherrlichen bäuerlichen Verhältnisses in Galizien 1772—1848. Wien u. Leipzig 1902.
690. Ilwof, F., Der provisorische Landtag des Herzogtums Steiermark 1848. Graz 1901.
691. Zur Geschichte der Kaiserlichen Wiener Zeitung. 8. August 1703 bis 1903. Wien 1903.
692. Helfert, J. A. v., Die Tiroler Landesverteidigung 1848. Mit Benutzung eines Tagebuches des Grafen Lichnowsky und anderer Papiere. Wien 1904.
693. Helfert, J. A. v., Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren. Im Wiener konstituierenden Reichstag 1848. Wien 1904.
694. Helfert, J. A. v., Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848 und 1849. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1907—09.
695. Windisch-Grätz, Ludwig Prinz, Kindheit und Jugendzeit 1839—1850. Wien 1908.
696. Friedjung, Heinrich, Österreich von 1848 bis 1860. Bd. 1 und 2, 1. Stuttgart, Berlin. 1908. Band 2, 2. 1912.
697. (Kübeck, C. Fr. v.), Tagebücher d. C. Fr. Frh. v. Kübeck. Hrsg. v. Max Frh. v. Kübeck. 2. Bde. Wien 1909.
698. (Prokesch-Osten), Aus den Tagebüchern des Grafen Prokesch-Osten. 1830—1834. Hrsg. v. Anton Gr. v. Prokesch-Osten. Wien 1909.
699. Charmatz, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907. 2 Bde. Leipzig 1909. 3. Aufl. 1918.
700. Spiegel, L., Hye und die Wiener Revolution. Leipzig 1910.
701. Charmatz, Richard, Adolf Fischhof. Das Lebensbild eines österreichischen Politikers. Stuttgart, Berlin 1910.
702. Bibl, Viktor, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz. Wien 1911.
703. Fischel, Alfred, Die Protokolle des Verfassungsausschusses über die Grundrechte. Ein Beitrag zur Geschichte des österr. Reichstags vom Jahre 1848. Wien, Leipzig 1912.
- 703a. Hartley, M., The man who saved Austria (Jellačić). London (1912).
704. Ségur-Cabanac, Victor Cte. de, Kaiser Ferdinand I. (V.) der Gütige in Prag. Die Zeit nach dem 13. März 1848. Brünn 1913.
705. Schübler, Wilhelm, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Berlin 1913.
706. Bucker, Wilhelm, Grillparzers Verhältnis zur Politik seiner Zeit. Marburger phil. Diss. 1913 (Teildruck). (Vollständig: Beiträge zur deutschen Literaturwissenschaft 1919.)
707. Ernst, Wenzel, Gefängnisserlebnisse von Prager Studenten in den Jahren 1848—54. Wien 1913.
708. Charmatz, Richard, Minister Freiherr von Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas. Sein Lebensgang und seine Schriften. Leipzig 1916.
- 708a. Thürheim, Julie, Gräfin, Mein Leben. Erinnerungen aus Österreichs großer Welt, 1819—53. München 1916.
709. Rapp, Adolf, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei 1848. Tübingen 1919.
710. Kaindl, R. F., Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage. Leipzig 1919.
- 710a. Friedjung, Heinrich, Historische Aufsätze. Stuttgart u. Berlin 1919.
711. Schlitter, Hans, Aus Österreichs Vormärz. Zürich, Leipzig, Wien 1920.

712. Redlich, Joseph, Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Geschichtl. Darstellung d. inneren Politik d. habsburg. Monarchie von 1848 bis zum Untergang des Reiches. Leipzig, Bd. 1. 1920. Bd. 2. 1926.
 713. Geist-Lányi, Paula, Das Nationalitätenproblem auf dem Reichstag zu Kremsier 1848 bis 1849. München 1920.
 714. Schlitter, Hans, Versäumte Gelegenheiten. Die oktroyierte Verfassung v. 4. März 1849. Zürich, Leipzig, Wien 1920.
 715. Kürnberger, Ferdinand, Briefe eines politischen Flüchtlings. Hrsg. v. O. R. Deutsch. Wien 1920.
 716. Doblinger, Max, Studenten, Burschenschaft und deutsche Einheitsbewegung in Graz bis 1880. Graz, Wien, Leipzig 1921.
 717. Brügel, Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 5 Bde. Wien 1922. Vgl. Nr. 1155.
 718. Geist, P., Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert. Bern, Bregenz, Stuttgart 1922.
 719. Bibl, Viktor, Der Zerfall Österreichs. 2 Bde. Wien u. Berlin 1922—24.
 720. Molisch, Paul, Die Wiener Akademische Legion und ihr Anteil an den Verfassungskämpfen des Jahres 1848. Nebst einer Besprechung der übrigen 48er Studentenlegionen. Wien 1922.
 721. Molisch, Paul, Die deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848. München 1922.
 722. Granichsiedten-Czerva, Richard, Geschichte Tirols 1848—1916. Innsbruck 1923.
 723. Müller, Gustav, Teplitz im Jahre 1848. Kaaden 1924.
 724. Tietze, H., Das vormärzliche Wien in Wort und Bild. Wien 1925.
 725. Strauß, Emil, Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens bis 1888. Prag 1925.
 726. Dankworth, H., Die Entwicklung der großdeutschen Idee. München-Gladbach 1926. Vgl. Nr. 643.
 727. Elmer, A., Aus der Geheimmappe des Kaisers Franz. Wien 1926.
 728. Pfitzner, J., Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis 1848. Augsburg 1926.
 729. Molisch, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie. Mit einem Beitrag: D. Wesen d. deutschnationalen Bewegung v. Knoll. Jena 1926.
 730. Kralik, A. K. v. u. Schlitter, Hans, Geschichte der Stadt Wien und ihrer Kultur. Wien 1926.
 731. Hauptmann, Fr., Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutsch-Böhmen 1848/1849. Komotau 1926.
 732. Bibl, Viktor, Die Wiener Polizei. Eine kulturhistorische Studie. Leipzig, Wien, New York 1927.
 733. Bodenhausen, Marie v., u. Zimmermann, Auguste, Zwei Wiener Mädchentagebücher aus den Jahren 1848/49. Veröffentl. v. B. Imendörfer. Wien 1928.
- *
734. Schlossar, Anton, Politisches von Anastasius Grün. Ungedr. Briefe desselben an Anton Laschan Ritter von Moorland. Deutsche Revue. Bd. 22. S. 129—147. 1897.
 735. Ahn, Friedrich, Die periodische Presse der Steiermark in den Jahren 1848—1898. Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen. Bd. 31. S. 3—68. 1901.
 736. Loserth, Joh., Zur vormärzlichen Polenpolitik Österreichs. Aus den Aufzeichnungen des Tarnower Kreishauptmanns Jos. Breinls Ritters v. Wallerstern. Preuß. Jahrbücher. Bd. 112. S. 249—287. 1903.
 737. Zwiedineck, Hans v., Österreich und der deutsche Bundesstaat. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (1848—1849). Mitteilungen d. Inst. f. Österr. Geschichtskunde Bd. 24. S. 283—301. 1903.
 - 737a. Czeike, Aufmarsch der österreichischen Armee gegen die Revolution im Oktober 1848. Mitteilungen d. k. u. k. Kriegsarchivs. 3. F. Bd. 4. Wien 1906. S. 251—330.

738. Wertheimer, Eduard v., Wien nach der Revolution 1848. Österreich. Rundschau. Bd. 13. S. 106—120. 1907.
739. Redlich, Die Originalprotokolle des Verfassungsausschusses des Kremsierer Reichstages. Österr. Rundschau. Bd. 17. 1. Nov. 1908.
- 739a. Czeike, Die Cernierung und Erstürmung Wiens im Oktober 1848. Mitteilungen d. k. u. k. Kriegsarchivs. 3. F. Bd. 6. Wien 1909. S. 307—420.
740. Stibitz, Joseph, Beitrag zur nordböhmisches Lehrerbewegung 1848 und ihrer Folgen. Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen i. Böhmen. Bd. 48. S. 221—246. 1910.
741. Aus der Jugendzeit Kaiser Franz Josephs. Von einem österreichischen General, der die Feldzüge 1848 und 1849 mitgemacht hat. Deutsche Revue. Bd. 35, 4. S. 1—3. Okt. 1910.
742. Schindler, Fr. St., Aus dem vormärzlichen Österreich. Deutsche Arbeit. Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Bd. 10. H. 7. April 1911. S. 389—401.
743. Traub, Hugo, Die Reichstagspermanenz im Oktober 1848. Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung. Bd. 36. S. 96—155. 1915.
744. Ein Prager Publizist über die Junitage 1848. Mitget. v. Ferd. Menčík. Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen in Böhmen. Jahrg. 54. Nr. 4. 1916. S. 320—345.
745. Angyal, David, Beiträge zur Geschichte des Jahres 1848. Österreich. Zeitschrift f. Geschichte. Bd. 1. H. 1. S. 42—52. 1917—1919.
746. Friedjung, Heinrich, Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Albrecht Bernstorff. Hist. Zeitschrift 107. S. 540 f. 1911.
747. Boemus, A. H., Die Entwicklung des tschechischen staatsrechtlichen Programmes im Jahre 1848. „Österreich“, Bd. 1. H. 6. S. 416—449. 1918.
748. Loserth, Joh., Zur Abdankung Kaiser Ferdinands I. und zur Thronbesteigung Franz Josephs I. „Österreich“, Bd. 1. (1917—1919.) H. 6. S. 475—485. 1918.
749. Weber, Ottokar, Das Jahr 1848 und die innere Entwicklung Österreichs. „Österreich“, Bd. 1. (1917—19.) H. 6. S. 409—415. 1918.
750. Stitzke, Rudolf, Die Genesis der nationalen Dissonanzen in Böhmen. Österr. Rundschau. Bd. 56. S. 152—161, 201—215. Juli-Sept. 1918.
751. Boemus, A. H., Der tschechische Panlawismus im Jahre 1848. „Österreich“, Bd. 1. (1917—19.) H. 6/8. S. 506—536. 1919.
752. Srbik, Heinrich Ritter v., Die Wiener Revolution des Jahres 1848 in sozialpolitischer Beleuchtung. Schmollers Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwalt. u. Volkswirtschaft. Bd. 43. S. 19—58. 1919.
753. Hugelmann, K. Gottfried, Die Entwicklung der Aprilverfassung von 1848. Jahrb. für Landeskunde von Niederösterreich. N. F. 17 u. 18. S. 235—278. 1918/19. Wien 1919.
754. Hugelmann, K. Gottfried, Der Übergang von den ständischen Landesverfassungen in den österreichischen Ländern zu den Landesordnungen der konstitutionellen Zeit. Jahrb. f. Landeskunde v. Niederösterreich. N. F. S. 92—128. 1920.
755. Engel-Jánosi, Friedrich, Über die Entwicklung der sozialen und staatswirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Österreich 1815—1848. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 17. H. 1/2. 1923. S. 95—108.
756. Hugelmann, K. G., Der Plan einer Länderkonferenz der deutschösterreichischen Alpenländer im Herbst 1848. Jahrb. f. Landeskunde v. Niederösterreich. N. F. 19. S. 237 bis 270. 1924.
- 756a. Ridder, A. de, Un diplomate autrichien à Bruxelles en 1848. Lettres du comte de Woyna. Bulletin de la commission royale d'histoire. T. 89. 1925. p. 128—236.
757. Walter, Friedrich, Der permanente Ausschuß des österreichischen Reichstages 6. bis 31. Oktober 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Oktoberrevolution. Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Stadt Wien. Bd. 5. S. 42—77. 1925.
758. Gsteu, Hermann, Ein Beitrag zur Geschichte der Vorarlberger Ständeverfassung. Die ständische Verfassung Vorarlbergs von 1816 bis 1848. Vierteljahrsschrift f. Geschichte u. Landeskunde Vorarlbergs. Bd. 9. H. 1. S. 1—12. 1925.
759. Die Revolution von 1848/49 und die Sudetendeutschen. Archiv f. Politik u. Geschichte. Bd. 7. S. 430—470. 1926.

760. Wendel, Hermann, Der Prager Slawenkongreß von 1848. Die Gesellschaft. Jahrg. 3. Nr. 11. Nov. 1926. S. 459—469.
761. Srbik, Heinrich Ritter v., Zur Geschichte der Märztage 1848. Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte der Stadt Wien. Bd. 7. S. 54—62. 1927.
762. Prazák, Albert, Czechs and Slovaks in the Revolution of 1848. The Slavonic Review. Vol. 5. No. 15. March 1927. S. 565—579.

Vgl. auch Stichwort Metternich auf Seite 635.

Großherzogtum Posen

763. Kunz, H., Die krieg. Ereignisse im Großherz. Posen April u. Mai 1848. Berlin 1899.
764. Meyer, Ch., Die Deutschen der Provinz Posen gegenüber dem polnischen Aufstand 1848. München 1903. 2. Ausg. Lissa 1904. Auch Quellen u. Forschungen z. Deutschen u. insbesondere Hohenzollern-Geschichte. 1.
765. Quentin-Bauchart, Pierre, Lamartine et la politique étrangère de la révolution du février. Paris 1907. Vgl. Nr. 74.
766. Laubert, Manfred, Studien zur Geschichte der Provinz Posen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Lissa 1908. Veröffentl. d. Hist. Gesellschaft f. d. Prov. Posen. 5. Bd. II. Posen 1927.
767. Schmidt, Hans, Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen. Weimar 1912.
768. Cwiklinski, Ludwig, Das Königreich Polen vor dem Kriege (1815—1914). 10 Vorträge, gehalten im März 1917. Wien, Leipzig 1917.
769. Feldman, W., Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen. 1795—1914. München, Berlin 1917.
770. Laubert, Manfred, Eduard Flottwell. Ein Abriß seines Lebens. Berlin 1919.
771. Bernhard, Ludwig, Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen. 3. Aufl. München, Leipzig 1920.
772. Laubert, Manfred, Die preußische Polenpolitik 1772—1914. Berlin 1920.
773. Wendt, Hans, Bismarck und die polnische Frage. Halle (Saale) 1922. Histor. Studien, hrsg. v. R. Fester. H. 9.
774. Hanisch, Erdmann, Geschichte Polens. Bonn, Leipzig 1923.
775. Müller, Josef, Die Polen und die öffentliche Meinung Deutschlands 1830—32. Marburg 1923. Phil. Diss. 1923 (1924).
776. Laubert, Manfred, Die Verwaltung der Provinz Posen 1815—1847. Breslau 1923.
777. Kronthal, Arthur, Dr. Karol Marcinkowski. Eine Schilderung seines Lebens, seines Wirkens und seiner Zeit. Mit einem Anhang: Manfred Laubert, Adolf Warschauer. Breslau 1925.
778. Handelsman, Marcell, Les idées françaises et le mentalité politique en Pologne au 19ième siècle. Paris 1927.
779. Hallgarten, Wolfgang, Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution. München, Berlin 1928.

*

780. Deutsch, Der Überfall in Buk. Zeitschrift d. hist. Gesellschaft f. d. Provinz Posen. Bd. 13. S. 350—354. 1898.
781. Schottmüller, K., Die neueste Literatur über den Posener Aufstand von 1848. Hist. Monatsblätter f. d. Provinz Posen. Jahrg. IV. Nr. 9. Sept. 1903. S. 138—141.
782. Skladny, A., Das Jahr 1848 in der Auffassung polnischer Geschichtsschreibung. Hist. Monatsblätter f. d. Prov. Posen. Jahrg. IV. Nr. 7. Juli 1903. S. 97—109.
783. Quentin-Bauchart, Pierre, La Prusse, les Polonais et la France en 1848. Annales des sciences politiques. T. 22. C. 5. p. 595—617. Sept. 1907.
784. Laubert, Manfred, Anton von Babinskis Erschießung in Posen (1847). Hist. Monatsblätter f. d. Provinz Posen. Bd. 19. N. 1/2. S. 1—17. 1908.
785. Niebour, H., Die Vertreter der Provinz Posen in der Frankfurter Nationalversammlung. Hist. Monatsblätter f. d. Prov. Posen. Jahrg. 12. Nr. 5. Mai 1911. S. 65—74.

786. Hoetzsch, Otto, Die Stellung des Generals von Colomb zur Revolution in Posen und zu Willisen 1848. Zeitschrift f. osteuropäische Geschichte. Bd. 4. S. 338—374. 1914.
787. Bleck, Walter, Die Posener Frage auf den Nationalversammlungen in den Jahren 1848/1849. Zeitschrift d. histor. Gesellschaft f. d. Provinz Posen. Bd. 29. 1. Hlb. S. 1—96. 1914/15.
- 787a. Dersch, Wilhelm, Landrat Bauer zu Krotoschin und General v. Willisen im Frühjahr 1848. Ztschrift. d. hist. Ges. f. d. Prov. Posen. Jahrg. 29. Hlb. 2. 1915. S. 261—283.
788. Mayer, Ernst Wilhelm, Politische Erfahrungen und Gedanken Theodor von Schöns nach 1815. Hist. Zeitschrift. Bd. 117. S. 432—464. 1917.
789. Laubert, Manfred, Die polnische Frage auf dem Posener Provinziallandtag von 1843. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 19. S. 453—477. 1919/20.
790. Laubert, Manfred, Die Haft des polnischen Generals Uminski in Glogau und seine Flucht. Zeitschrift d. Vereins f. d. Geschichte Schlesiens. Bd. 55. S. 65—76. 1921.
791. Laubert, Manfred, Die Sendung des Gnesener Erzbischofs von Przyluski nach Berlin im April 1846. Hist. Zeitschrift. Bd. 125. S. 70—79. 1921/22.
792. Laubert, Manfred, Das Gutachten des Kammergerichtspräsidenten v. Kleist zum Moabiter Polenprozeß von 1846. Zeitschrift f. d. gesamte Strafrechtswissenschaft. Bd. 43. H. 3. S. 352—355. 1922.
793. Laubert, Manfred, Aus den Anfängen des Marcinkowskivereins. Deutsche Rundschau. Jahrg. 50, 2. Bd. 198. H. 5. S. 181—184. Febr. 1924.
794. Laubert, Manfred, Der politische Charakter der Posener Landschaft. Forschungen z. brandenburg.-preuß. Geschichte. Bd. 37. S. 245—270. 1925.
795. Becker, Paul, Samuel Gottfried Kerst, ein Vorkämpfer für das Posener Deutschtum in sturmbewegter Zeit. Grenzmärkische Heimatblätter. Schneidemühl. 2. Jahrg. H. 3. August, S. 3—20. und H. 4. November. S. 5—21. 1926.
796. Bickerich, W., Johann Metzsig, ein deutscher Idealist im Posener Land. Deutsche Wissenschaftl. Zeitschrift für Polen, Posen. H. 7. 1926. S. 80—107.
797. Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen. Posen 1927. Sonderheft zu M. Lauberts 50. Geburtstag, Verzeichnis seiner Schriften. S. 181—190.

Preußen

*Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11457. 11461. 11464. 11473. 11476 und Stichworte :
Friedrich Wilhelm IV., Posen, Schlesien, Rheinland, Westfalen*

798. Biedermann, K., Geschichte des ersten preußischen Reichstages. Leipzig 1847.
799. Arndt, Ernst Moritz, Notgedrungenener Bericht aus seinem Leben. 2 Bde. Leipzig 1847.
- 799a. Woeniger, August Theodor, Preußens Erster Reichstag, Eine Zusammenstellung der ständischen Gesetze usw. 10 Teile. Berlin 1847.
800. Bleich, E., Der erste vereinigte Landtag. Berlin 1847.
801. Haym, Rudolf, Reden und Redner des ersten vereinigten preußischen Landtags. Berlin 1847—48.
- 801a. Bleich, E., Die Verhandlungen des zum 2. April zusammenberufenen vereinigten Landtages. Berlin 1848.
- 801b. Bleich, E., Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung. 2 Bde. Berlin 1848—49.
802. Unruh, H. V. v., Skizzen zu Preußens neuester Geschichte. 1.—5. Aufl. Magdeburg 1849.
803. Hansemann, David, Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk. Mit Rücksicht auf mein politisches Wirken. Berlin 1850.
804. Friedrich Wilhelm IV., Reden, Proklamationen etc. 1848—50. Berlin 1851.
805. Unruh, H. V. v., Erfahrungen aus den letzten drei Jahren. 1. u. 2. Ausg. Magdeburg 1851.
806. Nobiling, Die Berliner Bürgerwehr 1848. Berlin 1852.
- 806a. Rogge, Walter, Parlamentarische Größen. Regensburg 1858.
807. Bloemer, F., Zur Geschichte der Bestrebungen der preußischen Regierung für eine politische Reform Deutschlands v. Mai 1849 bis anfangs November 1850. Mit Anlagen. Berlin 1860.

808. Varnhagen von Ense, Karl Aug., Tagebücher 1—15. Berlin (7f.: Zürich; 9ff.: Hamburg; 15: Berlin). 1861—1906.
809. Jacoby, Johann, Heinrich Simon. Berlin 1865.
- 809a. Angerstein, Wilhelm, Die Berliner Märzereignisse im Jahre 1848. 2. Aufl. Leipzig 1865.
810. Brandt, H. v., Aus dem Leben des Generals der Infanterie H. v. Brandt. 3 Teile. Berlin 1869. 1882. Teil 1 u. 2. in 2. Aufl. 1870.
811. Nippold, Friedrich, Ch. C. J. von Bunsen. 3 Bde. Leipzig 1868—71.
- 811a. Jacoby, Johann, Gesammelte Schriften und Reden. 2 Teile. Hamburg 1872; 2. Aufl. Hamburg 1877; Nachträge dazu: Hamburg 1877.
812. Bernstein, Aaron, Aus dem Jahre 1848. Berlin 1873.
813. Dohna, Friedrich Graf zu, Mitteilungen aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen Friedrich zu Dohna. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1873.
814. Meerheimb, v., Generalfeldmarschall v. Wrangel. 1875.
815. Oppenheim, H. B., B. F. L. Waldeck, der Führer der Preußischen Demokratie. Berlin 1873. N. A. 1880.
816. Kuhr, J., Denkwürdigkeiten aus dem Befreiungsjahre 1848 usw., Berlin 1875.
817. Fischer, F., Preußen am Abschlusse der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Rückblicke auf das Jahr 1849. Berlin 1876.
818. Menzel, Wolfgang, Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Konrad Menzel. Bielefeld u. Leipzig 1877. Vgl. Nr. 1282.
- 818a. (Joh. G. H. von Hüser), Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals v. H. 1782—1857. Hrsg. v. M. Q. Berlin 1877.
819. Schön, Theodor v., Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Th. v. Schön. Tl. 1—3, 1—7. Halle u. Berlin 1877—83.
820. Goldschmidt, Friedrich u. Paul, Das Leben des Staatsrats Kunth. Berlin 1881. 2. verm. A. Berlin 1888.
821. Reichensperger, P., Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848. Berlin 1882. Vgl. Nr. 484.
822. Wagener, Hermann, Die Politik Friedrich Wilhelms IV. Berlin 1883.
823. Temme, J. D. H., Erinnerungen. Hrsg. v. St. Born. Leipzig 1883.
824. Stieber, Denkwürdigkeiten. Aus seinen hinterlassenen Papieren bearbeitet v. L. Auerbach. Berlin 1883.
825. Schaffert, Die Berliner Bürgerwehr 1848. Brandenburg 1883.
826. Wagener, H., Erlebtes. Meine Memoiren aus der Zeit von 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt. 2 Abt. Berlin 1883/84.
- 827/28. Hartmann, J., Erinnerungen eines deutschen Offiziers 1848—71. 2 Teile. Wiesbaden 1884. 3. Ausg. 1890.
829. Das Volk im Waffen im Sinne der Demokratie. Berlin 1887.
830. Ranke, Leopold v., Politische Denkschriften aus den Jahren 1848—51. Leipzig 1887. (Werke 49/50.)
831. Natzmer, Oldwig v., Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus d. Leben d. Generals Oldwig v. Natzmer. Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. 2 Teile. Gotha 1888/89.
832. Canitz und Dallwitz, Carl Ernst Wilhelm, Frh. v., Denkschriften. Aus dem Nachlasse hrsg. v. seinen Kindern. 2 Bde. Berlin 1888.
833. Falkson, Ferd., Die liberale Bewegung in Königsberg (1840—48). Breslau 1888.
834. Keck, Karl Heinrich, Das Leben des Generalfeldmarschalls Edwin v. Manteuffel. Bielefeld u. Leipzig 1890.
835. Anton, Günther Kurt, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung. Leipzig 1891. Staats- u. sozialwiss. Forschungen. Bd. XI, Heft 2.
836. Poschinger, H. v., Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben und Werke. 3 Bde. Berlin 1890—94.
837. Zimmermann, Alfred, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik. Aktenmäßig dargestellt. Oldenburg u. Leipzig 1892.
838. Oechelhäuser, W., Erinnerungen aus den Jahren 1848—50. Berlin 1892. Vgl. Nr. 257.
839. Bernhardt, Theodor v., Aus dem Leben Theodor v. Bernhards. 9 Bde. Leipzig 1893 bis 1906. Bd. 1 u. 2 i. 2. Ausg. 1899.

840. Ernsthausen, A. Ernst v., Erinnerungen eines preußischen Beamten (1827—88). Bielefeld 1895.
841. Unruh, Hans Victor v., Erinnerungen aus dem Leben, herausgegeben von Heinrich v. Poschinger, Stuttgart, Leipzig, Berlin u. Wien 1895.
842. Pfeil-Burghaus, L. Graf v., Mein politisches Treiben im Sommer 1848. Breslau 1896.
843. Rogge, Bernhard, Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen (1831—99). 2 Bde. Hannover 1896/99.
844. Meinecke, Friedrich, Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen. 2 Bde. Stuttgart 1896—99.
845. Sybel, H. v., Aus den Berliner Märztagen 1848. In: Vorträge und Abhandlungen mit einer biogr. Einleitung v. C. Varrentrapp. München 1897.
846. Verzeichnis der Friedlaenderschen Sammlung zur Geschichte der Bewegung von 1848. Hrsg. v. d. Magistratsbibliothek zu Berlin. Berlin 1897.
847. Hohenlohe-Ingelfingen, Kraft Prinz zu, Aus meinem Leben (1848—71). 4 Bde. Berlin 1897—1906.
848. Diest, Gustav v., Meine Erlebnisse im Jahre 1848 und die Stellung d. Staatsministers v. Bodelschwingh vor u. an d. 18. März 1848. Berlin 1898.
849. Busch, W., Die Berliner Märztage 1848. München 1898.
850. Dove, Alfred, Ausgewählte Schriftchen. Leipzig 1898.
851. Frenzel, Karl, Die Berliner Märztage und andere Erinnerungen. Leipzig o. J. (1899).
852. Reimer, Georg Andreas, Erinnerungen aus seinem Leben, insb. aus der Zeit der Demagogieverfolgung. Hrsg. v. Herm. Reimer. Berlin 1900.
853. Poschinger, H. v., Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Frhn. v. Manteuffel (1848—58). 3 Bde. Berlin 1900—01.
854. Bergengrün, Alexander, David Hansemann. Berlin 1901.
855. Simson, B. v., Eduard von Simson. Leipzig 1901.
856. Fransecky, Eduard v., Denkwürdigkeiten d. preuß. Generals d. Infanterie E. v. F. Hrsg. u. eingel. v. Walter v. Bremen. Bielefeld u. Leipzig 1901.
857. Dohme, R., Unter fünf preußischen Königen. Lebenserinnerungen. Hrsg. v. P. Lindenberg. Berlin 1901.
858. Haym, Rudolf, Aus meinem Leben. Erinnerungen. Leipzig 1902.
859. Below, Georg v., Zur Geschichte der konstitutionellen Partei im vormärzlichen Preußen. Briefwechsel d. Generals v. Below u. d. Abgeordneten A. v. Saucken-Julienfelde. Univ.-Progr. Tübingen 1903.
860. Liliencron, A. v., General Freiherr C. von Wrangel, ein Lebensbild nach seinen eigenen Aufzeichnungen. Gotha 1903. Vgl. Nr. 1082.
861. Hendel, Bruno, Aus gärender Zeit. Politische und unpolitische Ereignisse auf den Inseln Usedom-Wollin im Jahre 1848. Swinemünde 1903.
862. Matter, Paul, La Prusse et la révolution de 1848. Paris 1903.
863. Diest, Gustav v., Aus dem Leben eines Glücklichen. Erinnerungen eines alten Beamten. Berlin 1904.
864. Arenhold, Lüder, Erinnerungsblätter an die Kgl. Preuß. Marine (1848—1860). Berlin 1904.
865. Ringhoffer, Karl, Im Kampf um Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albrecht v. Bernstorff. Berlin 1906.
866. Hansen, Joseph, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild (1815—99). 2 Bde. Berlin 1906.
867. Schurz, Carl, Lebenserinnerungen. 2 Bde. Berlin 1906—07.
868. Marwitz, Luise v. d., Vom Leben am preußischen Hofe. 1815—52. Aufzeichnungen von Caroline v. Rochow geb. v. d. Marwitz u. Marie de la Motte-Fouqué. Berlin 1903.
869. Circourt, A., Comte de, Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848. Publ. p. G. Bourgin. 2 Bde. Paris 1908/09.
870. Waldersee, Graf E., Aus den Berliner Märztagen. Ed. v. H. v. Caemmerer. Berlin 1909.
871. Seitz, Johann, Entstehung und Entwicklung der preußischen Verfassungsurkunde im Jahre 1848 (mit dem bisher ungedruckten Entwurf). Greifswald 1909.

872. Mähl, H., Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System durch den zweiten vereinigten Landtag. München 1909.
873. Lüders, Gustav, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848. Berlin u. Leipzig 1909. Auch: Phil. Diss. Leipzig 1909.
874. Heinemann, F., Die Politik des Grafen Brandenburg. Phil. Diss. Berlin 1909.
875. Ulbricht, W., Bunsen und die deutsche Einheitsbewegung. Leipzig 1910.
876. Gaertner, Alfred, Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen von 1849 bis 1853. Straßburg 1911.
- 876a. Anschütz, Gerhard, Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 31. Januar 1850. Berlin 1912.
- 876b. Kettner, Benno, Die Anerkennung der Revolution. Phil. Diss. Greifswald 1912.
877. Kulenkampff, Lina, Der erste Vereinigte preußische Landtag 1847 und die öffentliche Meinung Südwestdeutschlands. Berlin und Leipzig 1912/13.
878. Wicke, Josef, Heinrich Simons Kampf gegen die Disziplinargesetze vom 29. März 1844. Phil. Diss. Breslau 1912.
879. Nathan, Helene, Preußens Verfassung im Urteil rheinischer Achtundvierziger. Bonn 1912.
880. Meyer, Dora, Das öffentliche Leben in Berlin im Jahre vor der Märzrevolution. Berlin 1912.
881. Die Briefe Friedrich Ludwig Jahns. Hrsg. v. Wolfgang Meyer. Leipzig 1913.
882. Stephan, Werner, J., Die Entstehung der Provinzialstände in Preußen 1823. Mit Beziehung auf die Provinz Brandenburg. Phil. Diss. Berlin 1914.
883. Kähler, Siegfried, Beiträge zur Würdigung von Wilhelm v. Humboldts Entwurf einer ständischen Verfassung für Preußen vom Jahre 1819. Phil. Diss. Freiburg 1914.
884. Jordan, Erich, Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848. München u. Leipzig 1914.
885. Herre, Paul, Von Preußens Befreiungs- u. Verfassungskampf. Aus d. Papieren d. Obergurgrafen Magnus v. Brünneck. Berlin 1914.
886. Zaddach, Carl, Lothar Bucher bis zum Ende seines Londoner Exils (1817—61). Mit einem Nachruf v. Hermann Oncken. Heidelberg 1915.
887. Ackermann, E. W., Georg Frhr. v. Vincke und die innere preußische Politik. Phil. Diss. Marburg 1917.
888. Lenz, Max, Geschichte der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. 4 Bde. Halle. a. d. S. 1918.
889. Rosenkranz, Karl, Politische Briefe und Aufsätze 1848—56. Hrsg. v. Paul Herre. Leipzig 1919.
890. Sternberg, A. v., Erinnerungsblätter aus der Biedermeierzeit. Potsdam 1919.
891. Schmitz, Elisabeth, Edwin von Manteuffel als Quelle zur Geschichte Friedrich Wilhelms IV. München 1920. Phil. Diss. Berlin 1920 (1921).
892. Boerner, Paul, Erinnerungen eines Revolutionärs, hrsg. von Dr. E. Menke-Glückert. 2 Bde. Leipzig 1920.
893. Haake, Paul, Der preußische Verfassungskampf vor hundert Jahren. München u. Berlin 1921.
894. Brinkmann, Carl, Die preußische Handelspolitik vor dem Zollverein. Berlin u. Leipzig 1922.
895. Neumann, Hans, Franz Wilhelm Ziegler. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Opposition in Preußen von 1803—70. Phil. Diss. Berlin 1922.
896. Griewank, Karl, Friedrich Wilhelm Held und der vulgäre Liberalismus und Radikalismus in Leipzig und Berlin 1842—49. Phil. Diss. (Maschschr.) Rostock 1922.
Ausz.: Vulgärer Radikalismus und demokratische Bewegung in Berlin 1842—48. Forschungen z. brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 36. S. 14—38. 1924.
897. Friedensburg, Wilhelm, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongreß (1840 bis Sept. 1848). Leipzig 1923.
898. Hoetzsch, Otto, Peter von Meyendorff, Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien. Politischer u. privater Briefwechsel. 1826—63. 3 Bde. Berlin 1923.
899. Schrader, Richard, Die Fraktionen der preußischen Nationalversammlung von 1848. Phil. Diss. (Maschschr.). Leipzig 1923.

900. Eckardt, F., Friedrich Ludwig Jahn. Würdigung seines Lebens und Wirkens. Dresden 1924.
 901. Widdeke, E., Geschichte der Haude- und Spenerschen Zeitung 1734—1874. Berlin 1925.
 902. Eggeling, F. O., Das Halberstädter Zeitungswesen. Seine Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart. Phil. Diss. Greifswald 1925.
 903. Misch, Carl, Varnhagen von Ense in Beruf und Politik. Gotha u. Stuttgart 1925.
 904. Reinicke, Hans Ulrich, Die Hallesche Tagespresse bis zum Jahre 1848, mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der „Halleschen Zeitung“. Halle a. d. S. 1926. Phil. Diss. München 1926.
 905. Parthey, Lili, Tagebücher aus der Berliner Biedermeierzeit. Hrsg. v. Bernhard Lepsius. Berlin u. Leipzig 1926.
 - 905a. Pfefferkorn, Hans, Der Kampf der Linken um den Einfluß auf die Executivgewalt in der Konstituierenden Versammlung für Preußen. Phil. Diss. Berlin 1926.
 906. Fiedler, Fritz, Die Berliner Märzrevolution 1848 und die Belagerung von Paris. Zwei Abschnitte aus d. Aufzeichnungen d. Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen. Kritisch betrachtet. Jena 1926. Phil. Diss. Jena 1926 (1927).
 907. Andreas, Willi, Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV. von Preußen. Abh. d. Pr. Akad. d. Wiss. Jahrg. 1926. Phil.-hist. Kl. 6. Berlin 1926.
 908. Diepgen, Paul, Die Berliner Märztage 1848 in der Schilderung Emil du Bois-Reymonds. In: Stephaniskos. Ernst Fabricius zum 6. 9. 1927. Als Handschrift gedruckt. Freiburg i. Br. 1927.
 - 908a. Schmitt, Carl, Donoso Cortes in Berlin (1849). Aus: Kirche und Kultur. Festgabe für Karl Muth. München 1927.
 909. Haepe, Fritz, Die Entwicklung landwirtschaftlicher Interessenvertretungen in Schlesien seit der Stein-Hardenbergischen Reform. Rechts- u. staatsw. Diss. Greifswald 1927.
 910. Berdrow, Wilhelm, Alfred Krupp. 2 Bde. Berlin 1927. 2. Ausg. 1928.
 911. Erler, Georg, Die verwaltungspolitischen Ideen der 1848er Bewegung, ihre Grundlagen und Auswirkungen u. bes. Berücksichtigung d. preuß. Gesetze von 1850. Phil. Diss. Münster 1928.
 912. Biermann, Wilhelm, Franz Benedikt Waldeck. Ein Streiter für Freiheit und Recht. Paderborn 1929.
 913. Valentin, Veit, Neue russische Quellen zur Berliner Märzrevolution. In: Außenpolitische Studien. Festgabe für Otto Köbner. Stuttgart 1930. S. 241—251.
- *
914. Zinkeisen, J. W., König Friedrich Wilhelm IV. und seine Verdienste um die Entwicklung unseres Verfassungslebens und die Förderung der deutschen Einheitsbestrebungen. Preuß. Jahrb. 2, S. 169—272. 1861.
 915. Berliner Briefe eines preußischen Offiziers aus dem Jahre 1848. Deutsche Revue. Bd. 27. Apr., Mai, Juni 1881. S. 220—241 u. S. 418—438.
 916. Sybel, Heinrich v., Aus den Berliner Märztagen 1848. Hist. Zeitschrift. Bd. 63. S. 428—453. 1889.
 917. E. Ch., Beitrag zur Geschichte der Berliner Märztage des Jahres 1848. Hist. Zeitschrift. B. 65. S. 78—79. 1890.
 - 917a. Die Berliner Märztage 1848. Ein Brief Graf Rudolfs von Stillfried-Alcantara. Mitget. von Bernhard Kugler. Deutsche Rundschau. Bd. 16. H. 6. März 1890. S. 413—422. S. 52—80. 1893. Vgl. Nr. 410.
 918. Meyrinck, Generalleutnant v., Die Tätigkeit der Truppen während der Berliner Märztage, Beiheft zum Militärwochenblatt 1891, S. 99—163.
 919. Lehmann, Max, General Müffling über die Landwehr. Hist. Zeitschrift. Bd. 70, S. 281 bis 291. 1893.
 920. Meinecke, Friedrich, Die Tagebücher des Generals von Gerlach. Hist. Zeitschrift. Bd. 70. S. 52—80. 1893. Vgl. Nr. 410.
 - 920a. Aus dem Bunsenschen Familienarchiv. Deutsche Revue. Band 21 u. 22. 1896—97.
 - 920b. Frenzel, Karl, Die Berliner Märztage. Ein Stimmungsbild. Deutsche Rundschau. Bd. 94. H. 6. März 1898. S. 355—373.

- 920c. Buchholtz, Arend, Die Literatur der Berliner Märztage. Deutsche Rundschau. Bd. 94. H. 6. März 1898. S. 426—438.
- 920d. Buchholtz, Arend, Die Berliner Literatur von 1848. Zeitschrift für Bücherfreunde. II. Jahrg. Heft 2. S. 83f. Heft 3. S. 133f. 1898.
- 920e. Brendicke, Dr. Hans, Die Flugschriftenliteratur des Jahres 1848. Mitteilungen d. Vereins für die Geschichte Berlins. 1898. S. 131.
- 920f. Beilage zu den Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins Nr. 3, März 1898 (enthält Beiträge von Bailleu, Dr. Clausewitz, P. Wallé).
921. Meinecke, Friedrich, Zur Geschichte des Gedankens der preußischen Hegemonie in Deutschland. Hist. Zeitschrift. Bd. 82. S. 98—104. 1899.
- 921a. Matter, Paul, La Prusse au temps de Bismarck. Le Landtag uni de 1847. Revue hist. T. 72, 2. Mars-avril 1900. p. 241—284.
922. Schiemann, Theodor, Vertrauliche Briefe des Freiherrn Peter v. Meyendorff an seine Brüder Georg und Alexander. 1840—50. Hist. Zeitschrift. Bd. 86. S. 445—463. 1901.
923. Below, Georg v., Karl Frh. v. Vincke über die Bewegungen in den Jahren 1847 und 1848. Ungedruckte Briefe desselben. Deutsche Revue. Bd. 27. S. 91—108. 1902.
924. Below, Georg v., Der erste Vereinigte Landtag nach einem bisher unveröffentlichten Bericht. Westermanns Monatshefte. Bd. 93. S. 146—149, Okt. 1902.
925. Generalkommando d. Garde du Corps, Zum 18. März 1848. Preuß. Jahrbücher. Bd. 112. S. 327ff. 1903.
926. Ulmann, H., Stimmungsberichte aus den letzten Tagen der preußischen Nationalversammlung im November 1848. Forschungen z. brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 18. S. 585—595. 1905.
- 926a. Goldschmidt, Paul, Die oktroiierte preußische Verfassung. Preußische Jahrbücher. Bd. 125. S. 197f. 1906.
927. Petersdorff, Hermann v., Zur Geschichte König Friedrich Wilhelms IV. 14 Aktenstücke aus dem Nachlaß d. Generals Leopold v. Gerlach. Konserv. Monatsschrift. Bd. 65. 1907—08. Heft 1, Okt. 1907, S. 19—29. Heft 2, Nov. 1907, S. 110—121.
928. 1848. Aus den Briefen der Gräfin Sophie Schwerin. Konserv. Monatsschrift. Bd. 67. 1909—10. Heft 1. Okt. 1909. S. 3—15.
929. Ein Brief aus dem Jahre 1848. Monatsblätter der Gesellschaft für Pommersche Geschichte u. Altertumskunde, Juli-August 1908. N. F. 8. S. 122/23.
930. Arnold, Robert, Aufzeichnungen des Grafen Karl v. Voß-Buch über das Berliner Politische Wochenblatt. Hist. Zeitschrift. Bd. 106. S. 325—340. 1911.
931. Stern, Alfred, Zur Geschichte der Mission des Barons v. Werner nach Berlin im September 1845. Hist. Zeitschrift. Bd. 107. S. 360—366. 1911.
932. Devinat, P., Le mouvement constitutionnel en Prusse de 1840 à 1847. Frédéric-Guillaume IV et les diètes provinciales. Revue Hist. Bd. 108. p. 1—27. 261—275. 1911. B. 109. p. 56—74. 1912.
933. Mayer, Gustav, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen. Zeitschrift f. Politik. Bd. 6. 1913. Heft 1. S. 1—113.
934. Hecker, Anna, Im März des tollen Jahres. Erinnerungen. Vossische Zeitung. 18. März 1913.
935. Briefe eines preußischen Offiziers aus dem Jahre 1848. Hrsg. v. Marg. Henriette Gräfin v. Büнау. Preuß. Jahrbücher. Bd. 157. Heft 3. Sept. 1914, S. 450—480. Bd. 158. Heft 1. Okt. 1914, S. 69—94.
936. Kaeber, Ernst, Vormärzlicher Liberalismus in Berlin. „Der Greif“. Bd. 1. S. 468—479. 1914.
937. Kaeber, Ernst, Zur Entstehung von Wolffs Berliner Revolutionschronik. Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 27. S. 566—572. 1914.
938. Kaeber, Ernst, Bodelschwingh und die Berliner Märzrevolution. Konservative Monatsschrift. Bd. 71. S. 785—794 (Juni), S. 897—903 (Juli). 1914.
939. Bergsträsser, Ludwig, Neue Beiträge zur Geschichte der Berliner Märztage. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 17. 1914/15 (Druck 1916). S. 54—85.
940. Ein Bericht eines Zeitgenossen über den 18. März in Berlin. Mitteilungen f. Geschichte Berlins. 1916. Nr. 5. S. 37—39.

941. Mayer, Ed. Wilhelm, Politische Erfahrungen und Gedanken Theodor v. Schöns nach 1815. Hist. Zeitschrift. Bd. 117. S. 432—464. 1917.
942. The American Minister in Berlin, on the Revolution of March, 1848. Documents. The American Historical Review. Vol. 23. No. 2. Jan. 1918. S. 355—373.
943. Fontane, Theodor, Die Berliner Märztag 1848. Mit Einl., Nachwort u. erl. Text v. H. Michel. Deutsche Revolution. Heft 8. 1919.
944. Bac, F., Le peuple de Berlin contre les Hohenzollern. 1848. Le Correspondent 1919. S. 88—118.
945. Bergsträsser, Ludwig, Ein politisches Stammbuch aus den Anfängen des preußischen Konstitutionalismus. Archiv f. Kulturgeschichte. Bd. 14. 3./4. Heft. S. 261—278. 1919.
- 945a. Löffler, Kl., Aktenstücke z. Geschichte d. Jahres 1848 im Kreise Worbis. „Unser Eichsfeld“. Bd. 14. S. 52f. 1919.
946. Mayer, Gustav, Die Junghegelianer und der preußische Staat. Hist. Zeitschrift. Bd. 121. S. 413—440. 1920.
947. Dehio, Ludwig, Zwei politische Briefe Edwin von Manteuffels. Deutsche Revue. Bd. 47. S. 146—155. 1922.
948. Dehio, Ludwig, Wittgenstein und das letzte Jahrzehnt Friedrich Wilhelms IV. Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 35. S. 213—240. 1923.
949. Griewank, Karl, Vulgärer Radikalismus und demokratische Bewegung in Berlin 1842—48. Forschungen zur brandenb. u. preuß. Geschichte. Bd. 35. 1. Hälfte, S. 14—33. 1923.
950. Dehio, Ludwig, Edwin von Manteuffels politische Ideen. Hist. Zeitschrift. Bd. 131. S. 42—71. 1925.
- 950a. Heymann, E., Das Testament König Friedrich Wilhelms III. Sitzungsberichte d. Preuß. Akademie 1925. Phil.-hist. Kl. 126—127.
951. Wolter, Gustav, Friedrich Harkort als Politiker. Jahrbuch d. Vereins f. Orts- und Heimatkunde i. d. Grafschaft Mark. Bd. 39. S. 1—156. Anhang I—IV. 1926.
952. Srbik, Heinrich Ritter v., Der Prinz von Preußen und Metternich. Hist. Vierteljahrsschrift. Bd. 33. S. 188—198. 1926.
953. Stern, Alfred, Zur Biographie Friedrich Beusts. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. B. 12. S. 175—181. 1926.
954. Mak, Wilhelm, Die oberschlesischen Notjahre 1844—1848. Gleiwitzer Jahrbücher. Bd. 1. S. 42—99. 1927.
955. Dehio, Ludwig, Benedikt Waldeck. Hist. Zeitschrift. Bd. 136. S. 25—57. 1927.
956. Mayer, Gustav, Der Verfasser der „Vier Fragen“ (Johann Jacoby). Frankfurter Zeitung, 6. März 1927. A. B.
- 956a. Levin, Anton, Im Völkerfrühling vor achtzig Jahren. Vossische Zeitung, 18. März 1928. Nr. 133.
- 956b. Müller, Karl, Der Geist der Märzrevolution. Vossische Zeitung, 18. März 1930.
- 956c. Heilborn, Adolf, Berliner Tagebuch vom Jahre 1848. Vossische Zeitung, 25. März 1930.

R a d e t z k y

957. Graf Radetzky, Handschriftlicher Nachlaß. Denkschriften militärisch-politischen Inhalts. Stuttgart 1858.
958. Selbstbiographie Radetzky's. Mitteilungen d. k. k. Kriegsarchivs. Hrsg. v. d. Direktion d. k. k. Kriegsarchivs. N. F. 1. Wien 1887.
959. Duhr, B., Briefe des Feldmarschalls Radetzky an seine Tochter Friederike 1847—57. Wien 1892.

R a d o w i t z

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11774

960. Radowitz, Joseph v., Reden und Betrachtungen. Berlin 1852.
961. Hassel, Paul, Joseph Maria von Radowitz. Bd. 1. Berlin 1905.
962. Radowitz, J. v., Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. C. Corvin. 3 Bde. Regensburg 1911.

963. Meinecke, Friedrich, Radowitz und die deutsche Revolution. Zugleich Schlußbd. d. Werkes: J. M. v. R. von P. Hassel. Berlin 1913.
964. Radowitz, J. v., Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. u. eingel. von Friedrich Meinecke. München 1921.
965. Radowitz, J. v., Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen zur Geschichte der Jahre 1848—1853. Hrsg. v. Walter Möring, Stuttgart u. Berlin 1922.

*

966. Prutz, Hans, Joseph Maria von Radowitz. Beilage z. Allgemeinen Zeitung, München 1905. Nr. 31. 7. II. S. 241—244.
967. Petersdorff, H. v., Joseph von Radowitz und Leopold von Gerlach. Deutsche Rundschau. Bd. 130. S. 43—61. 1907. Vgl. Nr. 415.
968. Valentin, Veit, Radowitz. Neue Rundschau. Bd. 24. 2. Teil. S. 1313—1316. Sept. 1913.
969. Hein, Max, Radowitz. Konservative Monatsschrift. Bd. 71. S. 108—115. Nov. 1913—14.
970. Meinecke, Friedrich, Radowitz de se ipso. Historische Zeitschrift. Bd. 111. 1913.
971. Schmidt, Walter, Briefe des Generals von Radowitz und der Frau von Radowitz, geb. Gräfin Voß, an den Kurf. hess. Oberfinanzrat Carabacchi. Konservative Monatsschrift. Bd. 71. 1914. Juni, S. 785—794. Juli, S. 897—903.

Ranke (als Politiker)

972. Dove, Alfred, Briefe Edwin Freiherrn von Manteuffels an Leopold von Ranke. In: Ausgewählte Schriftchen. Leipzig 1898. S. 235—299. Zuerst ersch. i. d. Beilage z. Allgemeinen Zeitung. München 1896.
- 972a. Lenz, Max, Bismarck und Ranke. Kleine historische Schriften I, 383 f. Berlin 1910. 3. Aufl. Berlin 1922.
- 972b. Diether, O., Ranke als Politiker. München und Leipzig 1911.
973. Freytag, Martin, Leopold von Rankes Staatsauffassung und Stellung zur Zeitgeschichte. Phil. Diss. Jena 1922 (1923). (Maschschr.)

*

974. Winter, Georg, Erinnerungen an Leopold von Ranke. Nord und Süd. Bd. 38. Heft 113. S. 204—225. Aug. 1886.
975. Helmolt, Hans F., Ein verschollener politischer Aufsatz Leopold Rankes. Hist. Zeitschrift. Bd. 99. S. 548—563. 1907.
976. Wittichen, Friedr. Carl, Briefe von Gentz an Ranke. Hist. Zeitschr. Bd. 98. S. 329—336. 1907.
977. Varrentrapp, C., Rankes historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt. Hist. Zeitschrift. Bd. 99. S. 35—119. 1907.
- 977a. Diether, O., L. v. Ranke und I. G. Droysen. Preuß. Jahrbücher. 1910. Bd. 142. S. 16 f.
978. Salzer, Ernst, Noch ein Brief Rankes an Gentz. Hist. Zeitschrift. Bd. 108. S. 333—336. 1912. Vgl. auch Nr. 830.

Rheinland

979. Schorn, K., Lebenserinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte d. Rheinlandes im 19. Jahrhundert (1818—1885). 2 Bde. Bonn 1898.
980. Schorn, K., Zur Chronik von Essen. Nachtrag zu den Lebenserinnerungen. Bonn 1899.
981. Bergengrün, Alexander, David Hansemann. Berlin 1901. Vgl. Nr. 854.
982. Hansen, Joseph, Gustav von Mevissen. Berlin 1906. Vgl. Nr. 866.
983. Nathan, Helene, Preußens Verwaltung und Verfassung im Urteil rheinischer Achtundvierziger. Bonn 1912. Vgl. Nr. 879.
984. Mönckmeyer, Friedrich, Die Rhein- und Moselzeitung. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte d. kath. Presse und des politischen Katholizismus in den Rheinlanden. Bonn 1912.
985. Hemmerle, E., Die Rheinländer und die preußische Verfassungsfrage auf dem ersten Vereinigten Landtag (1847). Bonn 1912.

986. Bachem, Karl, Joseph Bachem. 2 Bde. Bonn 1912.
 987. Pagenstecher, C. H. Alexander, Revolutionäre Bewegungen im Rheinlande 1830 bis 1850. Leipzig (1913).
 988. Büchheim, K., Die Stellung der Kölnischen Zeitung im vormärzlichen rheinischen Liberalismus. Leipzig 1914.
 989. Gothein, Eberhard, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Cöln v. Untergange der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des Deutschen Reiches. Cöln 1916.
 990. Die Rheinprovinz. 1815—1915. Hrsg. v. Joseph Hansen. 2 Bde. Bonn 1917.
 991. Holthöfer, R., Die Stadt Aachen. 1815—1848. Phil. Diss. Bonn 1920.
 992. Hansen, Joseph, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850. Essen 1919.
 993. Kann, P. L., Die rheinische Adressenbewegung in der preußischen Verfassungsfrage 1817/18. Phil. Diss. Bonn 1920.
 994. Kuske, B., Gustav v. Mevissens Stellung in der deutschen Entwicklung. (Kölner Univers.-Reden 2.) Köln 1921.
 995. Stein, Hans, Der Kölner Arbeiterverein (1848—49). Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus. Köln a. Rh. 1921.
 996. Breuer, Karl, Ursachen und Verlauf der Revolution von 1848/49 im Moseltal und seinen Randgebieten. Phil. Diss. (Maschsch.) Bonn 1921. Ausz.: Bonn 1921.
 997. Beckel, August, 1847/1922. Geschichte des Düsseldorfer Turn- und Sportvereins von 1847. Düsseldorf 1922.
 998. Aubin, H., Frings, Th., Hansen, J., Geschichte des Rheinlands von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. 2 Bde. Essen 1922.
 999. Hashagen, Justus, Entwicklungsstufen der rheinischen Presse bis 1848. Essen 1925.
 1000. König, Hermann, Die Rheinische Zeitung von 1842—43 in ihrer Einstellung zur Kulturpolitik des preußischen Staates. Phil. Diss. Münster 1927.
 1001. Schrörs, Heinrich, Die Kölner Wirren (1837). Studien zu ihrer Geschichte. Bonn 1927.
 1002. Hermann, A., Regierung und Presse am Rhein im Vormärz. In: Historische Aufsätze Alois Schulte zum 70. Geburtstag gewidmet, von Schülern und Freunden. Düsseldorf 1928.
- *
1003. Peiniger, August, Persönliche Erlebnisse während der Unruhen 1848/49 in Elberfeld und Solingen. Monatsschrift d. berg. Geschichtsvereins. Jahrg. 5. 1898. Nr. 1. Jan. S. 3—18.
 1004. Czóbel, Ernst, Zur Geschichte des Kommunistenbundes. Die Kölner Bundesgemeinde vor der Revolution. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 11. Heft 3. S. 299—335. 1925.
 1005. Wohlers, Günther, Preußen und die öffentliche Meinung in den Rheinlanden 1815—49. Rheinische Heimatblätter. Bd. 3. Heft 11. S. 460—463. 1926.
 1006. Busch, L., Die Rheinländer im preußischen Verfassungskampf d. Jahre 1848 bis 1850. Rheinische Heimatblätter. Bd. 3. Heft 11. S. 460—468. 1926.
 1007. Busch, L., Die Anteilnahme der rheinischen Frauen an den politischen Bestrebungen der Jahre 1848 u. 1849. Rheinische Heimatblätter. Bd. 3. S. 463—464. 1926.
 1008. Klein, Käthe, Die Baedeker Zeitung und ihre Vorgängerin in Essen. (1738—1848). Beiträge zur Geschichte v. Stadt u. Stift Essen. Bd. 45. S. 3—127. 1927.
 1009. Brügel, Fritz, Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins. Die Gesellschaft. 7. Jahrg. Nr. 2. Febr. 1930. S. 112—116.
 1010. Heppert, Philipp, Das literarische Leben im Rheinland seit der französischen Revolution bis zur deutschen Erhebung im Jahre 1848. Rhein. Heimatblätter. Bd. 5. Heft 6. Juni 1928. S. 238—244.
 1011. Stein, Hans, Politische Strömungen am Rhein (1815—1848). Rhein. Heimatblätter. Bd. 5. Heft 6. Juni 1928. S. 217—225.
 1012. Zimmermann, Karl, Das preußische Militär in der rheinischen Karikatur 1848. Rhein. Heimatblätter. Bd. 5. Heft 6. Juni 1928. S. 252—256.

1013. Klersch, Joseph, Grundzüge der rheinischen Wirtschaftsentwicklung bis 1850. Rhein. Heimatblätter. Bd. 5. Heft 6. Juni 1928. S. 225—233.
 1014. Rodens, Franz, Die religiöse Lage im Rheinland in den Tagen des Vormärz. Rhein. Heimatblätter. Bd. 5. Heft 6. Juni 1928. S. 233—238.

Sachsen

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11814

1015. Waldersee, Friedrich Graf, Der Kampf in Dresden, im Mai 1849. Berlin 1849.
 1016. Krause, Karl, Der Aufruhr in Dresden am 3./9. Mai 1849. Dresden 1849.
 1017. Meisel, Karl Ludwig, Die Ereignisse in Dresden vom 2.—9. Mai 1849. Dresden 1849.
 1018. Montbé, A. v., Der Mai-Aufstand in Dresden. Dresden 1850.
 1019. Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim. Frankfurt 1865.
 1020. (Zeschau, H. W. v.), Erinnerungen an H. W. v. Zeschau, k. sächsischen General-lieutenant und Staatssekretär. Dresden 1866.
 1021. Witzleben, C. D. v., H. A. v. Zeschau, sein Leben und öffentliches Wirken. Leipzig 1874.
 1022. Falkenstein, J. P. v., Johann, König von Sachsen. Dresden 1878. 2. Abdr. 1879.
 1023. Friesen, R. Frh. v., Erinnerungen aus meinem Leben. 2 Bde. Dresden 1880.
 Bd. 3 aus d. Nachlaß hrsg. v. H. Frh. v. Friesen. Ebend. 1910.
 1024. (Brockhaus, Heinrich), Aus den Tagebüchern von Heinrich Brockhaus. 5 T. (Als Handschrift gedruckt.) Leipzig 1884—87.
 1025. Vitzthum v. Eckstädt, K. F., Graf, Berlin und Wien in den Jahren 1845—52. Politische Privatbriefe. Mit einem Vorwort v. K. Müller. Stuttgart 1886. 2. Ausg. 1886. Vgl. Nr. 673.
 1026. Beust, Friedr. Ferd., Graf v., Aus drei Vierteljahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 2 Bde. Stuttgart 1887.
 1027. Bucher, A., Aus Dresdens Maitagen vor 50 Jahren. Dresden 1899.
 1028. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen. Hrsg. v. Johann Georg Herzog zu Sachsen, unter Mitwirkung v. H. Ermisch. Leipzig 1911.
 1029. Wagner, Richard, Erinnerungen aus meinem Leben. München 1911.
 1030. Domsch, Paul, Albert Christian Weinlig. Ein Lebensbild nach Familienpapieren und Akten. Chemnitz 1912.
 1031. Klemm, Mathilde, Sachsen und das deutsche Problem 1848. Von den Wirkungen der Pariser Februarrevolution an bis zur Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt durch das Frankfurter Parlament. Meissen 1914. Phil. Diss. Heidelberg.
 1032. Geyer, Curt, Polit. Parteien und öffentliche Meinung in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes. 1848—1849. Phil. Diss. Leipzig 1915. Unter dem Titel: Polit. Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen 1848/49. Leipzig 1914.
 1033. Reinhardt, Paul, Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830—31 und Sachsens Übergang zum Verfassungsstaat. Halle 1916.
 1034. Boerner, Paul, Erinnerungen eines Revolutionärs. Skizzen aus dem Jahre 1848. Hrsg. von Emil Menke-Glückert. 2 Bde. Leipzig 1920.
 1035. Pfeiffer, Karl Johannes, Die sächsischen Landtage von 1842/43 und 1845/46. Leipziger phil. Diss. 1920 (Handschrift). Auszug: Jahrb. der phil. Fak. Leipzig 1920.
 1036. Stuhlmann, Friedrich, Die kgl. sächs. mobile Brigade im deutsch-dänischen Feldzug 1849. Phil. Diss. (Hdschr.) Leipzig 1921 (1922). Ausz.: Jahrb. d. Phil. Fak. Leipzig 1921. Auch: Neues Archiv f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde. Bd. 47. H. 1. S. 70 bis 123. 1926.
 1037. Pfau, W., Die Rochlitzer Ereignisse von 1848/49. Rochlitz 1922.
 1038. Hofmann, Johannes, Das Herz der deutschen sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert. Leipzig 1923.
 1039. Grönlund, Erich, Liberale Strömungen im Kreise der Stadt Zwickau vom Jahre 1825 bis zum Ausbruch der Revolution 1848. Phil. Diss. (Maschschr.) Leipzig 1923. Mitteilungen des Altertumsvereins Zwickau. Bd. 13. S. 1—90. 1926.

1040. Schmidt, Helmut, Landtagsverhandlungen im Königreich Sachsen 1848—1850. Phil. Diss. (Maschschr.) Leipzig 1923. Ausz.: Jahrb. d. phil. Fak. Leipzig 1923.
 1041/42. Mohr, Ferdinand, Alt-Plauen. Erinnerungen aus den Jahren 1840—50. Als Fortsetzung seines Buches: Plauen in der guten, alten Zeit. Plauen i. V. 1923.
 1043. Krebs, Werner, Die Entwicklung der Glauchauer Textilindustrie bis zum Jahre 1870. Wirtsch. u. sozialw. Diss. (Maschschr.) Frankfurt 1925 (1927).

*

1044. Meyrinck, v., Rückblick auf die Maitage 1849 in Dresden. Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine 1897. S. 247f.
 1045. Richter, P. E., Erlebnisse eines Dresdener Kommunalgardisten in den Maitagen 1849. Dresdener Geschichtsblätter. Bd. 3. S. 1—9. 1901.
 1046. Richter, Otto, Erinnerungen aus den Maitagen 1849 vom Schuldirektor Moritz Pretzsch. Dresdener Geschichtsblätter. Bd. 4. S. 68—78. 1906.
 1047. Richter, Otto, Sachsenbriefe aus der Paulskirche. Dresdener Geschichtsblätter. Bd. 18. S. 11—15. 1909. Vgl. Nr. 320.
 1048. Richter, Otto, Ein Soldatenbrief vom Maiaufstand 1849. Dresdener Geschichtsblätter. Bd. 18. S. 200. 1909.
 1049. Johann Georg Herzog zu Sachsen, König Johann und Herzog Joseph von Sachsen-Altenburg 1829—1868. Neues Archiv f. sächsische Geschichte und Altertumskunde. Bd. 35. H. 1—2. S. 1—24. 1914.
 1050. Wentzke, Paul, Die thüringisch-sächsische Einigungsfrage und die politische Lage in Dresden im Jan./Febr. 1849. Neues Archiv für sächs. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 39. H. 1/2. S. 84—113. 1918. Vgl. Nr. 1223 u. 1224.
 1051. Lippert, Woldemar, Friedrich Augusts II. Entwicklungsgang. Fragment einer Selbstbiographie. Neues Archiv für sächs. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 45. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum des sächs. Altertumsvereins. S. 80—103. 1924.
 1052. Hauptmann, Fritz, Der liberale Umschwung in Sachsen im März 1848. Meißnisch-Sächsische Forschungen. Dresden 1929. S. 239—254.
 1053. Hauptmann, Fritz, Sachsen und Thüringen 1848—50. Neues Archiv für sächs. Geschichte und Altertumskunde. 1930.

Schlesien

1054. Thilo, Eugen, Preßfreiheit und Verfassungsreform in der Breslauer Zeitung 1837—46. Phil. Diss. Breslau 1907.
 1055. Reis, Karl, Die Ursachen und ersten Äußerungen der schlesischen Agrarbewegung des Jahres 1848. Breslau 1910. Phil. Diss. Heidelberg 1910. Vollst.: Agrarfrage und Agrarbewegungen in Schlesien im Jahre 1848. Darstellungen und Quellen z. schles. Geschichte. Bd. 12.
 1056. Röhr, Konrad, Die Breslauer Zeitung und die politische Bewegung des Jahres 1848 bis zum Zusammentritt der Nationalversammlungen. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Schlesien. Phil. Diss. Breslau 1920.
 1057. Grünfeld, Franz Wilhelm, Streiks in der schlesischen Leinen- und Baumwollindustrie. Ein sozial-historischer Beitrag zur Geschichte des schlesischen Weberelends. Rechts- u. staatswissensch. Diss. Greifswald 1920. Vgl. Nr. 1149.
 1058. Nadler, I., Schlesien und die Lausitz 1814—1848. In: Festschrift zum 70. Geburtstag von August Sauer. S. 351. Stuttgart 1925.

*

1059. Wendt, Heinrich, Breslau im Streite um die preußische Verfassungsfrage 1841. Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens. Bd. 42. S. 240—267. 1908.
 1060. Menz, H., Die Wahlen im Kreise Kreuzburg und die Tätigkeit der Abgeordneten in Frankfurt und Berlin. 1848/1849. Oberschlesien. Bd. 13. H. 1. S. 26—36. April 1914. H. 2. S. 77—86. Mai 1914. Jahrg. 1914/15.
 1061. Nathan, Helene, Graf Oskar Reichenbach, ein Vorkämpfer für deutsche Einheit und Freiheit. Zeitschrift für die Geschichte Schlesiens. Bd. 49. S. 73—90. 1915.

1062. Schemmel, J. W., Eine Erinnerung aus dem Jahre 1848. Oberschlesien. Bd. 14. H. 5. S. 217—221. Aug. 1915. Jahrg. 1915/16.
1063. Kuschc, Lucia, Schlesiens Anteil an der national-deutschen Entwicklung 1840 bis 1848 und die schlesischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Zeitschrift d. Vereins für die Geschichte Schlesiens. Bd. 53. S. 29—54. 1919. Bd. 54. S. 63—90. 1920.
1064. Wutke, Konrad, Rechenschaftsbericht des Oberpräsidenten von Merckel über den Zustand Schlesiens im Jahre 1840. Zeitschrift d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd. 60. 1926. S. 210—240. Vgl. Nr. 380.
1065. Loewe, Victor, Schlesische Stimmen zur preußischen Verfassungsfrage 1807—1817. Zeitschrift d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd. 60. 1926. S. 116—126.

Schleswig-Holstein

- Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11494. 11714. 11715. 11719. 11721. 11807. 11808. 11809. 11810. 11811*
1066. Droysen, J. G., Samwer, K., Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und das Königreich Dänemark. Aktenmäßige Geschichte der dänischen Politik seit dem Jahre 1806. 1. u. 2. Ausg. Hamburg 1850.
 1067. Schleiden, R., Aktenstücke zur neuesten Schleswig-Holsteinischen Geschichte. 3 Hefte. Leipzig 1851—52.
 1068. Lüders, Theodor, Denkwürdigkeiten zur neuesten schleswig-holsteinischen Geschichte. Stuttgart 1851f.
 1069. Lüders, Theodor, Generalleutnant v. Willisen und seine Zeit. Stuttgart 1853.
 1070. Friedrich, Prinz von Schleswig-Holstein-Noer, Aufzeichnungen aus den Jahren 1848—1850. 1. u. 2. Aufl. Zürich 1861.
 1071. Waitz, Georg, Kurze schleswig-holsteinische Landesgeschichte. Kiel 1864.
 1072. Fock, O., Schleswig-Holsteinische Erinnerungen, besonders aus den Jahren 1848—51. Leipzig 1863.
 1073. Jansen, K., Uwe Jens Lornsen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des deutschen Volkes. Kiel 1872.
 1074. Sach, August, Graf Friedrich von Reventlou und W. H. Beseler. Schleswig 1886.
 1075. Schleiden, R., Jugenderinnerungen eines Schleswig-Holsteiners. Wiesbaden 1886.
 1076. Schnittger, C. N., Erinnerungen eines alten Schleswigers. Bd. I. Schleswig 1890.
 1077. Schleiden, R., Erinnerungen eines Schleswig-Holsteiners u. Fortsetzungen. Wiesbaden 1890, 1891, 1894.
 1078. Henrici, Paul Christian, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners. Stuttgart und Leipzig 1897.
 1079. Samwer, K. F. L., Die Erhebung Schleswig-Holsteins 24. März 1848. Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. Wiesbaden 1898.
 1080. Bruhn, Hans, Erinnerungen eines Nordschleswigers aus den Kriegsjahren 1848/49 und 1864. Apenrade 1898.
 1081. Jessen, Willers, Der Ehrentag von Eckernförde. Eckernförde 1899.
 1082. Liliencron, A. v., General Freiherr C. v. Wrangel. Ein Lebensbild nach eigenen Aufzeichnungen. Gotha 1903. Vgl. Nr. 860.
 1083. Jessen, J. de, Manuel historique de la question de Slesvig. Documents, cartes etc. Leipzig 1906.
 1084. Gebauer, Joh. H., Christian August, Herzog von Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Gesch. d. Befreiung Schleswig-Holsteins. Stuttgart u. Leipzig 1910.
 1085. Benöhr, Franz, Die politische Dichtung aus und für Schleswig-Holstein in den Jahren 1840—1864. Schleswig 1911.
 1086. Beseler, Otto, Wilhelm Hartwig Beseler. Als Manuskript gedruckt. Braunschweig 1914.
 1087. Brock, Johannes, Die Vorgeschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848. Göttingen 1916.
 1088. Hagenah, Hermann, Revolution und Legitimität in der Erhebung Schleswig-Holsteins. Kieler phil. Diss. 1916.
 1089. Meyer, Arnold Oskar, Deutschland und Schleswig-Holstein vor der Erhebung. Vortrag zur 70. Jahrfeier d. schlesw.-holstein. Erhebung. Wilhelmshaven 1918.

1090. Stang, Werner, Die Universität Kiel und die Entwicklung des deutschen Bewußtseins in Schleswig-Holstein während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Phil. Diss. (Maschsch.) Leipzig 1922 (1923). Ausz.: Jahrb. d. phil. Fak. Leipzig 1922.
1091. Brandt, Otto, Das Erwachen des Nationalgefühls in Schleswig-Holstein. Vortrag. Schlesw.-Holstein. Blätter. H. 3. Rendsburg 1922.
1092. Heyn, Walter, Der deutsche Krieg gegen Dänemark im Jahre 1848. 1. Teil. Ausbruch und Beginn des Krieges. Phil. Diss. (Maschsch.) Hamburg 1923 (1925). Ausz.: Hamburg 1922.
1093. Heyn, W., Der deutsche Krieg gegen Dänemark 1848. Phil. Diss. Hamburg 1923.
1094. Brandt, Otto, Die Führer der Schleswiger Ständeversammlung. Hamburg 1924.
1095. Lornsen, Uwe Jens, Briefe an Franz Hermann Hegewisch. Hrsg. v. Volquart Pauls. Schleswig 1925.
1096. Brandt, Otto, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß. 2. Aufl. Kiel 1926.
1097. Alnor, Karl, Uwe Jens Lornsen. (Heimatschriften d. Schlesw.-Holstein. Bundes 14.) Flensburg 1926.
1098. Hedemann-Heespen, Paul v., Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit. Kiel 1926.
1099. Jessen, F., L'intervention de la France dans la question du Slesvig du nord. Paris 1926.
1100. Burchardi, Georg Christian, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners. Hrsg. von Wilh. Klüver. Flensburg 1927.
1101. Gehrcke, Karl, Theodor Mommsen als schleswig-holsteinischer Publizist. Phil. Diss. Breslau 1927. (Teildr.) Vollst.: Theodor Mommsens Stil. Breslau 1928.
1102. Brandt, Otto, Zur Vorgeschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung. Berlin 1927.
- 1102a. Meetz, Anni, Johann Gustav Droysens politische Tätigkeit in der schleswig-holsteinischen Frage. Erlangen 1930. Vgl. Nr. 301.

*

1103. Jansen, K., Die Erinnerungen d. Herzog Ernsts II. v. Coburg-Gotha aus Schleswig-Holstein 1848—51. Zeitschrift für schlesw.-holstein. Gesch. Lauenburg 1888. Bd. 18. S. 3—97.
1104. Doebner, R., Ernst Moritz Arndt zur schlesw.-holstein. Frage. August 1850. Hist. Zeitschrift. Bd. 68. S. 444—449. 1892. Vgl. Nr. 52.
1105. Treitschke, Heinrich v., Das Gefecht von Eckernförde 1849. Hist. Zeitschrift. Bd. 76. S. 238—265. 1896.
1106. Eckardt, H., Die Erhebung Schleswig-Holsteins. Niedersachsen. 3. Jahrg. Nr. 7. 1. Jan. 1898. S. 104—105. Nr. 8. 15. Jan. 1898. S. 20—122.
1107. Ipsen, A., Die letzte Tagung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung auf schleswischem Boden Juni, Juli, August 1849. Zeitschrift d. Gesellschaft f. schlesw.-holstein. Geschichte. Bd. 28. S. 179—286. 1899.
1108. Delfs, Christian, Aus den Erinnerungen eines alten Kampfgenossen von 1848—51. Nach den Mitteil. v. Klaus Huß aufgez. Die Heimat. Bd. 14. Nr. 7. S. 167—170. Nr. 8. S. 185—192. Nr. 12. S. 285—290. 1904.
1109. Hansen, Nächste Vorgeschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung im März 1848. Die Heimat. Bd. 19. Nr. 3. S. 58—67. Nr. 4. S. 85—97. 1909.
1110. Krumm, Joh., Das Recht Schleswig-Holsteins 1848. Versuch einer historischen Betrachtung. Nordmark. Bd. 12. Nr. 4. S. 87—106. 1909.
1111. Gebauer, Joh. H., Der Briefwechsel Ernst Augusts von Hannover und Herzog Christian Augusts von Schleswig-Holstein. Zeitschrift des hist. Vereins für Niedersachsen. Jahrg. 1910. S. 277—316.
1112. Hansen, Entstehung und Entwicklung einer dänischen Partei zwischen 1836 und 1848. Nordmark. Bd. 13. Nr. 1/2. S. 15—30. Nr. 2. S. 35—53. 1910.
1113. Hansen, H., Bemerkungen zu Moltkes Geschichte d. Krieges gegen Dänemark 1848/49. Hrsg. v. Großen Generalstabe, Abt. f. Kriegsgeschichte. Berlin 1913. Zeitschrift d. Gesellschaft f. schlesw.-holstein. Geschichte. Bd. 42. S. 372—400. 1912.
1114. Hansen, Reimer, Zur Geschichte der dänischen Politik 1840—1848. Zeitschrift d. Vereins f. schlesw.-holstein. Geschichte. Bd. 42. 1912. S. 253—371.

1115. (Fürsen-Bachmann), Lebenserinnerungen des schleswig-holstein. Obersten von Fürsen-Bachmann. Aus seinem Nachlaß hrsg. v. seinem Großneffen Dr. Otto Fürsen. Quellen u. Forsch. zur Geschichte Schleswig-Holsteins. Bd. 5. S. 1—214. 1917.
1116. Hansen, Reimer, Aus dem Nachlaß des Generals Eduard von Bonin. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins. Bd. 6. S. 1—217. 1918.
1117. Alnor, Karl, Die schleswig-holsteinische Erhebung und Nordschleswig. Nordschleswig. H. 1. 1923.
1118. Hagenah, Hermann, Die Erhebung Schleswig-Holsteins usw. Nordschleswig. H. 1. 1923.
1119. Hagenah, Herm., Die Männer der Provisor. Regierung. Nordelbingen. Bd. 2. 1923.
1120. Hedemann-Heespen, Paul v., Sprache und Volkstum in Nordschleswig 1838—1848. Nordelbingen. Bd. 3. S. 418—427. 1924.
1121. Kläver, Wilhelm, Franz Hermann Hegewisch. Ein Vertreter des älteren Liberalismus in Schleswig-Holstein. Nordelbingen. Bd. 4. S. 368—466. 1925.
1122. Brandt, Otto, Zur Vorgeschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung. Archiv für Politik u. Geschichte. Bd. 7. H. 10/11. S. 470—521. 1926.
1123. „Up ewig ungedeelt.“ Die Originalberichte des alten Wrangel über den Feldzug der deutschen Bundestruppen in Schleswig vom 16. April bis 30. Juni 1848. Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung. 1926. 19. Dez. Nr. 591 (2. Beibl.). 20. Dez. Nr. 592 (Abendblatt). 21. Dez. Nr. 593 (Morgenblatt). 22. Dez. Nr. 595 (Morgenblatt). 23. Dez. Nr. 597 (Morgenblatt).
1124. Petersen, Carl, Nikolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens. Veröffentlichungen d. schlesw.-holstein. Universitätsgesellschaft. Nr. 10. S. 1—11. 1926.
1125. Richter, Paul, Die Schleswig-Holsteinische Erhebung vor der dänischen Rechnungsrevision. Zeitschrift d. Gesellschaft f. Schlesw.-holstein. Geschichte. Bd. 55. S. 500 bis 510. 1926.
1126. Droysen, Johann Gustav, Briefwechsel, hrsg. von Rudolf Hübner. 2 Bde. Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1929.

S c h w e i z

1127. Kern, J. C., Politische Erinnerungen 1833 bis 1883. Deutsche revid. Ausg. Frauenfeld 1887.
1128. Pfister, Alexander, Aus den Berichten d. preußischen Gesandten in der Schweiz. 1842 bis 1846. Neujahrsbl. d. Lit. Gesellschaft auf das Jahr 1913. Bern 1912.
1129. Näf, Werner, Der Schweizer Sonderbundskrieg als Vorspiel der deutschen Revolution von 1848. Phil. Diss. München 1917 (1920). Auch: Basler Zeitschrift f. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. 19. S. 1—98. 1921.
1130. Rammelmeyer, Eugenie, Bewegungen der radikal gesinnten Deutschen in der Schweiz während der Jahre 1838 bis 1845. Ein Ausschnitt aus dem politischen und persönlichen Leben dieser Kreise. Phil. Diss. (Maschsch.) Frankfurt 1925.
1131. Neitzke, Paul, Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848—1849. Charlottenburg 1926. Phil. Diss. Kiel 1927.
1132. Siegfried, Paul, Basel und der erste badische Aufstand im April 1848. Basel 1926.
- 1133/34. Siegfried, Paul, Basel während des zweiten und dritten badischen Aufstandes 1848/49. Basel 1928.

*

1135. Leutenegger, Albert, Der Büsinger Handel 1849. Thurgauische Beiträge z. vaterländischen Geschichte. Bd. 63. S. 1—66. 1926.

S o z i a l i s m u s — K o m m u n i s m u s — A r b e i t e r b e w e g u n g

1136. Bauer, Bruno, Die bürgerliche Revolution in Deutschland. 1. u. 2. Ausg. Berlin 1849.
1137. Marx, Karl, Revolution und Kontrerevolution in Deutschland. Aus dem englischen Original übersetzt (ed. E. Marx-Aveling, London 1896) v. K. Kautsky. Stuttgart 1896. (Zuerst in der Daily Tribune, New York. 1851—52.)

1138. Wermuth u. Stieber, Die kommunistischen Verschwörungen des 19. Jahrhunderts. 2 Bde. Berlin 1853—54.
- 1138a. Sombart, Werner, Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1896. 10 Aufl. 1924.
1139. Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 1. Aufl. 2 Bde. Stuttgart 1897—98. 12. Aufl. 4 Bde. Berlin u. Stuttgart 1922.
1140. Nettlau, M., Michael Bakunin. Berlin 1901.
1141. Dokumente des Sozialismus. Hrsg. v. Eduard Bernstein. 5. Bde. Berlin 1902—05.
1142. Bernstein, Eduard, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2 Bde. Berlin 1907.
1143. Biermann, Wilhelm Ed., Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo). Sein Leben und sein Werk. 2 Bde. Leipzig 1909.
1144. Engels, Friedrich, u. Marx, Karl, Briefwechsel 1844—1883. 4 Bde. Stuttgart 1914.
1145. Herberger, Carl Valerius, Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage 1848—1862. Sozialpolitische Studie. Meissen 1914.
1146. Steklow, Georg, Michael Bakunin. Stuttgart 1920.
1147. Pfeiffer, Konrad, Wiechern als Politiker. Phil. Diss. (Maschschr.) Frankfurt 1920.
1148. Becker, W., Die Presse des deutschen wahren Sozialismus. Phil. Diss. Bonn 1920.
1149. Grünfeld, Franz Wilhelm, Streiks in der schlesischen Leinen- und Baumwollindustrie. Ein sozial-historischer Beitrag zur Geschichte des schlesischen Weberelends. Rechts- u. staatswissensch. Diss. Greifswald 1920. Vgl. Nr. 1057.
1150. Mehring, Franz, Karl Marx. Leipzig 1920.
- 1150a. Mayer, Gustav, Friedrich Engels, 1. Bd. Berlin 1920.
1151. Stein, Hans, Der Kölner Arbeiterverein (1848—1849). Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rhein. Sozialismus. Köln a. Rh. 1921.
1152. Zlocisti, Theodor, Moses Heß. Der Vorkämpfer des Sozialismus und Zionismus. 1812 bis 1875. Berlin 1921.
1153. Heß, Moses, Sozialistische Aufsätze. 1841—47. Hrsg. v. Theodor Zlocisti. Berlin 1921.
1154. Krause, Hans, Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte d. ersten deutschen Revolution. Phil. Diss. Breslau 1921.
1155. Brügel, Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 5 Bde. Wien 1922. Vgl. Nr. 717.
1156. Hofmann, J., Das Herz der deutschen sozialen Bewegung. Leipzig 1923.
1157. Mischler, H., Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg 1848—1919. Jena 1923.
1158. Buddensieg, Hermann, Die Kultur des deutschen Proletariats im Zeitalter des Frühkapitalismus und ihre Bedeutung für die Kulturidee des Sozialismus. Lauenburg (Elbe) 1923.
1159. Quarck, Max, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848—49. Leipzig 1924.
1160. Strauß, Emil, Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung. Prag 1925.
1161. Deutsch-französische Jahrbücher. Hrsg. v. Arnold Ruge u. Karl Marx. Lfg. 1/2. Leipzig 1925. Neudruck. (1. Ausg. Paris 1844.)
1162. Nettlau, Max, Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864. Berlin 1925.
1163. Bonnet, Wilhelm, Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Nürnberg. Phil. Diss. (Maschenschrift.) Erlangen 1925.
1164. Kralik, R. v., Geschichte des Sozialismus der neuesten Zeit von Babeuf bis zu den Bolschewiken. Graz 1925.
1165. Kaul, Gregor, Geschichte der Sozialdemokratie in Offenbach. Offenbach 1925.
1166. Hartmann, Margarete, Die soziale Demokratie 1848/49. Beiträge a. d. „Hornisse“, Zeitschrift f. hess. Biedermänner, u. d. „Wage“, Zeitschrift z. Besprechung d. Angelegenheiten des Volkes. Grünberg i. H. 1925. Phil. Diss. Gießen 1926.
1167. Macartney, C. A., The social Revolution in Austria. Cambridge 1926.
1168. Michaelis, Karl, Die Staatstheorie des Karl Rodbertus und ihre Stellung in der Sozialphilosophie d. 19. Jahrhunderts. Rechts- u. staatswissensch. Diss. (Maschschr.) Göttingen 1926.

1169. Butler, E. M., *The Saint Simonian religion in Germany. A Study of the Young German Movement.* Cambridge 1926.
1170. Kampffmeyer, P., *Die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte bis zur Reichsgründung.* München 1926.
1171. Bakunin, Michael, *Beichte an Zar Nikolaus I.* Hrsg. von Kurt Kersten. Berlin 1926.
- 1171a. Wolter, Gustav, *Friedrich Harkort als Politiker.* Jahrbuch des Vereins für Ort- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark. 39. Jahrg. Witten-Ruhr 1926.
1172. Femerling, Karl Edmund, *Die Stellung der konservativen Partei zur gewerblichen Arbeiterfrage in der Zeit von 1848—1880.* Phil. Diss. (Maschsch.) Halle a. S. 1927. Ausz.: Halle 1927.
1173. Marx, Karl, u. Engels, Friedrich, *Werke, Schriften, Briefe bis 1844.* Hist.-krit. Gesamtausgabe. Im Auftrag des Marx-Engels-Instituts hrsg. v. D. Rjazanov. Abt. 1. Bd. 1 u. 2. Frankfurt 1927f.
1174. Mayer, Gustav, *Aus der Welt des Sozialismus. Kleine historische Aufsätze.* Berlin 1927.
1175. Neumann, Karl, *Die Lehren K. H. Raus. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert.* Phil. Diss. Gießen 1927.
1176. Muziol, Roman, *Karl Rodbertus als Begründer der sozialrechtlichen Anschauungsweise.* Jena 1927.
1177. Gerhardt, Martin, *Johann Hinrich Wichern.* 2 Bde. Hamburg 1928.
1178. Rühle, Otto, *Karl Marx. Hellerau bei Dresden* 1928.

*

1179. Pfeil-Burghaus, L. Graf, *Das Vorspiel zum Drama: „Die Weber.“* Deutsche Revue. Bd. 22. Febr. 1897. S. 175—187.
1180. Nettlau, Max, *Michael Bakunin in den Jahren 1848—49.* Sozialistische Monatshefte 1898, S. 188f.
1181. Mayer, Gustav, *Der Untergang der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ und des Pariser „Vorwärts“.* Archiv f. Geschichte d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 3. H. 3. S. 415—437. 1913.
1182. Czóbel, Ernst, *Zur Verbreitung der Worte „Sozialist“ und „Sozialismus“ in Deutschland und Ungarn.* Arch. f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 3. S. 481ff. 1913.
1183. Grünberg, Carl, *Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847—1848.* Arch. f. Gesch. d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 9. H. 2/3. S. 249—341. 1921.
1184. Mombert, P., *Aus der Literatur über die soziale Frage und die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.* Archiv f. Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 9. 1921. H. 2/3. S. 169—236.
1185. Nettlau, Max, *Londoner deutsche kommunistische Diskussionen, 1845.* Archiv f. Gesch. des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 10. H. 2/3. S. 362—391. 1922.
1186. Brügel, Ludwig, *Aus den Londoner Flüchtlingstagen von Karl Marx. Der Kampf.* Bd. 17. S. 346—351. 1924.
1187. Wentzcke, Paul, *Aus Eduard Laskers sozialistischen Anfängen.* Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 11. S. 207ff. 1925.
1188. Grünberg, Carl, *Bruno Hildebrand über den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London.* Archiv f. Geschichte d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 11. H. 3. S. 445—459. 1925.
1189. Drahn, Ernst, *Georg Woerth auf dem internationalen Kongreß d. Volkswirte in Brüssel 1847.* Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 11. S. 186ff. 1925.
1190. Wentzcke, Paul, *Bibliographische Beiträge zur Geschichte des deutschen Sozialismus in der Bewegung von 1848.* Archiv f. Geschichte d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Bd. 11. H. 1 u. 2. S. 196—214. 1925.
1191. Fleury, Victor, *l'Agitation Républicaine en Allemagne avant 1848.* „La Révolution de 1848.“ Bd. 23. S. 559f. 1925.

1192. Czóbel, Ernst, Zur Geschichte des Kommunistenbundes. Die Kölner Bundesgemeinde vor der Revolution. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 11. H. 3. S. 299—335. 1925.
1193. Uelsmann, Erich, „Der Volksmann“, eine unbekannte Arbeiterzeitung Hermann Püttmanns. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 12. S. 241 bis 250. 1926.
1194. Mautner, Wilhelm, Zur Geschichte des Begriffs „Diktatur des Proletariats“. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 12. S. 280—283. 1926.
1195. Lukács, Georg, Moses Heß und die Probleme der idealistischen Dialektik. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Bd. 12. S. 105ff. 1926.
1196. Mayer, Gustav, Ferdinand Lassalle und Karl Alexi. Mit ungedruckten Briefen Lassalles an Alexi. Die Gesellschaft. Bd. 3. Nr. 2. Febr. 1926. S. 170—179.
- 1196a. Mayer, Gustav, Wilhelm Liebknecht. Frankfurter Zeitung. 30. März 1926. Abendblatt.
1197. Sultan, Herbert, Rodbertus und der agrarische Sozialkonservatismus. Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft. B. 82. S. 71—113. 1927.

Friedrich Julius Stahl

1198. Schmidt, Herbert, Friedrich Julius Stahl und die deutsche Nationalstaatsidee. 2. Haupttl. Phil. Diss. Breslau 1913. Vollst.: Hist. Untersuchungen, hrsg. v. Cichorius. H. 4. 1914.
1199. Michniewicz, Bernhard, Stahl und Bismarck. Phil. Diss. Berlin 1913.
1200. Poppelbaum, Karl, Die Weltanschauung Friedrich Julius Stahls. Frankfurt a. Main 1922. Phil. Diss. Frankfurt 1923.
1201. Arnim, H. v., Studien zur Entwicklung der konservativen Staatsanschauung, besonders F. J. Stahls. Phil. Diss. Greifswald 1925.
1202. Srocka, Werner, Der Kirchenbegriff Friedrich Julius Stahls. Phil. Diss. Erlangen 1926 (1927).

*

- 1202a. Salzer, Ernst, Stahl und Rotenhan. Historische Vierteljahrsschrift 14. S. 214. 1912.
1203. Masur, Gerhard, Aus Briefen Friedrich Julius Stahls an Rudolph Wagner. Archiv für Politik und Geschichte. Bd. 8. S. 261—301. 1927.

Stüve

1204. Stüve, G., Johann Carl Bertram Stüve nach Briefen und persönlichen Erinnerungen 2 Bde. Hannover 1900.
1205. Stüve, G., Stüve und Detmold, Briefwechsel 1848 bis 1850. Mit Einleitung v. G. Kaufmann. Hannover 1903.
1206. Schuirmann, Hermann, Joh. Carl Bertram Stüve. Phil. Diss. Göttingen 1927.

*

1207. Frensdorff, F., Carl Bertram Stüve. Preuß. Jahrbücher. Bd. 30. 1872. S. 266—301. Bd. 31. 1873. S. 589—643. Bd. 32. 1873. S. 177—211.
1208. Scheibe, K., Dr. Johann Carl Bertram Stüve. Niedersachsen. Bd. 3. S. 174—175. 1897/98.
- 1208a. Frensdorff, F., Stüve und Detmold. Zeitschrift d. hist. Vereins f. Niedersachsen. Jahrg. 1904. H. 3. S. 341—366.

Thüringen

1209. Stichling, G. Th., E. Ch. Frh. v. Gersdorff, Weimarerischer Staatsminister. Weimar 1853.
1210. Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bd. 1 u. 2. 1.—4. Ausg. Berlin 1887—88. Bd. 3. 1.—6. Ausg. Ebd. 1889. Bearbeitung in einem Bande. Ebd. 1892.
1211. Weidner, F., Gotha in der Bewegung von 1848. Gotha 1903.
1212. Koerner, Fritz, Das Zeitungswesen in Weimar (1737—1849). Ein Beitrag zur Zeitungsgeschichte. Leipzig 1920. (Abhandl. a. d. Inst. f. Zeitungsw. d. Univ. Leipz. 1, 2).

1213. Mischler, H., Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg 1848—1919. Jena 1923.
- 1213a. Igel, Arno Hermann, Das System Metternich im Herzogtum Sachsen-Altenburg. Jur. Diss. (Maschsch.) Leipzig 1924 (1925).
- 1213b. Bechstein, Konrad, Feodor Streit. Ein Kämpfer für Einheit und Freiheit 1848. 1859. 1866. Koburg 1925.
1214. Wucher, Waldemar, Reuß jüngere Linie in der Bewegung der Jahre 1848—1849. Weida i. Thür. 1926. Phil. Diss. Jena 1926 (1927).
1215. Schroth, Rudi, Die Veränderungen in der sozialen Gliederung eines thüringischen Dorfes (Schlettwein) seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Phil. Diss. Jena 1927.
1216. Ernst, Herbert, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Erfurt bis zur Reichsgründung. Leipzig 1926. Wirtsch.- u. sozialwissensch. Diss. Frankfurt 1927.
1217. Huhn, Ernst, Das Großherzogtum Sachsen in der Bewegung der Jahre 1848/49. Phil. Diss. (Teildruck) Jena 1927. Vollst.: Zeitschrift d. Vereins f. Thüring. Geschichte und Altertumskunde. Bd. 27. H. 2. S. 221—349. 1927.
1218. Schocke, Ernst, Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung in Sachsen-Meiningen 1848—1850. Ein Beitrag z. Geschichte der ersten deutschen Revolution. Hildburghausen 1927. Phil. Diss. Jena 1927.
1219. Engel, Wilhelm, Wirtschaftliche und soziale Kämpfe in Thüringen (insonderheit im Herzogtum Meiningen) vor dem Jahre 1848. Jena 1927. Phil. Diss.

*

1220. Brünner, Gustav, Die Revolution in Erfurt im Jahre 1848. (Nach unveröffentlichten Dokumenten.) Preußische Jahrbücher. Bd. 145. S. 474—500. Sept. 1911.
1221. Niebour, H., Die Vertreter Thüringens in der Frankfurter Nationalversammlung. Zeitschrift d. Vereins f. Thüring. Geschichte u. Altertumskunde. N. F. Bd. 20. H. 2. 1911. S. 401—418.
1222. Bericht des Bürgermeisters Meinhardt über die Arnstädter Unruhen im Jahre 1848. Alt-Arnstadt. Bd. 5. S. 103—108. 1917.
1223. Wentzke, Paul, Thüringische Einheitsfragen in der deutschen Revolution von 1848. Hist. Zeitschrift. Bd. 118. S. 418—448. 1917.
1224. Wentzke, Paul, Thüringische Einheitsbestrebungen im Jahre 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung. Mit einem Anhang: Politische Briefe Moritz Seebecks aus Frankfurt u. Berlin 1848/51. Weimar 1917. 7. Beiheft d. Zeitschrift d. Vereins f. Thüringische Geschichte.
1225. Strauch, Joachim v., Die Schicksale und die Politik des Fürstentums Reuß ältere Linie in den Jahren 1848/50. 31. Jahresbericht d. Vereins f. Greizer Geschichte u. Mitteil. (Bd. 11) d. Vereins für Greizer Geschichte. 1924.
1226. Wandsleb, Alfred, Mühlhausen und die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. 1848/49. Mühlhäuser Geschichtsblätter. Bd. 25/26. S. 116—133. 1924/26.
1227. Behrend-Rosenfeld, Elisabeth, Die politischen Ideen Oskar von Wydenbrucks nach seinen Schriften und nach seiner Tätigkeit. Zeitschrift d. Vereins f. Thüring. Gesch. u. Altertumskunde. N. F. Bd. 25. H. 2. S. 105—137. 1924. N. F. Bd. 26. H. 1. S. 140 bis 172. 1925. N. F. Bd. 26. H. 2. S. 185—225. 1926.

U h l a n d

1228. Treitschke, Heinrich v., Historische und politische Aufsätze. 6. Aufl. 3 Bde. Leipzig 1903.
1229. Reinöhl, Walter, Uhland als Politiker. Tübingen 1911.
1230. Schneider, Hermann, Uhland. Leben, Dichtung, Forschung. Berlin 1920.

*

1231. Rapp, Adolf, Uhland im politischen Leben. Württemberg. Vierteljahrsschrift. N. F. Bd. 33. S. 44—67. 1927.

Ungarn

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11528. 11648. 11649. 11652. 11765

- 1232. Pulszka, Theresa, Memoirs of a hungarian lady. Philadelphia 1850.
- 1233. Kapper, S., Die serbische Bewegung in Südungarn. Berlin 1851.
- 1234. Jakob, Alexander, Geschichte des Freiheitskampfes 1848—49. Budapest 1880.
- 1235. Tarnay, Johann, Briefe aus den Jahren 1842—54. Budapest 1885. (Abhandl. d. Juristenvereins.)
- 1236. Klapka, Georg, Aus meinen Erinnerungen. Aus dem Ungarischen übers. v. Verfasser. Zürich, Budapest, Wien 1887.
- 1237. Wertheimer, Eduard v., Graf Julius Andrássy, sein Leben und seine Zeit. Nach ungedruckten Quellen. 3 Bde. Stuttgart 1910—13.
- 1238. Stratimirovic, Gen. v., Was ich erlebte. Wien, Leipzig 1911.
- 1239. Hartley, M., The man who saved Austria. The life and times of Baron Jellačić. London 1912.
- 1240. Alter, W., Die auswärtige Politik der ungarischen Revolution 1848/49. Berlin 1913.
- 1241. Wendel, Hermann, Magyaren und Südslawen 1848/49. In: Karl Kautsky. Dem Denker und Kämpfer. Festgabe z. 70. Geburtstag. Wien 1924.

*

- 1242. Vragassy, Wilhelm v., Gespräche mit einem ungarischen Revolutionsgeneral aus den Jahren 1848—49. Deutsche Revue. Bd. 23. S. 155—165. 1898.
- 1243. Bratzky-Bergfeld, La Russie et la Révolution hongroise 1848/49. Revue de Hongrie. Bd. 9. S. 209ff. 1912.
- 1244. Arthur von Görgöy. Eine Charakterstudie. Deutsche Rundschau. Bd. 171. S. 194—222. 1917.
- 1245. Thim, Josef R., Die Gründungsversuche Jugoslawiens 1848/49. Ungar. Jahrbücher. Bd. 1. Heft 1. S. 22—35. 1921.
- 1246. Angyal, David, Neuere Literatur über den ungarischen Freiheitskampf 1848/49. Ungar. Jahrbücher. Bd. 1. Heft 2. S. 149ff. 1921.
- 1247. (Beyer, R. v.), Ein Mitkämpfer der ungarischen Revolution. Erinnerungen von Rudolf von Beyer. Zum erstenmal mitgeteilt v. s. Enkel R. Schade. Täg. Rundschau. 1926. Unterhaltungsblg. d. Morgenausgaben v. 13. Okt.—17. Okt. Nr. 240—244.

Friedrich Theodor Vischer

- 1248. Rapp, Adolf, Friedrich Theodor Vischer und die Politik. Tübingen 1911.
- 1249. Klaiber, Theodor, Friedrich Theodor Vischer. Stuttgart 1920.

*

- 1250. Egelhaaf, Gottlob, Briefe Friedrich Theodor Vischers aus der Paulskirche. Deutsche Rundschau. Bd. 132. S. 203—226. 1907.
- 1251. Egelhaaf, Gottlob, Achtzehn Briefe Fr. Th. Vischers aus der Paulskirche. Deutsche Revue. Bd. 34, 4. S. 212—225. Nov., S. 360—368. Dez. 1909. Bd. 35, 1. Jan. S. 115 bis 129. März S. 368—371. 1910. Bd. 35, 2. April S. 106—121. 1910.
- 1252. Meinecke, Friedrich, Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik. Hist. Zeitschrift. Bd. 125. S. 248—283. 1921—22.
- 1253. Glockner, Hermann, Friedrich Theodor Vischer als ethisch-politische Persönlichkeit. Hist. Zeitschrift. Bd. 128. S. 26—91. 1923.

Richard Wagner

- 1254. Glasenapp, Friedrich, Das Leben Richard Wagners. 6 Bde. Leipzig 1894/1911.
- 1255. Koch, Max, Richard Wagner. 3 Tle. Berlin 1907—18.
- 1256. Richard Wagner, Gesammelte Briefe, Leipzig 1914.
- 1257. Müller, Georg Hermann, Richard Wagner in der Mairevolution 1849. Dresden 1919.

1258. Scheuer, Oskar W., Richard Wagner als Student. Wien und Leipzig 1920.
 1259. Lippert, Woldemar, Richard Wagners Verbannung und Rückkehr 1849—62. Dresden 1928.

*

1260. Obser, Karl, Briefe Richard Wagners an Eduard Devrient aus den Jahren 1848/49. Deutsche Revue. Bd. 47. S. 43—56. Jan. 1922.

Wirtschaftsgeschichte

1261. Schmoller, Gustav, Zur Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert. Halle 1870.
 1262. Schmoller, Gustav, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 2 Tle. Leipzig 1900—04. 1908.
 1263. Blome, Wilhelm, Friedrich Harkort als Pionier des Eisenbahnwesens. Phil. Diss. Münster 1923. (Maschschr.)
 1264. Phenderlein, Friedrich, Die Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850. Phil. Diss. Leipzig 1923. (Maschschr.)
 1265. Mandel, Theodor, Die Tätigkeit der Auswandererorganisation während der Mitte des 19. Jahrhunderts. Frankf. wirtsch. u. sozialw. Diss. 1924 (1925). (Maschschr.)
 1266. Knapp, Georg Friedrich, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. 2 Bde. 2. Aufl. München u. Leipzig 1927.
 1267. Wehner, Karl, Johann Jacob Sturz und die deutsche Auswanderung. Phil. Diss. Frankfurt 1924/25. (Maschschr.)
 1268. Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert. 7. Aufl. Berlin 1927.
 1269. Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus. Hist.-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. 3 Bde. 5. Aufl. München 1928. (1. Aufl., 2 Bde. München 1902.)
 1270. Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert. Berlin 1920.

Westfalen

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11805

1271. Schücking, Lewin, Lebenserinnerungen. 2 Bde. Breslau u. Leipzig 1886.
 1272. Günther, Karl, Friedrich Harkort als Bildungspolitiker. Phil. Diss. (Maschschr.) Frankfurt a. M. 1921 (1922).
 1273. Berger, Louis, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Leipzig 1880. 5. Aufl. Hrsg. v. A. Meister. Leipzig 1926.
 1274. Köster, Julius, Die Iserlohner Revolution und die Unruhen in der Grafschaft Mark Mai 1849. Nach amtlichen Akten u. Berichten von Zeitgenossen dargestellt. Berlin 1899.
 1275. Gust, Max, J. D. H. Temme. Ein Münsterländ. Schriftsteller und Politiker d. 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag z. Geschichte d. Restaurations-, Revolutions- und Reaktionszeit. Münster (1914).
 1276. Bickhoff, Max, Friedrich Steinmann. Ein westfälischer Publizist und Politiker (1801—75). Dortmund 1915. Phil. Diss. Straßburg 1915.

*

1277. Lüdicke, R., Der Massenauflauf in Münster am 11. Dez. 1837 und Gen. von Wrangel. „Westfalen“. Bd. 3. S. 27—47. 1911.
 1278. Niebour, Hermann, Die westfälischen Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung. „Westfalen“. 3. Heft. 2. S. 33—45. 1911.
 1279. Glisczynski, Generalin v., Bielefeld im Jahre 1848. Aus den Aufzeichnungen d. Generallt. v. Glisczynski. Preuß. Jahrbücher. Bd. 148. S. 435—462. 1912.

1280. Faber, Karl, Bochum während der Märzrevolution 1848. Jahrb. d. Vereins f. Orts- u. Heimatkde. i. d. Grafschaft Mark. Bd. 32. S. 77—87. 1917/18.
 1281. Pennings, Heinrich, Die Sturmjahre 1848—50 in Recklinghausen und ihre Vorgeschichte. Vestische Zeitschrift. Bd. 30. S. 54—95. 1921.

W ü r t t e m b e r g

Vgl. Dahlmann-Waitz Nr. 11543 · 11700 · 11797

1282. Menzel, Wolfgang, Denkwürdigkeiten. Bielefeld u. Leipzig 1877. Vgl. Nr. 818.
 1283. Reyscher, A. L., Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1807—1880). Freiburg u. Tübingen 1884. Vgl. Nr. 247.
 1284. Ziegler, Theobald, David Friedrich Strauß. 2 Bde. Straßburg 1908. Vgl. Nr. 390.
 1285. Schnurre, Thilo, Die württembergischen Abgeordneten in der konstituierenden deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. Main. Stuttgart 1912.
 1286. List, Albrecht, Der Kampf ums gute alte Recht 1815—19 nach seiner ideen- und partei-geschichtlichen Seite. Tübingen 1913.
 1287. Albrecht, Curt, Die Triaspolitik des Freiherrn K. August von Wangenheim. Stuttgart 1914.
 1288. Schmoller, Gustav von, Von schwäbischer Scholle. 1918.
 1289. Schnizer, Otto, Gustav Rümels politische Ideen. Tübingen 1919.
 1290. Reinöhl, Walther, Revolution und Nationalversammlung 1848. Schwäbische Urkunden. Stuttgart 1919.
 1291. Kallee, Richard, Aus der Politischen Biedermeierzeit. Erinnerungen u. Erlebnisse Generals Eduard Kallee. Stuttgart 1921.
 1292. Becker, Johanna, Der Einheitsgedanke bei den schwäbischen Dichtern der vierziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung von Paul Pfizer, Fr. Th. Vischer und Ludwig Uhland. Phil. Diss. (Maschscr.) Münster 1923.
 1293. Schraepfer, Paul, Die öffentliche Meinung in Württemberg 1830—48. Phil. Diss. (Maschscr.) Leipzig 1923.
 1294. Pfizer, Paul Achatius, Politische Aufsätze und Briefe. Hrsg. v. G. Küntzel. Frankfurt a. M. 1924.
 1295. Weller, Erich, Geschichte der Revolution von 1848 in Württemberg. Heilbronn und die Revolution von 1848—49. Phil. Diss. (Maschscr.) Tübingen 1925. Auch: Hist. Verein Heilbronn. Zur 50 jährigen Gründungsfeier. H. 15. S. 133f. 1922—25.
 1296. Wieland, Karl, Stadt und Oberamt Backnang. Phil. Diss. (Maschscr.) Tübingen 1925.
 1297. Maier, Alwin, Beiträge zur Geschichte d. Revolution v. 1848/49 in Württemberg. Reutlingen u. d. Revolution v. 1848/49. Phil. Diss. (Maschscr.) Tübingen 1925.
 1298. Schneider, Eugen, Aus der württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen. Stuttgart 1926.
 1299. Reinhardt, Walter, Württemberg und die Kriegsgefahr von 1840. Ein Bild deutscher Kleinstaaterie. Phil. Diss. (Maschscr.) Tübingen 1927.
 1300. Häcker, O., Die parlamentarische Tätigkeit des Kanzlers C. G. v. Wächter. Phil. Diss. Tübingen 1928.

*

1301. Rauch, Moriz v., Ein 48er Lied aus Heilbronn. Historischer Verein Heilbronn. Heft 12. Bericht d. Jahre 1915—1918. S. 33ff.
 1302. Rapp, Adolf, Württembergische Politiker von 1848 im Kampf um die deutsche Frage. Württemberg. Vierteljahrshefte f. Landesgeschichte. Bd. 25 (Festbd.). 1916. S. 572ff.
 1303. Schneider, Eugen, Berichte des Agenten Klindworth und Schreiben des Königs Friedr. Wilh. IV. an König Wilhelm I. v. Württemberg. Württemberg. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. N. F. 32. S. 260ff. 1925/26.

*

Gedruckt
im Ullsteinhaus
Berlin

